Bundesrat **Drucksache 709/91**

18. 11. 91

Wi – AS – Fz

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1991/92 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (421) — 600 06 — Gu 23/91

Bonn, den 18. November 1991

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich das

Jahresgutachten 1991/92 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Das Gutachten wird vom Sachverständigenrat gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (BGBl. I S. 685) in der zur Zeit geltenden Fassung veröffentlicht.

Das Gutachten wird gleichzeitig dem Präsidenten des Deutschen Bundestages zugeleitet.

Kohl

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0720-2946

Eine kürzere Fassung

Der internationale Rahmen
(Ziffern 1 ff.)

1*. Die weltwirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1991 stand im Spannungsfeld gegenläufiger konjunktureller Kräfte: Während in Nordamerika und in Großbritannien im Laufe des Jahres die Auftriebskräfte wieder etwas stärker wurden, verlief die Konjunktur im kontinentalen Europa schwach, und auch im asiatischen Wirtschaftsraum konnte das hohe Expansionstempo nicht aufrechterhalten werden. Im Ergebnis hat sich die Konjunktur in den Industrieländern im zweiten Halbjahr nur leicht belebt, nachdem im ersten Halbjahr nahezu eine Stagnation in den OECD-Ländern zu verzeichnen gewesen war. Insgesamt blieb die Belebung aber wesentlich schwächer als zu Jahresbeginn erhofft, vielerorts wurden die Absatzerwartungen der Unternehmen für 1991 enttäuscht. Die Auftriebskräfte waren nicht stark genug, um einen weiteren, in einigen Ländern deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Positiv war, daß sich die Inflationstendenzen durch das Zusammenspiel der schwachen Nachfrageexpansion, geringer Lohnsteigerungen und rückläufiger Rohstoffpreise im Jahresverlauf verminderten.

Das Ende der langen gesamtwirtschaftlichen Expansion, die in den meisten Industrieländern bereits 1983 begonnen hatte, zeichnete sich schon zum Jahreswechsel 1989/90 ab. Eine Rolle spielte dabei, daß der kräftige Zyklus der Ausrüstungsinvestitionen, der in den OECD-Ländern in den Jahren 1988 und 1989 zu einer Ausweitung der Investitionen von durchschnittlich gut 9 vH geführt hatte, allmählich auslief. Hinzu kam, daß die Geldpolitik ab Mitte 1988 einen restriktiveren Kurs eingeschlagen hatte, um den Anstieg der Nachfrage zu dämpfen und den im Zuge der Hochkonjunktur aufkommenden Inflationsgefahren entgegenzuwirken. Von Mitte 1988 bis zum Frühjahr 1990 stiegen die kurzfristigen Zinssätze in fast allen Industrieländern um mehrere Prozentpunkte an.

Die konjunkturelle Abschwächung führte gleichwohl nicht in eine schwere weltwirtschaftliche Rezession, wie sie zu Beginn der achtziger Jahre eingetreten war. Dazu haben verschiedene Faktoren beigetragen. Die Schwächung der Auftriebskräfte wurde nicht wie damals nachhaltig durch einen Ölpreisschock verschärft. Von der Nachfrageseite her kamen Impulse durch die deutsche Vereinigung, die die wirtschaftliche Tätigkeit in Westdeutschland und den Export vor allem der europäischen Handelspartner Deutschlands stimulierte. Wichtig war aber vor allem, daß es in der Hochkonjunktur Ende der achtziger Jahre gelungen war, die Inflationsbeschleunigung klein zu halten, so daß eine Stabilisierungskrise vermieden werden konnte. Ein verhältnismäßig moderater Lohnanstieg in vielen Ländern und eine stärker mittelfristig ausgerichtete Wirtschaftspolitik haben dazu beigetragen.

Der Welthandel stand im Jahre 1991 im Zeichen der Expansionsschwäche in wichtigen Industrieländern. Obwohl sich die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte wieder zu beleben begann, lag das Volumen des Welthandels im Durchschnitt des Jahres nur um 3 vH über dem Vorjahreswert. Die Nachfrageschwäche in den Industrieländern traf auch die Entwicklungsländer, zumal die nachlassende Rohstoffnachfrage einen Preisrückgang auf den internationalen Märkten und damit eine Verschlechterung der Terms-of-Trade der Entwicklungsländer mit sich brachte. Die Reformstaaten Osteuropas haben der Handelsentwicklung in diesem Jahr noch keine starken Impulse geben können.

2*. In allen Staaten Osteuropas ist die marktwirtschaftliche Umgestaltung des Wirtschaftssystems auf den Weg gebracht worden. Nahezu überall hat sich dabei die Erkenntnis durchsetzen können, daß angesichts offener Grenzen und neugeschaffener politischer Freiheiten nur ein rascher und alle Bereiche des wirtschaftlichen Lebens umfassender Übergang zur Marktwirtschaft geeignet ist, zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensverhältnisse zu gelangen.

Während die Beseitigung der aus der Zeit der sozialistischen Planwirtschaft überkommenen makroökonomischen Ungleichgewichte und die Einführung marktwirtschaftlicher Institutionen und Regelungen vor allem in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei gut vorankommen, bleibt der Aufbau der neuen Wirtschaftsstrukturen — die Privatisierung der bestehenden und die Gründung neuer Unternehmen, die Schaffung von Wettbewerb auf den Güter- und Faktormärkten und die Herstellung funktionsfähiger Kapitalmärkte — hinter den anfänglichen Erwartungen zurück. Derzeit dominiert überall noch der Zusammenbruch des Alten; vielerorts haben die Menschen starke Realeinkommenseinbußen und offene Arbeitslosigkeit hinzunehmen. Gleichwohl besteht zumindest für Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei Anlaß zur Hoffnung, daß die Talsohle bereits in den nächsten zwei Jahren durchschritten wird. Zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in den Volkswirtschaften Osteuropas dürfte beitragen, daß die westlichen Industriestaaten sich bereitgefunden haben, zur Unterstützung der Reformen und zur Minderung der realwirtschaftlichen Anpassungslasten umfangreiche technische und finanzielle Hilfe zu leisten.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland
(Ziffern 51 ff.)

3*. Im ersten Jahr nach der Vereinigung Deutschlands sind die Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungskraft der alten und der neuen Bundesländer in aller Schärfe deutlich geworden. Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unterneh-

men, verstärkt durch den Zusammenbruch der Handelsbeziehungen im RGW, hat in den neuen Bundesländern seit Mitte 1990 zu einem steilen Rückgang der Produktion geführt, der sich bis in die erste Jahreshälfte 1991 fortsetzte. Erst um die Jahresmitte, als sich die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe allmählich stabilisierte und sich die Aufwärtsbewegung in der Bauwirtschaft und in Teilen des tertiären Sektors festigte, hat sich das Produktionsergebnis insgesamt leicht erhöht. Die Anzahl der Erwerbstätigen ging allerdings weiter zurück und erreichte im zweiten Halbjahr einen Stand von 6,9 Millionen Personen, das waren rund 1,4 Millionen weniger als ein Jahr zuvor und fast drei Millionen weniger als 1989. In Westdeutschland dagegen setzte sich die Aufwärtsentwicklung fort. Die Auftriebskräfte sind zwar im Verlauf des Jahres deutlich schwächer geworden, so daß der Produktionsanstieg an Schwung verlor und die Beschäftigungsdynamik etwas nachließ; aber sie waren doch noch stark genug, um die Wirtschaft auf Wachstumskurs zu halten.

Das Produktionsvolumen der neuen Bundesländer lag, ersten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zufolge, im zweiten Halbjahr 1990 noch bei 8,3 vH des westdeutschen. Diese Relation hat sich auf 6,7 vH im zweiten Halbjahr 1991 vermindert. Dem Rückgang der Einkommen aus Wirtschaftstätigkeit in Ostdeutschland stand jedoch ein massiver Anstieg der Transfereinkommen gegenüber. Die gesamte Endnachfrage in den neuen Bundesländern konnte infolgedessen auf nahezu das Doppelte der Güterproduktion anwachsen. Dieses gewaltige Ungleichgewicht zwischen Produktion und Nachfrage spiegelte sich im Jahre 1991 in einem Überschuß der Bezüge von Westdeutschland und dem Ausland gegenüber den Lieferungen dorthin von rund 158 Mrd DM wider.

4*. Schon im vergangenen Jahr haben wir auf die statistischen Unwägbarkeiten in der Diagnose und Prognose für die deutsche Wirtschaft hingewiesen (JG 90 Ziffern 74 und 245 ff.). Die Probleme sind heute nicht viel kleiner. Zwar hat sich der Informationsstand über Ostdeutschland deutlich verbessert. Auf der anderen Seite gewinnen die statistisch nicht erfaßten und zum Teil auch nicht mehr erfaßbaren Transaktionen zwischen beiden Teilen Deutschlands zunehmend an Bedeutung. So sind Aussagen über innerdeutsche Geld- und Kapitalbewegungen nicht mehr möglich, weil Banken und Nichtbanken auf einheitlichen, voll integrierten Finanzmärkten operieren, und bei der Schätzung von innerdeutschen Güterströmen und Einkommensübertragungen sind immer größere Unschärfen in Kauf zu nehmen. Trotz dieser statistischen Probleme gibt es zu einer getrennten Analyse beider Wirtschaftsgebiete schon deshalb keine sinnvolle Alternative, weil in wichtigen Bereichen noch aggregierfähige Daten für Gesamtdeutschland fehlen. Entscheidend aber ist, daß die Ursachen für wirtschaftliche Veränderungen in Ostdeutschland und Westdeutschland völlig unterschiedlich sind; die wirtschaftspolitische Analyse muß daher auf einer differenzierenden Betrachtung beruhen.

5*. Die **westdeutsche Wirtschaft,** die in den vergangenen beiden Jahren im internationalen Vergleich ein weit überdurchschnittliches Expansionstempo halten konnte, ist im Verlauf des Jahres 1991 auf einen flacheren Expansionspfad eingeschwenkt. Die kontraktiven Effekte, die von der weltweiten Konjunkturabkühlung ausgingen, konnten zwar in der ersten Hälfte dieses Jahres noch durch ansteigende Lieferungen in die neuen Bundesländer und einen anhaltenden Nachfrageanstieg in Westdeutschland mehr als ausgeglichen werden. Die Auftriebskräfte waren aber nicht endogener Art, sie resultierten vor allem aus den starken Nachfrageimpulsen einer expansiven Finanzpolitik, die die Einkommensentwicklung in Ostdeutschland durch massive Transferleistungen stützte und damit eine Nachfrage schuf, die in erheblichem Umfang auch westdeutschen Unternehmen zugute kam. Im weiteren Verlauf des Jahres 1991 ließ die Expansion der westdeutschen Wirtschaft deutlich nach. Stärkere Impulse von der Auslandsnachfrage blieben aus, obwohl sich die Auftragseingänge aus dem Ausland nach der Jahresmitte wieder erhöhten. Die Nachfrage aus den neuen Bundesländern stieg nicht mehr so rasch an wie in den Monaten zuvor und die Aufbringung des hohen Finanztransfers für die neuen Bundesländer schwächte die Nachfrageexpansion in Westdeutschland. So wurden den privaten Haushalten durch die Erhöhung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung im April und durch den Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer ab der Jahresmitte Einkommen in Höhe von insgesamt 23½ Mrd DM entzogen; die Erhöhung der Mineralölsteuer bewirkte zusätzlich eine Kaufkrafteinbuße von knapp 6 Mrd DM. Steuer- und Abgabenerhöhungen haben den Anstieg der privaten Konsumnachfrage spürbar vermindert. Hinzu kam, daß die anhaltend hohen Zinsen, die mit der starken Beanspruchung des Kapitalmarktes durch den Staat zusammenhängen, immer stärker auf die Investitionstätigkeit, vor allem auf die zinsreagiblen Bauinvestitionen durchwirkten (Tabelle A). Vor allem im Eigenheimbau sind die Baugenehmigungen stark rückläufig.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht konnte eine etwas ruhigere Gangart der Konjunktur nicht unerwünscht sein. Nach der kräftigen Expansion der vergangenen Jahre war die Kapazitätsauslastung weit über ihr langfristiges Niveau hinaus angestiegen, und der Preisauftrieb hatte sich im Zusammenspiel von kräftiger Nachfrageexpansion, zunehmendem Kostendruck und höheren indirekten Steuern im Laufe des Jahres 1991 beschleunigt. Die gesamtwirtschaftliche Betrachtungsweise verdeckt allerdings eine stärker werdende sektorale Differenzierung der Konjunktur. In einigen stark vom Ausfuhrgeschäft abhängigen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes hat der Rückgang der Nachfrage zu erheblichen Absatzeinbußen, einer schlechteren Kapazitätsauslastung und Gewinnrückgängen geführt. Das betraf vor allem Teile des Investitionsgütergewerbes, das nicht in so starkem Maße wie die konsumnäheren Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes von der Mehrnachfrage aus den neuen Bundesländern profitierte. Zwar hat sich — mit der im Jahresverlauf nachlassenden Konsumkonjunktur — auch im Verbrauchsgütergewerbe der Produktionsanstieg abgeflacht, aber die Kapazitätsauslastung blieb hier überdurchschnittlich hoch.

6*. Während das Volumen des Welthandels im Jahre 1990 um rund 5 vH und im Jahre 1991 um rund 3 vH

Tabelle A

Wirtschaftliche Eckdaten für Westdeutschland

	Einheit	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991[1]	1982 bis 1991[2]
Bruttosozialprodukt	vH[3]	– 1,1	1,9	3,1	1,8	2,2	1,5	3,7	3,8	4,5	3½	2,9
Inlandsnachfrage[4]	vH[3]	– 2,3	2,3	1,9	0,9	3,3	2,6	3,6	2,6	5,0	3	2,8
Ausrüstungsinvestitionen	vH[3]	– 7,2	6,0	– 0,9	9,0	4,2	4,9	6,6	9,8	12,9	10	6,9
Bauinvestitionen	vH[3]	– 4,0	1,6	1,1	– 5,8	3,1	– 0,0	3,1	4,8	5,3	3½	1,8
Privater Verbrauch	vH[3]	– 1,5	1,3	1,6	1,5	3,4	3,3	2,7	1,7	4,7	2	2,5
Staatsverbrauch	vH[3]	– 0,9	0,2	2,5	2,1	2,5	1,5	2,2	– 1,7	2,1	– ½	1,2
Ausfuhr[5]	vH[3]	3,6	– 1,0	8,6	7,2	0,1	0,9	5,9	11,4	9,9	13	6,1
Einfuhr[5]	vH[3]	– 0,1	0,1	5,1	4,9	3,4	4,2	5,8	8,4	11,9	13	6,2
Außenbeitrag[6]	Mrd DM	43,89	37,83	58,84	75,19	56,17	37,35	39,99	64,16	55,96	64½	53,4
Nachrichtlich: Außenbeitrag[6] (nominal)	Mrd DM	40,35	40,67	55,67	75,19	110,72	112,48	121,73	144,74	154,21	181½	103,7
Erwerbstätige (Inland)	1000[7]	– 321	– 379	42	196	367	194	211	370	802	870	2354[a]
Arbeitslosenquote[8]	vH	7,2	8,8	8,8	8,9	8,5	8,5	8,4	7,6	6,9	6	8,0
Lohnstückkosten[9]	vH[10]	4,0	0,6	0,8	1,8	2,8	2,5	0,1	1,0	2,5	5	1,9
Terms of Trade[11]	vH[10]	1,9	2,1	– 2,3	1,2	16,5	4,7	0,8	– 1,6	2,4	½	2,6
Verbraucherpreise[12]	vH[10]	5,2	3,3	2,4	2,0	– 0,1	0,2	1,3	2,8	2,7	3½	2,0
Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere[13]	Prozent	9,1	8,0	7,8	6,9	6,0	5,8	6,0	7,1	8,9	8,7	7,4
Gewinn-Erlös-Relation[14]	vH[15]	– 0,9	1,8	0,5	0,7	1,6	0,3	1,0	– 0,3	– 0,3	– 1	0,3
Realer Wechselkurs[16]	vH[10]	1,5	0,5	– 4,9	– 2,8	6,1	3,6	– 2,8	– 2,5	3,0	– 3	0,7

1) Eigene Schätzung.
2) Durchschnittlich jährliche Entwicklung errechnet aus den absoluten Werten des angegebenen Zeitraums; bei Veränderungsraten geometrisches Mittel, bei den übrigen Größen arithmetisches Mittel.
3) In Preisen von 1985; Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
4) Letzte inländische Verwendung (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung).
5) Waren und Dienstleistungen (einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen). Ausfuhr und Einfuhr enthalten Güterverkehr mit Ostdeutschland.
6) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.
7) Veränderung in Tausend.
8) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer nach dem Inländerkonzept plus Arbeitslose).
9) Berechnet als: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen (Produktivität).
10) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
11) Index der Ausfuhrpreise in Relation zum Index der Einfuhrpreise.
12) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100).
13) Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt; Quelle: Deutsche Bundesbank.
14) Unternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung. Zur Berechnung siehe Anhang V, Abschnitt B.
15) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten.
16) Auf Basis der Verbraucherpreise; Quelle: Deutsche Bundesbank.
a) Veränderung im gesamten Zeitraum.

zunahm, hat sich die deutsche Warenausfuhr seit dem zweiten Vierteljahr 1990 nicht mehr erhöht. Das schwache Ausfuhrgeschäft wurde dadurch geprägt, daß die Investitionsgüternachfrage in wichtigen Partnerländern kaum noch zunahm oder — wie in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten — sogar kräftig zurückging. Für die stark auf Ausrüstungsgüter spezialisierte deutsche Exportwirtschaft hat das einen beträchtlichen Nachfragerückgang mit sich gebracht. Allerdings sind die Auslandsaufträge auch im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe in den ersten Monaten des Jahres deutlich zurückgegangen. Das dürfte zum Teil damit zusammenhängen, daß die Lieferzeiten westdeutscher Industrieunternehmen mit dem schubartigen Anstieg der Inlandsaufträge im letzten Jahr immer länger wurden, während die Kapazitätsauslastung ausländischer Anbieter schon im vergangenen Jahr abnahm und ihnen schnellere Lieferzusagen ermöglichte. Mit der Abflachung des Nachfrageanstiegs im Inland und der leichten Belebung der Auslandskonjunktur nahmen die Auftragseingänge aus dem Ausland im Verlauf des Jahres wieder zu.

Dem stagnierenden Export stand ein steiler Anstieg des Einfuhrvolumens gegenüber. Die reale Wareneinfuhr lag in den ersten sieben Monaten des Jahres 1991 um 18,6 vH höher als im Vorjahr. Ein großer Teil des Importzuwachses resultierte allerdings daraus, daß die Einfuhren der neuen Bundesländer überwiegend über den westdeutschen Handel abgewickelt wurden.

Die Leistungsbilanz, die seit dem 1. Juli 1990 auch die Transaktionen der neuen Bundesländer mit dem Ausland umfaßt, ist im Jahre 1991 mit fast 30 Mrd DM ins Defizit geraten. Dahinter stand nicht allein das Abschmelzen der Überschüsse im Warenverkehr, sondern auch ein größer werdendes Defizit in der Übertragungsbilanz. Durch Zahlungen an die Sowjetunion für den vereinbarten Truppenabzug und durch den Finanzierungsbeitrag zu den Kosten des Golfkrieges

stiegen die geleisteten Übertragungen um 14 Mrd DM an. Spiegelbildlich zur Passivierung der Leistungsbilanz hat sich im internationalen Kapitalverkehr der Bundesrepublik ein Umschwung vollzogen. Nachdem die Bundesrepublik seit 1982 in beträchtlichem Umfang Kapital exportiert hatte und Ende der achtziger Jahre zu den weltweit größten Nettokapitalexporteuren gehörte, reichte die private Ersparnis in diesem Jahr nicht aus, um den starken Rückgang der staatlichen Ersparnis auszugleichen und die Kapitalnachfrage in der Wirtschaft zu decken. Per saldo wurde Kapital aus dem Ausland importiert.

7*. Die deutsche Vereinigung hat nicht allein die außenwirtschaftliche Entwicklung, sondern auch die Investitionstätigkeit und die Arbeitsnachfrage westdeutscher Unternehmen nachhaltig beeinflußt. Mit der Einführung der D-Mark in Ostdeutschland hatte sich das Absatzgebiet für viele westdeutsche Unternehmen schlagartig erweitert; das veranlaßte sie, ihre Investitionsbudgets kräftig zu erhöhen und stärker auf die Erweiterung der Produktionskapazitäten zu richten. Ihnen kam dabei zugute, daß sich das Arbeitsangebot durch die hohe Zuwanderung von Arbeitskräften und durch zahlreiche Pendler aus Ostdeutschland stark erweiterte. Seit Mitte letzten Jahres hat sich die Anzahl an Erwerbstätigen in Westdeutschland um über eine Million Personen erhöht.

Die kraftvolle Investitionskonjunktur des Jahres 1990 — nach der Währungsunion waren die Investitionsgüterbestellungen aus dem Inland sprunghaft angestiegen — wirkte auch im Jahre 1991 nach. Dem Volumen nach lagen die Ausrüstungsinvestitionen im ersten Halbjahr um 12,7 vH über Vorjahresstand. Im Verlaufe des Jahres 1991 haben sich die Bedingungen für das Investieren allerdings merklich verschlechtert. Das im ganzen schwache Auslandsgeschäft wurde nicht mehr, wie im Vorjahr, durch einen Anstieg der Inlandsnachfrage ausgeglichen, und die Kapazitätsauslastung ging im Laufe des Jahres im Verarbeitenden Gewerbe deutlich zurück. Auch die Ertragslage der Unternehmen war nicht mehr so gut wie in den vorangegangenen Jahren; hinzu kam eine Verunsicherung in den Erwartungen der Unternehmen, die für ihre zukunftsgerichteten Investitionsentscheidungen letztlich ausschlaggebend sind. Auf der einen Seite wurde zwar im Laufe des Jahres wieder mit einer Belebung des Exportgeschäfts gerechnet, auf der anderen Seite waren aber die Risiken einer wechselseitigen Verstärkung des Lohn- und Preisauftriebs sowie der ansteigenden haushaltspolitischen Belastungen ins Kalkül zu ziehen.

8*. Die Preisniveauentwicklung hat sich im Jahre 1991 weiter vom Ziel der Geldwertstabilität entfernt. Am Ende des Jahres lagen die Preise der Lebenshaltung um 4 vH höher als im Vorjahr. Einen derart starken Preisauftrieb hatte es zuletzt 1982 gegeben. Der Verlust an Geldwertstabilität spiegelt die wieder stärker werdenden Verteilungskonflikte in der Bundesrepublik. Die Lohnerhöhungen lagen weit über dem Anstieg der Arbeitsproduktivität. Die Unternehmen haben versucht, den erhöhten Kostendruck in den Preisen weiterzugeben. Wo das Angebot regional begrenzt und daher weniger der internationalen Konkurrenz ausgesetzt ist, wie im Dienstleistungsbereich und in Teilen der Bauwirtschaft, konnte dies weitgehend gelingen. Auch die Wirtschaftspolitik gehörte zu den Verursachern des beschleunigten Preisanstiegs. Die expansive Finanzpolitik hat nicht allein der Nachfrage kräftigen Auftrieb gegeben und damit die Kostenüberwälzung erleichtert. Durch ihren Beitrag zu hohen Kapitalmarktzinsen und durch die Erhöhung von Verbrauchsteuern und Sozialbeiträgen hat sie auch den Kostenanstieg verstärkt. Dem öffentlichen Dienst kam darüber hinaus auch eine Vorreiterrolle bei den hohen Lohnsteigerungen dieses Jahres zu. Von der Importseite ging, anders als im vorangegangenen Jahr, kein entlastender Effekt mehr auf die Preis- und Kostenentwicklung aus.

9*. Die wirtschaftliche Entwicklung **Ostdeutschlands** stand auch im Jahre 1991 noch im Zeichen des Zusammenbruchs der alten Produktionsstrukturen. Die Entwicklung hat sich aber, wie erwartet, sehr stark differenziert. Im Bauhauptgewerbe, im Handwerk und in vorgelagerten Branchen trat mit zunehmenden öffentlichen und privaten Bauinvestitionen im Verlauf des Jahres eine durchgreifende Besserung der Wirtschaftslage ein. Im tertiären Sektor hat sich in beträchtlichem Umfange privatwirtschaftliche Aktivität entwickelt. Der überwiegende Teil des Verarbeitenden Gewerbes dagegen mußte auch im Jahre 1991 drastische Absatzeinbußen und Produktionsrückgänge hinnehmen (Tabelle B). Die Erzeugung stabilisierte sich erst zur Jahresmitte und lag im zweiten Halbjahr um knapp 40 vH unter Vorjahresstand. Im gleichen Zeitraum dürfte der Personalbestand der Industrieunternehmen nochmals um fast ein Drittel gesunken sein.

10*. Die Schwierigkeiten der ostdeutschen Wirtschaft liegen nicht in einem Mangel an Nachfrage. Zusammengenommen erreichte die Nachfrage der privaten Haushalte, der Unternehmen und des Staates nahezu das Doppelte der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. Allein der Private Verbrauch belief sich im Jahre 1991 auf rund 90 vH des Bruttosozialprodukts der neuen Bundesländer. Dieses hohe Niveau der Nachfrage wurde durch hohe Lohnsteigerungen in Ostdeutschland und hohe Transferzahlungen aus Westdeutschland ermöglicht. Trotz rückläufiger Beschäftigung nahmen die verfügbaren Einkommen im Jahresverlauf kräftig zu. Dem Einkommenszuwachs stand zwar auch ein kräftiger Preisniveauanstieg gegenüber, weil die Subventionen für Energie, für Verkehrsleistungen und für die Wohnraumnutzung gekürzt wurden, und die hohen Lohnkostensteigerungen vor allem in Teilen des Baugewerbes und des tertiären Sektors in die Preise überwälzt wurden. Gleichwohl nahmen auch die Realeinkommen im Verlauf des Jahres zu. Der Anstieg der Nachfrage führte zu einer weiteren Zunahme des Imports, weil das Angebot ostdeutscher Unternehmen weithin noch wenig wettbewerbsfähig ist.

11*. Der Entfaltung von Unternehmensinitiative und der Verbesserung des Güterangebots standen noch gravierende Hemmnisse entgegen. Die Privatisierung sowie die Bereitstellung von Gewerbeflächen werden nach wie vor durch ungeklärte Eigentumsverhältnisse erschwert. Zwar sind gesetzliche Regelungen geschaffen worden, wonach Investitionen nicht durch Restitutionsansprüche blockiert werden sollen. Allein die Feststellung von Eigentumsrechten und eine ra-

Tabelle B

Eckdaten der ostdeutschen Wirtschaft

Zeitraum	Auftragseingang[1]		Nettoproduktion	Nachr.: Industrielle Warenproduktion[5]	Einzelhandelsumsatz[6]	Bruttomonatsverdienste[7]	Preisindex für die Lebenshaltung[8]	Index der Erzeugerpreise[9]	Kurzarbeiter[10]	Arbeitslose[11]
	Verarbeitendes Gewerbe[2]	Bauhauptgewerbe[3]	Verarbeitendes Gewerbe[4]							
	2. Halbjahr 1990 = 100		3. Vj. 1990 = 100	1985 = 100	3. Vj. 1990 = 100	DM	1989 = 100		Anzahl in Tausend	
1990 Jan	.	.	.	105,6	.	1 184[a]	.	.	.	.
Feb	.	.	.	108,0	.	.	.	.	.	.
Mär	.	.	.	109,3	.	.	.	.	.	.
Apr	.	.	.	108,5	.	1 168[a]	.	.	.	.
Mai	.	.	.	103,0	.	.	98,9	.	.	.
Jun	.	.	.	96,2	.	.	90,2	.	.	142
Jul	135,7	76,5	109,1	62,6	.	1 393	98,0	64,2	656	272
Aug	105,1	93,3	98,7	53,5	.	.	97,8	63,1	1 500	361
Sep	85,5	125,4	93,8	54,7	.	.	99,0	62,8	1 729	445
Okt	85,7	100,9	93,6	55,3	105,9	1 588	100,6	62,9	1 704	537
Nov	89,3	100,6	97,3	56,9	106,6	.	100,7	62,5	1 710	589
Dez	98,7	103,4	84,1	50,9	120,4	.	101,9	62,1	1 794	642
1991 Jan	86,8	82,4	65,6	–	95,2	1 667	108,9	63,3	1 841	757
Feb	66,4	73,0	61,1	–	86,6	.	109,7	63,4	1 947	787
Mär	92,2	103,0	65,3	–	95,2	.	111,4	63,2	1 990	808
Apr	79,8	115,0	57,9	–	93,2	1 926	112,6	63,2	2 019	837
Mai	68,5	127,5	61,0	–	...	.	113,4	63,1	1 969	842
Jun	75,8	161,1	63,2	–	...	.	114,1	63,0	1 899	843
Jul	71,3	169,0	62,6	–	...	...	115,1	63,1	1 611	1 069
Aug	84,9	176,7	60,6	–	...	.	115,2	63,1	1 449	1 063
Sep	...	...	...	–	...	.	115,4	63,2	1 333	1 029
Okt	...	...	...	–	...	...	...	...	1 200	1 049

1) Wertindizes.
2) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.
3) Für Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr.
4) Index der Nettoproduktion, fachliche Unternehmensteile; arbeitstäglich bereinigt.
5) Arbeitstäglicher Index, nach der Abgrenzung der ehemaligen DDR-Statistik.
6) Umsatz in jeweiligen Preisen.
7) Für einen durchschnittlich vollbeschäftigten Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk).
8) Alle Arbeitnehmerhaushalte; typische Ausgabenstruktur (Warenkorb) der in die Berechnungen einbezogenen Haushaltsgruppen für das Jahr 1989.
9) Für gewerbliche Produkte (Inlandsabsatz).
10) Umfassen auch Kurzarbeiter in Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. Stand Monatsmitte; Quelle: BA.
11) Stand Ende des Berichtszeitraums; Quelle: BA.
a) In Mark der DDR.

sche Umsetzung der gesetzlichen Regelungen sind angesichts von etwa 1,2 Millionen Restitutionsansprüchen und der teilweise noch im Aufbau befindlichen und mit neuen Aufgaben überlasteten Behörden nicht in kurzer Zeit möglich. Die im Eigentum der Treuhandanstalt stehenden Unternehmen sind überwiegend nicht in der Lage, Investitionen aus eigener Kraft zu finanzieren. Ihnen fehlen nicht allein das notwendige Eigenkapital, sondern vielfach auch die zukunftsweisenden Unternehmenskonzeptionen und das Management zu ihrer Umsetzung. In vielen Bereichen war es auch der noch unzureichende Zustand der Infrastruktur, der Investitionen hinausgezögert hat.

Immerhin ist man bei der Privatisierung, beim Aufbau einer funktionsfähigen Verwaltung und bei der Sanierung der Infrastruktur ein Stück weit vorangekommen. Das hat die Investitionsbereitschaft gestärkt und die Bedingungen für die Umsetzung bereits geplanter Investitionsprojekte verbessert. Für die Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland war dies von entscheidender Bedeutung.

12*. Trotz steigender Investitionsbereitschaft mußten auch im Jahre 1991 weit mehr alte, unrentable Arbeitsplätze aufgegeben werden, als neue geschaffen wurden. Die Beschäftigung ging im Jahresdurchschnitt in allen großen Wirtschaftsbereichen zurück, und im Jahresverlauf haben lediglich die Dienstleistungsunternehmen und die Bauwirtschaft ihre Personalbestände gehalten oder leicht aufgestockt. Am stärksten waren die Beschäftigungseinbußen im Verarbeitenden Gewerbe. Obwohl sich in den letzten beiden Jahren insgesamt 375 000 Menschen zusätzlich für eine selbständige Tätigkeit entschieden haben, lag die Gesamtzahl an Erwerbstätigen, die auch öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen der Kurzarbeit und der Arbeitsbeschaffung enthält, im Jahre 1991 um 1,7 Millionen unter dem Stand von 1990 und um 2,6 Millionen unter dem Stand von 1989.

Der ohnedies schon hohe Anpassungsdruck auf die Unternehmen wurde durch massive Lohnsteigerungen weiter verstärkt. Seit April 1990 sind die Bruttomonatsverdienste, damals noch in Mark der DDR berechnet, um rund 65 vH gestiegen. Gewiß hätten sich auch bei niedrigeren Lohnsteigerungen bei weitem nicht alle Arbeitsplätze halten lassen. Die Rationalisierung erforderte zunächst die Reduzierung überhöhter Personalbestände. Außerdem hätten viele Produktlinien auch bei geringeren Lohnsteigerungen aufgegeben werden müssen, weil sie im Qualitätswettbewerb mit westlichen Produkten chancenlos waren. Für den Großteil der Treuhandunternehmen, die nicht stillgelegt, sondern privatisiert werden sollen, haben die kräftigen Lohnsteigerungen den Zwang zur Freisetzung von Arbeitskräften allerdings erheblich verstärkt. Auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Neugründung von Unternehmen dürfte durch den in diesem Jahr eingeschlagenen Kurs der Lohnpolitik beeinträchtigt worden sein.

Der massive Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente hat zur Entstehung eines zweiten Arbeitsmarktes geführt. Von den am Jahresende noch vorhandenen 6,8 Millionen Arbeitsplätzen wurden durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen knapp 1,6 Millionen gefördert, davon erhielten rund 1,2 Millionen Beschäftigte Kurzarbeitergeld, und 360 000 Personen waren in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Eine nicht bekannte Anzahl von Arbeitsplätzen schließlich wird dadurch erhalten, daß der Staat Unternehmen in verschiedenen Formen subventioniert. Der Rückgang der Erwerbstätigkeit, der sich von Ende 1990 bis Ende 1991 auf knapp 1,2 Millionen Personen belief, führte aber nicht in gleichem Umfang zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Da im Laufe des Jahres zusammengenommen rund 700 000 Personen in den alten Bundesländern eine Arbeit fanden, vorzeitig in den Ruhestand gingen oder ihre Beschäftigung zugunsten einer Fortbildung aufgaben, stieg die registrierte Arbeitslosigkeit lediglich um 500 000 auf knapp 1,1 Millionen Personen an. Diese Zahl ist weitaus geringer, als noch vor einem Jahr abzusehen war; sie spiegelt das Ausmaß des Beschäftigungsproblems der ostdeutschen Wirtschaft aber nur unvollkommen wider.

13*. Die **finanzpolitische Entwicklung** des Jahres 1991 stand im Zeichen eines sprunghaften Ausgabenanstiegs und zunehmender öffentlicher Finanzierungsdefizite. Die Mehrausgaben entstanden zum Teil durch höhere Übertragungen der Bundesrepublik in das Ausland. Ausschlaggebend waren aber die hohen Leistungen an die privaten Haushalte, die Unternehmen und die Gebietskörperschaften in den neuen Bundesländern, die sich insgesamt auf 113 Mrd DM beliefen. Die Ausgaben der neuen Länder und Gemeinden sind, je Einwohner gerechnet, bereits auf 91½ vH der Pro-Kopf-Ausgaben der westlichen Gebietskörperschaften angestiegen, während ihre Steuereinnahmen weit dahinter zurückblieben. Das hohe Ausgabenniveau wurzelte zum Teil darin, daß den östlichen Gebietskörperschaften im Einigungsvertrag verschiedene Sonderbelastungen — etwa Subventionen für Energie, Verkehr, Mieten und die Landwirtschaft — auferlegt wurden. Darüber hinaus waren die öffentlichen Sachinvestitionen je Einwohner etwas höher als in Westdeutschland, obwohl sie aufgrund von Engpässen in der öffentlichen Verwaltung hinter den Planansätzen zurückblieben.

Nur ein geringer Teil der für die neuen Bundesländer benötigten Mittel wurde über Ausgabeneinsparungen an anderer Stelle freigesetzt. In den westlichen Ländern und Gemeinden stiegen die Ausgaben mit weiterhin hohem Tempo an. Auf Bundesebene konnten zwar einzelne Ausgabenkürzungen bewirkt werden. Sie blieben aber weit hinter dem Erforderlichen zurück. Stattdessen wurden Steuern und Abgaben erhöht, um einen noch stärkeren Anstieg der öffentlichen Haushaltsdefizite zu verhindern. Damit wich die Finanzpolitik von den Ankündigungen des Jahres 1990 ab, auf Steuererhöhungen verzichten zu wollen. Dieser Kurswechsel führte dazu, daß die Finanzpolitik in der Bevölkerung und der Wirtschaft an Glaubwürdigkeit verlor. Die hohen Haushaltsdefizite werden zunehmend als ein Risiko für die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung betrachtet.

14*. Eine auf expansivem Kurs befindliche Finanzpolitik, tarifliche Lohnsteigerungen von nahezu 7 vH und — mit beidem verbunden — Preisniveausteigerungen von zeitweise über 4 vH haben in diesem Jahr den Handlungsrahmen der **Geldpolitik** bestimmt. Die Bundesbank hat sich zur Abwehr der Gefahren für die innere und äußere Stabilität der D-Mark für die Beibehaltung einer Geldpolitik mit vorangekündigtem und am Produktionspotential orientierten Geldmengenziel entschieden. Die zur Jahresmitte vollzogene Herabsetzung des Zieltrichters für die Geldmenge M3 von 4 vH bis 6 vH auf 3 vH bis 5 vH war mit dieser geldpolitischen Konzeption vereinbar. Im Verlaufe des ersten Halbjahres hatte sich nämlich gezeigt, daß der mit der Währungsumstellung verbundene Geldmengenzuwachs in Ostdeutschland als durchaus reichlich angesehen werden mußte und daß die Anleger in Ostdeutschland ihre Geldnachfrage zugunsten höher verzinslicher Langfristanlagen schneller als erwartet verminderten.

Die bereinigte Zentralbankgeldmenge, die der Sachverständigenrat der Beurteilung von geldpolitischen Impulsen zugrunde legt, hat sich im Verlauf des Jahres mit einer Rate von gut 5 vH erhöht. Da das nominale Sozialprodukt deutlich stärker zunahm, ist die Geldmengenausweitung als knapp anzusehen. Darauf weist auch das Niveau der Geldmarktzinsen hin, das mit knapp 9% im weiteren Jahresverlauf knapp über den Kapitalmarktzinsen blieb. Trotz der Unsicherheit über Höhe und Veränderungen der Geldnachfrage ging nach unserem Urteil von der Geldpolitik ein kontraktiver Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung aus.

Zur voraussichtlichen Entwicklung

(Ziffern 218ff.)

15*. Die wirtschaftliche Entwicklung wird in den alten Bundesländern im kommenden Jahr zunächst auf einem sehr flachen Pfad verlaufen. Denn die Kräfte, die bislang für Auftrieb sorgten, die Investitionen und die Lieferungen in die neuen Bundesländer, werden sich weiter abschwächen. Vom Export werden zwar wieder Impulse kommen, aber nicht so

starke, um ein ausreichendes Gegengewicht zu schaffen. Wenn alles gutgeht, wenn vor allem von der Finanzpolitik und von der Lohnpolitik richtige Signale kommen, kann sich im späteren Jahresverlauf der Wind wieder drehen. Dann dürfte nicht nur der Private Verbrauch für neuen Schub sorgen, sondern auch die Investitionen.

In den neuen Bundesländern, die noch mitten in einem Neuaufbau ihrer Wirtschaftsbasis stecken, bleibt die wirtschaftliche Lage schwierig. Aber der Erneuerungsprozeß wird vorankommen, denn die Investitionen werden mächtig angeschoben — durch staatliche Stellen und durch Unternehmen aus dem Westen. Das läßt erwarten, daß fortan auch die Produktion kräftig ausgeweitet wird und sich die großen Unterschiede in der Leistungskraft zwischen den neuen und den alten Bundesländern erstmals etwas verringern werden.

Annahmen

16*. Zu den Annahmen der Prognose gehört vor allem eine Setzung für den Kurs, den die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik und in anderen wichtigen Partnerländern voraussichtlich einschlagen wird:

- Die Geldpolitik wird in den meisten Ländern ihren monetären Kurs mit Rücksicht auf die noch schwache Konjunktur weiter lockern. Sie kann das auch, weil die Gefahr einer Inflationsbeschleunigung gegenwärtig nicht besteht. In den Vereinigten Staaten wird die Notenbank die Federal Funds Rate niedrig halten. Die Notenbanken der meisten Industrieländer werden Chancen zu weiteren Zinssenkungen nutzen. Wir gehen davon aus, daß die Bundesbank auf ihrem Stabilitätskurs bleiben wird. Dazu würde passen, daß sie sich wieder ein Geldmengenziel setzt, das einer Ausweitung der Zentralbankgeldmenge um 5½ vH entspricht. Sie würde damit keinen zusätzlichen Restriktionsdruck erzeugen. Es bliebe sogar Raum für einen leichten Rückgang der Zinsen am deutschen Kapitalmarkt. Der Wechselkurs der D-Mark gegenüber den Währungen der wichtigsten Partnerländer müßte sich bei diesen Annahmen nicht viel verändern; gegenüber dem Dollar setzen wir ihn für den Durchschnitt des Jahres 1992 mit 1,70 DM an.
- Die Finanzpolitik wird in den meisten Ländern am Ziel der Haushaltskonsolidierung festhalten. Das wird ihr — konjunkturbedingt — durch steigende Steuereinnahmen erleichtert. Sie wird überwiegend konjunkturneutral (so vor allem in den westeuropäischen Ländern) oder leicht expansiv (so vor allem in Japan) wirken. In der Bundesrepublik, so unsere Annahme, wird der Bund Anstrengungen unternehmen, das Defizit zurückzuführen. Er wird — im Einklang mit der mittelfristigen Finanzplanung — den Ausgabenanstieg auf 3 vH gegenüber dem Soll von 1991 begrenzen. Wir gehen davon aus, daß diese Haushaltsdisziplin nicht durch die Ausgabenentwicklung bei den Ländern und Gemeinden konterkariert wird. Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts wird im kommenden Jahr dann trotz steigender Ausgaben für das Beitrittsgebiet etwas kleiner ausfallen als in diesem Jahr.

17*. Die Lohnpolitik muß erkennen, daß unter den Bedingungen einer stabilitätsorientierten Geldpolitik und einer auf einen Konsolidierungskurs einschwenkenden Finanzpolitik der Verteilungsspielraum im kommenden Jahr eng ist. Ähnlich hohe Lohnsteigerungsraten wie in diesem Jahr würden die wirtschaftliche Entwicklung stark belasten. Unter diesen Bedingungen wäre eine Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung schwer vorstellbar. Wir wissen nicht, welchen Weg die Tarifparteien letztlich einschlagen werden. Es gehört aber zu den Annahmen der Prognose, daß ihnen ein Schritt in Richtung auf stabilisierungskonforme Lohnabschlüsse gelingt. In die Rechnung haben wir eine Lohnsteigerungsrate eingestellt, die um reichlich einen Prozentpunkt niedriger ist als in diesem Jahr.

18*. Zu den Annahmen der Prognose gehört schließlich eine Setzung für den Ölpreis. Den Preis für das Faß Öl haben wir für den Durchschnitt des nächsten Jahres auf 18 Dollar veranschlagt, nach knapp 20 Dollar im Durchschnitt diesen Jahres.

Das weltwirtschaftliche Umfeld

19*. Nach unserer Einschätzung werden sich in den westlichen Industrieländern die Auftriebskräfte im kommenden Jahr durchsetzen. Das wird einen — wenn auch verhaltenen — Konjunkturaufschwung herbeiführen. Die Konsumenten und Investoren dürften ihre bislang gezeigte Zurückhaltung wohl bald aufgeben. Gleichwohl wird die wirtschaftliche Entwicklung in den großen Industrieländern nicht einheitlich aufwärts gerichtet sein. Die Vorreiter werden die Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien sein; dort wird die Konjunktur rasch an Fahrt gewinnen. Japan, Westdeutschland und einige kleinere westeuropäische Länder, darunter die Niederlande und Österreich, werden erst später folgen. Die Nachhut werden andere westeuropäische Länder bilden, darunter Frankreich und Italien, denn dort zeichnet sich eine spürbare konjunkturelle Belebung für das nächste Jahr noch nicht ab. Für die OECD-Länder im ganzen rechnen wir zunächst nur mit einem verhaltenen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion; wir veranschlagen ihn auf 2½ vH für den Durchschnitt des Jahres 1992, nach nur 1 vH für den Durchschnitt des Jahres 1991.

20*. Mit der konjunkturellen Erholung in den Industrieländern wird der Welthandel wieder stärker ausgeweitet werden. Impulse kommen vor allem von steigenden Einfuhren in die Vereinigten Staaten. Der starke Nachfragesog, den die deutsche Vereinigung auf dem Weltmarkt bisher auslöste, wird dagegen spürbar nachlassen. Alles in allem wird das Volumen des Welthandels im nächsten Jahr keinesfalls mit einer sehr hohen Rate expandieren; wir veranschlagen diese Rate auf 5 vH.

21*. Der Preisanstieg wird sich im kommenden Jahr weiter leicht verringern. Zwar sehen sich in vielen Ländern die Unternehmen wieder einer steigenden Nachfrage gegenüber, angesichts der teilweise deutlich gesunkenen Kapazitätsauslastung wird aber der Spielraum für Preiserhöhungen gering sein. Zudem ist auch von der Kostenseite her keine Beschleunigung des Preisanstiegs angelegt.

Prognose für die Bundesrepublik

22*. Dreh- und Angelpunkt unserer Prognose ist die Entwicklung beim Export. Früher hat sich gezeigt, daß das Exportgeschäft rasch in Schwung kommt, sobald die Konjunktur im Ausland wieder anzieht. Das dürfte auch diesmal so sein, und dennoch ist es ratsam, fürs erste keine hohen Erwartungen zu hegen. Nach den Ergebnissen unserer Prognose wird die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in fast allen Ländern nur verhalten sein, das heißt, die ausländischen Absatzmärkte deutscher Unternehmen werden nur schwach expandieren.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß in den meisten Ländern die Konjunktur vom Privaten Verbrauch und von den Wohnungsbauinvestitionen angestoßen wird, nicht indes von den Investitionen der Unternehmen. Das Muster der konjunkturellen Erholung begünstigt also die deutsche Exportwirtschaft nicht. Fast drei Fünftel des Exports sind Investitionsgüter; auf diesem Feld haben deutsche Unternehmen ihre Stärken.

23*. Die Belebung im Exportgeschäft werden in erster Linie die Unternehmen in den alten Bundesländern spüren. Die meisten Unternehmen in den neuen Bundesländern sind noch stark auf den Osthandel fixiert, der schwach bleiben wird. Nur Betriebe, die ihr Produktionssortiment schon umgestellt oder im Westen neue Vertriebsmöglichkeiten erschlossen haben, können auf steigende Exportaufträge hoffen. Das sind bisher offenbar noch nicht viele.

Die Exportentwicklung wird deshalb nicht einheitlich sein. In den alten Bundesländern wird sie wieder nach oben zeigen. Wir rechnen damit, daß die Ausfuhr von Waren und Diensten (ohne die Lieferung nach Ostdeutschland) im Verlauf des Jahres 1992 mit einer Rate von 6 vH expandieren wird; für den Durchschnitt des Jahres rechnen wir mit einer Rate von 4½ vH. In den neuen Ländern dürfte die Ausfuhr nach dem kräftigen Einbruch zwar wieder leicht steigen (Tabelle C). Die gravierenden Absatzprobleme der ostdeutschen Unternehmen, die auf mangelnder Wettbewerbsfähigkeit beruhen, werden dadurch freilich nicht behoben (Tabelle D).

24*. Der Export wird nur dann Schwung in die Konjunktur bringen können, wenn die Investitionen mitziehen. Dazu müssen auch andere Rahmenbedingungen, wie die Ertragslage und die Finanzierungskonditionen, in den Augen der Investoren hinreichend günstig erscheinen. Ob das im nächsten Jahr der Fall sein wird, ist fraglich. Die Gewinne sind in diesem Jahr erstmals seit längerer Zeit wieder unter Druck geraten, wenn auch nicht durchgängig in allen Branchen und im Durchschnitt nicht so stark, daß die Investitionsneigung nachhaltig beeinträchtigt wäre.

25*. Die Investitionstätigkeit bleibt nach unserer Einschätzung zwar beachtlich hoch, aber die Zuwachsraten werden deutlich kleiner ausfallen als in diesem Jahr. In den alten Bundesländern dürften sie sich bei den Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft etwa halbieren. Nur in den neuen Bundesländern zeichnet sich eine zunehmende Investitionsbereitschaft ab; insbesondere die Unternehmen mit Sitz in Westdeutschland legen ein bemerkenswertes Engagement an den Tag.

26*. Positiv ist zu bemerken, daß es keine Anzeichen dafür gibt, daß die Abschwächung der Investitionsdynamik in den alten Bundesländern auf die neuen Bundesländer übergreifen könnte. Im Gegenteil, nach allem, was bisher bekannt ist, werden dort die Investitionen kräftig ausgeweitet werden. Überschlägig geschätzt werden im nächsten Jahr in den neuen Bundesländern etwa 87 Mrd DM in Ausrüstungen und Bauten investiert; nach Abzug von Preissteigerungen ist das etwa ein Viertel mehr als in diesem Jahr. Zum Vergleich: Die Zuwachsrate in den alten Bundesländern veranschlagen wir nur auf gut 2½ vH. Trotzdem wird die Investitionssumme, pro Einwohner gerechnet, in den neuen Bundesländern mit rund 5 000 DM nur gut die Hälfte von denjenigen in den alten Bundesländern betragen.

27*. Die Entwicklung bei den Bauinvestitionen schätzen wir ähnlich ein wie die bei den Ausrüstungsinvestitionen — eine verlangsamte Zunahme in Westdeutschland und eine sprunghafte Zunahme in Ostdeutschland. In den alten Bundesländern wird sich die Zuwachsrate von reichlich 3½ vH in diesem Jahr auf knapp 2 vH im nächsten Jahr etwa halbieren, in den neuen Bundesländern wird sie sich dagegen mehr als verdoppeln und knapp 20 vH betragen. Westdeutsche Bauunternehmen werden sich deshalb verstärkt in Ostdeutschland nach Aufträgen umsehen.

Die Abflachung der Baukonjunktur in den alten Bundesländern wird alle Bereiche erfassen — den Wohnungsbau, den gewerblichen Bau und den öffentlichen Bau. Die öffentlichen Bauinvestitionen dürften im nächsten Jahr sogar spürbar schrumpfen, nachdem sie in diesem Jahr stagnierten. In den neuen Bundesländern werden neben den gewerblichen Investitionen gerade die öffentlichen Bauinvestitionen für Schub sorgen. Es spiegelt sich darin die Verlagerung staatlicher Investitionsmittel von Westdeutschland nach Ostdeutschland. Keinerlei Anzeichen sehen wir, wie erwähnt, für eine Belebung im ostdeutschen Wohnungsneubau.

28*. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt läßt sich schwer sagen, wie die Abschwächung der Investitionsdynamik zu bewerten ist: Ob sie, wie es in der Prognose angenommen wird, vorübergehend ist, oder ob sie sich ins übernächste Jahr fortsetzt. Darüber wird bei den Lohnverhandlungen im nächsten Jahr mitentschieden. Ein ähnlich starker Lohnkostenschub wie in diesem Jahr würde vermutlich schwerwiegende Folgen für die Investitionen und die Beschäftigung haben.

29*. Es ist derzeit noch völlig offen, welchen Kurs die Lohnpolitik im nächsten Jahr einschlagen wird — ob sich die Lohnentwicklung wieder dem Produktivitätspfad nähert, oder ob sie sich von ihm weiter entfernt. Auf alle Fälle werden die Tarifverhandlungen nicht einfach werden. Was die Verhandlungen vermutlich erschweren wird: Sie werden im Umfeld hoher Preissteigerungsraten ausgetragen. Bei der Durchrechnung der Prognose sind wir von der Annahme ausgegangen, daß den Tarifparteien ein erster Schritt in Richtung auf stabilisierungskonforme Löhne gelingen wird. Konkret heißt das: Die tariflichen Stundenlöhne

Tabelle C

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Westdeutschland

Schätzung für das 2. Halbjahr 1991 und Vorausschau auf das Jahr 1992
Absolute Werte

	Einheit	1990	1991	1992	1991		1992	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 299,2	1 374,5	1 456,5	666,7	707,5	700,5	755,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	443,1	463,0	491,5	216,0	247,0	229,5	262,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	509,5	569,0	614,5	266,0	303,0	285,0	330,0
Ausrüstungen	Mrd DM	234,5	264,0	280,5	122,4	141,5	129,0	151,5
Bauten	Mrd DM	275,0	305,0	334,0	143,6	161,5	155,5	178,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	+ 19,5	+ 29,0	+ 14,5	+ 22,6	+ 6,5	+ 14,5	− 0
Außenbeitrag	Mrd DM	+ 154,2	+ 181,5	+ 200,5	+ 85,3	+ 96,0	+ 101,0	+ 99,5
Ausfuhr	Mrd DM	872,9	1 008,5	1 081,5	489,9	518,5	529,5	552,5
darunter: nach Ostdeutschland	Mrd DM	75,8	191,0	209,0	89,6	101,5	103,5	105,5
Einfuhr	Mrd DM	718,7	827,0	881,0	404,6	422,5	428,5	452,5
darunter: aus Ostdeutschland	Mrd DM	16,7	32,0	39,5	14,8	17,5	18,0	21,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	2 425,5	2 617,0	2 777,5	1 256,6	1 360,5	1 330,0	1 447,5
In Preisen von 1985:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 211,1	1 237,5	1 261,5	607,2	630,5	610,5	650,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	390,5	388,5	396,0	191,1	197,5	194,5	201,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	458,6	489,5	503,0	231,6	258,0	236,0	267,0
Ausrüstungen	Mrd DM	220,9	243,0	252,0	113,8	129,5	117,0	135,5
Bauten	Mrd DM	237,7	246,5	250,5	117,8	128,5	119,0	132,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	+ 22,5	+ 30,5	+ 16,0	+ 24,5	+ 6,0	+ 16,5	− 0,5
Außenbeitrag	Mrd DM	+ 56,0	+ 64,5	+ 79,0	+ 30,4	+ 34,5	+ 42,5	+ 36,5
Ausfuhr	Mrd DM	844,0	954,5	999,5	467,7	487,0	493,5	506,0
darunter: nach Ostdeutschland	Mrd DM	72,3	180,0	191,5	85,2	94,5	95,5	96,0
Einfuhr	Mrd DM	788,1	890,0	921,0	437,3	452,5	451,0	469,5
darunter: aus Ostdeutschland	Mrd DM	15,6	29,0	35,0	13,5	15,5	16,0	18,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	2 138,7	2 211,0	2 255,0	1 084,8	1 126,0	1 099,5	1 155,5
Realwert des Bruttosozialprodukts[1]	Mrd DM	2 224,1	2 306,0	2 345,5	1 131,2	1 174,5	1 144,0	1 201,5
Preisentwicklung (Deflator)								
Privater Verbrauch	1985 = 100	107,3	111,0	115,5	109,8	112,5	115,0	116,0
Bruttosozialprodukt	1985 = 100	113,4	118,5	123,0	115,8	121,0	121,0	125,5
Letzte inländische Verwendung	1985 = 100	109,1	113,5	118,5	111,1	116,0	116,5	120,5
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige (Inland)	1 000	28 433	29 305	29 590	29 027	29 580	29 395	29 785
nachr.: Pendlersaldo mit Ostdeutschland	1 000	89	365	525	282	450	525	525
Arbeitszeit[2]	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985	Mrd DM	2 119,7	2 198,0	2 247,5	1 075,7	1 122,0	1 095,5	1 152,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	1 313,9	1 422,5	1 502,5	661,5	761,0	700,0	802,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	557,5	574,0	591,0	298,0	276,0	297,5	293,5
Volkseinkommen	Mrd DM	1 871,5	1 996,5	2 094,0	959,5	1 037,0	998,0	1 096,0
Reales Volkseinkommen[1]	Mrd DM	1 716,1	1 759,5	1 768,0	863,7	895,5	858,0	910,0
Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit[3]	Mrd DM	743,0	782,5	819,0	368,9	413,5	376,0	442,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	473,6	480,0	491,5	254,7	225,0	250,0	241,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[4]	Mrd DM	1 508,8	1 590,0	1 674,5	777,6	812,0	803,5	870,5

1) Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Deflator der letzten inländischen Verwendung (1985 = 100).
2) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.
3) Nettolohn- und -gehaltssumme.
4) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

noch Tabelle C

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Westdeutschland
Schätzung für das 2. Halbjahr 1991 und Vorausschau auf das Jahr 1992
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1990	1991	1992	1991		1992	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen							
Privater Verbrauch	+ 7,4	+ 6	+ 6	+ 6,6	+ 5	+ 5	+ 7
Staatsverbrauch	+ 5,8	+ 4½	+ 6	+ 4,2	+ 5	+ 6	+ 6
Anlageeinvestitionen	+ 12,9	+ 11½	+ 8	+ 11,7	+ 11½	+ 7	+ 9
Ausrüstungen	+ 14,5	+ 12½	+ 6½	+ 14,2	+ 11	+ 5½	+ 7
Bauten	+ 11,5	+ 11	+ 9½	+ 9,7	+ 12	+ 8½	+ 10½
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+ 10,8	+ 15½	+ 7½	+ 17,7	+ 13½	+ 8	+ 6½
Einfuhr	+ 11,7	+ 15	+ 6½	+ 17,5	+ 13	+ 6	+ 7
Bruttosozialprodukt	+ 8,0	+ 8	+ 6	+ 8,7	+ 7	+ 6	+ 6½
In Preisen von 1985:							
Privater Verbrauch	+ 4,7	+ 2	+ 2	+ 3,5	+ 1	+ ½	+ 3½
Staatsverbrauch	+ 2,1	− ½	+ 2	− 0,3	− ½	+ 1½	+ 2
Anlageinvestitionen	+ 8,8	+ 6½	+ 2½	+ 7,2	+ 6½	+ 2	+ 3½
Ausrüstungen	+ 12,9	+ 10	+ 3½	+ 12,4	+ 8	+ 2½	+ 4½
Bauten	+ 5,3	+ 3½	+ 2	+ 2,6	+ 4½	+ 1	+ 2½
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+ 9,9	+ 13	+ 4½	+ 15,4	+ 11	+ 5½	+ 4
Einfuhr	+ 11,9	+ 13	+ 3½	+ 15,4	+ 10½	+ 3	+ 4
Bruttosozialprodukt	+ 4,5	+ 3½	+ 2	+ 4,5	+ 2½	+ 1½	+ 2½
Realwert des Bruttosozialprodukts[1]	+ 4,9	+ 3½	+ 1½	+ 4,8	+ 2½	+ 1	+ 2½
Preisentwicklung (Deflator)							
Privater Verbrauch	+ 2,6	+ 3½	+ 4	+ 3,0	+ 4	+ 4½	+ 3½
Bruttosozialprodukt	+ 3,4	+ 4½	+ 4	+ 4,0	+ 5	+ 4½	+ 3½
Letzte inländische Verwendung	+ 2,9	+ 4	+ 4½	+ 3,7	+ 4½	+ 4½	+ 4
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige (Inland)	+ 2,9	+ 3	+ 1	+ 3,2	+ 3	+ 1½	+ ½
Arbeitszeit[2]	− 1,3	− 1	− ½	− 1,6	− 1	− ½	− 0
Arbeitsvolumen	+ 1,6	+ 2	+ ½	+ 1,5	+ 2	+ ½	+ ½
Produktivität	+ 3,1	+ 2	+ 2	+ 2,9	+ 1	+ 1½	+ 2
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985	+ 4,7	+ 3½	+ 2½	+ 4,5	+ 3	+ 2	+ 2½
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 7,5	+ 8½	+ 5½	+ 8,1	+ 8½	+ 6	+ 5½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 8,8	+ 3	+ 3	+ 6,5	− ½	− 0	+ 6½
Volkseinkommen	+ 7,9	+ 6½	+ 5	+ 7,6	+ 6	+ 4	+ 5½
Reales Volkseinkommen[1]	+ 4,8	+ 2½	+ ½	+ 3,8	+ 1½	− ½	+ 1½
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit[3]	+ 10,7	+ 5½	+ 4½	+ 6,2	+ 4½	+ 2	+ 7
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 12,1	+ 1½	+ 2½	+ 6,4	− 4	− 2	+ 7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[4]	+ 9,1	+ 5½	+ 5½	+ 6,8	+ 4	+ 3½	+ 7

1) Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Deflator der letzten inländischen Verwendung (1985 = 100).
2) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.
3) Nettolohn- und -gehaltssumme.
4) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Tabelle D

Zur voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland

	1991[1]	1992[1]	1990	1991[1]		1992[1]		1991[1]	1992[1]		1992[1]
			2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	
	Mrd DM							Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in vH			
	in jeweiligen Preisen										
Privater Verbrauch	208½	245	91,7	95½	113	117¼	127½	*23*	*23*	*13*	*17½*
Staatsverbrauch	87½	95	36,6	39½	48	45	50	*31*	*14*	*4*	*8½*
Anlageinvestitionen	65½	87	23,8	30	35½	40½	46½	*49½*	*35½*	*31*	*33*
Ausrüstungen	33	44	9,6	15	18	21	23	*87*	*40*	*28*	*33½*
Bauten	32½	43	14,1	15	17½	19½	23½	*24*	*31½*	*34½*	*33*
Vorratsveränderung	14	12	– 8,9	8	6	9	3	X	X	X	X
Letzte inländische Verwendung	375½	439	143,2	173	202½	212	227	*41½*	*22½*	*12*	*17*
Außenbeitrag	– 152	– 163½	– 37,9	– 71½	– 80½	– 81½	– 82	X	X	X	X
Ausfuhr	54½	65	32,7	25	29½	31	34	*– 10½*	*23*	*16*	*19½*
Einfuhr	206½	228½	70,6	97	109½	112½	116	*55½*	*16*	*5½*	*10½*
Bruttosozialprodukt	223½	275½	105,3	101½	122	130½	145	*16*	*29*	*19*	*23½*
	in Preisen vom 2. Halbjahr 1990										
Privater Verbrauch	180½	195	91,7	85½	95	95	100	*3½*	*11*	*5½*	*8*
Staatsverbrauch	77½	74	36,6	37	40½	36½	38	*10½*	*– 2½*	*– 6½*	*– 4½*
Anlageinvestitionen	61	76	23,8	28½	32½	36	40	*37*	*27*	*22½*	*24½*
Ausrüstungen	32	42	9,6	15	17½	20	21½	*81*	*36*	*25*	*30*
Bauten	29	34	14,1	13½	15	16	18	*7*	*17½*	*20*	*18½*
Vorratsveränderung	14	12½	– 8,9	8	6	9½	3	X	X	X	X
Letzte inländische Verwendung	333	357½	143,2	159½	173½	177	180½	*21*	*11*	*4*	*7½*
Außenbeitrag	– 151	– 158½	– 37,9	– 71½	– 79½	– 79½	– 78½	X	X	X	X
Ausfuhr	53½	62	32,7	25	28½	29½	32	*– 13*	*19*	*13*	*16*
Einfuhr	204½	220	70,6	96½	108	109½	110½	*53*	*13*	*2½*	*7½*
Bruttosozialprodukt	182	199½	105,3	88	94	97½	102	*– 10½*	*11*	*8½*	*9½*
Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen	10½	15	0,8	3½	7	7	8	X	X	X	X
Bruttoinlandsprodukt	171½	184	104,5	84½	87	90½	94	*– 16½*	*7*	*7½*	*7½*
	Preisentwicklung 2. Halbjahr 1990 = 100										
Privater Verbrauch	115½	125½	100	111½	119½	123½	127½	*19½*	*10½*	*7*	*8½*
Letzte inländische Verwendung	112½	123	100	108½	116½	120	125½	*16½*	*10½*	*8*	*9*
Bruttosozialprodukt	123	138½	100	115½	129½	134½	142	*29½*	*16*	*9½*	*12½*

[1] Eigene Schätzung.

werden in den alten Bundesländern im nächsten Jahr um durchschnittlich 5½ vH angehoben; in diesem Jahr waren es fast 7 vH. Die Lohnstückkosten — wir veranschlagen die Zunahme der Arbeitsproduktivität auf knapp 2 vH — werden danach um 3½ vH steigen; das ist immer noch recht kräftig, aber nicht mehr so kräftig wie zuletzt (fast 5 vH).

Für die Lohnentwicklung in den neuen Bundesländern sind die Abschlüsse in den alten Bundesländern zur Zeit nicht Richtschnur. Sie sind aber insofern von Bedeutung, als das Lohniveau im Westen die Zielgröße ist, die die Tarifpolitik im Visier hat. Häufig gibt es Stufenpläne, nach denen die schrittweise Angleichung der Löhne im Osten an die im Westen innerhalb einer Frist von wenigen Jahren vorgesehen ist. Danach dürften zur Jahresmitte 1992 die meisten Arbeitnehmer in Ostdeutschland knapp 70 vH des westdeutschen Tarifniveaus erreicht haben, in einigen Bereichen aber auch schon 80 vH und mehr, wobei allerdings der Abstand bei den Effektivlöhnen deutlich größer ist. Überschlägig geschätzt werden sich im nächsten Jahr die effektiven Stundenlöhne um 20 vH bis 25 vH erhöhen — das ist weitaus mehr, als die meisten ostdeutschen Unternehmen werden verkraften können.

30*. Eilt die Lohnentwicklung der Produktivitätsentwicklung voraus, dann versuchen die Unternehmen, dem Druck auf die Gewinne durch Preisanhebungen auszuweichen. Falls ihnen dies nicht gelingt, werden sie sich bei der Einstellung von Personal zurückhalten oder sogar Personal abbauen. Nach der Prognoserechnung wird der Druck auf die Gewinne nicht nachlassen. Wir erwarten deshalb, daß die kräftige Einstellungswelle in den alten Bundesländern im nächsten Jahr ausläuft.

In den neuen Bundesländern wird die Entwicklung auch im nächsten Jahr noch von einem starken Personalabbau in fast allen Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung dominiert. Dieser Prozeß ist die unvermeidliche Begleiterscheinung der wirtschaftlichen Erneuerung; noch immer haben zu viele Unternehmen und staatliche Stellen zuviel Personal. Aber es gibt

auch einen ersten Silberstreif am Horizont. Im nächsten Jahr wird die Freisetzungswelle abebben. Gegen Ende 1992, so hoffen wir, könnte sich die Anzahl der Freisetzungen und der Neueinstellungen ausbalancieren.

31*. Alles in allem rechnen wir damit, daß im Verlauf des nächsten Jahres in den neuen Bundesländern per saldo weitere 310 000 Arbeitskräfte freigesetzt werden. In den alten Bundesländern werden in dieser Zeit noch 150 000 Stellen zusätzlich besetzt werden. Da sich das Arbeitskräfteangebot vor allem durch den Zustrom von Aussiedlern und Asylbewerbern erhöhen wird — in beiden Teilen Deutschlands zusammen um schätzungsweise 250 000 Personen —, müßte rein rechnerisch die Anzahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen kräftig zunehmen. Die Zusammenhänge zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage auf der einen und Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite sind indes sehr komplex. So ist bisher nach wie vor ein Teil der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland verdeckt und wird in Form von Kurzarbeit, Qualifizierungsmaßnahmen oder Arbeitsbeschaffungsprogrammen aufgefangen. Es ist schwer zu prognostizieren, welche Verschiebungen zwischen offener und verdeckter Arbeitslosigkeit stattfinden werden. Die Anzahl der statistisch ausgewiesenen Arbeitslosen dürfte aber zunächst recht kräftig steigen, wenn wie vorgesehen, die bisherige Kurzarbeiterregelung Ende dieses Jahres ausläuft (Tabelle E).

32*. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist nicht nur Ergebnis des wirtschaftlichen Geschehens, sondern sie nimmt selbst darauf Einfluß. Wenn im nächsten Jahr die Beschäftigung in den alten Bundesländern nur noch wenig steigen und in den neuen Bundesländern weiter sinken wird, wirkt sich das dämpfend auf die Zunahme der Einkommen in der Summe und damit auf die Zunahme des Privaten Verbrauchs aus. In unserer Prognose stellt sich das wie folgt dar:

- In den alten Bundesländern werden die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer vor allem wegen der nicht mehr so günstigen Beschäftigtenentwicklung mit etwa 5½ vH deutlich schwächer zunehmen als in diesem Jahr (knapp 8½ vH). Die Nettoeinkommen werden sich, trotz der Senkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung ab dem 1. Januar 1992, sogar nur um gut 4½ vH erhöhen, vor allem wegen der Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs. Das wird allerdings dadurch ausgeglichen, daß die staatlichen Einkommensübertragungen kräftig aufgestockt werden. So wird das Kindergeld erhöht, und die Bezugsdauer für das Erziehungsgeld wird verlängert. Alles in allem werden deshalb die verfügbaren Einkommen mit knapp 5½ vH nicht nennenswert schwächer steigen als in diesem Jahr.
- In Ostdeutschland wird die Einkommensentwicklung durch die starke Anhebung der Löhne und — in deren Schlepptau — auch der Transfereinkommen geprägt. Der Rückgang bei der Beschäftigung wird dadurch mehr als überspielt. Überschlägig geschätzt werden die Nettolohn- und -gehalts-

Tabelle E

Die voraussichtliche Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt 1991 und 1992[1])
Tausend

	Westdeutschland[2])		Ostdeutschland[3])		Insgesamt	
	1991	1992	1991	1992	1991	1992
Erwerbspersonen (im Inland)	31 005	31 485	8 165	7 885	39 170	39 370
davon:						
Arbeitslose	1 700	1 895	915	1 350	2 615	3 245
Erwerbstätige	29 305	29 590	7 250	6 535	36 555	36 125
Selbständige	2 975	2 965	515	590	3 490	3 555
Beschäftigte Arbeitnehmer	26 330	26 625	6 735	5 945	33 065	32 570
Nachrichtlich: Pendlersaldo[4])	265	425	− 365	− 525	− 100	− 100
Arbeitslosenquote (vH) bezogen auf						
– alle Erwerbspersonen[5])	*5½*	6	*10½*	*16*	x	x
– die abhängigen Erwerbspersonen[6])	6	*6½*	*11½*	*17½*	x	x
Kurzarbeiter	145	225	1 640	915	x	x
Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	85	75	185	400	x	x

1) Jahresdurchschnitte. Eigene Schätzung; Inlandskonzept in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
2) Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein.
3) Neue Bundesländer einschließlich Berlin (Ost).
4) Negatives Vorzeichen bedeutet, daß mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für Westdeutschland: Pendlersaldo mit Ostdeutschland und mit dem Ausland. Für Ostdeutschland: Pendlersaldo mit Westdeutschland und mit dem Ausland.
5) Arbeitslose in vH aller Erwerbspersonen (Inländer).
6) Arbeitslose in vH der abhängigen Erwerbspersonen (Inländer).

summe um 13 vH und die Summe der Transfereinkommen sogar um 35 vH zunehmen. Alles in allem dürften die ostdeutschen Haushalte im kommenden Jahr über ein Einkommen verfügen, das etwa um ein Viertel höher ist als in diesem Jahr, trotz sinkender Beschäftigung und steigender Arbeitslosigkeit.

33*. Die Aussichten, daß sich der Preisanstieg im nächsten Jahr deutlich abflachen könnte, sind nicht gut. Wir schätzen, daß die Verbraucherpreise in den alten Bundesländern im Verlauf des nächsten Jahres (Jahresende 1992 gegen Jahresende 1991 gerechnet) mit einer Rate von 3½ vH steigen werden. Das ist etwa die gleiche Rate, die sich für dieses Jahr vermutlich ergeben hätte, wenn nicht einige Verbrauchsteuern erhöht worden wären. Der „fiskalische Preissprung" ist allerdings nicht nur in diesem Jahr spürbar gewesen, sondern er wirkt auch noch ins nächste Jahr hinein: Ende 1991 wird der Preisindex für die Lebenshaltung schon um 2 vH höher sein als im Jahresmittel (Überhang). Das drückt sich im ersten Halbjahr 1992 in hohen Steigerungsraten gegenüber dem Vorjahr aus. Mit der aktuellen Preisentwicklung hat das nichts zu tun, sie wird durch diese Raten überzeichnet.

In den neuen Bundesländern werden Steigerungsraten beim Preisindex für die Lebenshaltung im Vorjahresvergleich deutlich höher sein. Der Grund dafür ist, daß in jüngster Zeit eine Reihe von Verbrauchersubventionen abgebaut wurden. Dadurch sind vor allem die Mieten, die Energiepreise, die Verkehrstarife sowie die Gebühren für einige kommunale Dienstleistungen, die bisher noch unentgeltlich oder weit unter Kostenpreisen erbracht wurden, sprunghaft gestiegen.

34*. Wie in diesem Jahr so wird auch im nächsten Jahr die Ausgabenentwicklung bei den öffentlichen Haushalten (einschließlich der Sozialversicherung) von den für das Beitrittsgebiet aufzubringenden Leistungen bestimmt. Dabei werden die Bruttoleistungen für die neuen Bundesländer insgesamt um 31 vH auf 225 Mrd DM steigen, die Nettoleistungen in der engeren Abgrenzung um 28½ vH auf 145 Mrd DM. Die Verwendungsstruktur der Ausgaben wird sich kaum ändern, so daß die Sorge über eine zu starke konsumtive Verwendung aktuell bleibt. Allein 40 vH der Zahlungen für die neuen Bundesländer gehen aufgrund von Leistungsgesetzen — in Form von Wohngeld, Kindergeld oder Vorruhestandsgeld — und über die Sozialversicherung direkt an die Bevölkerung. Eine deutliche Ausweitung der investiven Verwendung wird deshalb kaum über eine Umschichtung der vorgesehenen Mittel zu erreichen sein, allenfalls kann dieser Anteil über eine entsprechende Zweckbindung der direkt an die Haushalte der ostdeutschen Länder gehenden Zahlungen etwas erhöht werden.

35*. Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts wird nach unserer Einschätzung im nächsten Jahr mit 131 Mrd DM etwas niedriger ausfallen als in diesem Jahr (Tabelle F). Die Sorgen über die hohe Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften werden dadurch aber nicht kleiner. Die Defizitquote wird 1992 mit 4,3 vH etwas unter Vorjahresniveau liegen, die Zinslastquote hingegen von 8 vH auf 8,7 vH steigen. Der Ausgabenspielraum in den öffentlichen Haushalten wird somit weiter durch Zinszahlungen eingeschränkt. Anders als in diesem Jahr wird im kommenden Jahr auch die Sozialversicherung mit einem beträchtlichen Defizit abschließen. Ferner wird sich die Treuhandanstalt mit 30 Mrd DM kräftiger verschulden müssen, während die Post und die Bahn in ähnlichem Umfang wie in diesem Jahr Kredite aufnehmen werden. Alles in allem wird der Kapitalmarkt im nächsten Jahr mit reichlich 200 Mrd DM in wesentlich stärkerem Maße vom Staatssektor in Anspruch genommen werden, als dies im Jahre 1991 der Fall war.

Tabelle F

Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte in den Jahren 1991 und 1992[1])

Bundesrepublik Deutschland

	1991	1992
	Mrd DM	
Ausgaben	972	1 036
darunter:		
Zinsausgaben	78	90
Einnahmen	837	905
davon:		
Steuern	661	722
Sonstige Einnahmen	176	183
Finanzierungssaldo	− 135	− 131

[1]) In der Abgrenzung der Finanzstatistik. Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Kreditabwicklungsfonds, Fonds „Deutsche Einheit", Länder und Gemeinden.

36*. Zusammenfassend sehen wir gute Chancen, daß es mit der ostdeutschen Wirtschaft im kommenden Jahr wieder aufwärts geht — wenn auch zunächst nur mit der Produktion und noch nicht mit der Beschäftigung. Die Nachfrage wird von den Investitionen und vom Privaten Verbrauch kräftig angeschoben und, was wichtiger ist, der Aufbau eines wettbewerbsfähigen Angebots wird weiter vorankommen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion, das Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen, dürfte im Verlauf des nächsten Jahres mit einer respektablen Rate zunehmen, die sogar zweistellig ausfallen kann. Allerdings sollte man dies nicht überbewerten. Bei dem niedrigen Ausgangsniveau der gesamtwirtschaftlichen Produktion, besagt eine hohe Zuwachsrate für ein einzelnes Jahr nicht viel.

37*. In den alten Bundesländern wird das Bruttoinlandsprodukt im Verlauf des Jahres 1992 um etwa 3 vH und im Durchschnitt des Jahres um 2 vH bis 2½ vH zunehmen. Das wird nicht mehr ausreichen, die Sachkapazitäten voll auszulasten, die — trotz nachlassender Investitionsdynamik — noch kräftig wachsen werden, schätzungsweise um reichlich 3 vH. Denn in den letzten Jahren ist allenthalben mit dem Ausbau vorhandener und dem Aufbau neuer Kapazitäten begonnen worden, von denen ein großer Teil im nächsten Jahr erst fertiggestellt wird.

38*. Zur Deckung der Inlandsnachfrage wird die deutsche Wirtschaft auch im nächsten Jahr in steigendem Maße auf ausländische Angebote zurückgreifen, aber der Import-Boom, der in den letzten anderthalb

Jahren das Bild prägte, ist wohl vorbei. Trotz verlangsamt steigender Importe und rascher steigener Exporte wird das vereinte Deutschland im nächsten Jahr wieder ein Defizit in der Leistungsbilanz aufweisen, wenn auch voraussichtlich ein kleineres als in diesem Jahr.

Wirtschaftspolitik für 1992 und danach

Die politische Führung in besonderer Verantwortung

(Ziffern 259 ff.)

39*. Große Aufgaben stehen in den kommenden Jahren an. Der politischen Vereinigung möglichst rasch das wirtschaftliche und soziale Zusammenwachsen von alten und neuen Bundesländern folgen zu lassen, ist dabei an erster Stelle zu nennen. Zugleich gilt es, der Mitverantwortung gerecht zu werden, die der Bundesrepublik für den europäischen Integrationsprozeß zukommt.

Mit der Verfolgung von Partikularinteressen und dem Festhalten an altgewohnten Prioritäten sind diese Aufgaben nicht zu lösen. Was vordringlich ist, und was zurückstehen muß, ist in vielen Bereichen neu zu gewichten. Seit dem 3. Oktober 1990 ist die Bundesrepublik eine andere, als sie es vordem war; auch in den alten Bundesländern ist damit ein Umdenken gefordert. In einem Europa, das einer neuen wirtschaftlichen und politischen Ordnung zustrebt, sind nationale Belange zudem in neuem Licht zu sehen. Das eine wie das andere muß die politische Führung überzeugend deutlich machen und so mehr als bisher darauf hinwirken, daß alle, die auf das Wirtschaftsgeschehen Einfluß nehmen — staatliche Akteure wie Tarifvertragsparteien —, das Ihre zum Erfolg des Ganzen beitragen.

40*. Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern steht noch ganz im Zeichen der tiefgreifenden Umstellung von der früheren Planwirtschaft zur Wettbewerbswirtschaft. Die Erwartung derer, die geglaubt hatten, mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und einer gehörigen Anschubfinanzierung sei die sozialistische Wirtschaft der ehemaligen DDR binnen kurzem in eine blühende Marktwirtschaft zu verwandeln, hat, wie vorauszusehen, gründlich getrogen. Um so mehr ist nun Nüchternheit geboten.

Die Konkurrenzfähigkeit der meisten alten DDR-Betriebe hat sich als unzureichend erwiesen. Ferner ist deutlich geworden, daß selbst die Privatisierung und Sanierung der Wirtschaftseinheiten, die als erhaltenswert gelten können, nicht von heute auf morgen zu bewältigen ist. Wie viele der einstigen Staatsbetriebe noch schließen müssen, läßt sich nach wie vor nicht absehen. Auf der anderen Seite ist indes auch schon viel Neues im Entstehen, ob man nun die wachsenden Investitionen in die Infrastruktur sowie in neue Produktionsanlagen, die beachtliche Zahl von Existenzgründungen, die vielfältigen Maßnahmen zur Umschulung und Qualifizierung oder den Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltung als Beleg dafür nimmt. Bis dies alles seine volle Wirkung entfaltet und es auf breiter Front aufwärts geht, braucht es jedoch seine Zeit. Verunsicherung ist daher vielfach noch vorherrschend.

41*. So tief hatten sich die Menschen in den neuen Bundesländern den Absturz ihrer Wirtschaft und den Einschnitt in ihre persönlichen Lebensverhältnisse nicht vorgestellt. Die Sorge um den Arbeitsplatz belastet viele. Bedrückend ist für den einzelnen auch, daß im alten System erworbene Erfahrungen mit einem Schlage unbrauchbar geworden sind und bisherige Qualifikationen plötzlich nicht mehr zählen. Neue, oft völlig andere Fertigkeiten und Kenntnisse sind gefragt, ebenso andere Einstellungen und Verhaltensweisen. Risiken eingehen und eigenverantwortlich handeln fällt nicht leicht, wo Planerfüllung jahrzehntelang die Norm war. Es überrascht daher nicht, daß sich dies alles bei vielen Menschen zu der Vorstellung verdichtet, dem Staat obliege es, den Niedergang des Alten aufzuhalten, das erhaltenswert Scheinende zu bewahren und der Wirtschaft den Kurs vorzugeben.

42*. Richtig ist, daß der Staat beim Neuaufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern in der Pflicht ist. Auch in der Marktwirtschaft hat der Staat ja keine Zuschauerrolle. So wenig er abseits stehen kann, so wenig kann und darf er sich jedoch in einen Dirigismus drängen lassen oder in einer Fülle unkoordinierter, der Not der Stunde folgender Einzelmaßnahmen verzetteln. Es muß Klarheit herrschen, welcher Konzeption er bei seinen wirtschaftlichen Aktivitäten folgt und von welcher Perspektive für die Entwicklung der Wirtschaft im Osten Deutschlands er sich dabei leiten läßt.

Hier stehen sich zwei grundverschiedene Konzeptionen gegenüber:

- Die eine Konzeption ist wachstumsorientiert. Mit seiner Finanzpolitik sorgt der Staat für günstige steuerliche Investitionsbedingungen und für einen zügigen Ausbau der Infrastruktur in den neuen Bundesländern, wobei er die notwendigen Finanzmittel so aufbringt, daß dies bei einer stabilitätsgerechten Geldpolitik nicht Investoren an anderer Stelle verdrängt; die Arbeitsmarktpolitik fördert vordringlich Umschulung und Qualifizierung. Die Tarifparteien achten darauf, daß sie mit ihrer Lohnpolitik die bestehenden Beschäftigungsprobleme nicht noch verschärfen und die sozialpolitische Flankierung des Umstellungsprozesses nicht noch zusätzlich verteuern. Das gemeinsame Ziel bei dieser Konzeption ist, alles daran zu setzen, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft möglichst rasch verbessert. Welche neue Wirtschaftsstruktur sich dabei herausbildet, bleibt den Marktkräften überlassen.
- Die andere Konzeption ist stärker erhaltungsorientiert. Sie hat zwar auch das Ziel einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der neuen Bundesländer im Blick, sieht den Staat jedoch sowohl beim Abbau der alten als auch beim Aufbau der neuen Arbeitsplätze in einer lenkenden Rolle, nicht zuletzt, um die notwendige Anpassung für den einzelnen auf ein verträgliches Maß zu begrenzen. Zu dieser Konzeption gehört, daß möglichst viele alte Arbeitsplätze erhalten werden, solange es an genügend neuen fehlt. In Kauf genom-

men wird dabei, daß der Staat oder die Versichertengemeinschaft bei den Löhnen zuzahlen müssen, was der Markt nicht hergibt, und daß ein Engagement des Staates bei der Sanierung nicht privatisierungsfähiger Altbetriebe die Treuhandanstalt möglicherweise zu einer Dauereinrichtung als staatliche Industrieholding macht.

Die politische Führung kann nicht beiden Konzeptionen gleichzeitig folgen; sie muß sich für eine klar entscheiden.

43*. Am Anfang des Weges zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands wies die wachstumsorientierte Konzeption die wirtschaftspolitische Richtung. Die Rahmenbedingungen für das Investieren in den neuen Bundesländern zu verbessern, stand im Vordergrund; die Sicherung des sozialen Netzes sollte den notwendigen Umstellungsprozeß flankieren, ihn so fördern und nicht blockieren. Mit dem Ausmaß des Umstellungsbedarfs nahmen jedoch die Forderungen zu, diesen einzudämmen, und mit der Lautstärke solcher Forderungen stieg die Bereitschaft der Politik, dem nachzugeben. Das immer stärkere Drängen auf umfangreiche Sanierungsprogramme für Altbetriebe der Treuhandanstalt, die keinen Käufer finden, steht für das eine, die flächendeckende Errichtung sogenannter Beschäftigungsgesellschaften für das andere. Mehr und mehr überlagern somit Elemente der erhaltungsorientierten Konzeption die anfängliche Wachstumsorientierung.

44*. Die erhaltungsorientierte Konzeption mutet den Menschen in den neuen Bundesländern kurzfristig weniger Härten zu, mittelfristig aber um so größere, und macht sie zudem länger von Hilfe aus den alten Bundesländern abhängig. Die wachstumsorientierte Konzeption hingegen stellt kurzfristig zwar höhere Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit und Anpassungsbereitschaft, verspricht dafür aber ein rascheres Aufholen und eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West auf einem höheren Niveau der realen Einkommen. Das sollte der politischen Führung Anlaß geben, die wachstumsorientierte Konzeption wieder zum erklärten Leitbild für den Neuaufbau der ostdeutschen Wirtschaft zu nehmen und diese Entscheidung allen auch begreiflich zu machen. Die Illusion, daß schneller Aufbau und die Vermeidung von Anpassungshärten gleichzeitig möglich seien, sollte nicht länger genährt werden.

45*. Auch bei konsequenter Wachstumsorientierung läßt sich die grundlegende Erneuerung der ostdeutschen Wirtschaft, die nach mehr als vierzig Jahren des Sozialismus notwendig ist, nicht binnen zwei, drei Jahren schaffen. Die Wirtschaftspolitik muß sich also darauf einstellen, daß die neuen Bundesländer noch für geraume Zeit auf einen umfangreichen Mitteltransfer aus den alten Bundesländern angewiesen sein werden.

Um so mehr kommt es darauf an, die Wachstumskraft in den alten Bundesländern zu erhalten und die Stabilität des Geldwertes zurückzugewinnen. Daß dies 1991 gebührend im Blick gewesen wäre, kann man nicht sagen. Statt die finanzpolitischen Weichen umzustellen — weniger dringliche Staatsaufgaben zu verschieben und altgewohnte Subventionen einschneidend zu kürzen —, wurde das meiste beim alten belassen und das, was in immer größerem Umfang an Finanzhilfen für die neuen Bundesländer aufzubringen war, am Kapitalmarkt aufgenommen. Zeichen, daß die Prioritäten in der neuen Bundesrepublik andere sein müssen als in der alten, wurden so weder für die einzelnen staatlichen Ebenen noch für die private Wirtschaft gesetzt. Das spiegelt sich auch in der Lohnpolitik wider. Lohnsteigerungen, die nicht nur im Osten Deutschlands der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit weit vorauseilen, sondern auch im Westen den Produktivitätszuwachs deutlich übertreffen, sprechen nicht für besondere Rücksichtnahme auf die gewandelte Situation.

46*. Die Folge ist, daß die Ansprüche, die im Osten und Westen Deutschlands von Staat, privaten Haushalten und Unternehmen geltend gemacht werden, mehr und mehr in Konflikt zueinander stehen und in der Summe über den gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum hinausgehen. Das zeigt sich in der beschleunigten Geldentwertung; es zeigt sich ferner im hohen Zins wie in der niedrigeren Bewertung der D-Mark, beides auch Zeichen dafür, daß an den Finanzmärkten Befürchtungen aufgekommen sind, die deutsche Wirtschaftspolitik werde mit den Herausforderungen nicht fertig werden. Die Wirtschaftspolitik sollte das ernst nehmen.

47*. Wo es der Staat in der Hand hat, gesamtwirtschaftlich unvertretbare Ansprüche zurückzuweisen, sollte er nicht länger damit zögern. Alte Privilegien nicht weiter gewähren und neue versagen, strenge Sparsamkeit bei allen Ausgaben walten lassen und fürs erste keine neuen Felder für öffentliche Leistungen erschließen, die Belastung mit Steuern wie Abgaben in Grenzen halten und weniger Kredit aufnehmen — wenn die politische Führung ihre Fachressorts auf diesen Kurs zwingt, wird es ihr auch leichter fallen, von den gesellschaftlichen Gruppen Maßhalten bei deren Ansprüchen zu verlangen, die Tarifvertragsparteien eingeschlossen.

48*. Bei all dem darf der rasche Wandel nicht aus dem Blick geraten, in dem sich das Umfeld Deutschlands befindet. Rundum schreitet der Abbau nationaler Grenzen fort und mit ihm die Internationalisierung der Produktion wie die Globalisierung der Märkte. Das erhöht auf der einen Seite den Wettbewerbsdruck, verbessert auf der anderen Seite aber auch die Absatzmöglichkeiten von Unternehmen und die Entwicklungschancen von Regionen, die sich als konkurrenzfähig erweisen.

In ihrer ganzen Reichweite noch nicht annähernd abzuschätzen sind die Herausforderungen, die sich mit der Aufgabe stellen, die ehemals sozialistischen Volkswirtschaften in Osteuropa auf ihrem Reformkurs und bei ihrem Bestreben zu unterstützen, wirtschaftlichen Anschluß an den Westen zu finden. Nicht allein technische und finanzielle Hilfen sind gefragt; ebenso wichtig ist der Zugang zu den westlichen Absatzmärkten, ohne den die osteuropäischen Länder die notwendige Exportbasis nicht aufbauen und die Devisen nicht verdienen können, die sie zur Bezahlung von Importen wie für den Schuldendienst auf die ihnen gewährten Kredite brauchen. Ein Fehlschlagen der Anstrengungen der Reformländer hätte fatale Folgen für die wirtschaftliche und politische Stabilität in

ganz Europa, Folgen, die das benachbarte Deutschland mehr noch als andere Länder fürchten müßte. Eine massive Zuwanderungswelle wäre nicht das einzige Problem.

Ziele und Wirklichkeit
(Ziffern 269ff.)

49*. Mit der Erweiterung des deutschen Wirtschaftsraumes haben sich die wirtschaftlichen Bedingungen in ganz Deutschland verändert. Was es bedeutet, ungeschützt dem Wettbewerb ausgesetzt zu sein, haben die Produzenten in Ostdeutschland gleich nach dem 1. Juli 1990 schmerzlich erfahren. Was erforderlich ist, um in diesem Wettbewerb zu bestehen, läßt sich nur allmählich bewältigen. Auch in Westdeutschland hat sich das wirtschaftliche Umfeld verändert; neue Absatz- und Bezugsmärkte sind dazugekommen, neue Produktionsstandorte stellen sich zur Wahl. Inländischen wie ausländischen Investoren eröffnen sich im gesamten deutschen Wirtschaftsraum neue Investitionsfelder.

Der ostdeutsche Kapitalstock muß von Grund auf erneuert werden, und auch der westdeutsche ist an die neuen Produktionsbedingungen anzupassen. Für die Finanzierung der Investitionen steht der Bundesrepublik der Weltkapitalmarkt offen, doch hängen die Konditionen, zu denen sie Geldkapital in Anspruch nehmen kann, von der spezifischen Risikoeinschätzung der Kapitalgeber ab. In dieser Einschätzung hat es seit Anfang 1990 einen grundlegenden Wandel gegeben. Konnten deutsche Kreditnehmer sich bis dahin zu niedrigeren Zinsen verschulden als Kreditnehmer in vielen anderen Ländern, müssen sie seitdem höhere Zinsen zahlen. Entscheidend war hierfür die Erwartung einer starken Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch den Staat, und dies vorwiegend für in Ostdeutschland konsumtiv verwendete Transferzahlungen.

Beim Faktor Arbeit hat sich die deutsche Vereinigung grundverschieden auf Ostdeutschland und Westdeutschland ausgewirkt. In allen Regionen der neuen Bundesländer und bei den meisten Qualifikationen besteht ein großes Überangebot an Arbeitskräften; hierin spiegelt sich der Mangel an rentablen Arbeitsplätzen. Auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt konnte das — hauptsächlich auf Grund der Zuwanderungen und des Pendelns ostdeutscher Arbeitnehmer — erhöhte Angebot ohne große Schwierigkeiten absorbiert werden.

Ein hoher Zins in ganz Deutschland, ein aufnahmebereiter Arbeitsmarkt in Westdeutschland und ein hohes Überangebot an Arbeitskräften auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt: Das sind wichtige Eckpunkte, die Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik und Tarifpolitik in den nächsten Jahren zu beachten haben.

50*. Mit Blick auf die Ziele, an denen der Sachverständigenrat seine Urteilsfindung auszurichten hat — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum — ergibt sich zusammenfassend der folgende Befund:

- Das Ziel der **Geldwertstabilität** ist grob verletzt. Die Geldentwertung war in den alten Bundesländern im zweiten Halbjahr 1991 mit 4 vH die höchste seit zehn Jahren, und für das kommende Jahr ist nach unserer Prognose keine nennenswerte Besserung in Sicht. Deutschland steht international nicht mehr im vordersten Rang bei der Verteidigung der Geldwertstabilität.

  In den neuen Bundesländern fiel der Preisanstieg noch wesentlich stärker aus als in Westdeutschland. Hinter der größeren Teuerung für die ostdeutschen Privathaushalte steht jedoch nicht ein größerer allgemeiner Preisauftrieb — ein inflatorischer Prozeß —, sondern eine Entzerrung der Preisrelationen durch Abbau von Subventionen. Diese Preisbereinigung ist Teil der marktwirtschaftlichen Reform. Auch im kommenden Jahr wird der Preisanstieg in Ostdeutschland stärker sein als im Westen; die Unterschiede vermindern sich aber deutlich. Dem Kaufkraftverlust in Ostdeutschland werden nur zum Teil weitere Subventionskürzungen zugrunde liegen, hauptsächlich wird er durch erhebliche Lohnkostensteigerungen vorangetrieben, die sich in den Preisen örtlicher Waren und Dienste voll auswirken.

- Die westdeutsche Wirtschaft hat das Ziel eines **stetigen und angemessenen Wachstums** in den letzten Jahren nahezu erfüllt. Das zeigt das Wachstum der Produktionskapazität, das 1991 mit gut 3 vH den höchsten Wert seit 1973 erreichte und doppelt so hoch war wie noch zur Mitte der achtziger Jahre. Die wiedergewonnene Wachstumsdynamik ist nicht allein dem Investitionsaufschwung in den letzten Jahren zu verdanken, sondern auch der starken Zuwanderung und der größeren Anzahl von einpendelnden ostdeutschen Arbeitskräften. Mit der zunehmenden Dynamik sind allerdings auch die inflationären Verspannungen wieder größer geworden; zunehmende Verteilungskonflikte gefährden die Stetigkeit des Wachstums.

  Für die neuen Bundesländer ist das Ziel des angemessenen und stetigen Wachstums dahin zu interpretieren, wie schnell und beharrlich der Aufbau der neuen Wirtschaftsbasis vorangeht. Dieser Aufbau hat im Sommer 1991 eingesetzt und wird sich im kommenden Jahr verstärkt fortsetzen. Dahinter steht nicht nur die Beschleunigung der Investitionen in die Infrastruktur sowie in Produktions- und Vertriebsanlagen. Wichtig sind auch die Verbesserungen in der Organisation von Wirtschaft und Verwaltung sowie die fortschreitende Qualifizierung der Arbeitskräfte. Gemessen an dem Ziel, Lebensverhältnisse herzustellen, die denen der alten Länder gleichkommen, bedeutet der Produktionsanstieg 1992 nur einen kleinen Schritt; gemessen am desolaten Zustand der alten Wirtschaftsbasis, darf man das gleichwohl als beachtlich ansehen — und vor allem: Dem ersten Schritt können schnell größere folgen.

- Die alten Bundesländer sind beim Ziel eines **hohen Beschäftigungsstandes** ein gutes Stück vorangekommen. Gerade in den letzten drei Jahren, die mit 2,1 Millionen zusätzlich Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt ein Rekordergebnis brachten, hat

sich gezeigt, wie aufnahmefähig der westdeutsche Arbeitsmarkt ist. Die immer noch hohe Anzahl der registrierten Arbeitslosen (Ende 1991: 1,7 Millionen) steht nicht für eine massive Verfehlung des Beschäftigungszieles. Wie die schnelle Absorption des zusätzlichen Arbeitskräfteangebots aus der ehemaligen DDR, aus Osteuropa und aller Welt belegt, passen offensichtlich Arbeitsansprüche und Arbeitsmöglichkeiten vieler Arbeitsloser nicht zu dem, was auf den Arbeitsmärkten geboten wird. Das hat — vor allem bei den Langzeitarbeitslosen — viele Gründe, und es bleibt eine wichtige Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik, diesen Menschen zu helfen. Die Wirkungsmöglichkeiten der anderen wirtschaftspolitischen Bereiche scheinen hier erschöpft zu sein.

Der Zusammenbruch der alten Produktionsstrukturen hat in den neuen Bundesländern zu einer sehr hohen offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit geführt. Diese ist nicht Fehlentscheidungen der neuen Wirtschaftspolitik zuzuschreiben, sondern dem alten Regime. Es gab und es gibt keine Alternative zum Aufbau einer neuen Wirtschaftsbasis, die den Menschen gute Arbeit und guten Lohn bietet. Festhalten an den unrentablen alten Arbeitsplätzen wäre jedenfalls keine Alternative. Die Folgerung kann nur die sein, daß alles getan werden muß, um den Neuaufbau der Wirtschaftsbasis zügig voranzubringen und so die neuen Arbeitsplätze zu schaffen. In der Zeit bis dahin sind auch Entlastungen des ostdeutschen Arbeitsmarktes hilfreich; Pendeln nach Westdeutschland ist eine von ihnen. Die Möglichkeiten zu helfen, ohne den Aufbau der neuen Wirtschaftsbasis zu beeinträchtigen, sind freilich begrenzt.

— In der Passivierung der Leistungsbilanz ist kein Zeichen wirtschaftlicher Schwäche und keine Verfehlung des Zieles des **außenwirtschaftlichen Gleichgewichts** zu sehen.

Es paßt zum gewaltig gestiegenen internen Absorptionsbedarf, daß der Überschuß in der Leistungsbilanz — beziehungsweise sein Gegenstück, der hohe deutsche Netto-Kapitalexport — mittlerweile abgebaut worden ist. Der Umfang der in Deutschland zu lösenden Aufgaben zwingt die Bundesrepublik dazu, ihre Ersparnisse mit Vorrang für den wirtschaftlichen Aufbau im Osten des Landes zu verwenden statt für den Ausbau der Vermögensposition gegenüber dem Ausland. Problematisch ist indessen, daß der Umschwung in der Zahlungsbilanz weniger durch eine im Markt angelegte Verbesserung der Investitionschancen in Deutschland bewirkt worden ist als durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu Lasten der inneren Ersparnis. Der im Vergleich zum internationalen Kapitalmarkt hohe deutsche Zins zeigt eben nicht eine Verbesserung der Renditeerwartungen an, sondern die Marktreaktion auf die hohe Beanspruchung des Kapitalmarktes durch den Staat. Wenn diese nicht zurückgeführt werden sollte, wird der hohe Zins die Investitionen in Sachkapital beeinträchtigen. Er wird vor allem die zinsreagiblen Bereiche treffen — die Abschwächung im Bau von Einfamilienhäusern ist bereits eingetreten.

Die wirtschaftliche Integration in Deutschland: Perspektiven — Wege — Risiken

(Ziffern 285 ff.)

51*. Die Wirtschaftspolitik muß sich konsequent auf die grundlegend veränderten Gegebenheiten in Deutschland einstellen. Nach der politischen Einigung sind die Prioritäten nach einem gesamtdeutschen Maßstab neu zu setzen. Was in den alten Bundesländern vordem als dringlich galt, mag es weiterhin sein, doch nun eben nicht immer dringlich genug, um nicht hinter dem zurückstehen zu müssen, was in den neuen Bundesländern auf Verbesserung wartet:

— In der sektoralen Strukturpolitik stellt sich die Frage nach der Berechtigung überkommener Subventionen verschärft, wo diese nicht nur öffentliches Geld kosten, das an anderer Stelle dringend gebraucht wird, sondern zudem den Wettbewerb zu Lasten von Anbietern aus den neuen Bundesländern verzerren; die Subventionen für den westdeutschen Steinkohlebergbau sind hier das wichtigste, jedoch nicht das einzige Beispiel.

— In der regionalen Strukturpolitik muß die Erhöhung der Standortqualität strukturschwacher ostdeutscher Regionen Vorrang vor einer Förderung westdeutscher haben, die in gesamtdeutscher Betrachtung allemal besser dastehen; dazu gehört der beschleunigte Abbau der verbliebenen Zonenrandförderung ebenso wie eine Neuabgrenzung der Fördergebiete in den alten Bundesländern.

— In der Umweltschutzpolitik ist bei allen mit öffentlichem Geld geförderten Maßnahmen zu beachten, daß diese angesichts der immensen Altlasten, die der Sozialismus hinterließ, in den neuen Bundesländern vergleichsweise mehr bewirken als in den alten.

So lange die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft noch nicht an die der westdeutschen heranreicht, müssen auch in der Lohnpolitik andere Maßstäbe als bisher gelten. Wie rasch die Löhne in den neuen Bundesländern zu denen in den alten Bundesländern aufschließen können, ist dabei nicht die einzige Frage. Fragen müssen sich die Tarifvertragsparteien auch, was eine vertretbare Lohnsteigerung im Westen ist, wenn diese zugleich das Ausmaß des im Osten geltend gemachten Nachholanspruchs bestimmt und so die dortigen Beschäftigungsprobleme wesentlich mitbeeinflußt.

52*. Die Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen an die in den alten Bundesländern kann nicht auf Dauer durch Transferzahlungen erfolgen. In Ostdeutschland müßte dies den Willen, es aus eigener Kraft zu etwas zu bringen, über kurz oder lang erlahmen lassen, und in Westdeutschland wäre dafür nicht mit anhaltender politischer Zustimmung zu rechnen. Der Weg zur Angleichung der Lebensverhältnisse muß vielmehr über den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftsbasis in den neuen Bundesländern führen, die diesen Schritt für Schritt ein eigenständiges Vorwärtskommen und damit ein Aufholen ermöglicht. Auf Hilfe zur Selbsthilfe werden die neuen Bundesländer freilich — darüber sollte es keine falschen Erwartungen geben — sobald noch nicht verzichten können.

53*. Falsch wäre es, wenn sich der Staat in eine Politik drängen ließe, die Vorgaben machte, welche Wirtschaftszweige wo und wie stark in der neuen Wirtschaftsstruktur vertreten sein sollten, und wenn er ehemalige Staatsbetriebe, die keine Aussicht haben, wettbewerbsfähig zu werden, mit Dauersubventionen am Leben erhielte. Falsch wäre es auch, wenn es dabei bliebe, daß sich die Lohnpolitik mehr an den höheren Verdiensten in der westdeutschen Wirtschaft als am Leistungsvermögen der ostdeutschen Wirtschaft orientiert und es den Steuerzahlern oder der Versichertengemeinschaft überläßt, für die damit verbundenen negativen Beschäftigungsfolgen aufzukommen. Falsch wäre es ferner, wenn die Arbeitsmarktpolitik mit undifferenzierten Einkommensersatzleistungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen den Eindruck erweckte, es sei — wie im alten Wirtschaftssystem — Sache des Staates, jedem Arbeit zu geben, und eigene Initiative sei nicht dringlich.

Richtig und wichtig ist es hingegen, alles daran zu setzen, daß sich möglichst rasch viel private Initiative entfaltet. Dazu zählt, die Investitionstätigkeit nicht nur durch Steuervergünstigungen und Zulagen zu fördern, sondern ihr auch durch einen beschleunigten Ausbau der Infrastruktur und den Abbau institutioneller und administrativer Engpässe Hemmnisse aus dem Weg zu räumen. Ebenso gilt es, die Privatisierung der im Besitz der Treuhandanstalt befindlichen Altbetriebe tatkräftig voranzutreiben, die Standortattraktivität, insbesondere von Problemregionen, zügig zu verbessern und in der Arbeitsmarktpolitik die Förderung von Umschulung und beruflicher Weiterbildung an die erste Stelle zu setzen.

54*. Mit Blick auf die westdeutsche Wirtschaft stellt sich die Aufgabe, die Wachstumsdynamik, die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre als Folge verbesserter Angebotsbedingungen erreicht wurde, aufrechtzuerhalten und nicht erlahmen zu lassen. Gesichert ist das nicht.

- Weil es dem Staat nicht gelungen ist, die Prioritäten neu zu setzen und seine Ausgaben entsprechend umzuschichten, mußte er Steuerzahler wie Beitragszahler mit höheren Abgaben belasten und vor allem massiv Kredit aufnehmen; das mindert den Anreiz, mehr zu leisten, und senkt die Rentabilität der wachstumsnotwendigen Investitionen, indem es diese zinsbedingt verteuert.
- Weil die Tarifvertragsparteien Lohnsteigerungen vereinbart haben, die durch den Produktivitätszuwachs nicht gedeckt sind, ist das Kostenniveau verstärkt gestiegen; das geht zu Lasten der Unternehmenserträge oder zu Lasten des Geldwertes, was weitere Verteilungskämpfe schürt, mit der Folge, daß direkt oder indirekt auch von daher Beeinträchtigungen des Investitionsklimas drohen.

Hier gilt es gegenzusteuern, bevor aus einer Gefährdung der Wachstumskräfte eine nachhaltige Wachstumsabschwächung wird.

55*. An der Entwicklung des Geldwertes wird sich erweisen, inwieweit es gelingt, die Ansprüche, die private Konsumenten und Investoren zusammen mit dem Staat an das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential stellen, im Jahre 1992 und danach so einzudämmen, daß sie zu dessen Umfang und zu dessen weiterem Wachstum passen. Zur Lösung der stabilisierungspolitischen Aufgabe müssen alle Bereiche der Wirtschaftspolitik beitragen; sie wird dabei um so eher gelingen, je mehr sich ein jeder darauf verlassen kann, daß der andere seinen Beitrag leistet. Neben der Geldpolitik sind hier vor allem wiederum die Finanzpolitik und die Lohnpolitik angesprochen.

- Der Part der Geldpolitik ist es, dafür zu sorgen, daß der Finanzierungsspielraum eng bleibt, also das verfügbare Geldangebot nicht größer ist, als es bei stabilitätsgerechtem Verhalten aller zu den gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten paßt. Die Bundesbank sollte daher den potentialorientierten Kurs beibehalten, dem sie im Jahre 1991 folgte.
- Die Finanzpolitik muß erkennen lassen, daß sie tatkräftig daran geht, das hohe Defizit in den öffentlichen Haushalten innerhalb eines überschaubaren Zeitraums abzubauen. Das ist der stabilisierungspolitische Aspekt einer verläßlichen Konsolidierungsstrategie.
- In der Lohnpolitik muß sichtbar werden, daß sich die Tarifvertragsparteien wieder stärker am Produktivitätszuwachs orientieren. Ihr Part ist es, so zu verhindern, daß der Kostendruck von den Löhnen her weiter zunimmt.

Je ernster jeder Politikbereich den von ihm verlangten Beitrag zur Rückgewinnung der Geldwertstabilität nimmt, desto eher wird sich auch das Ausland überzeugen lassen, daß die Wirtschaft der neuen Bundesrepublik nicht minder leistungsstark und vertrauenswürdig ist als die der alten.

Geldpolitik: Auf Stabilitätskurs bleiben

(Ziffern 303 ff.)

56*. Für die Geldpolitik geht es im Jahre 1992 vor allem darum zu verhindern, daß sich aus dem beschleunigten Preisauftrieb die Erwartung eines anhaltend hohen oder gar noch weiter steigenden Geldwertverlustes verfestigt. Verfestigte Inflationserwartungen können — wie sich zu Beginn der achtziger Jahre gezeigt hat — nur um den Preis einer Rezession gebrochen werden.

Eine Stabilisierungskrise, bei der erst Einkommensschrumpfung und Beschäftigungsrückgang für die Mäßigung des Kosten- und Preisauftriebs sorgen, wäre der schlechteste Weg zur Wiederherstellung der Geldwertstabilität. Notwendig ist daher ein stabilitätsgerechter policy mix. Die Geldpolitik hält den potentialgerechten monetären Pfad; die Tarifpolitik beschränkt die Lohnansprüche auf den durch die Produktivitätsentwicklung beziehungsweise die betriebliche und sektorale Leistungskraft vorgegebenen Rahmen; die Finanzpolitik baut die Budgetdefizite ab, und zwar vornehmlich über Ausgabeneinschränkungen statt über Steuererhöhungen. Nur eine solche Politikkombination führt auf schonende Weise zur Geldwertstabilität zurück.

57*. Die Bundesbank muß 1992 den geldpolitischen Kurs fortsetzen, den sie 1991 beschritten hat. Nach den geldpolitischen Vorstellungen des Sachverständigenrates sollte die bereinigte Zentralbankgeldmenge auf einem Expansionspfad von 5½ vH gehalten werden. Bei einer solchen Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge wäre die Geldpolitik leicht restriktiv. Das Geldangebot würde um weniger steigen als die Geldnachfrage; nach unserer Prognose wird sich das nominale Bruttosozialprodukt und daraus abgeleitet die Geldnachfrage 1992 um 7 vH erhöhen. Der Restriktionsdruck ist angemessen, weil sich in der Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts ein mit Geldwertstabilität nicht mehr zu vereinbarender Preisniveauanstieg von 4 vH niederschlägt. Angesichts der noch immer vorhandenen Unsicherheiten über Höhe und Veränderung der Geldnachfrage in Ostdeutschland kann es allerdings notwendig werden, das Geldmengenziel im Laufe des Jahres 1992 zu revidieren. Für eine Verschärfung des geldpolitischen Kurses gibt es derzeit keine guten Gründe.

Finanzpolitik: Eine verläßliche Konzeption entwickeln

(Ziffern 314 ff.)

58*. Die Finanzpolitik wird 1992 und in den folgenden Jahren vor den Herausforderungen stehen, die aus der deutschen Vereinigung und dem wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern resultieren. Sie muß die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftsbasis in den neuen Bundesländern unterstützen und die sozialen Folgen des Umbaus abfedern; sie muß aber auch bei der Aufbringung der dazu erforderlichen Finanzmittel wachstums-, stabilitäts- und verteilungspolitische Probleme lösen. Diesen Aufgaben wird die Finanzpolitik nur gerecht werden können, wenn es ihr gelingt, anders als im Jahre 1991, den wirtschaftlichen Akteuren eine klare und eindeutige Perspektive über ihren längerfristigen Kurs zu vermitteln. Dazu gehört insbesondere eine glaubwürdige Konsolidierungsstrategie, die zukünftige Haushaltsrisiken in angemessener Weise berücksichtigt. Nur auf diesem Weg kann das Vertrauen in die Finanzpolitik zurückgewonnen und kann dem Eindruck begegnet werden, die ökonomischen Folgen der Vereinigung könnten möglicherweise die deutsche Volkswirtschaft überfordern.

59*. Die Hauptlast der Finanzierung der Transfers an die neuen Bundesländer liegt beim Bund. Es ist bisher nicht gelungen, die westdeutschen Länder und ihre Gemeinden angemessen in die Finanzierungspflicht einzubeziehen und damit auch für sie einen Druck zu schaffen, die Höhe und Struktur ihrer Ausgaben zu überprüfen und dabei zu Einsparungen und Umschichtungen zu kommen. Bei der Finanzierung der Einheit handelt es sich um eine nationale Aufgabe, an der sich alle Gebietskörperschaften der alten Bundesrepublik zu beteiligen haben. Die Finanzverfassung sieht auch durchaus ein Verfahren vor, wie die unterschiedliche Belastung der einzelnen Ebenen ausgeglichen werden kann, nämlich über die Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens gemäß Artikel 106 Abs. 3 und 4 GG. Es dürfte einer der großen Fehler der Finanzpolitik gewesen sein, dieses Verfahren ohne Not außer Kraft gesetzt und die Verteilung der Belastungen über den Fonds „Deutsche Einheit" geregelt zu haben.

60*. Mit dem Auslaufen des Fonds „Deutsche Einheit" zum Ende des Jahres 1994 müssen die neuen Bundesländer voll in die Finanzverfassung einbezogen werden. Das wird nicht ohne grundsätzliche Reformen des derzeitigen Systems möglich sein. Der Länderfinanzausgleich wird in Zukunft nicht nur ein Spitzenausgleich auf der Einnahmenseite sein können. Angesichts der erheblichen Strukturprobleme der neuen Bundesländer werden über einen längeren Zeitraum hinweg Zuweisungen des Bundes unumgänglich sein.

61*. Die Finanzpolitik steht in den kommenden Jahren vor einer großen Konsolidierungsaufgabe. Das Finanzierungsdefizit das im Jahre 1991 fast 5 vH des Bruttosozialprodukts erreicht hat, muß bis Mitte der neunziger Jahre kräftig zurückgefahren werden. Die hohe Kreditaufnahme des Staates bringt eine besorgniserregende Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte mit sich und sie stellt ein Risiko für Stabilität und Wachstum dar. Der Konsolidierungsbeitrag sollte durch strenge Ausgabendisziplin auf allen Ebenen erzielt werden; Steuer- und Abgabenerhöhungen sollten wegen der damit verbundenen negativen Wirkungen auf Leistungsbereitschaft und Investitionen nach Möglichkeit vermieden werden.

Bei den erforderlichen Ausgabenkürzungen geht es nicht nur um eine quantitative Konsolidierung. Die Vereinigung Deutschlands müßte vielmehr Anlaß sein, alle öffentlichen Ausgaben und dies auch auf allen Ebenen einer grundsätzlichen Überprüfung zu unterziehen und dabei neue Prioritäten und Schwerpunkte zu setzen. Dies ist bisher noch nicht in notwendigem Umfang geschehen. Es kann nicht darum gehen, etwa im Sinne globaler Minderausgaben oder prozentualer Kürzungen aller Budgetposten das notwendige Einsparvolumen zu erbringen. Ein solches Vorgehen mag politisch noch am ehesten durchsetzbar sein, es wäre ökonomisch jedoch unbefriedigend.

Die öffentlichen Haushalte müssen vielmehr systematisch auf solche Posten hin überprüft werden, die obsolet geworden sind (zum Beispiel Beschleunigung des Abbaus der Berlin-Hilfe und der Zonenrand-Förderung), die wegen veränderter politischer Bedingungen reduziert werden können (zum Beispiel Verteidigung) und die ökonomisch nicht vertretbar sind (zum Beispiel viele Subventionen). Eine solche Überprüfung muß sämtliche öffentlichen Haushalte erfassen — übrigens auch die der neuen Bundesländer und ihrer Gemeinden, in denen der Personalüberhang weiterhin zügig abgebaut werden muß.

62*. Wenn Ausgabenumschichtungen und Ausgabenkürzungen im erforderlichen Umfang nicht gelingen und sogar noch zusätzliche Belastungen auf die öffentlichen Haushalte zukommen, dann bleibt für die Konsolidierung nur noch der Weg über weitere Steuererhöhungen. Dafür kommen in Anbetracht der Höhe des Konsolidierungsbedarfs nur die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer sowie die

Mehrwertsteuer in Frage. Gegen eine Erhöhung der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer sind vor allem wachstumspolitische Argumente vorzubringen: Leistungsanreize werden dadurch geschmälert, und die Investitionstätigkeit wird beeinträchtigt. Die marginale Einkommensteuerbelastung ist im internationalen Vergleich in Deutschland hoch; eine weitere Anhebung würde die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Bundesrepublik verschlechtern.

Wenn der Kurs der angebotsorientierten Steuerpolitik, wie er seit Beginn der achtziger Jahre gehalten worden ist, wiederaufgenommen werden soll, dann sollte man bei Steuererhöhungen nicht die Einkommensentstehung, sondern verstärkt die konsumtive Einkommensverwendung besteuern. Aber auch bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer zeigen sich enge Grenzen, zumal nachdem der Normalsatz der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1993 — auch aus Gründen der EG-Steuerharmonisierung — bereits auf 15 vH erhöht werden soll. Gegen jede Anhebung sprechen verteilungspolitische Gründe; denn die Mehrwertsteuer belastet die Bezieher niedriger Einkommen vergleichsweise stark.

63*. Wenngleich die Probleme des wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Bundesländern im Vordergrund der finanzpolitischen Aktivitäten stehen werden, sollte dies nicht den Blick dafür verstellen, daß weitere wichtige finanzpolitische Entscheidungen anstehen. So bleibt die Reform der Unternehmensbesteuerung aktuell. Da es dabei auch darum geht, den Standort Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb attraktiv zu machen, sollten die geplanten Änderungen bis 1. Januar 1993, dem Beginn des europäischen Binnenmarktes, festliegen.

64*. Ferner muß nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes die Besteuerung der Zinseinkünfte bis zum 1. Januar 1993 neu geregelt werden. Aus dem Regierungsprogramm steht zudem die Regelung einer Pflegekostenversicherung an. Der Sachverständigenrat geht auf die zeitlich besonders drängenden Themen der Zinsbesteuerung und der Pflegekostenversicherung gesondert ein, zumal damit auch Fragen der Kapitalbildung in Deutschland angesprochen werden — ein zentrales Thema im Zusammenhang mit den ökonomischen Problemen der Vereinigung und des wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Bundesländern.

65*. Bei der notwendigen Reform der Zinsbesteuerung steht die Finanzpolitik vor einem Dilemma. Je besser sie im Inland die steuersystematisch gebotene lückenlose Besteuerung durchsetzt, desto mehr fördert sie die Kapitalflucht. Die Steuerhinterziehung wird dadurch bei inländischen Zinseinkünften unterbunden, bei ausländischen Zinseinkünften nimmt sie tendenziell zu. Versucht man, durch Gewährung von Freibeträgen die Kapitalflucht zu begrenzen, so wird die fiskalische Zielsetzung (Mehraufkommen, steuerliche Gerechtigkeit) verletzt. Bei hohen Freibeträgen, etwa bei 5 000 DM/10 000 DM, könnte sich das Ergebnis einstellen, daß 80 vH der Zinsempfänger de jure steuerfrei sind und die restlichen 20 vH über Kapitalflucht de facto die Steuer hinterziehen. Fiskalische und wirtschaftspolitische Zielsetzungen stehen also in einem kaum auflösbaren Konflikt.

Die Einführung von Kontrollmitteilungen der Banken (oder von Stichproben) wäre zweifellos die Methode, mit der am ehesten inländische Zinseinkünfte lückenlos erfaßt werden könnten. Wenn man sich dazu nicht entscheiden kann, dann könnte man eine Quellensteuer einführen. Allerdings müßte eine Quellensteuer mit einem relativ niedrigen Satz arbeiten, um eine Flut von Erstattungsanträgen und damit zusätzlichen Steuererklärungen zu vermeiden. Bei niedrigem Steuersatz wird die Quellensteuer aber in vielen Fällen zur Definitivsteuer. Dann kann man diesen Weg aber auch sogleich einschlagen und eine Abgeltungssteuer einführen. Dabei sollten die Steuerfreibeträge jedoch deutlich unter — den in der aktuellen Diskussion genannten — 5 000 DM/10 000 DM liegen.

66*. Eine weitere Frage, die geklärt werden muß, betrifft die Absicherung des Pflegefallrisikos. Die Entscheidung, ob dies privat über Versicherungsmärkte oder in Form einer obligatorischen staatlichen oder parafiskalischen Versicherung erfolgen soll, ist zugleich auch eine Entscheidung über den zukünftigen Kurs in der Ausgestaltung der sozialen Sicherung. Es geht darum, die Eigenvorsorge der Menschen und die Kapitalbildung anzuregen, das System der sozialen Sicherung schon heute auf die Anforderungen des absehbaren demographischen Wandels einzustellen und eine weitere Erhöhung der marginalen Abgabenbelastung zu vermeiden. An diesen Kriterien gemessen ist eine private Versicherung, die nach dem Kapitaldeckungsverfahren arbeitet, die bessere Lösung. Dabei müßten allerdings für die Bestandsfälle und die risikonahen Fälle Sonderregelungen gefunden werden. In Frage kämen Transferzahlungen und Beitragszuschüsse. Die Übergangsprobleme sollten jedenfalls nicht dafür herhalten, die Konzeption einer privatwirtschaftlichen Absicherung zu verwerfen und den Weg für eine Reform zu verbauen.

Tarifpolitik: Die Überforderung der wirtschaftlichen Leistungskraft vermeiden

(Ziffern 366ff.)

67*. In den neuen wie in den alten Bundesländern waren die Tariflohnsteigerungsraten im Jahre 1991 überhöht. Die Tarifpolitik muß ihren Kurs korrigieren.

In den neuen Bundesländern setzt die niedrige Leistungskraft der meisten Unternehmen den wirtschaftlich vertretbaren Lohnsteigerungen enge Grenzen; eine differenzierte Lohnentwicklung ist notwendig, um die Anpassungsfähigkeit der einzelnen Unternehmen im Prozeß des wirtschaftlichen Neuaufbaus nicht zu überfordern. Dem steht über Unternehmen und Branchen hinweg die Forderung der Arbeitnehmer entgegen, möglichst bald auf westdeutsches Lohnniveau aufzuschließen. Läßt die von den Tarifvertragsparteien verfolgte lohnpolitische Aufholstrategie die Grenzen für das Verteilbare weiterhin außer acht, so sind zusätzliche Belastungen am Arbeitsmarkt unvermeidlich.

Für die Tarifpolitik in den neuen Bundesländern geht es jetzt vor allem darum, den Kontakt zwischen der Lohnentwicklung und der Entwicklung der wirt-

schaftlichen Leistungskraft auf betrieblicher Ebene herzustellen. Die beste Strategie wäre die, daß sich die Tarifvertragsparteien auf tarifliche Lohnanhebungen verständigen könnten, für zwei bis drei Jahre den Reallohn (Tariflohnanstieg abzüglich der für die neuen Bundesländer erwarteten Preissteigerungsrate) mit der Rate wachsen zu lassen, wie sie für Westdeutschland erwartet wird. Bei dieser Strategie würde sich der Abbau von Arbeitsplätzen verlangsamen. Diese Strategie läßt viel Raum für betriebsindividuelle Lohndifferenzierungen, indem den Arbeitnehmern entsprechend der jeweiligen Knappheitsgrade und gemäß der betrieblichen Leistungskraft übertarifliche Lohnzuschläge gezahlt werden.

Würden die mit den Tariflohnvereinbarungen angestrebten Reallohnsteigerungen deutlich über die westdeutsche Rate des Reallohnanstiegs hinausgehen, so sollten die Tarifvertragsparteien wenigstens den Betrieben ihres Bereichs das Recht einräumen, für eine Übergangszeit durch Betriebsvereinbarung niedrigere als die tariflichen Löhne anzuwenden, um so die betriebliche Lohnentwicklung besser mit der Entwicklung der betrieblichen Leistungskraft in Übereinstimmung zu halten. Denkbar wäre auch eine Kombination niedriger allgemeiner Tariflohnsteigerungen mit der Vereinbarung eines gewinnabhängigen Lohnzuschlags. An die Stelle einer ertragsabhängigen Lohnkomponente könnte auch eine Investivlohnkomponente treten. Auf welchem Weg eine nach der wirtschaftlichen Leistungskraft der Branchen und Unternehmen differenzierende Lohnentwicklung zustande gebracht wird, ist letztlich von geringerer Bedeutung. Entscheidend ist, daß sie zustande kommt.

68*. Abwanderungen werden heute zumeist als eine Gefahr für den wirtschaftlichen Neuaufbau in den neuen Bundesländern angesehen. Die wirtschaftspolitische Bewertung der Abwanderung ist deshalb so schwierig, weil den Abwanderungen nicht allein ein negativer Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern zuzuschreiben ist. Abwanderungen werden wahrscheinlich unumgänglich sein, um das globale Gleichgewicht zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage in den neuen Bundesländern herzustellen. Realistisch bleibt die These, daß in den neuen Bundesländern auf Dauer ein Überangebot an Arbeitskräften erhalten bliebe, wenn die Zahl der Erwerbspersonen nicht durch Verringerung der Erwerbsbeteiligung aber eben durch die Abwanderung verringert wird. Die angemessene tarifpolitische Reaktion auf das Problem der Abwanderungen besteht nicht in hohen allgemeinen Lohnsteigerungen, sondern in einer differenzierenden Lohnentwicklung. In Regionen mit aufkommendem Arbeitskräftemangel sind überdurchschnittliche Entlohnungen ebenso angebracht, wie für Arbeitnehmer mit besonders gefragten Qualitäten. Bei der qualitätsbezogenen Lohndifferenzierung ist die Tarifpolitik mit der weitgehenden Übertragung westlicher Lohn- und Gehaltstrukturen schon in diesem Jahr ein gutes Stück vorangekommen.

69*. In den alten Bundesländern haben hohe Lohnsteigerungen den Lohnkostendruck kräftig verstärkt und zum beschleunigten Preisauftrieb beigetragen. Einbußen bei der Beschäftigung, die bei einem so starken Lohnkostendruck zu erwarten sind, haben sich jedoch nicht eingestellt. Das war der starken Nachfrageausweitung in diesem Jahr und der, nach Jahren maßvoller Lohnabschlüsse, noch guten Ertragskraft der Unternehmen zu verdanken. Beides wirkt nicht fort. Im nächsten Jahr wird die Nachfrage schwächer werden, und die Unternehmenserträge bleiben weiterhin unter Druck. Eine unverändert stark anhaltende Steigerung der Lohnkosten würde zu einem fortgesetzten Preisauftrieb und zu Beschäftigungseinbußen führen.

Die Schlußfolgerungen für die Tarifpolitik des Jahres 1992 sind evident. Die Produktivitätsorientierung muß wieder zum Maßstab der Tarifpolitik werden. Neben dem mittelfristigen Produktivitätsanstieg wird in den Lohnsteigerungen für den Preisanstieg ein Aufschlag zu berücksichtigen sein, der jedoch deutlich unter der prognostizierten Preissteigerungsrate liegen muß. Es ist deutlich hervorzuheben, daß die in unserer Prognose unterstellte Steigerungsrate für den Tariflohn (5½ vH) über das hinaus geht, was wir mit Produktivitätsorientierung unter Berücksichtigung eines gewissen Preisaufschlags noch für vertretbar halten. Für den tarifpolitischen Kurs des nächsten Jahres trägt der öffentliche Dienst besondere Verantwortung. In diesem Jahr hat er die Tarifrunde mit vergleichsweise hohen Lohnabschlüssen eröffnet. Im nächsten Jahr würde ein maßvoller Abschluß im öffentlichen Dienst die Rückkehr zu einer stabilitätsgerechten Lohnpolitik einleiten.

Aus der Sicht vieler Arbeitnehmer stehen heute Verteilungsaspekte vornean. Nachdem die Gewinneinkommen nach dem Tief im Jahre 1982 bis heute deutlich schneller gestiegen sind als die Lohneinkommen, wird die Korrektur der Einkommensverteilung gefordert. Forcierte Lohnsteigerungen, die nur zu höheren Preissteigerungen führen, erreichen die Umverteilung nicht, verstärken aber den Geldwertschwund. Forcierte Lohnsteigerungen, die nicht in die Preise überwälzt werden können, bewirken zwar die Umverteilung, senken aber die Investitionen und das Beschäftigungswachstum. Die wahrscheinliche Entwicklung ist, daß zwar letztlich eine Einkommensumverteilung zu Lasten der Gewinne gelingt, daß dies aber von Preissteigerungen und rückläufigem Beschäftigungwachstum begleitet ist. Umverteilungsziele lassen sich mit den Mitteln der Tarifpolitik schwerlich ohne Nachteile für die Arbeitnehmer selbst erreichen.

70*. Tarifpolitische Regelungen gehören zu den wichtigen Bestimmungsfaktoren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Im internationalen Wettbewerb gibt es keine unangreifbaren Positionen. Dieser Aspekt gewinnt mit dem europäischen Binnenmarkt an Gewicht. Die Öffnung der osteuropäischen Staaten zur Marktwirtschaft schafft für die Tarifpolitik ebenfalls neue Rahmendaten, denn das Lohngefälle zwischen Deutschland und den östlichen Anrainerstaaten kann Produktionsverlagerungen nach dort auslösen. Die Tarifpolitik muß sich mehr noch als bisher dem Wettbewerb der Standorte stellen. Gegenüber der kollektiven Regelungskomponente in der Tarifpolitik werden betriebsindividuelle Regelungen an Gewicht gewinnen müssen.

Europäische Gemeinschaft: Binnenmarkt vollenden — nach außen öffnen

(Ziffern 397 ff.)

71*. In der Europäischen Gemeinschaft stehen weitreichende Entscheidungen an. Die Frage der Erweiterung, die Herausforderungen durch die marktwirtschaftlichen Reformen in Osteuropa, die ungelösten Fragen der Handelsliberalisierung — all das verlangt in einer Zeit nach Lösungen, in der noch wichtige Schritte auf dem Weg zum Binnenmarkt '92 ausstehen und die Europäische Gemeinschaft die Weichen für die Wirtschafts- und Währungsunion und die Politische Union zu stellen hat. Vor allem die Ereignisse in Osteuropa haben das Binnenmarkt-Projekt in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit in den Hintergrund gedrängt. Doch bleibt der Binnenmarkt von herausragender Bedeutung. Die verbliebenen Hindernisse müssen ausgeräumt werden; für die Gestaltung der flankierenden Bereiche — vor allem der künftigen europäischen Geld- und Währungspolitik — sind überzeugende Lösungen zu finden. Die wohlstandssteigernde Wirkung des Binnenmarktes darf nicht durch die Abschottung Europas nach außen verspielt werden. Für die Liberalisierung der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit durch einen erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen (Uruguay-Runde) sollte sich gerade auch die Gemeinschaft einsetzen. Die entscheidenden Schritte zur marktwirtschaftlichen Reform ihrer Volkswirtschaften müssen die osteuropäischen Länder selbst leisten. Eine tatkräftige Unterstützung durch die Europäische Gemeinschaft würde jedoch zur Verankerung der Marktwirtschaft in Osteuropa entscheidend beitragen. Der Erfolg dieser Reformen liegt auch im Interesse der Europäischen Gemeinschaft selbst.

Den Binnenmarkt vollenden

72*. Innerhalb der EG wird bei den **indirekten Steuern** derzeit das Bestimmungslandprinzip angewendet. Danach werden international gehandelte Güter ausschließlich mit den Steuern belastet, die im Bestimmungsland gelten, in dem Land also, in dem die Güter konsumtiv verwendet werden. Auch ohne eine weitere Harmonisierung der Steuern wird dadurch die Wettbewerbsneutralität gesichert. Nachteilig ist jedoch, daß das Bestimmungslandprinzip in der heute praktizierten Form die Beibehaltung der Steuergrenzen in Europa verlangt und damit im Widerspruch zu dem Ziel des Binnenmarktes steht, nämlich zum 1. Januar 1993 den Abbau sämtlicher Grenzkontrollen zu erreichen.

73*. Die Mitgliedsländer haben sich nunmehr entschieden, für eine Übergangszeit von 1993 bis 1996 grundsätzlich am bisherigen Besteuerungsverfahren festzuhalten, die Grenzkontrollen aber aufzuheben und die dennoch für erforderlich gehaltenen Kontrollen der innergemeinschaftlichen Warenströme in Zollager (spezielle Verbrauchsteuern) oder in den Unternehmenssektor (Mehrwertsteuer) zu verlagern.

Mit der Übergangsregelung bei der Mehrwertsteuer ist ein Verfahren eingeführt worden, das die administrativen Belastungen eindeutig den am innergemeinschaftlichen Handel beteiligten Unternehmen und im Falle der Besteuerung von Kraftfahrzeugen auch den Konsumenten anlastet. Die mit der Öffnung der Grenzen in Europa angestrebte Integration der Märkte wird damit nicht vorangetrieben. Es bleibt auch durchaus fraglich, ob der dadurch erforderlich werdende Kontrollaufwand nicht sogar noch höhere Kosten verursachen wird, als sie mit den heutigen Grenzkontrollen verbunden sind.

74*. In der **Umweltpolitik** sieht sich die Europäische Gemeinschaft in den neunziger Jahren einer ganzen Reihe von zu lösenden Problemen gegenüber. Zum Schutz globaler, weltweiter Umweltgüter sind Schadstoffe einzuschränken, die sich auf das Klima der Erde auswirken können. Hierzu zählen die Kohlendioxidemissionen. Beim grenzüberschreitenden Verkehr, insbesondere dem Straßenverkehr, ist neben der Zuordnung der Wegekosten eine Internalisierung der Umweltkosten geboten. Bei den grenzüberschreitenden Umweltproblemen, und zwar sowohl im Bereich der Luftgütewirtschaft wie im Bereich der Gewässer, stehen überzeugende Lösungen in Europa noch aus.

Grundsätzlich hat Umweltpolitik die Aufgabe, den Marktteilnehmern die Umweltknappheit zu signalisieren; ihre Grundlinie sollte es sein, wenn immer möglich marktwirtschaftliche Instrumente zur Erreichung ökologischer Zielsetzungen einzusetzen. Regulierungen, die in manchen Bereichen erforderlich sein werden, wie etwa Produktnormen für Automobile, bedingen in einem gemeinsamen Markt in der Regel eine Harmonisierung, denn unterschiedliche nationale Regulierungen — etwa unterschiedliche nationale Produktnormen — würden oft eine Segmentierung der nationalen Märkte mit sich bringen, die durch den Binnenmarkt gerade überwunden werden soll. Dagegen schotten Knappheitspreise für Schadstoffe, wenn man sie durch geeignete institutionelle Regeln signalisieren kann, Märkte nicht ab; sie sind deshalb mit einem Binnenmarkt konsistent. Solche Preise für Schadstoffe können räumlich in Europa durchaus differieren, ähnlich wie die Preise für andere immobile Güter wie Land sich zwischen Regionen unterscheiden. Die Vollendung des Binnenmarktes verstärkt also die Notwendigkeit, neue Formen wirtschaftlicher Anreize in der Umweltpolitik zu entwikkeln.

75*. **Industriepolitische** Bestrebungen haben in der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft an Gewicht gewonnen. Bei der Verabschiedung der EG-Verordnung des Ministerrats über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen, die seit dem 21. September 1990 in Kraft ist, wurde als Kompromißlösung in Artikel 2 dieser Verordnung die sogenannte „französische Klausel" aufgenommen, nach der die Kommission bei ihrer Prüfung von Zusammenschlußvorhaben „die Entwicklung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts" berücksichtigen muß. Mit dieser Klausel erhält die Industriepolitik einen erheblichen Stellenwert. Hier bestehen tiefliegende konzeptionelle Unterschiede zwischen Industriepolitik und Wettbewerbspolitik. Die Kluft zwischen diesen beiden konträren Grundkonzeptionen läßt sich nicht dadurch überbrücken, daß das Wettbewerbsrecht um industriepolitische Klauseln ergänzt wird. Wenn Europa seine ökonomische Vitalität nicht verlieren

will, darf es nicht auf die Industriepolitik, sondern muß es auf die Wettbewerbspolitik setzen.

76*. Nach einer Atempause von ein paar Jahren ist die **EG-Agrarpolitik** erneut unter starken Anpassungszwang geraten. Die grundlegende Vorstellung der EG-Kommission für eine Neuausrichtung der EG-Agrarpolitik beruht auf einer Entkoppelung von Preispolitik und Einkommensstützung. Die durch die EG-Agrarmarktordnungen gebotene Einkommensstützung soll nicht — wie nach dem System von Stabilisatoren vorgezeichnet — abgebaut, sondern neu geregelt werden; sie soll den Landwirten nicht mehr vorrangig über den Preis zugute kommen, sondern über Beihilfen, die nach Betriebsgröße, nach regionalen Gegebenheiten sowie nach Umweltschutzbelangen gestaffelt werden. Gleichzeitig sollen aber die Grundprinzipien der gemeinsamen Agrarmarktorganisationen beibehalten werden, also auch die Gemeinschaftspräferenz und das zu ihrer Durchführung konzipierte Abschöpfungs- und Erstattungssystem. Damit bleibt die Festsetzung von Agrarpreisen nach wie vor dem agrarpolitischen Entscheidungsprozeß überlassen mit der Folge, daß nach wie vor die Gefahr einer Fehlsteuerung besteht.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Agrarproduktion zu steigern, muß sich ein erheblicher Wandel in den Agrarstrukturen hin zu wettbewerbsfähigen Einheiten, die im Voll-, Zu- oder Nebenerwerb bewirtschaftet werden, vollziehen können. Diesen Wandel zu fördern, nicht ihn aufzuhalten, sollte ein Hauptanliegen der Agrarpolitik sein. Eine Lockerung strukturkonservierender Regelungen (wie zum Beispiel der Quotensysteme) und energische Liberalisierungsschritte, durch die auch die GATT-Verhandlungen vorangebracht werden können, sind gefordert.

Europäisches Zentralbanksystem: Stabilitätsziel verankern

77*. Auf dem Weg zur Europäischen Währungsunion, das heißt zur Errichtung einer Europäischen Zentralbank mit der alleinigen Verantwortung für die europäische Geldpolitik, ist der Übergang zur „zweiten Stufe" ab 1. Januar 1994 vorgesehen. Nach wie vor ist die Errichtung einer eigenständigen monetären Institution für die zweite Stufe nicht überzeugend begründet. Da die nationalen Währungsbehörden in dieser Phase ihre volle Kompetenz behalten, bliebe die Europäische Monetäre Institution mangels Kompetenzen eine leere Hülse. Aufgaben der Koordination kann ein Gremium der Notenbankgouverneure wahrnehmen, ohne daß es dazu einer neuen Institution bedürfte.

78*. Über die Ziele der europäischen Geldpolitik und die Voraussetzungen für den Eintritt in die dritte Stufe, die mit der Aufnahme der Tätigkeit einer Europäischen Zentralbank beginnt, herrscht weitgehend Einigkeit. Die Europäische Zentralbank wird dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet sein. Eine Voraussetzung für die dritte Stufe ist die Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung in den Mitgliedsstaaten. Beides sind unverzichtbare Elemente einer währungspolitischen Vereinigung Europas. Aber beides sind auch Elemente, die noch nicht ausreichen, die Europäische Gemeinschaft verläßlich zu einer Stabilitätsgemeinschaft werden zu lassen.

79*. Der Gestaltung der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank kommt daher große Bedeutung zu. Notwendig, aber nicht hinreichend ist es, daß in dem Statut der Europäischen Zentralbank die Unabhängigkeit festgeschrieben wird. Darüber hinaus muß dafür gesorgt werden, daß die Unabhängigkeit nicht über andere Regelungen unterlaufen werden kann. Der Sachverständigenrat hat hierzu im einzelnen Vorschläge gemacht.

80*. Grundsätzlich sollten möglichst alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft an der europäischen Währungsunion teilnehmen: So würde das Ziel der Geldwertstabilität europaweit verankert. Voraussetzung ist allerdings, daß mit steigender Teilnehmerzahl nicht Prozesse unterstützt werden, die auf eine Lockerung des stabilitätspolitischen Anspruchs der Geldpolitik gerichtet sind. Damit die europäische Geldpolitik der Stabilität verpflichtet wird, sollten folgende Kriterien berücksichtigt werden: Teilnahmeberechtigt (nicht teilnahmeverpflichtet) an der Währungsunion sind nur Mitgliedsstaaten, deren Budgetdefizit und deren Inflationsrate über einen längeren Zeitraum nicht über einem niedrig anzusetzenden Wert liegt. Bei einem späteren Beitritt ist zusätzlich zu fordern, daß das Land über einen längeren Zeitraum bei enger Bandbreite keine Wechselkursänderung gegenüber der Währung in der Europäischen Währungsunion vorgenommen hat. Die Prüfung des Beitrittsantrags beschränkt sich darauf festzustellen, ob die Konvergenzvoraussetzungen erfüllt sind. In der Wirtschafts- und Währungsunion muß die Verankerung der marktwirtschaftlichen Grundsätze für Europa festgeschrieben werden. Regelungen, die es der Europäischen Zentralbank erschweren würden, ihren Stabilitätsauftrag zu erfüllen — wie zum Beispiel eine weitreichende Indexierung —, müssen ausgeschlossen werden.

Die Integration Osteuropas

81*. Die Hinwendung der osteuropäischen Länder zur Marktwirtschaft hat für Europa eine neue Aufgabe geschaffen: die Integration der osteuropäischen Volkswirtschaften. Wenn die Integration gelingt, bietet das große Chancen für eine Verstärkung der wirtschaftlichen Dynamik in ganz Europa. Damit sie gelingt, ist die Unterstützung der Reformen durch die Gemeinschaft notwendig; die Unterstützung muß dazu beitragen, daß die Transformation von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft in Osteuropa irreversibel wird.

82*. Der Beitrag der EG zur Unterstützung der Reformen in den osteuropäischen Ländern muß mehrere Elemente umfassen.

— Öffnung der westeuropäischen Absatzmärkte für osteuropäische Produkte: Die osteuropäischen Staaten sind derzeit nur mit wenigen Produkten an den Weltmärkten konkurrenzfähig. Die Produkte, die sie noch am ehesten liefern können — Agrarprodukte, Textilien, Stahl, Kohle —, unterliegen in Westeuropa protektionistischen Eingriffen.

- Hilfe bei der Errichtung der in einer Marktwirtschaft benötigten Institutionen: Vor allem im Bereich des Finanzsystems fehlen in Osteuropa vielfach noch die notwendigen institutionellen Vorkehrungen. Ein leistungsfähiges Bankensystem, eine der Stabilität verpflichtete Zentralbank, ein funktionsfähiger Kapitalmarkt, ein effizientes System der Besteuerung — das sind die unverzichtbaren Stützpfeiler einer marktwirtschaftlichen Ordnung.
- Private Kapitalbereitstellung zur Schaffung einer wettbewerbsfähigen Unternehmensbasis: In Osteuropa müssen wettbewerbsfähige Unternehmen entstehen. Aus eigener Kraft wird das dort kaum zu schaffen sein, denn die westlichen Konkurrenzunternehmen haben einen Wettbewerbsvorsprung, der sich nach Jahrzehnten berechnet. Schnellen Aufschluß zum Weltmarktniveau versprechen den Unternehmen private Investoren aus den westlichen Ländern, die nicht nur Kapital, sondern vor allem auch ihr Know-how im Bereich der Produktion, des Managements und des Marketings einbringen können.
- Öffentliche Transfers: Ansatzpunkte für öffentliche Transfers sind vor allem Hilfen zum Ausbau der Infrastruktur und humanitäre Hilfe. Die über die humanitäre Hilfe hinausgehenden öffentlichen Transfers an die osteuropäischen Länder sollten grundsätzlich konditioniert und zweckgebunden sein. Die Konditionierung bindet die Transferzahlungen daran, daß die osteuropäischen Staaten ohne Wenn und Aber auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Ordnung voranschreiten. Nur dann ist westliche finanzielle Hilfe überhaupt sinnvoll. Zugleich stärkt Konditionierung die reformwilligen Gruppen in den osteuropäischen Staaten gegenüber den retardierenden Kräften.

83*. Die osteuropäischen Staaten suchen die Nähe zur Gemeinschaft. Für eine Vollmitgliedschaft fehlen jedoch die ökonomischen Voraussetzungen. Die Gemeinschaft bietet daher die Assoziierung an. Mit der Assoziierung gehen die osteuropäischen Staaten die Verpflichtung ein, ihren eigenen Reformprozeß und damit die Öffnung ihrer Märkte voranzutreiben. Können sie glaubhaft machen, daß sie dieser Verpflichtung nachkommen werden, wird das die Kreditwürdigkeit der osteuropäischen Staaten auf den internationalen Kapitalmärkten stärken.

Zum wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern

(Ziffern 443 ff.)

84*. Was es an Anstrengung und Zeit erfordert, eine ganze Wirtschaft, die mehr als 40 Jahre lang staatlich kommandiert war, auf die Anforderungen einer Marktwirtschaft umzurüsten, ist 1991 in aller Klarheit deutlich geworden. Kaum etwas in der ostdeutschen Wirtschaft kann so bleiben, wie es war: Die Produktionsanlagen müssen von Grund auf erneuert, berufliche Fertigkeiten und Kenntnisse auf einen neuen Stand gebracht, gewohnte Verhaltensweisen geändert, Mängel der Infrastruktur und des Standortgefüges behoben, gravierende Umweltschäden beseitigt werden.

Zur Bewältigung der unvermeidlichen Anpassungskrise und zur Nutzung der darin liegenden Chancen bedarf es der Entfaltung privater Initiative, aber auch einer Wirtschaftspolitik, die private Initiative unterstützt, sie anspornt und ihr Raum gibt. Wo ihre Mitwirkung unerläßlich ist, muß die Wirtschaftspolitik entschlossen handeln; wo es das Feld den Marktkräften zu überlassen gilt, muß sie sich zurückhalten. Dem Umstellungsprozeß Hindernisse aus dem Weg zu räumen, ist ihre Aufgabe, und nicht, ihn zu lenken.

85*. An vorderster Stelle geht es darum, für günstige Investitionsbedingungen zu sorgen. Die kräftige finanzielle Förderung der Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern ist dabei keineswegs alles. Daß nicht rascher so viel Neues aufgebaut wird, wie aufgebaut werden muß, liegt auch an Engpässen beim Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft, die nicht mit weiteren Fördermitteln, sondern auf andere Weise zu beheben sind:

- Die auf ungeklärten Eigentumsverhältnissen beruhende Unsicherheit beim Investieren muß durch eine Beschleunigung der Verfahren zur Regelung offener Vermögensfragen ausgeräumt, Behörden und Verwaltungen müssen zu effizientem Handeln befähigt, neue Gewerbeflächen mit Nachdruck erschlossen, ökologische Sanierungskonzepte rasch entwickelt und die damit zusammenhängenden Finanzierungsfragen verläßlich geklärt werden. Die durch die ungeklärten Eigentumsverhältnisse verursachte Unsicherheit kann dadurch reduziert werden, daß die Marktparteien diesem Engpaß ausweichen. Dies gelingt um so besser, je mehr Grundstücke für Gewerbe und Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Ferner können außergerichtliche Einigungen zwischen Verfügungsberechtigten, Investor und Alteigentümer die Risiken verringern. Erschwerend würde wirken, wenn rechtliche Änderungen vorgenommen werden, die — wie ein Rückkaufsrecht im Fall der Enteignungen in der Zeit von 1945 bis 1949 — den Druck zu einer außergerichtlichen Einigung verringern und generell die Verhandlungsposition der Treuhandanstalt verschlechtern.
- Gerade aus Gründen der Zeitersparnis müssen alle Möglichkeiten überprüft werden, die eine Beschleunigung beim Ausbau der Infrastruktur bewirken können — auch solche, die man bisher noch nicht praktiziert hat. Internationale Erfahrungen sind zu berücksichtigen. Der Aspekt der Zeitersparnis ist dabei untrennbar mit der Frage verbunden, inwieweit ein privates Infrastrukturangebot kostengünstiger ist. Ferner ist zu bedenken, ob private Formen des Infrastrukturangebots die öffentlichen Haushalte entlasten können. Dies ist deshalb wichtig, weil die zu veranschlagende Investitionssumme außerordentlich hoch ist. Zu prüfen sind im wesentlichen die vollständige Auslagerung der Erstellung und des Betriebs an Private, an privatwirtschaftlich organisierte Gesellschaften und die Auslagerung lediglich der Erstellung der Infrastruktur.

— Wo immer die institutionellen Regelungen, die mit der politischen Einigung von der alten Bundesrepublik übernommen worden sind, die neuen Bundesländer fürs erste noch überfordern und so den Umstellungsprozeß erschweren, statt ihn zu erleichtern, sind temporäre Abweichungen und Ausnahmen vom Grundsatz eines einheitlich geltenden Rechtsrahmens zu prüfen. Langwierige Genehmigungsverfahren bei Infrastrukturinvestitionen sind dafür ein wichtiges Beispiel; sie sind durch befristete Sonderregelungen zu verkürzen. Soweit geltende Regelungen der Arbeitsmarktordnung mit den Notwendigkeiten des Erneuerungsprozesses im Konflikt stehen, sollten sie überprüft werden.

Aufschub verträgt die Lösung keiner dieser Aufgaben, wenn die Umstellung der ostdeutschen Wirtschaft mit kräftigen Schritten vorankommen soll.

86*. Als Zwischeneigentümerin der ehemals volkseigenen Betriebe hat die Treuhandanstalt im Prozeß der wirtschaftlichen Umstrukturierung eine Schlüsselstellung. Ihre Aufgabe ist es, die ihr übertragenen Wirtschaftseinheiten dahin zu bringen, sich eigenständig am Markt zu behaupten, oder, falls das nicht gelingt, die Liquidation zu betreiben. Sie hat bislang mit beachtlichem Erfolg die Privatisierung in der Einsicht vorangetrieben, daß dies zugleich die beste Gewähr für eine Sanierung biete. Die Gefahr, daß künftig andere Zielvorstellungen die Oberhand gewinnen, ist nicht gering zu schätzen; denn die Forderungen mehren sich, die Treuhandanstalt solle die umfassende Sanierung von Unternehmen, deren Privatisierung in absehbarer Zeit nicht in Aussicht steht, selbst in die Hand nehmen. Dies fordern heißt jedoch, die Treuhandanstalt in eine Strukturerhaltungsrolle drängen, in der sie leicht zu einer bürokratischen Dauerinstitution zur Verwaltung nicht wettbewerbsfähiger und damit ständiger Subventionierung bedürftiger Unternehmen werden könnte. Daraus folgt:

— Die Treuhandanstalt muß der Privatisierung weiterhin Vorrang vor der Sanierung mit eigenen Mitteln geben und dabei das Potential privatisierungsfähiger Unternehmen mit verstärkter Kraft ausschöpfen.

— Sanierungspläne für noch nicht privatisierte Unternehmen dürfen nur innerhalb eines zeitlich und finanziell klar begrenzten Budgetrahmens gefördert werden.

— Eine Erhaltung nicht privatisierungsfähiger Unternehmen, die für eine Übergangszeit aus regionalpolitischen Gründen geboten sein kann, gehört nicht zu den Aufgaben der Treuhandanstalt; für die Regionalpolitik sind andere Träger zuständig.

In ihrem Kernbereich, der Privatisierung, Sanierung und Stillegung der in ihrem Besitz befindlichen Unternehmen, muß die Tätigkeit der Treuhandanstalt in überschaubarer Zeit zum Abschluß kommen. Alles andere hieße, Mittel und Kräfte binden, die beim Neuaufbau fehlen.

87*. Die Umrüstung auf die Marktwirtschaft darf sich nicht an den alten wirtschaftlichen Strukturen ausrichten. Diese würden wie ein schwerer Ballast in die Zukunft mitgeschleppt und die Modernisierung behindern. Welche neue Wirtschaftsstruktur sich herausbildet, hängt von den Investitionsentscheidungen der Unternehmen ab und davon, was im Wettbewerb Bestand hat.

Der Staat kann in einer Wettbewerbswirtschaft sektorale Strukturen nicht prägen, schon gar nicht in einem Umfeld, in dem nationale Grenzen — europaweit und darüber hinaus — immer mehr an Bedeutung verlieren. Staatliche Stellen können nicht wissen, welche Produkte, welche Produktionsverfahren und welche Wirtschaftszweige in der Zukunft Erfolg haben werden.

Eine Strukturpolitik für die neuen Bundesländer, ob nun für bestehende Unternehmen oder ob für neue Industrien, hätte weitreichende finanzpolitische Konsequenzen. Gerade weil die Unternehmen in der jetzigen Form zu einem überwiegenden Teil ineffizient sind, wäre die zu finanzierende Summe beachtlich, die Mittel müßten auf längere Sicht bereitgestellt werden. Die Strukturpolitik könnte zu einem Faß ohne Boden für die deutsche Finanzpolitik für die nächsten Jahre werden und die Vitalität der deutschen Volkswirtschaft schwächen. Von hier aus würde eine Konsolidierungsstrategie erheblich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.

88*. Auch die Regionalpolitik kann konkurrenzunfähige Strukturen nicht auf Dauer erhalten. Ihre Aufgabe ist es, in Ansehung der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen dafür zu sorgen, daß jede Region eine faire Chance hat, im Wettbewerb mit den anderen ihre Wirtschaftskraft entwickeln und entfalten zu können. Das spricht dafür, bei der Verwendung der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" die Fördersätze innerhalb der einzelnen Länder stärker zu differenzieren. Viel spricht dafür, den Ländern eine stärkere Eigenverantwortlichkeit in der Regionalpolitik zuzuweisen. Bei der Erneuerung der Raumstruktur in den neuen Bundesländern wird man auch auf die Mobilität der Menschen setzen müssen.

Daß sich in den neuen Bundesländern wegen der räumlichen Konzentration der einzelnen Industrien im alten Planungssystem die heutigen Regionalprobleme oft aus der Anpassungskrise eines Wirtschaftszweigs erklären, darf nicht dazu verleiten, unter regionalpolitischem Vorwand eine sektorale Erhaltungspolitik zu betreiben.

89*. Die Arbeitsmarktpolitik muß ihre den Umstellungsprozeß flankierenden Instrumente dosiert einsetzen, damit sie den Neuaufbau fördert und nicht behindert. Sonderregelungen für Kurzarbeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dürfen, so wichtig sie sozialpolitisch auch sind, nicht dazu führen, daß die Motivation der Arbeitnehmer, sich um neue Qualifikationen und neue Arbeitsplätze zu bemühen, beeinträchtigt wird und daß private Unternehmen durch Wettbewerbsverzerrungen in ihrer Entwicklung behindert werden. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollten daher differenziert eingesetzt und auf Regionen konzentriert werden, in denen auf absehbare Zeit mit keiner Belebung der Wirtschaftstätigkeit zu rech-

nen ist. Das gilt auch für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unter der Trägerschaft von Beschäftigungsgesellschaften. Die Errichtung eines flächendeckenden Netzes solcher Gesellschaften ist eine Fehlentwicklung, die möglichst bald zurückgeführt werden muß.

Vorrang gebührt arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die der Qualifizierung dienen. Die aus der Not der Stunde geborene Sonderregelung für Kurzarbeit sollte, wie vorgesehen, zum Jahresende 1991 auslaufen. Bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen muß, damit die Anreize richtig gesetzt werden, eine Entlohnung möglich sein, die über dem Arbeitslosengeld, aber unter dem Tariflohn liegt.

Allemal ist es besser, den Umstellungsprozeß durch eine Verbesserung der Investitionsbedingungen zu fördern, als den Weg der Lohnsubventionierung zu beschreiten. Wettbewerbsfähigkeit läßt sich auf Dauer nicht vortäuschen. Sie muß erarbeitet werden, und dazu bedarf es der Anstrengung aller.

90*. Im Unterschied zu anderen Wirtschaftsbereichen wurde die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern nicht in vollem Umfang marktwirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen ausgesetzt, sondern in das komplexe System agrarpolitischer Regelungen überführt. Unsicherheiten über den künftigen Kurs der Agrarpolitik erschweren den gerade erst anlaufenden Übergang zu neuen Strukturen, die mit der Auflösung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gefunden werden müssen. Die in der Agrarpolitik bisher angelegte Diskriminierung großer Betriebseinheiten darf nicht dazu führen, daß mögliche Vorteile der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern, soweit dort in großen Einheiten kostengünstiger produziert werden kann, nicht zur Entfaltung kommen.

ERSTES KAPITEL
Die wirtschaftliche Lage

Teil A
Der internationale Rahmen

1. Die weltwirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1991 stand im Spannungsfeld gegenläufiger konjunktureller Kräfte: Während in Nordamerika und in Großbritannien im Laufe des Jahres die Auftriebskräfte wieder etwas stärker wurden, verlief die Konjunktur im kontinentalen Europa schwach, und auch im asiatischen Wirtschaftsraum konnte das hohe Expansionstempo nicht aufrechterhalten werden. Im Ergebnis hat sich die Konjunktur in den Industrieländern im zweiten Halbjahr nur leicht belebt, nachdem im ersten Halbjahr nahezu eine Stagnation in den OECD-Ländern zu verzeichnen gewesen war. Insgesamt blieb die Belebung aber wesentlich schwächer als zu Jahresbeginn erhofft, vielerorts wurden die Absatzerwartungen der Unternehmen für 1991 enttäuscht. Die Auftriebskräfte waren nicht stark genug, um einen weiteren, in einigen Ländern deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Positiv war, daß sich die Inflationstendenzen durch das Zusammenspiel der schwachen Nachfrageexpansion, geringer Lohnsteigerungen und rückläufiger Rohstoffpreise im Jahresverlauf verminderten.

Das Ende der langen gesamtwirtschaftlichen Expansion, die in den meisten Industrieländern bereits 1983 begonnen hatte, zeichnete sich schon zum Jahreswechsel 1989/90 ab. Eine Rolle spielte dabei, daß der kräftige Zyklus der Ausrüstungsinvestitionen, der in den OECD-Ländern in den Jahren 1988 und 1989 zu einer Ausweitung der Investitionen von durchschnittlich gut 9 vH geführt hatte, allmählich auslief. Hinzu kam, daß die Geldpolitik ab Mitte 1988 einen restriktiveren Kurs eingeschlagen hatte, um den Anstieg der Nachfrage zu dämpfen und den im Zuge der Hochkonjunktur aufkommenden Inflationsgefahren entgegenzuwirken. Von Mitte 1988 bis zum Frühjahr 1990 stiegen die kurzfristigen Zinssätze in fast allen Industrieländern um mehrere Prozentpunkte an.

Die konjunkturelle Abschwächung führte gleichwohl nicht in eine schwere weltwirtschaftliche Rezession, wie sie zu Beginn der achtziger Jahre eingetreten war. Dazu haben verschiedene Faktoren beigetragen. Die Schwächung der Auftriebskräfte wurde nicht wie damals nachhaltig durch einen Ölpreisschock verschärft. Von der Nachfrageseite her kamen Impulse durch die deutsche Vereinigung, die die wirtschaftliche Tätigkeit in Westdeutschland und den Export vor allem der europäischen Handelspartner Deutschlands stimulierte. Wichtig war aber vor allem, daß es in der Hochkonjunktur Ende der achtziger Jahre gelungen war, die Inflationsbeschleunigung klein zu halten, so daß eine Stabilisierungskrise vermieden werden konnte. Ein verhältnismäßig moderater Lohnanstieg in vielen Ländern und eine stärker mittelfristig ausgerichtete Wirtschaftspolitik haben dazu beigetragen.

Der Welthandel stand im Jahre 1991 im Zeichen der Expansionsschwäche in wichtigen Industrieländern. Obwohl sich die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte wieder zu beleben begann, lag das Volumen des Welthandels im Durchschnitt des Jahres nur um 3 vH über dem Vorjahreswert. Die Nachfrageschwäche in den Industrieländern traf auch die Entwicklungsländer, zumal die nachlassende Rohstoffnachfrage einen Preisrückgang auf den internationalen Märkten und damit eine Verschlechterung der Terms-of-Trade der Entwicklungsländer mit sich brachte. Die Reformstaaten Osteuropas haben der Handelsentwicklung in diesem Jahr noch keine starken Impulse geben können.

I. Günstige Ausgangsbedingungen für eine Wiederbelebung der Weltkonjunktur

2. Anders als zu Beginn der achtziger Jahre, als sich in vielen Industrieländern Pessimismus, nicht zuletzt aufgrund der mangelnden institutionellen Flexibilität der Volkswirtschaften festgesetzt hatte, überwiegt derzeit Zuversicht, die sich zum einen auf günstige exogene Einflüsse, aber auch auf eine im Laufe der achtziger Jahre verbesserte Konstitution der Volkswirtschaften stützt.

3. Positive Auswirkungen hatte es, daß der Preis für Rohöl, der sich im Zuge des Golfkonfliktes von Juli bis Oktober 1990 verdoppelt hatte, bis zum März 1991 wieder auf das Niveau des Vorjahresmonats sank. Der Anstieg der Ölpreise hat die Verbraucher und Unternehmer somit nur für eine kurze Zeit in ihren wirtschaftlichen Dispositionen verunsichert und die schon angelegte konjunkturelle Abschwächung allenfalls leicht und nur vorübergehend verstärkt. Auch blieb der mit dem Ölpreisanstieg verbundene Einkommensentzug für die Industrieländer gering; in den OECD-Ländern dürfte er im Jahre 1990 rund ¼ Prozentpunkte des nominalen Bruttoinlandsprodukts betragen haben.

4. Aus weltwirtschaftlicher Sicht war es ein günstiger Umstand, daß die deutsche Vereinigung in eine Phase der konjunkturellen Abkühlung fiel. Mit der Einführung der D-Mark in Ostdeutschland stieg der deutsche Import kräftig an; dies stimulierte den Export wichtiger Handelspartner und wirkte dort der konjunkturellen Verlangsamung entgegen. Der deutsche Importsog der vergangenen anderthalb Jahre

resultierte zum einen daraus, daß die privaten Haushalte und die Unternehmen aus den neuen Bundesländern ausländische Produkte nachfragten; zum überwiegenden Teil wurden Güter dabei über die Handelsunternehmen in Westdeutschland bezogen. Zum anderen hat die Vereinigung auch die Expansion von Einkommen und Produktion in den alten Bundesländern stimuliert. Von der deutschen Mehrnachfrage profitierten vor allem die europäischen Nachbarländer. Diese konnten ihre Exporte in die Bundesrepublik im zweiten Halbjahr 1990 sprungartig erhöhen; im ersten Quartal 1991 lagen sie um ein Viertel über Vorjahresstand. Für die kleineren Nachbarländer Deutschlands, mit denen die Außenhandelsverflechtung besonders intensiv ist, waren die Impulse am kräftigsten (Tabelle 1).

Tabelle 1

Außenhandel ausgewählter Länder mit Westdeutschland[1])

Zeitraum	Belgien/Luxemburg		Dänemark		Frankreich		Großbritannien	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
	Anteil in vH[2])							
1989	19,0	23,7	17,9	23,5	16,4	19,6	12,0	16,7
1990	21,3	24,0	17,9	22,8	17,4	19,0	12,7	15,9
1991 1. Hj.	24,9	23,4	22,7	22,4	19,1	18,2	13,9	14,9
	Entwicklung in vH[3])							
1989	13,1	10,0	12,7	8,9	13,0	13,0	16,4	13,2
1990	12,1	4,6	17,4	0,3	10,0	1,1	17,8	– 0,8
1990 1. Vj.	9,6	7,6	10,2	6,6	16,3	8,6	18,9	10,7
2. Vj.	– 0,1	– 0,3	5,3	– 3,4	– 0,2	– 1,0	23,9	1,7
3. Vj.	10,1	5,3	24,7	0,7	14,1	3,7	12,5	– 4,2
4. Vj.	29,7	6,0	25,3	– 2,6	10,8	– 5,8	15,3	– 10,8
1991 1. Vj.	28,8	– 2,0	33,9	– 0,4	11,8	– 7,2	9,7	– 15,3
2. Vj.	25,7	2,5	30,0	3,1	23,4	– 3,6	11,5	– 16,2

Zeitraum	Italien		Japan		Niederlande		Österreich	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
	Anteil in vH[2])							
1989	17,2	21,3	5,8	4,3	26,1	25,9	35,8	44,1
1990	19,1	21,3	6,2	4,9	27,8	25,8	37,4	44,0
1991 1. Hj.	21,6	20,8	7,2	4,6	30,6	25,9	39,7	42,9
	Entwicklung in vH[3])							
1989	15,2	19,7	8,1	19,3	10,6	10,1	10,0	11,7
1990	17,9	4,0	17,2	33,5	11,7	3,3	13,4	8,0
1990 1. Vj.	13,8	9,8	19,0	44,9	8,6	8,3	12,5	9,7
2. Vj.	15,3	3,0	20,2	52,0	4,4	2,3	10,6	2,9
3. Vj.	17,7	6,8	15,6	21,9	13,3	7,8	15,7	10,8
4. Vj.	23,2	– 3,0	12,3	17,3	19,2	– 3,1	18,9	9,3
1991 1. Vj.	24,8	– 5,1	21,7	– 4,2	22,0	3,1	9,4	– 2,0
2. Vj.	24,6	9,5	13,7	– 21,6	15,2	3,7	10,9	12,4

Zeitraum	Schweden		Schweiz		Spanien		Vereinigte Staaten	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
	Anteil in vH[2])							
1989	13,1	20,7	20,8	33,7	12,1	16,2	4,7	5,3
1990	14,2	19,8	22,1	33,8	13,5	16,5	4,8	5,7
1991 1. Hj.	15,4	19,1	24,0	32,2	16,4	16,2	5,3	5,6
	Entwicklung in vH[3])							
1989	14,3	6,5	9,8	13,7	11,1	19,5	17,6	– 6,2
1990	10,8	– 2,4	11,3	1,8	20,0	7,4	10,5	12,9
1990 1. Vj.	12,8	2,6	16,3	15,0	20,0	22,1	11,1	11,2
2. Vj.	6,6	1,0	8,2	– 1,7	12,9	4,5	12,6	12,7
3. Vj.	9,7	– 1,7	11,5	0,8	31,0	4,6	10,0	15,9
4. Vj.	13,2	– 10,1	9,1	– 5,4	19,1	0,1	8,1	12,0
1991 1. Vj.	9,7	– 11,4	7,7	– 10,7	44,7	– 2,1	12,9	– 4,0
2. Vj.	10,8	– 14,3	9,4	– 3,4	45,2	7,2	18,6	– 8,2

[1]) Ausfuhr: fob (free on board); Einfuhr: cif (cost, insurance, freight). Vereinigte Staaten: Ausfuhr: fas (free at ship); Einfuhr fob. Errechnet aus Angaben in Landeswährung; dabei wurden die in US-Dollar ausgewiesenen Werte mit dem durchschnittlichen Wechselkurs US-Dollar/Landeswährung umgerechnet.
[2]) Anteil der Ausfuhr/Einfuhr nach/aus Westdeutschland an der Gesamtausfuhr/Gesamteinfuhr des entsprechenden Landes. Gebietsstand Westdeutschland: Vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein.
[3]) Veränderung der Ausfuhr/Einfuhr gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Quelle für Grundzahlen: OECD

5. Die unvermeidbare Kehrseite der starken Nachfrageimpulse aus Deutschland war ein Rückgang der deutschen Netto-Kapitalexporte. Die Bundesrepublik hat im Jahre 1991 per Saldo Kapital vom Ausland importiert. Das hat die Besorgnis geweckt, daß die deutsche Vereinigung über einen höheren Kapitalmarktzins zu einer Bremse für die Investitionstätigkeit in anderen Ländern werden könne.

In der Tat ist es in der Bundesrepublik schon im Februar 1990 — als sich die baldige Vereinigung abzuzeichnen begann — zu einem sprunghaften Anstieg der Kapitalmarktzinsen um rund 1 Prozentpunkt gekommen. Hierin spiegelte sich aber weniger eine tatsächliche Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch den Staat wider als die Erwartung einer hohen Finanzierungslast durch die deutsche Vereinigung. Die Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland und die unklare finanzpolitische Antwort auf steigende Haushaltsdefizite ließen den Kapitalmarktzins ansteigen. Dies hat dazu beigetragen, daß sich der Abstand der im internationalen Vergleich bislang niedrigen deutschen Zinsen zu den Zinsen bei den großen europäischen Handelspartnern verringert hat. Gegenüber den Vereinigten Staaten hat sich sogar das Vorzeichen der Zinsdifferenz umgekehrt (Schaubild 1). Auch die Entwicklung des Außenwertes der D-Mark gegenüber den Währungen der EG-Länder spricht für eine veränderte Risikoeinschätzung der Kapitalanleger; so verlor die D-Mark seit Ende 1989 bis zum September 1991 um 1,1 vH an Wert.

Eine Quantifizierung der Effekte der deutschen Vereinigung auf die Investitionstätigkeit in anderen Ländern ist kaum möglich. Auf das internationale Zinsniveau wirken ganz unterschiedliche Einflußfaktoren. In vielen Industrieländern ist die Zinsentwicklung in den letzten Monaten nach unten gerichtet gewesen, weil die Kapitalnachfrage konjunkturbedingt abgenommen hat. In die andere Richtung wirkt es, daß der Wiederaufbau in der Golfregion den internationalen Kapitalmarkt beansprucht. Auch die Erwartung einer stärkeren Inanspruchnahme der Kapitalmärkte durch die Reformländer in Osteuropa könnte bereits heute Auswirkungen auf das weltweite Kapitalmarktzinsniveau haben. Angesichts der kräftigen Impulse durch die hohe Importnachfrage dürfte die Vereinigung per saldo expansiv gewirkt haben, wenn auch in einzelnen Ländern in unterschiedlichem Ausmaß.

6. Daß die Schwäche der Weltwirtschaft schneller als zu Beginn der achtziger Jahre überwunden werden konnte und nicht zu einer ausgeprägten Rezession führte, hängt auch mit besseren Angebotsbedingungen in vielen Industrieländern zusammen. Von Bedeutung ist vor allem, daß der Verlust an Geldwertstabilität und der Kostendruck in der gegenwärtigen Schwächephase geringer ist als damals (Tabelle 2).

Tabelle 2

Preis- und Lohnentwicklung in ausgewählten Ländern
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

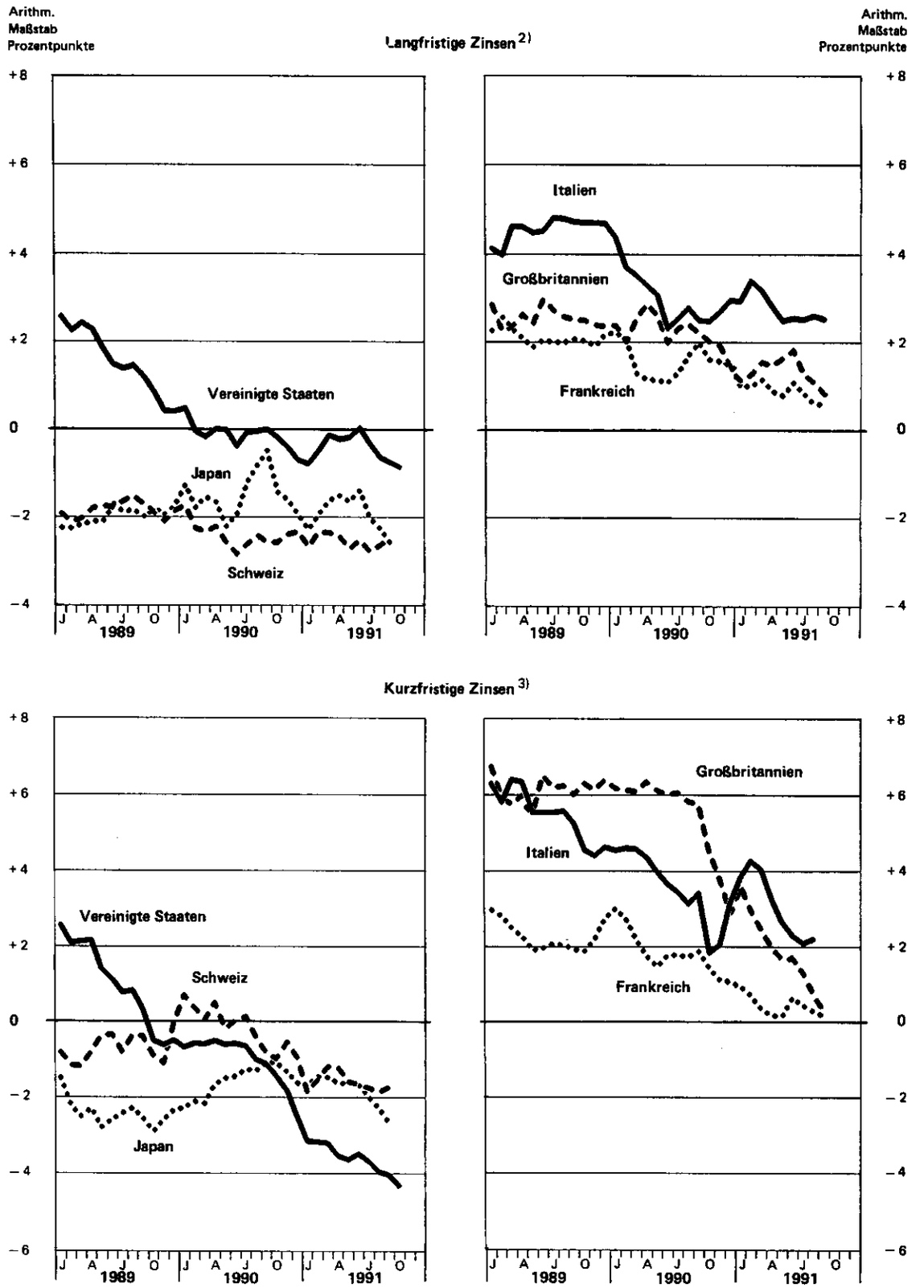
Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland[1]	Frankreich	Großbritannien	Italien	Japan	Kanada	Vereinigte Staaten
	Deflator des Privaten Verbrauchs						
1979 bis 1982[2]	5,4	12,1	12,4	17,5	4,6	10,0	8,7
1985 bis 1990[2]	1,5	3,5	4,9	6,3	1,1	4,0	3,9
1979	4,2	10,7	13,6	14,5	3,6	8,5	9,2
1980	5,8	13,3	16,3	20,5	7,5	10,0	10,8
1981	6,4	13,0	11,2	18,1	4,5	11,2	9,2
1982	5,3	11,5	8,7	16,9	2,7	10,2	5,7
1983	3,3	9,7	4,8	15,2	2,0	6,3	4,1
1984	2,8	7,7	5,0	11,8	2,5	3,9	3,8
1985	2,0	5,8	5,4	9,0	2,2	3,7	3,3
1986	− 0,5	2,7	4,4	5,8	0,4	3,8	2,4
1987	0,6	3,2	4,3	5,0	0,2	3,9	4,6
1988	1,4	2,7	5,0	5,3	− 0,1	4,0	3,9
1989	3,1	3,4	5,6	6,3	1,8	4,7	4,5
1990	2,6	3,0	4,7	6,2	2,4	4,2	5,0
	Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe[3]						
1979 bis 1982[2]	5,8	11,6	12,8	13,8	0,6	12,4	8,7
1985 bis 1990[2]	2,5	2,3	3,6	5,9	− 0,5	4,5	− 0,7
1979	3,2	8,3	17,8	10,6	0,1	9,1	9,8
1980	10,3	14,9	22,1	12,0	− 0,5	15,0	11,5
1981	4,1	12,5	9,1	17,7	3,7	9,7	7,3
1982	5,9	10,7	3,3	15,2	− 0,8	16,0	6,2
1983	− 0,3	7,6	− 1,2	11,1	− 2,3	− 1,2	− 2,5
1984	1,3	6,6	1,2	4,4	− 3,9	− 3,4	− 1,9
1985	2,0	4,3	3,5	6,6	− 1,1	2,1	0,4
1986	3,7	2,4	4,3	3,1	3,2	5,4	0,0
1987	6,5	2,2	0,7	3,4	− 5,0	3,1	− 2,6
1988	0,4	− 0,8	0,3	2,4	− 2,4	4,1	− 2,4
1989	0,2	0,9	3,5	12,3	− 0,1	6,8	0,5
1990	2,3	5,0	9,3	7,7	2,6	5,3	0,1

1) Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein.
2) Durchschnittlich jährliche Veränderung in vH (geometrisches Mittel, errechnet mit den Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr für die Jahre 1979 bis 1982 und 1985 bis 1990).
3) Einkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zur realen Bruttowertschöpfung.

Quellen: OECD; Bundesrepublik Deutschland: nationale Veröffentlichungen

Schaubild 1

ZINSDIFFERENZEN GEGENÜBER DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND[1]



1) Zinsen im jeweiligen Land abzüglich Zins in der Bundesrepublik Deutschland. – 2) Umlaufsrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren. — Für Frankreich Obligationen des öffentlichen und halböffentlichen Sektors. – 3) Überwiegend für Dreimonatsschatzwechsel.

Quelle: OECD

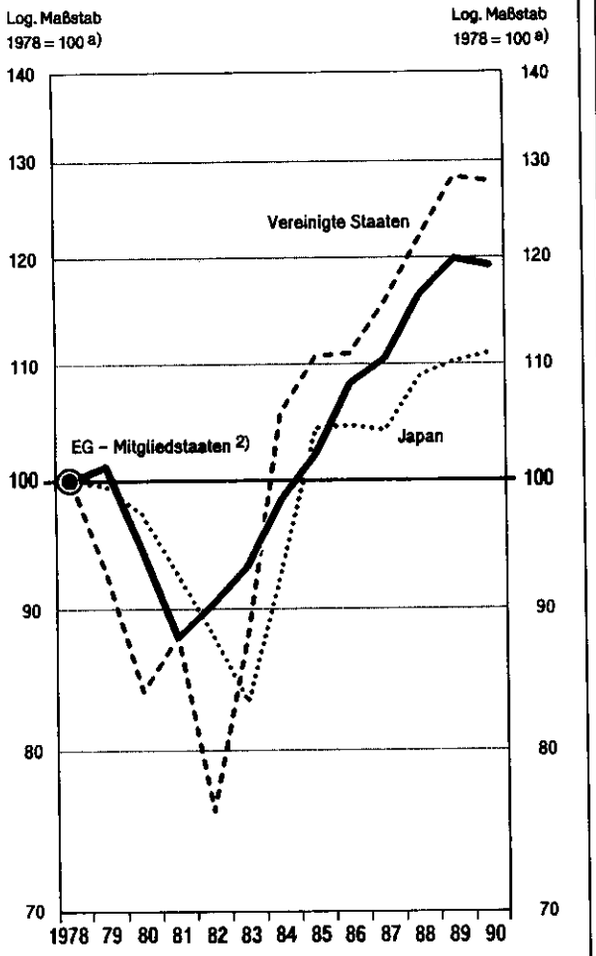
SR 91 0563

Dies ist zu einem guten Teil auf den moderaten Anstieg der Lohnstückkosten zurückzuführen, der die Entwicklung des Geldwertes begünstigt und den Rückgang der Gewinne begrenzt hat (Schaubild 2).

Auch ein stärker angebotsorientierter, mittelfristiger Kurs der Wirtschaftspolitik hat dazu beigetragen, daß die zyklischen Verspannungen Ende der achtziger Jahre geringer ausfielen als ein Jahrzehnt zuvor. Die Finanzpolitik hatte sich in den meisten Industrienationen zum Ziel gesetzt, den staatlichen Einfluß auf den Wirtschaftsprozeß zurückzuführen; teilweise wurden dazu staatliche Unternehmen privatisiert und Regulierungen abgebaut. Diese Politik wurde in den einzelnen Ländern mit unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichem Erfolg betrieben; vielerorts waren erhebliche Versäumnisse bei ihrer Durchsetzung zu beklagen. Dagegen wurden in allen großen Industrieländern Steuerreformen durchgeführt, die mit dem Ziel, die Leistungsbereitschaft zu fördern, die Spitzensteuersätze bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage senkten. In Europa hat das Projekt „Binnenmarkt '92" die Weichen für einen einheitlichen Wirtschaftsraum gestellt und dem Wachstum in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft in den letzten Jahren beachtliche Impulse gegeben.

Schaubild 2

RENTABILITÄT DES KAPITALSTOCKS IN AUSGEWÄHLTEN INDUSTRIELÄNDERN [1]



1) Zur Methode der Berechnung siehe Kommission der Europäischen Gemeinschaften "Die Rentabilität des Anlagevermögens in der Gemeinschaft" in Europäische Wirtschaft Beiheft A Konjunkturtendenzen Nr. 4 April 1991. – 2) Gebietsstand 1978: Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Vereinigtes Königreich; ab 1. Januar 1981 einschließlich Griechenland, ab 1. Januar 1986 einschließlich Portugal und Spanien.
a) Errechnet aus Originalindizes 1961 – 73 = 100.

Quelle: EG

SR 91 0582

7. Da die Stabilitätsprobleme in den meisten Industrieländern trotz der kräftigen Nachfrageexpansion Ende der achtziger Jahre vergleichsweise gering blieben, war die Geldpolitik nicht zu einem derartig restriktiven Kurs gezwungen, daß eine Stabilisierungsrezession wie zu Beginn der achtziger Jahre ausgelöst worden wäre. Im Gegenteil haben die Notenbanken in den Ländern, in denen sich eine starke konjunkturelle Abkühlung abzeichnete, bereits frühzeitig begonnen, die geldpolitischen Zügel zu lockern.

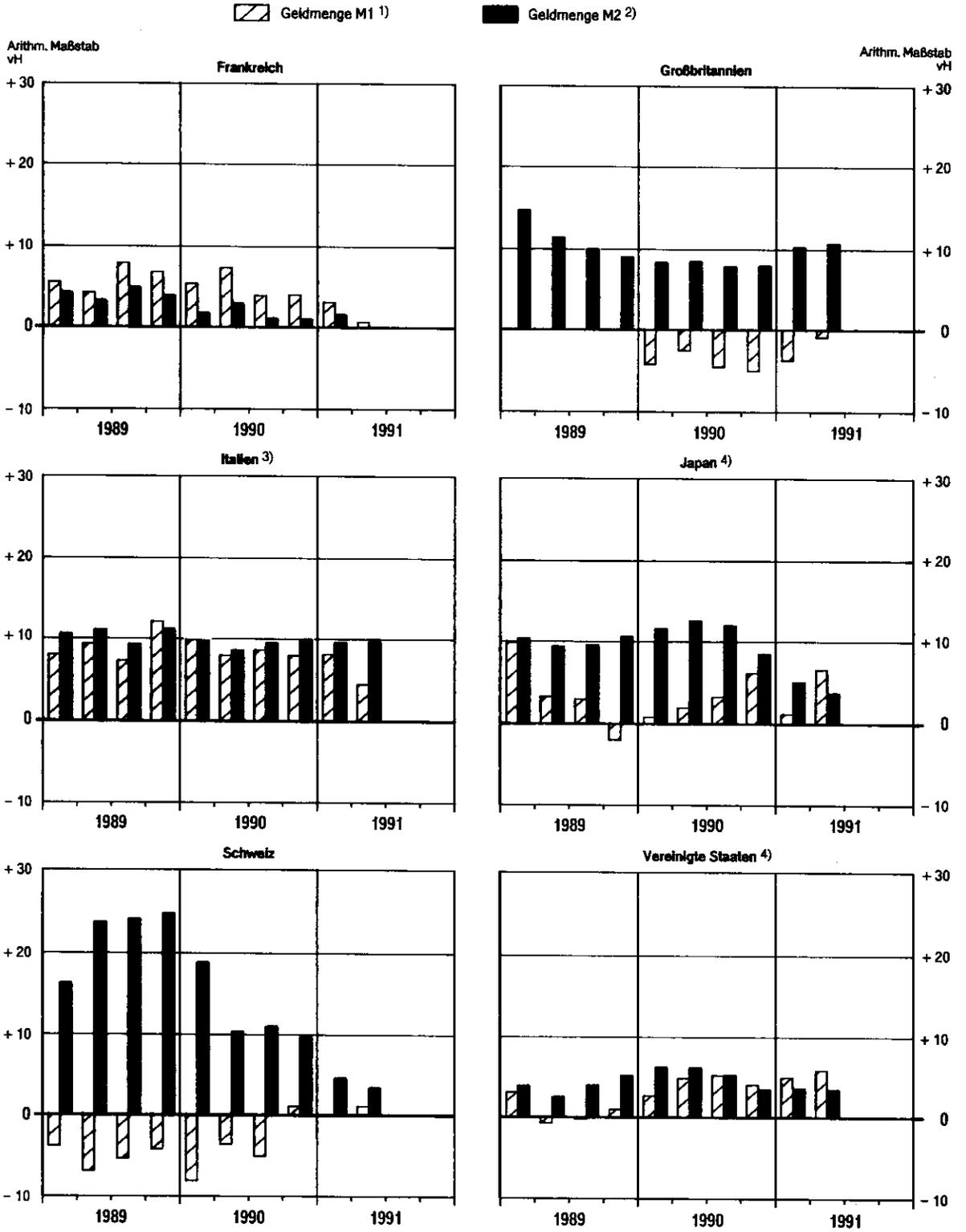
In den Vereinigten Staaten hat die Notenbank die Federal Funds Rate seit Herbst 1989 bis Anfang 1990 um 1,5 Prozentpunkte zurückgeführt. Ab Oktober 1990 veranlaßte sie — angesichts zunehmender Schwächetendenzen der Konjunktur — einen weiteren Rückgang um 2,5 Prozentpunkte auf 4,75 % (Anfang November 1991). In Großbritannien und Kanada begannen die Notenbanken Mitte 1990, die Refinanzierungsbedingungen für die Geschäftsbanken zu lockern und somit einen Rückgang der Geldmarktzinsen herbeizuführen. Der englischen Notenbank, deren Zinspolitik seit dem Beitritt zum Europäischen Währungssystem im Oktober letzten Jahres stärker an der Zinsentwicklung in den anderen Mitgliedsländern orientiert ist, kam dabei die Schwäche der D-Mark im Frühjahr des Jahres zugute. Auch andere europäische Notenbanken — wie in Frankreich und Italien — nutzten die relative Stärke ihrer Währungen für Zinssenkungen. In Japan entschied sich die Zentralbank Mitte des Jahres zu einer Diskontsatzsenkung um einen halben Prozentpunkt auf 5,5 %, nachdem sich Anzeichen der konjunkturellen Abschwächung verdichteten und sich die Inflationsrate nach dem Rückgang des Ölpreises wieder leicht zurückbildete. In den Niederlanden und Österreich orientierte sich die Geldpolitik stark am Kurs der Deutschen Bundesbank, um den Außenwert ihrer Währungen gegenüber der D-Mark stabil zu halten.

8. Schwierig zu beurteilen ist, inwieweit die geldpolitischen Maßnahmen zu der Stabilisierung der Wirtschaftslage beigetragen haben und in den nächsten Monaten beitragen werden. In den meisten Industrieländern sind die Geldmengenaggregate trotz der Zinssenkungen nur verhalten gewachsen (Schaubild 3). Zum Teil ist dies sicherlich Reflex der schwachen Ausgabentätigkeit der Unternehmen und der privaten Haushalte. Zum Teil dürfte das langsame Wachstum der monetären Aggregate auch damit zusammenhängen, daß das Geldvermögen nach einer Senkung der kurzfristigen Zinsen erfahrungsgemäß nur allmählich von weniger liquiden in geldnähere Anlageformen umgeschichtet wird.

Schaubild 3

GELDMENGENENTWICKLUNG IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum



1) Bargeldumlauf und Sichteinlagen.– 2) Im wesentlichen Geldmenge M1 und Termingelder.– 3) Geldmenge M2 nationales Konzept (Geldmenge M1 plus Spareinlagen bei Kreditbanken, Sparkassen und Postsparkassen und von der Post emittierte Obligationen).– 4) Errechnet aus monatsdurchschnittlichen Angaben.

Quelle für Grundzahlen: OECD, EG, nationale Veröffentlichungen.

SR 91 0580

In den Vereinigten Staaten, in Kanada und in Großbritannien ging das langsame Wachstum der monetären Aggregate mit einer geringen Kreditausweitung einher. Vor allem in den Vereinigten Staaten hat dies Befürchtungen geweckt, daß beschränkte Kreditfinanzierungsmöglichkeiten des privaten Sektors (Credit Crunch) die Wiederbelebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage behindern könnten.

Die vorsichtigere Politik der Geschäftsbanken ist dabei vor dem Hintergrund der Entwicklung des Finanzsektors in den achtziger Jahren zu sehen. Infolge der Deregulierung der Finanzmärkte zu Beginn der Dekade war es zu einem starken Wettbewerb der Kreditinstitute gekommen, die sich mit dem Angebot neuer Finanzprodukte zunehmend in Projekten mit höheren Risiken engagierten und bestrebt waren, durch günstige Finanzierungskonditionen neue Kunden zu gewinnen. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die lange Phase kräftigen Wachstums seit 1982. Gegen Ende der achtziger Jahre begann sich die Entwicklung umzukehren. Der Preisanstieg auf den Märkten für Immobilien und Aktien schwächte sich zunehmend ab, die Konjunktur wurde durch die restriktive Geldpolitik gedämpft, und die Perspektiven für die Zukunft waren nicht mehr so positiv wie in den Jahren zuvor. Die steigende Zahl der Kreditausfälle zwang die Banken, Wertberichtigungen ihrer Aktiva vorzunehmen, und führte zu teilweise drastischen Gewinneinbußen. Dies hat die Banken zu einer kritischeren Prüfung der Bonität ihrer Kunden veranlaßt.

9. Anders als die Geldpolitik hat die Finanzpolitik in den meisten Ländern nicht versucht, der konjunkturellen Schwäche aktiv entgegenzuwirken. Im ganzen blieb die Finanzpolitik bestrebt, den Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre fortzuführen. Zwar wuchsen die Finanzierungsdefizite in den meisten Ländern im Laufe dieses Jahres an, jedoch spiegeln sich darin die konjunkturbedingt höheren Ausgaben und geringeren Einnahmen wider. Auf antizyklisches Handeln wurde weitgehend verzichtet. Im Gegenteil haben manche Länder aufgrund der Verschlechterung der Haushaltssituation einnahmeerhöhende oder ausgabensenkende Haushaltsbeschlüsse gefaßt. Das gilt für Kanada und Frankreich, aber auch für die Vereinigten Staaten (Ziffern 11f. und 16).

II. Konjunkturflaute geht zu Ende

10. Die weltwirtschaftlichen Auftriebskräfte, die im Winterhalbjahr 1990/91 zum Erliegen gekommen waren, sind seit der Jahresmitte wieder stärker geworden. Ausschlaggebend war hierfür die Belebung der Konjunktur in Nordamerika. Dagegen hat sich das hohe Expansionstempo in Japan und Westdeutschland im Jahresverlauf deutlich verlangsamt. Das Konjunkturgefälle hat sich somit im Verlaufe dieses Jahres deutlich eingeebnet. Insgesamt konnte das Bruttosozialprodukt in den OECD-Ländern, das im Jahre 1990 noch um gut 2½ vH gestiegen war, im Durchschnitt dieses Jahres nur um gut 1 vH ausgeweitet werden (Tabelle 3).

Konjunkturelle Besserung in Nordamerika

11. In den **Vereinigten Staaten** ist die seit 1989 andauernde Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Expansion, die im vierten Quartal 1990 in eine Rezession gemündet war, im Laufe dieses Jahres überwunden worden. Das Bruttosozialprodukt war vom dritten Quartal 1990 bis zum ersten Quartal dieses Jahres um gut 1 vH gesunken, und die Beschäftigung ging seit Mitte letzten Jahres bis zum März 1991 um etwa 1,5 Millionen Personen zurück. Besonders ausgeprägt war der Beschäftigungsabbau in der Industrie, wo die Produktion bis zum März auf das Niveau von Anfang 1988 absank. Zwar hatte die Geldpolitik bereits frühzeitig begonnen, die restriktiven Zügel zu lockern (Ziffer 7), und die kurzfristigen Zinsen sanken im Herbst noch unter das niedrige Niveau vom Jahresende 1986. Jedoch belebte sich die Konjunktur erst allmählich (Schaubild 4, Seite 36). Im zweiten Quartal ging das Bruttosozialprodukt nicht weiter zurück, und die Industrieproduktion ist vom März bis zum August kontinuierlich gestiegen.

Die höhere Konsumnachfrage der privaten Haushalte leitete die konjunkturelle Wende ein. Zum einen nahmen die Realeinkommen — begünstigt durch den schwächeren Preisanstieg — im zweiten Quartal wieder zu. Zudem ging der Anstieg des Privaten Verbrauchs etwas über den Einkommenszuwachs hinaus; dies spiegelt die günstigere Bewertung der Zukunftsperspektiven wider. Gleichwohl war die Belebung der Konsumnachfrage im ganzen nur schwach; einer stärkeren Expansion stand offenbar die hohe Verschuldung vieler Haushalte entgegen.

Auch im privaten Wohnungsbau hat sich die Nachfrage im zweiten Quartal wieder belebt. In diesem Sektor, der sich seit 1987 in einem Schrumpfungsprozeß befand, war der Rückgang seit dem Herbst 1990 besonders ausgeprägt gewesen. Im ersten Quartal 1991 lag die Zahl der Baubeginne um mehr als ein Drittel unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Aufgrund sinkender Hypothekenzinsen und der wieder leicht anziehenden Preise für Wohnungen und Häuser haben seit dem März wieder mehr Haushalte mit dem Neubau eines Eigenheimes begonnen. In manchen Regionen scheint die Zurückhaltung der Baufinanzierungsinstitute bei der Kreditvergabe einem kräftigeren Wachstum entgegengestanden zu haben.

Die Unternehmen haben auf die Belebung der Konsumnachfrage zunächst mit einer Reduzierung ihrer Lagerbestände reagiert, und erst nachdem die Kapazitätsauslastung langsam zu steigen begann, erholte sich die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern. Begünstigt durch den Zinsrückgang und die Aussicht auf höhere Gewinne gewann die Investitionsgüternachfrage im weiteren Jahresverlauf allmählich an Tempo. Im gewerblichen Bau ging die Aktivität dagegen auch in diesem Jahr weiter zurück. Die Anpassung an das in den achtziger Jahren entstandene Überangebot an gewerblicher Nutzfläche setzte sich fort; angesichts weiter fallender Preise insbesondere für Bürogebäude blieben die Anreize, neue Kapazitäten zu schaffen, in den meisten Regionen gering.

Im Außenhandel konnte zwar die Ausfuhr von Gütern und Diensten nicht so stark ausgeweitet werden wie im Vorjahr, da sich die Konjunktur bei wichtigen Handelspartnern abschwächte. Infolge der schwachen Binnennachfrage ging jedoch das Volumen der Einfuhr im Jahresdurchschnitt kaum über das Niveau des Vorjahres hinaus. In der Summe kamen vom Außenhandel positive Konjunkturimpulse.

Tabelle 3

Wirtschaftsdaten

Land	Bruttoinlandsprodukt[1][2]				Inlandsnachfrage[1][3]				Privater Verbrauch[1]			
	1981–1990[a]	1989	1990	1991[18]	1981–1990[a]	1989	1990	1991[18]	1981–1990[a]	1989	1990	1991[18]
Westdeutschland	2,1	3,2	4,7	3½	1,7	2,6	5,0	3	1,7	1,7	4,7	2
Frankreich	2,3	3,9	2,8	1½	2,4	3,5	3,2	1½	2,6	3,2	3,1	3
Großbritannien	2,5	2,4	0,8	– 2	3,1	3,4	– 0,1	– 3	3,4	3,8	0,9	1½
Italien	2,3	3,0	2,0	1	2,3	3,0	1,9	1½	2,7	3,8	1,0	– ½
Belgien	2,0	4,0	3,5	2	1,6	5,0	3,7	1½	1,8	3,8	3,7	2½
Niederlande	1,8	4,0	3,9	2	1,5	4,3	3,9	2	1,4	2,5	3,7	2
Spanien	2,9	4,8	3,6	3	3,4	7,8	4,6	3	2,5	5,5	3,7	3
Schweiz	2,1	3,5	2,6	½	2,3	3,9	2,2	0	1,6	2,1	2,0	1½
Österreich	2,2	4,0	4,6	3	2,1	3,6	4,4	3	2,4	3,2	4,1	3½
Vereinigte Staaten	2,8	2,5	1,0	– ½	3,0	1,9	0,5	– 1	3,0	1,9	0,9	½
Japan	4,3	4,7	5,6	4½	4,2	5,7	5,8	3½	3,7	4,4	4,0	3

Land	Erwerbstätige[4][5]				Bruttostundenverdienste[5][6]				Arbeitslosenquote[7]			
	1981–1990[a]	1989	1990	1991[18]	1981–1990[a]	1989	1990	1991[18]	1981–1990[a]	1989	1990	1991[18]
Westdeutschland	0,5	1,4	2,8	3	4,0	4,0	5,2	6½	6,2	5,6	5,1	4½
Frankreich	0,2	1,2	1,3	0	7,2	3,8	4,5	4½	9,3	9,4	9,0	9½
Großbritannien	0,6	3,0	0,8	– 2	9,3	9,1	9,5	8	10,0	7,1	6,9	8
Italien	0,4	0,1	1,4	0	10,8	6,1	7,2	7½	9,7	10,9	9,9	10½
Belgien	0,1	1,6	0,9	– ½	4,4	5,7	4,3	4½	10,7	8,1	7,9	8½
Niederlande	0,4	1,7	2,1	1	2,7	1,3	2,9	3½	9,9	8,3	7,5	7
Spanien	0,9	4,1	2,7	1½	11,5	7,3	8,7	9	18,0	16,9	15,9	15½
Schweiz	0,6	1,1	1,3	0	4,4	4,0	5,7	6	0,6	0,6	0,6	1
Österreich	0,4	1,0	2,1	2½	4,6	4,4	2,9	3	3,3	3,2	3,3	3½
Vereinigte Staaten	1,7	2,0	0,5	– ½	4,1	2,9	3,5	3½	7,0	5,2	5,4	6½
Japan	1,2	1,9	2,0	1½	3,5	3,2	3,7	3	2,5	2,3	2,1	2

Land	Zinssätze in Prozent p. a.								Geldmengen[5][10]			
	Kurzfristig[8]				Langfristig[9]							
	1981–1990[a]	1989	1990	1991	1981–1990[a]	1989	1990	1991	1981–1990[a]	1989	1990	1991
Bundesrepublik Deutschland	6,68	7,12	8,49	9,17	7,56	7,03	8,83	8,67	6,0	5,5	5,9	4,5[b]
Frankreich	10,76	9,40	10,32	9,60	12,11	9,16	10,42	9,56	9,8	9,4	8,8	6,1
Großbritannien	11,17	13,31	13,98	11,05	10,91	9,58	11,08	10,02	15,8	20,6	11,9	9,3
Italien	15,03	12,61	12,06	12,25	14,32	11,61	11,87	11,46	11,2	11,3	9,9	9,4
Belgien	10,12	8,68	9,67	9,35	10,39	8,64	10,06	9,34	7,9	13,8	4,3	5,4
Niederlande	6,97	7,34	8,68	9,21	8,03	7,21	8,93	8,75	8,6	11,1	8,1	2,9
Spanien	14,90	15,04	15,15	13,38	14,27	13,70	14,68	12,66	13,7	11,0	11,8	12,9
Schweiz	4,82	6,44	8,32	7,59	4,82	5,20	6,45	6,12	6,2	6,2	3,1	4,0
Österreich	7,94	6,97	8,41	8,98	8,13	7,14	8,74	8,60	7,5	6,8	6,8	7,0
Vereinigte Staaten	8,43	8,11	7,49	5,65	10,18	8,59	8,73	8,29	7,5	3,4	1,2	1,6
Japan	5,80	4,73	6,93	7,35	6,31	5,05	7,36	6,76	9,2	12,0	7,4	4,1

[1] In konstanten Preisen; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. — [2] Bruttosozialprodukt für Japan. — [3] Privater Verbrauch plus Staatsverbrauch plus Anlageinvestitionen plus Vorratsveränderung. — [4] Zivile Erwerbstätige (außer Schweiz, Japan, Österreich). — [5] Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. — [6] Industrie, Quelle: IWF; für Frankreich, Quelle: OECD. — Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Großbritannien, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste. — [7] Von der OECD aus den nationalen Angaben standardisierte Arbeitslosenquoten: Anteil der Arbeitslosen (gemäß Definition der ILO) an den gesamten Erwerbspersonen. Hiervon weichen ab: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Belgien und Niederlande. — Schweiz, Österreich: nicht standardisiert. — [8] Überwiegend für Dreimonatsschatzwechsel. Für 1991 Durchschnitt der Monate Januar bis September; für Italien: Januar bis August. — [9] Umlaufrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren. Für 1991 Durchschnitt der Monate Januar bis September. — [10] M2 (Geldvolumen M1 plus Quasigeld) für Italien, Belgien, Niederlande, Schweiz, Österreich. M3 für Bundesrepublik Deutschland (bis 1990 alter Gebietsstand), Frankreich, Vereinigte Staaten. M2 + CD für Japan. ALP (Gesamte Zahlungsmittelbestände) für Spanien. M4 „Broad money" für Großbritannien. Für 1991 1. Halbjahr 1991 gegenüber 1. Halbjahr 1990 in vH (Endstände), Japan: Mai 1991 gegenüber Mai 1990 (Endstände). — [11] Waren und Dienstleistungen. — [12] Schweiz: Verarbeitendes Gewerbe.

ausgewählter Länder

Ausrüstungsinvestitionen[1]				Ausfuhr[1][11]				Einfuhr[1][11]				Land
1981–1990[a]	1989	1990	1991[18]	1981–1990[a]	1989	1990	1991[18]	1981–1990[a]	1989	1990	1991[18]	
3,9	9,8	12,9	10	5,4	11,4	9,9	13	4,2	8,4	11,9	13	Westdeutschland
3,4	6,7	5,4	– 2	3,9	10,3	5,2	3	4,2	8,2	6,4	2½	Frankreich
4,3	8,7	– 3,8	–11	3,4	4,3	4,8	½	5,7	7,3	1,3	– 3	Großbritannien
5,0	5,2	3,5	– 1	4,9	9,9	7,5	4	4,6	9,6	6,6	4½	Italien
7,5	19,0	9,9	3½	4,9	7,6	4,4	3½	4,2	8,7	4,6	3	Belgien
6,2	5,5	6,0	3	4,2	5,5	4,7	4	3,6	6,0	5,4	3½	Niederlande
6,2	12,1	1,2	– 1	5,7	2,9	4,2	6½	7,8	17,0	8,3	7	Spanien
5,9	4,8	4,3	0	3,3	4,8	3,0	1	3,9	5,5	3,0	½	Schweiz
2,8	7,2	8,3	6	5,2	10,5	9,2	6	4,8	9,4	8,6	6	Österreich
5,4	5,2	2,8	0	5,0	11,0	6,4	3½	7,2	6,0	2,8	1	Vereinigte Staaten
10,0	15,6	13,9	8	7,5	15,0	10,9	5	7,0	22,2	11,9	– 1	Japan
Industrieproduktion[12]				**Erzeuger- bzw. Großhandelspreise[13]**				**Verbraucherpreise[14]**				Land
1981–1990[a]	1989	1990	1991[18]	1981–1990[a]	1989	1990	1991[18]	1981–1990[a]	1989	1990	1991[18]	
1,9	5,0	5,1	4	2,1	3,1	1,7	2½	2,7	3,1	2,6	3½	Westdeutschland
1,1	4,1	1,4	0	5,1	5,5	– 1,2	½	6,2	3,3	2,9	3	Frankreich
1,7	0,2	– 0,7	– 4	5,7	5,1	5,9	5½	6,0	5,7	6,0	6	Großbritannien
1,3	3,9	– 0,7	– 1½	6,5[c]	5,9	4,2	4	9,9	5,8	6,3	6½	Italien
2,1	3,4	4,3	– 4	3,2	6,5	– 1,0	0	4,6	3,4	3,5	3½	Belgien
1,4	5,0	2,8	5	2,1	3,4	1,0	1	2,4	2,1	2,5	3½	Niederlande
1,9	4,5	0,1	– 1	7,2	4,2	2,2	2	9,2	6,7	6,7	6	Spanien
2,0	2,7	2,6	– 1	1,6	4,4	1,5	½	3,5	3,7	5,4	6	Schweiz
2,8	5,9	7,6	2	1,5	– 2,0	2,9	1	3,6	2,7	3,1	3½	Österreich
2,6	2,5	1,0	– 2½	2,6	4,9	3,6	2½	4,6	4,5	5,0	4	Vereinigte Staaten
4,0	6,1	4,8	2	– 1,0	2,5	2,0	2	1,9	1,8	2,5	2½	Japan
Leistungsbilanz[15]				**Staatsquote[16]**				**Staatsdefizit[17]**				Land
1981–1990[a]	1989	1990	1991[18]	1981–1990[a]	1989	1990	1991[18]	1981–1990[a]	1989	1990	1991[18]	
2,5[d]	4,8	.	.	47,8[d]	45,5	.	.	– 2,0[d]	0,2	.	.	Bundesrepublik Deutschland
– 0,7	– 0,6	– 1,2	– ½	50,7	49,3	49,9	50½	– 2,3	– 1,2	– 1,7	– 1½	Frankreich
– 0,4	– 3,9	– 2,5	– 1	41,9	37,6	37,9	40	– 1,6	1,4	– 0,1	– 1	Großbritannien
– 0,8	– 1,2	– 1,3	– 1	50,2	52,2	53,8	54½	–11,2	–10,1	–10,7	–10½	Italien
0,5	2,3	2,2	2½	53,6	49,5	48,7	49	– 8,8	– 6,3	– 5,7	– 6	Belgien
3,0	3,6	3,7	4	57,6	54,4	54,3	54	– 5,8	– 5,1	– 5,3	– 4½	Niederlande
– 0,9	– 2,9	– 3,4	– 3	40,2	42,0	42,8	43½	– 4,6	– 2,7	– 4,0	– 4	Spanien
4,4	4,2	4,3	4½	36,4	35,7	34,4	36½	0,7	1,2	1,0	0	Schweiz
– 0,1	0,1	0,5	0	51,1	49,6	48,7	51	– 3,0	– 2,7	– 1,8	– 3	Österreich
– 2,0	– 2,0	– 1,7	– ½	34,9	34,3	35,2	35½	– 2,6	– 1,7	– 2,4	– 2½	Vereinigte Staaten
2,3	2,0	1,2	1½	33,2	31,3	30,5	30	– 0,8	2,4	2,7	2½	Japan

[13] Erzeugerpreise: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich (intermediate goods), Großbritannien, Italien, Spanien, Vereinigte Staaten; Großhandelspreise: Niederlande, Österreich, Schweiz, Japan. — [14] Deflator des Privaten Verbrauchs. — [15] Leistungsbilanzsaldo im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt. — [16] Staatsausgaben abzüglich empfangene Vermögensübertragungen (für Schweiz laufende Ausgaben plus Investitionen, für Vereinigte Staaten laufende Ausgaben) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt. — [17] Finanzierungssaldo (Überschuß: +; Defizit: –) der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt. — [18] Eigene Schätzung.

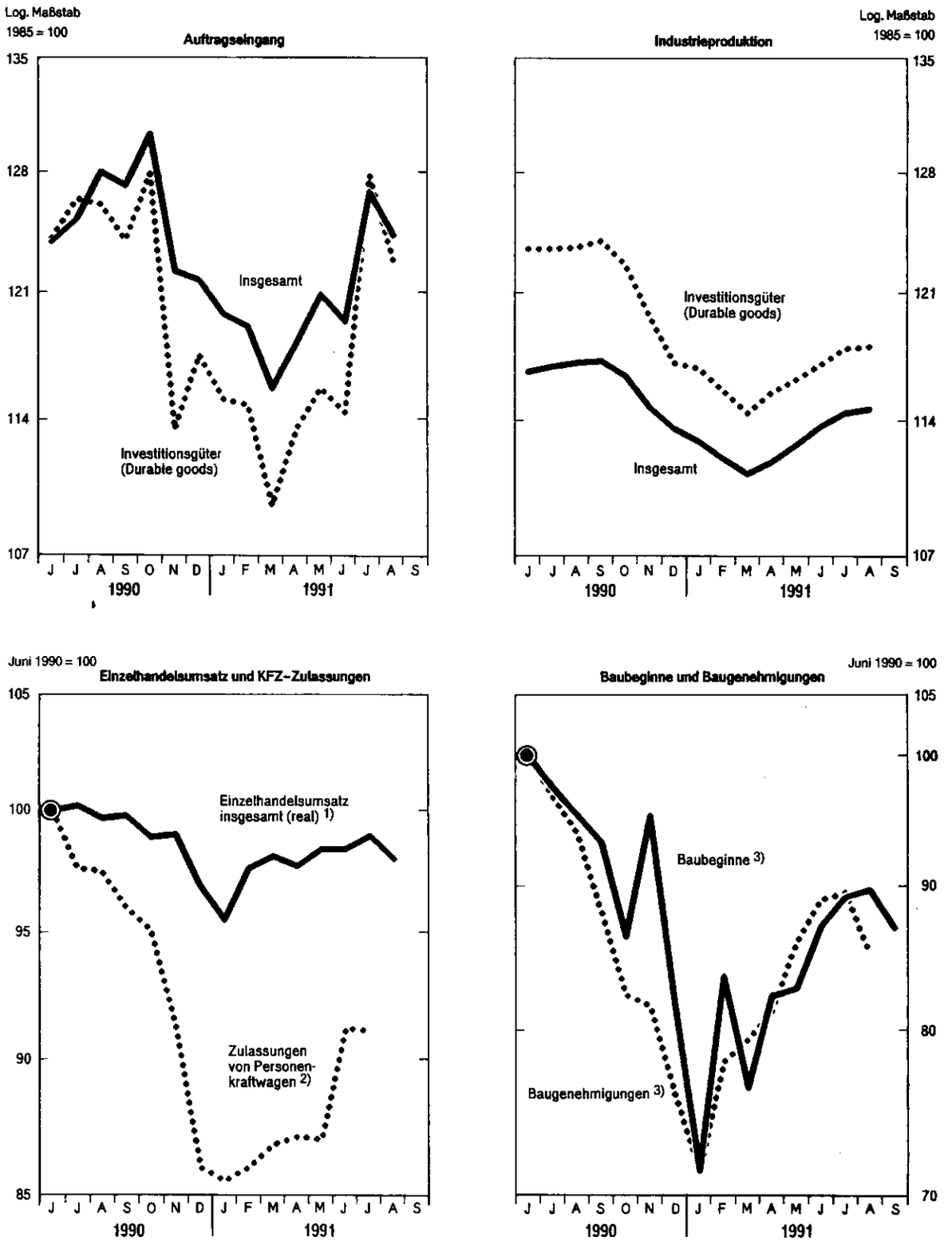
a) Für mehrjährigen Zeitraum: durchschnittlich jährliche Veränderung in vH (geometrisches Mittel, errechnet mit den Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr für die Jahre 1981 bis 1990); für Quoten: durchschnittlich jährliche Quote (arithmetisches Mittel). — b) September 1991 gegenüber September 1990. — c) 1982 bis 1990. — d) 1981 bis 1989.

Quellen: EG, IWF, OECD und nationale Veröffentlichungen

Schaubild 4

KONJUNKTURINDIKATOREN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

Saisonbereinigt



1) In Preisen von 1982.– 2) Gleitender 3 – Monats – Durchschnitt der saisonbereinigten Daten.– 3) Ein– und Mehrfamilienhäuser.

Quelle: OECD, nationale Veröffentlichungen

SR 91 0581

Die Finanzpolitik hat mit dem Haushaltskompromiß vom Oktober letzten Jahres einen neuen Anlauf unternommen, das Defizit des Bundes zurückzuführen. Gleichwohl stieg das Budgetdefizit für das Ende September abgelaufene Finanzjahr 1990/91 auf 269 Mrd Dollar (in Relation zum Bruttosozialprodukt: 4,9 vH) und wird, offiziellen Schätzungen zufolge, im Finanzjahr 1991/92 auf etwa 350 Mrd Dollar (5,8 vH des Bruttosozialprodukts) ansteigen. Insbesondere wird der Staatshaushalt von den hohen Ausgaben im Zusammenhang mit der Sanierung der Sparbanken belastet, die in den beiden letzten Haushaltsjahren etwa 100 Mrd Dollar betrugen und in den kommenden Jahren auf mehrere hundert Milliarden Dollar geschätzt werden. Die Aussichten, das Defizit des Gesamthaushalts — wie im Budgetkompromiß vom Oktober 1990 vorgesehen — im Zeitraum bis 1995 um 500 Mrd Dollar senken zu können, ist gering. Nicht nur sind die Zielvorgaben für die Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben kaum noch einzuhalten, vielmehr scheint auch der politische Konsens über den Konsolidierungskurs zu zerbröckeln. So ist es fraglich, inwieweit das im November letzten Jahres veränderte Budgetverfahren weiterhin zur Geltung kommen wird, wonach bei den diskretionären Haushaltsposten Einsparungen in einem Bereich nicht zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben in anderen Bereichen verwendet werden dürfen. Diese Regelung ist vor allem hinsichtlich der geplanten Verringerung des Verteidigungsetats in der politischen Diskussion in Frage gestellt worden, da sich als Folge der Entwicklung in der Sowjetunion höhere Transferausgaben abzeichnen und im kommenden Wahljahr Abgabenerhöhungen kaum durchgesetzt werden dürften.

12. In **Kanada** wurde die konjunkturelle Talsohle ebenfalls im Frühjahr erreicht, nachdem seit dem zweiten Quartal des letzten Jahres ein Rückgang des Sozialprodukts hingenommen werden mußte. Die Rezession war durch Arbeitskämpfe im Gefolge verteilungspolitischer Konflikte verschärft worden. Anhaltend hohe Lohnsteigerungen hatten im vergangenen Jahr die Gewinnsituation der Unternehmen verschlechtert und den Inflationsdruck erhöht. Erst mit dem kräftigen Ansteigen der Arbeitslosenquote von gut 7,5 vH Mitte 1990 bis auf 10,5 vH im Juli 1991 nahm der Lohnkostendruck allmählich ab. Der Anstieg der Verbraucherpreise zu Beginn des Jahres ging in erster Linie auf die Einführung einer Mehrwertsteuer (Goods and Services Tax) und die Erhöhung verschiedener anderer Steuern zurück, die beschlossen wurden, um dem konjunkturbedingten Anstieg des staatlichen Budgetdefizits entgegenzuwirken.

Stimuliert durch die sinkenden kurzfristigen Zinsen, nahm die Binnennachfrage im Frühjahr wieder zu. Neben der Nachfrage nach Konsumgütern erhöhten die privaten Haushalte ihre Ausgaben im Wohnungsbau. Auch konnten die exportorientierten Unternehmen ihre Lieferungen in die Vereinigten Staaten, den wichtigsten Handelspartner Kanadas, im Jahresverlauf wieder leicht ausweiten. Eingetrübt wurden die Konjunkturperspektiven durch im Spätsommer dieses Jahres erneut ausbrechende Verteilungskonflikte. Im Zuge der Konsolidierungsbemühungen hatte die Regierung einen Lohnstopp im öffentlichen Bereich verkündet, der zu Arbeitsniederlegungen der Bundesangestellten führte.

Differenzierte Konjunkturentwicklung in Europa

13. In **Großbritannien** hatte sich die konjunkturelle Talfahrt zur Jahreswende beschleunigt fortgesetzt; der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung erreichte dabei das Ausmaß der Rezession 1980/81. Obwohl die Realeinkommen bis Ende 1990 gestiegen waren, ging die Konsumnachfrage seit Mitte 1990 zurück. Auslöser der Konsumschwäche war der steile Anstieg der Zinsen seit Mitte 1988, der die finanziellen Belastungen der privaten Haushalte zur Bedienung der hohen Verschuldung kräftig hatte ansteigen lassen und sie zu einer deutlich schlechteren Einschätzung ihrer wirtschaftlichen Situation veranlaßte. Die schwache Konsumnachfrage in diesem Jahr geht auf die deutlich höhere Arbeitslosigkeit seit Beginn 1991 zurück; denn die damit verbundenen unsicheren Einkommensperspektiven haben die Haushalte veranlaßt, einen größeren Teil ihres Einkommens zu sparen.

Die Unternehmen haben ihre Ausgaben für Ausrüstungen und Bauten im Jahre 1991 nochmals und in kräftigerem Ausmaß reduziert. Schlechtere Absatzperspektiven und der hohe Kostendruck sind die wesentlichen Ursachen. Neben den hohen Zinszahlungen, die im Verhältnis zu den Unternehmenseinkommen im Jahre 1990 einen historischen Höchststand erreicht hatten, drückte vor allem der erst in der zweiten Jahreshälfte nachlassende Lohnkostenanstieg auf die Unternehmensgewinne. Die Unternehmen reagierten, indem sie ihre Investitionsplanungen nach unten korrigierten und die unfreiwillig aufgebauten Lagerbestände deutlich verminderten.

Mit dem Beitritt zum EWS im Oktober letzten Jahres hat sich die Regierung zu einem Kurs verpflichtet, der eine Abmilderung der inländischen Konjunkturprobleme durch Wechselkursanpassungen nur noch in weitaus geringerem Maße zuläßt. Allerdings hat die mit dem EWS-Beitritt verbundene Erwartung zunächst stabilerer Wechselkurse die Zinsen deutlich sinken lassen. Eine weitere Rückführung der kurzfristigen Zinsen wurde nach der Abwertung der D-Mark im Frühjahr möglich. Dies hat die Binnennachfrage jedoch erst allmählich beleben können.

Die inländische Rezession spiegelte sich deutlich in der Außenhandelsentwicklung wider. Der Import lag dem Volumen nach unter dem Vorjahresniveau, so daß sich trotz des stagnierenden Exports die Außenhandelsposition insgesamt verbessert hat. Die Ursachen für die Exportstagnation sind in der schwachen Nachfrageentwicklung auf dem europäischen Kontinent und in der Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der britischen Unternehmen mit der realen Höherbewertung des Pfundes seit dem EWS-Beitritt im Oktober letzten Jahres zu sehen. Dagegen konnte der Export in die Vereinigten Staaten — wohl auch durch die Aufwertung des Dollar und die Konjunkturbelebung in der zweiten Jahreshälfte — ausgeweitet werden.

Der Staatshaushalt wird in dem laufenden Finanzjahr (April 1991 bis März 1992) mit einem Defizit in Relation zum Bruttosozialprodukt von schätzungsweise 1½ vH abschließen. Darin spiegeln sich die konjunkturbedingt höheren Ausgaben für Transferleistungen wider, aber auch der geringere Anstieg der Einnahmen vor allem im Unternehmenssektor. Die Regierung hat der Verschlechterung der Haushaltsposition nicht entgegengewirkt, beabsichtigt jedoch, den Konsolidierungskurs mittelfristig beizubehalten. Die im Jahre 1991 ergriffenen steuerlichen Maßnahmen (Senkung der Gemeindesteuer, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Senkung der Körperschaftsteuer) hatten im Gesamtergebnis keinen Effekt auf den Haushalt.

14. Auch in **Schweden** und in **Finnland** war die Wirtschaftsentwicklung von rezessiven Tendenzen geprägt. Angesichts hoher Zinsen, einer verschlechterten Gewinnsituation und einer gesunkenen Kapazitätsauslastung haben die Unternehmen ihre Investitionsgüternachfrage kräftig reduziert. In Finnland wurde die schwere Rezession dadurch verschärft, daß mit der Auflösung des Clearing-Verfahrens im Handel mit der Sowjetunion ein wichtiger Exportmarkt fast vollständig weggebrochen ist. Lediglich die kräftige Ausweitung der staatlichen Nachfrage konnte das Ausmaß des Konjunktureinbruchs etwas begrenzen. In Schweden hat man dagegen auf konjunkturstützende Ausgabenprogramme in diesem Jahr verzichtet. Die Geldpolitik hat ihren restriktiven Kurs durch die Anbindung der Krone an den ECU im Mai dieses Jahres bekräftigt. Auch in Finnland entschloß man sich im Juni zu diesem Schritt, um der Schwäche der Finnmark entgegenzuwirken.

In **Norwegen** war die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr von gegenläufigen Kräften geprägt. Der Anstieg des Bruttosozialprodukts von etwa 3 vH geht hauptsächlich auf die kräftigere Aktivität im ölproduzierenden Sektor und auf die Impulse seitens der Staatsnachfrage zurück. Dagegen nahm die Konsumgüternachfrage der privaten Haushalte nur geringfügig zu, da angesichts steigender Arbeitslosigkeit und hoher Verschuldung ein größerer Teil der Einkommen gespart wurde. Auch blieb die Investitionstätigkeit außerhalb des ölproduzierenden Sektors schwach: Die Investitionsgüternachfrage der Unternehmen stagnierte, und im Wohnungsbau wurde das Vorjahresniveau nochmals deutlich unterschritten.

15. In den übrigen Ländern **Kontinentaleuropas** verlangsamte sich das Expansionstempo gegenüber dem Vorjahr deutlich, doch konnten alle Länder Wachstum verzeichnen. Vergleichsweise stark war das Wachstum außer in Westdeutschland in den iberischen Ländern, in Österreich und in den Beneluxländern; die Anzahl der Beschäftigten stieg nochmals an, wenn auch nicht mehr so kräftig wie im Vorjahr, so daß die Arbeitslosenquoten nicht oder lediglich in geringem Maße weiter zurückgeführt werden konnten. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage expandierte in diesen Ländern im Durchschnitt des Jahres mit gut 2½ vH. Die Beneluxländer und Österreich haben dabei in besonderem Maße von der kräftigen Steigerung ihrer Exporte in die Bundesrepublik profitieren können; gestützt wurde das Wachstum aber auch durch die Binnennachfrage. Angesichts der wenig verminderten Lohnzuwächse hatten die Haushalte kaum Veranlassung, ihre Konsumgüternachfrage einzuschränken, zumal die Kaufkraft ihrer Einkommen nur in geringem Maße durch steigende Preise vermindert wurde. Somit stieg der Private Verbrauch in diesen Ländern mit einer Rate von etwa 3 vH nur wenig schwächer als im Vorjahr. Dagegen hat sich die Wachstumsrate der Anlageinvestitionen gegenüber dem Vorjahr halbiert (etwa 3 vH). Mit der allgemeinen Konjunkturabschwächung im westlichen Ausland und damit einhergehend einem schwachen Exportwachstum hatten die Unternehmen nur wenig Grund, ihre Kapazitäten auszuweiten. Besonders stark ließ die Investitionstätigkeit in den Beneluxländern nach. In Österreich und den iberischen Ländern blieb die Investitionstätigkeit dagegen vergleichsweise kräftig. In dieser Entwicklung spiegelte sich insbesondere die weiterhin lebhafte Bautätigkeit wider, die in Spanien zusätzliche Impulse durch die Vorbereitungen auf die Olympischen Spiele und auf die Weltausstellung in Sevilla erhielt.

16. In **Frankreich** und in **Italien,** wie auch in der **Schweiz** und in **Dänemark** expandierte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dagegen nur schwach, und die Arbeitslosigkeit stieg wieder an. In diesen Ländern hatte sich die Konjunktur bereits seit dem Herbst letzten Jahres merklich abgekühlt; und zum Jahreswechsel stagnierte die gesamtwirtschaftliche Produktion, in der Schweiz ging sie sogar deutlich zurück.

Die schwache Nachfrageentwicklung war vor allem durch die stagnierende Investitionstätigkeit der Unternehmen geprägt. Die geringere Kapazitätsauslastung machte eine Erweiterung der Anlagen in vielen Fällen nicht erforderlich. Von der Finanzierungsseite her haben sich zudem die Bedingungen für eine höhere Investitionstätigkeit erst allmählich verbessert. Auf die Unternehmensgewinne drückte nicht nur die schlechte Absatzentwicklung; hierzu hat auch der wenig gebremste Lohnanstieg vor allem in Italien und in der Schweiz erheblich beigetragen. Die Nachfrage im privaten Wohnungsbau expandierte in diesen Ländern kaum noch. Angesichts der schlechten Konjunkturlage haben die Haushalte Ausgaben in diesem Bereich, aber auch bei langlebigen Konsumgütern — vor allem bei Personenkraftwagen — vielfach zurückgestellt. Daß der Private Verbrauch gleichwohl die wichtigste Konjunkturstütze blieb, lag hauptsächlich an den wenig verminderten Nominallohnsteigerungen, die den Haushalten noch relativ kräftige Realeinkommenszuwächse sicherten. In Frankreich verminderte allerdings die Erhöhung der Abgabenlast den Anstieg der verfügbaren Einkommen. Von der Auslandsnachfrage kamen dagegen nur schwache Impulse. Zwar profitierten diese Länder von höheren Lieferungen in die Bundesrepublik, jedoch wirkte sich die Konjunkturschwäche in anderen Ländern stärker aus; die exportorientierten Unternehmen in Italien und in der Schweiz litten zudem unter der schlechten preislichen Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte.

Abgeschwächte Expansionsdynamik im pazifischen Raum

17. Das hohe Wachstumstempo in **Japan** hat sich im Verlaufe des Jahres verlangsamt. Nachdem das Brut-

tosozialprodukt im ersten Quartal noch außerordentlich kräftig gestiegen war (im Vorjahresvergleich mit knapp 6 vH), haben eine Abschwächung der Investitionsgüternachfrage und die schwache Konjunktur bei wichtigen Handelspartnern den Produktionsanstieg in den investitions- und exportabhängigen Wirtschaftsbereichen gedämpft. In den vergangenen Jahren hatten die japanischen Unternehmen stark in die Erweiterung ihrer Produktionskapazitäten investiert. Aufgrund des nachlassenden Nachfrageanstiegs sind Kapazitätserweiterungen in diesem Jahr in deutlich geringerem Maße notwendig gewesen. Da sich zudem auch die Sachkapitalrenditen in Relation zum Kapitalmarktzins verschlechtert haben, ist das Volumen der Ausrüstungsinvestitionen mit etwa 8 vH deutlich schwächer gestiegen als im Vorjahr. Als Motiv für die Investitionen spielt mehr und mehr eine Rolle, daß die Engpässe am Arbeitsmarkt eine Rationalisierung und Kapitalintensivierung der Produktion erfordern. Auch im privaten und gewerblichen Bau hat sich die Nachfrage deutlich abgeschwächt; im zweiten Quartal lag die Zahl der Baubeginne um etwa ein Fünftel unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Der kräftige Anstieg der Landpreise seit Mitte der achtziger Jahre hatte sich bereits im letzten Jahr nicht weiter fortgesetzt, und in diesem Jahr gingen die Bodenpreise — wie auch die Preise von Wohn- und Bürogebäuden — in den meisten Regionen leicht zurück. Diese Entwicklung ist Ergebnis des seit Mitte 1989 restriktiven geldpolitischen Kurses, dessen Wirkung durch die administrativ verfügte Beschränkung der Kreditvergabe noch verstärkt wurde.

Trotz der Abschwächung im Jahresverlauf expandierte die japanische Volkswirtschaft mit einer Rate von etwa 4½ vH immer noch deutlich kräftiger als andere große Industrieländer. Tragende Konjunkturstütze war die Expansion des Privaten Verbrauchs, die sich im Vergleich zum Vorjahr nur leicht abschwächte. Begünstigt durch einen weiterhin hohen Beschäftigungsanstieg und einen Lohnzuwachs von etwa 5½ vH sind die verfügbaren Einkommen erneut kräftig gestiegen. Ihre Kaufkraft wurde durch einen mit gut 2½ vH nur leicht höheren Anstieg der Konsumentenpreise nur wenig vermindert.

Die reale Ausfuhr von Gütern und Diensten ist mit etwa 5 vH deutlich schwächer gestiegen als im Vorjahr. Dabei spielte vor allem die konjunkturelle Abkühlung bei den wichtigsten Handelspartnern, den Vereinigten Staaten, den asiatischen Schwellenländern und Europa eine Rolle. Die Höherbewertung des Yen seit Ende letzten Jahres dürfte sich dagegen bislang noch nicht sehr stark ausgewirkt haben. Die Abschwächung der Binnennachfrage hat sich deutlich in der Einfuhrentwicklung niedergeschlagen, deren Wachstum hinter dem der Ausfuhr zurückgeblieben ist. Damit gingen vom Außenhandel wieder positive Impulse auf das Wachstum des Bruttosozialprodukts aus.

In den haushaltspolitischen Beschlüssen sind für das Finanzjahr 1991/92 keine konjunkturstimulierenden Effekte angelegt. Es ist vorgesehen, die Gesamtausgaben in etwas geringerem Maße steigen zu lassen als die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Kräftiger sollen vor allem die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen ausgeweitet werden; die Erhöhung ist ein Zugeständnis im Rahmen der bilateralen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten (Structural Impediments Initiative). Die japanische Regierung ist weiterhin bestrebt, die Staatsverschuldung zu reduzieren. In diesem Jahr soll die Neuverschuldung in Relation zum nominalen Bruttosozialprodukt auf 1,15 vH reduziert werden (1990: 1,3 vH). Auch der Beitrag zu den Kriegskosten der Verbündeten im Golfkrieg in Höhe von etwa 13 Mrd US-Dollar wurde durch die Erhöhung der Mineralölsteuer und der Körperschaftsteuer sowie anderer Einnahmen und durch Kürzungen von Ausgaben und damit defizitneutral finanziert.

18. In den **asiatischen Schwellenländern** Hongkong, Südkorea, Singapur und Taiwan hatte sich das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo von zweistelligen Wachstumsraten in den Jahren 1986/87 auf etwa 7 vH im letzten Jahr verlangsamt. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder hatte sich aufgrund kräftiger Lohnsteigerungen und einer Höherbewertung der Währungen verschlechtert. Mit der Überhitzung der Konjunktur waren zudem die Importe stark angestiegen, so daß sich die traditionell hohen Leistungsbilanzüberschüsse dieser Länder zurückgebildet haben; Südkorea wies im letzten Jahr ein Leistungsbilanzdefizit aus.

In diesem Jahr expandierte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage der Länder mit wenig verändertem Tempo. Das steigende Inflationstempo insbesondere in Südkorea und Hongkong hatte die Geldpolitik Mitte 1990 zu einem restriktiveren Kurs veranlaßt, was die Dynamik der Binnennachfrage gedämpft hat. Vor allem in Taiwan, Hongkong und Singapur kamen dagegen kräftige Impulse von der Auslandsnachfrage.

Leicht verringerter Inflationsdruck

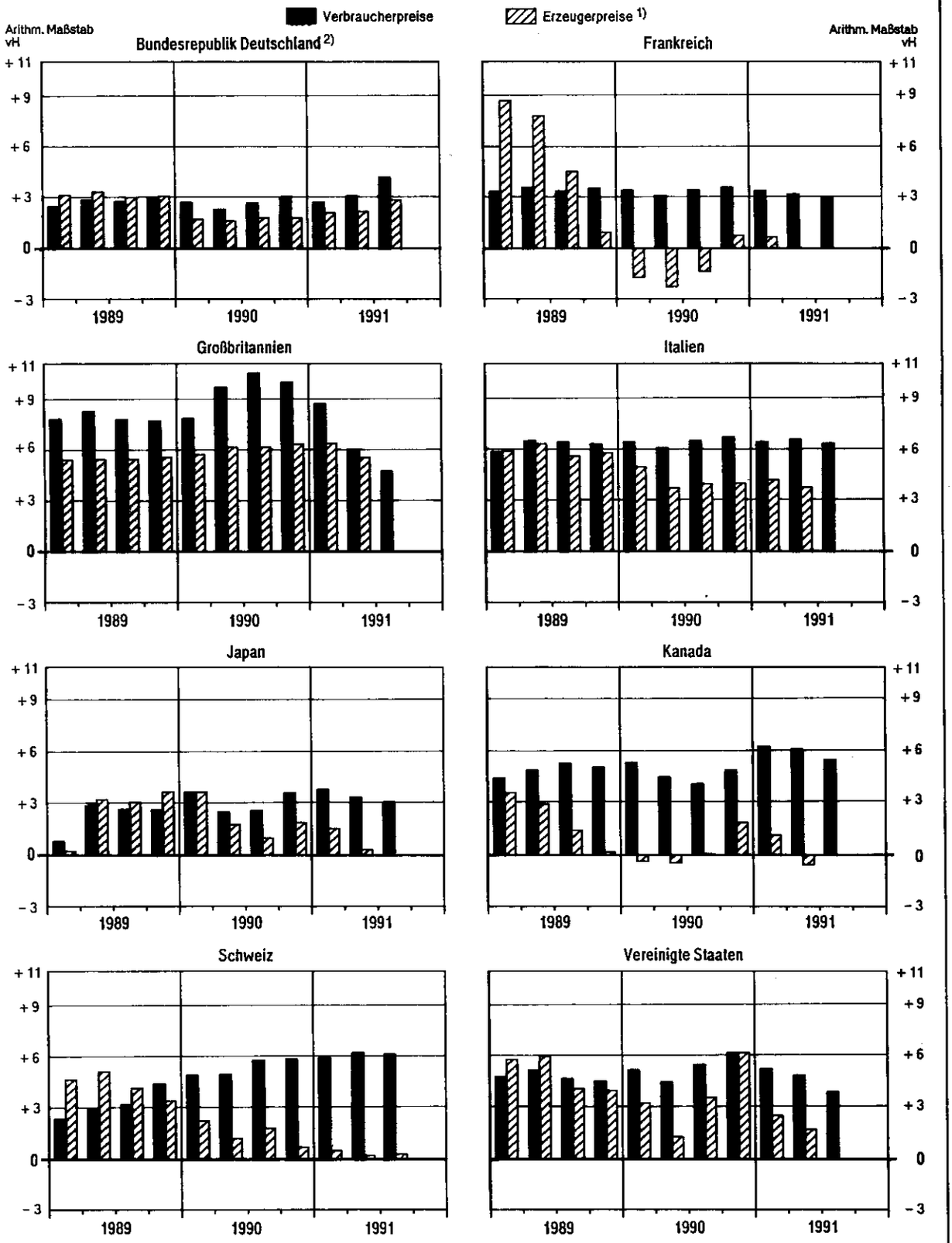
19. Der Preisanstieg hat sich 1991 im Durchschnitt der OECD-Länder leicht abgeschwächt; die Verbraucherpreise stiegen mit einer Rate von etwa 4½ vH gegenüber dem Vorjahr. Während der Kostendruck in den meisten Ländern nachgelassen hat, führte die Nachfrageabschwächung weltweit zu einem schärferen Preiswettbewerb. Auf der Kostenseite wirkten die sinkenden Rohstoffpreise und — in den meisten Ländern — ein verlangsamter Anstieg der Lohnkosten entlastend; mit den rückläufigen Zinsen nahmen auch die Kapitalkosten der Unternehmen leicht ab. Zudem konnten in den Ländern, die sich noch im ersten Halbjahr 1991 in einer Rezession befanden und in denen die Beschäftigung im Jahre 1991 weiter abgebaut wurde, nach der Wiederbelebung der Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte wieder Produktivitätsgewinne erzielt werden.

20. Der Rückgang der Rohstoffpreise im Jahre 1991 ist zu einem guten Teil auf den kräftigen Rückgang des Preises für importiertes Rohöl zu Anfang des Jahres zurückzuführen; im Jahresdurchschnitt lag der Rohölpreis auf Dollarbasis um etwa 15 vH unter dem Vorjahresniveau. Die privaten Haushalte profitierten von dieser Entwicklung unmittelbar durch die sinkenden Preise für Benzin und Heizöl. Die Kostenrechnung der Unternehmen wurde insbesondere im Transportwesen und im industriellen Sektor entlastet. Dies hat

Schaubild 5

ZUR ENTWICKLUNG DER VERBRAUCHERPREISE UND DER ERZEUGERPREISE IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN

Veränderung gegenüber dem Vorjahr



1) Für Frankreich: Halbwaren, für Großbritannien: Güter des Verarbeitenden Gewerbes ohne Nahrungs–und Genußmittel, für Kanada: Güter des Verarbeitenden Gewerbes, für die Schweiz: Großhandelspreise.– 2) Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990, die Angaben schließen Berlin (West) ein.

Quelle für Grundzahlen: OECD

SR 91 0579

zu dem geringeren Anstieg der Produzentenpreise in vielen Ländern im Jahresverlauf maßgeblich beigetragen.

Auch auf anderen Rohstoffmärkten haben sich die Preise gegenüber dem Vorjahr ermäßigt. Bei den Industrierohstoffen wirkte sich insbesondere die konjunkturbedingt schwächere Nachfrage aus. Das hohe Angebot auf den Märkten und die ungenutzten Kapazitäten bei vielen Rohstoffproduzenten haben auch mit der Konjunkturbelebung im Jahresverlauf den Preisauftrieb zum Ende des Jahres gering gehalten. In den Ländern des EWS wurde der entlastende Effekt der in US-Dollar notierten Rohstoffpreise allerdings durch die höhere Bewertung des US-Dollar gemindert.

21. Die Steigerungsraten der Verbraucherpreise in den einzelnen Ländern haben sich im Jahresverlauf angeglichen (Schaubild 5). Darin spiegelt sich die unterschiedliche Konjunkturentwicklung wider. In einigen Ländern mit vergleichsweise hohem Expansionstempo hat sich der Preisauftrieb beschleunigt; in Westdeutschland und in den Niederlanden haben dazu allerdings auch höhere Verbrauchsteuern beigetragen. Dagegen hat in Spanien der stabilitätsorientierte Kurs der Geldpolitik zunehmend Erfolg gezeigt, und auch in Japan hat sich der Anstieg der Konsumentenpreise im Jahresverlauf — wenn auch nur leicht — zurückgebildet.

In den meisten Ländern, in denen die Konjunktur Ende 1990 stark nachließ, ist das Ausmaß der Geldentwertung in diesem Jahr geringer gewesen. In Großbritannien wurde der starke Rückgang dabei durch den im April auslaufenden Basiseffekt der Gemeindesteuer (Poll Tax) und den Einfluß der Hypothekenzinsen überzeichnet, dagegen gingen die Produzentenpreise in deutlich geringerem Maße zurück. In Kanada und Schweden war die Preisentwicklung durch Verbrauchsteuererhöhungen geprägt. Die Entwicklung der Produzentenpreise weist darauf hin, daß der Inflationsdruck in diesen Ländern abgenommen hat.

In Italien, aber auch in der Schweiz blieben die Stabilitätsprobleme bestehen. Trotz der schwächeren Expansion und einer ungünstigeren Produktivitätsentwicklung sind die Löhne in diesen Ländern stark gestiegen. Dies hat den Kostendruck erhöht, zumal die Unternehmen die Beschäftigung nur sehr langsam an die veränderten Nachfragebedingungen angepaßt haben.

Umlenkung der internationalen Güterströme und Kapitalströme

22. Die deutsche Vereinigung und die unterschiedliche Konjunkturentwicklung sowie Sondereinflüsse haben die Zahlungsbilanzen sichtlich verändert. Besonders markant war die Entwicklung in Deutschland, wo sich der hohe Leistungsbilanzüberschuß der Vorjahre vor allem infolge der hohen Mehrnachfrage aus den neuen Bundesländern in ein Defizit verwandelte (Ziffer 112). Damit ging einher, daß die Bundesrepublik, die über Jahre maßgeblich zum Angebot an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten beitrug, mehr Kapital importierte als exportierte. Angesichts des veränderten Zinsgefälles am Geldmarkt gegenüber dem Ausland flossen insbesondere im kurzfristigen Kapitalverkehr Gelder zu. Langfristiges Anlagekapital wurde per saldo netto exportiert.

In den Vereinigten Staaten hat sich das Leistungsbilanzdefizit stark zurückgebildet. Aufgrund der Transfers (in Höhe von gut 50 Mrd Dollar) im Zusammenhang mit der militärischen Aktion am Golf konnte im ersten Quartal des Jahres sogar erstmals seit 1982 wieder ein Überschuß verzeichnet werden. Das Handelsbilanzdefizit verminderte sich — auch aufgrund der sinkenden Rohstoffpreise — deutlich. Zudem hat sich der Aktivsaldo der Kapitalertragsbilanz der Vereinigten Staaten merklich erhöht. Dabei wirkte sich zum einen aus, daß mit dem vergleichsweise starken Rückgang der amerikanischen Zinsen weniger Zinszahlungen an das Ausland geleistet wurden. Zum anderen konnten die amerikanischen Töchter ausländischer Unternehmen aufgrund der schlechten Konjunktur nur in geringerem Maße Gewinne aus den Vereinigten Staaten in das Ausland übertragen.

Der Defizitabbau spiegelt sich auch in dem verringerten Kapitalimport der Vereinigten Staaten wider. Bereits im letzten Jahr haben vor allem ausländische private Anleger in geringerem Maße Vermögen in den Vereinigten Staaten gebildet. Zu Beginn dieses Jahres setzte sich dieser Trend fort. Mit den sinkenden kurzfristigen Zinsen hatte sich die Attraktivität für Anlagen in den Vereinigten Staaten deutlich vermindert.

In Japan überstieg der Leistungsbilanzüberschuß erstmals seit 1986 wieder den Vorjahreswert. Die Einfuhrrechnung verminderte sich auch aufgrund des geringeren Ölpreises derart stark, daß die Verbesserung der Handelsbilanz die Passivierung der Übertragungsbilanz infolge des japanischen Kostenbeitrags für den Golfkrieg deutlich überwog. Kräftig angestiegen ist in den ersten fünf Monaten dieses Jahres der Nettokapitalexport. Im langfristigen Kapitalverkehr war allerdings in diesem Zeitraum ein leichter Überschuß des Imports gegenüber dem Export zu verzeichnen.

Starke Kursschwankungen wichtiger Anlagewährungen

23. Die Umlenkung der Kapitalströme ging ohne größere Verschiebungen der Wechselkursrelationen vonstatten. Allerdings war die Kursentwicklung wichtiger Währungen in diesem Jahr durch starke Schwankungen gekennzeichnet, die die Zentralbanken wiederholt zu Interventionen veranlaßten. Der gewogene Außenwert des US-Dollar stieg vom Februar des Jahres bis zum Juli um gut 10 vH an, sank jedoch bis zum September wieder um 3 vH. Die Währungen, die bis zum Juli Wertverluste hinnehmen mußten — wie vor allem die D-Mark, der Schweizer Franken und das Britische Pfund —, notierten im September wieder etwas höher. Deutlich an Wert gewonnen hat der Yen, dessen Kurs auf das höchste Niveau seit Mitte 1989 kletterte.

Am ausgeprägtesten war der Wertverlust der D-Mark gegenüber dem US-Dollar und dem Yen. Während die amerikanische Währung von der Beendigung des

Konfliktes am Golf und den sich verdichtenden Erwartungen eines kräftigen Konjunkturaufschwungs profitierte, drückten die wirtschaftlichen Probleme in den neuen Bundesländern, aber auch die Belastungen des Bundeshaushalts im Zusammenhang mit der Entwicklung in der Sowjetunion auf den Kurs der D-Mark. Erst massive Interventionen der Notenbanken konnten den schnellen Anstieg des Dollar, der von durchschnittlich 1,48 DM je Dollar im Februar auf zeitweise über 1,80 DM je Dollar angestiegen war, im Juli stoppen. In zunehmendem Maße waren aber auch die Konjunkturerwartungen in den Vereinigten Staaten nach unten korrigiert worden, was dazu beitrug, daß der Kurs des Dollar bis zum September wieder bis unter 1,70 DM je Dollar sank.

Gestützt wurde der Außenwert der D-Mark gegenüber dem Dollar durch die zunehmende Differenz der kurzfristigen Zinsen, die sich — begünstigt durch den gegenläufigen Kurs der Geldpolitik in beiden Ländern — bis zum August auf knapp 4 Prozentpunkte ausgeweitet hatte. Zudem hat sich der Zinsvorsprung wichtiger europäischer Handelspartner deutlich abgebaut (siehe Schaubild 1, Seite 30). Die Notenbanken einiger Länder hatten die Schwäche der D-Mark gegenüber den EWS-Währungen zu Zinssenkungen genutzt (Ziffer 7).

24. Mit der deutschen Einigung, dem Wiederaufbau der im Krieg am Golf zerstörten Produktionsanlagen und dem Transformationsprozeß in Osteuropa hat der Kapitalbedarf weltweit zugenommen. Dies hat Befürchtungen geweckt, daß mittelfristig mit deutlich steigenden Realzinsen zu rechnen sei. In diesem Jahr war eine derartige Entwicklung nicht zu beobachten. Die osteuropäischen Reformländer konnten eine bedeutsame Nachfrage nach internationalem Anlagekapital angesichts des schwierigen Transformationsprozesses noch nicht entfalten. In den Industrieländern wirkte die trotz der allmählichen Belebung der Konjunktur immer noch schwache Kapitalnachfrage den zinssteigernden Wirkungen des bundesdeutschen Haushaltsdefizits entgegen.

Verschuldungskrise der Entwicklungsländer: Erfolge für die Brady-Initiative

25. Das Problem der Verschuldung der Entwicklungsländer ist in den letzten zwei Jahren in den Hintergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Tatsächlich hat sich die Schuldenkrise in den vergangenen zwei Jahren merklich entspannt. Zwar ist die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer (in der Abgrenzung des Internationalen Währungsfonds) seit 1989 nochmals um 125 Mrd Dollar auf nunmehr fast 1.500 Mrd Dollar gestiegen; in Relation zu den Exporterlösen hat sich der Schuldenstand in den vergangenen Jahren jedoch deutlich vermindert. Gemessen am Verhältnis der Schuldendienstzahlungen zu den Exporteinnahmen sind die Belastungen aus der Verschuldung für die Entwicklungsländer insgesamt heute sogar niedriger als vor Ausbruch der internationalen Schuldenkrise im Sommer 1982. Verbessert hat sich vor allem auch die Situation der 15 hochverschuldeten Länder. Hierzu hat unter anderem der Forderungsverzicht öffentlicher und privater Gläubiger beigetragen. Bedenklich muß allerdings stimmen, daß der Zufluß privaten Kapitals in diese Länder in den letzten Jahren weitgehend versiegte; zusätzliche Mittel wurden fast nur noch von öffentlichen Kreditgebern bereitgestellt.

26. Die im Pariser Club zusammengeschlossenen öffentlichen Gläubiger, die internationalen Organisationen und die Gläubigerbanken haben ihre Bemühungen um eine Lösung der Schuldenkrise in den vergangenen zwei Jahren verstärkt fortgesetzt. Im Rahmen der Umschuldungsverhandlungen mit dem Pariser Club konnten sich mittlerweile 20 Entwickungsländer mit ihren öffentlichen Gläubigern auf die Streichung von Schuldendienstzahlungen, die Verlängerung der Fälligkeiten und die Verringerung der Zinsverpflichtungen einigen. Seit Herbst 1990 haben sich die Gläubigerstaaten in vermehrtem Maße auch zu bilateralen Schuldenumwandlungen bereiterklärt, zum Beispiel im Austausch gegen Maßnahmen für den Natur- und Umweltschutz. Zudem haben einzelne Staaten gegenüber ausgewählten Schuldnern auf Rückzahlung der ausstehenden Kredite verzichtet.

Die Bemühungen um Schuldenreduktion zwischen den Schuldnerstaaten und den privaten Gläubigerbanken laufen mittlerweile überwiegend im Rahmen der Brady-Initiative ab (JG 89 Ziffern 38 ff.). Diese zielt vor allem auf einen partiellen Forderungsverzicht der Geschäftsbanken und die Gewährung neuer Kredite. Internationaler Währungsfonds und Weltbank unterstützen derartige Vereinbarungen zwischen Schuldnerländern und Gläubigern durch die Bereitstellung von Mitteln zur Absicherung von Schuldendienstverpflichtungen. Im Gegenzug verpflichten sich die Schuldnerländer zu längerfristigen Anpassungsprogrammen unter der Aufsicht der internationalen Organisationen.

Trotz anfänglicher Bedenken ist der Brady-Initiative heute Erfolg zuzugestehen. Bislang konnte für sieben Länder eine Übereinkunft mit den Gläubigerbanken unter Einschaltung von IWF und Weltbank gefunden werden, nämlich für Mexiko, die Philippinen, Venezuela, Uruguay, Costa Rica, Ecuador und Argentinien. Von den möglichen Optionen — partieller Schuldenverzicht und Verzinsung der Restschuld zum Marktzins, Umwandlung der Altschulden zum Nominalwert in niedrig verzinsliche Anleihen oder die Gewährung neuer Kredite — haben sich die Geschäftsbanken bislang überwiegend für die ersten beiden Möglichkeiten entschieden; es zeigte sich, daß ein partieller Schuldenverzicht den Zugang zu neuen Krediten verbaut. Die Schuldendienstbelastung der begünstigten Entwicklungsländer konnte auf diese Weise deutlich zurückgeführt werden. Nicht zu verkennen ist indes, daß die Kreditwürdigkeit auch der bislang nicht in die Umschuldungsverhandlungen einbezogenen Schuldnerländer durch die nun auch öffentlich anerkannte Zahlungsunfähigkeit einiger Staaten Schaden erlitten hat.

27. Der Erfolg der seit 1989 verfolgten Schuldenstrategie — partieller Schuldenerlaß unter der Bedingung binnenwirtschaftlicher Reformprogramme — zeigt sich vor allem am Beispiel Mexikos, das als erstes in den Genuß von Schuldenreduzierungen im Rahmen

der Brady-Initiative kam. Durch die Vereinbarungen mit den Geschäftsbanken konnte die Verschuldung um 7 Mrd Dollar zurückgeführt werden; außerdem wurden die Zinsen auf Schulden von 23 Mrd Dollar herabgesetzt, was einer Schuldenreduzierung um 8 Mrd Dollar gleichkommt. Alles in allem entsprechen die Schuldenminderungen damit 16 vH der gesamten Auslandsschulden Mexikos. Neue Kredite wurden von den privaten Banken in Höhe von 1 Mrd Dollar zugesagt. Zusätzlich stellten IWF und Weltbank sowie die japanische Regierung zur Absicherung der verbleibenden Schuldendienstverpflichtungen 5,7 Mrd Dollar bereit.

Das von Mexiko mit finanzieller und technischer Hilfe des IWF durchgeführte Anpassungsprogramm konzentrierte sich zum einen auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Rückführung der Inflation mittels einer restriktiven Geldpolitik. Zusätzlich einigten sich Arbeitgeber, Gewerkschaften und Staat auf eine Begrenzung künftiger Lohnsteigerungen. Tatsächlich konnte die Inflationsrate von mehr als 100 vH im Jahre 1988 auf jetzt knapp 20 vH gesenkt werden. Auf der anderen Seite führten insbesondere die Liberalisierung des Außenhandels, die Privatisierung von Staatsbetrieben und die wettbewerbsfördernde Politik im Innern zu einer Belebung der Wirtschaftstätigkeit. In den letzten drei Jahren konnte ein durchschnittliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von knapp 4 vH erreicht werden. Weitere Impulse werden von der geplanten Freihandelszone zwischen Mexiko, den Vereinigten Staaten und Kanada erwartet. Seit Ausländer sich wieder unmittelbar an mexikanischen Unternehmen beteiligen können, ist zudem ein verstärkter Zufluß von Direktinvestitionen zu verzeichnen. Mittlerweile kehrt auch das frühere Fluchtkapital nach und nach zurück.

Das Beispiel Mexikos zeigt, daß es für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in den hochverschuldeten Entwicklungsländern in erster Linie auf eine Politik ankommt, die realwirtschaftliche Anpassungen fördert und den Marktkräften mehr Raum läßt. Schuldenreduzierungen können zwar zusätzliche Erleichterungen bei der notwendigen Anpassung liefern; sie allein bieten aber noch keine Lösung für das Schuldenproblem.

Exkurs: Japans anhaltende Aufwärtsentwicklung

28. Der Aufstieg Japans in den Kreis der führenden Industrienationen wird in Politik und Wirtschaft, ebenso in der Wissenschaft mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Folgen der Ölkrise und die weltweite Rezession zu Beginn der achtziger Jahre hat die japanische Volkswirtschaft bemerkenswert schnell überwunden. Die Aufwärtsentwicklung hat sich fortgesetzt und ist in ihrer Dynamik bis heute ungebrochen. Der Sachverständigenrat sieht Anlaß, über die Konjunkturdiagnose des laufenden Jahres hinaus die wirtschaftliche Entwicklung in Japan und zugrundeliegende Faktoren stärker ins Blickfeld zu rücken.

29. Die japanische Volkswirtschaft hat nicht nur in diesem Jahr eine im internationalen Vergleich herausragende Wirtschaftsentwicklung verzeichnen können: In den achtziger Jahren konnte in keiner der anderen großen Industrienationen ein ähnlich kräftiges Wirtschaftswachstum erzielt, sowie die Arbeitslosigkeit und die Verteuerung der Lebenshaltung so niedrig gehalten werden (Tabelle 4). Die gesamtwirtschaftliche Expansion war aber nicht nur kräftiger, sie verlief auch stetiger als in anderen Ländern. Negative Einflüsse, wie die Ölpreiskrise 1979/80, die Rezession bei den wichtigen Handelspartnern 1982 oder die Instabilitäten im Finanzsektor in den Jahren 1987 und 1990 hatten in Japan vergleichsweise geringe Auswirkungen auf die realwirtschaftliche Tätigkeit. Lediglich nach der kräftigen realen Aufwertung des Yen im Jahre 1986 lag die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts für kurze Zeit unter dem Durchschnitt der großen Industrieländer.

30. Der anhaltende Erfolg der japanischen Unternehmen auf den Weltmärkten hat ein zunehmendes

Tabelle 4

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in ausgewählten Ländern
Durchschnittlich jährliche Veränderung/Quote[1])

Land	Bruttoinlandsprodukt (real)[2])		Arbeitslosenquote[3])		Deflator des Privaten Verbrauchs	
	1980 bis 1990	1985 bis 1990	1980 bis 1990	1985 bis 1990	1980 bis 1990	1985 bis 1990
Bundesrepublik Deutschland[4])	2,0	2,9	5,9	6,1	3,0	1,5
Frankreich	2,3	2,9	9,0	9,9	6,8	3,5
Großbritannien	2,0	3,1	9,7	9,2	6,8	4,9
Italien	2,5	3,0	9,5	10,5	10,8	6,2
Japan	4,2	4,8	2,5	2,5	2,3	1,1
Vereinigte Staaten	2,4	2,9	7,0	6,0	5,2	4,0

1) Für Bruttosozialprodukt/Bruttoinlandsprodukt und den Deflator des Privaten Verbrauchs: geometrisches Mittel, errechnet mit den Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr für die Jahre 1980 bis 1990; für die Arbeitslosenquote: arithmetisches Mittel (durchschnittlich jährliche Quote).
2) Bruttosozialprodukt für Japan.
3) Von der OECD aus den nationalen Angaben standardisierte Arbeitslosenquoten: Anteil der Arbeitslosen (gemäß Definition der ILO) an den gesamten Erwerbspersonen.
4) Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein.

Quellen für Grundzahlen: OECD; Bundesrepublik Deutschland nationale Veröffentlichungen

Interesse an den zugrundeliegenden Faktoren der japanischen Erfolgsgeschichte entstehen lassen. Letztlich spiegelt sich in der Entwicklung eine Vielzahl von Wirkungskräften wider.

- In Japan wird ein hoher Anteil des Volkseinkommens für die Aufrechterhaltung, Erweiterung und Erneuerung der inländischen Produktionskapazitäten verwendet. Die Investitionsquote ist in Japan deutlich höher als in anderen Ländern, die Bundesrepublik eingeschlossen, und sie hat in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre kräftiger zugenommen. Der hohen Kapitalnachfrage für Investitionszwecke steht ein ebenfalls hohes Kapitalangebot aus der inländischen Ersparnisbildung gegenüber (Tabelle 5). Gleichzeitig ist die Staatsquote verhältnismäßig niedrig; Subventionen an Industrieunternehmen, die im Strukturwandel notleidend werden, gibt es praktisch nicht.
- Nachdem der japanische Exporterfolg über Jahrzehnte wesentlich auf der Massenfertigung imitierter Industrieprodukte beruhte, sind japanische Unternehmen dank intensiver Anstrengungen im Bereich Forschung und Entwicklung inzwischen auf vielen neuen, wachstumsstarken Märkten im Innovationswettbewerb führend.
- Die Stabilitätserfolge der japanischen Wirtschaft, die hohen Unternehmensinvestitionen und die überdurchschnittlich günstige Arbeitsmarktentwicklung stehen im engen Zusammenhang mit der Entwicklung der Löhne, die im Verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt der Jahre 1979 bis 1989 etwas schwächer zunahmen als die Produktivität. Dies hat die Preisniveaustabilität begünstigt und zu vergleichsweise hohen Kapitalrenditen beigetragen. Die Entwicklung der Lohnstückkosten hat den japanischen Unternehmen auch im Wettbewerb mit den anderen großen Industrieländern Vorteile verschafft, wo sich im selben Zeitraum die Lohnstückkosten erhöhten. Nach der kräftigen Aufwertung des Yen im Jahre 1986 wurde der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten durch sinkende Lohnstückkosten in den Jahren 1987 und 1988 begrenzt. Ein differenzierendes Entlohnungssystem,

Tabelle 5

Investitionstätigkeit in ausgewählten Ländern

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland[1]	Frankreich	Großbritannien	Italien	Japan	Vereinigte Staaten
	Bruttoinvestitionen (real)[2] vH[3]					
1980 bis 1985	− 2,1	− 2,4	4,1	− 1,2	2,4	5,1
1985 bis 1989	5,6	6,7	8,2	4,5	8,9	3,0
	darunter: Ausrüstungsinvestitionen vH[3]					
1980 bis 1985	0,3	0,1	3,2	0,2	7,8	6,0
1985 bis 1989	6,3	7,0	8,9	8,1	11,9	6,6
	Investitionsquoten vH[4]					
	Bruttoinvestitionen					
1980	23,3	24,1	16,8	26,9	32,3	18,6
1985	19,5	19,0	17,2	22,7	28,1	18,5
1989	21,0	21,5	20,3	21,8	31,5	17,0
	darunter: Ausrüstungsinvestitionen					
1980	8,6	8,9	8,4	11,4	10,3	8,2
1985	8,3	8,3	8,5	9,8	11,0	7,9
1989	9,1	9,4	9,4	10,6	12,9	7,8
	Nachrichtlich: Bruttoersparnis vH[5]					
1980	21,6	23,5	17,7	24,7	31,1	18,8
1985	21,9	19,0	17,6	21,8	31,6	23,1
1989	25,8	21,3	15,5	20,3	34,0	29,2

1) Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein.
2) Ausrüstungsinvestitionen, Bauinvestitionen und Vorratsveränderung.
3) Durchschnittlich jährliche Veränderung (geometrisches Mittel).
4) Ausrüstungsinvestitionen, Bauinvestitionen und Vorratsveränderung in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.
5) Ersparnis und Abschreibungen in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.

Quellen für Grundzahlen: OECD; Bundesrepublik Deutschland nationale Veröffentlichungen

in dem es neben dem festen Lohn eine ertragsabhängige Komponente gibt (Bonus-System), hat diese Entwicklung vermutlich begünstigt.

- Einen wesentlichen Anteil an dem wirtschaftlichen Erfolg japanischer Unternehmen haben die Arbeitnehmer. Die durchschnittlich geleistete reguläre Wochenarbeitszeit lag im Jahre 1988 mit 43,7 Stunden im Mittel etwa 15 vH höher als in den Vereinigten Staaten, Frankreich und Deutschland. Anders als in den anderen großen Industrieländern arbeitet ein großer Teil der japanischen Arbeitnehmer (im Jahre 1988: über zwei Drittel) an 6 Tagen in der Woche, und der mit durchschnittlich 15 Tagen kurze Jahresurlaub wird nur etwa zur Hälfte genutzt. Darüber hinaus werden vergleichsweise viele Überstunden geleistet.

31. Ungleich schwieriger als die Darstellung der ökonomischen Faktoren ist es, den Einfluß kultureller und institutioneller Besonderheiten zu bestimmen, die auf den Wirtschaftsprozeß einwirken. Vielfach wird auf die besondere japanische Mentalität hingewiesen, die durch konfuzianische Traditionen geprägt sei und sich insbesondere in einer hohen Arbeitsdisziplin, geringem Anspruchsdenken und einer dem Ganzen verpflichteten Grundeinstellung äußere. Der kulturelle Hintergrund präge aber nicht nur die Verhaltensweisen der Menschen, sondern spiegele sich auch in den institutionellen Gegebenheiten der Wirtschaftsordnung wider.

In internationalen Untersuchungen wurde ermittelt, daß Unternehmen in Japan stärker als in anderen Ländern eine Maximierung der Umsätze anstreben, um auf diesem Wege die längerfristige Präsenz auf den Märkten und einen hohen Beschäftigungsstand zu sichern. Die Orientierung am längerfristigen Unternehmenserfolg findet ihren Niederschlag in der Art und Weise, wie japanische Unternehmen auf Veränderungen der wirtschaftlichen Bedingungen reagiert haben. Nach Untersuchungen der OECD vollzog sich der sektorale Strukturwandel Mitte der achtziger Jahre vorrangig durch die Ausdehnung der Aktivitäten von bestehenden Unternehmen in neue Tätigkeitsbereiche. Produktionsfaktoren aus wachstumsschwachen Branchen sind unternehmensintern in zukunftsträchtige Bereiche gelenkt worden. Die Diversifikationsbestrebungen der Unternehmen gehen einher mit hohen Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Bereichen, die außerhalb der angestammten Geschäftstätigkeit liegen.

- Zu der hohen Anpassungsflexibilität der japanischen Unternehmen trägt auch die enge Bindung von kleineren und mittleren Zulieferfirmen bei (subcontracting). In Zeiten schwacher Nachfrage verlagern Großunternehmen die Herstellung von Vorprodukten teilweise wieder in das eigene Unternehmen oder können aufgrund ihrer starken Verhandlungsposition Preissenkungen durchsetzen. So tragen die Zulieferfirmen, die vielfach von einem Großabnehmer abhängig sind, einen großen Teil der Anpassungslast. Davon betroffen sind auch deren Mitarbeiter, für die vergleichsweise kurze Kündigungsfristen gelten oder die von Anfang an ein befristetes Arbeitsverhältnis haben.

- Wichtige Besonderheiten japanischer Unternehmenspolitik kennzeichnen die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und der Arbeitsorganisation. Viele große Unternehmen sichern einem Teil ihrer Belegschaft eine lebenslange Beschäftigung zu, investieren in ihre Aus- und Weiterbildung und motivieren sie zusätzlich dadurch, daß sie Gehaltssteigerungen und betriebliche Sozialleistungen teilweise an die Beschäftigungsdauer knüpfen. Die enge Bindung von Unternehmen und Beschäftigten zeigt sich auch daran, daß die Gewerkschaften im Gegensatz zu anderen Ländern nicht nach Berufen oder Sektoren, sondern nach Unternehmen organisiert sind. Dies hat zur Folge, daß die japanischen Gewerkschaften in der Regel ein großes Interesse an dem langfristigen wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens haben und bei Verhandlungen über Lohnsteigerungen und Arbeitsbedingungen die wirtschaftliche Situation ihres Unternehmens berücksichtigen.

- Die Unternehmen profitieren davon, daß Kenntnisse der Arbeitnehmer – auch auf den niedrigeren Stufen der Unternehmenshierarchie – in den produktionsbezogenen betrieblichen Entscheidungsprozessen genutzt werden. So sind Arbeitnehmer in vielen Unternehmen auf sämtlichen Stufen der Produktion und Administration in Kleingruppen zusammengefaßt, um Verbesserungsmöglichkeiten hinsichtlich der Produkte und Produktionsverfahren des Unternehmens zu entwickeln (Quality Circles). Auf diese Art konnten verschiedenen Untersuchungen zufolge beträchtliche Produktivitätssteigerungen erzielt werden. Begünstigt wird die Effektivität dieses Systems dadurch, daß die zur Stammbelegschaft zählenden Arbeitnehmer vielfach in unterschiedlichen Bereichen des Unternehmens eingesetzt werden und somit eine breite Kenntnis des Unternehmens erlangen.

32. Die Rolle des Staates im Wirtschaftsprozeß hat die japanische Volkswirtschaft im Ausland vielfach als eine geschlossene Einheit erscheinen lassen („Japan Incorporated"). Eine besondere Bedeutung im Abstimmungsprozeß zwischen öffentlicher Verwaltung und den Unternehmen wird dem Handels- und Industrieministerium (MITI) zugeschrieben. Die Einflußmöglichkeiten auf die Unternehmensstrategien ergeben sich allerdings nicht auf der Grundlage gesetzlicher Verordnungen, sondern fußen auf informellen, traditionsbedingten Verbindungen. Dementsprechend dienen die mehrjährigen Wirtschaftspläne der Regierung der allgemeinen Orientierung; die einzelwirtschaftlichen Entscheidungen werden durch die Unternehmen getroffen.

Kritik an der japanischen Wirtschaftspolitik von internationaler Seite zielte vor allem auf die hohen Handelsbilanzüberschüsse, deren Ursachen auch in begrenzten Zutrittsmöglichkeiten für ausländische Anbieter auf japanischen Märkten gesehen wurde. Die Kritik richtete sich dabei vorrangig auf folgende Umstände:

- Diskriminierung ausländischer Anbieter durch die staatliche Beschaffungspolitik (geringe Transpa-

renz, kurze Bewerbungsfristen, komplizierte Qualifizierungsverfahren),

- komplizierte Normensysteme und Zulassungsverfahren für ausländische Produkte,
- wettbewerbsbeschränkende Geschäftspraktiken japanischer Unternehmen oder Unternehmensgruppen, die teilweise durch die Kartellpolitik nicht unterbunden werden (Bindung von Zulieferfirmen und Vertriebsunternehmen an die Hersteller),
- Preispolitik (Differenzierung zwischen inländischen und ausländischen Märkten),
- Abschottung des Agrarsektors,
- Zielstrebigkeit, mit der in der Herstellung von elektronischen Bauelementen eine weltmarktbeherrschende Stellung angestrebt wird, die die anderen Länder bei dieser Schlüsseltechnologie in große Abhängigkeit bringen würde.

Nach Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten hat die japanische Regierung verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Importbeschränkungen abzubauen. So wurden nach Verhandlungen über Maßnahmen in verschiedenen Sektoren in den Jahren 1985 und 1986 die Zahl der Güter verringert, die Normen- und Zulassungssystemen unterliegen, und das öffentliche Ausschreibungsverfahren vereinfacht. Im Rahmen der Gespräche zur Beseitigung struktureller Handelshemmnisse wurden im Juni letzten Jahres verschiedene Maßnahmen vereinbart, die vor allem das Verteilersystem, die wettbewerbsbeschränkenden Geschäftspraktiken und die Vielzahl staatlicher Regulierungen betreffen. Zudem soll vor allem durch höhere öffentliche Infrastrukturinvestitionen die inländische Absorption erhöht werden. Dagegen hat die japanische Regierung bislang nur eine geringe Bereitschaft gezeigt, im Rahmen der laufenden GATT-Verhandlungen Zugeständnisse beim Abbau von Handelsschranken in dem in hohem Maße abgeschotteten Agrarsektor zu machen. Im übrigen gibt es keine Anzeichen für eine strengere Anwendung des Wettbewerbsrechts mit dem Ziel, faktische Zugangsbarrieren für ausländische Anbieter zu beseitigen.

33. Der Aufstieg Japans zu einer der führenden Industrienationen geht auf das Zusammenspiel verschiedener ökonomischer und gesellschaftlicher Faktoren zurück. Ob die japanische Volkswirtschaft auch in den neunziger Jahren den steilen Expansionpfad beibehalten kann, hängt indes davon ab, wie das Wirtschaftssystem auf den gesellschaftlichen Wandel reagiert, der sich in den letzten Jahren in einigen Bereichen abzeichnet. Eine besondere Herausforderung stellt der rapide steigende Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung dar, der — insbesondere aufgrund der rückläufigen Nettoreproduktionsrate — mit einer geringeren gesamtwirtschaftlichen Ersparnisbildung einher gehen könnte. Zudem ist somit eine weitere Verknappung des Arbeitskräftepotentials angelegt. Der daraus entstehende Anpassungsdruck auf die Unternehmen wird noch dadurch erhöht, daß mit dem zunehmenden Wohlstand das Bedürfnis nach mehr Freizeit zugenommen hat; so zählte neben den Lohnsteigerungen die Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel der Verwirklichung einer 40-Stunden-Woche zu den Hauptforderungen der Gewerkschaften in der diesjährigen Tarifrunde. Mit dem zunehmenden materiellen Wohlstand und dem Einfluß westlicher Kulturen ist zudem ein grundlegender Wertewandel verbunden, in dessen Folge — wenn auch allmählich — die vielfach informellen, durch Traditionen geprägten Beziehungen zwischen den am Wirtschaftsprozeß beteiligten Individuen zukünftig eine geringere Rolle spielen könnten. Dies hätte nicht zuletzt Rückwirkungen auf die Art und Weise staatlicher Einflußnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung.

34. Die Folgerung aus den Ansätzen zur Erklärung des Erfolgs der japanischen Wirtschaft kann sicherlich nicht sein, daß andere Länder einzelne Systemelemente — etwa die institutionellen Regelungen am Arbeitsmarkt oder das Zusammenspiel von Staat und Unternehmen im Wirtschaftsprozeß — einfach übernehmen sollten. Welche Rolle diese Elemente spielen, ist im einzelnen umstritten. Davon abgesehen kann der gesamtwirtschaftliche Erfolg nur aus dem Zusammenwirken der einzelnen Elemente eines Wirtschaftssystems vor dem Hintergrund der kulturellen und historischen Besonderheiten eines Landes erklärt werden.

Wichtig ist aber, daß in anderen Ländern die Schwäche der eigenen Position im Vergleich zu Japan erkannt wird. In keinem anderen Land wird in gleichem Maße in die Erneuerung und Erweiterung der Produktionskapazitäten und damit in die Verjüngung des Kapitalstocks investiert, stets mit dem Blick weit nach vorne — auf künftige Technologien, Märkte und Konkurrenten — gerichtet. Unübertroffen ist auch die Flexibilität, mit der sich japanische Unternehmen veränderten Bedingungen anpassen. Was dem im eigenen Land entgegengesetzt werden kann, ist die grundlegende Frage, die sich überall stellt, wo die Wirtschaftsentwicklung Japans als Herausforderung angenommen wird.

III. Wirtschaftsreformen in den Staaten Osteuropas schreiten voran

35. In allen Staaten Osteuropas ist die marktwirtschaftliche Umgestaltung des Wirtschaftssystems auf den Weg gebracht worden. Nahezu überall hat sich dabei die Erkenntnis durchsetzen können, daß angesichts offener Grenzen und neugeschaffener politischer Freiheiten nur ein rascher und alle Bereiche des wirtschaftlichen Lebens umfassender Übergang zur Marktwirtschaft geeignet ist, zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensverhältnisse zu gelangen. Weit vorangekommen sind dabei Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei, die bereits im letzten Jahr mit dem alten System gebrochen hatten (JG 90 Ziffer 49). Auch Bulgarien und — in freilich geringerem Maße — Rumänien haben in diesem Jahr Fortschritte in ihrem Bemühen um einen Umbau des Wirtschaftssystems machen können. Deutlich zurückgeblieben sind hingegen — neben Albanien und Jugoslawien — die Sowjetunion und die von ihr abgespaltenen baltischen Staaten. Auch hier scheint jedoch die Grundentscheidung für die marktwirtschaftliche Ordnung mittlerweile gefallen.

Während die Beseitigung der aus der Zeit der sozialistischen Planwirtschaft überkommenen makroökonomischen Ungleichgewichte und die Einführung marktwirtschaftlicher Institutionen und Regelungen vor allem in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei gut vorankommen, bleibt der Aufbau der neuen Wirtschaftsstrukturen — die Privatisierung der bestehenden und die Gründung neuer Unternehmen, die Schaffung von Wettbewerb auf den Güter- und Faktormärkten und die Herstellung funktionsfähiger Kapitalmärkte — hinter den anfänglichen Erwartungen zurück. Derzeit dominiert überall noch der Zusammenbruch des Alten; vielerorts haben die Menschen starke Realeinkommenseinbußen und offene Arbeitslosigkeit hinzunehmen. Gleichwohl besteht zumindest für Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei Anlaß zur Hoffnung, daß die Talsohle bereits in den nächsten zwei Jahren durchschritten wird. Zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in den Volkswirtschaften Osteuropas dürfte beitragen, daß die westlichen Industriestaaten sich bereitgefunden haben, zur Unterstützung der Reformen und zur Minderung der realwirtschaftlichen Anpassungslasten umfangreiche technische und finanzielle Hilfe zu leisten.

Anpassungskrise in den osteuropäischen Staaten

36. Die wirtschaftliche Situation in den Staaten Osteuropas hat sich in diesem Jahr nochmals deutlich verschlechtert (Tabelle 6). In allen Ländern mußte ein weiterer kräftiger Rückgang der Produktion hingenommen werden. Dies hat zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt.

Die Ursache für die Wirtschaftskrise in den Staaten Osteuropas liegt in dem früheren planwirtschaftlichen System, dessen Mängel nun offen zu Tage treten. Die jahrzehntelange Abschottung vom Weltmarkt, die Ausrichtung der Produktion an den Vorgaben des Zentralplans sowie gravierende Versäumnisse bei der Modernisierung des Kapitalstocks und der Entwicklung effizienter Produktionsverfahren haben dazu geführt, daß die bestehenden Unternehmen dem nach Öffnung der Grenzen einsetzenden Wettbewerb mit westlichen Anbietern nicht gewachsen waren und erhebliche Absatzeinbußen hinnehmen mußten. Zur Verschärfung der Krise hat auch die Umstellung des Handels zwischen den osteuropäischen Staaten auf Weltmarktkonditionen zu Beginn diesen Jahres bei-

Tabelle 6

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für osteuropäische Länder

	Polen	Tschecho-slowakei	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Sowjetunion
Sozialprodukt, real[1] (vH)[2]						
1989	− 0,2	1,0	− 0,2	− 7,9	− 0,4	24
1990	−13,0	− 3,1	− 5,0	−10,5	−13,6	− 4,0
1991[3]	− 6	−10	− 5	−12	−15	−12
Industrieproduktion, brutto (vH)[2]						
1989	− 1,4	0,8	− 3,4	− 2,3	2,2	1,7
1990	−27,1	− 4,0	− 8,5	−19,8	−14,1	− 1,2
1991[3]	−12	−10	− 8	−10	−10	− 8
Arbeitslosenquote (vH)[4]						
1989	0,1	.	0,3	.	.	.
1990	6,1	1,0	1,7	1,3	1,8	1,4
1991[3]	13	10	9	9	12	4
Verbraucherpreise (vH)[2]						
1989	251,1	1,4	17,0	0,6	6,2	1,9
1990	584,7	10,0	28,2	4,7	19,3	5,3
1991[3]	90	35	36	180	240	30
Auslandsverschuldung, brutto (Mrd US-Dollar)						
1989	40,8	7,9	20,6	− 0,7	10,7	58,5
1990	48,5	8,1	21,3	1,2	11,2	62,5
1991[3]	44	9	20	4	12	68
Leistungsbilanzsaldo[5] (Mrd US-Dollar)						
1989	− 1,6	0,3	− 1,4	2,9	− 1,3	− 4,0
1990	0,8	− 0,4	0,1	− 1,5	− 1,0	− 4,3
1991[3]	− 1½	− 1½	0	− 2	− 2	½

1) Produziertes Nationaleinkommen in konstanten Preisen nach dem Konzept der materiellen Produktion (System of Material Product Balance/MPS). Für Ungarn und für 1991 reales Bruttoinlandsprodukt.
2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
3) Eigene Schätzung.
4) Stand im Dezember.
5) Gegenüber westlichen Staaten.

Quellen: IMF, OECD, UN und nationale Veröffentlichungen

getragen; der Mangel an Devisen zwang die Unternehmen nach der Auflösung der staatlichen Außenhandelsorganisationen und dem Übergang zu Weltmarktpreisen zur Aufgabe früherer Lieferbeziehungen. Als weiteres Problem erwies sich die Arbeitsteilung zwischen den einstigen RGW-Staaten, die durch übermäßig weit vorangetriebene Spezialisierung in der Produktion einen hohen Grad an Abhängigkeit zwischen den ehemaligen Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe entstehen ließ. Dies hat dazu geführt, daß sich der Ausfall an Nachfrage über alle osteuropäischen Länder ausbreitete und die Effekte sich dabei gegenseitig verstärkten.

Gleichzeitig kam es zu einem massiven Rückgang der Binnennachfrage in den einzelnen Ländern. Die privaten Haushalte sahen sich wegen der deutlich hinter dem Anstieg der Verbraucherpreise zurückbleibenden Lohnsteigerungen zu Einschränkungen bei ihren Konsumgüterkäufen gezwungen, und die staatseigenen Unternehmen verzichteten angesichts pessimistischer Zukunftserwartungen und sich abzeichnender Liquiditätsengpässe vielfach auf die Durchführung notwendiger Investitionen. Zudem hat auch der Staat zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte seine Ausgaben reduziert. Der durch den Einbruch im Außenhandel ausgelöste Abschwungsprozeß hat sich durch den Zusammenbruch der Binnennachfrage weiter verstärkt.

Daneben stiegen in diesem Jahr die Verbraucherpreise in allen Ländern erneut kräftig an. Die teilweise exorbitant hohen Preissteigerungsraten waren dabei wenigstens zu einem Teil Folge der in allen Ländern durchgeführten Reform der Preisbildungsprozesse. Soweit bereits wettbewerbliche Strukturen hergestellt sind, spiegeln sie die notwendige Anpassung der zuvor politisch festgelegten Güterpreise an die tatsächlichen Knappheitsrelationen wider. Allerdings sind die staatlichen Unternehmen, nicht zuletzt auch wegen der Beibehaltung von Beschränkungen im Außenhandel, in vielen Bereichen noch immer Alleinanbieter, so daß die Preisanhebungen mit einiger Gewißheit höher ausgefallen sind, als dies unter Wettbewerbsbedingungen der Fall gewesen wäre. Letztlich ausschlaggebend für die Beschleunigung der Inflation dürfte aber die in der Vergangenheit zugelassene Aufblähung der Geldbestände gewesen sein. Preiserhöhungen wurden darüber hinaus aber auch durch die Umstellung des Handels zwischen den osteuropäischen Staaten auf Weltmarktpreise ausgelöst, insbesondere in den auf die Einfuhr von Erdöl angewiesenen Volkswirtschaften. Schließlich führten auch die in allen osteuropäischen Ländern vorgenommenen Abwertungen der heimischen Währungen zu Preissteigerungen.

37. Mittlerweile sind wenigstens in einigen osteuropäischen Staaten (Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien) einschneidende Maßnahmen zur makroökonomischen Stabilisierung ergriffen worden. Die in der Regel mit Unterstützung durch den Internationalen Währungsfonds entwickelten Anpassungsprogramme umfassen eine auf rasche Rückführung der Inflationsraten gerichtete Geldpolitik und eine restriktive Finanzpolitik, um die früher meist durch Geldschöpfung gedeckten Defizite in den öffentlichen Haushalten trotz sinkender Steuereinnahmen und kräftig steigender Sozialausgaben deutlich zu vermindern. Mit Kontrollen der Lohnentwicklung zumindest in der staatlichen Wirtschaft soll zusätzlich inflationstreibenden Lohnkostensteigerungen entgegengewirkt werden. Vor allem in Polen, aber auch in der Tschechoslowakei und in Bulgarien sind bereits erste Erfolge dieser Stabilisierungsprogramme zu verzeichnen. Allerdings wird vielfach befürchtet, daß die realwirtschaftlichen Anpassungsprobleme durch die eingeleiteten Restriktionsmaßnahmen über das notwendige Maß hinaus verschärft worden sind.

Schwieriger Umbau des Wirtschaftssystems

38. Weit fortgeschritten ist der Umbau des Wirtschaftssystems in **Polen, Ungarn** und der **Tschechoslowakei,** die bereits frühzeitig erste Reformschritte eingeleitet hatten (Tabelle 7). Für eine Marktwirtschaft wichtige institutionelle Regelungen wurden hier mittlerweile geschaffen, häufig in Anlehnung an entsprechende Bestimmungen westlicher Länder. Wenn es auch vielen Menschen noch schwerfällt, sich in der neuen Ordnung zurechtzufinden, gibt es doch bereits in erheblichem Umfang privatwirtschaftliche Aktivitäten. Viele haben die nunmehr gebotene Chance genutzt, sich mit einem eigenen Betrieb selbständig zu machen, sei es durch Neugründung oder durch Übernahme eines ehemals staatlichen Betriebes. Vor allem im Dienstleistungsbereich sind dadurch bereits wettbewerbliche Strukturen entstanden. In der Industrie blieb demgegenüber die Monopolstellung der bestehenden Unternehmen bislang noch weitgehend erhalten; Neu- und Ausgründungen waren in diesem Bereich bislang eher selten. Hinzu kommt, daß der Abbau von Subventionen an die zumeist noch in Staatsbesitz befindlichen Industrieunternehmen nur langsam voranschreitet; die Schließung unrentabler Betriebe ist zwar rechtlich möglich, scheitert jedoch häufig am Widerstand der Beschäftigten.

Größere Fortschritte wurden bei der Reform der Preisbildung erzielt. In Polen obliegt die Preisgestaltung mittlerweile nahezu vollständig den Unternehmen; in Ungarn bestehen nur noch für etwa 8 vH aller Güter staatliche Preisvorgaben. In der Tschechoslowakei blieb das System staatlich regulierter Preise — wenn auch mit Modifikationen — wegen des unzureichenden Wettbewerbs hingegen noch in größerem Umfang erhalten. Allerdings haben Ungarn und die Tschechoslowakei zur Inflationsbekämpfung Vorschriften über das zulässige Maß der Überwälzung von Lohnkostensteigerungen in die Absatzpreise erlassen.

Alle drei Länder haben zudem die Reform der Geld- und Finanzverfassung in Angriff genommen. So wurde ein zweistufiges Bankensystem geschaffen und damit der Grundstein zum Aufbau eines leistungsfähigen Kapitalmarktes gelegt. Mittlerweile ist auch der Zugriff des Staates auf Kreditlinien der Notenbank beschränkt; bisher hat allerdings nur die polnische Regierung sich für die Unabhängigkeit der Zentralbank entscheiden können. Die öffentlichen Haushalte schließlich profitierten insbesondere vom Abbau der Subventionen. Trotz Mehrausgaben im Bereich der sozialen Sicherung konnte wenigstens in Ungarn und

der Tschechoslowakei eine deutliche Verringerung der Budgetdefizite erreicht werden. Derzeit wird in allen drei Staaten ein Umbau des Steuersystems nach westlichem Vorbild vorbereitet.

Der Außenhandel wurde ebenfalls in starkem Maße liberalisiert. Importlizenzen und quantitative Beschränkungen der Einfuhr wurden weitgehend abgeschafft, doch werden Importgüter in allen drei Staaten mit Zöllen belegt. Auf diese Weise soll der heimischen Wirtschaft Zeit für die notwendige Anpassung an die Bedingungen des Weltmarktes gegeben werden; es ist allerdings nicht zu verkennen, daß damit eventuelle Monopolstellungen bestehender Unternehmen zunächst erhalten bleiben. Bei einigen wenigen Produkten wurden zur Vermeidung von Versorgungsengpässen Ausfuhrbeschränkungen erlassen. Nach der Abschaffung des staatlichen Außenhandelsmonopols können nunmehr sowohl Importeure als auch Exporteure ihre Handelspartner im Ausland frei wählen. Hierzu wurde den inländischen Unternehmen der Erwerb von Devisen für Geschäfte in laufender Rechnung möglich gemacht. Dies alles hat zu einer deutlichen Belebung des Handels mit den westlichen Industriestaaten geführt; die Ausfuhren in den Westen nahmen in diesem Jahr kräftig zu und konnten Ausfälle im Handel mit den ehemaligen RGW-Staaten teilweise ausgleichen.

Zusätzlich haben alle drei Länder — nicht zuletzt auch zur Unterstützung der Preisreformen — zunächst ein System prinzipiell fester Wechselkurse eingeführt; gelegentliche Wechselkursanpassungen zur Unterstützung der Umstrukturierung der heimischen Wirtschaft blieben jedoch weiterhin möglich. Polen ist im Oktober 1991 allerdings dazu übergegangen, die heimische Währung täglich um einen bestimmten Betrag abzuwerten, um auf diese Weise die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie zu erhöhen.

39. In den übrigen Staaten Osteuropas kommt der Prozeß der Umgestaltung der Wirtschaft hingegen nur allmählich in Gang. **Rumänien** vollzog zunächst nur halbherzige Reformschritte. Erst mit dem Beginn der Preisreformen und einer Neugestaltung des Unternehmensrechts im Herbst letzten Jahres wurden die Weichen zum Übergang zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung gestellt. Bislang bleiben die Reformbemühungen in Rumänien — abgesehen von gewissen Fortschritten bei der Liberalisierung der Devisenbestimmungen und der Zulassung von Gemeinschaftsunternehmen — aber weit hinter denen anderer Länder zurück. In jüngster Zeit wurde nach Protesten der Bevölkerung allerdings ein Preisstopp erlassen. In **Bulgarien** wurde der Übergang zur marktwirtschaftlichen Ordnung erst zu Beginn diesen Jahres in Angriff genommen. Mit der Freigabe der Preisbildung, Subventionskürzungen bei Staatsbetrieben, einer Reform des Steuerrechts, der Liberalisierung des Außenhandels und der Lockerung der Konvertibilitätsbeschränkungen bei gleichzeitiger Einführung eines flexiblen Wechselkurses wurde jedoch im Transformationsprozeß ein beachtliches Tempo vorgelegt. Auch in **Albanien** scheint angesichts der sich in diesem Jahr dramatisch verschlechternden wirtschaftlichen Lage die Entscheidung für eine marktwirtschaftliche Umgestaltung des Wirtschaftssystems gefallen; die bislang vorgenommenen Reformen beschränken sich allerdings auf die Öffnung des Landes für westliche Investoren und Produkte. Erst Anfang November 1991 kündigte die albanische Regierung weitere Reformen an, so eine weitgehende Freigabe der Preise und eine Umgestaltung des Steuersystems. In **Jugoslawien** wurden zwar bereits seit 1988 Maßnahmen zur Umgestaltung der Wirtschaftsordnung eingeleitet; der Reformprozeß fand jedoch in diesem Jahr aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzungen ein jähes Ende.

40. Die dem weiteren Voranschreiten des Reformprozesses und einer baldigen Wiederbelebung der Wirtschaftsaktivität entgegenstehenden Hemmnisse sind gleichwohl nicht zu übersehen. So wird eine rasche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation dadurch verhindert, daß es in den Staaten Osteuropas weithin an dem erforderlichen Management-Wissen und den für die Umgestaltung der Produktion und für die Entwicklung wettbewerbsfähiger Produkte notwendigen technischen Kenntnissen fehlt. Die Modernisierung der Wirtschaft wird zudem dadurch erschwert, daß infolge von Knappheit an Devisen nur in geringem Umfang moderne Investitionsgüter importiert werden können. Schließlich stoßen die Wirtschaftsreformen aufgrund der mit ihnen verbundenen Härten vielfach auch auf Widerstand in der Bevölkerung. Es besteht die Gefahr, daß die Akzeptanz der Marktwirtschaft bei den Menschen auf Dauer beeinträchtigt werden könnte. Es wäre jedoch falsch, dies zum Anlaß zu nehmen, den Reformprozeß zu verlangsamen.

Als Hindernis für die Transformation des Wirtschaftssystems mag sich auch erweisen, daß fast alle Staaten Osteuropas in zum Teil erheblichem Maße im westlichen Ausland verschuldet sind. Damit wird nicht nur ein Teil der Exporterlöse in konvertiblen Währungen durch fällige Zins- und Tilgungszahlungen gebunden; der hohe Schuldenstand vermindert auch die Kreditwürdigkeit der osteuropäischen Schuldner bei privaten Kreditgebern. Ungarn hat daher aus Bonitätsgründen bislang jegliche Umschuldungsverhandlungen abgelehnt und ist auch weiterhin um fristgerechte Schuldendienstleistungen bemüht. Demgegenüber hat Bulgarien im März 1990 den Schuldendienst eingestellt und steht nun in Umschuldungsverhandlungen mit seinen westlichen Kreditgebern; Polen wurden im März 1991 fünfzig Prozent seiner Schulden gegenüber öffentlichen Gläubigern erlassen. Wenn dadurch auch die unmittelbaren Belastungen für diese beiden Länder geringer geworden sind, ist ihnen der Zugang zu weiteren privaten Krediten damit weithin verwehrt.

41. Verglichen mit den übrigen Staaten Osteuropas ist der Reformprozeß in der **Sowjetunion** weit zurückgeblieben. Bis zum Sommer diesen Jahres wurden hier nur halbherzige Schritte in Richtung einer Umgestaltung des Wirtschaftssystems unternommen. Ursächlich hierfür war der seit langem schwelende Machtkampf zwischen den Anhängern des alten Regimes und den Befürwortern eines radikalen marktwirtschaftlichen Kurses innerhalb der Unionsregierung selbst. Die Staatsführung mußte deshalb in ihren Entwürfen für ein Wirtschaftsreformprogramm eine Kompromißlösung anstreben. Der im Oktober 1990 schließlich angenommene Reformvorschlag des so-

Tabelle 7

Wichtige Reformschritte beim

	Tschechoslowakei	Bulgarien
Allgemeine politische Lage	Reformorientierte Regierung (seit Juni 1990) Glaubhafte Schritte zur marktwirtschaftlichen Umgestaltung (Schocktherapie) seit Januar 1991 Nationale Bestrebungen in der Slowakei	Koalitionsregierung unter Führung der früheren Kommunistischen Partei (bis Oktober 1991) Parlamentswahlen (Oktober 1991) mit Mehrheit für Reformbefürworter Marktwirtschaftliche Umgestaltung (Schocktherapie) seit Februar 1991; teilweise durch sozialistische Kräfte behindert
Reform der Preisbildung	Freigabe der Preisbildung für 85 vH aller Waren (Januar 1991), aber Kontrollen in monopolitisch strukturierten Sektoren	Allgemeine Preisfreigabe (Februar 1991 und Juni 1991)
Wechselkursregime	Grundsätzlich fester Kurs zum US-Dollar mit gelegentlichen Wechselkursanpassungen (zuletzt Abwertung im Dezember 1990) Inländerkonvertibilität für Leistungsbilanztransaktionen (Januar 1991) Einheitlicher Wechselkurs für alle Transaktionen (Januar 1991)	Flexibler Wechselkurs (seit Februar 1991) Konvertibilitätsbeschränkungen für In- und Ausländer (außer Interbankenhandel) Einheitlicher Wechselkurs für alle Transaktionen
Außenhandelssystem	Weitgehende Liberalisierung und Dezentralisierung des Außenhandels (Mai 1990) Durchschnittlicher Zollsatz zunächst 5 vH, ab September 1991 6 vH Lizenzen für Ein- und Ausfuhr bestimmter Güter (Februar 1991) Einfuhrsonderabgabe (15 vH) auf Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter (Februar 1991)	Abschaffung mengenmäßiger Beschränkungen im Außenhandel (Februar 1991) Exportzoll durchschnittlich 30 vH Importzoll zwischen 20 vH und 30 vH
Unternehmensverfassung	Staatliche Beschränkungen für private Unternehmen weitgehend aufgehoben Umfassende Reform des Unternehmensrechts; Einführung von Unternehmensrechtsformen nach westlichem Muster (1990) Entflechtung von Großbetrieben und Umwandlung in Kapitalgesellschaften Konkursrecht in Vorbereitung	Staatliche Beschränkungen für private Unternehmen weitgehend aufgehoben Einführung von Unternehmensrechtsformen nach westlichem Muster (Mai 1991) Entflechtung von Großbetrieben und Umwandlung in Kapitalgesellschaften Stillegung unrentabler Unternehmen in Vorbereitung Steuerliche Erleichterung für private Betriebe
Gemeinschaftsunternehmen	Auslandsbeteiligung bis 100 vH möglich Genehmigungspflicht Befristete Steuerermäßigungen Gewinntransfer in konvertibler und heimischer Währung nur bedingt möglich Immobilienerwerb durch Ausländer nicht möglich	Auslandsbeteiligung bis 100 vH möglich Keine Genehmigungspflicht Befristete Steuerermäßigungen Gewinntransfer in konvertibler und heimischer Währung unbeschränkt möglich Erwerb von Grund und Boden für Ausländer nicht möglich
Privatisierung	Kleine Privatisierung durch Auktionen, eingeschränkte Mitwirkung von Ausländern (Januar 1991) Große Privatisierung nach Entflechtung durch Verteilung von Gutscheinen (40 vH des Unternehmenswertes) (Oktober 1991) und Verkauf an In- und Ausländer Restitution hat Vorrang vor Entschädigung	Kleine Privatisierung durch Auktionen Große Privatisierung im Planungsstadium Restitution in der Landwirtschaft
Geldpolitik	Aufbau eines zweistufigen Bankensystems (seit Januar 1990) Mindestreservepolitik, Diskontpolitik Eröffnung von Wertpapierbörsen für Januar 1992 geplant	Aufbau eines zweistufigen Bankensystems (seit April 1990) Unabhängigkeit der Zentralbank (Juni 1991) Kreditplafondierung, Diskontpolitik
Finanzpolitik	Harmonisierung der Umsatzsteuersätze Umbau des Steuersystems nach EG-Vorbild bis 1993 geplant (Mehrwertsteuer, progressive Einkommensteuer, Körperschaftsteuer) Noch kein Abbau von Subventionen für staatliche Unternehmen Altschuldenentlastung für Unternehmen Defizitreduktion durch Abbau von Preisstützungen	Erste Steuerreformschritte (Januar 1991): Senkung der Gewinnsteuern, Vereinfachung des Umsatzsteuertarifs Noch kein Abbau von Subventionen für staatliche Unternehmen Defizitreduktion durch Abbau von Preisstützungen
Lohnpolitik und Sozialpolitik	Schaffung eines Sozialversicherungssystems mit privatwirtschaftlicher Mitwirkung Arbeitslosengeld 65 vH/60 vH des letzten Lohns für ein Jahr Teilweise Indexierung der Löhne Begrenzung von Lohnsteigerungen (Januar 1991) Mindestlohnvereinbarungen (Februar 1991)	Staatliche Kontrollen der Lohnentwicklung Lohnanhebungen um durchschnittlich 60 vH (Januar 1991) Degressiv fallendes Arbeislosengeld (50 vH nach sechs Monaten)
Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, westliche Hilfen	IWF-Mitgliedschaft (Septgember 1990) Stabilisierungsprogramm mit IWF-Unterstützung Stabilisierungskredit über 1,8 Mrd US-Dollar Assoziierungsverhandlungen mit EG PHARE-Hilfen der G24-Staaten (seit 1990) Mitgliedschaft in GATT und Weltbank	IWF-Mitgliedschaft (September 1990) Stabilisierungsprogramm mit IWF-Unterstützung Stabilisierungskredit über 0,5 Mrd US-Dollar PHARE-Hilfen der G24-Staaten (seit 1990) Mitgliedschaft in GATT und Weltbank

Tabelle 7

Übergang zur Marktwirtschaft

Rumänien	Ungarn	Polen
Einzelne Reformschritte, aber kein schlüssiges Reformkonzept, kein Konsens über Tempo und Schrittfolge der Reformen Umgestaltung stößt auf Widerstand in der Bevölkerung Regierungsumbildung nach Unruhen in der Bevölkerung (Oktober 1991)	Reformorientierte Regierung Allmähliche Umstrukturierung des Wirtschaftssystems (seit 1968), Beschleunigung der Reformen seit 1990	Parlamentswahlen im Oktober 1991 ergeben keine regierungsfähige Mehrheit Glaubhafte Schritte zur marktwirtschaftlichen Umgestaltung (Schocktherapie) seit Januar 1990 Reformkurs stößt zunehmend auf Widerstand
Schrittweise Preisfreigabe, Preisbildung zu 80 vH frei von staatlichen Beschränkungen (ab November 1990)	Graduelle Preisfreigabe seit 1968 Preisbildung zu 92 vH frei von staatlichen Beschränkungen	Schockartige Preisfreigabe (Januar 1991) Preisbildung zu 90 vH frei von staatlichen Beschränkungen
Grundsätzlich fester Kurs zum US-Dollar mit gelegentlichen Wechselkursanpassungen (zuletzt im April 1991) Inländerkonvertibilität für alle Transaktionen Einheitlicher Wechselkurs für alle Transaktionen (November 1991)	Grundsätzlich fester Kurs gegen Währungskorb mit gelegentlichen Wechselkursanpassungen (zuletzt Abwertung im November 1991) Inländerkonvertibilität für Leistungsbilanztransaktionen (Januar 1991) Einheitlicher Wechselkurs für alle Transaktionen	Offiziell festgesetzter Kurs gegen Währungskorb mit täglicher Anpassung (Oktober 1991) Inländerkonvertibilität für Leistungsbilanztransaktionen Einheitlicher Wechselkurs für alle Transaktionen (1990)
Aufhebung des Außenhandelsmonopols (1990) Abschaffung mengenmäßiger Beschränkungen bei den Einfuhren (Januar 1991) Lizenzen für Ein- und Ausfuhr bestimmter Güter Reform des Zollsystems (Januar 1991)	Graduelle Liberalisierung des Außenhandels seit 1968 Vollständige Aufhebung des Außenhandelsmonopols (Januar 1991) Einführung eines harmonisierten Zolltarifs (Januar 1991) Quantitative Importbeschränkungen für 10 vH der Einfuhren	Vollständige Liberalisierung des Außenhandels 1990 abgeschlossen Einführung eines neuen Zollsystems; durchschnittlicher Einfuhrzoll 14 vH (August 1991) Quantitative Exportbeschränkung bei einigen Produkten (1 vH aller Exporte) Keine quantitativen Einfuhrbeschränkungen
Staatliche Beschränkungen für private Unternehmen weitgehend aufgehoben (Februar 1990) Schrittweise Begrenzung der staatlichen Mengenplanung (ab August 1990) Entflechtung der Großunternehmen und Umwandlung in Kapitalgesellschaften (seit August 1990)	Staatliche Beschränkungen für private Unternehmen weitgehend aufgehoben Einführung wettbewerbsrechtlicher Regelungen (seit 1990), eines Konkursrechts (seit 1986) und neuer Rechnungslegungsvorschriften (ab 1992) Entflechtung von Großbetrieben und Umwandlung in Kapitalgesellschaften	Staatliche Beschränkungen für private Unternehmen weitgehend aufgehoben (seit 1988) Gewinnsteuerbefreiung für Beteiligungserwerb
Auslandsbeteiligung bis 100 vH möglich Genehmigungspflicht Befristete Steuerermäßigungen Gewinntransfer in konvertibler Währung unbeschränkt, in heimischer Währung nur bedingt möglich Erwerb von Grund und Boden für Ausländer nicht möglich	Ausländische Mehrheitsbeteiligung möglich Keine Genehmigungspflicht Steuerermäßigungen nur in Ausnahmefällen Gewinntransfer in konvertibler Währung unbeschränkt möglich	Auslandsbeteiligung bis 100 vH möglich Keine Genehmigungspflicht Steuerermäßigungen nur in Ausnahmefällen Gewinntransfer in konvertibler Währung unbeschränkt, in heimischer Währung nur bedingt möglich
Kleine Privatisierung durch Ausschreibung und Verkauf im Planungsstadium: große Privatisierung durch Verteilung von handelbaren Anteilsscheinen an die Bevölkerung und Verkauf an In- und Ausländer Reprivatisierung von Landeigentum bis zu zehn Hektar Verteilung des landwirtschaftlich genutzten Bodens an die Genossenschaftsmitglieder (Mai 1991)	Kleine Privatisierung durch Auktionen (Januar 1990) Privatisierung von Großunternehmen durch Eigeninitiative der Manager seit 1989 Seit 1990 große Privatisierung durch Verkauf an In- und Ausländer Entschädigung hat Vorrang vor Restitution (Ausnahme Agrarsektor)	Kleine Privatisierung (seit 1988) Große Privatisierung über Verteilung von Gratisaktien an Belegschaft und Bevölkerung (insgesamt 70 vH des Unternehmenswertes) und Verkauf an In- und Ausländer Privatisierung der Staatsbanken (Beginn 1991)
Aufbau eines zweistufigen Bankensystems Kreditplafondierung bei niedrig gehaltenem Zinsniveau	Aufbau eines zweistufigen Bankensystems (Anfang 1987) Mindestreservepolitik, Diskontpolitik Eröffnung einer Wertpapierbörse (Juni 1990) Aufhebung von Zinsregulierungen (Januar 1991)	Aufbau eines zweistufigen Bankensystems (Januar 1988) Unabhängigkeit der Zentralbank (1988) Diskontpolitik, Mindestreservepolitik Eröffnung einer Wertpapierbörse (Anfang 1991)
Schrittweise Einführung von Gewinn- und Lohnsteuern, Umgestaltung der Umsatzsteuer (ab 1990) Schrittweiser Abbau von Preisstützungen bis 1995 geplant Altschuldenentlastung für Unternehmen in Vorbereitung	Steuerreform (1988/89): Einführung von Umsatzsteuer, Körperschaftsteuer und Einkommensteuer Einführung einer Vermögensteuer (1991) Defizitreduktion durch Abbau von Preisstützungen	Steuerreform in mehreren Stufen (seit 1990): Einführung einheitlicher Körperschaftsteuertarife; Reform der Umsatzsteuer und Übernahme wesentlicher Elemente westlichen Steuerrechts (Einkommensteuer und Körperschaftsteuer) für 1992 geplant Subventionsabbau (außer Landwirtschaft, Energie, Wohnungsbau)
Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung (1991) Arbeitslosengeld 60 vH des letzten Lohns für sechs Monate Freie Lohnvereinbarungen, aber Indexierung der Löhne mit vierteljährlicher Anpassung (1991) Aufhebung der Kontrollen der Arbeitskräftewanderung	Indirekte Einflußnahme auf die Lohnentwicklung durch eingeschränkte steuerliche Abzugsfähigkeit der Löhne als Betriebsausgabe der Unternehmen Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung (1991) Arbeitslosengeld 70 vH des letzten Lohns für ein Jahr Mindestlohnvorschriften	Kontrollen der Lohnentwicklung in Staatsunternehmen durch progressive Lohnzuwachssteuer Teilweise Indexierung der Löhne mit monatlicher Anpassung Arbeitslosengeld bis zu 125 vH des Mindestlohns für sechs Monate
IWF-Mitgliedschaft (seit 1972) PHARE-Hilfen der G24-Staaten (seit 1990; zeitweise unterbrochen) Mitgliedschaft in GATT und Weltbank	IWF-Mitgliedschaft (seit 1982) Stabilisierungsprogramm mit IWF-Unterstützung (Februar 1991) Stabilisierungskredit über 1,8 Mrd US-Dollar Assoziierungsverhandlungen mit EG PHARE-Hilfen der G24-Staaten (seit 1989) Mitgliedschaft in GATT und Weltbank	IWF-Mitgliedschaft (seit 1986) Stabilisierungsprogramm mit IWF-Unterstützung (Januar 1990) Stabilisierungskredit über 2 Mrd US-Dollar (Januar 1990) und 1,6 Mrd US-Dollar (April 1991) Reduzierung der Auslandsverschuldung gegenüber öffentlichen Gläubigern um 50 vH (März 1991) Assoziierungsverhandlungen mit EG PHARE-Hilfen der G24-Staaten (seit 1989) Mitgliedschaft in GATT und Weltbank

wjetischen Staatspräsidenten und das im Sommer 1991 verabschiedete Anti-Krisen-Programm der Regierung sahen zwar einen allmählichen Übergang zu einer stärker marktwirtschaftlich geprägten Ordnung vor, doch sollte der staatliche Einfluß auf die Wirtschaft in hohem Maße erhalten bleiben.

Zudem behinderten die ungeklärten Machtverhältnisse zwischen der Unionsregierung und den Teilrepubliken der Sowjetunion ein weiteres Vorankommen des Reformprozesses. Im Gegensatz zur Unionsregierung neigen die Unionsrepubliken dem Konzept eines umfassenden, schockartigen Übergangs zur Marktwirtschaft zu. Insbesondere die Russische Republik, die Ukraine und die baltischen Staaten (Estland, Litauen und Lettland) sprachen sich für radikale marktwirtschaftliche Reformen aus. Die Schwäche der Zentralregierung führte schließlich dazu, daß einige Republiken teils in offenem Widerspruch zur Politik der Unionsregierung stehende Gesetze erließen, teils sogar den Austritt aus der Union anstrebten.

Nach dem gescheiterten Putschversuch von Anhängern des alten kommunistischen Regimes im August diesen Jahres und dem damit verbundenen Machtzuwachs für die reformwilligen Republiken besteht nunmehr jedoch Aussicht auf eine deutliche Beschleunigung des Reformprozesses. So werden Privateigentum, unternehmerische Freiheit und Wettbewerb ausdrücklich als Elemente der künftigen Wirtschaftsordnung genannt. Unklar ist derzeit aber noch, inwieweit die Union als politische und wirtschaftliche Einheit überleben wird. Die baltischen Staaten haben bereits ihre Unabhängigkeit von der UdSSR erreicht. Auch in anderen Republiken – vor allem in Armenien, Georgien und Moldawien, in zunehmendem Maße aber auch in der Ukraine – regen sich nationalstaatliche Bestrebungen.

Eine weiterhin enge Kooperation der einzelnen Unionsrepubliken wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet ist wegen der hohen gegenseitigen Abhängigkeit dringend geboten. Dem im Oktober unterzeichneten Vertrag zur Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft der sowjetischen Teilrepubliken sind bislang allerdings nur acht der zwölf verbliebenen Unionsrepubliken beigetreten; insbesondere fehlt auch noch die wirtschaftlich starke Ukraine. Zudem wurde durch den Wirtschaftsvertrag die Unabhängigkeit der Republiken gegenüber der Unionsregierung erheblich gestärkt; die Gesetzgebung der Republiken hat nunmehr Vorrang vor der Unionsgesetzgebung.

Unterschiedliche Privatisierungsstrategien in den osteuropäischen Staaten

42. Entscheidend für den Erfolg der Wirtschaftsreformen wird letztlich sein, daß es gelingt, die Menschen zu stärkerem privatwirtschaftlichem Engagement zu bewegen. Eine Voraussetzung hierfür ist die Schaffung gesicherter Eigentumsrechte. Tatsächlich wird mittlerweile die Notwendigkeit privaten Eigentums an den Unternehmen in allen Staaten Osteuropas als eines der wichtigsten marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien anerkannt. Notwendig ist also – neben der Neugründung von Unternehmen – vor allem die Überführung der ehemaligen Staatsunternehmen in Privateigentum. Hierzu sind in den einzelnen Ländern recht unterschiedliche Privatisierungsstrategien entwickelt worden.

43. Die Überführung kleinerer Betriebe – insbesondere Einzelhandelsgeschäfte, Gaststätten und Handwerksbetriebe – in privates Eigentum erfolgt überwiegend durch öffentliche Versteigerungen. Ausländische Bieter sind dabei aus Furcht vor einem „Ausverkauf" der heimischen Wirtschaft in aller Regel ausgeschlossen. Das Interesse der Bürger am Erwerb dieser Kleinunternehmen war dabei anfangs recht groß; jedoch wird es mittlerweile schwerer, insbesondere für Einzelhandelsbetriebe in ungünstiger Lage, einen Käufer zu finden. Auch ein Mangel an Ersparnissen in der heimischen Bevölkerung mag dabei eine Rolle spielen. Lediglich in Polen ist diese „kleine Privatisierung" bereits weit fortgeschritten.

44. Bedeutsam für die langfristige Sicherung der Beschäftigung und die Herstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist die Privatisierung der großen Industriebetriebe. Als vorrangiges Privatisierungsverfahren wird dabei überall der vollständige oder teilweise Verkauf staatseigener Unternehmen an Investoren aus dem In- und Ausland angewandt. Die Erfolge dieser von staatlichen Verkaufsagenturen organisierten „großen Privatisierung" blieben bislang jedoch gering; nur ein kleiner Teil der großen staatlichen Unternehmen konnte neuen Eigentümern zugeführt werden. Die entscheidende Ursache hierfür dürfte darin liegen, daß die bestehenden Unternehmen infolge veralteter Produktionsanlagen und einer überhöhten Personalausstattung bei potentiellen Investoren im allgemeinen als wenig attraktiv gelten; auch dürften die Marktchancen in Osteuropa insbesondere von westlichen Investoren mittlerweile geringer eingeschätzt werden als noch vor einem Jahr. Um gleichwohl rasche Privatisierungsfortschritte erzielen zu können, ist in einigen Ländern zusätzlich zum staatlich organisierten Verkauf von Unternehmen die kostenlose Verteilung von Anteilsscheinen der Unternehmen an die Bevölkerung und die Belegschaften vorgesehen.

45. In der **Tschechoslowakei** ist geplant, daß alle volljährigen Bürger des Landes gegen Zahlung einer geringen Gebühr eine gleiche Zahl von Gutscheinen erhalten, die zum kostenlosen Bezug von – handelbaren – Aktien der zu privatisierenden Unternehmen nach Wahl des Gutscheininhabers berechtigen. Der Umtausch der Bezugsscheine in Anteilsscheine der Unternehmen soll dabei durch ein landesweites Versteigerungsverfahren erfolgen. In der Regel 40 vH des Aktienkapitals der staatseigenen Unternehmen sollen auf diese Weise verteilt werden; weitere Anteile sollen den Beschäftigten sowie bestimmten Investmentfonds kostenfrei zugeteilt werden. Eine ähnliche Lösung wurde auch in **Polen** gefunden; hier sollen insgesamt 60 vH des Kapitals ausgewählter Staatsunternehmen gleichmäßig auf eine Reihe von Vermögensverwaltungsgesellschaften übertragen werden. Im Anschluß daran sollen die Anteilsscheine dieser Gesellschaften kostenlos an die Bevölkerung ausgegeben werden, so daß jeder Bürger zunächst einen gleichen Anteil am staatlichen Produktivvermögen erhält. Ein direkter Umtausch von Fondsanteilen in Aktien

der privatisierten Unternehmen — und damit die Möglichkeit eines Aktienhandels — ist jedoch erst für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen. Wie in der Tschechoslowakei soll zudem auch in Polen ein geringer Anteil der Aktien unmittelbar an die Belegschaftsangehörigen der betreffenden Unternehmen abgegeben werden; der Rest der Anteile verbleibt zunächst im Besitz des Staates. Ein im Grunde gleiches Verfahren ist schließlich auch in **Rumänien** vorgesehen, doch soll den Belegschaftsangehörigen hier anders als in Polen und der Tschechoslowakei lediglich die Möglichkeit eines verbilligten Kaufes von Aktien ihres Unternehmens eingeräumt werden. Auch in **Bulgarien** wird ein ähnliches Verfahren diskutiert.

46. Die breitgestreute Beteiligung der Bevölkerung am ehemals staatseigenen Produktivkapital mag zunächst sowohl aus Gerechtigkeitserwägungen wie auch aus Gründen einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung vorteilhaft erscheinen. Gleichwohl ist diese Art der Privatisierung nicht uneingeschränkt positiv zu beurteilen. Das Überleben der ehemals staatlichen Betriebe wird durch diese Art der Privatisierung allein nicht gesichert. Das größte Problem dürfte wohl darin bestehen, daß der für die Anpassung an marktwirtschaftliche Bedingungen dringend notwendige Transfer von organisatorischem und technischem Wissen bei diesem Verfahren nicht geleistet wird. Hinzu kommt, daß durch die kostenlose Verteilung der Aktien den Unternehmen kein zusätzliches Kapital zufließt. Zudem dürften angesichts der überragenden Bedeutung, die ausländischen Direktinvestitionen bei der Privatisierung der staatseigenen Betriebe zugemessen wird, vielfach vor allem die Aktien von Unternehmen mit unterdurchschnittlichen Gewinnaussichten an die Bevölkerung abgegeben werden. Die Anpassung an marktwirtschaftliche Verhältnisse mag nicht zuletzt auch dadurch erschwert werden, daß die breite Streuung des Anteilsbesitzes eine effiziente Kontrolle der Unternehmensleitung durch die Anteilseigner verhindert. Schließlich ist auch zu berücksichtigen, daß dem Staat bei dieser Art der Privatisierung eine Mitverantwortung für das weitere Schicksal der Unternehmen auferlegt wird: Kommt ein privatisiertes Unternehmen in Schwierigkeiten, so gerät der Staat als Miteigentümer und Initiator der Privatisierung allzu leicht in die Pflicht, den Erhalt der Unternehmen durch Subventionszahlungen zu sichern. Das Entstehen wettbewerbsfähiger Unternehmen und die Konsolidierung des Staatshaushalts werden auf diese Weise erheblich erschwert.

47. Ein stärker an wettbewerblichen Prinzipien orientierter Weg zur Privatisierung der ehemals staatseigenen Betriebe wurde in **Ungarn** eingeschlagen. Nach den negativen Erfahrungen mit der „spontanen Privatisierung" in den Jahren 1988 und 1989 wurde die Privatisierungsaufgabe zunächst auf eine eigens zu diesem Zweck gegründete staatliche Vermögensagentur übertragen. Schon bald zeigte sich allerdings, daß diese Behörde weder von der personellen Ausstattung noch der fachlichen Kompetenz her diesem Auftrag gewachsen war, so daß im Sommer diesen Jahres eine neue Privatisierungsstrategie eingeschlagen wurde. Die staatliche Vermögensagentur ist nunmehr lediglich für die Teilprivatisierung derjenigen Betriebe zuständig, die auch in Zukunft mehrheitlich in staatlichem Eigentum verbleiben sollen. Die übrigen Unternehmen erhalten das Recht, eigenständig mit potentiellen Investoren über eine Übernahme zu verhandeln; zur Vermeidung etwaiger Irregularitäten muß der Kaufvertrag unter der Aufsicht unabhängiger Wirtschaftsprüfungsgesellschaften abgeschlossen werden. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob auf diese Weise der bislang stockende Prozeß der Privatisierung beschleunigt werden kann.

Umbau der Wirtschaft erfordert auch westliches Kapital

48. Da ein rascher Neuaufbau der osteuropäischen Volkswirtschaften ohne Zustrom von privatem Auslandskapital kaum möglich ist, wurden in allen osteuropäischen Staaten die rechtlichen Voraussetzungen für ein stärkeres Engagement ausländischer Unternehmen geschaffen. Hierzu zählen vor allem explizite Eigentumsgarantien für potentielle Investoren, weitreichende Möglichkeiten des Gewinntransfers in konvertiblen Währungen und die Aufhebung früherer Beteiligungshöchstgrenzen. Wenigstens in Polen, Ungarn und Bulgarien wurden außerdem die bislang bestehenden Genehmigungsvorbehalte fast vollständig abgeschafft. Schließlich werden ausländischen Investoren vielfach steuerliche Vergünstigungen und Zollerleichterungen beim Import von Investitionsgütern eingeräumt; Polen hat zwischenzeitlich allerdings die zunächst gewährten Steuererleichterungen für ausländische Investoren zugunsten einer Gleichbehandlung heimischer und fremder Unternehmen aufgehoben.

Tatsächlich haben die Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in Osteuropa seit Beginn des Reformprozesses kräftig zugenommen. Das Engagement investitionswilliger Unternehmen konzentriert sich dabei auf Ungarn, das sich bereits zu Anfang der achtziger Jahre stärker zum Westen hin orientiert hatte. Mittlerweile haben aber auch Polen und die Tschechoslowakei eine kräftige Zunahme an ausländischen Direktinvestitionen zu verzeichnen. Insbesondere Investoren aus Deutschland zeigen sich an einer verstärkten Zusammenarbeit mit Unternehmen aus Osteuropa interessiert.

49. Die westlichen Industriestaaten haben ihre Bemühungen zur Unterstützung des Reformprozesses in den osteuropäischen Staaten in diesem Jahr verstärkt fortgesetzt. Anlaß hierzu geben nicht allein humanitäre Aspekte; vielmehr liegen Hilfen an die reformwilligen Länder auch im Interesse des Westens, denn ein Scheitern oder auch nur eine Unterbrechung der marktwirtschaftlichen Reformen wie auch eine längere Fortdauer der Anpassungskrise könnten Wanderungsbewegungen in die westlichen Staaten in einem Umfang auslösen, der die Stabilität und Anpassungsfähigkeit auch eines etablierten marktwirtschaftlichen Systems überfordern müßte.

Seit dem Beginn der Wirtschaftsreformen in Polen und Ungarn im Jahre 1989 bis zum Juni diesen Jahres haben die westlichen Industriestaaten und internationale Organisationen den osteuropäischen Ländern (außer der Sowjetunion) insgesamt 40,4 Mrd Dollar an

meist projektgebundenen Krediten, Zuschüssen und anderen Hilfen zur Verfügung gestellt; allerdings ist ein Großteil der bereitgestellten Mittel von den Empfängerländern noch nicht abgerufen worden. Zu den Hauptbegünstigten der westlichen Hilfen zählten dabei Ungarn und Polen. Unterstützung leisteten vor allem die in der „Gruppe der 24" zusammengeschlossenen Staaten im Rahmen des nunmehr auf alle osteuropäischen Länder mit Ausnahme der Sowjetunion und Albaniens erweiterten PHARE-Programms (JG 90 Ziffer 54); bis Mitte 1991 wurden von den G24-Staaten 31 Mrd Dollar aufgebracht. Zusätzlich stellten auch der Internationale Währungsfonds und die Weltbank Mittel zur Umstrukturierung der osteuropäischen Volkswirtschaften zur Verfügung. In der zweiten Hälfte des Jahres vergab auch die neugegründete Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Osteuropabank) erstmals Kredite an osteuropäische Länder.

50. Die in der Sowjetunion beabsichtigten Reformschritte konnten westliche Kreditgeber noch nicht überzeugen; finanzielle Hilfen an die UdSSR wurden bislang nur zurückhaltend gewährt. Die westliche Unterstützung der Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion beinhaltet derzeit neben technischen und organisatorischen Hilfestellungen bei der Rüstungskonversion, der Nahrungsmittelversorgung und der Energieerzeugung vor allem die politische Beratung bei anstehenden Reformschritten. Zudem wurde die Sowjetunion als assoziiertes Mitglied beim Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zugelassen, was den Zugang zu technischer — nicht aber finanzieller — Hilfe eröffnet.

In der Tat scheinen über humanitäre und technische Hilfen hinausgehende finanzielle Leistungen an die Sowjetunion nur unter der Bedingung strenger Konditionalität sinnvoll. Ernsthafte und unwiderrufliche Schritte zur marktwirtschaftlichen Erneuerung sind der Boden, der in das Faß einzuziehen ist, anderenfalls jegliche westliche Hilfe zu versickern droht. Die Gewährung von Finanzhilfen sollte daher nur im Austausch gegen konkrete Reformmaßnahmen erfolgen; dies setzt zunächst die Neuordnung des politischen Systems sowie die Entwicklung überzeugender Reformkonzepte voraus. Daran fehlt es im Augenblick noch.

Tabelle 8

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
	Internationale Ereignisse
1991	
6. Januar	Der 1949 gegründete Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) hat in Moskau seine Auflösung beschlossen. Bereits zum 1. Januar war der Transferrubel abgeschafft worden, der als Verrechnungseinheit für die bilateralen Handelsströme diente. Für Ende Februar ist die Gründung einer neuen, marktwirtschaftlich orientierten Nachfolgeorganisation geplant.
15. März	Die Regierung der Vereinigten Staaten gibt bekannt, daß 70 vH der insgesamt 3,8 Mrd US-Dollar Schulden Polens erlassen werden. Kurz zuvor hatten sich die Regierungen des Pariser Clubs darauf verständigt, reduzierte Zinszahlungen Polens zu akzeptieren und somit in den nächsten drei Jahren einen Abbau der Verbindlichkeiten, die insgesamt 33,3 Mrd US-Dollar betragen, um jeweils mindestens 50 vH zu ermöglichen.
26. März	Die Präsidenten Argentiniens, Brasiliens, Paraguays und Uruguays unterzeichnen einen Vertrag über die Schaffung eines gemeinsamen Marktes (Mercosur), der am 1. Januar 1995 in Kraft treten soll. Danach sollen Zollschranken und andere Beschränkungen bis Ende 1994 abgebaut und damit ein freier Verkehr von Gütern und Produktionsfaktoren ermöglicht werden. Außerdem ist vorgesehen, eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber Drittländern zu verfolgen, einen einheitlichen Außenzoll zu bilden und die nationalen Wirtschaftspolitiken zu koordinieren.
15. April	Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) wird gegründet. Die mit einem Kapital von 10 Mrd ECU ausgestattete Bank soll den Übergangsprozeß der mittel- und osteuropäischen Länder fördern.
18. Mai	Die Präsidenten der fünf Andenstaaten Bolivien, Ekuador, Kolumbien, Peru und Venezuela unterzeichnen ein Abkommen zur Beseitigung der Zollgrenzen zum 1. Januar 1992.
4. Juni	Die Ölminister des OPEC-Kartells vereinbaren, die Rohölfördermenge des zweiten Quartals von 22,3 Mio Barrel pro Tag im dritten Quartal beizubehalten und erwarten, daß der Preis für Rohöl aufgrund der saisonbedingt starken Nachfrage näher an das unveränderte Preisziel von 21 US-Dollar je Barrel heranrückt.
17. Juli	Die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen und der Präsident der Europäischen Gemeinschaften treffen sich in London zum 17. Weltwirtschaftsgipfel. In ihrer Abschlußerklärung sprechen sie sich unter anderem dafür aus, die Verhandlungen im Rahmen des GATT (Uruguay-Runde) zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen, den Marktzugang für die osteuropäischen Reformländer zu erweitern und die Eingliederung der Sowjetunion in die internationale Arbeitsteilung zu unterstützen.
5. Oktober	Die Sowjetunion tritt dem Internationalen Währungsfonds als assoziiertes Mitglied bei.

Datum	
noch 1991	noch internationale Ereignisse
18. Oktober	In Moskau unterzeichnen Vertreter aus acht ehemaligen Sowjetrepubliken den Vertrag über eine Wirtschaftsgemeinschaft; nicht beigetreten sind neben den baltischen Staaten, Georgien und Moldawien auch die Ukraine und Aserbeidschan. In dem Vertrag werden Vertragsfreiheit, Privateigentum, unternehmerische Freiheit und Wettbewerb als Grundvoraussetzung für eine Sanierung der Wirtschaft anerkannt. Zwar ist vorgesehen, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zu betreiben, jedoch bleibt in wesentlichen Bereichen, wie der Geld- und Finanzpolitik, die Autonomie der Mitgliedstaaten bestehen.
	Europäische Gemeinschaft
1991	
24. Mai	Die Agrarminister der Mitgliedsländer vereinbaren, für das Agrarjahr 1991/92 (Juli 1991 bis Juni 1992) die Garantiepreise für Agrarprodukte einzufrieren oder leicht zu senken und bestimmte Anreize in Kraft zu setzen, um die Produktion von Weizen, Milch und Rindfleisch einzudämmen.
10. Juni	Die Finanzminister ratifizieren eine Direktive gegen die sogenannte Geldwäscherei. Danach sind Kreditinstitute mit Wirkung vom 1. Januar 1993 verpflichtet, Kunden, die neu sind oder Transaktionen mit einem größeren Volumen als 15 000 ECU vornehmen, zu identifizieren.
24. Juni	Die Finanzminister der Mitgliedsländer erzielen einen Kompromiß über die Angleichung der Mehrwert- und Verbrauchsteuersätze nach 1992. Für die Mehrwertsteuer wurde ein Normalsatz von mindestens 15 vH sowie ein oder zwei ermäßigte Sätze von mindestens 5vH vereinbart. Sämtliche Luxussteuern sollen abgeschafft werden, die Nullsätze auf bestimmte Produkte aber weiterhin bestehen bleiben. Auch bei den speziellen Verbrauchsteuern sind verschiedene Ausnahmeregelungen getroffen worden. So dürfen Griechenland und Luxemburg vorübergehend niedrigere Sätze auf Benzin erheben.
1. Juli	Die schwedische Regierung beantragt, in die Europäische Gemeinschaft als Vollmitglied aufgenommen zu werden.
31. Juli	Die Europäische Gemeinschaft und Japan vereinbaren, daß die in Frankreich, Großbritannien, Italien, Portugal und Spanien bestehenden Einfuhrbeschränkungen für Personenkraftwagen bis Ende 1992 abgebaut werden. Für den Zeitraum von 1993 bis 1999 will Japan seine direkten Ausfuhren in die Länder der Europäischen Gemeinschaft begrenzen; im Jahre 1999 soll die Zahl der japanischen Personenkraftwagen in etwa der dieses Jahres entsprechen (1,23 Millionen Stück).
7. Oktober	Die EG-Finanzminister haben sich auf ein Hilfspaket für die Sowjetunion in Höhe von 2 Mrd ECU geeinigt, das vor allem Lieferungen von Nahrungsmitteln und Medikamenten ermöglichen soll. Der Betrag schließt auch die Kredite in Höhe von 750 Mio ECU mit ein, die bereits auf dem Gipfeltreffen in Rom beschlossen wurden.
22. Oktober	Die Europäische Gemeinschaft und die EFTA-Länder unterzeichnen in Luxemburg einen Vertrag über die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). Danach soll die Freizügigkeit von Gütern, Arbeit und Kapital, die mit dem EG-Binnenmarkt Ende 1992 geschaffen wird, weitestgehend auf die sieben EFTA-Länder ausgedehnt werden. Die Grenzkontrollen bleiben indes bestehen, da in den Bereichen Steuern, Handel mit Drittländern sowie Landwirtschaft die Autonomie der EFTA-Staaten aufrechterhalten bleibt. Der Entscheidungsmechanismus im EWR sieht ein kollektives Vetorecht für die EFTA-Länder vor.
	Belgien
1991	
21. Januar	Die Nationalbank senkt die Zinssätze für Schatzzertifikate mit einer Laufzeit von ein, zwei und drei Monaten; der geldpolitische Leitzins — der Satz für Drei-Monatszertifikate — sinkt damit um 0,2 Prozentpunkte auf 9,85 %.
29. Januar	Eine Geldmarktreform wird in Kraft gesetzt, die u.a. eine Änderung des Emissionsmechanismus der Schatzzertifikate und die Einführung neuer geldpolitischer Methoden im Offenmarktgeschäft umfaßt.
6. Februar	Die Nationalbank erhöht ihren Satz für Kontokorrent-Kredite von 11 % auf 11,5 %.
25. Februar	Die Regierung faßt Beschlüsse zur Verbesserung der Haushaltssituation mit einem Umfang von rund 30 Mrd Franken. Es handelt sich vorrangig um Einsparungen in sämtlichen Ressorts, eine Erhöhung der Mineralölsteuer auf verbleites Benzin sowie ein Maßnahmenpaket, das Ausgabenumschichtungen und -streichungen vorsieht.
17. Juni	Die Notenbank führt den im Januar im Zuge einer Geldmarktreform außer Kraft gesetzten Diskontsatz wieder ein; er beträgt 7,5 %.
16. August	Die Zentralbank erhöht in Abstimmung mit anderen europäischen Notenbanken den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 8 %.

noch Tabelle 8

Datum	
	Dänemark
1991	
22. Mai	Die Notenbank senkt ihren Satz für Notenbankkredite von 10 % auf 9,5 % und den Diskontsatz sowie den Satz für Bankeinlagen von 9,5 % auf 9 %.
16. August	Im Gleichschritt mit anderen europäischen Zentralbanken erhöht die dänische Notenbank ihre Leitzinsen um je einen halben Prozentpunkt. Der Satz für Notenbankkredite beträgt nunmehr 10 %, der Zins auf Bankeinlagen wird wie der Diskontsatz auf 9,5 % angehoben.
27. August	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für 1992 vor. Danach ist vorgesehen, das Defizit um gut 5 Mrd Kronen auf 30,5 Mrd Kronen (in Relation zum Bruttosozialprodukt: 3,5 vH) zu reduzieren. Dazu sind verschiedene Sparmaßnahmen in Höhe von 7,7 Mrd Kronen geplant, um die Ausgaben in realer Rechnung auf dem Vorjahresniveau zu halten. Die Staatsverschuldung in Relation zum Sozialprodukt soll somit auf 9 vH reduziert werden (1991: 11 vH). Unterstellt wird ein Wirtschaftswachstum von 2,25 vH (1991: 2 vH) und ein leichter Rückgang der Arbeitslosenquote auf 10,5 vH.
	Frankreich
1991	
18. März	Angesichts der sinkenden Zinsen am Geldmarkt und dem nachlassenden Preisauftrieb senkt die Banque de France ihren Interventionssatz um einen Viertelprozentpunkt auf 9 %. Der Satz für kurzfristige Pensionsgeschäfte bleibt dagegen unverändert bei 10 %.
29. Mai	Um der konjunkturbedingten Verschlechterung der Haushaltsposition entgegenzuwirken, beschließt die umgebildete Regierung verschiedene einnahmensteigernde und ausgabenbegrenzende Maßnahmen mit einem Entlastungseffekt in Höhe von 17 Mrd Franken.
20. Juni	Der gesetzliche Mindestlohn (SMIC) wird um 2,3 vH angehoben und steigt damit langsamer als die Verbraucherpreise (Mai: 3,2 vH).
18. September	Der Ministerrat verabschiedet den Haushaltsentwurf für 1992. Die Ausgaben werden mit 3,1 vH etwas stärker als die Einnahmen (2,6 vH) zunehmen, so daß das Haushaltsdefizit um etwa 9 Mrd Franken auf 89,5 Mrd Franken (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt: 1,3 vH) ansteigen wird. Dabei wird von einem Wirtschaftswachstum von 2,2 vH und einer Inflationsrate von 2,8 vH ausgegangen.
17. Oktober	Angesichts des geringen Geldmengenwachstums und der nachlassenden Inflation senkt die Zentralbank ihren Geldmarktinterventionssatz von 9 % auf 8,75 % und ihren Satz für 5- bis 10tägige Pensionsgeschäfte von 10 % auf 9,75 %.
	Großbritannien
1991	
6. März	Die beiden bislang staatlichen Stromerzeugergesellschaften (National Power und Powergen) werden für einen Gesamterlös von 2,16 Mrd Pfund Sterling an private Investoren veräußert. Am selben Tag kündigt die Regierung ein mehr am Wettbewerb orientiertes Vergabeverfahren für Zeitnischen (slots) im Londoner Flughafen Heathrow an.
19. März	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1991/92 (April bis März) vor und gibt die Geldmengenziele bekannt. Die erst vor einem Jahr eingeführte Gemeindesteuer (poll tax) soll auf durchschnittlich 250 Pfund Sterling pro Kopf gesenkt werden (bislang 390 Pfund Sterling). Gleichzeitig wird der Mehrwertsteuersatz zum 1. April von 15 vH auf 17,5 vH erhöht. Neben anderen steuerlichen Maßnahmen ist vorgesehen, den Körperschaftsteuersatz auf 34 vH zu senken (bislang 35 vH). Nachdem der Staatshaushalt im Vorjahr noch einen leichten Überschuß auswies, entsteht in diesem Jahr ein Defizit in Höhe von 7,9 Mrd Pfund Sterling; dies entspricht in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 1,25 vH. Die Zielmarge für das Wachstum der Geldmenge M0 wird auf 0 vH bis 4 vH beziffert (Finanzjahr 1990/91: 1 vH bis 5 vH). Dabei wird unterstellt, daß das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 2 vH sinkt und das Leistungsbilanzdefizit 6 Mrd Pfund Sterling beträgt (1990/91: 13 Mrd).
4. September	Die Bank von England hat den Interventionssatz, der im Oktober letzten Jahres noch 13,875 % betrug, in mehreren Schritten auf nunmehr 10,375 % herabgesetzt. Der Eckzins der Clearingbanken erreichte mit 10,5 % den tiefsten Stand seit dem Sommer 1988.
	Italien
1991	
11. Mai	Um das Defizit auf 132 000 Mrd Lire zu beschränken, beschließt die Regierung Maßnahmen zur Ausgabensenkung und Einnahmensteigerung mit einem Volumen von insgesamt 14 200 Mrd Lire.
12. Mai	Vor dem Hintergrund sinkender Geldmarktzinsen und den haushaltspolitischen Beschlüssen zur Reduzierung des Defizits beschließt die Regierung auf Anraten der Notenbank, den Diskontsatz von 12,5 % auf 11,5 % zu senken.

Datum	
noch 1991	noch Italien
30. September	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für 1992 vor. Um das Haushaltsdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 8,5 vH (1991: 10,5 vH) zu reduzieren, sind Ausgabenkürzungen, Maßnahmen zur Ausweitung der Steuereinnahmen und Privatisierungen von Staatsunternehmen vorgesehen. Dabei wird unterstellt, daß der Lohnanstieg im öffentlichen Sektor auf 4,5 vH begrenzt werden kann.
	Japan
1990	
29. Dezember	Die Regierung legt den Budgetentwurf für das Finanzjahr 1991/92 (April bis März) vor. Die Einnahmen sollen danach mit 6,5 vH schneller steigen als die Ausgaben (6,2 vH) und das Defizit des Bundeshaushaltes auf 5,343 Mrd Yen oder in Relation zum Sozialprodukt auf 1,2 vH zurückgeführt werden (1990/91: 1,3 vH). Dabei wird ein Wirtschaftswachstum von 3,8 vH (1990/91: 5,2 vH), eine Inflationsrate von 2,4 vH (1990/91: 3,1 vH) und ein Leistungsbilanzüberschuß von 30 Mrd US-Dollar (1990/91: 32 Mrd US-Dollar) erwartet.
1991	
6. März	Das Parlament verabschiedet einen Nachtragshaushalt in Höhe von knapp 1,2 Mrd Yen zur Finanzierung von Transfers im Zusammenhang mit dem Golfkrieg. Neben verschiedenen Ausgabeneinsparungen werden die Sätze der Rohöl- und der Körperschaftsteuer im kommenden Finanzjahr angehoben.
29. März	Die Bank von Japan hält die Geschäftsbanken an, den Anstieg der Kreditvergabe im zweiten Quartal gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum auf 15,2 vH zu begrenzen (erstes Quartal 1991: 32,9 vH).
1. Juni	Weitere 23 staatliche finanzierte Projekte im Baubereich sollen in die Vereinbarung über einen verbesserten Marktzugang für amerikanische Firmen aufgenommen werden, um Sanktionen seitens der Vereinigten Staaten zu vermeiden.
1. Juli	Die Notenbank senkt den Diskontsatz von 6 % auf 5,5 %.
	Niederlande
1991	
31. Januar	Parallel zu den Notenbanken in Deutschland und Österreich erhöht die Zentralbank ihre Zinsen: den Diskontsatz von 7,25 % auf 7,75 %, den Lombardsatz von 8 % auf 8,5 % und den Sola-Wechselzins von 8,5 % auf 9 %.
19. Februar	Die Regierung beschließt eine Reihe von Maßnahmen, um somit das Haushaltsdefizit in Relation zum Volkseinkommen von 5,25 vH in diesem Jahr auf 3,25 vH im Jahre 1994 zurückzuführen. Dazu sind unter anderem Ausgabenkürzungen in Höhe von 13 Mrd Gulden in den Bereichen Verteidigung und Sozialversicherung vorgesehen. Zudem sollen durch höhere Steuern für Benzin und höhere Tarife im öffentlichen Verkehr Einnahmensteigerungen in Höhe von 5 Mrd Gulden erzielt werden.
16. August	In Abstimmung mit anderen europäischen Zentralbanken erhöht die Zentralbank den Diskontsatz auf 8 %, den Lombardsatz auf 8,75 % und den Sola-Wechselzins auf 9,25 %.
17. September	Mit der traditionellen Thronrede von Königin Beatrix legt die Regierung ihren Entwurf für den Staatshaushalt 1992 vor. Danach soll das Defizit auf 21,1 Mrd Gulden verringert werden, das entspricht einer Relation zum Volkseinkommen von 4,25 vH (1990: 4,75 vH). Dabei ist vorgesehen, den Anstieg der Beamtengehälter auf 3 vH zu begrenzen und die Anzahl der Beamten um 1,5 vH zu reduzieren. Unterstellt wird ein Wirtschaftswachstum von 1 vH (1991: 2,25 vH), ein gegenüber dem Vorjahr unveränderter Preisanstieg von 3,25 vH und eine Arbeitslosenquote von 7,6 vH (1991: 7,2 vH).
	Österreich
1991	
1. Februar	Im Gleichschritt mit den Notenbanken in Deutschland und den Niederlanden erhöht die Nationalbank ihren Diskontsatz auf 7 % und den Lombardsatz auf 9 %.
16. August	Die Nationalbank schließt sich der Zinsrunde mehrerer europäischer Zentralbanken an und erhöht den Diskontsatz auf 7,5 %.
22. Oktober	Der Finanzminister legt dem Nationalrat den Budgetentwurf für das kommende Jahr vor. Danach soll das Defizit auf 62 Mrd Schilling reduziert werden; dies entspricht in Relation zum Bruttosozialprodukt 3 vH (1991: 3,5 vH). Dazu sind neben Abgabenerhöhungen weitere Privatisierungen von Staatsunternehmen und die Auflösung von Reserven der Sozialversicherung vorgesehen.

noch Tabelle 8

Datum	
	Schweden
1991	
10. Januar	Die Regierung legt ihren Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 1991/92 vor. Danach sollen die Ausgaben mit 3,4 vH langsamer steigen als die Einnahmen (3,9 vH) und das Defizit von 2,6 Mrd Kronen auf 0,6 Mrd Kronen zurückgeführt werden. Dabei wird unterstellt, daß das Sozialprodukt nach einem Rückgang von 0,5 vH im Jahre 1991 im Jahre 1992 wieder geringfügig wachsen wird (+0,4 vH). Außerdem wird von einer Inflationsrate von 10,1 vH (1992: 4,0 vH) und einer Arbeitslosenquote von 2,5 vH (1992: 3,4 vH) ausgegangen.
7. März	Die Reichsbank senkt den Diskontsatz um einen weiteren Prozentpunkt auf 10 %.
17. Mai	Die Reichsbank beschließt, die Krone an den ECU zu koppeln; der Leitkurs wird mit 7,40054 festgesetzt und eine Bandbreite von ± 1,5 vH vorgesehen.
30. Mai	Die Reichsbank senkt den offiziellen Diskontsatz von 10 % auf 9 %.
30. August	Die neue bürgerliche Minderheitsregierung hat in ihrer Regierungserklärung umfangreiche wirtschaftliche Reformen angekündigt. So ist vorgesehen, den Einfluß des öffentlichen Sektors im Wirtschaftsprozeß durch Privatisierungen staatlicher Unternehmen und Haushaltseinsparungen zu verringern. Auch sollen verschiedene direkte Steuern abgeschafft sowie die Mehrwertsteuer auf einzelne Güter von 25 vH auf 18 vH gesenkt werden.
	Schweiz
1991	
25. April	Die staatliche Bankkommission beschließt, daß Bankkunden, die sich durch Anwälte oder Notare vertreten lassen, nach dem 1. Juli ihre Anonymität in der Regel nicht aufrechterhalten können und die Anonymität bestehender Konten bis Ende September 1992 aufgehoben sein muß.
16. August	Die Notenbank beschließt in einer europäischen Zinsrunde den Diskontsatz von 6 % auf 7 % zu erhöhen. Der Lombardsatz, der in laufender Anpassung an die Marktentwicklung täglich neu berechnet wird, steigt am selben Tag um ⅛ Prozentpunkt auf 10,25 %.
21. August	Im Haushaltsentwurf des Bundes für 1992 ist vorgesehen, die Ausgaben mit 11,5 vH deutlich kräftiger steigen zu lassen als die Einnahmen (4 vH). Damit würde das Haushaltsdefizit von schätzungsweise 1 Mrd Franken in diesem Jahr auf 2 Mrd Franken ansteigen; dies entspricht in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 0,6 vH.
	Spanien
1991	
17. April	Der Wirtschaftsminister billigt zwei Gesetze zur weiteren Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Danach können Gebietsansässige Fremdwährungskonten bei den in Spanien niedergelassenen Banken eröffnen, und die Banken können Gebietsfremden Kredite in Peseten gewähren.
30. Mai	Das Parlament verabschiedet eine Steuerreform, die unter anderem vorsieht, den Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer von derzeit 56 vH auf 50 vH im Jahre 1993 zu senken und Umsätze aus dem Verkauf von Grundstücken und Aktien, die mehr als 20 bzw. 10 Jahre gehalten wurden, von der Steuerpflicht zu befreien.
23. August	Die Zentralbank hat den Satz für Notenbankkredite, der Ende Dezember 1990 noch 14,7 % betrug, in mehreren Schritten auf nunmehr 12,6 % gesenkt.
30. September	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1992 vor. Danach werden die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um 11,2 vH und die Ausgaben um 11,9 vH steigen. Der Mehrwertsteuersatz wird zu Beginn nächsten Jahres von 12 vH auf 13 vH angehoben, und die Abgaben für Benzin und Zigaretten erhöht. Eine Begrenzung des Ausgabenwachstums ist vor allem bei den öffentlichen Investitionen und im Verteidigungsbereich vorgesehen. Das Budgetdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt soll von 2,2 vH in diesem Jahr auf 1,6 vH im Jahre 1992 verringert werden. Dabei wird unterstellt, daß das Wirtschaftswachstum 3,3 vH und die Inflationsrate 5 vH betragen wird.
	Vereinigte Staaten
1991	
4. Februar	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1991/92 (Oktober bis September) vor. Danach steigen die Einnahmen mit 6,7 vH schneller als die Ausgaben (2,6 vH), so daß das Haushaltsdefizit auf 280,9 Mrd Dollar sinkt; dies entspricht in Relation zum Bruttosozialprodukt 4,6 vH (1990/91: 5,6 vH). Dazu ist unter anderem vorgesehen, die Ausgaben im Zusammenhang mit der Sparkassensanierung um 23,4 Mrd Dollar unter dem Vorjahresstand zu halten und die Verteidigungsausgaben um 2,4 vH zu kürzen. Dabei wird ein Wirtschaftswachstum von 3,1 vH (1990/91: − 0,3 vH), eine Inflationsrate von 4,0 vH (1990/91: 5,2 vH) und eine Arbeitslosenquote von 6,6 vH (1990/91: 6,7 vH) unterstellt.

Datum	
noch 1991	noch Vereinigte Staaten
5. Februar	Die Administration legt einen Entwurf für eine grundlegende Reform des Bankwesens vor. Darin ist unter anderem vorgesehen, die Trennung von Geschäftsbanken und Finanzgesellschaften (Glass-Steagall-Act) abzuschaffen und die regionalen Tätigkeitsbeschränkungen (McFadden-Act) aufzuheben. Zudem sollen Einlagen bei Kreditinstituten in geringerem Maße durch die staatliche Versicherung (FDIC) gedeckt und die Bankenüberwachung vereinfacht werden.
23. März	Der Kongreß bewilligt im laufenden Finanzjahr für die Abwicklung von 225 insolventen Instituten des Bausparkassensektors zusätzliche Mittel in Höhe von 30 Mrd Dollar. Darüber hinaus wird die Administration zur Aufnahme von Krediten in Höhe von 48 Mrd Dollar ermächtigt. Mit diesen Mitteln wird jedoch die Sanierung des Bausparkassensektors aller Voraussicht nach noch nicht abgeschlossen werden können; die Administration schätzt den Mittelbedarf im nächsten Jahr auf etwa 50 Mrd Dollar.
1. Mai	Das Federal Reserve Board hat den Diskontsatz, der Mitte Dezember noch 7 % betrug, in mehreren Schritten auf nunmehr 5,5 % heruntergesetzt. Im selben Zeitraum wurde die Federal Funds Rate von 7,25 % auf nunmehr 5,75 % heruntergeschleust.
24. Mai	Der Kongreß verlängert den Sonderstatus für handelspolitische Vereinbarungen im Rahmen der GATT-Verhandlungen (fast-track) um weitere zwei Jahre und schafft damit die Voraussetzung für den Fortgang der laufenden GATT-Runde.
7. Oktober	Die Administration kündigt ein Maßnahmenpaket an, das eine kräftigere Ausweitung von Bankkrediten bewirken soll. Zu diesem Zweck sollen die Eigenmittelvorschriften für amerikanische Kreditinstitute gelockert und eine optimistischere Bewertung der Risiken einiger Immobilienkredite zugestanden werden.
6. November	Nach einer Zinssenkungsrunde Mitte September hat das Federal Reserve Board angesichts der schwachen konjunkturellen Entwicklung und dem schwächeren Anstieg der Inflationsrate den Diskontsatz auf nunmehr 4,5 % gesenkt und die Federal Funds Rate auf 4,75 % heruntergeschleust. Verschiedene Großbanken haben daraufhin ihre Prime Rate auf 7,5 % gesenkt. Der Diskontsatz erreicht damit den niedrigsten Stand seit 18 Jahren.

Teil B
Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

I. Überblick

51. Im ersten Jahr nach der Vereinigung Deutschlands sind die Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungskraft der alten und der neuen Bundesländer in aller Schärfe deutlich geworden. Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen, verstärkt durch den Zusammenbruch der Handelsbeziehungen im RGW, hat in den neuen Bundesländern seit Mitte 1990 zu einem steilen Rückgang der Produktion geführt, der sich bis in die erste Jahreshälfte 1991 fortsetzte. Erst um die Jahresmitte, als sich die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe allmählich stabilisierte und sich die Aufwärtsbewegung in der Bauwirtschaft und in Teilen des tertiären Sektors festigte, hat sich das Produktionsergebnis insgesamt leicht erhöht. Die Anzahl der Erwerbstätigen ging allerdings weiter zurück und erreichte im zweiten Halbjahr einen Stand von 6,9 Millionen Personen, das waren rund 1,4 Millionen weniger als ein Jahr zuvor und fast drei Millionen weniger als 1989. In Westdeutschland dagegen setzte sich die Aufwärtsentwicklung fort. Die Auftriebskräfte sind zwar im Verlauf des Jahres deutlich schwächer geworden, so daß der Produktionsanstieg an Schwung verlor und die Beschäftigungsdynamik etwas nachließ; aber sie waren doch noch stark genug, um die Wirtschaft auf Wachstumskurs zu halten.

Das Produktionsvolumen der neuen Bundesländer lag, ersten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zufolge, im zweiten Halbjahr 1990 noch bei 8,3 vH des westdeutschen. Diese Relation hat sich auf 6,7 vH im zweiten Halbjahr 1991 vermindert. Dem Rückgang der Einkommen aus Wirtschaftstätigkeit in Ostdeutschland stand jedoch ein massiver Anstieg der Transfereinkommen gegenüber. Die gesamte Endnachfrage in den neuen Bundesländern konnte infolgedessen auf nahezu das Doppelte der Güterproduktion anwachsen. Dieses gewaltige Ungleichgewicht zwischen Produktion und Nachfrage spiegelte sich im Jahre 1991 in einem Überschuß der Bezüge von Westdeutschland und dem Ausland gegenüber den Lieferungen dorthin von rund 158 Mrd DM wider.

52. Schon im vergangenen Jahr haben wir auf die statistischen Unwägbarkeiten in der Diagnose und Prognose für die deutsche Wirtschaft hingewiesen (JG 90 Ziffern 74 und 245 ff.). Die Probleme sind heute nicht viel kleiner. Zwar hat sich der Informationsstand über Ostdeutschland deutlich verbessert. Auf der anderen Seite gewinnen die statistisch nicht erfaßten und zum Teil auch nicht mehr erfaßbaren Transaktionen zwischen beiden Teilen Deutschlands zunehmend an Bedeutung. So sind Aussagen über innerdeutsche Geld- und Kapitalbewegungen nicht mehr möglich, weil Banken und Nichtbanken auf einheitlichen, voll integrierten Finanzmärkten operieren, und bei der Schätzung von innerdeutschen Güterströmen und Einkommensübertragungen sind immer größere Unschärfen in Kauf zu nehmen. Trotz dieser statistischen Probleme gibt es zu einer getrennten Analyse beider Wirtschaftsgebiete schon deshalb keine sinnvolle Alternative, weil in wichtigen Bereichen noch aggregierfähige Daten für Gesamtdeutschland fehlen. Entscheidend aber ist, daß die Ursachen für wirtschaftliche Veränderungen in Ostdeutschland und Westdeutschland völlig unterschiedlich sind; die wirtschaftspolitische Analyse muß daher auf einer differenzierenden Betrachtung beruhen.

53. Die **westdeutsche Wirtschaft,** die in den vergangenen beiden Jahren im internationalen Vergleich ein weit überdurchschnittliches Expansionstempo halten konnte, ist im Verlauf des Jahres 1991 auf einen flacheren Expansionspfad eingeschwenkt. Die kontraktiven Effekte, die von der weltweiten Konjunkturabkühlung ausgingen, konnten zwar in der ersten Hälfte dieses Jahres noch durch ansteigende Lieferungen in die neuen Bundesländer und einen anhaltenden Nachfrageanstieg in Westdeutschland mehr als ausgeglichen werden. Die Auftriebskräfte waren aber nicht endogener Art, sie resultierten vor allem aus den starken Nachfrageimpulsen einer expansiven Finanzpolitik, die die Einkommensentwicklung in Ostdeutschland durch massive Transferleistungen stützte und damit eine Nachfrage schuf, die in erheblichem Umfang auch westdeutschen Unternehmen zugute kam. Im weiteren Verlauf des Jahres 1991 ließ die Expansion der westdeutschen Wirtschaft deutlich nach. Stärkere Impulse von der Auslandsnachfrage blieben aus, obwohl sich die Auftragseingänge aus dem Ausland nach der Jahresmitte wieder erhöhten. Die Nachfrage aus den neuen Bundesländern stieg nicht mehr so rasch an wie in den Monaten zuvor und die Aufbringung des hohen Finanztransfers für die neuen Bundesländer schwächte die Nachfrageexpansion in Westdeutschland. So wurden den privaten Haushalten durch die Erhöhung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung im April und durch den Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer ab der Jahresmitte Einkommen in Höhe von insgesamt 23½ Mrd DM entzogen; die Erhöhung der Mineralölsteuer bewirkte zusätzlich eine Kaufkrafteinbuße von knapp 6 Mrd DM. Steuer- und Abgabenerhöhungen haben den Anstieg der privaten Konsumnachfrage spürbar vermindert. Hinzu kam, daß die anhaltend hohen Zinsen, die mit der starken Beanspruchung des Kapitalmarktes durch den Staat zusammenhängen, immer stärker auf die Investitionstätigkeit, vor allem auf die zinsreagiblen Bauinvestitionen durchwirkten (Tabelle 9). Vor allem im Eigenheimbau sind die Baugenehmigungen stark rückläufig.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht konnte eine etwas ruhigere Gangart der Konjunktur nicht unerwünscht sein. Nach der kräftigen Expansion der vergangenen

Tabelle 9

Wirtschaftliche Eckdaten für Westdeutschland

	Einheit	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991[1]	1982 bis 1991[2]
Bruttosozialprodukt ...	vH[3]	– 1,1	1,9	3,1	1,8	2,2	1,5	3,7	3,8	4,5	3½	2,9
Inlandsnachfrage[4] ..	vH[3]	– 2,3	2,3	1,9	0,9	3,3	2,6	3,6	2,6	5,0	3	2,8
Ausrüstungs-investitionen ...	vH[3]	– 7,2	6,0	– 0,9	9,0	4,2	4,9	6,6	9,8	12,9	10	6,9
Bauinvestitionen .	vH[3]	– 4,0	1,6	1,1	– 5,8	3,1	– 0,0	3,1	4,8	5,3	3½	1,8
Privater Verbrauch	vH[3]	– 1,5	1,3	1,6	1,5	3,4	3,3	2,7	1,7	4,7	2	2,5
Staatsverbrauch ..	vH[3]	– 0,9	0,2	2,5	2,1	2,5	1,5	2,2	– 1,7	2,1	– ½	1,2
Ausfuhr[5]	vH[3]	3,6	– 1,0	8,6	7,2	0,1	0,9	5,9	11,4	9,9	13	6,1
Einfuhr[5]	vH[3]	– 0,1	0,1	5,1	4,9	3,4	4,2	5,8	8,4	11,9	13	6,2
Außenbeitrag[6]	Mrd DM	43,89	37,83	58,84	75,19	56,17	37,35	39,99	64,16	55,96	64½	53,4
Nachrichtlich: Außenbeitrag[6] (nominal)	Mrd DM	40,35	40,67	55,67	75,19	110,72	112,48	121,73	144,74	154,21	181½	103,7
Erwerbstätige (Inland)	1000[7]	– 321	– 379	42	196	367	194	211	370	802	870	2 354[a]
Arbeitslosenquote[8] ...	vH	7,2	8,8	8,8	8,9	8,5	8,5	8,4	7,6	6,9	6	8,0
Lohnstückkosten[9]	vH[10]	4,0	0,6	0,8	1,8	2,8	2,5	0,1	1,0	2,5	5	1,9
Terms of Trade[11]	vH[10]	1,9	2,1	– 2,3	1,2	16,5	4,7	0,8	– 1,6	2,4	½	2,6
Verbraucherpreise[12] ..	vH[10]	5,2	3,3	2,4	2,0	– 0,1	0,2	1,3	2,8	2,7	3½	2,0
Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere[13]	Prozent	9,1	8,0	7,8	6,9	6,0	5,8	6,0	7,1	8,9	8,7	7,4
Gewinn-Erlös-Relation[14]	vH[15]	– 0,9	1,8	0,5	0,7	1,6	0,3	1,0	– 0,3	– 0,3	– 1	0,3
Realer Wechselkurs[16]	vH[10]	1,5	0,5	– 4,9	– 2,8	6,1	3,6	– 2,8	– 2,5	3,0	– 3	0,7

1) Eigene Schätzung.
2) Durchschnittlich jährliche Entwicklung errechnet aus den absoluten Werten des angegebenen Zeitraums; bei Veränderungsraten geometrisches Mittel, bei den übrigen Größen arithmetisches Mittel.
3) In Preisen von 1985; Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
4) Letzte inländische Verwendung (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung).
5) Waren und Dienstleistungen (einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen). Ausfuhr und Einfuhr enthalten Güterverkehr mit Ostdeutschland.
6) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.
7) Veränderung in Tausend.
8) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer nach dem Inländerkonzept plus Arbeitslose).
9) Berechnet als: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen (Produktivität).
10) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
11) Index der Ausfuhrpreise in Relation zum Index der Einfuhrpreise.
12) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100).
13) Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt; Quelle: Deutsche Bundesbank.
14) Unternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung. Zur Berechnung siehe Anhang V, Abschnitt B.
15) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten.
16) Auf Basis der Verbraucherpreise; Quelle: Deutsche Bundesbank.
a) Veränderung im gesamten Zeitraum.

Jahre war die Kapazitätsauslastung weit über ihr langfristiges Niveau hinaus angestiegen, und der Preisauftrieb hatte sich im Zusammenspiel von kräftiger Nachfrageexpansion, zunehmendem Kostendruck und höheren indirekten Steuern im Laufe des Jahres 1991 beschleunigt. Die gesamtwirtschaftliche Betrachtungsweise verdeckt allerdings eine stärker werdende sektorale Differenzierung der Konjunktur. In einigen stark vom Ausfuhrgeschäft abhängigen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes hat der Rückgang der Nachfrage zu erheblichen Absatzeinbußen, einer schlechteren Kapazitätsauslastung und Gewinnrückgängen geführt. Das betraf vor allem Teile des Investitionsgütergewerbes, das nicht in so starkem Maße wie die konsumnäheren Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes von der Mehrnachfrage aus den neuen Bundesländern profitierte. Zwar hat sich – mit der im Jahresverlauf nachlassenden Konsumkonjunktur – auch im Verbrauchsgütergewerbe der Produktionsanstieg abgeflacht, aber die Kapazitätsauslastung blieb hier überdurchschnittlich hoch.

54. Während das Volumen des Welthandels im Jahre 1990 um rund 5 vH und im Jahre 1991 um rund 3 vH zunahm, hat sich die deutsche Warenausfuhr seit dem zweiten Vierteljahr 1990 nicht mehr erhöht. Das schwache Ausfuhrgeschäft wurde dadurch geprägt, daß die Investitionsgüternachfrage in wichtigen Partnerländern kaum noch zunahm oder – wie in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten – sogar kräftig zurückging. Für die stark auf Ausrüstungsgüter spezialisierte deutsche Exportwirtschaft hat das einen beträchtlichen Nachfragerückgang mit sich gebracht. Allerdings sind die Auslandsaufträge auch im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe in den ersten Monaten des Jahres deutlich zurückgegangen. Das dürfte zum Teil damit zusammenhängen, daß die Lieferzeiten westdeutscher Industrieunternehmen mit

dem schubartigen Anstieg der Inlandsaufträge im letzten Jahr immer länger wurden, während die Kapazitätsauslastung ausländischer Anbieter schon im vergangenen Jahr abnahm und ihnen schnellere Lieferzusagen ermöglichte. Mit der Abflachung des Nachfrageanstiegs im Inland und der leichten Belebung der Auslandskonjunktur nahmen die Auftragseingänge aus dem Ausland im Verlauf des Jahres wieder zu.

Dem stagnierenden Export stand ein steiler Anstieg des Einfuhrvolumens gegenüber. Die reale Wareneinfuhr lag in den ersten sieben Monaten des Jahres 1991 um 18,6 vH höher als im Vorjahr. Ein großer Teil des Importzuwachses resultierte allerdings daraus, daß die Einfuhren der neuen Bundesländer überwiegend über den westdeutschen Handel abgewickelt wurden.

Die Leistungsbilanz, die seit dem 1. Juli 1990 auch die Transaktionen der neuen Bundesländer mit dem Ausland umfaßt, ist im Jahre 1991 mit fast 30 Mrd DM ins Defizit geraten. Dahinter stand nicht allein das Abschmelzen der Überschüsse im Warenverkehr, sondern auch ein größer werdendes Defizit in der Übertragungsbilanz. Durch Zahlungen an die Sowjetunion für den vereinbarten Truppenabzug und durch den Finanzierungsbeitrag zu den Kosten des Golfkrieges stiegen die geleisteten Übertragungen um 14 Mrd DM an. Spiegelbildlich zur Passivierung der Leistungsbilanz hat sich im internationalen Kapitalverkehr der Bundesrepublik ein Umschwung vollzogen. Nachdem die Bundesrepublik seit 1982 in beträchtlichem Umfang Kapital exportiert hatte und Ende der achtziger Jahre zu den weltweit größten Nettokapitalexporteuren gehörte, reichte die private Ersparnis in diesem Jahr nicht aus, um den starken Rückgang der staatlichen Ersparnis auszugleichen und die Kapitalnachfrage in der Wirtschaft zu decken. Per saldo wurde Kapital aus dem Ausland importiert.

55. Die deutsche Vereinigung hat nicht allein die außenwirtschaftliche Entwicklung, sondern auch die Investitionstätigkeit und die Arbeitsnachfrage westdeutscher Unternehmen nachhaltig beeinflußt. Mit der Einführung der D-Mark in Ostdeutschland hatte sich das Absatzgebiet für viele westdeutsche Unternehmen schlagartig erweitert; das veranlaßte sie, ihre Investitionsbudgets kräftig zu erhöhen und stärker auf die Erweiterung der Produktionskapazitäten zu richten. Ihnen kam dabei zugute, daß sich das Arbeitsangebot durch die hohe Zuwanderung von Arbeitskräften und durch zahlreiche Pendler aus Ostdeutschland stark erweiterte. Seit Mitte letzten Jahres hat sich die Anzahl an Erwerbstätigen in Westdeutschland um über eine Million Personen erhöht.

Die kraftvolle Investitionskonjunktur des Jahres 1990 — nach der Währungsunion waren die Investitionsgüterbestellungen aus dem Inland sprunghaft angestiegen — wirkte auch im Jahre 1991 nach. Dem Volumen nach lagen die Ausrüstungsinvestitionen im ersten Halbjahr um 12,7 vH über Vorjahresstand. Im Verlaufe des Jahres 1991 haben sich die Bedingungen für das Investieren allerdings merklich verschlechtert. Das im ganzen schwache Auslandsgeschäft wurde nicht mehr, wie im Vorjahr, durch einen Anstieg der Inlandsnachfrage ausgeglichen, und die Kapazitätsauslastung ging im Laufe des Jahres im Verarbeitenden Gewerbe deutlich zurück. Auch die Ertragslage der Unternehmen war nicht mehr so gut wie in den vorangegangenen Jahren; hinzu kam eine Verunsicherung in den Erwartungen der Unternehmen, die für ihre zukunftsgerichteten Investitionsentscheidungen letztlich ausschlaggebend sind. Auf der einen Seite wurde zwar im Laufe des Jahres wieder mit einer Belebung des Exportgeschäfts gerechnet, auf der anderen Seite waren aber die Risiken einer wechselseitigen Verstärkung des Lohn- und Preisauftriebs sowie der ansteigenden haushaltspolitischen Belastungen ins Kalkül zu ziehen.

56. Die Preisniveauentwicklung hat sich im Jahre 1991 weiter vom Ziel der Geldwertstabilität entfernt. Am Ende des Jahres lagen die Preise der Lebenshaltung um 4 vH höher als im Vorjahr. Einen derart starken Preisauftrieb hatte es zuletzt 1982 gegeben. Der Verlust an Geldwertstabilität spiegelt die wieder stärker werdenden Verteilungskonflikte in der Bundesrepublik. Die Lohnerhöhungen lagen weit über dem Anstieg der Arbeitsproduktivität. Die Unternehmen haben versucht, den erhöhten Kostendruck in den Preisen weiterzugeben. Wo das Angebot regional begrenzt und daher weniger der internationalen Konkurrenz ausgesetzt ist, wie im Dienstleistungsbereich und in Teilen der Bauwirtschaft, konnte dies weitgehend gelingen. Auch die Wirtschaftspolitik gehörte zu den Verursachern des beschleunigten Preisanstiegs. Die expansive Finanzpolitik hat nicht allein der Nachfrage kräftigen Auftrieb gegeben und damit die Kostenüberwälzung erleichtert. Durch ihren Beitrag zu hohen Kapitalmarktzinsen und durch die Erhöhung von Verbrauchsteuern und Sozialbeiträgen hat sie auch den Kostenanstieg verstärkt. Dem öffentlichen Dienst kam darüber hinaus auch eine Vorreiterrolle bei den hohen Lohnsteigerungen dieses Jahres zu. Von der Importseite ging, anders als im vorangegangenen Jahr, kein entlastender Effekt mehr auf die Preis- und Kostenentwicklung aus.

57. Die wirtschaftliche Entwicklung **Ostdeutschlands** stand auch im Jahre 1991 noch im Zeichen des Zusammenbruchs der alten Produktionsstrukturen. Die Entwicklung hat sich aber, wie erwartet, sehr stark differenziert. Im Bauhauptgewerbe, im Handwerk und in vorgelagerten Branchen trat mit zunehmenden öffentlichen und privaten Bauinvestitionen im Verlauf des Jahres eine durchgreifende Besserung der Wirtschaftslage ein. Im tertiären Sektor hat sich in beträchtlichem Umfange privatwirtschaftliche Aktivität entwickelt. Der überwiegende Teil des Verarbeitenden Gewerbes dagegen mußte auch im Jahre 1991 drastische Absatzeinbußen und Produktionsrückgänge hinnehmen (Tabelle 10). Die Erzeugung stabilisierte sich erst zur Jahresmitte und lag im zweiten Halbjahr um knapp 40 vH unter Vorjahresstand. Im gleichen Zeitraum dürfte der Personalbestand der Industrieunternehmen nochmals um fast ein Drittel gesunken sein.

58. Die Schwierigkeiten der ostdeutschen Wirtschaft liegen nicht in einem Mangel an Nachfrage. Zusammengenommen erreichte die Nachfrage der privaten Haushalte, der Unternehmen und des Staates nahezu das Doppelte der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. Allein der Private Verbrauch belief sich im Jahre

Tabelle 10

Eckdaten der ostdeutschen Wirtschaft

Zeitraum	Auftragseingang[1]		Nettoproduktion Verarbeitendes Gewerbe[4]	Nachr.: Industrielle Warenproduktion[5]	Einzelhandelsumsatz[6]	Bruttomonatsverdienste[7]	Preisindex für die Lebenshaltung[8]	Index der Erzeugerpreise[9]	Kurzarbeiter[10]	Arbeitslose[11]
	Verarbeitendes Gewerbe[2]	Bauhauptgewerbe[3]								
	2. Halbjahr 1990 = 100		3. Vj. 1990 = 100	1985 = 100	3. Vj. 1990 = 100	DM	1989 = 100		Anzahl in Tausend	
1990 Jan	.	.	.	105,6	.	1 184[a]	.	.	.	.
Feb	.	.	.	108,0	.	.	.	.	.	.
Mär	.	.	.	109,3	.	.	.	.	.	.
Apr	.	.	.	108,5	.	1 168[a]	.	.	.	.
Mai	.	.	.	103,0	.	.	98,9	.	.	.
Jun	.	.	.	96,2	.	.	90,2	.	.	142
Jul	135,7	76,5	109,1	62,6	.	1 393	98,0	64,2	656	272
Aug	105,1	93,3	98,7	53,5	.	.	97,8	63,1	1 500	361
Sep	85,5	125,4	93,8	54,7	.	.	99,0	62,8	1 729	445
Okt	85,7	100,9	93,6	55,3	105,9	1 588	100,6	62,9	1 704	537
Nov	89,3	100,6	97,3	56,9	106,6	.	100,7	62,5	1 710	589
Dez	98,7	103,4	84,1	50,9	120,4	.	101,9	62,1	1 794	642
1991 Jan	86,8	82,4	65,6	–	95,2	1 667	108,9	63,3	1 841	757
Feb	66,4	73,0	61,1	–	86,6	.	109,7	63,4	1 947	787
Mär	92,2	103,0	65,3	–	95,2	.	111,4	63,2	1 990	808
Apr	79,8	115,0	57,9	–	93,2	1 926	112,6	63,2	2 019	837
Mai	68,5	127,5	61,0	–	...	.	113,4	63,1	1 969	842
Jun	75,8	161,1	63,2	–	...	.	114,1	63,0	1 899	843
Jul	71,3	169,0	62,6	–	...	...	115,1	63,1	1 611	1 069
Aug	84,9	176,7	60,6	–	...	.	115,2	63,1	1 449	1 063
Sep	...	...	...	–	...	.	115,4	63,2	1 333	1 029
Okt	...	...	...	–	...	...	...	...	1 200	1 049

1) Wertindizes.
2) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.
3) Für Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr.
4) Index der Nettoproduktion, fachliche Unternehmensteile; arbeitstäglich bereinigt.
5) Arbeitstäglicher Index, nach der Abgrenzung der ehemaligen DDR-Statistik.
6) Umsatz in jeweiligen Preisen.
7) Für einen durchschnittlich vollbeschäftigten Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk).
8) Alle Arbeitnehmerhaushalte; typische Ausgabenstruktur (Warenkorb) der in die Berechnungen einbezogenen Haushaltsgruppen für das Jahr 1989.
9) Für gewerbliche Produkte (Inlandsabsatz).
10) Umfassen auch Kurzarbeiter in Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. Stand Monatsmitte; Quelle: BA.
11) Stand Ende des Berichtszeitraums; Quelle: BA.
a) In Mark der DDR.

1991 auf rund 90 vH des Bruttosozialprodukts der neuen Bundesländer. Dieses hohe Niveau der Nachfrage wurde durch hohe Lohnsteigerungen in Ostdeutschland und hohe Transferzahlungen aus Westdeutschland ermöglicht. Trotz rückläufiger Beschäftigung nahmen die verfügbaren Einkommen im Jahresverlauf kräftig zu. Dem Einkommenszuwachs stand zwar auch ein kräftiger Preisniveauanstieg gegenüber, weil die Subventionen für Energie, für Verkehrsleistungen und für die Wohnraumnutzung gekürzt wurden, und die hohen Lohnkostensteigerungen vor allem in Teilen des Baugewerbes und des tertiären Sektors in die Preise überwälzt wurden. Gleichwohl nahmen auch die Realeinkommen im Verlauf des Jahres zu. Der Anstieg der Nachfrage führte zu einer weiteren Zunahme des Imports, weil das Angebot ostdeutscher Unternehmen weithin noch wenig wettbewerbsfähig ist.

59. Der Entfaltung von Unternehmensinitiative und der Verbesserung des Güterangebots standen noch gravierende Hemmnisse entgegen. Die Privatisierung sowie die Bereitstellung von Gewerbeflächen werden nach wie vor durch ungeklärte Eigentumsverhältnisse erschwert. Zwar sind gesetzliche Regelungen geschaffen worden, wonach Investitionen nicht durch Restitutionsansprüche blockiert werden sollen. Allein die Feststellung von Eigentumsrechten und eine rasche Umsetzung der gesetzlichen Regelungen sind angesichts von etwa 1,2 Millionen Restitutionsansprüchen und der teilweise noch im Aufbau befindlichen und mit neuen Aufgaben überlasteten Behörden nicht in kurzer Zeit möglich. Die im Eigentum der Treuhandanstalt stehenden Unternehmen sind überwiegend nicht in der Lage, Investitionen aus eigener Kraft zu finanzieren. Ihnen fehlen nicht allein das notwendige Eigenkapital, sondern vielfach auch die zukunftsweisenden Unternehmenskonzeptionen und das Management zu ihrer Umsetzung. In vielen Bereichen war es auch der noch unzureichende Zustand der Infrastruktur, der Investitionen hinausgezögert hat.

Immerhin ist man bei der Privatisierung, beim Aufbau einer funktionsfähigen Verwaltung und bei der Sanierung der Infrastruktur ein Stück weit vorangekommen. Das hat die Investitionsbereitschaft gestärkt und die Bedingungen für die Umsetzung bereits geplanter Investitionsprojekte verbessert. Für die Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland war dies von entscheidender Bedeutung.

60. Trotz steigender Investitionsbereitschaft mußten auch im Jahre 1991 weit mehr alte, unrentable Arbeitsplätze aufgegeben werden, als neue geschaffen wurden. Die Beschäftigung ging im Jahresdurchschnitt in allen großen Wirtschaftsbereichen zurück, und im Jahresverlauf haben lediglich die Dienstleistungsunternehmen und die Bauwirtschaft ihre Personalbestände gehalten oder leicht aufgestockt. Am stärksten waren die Beschäftigungseinbußen im Verarbeitenden Gewerbe. Obwohl sich in den letzten beiden Jahren insgesamt 375 000 Menschen zusätzlich für eine selbständige Tätigkeit entschieden haben, lag die Gesamtzahl an Erwerbstätigen, die auch öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen der Kurzarbeit und der Arbeitsbeschaffung enthält, im Jahre 1991 um 1,7 Millionen unter dem Stand von 1990 und um 2,6 Millionen unter dem Stand von 1989.

Der ohnedies schon hohe Anpassungsdruck auf die Unternehmen wurde durch massive Lohnsteigerungen weiter verstärkt. Seit April 1990 sind die Bruttomonatsverdienste, damals noch in Mark der DDR berechnet, um rund 65 vH gestiegen. Gewiß hätten sich auch bei niedrigeren Lohnsteigerungen bei weitem nicht alle Arbeitsplätze halten lassen. Die Rationalisierung erforderte zunächst die Reduzierung überhöhter Personalbestände. Außerdem hätten viele Produktlinien auch bei geringeren Lohnsteigerungen aufgegeben werden müssen, weil sie im Qualitätswettbewerb mit westlichen Produkten chancenlos waren. Für den Großteil der Treuhandunternehmen, die nicht stillgelegt, sondern privatisiert werden sollen, haben die kräftigen Lohnsteigerungen den Zwang zur Freisetzung von Arbeitskräften allerdings erheblich verstärkt. Auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Neugründung von Unternehmen dürfte durch den in diesem Jahr eingeschlagenen Kurs der Lohnpolitik beeinträchtigt worden sein.

Der massive Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente hat zur Entstehung eines zweiten Arbeitsmarktes geführt. Von den am Jahresende noch vorhandenen 6,8 Millionen Arbeitsplätzen wurden durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen knapp 1,6 Millionen gefördert, davon erhielten rund 1,2 Millionen Beschäftigte Kurzarbeitergeld, und 360 000 Personen waren in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Eine nicht bekannte Anzahl von Arbeitsplätzen schließlich wird dadurch erhalten, daß der Staat Unternehmen in verschiedenen Formen subventioniert. Der Rückgang der Erwerbstätigkeit, der sich von Ende 1990 bis Ende 1991 auf knapp 1,2 Millionen Personen belief, führte aber nicht in gleichem Umfang zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Da im Laufe des Jahres zusammengenommen rund 700 000 Personen in den alten Bundesländern eine Arbeit fanden, vorzeitig in den Ruhestand gingen oder ihre Beschäftigung zugunsten einer Fortbildung aufgaben, stieg die registrierte Arbeitslosigkeit lediglich um 500 000 auf knapp 1,1 Millionen Personen an. Diese Zahl ist weitaus geringer, als noch vor einem Jahr abzusehen war; sie spiegelt das Ausmaß des Beschäftigungsproblems der ostdeutschen Wirtschaft aber nur unvollkommen wider.

61. Die **finanzpolitische Entwicklung** des Jahres 1991 stand im Zeichen eines sprunghaften Ausgabenanstiegs und zunehmender öffentlicher Finanzierungsdefizite. Die Mehrausgaben entstanden zum Teil durch höhere Übertragungen der Bundesrepublik in das Ausland. Ausschlaggebend waren aber die hohen Leistungen an die privaten Haushalte, die Unternehmen und die Gebietskörperschaften in den neuen Bundesländern, die sich insgesamt auf 113 Mrd DM beliefen. Die Ausgaben der neuen Länder und Gemeinden sind, je Einwohner gerechnet, bereits auf 91½ vH der Pro-Kopf-Ausgaben der westlichen Gebietskörperschaften angestiegen, während ihre Steuereinnahmen weit dahinter zurückblieben. Das hohe Ausgabenniveau wurzelte zum Teil darin, daß den östlichen Gebietskörperschaften im Einigungsvertrag verschiedene Sonderbelastungen — etwa Subventionen für Energie, Verkehr, Mieten und die Landwirtschaft — auferlegt wurden. Darüber hinaus waren die öffentlichen Sachinvestitionen je Einwohner etwas höher als in Westdeutschland, obwohl sie aufgrund von Engpässen in der öffentlichen Verwaltung hinter den Planansätzen zurückblieben.

Nur ein geringer Teil der für die neuen Bundesländer benötigten Mittel wurde über Ausgabeneinsparungen an anderer Stelle freigesetzt. In den westlichen Ländern und Gemeinden stiegen die Ausgaben mit weiterhin hohem Tempo an. Auf Bundesebene konnten zwar einzelne Ausgabenkürzungen bewirkt werden. Sie blieben aber weit hinter dem Erforderlichen zurück. Statt dessen wurden Steuern und Abgaben erhöht, um einen noch stärkeren Anstieg der öffentlichen Haushaltsdefizite zu verhindern. Damit wich die Finanzpolitik von den Ankündigungen des Jahres 1990 ab, auf Steuererhöhungen verzichten zu wollen. Dieser Kurswechsel führte dazu, daß die Finanzpolitik in der Bevölkerung und der Wirtschaft an Glaubwürdigkeit verlor. Die hohen Haushaltsdefizite werden zunehmend als ein Risiko für die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung betrachtet.

62. Eine auf expansivem Kurs befindliche Finanzpolitik, tarifliche Lohnsteigerungen von nahezu 7 vH und — mit beidem verbunden — Preisniveausteigerungen von zeitweise über 4 vH haben in diesem Jahr den Handlungsrahmen der **Geldpolitik** bestimmt. Die Bundesbank hat sich zur Abwehr der Gefahren für die innere und äußere Stabilität der D-Mark für die Beibehaltung einer Geldpolitik mit vorangekündigtem und am Produktionspotential orientierten Geldmengenziel entschieden. Die zur Jahresmitte vollzogene Herabsetzung des Zieltrichters für die Geldmenge M3 von 4 vH bis 6 vH auf 3 vH bis 5 vH war mit dieser geldpolitischen Konzeption vereinbar. Im Verlaufe des ersten Halbjahres hatte sich nämlich gezeigt, daß der mit der Währungsumstellung verbundene Geldmengenzuwachs in Ostdeutschland als durchaus reichlich angesehen werden mußte und daß die Anleger in Ostdeutschland ihre Geldnachfrage zugunsten höher verzinslicher Langfristanlagen schneller als erwartet verminderten.

Die bereinigte Zentralbankgeldmenge, die der Sachverständigenrat der Beurteilung von geldpolitischen Impulsen zugrunde legt, hat sich im Verlauf des Jahres mit einer Rate von gut 5 vH erhöht. Da das nominale Sozialprodukt deutlich stärker zunahm, ist die Geldmengenausweitung als knapp anzusehen. Darauf weist auch das Niveau der Geldmarktzinsen hin, das mit knapp 9% im weiteren Jahresverlauf knapp über den Kapitalmarktzinsen blieb. Trotz der Unsicherheit über Höhe und Veränderungen der Geldnachfrage ging nach unserem Urteil von der Geldpolitik ein kontraktiver Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung aus.

II. Neue Bundesländer: Schwieriger Beginn des Neuaufbaus

63. Der Nachfrage- und Produktionseinbruch nach der Einführung der D-Mark war in dem Bereich am stärksten, in dem sich die Wettbewerbsschwäche gegenüber westlichen Anbietern und der Zusammenbruch traditioneller Lieferbeziehungen mit den ehemaligen RGW-Ländern am meisten auswirkten und in dem die grundlegende Erneuerung der Kapazitäten besonders dringend und langwierig ist, nämlich im Verarbeitenden Gewerbe. Dort stabilisierte sich die Produktion Mitte des Jahres auf einem Niveau, das nur noch rund ein Drittel des Ausstoßes des ersten Halbjahres 1990 betragen dürfte (Schaubild 6). Obwohl die Belegschaften kräftig abgebaut wurden, war der Beschäftigungsrückgang weit geringer als der Produktionsrückgang. Die personelle Überbesetzung der Betriebe hat somit zunächst noch zugenommen.

Es war zu erwarten, daß die wirtschaftliche Wende nicht vom Verarbeitenden Gewerbe, sondern von den Bereichen ausgehen würde, die überwiegend für den lokalen Bedarf produzieren und deren Produkte nur in geringem Maße durch Importe ersetzt werden können, nämlich von den Dienstleistungsbranchen und vor allem von der Bauwirtschaft. Die Vergabe von Bauaufträgen kam indessen nur zögernd in Gang, und erst um Jahresmitte gewann die Baukonjunktur an Kraft. Auch die Expansion im Dienstleistungssektor kam nur langsam voran.

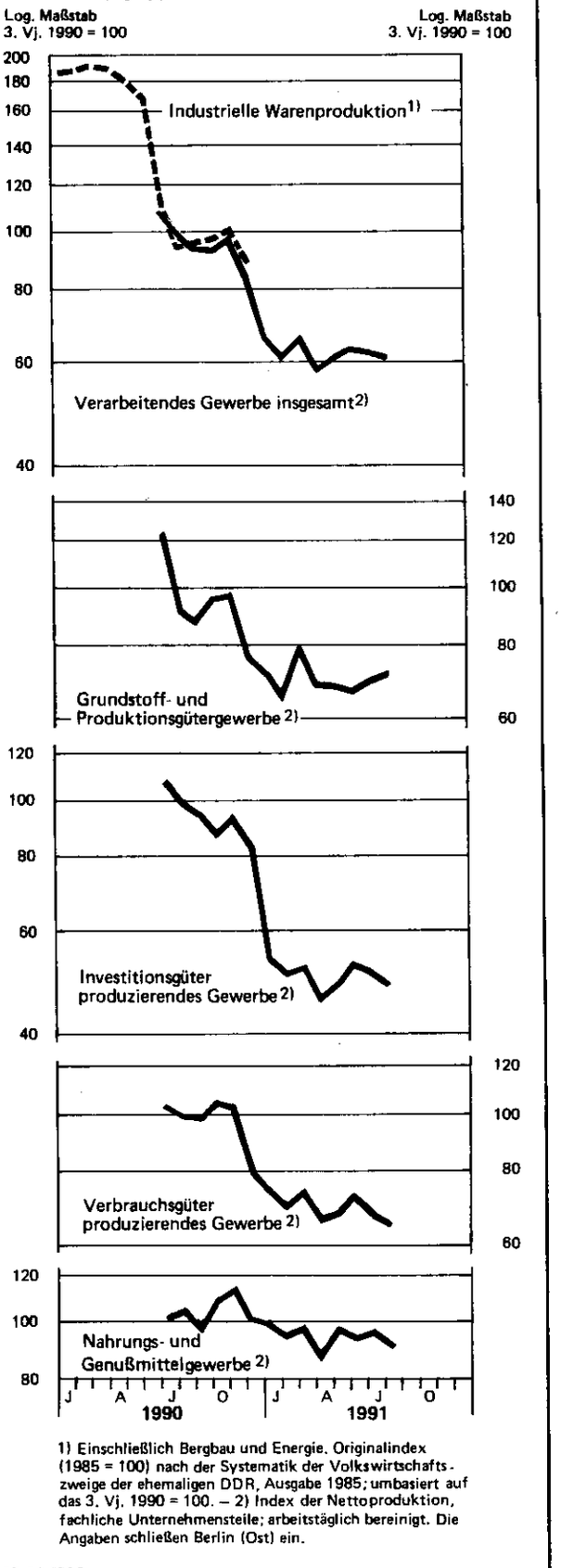
Überdies basieren die expansiven Impulse noch großenteils auf Nachfrage, die durch Finanztransfers aus dem Westen gestützt wird. Nach wie vor trägt sich die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern nicht selbst, sondern ist auf Hilfe aus den alten Bundesländern angewiesen. Die grundlegende Wende ist erst erreicht, wenn die wirtschaftliche Entwicklung durch Eigendynamik geprägt ist und die Finanztransfers aus dem Westen durch Einkommen ersetzt werden, die aus überregionalem Absatz stammen.

Die Voraussetzung für Eigendynamik ist die Gesundung der industriellen Basis, denn die Annahme, die ostdeutsche Bevölkerung könne den Import von Industriewaren überwiegend aus Einnahmen des Dienstleistungssektors bezahlen, wäre eine Illusion. Ohne den Aufbau einer Industrie von ähnlichem Gewicht wie im alten Bundesgebiet würde infolge der Abwan-

Schaubild 6

PRODUKTION IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes



1) Einschließlich Bergbau und Energie. Originalindex (1985 = 100) nach der Systematik der Volkswirtschaftszweige der ehemaligen DDR, Ausgabe 1985; umbasiert auf das 3. Vj. 1990 = 100. – 2) Index der Nettoproduktion, fachliche Unternehmensteile; arbeitstäglich bereinigt. Die Angaben schließen Berlin (Ost) ein.

SR 91 0560

derung mobiler Arbeitskräfte auch der Absatz der für den lokalen Markt produzierenden Unternehmen wieder schrumpfen.

64. Die Liste von Hemmnissen, die den Aufbau erschweren, ist immer noch lang.

- Nach wie vor werden die Privatisierung von Unternehmen, die Bereitstellung von Gewerbeflächen und die Verwirklichung von Investitionsplänen durch die ungeklärten Eigentumsverhältnisse erschwert. Zwar begünstigt inzwischen die gesetzliche „Vorfahrtsregelung" für Investitionen die Übertragung von Eigentum, doch bestehen noch erhebliche Engpässe bei den mit der Feststellung von Eigentumsansprüchen betrauten Ämtern.

- Die noch im Aufbau begriffene Verwaltung kann trotz großer Anstrengungen den immensen Aufgaben nicht schnell genug nachkommen, vor die sie im Prozeß der wirtschaftlichen Erneuerung ständig neu gestellt wird. Vor allem der Mangel an Fachpersonal, das mit den neuen Verwaltungsvorschriften und deren Handhabung in der Praxis vertraut ist, konnte nicht in kurzer Frist behoben werden. Auch bei der Ausstattung mit technischem Gerät und Räumlichkeiten bestanden noch Defizite.

- Vielfach behindern ökologische Altlasten die Fortführung bestehender und den Aufbau neuer Produktionsstätten. Dies betrifft nicht nur emissionsintensive Branchen, wie die Chemische Industrie, sondern auch andere Industriezweige, die bislang ihre Rückstände unzureichend entsorgt haben und mit hohen Beständen unverwertbarer Materialien und Fertigwaren belastet sind.

- Das Management vieler Altbetriebe ist den Anforderungen des Marktes nicht gewachsen. Es mangelt an den betriebswirtschaftlichen Kenntnissen, und das Einüben in selbständiges Entscheiden ist noch nicht recht vorangekommen. Beides war im System der DDR nicht gefragt und konnte sich in kurzer Zeit nicht entfalten.

- Die weit über die erzielbaren Erlöse hinausgehende Welle von Lohnerhöhungen nach Einführung der D-Mark ist nicht abgeebbt. Die Tarifvertragsparteien vereinbarten vielmehr in einigen Branchen die Angleichung der Tarifverdienste an das westdeutsche Niveau innerhalb weniger Jahre. Zwar ist kein Investor davon ausgegangen, daß Ostdeutschland auf lange Zeit ein Niedriglohnland bleiben würde, doch schreckt die so rasche Verteuerung der Arbeit sowohl die potentiellen Käufer von bestehenden Betrieben als auch die potentiellen Gründer von neuen Betrieben ab.

65. Diese Hemmnisse wirken sich nicht allein auf die Investitionsbereitschaft aus, sondern verzögern auch die Abwicklung von Investitionsprojekten. Sie werden auch nicht durch die umfangreiche Förderung überspielt, zumal die mit westdeutschem Recht weitgehend unvertrauten ostdeutschen, aber auch die ausländischen Unternehmer Schwierigkeiten haben, sich mit den vielfältigen und komplizierten Förderinstrumenten zurechtzufinden.

66. Bei allen Schwierigkeiten ist indessen nicht zu übersehen, daß die ersten Schritte des wirtschaftlichen Neuanfangs getan sind, die Talsohle bei der Produktion inzwischen erreicht ist und sich die Aussichten für eine nachhaltige Erholung aufhellen.

- So hat die Treuhandanstalt nach der Verbesserung ihrer Organisationsstruktur und Neuorientierung ihrer Strategie die Privatisierung der vormals volkseigenen Betriebe ein gutes Stück vorangebracht. Obwohl die Abstimmung mit den unterschiedlichen Kaufinteressenten mitunter schwierig war, konnte das Privatisierungstempo in diesem Jahr deutlich gesteigert werden. Wurden in den letzten beiden Quartalen 1990 erst 98 beziehungsweise 309 Verkäufe von Unternehmen und Unternehmensteilen genehmigt, gelang es 1991 der Treuhandanstalt, im ersten Quartal 853, im zweiten Quartal 1 322 und im dritten Quartal 1 205 Unternehmen und Unternehmensteile zu veräußern. Allerdings wurden auch die großen Problembereiche sichtbar, in denen die Produktionsstätten nicht oder nur nach Stillegung erheblicher Betriebsteile zu privatisieren sind.

- Neben den Investoren aus dem Westen gibt es eine große Anzahl von ostdeutschen Bürgern, die sich für eine selbständige Tätigkeit entscheiden, sei es, daß sie Betriebe von der Treuhandanstalt erwerben und fortführen, sei es, daß sie sich selbständig machen. Obwohl viele Existenzgründungen wieder aufgegeben werden mußten, übertraf die Anzahl der Gewerbeanmeldungen die der Abmeldungen in den ersten neun Monaten um mehr als 160 000.

- Da mit der Sanierung und dem Ausbau der Infrastruktur zuerst die größten Engpässe, zum Beispiel bei den Ost-West-Telefonverbindungen, beseitigt werden, wird das Potential an Produktivitätssteigerungen rasch anwachsen und werden die Vertriebswege kürzer und billiger. Die Tatsache, daß ostdeutsche Bauunternehmen inzwischen hohe Auftragseingänge verzeichnen, läßt vermuten, daß sie sich zunehmend mit den westlichen Standards, Materialien und Produktionsmethoden vertraut gemacht haben. Die Absatzchancen ostdeutscher Produzenten verbessern sich zudem dadurch, daß sich die ostdeutschen Konsumenten wieder auf Erzeugnisse aus heimischer Produktion zurückbesinnen.

- Ungeachtet der noch düsteren Aussichten für den Arbeitsmarkt ist nicht zu verkennen, daß in den expandierenden Bereichen wieder Arbeitskräfte eingestellt und qualifizierte Facharbeiter bereits gesucht werden.

Strukturkrise dauert an

67. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes schnitten ebenfalls diejenigen Branchen relativ günstig ab, die für Märkte produzieren, die beispielsweise aufgrund hoher Transportkosten regional begrenzt sind. In diesen Branchen war auch das Interesse westdeutscher Unternehmen an ostdeutschen Produktionsstätten überdurchschnittlich groß. Beispiele hierfür sind

die Baustoffindustrie und das Druckereigewerbe, die zudem von einer starken Nachfrage des Baugewerbes und der Verlage begünstigt wurden, sowie große Teile des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes.

In den übrigen Branchen hatten die Unternehmen vorerst damit zu tun, die Kosten zu senken und sich auf die Produkte zu spezialisieren, mit denen sie auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sind. Angesichts der raschen Lohnangleichung müssen sie sich dabei am Produktsortiment orientieren, das für hochentwickelte Industrieregionen wie die alten Bundesländer typisch ist. Diese Regionen sind auf den Weltmärkten mit Erzeugnissen wettbewerbsfähig, bei deren Produktion qualifizierte Arbeitskräfte und technisches Wissen benötigt werden.

68. Die besten Aussichten hatte man ursprünglich dem Investitionsgüter produzierenden Gewerbe zugesprochen, das eine ähnlich bedeutende Position wie in den alten Bundesländern besaß. Als Wettbewerbsvorteil wurde die Humankapital- und Technologieintensität sowie die hohe Präsenz auf den osteuropäischen Märkten angesehen. Tatsächlich war nach dem Zusammenbruch des RGW-Handels und der Erledigung von Auftragsbeständen der Produktionseinbruch mit Beginn des Jahres 1991 besonders stark (Schaubild 6 Seite 65). Eine Umorientierung auf die westlichen Märkte scheiterte daran, daß die Produktqualität nicht westlichem Standard entsprach. Die Umstellung des Produktionsprogramms wird indessen durch die lange Entwicklungszeit erschwert. Günstig entwickelte sich nur der Schienenfahrzeugbau; dies ging jedoch auf sowjetische Großaufträge zurück, die mit Hermes-Sonderkonditionen durch den Bund gesichert wurden.

Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, das durch eine relativ hohe Sachkapitalintensität gekennzeichnet ist, hemmt der hohe Kapitalaufwand die Entwicklung wettbewerbsfähiger Produktion. In der Chemischen Industrie haben die hohen ökologischen Altlasten und in der Stahlindustrie die weltweiten Überkapazitäten die Investoren bislang vor einem Engagement abgeschreckt. Lediglich die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden machte eine Ausnahme.

Am raschesten hätten die Branchen des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes ihre Produktionsverfahren und Produkte umstellen können. Allerdings konkurrieren diese Branchen in starkem Maße mit Niedriglohnländern, so daß sie nach den starken Lohnerhöhungen nur in wenigen Sparten mit hochwertigen Erzeugnissen Überlebenschancen haben. Bislang haben die Unternehmen noch keine zusätzlichen Kunden gewinnen können.

69. Die Verzögerung der Baukonjunktur ist durch die unklaren Eigentumsrechte, fehlende kommunale Flächennutzungs- und Bebauungspläne sowie die schleppende Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand zu erklären. Seit dem Frühjahr stieg die Auftragsvergabe sprunghaft an (Schaubild 7). Den größten Schub gab es im öffentlichen Hochbau und Tiefbau. Impulse kamen auch aus dem Wirtschaftsbau. Im Wohnungsbau hingegen blieb die Auftragslage schlecht. Ursachen dürften für den Geschoßwohnungsbau in schlechten Renditeerwartungen, für den Eigenheimbau in den hohen Zinsen und der beträchtlichen Arbeitsplatzunsicherheit liegen. Bereits im vergangenen Jahr sind in den neuen Bundesländern 28 vH weniger Wohnungen fertiggestellt worden als im Jahr zuvor.

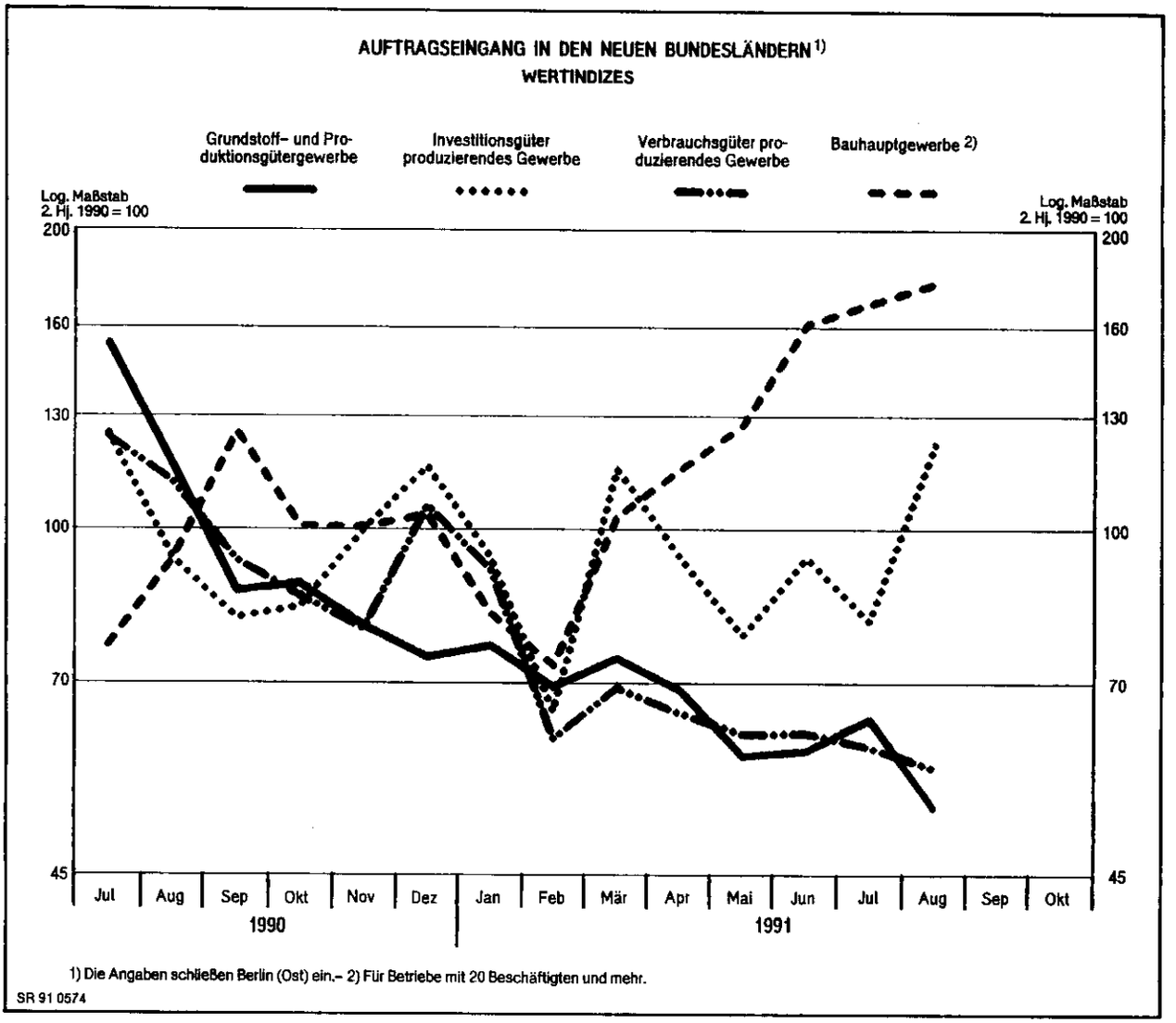
Mit der Einführung westlicher Produktionsmethoden kam auch die Auflösung der 500 Großbetriebe, die zu Zeiten der Planwirtschaft 90 vH der Bauleistungen erbrachten, in eine mittelständisch geprägte Wirtschaft in Gang. Trotz der Entflechtung gibt es aber noch deutliche Unterschiede in der durchschnittlichen Betriebsgröße zwischen den alten und den neuen Bundesländern. In Westdeutschland arbeiten in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten im Durchschnitt 62 Personen, in Ostdeutschland hingegen 141 Personen.

70. Im Dienstleistungsbereich hat sich zwar ein breites Angebot entwickelt, doch blieb die Expansion in den konsumnahen Zweigen noch verhalten. Nicht zuletzt der starke Preisanstieg veranlaßte die Menschen zu Kaufzurückhaltung, die vor allem das Gastgewerbe und kulturelle Einrichtungen zu spüren bekamen. Bei produktionsnahen Dienstleistungen, wie dem Transportsektor, deren Nachfrage stark von der wirtschaftlichen Situation anderer Sektoren abhängt, wurde die Geschäftslage zwar durch die Lieferungen aus den alten Bundesländern begünstigt, aber durch die niedrige Produktion in Industrie und Landwirtschaft beeinträchtigt. Auf mittlere Frist besteht innerhalb des tertiären Sektors ein erheblicher Bedarf an Strukturwandel. Neben personell deutlich überbesetzten Bereichen wie Handel, Verkehr, öffentlichem Dienst, Bildung, Kultur und Wissenschaft wachsen Sparten, die in der DDR fehlten oder nur gering vertreten waren: Werbeagenturen, Wirtschaftsberatungen, Versicherungen und Kreditinstitute.

71. Im Einzelhandel konnten die Entflechtung und die Privatisierung vollständig abgeschlossen werden. Die Konsumenten in der ehemaligen DDR waren im wesentlichen auf Angebote der staatlichen Handelsorganisationen (HO) sowie der Konsumgenossenschaften angewiesen. Die Gesellschaft zur Privatisierung des Handels, eine im Oktober 1990 gegründete Tochtergesellschaft der Treuhandanstalt, schrieb Ende 1990 in einem mehrstufigen Verfahren zunächst die Objekte mit einer Verkaufsfläche unter 100 m^2 aus, in den ersten Monaten dieses Jahres dann die größeren Objekte. Für nahezu alle der ursprünglich rund 30 000 HO-Einrichtungen (Stichtag: 31. Dezember 1989) konnten private Investoren gefunden werden; die Privatisierung von Läden und Gaststätten erfolgte dabei auf Mietbasis, die Immobilien wurden nicht mitveräußert. Etwa 80 vH der Objekte gingen an ostdeutsche Existenzgründer.

Obwohl mit der Privatisierung eine wichtige Voraussetzung für einen Aufschwung im Handel geschaffen war, schätzte der ostdeutsche Einzelhandel seine Geschäftslage insgesamt pessimistisch ein. Viele der privatisierten Läden waren zu klein. Eine Vergrößerung scheiterte häufig am Mangel an Immobilien. Angesichts des kräftigen Mietanstiegs in Citylagen verlagerte sich die Flächenexpansion auf die Randlagen der Städte. Dort investierten vor allem die Großunter-

Schaubild 7



1) Die Angaben schließen Berlin (Ost) ein.– 2) Für Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr.

SR 91 0574

nehmen aus Westdeutschland in neue Supermärkte und Einkaufszentren.

72. Auch auf das Handwerk richteten sich große Hoffnungen. Zum Zeitpunkt des Falls der Mauer gab es auf dem Gebiet der DDR lediglich 83 000 private Handwerksbetriebe; mittlerweile hat eine regelrechte Gründungswelle eingesetzt: Mitte dieses Jahres dürften nach einer Umfrage des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) rund 115 000 Betriebe mit rund 560 000 Beschäftigten existieren. Die Tatsache, daß gegenwärtig über 20 000 Handwerker Meistervorbereitungskurse besuchen, läßt weitere Existenzgründungen erwarten.

Eine besondere Dynamik entwickelten die Handwerksbereiche Sanitär, Heizung und Klima, das Kfz-Gewerbe, der Baubereich sowie das Holzgewerbe. Es wird sogar schon über einen Mangel an Fachkräften geklagt, insbesondere in Bauberufen (Dachdecker, Zimmerer, Tischler). In der Umfrage des ZDH wurden von 17,5 vH der befragten Betriebe offene Stellen gemeldet. Nicht allein, daß viele Facharbeiter die nun geforderten Techniken oftmals nicht beherrschten, viele qualifizierte Handwerker scheinen zudem in den Westen abgewandert zu sein. Die befragten Handwerksbetriebe beurteilten ihre eigene Geschäftslage eindeutig optimistischer als die allgemeine wirtschaftliche Lage: Während letztere nur von 25 vH als „gut" oder „befriedigend" bezeichnet wurde, betrug der entsprechende Anteil bei der Einschätzung der eigenen Geschäftslage rund 65 vH. Ungünstig sind die Perspektiven aber für einige – in der sozialistischen Mangelwirtschaft ehemals bedeutsame – Handwerksleistungen: Bürstenmacher, Korbflechter und Schneider.

Die bereits genannten Investitionshemmnisse haben ebenfalls die Entwicklung des ostdeutschen Handwerks beeinträchtigt. Vorrangig klagten die Betriebe über unklare Eigentumsverhältnisse, fehlende Gewerbeflächen sowie Mängel im Bereich der öffentlichen Verwaltung.

73. Im Unterschied zu der gewerblichen Wirtschaft ist die Landwirtschaft nicht den Bedingungen des

Marktes ausgesetzt worden, sondern wurde in dem im Westen praktizierten System der Agrarprotektion aufgefangen. Allerdings war die Landwirtschaft in der DDR noch stärker vom Staat gestützt worden als in der Bundesrepublik.

Nach Einführung der D-Mark gingen die Erzeugerpreise drastisch zurück, und zum Teil weit unter das Niveau im Westen. Dieser Preisrückstand hat sich inzwischen deutlich verringert, besteht aber aufgrund der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit der Verarbeitungsbetriebe und aufgrund von Qualitätsproblemen noch immer.

Obwohl durch die preisstützenden Interventionen der EG-Marktordnungen und durch Mittel aus dem Bundeshaushalt von 2 Mrd DM im Jahre 1990 und 1,2 Mrd DM im Jahre 1991 der Übergangsschock gemildert wurde, sind die Anpassungsprobleme der ostdeutschen Landwirtschaft größer als die der gewerblichen Wirtschaft. Die durchschnittliche Nutzfläche und die Tierbestände sind weit größer, der Arbeitseinsatz je Hektar ist fünfmal höher und die Spezialisierung der Betriebe und Arbeitskräfte stärker ausgeprägt als im Westen. Die Anzahl von Familienbetrieben (im Haupt- und Nebenerwerb) betrug Mitte 1991 erst etwa 8 000 mit einem Anteil von 10 vH an der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Der Abbau des überhöhten Arbeitsbesatzes ist inzwischen in Gang gekommen. Von den am 1. Juli 1990 in der Landwirtschaft tätigen 750 000 Arbeitskräften waren Mitte 1991 noch 300 000 als Vollarbeitskräfte und 270 000 als Kurzarbeiter beschäftigt. Nach Expertenschätzungen gibt es allerdings langfristig nur rund 100 000 wettbewerbsfähige Arbeitsplätze.

Die Umwandlung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften kommt nur zögernd voran. Mitte 1991 existierte noch ein Drittel der Betriebe in ihrer alten Struktur. Nur 35 vH aller Betriebe haben Konzeptionen über die Fortführung entwickelt und beschlossen, und nur in einem Zehntel dieser Fälle ist die Umwandlung juristisch vollzogen. Die Regelung der Eigentumsrechte, die Auseinandersetzung mit ausscheidenden Mitgliedern, die hohe Verschuldung sowie die Überforderung der Verwaltung bilden auch hier gravierende Hemmnisse.

Angesichts der gesunkenen Rentabilität und der Unsicherheit der weiteren Entwicklung waren für die Landwirte aus den neuen Bundesländern die von der EG gewährten Flächenstillegungsprämien von 500 DM bis 750 DM je Hektar besonders attraktiv. Etwa 13 vH der Ackerfläche wurde für ein Jahr aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen. Bei Getreide ging die Anbaufläche um 18 vH zurück, doch aufgrund kräftig steigender Hektarerträge fiel die Erntemenge nur um 7 vH niedriger aus.

Privatisierung: Bislang erst kurze Strecke des Weges bewältigt

74. Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklungsperspektiven der ostdeutschen Wirtschaft ist das Tempo, in dem es gelingt, die Privatisierung voranzubringen. Die Selbstverantwortung privater Eigentümer, ihre unternehmerischen Konzeptionen und auf Rentabilitätsüberlegungen beruhenden Investitionsentscheidungen stellen eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung leistungsfähiger Unternehmen mit wettbewerbsfähiger Produktion dar. Das Privatisierungstempo ist aber auch insofern von Bedeutung, als Produktionsfaktoren — Gewerbeflächen und Arbeitskräfte — von den noch nicht veräußerten Altbetrieben gebunden werden. Diesen Betrieben fehlt, auf sich alleine gestellt, in aller Regel die notwendige Konzeption, um neue wettbewerbsfähige Produkte zu entwickeln, mit denen das Unternehmen am Markt bestehen kann. Je länger die Privatisierung dauert und je länger somit Unsicherheit über zukünftige Produktionsaufgaben besteht, um so aussichtsloser wird vielfach die Lage der unter staatlicher Regie stehenden Unternehmen.

75. Der Stand der Privatisierung, der monatlich durch die Treuhandanstalt veröffentlicht wird, weist zwar auf eine deutliche Beschleunigung der Unternehmensverkäufe in den letzten Monaten hin. Es zeigt aber auch, daß in der Privatisierung erst der kleinere Teil des Weges zurückgelegt wurde. Bis Ende September 1991 konnte die Treuhandanstalt von den insgesamt rund 10 500 Unternehmen 3 788 veräußern und für nahezu 720 000 Beschäftigte Arbeitsplatzzusagen erzielen; die regionale Aufspaltung zeigt, daß auf das Bundesland Sachsen der mit Abstand größte Anteil an den Privatisierungen entfiel (Tabelle 11).

Nicht genau zu beurteilen ist, inwieweit zunächst die vergleichsweise problemlosen Unternehmen veräußert wurden und mit steigenden Verkaufszahlen nunmehr die Attraktivität des „Restbestandes" für private Investoren abnimmt. Das Schaffen neuer, marktorientierter Unternehmenseinheiten durch Ausgliederungen könnte hier allenfalls temporär gegensteuern.

76. Eine Bewertung des bislang erreichten Tempos muß schwerfallen: Historische Beispiele gibt es nicht, so daß entsprechende Referenzgrößen gänzlich fehlen. Sicherlich standen zahlreiche Umstände einer Beschleunigung des Tempos im Wege.

So mußte die Treuhandanstalt, nachdem sie im vergangenen Jahr ihre Tätigkeit aufgenommen hatte, zunächst eine effiziente Organisationsstruktur aufbauen, Konzeptionen für die zukünftige Arbeit entwickeln sowie den personellen Aufbau bewerkstelligen, ohne sich an irgendeinem Vorbild orientieren zu können. Professionalität in der Privatisierung hat sich nur allmählich entwickeln können. Angesichts der großen Anzahl unterschiedlichster Objekte, die in ihrer Obhut stehen, waren gewaltige Anstrengungen erforderlich, um die notwendige Transparenz über den Bestand an Unternehmen herzustellen. Durch Ausgliederungen entstehen zudem laufend neue Unternehmen, so daß das Bestandsverzeichnis permanent aktualisiert werden muß. Die Vertragsverhandlungen gestalten sich aufwendig und zeitintensiv. Neben dem Kaufpreis, der in jedem Einzelfall zwischen Investor und Treuhandanstalt auszuhandeln ist, spielen die Qualität der unternehmerischen Konzeption sowie Zusagen in Bezug auf Arbeitsplätze und Investitionen eine entscheidende Rolle für den Zuschlag. Als gravierendes Hindernis bei der Privatisierung erweisen sich Eigentumsansprüche, die Dritte gegen-

Tabelle 11

Zur Privatisierung von Unternehmen der Treuhandanstalt
Stand 30. September 1991

Land	Privatisierte Unternehmen		Privatisierungsstand vH[1]	Verkaufserlöse		Beschäftigungszusagen		Investitionszusagen		Nachrichtlich: Betreute Unternehmen[2]	
	Anzahl	Anteil in vH		Mio DM	Anteil in vH	Anzahl der Arbeitnehmer	Anteil in vH	Mrd DM	Anteil in vH	Anzahl	Anteil in vH
Mecklenburg-Vorpommern	606	*16,0*	*50,5*	856	*6,2*	59 243	*8,2*	2,6	*4,7*	1 201	*11,4*
Brandenburg	563	*14,9*	*40,2*	2 269	*16,4*	136 629	*19,0*	11,4	*20,7*	1 401	*13,3*
Sachsen-Anhalt	703	*18,6*	*43,1*	1 609	*11,6*	87 842	*12,2*	7,3	*13,2*	1 631	*15,5*
Thüringen	646	*17,1*	*35,2*	1 166	*8,4*	88 247	*12,3*	4,0	*7,2*	1 836	*17,4*
Sachsen	1 041	*27,5*	*30,4*	4 965	*35,8*	208 127	*28,9*	18,8	*34,1*	3 429	*32,5*
Berlin (Ost)	229	*6,0*	*24,5*	2 873	*20,7*	131 571	*18,3*	7,9	*14,3*	933	*8,9*
Nicht zuordenbar[3]	–	–	–	126	*0,9*	8 104	*1,1*	3,2	*5,8*	106	*1,0*
Insgesamt	3 788	*100*	*35,9*	13 864	*100*	719 763	*100*	55,2	*100*	10 537	*100*

1) Privatisierte/teilprivatisierte Unternehmen in Relation zu den von der Treuhandanstalt im jeweiligen Land insgesamt betreuten Unternehmen.
2) Stand: 4. September 1991.
3) Den einzelnen Bundesländern nicht zuordenbare Erlöse, Arbeitsplatzzusagen und Investitionszusagen aus dem Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen/Forstnebenbetrieben und nicht betriebsnotwendigen Grundstücken.

Quelle: Treuhandanstalt

über der Treuhandanstalt geltend machen. Hier hat offenbar auch das „Gesetz zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Privatisierung von Unternehmen und zur Förderung von Investitionen" vom März dieses Jahres nicht alle Schwierigkeiten beseitigen können.

77. Zwar wurde die Bedeutung ausländischer Investoren von Anfang an erkannt, dennoch sind bisher nur wenige Unternehmen an Ausländer verkauft worden. Zunehmendes ausländisches Engagement ist nicht nur wegen des damit verbundenen Kapitalimports, sondern auch aus wettbewerbspolitischer Sicht überaus wünschenswert; ein erweiterter Käuferkreis würde es beispielsweise heimischen Unternehmen erschweren, mögliche Konkurrenten aufzukaufen oder aber — ebenfalls im Interesse eigener Marktpositionen — durch geschicktes Taktieren bei Verhandlungen mit der Treuhandanstalt zur Aufgabe zu zwingen. Man kann ferner davon ausgehen, daß ausländische Investoren von Ostdeutschland aus für den internationalen Markt produzieren.

Nach der deutschen Vereinigung hat die Treuhandanstalt ihre Auslandsaktivitäten deutlich ausgeweitet. Zum Verkauf anstehende Unternehmen wurden zunehmend international ausgeschrieben. Informations- und Verkaufsveranstaltungen wurden direkt im Ausland durchgeführt. Bis Ende September 1991 traten lediglich 129 ausländische Investoren als Käufer auf und erwarben beziehungsweise beteiligten sich an 176 Unternehmen. Die Tatsache, daß ein Großteil der Käufer aus dem deutschsprachigen Ausland stammt, deutet darauf hin, daß die Sprachbarriere größere Verkaufserfolge verhindert hat. Die Herkunftsländer der Investoren zeichnen sich zum überwiegenden Teil durch räumliche Nähe zur Bundesrepublik aus.

Stabile Erzeugerpreise, steiler Anstieg der Verbraucherpreise

78. Die ostdeutschen Unternehmen, die mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der internationalen Qualitäts- und Preiskonkurrenz ausgesetzt wurden, hatten ihre Absatzpreise bereits im Juli vergangenen Jahres im Vergleich zu 1989 um mehr als ein Drittel verringert; seither sind die Preise tendenziell weiter leicht zurückgegangen.

Bei stark steigenden Löhnen dürften die Lohnstückkosten im Jahre 1991 spürbar zugenommen haben, trotzdem sind die Preise auf Erzeugerebene nicht gestiegen (Tabelle 12). Dies lag zum einen an der Konkurrenz ausländischer Anbieter, die den Spielraum für Preiserhöhungen stark einschränkte, zum anderen dürften umfassende Einsparungen bei anderen Kostenkomponenten — wie beispielsweise den Lagerkosten — zu Buche geschlagen und den Stückkostenanstieg begrenzt haben. Im Produzierenden Gewerbe gab es lediglich einen Teilindex, der einen auffälligen Preisanstieg auswies: Der Preisindex für Elektrizität, Erdgas, Fernwärme und Wasser stieg infolge des Abbaus von Preissubventionen von Dezember 1990 auf Januar 1991 um 28,3 vH.

Als Basiszeitraum des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte fungiert das Jahr 1989; der Vergleich zum Basisjahr ist aus zweierlei Gründen problematisch. Seither dürften sich sowohl die Erzeugnisse als auch die Wägungsanteile einzelner Teilindizes im Vergleich zum Basisjahr grundlegend geändert haben. Zudem wurden im Jahre 1989 die Preise noch in Mark der DDR erfaßt, daher wäre es aus Gründen der Vergleichbarkeit notwendig, mit Hilfe eines Wechselkurses eine Umrechnung in D-Mark vorzunehmen. Da die Mark der DDR keine konvertible Währung war, ist dies nicht sinnvoll.

79. Bei den Verbraucherpreisen ergibt sich ein vollkommen anderes Bild. Der Preisindex für die Lebens-

Tabelle 12

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) in Ostdeutschland[1])

1989 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse ohne Erdgas	Elektrizität, Erdgas, Fernwärme, Wasser[2])	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes						Fertigerzeugnisse	
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter[3])	Verbrauchsgüter[3])[4])
					zusammen	darunter Mineralölerzeugnisse	produzierendes Gewerbe				
Gewicht[5])	*100*	*3,0*	*5,1*	*92,0*	*30,1*	*3,5*	*28,4*	*17,1*	*16,3*	*9,3*	*17,3*
1990 Jul	64,2	97,1	94,5	61,4	52,6	26,4	69,5	53,9	71,7	68,4	59,0
Aug	63,1	95,3	95,4	60,3	52,1	30,1	68,4	53,0	69,1	67,1	58,1
Sep	62,8	95,2	95,4	60,0	52,4	33,5	67,8	52,5	68,3	67,2	57,8
Okt	62,9	96,8	95,4	60,0	53,1	40,0	67,2	52,6	67,9	66,0	57,9
Nov	62,5	97,4	95,4	59,6	52,7	39,7	66,8	52,3	67,6	65,5	57,4
Dez	62,1	97,4	95,4	59,2	52,0	37,6	66,4	52,0	67,3	65,0	57,2
1991 Jan	63,3	93,2	122,4	59,1	52,3	36,7	66,0	51,9	67,0	64,3	59,0
Feb	63,4	92,5	123,5	59,1	52,7	34,7	65,8	52,0	66,8	63,9	60,9
Mär	63,2	95,4	123,9	58,9	52,2	32,5	65,4	52,2	66,9	63,1	61,2
Apr	63,2	97,9	124,6	58,7	52,1	33,7	64,9	52,1	67,1	62,9	61,5
Mai	63,1	95,0	126,7	58,5	51,8	31,8	64,6	52,1	67,2	62,5	61,4
Jun	63,0	94,1	126,9	58,5	51,6	32,2	64,6	52,2	67,4	62,9	61,3
Jul	63,1	93,6	128,4	58,5	51,7	35,6	64,4	52,1	67,3	62,7	61,3
Aug	63,1	94,6	129,7	58,4	51,8	35,5	64,2	52,1	67,3	62,5	61,4
Sep	63,2	98,3	129,9	58,4	51,7	35,9	64,1	51,9	67,7	62,4	61,3

1) Methodische Erläuterungen siehe Monatsveröffentlichung des Statistischen Bundesamtes „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern" Heft 3/1991 vom Oktober 1991.
2) Einschließlich der Verkäufe der Weiterverteiler bei Elektrizität, Erdgas und Wasser.
3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.
4) Ohne Nahrungs- und Genußmittel.
5) Gemäß den Produktionswerten aus dem Jahre 1989 – bewertet zu Industrieabgabepreisen in Mark der DDR.

haltung stieg im Jahresverlauf kräftig an (Tabelle 13). Eine bedeutende Ursache war der schrittweise Abbau von Preisstützungen. Dieser Prozeß setzte gleich zu Jahresbeginn ein. In der ersten Stufe wurden die Energiepreise (ohne Kraftstoffe) und die Tarife der Personenbeförderung erhöht, sowie die Haftpflichtversicherung für Pkw angepaßt, die vor dem 1. Juli 1990 zugelassen worden waren; der Index der Verbraucherpreise stieg dadurch sprunghaft an. Im Vergleich zum Dezember nahm er in einem Zug um 6,9 vH zu; beinahe die Hälfte des Preisschubs resultierte aus der Energieverteuerung. In einer zweiten Stufe im Mai wurden die Energiepreise erneut angehoben. Schließlich kamen zum Juli noch die Verbrauchsteuererhöhungen hinzu. Einen gravierenden Anstieg des gesamten Preisindex für die Lebenshaltung bewirkte die Verdopplung der Grundmieten von durchschnittlich 1 DM auf 2 DM je Quadratmeter im Oktober. Zusätzlich wurde die Umlage der Nebenkosten für Heizung und Warmwasser auf die Miete mit bis zu 3 DM pro Quadratmeter ermöglicht. Nach zuvor geltendem Recht waren die Mieter von solchen Zahlungen weitgehend befreit.

Bei Produkten, die aus dem alten Bundesgebiet bezogen wurden, hat die westdeutsche Teuerung auf die Lebenshaltungspreise in den neuen Bundesländern übergegriffen. Der Lohnanstieg dürfte die Preisentwicklung lokaler Güter — im Dienstleistungsbereich — beschleunigt haben. Innerhalb der Gruppe „Gesundheits- und Körperpflege", aber auch im Bereich „Bildung, Unterhaltung, Freizeit" hat dies zusammen mit dem Abbau von Preissubventionen zu Preissteigerungen geführt.

80. Im Vergleich zu Dezember 1990 nahmen die Verbraucherpreise bis einschließlich September dieses Jahres um 13,2 vH zu. Den hohen Einkommenssteigerungen stand somit ein kräftiger Preisanstieg gegenüber. Überschlägigen Rechnungen zufolge ging die Teuerung zu gut zwei Drittel auf den Abbau von Preisstützungen zurück.

Ein Vergleich der Verbraucherpreise zum Vorjahr kann erst ab Mai 1991 durchgeführt werden, da die Zeitreihe der Lebenshaltungspreise aller Arbeitnehmerhaushalte erst im Mai 1990 beginnt. Außerdem sind die Preise der Monate Mai 1990 und Juni 1990 noch auf Basis der Mark der DDR und nicht der D-Mark erhoben worden und somit für einen Vorjahresvergleich ungeeignet. Auch der rasche Wandel des Güterangebots und des Verbraucherverhaltens — nicht zuletzt wegen starker Verschiebungen der Preisrelationen — beeinträchtigt die Aussagekraft des Vorjahresvergleichs, da der Preisindex auf einem konstanten Warenkorb basiert. Vermutlich wandelt sich das Kaufverhalten aber rasch. Güter und Leistungen, die vergleichsweise billiger geworden sind, werden vermehrt nachgefragt und dürften

Tabelle 13

Preisindex für die Lebenshaltung für alle Arbeitnehmerhaushalte in Ostdeutschland

1989 = 100

Zeitraum	Alle Arbeitnehmerhaushalte	Nach Ausgabengruppen[1]									
		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung, Schuhe	Wohnungsmieten und Energie			Möbel, Haushaltsgeräte[4]	Güter für			
				zusammen	davon			Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung, Freizeit[5]	persönliche Ausstattung[6]
					Wohnungsmieten[2]	Energie[3]					
Gewicht[7]	*100*	*38,6*	*13,4*	*5,6*	*3,1*	*2,5*	*11,9*	*3,0*	*12,4*	*9,0*	*6,2*
1990 Mai	98,9	101,9	88,7	100,0	100,0	100,0	97,9	92,4	100,2	105,6	95,0
Jun	90,2	98,9	50,3	100,0	100,0	100,0	87,8	89,3	100,2	94,3	93,0
Jul	98,0	119,5	57,0	100,4	100,0	100,9	76,2	129,6	86,5	97,5	101,1
Aug	97,8	115,1	60,0	100,4	100,0	100,9	78,3	132,3	90,0	100,9	101,0
Sep	99,0	114,8	64,1	100,4	100,0	100,9	79,6	133,1	91,4	105,8	101,5
Okt	100,6	115,1	66,9	100,4	100,0	100,9	79,8	134,2	94,5	111,7	102,3
Nov	100,7	115,8	68,2	100,4	100,0	100,9	80,3	134,8	90,9	113,0	102,4
Dez	101,9	117,8	69,8	100,9	100,0	102,1	81,2	136,7	89,9	114,0	102,3
1991 Jan	108,9	119,3	69,9	158,6	101,4	230,1	82,4	137,7	97,7	117,7	131,4
Feb	109,7	120,2	70,4	159,5	102,5	230,6	82,9	138,3	97,8	120,4	131,9
Mär	111,4	122,5	70,8	159,6	102,6	230,7	83,1	139,6	102,2	121,9	131,9
Apr	112,6	123,2	71,2	160,3	102,6	232,3	83,4	141,3	106,0	124,1	132,1
Mai	113,4	123,5	71,0	170,6	102,7	255,6	83,7	142,1	106,3	125,1	132,1
Jun	114,1	125,0	71,0	170,5	102,7	255,3	83,7	143,5	106,4	125,1	133,0
Jul	115,1	126,2	70,8	170,5	102,7	255,1	83,7	143,7	110,0	125,7	134,8
Aug	115,2	125,6	71,1	170,8	102,8	255,8	83,9	144,4	111,1	126,4	134,9
Sep	115,4	125,1	71,6	172,3	102,8	259,3	84,3	145,7	111,5	127,5	135,0

1) In der Gliederung nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983; nach Verwendungszwecken. Weitere methodische Erläuterungen siehe Monatsveröffentlichung des Statistischen Bundesamtes „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern" Heft 3/1991 vom Oktober 1991.
2) Einschließlich Nebenkosten.
3) Ohne Kraftstoffe.
4) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.
5) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes.
6) Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art.
7) Typische Ausgabenstruktur (Warenkorb) der in die Berechnung einbezogenen Haushaltsgruppen für das Jahr 1989.

ein höheres Gewicht im aktuellen Warenkorb einnehmen. Somit dürfte der Anstieg der Lebenshaltungspreise überzeichnet sein.

Steigende Investitionsbereitschaft in Ostdeutschland

81. Für die Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland war es von entscheidender Bedeutung, daß sich die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand und der Unternehmen im Verlauf des Jahres deutlich belebte. Wir rechnen damit, daß im Jahre 1991 insgesamt rund 66 Mrd DM in die Modernisierung und Erneuerung von Produktionsanlagen, Gebäuden und Infrastruktureinrichtungen in den neuen Bundesländern investiert wurden. Rund dreiviertel der genannten Investitionen entfielen auf den Unternehmensbereich, und hier vor allem auf die durch Neugründungen und die Privatisierung ehemals volkseigener Betriebe entstandenen Unternehmen. Zu den Hauptinvestoren gehörte die Deutsche Bundespost Telekom.

82. In Relation zum Bruttosozialprodukt der neuen Bundesländer haben die öffentlichen und privaten Anlageinvestitionen mit rund einem Drittel einen beträchtlichen Umfang erreicht. Gleichwohl kann von einem in der Breite der Wirtschaft wirksamen und ausreichend starken Investitionsaufschwung im Jahre 1991 noch nicht die Rede sein. Die Neuinvestitionen haben bei weitem nicht ausgeglichen, was an Produktionskapazitäten und Arbeitsplätzen weggefallen ist. In manchen Bereichen, wie im Wohnungsbau, blieb die Investitionsbelebung bislang aus. Auch haben die steigenden Investitionen der ostdeutschen Wirtschaft nur schwache Nachfrageanstöße gegeben, weil viele ostdeutsche Investitionsgüterproduzenten und teilweise auch Bauunternehmen noch nicht in der Lage waren, die Investitionsnachfrage im Wettbewerb mit westlichen Anbietern auf sich zu ziehen. Ein großer Teil der Investitionsgüter wurde aus Westdeutschland und dem Ausland importiert. In mittlerer Sicht wird die Kapitalbildung in Ostdeutschland wesentlich gesteigert werden müssen, um Umfang und Qualität des Kapitalbestandes soweit zu erhöhen, daß die Arbeitsproduktivität und die im Wettbewerb erzielten Arbeitseinkommen an das westdeutsche Niveau herangeführt werden können.

83. Investitionsvorhaben in den neuen Bundesländern werden durch eine Vielfalt staatlicher Pro-

gramme und Sonderregelungen finanziell massiv gefördert. Die wichtigsten Instrumente der Förderung sind: die Investitionszulage, die Regelung für Sonderabschreibungen und die Investitionszuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Wichtig ist, daß sich die meisten Förderinstrumente gegenseitig nicht ausschließen, sondern kumulativ in Anspruch genommen werden können. Mit einer solchen Kumulation kann der Investor im ersten Jahr eine Gesamtentlastung von bis zu 50 vH der Investitionssumme erreichen (Tabelle 14).

Die genannten Vergünstigungen gelten, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, grundsätzlich auch für Unternehmen im Eigentum der Treuhandanstalt. Allerdings sind Unternehmen, bei denen keine Aussicht auf Privatisierung besteht, im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", auf deren Leistungen kein Rechtsanspruch besteht, bisher nicht gefördert worden. Die entscheidenden Hilfen für die noch nicht privatisierten Unternehmen sind die Liquiditäts- und Anpassungshilfen der Treuhandanstalt, die Übernahme von Zinsverpflichtungen durch die Treuhandanstalt, erleichterte Bedingungen für Hermes-Bürgschaften, die Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen der erweiterten Kurzarbeitergeldregelung sowie die zinsverbilligten Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Rahmen des Anschubprogramms für sanierungsfähige Unternehmen.

Weitere Förderinstrumente sind auf kleinere und mittlere Unternehmen sowie auf freie Berufe zugeschnitten. Hierbei handelt es sich um variantenreiche Kreditprogramme, die Existenzgründungen, Modernisierungen, Umweltschutzinvestitionen und den Tourismus fördern sollen. Auch kleinere Unternehmen kön-

Ausgewählte Hilfen zur Förderung der Investitionstätigkeit und der Infrastruktur in Ostdeutschland[1]) Tabelle 14

I. Investitionszulagen und Investitionszuschüsse

- Investitionszulage für die Anschaffung oder die Herstellung von neuen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens; Zulagensatz bis 30.6.1992: 12 vH der Anschaffungs- oder Herstellungskosten, bis 31.12.1994: 8 vH bei einem Investitionsbeginn vor dem 1.1.1993; Volumen 5,75 Mrd DM.
- Investitionszuschüsse für gewerbliche Investitionen bis zu 23 vH im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" zur Errichtung, Erweiterung, Umstellung oder Rationalisierung sowie zum Erwerb; Überschreitung der Höchstsätze um bis zu 12 Prozentpunkte möglich; Finanzierung durch den Bund und die fünf neuen Bundesländer 3 Mrd DM jährlich, Laufzeit bis Mitte 1995, Aufstokkung durch den EG-Regionalfonds (1 Mrd DM jährlich für 1991 bis 1993).
- Investitionszuschuß im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" für spezielle wirtschaftsnahe Infrastrukturvorhaben der Kommunen bei einer angemessenen Eigenbeteiligung des Trägers, Fördersatz bis zu 90 vH der Investitionskosten.

II. Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost"

- Kommunales Investitionssofortprogramm: Investitionspauschalen für die Instandsetzung von kommunalen Gebäuden und Anlagen, jeweils 5 Mrd DM in den Jahren 1991 und 1992.
- Verbesserung der wirtschaftsnahen Verkehrsinfrastruktur: Bundesfernstraßen, kommunaler Straßenbau, öffentlicher Personennahverkehr, Investitionen der Deutschen Reichsbahn, 1991: 1,4 Mrd DM, 1992: 4,7 Mrd DM.
- Sonderprogramm für neue Arbeitsplätze in Problemregionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung", Bundesanteil 50 vH, Volumen jeweils 1991 und 1992: 600 Mio DM.
- Umweltschutzsofortmaßnahmen: Investitionen für Abwasser, Trinkwasser und Deponien, 1991: 412 Mio DM, 1992: 400 Mio DM.

III. Besondere Steuererleichterungen

- Sonderabschreibung für Ausrüstungsgüter im ersten Jahr der Anschaffung/Herstellung in Höhe von 50 vH, zusätzlich zur Investitionszulage und neben den normalen linearen und degressiven Abschreibungen; die dadurch eventuell entstehenden Verluste können auf unbestimmte Zeit vorgetragen und mit künftigen Gewinnen verrechnet werden; Befristung für den Zeitraum 1991 bis 1994.
- Steuerfreie Rücklagen für die Überführung bestimmter Wirtschaftsgüter in Kapitalgesellschaften mit Sitz in Ostdeutschland sowie für Anlaufverluste von Tochterfirmen.
- Zeitweilige Aussetzung der Erhebung der Gewerbekapitalsteuer und Freistellung von der Vermögensteuer in den Jahren 1991 und 1992.
- Staffeltarif bei der Gewerbeertragsteuer mit ermäßigten Meßzahlen für mittelständische Personenunternehmen.

IV. Zinsverbilligende Kreditprogramme (siehe dazu auch Tabelle 15)

- Kommunalkreditprogramm: Zinsgünstige Kredite für kommunale Sachinvestitionen insbesondere zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur mit den Schwerpunkten Erschließung von Gewerbeflächen, Umweltschutzmaßnahmen, Verkehrsinfrastruktur, Dorf- und Stadtsanierung, Energieeinsparung, Krankenhäuser, Altenheime, Pflege- und Behinderteneinrichtungen; Festzins, Zinsverbilligung bis zu 3 Prozentpunk-

noch Tabelle 14

te für zehn Jahre; Kreditvolumen 15 Mrd DM; Abwicklung über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die Deutsche Ausgleichsbank und die Berliner Industriebank AG.

— ERP-Programme für private Investitionen in den Bereichen Existenzgründung, Umweltschutz, Modernisierung und Tourismus für kleinere und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Angehörige Freier Berufe; Höchstbetrag 1 Mio DM, maximal 50 vH Finanzierungsanteil; daneben noch Ergänzungsprogramme der betrauten Anstalten aus deren eigenen Mitteln.

— Investitionskreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zur Förderung der Finanzierung von Investitionen, die einer langfristigen Mittelbereitstellung bedürfen und der Errichtung, Sicherung oder Erweiterung des Unternehmens dienen; für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie freiberuflich Tätige; günstiger Festzins für die gesamte Laufzeit von 10 Jahren, Höchstbetrag 10 Mio DM; Gesamtvolumen 10 Mrd DM; Kumulierung mit ERP-Krediten und anderen öffentlichen Mitteln möglich.

— Investitionskreditprogramme der

—— Deutschen Ausgleichsbank (Ergänzungsprogramm) zur Errichtung und Sicherung von Unternehmen oder der Innovation in den Unternehmen; mit weiteren Existenzkrediten (Eigenkapitalhilfe und ERP-Darlehen) kombinierbar.

—— Berliner Industriebank AG für Investitionen des Hotelgewerbes (Errichtung, Erweiterung, Umbau oder Modernisierung) als Ergänzung zum ERP-Tourismusprogramm.

— KfW-Mittelstands-/Umweltprogramm speziell für die Errichtung, Sicherung oder Erweiterung mittelständischer Unternehmen oder zur Verbesserung der Umweltsituation; Festzinssatz; Höchstbetrag 10 Mio DM; Finanzierungsanteil für kleine/mittlere Unternehmen bis zu 75 vH/66⅔ vH; Kredite können auch ergänzend zur Eigenkapitalhilfe, zu ERP-Krediten und anderen öffentlichen Fördermitteln gewährt werden.

— KfW-„Anschubprogramm": Kredite an (noch) im Staatseigentum befindliche Unternehmen für Modernisierungs- und Umstrukturierungsinvestition; Finanzierungsanteil bis zu 50 vH des Investitionsvolumens.

— Eigenkapitalhilfeprogramm der Deutschen Ausgleichsbank zur Förderung der Eigenkapitalbasis, von Existenzgründungen und Umschuldungen für mittelständische Unternehmen; Niedrigzinskredite für bis zu 40 vH des Investitionsbetrags.

— KfW-Wohnraummodernisierungsprogramm: Kredite zur Modernisierung und Instandsetzung von vermieteten und eigengenutzten Wohnungen; für Privatpersonen, Unternehmen, Körperschaften des öffentlichen Rechts; Zinsverbilligung bis zu 3 Prozentpunkten; Gesamtvolumen 10 Mrd DM.

V. Bürgschaftsprogramme

— Bürgschaften der Berliner Industriebank AG für langfristige Investitions- und Betriebsmittelkredite, die der Errichtung, Erweiterung, Umstellung oder Rationalisierung dienen; insbesondere für private mittelständische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft; für Kredite zwischen 1 Mio DM und 20 Mio DM.

— Über die Bürgschaftsbanken in den neuen Bundesländern zur Besicherung von Krediten vor allem für Existenzgründer und mittelständische Betriebe; bis zu 80 vH der Kreditsumme.

— Bundesbürgschaften zur Besicherung von Großkrediten ab 20 Mio DM für Unternehmen, die nicht oder nicht mehrheitlich dem Bereich der Treuhandanstalt zuzuordnen sind, für Investitionen, soweit vorhandene Sicherheiten ausgeschöpft, Ausfallrisiken vertretbar und die Förderung volkswirtschaftlich sinnvoll sind.

— Exportkreditversicherung durch die HERMES Kreditversicherungs-AG für Risiken im Zusammenhang mit Ausfuhrgeschäften über die allgemeinen Ausfuhrgewährleistungen und das HERMES-Sonderprogramm UdSSR.

— Bürgschaften durch die Treuhandanstalt zur Flankierung der Privatisierung und Strukturierung der früheren volkseigenen Betriebe.

[1]) Ausführliche Beschreibung der aufgeführten Maßnahmen und Programme sowie zur Darstellung weiterer allgemeiner und spezieller Hilfen: Bundesministerium für Wirtschaft „Wirtschaftliche Förderung in den neuen Bundesländern", Ausgabe August 1991 sowie Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT) „Die neuen Länder-Fördermaßnahmen" vom August 1991.

nen durch die Investitionsförderung und die zinsbegünstigten Kreditprogramme im ersten Jahr einer Investition eine Gesamtentlastung von rund 50 vH der Investitionssumme erreichen.

Schließlich werden auch die Investitionen der Kommunen auf mannigfache Weise gefördert. Neben der Investitionspauschale im Rahmen des „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" können die Kommunen vor allem die zinsbegünstigten Kredite des Kommunalkreditprogramms und des Programms zur Wohnungsmodernisierung und -instandsetzung sowie Investitionszuschüsse bis zu 90 vH für den Ausbau der Infrastruktur im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" in Anspruch nehmen (Tabelle 15).

84. Das Urteil, daß die Investitionsbereitschaft der Unternehmen in den neuen Bundesländern deutlich gestiegen ist, gründet sich zum einen auf die hohe Inanspruchnahme der Kreditprogramme für kleinere und mittlere Betriebe und zum anderen auf die Ergebnisse von Befragungen westdeutscher Unternehmen. Nach Schätzungen des Ifo-Instituts dürften westdeutsche Investoren einschließlich der Deutschen Bundespost Telekom im Jahre 1991 etwa 25 Mrd DM in Ostdeutschland investieren, und zwar ohne Einrechnung der Übernahmen und des Beteiligungserwerbs. Der Anteil der Investitionen in Industrie und Baugewerbe ist dabei deutlich höher als der im tertiären Sektor. Unter den Motiven, in Ostdeutschland zu investieren, steht der Wunsch nach Marktnähe für Geschäfte in

Ostdeutschland im Vordergrund. Das gilt gleichermaßen für Industrieunternehmen und für Unternehmen des tertiären Sektors. Bei den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes spielt darüber hinaus die Vorstellung eine Rolle, daß ein Engagement in Ostdeutschland die Intensivierung des Geschäfts mit osteuropäischen Handelspartnern erleichtern könne. Offenbar hat die gegenwärtige Krise der osteuropäischen Reformstaaten sich nicht in einer pessimistischen Erwartungshaltung mit Hinblick auf die längerfristigen Marktchancen niedergeschlagen. Auch die Verfügbarkeit von Fachkräften in Ostdeutschland spielt nach wie vor eine Rolle. Eher zweitrangige Motive sind, den Umfragen zufolge, die staatlichen Investitionshilfen sowie die noch geringen Lohnkosten, die nach Einschätzung der Unternehmen wohl in absehbarer Zeit an das westdeutsche Niveau angeglichen sein werden.

85. Nach der Herbstumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) gehören Rechtsunsicherheiten in Eigentumsfragen und Schwierigkeiten bei der Kooperation mit Behörden nach wie vor zu den wichtigsten Hinderungsgründen für Investitionen. Mängel in der Infrastruktur und ökologische Altlasten werden ebenfalls als signifikante Hemmnisse angesehen. Die Einschätzungen gehen in den einzelnen Wirtschaftszweigen weit auseinander. Hemmnisse, die für die Unternehmen insgesamt eine nachrangige Rolle spielen, können in einzelnen Branchen dominierende Bedeutung haben. Ein Beispiel hierfür sind ökologische Altlasten, die nur 10 vH aller Unternehmen zu den vier Haupthindernissen zählen, aber von 83 vH der Unternehmen im Bereich der Energieversorgung und des Bergbaus genannt werden. Für die Unternehmen des Baugewerbes haben Rechtsunsicherheiten in Eigentumsfragen einen besonders hohen Stellenwert. Vielfach werden unter den sonstigen Gründen für den Verzicht auf Investitionen in Ostdeutschland ausreichende Kapazitäten in Westdeutschland genannt (Schaubild 8).

86. Das Investitionsvolumen der noch nicht privatisierten Unternehmen ist nach den vorliegenden Informationen äußerst gering. Diesen Unternehmen fehlt das notwendige Eigenkapital, und sie sind nicht liquide genug, um größere Investitionen aus eigener Kraft durchführen zu können. Ihre Kreditfähigkeit ist nicht allein durch die geringe Eigenkapitalbasis stark eingeschränkt, vielfach fehlen auch die erfolgversprechenden Sanierungskonzeptionen und das Management für ihre Umsetzung; beides wäre aber notwendig, um privates Kapital ohne Bürgschaftserklärungen der Treuhandanstalt zu mobilisieren. Bei den bisher verbürgten Krediten handelt es sich überwiegend um Liquiditätskredite, nicht um längerfristige Investitionskredite.

87. Die Investitionen in die Erneuerung und Modernisierung der Infrastruktur dürften im Jahre 1991 rund 26 Mrd DM betragen haben. In die Verbesserung der Verkehrswege wurden nach Angaben der Reichsbahn und des Bundes 7 Mrd DM investiert, in die

Tabelle 15

Zinsverbilligende Förderprogramme für die neuen Bundesländer und Berlin (Ost)

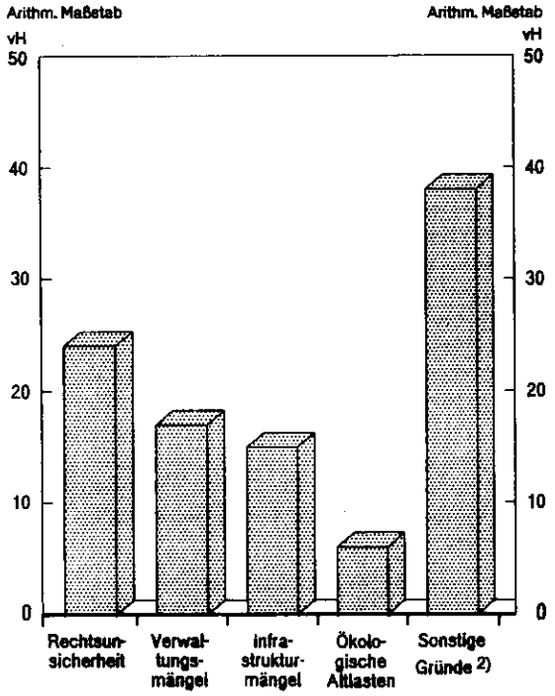
Programm	Entwicklung seit Programmbeginn				
	bis ...1991	Anträge	Zusagen	Auszahlungen	Nachr.: Geförderte Investitionen[1])
		Mrd DM			
ERP-Programme für					
– Modernisierung, Abwasserreinigung, Luftreinhaltung, Beteiligung, Haftung (Kreditanstalt für Wiederaufbau [KfW])	28. 10.	10,11	5,25	3,16	10,1
– Existenzgründungen (Deutsche Ausgleichsbank [DA])					
insgesamt	30. 9.	8,07	6,06	3,99	11,7
darunter: Handwerk		2,75	1,96	.	3,9
– Tourismus (Berliner Industriebank AG [BIB])	1. 11.	1,53	1,19	0,69	.
KfW-Investitionskreditprogramm	28. 10.	7,72	5,88	3,34	14,6
Anschub-, Mittelstands- und Umweltprogramm (KfW)	28. 10.	.	1,71	1,07	4,0
Eigenkapitalhilfeprogramm (DA)					
insgesamt	30. 9.	3,93	2,71	1,82	9,2
darunter: Handwerk		1,15	0,74	.	2,7
KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm	28. 10.	8,01	6,30	3,57	6,6
Kommunalkreditprogramme für					
– Abwasser, Lärmschutz, Luftreinhaltung, Wasserbau (KfW)	28. 10.	5,26	3,91	2,20	5,9
– Erschließung von Gewerbeflächen, Energieeinsparung, Abfallwirtschaft (DA)	24. 10.	4,36	3,55	2,18	5,7
– Verkehrsinfrastruktur, Stadt- und Dorferneuerung, Krankenhäuser, Alten- und Behindertenheinrichtungen (BIB)	24. 10.	4,00	2,86	1,77	.

[1]) Die den Förderungszusagen zugrundeliegenden Investitionsbeträge. Eine Aufsummierung der Beträge bei den aufgeführten Förderungsprogrammen würde zum Teil zu Doppelzählungen führen, da einzelne Programme kumulativ in Anspruch genommen werden können.

Schaubild 8

INVESTITIONSHINDERNISSE FÜR WESTDEUTSCHE INVESTOREN IN OSTDEUTSCHLAND

Anteil der Nennungen in vH [1]



Anteil der Hauptgründe in vH [3]

Wirtschaftszweig	Rechtsunsicherheit	Verwaltungsmängel	Infrastrukturmängel	Ökologische Altlasten
Industrie	37	25	24	14
Bergbau	13	0	4	83
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	34	28	17	21
Investitionsgüterindustrien	41	24	26	9
Verbrauchsgüterindustrien	33	28	25	14
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	42	26	23	9
Bauwirtschaft	42	35	17	6
Handel	42	29	24	5
Dienste	39	30	26	5
Insgesamt	39	27	24	10

1) Alle Gründe: 100 vH.– 2) Unter anderem: Keine betriebliche Notwendigkeit für Investitionen in Ostdeutschland, ausreichende Produktionskapazitäten in Westdeutschland, zu schneller Rückgang des Lohnkostenvorteils der neuen Bundesländer, Kosten für Sozialpläne, überzogene Grundstückspreise.– 3) Alle Hauptgründe im jeweiligen Wirtschaftsbereich: 100 vH.

Quelle: DIHT

SR 91 0585

Verbesserung der Telekommunikationseinrichtungen schätzungsweise 7 Mrd DM. Schließlich haben die Kommunen und die Länder rund 12 Mrd DM in die örtliche Infrastruktur und den Wohnungsbestand investiert. Damit ist allerdings nur ein erster Schritt getan worden, um mit der Infrastruktur auch die Investitionsbedingungen für die privaten Unternehmen zu verbessern.

Transfers ermöglichen hohen Privaten Verbrauch

88. Der Private Verbrauch war im Verhältnis zu den erwirtschafteten Einkommen in diesem Jahr außerordentlich hoch. Die Relation des Konsums der privaten Haushalte in realer Rechnung zum Bruttosozialprodukt betrug im Jahre 1991 in den neuen Bundesländern etwa 99 vH und in den alten Bundesländern lediglich 56 vH. Diese Diskrepanz erklärt sich aus den massiven Transferleistungen an die privaten Haushalte in Ostdeutschland. Sie halfen den ostdeutschen Haushalten, die Anpassungskrise bislang ohne Einbußen des Konsums zu überstehen.

Die tarifpolitischen Vereinbarungen haben den Beschäftigten, aber auch den Transferempfängern, schon in diesem Jahr kräftige Einkommensteigerungen gebracht. Infolgedessen expandierte die Bruttolohn- und -gehaltssumme trotz hoher Beschäftigungseinbußen. Zudem flossen den privaten Haushalten an Transfers etwa 76½ Mrd DM zu. Nach Abzug der Steuern und Abgaben dürfte das verfügbare Einkommen im zweiten Halbjahr 1991 den Vorjahresstand um 29 vH übertroffen haben. Die Einkommen wurden zwar aufgrund der stark gestiegenen Preise der Lebenshaltung entwertet (Ziffer 79), gleichwohl sind die Einkommen, die schon infolge der besseren Güterversorgung mit der Währungsumstellung an Kaufkraft gewonnen hatten, auch im Jahre 1991 in realer Rechnung gestiegen.

Die hohe Arbeitslosigkeit führte dazu, daß die privaten Haushalte im Jahre 1991 wieder sparten. Trotzdem lag der Private Verbrauch in der zweiten Jahreshälfte leicht über dem Vorjahresergebnis.

89. Von der hohen Verbrauchsgüternachfrage hat vor allem der westdeutsche Einzelhandel, insbesondere der Versandhandel, profitiert. Sie führte zu einem sprunghaften Anstieg der Einzelhandelsumsätze in den angrenzenden Regionen der alten Bundesländer (Ziffer 100). Die Verbrauchsgüternachfrage aus dem Osten kam in hohem Maße den westdeutschen Produzenten zugute. Von dem Nachfrageschub profitierte vornehmlich das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe der alten Bundesländer, das seine Produktion in den ersten neun Monaten im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 12 vH steigerte.

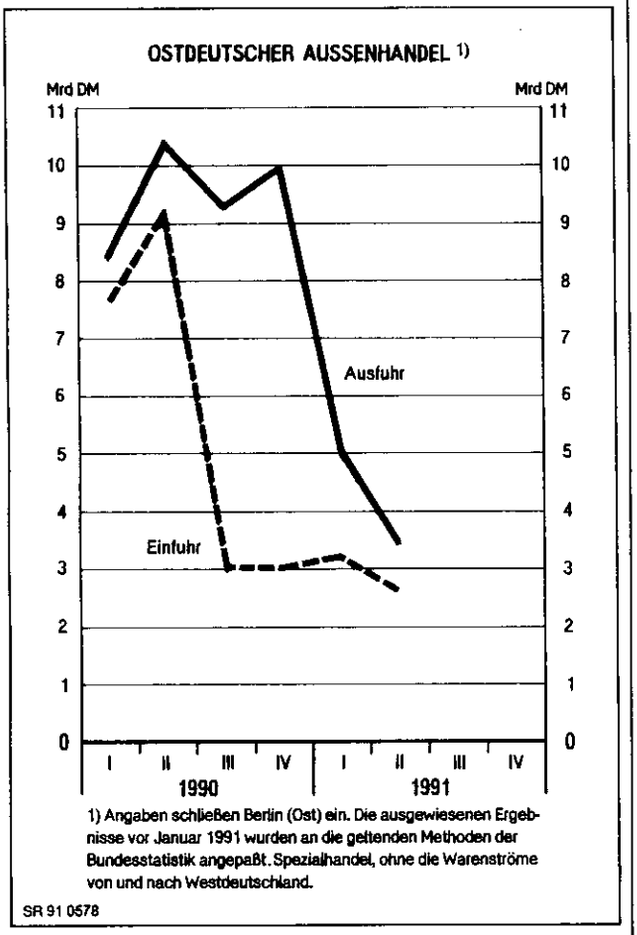
Die allgemeine Bevorzugung von Produkten westlicher Herkunft gegenüber ostdeutschen Gütern hat aber in diesem Jahr wieder nachgelassen. Nach einer Umfrage des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (infas) nahmen die Produkte aus den neuen Bundesländern wieder einen höheren Rang in der Gunst der ostdeutschen Verbraucher ein. Von den Befragten beurteilten 82 vH die Qualität der Produkte ebenso hoch wie die Qualität westdeutscher Erzeugnisse, 8 vH schätzten die Ostprodukte sogar höher als die westdeutschen Artikel. Vor allem Lebensmittel aus den neuen Bundesländern wurden wieder höher geschätzt.

Absatzprobleme durch Einbruch des Osthandels

90. Zwei tiefgreifende Einschnitte prägten die Entwicklung des ostdeutschen Außenhandels nach Ein-

führung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion: Mitte 1990 nahm der Import bei zunächst noch hoher Ausfuhr drastisch ab, was im zweiten Halbjahr 1990 zu dem beträchtlichen Überschuß von 13,2 Mrd DM führte. Mit dem Jahreswechsel 1990/91 schwächte sich dann auch der Export deutlich ab (Schaubild 9). Die gesamte Warenausfuhr lag im ersten Vierteljahr 1991 um rund 50 vH niedriger als im vorangegangenen Quartal; dennoch konnte wieder ein positiver Außenhandelssaldo erzielt werden (1,8 Mrd DM).

Schaubild 9



1) Angaben schließen Berlin (Ost) ein. Die ausgewiesenen Ergebnisse vor Januar 1991 wurden an die geltenden Methoden der Bundesstatistik angepaßt. Spezialhandel, ohne die Warenströme von und nach Westdeutschland.

SR 91 0578

91. Der Außenhandel der DDR war einseitig auf den RGW-Raum ausgerichtet. Vor Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hatten die RGW-Länder einen Anteil von 74,7 vH an der ostdeutschen Gesamtausfuhr (zweites Vierteljahr 1990), der Importanteil betrug 67,3 vH. Da im Einigungsvertrag ein Vertrauensschutz für bestehende vertragliche Verpflichtungen gegenüber diesen Staaten vorgesehen worden war und der Export dorthin vorübergehend nach wie vor auf Basis von Transferrubeln (Kurs: 2,34 DM) abgerechnet sowie ergänzend mit 2 Mrd DM subventioniert wurde, konnte das Ausfuhrniveau bis Ende 1990 weitgehend gehalten werden. Am 1. Januar 1991 änderten sich die Rahmenbedingungen im Handel mit den RGW-Ländern allerdings grundlegend: Nach Aufgabe des alten Verrechnungssystems wurde der Außenhandel nunmehr auf Basis konvertierbarer Währung und frei auszuhandelnder Preise abgewickelt. Unter diesen neuen Bedingungen ging die Ausfuhr stark zurück. Wurden im zweiten Halbjahr 1990 monatlich im Durchschnitt Waren im Wert von 2,7 Mrd DM in die früheren Staatshandelsländer exportiert, so waren es im Januar diesen Jahres lediglich 1,8 Mrd DM, in den nachfolgenden Monaten unter einer Milliarde. Der erhebliche Devisenmangel dieser Staaten verhinderte, daß sich vorhandener Bedarf in größerem Ausmaß in Bestellungen bei ostdeutschen Unternehmen niederschlagen konnte. Nachfrageausfälle lagen sicherlich auch darin begründet, daß internationale Leistungsvergleiche angesichts der geringen Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Exportwirtschaft zu einer Abwanderung von Kunden geführt haben.

92. Die Sowjetunion war der bedeutendste Handelspartner der DDR: Bei wichtigen Exportprodukten der DDR (Bagger- und Kranbau, Schienenfahrzeugbau, Nachrichtentechnik) betrug der Exportanteil in die UdSSR bis zu 80 vH. Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge waren rund 600 000 Arbeitsplätze vom Handel mit der Sowjetunion abhängig. Mit dem Hermes-Sonderprogramm hat die Bundesregierung versucht, den Rückgang des Exports in die UdSSR kleinzuhalten. Dies ermöglichte es sowjetischen Unternehmen, sofort Waren aus den neuen Bundesländern zu beziehen, ohne über konvertierbare Währung zu verfügen. Im Rahmen dieses Programms wurde auf Anzahlungen und Zwischenzahlungen verzichtet, eine tilgungsfreie Zeit eingeräumt sowie die Kreditlaufzeit bis maximal 10 Jahre im Rahmen der nach Warenwert und Auftragswert üblichen Laufzeiten verlängert. Bis 25. Oktober 1991 waren Deckungen im Wert von 8,3 Mrd DM endgültig zugesagt worden.

93. Gegenwärtig ist noch nicht absehbar, in welchem Ausmaß die Hilfen des Bundes die Ausfuhrentwicklung beeinflussen. Nach dem Exporteinbruch zum Jahreswechsel hat sich die Gesamtausfuhr jedenfalls weiter abgeschwächt. Im August lag der Export um rund 40 vH unter dem Niveau vom Januar. Andererseits haben sich die Exporterwartungen der Unternehmen seit Januar stark gebessert. Befragungen zufolge richten viele Unternehmen ihre Hoffnungen auf eine zumindest mittelfristige Belebung des Handels mit der Sowjetunion und halten deshalb trotz gegenwärtig geringer Umsätze dort Marketing- und Serviceeinrichtungen aufrecht.

94. Der Teil der Einfuhr, der durch die Außenhandelsstatistik erfaßt wird, hat sich nach dem drastischen Rückgang Mitte des vergangenen Jahres auf niedrigem Niveau weitgehend stabilisiert. Von den Rückgängen waren praktisch alle Warengruppen betroffen. Konsumgüter osteuropäischer Herkunft büßten an Attraktivität ein, nachdem mit der Verfügung über D-Mark der Zugriff auf die westliche Produktpalette möglich geworden war.

Die aus Westdeutschland bezogenen Waren werden in der Außenhandelsstatistik nicht zur Einfuhr gerechnet. In diesen Lieferungen ist jedoch zum Teil der sogenannte Durchleitungsimport enthalten; dies sind Lieferungen, die in den alten Bundesländern als Import erfaßt werden, letztendlich aber in Ostdeutschland verwendet werden.

III. Abgeschwächte Expansion im Westen Deutschlands

95. Die Entstehung eines gemeinsamen deutschen Wirtschaftsraumes hat in den alten Bundesländern eine kräftige Expansion des Bruttosozialprodukts ausgelöst, das im Verlauf von vier aufeinanderfolgenden Quartalen bis ins zweite Quartal 1991 um rund 4,8 vH anstieg. Zweierlei Anstöße waren von der deutschen Einigung ausgegangen. Die Umstellung der Ersparnisse auf D-Mark und die erst durch die beträchtlichen Finanztransfers aus den alten Bundesländern ermöglichte hohe Steigerung des verfügbaren Einkommens hatten — angetrieben durch den hohen Nachholbedarf der ostdeutschen Bürger — einen Nachfrageschub ausgelöst. Aufgrund der mangelnden Konkurrenzfähigkeit ostdeutscher Produkte war die Nachfrage zunächst vornehmlich auf westliche Güter gerichtet. Die Nachfrage aus Ostdeutschland war ein Impuls, der die konjunkturelle Expansion Westdeutschlands verstärkte. Dazu kam eine hohe Investitionsdynamik, die gleichfalls im Zusammenhang mit der Vereinigung stand. Die Unternehmen sahen sich durch den vergrößerten deutschen Markt, der die Absatzbedingungen dauerhaft verbessert, dazu veranlaßt, ihre Investitionspläne kräftig aufzustocken. Dementsprechend sind die Ausrüstungsinvestitionen bis zum ersten Quartal beträchtlich angewachsen. Schließlich lief auch die westdeutsche Verbrauchskonjunktur mit hoher Dynamik. Diese starken Auftriebskräfte konnten die Schwäche im Auslandsgeschäft, die sich in einer mehr oder weniger stagnierenden Warenausfuhr niederschlug, mehr als kompensieren.

Die nachfragestimulierende Wirkung der deutschen Einigung ließ im Jahresverlauf nach. Die Finanztransfers in die neuen Bundesländer wurden nicht mehr in dem Maße ausgedehnt, wie es bis zur Jahresmitte 1990 geschehen war. Da sich auch die eigene Wirtschaftskraft der neuen Bundesländer noch nicht durchgreifend besserte, mußte die Nachfrage aus Ostdeutschland erheblich an Schubkraft einbüßen. Schon aus diesem Grund war ein Ende der westdeutschen Sonderkonjunktur abzusehen.

Hinzu kam, daß zur Deckung des hohen Finanzbedarfs des Staates Sozialabgaben und Steuern im Laufe des Jahres erhöht wurden. Hiervon gingen kontraktive Effekte auf die private Konsumnachfrage aus. Bei gleichzeitig abflachender Investitionstätigkeit und nur geringen Impulsen der Auslandsnachfrage stagnierte das Bruttosozialprodukt im Verlauf der zweiten Jahreshälfte. Vom Niveau her lag es gleichwohl im Jahresdurchschnitt um 3½ vH über dem Vorjahresstand.

Gedämpfte Expansion des Privaten Verbrauchs im Jahresverlauf

96. Nachdem sich die kräftige Konsumkonjunktur des vergangenen Jahres noch bis ins erste Halbjahr 1991 fortsetzte und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage vorantrieb, büßte der Private Verbrauch im Laufe des Jahres seine Rolle als Stütze der konjunkturellen Entwicklung ein. Für die Eintrübung der Verbrauchskonjunktur war neben der höheren Belastung durch Einkommensteuern und Abgaben auch die Erhöhung spezieller Verbrauchsteuern von Bedeutung, die in den Endverbraucherpreisen weitergegeben wurde und die Kaufkraft schmälerte. Im Jahresdurchschnitt nahmen die Ausgaben der privaten Haushalte in realer Rechnung dennoch um 2 vH zu (Schaubild 10).

97. Aufgrund der erneut höheren Lohnsteigerungen — in der Tarifrunde wurden Lohnzuwächse zwischen 4,9 vH und 7,4 vH vereinbart — und des abermals hohen Beschäftigungsanstiegs nahmen die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit mit 8½ vH rascher zu als im Jahr zuvor. Demgegenüber hatte sich der Zuwachs der Nettolohn- und -gehaltssumme durch die Steuer- und Abgabenerhöhungen gegenüber dem Vorjahr nahezu halbiert; er belief sich auf knapp 5½ vH. Noch stärker ging der Zuwachs der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zurück, er betrug knapp 1½ vH. Hatte der zunehmende Kostendruck die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen vor Steuer ohnehin nur noch langsam steigen lassen, so bremste die höhere Steuerlast zusätzlich die Zunahme der Nettoeinkommen.

Die Schere zwischen Brutto- und Nettoeinkommensentwicklung ging im wesentlichen auf zwei Ursachen zurück. Die stärkste Wirkung hatte der zum 1. Juli für ein Jahr eingeführte Solidaritätszuschlag, der die verfügbaren Einkommen um 11½ Mrd DM minderte. Zusätzlich wurden die Einkommen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bereits im April durch die Beitragssatzerhöhung zur Arbeitslosenversicherung um 2,5 Prozentpunkte belastet, gleichzeitig aber die Beitragssätze zur Rentenversicherung um einen Punkt zurückgenommen, dennoch ergab sich für 1991 im Saldo eine zusätzliche Abgabenbelastung von etwa 12 Mrd DM (Ziffer 203).

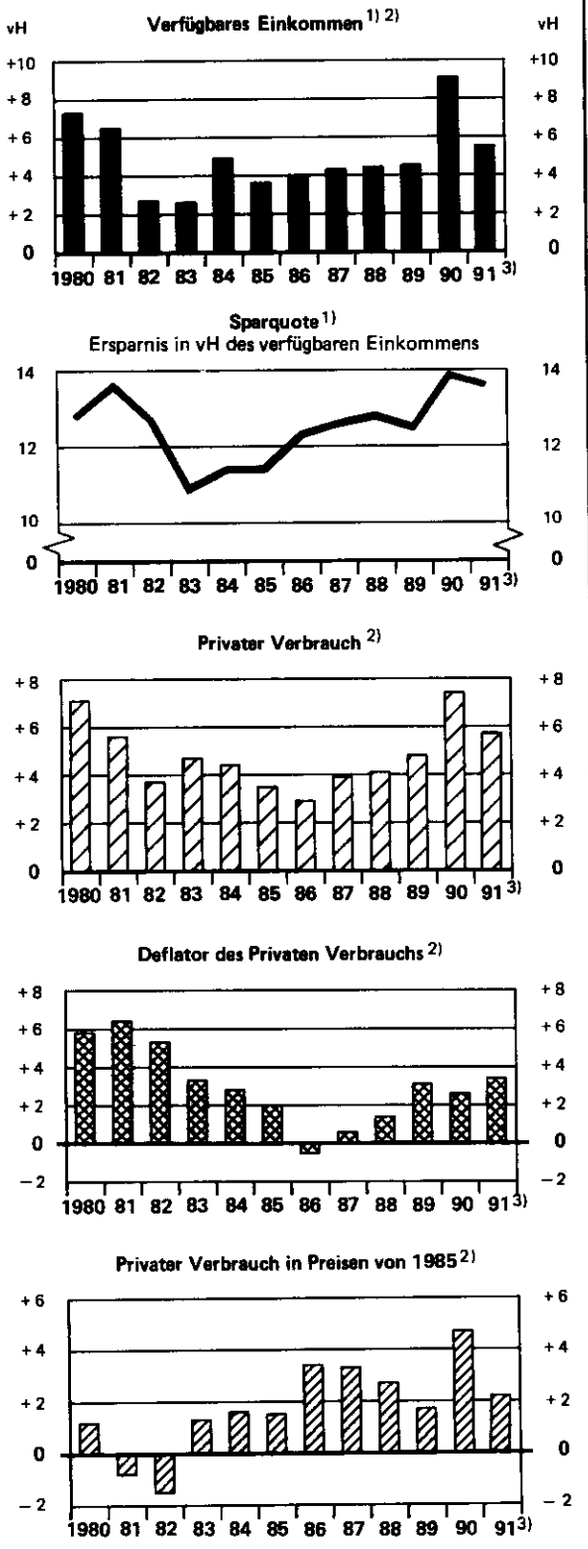
Die Transfereinkommen nahmen mit gut 5 vH nur wenig stärker zu als im Jahre 1990. Als Folge niedrigerer Arbeitslosenzahlen blieben die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung nahezu auf Vorjahresniveau. Die bereits im letzten Jahr beschlossenen Leistungsverbesserungen beim Wohngeld, Erziehungsgeld und Kindergeld kamen erst dieses Jahr voll zum Tragen und waren maßgeblich an dem Transferzuwachs beteiligt. Auch die Renten wurden zum 1. Juni mit 4,7 vH kräftiger erhöht als im Jahr zuvor. Insgesamt stieg das verfügbare Einkommen um 5½ vH.

98. Im Jahre 1991 hat die zunehmende Geldentwertung den Kaufkraftzuwachs der Einkommen erheblich geschmälert. Die Verbraucherpreise stiegen im Durchschnitt des Jahres um 3½ vH. Dieser Preisanstieg ging nicht allein auf die Anhebung einzelner Verbrauchsteuern und Gebühren, sondern vorwiegend auf andere Kostensteigerungen und nachfrageseitige Ursachen zurück (Ziffer 121).

99. Die privaten Haushalte orientieren sich in ihren Konsumgewohnheiten nur zum Teil an den laufenden Einkommen, für sie spielt auch der längerfristige Trend der Entwicklung der Realeinkommen eine Rolle. Der geringere Zuwachs des realen verfügbaren

Schaubild 10

VERFÜGBARES EINKOMMEN UND PRIVATER VERBRAUCH



1) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. – 2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – 3) Eigene Schätzung.

SR 91 0562

Einkommens hat daher nicht in vollem Ausmaß den Zuwachs der Verbrauchsausgaben in realer Rechnung geschmälert. Vielmehr ging die Sparquote der privaten Haushalte auf 13½ vH zurück, so daß ein größerer Teil des verfügbaren Einkommens zu konsumtiven Zwecken verwendet und die Verbrauchsausgaben entsprechend verstetigt wurden. Noch im vergangenen Jahr, als die Steuern gesenkt worden waren, war auch die Sparquote gestiegen.

100. Sind die Meßziffern der Einzelhandelsumsätze im allgemeinen ein wichtiger Indikator für die Struktur der Verbrauchsausgaben, so ist die Aussagekraft der Einzelhandelsumsätze seit vergangenem Jahr stark eingeschränkt. Nach der Einführung der D-Mark haben sich die Käufe ostdeutscher Bürger in nicht zu vernachlässigendem Ausmaß im westdeutschen Einzelhandelsumsatz niedergeschlagen. Infolgedessen kommt das Kaufverhalten der westdeutschen Verbraucher in den Einzelhandelsumsätzen nicht mehr eindeutig zum Ausdruck.

Ein Blick auf die regionale Umsatzentwicklung im Einzelhandel zeigt, welch hohen Rang die Käufe ostdeutscher Verbraucher in den benachbarten alten Bundesländern hatten, aber vor allem in Berlin (West) (Tabelle 16). Die hohe Nachfrage aus Ostdeutschland zeigte sich besonders an den in den ersten acht Monaten enorm gestiegenen Umsätzen im Versandhandel von 31,9 vH. Mit der raschen Privatisierung des Einzelhandels in den neuen Bundesländern verbesserten sich dort allerdings die Versorgungsstrukturen, so daß der Anteil der Käufe aus den neuen Bundesländern an den Einzelhandelsumsätzen im Westen Deutschlands zurückgegangen sein dürfte.

Die Kauflust der Bürger aus den neuen Bundesländern konzentrierte sich auf Produkte, welche zu Zeiten des Sozialismus hinsichtlich Menge und Qualität als Mangelware galten. Dazu zählten vor allem die Güter der Unterhaltungselektronik sowie Personenkraftwagen. Teilweise verursachte die Mehrnachfrage kräftige Preissteigerungen in Westdeutschland. Beispielsweise stiegen die Gebrauchtwagenpreise relativ zu den Neuwagenpreisen kräftig an. Die Nachfrager aus den alten Bundesländern reagierten auf solche Verschiebungen im Preisgefüge. Anstelle von Gebrauchtwagen wurden vermehrt Neuwagen erworben; dies, zusammen mit dem Auslaufen der steuerlichen Förderung schadstoffarmer Neufahrzeuge, führte im ersten halben Jahr zu einem neuen Rekord bei den Pkw-Erstzulassungen in den alten Bundesländern.

101. Der Staatsverbrauch lag in realer Rechnung um rund ½ vH unter dem Niveau des Vorjahres; in jeweiligen Preisen stiegen die Ausgaben des Staates für Personal, Sachleistungen und Verteidigung um rund 4½ vH. Einem drastischen Rückgang des Staatsverbrauchs beim Bund standen auf der Ebene der Länder, der Gemeinden und der Sozialversicherung deutliche Ausgabenzuwächse gegenüber. Die rückläufigen Verbrauchsausgaben des Bundes ergaben sich nur zum Teil — wie bei der Verteidigung — aus tatsächlichen Einsparungen. Die im Vorjahresvergleich deutlich niedriger ausgewiesenen Sachleistungskäufe resultierten dagegen aus der statistischen Aufteilung des Staatsverbrauchs des Bundes auf Westdeutschland und Ostdeutschland.

Tabelle 16

Regionale Entwicklung der nominalen Einzelhandelsumsätze[1])

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Land	1989	1990	1989		1990		1991	
			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	Juli
Schleswig-Holstein	5,4	11,6	6,2	4,7	8,4	14,6	12,1	7,0
Hamburg	2,8	11,0	2,0	3,6	8,1	13,6	14,3	12,6
Niedersachsen	5,0	12,7	5,7	4,4	8,4	16,7	14,4	8,1
Bremen	3,5	7,9	3,8	3,2	5,7	9,9	9,5	12,5
Nordrhein-Westfalen	4,6	8,1	5,1	4,2	6,7	9,3	10,4	18,6
Hessen	5,0	8,7	6,2	3,8	6,1	11,2	13,9	12,5
Rheinland-Pfalz	5,0	6,7	4,5	5,5	7,2	6,2	8,4	9,0
Baden-Württemberg	5,2	9,0	5,9	4,5	6,6	11,3	12,9	10,5
Bayern	5,8	11,1	5,8	5,8	9,2	12,8	14,9	11,2
Saarland	4,1	5,7	5,4	3,0	4,5	6,8	10,9	17,8
Berlin (West)	5,3	28,0	4,3	6,3	12,3	42,1	28,0	– 7,1
Bundesgebiet[2])	4,8	10,7	5,2	4,5	7,8	13,4	13,5	11,6

1) Ohne Agenturtankstellen.
2) Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein.

Dem Staatsverbrauch des Bundes liegen im wesentlichen hoheitliche Aufgaben zugrunde. Nach dem Beitritt der DDR zum Bundesgebiet profitieren auch die Bürger der ehemaligen DDR von diesen Leistungen des Bundes. Dementsprechend ist ein Teil der Bundesausgaben für den Staatsverbrauch, die im Westen als Personalaufwendungen oder Sachkäufe anfallen, entsprechend der Nutzung der damit finanzierten Leistungen dem Osten Deutschlands zuzurechnen. Diesem Gedanken trägt das Statistische Bundesamt dadurch Rechnung, daß der Staatsverbrauch des Bundes entsprechend den Bevölkerungsanteilen Westdeutschlands und Ostdeutschlands diesen beiden Gebieten zugeordnet wird. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Westdeutschlands schlägt sich diese Zuordnung wie folgt nieder: Zuerst wird der Staatsverbrauch des Bundes je getrennt für Westdeutschland und Ostdeutschland gemäß den anfallenden Ausgaben für Personal, Sachaufwand und Verteidigung berechnet (Arbeitsortkonzept). Der sich damit insgesamt ergebende Staatsverbrauch des Bundes wird sodann entsprechend den Bevölkerungsanteilen aufgeteilt (Nutzerkonzept). Die Differenz zwischen dem Staatsverbrauch des Bundes in Westdeutschland nach dem Arbeitsortkonzept und dem Nutzerkonzept geht als Verkäufe an die übrige Welt in den Staatsverbrauch Westdeutschlands ein und mindert diesen in derselben Größenordnung. Die Gegenbuchung zu dieser Differenz erfolgt beim Dienstleistungsexport.

Länder und Gemeinden in Westdeutschland weiteten ihre Aufwendungen für den Staatsverbrauch um 8½ vH aus. Die Personalausgaben, die bei ihnen über 80 vH des Staatsverbrauchs ausmachen, stiegen um knapp 8 vH. Noch kräftiger haben sie ihre Ausgaben für Sachkäufe erhöht (9 vH). Neben der allgemeinen Erhöhung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um 6 vH schlugen sich im Anstieg der Personalkosten auch die strukturellen Verbesserungen vor allem bei Berufen im Gesundheitsbereich nieder. Hiervon waren insbesondere die Gemeinden betroffen, deren Personalausgaben mit einer Rate von 9 vH überdurchschnittlich kräftig expandierten.

Hinter dem Anstieg des Staatsverbrauchs der Sozialversicherung von gut 9 vH stand vor allem der kräftige Ausgabenzuwachs der Gesetzlichen Krankenversicherung für soziale Sachleistungen (Ziffer 207).

Geringerer Anstieg der Investitionstätigkeit

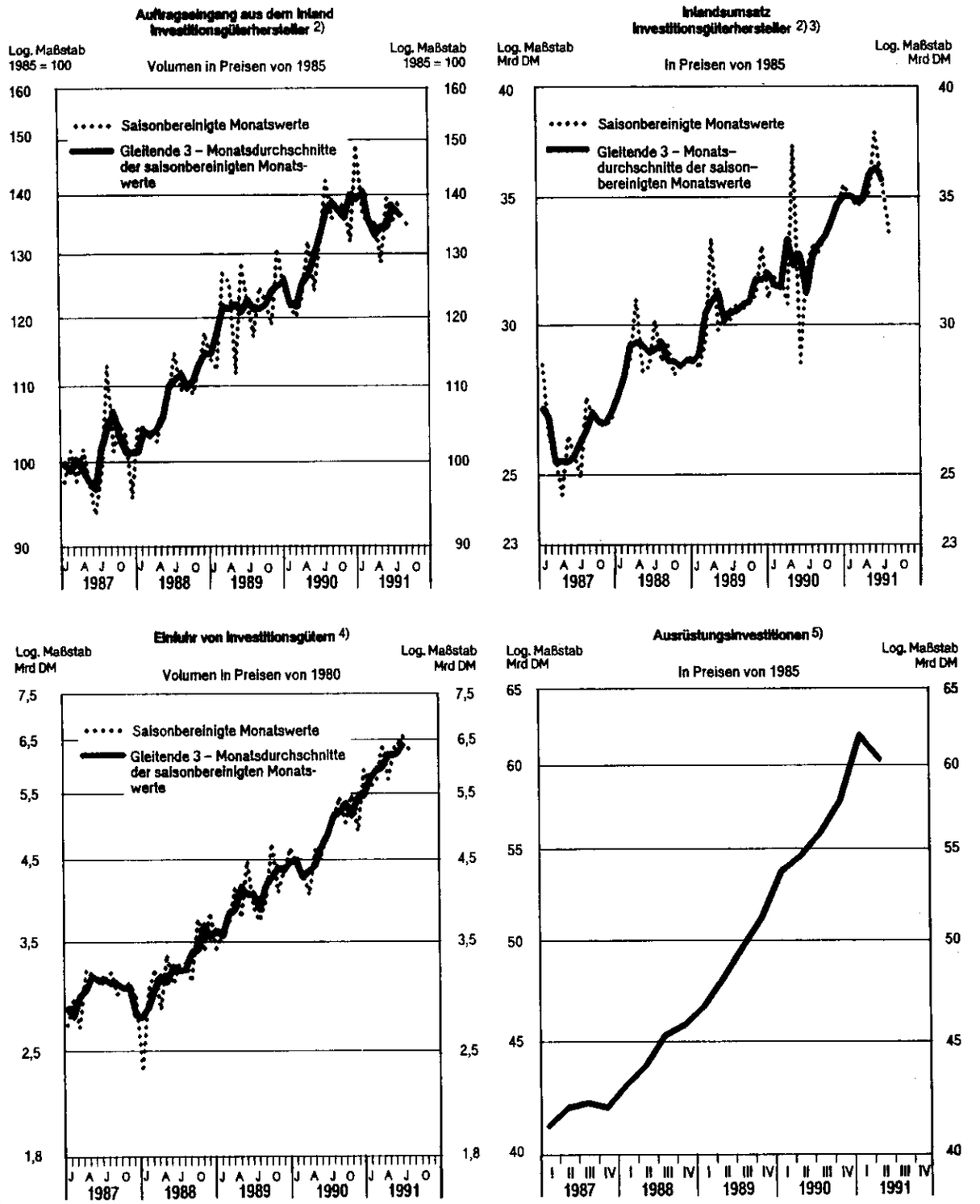
102. Ansteigende Unternehmensinvestitionen haben der Konjunktur auch im Jahre 1991 – nunmehr im dritten Jahr in Folge – starke Impulse gegeben. Allerdings ließ ihre Schubkraft im Laufe des Jahres deutlich nach. Nachdem im ersten Halbjahr 1991 noch knapp 13 vH mehr an Ausrüstungsgütern ausgeliefert wurden als im Vorjahr, stieg das Investitionsvolumen im zweiten Halbjahr nicht weiter an. Trotz schwacher Zunahme im Jahresverlauf wurde ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs der realen Ausrüstungsinvestitionen von 10 vH erreicht.

Der hohe Umsatz an Investitionsgütern im Inland sowie die rapide steigenden Investitionsgütereinfuhren in der ersten Hälfte des Jahres 1991 beruhten zu einem guten Teil darauf, daß Investitionsgüterbestellungen des Vorjahres nun zur Auslieferung gelangten (Schaubild 11). Um die Jahresmitte 1990 hatten sich die Inlandsaufträge bei den Herstellern von Investitionsgütern sprunghaft erhöht. Trotz zunehmender Produktion von Investitionsgütern waren die Auftragsbestände bis zum Jahresende erheblich angestiegen. Die kräftige Investitionskonjunktur des Jahres 1990 hatte im Zeichen der deutschen Vereinigung gestanden. Sie hatte die Nachfrageperspektiven weiter verbessert und die Unternehmen angesichts bereits hoch ausgelasteter Kapazitäten veranlaßt, in die Erweiterung und Modernisierung ihrer Produktionsanlagen zu investieren. Die Rentabilitätslage und die Finanzierungssituation waren im ganzen günstig, und der starke Zustrom an Arbeitskräften aus Ostdeutschland hatte Engpässe bei der Besetzung zusätzlicher Stellen gemildert.

Die Zahlen zum Investitionsvolumen im westlichen Teil der Bundesrepublik unterzeichnen die tatsächliche Investitionsaktivität westdeutscher Unternehmen. Sie enthalten nicht deren Investitionen in Ostdeutschland, die dort zum Aufbau von Vertriebsstrukturen und Fertigungskapazitäten dienen. Soweit

ZUR INVESTITIONSKONJUNKTUR

Saisonbereinigt 1)



1) Nach dem Census – Verfahren II, Version X–11.– 2) Investitionsgüter produzierendes Gewerbe ohne die Bereiche: Herstellung von Personenkraftwagen (einschließlich Motoren), Krafträdern, Kraftradmotoren, Fahrrädern, elektrotechnischen Gebrauchsgütern (Rundfunk– und phonotechnische Geräte, Elektrohaushaltsgeräte, elektrische Leuchten und Lampen), Schneidwaren und Bestecken; einschließlich der Bereiche: Herstellung von technischer Keramik, Hohlglas, technischem Glas.– 3) Abgrenzung nach fachlichen Betriebsteilen; ohne Mehrwertsteuer. Deflationiert mit dem Erzeugerpreisindex für Investitionsgüter (Fertigerzeugnisse).– 4) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.– 5) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

SR 91 0575

diese Investitionen zu Lieferungen von Ausrüstungsgütern von den alten in die neuen Bundesländer führen, werden sie im System getrennter Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen als westliche Exporte in die neuen Bundesländer und dort als Importe und Investitionen gebucht.

103. Im Verlauf des Jahres 1991 haben sich die Bedingungen für das Investieren allerdings merklich verschlechtert. Die Auslandsnachfrage ging stärker zurück, als dies in den Exporterwartungen des Vorjahres angenommen worden war, und die Inlandsnachfrage hat sich deutlich abgeschwächt. Die Steuer- und Abgabenerhöhungen, die in diesem Jahr in Kraft getreten sind, haben nicht nur den Anstieg der privaten Konsumnachfrage vermindert (Ziffern 96 f.), sondern auch den Finanzierungsspielraum für zusätzliche Investitionen geschmälert.

Auch die Rentabilitätslage der Unternehmen hat sich im Jahre 1991 deutlich verschlechtert. Obwohl die Gewinne als Folge hoher Umsätze absolut nochmals gestiegen sind, haben sie sich sowohl in Relation zu den Erlösen als auch in Relation zum Kapitalbestand im zweiten Jahr in Folge vermindert. Die Gewinne gerieten im Jahre 1991 von verschiedener Seite her unter Druck: Aufgrund stark steigender Importmengen und wieder leicht erhöhter Einfuhrpreise nahm die Einfuhrrechnung der Unternehmen erheblich zu; als Folge der anhaltend hohen Kapitalmarktzinsen hatten sie hohe Kosten für Fremdkapital, aber auch für das im Unternehmen gebundene Eigenkapital in Rechnung zu stellen; und schließlich nahmen auch die indirekten Steuern — unter anderem als Folge der Mineralölsteuererhöhung — schneller zu als die Erlöse. Auch die Personalkosten sind aufgrund der hohen tariflichen Lohnsteigerungen und der erhöhten Sozialbeiträge stark gestiegen. Ihr Zuwachs blieb gleichwohl leicht hinter dem Anstieg der Erlöse zurück, weil die Unternehmen die nach wie vor hohe Nachfrage nutzten, um ihre Absatzpreise kräftig zu erhöhen und zugleich die Absatzmengen ausweiten. Nicht enthalten in der Gewinn-Erlös-Relation sind die zusätzlichen Belastungen, die den Unternehmen durch den Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer entstanden. Er hat den Zuwachs der Gewinne nach Steuern deutlich vermindert. Der Rückgang der Gewinn-Erlös-Relation (Ziffer 128) muß nicht zwangsläufig mit einem gleichstarken Rückgang der Gewinnerwartungen verbunden gewesen sein, die für die Investitionsentscheidungen der Unternehmen letztlich entscheidend sind.

104. *Nach den Ergebnissen einer umfassenden Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vom Frühjahr 1991 ist die Gewinnsituation der Unternehmen bei weitem nicht so positiv, wie das noch im letzten Jahr angenommen werden mußte. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen lagen im Jahre 1990 demnach bei 558 Mrd DM und nicht wie im Vorjahr von uns angenommen bei 614 Mrd DM. Die Gewinn-Erlös-Relation, die dem Sachverständigenrat zur Einschätzung der Rentabilitätsbedingungen im Unternehmensbereich dient, lag nicht bei 8 vH sondern bei 4,5 vH. Es zeigt sich, daß die Gewinn-Erlös-Relation in den siebziger Jahren stärker gesunken und in den achtziger Jahren wesentlich langsamer gestiegen ist als nach unseren früheren Berechnungen. Die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre viel diskutierte Hypothese, daß die Investitionen nicht in zu erwartendem Ausmaß auf die Verbesserung der Gewinnsituation reagiert hätten, läßt sich nachträglich zu einem guten Teil mit dieser Korrektur der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen begründen.*

105. In den einzelnen Teilbereichen der Wirtschaft hat sich die Investitionstätigkeit im Jahre 1991 ganz unterschiedlich entwickelt. In den stark vom Export abhängigen Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes — so vor allem in Teilen der Elektrotechnik und des Maschinenbaus — ist es zu starken Absatzeinbußen und zu Gewinneinbrüchen gekommen, die Investitionspläne für 1991 sind hier deutlich nach unten revidiert worden. In denjenigen Wirtschaftsbereichen, die von der Nachfrage aus den neuen Bundesländern stärker profitierten — dazu gehörten vor allem der Handel, die konsumnahen Zweige des Verarbeitenden Gewerbes, aber auch Teile der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie — war die Lage günstiger; die Unternehmen dieser Bereiche haben überwiegend ihre Investitionsbudgets erneut aufgestockt, wenngleich nicht mehr so ausgeprägt wie im Vorjahr. Unverändert stark war der Investitionsanstieg dagegen in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die seit Mitte 1990 einen besonders kräftigen Anstieg der Bestellungen aus den neuen Bundesländern zu verzeichnen hatte.

Das Motiv der Kapazitätserweiterung, das in den vergangenen Jahren immer wichtiger geworden war, hat im Laufe dieses Jahres für die Investoren an Bedeutung verloren. Im Anschluß an die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion waren die Investitionen stark auf den Ausbau der Kapazitäten gerichtet worden. Vor allem im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe hatte die Mehrnachfrage aus den neuen Bundesländern bis Anfang 1991 zu beträchtlichen Kapazitätsanspannungen geführt. Mit dem Rückgang der Nachfrage im weiteren Verlauf des Jahres nahm die Kapazitätsauslastung wieder deutlich ab. Wichtiger als ein weiterer Ausbau werden daher Rationalisierung und Modernisierung der Produktionsanlagen.

106. Die Bereitschaft westdeutscher Unternehmen, im Ausland zu investieren, blieb im Jahre 1991 unverändert hoch. Eine größere Umlenkung der Direktinvestitionen zugunsten der Produktionsstandorte in den neuen Bundesländern ist bislang nicht zu beobachten. Ausländische Unternehmen haben sich weiterhin zurückgehalten; nach einem kräftigen Anstieg im Jahre 1989 gehen ihre Direktinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland kontinuierlich zurück. Offenbar sind die Investitionschancen in ihrem Urteil weder in den alten noch in den neuen Bundesländern positiv genug, um ein größeres Engagement zu rechtfertigen.

107. Für das Investitionsvolumen in den alten Bundesländern wird in den kommenden Jahren zunehmend eine Rolle spielen, daß Großprojekte in den ostdeutschen Ländern anlaufen und beträchtliche Investitionssummen binden werden. Zwar hat sich die Investitionstätigkeit im westlichen Bundesgebiet in den Jahren 1990 und 1991 aufgrund des zunehmenden Engagements der Unternehmen im Osten nicht vermindert. Das lag aber vor allem daran, daß die Investitionen in Ostdeutschland bisher vorwiegend auf die Errichtung von Vertriebsstrukturen zur Erschließung des ostdeutschen Marktes gerichtet waren, während die Produktion weitgehend aus westdeutschen Fertigungskapazitäten stammte. Komplementär zum erhöhten Absatz in den neuen Bundesländern wurde daher verstärkt in die Erweiterung westdeutscher Produktionskapazitäten investiert.

Verlangsamte Expansion in der Bauwirtschaft

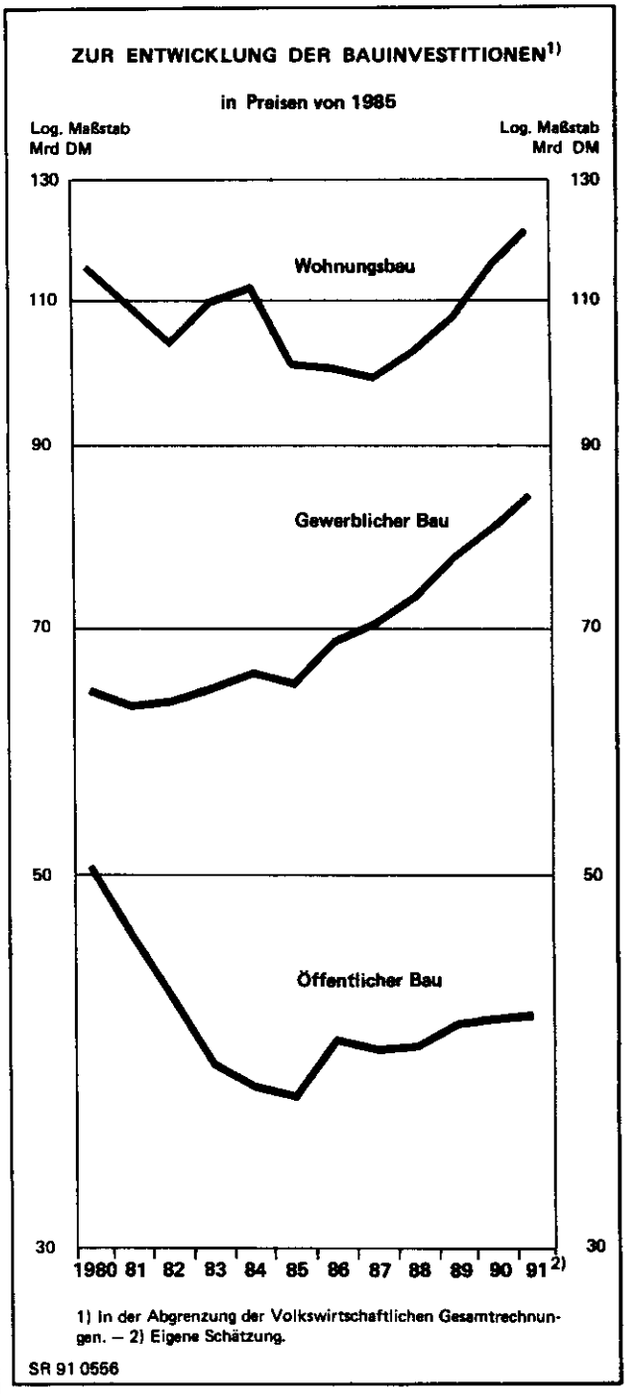
108. Die Aufwärtsbewegung der westdeutschen Bauwirtschaft setzte sich im Jahre 1991 mit verringertem Tempo fort. Die Bautätigkeit wurde erstmals seit Jahren wieder in größerem Umfang durch winterliches Wetter beeinträchtigt. Trotzdem stiegen die Bauinvestitionen in den alten Bundesländern noch um durchschnittlich gut 3½ vH gegenüber dem Vorjahr an.

Die Gewichte zwischen den einzelnen Bausparten haben sich verschoben (Schaubild 12). Die Investitionen im gewerblichen Bau nahmen in diesem Jahr aufgrund der großen Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen der westdeutschen Wirtschaft mit kaum verringertem Tempo zu. Zudem stiegen die Auftragsbestände in der ersten Jahreshälfte weiter deutlich an und blieben trotz eines Rückgangs zur Jahresmitte auch in der Folgezeit noch deutlich über ihrem Vorjahresniveau. Zwar sind in diesen Daten seit Oktober 1990 auch Aufträge aus den neuen Bundesländern an Bauunternehmen in Westdeutschland enthalten. Dennoch dürften die Verzerrungen in der Statistik sehr gering geblieben sein, weil den ostdeutschen Aufträgen entgegenstand, daß in diesem Jahr westdeutsche Bauherren auch Aufträge an ostdeutsche Bauunternehmen erteilt haben, die in der westlichen Statistik nicht erfaßt worden sind.

Auch im Wohnungsbau wurde in diesem Jahr weiterhin kräftig investiert, wenngleich hier die Investitionen nicht mehr so stark wie im Vorjahr angestiegen sind. Die Nachfrage im Wohnungsbau blieb auf hohem Niveau. Bis August lagen die Auftragseingänge nochmals um 4,4 vH höher als im Vorjahr (Tabelle 17). Zu weiterhin günstigen Perspektiven der gewerblichen Investoren im Wohnungsbau trugen die zuletzt im September mit 4,5 vH gegenüber dem Vorjahresmonat weiterhin stark angestiegenen Wohnungsmieten bei. So verstärkte sich die Baunachfrage im Geschoßwohnungsbau erheblich. Von Januar bis Juni wurden in diesem Bereich 11,8 vH mehr Baugenehmigungen erteilt. Demgegenüber dürfte das anhaltend hohe Zinsniveau dafür verantwortlich sein, daß die Baugenehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 13,4 vH erheblich abgenommen haben. Insgesamt blieb die Nachfrage nach Wohnungsbauleistungen nur geringfügig hinter der Wohnungsbauproduktion zurück, wie der weiterhin hohe Auftragsbestand anzeigt. Deshalb waren die Kapazitäten, obwohl sie auch in diesem Jahr kräftig erweitert worden sind, sehr hoch ausgelastet.

Ebenfalls differenziert entwickelte sich der öffentliche Bau, der vom Winterwetter zu Jahresbeginn wegen seines hohen Tiefbauanteils in besonders starkem Ausmaß beeinträchtigt wurde. Weil die Auftragspolster noch relativ groß waren, wurden seither die Straßenbauinvestitionen und der sonstige öffentliche Tiefbau nochmals merklich ausgedehnt, während die Investitionen im öffentlichen Hochbau bereits rückläufig waren. Insgesamt haben damit die öffentlichen Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt noch leicht zugenommen. Trotz angespannter Finanzlage der öffentlichen Haushalte stieg insgesamt der Auftragsbestand sogar noch leicht an, allerdings bei deutlich rückläufigen Auftragseingängen im Straßenbau.

Schaubild 12



109. Die günstige Entwicklung der Bautätigkeit veranlaßte die Unternehmen auch in diesem Jahr zu Neueinstellungen. Nach der letztjährigen Beschäftigungsexpansion von 3,5 vH deuten die Ergebnisse der Bauberichterstattung darauf hin, daß der Beschäftigungsanstieg im Bauhauptgewerbe der alten Bundesländer auch in diesem Jahr kaum geringer ausgefallen ist. Zudem nahm im Laufe des ersten Halbjahres die Kurzarbeit gegenüber dem Vorjahresszeitraum deutlich ab. Die weiterhin rege Investitionstätigkeit westlicher Bauunternehmen — die Baumaschinenbestellungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 17 vH (Januar bis August) — diente nach Angaben des Zentral-

Tabelle 17

Entwicklung der Auftragseingänge und der Produktion im Bauhauptgewerbe
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Auftragseingang (Volumen)				Nettoproduktion[1]		
	insgesamt	Hochbau		Tiefbau	insgesamt	Hochbau	Tiefbau
		zusammen	darunter Wohnungsbau				
1980	− 7,4	− 6,1	−11,3	− 9,6	− 0,2	− 0,4	0,2
1981	−18,2	−14,1	−15,2	−25,1	− 8,5	− 7,2	−10,7
1982	− 0,1	− 2,3	− 1,2	4,3	− 3,7	− 4,9	− 1,7
1983	9,7	11,4	19,5	6,5	0,9	3,7	− 3,7
1984	− 7,0	−14,8	−20,9	7,9	1,4	2,0	0,3
1985	− 2,2	− 5,7	−22,3	2,9	− 9,6	−15,1	0,7
1986	7,2	5,8	− 6,2	9,1	5,8	4,2	8,3
1987	− 4,1	− 3,3	− 7,4	− 5,2	− 0,3	− 0,1	− 0,6
1988	7,7	9,9	10,0	4,7	4,8	6,5	2,2
1989	10,7	11,2	11,9	9,9	6,8	7,8	5,1
1990	8,0	10,8	17,7	3,9	5,4	7,2	2,7
1990 Jan bis Sep[2]	9,0	12,2	20,3	4,3	6,2	7,8	3,5
1991 Jan bis Sep[2]	2,0	2,4	4,4	1,3	1,5	1,6	1,3

1) Abgrenzung nach Unternehmen, kalendermonatlich.
2) Für Auftragseingänge: Januar bis August.

verbands des Deutschen Baugewerbes hauptsächlich der Rationalisierung der Baustellenfertigung. Bis Juni diesen Jahres wurde von den Bauunternehmen kaum über Arbeitskräftemangel berichtet. Seither haben die Klagen über einen Mangel an Fachkräften, aber auch an Kräften mit einfachen Qualifikationen wieder zugenommen.

Angesichts ihrer günstigen Geschäftslage erhöhten die Bauunternehmen im Berichtsjahr die Preise mit 7 vH stärker als im Vorjahr. Bedeutenden Anteil daran hatten die im April vereinbarten Tariflohnsteigerungen in Höhe von 7 vH.

Hohe Überschüsse im Handel mit den neuen Bundesländern

110. Eine enorme Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung im alten Bundesgebiet kommt den Warenlieferungen in die neuen Bundesländer zu. Sie haben die Konjunktur in den alten Bundesländern in besonderem Maße gestärkt. Mit einem Wert von mehr als 190 Mrd DM sind die Warenlieferungen und Einnahmen aus Dienstleistungen wohl auch der bedeutendste gesamtwirtschaftliche Indikator für die Dominanz des westlichen Güterangebots auf den ostdeutschen Märkten. Freilich enthielten die Warenlieferungen zum Teil auch ausländische Güter, die zuvor nach Westdeutschland eingeführt wurden (Ziffer 115). Dennoch zeigt der steile Anstieg der Produktion in den konsumnahen Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes Mitte vergangenen Jahres, daß die Nachfrage aus den neuen Bundesländern die konjunkturelle Entwicklung der westdeutschen Industrie erheblich begünstigt hat. So war in den neuen Bundesländern ein außerordentlich hoher Nachholbedarf zu befriedigen. In der ehemaligen DDR war eine Palette von Produkten, welche für die westdeutschen Verbraucher schon lange zum täglichen Leben gehörten, nicht oder nur unter Inkaufnahme sehr langer Lieferfristen verfügbar. Hinzu kamen die zumeist höhere Qualität von Produkten aus dem Westen und vielfach eine Abneigung gegenüber dem eigenen Sortiment. Unterstützt durch den beträchtlichen Kaufkraftgewinn als Folge der Einführung der D-Mark im vergangenen Jahr, der umfangreichen staatlichen Transferleistungen und der beachtlichen Lohnsteigerungen wurde ein Nachfragestoß ausgelöst, der die westdeutschen Warenlieferungen auch noch in diesem Jahr kräftig ansteigen ließ.

Produkte aus den neuen Bundesländern konnten nur in geringem Maße auf den westdeutschen Märkten Fuß fassen — sei es aufgrund mangelnder Wettbewerbsfähigkeit, sei es wegen ungenügenden Marketings, sei es wegen fehlenden Bekanntheitsgrades des Sortiments im Westen. Die ostdeutschen Warenlieferungen erreichten lediglich ein Niveau von 13½ Mrd DM, so daß im Jahre 1991 ein Saldo von mehr als 120 Mrd DM zustande kam. Erst wenn in den neuen Bundesländern umfangreiche Investitionen in Produktionsanlagen getätigt worden sind und daraufhin neue und verbesserte Produktionen aufgenommen werden, dürften auch die Warenströme aus Ostdeutschland stark anwachsen.

111. *Da es — mit Ausnahme der Statistik des innerdeutschen Warenverkehrs — kaum Indikatoren für die Güterströme zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland gibt, können bei der Schätzung der Handelssalden größere Fehler auftreten. Zur*

Prüfung der Plausibilität der Schätzungen ist es wichtig, auch die Finanzierungsströme hinter den regionalen Handelsungleichgewichten zu betrachten. Der Importüberschuß der neuen Bundesländer kann auf verschiedenen Wegen finanziert werden: durch Einkommensübertragungen, durch einen Netto-Kapitalimport der zusammengefaßten Sektoren Haushalte, Unternehmen und Gebietskörperschaften in Ostdeutschland sowie durch Bargeldbewegungen. Ein Netto-Kapitalimport liegt vor, wenn die gesamten Investitionen, also die Kapitalnachfrage, das Volumen an Ersparnissen, also das Kapitalangebot, übersteigt. In diesem Fall würde die „übrige Welt", die auch die alten Bundesländer umfaßt, eine Nettoforderungsposition gegenüber den neuen Bundesländern aufbauen.

Nach unserer Schätzung dürften die Nettoübertragungen von öffentlichen Mitteln an die Haushalte, Unternehmen und Gebietskörperschaften in Ostdeutschland im Jahre 1991 rund 125 Mrd DM betragen haben. Diese Größe erhält man, indem die Bruttoleistungen der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen an die neuen Länder um die von dort stammenden Einnahmen vermindert werden (Ziffer 193). Sie enthält Leistungen des Bundes in Höhe von 56 Mrd DM. Den Übertragungen steht ein Defizit im Handel von rund 150 Mrd DM gegenüber. Der Differenzbetrag, rund 25 Mrd DM, dürfte zum Großteil als Kapitalimport der neuen Bundesländer anzusehen sein.

Leistungsbilanz im Defizit

112. Die Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland, die seit dem 1. Juli 1990 nur noch für Gesamtdeutschland ausgewiesen wird und daher auch die Transaktionen der neuen Bundesländer mit dem Ausland umfaßt, ist im Jahre 1991 ins Defizit geraten. Vor allem der mit der Einigung ausgelöste Importsog, die Ausfuhrschwäche in den alten Bundesländern, der Einbruch des Osthandels in den neuen Bundesländern, aber auch das besonders hohe Defizit in der Übertragungsbilanz haben erstmals seit 1981 wieder zur Passivierung der Leistungsbilanz geführt.

Im Warenverkehr mit dem Ausland schrumpfte der Aktivsaldo der alten Bundesländer von 92 Mrd DM im Jahre 1990 auf rund 9½ Mrd DM, für einige Monate wies auch die Handelsbilanz ein Defizit aus (Tabelle 18). Dabei spielte allerdings die Nachfrage aus den neuen Bundesländern nach ausländischen Produkten eine größere Rolle. Mit einer nachlassenden

Tabelle 18

Außenhandel für Westdeutschland[1])

Tatsächliche Werte

Zeitraum	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo der Handelsbilanz	Ausfuhr	Einfuhr
	Mio DM			vH[2])	
1990 1. Vj.	169 011	132 034	36 977	*8,4*	*9,9*
2. Vj.	158 774	130 941	27 834	*– 3,9*	*0,0*
3. Vj.	151 853	132 723	19 130	*– 1,6*	*10,5*
4. Vj.	163 146	154 930	8 216	*– 1,4*	*14,5*
1991 1. Vj.	160 767	155 833	4 934	*– 4,9*	*18,0*
2. Vj.	158 848	161 442	– 2 594	*0,0*	*23,3*
1990 Jan	55 927	43 089	12 838	*10,9*	*11,6*
Feb	52 115	41 397	10 718	*3,5*	*5,4*
Mär	60 970	47 548	13 421	*10,5*	*12,4*
Apr	52 475	44 824	7 651	*– 1,8*	*2,8*
Mai	55 764	43 743	12 021	*9,3*	*8,2*
Jun	50 535	42 374	8 162	*– 16,9*	*– 9,7*
Jul	54 026	45 842	8 184	*4,6*	*11,7*
Aug	49 357	43 717	5 641	*– 0,8*	*13,4*
Sep	48 470	43 165	5 305	*– 8,5*	*6,5*
Okt	59 690	53 254	6 436	*3,6*	*10,9*
Nov	54 834	54 075	759	*– 0,4*	*21,7*
Dez	48 621	47 600	1 022	*– 8,1*	*11,1*
Jan/Aug	431 169	352 533	78 636	*2,0*	*6,6*
1991 Jan	54 567	54 302	265	*– 2,4*	*26,0*
Feb	51 187	49 078	2 109	*– 1,8*	*18,6*
Mär	55 013	52 452	2 561	*– 9,8*	*10,3*
Apr	52 976	54 631	– 1 655	*1,0*	*21,9*
Mai	53 311	54 436	– 1 125	*– 4,4*	*24,4*
Jun	52 562	52 375	186	*4,0*	*23,6*
Jul	57 372	57 403	– 31	*6,2*	*25,2*
Aug	50 194	47 678	2 517	*1,7*	*9,1*
Jan/Aug	427 185	422 356	4 829	*– 0,9*	*19,8*

[1]) Spezialhandel; Ausfuhr fob, Einfuhr cif.
[2]) Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Binnennachfrage und allmählich steigenden Exporten hat sich im Jahresverlauf wieder eine Aktivierungstendenz durchgesetzt.

113. Die Abkühlung der Weltkonjunktur ging für die alten Bundesländer mit einer Stagnation der Ausfuhr einher. Darüber hinaus haben die westdeutschen Exporteure Anteile am Welthandel verloren; während der Welthandel in diesem Jahr noch mit etwa 3 vH stieg, war die Auslandsnachfrage bis ins Frühjahr stark rückläufig. Der Marktanteilsverlust liegt in erster Linie daran, daß im Zuge der schwachen Weltkonjunktur einige Länder eine stagnierende bis rückläufige Investitionstätigkeit aufwiesen, so daß sich die Auftragslage aus dem Ausland erheblich verschlechterte. Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe aber hat einen besonders hohen Anteil an den westdeutschen Ausfuhren insgesamt.

In realer Rechnung war der westdeutsche Export nahezu unverändert. Die Exportschwäche hielt bis in die zweite Jahreshälfte hinein an, und die Ausfuhr erholte sich im weiteren Verlauf des Jahres nur schleppend.

114. Die nominalen Warenexporte in die EG-Länder stagnierten. Die Ausfuhr in die einzelnen Partnerländer bot ein uneinheitliches Bild. Am schlechtesten verlief das Ausfuhrgeschäft mit dem Vereinigten Königreich, dem wichtigsten Handelspartner; in den ersten acht Monaten lag die Ausfuhr um 9,9 vH unter dem Vorjahresstand. Der Export in die iberischen Länder, der allerdings nur einen Anteil von knapp 10 vH an der Ausfuhr in die EG-Länder und etwa 5 vH an der Ausfuhr insgesamt ausmacht, stieg dagegen stark an. Aufgrund einer weiterhin kräftigen Binnennachfrage und der im Vergleich zur Bundesrepublik anhaltend höheren Preissteigerungsraten in Spanien und Portugal gelang es den westdeutschen Anbietern, den Absatz auf diesen Märkten erheblich zu erhöhen. In den ersten acht Monaten expandierte die Ausfuhr nach Spanien im Vergleich zum Vorjahr mit über 12,1 vH und nach Portugal sogar mit 29,2 vH.

Stark rückläufig war auch der Export in die Vereinigten Staaten. Eine merkliche Besserung setzte erst nach der Jahresmitte ein. Der wieder höher bewertete Dollar stärkte die westdeutschen Anbieter im Preiswettbewerb mit der amerikanischen Konkurrenz, und die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten begann sich zur Jahresmitte von der Rezession zu erholen.

Schließlich hat sich erstmals seit elf Jahren auch das Exportgeschäft mit Japan verschlechtert. Vor allem die nachlassende Investitionsdynamik in Japan und ein Rückgang der Automobilexporte lagen der schwachen Ausfuhrentwicklung zugrunde. Auf dem japanischen Automobilmarkt hatten die deutschen Anbieter nicht nur mit einer Stagnation der Nachfrage, sondern auch mit einer zunehmenden Konkurrenz japanischer Fahrzeuge der Luxusklasse zu kämpfen.

Die Warenausfuhr in die Entwicklungsländer verlief, wie schon im vergangenen Jahr, überdurchschnittlich gut. Im Handel mit den OPEC-Ländern schlug der Ausfall des Irak-Geschäfts negativ zu Buche. Am Aufbau Kuwaits wurden westdeutsche Firmen kaum beteiligt. Dennoch übertraf die Ausfuhr in die OPEC-Staaten von Januar bis August diesen Jahres ihren Vorjahresstand um 5,1 vH.

Während die Ausfuhr in die ehemaligen Staatshandelsländer insgesamt schwach war, hat sich der Warenaustausch mit den Reformländern Polen und Tschechoslowakei als Folge der Liberalisierungsbemühungen im Außenhandel in diesem Jahr beträchtlich intensiviert. Der westdeutsche Export in die Tschechoslowakei nahm in den ersten sieben Monaten um mehr als 40 vH und nach Polen um reichlich 70 vH zu.

115. Die Passivierung der Leistungsbilanz hing aber vor allem mit der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zusammen, die im vergangenen Jahr zum Ausgangspunkt eines gewaltigen Importbooms wurde. Dem Volumen nach lag der Import in den ersten acht Monaten des Jahres 1991 um rund 17 vH über dem Vorjahresstand. Die ostdeutsche Nachfrage umfaßte auch ausländische Produkte, die über die alten Bundesländer bezogen wurden; daher gewann der Import rasch an Fahrt. Der Nachfragesog aus den neuen Bundesländern stieß bis zur Jahreswende 1990/91 in den alten Bundesländern auf nahezu voll ausgelastete Kapazitäten und eine kurzfristig beschränkte Lieferfähigkeit inländischer Anbieter, so daß die hohe Binnennachfrage gleichfalls stärker auf das Ausland gerichtet war. Erst mit nachlassender Schubkraft beider Nachfrageaggregate und einer sinkenden Kapazitätsauslastung in Westdeutschland verlor der Import im Jahresverlauf wieder an Fahrt.

Die Importnachfrage der alten Bundesländer enthielt zu einem großen Teil Güter, die direkt in das Beitrittsgebiet weitergeleitet wurden. Die Einfuhrstatistik überzeichnet daher den westdeutschen Import. Für diese Komponente der Einfuhr wurde der Begriff „Durchleitungsimport" geprägt. Der hohe Import der neuen Bundesländer über das Handelssystem Westdeutschlands hat seine Ursache vor allem darin, daß ausländische Lieferanten kaum direkte Lieferbeziehungen zum ostdeutschen Markt errichtet hatten. Statt dessen dienten ihnen westdeutsche Handelsketten oder eigene Niederlassungen in Westdeutschland als Kanäle zur Versorgung der Märkte in den neuen Bundesländern. Eine Quantifizierung des Durchleitungsimports kann die Einfuhrstatistik jedoch nicht leisten. Sicher ist aber, daß ohne diesen Durchleitungsimport in Westdeutschland ein nennenswerter Handelsbilanzüberschuß erzielt worden wäre.

116. Dem raschen Abbau des deutschen Handelsbilanzüberschusses stand zu Jahresanfang noch eine kräftige, wenn auch absolut gesehen weit geringere Zunahme des Überschusses in der Dienstleistungsbilanz gegenüber.

Seit Juli vergangenen Jahres weist die Deutsche Bundesbank in der Zahlungsbilanzstatistik die Dienstleistungsbilanz für Gesamtdeutschland aus; der Vergleich zum Vorjahr wird dadurch erschwert. Da die Transaktionen im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland in den neuen Bundesländern bislang nur einen kleinen Bruchteil der gesamtdeutschen Dienstleistungstransaktionen ausmachen dürften, ist es vertretbar, zur Beurteilung der Entwicklungen der Dienstleistungsbilanz den Vorjahresvergleich gegenüber den Werten vor Juli 1990 heranzuziehen.

Die Überschüsse gingen vor allem auf den hohen Aktivsaldo bei den Kapitalerträgen zurück. Er hatte sich im ersten Halbjahr 1991 deutlich erhöht. Im weiteren Verlauf des Jahres machten sich dann aber der Umschwung in der Kapitalbilanz sowie die sinkenden Zinsen im Ausland bemerkbar, vor allem auf Anlagen in Dollar. Da die Nettoauslandsposition der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr zunahm, stiegen auch die Netto-Kapitalerträge nicht weiter an. Insgesamt war im Jahre 1991 der Aktivsaldo der Dienstleistungs-

bilanz im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert.

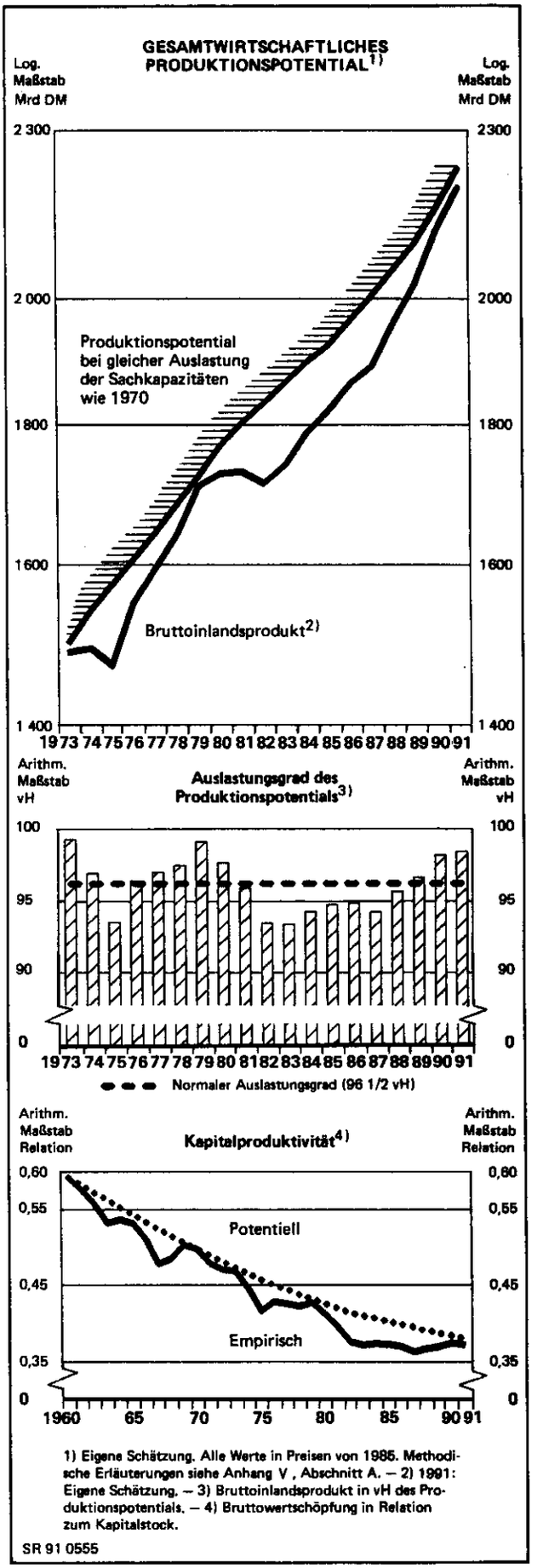
117. Die ohnehin defizitäre Übertragungsbilanz wurde durch mehrere Sonderzahlungen an das Ausland zusätzlich belastet. Die umfangreichsten Leistungen entstanden durch die deutsche Beteiligung an den Kosten des Golfkriegs in Höhe von etwa 10,5 Mrd DM. Zudem waren Zahlungen im Zusammenhang mit dem Abzug der sowjetischen Truppen aus den neuen Bundesländern zu leisten. Der Truppenabzug selbst sowie die Leistungen für den Wohnungsbau für die abziehenden Soldaten in der Sowjetunion belasteten die Übertragungsbilanz in diesem Jahr mit etwa 3 Mrd DM.

Abermals starke Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten

118. Das Wachstumstempo der westdeutschen Wirtschaft, das der Sachverständigenrat an der Zuwachsrate des Produktionspotentials bemißt, hat sich im Jahre 1991 abermals erhöht (Schaubild 13). Die Produktionsmöglichkeiten nahmen mit über 3 vH annähernd so schnell zu wie das Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen; infolgedessen hat sich die Kapazitätsauslastung nur leicht erhöht. Seit der Wachstumsschwäche um die Mitte der achtziger Jahre, als die Kapazitätszunahme jährlich unter 2 vH lag, hat sich das Potentialwachstum kontinuierlich erhöht. Diese Beschleunigung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Unternehmen in den vergangenen Jahren in hohem Umfang in die Erweiterung und Modernisierung ihrer Sachkapazitäten investiert haben. In Relation zum Bruttosozialprodukt lagen die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen im vergangenen Jahr bei 9,3 vH, verglichen mit rund 8 vH um die Mitte der achtziger Jahre. Mit der zunehmenden Investitionstätigkeit hat sich das Wachstum des Kapitalstocks im Jahre 1991 auf über 4 vH beschleunigt, und seine Beschaffenheit hat sich grundlegend geändert. Die neuen Anlagegüter sind vielfach mit moderner Mikroelektronik ausgestattet, die Produktion ist stärker automatisiert worden, und das durchschnittliche Alter der Produktionsanlagen, das bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre angestiegen war, hat sich im Laufe der letzten Jahre wieder verringert. All dies wirkte sich positiv auf die Entwicklung der Kapitalproduktivität aus (JG 90 Ziffern 146 f.). Aber auch von seiten des Arbeitsangebots ist die Kapitalproduktivität in den letzten Jahren verbessert worden. Angebotsengpässe auf einzelnen Teilarbeitsmärkten, die die Produktionsmöglichkeiten einschränkten, sind durch die hohe Zuwanderung der letzten Jahre gemildert worden (Ziffer 132).

119. *Zur Berechnung des Produktionspotentials sind in diesem Jahr einige methodische Anmerkungen notwendig. Das Produktionspotential soll dasjenige Produktionsniveau der westdeutschen Volkswirtschaft angeben, das bei intensiver Nutzung des vorhandenen Arbeitskräftepotentials und des rentabel nutzbaren Kapitalbestandes erreichbar wäre. Es soll unabhängig von der konjunkturellen Lage sein und als Maßstab für das Wachstum der Volkswirtschaft dienen. Die Konzeption ist nicht allein für die Konjunktur- und Wachstumsanalyse wichtig, sie geht auch in die geldpolitischen und finanzpolitischen Überlegungen des Sachverständigenrates ein.*

Schaubild 13



1) Eigene Schätzung. Alle Werte in Preisen von 1985. Methodische Erläuterungen siehe Anhang V, Abschnitt A. – 2) 1991: Eigene Schätzung. – 3) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials. – 4) Bruttowertschöpfung in Relation zum Kapitalstock.

SR 91 0555

Unsere Potentialrechnung erstreckt sich in diesem Jahr gleichwohl nur auf den Westteil der Bundesrepublik. Für die ostdeutsche Wirtschaft ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt schlechterdings nicht möglich, ein aussagekräftiges Produktionspotential zu schätzen. Längere Zeitreihen zur Schätzung des Produktionspotentials sind nicht verfügbar. Über die Höhe des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks gibt es keinerlei gesicherte Angaben. Bei einer Berechnung des Produktionspotentials für Ostdeutschland müßte auch die Frage beantwortet werden, welcher Teil der Produktionskapazitäten mittelfristig wieder einsetzbar ist und welcher Teil dauerhaft stillgelegt werden muß. Das ist schon auf der mikroökonomischen Ebene schwer, makroökonomisch unmöglich.

Bei der Berechnung des westdeutschen Produktionspotentials haben wir den Stützzeitraum für die Schätzung der trendmäßigen Kapitalproduktivität aktualisiert. Während der Produktivitätstrend im vergangenen Jahr auf der Basis des Zeitraums von 1979 bis 1990 geschätzt wurde, haben wir nunmehr auch das Jahr 1991 miteinbezogen. Das war notwendig geworden, weil sich die gesamtwirtschaftliche Expansion auch im Jahre 1991 fortgesetzt hat und der Stützzeitraum für die Produktivitätsschätzung nach unserer Konzeption so abzugrenzen ist, daß an seinem Anfang und an seinem Ende jeweils Jahre mit vergleichbarer konjunktureller Situation stehen.

Obwohl schon im Herbst letzten Jahres abzusehen war, daß der Stützzeitraum von 1979 bis 1990 nur vorläufig sein würde und in diesem Jahr nochmals geändert werden müßte, haben wir die damit verbundenen Schätzfehler in Kauf genommen, weil sie wesentlich geringer gewesen sein dürften als die Fehleinschätzung, die man mit der Basis des letzten abgeschlossenen Zyklus von 1975 bis 1982 riskiert hätte. Die Indizien für eine Abflachung des negativen Produktivitätstrends waren zu stark, als daß mit diesem nicht mehr aktuellen Stützzeitraum hätte weitergerechnet werden können (JG 90 Anhang VI, Abschnitt A). Nach unserer derzeitigen Schätzung liegen die Wachstumsrate des Produktionspotentials in den Jahren seit 1982 noch etwas höher und die Kapazitätsauslastung entsprechend niedriger als im vergangenen Jahr angenommen. Die aktualisierte Schätzung hat bestätigt, daß sich der rückläufige Trend der Kapitalproduktivität, der inzwischen — 0,9 vH jährlich beträgt, gegenüber den sechziger und siebziger Jahren deutlich abgeflacht hat.

120. Obwohl die Kapazitätsauslastung im Verlauf des Jahres 1991 vor allem in exportabhängigen Bereichen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes deutlich zurückging, nahm die Produktion im Durchschnitt des Jahres, über alle Wirtschaftsbereiche hinweg, nochmals etwas stärker zu als die Produktionskapazitäten. Die Kapazitätsauslastung lag bei 98,6 vH und überschritt damit im dritten Jahr in Folge ihren langjährigen Durchschnitt, den man als Normalauslastung ansehen kann.

Trotz der stark ausgelasteten Kapazitäten und der lebhaften Nachfrageentwicklung der letzten Jahre ist es erst im Laufe des Jahres 1991 zu einer Inflationsbeschleunigung gekommen. Das hat vor allem mit dem hohen Offenheitsgrad der deutschen Wirtschaft und dem asynchronen Konjunkturverlauf in wichtigen Industrieländern zu tun. Der mit der Einführung der D-Mark in Ostdeutschland verbundene Nachfrageschub wurde zu einem beträchtlichen Teil auf ausländisches Güterangebot abgeleitet. Der Warenimport stieg dem Volumen nach schon im Jahre 1990 kräftig an und lag in der ersten Jahreshälfte 1991 nochmals um knapp 19 vH über dem Vorjahresstand. Das zeigt, daß ein Überschreiten der Normalauslastung in einer offenen Wirtschaft nicht automatisch zu Angebotsengpässen und damit zu inflationären Verspannungen führen muß. Dabei spielte allerdings eine entscheidende Rolle, daß die internationale Konjunkturentwicklung seit 1989 stark differenziert verlaufen ist. Während in der Bundesrepublik die Kapazitätsanspannung bis Ende 1990 zunahm, Lieferzeiten und Auftragsbestände im Verarbeitenden Gewerbe stiegen, hat die Konjunkturabschwächung im Ausland dort Kapazitäten frei werden lassen, die kurzfristige Lieferfähigkeit der Auslandsanbieter erhöht und die weltweite Preiskonkurrenz intensiviert. Nur aufgrund dieser asynchronen Konjunkturentwicklung war es der deutschen Wirtschaft möglich, die Importmengen kurzfristig sehr stark zu steigern und dabei zugleich von einer Verbilligung der Einfuhr bis in das Jahr 1990 hinein zu profitieren.

Beschleunigt steigende Verbraucherpreise

121. Nach Jahren vergleichsweise moderater Teuerung sind die Preise auf Verbraucherebene stärker angestiegen, im Verlauf des Jahres um 4½ vH, im Jahresdurchschnitt um 3½ vH. Eine höhere Inflationsrate wurde zuletzt im Jahre 1982 gemessen.

In der zweiten Jahreshälfte lagen die Preise um durchschnittlich 4 vH über dem Vorjahresstand. Darin spiegelten sich vor allem zwei Einflüsse wider. Zum einen hatte sich schon eine Beschleunigung in der Grundtendenz der Preisentwicklung im Verlauf des ersten Halbjahres abgezeichnet, zum anderen wurde der Preisauftrieb im Juli durch ein Bündel preiswirksamer fiskalischer Maßnahmen merklich verstärkt. Die Anhebung verschiedener Verbrauchsteuern sowie der Post- und Fernmeldegebühren trat im Juli in Kraft. Die Fernmeldegebühren waren zum Teil schon im April diesen Jahres angehoben worden. Der Preisindex für die Lebenshaltung lag im Juli um 4,4 vH über dem Vorjahresstand; etwa 0,7 Punkte dieser Preissteigerung resultierten aus den administrativen Preisanhebungen. Die Bedeutung der fiskalischen Maßnahmen wird besonders deutlich, wenn die Lebenshaltungspreise in mehr oder weniger staatlich administrierte Preise und Verbraucherpreise ohne staatlich administrierte Preise aufgegliedert werden (Tabelle 19, Schaubild 14, Seite 90).

Unser Urteil über den Beitrag der Verbrauchsteuererhöhungen zum Preisniveauanstieg unterstellt eine vollständige Weitergabe an den Endverbraucher. Nachfrageseitige Zwänge können jedoch dazu führen, daß höhere Verbrauchsteuern sich nicht in vollem Umfang in Preiserhöhungen niederschlagen. So waren die Heizölpreise, die im Juli aufgrund der Steuererhöhungen saisonbereinigt besonders kräftig zunahmen, im folgenden Monat genauso stark gefallen. Andererseits kann auch nicht bestimmt werden, in welchem Ausmaß die administrierten Preissteigerungen sich in den Preisen anderer Leistungen ausgewirkt haben.

122. Verbraucherpreise, die zu einem nicht unerheblichen Teil von der Preissetzungsbefugnis staatlicher Instanzen abhängen oder sich durch einen hohen Verbrauchsteueranteil auszeichnen, werden als staatlich administrierte Verbraucherpreise definiert. In dieser Abgrenzung lassen sich vier Teilgruppen administrierter Preise unterscheiden. Die „direktadministrierten" Verbraucherpreise (Gruppe 1) enthalten vorwiegend Preise, die von staatlichen Stellen gesetzt werden, unter anderem zählen hierzu Verkehrstarife, Post- und Fernmeldegebühren. Ihr Index weist gleich zwei Preissprünge auf — im April und im Juli 1991 —,

Tabelle 19

Zur Entwicklung staatlich administrierter Verbraucherpreise[1])

Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte			Staatlich administrierte Verbraucherpreise						
					davon				darunter	
	insgesamt	ohne staatlich administrierte Verbraucherpreise	ohne Gruppe 1, 2 und 4	zusammen	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 4	Gruppe 1 bis Gruppe 3	Gruppe 1, Gruppe 2 und Gruppe 4
Gewicht	*1 000*	*580,85*	*695,78*	*419,15*	*48,95*	*166,13*	*114,93*	*89,14*	*330,01*	*304,22*
1990 Jan	2,7	2,4	2,7	3,2	1,9	2,3	5,0	3,8	3,0	2,6
Feb	2,7	2,5	2,6	3,0	1,8	2,9	3,2	3,8	2,8	3,0
Mär	2,7	2,5	2,5	3,0	1,8	3,0	2,8	3,8	2,8	3,1
Apr	2,3	2,4	2,0	2,2	1,5	3,1	−0,5	3,7	1,7	3,0
Mai	2,3	2,5	2,1	1,9	1,4	2,7	−0,6	3,7	1,5	2,8
Jun	2,3	2,4	2,1	2,1	1,3	2,7	0,0	3,7	1,7	2,7
Jul	2,4	2,5	2,3	2,2	1,2	2,6	1,0	3,5	1,9	2,6
Aug	2,8	2,6	3,1	3,0	1,1	1,7	6,1	3,3	2,9	2,0
Sep	3,0	2,8	3,4	3,2	1,1	1,8	7,4	2,6	3,4	1,9
Okt	3,3	3,0	4,0	3,9	1,4	1,8	10,5	2,1	4,4	1,8
Nov	3,0	2,8	3,5	3,1	1,6	1,8	7,5	1,9	3,5	1,8
Dez	2,8	3,1	3,2	2,3	1,8	1,7	4,1	1,7	2,5	1,7
1991 Jan	2,8	3,0	3,4	2,6	0,3	2,0	5,6	1,5	2,8	1,6
Feb	2,7	2,7	3,3	2,7	0,4	1,6	7,1	1,6	3,0	1,4
Mär	2,5	3,0	3,0	1,8	0,6	1,5	3,1	1,7	1,8	1,4
Apr	2,8	3,3	3,3	2,2	3,5	1,1	3,7	1,8	2,3	1,7
Mai	3,0	3,3	3,5	2,6	3,9	1,2	5,2	1,9	2,8	1,8
Jun	3,5	3,8	4,0	3,0	4,0	2,0	5,3	2,0	3,3	2,3
Jul	4,4	4,0	5,0	5,0	6,0	2,8	11,1	2,0	5,8	3,1
Aug	4,1	4,0	4,3	4,2	5,9	3,8	5,8	2,1	4,8	3,7
Sep	3,9	3,9	4,0	3,8	5,7	3,9	4,2	2,2	4,3	3,7
Okt	3,5	3,9	3,4	3,0	5,5	4,0	0,6	2,5	3,1	3,8

1) Berechnet auf Grundlage des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte mit der Basis 1985 = 100; der Index setzt sich aus vier Teilgruppen zusammen:
Gruppe 1 = direktadministrierte Preise (u. a. Verkehrstarife, Post- und Fernmeldegebühren),
Gruppe 2 = teiladministrierte Preise (u. a. Versorgungstarife, Mieten),
Gruppe 3 = quasiadministrierte Preise (u. a. alkoholische Getränke, Tabakwaren, Gas, Heizöl, Kraftstoffe),
Gruppe 4 = indirekt administrierte Preise (u. a. Fleisch, Fleischwaren, Milch und Milchprodukte, Backwaren).
Weitere Erläuterungen siehe Anhang V, Abschnitt E.

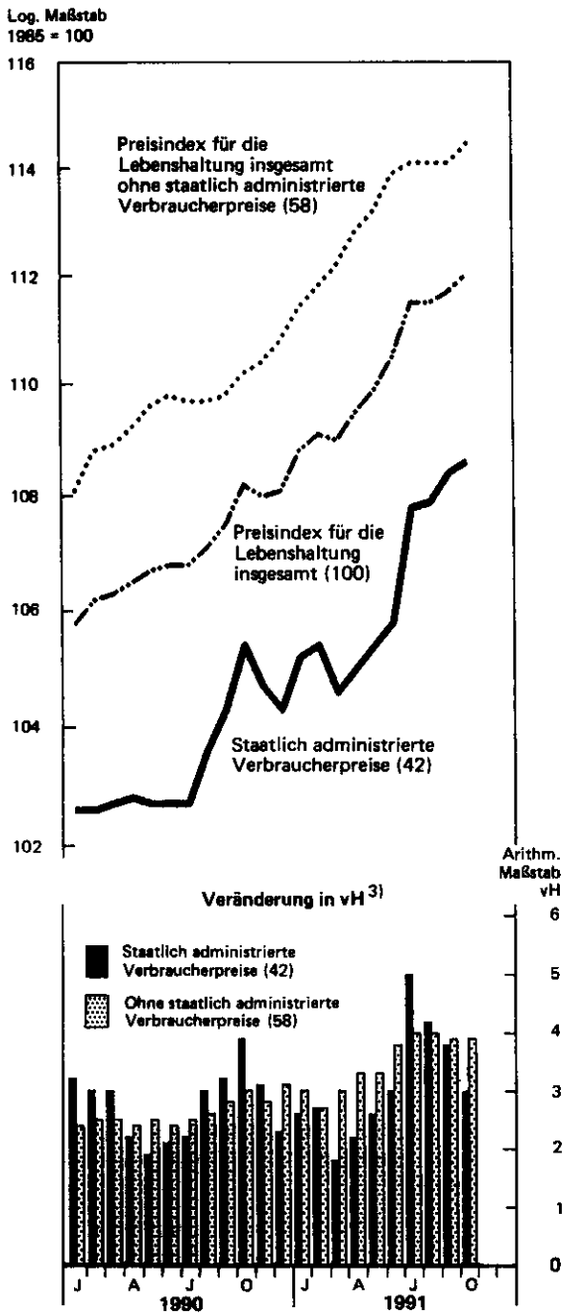
beide sind auf die Erhöhung der Fernmeldegebühren zurückzuführen, im Juli wurde auch die Anhebung der Postgebühren — vor allem der Gebühren für Päckchen — wirksam. Die „teilweise administrierten" Preise (Gruppe 2) umfassen Preise, die zwar nicht von staatlicher Seite gesetzt werden, aber erheblichen Regulierungen unterliegen. Dazu zählen Versorgungstarife und Mieten für Wohnungen aus dem öffentlich geförderten Wohnungsbau. Die „quasiadministrierten" Preise (Gruppe 3) zeichnet ein sehr hoher Verbrauchsteueranteil aus. Unter diesen Begriff fallen unter anderem die Preise für Gas, Heizöl und Kraftstoffe. Dieser Index fängt den Großteil der teilweise massiven Erhöhungen indirekter Steuern ein. So ist die Preissteigerungsrate aufgrund der Verbrauchsteuererhöhung im Vergleich zum Vorjahr von 5,3 vH im Juni auf 11,1 vH im Juli angestiegen. Zudem zeigen sich in diesem Index auch die Auswirkungen des Golfkonflikts, der erhebliche Bewegungen der Energie- und Kraftstoffpreise hervorgerufen hatte. Daher erklärt sich auch der schwächere Preisanstieg im August, denn im Vorjahr hatten sich die Energie- und Kraftstoffpreise schlagartig verteuert, und das ließ den Vorjahresabstand im August geringer erscheinen als im Juli. Die „indirekt administrierten" Preise (Gruppe 4) enthalten vor allem diejenigen Verbraucherpreise, die stark durch EG-Agrarpreisbeschlüsse beeinflußt sind.

Betrachtet man die Preise für die Lebenshaltung unter Ausschluß aller administrierten Preise, so kommt ebenfalls eine deutliche Beschleunigung der Inflation zum Vorschein. Der Index hat seit Jahresbeginn zunehmend höhere Preissteigerungen ausgewiesen; demzufolge betrug die Inflationsrate im Oktober bereits 3,9 vH.

123. Kräftige Preissteigerungen waren bei den saisonabhängigen Nahrungsmitteln zu verzeichnen. Wegen der schlechten Wetterbedingungen im Frühjahr war es in diesem Jahr in der Bundesrepublik wie auch in anderen europäischen Ländern zu besonders schlechten Obst- und Gemüseernten gekommen. Die Verbraucher mußten nach Angaben der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle für einzelne Obst- und Gemüsesorten vorübergehend bis zu 80 vH mehr bezahlen als im Vorjahr.

Schaubild 14

ZUR ENTWICKLUNG STAATLICH ADMINISTRIERTER VERBRAUCHERPREISE[1) 2)]



1) Berechnet auf Grundlage des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte mit der Basis 1985 = 100; der Index setzt sich aus vier Teilgruppen zusammen:
Gruppe 1 = direktadministrierte Preise (u.a. Verkehrstarife, Post- und Fernmeldegebühren),
Gruppe 2 = teiladministrierte Preise (u.a. Versorgungstarife, Mieten),
Gruppe 3 = quasiadministrierte Preise (u.a. alkoholische Getränke, Tabakwaren, Gas, Heizöl, Kraftstoffe),
Gruppe 4 = indirekt administrierte Preise (u.a. Fleisch, Fleischwaren, Milch und Milchprodukte, Backwaren).
Weitere Erläuterungen siehe Anhang V, Abschnitt E.–
2) Die Zahlen in Klammern geben jeweils den Wägungsanteil in vH am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte an. – 3) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

SR 91 0557

Auch die Wohnungsmieten stiegen kräftiger an als die Preise für die gesamte Lebenshaltung. Sie lagen in den ersten zehn Monaten um 4,2 vH über dem Vorjahresstand. Die angespannte Lage am Wohnungsmarkt hat seit Jahren im Vergleich zu den Lebenshaltungspreisen insgesamt zu überdurchschnittlichen Mietsteigerungen geführt (Tabelle 20).

124. Im Verlauf des Jahres haben sich die Stabilitätsbedingungen merklich verschlechtert. Die Preise importierter Güter sind zwar kaum gestiegen, aber die entlastenden Effekte des Vorjahres blieben aus; zwar waren zu Jahresbeginn die Preise für Industrierohstoffe sowie die Rohölpreise an den Weltmärkten gefallen, doch schwanden mit der Aufwertung des Dollar zum Teil die entlastenden Effekte für die inländische Preisbildung.

Die Lohnstückkosten zogen im Laufe des Jahres an, so daß sie im Jahresdurchschnitt um 5 vH stiegen. Zwar hat sich im Verlauf des Jahres der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage verlangsamt. Dennoch blieb die Kapazitätsauslastung über ihrem langjährigen Durchschnitt. Daher ist die Gefahr kräftigerer Preissteigerungen im kommenden Jahr noch nicht gebannt. Die Lohnstückkosten dürften bereits in diesem Jahr maßgeblich zu der beschleunigten Preisentwicklung beigetragen haben.

Es stellt sich immer wieder die Frage, welche Komponenten der Preisbildung für die Preisentwicklung im laufenden Jahr verantwortlich sind. Eine Zerlegung der Preisentwicklung in verschiedene preisdeterminierende Einflüsse ist jedoch nicht sinnvoll, da Interdependenzen zwischen den Einflußfaktoren nicht ausreichend berücksichtigt werden können.

Zunächst ist zu sehen, daß nachfrageseitige und kostenbedingte Einflußfaktoren nicht unabhängig voneinander wirken. Beispielsweise kann ein Anstieg der Stückkosten nur in dem Umfang preiswirksam werden, wie die gesamtwirtschaftliche Nachfrage den Produzenten erlaubt, steigende Stückkosten an die Abnehmer weiterzugeben. Ohne Zunahme der Nachfrage wäre der Versuch einer vollständigen Kostenüberwälzung mit Absatzeinbußen verbunden. Dieser Zusammenhang gilt auch, wenn administrierte Preisanhebungen die Stückkosten der Unternehmen erhöhen. Werden hingegen Preise solcher Leistungen administrativ angehoben, die direkt von den Verbrauchern in Anspruch genommen werden — wie zum Beispiel im Postdienst —, so ist das direkt preiswirksam.

In einer Volkswirtschaft, die — wie die Bundesrepublik — stark in die internationalen Handelsbeziehungen eingebunden ist, hat der Import einen maßgeblichen Einfluß auf die Preisbildung. Soweit Vorleistungen importiert werden, sind die Importpreise ein Element der Stückkosten. Sie bestimmen also kostenseitig die Preisentwicklung mit und stehen daher gleichfalls in wechselseitiger Beziehung mit der Nachfrage. Darüber hinaus befinden sich inländische Produkte mit Importwaren in einer Preiskonkurrenz. Produzenten handelbarer Güter können ihre Preise ohne Absatzeinbußen nur insoweit erhöhen, wie es die Entwicklung der Preise konkurrierender Importgüter erlaubt. Der mäßige Anstieg der Importpreise im Jahre 1991 hat eher disziplinierend auf die Preissetzung im Inland gewirkt.

Diese Komponenten der Preisbildung erklären die Preisentwicklung in der kurzen Frist, langfristig aber wird die Preisentwicklung vor allem durch die monetäre Nachfrage und das reale Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials bestimmt. Ein stetiger Anstieg der Preise über einen längeren Zeitraum hinweg setzt voraus, daß die monetäre Nachfrage schneller expandiert als die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten.

125. Von der Lohnkostenseite ging ein steigender Druck auf die Erzeugerpreise aus. Deren Anstieg

Tabelle 20

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Insgesamt	Darunter				
		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[1]	Wohnungsmieten, Energie[2]			Güter für Verkehr[3] und Nachrichtenübermittlung
			zusammen	davon		
				Wohnungsmieten	Energie[2][4]	
1990 Jan	2,7	3,1	3,8	3,0	6,3	2,6
Feb	2,7	3,3	3,2	3,1	3,6	2,3
Mär	2,7	3,4	3,1	3,1	3,6	1,9
Apr	2,3	3,4	3,0	3,1	2,2	0,2
Mai	2,3	3,3	3,1	3,2	2,5	0,1
Jun	2,3	2,9	3,0	3,3	2,0	0,8
Jul	2,4	2,9	3,2	3,4	2,1	1,3
Aug	2,8	3,2	4,0	3,6	5,3	3,3
Sep	3,0	2,8	3,9	3,7	5,2	5,0
Okt	3,3	2,6	4,8	3,6	8,6	6,2
Nov	3,0	2,4	4,2	3,6	6,1	5,5
Dez	2,8	2,3	3,6	3,7	3,3	4,2
1991 Jan	2,8	2,2	4,3	3,6	6,3	3,8
Feb	2,7	1,8	5,1	3,7	9,8	3,2
Mär	2,5	2,2	4,0	4,0	4,0	3,0
Apr	2,8	2,2	4,3	4,0	4,7	4,6
Mai	3,0	2,3	4,6	4,3	6,1	5,1
Jun	3,5	2,9	4,9	4,5	6,4	5,3
Jul	4,4	3,5	5,3	4,5	7,7	9,6
Aug	4,1	3,2	4,2	4,4	3,4	7,9
Sep	3,9	3,1	4,3	4,5	3,1	6,6
Okt	3,5	3,0	3,6	4,7	0,1	5,0

1) Einschließlich Verzehr in Kantinen und Gaststätten.
2) Ohne Kraftstoffe.
3) Einschließlich Kraftstoffe.
4) Elektrizität, Gas, Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung, Warmwasser und Fernwärme.

wurde allerdings durch eine intensive internationale Preiskonkurrenz begrenzt. Die Importpreise, die zu Jahresbeginn deutlich schwächer tendierten, zogen im zweiten Quartal leicht an und haben sich danach weitgehend stabilisiert. Seit Dezember vergangenen Jahres nahmen die Preise auf Erzeugerebene bis einschließlich August um 2,3 vH zu.

Die Entwicklung der Erzeugerpreise im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe — hier spielt der internationale Wettbewerb eine ganz zentrale Rolle — verlief in diesem Jahr in ruhigen Bahnen; in den ersten neun Monaten übertrafen die Preise den Vorjahresstand um lediglich 1,2 vH. Der lebhaftere Preisanstieg im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe dürfte im Zusammenhang mit der Nachfrage aus den neuen Bundesländern stehen, die bei bereits stark angespannten Kapazitäten die Nachfrage nach Verbrauchsgütern in den alten Bundesländern Mitte letzten Jahres hatte hochschnellen lassen. Die Preise waren in den ersten neun Monaten um 2,9 vH gestiegen, während die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte insgesamt im selben Zeitraum den Vorjahresstand nur um durchschnittlich 2,4 vH übertrafen. Bei Erdgas und Fernwärme war im zweiten Quartal ein kräftiger Preisanstieg zu verzeichnen.

IV. Arbeitseinkommensquote und Gewinn-Erlös-Relation

126. Im Frühjahr diesen Jahres hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der siebten großen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bekanntgegeben. Während sich das Niveau des Volkseinkommens durch diese Revision nicht stark verändert hat, sind beträchtliche Korrekturen bei seiner Verteilung auf einzelne Einkommensarten vorgenommen worden. So hat sich herausgestellt, daß die Höhe der Arbeitseinkommen in der deutschen Wirtschaft über viele Jahre zu niedrig, die der Gewinn- und Kapitaleinkommen dagegen zu hoch eingeschätzt worden waren.

Die neuen Erkenntnisse über die Verteilung des Sozialprodukts beruhen vor allem auf den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung sowie der Volks- und Berufszählung des Jahres 1987. Bereits im vergangenen Jahr hatten sie zu einer Korrektur der Erwerbstätigenstatistik geführt, die die Anzahl der statistisch erfaßten Erwerbstätigen im Jahre 1988 um mehr als 1 Million Personen erhöhte. Nunmehr sind auch die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit deutlich nach oben korrigiert worden. Im Jahre 1990 lagen sie nach

neuer Berechnung um 3,8 vH oder 48,4 Mrd DM höher als nach früheren Ergebnissen. Besonders groß waren die Korrekturen in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft (Abweichung 1990: −21,3 vH), Dienstleistungsunternehmen (Abweichung 1990: 11,7 vH) und Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck (Abweichung 1990: 2,8 vH). Im Produzierenden Gewerbe lagen die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit im Jahre 1990 um 3,5 vH höher als ursprünglich angenommen. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die als Restgröße ermittelt werden, waren nach neuer Rechnung um 11,7 vH niedriger als nach alter Berechnung. Sowohl für die Arbeitseinkommensquote, die dem Sachverständigenrat zur Analyse der funktionalen Einkommensverteilung dient, als auch für die Gewinn-Erlös-Relation, die die Rentabilitätslage im Unternehmenssektor erfassen soll, haben diese Korrekturen weitreichende Konsequenzen.

127. Die Korrekturen der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit führten vor allem im Zeitraum zwischen 1971 und 1982 zu einem größeren Anstieg der Arbeitseinkommensquote. Seither liegt sie um etwa 3½ Prozentpunkte über den alten Ergebnissen. Verlauf der Arbeitseinkommen und Verlauf der westdeutschen Konjunktur stimmen nun statistisch noch besser überein als vor der Datenrevision. In Relation zum Volkseinkommen waren die Arbeitseinkommen durchweg am Ende der jeweiligen Rezessionsphasen am höchsten. Ihren bislang höchsten Wert erreichte die Arbeitseinkommensquote im Jahre 1982 mit 87 vH (Tabelle 21). Seither ist sie wieder auf 78,4 vH zurückgegangen, was in etwa dem Ende der sechziger Jahre erreichten Niveau entspricht. Die Abnahme der Arbeitseinkommensquote im Laufe der achtziger Jahre hat sich durch die Revision der Statistik nicht merklich verändert.

Das Niveau der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist in der Rezession zu Anfang der achtziger Jahre deutlich stärker zurückgegangen als zuvor angenommen. Dahinter stand ein starker Rückgang der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit (Gewinneinkommen). Anstatt um 13 vH sind

Tabelle 21

Verteilung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen

Anteil am Volkseinkommen in vH

Jahr[1]	Arbeitseinkommen[2]		Vermögenseinkommen der privaten Haushalte[3]		Vermögenseinkommen des Staates[4]		„Gewinneinkommen"[5]	
	vor	nach	vor	nach	vor	nach	vor	nach
	Revision[6]							
1970	81,5	81,5	5,1	5,1	0,4	0,4	13,0	13,0
1971	82,4	82,6	4,8	5,0	0,3	0,3	12,5	12,1
1972	82,1	82,7	5,0	5,2	0,0	0,0	12,8	12,1
1973	82,8	83,5	5,5	5,6	0,1	0,1	11,7	10,8
1974	84,8	86,0	5,4	5,6	− 0,2	− 0,2	9,9	8,6
1975	84,9	86,2	6,1	6,2	− 0,5	− 0,5	9,5	8,2
1976	82,6	84,2	5,9	6,0	− 0,8	− 0,8	12,3	10,6
1977	82,6	84,5	6,0	6,1	− 1,0	− 1,0	12,4	10,5
1978	81,6	83,3	5,7	5,8	− 0,9	− 0,9	13,6	11,8
1979	81,2	83,2	5,7	5,8	− 0,8	− 0,8	14,0	11,8
1980	83,2	85,8	6,0	6,4	− 1,0	− 1,0	11,8	8,8
1981	84,1	86,8	6,5	7,0	− 1,2	− 1,2	10,7	7,5
1982	83,4	87,0	7,0	7,6	− 1,1	− 1,1	10,8	6,5
1983	81,0	84,4	6,8	7,2	− 1,5	− 1,5	13,8	9,9
1984	79,4	82,9	7,2	7,6	− 1,5	− 1,5	15,0	11,0
1985	78,8	82,4	7,3	8,0	− 1,4	− 1,5	15,3	11,1
1986	77,8	81,3	7,1	7,8	− 1,5	− 1,6	16,7	12,4
1987	77,9	81,6	6,9	7,7	− 2,0	− 2,0	17,2	12,6
1988	76,5	80,3	6,8	7,9	− 2,4	− 2,4	19,1	14,2
1989	75,3	78,9	6,0	8,6	− 1,7	− 1,7	20,4	14,2
1990	.	78,4	.	9,0	.	− 1,6	.	14,2
1991	.	79,4	.	...	.	− 1,9	.	...

1) 1991 eigene Schätzung.

2) Von Inländern empfangene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (= Lohnquote) und der kalkulatorische Unternehmerlohn, dabei wird für seine Berechnung unterstellt, daß jeder Selbständige und mithelfende Familienangehörige das durchschnittliche Bruttoeinkommen eines beschäftigten Arbeitnehmers erhält.

3) Empfangene Vermögenseinkommen von den Unternehmen, vom Staat, von der übrigen Welt sowie die Einkommen der privaten Haushalte aus der Wohnungsvermietung nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.

4) Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.

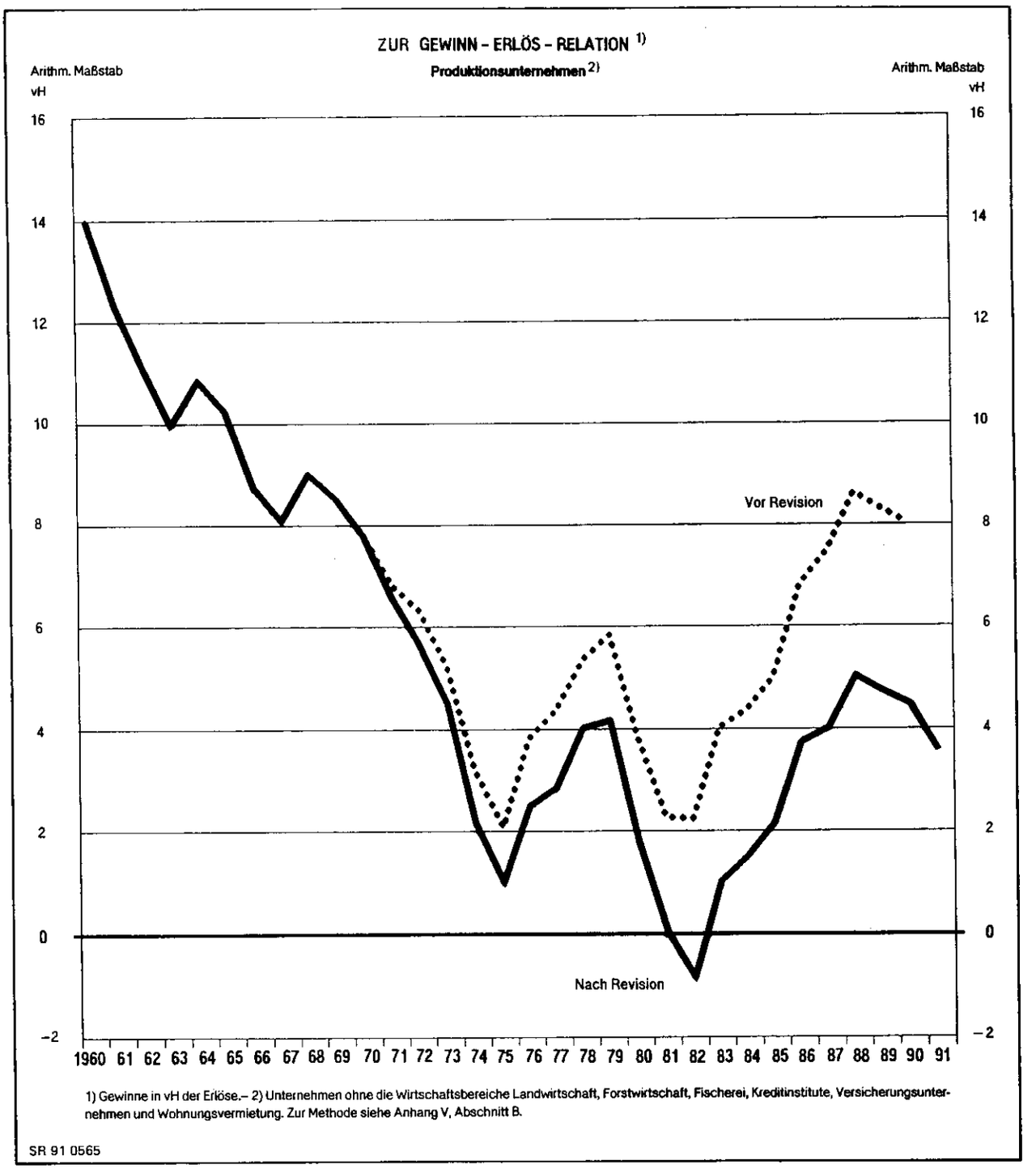
5) Einkommen aus Unternehmertätigkeit (entnommene und nichtentnommene Gewinne der Unternehmen) abzüglich des kalkulatorischen Unternehmerlohns (im Arbeitseinkommen enthalten) und der Einkommen der privaten Haushalte aus Wohnungsvermietung.

6) Im Frühjahr 1991; siehe Statistisches Bundesamt „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1970 bis 1990", Wirtschaft und Statistik Heft 4/1991, Seiten 227 ff.

diese Einkommen zwischen 1979 und 1982 um 38 vH gesunken, ihr Anteil am Volkseinkommen nahm in diesem Zeitraum von 11,8 vH auf 6,5 vH ab. In der Expansionsphase, die 1983 begann, haben sich die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wieder deutlich erhöht. Das war bis 1988 auch nach neuer Rechnung vor allem auf wieder kräftig ansteigende Gewinneinkommen zurückzuführen. In den letzten Jahren sind dagegen die Vermögenseinkommen als Folge zunehmender Kapitalbildung und steigender Zinsen besonders stark angestiegen.

128. Die Gewinn-Erlös-Relation lag nach der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Jahre 1990 um knapp die Hälfte niedriger als nach unseren früheren Berechnungen (Schaubild 15). Auch hierbei hatte die neue Berechnung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit eine ausschlaggebende Bedeutung. Sie hat die Arbeitskosten in Relation zu den Gesamterlösen von 43,5 vH auf 46,1 vH angehoben. Die anderen Kostenanteile, die in die Berechnung der Gewinn-Erlös-Relation eingehen, haben sich dagegen nur leicht erhöht.

Schaubild 15



Für die Interpretation der Gewinn-Erlös-Relation ist weniger das Niveau als vielmehr ihre Veränderung im Zeitablauf von Interesse (JG 89 Ziffern 93ff.). In längerfristiger Betrachtung zeigt sich, daß die Gewinn-Erlös-Relation im Trend der siebziger Jahre stärker zurückgegangen ist und sich in den achtziger Jahren bei weitem nicht so stark verbessert hat, wie das im vorangegangenen Jahr noch angenommen werden mußte. Richtig bleibt aber, daß der Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme, deren Gewicht in den siebziger Jahren stark zugenommen hatte, in den achtziger Jahren deutlich hinter dem Erlöswachstum zurückgeblieben ist (Tabelle 22). Von allen Kostenkomponenten sind die Lohnkosten am wenigsten stark gestiegen. Dagegen liegt der Anteil der Kapitalkosten, die Abschreibungen und kalkulatorische Zinskosten umfassen, heute wesentlich höher als im Jahre 1980. Darin spiegeln sich die zunehmende Kapitalintensivierung der Produktion sowie die im Verhältnis zur Inflationsrate hohen Kapitalmarktzinsen.

Tabelle 22

Zur Gewinn-Erlös-Relation[1])

In vH der Erlöse

Jahr	Bruttolohn- und -gehaltssumme	Arbeitgeberbeiträge	Kalkulatorischer Unternehmerlohn[2])	Zinskosten[3])	Abschreibungen	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen[4])	Vorleistungen Ausland[5])	Kosten-Erlös-Relation	Gewinn-Erlös-Relation	Kapitalrendite[6])			
										ohne	mit	ohne[7])	mit[7])
										Berücksichtigung der Zinskosten			
1960	34,11	5,22	6,98	7,43	5,60	13,35	13,34	86,03	13,97	18,20	11,88	.	.
1961	35,55	5,43	7,01	7,53	5,94	13,67	12,54	87,66	12,34	16,41	10,19	−1,79	−1,69
1962	36,37	5,50	6,83	7,62	6,29	13,71	12,55	88,89	11,11	15,16	8,99	−1,25	−1,20
1963	36,66	5,50	6,76	7,86	6,68	13,63	12,92	90,02	9,98	13,97	7,82	−1,19	−1,17
1964	36,74	5,12	6,44	7,80	6,76	13,36	12,93	89,16	10,84	14,73	8,56	0,75	0,74
1965	36,67	5,26	6,29	7,95	6,82	12,84	13,91	89,75	10,25	14,41	8,11	−0,32	−0,45
1966	37,12	5,46	6,36	8,64	7,18	12,90	13,61	91,26	8,74	13,27	6,67	−1,14	−1,44
1967	36,65	5,31	6,52	9,42	7,67	13,37	12,98	91,91	8,09	12,43	5,74	−0,84	−0,93
1968	36,11	5,42	6,36	9,27	7,48	12,36	14,00	91,00	9,00	13,19	6,50	0,76	0,75
1969	35,82	5,45	6,00	8,98	7,10	13,30	14,83	91,48	8,52	13,15	6,40	−0,04	−0,09
1970	37,35	5,98	6,03	9,09	7,21	12,15	14,38	92,20	7,80	13,09	6,04	−0,06	−0,36
1971	37,88	6,20	5,75	9,49	7,55	12,26	14,29	93,41	6,59	12,36	5,07	−0,72	−0,98
1972	38,05	6,53	5,69	9,85	7,70	12,28	14,22	94,33	5,67	11,81	4,32	−0,55	−0,75
1973	38,40	6,93	5,67	10,21	7,64	11,93	14,70	95,48	4,52	11,43	3,51	−0,38	−0,81
1974	37,85	7,11	5,59	10,71	7,85	11,18	17,55	97,83	2,17	10,22	1,72	−1,22	−1,79
1975	37,71	7,45	5,67	11,18	8,40	11,29	17,28	98,99	1,01	9,35	0,77	−0,86	−0,95
1976	36,27	7,54	5,37	10,59	8,01	11,01	18,71	97,50	2,50	10,51	2,01	1,16	1,24
1977	36,82	7,54	5,27	10,23	7,97	10,95	18,37	97,14	2,86	10,38	2,27	−0,13	0,26
1978	36,75	7,65	5,18	9,79	8,01	11,08	17,51	95,97	4,03	10,90	3,18	0,51	0,91
1979	35,88	7,56	4,98	9,53	7,83	11,04	19,00	95,82	4,18	11,09	3,38	0,19	0,20
1980	36,09	7,66	4,90	9,77	7,98	10,92	20,88	98,21	1,79	9,35	1,45	−1,73	−1,93
1981	36,12	7,63	4,91	10,72	8,33	10,81	21,41	99,94	0,06	8,51	0,05	−0,85	−1,40
1982	36,17	7,82	5,05	11,23	8,72	10,71	21,12	100,83	−0,83	7,96	−0,63	−0,55	−0,68
1983	34,89	7,72	5,03	11,17	8,80	10,78	20,58	98,98	1,02	9,26	0,78	1,30	1,41
1984	33,91	7,67	4,99	10,98	8,68	10,60	21,65	98,48	1,52	9,50	1,15	0,25	0,38
1985	33,54	7,58	4,98	10,66	8,62	10,31	22,14	97,83	2,17	9,67	1,64	0,17	0,48
1986	34,62	7,81	5,14	10,42	8,77	10,28	19,21	96,25	3,75	10,31	2,73	0,64	1,09
1987	35,12	7,98	5,20	10,19	8,86	10,33	18,30	95,97	4,03	10,06	2,85	−0,26	0,12
1988	34,63	7,86	5,15	9,84	8,75	10,17	18,55	94,95	5,05	10,52	3,57	0,46	0,72
1989	33,89	7,61	5,04	9,90	8,66	10,50	19,66	95,25	4,75	10,35	3,36	−0,17	−0,21
1990	33,81	7,45	4,91	10,47	8,53	10,66	19,67	95,51	4,49	10,56	3,17	0,21	−0,18
1991[8])	33,41	7,34	4,79	10,77	8,50	10,72	20,91	96,45	3,55	10,17	2,52	−0,39	−0,65

1) Unternehmen ohne Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung.

2) Dabei wird unterstellt, daß jeder Selbständige bzw. mithelfende Familienangehörige das durchschnittliche Bruttoeinkommen eines beschäftigten Arbeitnehmers erhält.

3) Auf Anlage-, Vorrats- und Geldvermögen der Unternehmen. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang V, Abschnitt B.

4) Wegen der fehlenden Aufgliederung sind für die nicht berücksichtigten Wirtschaftsbereiche (siehe Fußnote 1) von den indirekten Steuern (abzüglich Subventionen) nur die Produktionssteuern (abzüglich Subventionen), nicht jedoch die nichtabziehbare Umsatzsteuer, die Einfuhrabgaben und die Verwaltungsgebühren abgesetzt. Das von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das Jahr 1991 ausgewiesene Aufkommen an indirekten Steuern enthält zum Teil auch solche Umsatzsteuern, die von westdeutschen Unternehmen auf Umsätze in Ostdeutschland an westdeutsche Finanzämter entrichtet werden. Dieser Effekt wurde bei der Berechnung der Gewinn-Erlös-Relation annäherungsweise bereinigt.

5) Einfuhr von Waren (VGR-Abgrenzung) abzüglich Einfuhr von Investitionsgütern (Spezialhandel).

6) Gewinne in vH des der Berechnung der Zinskosten zugrundeliegenden Vermögensbestandes (Anlage- und Vorratsvermögen jeweils zu Anschaffungspreisen sowie Geldvermögen ohne Aktien [Quelle: Deutsche Bundesbank]).

7) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten.

8) Eigene Schätzung.

Da Investitionen in Sachkapital nicht allein von der aktuellen Ertragslage, sondern auch von den Gewinnerwartungen und der Risikoeinschätzung der Unternehmen abhängen, ist nicht zwangsläufig mit einem Gleichlauf von Gewinn-Erlös-Relation und Investitionstätigkeit zu rechnen. Gleichwohl ist in längerfristiger Betrachtung eine enge Korrelation beider Größen festzustellen. Nach der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist dieser Zusammenhang zumindest in den achtziger Jahren noch deutlicher sichtbar geworden.

V. Gespaltene Arbeitsmarktentwicklung

129. Im ersten Jahr nach der Vereinigung Deutschlands ist der Arbeitsmarkt noch gespalten. Einer weiterhin starken Beschäftigungsexpansion im Westen stand ein drastischer Rückgang der Erwerbstätigkeit im Osten gegenüber. Allerdings sind deutliche Kennzeichen eines allmählichen Zusammenwachsens des deutschen Arbeitsmarktes nicht zu übersehen. Die gute Beschäftigungsentwicklung in den alten Bundesländern trug mit dazu bei, die Beschäftigungsprobleme in den neuen Bundesländern zu mildern. Ende des Jahres dürften gut 500 000 in Ostdeutschland wohnhafte Arbeitskräfte in den alten Bundesländern oder in Berlin (West) beschäftigt gewesen sein. Dennoch sind im Jahresdurchschnitt in den neuen und alten Bundesländern zusammen mit 36,6 Millionen Personen schätzungsweise 800 000 Menschen weniger als noch im Vorjahr erwerbstätig gewesen (Tabelle 23). Bei insgesamt etwa 39,2 Millionen Erwerbspersonen waren damit im Jahre 1991 gut 2,6 Millionen Arbeitslose registriert, rund 500 000 mehr als im Durchschnitt letzten Jahres. Sowohl Arbeitskräfteangebot als auch Arbeitslosigkeit haben sich in Ostdeutschland und in Westdeutschland gegensätzlich entwickelt. Während in den alten Bundesländern das Angebot an Arbeitskräften nochmals deutlich zugenommen hat, ist in den neuen Bundesländern die Anzahl der Erwerbspersonen stark gesunken. Trotzdem ging die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland erneut merklich zurück. In Ostdeutschland dagegen hat sich offene Arbeitslosigkeit aufgebaut, die im Jahresdurchschnitt 915 000 Personen umfaßte.

130. Für den Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern brachte der Wechsel des Wirtschaftssystems erhebliche Belastungen mit sich. Die Anzahl der wettbewerbsfähigen Beschäftigungsmöglichkeiten erwies sich als gering. Teilweise wurde damit begonnen, unrentable Beschäftigung abzubauen. Obwohl sich mehr und mehr ein durch staatliche Maßnahmen geschützter Sektor des Arbeitsmarktes herausbildete, ging zusammengenommen die Anzahl der in den neuen Bundesländern erwerbstätigen Personen in den letzten beiden Jahren drastisch zurück. Arbeitskräfte zogen nach Westdeutschland um oder pendelten dorthin, schieden unter Inanspruchnahme der

Tabelle 23

Die Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt[1])

Tausend

	Westdeutschland[2])			Ostdeutschland[3])			Insgesamt	
	1989	1990	1991[a])	1989	1990	1991[a])	1990	1991[a])
Erwerbspersonen (im Inland)	29 669	30 316	31 005	9 861	9 153	8 165	39 469	39 170
davon:								
Arbeitslose[4])	2 038	1 883	1 700	X	237	915	2 120	2 615
Erwerbstätige	27 631	28 433	29 305	9 861	8 916	7 250	37 349	36 555
Selbständige	2 980	2 963	2 975	183	319	515	3 282	3 490
Beschäftigte Arbeitnehmer	24 651	25 470	26 330	9 678	8 597	6 735	34 067	33 065
Nachrichtlich:								
Pendlersaldo[5])	− 102	− 11	265	2	− 89	− 365	− 100	− 100
Arbeitslosenquoten (vH)								
bezogen auf								
– alle Erwerbspersonen[6])	*6,8*	*6,2*	*5,5*	X	*2,6*	*10,7*	X	X
– die abhängigen Erwerbspersonen[7])	*7,6*	*6,9*	*6,1*	X	*2,7*	*11,4*	X	X
Kurzarbeiter[4])	108	56	145	X	758	1 640	814	1 785
Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen[4])	97	83	85	X	3	185	86	270
Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Weiterbildung[8])	150	170	190	X	14	110	184	300

1) Jahresdurchschnitte; Inlandskonzept, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
2) Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein.
3) Bis zum 2. Oktober 1990 DDR; ab dem 3. Oktober 1990 neue Bundesländer einschließlich Berlin (Ost).
4) Quelle: BA.
5) Negatives Vorzeichen bedeutet, daß mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für Westdeutschland: Pendlersaldo mit Ostdeutschland und mit dem Ausland. Für Ostdeutschland: Pendlersaldo mit Westdeutschland und mit dem Ausland.
6) Arbeitslose in vH aller Erwerbspersonen (Inländer: beschäftigte Arbeitnehmer, Selbständige und mithelfende Familienangehörige, Arbeitslose).
7) Arbeitslose in vH der abhängigen Erwerbspersonen (Inländer: beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose).
8) Teilnehmer in Vollzeitmaßnahmen: Berufliche Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung; Eigene Schätzung.
a) Eigene Schätzung.

Vorruhestands- und Altersübergangsregelungen vorzeitig aus dem Erwerbsleben aus oder traten in Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen ein. Zudem entstand offen ausgewiesene Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus wurde ein Teil des östlichen Arbeitskräfteangebots weiter in unrentablen Beschäftigungen gehalten. Die bis Ende des Jahres für die neuen Bundesländer befristeten Sonder- und Übergangsregelungen des Arbeitsförderungsgesetzes kamen gut 1,6 Millionen Kurzarbeitern zugute. Aber auch über Subventionen durch die Treuhandanstalt wurden Beschäftigungsverhältnisse weiter aufrecht erhalten. Demgegenüber werden seit Mitte letzten Jahres auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten ausgewiesen, vorwiegend allerdings durch Unternehmensausgründungen. Im Laufe dieses Jahres haben die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit bedeutend zugenommen.

Der Wandel des ostdeutschen Wirtschaftssystems ging nicht nur mit starken Beschäftigungsverlusten einher, sondern er führte wegen der einsetzenden Arbeitsmarktintegration auch zu einem kräftigen Lohnanstieg in den neuen Bundesländern. Dabei wurde in den einzelnen Wirtschaftsbereichen die Entlohnungsstruktur westlicher Tarifbereiche übernommen. Einige bedeutende Branchen schlossen mittelfristige Stufenangleichungen ab, die bis 1994 eine Angleichung der Löhne und Gehälter an das westliche Tarifniveau bringen sollen.

131. In den alten Bundesländern verbesserte sich die Arbeitsmarktlage gegenüber dem letzten Jahr nochmals deutlich (Tabelle 24). Das im Westen verfügbare Arbeitsangebot erweiterte sich durch Zuwanderung und durch Pendler aus den neuen Bundesländern. Dadurch konnte die bereits im vorigen Jahr kräftige Beschäftigungsausdehnung auch in diesem Jahr mit 760 000 zusätzlichen Erwerbstätigen weitergeführt

Tabelle 24

Zur Entwicklung am westdeutschen Arbeitsmarkt im Verlauf der Jahre 1990 und 1991[1])
Tausend

	1990	1991	1990 und 1991 insgesamt[2])
Erwerbstätige	+ 950	+ 760	+ 1 710
Arbeitslose	− 220	− 35	− 255
Erwerbspersonen	+ 730	+ 725	+ 1 455
darunter durch:			
Pendlersaldo mit Ostdeutschland[3])	195	300	495
Zugezogen aus Ostdeutschland	230	65	295
Aussiedler[4])	205	200	405
Ausländische Arbeitskräfte	130	160	290

[1]) Inlandskonzept, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; eigene Schätzung. Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990, die Angaben schließen Berlin (West) ein.
[2]) Entwicklung vom 4. Quartal 1989 bis zum 4. Quartal 1991.
[3]) Die Anzahl der Einpendler übertrifft die Anzahl der Auspendler.
[4]) Geschätzter Zugang von Aussiedlern zum Arbeitsmarkt, die zuvor im Inland (Westdeutschland) nicht zu den Erwerbspersonen gezählt wurden.

werden. Darunter waren gut 300 000 Einpendler aus den neuen Bundesländern, die im Laufe des Jahres Arbeit und Einkommen in Westdeutschland und im westlichen Teil Berlins gefunden haben. Aber auch die Arbeitslosigkeit ist im Jahresverlauf noch um 35 000 Personen zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote sank im Jahresdurchschnitt kräftig von 6,9 vH auf 6,1 vH. Angesichts dieses günstigen Arbeitsmarktumfeldes vereinbarten die Tarifparteien im Westen der Bundesrepublik durchweg kräftige Tariflohnsteigerungen.

Erneut kräftige Zunahme von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage in den alten Bundesländern

132. Das Angebot an Arbeitskräften in Westdeutschland stieg im Jahre 1991 um 725 000 Erwerbspersonen weiterhin außerordentlich kräftig an. Einen wesentlichen Anteil an dieser Angebotsexpansion hatten die zunehmende Anzahl von Pendlern aus den neuen Bundesländern sowie der immer noch beträchtliche Zugang von arbeitsuchenden Aussiedlern.

Zwar ist der Zustrom von Aussiedlern gegenüber dem Vorjahr um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Dennoch sind bis September insgesamt 166 800 Aussiedler zugewandert. Da sie jedoch in der Regel nicht direkt nach ihrer Einreise in die Bundesrepublik dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, sondern oftmals an Sprachlehrgängen und an Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung (FuU) teilnehmen, ergibt sich eine beträchtliche Zeitverzögerung zwischen Einreise und Arbeitsaufnahme oder Arbeitslosmeldung. Dadurch läßt sich der auf die Aussiedler zurückzuführende diesjährige Anstieg des westdeutschen Arbeitsangebots nur grob abschätzen, es dürften etwa 200 000 Aussiedler zusätzlich ihre Arbeitskraft auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt angeboten haben.

Die Zuwanderung von Arbeitskräften aus Ostdeutschland ist bereits nach Vollzug der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion Mitte letzten Jahres stark zurückgegangen. Sie spielte in diesem Jahr mit etwa 65 000 Erwerbspersonen nur noch eine geringe Rolle. Dafür ist seit dem Herbst letzten Jahres die Anzahl der Einpendler aus Ostdeutschland stetig angestiegen. Ergebnissen des Arbeitsmarktmonitors für die neuen Bundesländer zufolge, einer repräsentativen 0,1-Prozent-Stichprobe der Geburtsjahrgänge 1926 bis 1974 von Infratest Sozialforschung, pendelten im Juli 1991 bereits mehr als 415 000 Beschäftigte von Ost nach West. Gleichzeitig dürften aber auch 35 000 Westdeutsche als Pendler in den neuen Bundesländern tätig gewesen sein. Bis Ende des Jahres dürfte der Pendlersaldo noch etwas angestiegen sein, so daß im Verlauf des Jahres 1991 die Beschäftigung von Pendlern aus Ostdeutschland um gut 300 000 Personen zugenommen hat.

133. Auch das Arbeitskräfteangebot von Ausländern hat sich in diesem Jahr stark ausgeweitet. Zum einen ist ihre Erwerbsbeteiligung wegen gut besetzter Schulabgangsjahrgänge merklich angestiegen. Zum anderen sind in diesem Jahr zahlreiche ausländische Arbeitskräfte neu zugewandert. Bis September erhielten mit 141 600 neu in die Bundesrepublik eingerei-

sten Personen über die Hälfte mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum eine Arbeitserlaubnis, weil für die konkreten Arbeitsplätze keine deutschen oder diesen rechtlich gleichgestellten ausländischen Arbeitskräfte verfügbar waren. Unter ihnen waren knapp 95 000 Werkvertragsarbeitnehmer und Saisonarbeitskräfte, die wegen zwischenstaatlicher Vereinbarungen beziehungsweise der zu Jahresbeginn eingeführten Regelung, derzufolge ausländische Arbeitskräfte unter bestimmten Voraussetzungen für bis zu drei Monate im Jahr eine Arbeitserlaubnis erteilt bekommen können, ihre Arbeitskraft in Westdeutschland angeboten haben. Darüber hinaus erhielt auch eine große Anzahl von ehemaligen Asylbewerbern nach Ablauf der Wartezeit die Erlaubnis, in Westdeutschland eine Arbeit aufzunehmen.

Der demographisch bedingten Abnahme des inländischen Arbeitskräftepotentials um knapp 140 000 Personen stand gegenüber, daß die Erwerbsbeteiligung der westdeutschen Bevölkerung auch in diesem Jahr weiter anstieg. Dabei dürften die Frauen ihre Erwerbsbeteiligung überproportional gesteigert haben.

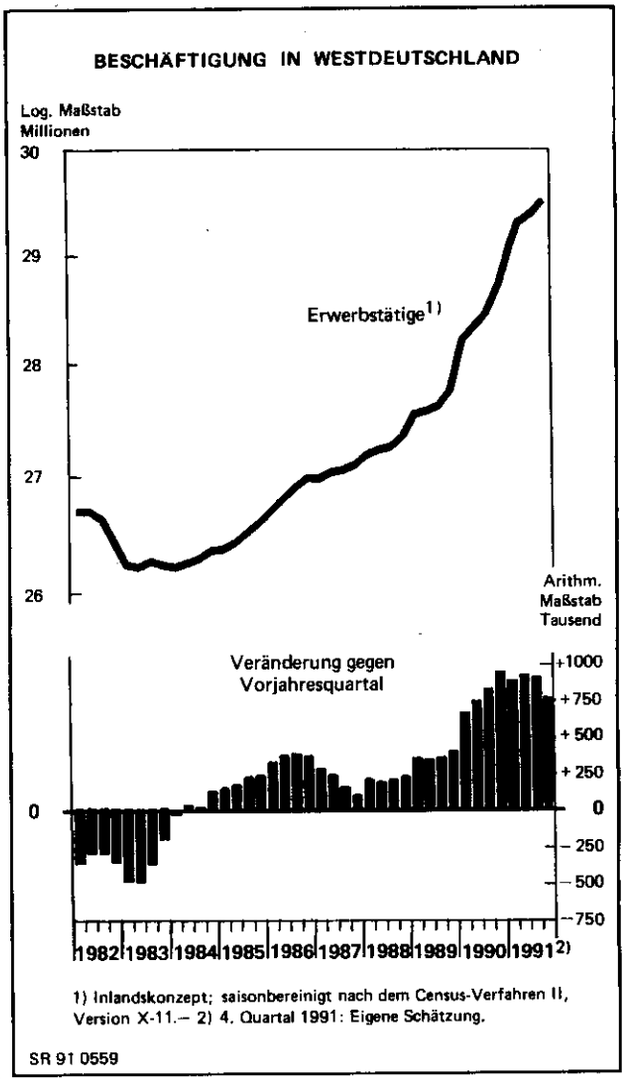
134. Weit mehr als das Arbeitskräfteangebot stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften. Besonders dynamisch verlief die Beschäftigungsexpansion im Winterhalbjahr 1990/91. Ende des Jahres waren schätzungsweise 760 000 Personen mehr als ein Jahr zuvor erwerbstätig (Schaubild 16). Ein stärkerer Beschäftigungszuwachs als in den letzten beiden Jahren wurde zuvor nur Mitte der fünfziger Jahre erzielt.

In geringerem Ausmaß als die Anzahl der Erwerbstätigen stieg das Arbeitsvolumen, also die insgesamt in Westdeutschland geleisteten Arbeitsstunden, weil die bezahlte tägliche Arbeitszeit auch in diesem Jahr um etwa 1 vH zurückging. Dies läßt sich vor allem durch die weitere Umsetzung von bereits in den Vorjahren vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen und den anhaltenden Trend zu verstärkter Teilzeitarbeit erklären. Auch die leicht gestiegene Kurzarbeit hat hierzu beigetragen (Ziffer 139).

135. Der Wandel der Erwerbstätigenstruktur setzte sich in den letzten beiden Jahren weiter fort. Die Erwerbstätigkeit in den Wirtschaftsbereichen Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie sonstige Dienstleistungsunternehmen ist in diesem Zeitraum deutlich überdurchschnittlich angestiegen. Dabei dürften beide Bereiche besonders von der deutschen Vereinigung profitiert haben, sei es, daß sie besonders gute Bedingungen auf ihren Absatzmärkten vorfanden, sei es, daß ihrer Arbeitsnachfrage durch das nunmehr umfangreichere Arbeitsangebot zügiger und besser entsprochen werden konnte.

136. Obwohl deutlich mehr Menschen ihre Arbeitskraft angeboten haben, nahm die Anspannung des westdeutschen Arbeitsmarktes auch in diesem Jahr weiter zu. Die Nachfrage nach Arbeitskräften überstieg deren Angebot in größerem Ausmaß als noch im Vorjahr, wie die beträchtliche Zunahme offener Stellen um knapp 8½ vH zeigt. Inwieweit der jahresdurchschnittliche Bestand von etwa 340 000 registrierten offenen Stellen aber zusätzliche Arbeitsnachfrage bedeutet, ist schwer zu beurteilen. Einerseits handelt es sich nur bei vakanten, also sofort zu besetzenden offenen Stellen um zusätzliche Arbeitskräftenachfrage, während zu späteren Einstellungsterminen in der Regel nur ausscheidende Arbeitskräfte ersetzt werden. Andererseits melden die Unternehmen nach allen bisherigen Erfahrungen nicht sämtliche offenen Stellen der Arbeitsverwaltung.

Schaubild 16



Nach der vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gemeinsam mit der GfK-Marktforschung in Nürnberg regelmäßig durchgeführten repräsentativen Unternehmensbefragung ist die Meldequote der offenen Stellen bei der Arbeitsverwaltung weiter gesunken. Ende 1990 waren demzufolge nahezu 750 000 von insgesamt 1,1 Millionen offenen Stellen sofort zu besetzen. Unveränderte Meldestruktur unterstellt, ergäbe das für 1991 einen Jahresdurchschnitt von 1,2 Millionen offene Stellen in Westdeutschland, von denen 830 000 sofort zu besetzen gewesen wären. Damit hätte die unbefriedigte Arbeitskräftenachfrage binnen Jahresfrist um gut ein Fünftel, das sind 150 000 Vakanzen zugenommen.

137. Die Öffnung der DDR-Grenzen und schließlich die deutsche Vereinigung fanden ihren Niederschlag in der regionalen Beschäftigungsentwicklung West-

deutschlands. Nachdem ihr jahrzehntelanger Standortnachteil fortgefallen war, wurde in den an der ehemaligen innerdeutschen Grenze gelegenen Regionen ein überdurchschnittlicher Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erreicht (Tabelle 25). Darüber hinaus stieg die Zahl der registrierten offenen Stellen steil an. Wie die zunächst nur geringfügige Verringerung der Arbeitslosigkeit in diesen lokalen Arbeitsmärkten zeigt, dürfte der Beschäftigungsgewinn hauptsächlich aus zusätzlichem ostdeutschen Arbeitskräfteangebot erzielt worden sein. Seit dem Sommer 1990 konnten zuvor Arbeitslose von der Wirtschaftsdynamik dieser Regionen profitieren. Die verbesserte Abstimmung zwischen lokaler Arbeitskräftenachfrage und sowohl dem lokalen Arbeitskräfteangebot als auch den aus den neuen Bundesländern einpendelnden Arbeitskräften zeigt sich zudem darin, daß seither die Zahl der offenen Stellen deutlich abnahm. Einen Sonderfall stellt Berlin (West) dar; hier expandierte im gleichen Zeitraum die Beschäftigung noch weit stärker. Ermöglicht wurde dies durch die zahlreichen Arbeitskräfte aus Berlin (Ost) und dem Umland Berlins, die offensichtlich besser den Anforderungen der Arbeitgeber entsprechen konnten, als die bereits in Berlin (West) ansässigen Arbeitslosen. Deshalb ging hier die Anzahl der registrierten offenen Stellen stark zurück, während gleichzeitig die Arbeitslosigkeit nur wenig abnahm.

Tabelle 25

Arbeitsmarktdaten für die unmittelbar an die neuen Bundesländer angrenzenden Arbeitsamtsbezirke

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in vH

Arbeitsamtsbezirke ... im Landesarbeitsamtsbezirk	Gliederung	1989				1990				1991		
		Mär	Jun	Sep	Dez	Mär	Jun	Sep	Dez	Mär	Jun	Sep
Schleswig-Holstein Hamburg		Lübeck und Bad Oldesloe										
	Arbeitslose	− 4,8	− 10,0	− 8,3	− 3,9	− 2,0	− 2,6	− 10,1	− 13,7	− 17,5	− 12,4	− 8,5
	Beschäftigte[1]	2,0	1,8	1,1	2,3	3,3	3,6	5,4	6,3	7,1	...	...
	Offene Stellen	13,0	19,7	32,1	40,2	23,2	56,0	24,6	10,8	4,0	− 5,5	− 0,4
	Arbeitslosenquote[2] [3]	11,4	8,1	8,2	9,9	9,6	7,7	7,2	8,3	7,7	6,6	6,4
Niedersachsen Bremen		Lüneburg, Uelzen, Helmstedt, Braunschweig, Goslar und Göttingen										
	Arbeitslose	− 5,8	− 10,9	− 6,6	− 3,6	− 0,6	3,5	− 1,8	− 7,8	− 12,8	− 7,7	− 3,3
	Beschäftigte[1]	1,5	1,1	1,0	2,1	3,3	3,6	5,0	5,6	5,4	...	...
	Offene Stellen	11,2	38,9	36,1	45,4	11,6	1,5	1,7	− 12,1	2,3	− 5,0	− 6,2
	Arbeitslosenquote[2] [3]	12,4	9,1	9,2	10,2	10,7	9,4	9,0	9,4	9,0	8,4	8,4
Hessen		Kassel, Bad Hersfeld und Fulda										
	Arbeitslose	− 5,9	− 4,7	− 2,4	3,8	4,4	9,3	2,7	− 8,1	− 10,9	− 6,6	− 9,8
	Beschäftigte[1]	1,5	0,8	1,0	2,1	3,9	4,2	6,0	6,5	5,9	...	...
	Offene Stellen	1,7	8,3	52,9	72,5	31,0	23,6	− 4,2	− 9,1	3,7	4,1	10,1
	Arbeitslosenquote[2] [3]	10,2	7,4	7,8	8,9	9,1	8,0	8,0	8,2	7,8	7,2	6,9
Nordbayern		Schweinfurt, Coburg und Hof										
	Arbeitslose	− 17,9	− 12,4	− 10,3	− 3,2	− 0,5	13,0	6,2	− 7,6	− 10,1	− 6,2	5,0
	Beschäftigte[1]	2,7	1,3	1,4	2,9	4,4	4,6	6,2	6,6	6,1	...	...
	Offene Stellen	20,8	42,5	74,5	77,9	10,6	10,4	− 15,1	− 25,3	− 9,4	− 5,6	− 11,2
	Arbeitslosenquote[2] [3]	8,5	5,0	5,2	6,9	7,0	5,6	5,4	6,3	6,0	5,0	5,5
Berlin		Berlin (West)										
	Arbeitslose	− 2,1	− 8,7	− 12,0	− 1,7	− 1,9	− 0,6	− 0,1	− 7,7	− 2,3	5,1	9,7
	Beschäftigte[1]	1,7	1,8	1,5	2,5	3,2	3,7	7,0	8,1	8,5	...	...
	Offene Stellen	− 6,1	− 5,2	− 7,7	25,8	6,7	− 9,0	− 38,5	− 38,9	− 34,9	− 42,9	− 18,5
	Arbeitslosenquote[2]	10,8	9,2	8,9	10,2	9,9	9,0	8,7	9,2	9,4	9,2	9,3
Nachrichtlich:												
Bundesgebiet[4]	Arbeitslose	− 10,7	− 10,1	− 10,4	− 6,3	− 7,6	− 5,6	− 8,1	− 13,1	− 14,0	− 11,9	− 6,8
	Beschäftigte[1]	2,0	1,7	1,6	2,5	3,4	3,5	4,0	4,2	3,7	...	...
	Offene Stellen	22,6	27,6	41,6	55,2	36,6	31,3	10,5	1,9	7,2	7,9	6,7
	Arbeitslosenquote[2]	8,4	7,4	7,3	8,0	7,7	6,9	6,6	6,8	6,5	5,9	6,0

[1] Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.
[2] Arbeitslose in vH der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose).
[3] Eigene Berechnung.
[4] Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein.

Quelle für Grundzahlen: BA

Demgegenüber stand insbesondere in den Landesarbeitsamtsbezirken Rheinland-Pfalz-Saarland und Südbayern weiterhin Arbeitskräfteknappheit einem noch größeren Beschäftigungszuwachs entgegen. Durch hohe Zugänge hat sich der Bestand an offenen Stellen beträchtlich ausgeweitet. Daß dagegen in Nordrhein-Westfalen der Bestand an offenen Stellen nur geringfügig anwuchs, kann angesichts der dort immer noch verzeichneten beträchtlichen Arbeitslosigkeit nicht wie in den ehemaligen Grenzregionen auf eine verbesserte Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage am regionalen Arbeitsmarkt zurückgeführt werden. Vielmehr hatte die in Nordrhein-Westfalen nur unterdurchschnittlich gute Wirtschaftsentwicklung zur Folge, daß dort die Arbeitskräftenachfrage nur relativ schwach zunahm.

138. Auch in sektoraler Untergliederung zeichnen sich unterschiedliche Entwicklungen der Zugänge an offenen Stellen ab. Auffällig ist ihre anhaltende Zunahme im landwirtschaftlichen Sektor. Offensichtlich konnten hier wegen der vergleichsweise niedrigen Löhne und der schlechten Arbeitsbedingungen nicht genügend Arbeitskräfte gefunden werden, obwohl Anfang des Jahres für ausländische Saisonarbeiter die Zugangsvoraussetzungen zum deutschen Arbeitsmarkt verbessert worden sind (Ziffer 133). Ebenfalls überdurchschnittlich stark zugenommen haben die registrierten offenen Stellen im Dienstleistungsbereich. Vor allem der Handel meldete über das ganze Jahr hinweg gestiegene Zugänge. Demgegenüber gingen die offenen Stellen im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe und in der Metallerzeugung zurück. Neben der Ausdehnung des Arbeitskräfteangebots, die vorhandene Besetzungsschwierigkeiten vermindert hat, war dafür auch die abgeflachte Außenwirtschaftsentwicklung verantwortlich. In der Bauwirtschaft hat der Arbeitskräftemangel in der zweiten Jahreshälfte wieder stark zugenommen, nachdem zuvor die Anspannungen des Arbeitsmarktes offensichtlich durch Arbeitskräfte aus Ostdeutschland gemildert worden waren.

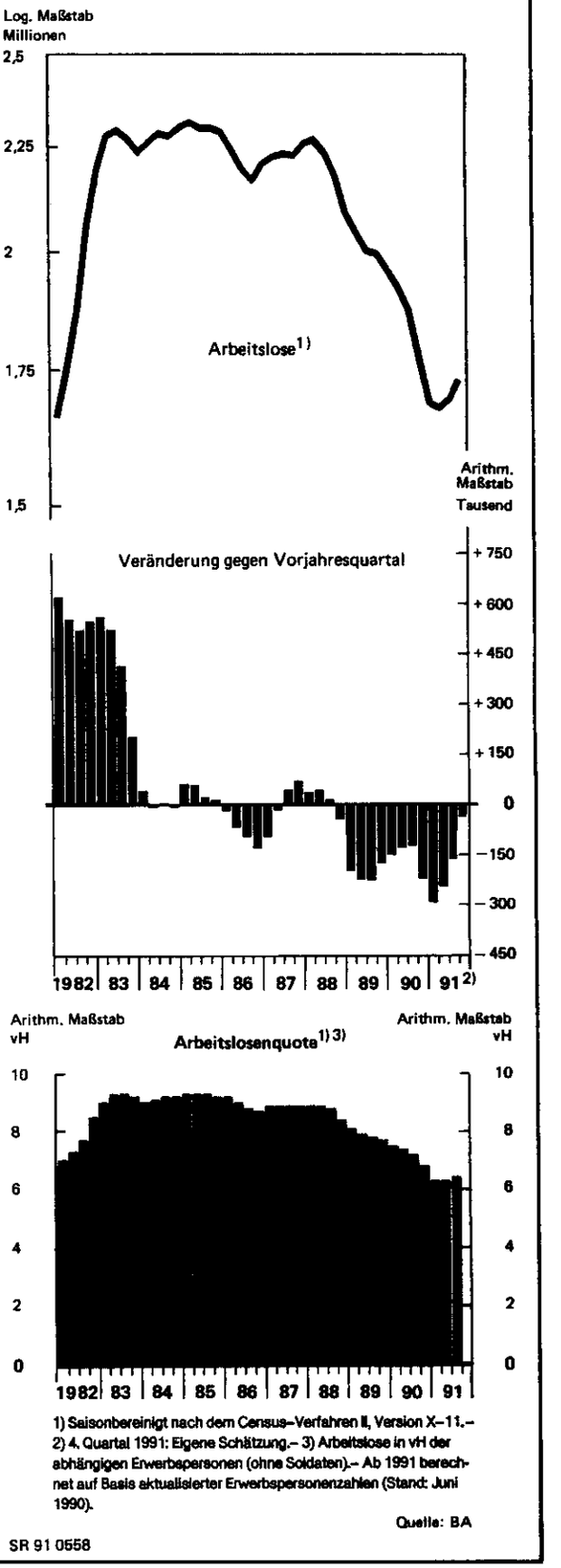
Weiterer Rückgang der Arbeitslosenquote

139. Trotz der starken Zunahme der Arbeitskräftenachfrage ging in diesem Jahr die Arbeitslosigkeit nur noch wenig zurück (Schaubild 17). Im zweiten Halbjahr 1991 stieg sie saisonbereinigt sogar leicht an. Die Arbeitslosenquote, errechnet als Verhältnis der Arbeitslosen zu allen abhängigen Erwerbspersonen, belief sich am Jahresende auf 6,0 vH. Von allen Erwerbspersonen, die auch die Selbständigen einschließen, waren lediglich 5,4 vH arbeitslos. Damit näherte sich die Arbeitslosenquote erstmals wieder dem Niveau von 1981 an.

Die Anzahl der Kurzarbeiter ist dagegen seit Ende letzten Jahres bis Oktober um 123 000 Personen angestiegen. Allerdings hielt sich ihr absoluter Anstieg in engen Grenzen. In der westdeutschen Bauwirtschaft führte die anhaltend gute Wirtschaftslage im ersten Halbjahr sogar zu einem starken Rückgang der Kurzarbeit. Dagegen nahm im Maschinenbau wegen der nachlassenden Exportnachfrage die Kurzarbeit zu. Im Steinkohlebergbau wurden zwischen April und Au-

Schaubild 17

ARBEITSLOSIGKEIT IN WESTDEUTSCHLAND



1) Saisonbereinigt nach dem Census-Verfahren II, Version X–11.– 2) 4. Quartal 1991: Eigene Schätzung.– 3) Arbeitslose in vH der abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten).– Ab 1991 berechnet auf Basis aktualisierter Erwerbspersonenzahlen (Stand: Juni 1990).

Quelle: BA

SR 91 0558

gust Sonderfeierschichten gefahren. In diesem Zeitraum betrug die Anzahl kurzarbeitender Bergleute jeweils über 55 000 Personen.

140. Gegenüber dem Vorjahr haben die regionalen Disparitäten am westdeutschen Arbeitsmarkt kaum zugenommen. Dabei lag die Arbeitslosigkeit in allen Regionen unter ihrem Vorjahresstand (Tabelle 26). Jedoch verzeichneten tendenziell die Arbeitsamtsbezirke mit bereits relativ niedrigen Arbeitslosenquoten nochmals die stärksten Rückgänge. In den Problemregionen dagegen konnte die Arbeitslosigkeit nur vergleichsweise geringfügig zurückgeführt werden.

141. Dennoch wurde der immer noch gewaltige Beschäftigungszuwachs in Westdeutschland nicht gänzlich an den Arbeitslosen vorbei erzielt. Trotz rückläufiger Zugänge in und Abgänge aus Arbeitslosigkeit haben sich diese Bewegungen in Relation zur ebenfalls zurückgegangenen Arbeitslosenanzahl nochmals leicht erhöht (Schaubild 18). Während sich dabei die Zugänge in Arbeitslosigkeit gegenüber dem letzten Jahr nur wenig verringert haben, nahmen die Abgänge aus Arbeitslosigkeit stark ab. Ihr erstmaliger Rückgang seit 1987 muß für die zukünftige Arbeitsmarktentwicklung um so bedenklicher stimmen, als in den letzten Jahren bei nur geringfügigen Schwankungen der Zugänge die Veränderung des Arbeitslosenbestandes hauptsächlich durch Variationen der Abgänge bestimmt wurde.

Zudem ist erstmals seit Erhebung dieser Merkmale im Jahre 1982 der Anteil von Personen, die nach vorheriger Erwerbstätigkeit und betrieblicher Ausbildung arbeitslos werden, leicht angestiegen. Dies kann nur zum Teil auf die gegenüber dem Vorjahr deutlich rückläufige Zuwanderung zurückgeführt werden. Auch dürften neu hinzugetretene inländische Arbeitsanbieter angesichts der guten Arbeitsmarktlage vermehrt ohne vorherige Arbeitslosmeldung Beschäftigungsverhältnisse eingegangen sein. Vor allem die Zugänge aus vorangegangener schulischer Ausbil-

Tabelle 26

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken

Arbeitslosenquoten in vH[1])

Landesarbeitsamtsbezirk	Einheit[2])	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1990[3])	1991[3])
Schleswig-Holstein–Hamburg	I	5,8	8,4	10,3	10,9	11,6	11,7	11,8	11,1	10,4	9,4	9,5	7,8
	II	4,0	6,5	8,0	8,3	9,1	8,4	8,0	8,0	6,4	6,0	6,1	5,1
	III	8,9	13,1	14,5	14,9	16,4	16,5	16,1	15,0	11,7	10,6	10,7	8,9
Niedersachsen–Bremen	I	6,8	9,5	11,4	12,1	12,5	11,9	11,8	11,5	10,4	9,7	9,8	8,3
	II	5,6	7,4	9,4	10,4	11,1	9,6	8,5	9,2	7,6	6,8	6,9	5,8
	III	12,6	17,8	20,9	23,1	23,0	21,6	21,3	19,6	14,0	13,3	13,3	11,8
Nordrhein-Westfalen	I	6,4	8,6	10,6	10,7	11,0	10,9	11,0	11,0	10,0	9,0	9,1	7,9
	II	4,1	5,7	6,9	7,2	7,7	8,0	8,5	8,8	6,7	6,0	6,1	5,0
	III	8,5	11,9	15,0	16,3	16,7	16,7	17,1	17,4	14,4	13,6	13,8	11,7
Hessen	I	4,3	6,2	7,6	7,4	7,2	6,8	6,7	6,4	6,1	5,7	5,7	5,1
	II	3,5	4,9	6,3	6,2	6,1	6,0	5,9	6,1	4,8	4,2	4,3	3,7
	III	6,4	9,7	12,2	12,3	12,4	11,5	10,9	10,8	9,2	9,5	9,6	8,1
Rheinland-Pfalz–Saarland	I	6,0	7,7	9,2	9,3	9,7	9,4	9,2	8,5	7,8	7,0	7,1	6,1
	II	4,8	6,5	8,3	8,2	8,2	8,3	7,7	7,5	5,4	5,0	5,1	4,3
	III	9,3	11,6	14,6	15,9	16,2	16,2	16,1	15,5	12,2	10,6	10,7	9,6
Baden-Württemberg	I	3,3	4,8	5,9	5,6	5,4	5,1	5,1	5,0	4,5	4,1	4,2	3,7
	II	2,1	3,6	4,6	4,0	3,5	3,4	3,6	3,8	3,3	2,9	3,0	2,7
	III	4,6	6,3	7,9	7,7	7,9	8,1	7,9	8,2	7,7	7,3	7,3	6,5
Nordbayern	I	6,0	8,2	9,4	8,9	8,7	7,8	7,3	7,0	6,3	5,8	5,9	5,0
	II	4,9	7,3	8,7	7,8	7,4	6,4	6,0	5,9	4,3	3,8	3,9	3,3
	III	10,4	13,5	15,5	15,1	15,0	13,6	13,2	12,7	8,7	8,3	8,4	7,3
Südbayern	I	4,4	5,9	7,1	6,9	6,9	6,4	6,1	5,8	5,3	4,5	4,6	3,9
	II	3,3	4,8	6,1	6,2	6,2	6,0	5,3	5,0	3,4	2,8	2,9	2,5
	III	11,4	14,6	15,7	14,3	14,8	13,6	13,1	12,5	8,4	8,1	8,1	6,6
Berlin (West)	I	5,8	8,7	10,4	10,2	10,0	10,5	10,5	10,8	9,8	9,4	9,4	9,4
Bundesgebiet[4])	I	5,5	7,5	9,1	9,1	9,3	9,0	8,9	8,7	7,9	7,2	7,3	6,3
Mittlere relative Abweichung[5])		0,26	0,24	0,23	0,25	0,28	0,29	0,30	0,30	0,30	0,31	0,31	0,31

1) Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern in vH. Bis 1988 berechnet für Arbeitsamtsbezirke aufgrund geschätzter Arbeitnehmeranteile an der Wohnbevölkerung; für das Bundesgebiet und die Landesarbeitsamtsbezirke mit den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Mikrozensusergebnissen. Ab 1989 berechnet mit den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose).

2) I: Durchschnittliche Arbeitslosenquote;
II: Kleinste Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk;
III: Größte Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk;

3) Januar bis einschließlich Oktober.

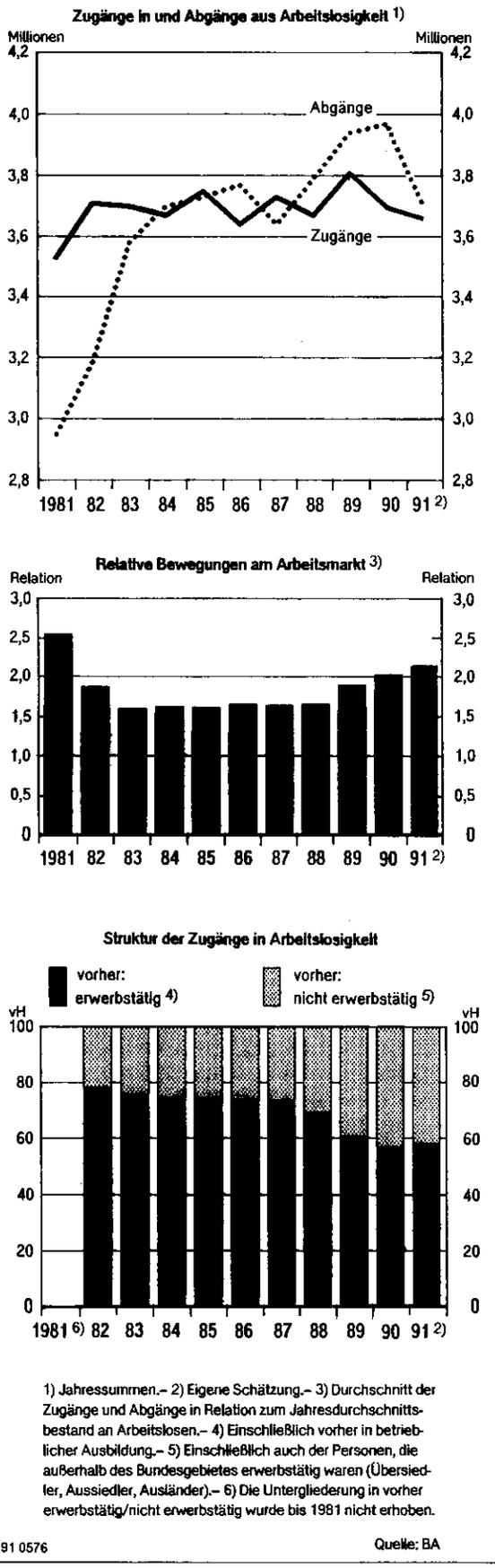
4) Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein.

5) Arithmetisches Mittel der Abweichung der Arbeitslosenquoten in den Arbeitsamtsbezirken vom Gesamtdurchschnitt aller Arbeitsamtsbezirke in Relation zum Gesamtdurchschnitt aller Arbeitsamtsbezirke im jeweiligen Zeitraum.

Quelle für Grundzahlen: BA

Schaubild 18

BEWEGUNGEN AM WESTDEUTSCHEN ARBEITSMARKT



1) Jahressummen.– 2) Eigene Schätzung.– 3) Durchschnitt der Zugänge und Abgänge in Relation zum Jahresdurchschnittsbestand an Arbeitslosen.– 4) Einschließlich vorher in betrieblicher Ausbildung.– 5) Einschließlich auch der Personen, die außerhalb des Bundesgebietes erwerbstätig waren (Übersiedler, Aussiedler, Ausländer).– 6) Die Untergliederung in vorher erwerbstätig/nicht erwerbstätig wurde bis 1981 nicht erhoben.

SR 91 0576

Quelle: BA

dung haben mit 20,7 vH von Januar bis September 1991 gegenüber dem Vorjahreszeitraum noch sehr viel deutlicher zugenommen.

Strukturprobleme am Arbeitsmarkt

142. Im Gegensatz zu den letzten Jahren hat die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften wieder zugenommen. Auch ist deshalb die spezifische Arbeitslosenquote der Nichtfacharbeiter, den letztverfügbaren Daten aus der Strukturuntersuchung vom September 1990 zufolge, seit ihrem Höchststand im September 1983 von 15,7 vH auf nunmehr 11,7 vH deutlich gefallen. Jedoch blieb ihr Anteil an allen Arbeitslosen immer noch weit überdurchschnittlich. Gleichzeitig stieg im letzten Jahr die Anzahl der gemeldeten offenen Stellen für Nichtfacharbeiter kräftig an. Auch wenn aufgrund des niedrigen Meldegrades offener Stellen bei der Arbeitsverwaltung (Ziffer 136) in der Gesamtheit keine präzisen Angaben über die von den gesuchten Arbeitskräften geforderten Qualifikationen gegeben werden können, zeigt diese konträre Entwicklung an, daß weiterhin gravierende Abstimmungsprobleme zwischen Arbeitskräftenachfrage und Arbeitskräfteangebot hinsichtlich der geforderten und der angebotenen Qualifikationen bestehen.

143. In diesem Jahr hat sich die Arbeitslosigkeit in den Altersgruppen weiterhin unterschiedlich und teilweise sogar gegenläufig entwickelt. Jüngere Personen waren vergleichsweise wenig von Arbeitslosigkeit betroffen. Mittlerweile liegt die altersspezifische Arbeitslosenquote aller Westdeutschen im Alter unter 20 Jahren mit 4,3 vH deutlich unter dem Durchschnitt der anderen Altersgruppen. Auch der westdeutsche Ausbildungsstellenmarkt wies im abgeschlossenen Ausbildungsjahr (Oktober 1990 bis September 1991) kaum Probleme für jugendliche Lehrstellenbewerber auf. Im Gegenteil, während des gesamten Zeitraums übertraf das Angebot an Ausbildungsplätzen sowohl regional als auch sektoral die Anzahl der Lehrstellenbewerber. Ende September standen 128 500 unbesetzten Lehrstellen nur 11 300 noch nicht vermittelte Bewerber gegenüber. Lediglich in Berlin (West) wurden in einzelnen Bezirken mehr Bewerber als Ausbildungsstellen registriert.

Demgegenüber ist die Arbeitslosigkeit älterer Personen weiterhin ein Problem. Durch den Einsatz spezieller arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen konnte zwar der Anteil älterer Langzeitarbeitsloser etwas zurückgeführt werden, an der allgemeinen Verbesserung der Arbeitsmarktlage haben ältere Personen jedoch nur wenig teilhaben können (Tabelle 27). Hinzu kamen Ende September 1991 noch gut 64 000 Personen im Alter von 58 Jahren und darüber, die gemäß § 105c AFG Leistungen erhalten haben, ohne jedoch als arbeitslos gezählt zu werden.

144. Die Integration von deutschen und deutschstämmigen Zuwanderern verlief unterschiedlich. Die hohe Anzahl von Pendlern zeigt, daß es Arbeitskräften aus den neuen Bundesländern in großem Umfang gelungen ist, auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt zu westdeutschen Arbeitsbedingungen Fuß zu fassen.

Tabelle 27

Bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit älterer Arbeitsloser in Westdeutschland[1])

Ende September

Jahr	Altersgruppe	Arbeitslose insgesamt	Davon waren arbeitslos						
			unter 1 Monat	1 bis unter 3 Monate	3 bis unter 6 Monate	6 bis unter 12 Monate	Langzeitarbeitslose		
							zusammen	davon	
								1 Jahr bis unter 2 Jahre	2 Jahre und länger
		Anzahl	vH[2])						
1986	50 bis unter 55 Jahre	176 070	6,6	11,9	12,2	19,7	49,5	20,9	28,7
	55 bis unter 60 Jahre	211 511	4,6	9,9	10,9	19,8	54,9	21,4	33,5
	60 bis unter 65 Jahre	44 530	3,6	9,0	10,4	23,5	53,4	22,9	30,5
	50 bis unter 65 Jahre	432 111	5,3	10,6	11,4	20,1	52,5	21,3	31,2
1987	50 bis unter 55 Jahre	192 790	6,6	12,0	12,6	19,6	49,2	20,1	29,0
	55 bis unter 60 Jahre	233 929	4,6	10,4	10,6	19,0	55,3	21,5	33,8
	60 bis unter 65 Jahre	51 511	3,8	9,2	10,4	20,8	55,8	25,1	30,8
	50 bis unter 65 Jahre	478 230	5,4	10,9	11,4	19,4	52,9	21,3	31,6
1988	50 bis unter 55 Jahre	208 573	6,7	12,3	12,4	19,0	49,6	20,4	29,2
	55 bis unter 60 Jahre	250 873	4,2	9,7	10,9	18,4	56,8	22,6	34,2
	60 bis unter 65 Jahre	60 946	3,4	8,7	10,0	19,6	58,3	23,0	35,3
	50 bis unter 65 Jahre	520 392	5,1	10,6	11,4	18,8	54,1	21,8	32,3
1989	50 bis unter 55 Jahre	207 278	7,6	13,2	12,6	18,0	48,5	19,5	29,0
	55 bis unter 60 Jahre	250 220	4,7	9,6	10,3	17,9	57,5	22,3	35,1
	60 bis unter 65 Jahre	61 706	4,1	8,7	10,0	19,3	57,9	22,4	35,5
	50 bis unter 65 Jahre	519 204	5,8	10,9	11,2	18,1	54,0	21,2	32,7
1990	50 bis unter 55 Jahre	198 816	8,2	14,1	13,3	18,7	45,7	18,9	26,8
	55 bis unter 60 Jahre	252 606	4,8	9,9	10,4	17,6	57,3	21,6	35,7
	60 bis unter 65 Jahre	65 174	4,0	9,6	10,2	19,0	57,2	21,9	35,3
	50 bis unter 65 Jahre	516 596	6,0	11,5	11,5	18,2	52,8	20,6	32,2

1) Die bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit wird als Differenz zwischen Erhebungsstichtag und Tag der letzten Arbeitslosmeldung ermittelt.
2) Anteil an den gesamten Arbeitslosen der jeweiligen Altersgruppe.

Quelle: BA

Aber auch der Anteil arbeitsloser Übersiedler und aus den neuen Bundesländern Zugezogener ist seit Anfang 1990 kontinuierlich gesunken. Dies gilt für alle Berufsgruppen. Sogar in den Dienstleistungsberufen ist die Integration der Übersiedler/Zugezogenen unerwartet gut gelungen. Lediglich in technischen Berufen, die hohe und spezialisierte Qualifikationen von den Arbeitskräften erfordern, ging die Arbeitslosigkeit weniger ausgeprägt zurück. Ende Mai 1991, dem letzten Monat, in dem die Bundesanstalt für Arbeit dieses Merkmal noch gesondert erhoben hat, waren nur noch gut 41 000 Übersiedler/Zugezogene arbeitslos, knapp 60 vH weniger als im Vorjahresmonat.

Wesentlich schwieriger gestaltete sich dagegen die Aufnahme der Aussiedler in den westdeutschen Arbeitsmarkt. Trotz deutlich reduzierten Zustroms ist die Anzahl der arbeitslosen Aussiedler gegenüber dem Vorjahr nur leicht auf im September 134 500 Personen zurückgegangen. Darüber hinaus nahmen im selben Monat 60 500 Aussiedler (−42 vH) an Deutsch-Sprachlehrgängen und 46 500 Aussiedler (+40 vH) an betrieblicher Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung teil.

Die Integrationsschwierigkeiten der Aussiedler variierten je nach ihrem Beruf. Die geringsten Probleme hatten Aussiedler mit Fertigungsberufen, die auch vergleichsweise selten an Qualifizierungskursen teilgenommen haben. Aussiedler mit anderen Berufen hatten dagegen erhebliche Probleme. Einmal lag dies daran, daß eine große Anzahl von ihnen Berufen angehört, die am westdeutschen Arbeitsmarkt nur wenig nachgefragt werden. Zum anderen haben auch Aussiedler mit Dienstleistungsberufen bislang nur schwer eine Beschäftigung in Westdeutschland gefunden. Dies dürfte stark mit ihren vielfach mangelhaften Kenntnissen der deutschen Sprache zusammenhängen. Anlaß zur Hoffnung auf eine künftig verbesserte Integration gibt allerdings der mit 80 vH hohe Anteil von Aussiedlern, die bis Ende September mit Erfolg Deutsch-Sprachlehrgänge abgeschlossen haben.

145. Die trotz der verbesserten Arbeitsmarktlage weiterhin bestehenden Strukturprobleme am westdeutschen Arbeitsmarkt versuchte die Bundesanstalt für Arbeit durch einen auch in diesem Jahr intensiven Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums zu bekämpfen. Mit Ende Oktober 84 500 befanden sich sogar geringfügig mehr Personen als zum Vorjahreszeitpunkt in durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geförderter Beschäftigung. Zusätzlich wurde in

den ersten acht Monaten diesen Jahres die Beschäftigungsaufnahme von 17 100 älteren Langzeitarbeitslosen gefördert. Eine intensivere Qualifizierung von Aussiedlern führte dazu, daß die Teilnehmerzahl an beruflicher Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung gegenüber dem Vorjahr nochmals um knapp 5 vH gesteigert wurde, wobei knapp 10 vH mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum eine berufliche Fortbildung, die vorwiegend in Vollzeitunterricht stattfindet, aufgenommen haben. Mit gut 47 vH war ein leicht geringerer Anteil als vor Jahresfrist vor Aufnahme der Qualifizierung arbeitslos gewesen.

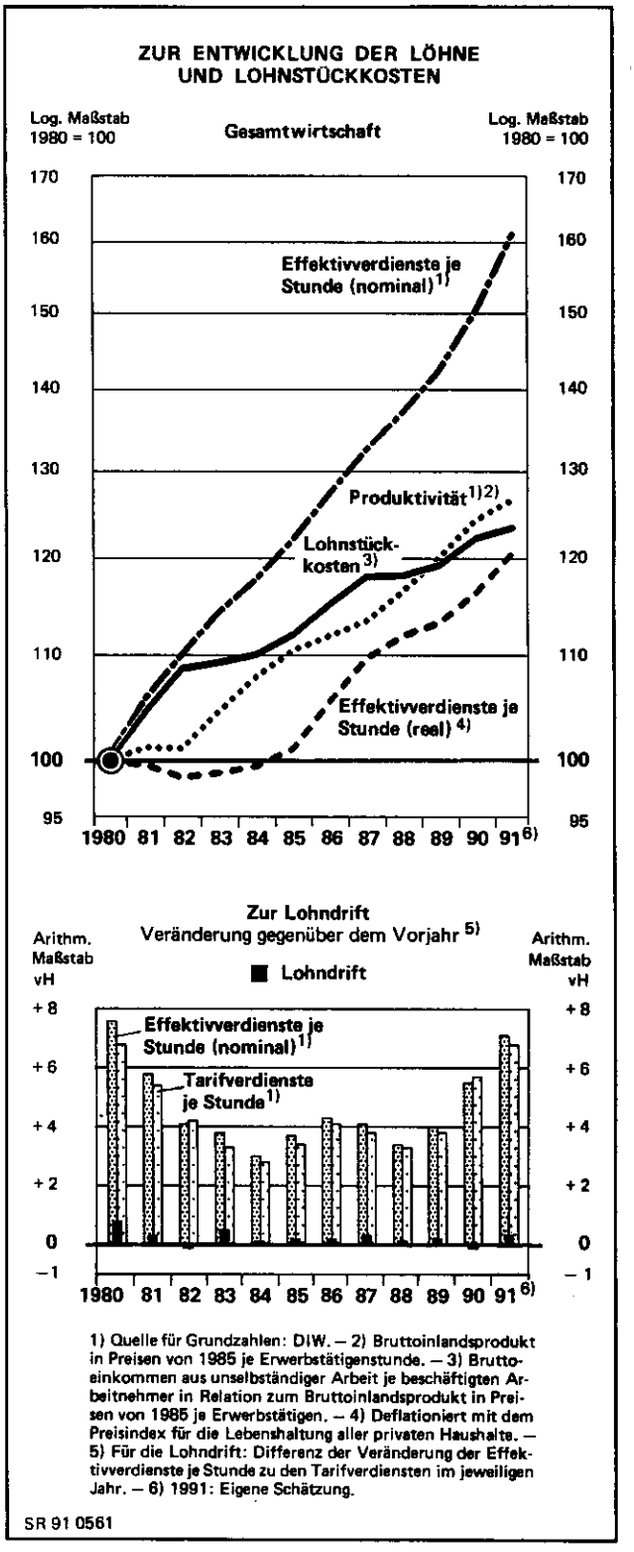
Lohnpolitik: Tariferhöhungen weit über Produktivitätsanstieg

146. Der bereits im letzten Jahr kräftige Anstieg der tariflichen Stundenlöhne beschleunigte sich nochmals. Im ersten Halbjahr 1991 betrug die durchschnittliche Abschlußrate der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge 6,6 vH. Die Tarifverdienste lagen im Juli 1991 auf Stundenbasis um 7,1 vH über dem Vorjahresstand. Von den neuen Tarifabschlüssen wurden in diesem Jahr deutlich mehr Beschäftigte begünstigt als in den vergangenen Jahren. Wie im Vorjahr erstreckte sich die Laufzeit der Neuabschlüsse durchweg auf ein Jahr.

Im Jahre 1991 wurden Tarifverdiensterhöhungen von 4,9 vH im Steinkohlebergbau bis 7,4 vH im Einzelhandel vereinbart. Hinzu kamen in einigen Branchen teilweise erhebliche Anhebungen der unteren Lohn- und Gehaltsstufen. Die diesjährige Tarifrunde wurde durch den öffentlichen Dienst angeführt, der nach dem Auslaufen des dreijährigen Tarifvertrages mit 6 vH bei einer Laufzeit von 12 Monaten abschloß (Tabelle 28). Ein wesentlicher Bestandteil dieser Vereinbarung waren Änderungen in der Entlohnungsstruktur. Davon begünstigt wurden vor allem Beschäftigte in den unteren Einkommensgruppen, die in der Kranken- und Altenpflege sowie im Sozial- und Erziehungsdienst tätig sind. Für diese Personen kam es zu einer zusätzlichen Erhöhung des monatlichen Bruttolohns von bis zu 10 vH. Darüber hinaus wurden teilweise auch strukturelle Lohnerhöhungen für Meister, Techniker und Ingenieure vereinbart, um für diese qualifizierten Arbeitskräfte den öffentlichen Dienst wieder attraktiver zu gestalten. Im Zeichen des Abschlusses im öffentlichen Dienst erfolgten die übrigen Abschlüsse in vergleichbarer oder sogar beträchtlich darüber hinausreichender Größenordnung. Auch die Tarifvertragsparteien der Metallindustrie vereinbarten neben einer allgemeinen Anhebung der Löhne und Gehälter um 6,7 vH ab dem 1. Juni erhebliche Änderungen in der Lohn- und Gehaltsstruktur. Je nach Tarifbezirk stieg die Entlohnung in den unteren Lohngruppen vorab kräftig an, wobei vor allem die untersten Einkommensgruppen die relativ größten Zuwachsraten erzielen konnten. Die Spannweite reichte, je nach Lohn- oder Gehaltsgruppe und Tarifbezirk, von 7,3 vH bis 16,3 vH. Diese nivellierenden Strukturveränderungen führten zu einem Gesamtergebnis in der Metallindustrie von 7,0 vH.

147. Die Effektivverdienste sind in diesem Jahr um schätzungsweise 0,3 Prozentpunkte stärker angestiegen als die Tarifverdienste (Schaubild 19). Vor allem im ersten Halbjahr war bei anhaltender Wirtschaftsdynamik und noch gestiegener Arbeitskräftenachfrage eine stark positive Lohndrift zu verzeichnen. Im weiteren Jahresverlauf sank die Zuwachsrate der Effektivverdienste bei abgeflachtem Wirtschaftswachstum merklich, während sich der Zuwachs der Tarifverdienste weiter beschleunigt hat. Damit lag die

Schaubild 19



1) Quelle für Grundzahlen: DIW. – 2) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigenstunde. – 3) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen. – 4) Deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. – 5) Für die Lohndrift: Differenz der Veränderung der Effektivverdienste je Stunde zu den Tarifverdiensten im jeweiligen Jahr. – 6) 1991: Eigene Schätzung.

SR 91 0561

Tabelle 28

Tarifpolitisch wichtige Ereignisse in Westdeutschland

Monat		
1990		
Juni	Zigarettenindustrie	Erstmals Tarifvereinbarung zur Chancengleichheit von Frauen und Männern: Künftig sollen bei Stellenausschreibungen gezielt Frauen angesprochen werden. Das gilt auch für Führungspositionen. Ferner sollen Ausbildungsplätze angeboten werden, die bisher vornehmlich von Männern besetzt worden sind. Für Frauen, die aus familiären Gründen ausgeschieden waren, soll die Rückkehr an den Arbeitsplatz durch betriebliche und außerbetriebliche Weiterbildungsmaßnahmen gefördert werden.
September	Zigarettenindustrie Begünstigte: 14700	Anhebung der Entgelte um 6,5 vH zum 1. 9. 1990
Oktober	Privates Versicherungsgewerbe Begünstigte: 216400	Anhebung der Einkommen ab 1. 10. 1990 für 12 Monate um 6,0 vH, unter Einrechnung der Anhebung der Verantwortungszulage um 20 DM/10 DM sowie der vermögenswirksamen Leistungen von 52 DM auf 65 DM monatlich beträgt die Tariflohnerhöhung mehr als 6,3 vH. Ausweitung des Erziehungsurlaubs über den gesetzlichen Anspruch: dreieinhalb Jahre Freistellung nach der Geburt eines Kindes unter dem Anspruch auf Wiedereinstellung beim bisherigen Arbeitgeber.
November	Volkswagen AG Begünstigte: 130000	Erhöhung der Löhne und Gehälter zum 1. 11. 1990 um 6,0 vH; Anhebung der Ausbildungsvergütungen um 83 DM je Monat. Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 37 auf 36 Stunden ab 1. 4. 1993; auf 35 Stunden ab 1. 10. 1995, Abgeltung der Überstunden auch künftig in Geld und nicht in Freizeit. Die Regelungen zur unbezahlten Freistellung zur Betreuung und Erziehung von Kindern und zur Pflege von Kindern und Angehörigen sowie zum Zwecke der Weiterbildung wird von 3 Jahre auf 5 Jahre erweitert.
	Privates Bankgewerbe, öffentliche Banken, Genossenschaftsbanken Begünstigte: 356600	Einkommensverbesserungen um 6,0 vH ab 1. 11. 1990 für 14 Monate. Die neuen Ausbildungsvergütungen betragen im 1./2./3. Ausbildungsjahr 981 DM/1071 DM/1171 DM. Zusätzlich erhalten alle Beschäftigten für die Monate November und Dezember 1990 je 250 DM, Auszubildende je 70 DM und Teilzeitarbeitnehmer den anteiligen Betrag. Die Zulagen bei Zweischichtarbeit erhöhen sich ab 1. November von 170 DM auf 220 DM und bei Dreischichtarbeit von 380 DM auf 475 DM monatlich. Der seit 1984 gültige Vorruhestands-Tarifvertrag wurde bis 1993 verlängert. Weiterhin verpflichten sich die Arbeitgeber, Maßnahmen zum Abbau der Arbeitsbelastung durchzuführen: gezielte Neueinstellung qualifizierter Arbeitnehmer, Bereitstellung einer möglichst hohen Zahl von Ausbildungsplätzen, Verstärkung der Weiterbildungsaktivitäten im alten und neuen Bundesgebiet, Förderung der Wiedereingliederung der wegen Erziehungsurlaub ausgeschiedenen Arbeitnehmer, Vergrößerung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen.
1991		
Januar	Öffentlicher Dienst, Bundespost, Bundesbahn Begünstigte: 2505800	Tariferhöhungen um 6,0 vH ab 1. 1. 1991 mit einer Laufzeit von 12 Monaten. In die Erhöhung werden die allgemeinen Zulagen — wie bereits früher vereinbart — ab 1. 1. 1991 einbezogen. Gleichzeitig wurden umfangreiche Strukturverbesserungen, teilweise rückwirkend zum 1. Oktober 1990, in Kraft gesetzt. Die wichtigsten Verbesserungen sind: — Erhöhung der Spannen zwischen den Lohngruppen auf 4,5 vH — Reduzierung der Steigerungsstufen innerhalb einer Lohngruppe von 10 auf 8 mit 1,6 vH Steigerung von einer zur nächsten Stufe — Verkürzung des Bewährungsaufstiegs von 5 auf 3 Jahre — Schaffung eines Tätigkeitsaufstiegs nach jeweils 4 Jahren für alle Gruppen zusätzlich zum Bewährungsaufstieg, der nicht für alle Lohn- und Vergütungsgruppen gilt — Einrichtung von Zwischenlohngruppen für jede Lohngruppe Die neuen Löhne betragen einschließlich der allgemeinen Zulage — nach Angaben der Gewerkschaft ÖTV 2227,55 DM (alt: 2176,87 DM) in der Eingangsstufe der niedrigsten Gruppe und 3540,08 DM (alt: 3305,28 DM) in der Endstufe der höchsten Gruppe.

Monat		
noch 1991		
März	Groß- und Außenhandel (Nordrhein-Westfalen) Begünstigte: 277 700	Zum 1. 3. 1991 Anhebung der Löhne in den Lohngruppen I—IV um 6,7 vH bis 9,4 vH (Durchschnitt 7,6 vH) und in den Lohngruppen V—VIII um 6,4 vH mit einer Stufenerhöhung um 0,4 vH ab 1. 9. 1991. Anhebung der Gehälter in den Gehaltsgruppen III und IV um 6,6 vH bis 9,8 vH (Durchschnitt 7,3 vH) und in den Gehaltsgruppen I, II, V und VI um 6,4 vH mit einer Stufenerhöhung von 0,4 vH ab 1. 9. 1991. Streichung der beiden untersten Stufen in den Gehaltsgruppen I und II.
März/April/ Mai	Einzelhandel Begünstigte: 743 100	Anhebung der Löhne und Gehälter zum 1. 3./1. 4./1. 5. 1991 zwischen 6,8 vH und 7,4 vH in den einzelnen Tarifbezirken.
April	Bauhauptgewerbe Begünstigte: 1 024 100	Anhebung der Löhne und Gehälter um 7,0 vH zum 1. 4.
	Druckindustrie Begünstigte: 124 400	Lohnanstieg nach einem Schlichtungsverfahren 7,0 vH zum 1. 4.
	Metallindustrie	Für die Monate April und Mai Vereinbarung von Pauschalzahlungen von je 290 DM. Die Löhne und Gehälter werden ab 1. 6. 1991 um 6,7 vH angehoben bei einer Laufzeit der Tarifverträge bis zum 31. 3. 1992. In allen Tarifbereichen erfolgte eine Vorweganhebung der unteren Monatsgrundlöhne, zum Beispiel in Nordwürttemberg/Nordbaden: Arbeitswertgruppe I/II von 1 920 DM auf 2 016 DM III von 2 016 DM auf 2 064 DM Lohngruppe 1/2 von 1 892 DM auf 1 976 DM Lohngruppe 3 von 1 976 DM auf 2 007 DM.
Mai	Textilindustrie	Anhebung der Löhne und Gehälter um 6,7 vH zum 1. 5. 1991
Juli/August/ September	Chemische Industrie Begünstigte: 716 500	Entgeltanhebung um 6,7 vH; die Ausbildungsvergütungen wurden in allen Tarifbereichen um 90 DM monatlich angehoben.
September	Privates Versicherungsgewerbe Begünstigte: 254 700	Anhebung der Entgelte 6,5 vH ab dem 1. 10. 1991. Hinzu kommt eine überproportionale Anhebung der Tarifgruppen I bis III um bis zu 16 vH, der Verantwortungszulagen und der Schichtzulagen.

Lohndrift im zweiten Halbjahr 1991 im negativen Bereich. Insgesamt haben die bereits seit letztem Jahr nur noch mit jeweils einem Jahr Laufzeit vereinbarten Erhöhungen der Tarifverdienste den Anstieg der effektiven Entlohnung seither nahezu eingeholt. Der bereits im Jahre 1990 angestiegene Lohnkostendruck verstärkte sich im Jahresverlauf nochmals deutlich. Im zweiten Halbjahr 1991 lagen die Lohnstückkosten um knapp 6 vH über ihrem Vorjahresstand.

Systemwandel erzwingt Abbau unrentabler Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern

148. Mit der Öffnung der DDR im Herbst 1989 vollzog das Wirtschaftssystem in Ostdeutschland einen gravierenden Wandel, der schließlich mit der Vereinigung Deutschlands in den neuen Bundesländern eine marktwirtschaftliche Ordnung etabliert hat. Im Laufe dieser Systemtransformation hat sich die Anzahl wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze als äußerst gering erwiesen. Die Unternehmen und Betriebe, aber auch die öffentliche Verwaltung begannen deshalb, ihre Personalbestände den neuen wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen, sei es, weil sich ganze Produktionen als nicht rentierlich erwiesen, oder sei es, daß ihre personelle Überbesetzung nun offengelegt wurde. Aus diesen Gründen sank die Anzahl der in Ostdeutschland Beschäftigten gegenüber 1989 um schätzungsweise 3,3 Millionen Personen. Der größere Teil des Beschäftigungsabbaus erfolgte mit etwa 2 Millionen Personen bereits im Vorjahr. Einer Beschleunigung des Beschäftigungsabbaus in diesem Jahr stand entgegen, daß der Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums nochmals stark ausgeweitet wurde. Durch umfangreiche Inanspruchnahme der besonderen Kurzarbeiterregelung, durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und auch durch die hinausgeschobenen Stillegungen von Treuhandunternehmen wurde der Beschäftigungsabbau verzögert. Deshalb dürften am Jahresende noch knapp 6,3 Millionen Personen in den neuen Bundesländern beschäftigt gewesen sein.

Völlig anders verlief dagegen die Entwicklung bei den Selbständigen. Seit Anfang 1990 nutzten viele Menschen die ihnen in der Marktwirtschaft gebotenen wirtschaftlichen Chancen und gründeten selbständige Existenzen. Bereits im vergangenen Jahr ist deshalb die Anzahl der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen um 235 000 angestiegen. Im Verlauf diesen Jahres dürften nochmals etwa 140 000 neu hinzugekommen sein.

Das Arbeitsvolumen blieb auch im Jahre 1991 noch deutlich niedriger, als es der Beschäftigtenzahl bei normaler Arbeitszeit entsprochen hätte. Zum einen war im Jahresdurchschnitt für gut 1,6 Millionen Personen Kurzarbeit angemeldet, deren durchschnittli-

cher Arbeitsausfall mit 56 vH zudem noch relativ hoch lag. Zum anderen war bis Juli eine größere Anzahl von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Wartestand versetzt worden.

149. In der Industrie und in der Landwirtschaft wurde Schätzungen zufolge die Beschäftigung besonders stark abgebaut. Neben Entlassungen spielte hierbei die Neuorganisation der ostdeutschen Industrie eine große Rolle. Ausgründungen von Betrieben, Betriebsteilen oder Abteilungen ehemaliger Kombinate führten teilweise dazu, daß die dort Beschäftigten nun statistisch anderen Wirtschaftszweigen, wie zum Beispiel der Bauwirtschaft oder den Dienstleistungsunternehmen, zuzurechnen sind. Aber auch die Wirtschaftsbereiche, die zukünftig expandieren dürften, hatten mit erheblichen Beschäftigungsschwierigkeiten zu kämpfen. Steigenden Beschäftigungszahlen in expansiven neuen Bereichen wie den Versicherungen und Banken stand gegenüber, daß in der DDR auch im tertiären Bereich ein deutlicher Personalüberhang bestanden hatte, der nun allmählich zurückgeführt wurde. Deshalb dürfte im Handel und bei den Dienstleistungsunternehmen insgesamt immer noch der Beschäftigungsabbau überwogen haben. Auch war der staatliche Bereich in seiner Gesamtheit immer noch deutlich überbesetzt. Während vor allem in Verwaltungen auf kommunaler Ebene der Personalbestand leicht aufgestockt worden sein dürfte, wurde damit begonnen, die Beschäftigung auf der zentralen Verwaltungsebene, im Versorgungsbereich und im kulturellen Bereich zu reduzieren. Einer zügigen Verringerung der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Sektor stand außerdem die Warteschleifenregelung entgegen, die erst im April und Juli umfangreichere Freisetzungen ermöglicht hat.

In die Warteschleife sind Arbeitnehmer aus aufzulösenden Verwaltungsorganen oder sonstigen der öffentlichen Verwaltung oder Rechtspflege dienenden Einrichtungen der früheren DDR einbezogen worden. Durch Sonderregelungen im Einigungsvertrag sind ihre Arbeitsverhältnisse zunächst in ruhende und nach sechs Monaten (für Personen bis zum Alter von 50 Jahren) beziehungsweise nach neun Monaten (für Personen im Alter von 50 oder mehr Jahren) auslaufende Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt worden. In der Ruhezeit des Arbeitsvertrages erhielten die Arbeitnehmer ein monatliches Wartegeld in Höhe von 70 vH ihres durchschnittlichen monatlichen Arbeitsentgeltes der letzten sechs Monate. Das Bundesverfassungsgericht hat durch Urteil vom 24. April 1991 Teile der ursprünglichen Warteschleifenregelung für nichtig erklärt. Dies bezieht sich vor allem auf Frauen, die aufgrund von Schwangerschaft oder Geburt zum Zeitpunkt des Beginns der Warteschleife nach dem Mutterschutzrecht Kündigungsschutz genossen, sowie wegen Mutterschaft von Kindern im Alter bis 3 Jahren nach DDR-

Tabelle 29

Arbeitsvermittlungen in den neuen Bundesländern

Zeitraum	Arbeitsvermittlungen						Nachrichtlich	
	insgesamt		und zwar				Abgang an offenen Stellen	
			von Arbeitslosen		in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen		insgesamt	Vermittlungsquote in ABM[3]
	Anzahl	Veränderung in vH[1]	Anzahl	Anteil in vH[2]	Anzahl	Anteil in vH[2]	Anzahl	Relation in vH
1990 2. Vj.	26 972	.	23 943	*88,8*	.	.	54 730	.
3. Vj.	52 783	*95,7*	48 259	*91,4*	19 198	*36,4*	71 322	*26,9*
1991 1. Vj.	81 950	*55,3*	68 516	*83,6*	44 970	*54,9*	98 332	*45,7*
2. Vj.	151 284	*84,6*	96 442	*63,7*	94 605	*62,5*	167 829	*56,4*
3. Vj.	265 410	*75,4*	156 719	*59,0*	183 509	*69,1*	287 572	*63,8*
1990 Jul	5 458	.	4 615	*84,6*	.	.	22 265	.
Aug	9 535	*74,7*	8 588	*90,1*	.	.	17 700	.
Sep	11 979	*25,6*	10 740	*89,7*	2 610	*21,8*	14 765	*17,7*
Okt	17 337	*44,7*	15 613	*90,1*	4 888	*28,2*	23 722	*20,6*
Nov	17 911	*3,3*	16 369	*91,4*	6 575	*36,7*	24 285	*27,1*
Dez	17 535	*– 2,1*	16 277	*92,8*	7 735	*44,1*	23 315	*33,2*
1991 Jan	25 871	*47,5*	23 525	*90,9*	14 229	*55,0*	31 130	*45,7*
Feb	26 203	*1,3*	22 209	*84,8*	14 241	*54,3*	31 740	*44,9*
Mär	29 876	*14,0*	22 782	*76,3*	16 500	*55,2*	35 462	*46,5*
Apr	42 774	*43,2*	30 993	*72,5*	24 014	*56,1*	47 400	*50,7*
Mai	47 419	*10,9*	31 200	*65,8*	30 240	*63,8*	52 784	*57,3*
Jun	61 091	*28,8*	34 249	*56,1*	40 351	*66,1*	67 645	*59,7*
Jul	95 869	*56,9*	53 450	*55,8*	68 121	*71,1*	104 584	*65,1*
Aug	82 610	*– 13,8*	48 244	*58,4*	56 631	*68,6*	89 779	*63,1*
Sep	86 931	*5,2*	55 025	*63,3*	58 757	*67,6*	93 209	*63,0*
Okt	66 234	*– 23,8*	43 432	*65,6*	40 229	*60,7*	72 421	*55,5*

1) Gegenüber dem Vorquartal/Vormonat.
2) Anteil an den Arbeitsvermittlungen insgesamt.
3) Arbeitsvermittlungen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in vH des Abgangs an offenen Stellen.

Quelle: BA

Recht geschützt waren. Darüber hinaus hob das Gericht eine besondere Verpflichtung des Staates hervor, Schwerbehinderte, ältere Arbeitnehmer und Alleinerziehende bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

In welchem Umfang durch das Urteil des Verfassungsgerichts die Auflösung der Warteschleife verzögert wurde, ist bislang ebenso unklar wie die Größenordnung, in der sich die Anzahl der von der Warteschleifenregelung betroffenen Personen bewegte. Im Rahmen des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht nannte die Bundesregierung eine Größenordnung von 100 000 bis 150 000 Personen, während die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr mit 600 000 bis 700 000 Personen den Umfang am höchsten einschätzte. Die Befragung im Rahmen des Arbeitsmarktmonitors vom März 1991 ergab zwischen 207 000 und 278 000 Personen im Wartestand, je nach Weite der Definition der Warteschleife.

In der Bauwirtschaft liegen monatliche Angaben über den Beschäftigungsstand der Unternehmen des Bauhauptgewerbes und des Ausbaugewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten vor. Sie sind allerdings weder mit Daten aus dem Vorjahr vergleichbar noch für das gesamte Baugewerbe hochrechenbar. Die bislang erfaßten Betriebe des Bauhauptgewerbes beschäftigten mit 273 000 Personen im Juli sogar noch weniger Arbeitnehmer als zu Jahresbeginn, dagegen waren im Ausbaugewerbe mit 61 000 mehr Personen als zu Jahresanfang beschäftigt. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, daß die verbesserte wirtschaftliche Lage der ostdeutschen Bauwirtschaft bislang nicht zu einem Beschäftigungsanstieg geführt hat. Die Bauunternehmen haben vielmehr begonnen, das vorhandene Personal besser auszulasten.

150. Während insgesamt die Nachfrage nach Arbeitskräften deutlich gesunken ist, fanden auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt auch gegenläufige Bewegungen statt. Den Umfrageergebnissen des Arbeitsmarktmonitors zufolge wurden zwischen November 1990 und Juli 1991 insgesamt knapp 1,4 Millionen Beschäftigungsverhältnisse neu aufgenommen. Dies ist jedoch keineswegs schon das Zeichen eines durchgreifenden Beschäftigungsaufbaus. Weder hat innerhalb dieses Zeitraums die Zahl begonnener Erwerbstätigkeiten wesentlich zugenommen, noch handelt es sich um die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Der größte Teil geht auf Beschäftigungsaufnahmen im Zuge von Betriebswechseln zurück, die wegen der Zergliederung ehemaliger Kombinate häufig nicht mit Arbeitsplatzwechseln verbunden waren. Darüber hinaus nahmen viele Arbeitskräfte nach ihrer Rückkehr aus dem Mutterjahr und nach beendetem Wehrdienst/Zivildienst sowie in betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungen eine neue Beschäftigung auf. Ferner ist zu berücksichtigen, daß in den Zahlen auch 222 000 Vermittlungen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen enthalten sind, die im Jahresverlauf sogar noch beschleunigt zugenommen haben. Obschon der überwiegende Teil der 644 600 seit Jahresbeginn bis Oktober neu gemeldeten offenen Stellen auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beruhte, erhöhte sich der Bestand auf 41 000 offene Stellen (Tabelle 29).

Arbeitsangebot durch Abwanderung, Auspendler und vorzeitigen Ruhestand stark reduziert

151. Gleichgerichtet zum starken Rückgang der Arbeitskräftenachfrage ist in den letzten beiden Jahren auch die Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland deutlich zurückgegangen. Die Anzahl der Erwerbspersonen hat insgesamt um nahezu ein Fünftel auf zuletzt noch schätzungsweise 7,9 Millionen Personen abgenommen. Im Jahre 1991 betrug ihr Rückgang noch schätzungsweise 700 000 Personen (Tabelle 30).

— Gut ein Drittel des gesamten Rückgangs ist darauf zurückzuführen, daß ostdeutsche Arbeitskräfte verstärkt Tätigkeiten in Westdeutschland aufgenommen haben. Während in diesem Jahr nur noch in unwesentlichem Umfang Arbeitskräfte aus Ostdeutschland nach Westdeutschland umgesiedelt sind, stieg der Pendlersaldo mit den alten Bundesländern um 300 000 Personen an und entlastete dadurch den östlichen Arbeitsmarkt. Inwieweit diese Pendlertätigkeiten jedoch auf Dauer angelegt sind, ist nicht absehbar. Befragungsergebnisse ostdeutscher Arbeitnehmer im Rahmen des Arbeitsmarktmonitors zeigen, daß 7 vH der Pendler des November 1990 bereits im März 1991 in den neuen Bundesländern als arbeitslos gemeldet und etwa 4 vH wieder in Ostdeutschland erwerbstätig waren. Gerade die Pendler, die eine größere Strecke zwischen Arbeitsstelle und Wohnsitz zurücklegen, dürften sich verstärkt um eine Beschäftigung in Ostdeutschland bemühen. Dies gilt jedoch weniger für die nach Berlin (West) einpendelnden Erwerbstätigen, die den Umfrageergebnissen vom Juli zufolge etwa ein Drittel aller Ost-

Tabelle 30

Zur Entwicklung am ostdeutschen Arbeitsmarkt im Verlauf der Jahre 1990 und 1991[1])

Tausend

	1990	1991	1990 und 1991 insgesamt[2])
Erwerbstätige	− 1 755	− 1 195	− 2 950
darunter: Selbständige	+ 235	+ 140	+ 375
Arbeitslose	+ 560	+ 495	+ 1 055
Erwerbspersonen	− 1 195	− 700	− 1 895
	darunter durch:		
Pendlersaldo mit Westdeutschland[3])	195	300	495
Fortzüge nach Westdeutschland	230	65	295
Vorruhestand und Altersübergang	410	325	735
Teilnehmer an FuU-Maßnahmen[4])	40	120	160

[1]) Inlandskonzept, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; eigene Schätzung.
[2]) Entwicklung vom 4. Quartal 1989 bis zum 4. Quartal 1991.
[3]) Die Anzahl der Auspendler übertrifft die Anzahl der Einpendler.
[4]) Teilnehmer in Vollzeitmaßnahmen: Berufliche Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung.

West-Pendler umfaßten. Denn in Berlin rekrutiert sich nun, wie in anderen Großstädten auch, eine zunehmende Anzahl von Arbeitskräften aus dem benachbarten Umland (Ziffer 137). Eine statistische Trennung in ostdeutsche und westdeutsche Arbeitskräfte wird somit zunehmend obsolet.

— Ein weiteres gutes Drittel des Rückgangs an Erwerbspersonen ist direkt dem Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente zuzuschreiben. In großem Umfang machten ältere Arbeitskräfte schon im Vorjahr von der Möglichkeit Gebrauch, bereits vor Erreichen des regulären Rentenalters aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. Die zwischen dem 8. Februar und dem 2. Oktober 1990 gültige Vorruhestandsregelung in der DDR nutzten insgesamt etwa 400 000 Personen.

Die Anzahl der Empfänger von Vorruhestandsgeld war bereits im Verlauf des Jahres 1991 wieder rückläufig, bedingt durch Übertritte in den regulären Ruhestand belief sich ihre Anzahl Ende Oktober auf nur noch 341 000 Personen. Dennoch hat die Vorruhestandsregelung den ostdeutschen Arbeitsmarkt im Vorjahr um 180 000 Personen und in diesem Jahr um weitere 186 000 Personen entlastet. Wegen der relativ gleichmäßigen demographischen Struktur der Wohnbevölkerung in Ostdeutschland werden in den nächsten Jahren in dieser Größenordnung mehr Personen in das Erwerbsleben eintreten, als in den kommenden Jahren noch in den Ruhestand überwechseln werden. Damit wird der ostdeutsche Arbeitsmarkt wieder belastet werden. Bereits für das kommende Jahr rechnet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit mit einem Rückgang der Empfänger von Vorruhestandsgeld um 220 000 Personen.

Grundsätzlich in gleicher Weise wirkte die seit dem 3. Oktober 1990 gültige Altersübergangsregelung. Gemäß Artikel 30 Absatz 2 des Einigungsvertrages bestand zunächst für ältere Arbeitnehmer (Männer ab 57, Frauen ab 55 Jahre) die Möglichkeit, unter Bezug von Altersübergangsgeld vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszuscheiden und somit auch nicht als arbeitslos registriert zu werden. Nachdem ab dem 1. Juli 1991 zunächst befristet bis zum 31. Dezember 1991 die Altersgrenze auf einheitlich 55 Jahre abgesenkt wurde, entlasteten Mitte Oktober knapp 282 000 Empfänger von Altersübergangsgeld den ostdeutschen Arbeitsmarkt.

Auch werden die Teilnehmer an Ganztagskursen zur beruflichen Fortbildung statistisch nicht als Erwerbspersonen erfaßt. Ende letzten Jahres hat die Bundesanstalt für Arbeit mit der Qualifizierung ostdeutscher Arbeitskräfte begonnen. Ende dieses Jahres haben etwa 160 000 Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen rechnerisch den ostdeutschen Arbeitsmarkt entlastet.

— Der restliche Rückgang an Erwerbspersonen läßt sich zum einen auf die Umstellung der statistischen Erfassung des Arbeitskräfteangebots zurückführen. So werden nun nicht mehr wie noch zu DDR-Zeiten Personen im Mütterjahr als erwerbstätig erfaßt. Zum anderen war die Erwerbstätigkeit von Personen im Alter über 65 Jahren in der DDR vergleichsweise hoch. Nach der deutschen Vereinigung dürfte ein beträchtlicher Anteil dieser Personen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden und in den endgültigen Altersruhestand übergewechselt sein.

Intensive Arbeitsmarktpolitik begrenzt den Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit

152. Wegen des starken Rückgangs der Erwerbsbeteiligung haben die hohen Beschäftigungseinbußen bei weitem nicht in vollem Umfang zu einer Erhöhung der registrierten Arbeitslosigkeit geführt. Sie nahm im Jahresdurchschnitt auf nur 915 000 Personen zu, wobei allerdings nach Ablauf der Kündigungsschutzvereinbarungen und der Warteschleifenregelung zur Jahresmitte ein sprunghafter Anstieg der Arbeitslosigkeit um 225 000 Personen zu verzeichnen war. Ende des Jahres dürften knapp 1,1 Millionen Arbeitslose in den neuen Bundesländern registriert gewesen sein. Damit belief sich die Arbeitslosenquote jahresdurchschnittlich auf 11,4 vH, gemessen an den inländischen abhängigen Erwerbspersonen. Bislang waren nur geringe regionale Disparitäten der Arbeitslosigkeit festzustellen.

Den Ergebnissen des Arbeitsmarktmonitors zufolge hat sich bereits im Laufe diesen Jahres die Arbeitslosigkeit verfestigt. Nachdem im März noch 52 vH aller registrierten Arbeitslosen seit weniger als vier Monaten und 48 vH bereits länger als vier Monate arbeitslos gewesen sind, lag im Juli der Anteil der bereits seit längerem Arbeitslosen höher. Von den im Juli gemeldeten 960 000 Arbeitslosen waren demzufolge 45 vH weniger als vier Monate, dagegen 25 vH zwischen vier und acht Monaten und sogar 30 vH seit mehr als acht Monaten arbeitslos gewesen.

153. Darüber hinaus gibt die Anzahl der registrierten Arbeitslosen die Unterbeschäftigung in Ostdeutschland nur unvollkommen wieder (Tabelle 31). Eine beträchtliche Anzahl von Personen wurde nur durch den intensiven Einsatz der Arbeitsmarktpolitik in Beschäftigung gehalten. Ohne die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen tätigen Personen und ohne die dem durchschnittlichen Arbeitsausfall entsprechende Anzahl der Kurzarbeiter dürften Ende dieses Jahres noch schätzungsweise 5,2 Millionen Personen beschäftigt gewesen sein.

Obwohl ihre Anzahl seit April zurückgegangen ist, waren im Herbst immer noch etwa 1,2 Millionen Kurzarbeiter den Arbeitsämtern angezeigt. Ihr durchschnittlicher Arbeitsausfall belief sich dabei Mitte Oktober auf 56 vH. Im Jahresverlauf hat sich die Kurzarbeit zusehends verfestigt. Angesichts dieser Entwicklung wurde bereits im März per Verordnung die mögliche Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld nach § 67 Absatz 1 AFG in den neuen Bundesländern auf 18 Monate verlängert. Im Juni arbeiteten gut 80 vH aller Kurzarbeiter bereits seit mehr als sechs Monaten verkürzt. Mitte September entfielen 58 vH aller Kurzarbeiter auf Betriebe, in denen bereits seit über einem Jahr verkürzt gearbeitet wurde.

Die Kurzarbeit betraf sämtliche Wirtschaftszweige in erheblichem Ausmaß, konzentrierte sich aber mit rund 60 vH aller Kurzarbeiter auf das Verarbeitende Gewerbe. In der Land- und Forstwirtschaft waren mit 14 vH ebenfalls überdurchschnittlich viele Kurzarbeiter beschäftigt. Daß Kurzarbeit in vielen Fällen Entlassungen nur hinauszögert, zeigte sich deutlich in der Chemischen Industrie und in der Metall- und Elektroindustrie. In beiden Bereichen ist die Kurzarbeit von

Tabelle 31

Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland

Zeitraum	Registrierte Arbeitslose	Kurzarbeiter		Teilnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	Teilnehmer in Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung		Empfänger von		Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit[1]
		insgesamt	durchschnittlicher Arbeitsausfall		insgesamt	dar.: in Vollzeitmaßnahmen	Vorruhestandsgeld	Altersübergangsgeld	
	Anzahl in Tausend		vH	Anzahl in Tausend					
1990 2. Vj.	.	.	.	.		.	235 a)	.	.
3. Vj.	308,9	1 295,0	.	.	40 a)	20 a)	270 a)	.	.
4. Vj.	556,5	1 735,9	46,3	11,8	85 a)	35 a)	305 a)	10 a)	1 720 a)
1991 1. Vj.	756,5	1 925,8	54,0	40,9	140 a)	60 a)	340 a)	60 a)	2 295 a)
2. Vj.	834,9	1 962,1	56,1	101,3	223,2	95 a)	374,9	133,9	2 640 a)
3. Vj.	1 022,5	1 464,0	56,5	234,1	330 a)	130 a)	359,1	205,3	2 780 a)
4. Vj.a)	1 050	1 200	56½	360	395	155	330	335	2 910
1991a)	915	1 640	56	185	270	110	350	185	2 660

[1]) Registrierte Arbeitslose, Anzahl der Kurzarbeiter multipliziert mit ihrem durchschnittlichen Arbeitsausfall, Teilnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Teilnehmer in ganztägigen FuU-Maßnahmen (Vollzeit) und Empfänger von Vorruhestandsgeld sowie von Altersübergangsgeld.
a) Eigene Schätzung.

Quelle: BA

Mitte Juni auf Mitte Juli überdurchschnittlich stark zurückgegangen, weil hier Kündigungsschutzabkommen zum 30. Juni ausgelaufen waren und erst damit den Unternehmen ein stärkerer Beschäftigungsabbau ermöglicht worden ist.

Bislang hat sich in den einzelnen Regionen keine sonderlich starke Differenzierung der Kurzarbeit herausgebildet. Die Anzahl der Kurzarbeiter war überall beträchtlich, lediglich in den Arbeitsamtsbezirken Dresden und Berlin (Ost) lag der Kurzarbeiteranteil im September merklich niedriger als im Durchschnitt der neuen Bundesländer insgesamt. Während der Arbeitsmarkt in Berlin (Ost) auch beträchtlich von der Expansion in Berlin (West) profitierte, lag dies in Dresden weniger an einer bereits verbesserten Arbeitsmarktlage als vielmehr daran, daß dort die Arbeitskräfte weit überdurchschnittlich häufig Qualifizierungsangebote der Bundesanstalt für Arbeit ohne gleichzeitige Kurzarbeit angenommen haben.

154. Für die neuen Bundesländer sind deutlich erleichterte Förderbedingungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Arbeitsförderungsgesetz fixiert (JG 90 Tabelle 19). Angesichts der andauernden Arbeitsmarktschwäche wurden die ursprünglich bis Mitte dieses Jahres befristeten Sonderregelungen bis Ende 1992 verlängert. Mit dem Einsatz dieses Instrumentariums erhoffte sich die Arbeitsmarktpolitik zunächst eine Entlastung der lokalen Arbeitsmärkte. Darüber hinaus soll verhindert werden, daß die Begünstigten in längerfristig andauernde Arbeitslosigkeit geraten und dadurch an Qualifikation einbüßen.

Die durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geförderte Beschäftigung nahm zunächst nur schleppend zu. Erst nachdem Anfang März im Rahmen des „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" für dieses Jahr insgesamt 900 Millionen DM für Zuschüsse zu den Sachkosten für die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden, beschleunigte sich der Zugang in die geförderte Beschäftigung ab dem zweiten Quartal merklich. Ende August war mit knapp 262 000 Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die ursprünglich erst zum Jahresende angestrebte Größenordnung bereits nahezu erreicht. Daraufhin paßte die Bundesanstalt für Arbeit das Ziel auf 400 000 geförderte Personen zum Jahresende an. Dies dürfte auch weitgehend ausgeschöpft worden sein.

Angesichts der allgemein schwierigen Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern erfolgte der Einsatz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen flächendekkend. Im Laufe diesen Jahres sind wegen befürchteter regionaler Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit auch Großprojekte mit jeweils mehr als 150 geförderten Arbeitskräften begonnen worden. Diese Projekte haben zu keiner merklichen regionalen Konzentration der geförderten Arbeitsbeschaffung geführt.

Seit September letzten Jahres wurden 385 000 Arbeitskräfte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vermittelt, von denen Ende Oktober 1991 noch 348 000 Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt waren. Dabei stand im Gegensatz zu Westdeutschland nicht die Förderung von Problemgruppen am Arbeitsmarkt im Vordergrund. Da die Sanierung der an vielen Orten Ostdeutschlands ruinierten Umwelt auch durch Mittel der Bundesanstalt für Arbeit begonnen werden sollte, konzentriert sich die Arbeitsbeschaffung auf den Bereich „Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsgartenbau" vor dem Bereich „Bau und Gebäudeerschließung". Die in Westdeutschland vorrangigen sozialen Dienste und Arbeiten in Büro und Verwaltung waren dagegen in Ostdeutschland kein Förderschwerpunkt.

155. Der Wandel des Wirtschaftssystems in Ostdeutschland führte auch zu gravierenden Änderungen der Anforderungen, die an die Qualifikationen der ostdeutschen Arbeitskräfte gestellt werden. Die auf wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen notwendigen Qualifikationen haben die Menschen unter dem alten System vielfach nicht erlernen können. Da der Aufbau neuer Arbeitsplätze, in deren Ausübung sich die Beschäftigten die benötigten Qualifikationen „on the job" werden aneignen können, nicht in gleichem Tempo vorangeschritten ist, wie sich alte Arbeitsplätze als nicht wettbewerbsfähig erwiesen haben, kam dem arbeitsmarktpolitischen Instrument der beruflichen Weiterbildung eine bedeutende Aufgabe zu. Seit Jahresbeginn haben 714 000 Personen die Teilnahme an einer Maßnahme zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und betrieblichen Einarbeitung begonnen. Im September befanden sich den Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit zufolge 350 500 Personen in solchen Maßnahmen. Dabei ist die zunächst noch äußerst geringe Beteiligung von Kurzarbeitern im Jahresverlauf auf zuletzt schätzungsweise 37 vH angestiegen, nachdem ihnen für den Fall, daß sie nicht an den ihnen angebotenen Qualifizierungskursen teilnehmen, Sperrzeiten vom Bezug des Kurzarbeitergeldes angedroht worden sind.

In diesem Jahr wurden überwiegend kurz- bis mittelfristige Weiterbildungsaktivitäten durch die Bundesanstalt für Arbeit gefördert. Nahezu 47 vH aller im ersten Halbjahr begonnenen Maßnahmen hatten eine Laufzeit von nur bis zu drei Monaten, weitere 38 vH erstreckten sich zwischen drei und zwölf Monaten. Vor allem der Anteil der sehr kurzfristigen „Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten" (sogenannte 41a-Maßnahmen) erlangte bedeutendes Ausmaß. In welchem Umfang dagegen längerfristige berufliche Fortbildung und Umschulung in Vollzeitmaßnahmen durchgeführt worden ist, läßt sich bislang nur schwerlich abschätzen. Der jahresdurchschnittliche Bestand an Teilnehmern in Vollzeitmaßnahmen dürfte nur 110 000 Personen betragen haben.

156. Wegen der vielerorts extrem monostrukturierten Wirtschaft der ehemaligen DDR drohten Betriebsstillegungen häufig regional konzentrierte Arbeitslosigkeit hervorzurufen, ohne daß auf absehbare Zeit mit dem Aufbau neuer Arbeitsplätze in nennenswertem Umfang gerechnet werden konnte. Die Arbeitsmarktpolitik reagierte hierauf im Rahmen des „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" mit der Förderung von Arbeitsbeschaffung in Großprojekten, von denen bis Anfang Oktober 120 bewilligt worden waren. Die Gesamtkosten dieser überwiegend auf 1½ bis 2 Jahre befristeten Projekte, in denen insgesamt knapp 40 500 Personen beschäftigt werden sollen, belaufen sich auf 4,1 Mrd DM. Die größten Projekte wurden von der Vereinigten Mitteldeutschen Braunkohlewerk AG und der Lausitzer Braunkohlewerk AG zur Rekultivierung und Renaturierung der vom Braunkohlebergbau geschädigten Landschaft mit jeweils 2 200 Arbeitnehmern durchgeführt. Aber auch die Gemeinnützige Qualifizierungsgesellschaft Jena mbH mit 1 740 und die Bitterfelder Qualifizierungsgesellschaft mbH mit zusammen 2 060 geförderten Arbeitnehmern, die hauptsächlich im Rahmen der Umweltsanierung und der Betriebsdemontage eingesetzt werden sollen, erreichten weit überdurchschnittliche Größen.

Die Förderung durch Mittel der Bundesanstalt für Arbeit kommt auch Gesellschaften zugute, die im Laufe des Jahres mit der vorrangigen Zielsetzung gegründet worden sind, den von Betriebsstillegungen und Entlassungen bedrohten Arbeitskräften subventionierte Ersatzarbeitsplätze zu bieten und sie auf diesem Weg beruflich zu qualifizieren. Bis Mitte August dürften etwa 300 dieser häufig aus Treuhandunternehmen hervorgegangenen Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung (ABS) gegründet worden sein. Anfang November gab es etwa 200 Beschäftigungsgesellschaften mit gesellschaftsrechtlicher Beteiligung von Treuhandunternehmen. Die Treuhandanstalt geht davon aus, daß noch weitere 150 Gesellschaften dieser Art gegründet werden, so daß dann insgesamt bis zu 150 000 Arbeitnehmer, insbesondere durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und berufliche Fortbildung und Umschulung, in den ABS-Gesellschaften beschäftigt werden könnten.

Gemäß einer Rahmenvereinbarung vom 17. Juni 1991 zwischen den Gewerkschaften, den Arbeitgebern, der Treuhandanstalt und den ostdeutschen Bundesländern hat sich die Treuhandanstalt verpflichtet, eine Beteiligung von 10 vH am Stammkapital der zu gründenden Trägergesellschaften auf Landesebene einzugehen. Bis Anfang November waren die entsprechenden Landesdachgesellschaften in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Berlin bereits gegründet. Ferner hat sich die Treuhandanstalt verpflichtet, den einzelnen ABS-Gesellschaften sächliche, personelle und finanzielle Unterstützung zu gewähren, die sich hauptsächlich auf die Bereitstellung von Räumen, Sachmitteln und Anfangshilfen bei administrativen Aufgaben wie Lohn- und Gehaltsabrechnungen oder Sozialversicherungsfragen erstreckt. Darüber hinaus kann die Treuhandanstalt für die Dauer von drei Monaten eine Vorfinanzierung einzelner ABS-Gesellschaften übernehmen, um bei gesicherter Gesamtfinanzierung den geplanten Beginn der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sicherzustellen. Insgesamt erwartet die Treuhandanstalt einen Finanzierungsbedarf von bis zu 150 Mio DM, der sich durch die Gründung von Beschäftigungsgesellschaften ergibt.

Starker Niveausprung bei den Tarifverdiensten

157. Nachdem die Tarifverdienste in den neuen Bundesländern bereits im letzten Jahr mehrfach beträchtlich erhöht worden waren, wurden durch die Tarifvertragsparteien im Laufe des ersten Halbjahres erneute Lohn- und Gehaltsanhebungen ausgehandelt, die gut 5,5 Millionen Arbeitnehmer begünstigt haben. Dabei wurden wiederum kurzfristige Verträge abgeschlossen, deren Laufzeiten von nur drei Monaten in der Chemischen Industrie und bis zu elf Monaten in der Druckindustrie reichten. In einigen größeren Bereichen, wie zum Beispiel der Eisen- und Stahlindustrie, der Metall- und Elektroindustrie sowie dem Metallhandwerk haben die Tarifvertragsparteien dagegen mittelfristige Laufzeiten vereinbart, die innerhalb von drei Jahren durch Stufenanhebungen die tariflichen Löhne und Gehälter an das Niveau der entsprechenden westlichen Tarifbezüge heranführen sollen.

158. In ihrer überwiegenden Anzahl wurden Lohn- und Gehaltserhöhungen auf nunmehr 60 vH bis 65 vH der entsprechenden westlichen Tarifniveaus ausgehandelt. Stufenvereinbarungen zum Beispiel im Dachdeckerhandwerk und im Einzelhandel führten bereits in der zweiten Jahreshälfte zu weiteren Anhebungen der Tariflöhne und -gehälter auf über 70 vH des Tarifniveaus in Westdeutschland. Im Baugewerbe wurde im Herbst ein neuer Abschluß ausgehandelt, der ab 1. Oktober diesen Jahres den östlichen Baubeschäftigten 69 vH und ab 1. April nächsten Jahres über eine Laufzeit von 12 Monaten 77 vH der westlichen Tarifeinkommen einbringen soll. Regionale Differenzierungen innerhalb einiger Wirtschaftsbereiche führten für Berlin (Ost) und teilweise auch für Brandenburg zu einem gegenüber den übrigen neuen Bundesländern erhöhten Tarifniveau, das vor allem in Berlin bereits in diesem Jahr zu einer Angleichung der westlichen und östlichen Tarifeinkommen geführt hat. Die neuen Vereinbarungen brachten im Jahre 1991 durchweg zweistellige Steigerungsraten gegenüber den abgelösten Tarifvereinbarungen mit sich.

Neben den Einkommensvereinbarungen wurden auch für die meisten Tarifbereiche Abkommen über die Reduzierung der tariflichen Wochenarbeitszeit und die Ausdehnung des tariflichen Jahresurlaubs abgeschlossen. Trotz dieser Arbeitszeitverkürzungen lag die tarifliche Wochenarbeitszeit in den neuen Bundesländern weiterhin über der in den vergleichbaren westlichen Tarifbezirken. Mitte des Jahres war hier weitgehend die 40-Stunden-Woche realisiert. Eine wichtige Ausnahme stellte das Baugewerbe dar, in dem zu Jahresanfang die Arbeitszeit von 43¾ auf 42 Wochenstunden verkürzt worden ist. Stufenvereinbarungen in vielen Tarifbereichen sehen eine weitere Arbeitszeitverkürzung für die nächsten Jahre vor. Je nach Wirtschaftsbereich sollen zwischen 1993 und 1996 wöchentliche Arbeitszeiten von 38 bis 39 Stunden erreicht werden. Ebenfalls wurden in einer Reihe von Tarifbereichen Stufenvereinbarungen über die Verlängerung des Tarifurlaubs sowie über die Einführung und Anhebungen von sonstigen Leistungen wie Jahressonderzahlungen, Urlaubsgeld und vermögenswirksame Leistungen getroffen, von denen die erste Stufe bereits teilweise in diesem Jahr in Kraft getreten ist. Auch hierdurch wurde bereits 1991 eine beträchtliche Steigerung der Arbeitskosten ausgelöst, die gegenüber den ursprünglichen Vereinbarungen bis zu gut 10 vH beträgt.

159. In den meisten Tarifbereichen wurde im Laufe des Jahres die Übertragung westlicher Tarifstrukturen abgeschlossen (Tabelle 32). Manteltarifverträge der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie sehen westlichen Vereinbarungen entsprechende Lohn- und Gehaltsgruppeneinteilungen und Eingruppierungsmerkmale vor. Die Einstufung der einzelnen Arbeitskräfte ist dagegen ein Prozeß, der noch die nächsten Jahre in Anspruch nehmen wird. Speziell die Einstufung in niedrige Lohn- und Gehaltsstufen hat sich als problematisch herausgestellt, da die betreffenden Arbeitskräfte schon in der damaligen DDR und dann durch die ersten Tarifverträge im vergangenen Jahr bereits relativ hohe Tarifverdienste erreicht hatten. Dies führte dazu, daß die Differenzierung der Tarifeinkommen zwischen den einzelnen Lohn- und Gehaltsstufen in den neuen Bundesländern vorerst deutlich geringer ausgestaltet worden ist, als es entsprechende Tarifverträge in den alten Bundesländern vorsehen.

160. Das effektive Einkommen in Ostdeutschland lag deutlich niedriger, als es der Vergleich des monatlichen Tarifniveaus nahelegen würde. Im April hat die Ost-West-Relation der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der in der Verdiensterhebung für die neuen Bundesländer bislang erfaßten Vollzeitbeschäftigten in Industrie, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe 47,1 vH betragen. In den neuen Bundesländern haben diese Beschäftigten mit 1.899 DM knapp 15 vH mehr als noch am Jahresanfang verdient. Gegenüber April 1990 ist ihr Bruttomonatsverdienst, der damals noch in Mark der DDR ausbezahlt wurde, sogar um 65 vH angestiegen. Da im gleichen Zeitraum die Bruttomonatsverdienste in den alten Bundesländern nur um 5,5 vH zugenommen haben, hat sich die Ost-West-Relation der Verdienste seit letztem Jahr von 30 vH — damals noch in Mark zu D-Mark gemessen — um 17 Prozentpunkte verbessert, davon allein knapp 5,5 Prozentpunkte seit Jahresbeginn.

Während die regionale Differenzierung der effektiven Verdienste in Ostdeutschland — mit der Ausnahme des Ostteils Berlins, wo deutlich höhere Löhne und Gehälter als in den übrigen neuen Bundesländern gezahlt werden — bislang noch nicht sonderlich ausgeprägt war, haben die sektoralen Verdienstunterschiede seit April 1990 beachtlich zugenommen. Bereits im Juli 1990 lagen die höchsten Bruttomonatsverdienste in ausgewählten Wirtschaftszweigen um gut 67 vH über dem niedrigsten Bruttomonatsverdienst, nachdem im April 1990 ihr Abstand nur knapp 30 vH betragen hatte. Im Frühjahr diesen Jahres war ihr Vorsprung auf knapp 73 vH angewachsen, nachdem er wegen der unterschiedlichen Zeitpunkte von Lohnerhöhungen im Laufe der zweiten Hälfte des letzten Jahres noch gesunken war.

161. In einigen kleineren Bereichen wurde bereits Ende diesen Jahres die Angleichung an das westdeutsche Tarifniveau vollzogen. Darüber hinaus bestehen zum einen zwar bereits in 13 Tarifbereichen Stufenpläne, die überwiegend bis zum Frühjahr 1994, teilweise aber auch schon früher, die Angleichung erbringen sollen. In einigen Bereichen wurden Nachverhandlungsklauseln vereinbart. In der Druckindustrie können einzelne Betriebe, entsprechend ihrer Leistungskraft, befristet von den Tarifverträgen abweichen. In der Metall- und Elektroindustrie besteht ab dem 1. Januar 1993 die Möglichkeit, auf heute nicht absehbare Ereignisse zu reagieren. Auf Verlangen einer Vertragspartei muß erneut darüber verhandelt werden, ob die „Vereinbarungen durchführbar sind oder angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Lage angepaßt werden müssen". Bis dahin sind bereits die Löhne auf 71 vH und die Gehälter auf 69 vH der entsprechenden westlichen Bezüge fixiert. Es ständen zum 1. April 1993 die Erhöhungen auf 82 vH beziehungsweise 80 vH an. Zusammen mit den für die nächsten Jahre bereits vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen und der Verlängerung des Tarifurlaubs ergibt sich in den neuen Bundesländern in diesem Zeitraum ein weiterer beträchtlicher Anstieg der Lohnkosten.

Tabelle 32

Tarifpolitisch wichtige Ereignisse in Ostdeutschland

Monat		
1990		
September	Baugewerbe	Neuer Rahmentarifvertrag, der weitgehend gleiche Regelungen wie in Westdeutschland umfaßt. Spezifisch für Ostdeutschland wurde unter anderem vereinbart: — Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 43¾ auf 42 Stunden — Verteilung der Arbeitszeit von Montag bis Freitag — Regelungen zu Überstunden, Nachtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit
September	Groß- und Außenhandel Brandenburg und Berlin (Ost) Begünstigte: 40000	Ab dem 1. 10. 1990 wird das Lohn- und Gehaltsniveau auf 60 vH des Westberliner Niveaus angehoben, ab dem 1. 1. 1991 weiter auf 65 vH. Für die Monate Juli, August und September 1990 erfolgt eine Ausgleichszahlung von je 150 DM. Ab dem 1. 10. 1990 werden die Tarifstrukturen des Westberliner Groß- und Außenhandels übernommen.
	Mecklenburg-Vorpommern	Für die Monate Juli und August wurde eine Einmalzahlung von 300 DM vereinbart. Ab dem 1. 9. 1990 wurden die Löhne und Gehälter um 150 DM monatlich erhöht.
	Einzelhandel Begünstigte: 650000	Ab dem 1. 11. 1990 wird die Wochenarbeitszeit auf sechs statt bisher fünf Werktage verteilt.
Oktober	Metall- und Elektroindustrie Mecklenburg-Vorpommern Begünstigte: 80000	Lohnrahmenvertrag für Arbeiter und Gehaltsrahmenvertrag für Angestellte, danach sollen bis zum 1. 4. 1991 die Beschäftigten in insgesamt 9 Lohngruppen und 9 Gehaltsgruppen neu eingruppiert werden.
	Sachsen-Anhalt Begünstigte: 190000	Es wurde eine vorbereitende Überleitungsvereinbarung im Vorgriff auf die Übernahme der Tarifstrukturen aus Niedersachsen zum 1. 4. 1991 mit den Schwerpunkten Eingruppierung, Entlohnungsgrundsätze und Entlohnungsmethoden vereinbart.
	Öffentlicher Dienst Begünstigte: 1600000	Anhebung der Lohn- und Gehaltstarife ab dem 1. 9. 1990 bis zum 31. 5. 1991 um monatlich 200 DM. Ab dem 1. 4. 1991 wird die Wochenarbeitszeit der Arbeiter und Angestellten von 43¾ auf 40 Stunden verkürzt. Der Jahresurlaub wurde auf 23 bis 30 Arbeitstage (zuvor 21 Tage) angehoben. Darüber hinaus werden 2 zusätzliche freie Tage im Jahr gewährt.
	Dachdeckerhandwerk (im gesamten Bundesgebiet) Begünstigte: 62600 (West) 35000 (Ost)	Neuer Rahmentarifvertrag ab dem 1. 1. 1991 für das gesamte Bundesgebiet, in dem unter anderem eine Arbeitszeitverkürzung vereinbart wurde, — in Westdeutschland ab dem 1. 1. 1992 von 40 auf 39 Stunden pro Woche; — in Ostdeutschland eine stufenweise Angleichung, und zwar von 43¾ auf 42 Wochenstunden ab dem 1. 4. 1991 auf 41 Wochenstunden ab dem 1. 4. 1992 auf 40 Wochenstunden ab dem 1. 9. 1992 auf 39 Wochenstunden ab dem 1. 4. 1993. Ab dem 1. 1. 1991 wird für alle Arbeiter und Angestellte in Ost- und Westdeutschland der tarifliche Urlaub auf 30 Arbeitstage festgelegt. Für die Arbeiter in Ostdeutschland wurde ein Stufenplan zur Angleichung der Tariflöhne an das westdeutsche Tarifniveau vereinbart. Die Stufenanhebungen betragen im einzelnen von etwa 45 vH auf 60 vH zum 1. 1. 1991 auf 65 vH zum 1. 4. 1991 auf 70 vH zum 1. 6. 1991 auf 75 vH zum 1. 9. 1991 auf 80 vH zum 1. 4. 1992 auf 85 vH zum 1. 6. 1992 auf 90 vH zum 1. 9. 1992 auf 100 vH zum 1. 4. 1993 des westdeutschen Facharbeiterecklohns.
November	Deutsche Reichsbahn Begünstigte: 250000	Ab dem 1. 1. 1991 wird ein monatlicher Zuschlag zum Lohn oder Gehalt von 50 DM je Kind gezahlt. Der Jahresurlaub beträgt dann zwischen 26 und 30 Arbeitstage, Schichtarbeiter erhalten zusätzlich bis zu 5 Arbeitstage Urlaub pro Jahr. Ab dem 1. 4. 1991 wird die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden verkürzt bei zusätzlich 2 freien Tagen jährlich. Ebenfalls wurde ein Kündigungs- und Rationalisierungsschutz vereinbart, demzufolge bis Mitte 1991 kein Beschäftigter der Deutschen Reichsbahn entlassen werden darf.

Monat		
noch 1990		
Dezember	Groß- und Außenhandel in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen	Verkürzungen der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden ab dem 1. 12. 1990 (1. 1. 1991 in Sachsen und Thüringen). Stufenvereinbarungen zur Anhebung der Lohn- und Gehaltstarife bei Übernahme der Lohn- und Gehaltsstruktur. In Sachsen-Anhalt erfolgte die Anlehnung an den Tarifbezirk Niedersachsen, und zwar auf 55 vH des Niveaus ab dem 1. 11. 1990 60 vH des Niveaus ab dem 1. 1. 1991 65 vH des Niveaus ab dem 1. 4. 1991. In Thüringen erfolgte die Anlehnung an den Tarifbezirk Hessen, und zwar auf 55 vH des Niveaus ab dem 1. 12. 1990 60 vH des Niveaus ab dem 1. 4. 1991. In Sachsen erfolgte die Anlehnung an den Tarifbezirk Bayern, und zwar auf 60 vH des Niveaus ab dem 1. 1. 1991 65 vH des Niveaus ab dem 1. 5. 1991.
1991		
Januar	Chemische Industrie Begünstigte: 320000	Einmalzahlungen zusätzlich zum Lohn und Gehalt von 65 DM im Januar und jeweils 70 DM in den Monaten Februar und März. Ab 1. 1. 1991 Verlängerung des Jahresurlaubs von 21 Tagen auf 26 bis 29 Arbeitstage, ab 1992 auf 28 bis 30 Arbeitstage und ab 1993 einheitlich 30 Arbeitstage. Ab 1. 4. 1991 Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 43¾ auf 40 Stunden. Ab dem 1. 1. 1991 Aufstockung auf 90 vH des Nettoentgelts zum Kurzarbeitergeld für die Dauer von 6 Monaten, jedoch für höchstens die Hälfte der tariflichen Arbeitszeit.
	Baugewerbe Ostdeutschland ohne Berlin (Ost) Begünstigte: 500000	Ab dem 1. 1. 1991 Anhebung der Lohn- und Gehaltstarife auf 60 vH der alten Bundesländer, ab dem 1. 4. 1991 auf 65 vH der Westtarife. Ab dem 1. 9. 1991 besteht ein Anspruch auf die tarifliche Entlohnung entsprechend des westdeutschen Tarifniveaus bei Tätigkeiten auf dem Gebiet der alten Bundesländer. Auch in der Bauindustrie erfolgt die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 43¾ auf 42 Stunden.
	Baugewerbe Berlin (Ost)	Stufenvereinbarung zur Anhebung der Lohn- und Gehaltstarife, und zwar in Relation zum Tarifniveau in Westdeutschland auf 60 vH ab dem 1. 1. 1991 auf 75 vH ab dem 1. 4. 1991 auf 90 vH ab dem 1. 10. 1991 auf 100 vH ab dem 1. 4. 1992.
	Chemische Industrie Begünstigte: 300000	Erhöhung der Entgelte um etwa 200 DM pro Monat wegen der Übernahme der Entgeltstrukturen aus den alten Bundesländern zum 1. 4. 1991.
	Druckindustrie	Anhebung der Löhne und Gehälter auf 60 vH der entsprechenden Entlohnung in Westdeutschland zum 1. 2. 1991, weitere Anhebung auf 65 vH ab dem 1. 10. 1991. Übernahme des westdeutschen Mantel-Tarifvertrages für Arbeiter mit einigen Sonderregelungen, unter anderem Festsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche, Arbeitszeitverkürzung auf 38 Stunden pro Woche ab dem 1. 1. 1993. Es wurde eine Öffnungsklausel vereinbart, derzufolge Betriebe ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft entsprechend befristet von den Tarifverträgen abweichen können.
	Privates Bankgewerbe Begünstigte: 40000	Übernahme bzw. Angleichung an die westdeutschen Mantel-Tarifverträge, unter anderem Festlegung der Arbeitszeiten auf 42 Wochenstunden ab dem 1. 7. 1991 mit Arbeitszeitverkürzung auf 40 Wochenstunden ab dem 1. 4. 1992. Der Jahresurlaub wurde auf 28 Arbeitstage festgelegt, mit einer Besitzstandswahrung bis zu 30 Tagen. Ab dem 1. 1. 1992 beträgt der Jahresurlaub für alle Beschäftigten 30 Arbeitstage. Die Gehälter wurden in der Zeit vom 1. 1. 1991 bis zum 30. 6. 1991 um 250 DM monatlich angehoben. Ab dem 1. 7. 1991 betragen sie, nach Übernahme der westdeutschen Eingruppierungsbestimmungen 55 vH der westdeutschen Tarifsätze bei den Anfangsgehältern und 65 vH der westdeutschen Tarifsätze bei den Endgehältern. Die Ausbildungsvergütungen wurden ab dem 1. 1. 1991 auf 500 DM/550 DM/600 DM im 1./2./3. Ausbildungsjahr fixiert.

noch Tabelle 32

Monat		
noch 1991 noch Januar	Sparkassen Begünstigte: 20000	Schrittweise Angleichung an die Tarifvertragsstrukturen der westdeutschen Sparkassen. Ab dem 1. 8. 1991 beträgt die Arbeitszeit 41 Wochenstunden, ab dem 1. 2. 1992 Verkürzung auf 40 Wochenstunden sowie ab 1992 ein weiterer freier Tag je Kalenderhalbjahr. Die Gehälter werden um 200 DM monatlich ab dem 1. 3. 1991 erhöht, die Ausbildungsvergütungen um 50 DM pro Monat. Nach Übernahme der westdeutschen Vergütungsstrukturen erhöht sich das Gehalt auf 60 vH des Westniveaus ab dem 1. 7. 1991.
Februar	Energie- und Versorgungswirtschaft Begünstigte: 110000	Anhebung der Entgelte um 400 DM monatlich ab dem 1. 3. 1991 und weitere 150 DM monatlich ab dem 1. 7. 1991. Damit erreicht die Facharbeitereckvergütung 1750 DM.
Februar/ März	Metall- und Elektroindustrie Begünstigte: 1100000	Verkürzung der Wochenarbeitszeit stufenweise auf 39 Wochenstunden ab dem 1. 4. 1994 und auf 38 Wochenstunden ab dem 1. 10. 1996. Stufenweise Verlängerung des Jahresurlaubs von 20 Arbeitstagen auf schließlich 30 Arbeitstage ab dem 1. 1. 1996. Stufenweise Anhebung der Sonderzahlung von 20 vH eines Monatsentgelts ab dem 1. 1. 1991 auf schließlich 50 vH ab 1994. Stufenpläne zur Anhebung der Tariflöhne und -gehälter, jeweils mit Angleichung an westliche Partnertarifbezirke. Für die Monate Januar bis März wurden keine Erhöhungen der Löhne und Gehälter ausgehandelt. Ab dem 1. 4. 1991 steigen die Löhne und Gehälter auf etwa 62,5 vH/58,5 vH des Tarifniveaus in den entsprechenden Partnerbezirken. Ab dem 1. 4. 1992 erfolgt eine weitere Erhöhung auf 71 vH/69 vH, ab dem 1. 4. 1993 auf 82 vH/80 vH und zum 1. 4. 1994 auf eine Relation von 100 vH. In allen Tarifbezirken wurde eine Besitzstandssicherung vereinbart, die in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin-Brandenburg und Thüringen die durchschnittlichen Effektverdienste der Monate Oktober, November und Dezember 1990 plus eines Teuerungszuschlags von 5 vH absichert. In Sachsen-Anhalt und Sachsen wurde eine Lohngarantie für die Monate April bis Dezember 1991 von 115 vH für Leistungslöhner ausgehandelt. In allen Tarifbezirken wurde darüber hinaus eine Revisionsklausel vereinbart, wonach ab dem 1. 1. 1993 auf Verlangen einer Tarifvertragspartei erneut darüber verhandelt werden muß, ob die getroffenen Vereinbarungen durchführbar sind, oder angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Lage angepaßt werden müssen. Sollte keine Einigung erzielt werden können, ist ein Schlichtungsverfahren einzuleiten.
	Textilindustrie Begünstigte: 190000	Für alle Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden tritt am 1. 4. 1991 ein neuer Mantel-Tarifvertrag in Kraft, entsprechend der Regelungen in Baden-Württemberg. Unter anderem wird die 40-Stunden-Woche realisiert, die Eingruppierungsgrundlagen in 8 Lohn- und 6 Gehaltsgruppen entsprechen den westlichen Vereinbarungen. Die Löhne und Gehälter werden in 3 Stufen zum 1. 4., zum 1. 7. und zum 1. 10. 1990 angehoben und entsprechen in der letzten Stufe in etwa 60 vH des westlichen Einkommensniveaus.
	Bekleidungsindustrie Begünstigte: 50000	Für alle Arbeiter, Angestellte und Auszubildende tritt am 1. 4. 1991 ein neuer Mantel-Tarifvertrag in Kraft, der Regelungen entsprechend denen in Westfalen enthält. Unter anderem wurden gleiche Eingruppierungsgrundlagen für Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen entsprechend den Tarifvereinbarungen für Westfalen in 8 Lohngruppen und 6 Gehaltsgruppen vereinbart. Anhebung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen in 2 Stufen zum 1. 10. 1991 auf dann 60 vH des westlichen Tarifniveaus.
	Einzelhandel Begünstigte: 600000	Übernahme bzw. schrittweise Anpassung an die westdeutschen Regelungen in Mantel-Tarifverträgen, unter anderem stufenweise Erhöhung des Jahresurlaubs auf 26 bis 32 Werktage in 1991; auf 28 bis 34 Werktage in 1992; auf 30 bis 36 Werktage in 1993, gestaffelt nach dem Lebensalter der Beschäftigten. Die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen wurden zum 1. 2. 1991 von 55 vH auf 65 vH der Westberliner Einzelhandelstarife angehoben, weitere Anhebungen auf 71 vH ab dem 1. 9. 1991 und auf 75 vH ab dem 1. 1. 1992. Für den Dienstleistungsabend wurde ein Zuschlag von 50 vH für Arbeit nach 18.30 Uhr ausgehandelt.

Monat		
noch 1991		
März	Öffentlicher Dienst Begünstigte: 1 600 000	Übernahme des Lohnsystems der Mantel-Tarifverträge für Arbeiter und des Vergütungssystems des Bundesangestelltentarifs (BAT) im Öffentlichen Dienst Westdeutschlands ab dem 1. 7. 1991. Ebenfalls wurden die Lohngruppenverzeichnisse bzw. die Vergütungsordnung zum BAT aus Westdeutschland übernommen. Für die Zuordnung der Beschäftigten nach Lebensaltersstufen und Stufen der Grundvergütung wird die erstmalige Einstellung zum 1. 7. 1991 unterstellt. Für Bewährungs- und Tätigkeitszeiten und ähnliche Zeiten gilt die Zeit ab Inkrafttreten des Tarifvertrages. Die Löhne und Gehälter wurden ab dem 1. 7. 1991 auf 60 vH der entsprechenden Westvergütungen angehoben. Zum 1. 4. 1991 wurden die Sozialzuschläge für Kinder von 50 DM auf 80 DM erhöht.
	Forstwirtschaft Begünstigte: 160 000	Verkürzung der Arbeitszeit ab dem 1. 4. 1991 von 43¾ auf 40 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich. Zusätzlich werden jährlich zwei freie Arbeitstage gewährt. Anhebung der Löhne auf 60 vH des Westniveaus zum 1. 7. 1991.
	SDAG Wismut Begünstigte: 26 000	Stufenweise Anhebung auf 66 vH der Tarifsätze des Saarbergbaus. Dies entspricht einer durchschnittlichen Erhöhung von monatlich 297 DM ab dem 1. 4. 1991 und um 393 DM ab dem 1. 12. 1991.
	Deutsche Reichsbahn Begünstigte: 250 000	Übernahme der Eingruppierungsstrukturen der Deutschen Bundesbahn ab dem 1. 7. 1991; zum selben Zeitpunkt 60 vH der Löhne und Gehälter der Deutschen Bundesbahn.
März/April	Groß- und Außenhandel	Neue Mantel-Tarifverträge in allen neuen Bundesländern, die unter anderem stufenweise Anhebungen der Urlaubstage beinhalten. Stufenvereinbarungen über Lohn- und Gehaltsanhebungen, die in Berlin-Brandenburg für die Arbeiter und Angestellten 68 vH des Ecklohns und 70 vH des Eckgehalts der tariflichen Lohn- und Gehaltssätze Berlins (West) bringen. Ab dem 1. 9. 1991 wurde die Lohn- und Gehaltssumme auf 70 vH, ab dem 1. 1. 1992 auf 75 vH des dann gültigen Tarifvertrages angehoben. In Sachsen bezieht sich die Anhebung des Lohn- und Gehaltsniveaus auf den Tarifbezirk Bayern. Die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen steigen in Stufen ab dem 1. 5. 1991 auf 65 vH, ab dem 1. 6. 1992 auf 75 vH und ab dem 1. 7. 1993 auf 85 vH der jeweils gültigen bayerischen Tarifeinkommen.
Mai	Metallhandwerk Sachsen	Vereinbarung über eine stufenweise Angleichung der Löhne und Gehälter an den bayerischen Lohn- und Gehaltstarifvertrag in der dann jeweils gültigen Fassung. Differenzierte Stufen für die Städte Dresden, Chemnitz und Leipzig einerseits und die Landkreise Oberlausitz, Erzgebirge und die anderen ländlichen Kreise, und zwar: — ab dem 1. 8. 1991 auf 60 vH in den drei Städten und 55 vH in den Landkreisen; — ab dem 1. 1. 1992 auf 70 vH bzw. 65 vH; — ab dem 1. 7. 1992 auf 80 vH bzw. 75 vH; — ab dem 1. 1. 1993 einheitlich auf 90 vH; — ab dem 1. 1. 1994 auf 100 vH.
	Deutsche Bundespost Begünstigte: 126 000	Übertragung der westdeutschen Lohn- und Vergütungssysteme und der Tätigkeitsmerkmale. Anhebung der Löhne und Gehälter auf 60 vH der westdeutschen Tarife.
	Bundesanstalt für Arbeit Begünstigte: 17 000	Lohn- und Gehaltserhöhungen auf 60 vH der Westtarife zum 1. 7. 1991 wie im Öffentlichen Dienst.
Juni	Wohnungswirtschaft Begünstigte: 80 000	Anhebung der Löhne und Gehälter auf 60 vH der westdeutschen Tarife ab dem 1. 10. 1991, auf 75 vH ab dem 1. 6. 1992.
August	Konsumgenossenschaften Neue Bundesländer ohne Berlin (Ost) Begünstigte: 110 000	Anhebung der Löhne und Gehälter um durchschnittlich 10 vH zum 1. 9. 1991, Stufenerhöhungen um jeweils 10 vH ab dem 1. 12. 1991 und dem 1. 3. 1992. In Berlin (Ost) werden zum 1. 9. 1991 die Tarife des Einzelhandels übernommen. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen betrugen damit durchschnittlich 250 DM bzw. 13 vH.
Oktober	Baugewerbe Begünstigte: 500 000	Anhebung der Löhne und Gehälter von 65 vH auf 69 vH des westdeutschen Tarifniveaus ab dem 1. 10. 1991 und auf 77 vH ab dem 1. 4. 1992 für die Dauer von 12 Monaten.

VI. Geldpolitik: Auf Stabilitätskurs

162. Der sich bereits im vergangenen Jahr abzeichnende Konflikt zwischen der Tarifpolitik und der Finanzpolitik einerseits und der Geldpolitik andererseits hat sich im Jahre 1991 weiter verschärft. Expansive Haushaltspolitik und stabilitätswidrige Tarifabschlüsse haben entscheidend dazu beigetragen, daß nach Jahren annähernder Preisniveaustabilität in diesem Jahr eine deutliche Verschlechterung des Geldwertes hingenommen werden mußte. Hinzu kam, daß die Ausweitung des DM-Währungsgebietes im Sommer 1990 zu einer überaus kräftigen Zunahme der Geldbestände geführt hatte. Die Bundesbank reagierte hierauf mit einer weiteren leichten Verschärfung ihres in der Grundtendenz bereits seit zwei Jahren auf Dämpfung der monetären Expansion gerichteten geldpolitischen Kurses. Auch wenn sie hiermit keine rasche Rückführung der Preissteigerungsraten erreichen konnte, machte sie auf diese Weise deutlich, daß sie sich stabilitätswidrigem Verhalten des Staates und der Tarifvertragsparteien nicht beugen würde.

Geldmenge im Zielkorridor

163. Trotz der fortbestehenden Unsicherheiten über die wirtschaftliche Entwicklung im Osten Deutschlands hielt die Bundesbank an ihrer Praxis vorab angekündigter Geldmengenziele fest, um den Marktteilnehmern angesichts der sich bereits im letzten Jahr abzeichnenden Stabilitätsrisiken Klarheit über den künftigen geldpolitischen Kurs zu geben. Bei der Festlegung der monetären Zielvorgabe für das Jahr 1991 im vergangenen Herbst ließ sich der Zentralbankrat zunächst von der Überlegung leiten, daß das reale Produktionspotential im vereinigten Deutschland in diesem Jahr um etwa 2½ vH ausgeweitet werden dürfte. Für den Westteil Deutschlands unterstellte er dabei eine Steigerung der potentiellen Produktion um knapp 3 vH, während für den Ostteil Deutschlands ein weiterer leichter Abbau von Produktionskapazitäten erwartet wurde. Dem als mittelfristig tolerierbar angesehenen Preisniveauanstieg wurde mit einem Zuschlag von zwei Prozentpunkten Rechnung getragen. Unter Berücksichtigung der trendmäßigen Abnahme der Geldumlaufsgeschwindigkeit, die wieder mit einem halben Prozentpunkt angesetzt wurde, ergab sich hieraus eine potentialgerechte Rate der monetären Expansion von etwa 5 vH. Um den insbesondere aus der Ungewißheit über Potentialwachstum und Entwicklung der Geldnachfrage in Ostdeutschland resultierenden Unsicherheiten Rechnung zu tragen, formulierte die Bundesbank ihre diesjährige Zielvorgabe erneut als Zielkorridor; ausgehend von dem im 4. Quartal 1990 erreichten Niveau sollte die Geldmenge M3 in diesem Jahr um 4 vH bis 6 vH zunehmen. Die Bundesbank wies allerdings frühzeitig darauf hin, daß sie angesichts der sich abzeichnenden Inflationsrisiken darum bemüht sein werde, die Geldmenge im unteren Bereich des Zielkorridors zu halten. Dies war insbesondere auch deshalb geboten, weil die mit der Vergrößerung des Währungsgebietes der D-Mark zum 1. Juli 1990 verbundene Ausweitung der Geldbestände wegen der zunächst deutlich höheren Geldnachfrage in Ostdeutschland um etwa 5 vH über dem als potentialgerecht eingestuften Niveau lag (Ziffer 171).

Im weiteren Jahresverlauf zeigte sich indes, daß das ursprüngliche Geldmengenziel einer Revision bedurfte. Zum einen erwiesen sich die der Zielableitung zugrundeliegenden Annahmen über Umfang und Entwicklung des ostdeutschen Produktionspotentials als zu optimistisch; Fertigungskapazitäten mußten in noch stärkerem Umfang stillgelegt werden, als dies im Herbst letzten Jahres zu erwarten war. Auf der anderen Seite führten strukturelle Preisanpassungen in den neuen Ländern und die im Herbst 1990 noch nicht absehbaren Verbrauchsteuererhöhungen zu einem höheren Bedarf an liquiden Mitteln als ursprünglich angenommen. Stärker als erwartet fielen schließlich die in Ostdeutschland einsetzenden Vermögensumschichtungen zugunsten höher verzinslicher, nicht zur Geldmenge M3 zählender Anlageformen aus. Unter Berücksichtigung all dieser — teilweise gegenläufigen — Faktoren faßte die Bundesbank im Sommer den Beschluß, das Geldmengenziel für das Jahr 1991 nach unten zu korrigieren; im weiteren Jahresverlauf sollte die Geldmenge M3 ihr Durchschnittsniveau vom 4. Quartal 1990 um nicht mehr als 3 vH bis 5 vH überschreiten. Im Hinblick auf die immer noch reichliche Liquiditätsausstattung der Wirtschaft konkretisierte die Bundesbank diese Zielvorgabe in dem Sinne, daß die Geldmengenexpansion auch weiterhin eher im unteren Bereich des Zielkorridors gehalten werden solle.

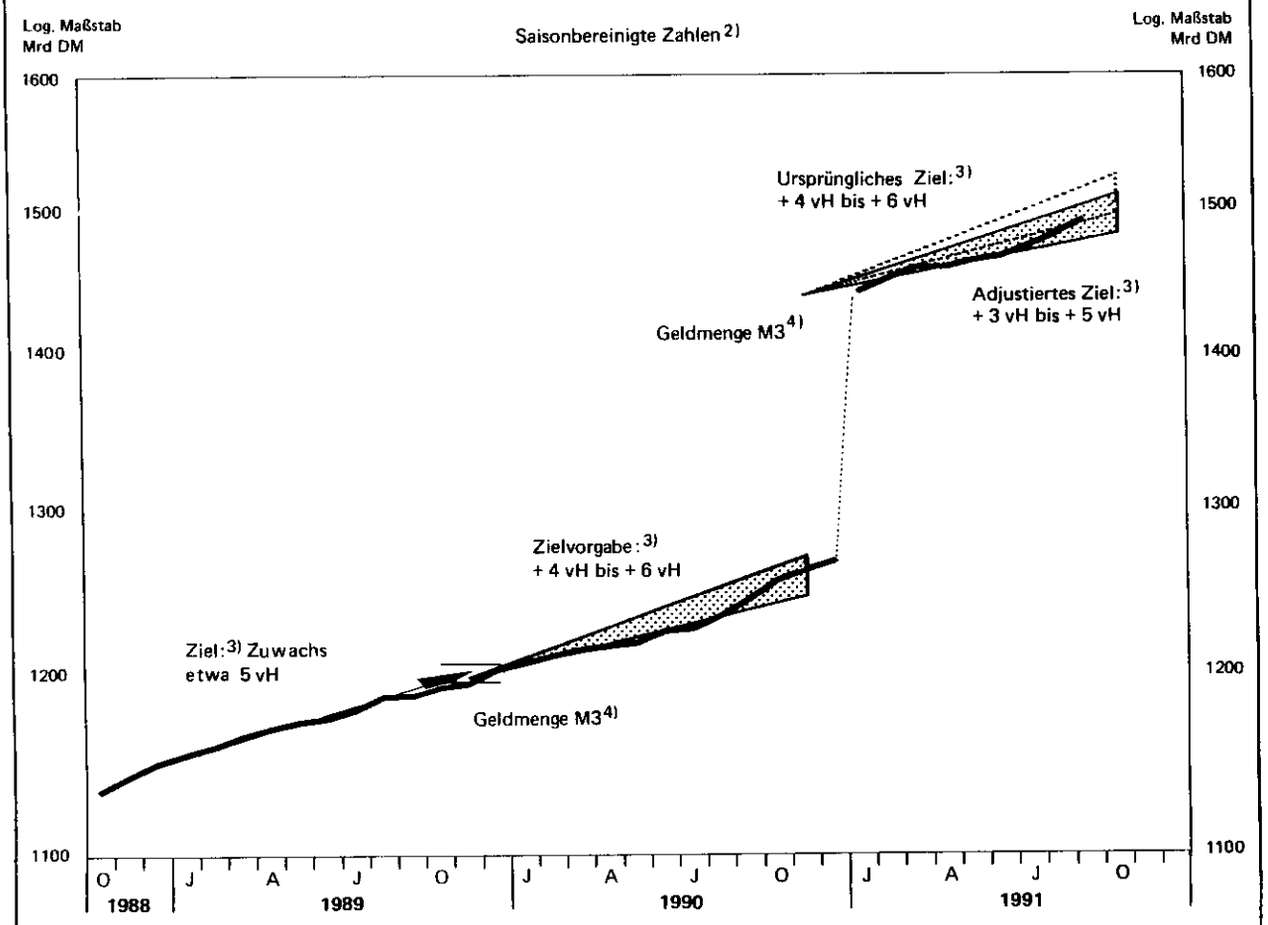
Die Neufestlegung des Geldmengenziels stellte eine angemessene Reaktion auf den im Vergleich zum Herbst letzten Jahres verbesserten Informationsstand dar. Ein Festhalten am ursprünglichen Zielkorridor hätte eine Lockerung des geldpolitischen Kurses erforderlich gemacht; das aber hätte in Widerspruch zu dem stabilitätspolitisch Gebotenen gestanden. Durch die Korrektur des Geldmengenziels setzte die Bundesbank ein unmißverständliches Zeichen, daß sie der Sicherung der Geldwertstabilität auch weiterhin höchste Priorität einräumen werde.

164. Tatsächlich hat sich die Expansion der Geldmenge M3 im Jahresverlauf deutlich abgeschwächt (Schaubild 20). Im September lag die Geldmenge M3 nach Ausschaltung von Saisoneinflüssen und auf Jahresrate umgerechnet um 4,6 vH über dem im 4. Quartal 1990 erreichten Niveau; die Geldmengenexpansion blieb damit innerhalb des nach unten korrigierten Zielkorridors. Ursache für die im Vergleich zur Zunahme des Transaktionsvolumens eher geringe Ausweitung der Geldmenge M3 war vor allem, daß das Zinsniveau — nicht zuletzt auch wegen der kräftigen Verteuerung des Notenbankkredits in den letzten Jahren — weiterhin hoch blieb. Dies veranlaßte die Marktteilnehmer dazu, den weiteren Zuwachs ihres Geldvermögens vor allem zum Erwerb höher rentierlicher, nicht zur inländischen Geldmenge zählender Anlageformen zu verwenden. Daneben dürfte auch die Bereitschaft ostdeutscher Anleger zu längerfristigen Geldkapitalanlagen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen haben (Ziffer 171).

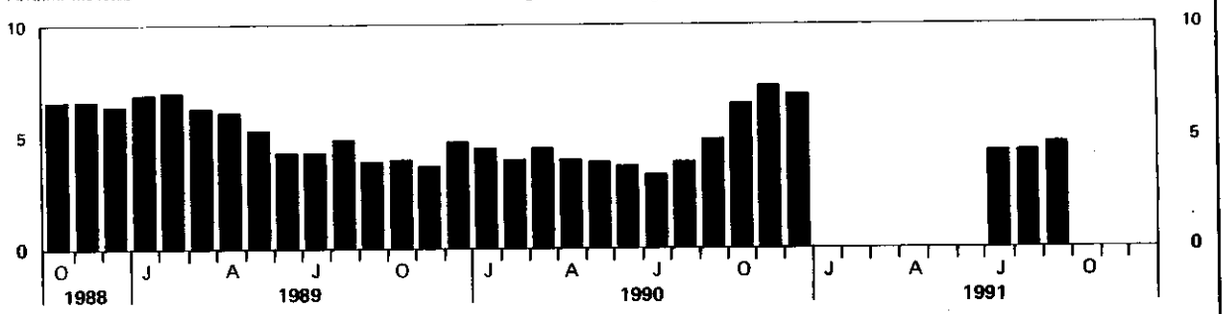
165. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß auch in diesem Jahr in erheblichem Umfang Mittel an die Euromärkte abflossen. Von Januar bis August stellten

GELDPOLITISCHE ZIELVORSTELLUNGEN DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

Geldmenge M3 [1]



Veränderung der Geldmenge M3 in vH [5]



1) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken zuzüglich Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren sowie Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. Ab Januar 1991 einschließlich neue Bundesländer und Berlin (Ost). – 2) Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. Ab Januar 1991 mit erhöhter Unsicherheit behaftet. – 3) Zielvorgabe der Deutschen Bundesbank: Zunahme der Geldmenge M3 jeweils vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres bis zum 4. Vierteljahr des laufenden Jahres. – 4) Monatsdurchschnittsbestand aus fünf Bankwochenstichtagen (Ultimostände jeweils zur Hälfte angerechnet). – 5) Veränderung in den letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 91 0554

inländische Anleger den Auslandstöchtern und Auslandsfilialen heimischer Kreditinstitute 21,5 Mrd DM zur Verfügung; der Bestand an Euroeinlagen erhöhte sich damit auf 153,1 Mrd DM, 10,3 vH der inländischen Geldbestände. Die erweiterte Geldmenge M3, die neben den Komponenten der herkömmlich abgegrenzten Geldmenge M3 diese Euroeinlagen und den Bestand an kurzlaufenden Bankschuldverschreibungen umfaßt, nahm deshalb von Januar bis August mit einer saisonbereinigten Jahresrate von 5,7 vH zu. Im Jahresverlauf lag die Wachstumsrate der erweiterten Geldmenge M3 damit auch weiterhin um etwa zwei Prozentpunkte über der Expansionsrate der herkömmlich definierten Geldmenge M3. Offensichtlich spiegelt die „eng" abgegrenzte Geldmenge M3 die monetäre Entwicklung nicht hinreichend genau wider. Der Sachverständigenrat hatte sich deshalb in seinem letzten Jahresgutachten für die Verwendung der erweiterten Geldmenge M3 als Indikator und Zwischenziel ausgesprochen (JG 90 Ziffer 195).

166. Treibende Kraft der Geldmengenexpansion war die Kreditgewährung der Geschäftsbanken. Ungeachtet eines weiteren Anstiegs der Schuldzinsen auf fast 13 % für Kontokorrentkredite nahm die Nachfrage nach Bankkrediten im Vergleich zum Vorjahr nochmals deutlich zu. In den ersten neun Monaten des Jahres vergaben die Geschäftsbanken Kredite in Höhe von netto 173,8 Mrd DM an inländische Nichtbanken, wobei mittel- und langfristige Kredite im Vordergrund standen. Angesichts der hohen Kreditnachfrage aus dem Inland haben die Geschäftsbanken die Kreditgewährung an das Ausland in diesem Jahr stark eingeschränkt.

Dämpfende Impulse auf den Geldschöpfungsprozeß gingen hingegen vom Zahlungsverkehr der Nichtbanken mit dem Ausland aus. Hier wirkte sich der Umschwung im Außenhandel aus, denn die Zahlungsverpflichtungen gegenüber ausländischen Geschäftspartnern haben wegen des kräftigen Importanstiegs deutlich stärker zugenommen als die aus dem Exportgeschäft resultierenden Zahlungen aus dem Ausland. Die Netto-Auslandsforderungen des Bankensystems, in denen diese Vorgänge ihren Niederschlag finden, nahmen daher in den ersten neun Monaten des Jahres um 36,7 Mrd DM ab. Entscheidend für die vergleichsweise mäßige Geldmengenexpansion war jedoch vor allem die weiterhin hohe Bereitschaft inländischer Nichtbanken zur langfristigen Geldanlage. Die Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten belief sich bis zum September auf 112,9 Mrd DM, wobei insbesondere der Absatz von hoch rentierlichen Bankschuldverschreibungen florierte. Demgegenüber haben Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist und Sparbriefe an Bedeutung verloren.

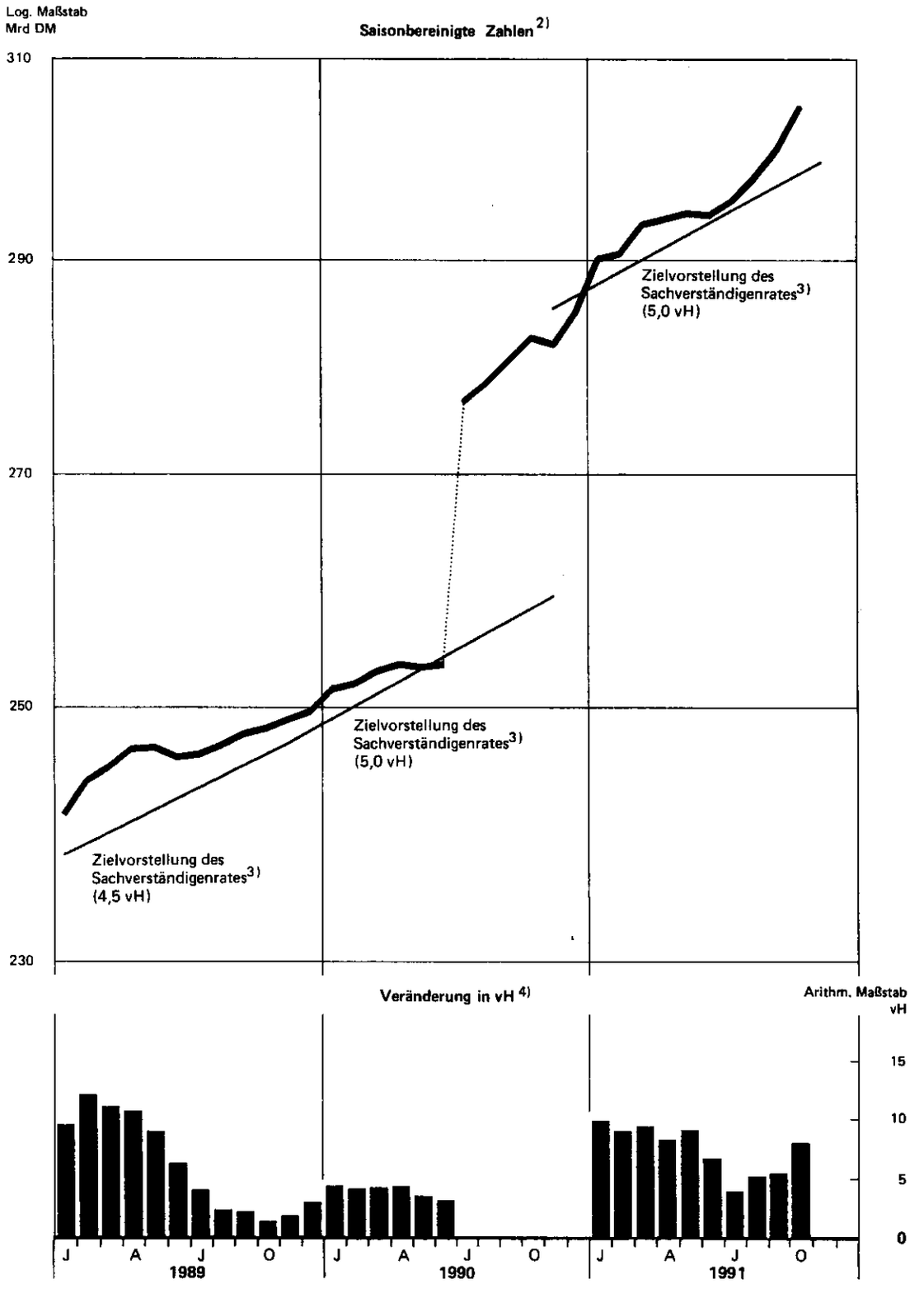
167. Der Beitrag der Bundesbank zur Geldmengenexpansion besteht in der Bereitstellung von Zentralbankgeld nach den von ihr festgelegten Konditionen. Hingegen ist die umlaufende Geldmenge das Ergebnis der unter Berücksichtigung der monetären Signale getroffenen Dispositionen der Geschäftsbanken und des Publikums. Die Geldmenge M3 liefert damit zwar eine Beschreibung der Liquiditätssituation in der Wirtschaft, erlaubt aber kein Urteil über den geldpolitischen Kurs der Bundesbank. Der Sachverständigenrat verwendet für die Beurteilung der Geldpolitik daher nicht primär die Geldmenge M3, sondern die bereinigte Zentralbankgeldmenge, die den Bargeldumlauf und die Reserven der Kreditinstitute bei der Bundesbank umfaßt. Als reiner Geldangebotsindikator gibt die bereinigte Zentralbankgeldmenge den unmittelbaren Beitrag der Bundesbank zur monetären Expansion wieder. Sie gestattet damit ein Urteil über den Kurs der Geldpolitik, erlaubt aber — für sich genommen — keine Aussagen über die Liquiditätsversorgung der Wirtschaft. Die tatsächliche geldpolitische Situation — also die Liquiditätsausstattung der Wirtschaft und der Beitrag der Bundesbank hierzu — läßt sich daher nur anhand beider Indikatoren beurteilen.

Der Sachverständigenrat hatte in seinem letzten Jahresgutachten für die Beibehaltung einer potentialorientierten Geldpolitik mit vorab angekündigter Zielvorgabe plädiert, gleichzeitig aber die Notwendigkeit einer Anpassung des Geldmengenziels betont, wenn neue Informationen dies erfordern (JG 90 Ziffern 396 ff.). Aufgrund der Erwartung eines weiterhin kräftigen Potentialwachstums in Westdeutschland hatte sich der Sachverständigenrat im Herbst des letzten Jahres dafür ausgesprochen, das Angebot an Zentralbankgeld im vereinigten Deutschland in diesem Jahr um 5 vH auszudehnen. Dabei wurde als Ausgangspunkt des Zielpfades das Niveau gewählt, das sich durch die Zielvorgabe für das Jahr 1990 zuzüglich eines Zuschlags von 10 vH für die Ausweitung des Währungsgebietes ergibt. Tatsächlich lag die bereinigte Zentralbankgeldmenge im Herbst 1990 um 0,8 vH unter dem Ausgangsniveau des Zielpfades für das Jahr 1991. Die Bundesbank legte demgegenüber ihrem Zielkorridor für die Expansion der Geldmenge M3 das im Herbst 1990 tatsächlich erreichte Niveau der Geldversorgung zugrunde.

Zwar mußte die Größe des Produktionspotentials in den neuen Bundesländern noch etwas geringer veranschlagt werden als im vergangenen Herbst unterstellt. Dem standen jedoch die damals in ihren Auswirkungen noch nicht bekannten Anhebungen der administrierten Preise gegenüber, die für sich genommen zu einem Anstieg des ostdeutschen Verbraucherpreisniveaus um etwa 9 vH geführt haben dürften. In Anbetracht der fortbestehenden Schätzunsicherheiten sahen wir deshalb für eine Anpassung des von uns vorgeschlagenen Zielpfades für die Expansion der bereinigten Zentralbankgeldmenge keine Notwendigkeit.

168. Die Expansion der bereinigten Zentralbankgeldmenge hatte sich zur Jahreswende 1990/91 zunächst deutlich beschleunigt (Schaubild 21). Dies deutete jedoch keine Lockerung des geldpolitischen Kurses an, sondern war vor allem auf die Zunahme des Sichteinlagenbestandes zurückzuführen, die aus der zum 31. Dezember 1990 vorgenommenen Umstellung der früheren Spargiroeinlagen in Ostdeutschland auf reguläre Sichtkonten resultierte. Allein hierdurch erhöhte sich das Mindestreservesoll der Kreditinstitute um 2,7 vH. Nach der Anhebung der Leitzinsen im Februar diesen Jahres nahm das Zentralbankgeldangebot indes zunächst nur äußerst verhalten zu. In der zweiten Jahreshälfte beschleunigte sich die Expansion der bereinigten Zentralbankgeldmenge aller-

BEREINIGTE ZENTRALBANKGELDMENGE[1]



1) Bereinigte Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) und Bankreserven, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Ab 1. Juli 1990 einschließlich neue Bundesländer und Berlin (Ost). – 2) Nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. Ab Juli 1990 mit erhöhter Unsicherheit behaftet. – 3) Jährliche Zunahme des Angebots an Zentralbankgeld: Berechnung für 1989 bis 1991 vom vierten Quartal 1988 bis zum vierten Quartal 1991 (siehe JG 88 Ziffern 305 ff., JG 89 Ziffer 305, JG 90 Ziffer 401). – 4) Veränderung in den letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 91 0551

dings wieder deutlich. Die Ursache hierfür dürfte vor allem in Bargeldabflüssen nach Osteuropa liegen, wo die D-Mark offenbar in zunehmendem Maße als Parallelwährung Verwendung findet. Im Oktober lag die bereinigte Zentralbankgeldmenge nach Ausschaltung saisonaler Besonderheiten und auf Jahresrate umgerechnet um 7,7 vH über dem Ausgangsniveau des vom Sachverständigenrat vorgeschlagenen Zielpfades. Unter Berücksichtigung der genannten Sonderfaktoren entspricht dies jedoch noch der monetären Zielvorstellung des Sachverständigenrates vom vergangenen Herbst. Zu einem anderen Urteil käme man, wenn das Bargeld wieder zurückfließen würde und in den Kassen der inländischen Wirtschaftssubjekte verbliebe.

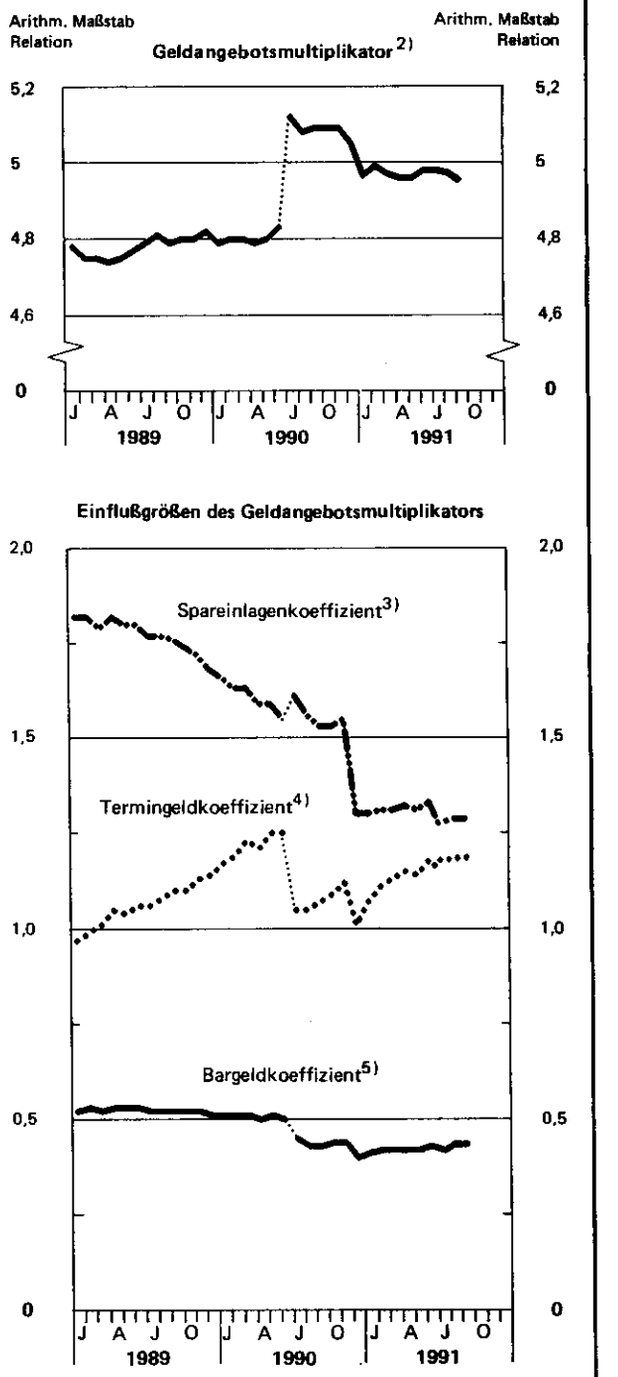
169. Die unterschiedlichen Kassenhaltungsgewohnheiten in Westdeutschland und in Ostdeutschland haben allerdings zu einer wenigstens vorübergehenden Lockerung des Zusammenhangs zwischen der Geldmenge M3 und der bereinigten Zentralbankgeldmenge (Geldangebotsmultiplikator) einerseits und dem nominalen Bruttosozialprodukt und der Geldmenge M3 (Umlaufsgeschwindigkeit) andererseits geführt.

Verantwortlich für die Veränderung des Geldangebotsmultiplikators war vor allem, daß die Kassenhaltung auf Sichtkonten für die Anleger in den neuen Bundesländern — anders als in Westdeutschland — zunächst weitaus größere Bedeutung hatte als die Bargeldhaltung oder die Geldanlage auf Terminkonten. Insbesondere die anfänglich eher niedrigen Bargeldabzüge haben die Kreditgewährungsmöglichkeiten des Bankensystems erweitert. Dem steht zwar entgegen, daß die ostdeutschen Kreditinstitute nach der Währungsumstellung zunächst vergleichsweise hohe Reserven bei der Bundesbank hielten, nicht zuletzt auch deshalb, weil die in der früheren DDR unbekannten Termingeldeinlagen — verglichen mit den höheren Mindestreservesätzen unterworfenen Sichteinlagen — anfangs nur einen geringen Anteil an den gesamten Verbindlichkeiten der ostdeutschen Banken innehatten. Alles in allem haben die Unterschiede in der Struktur der Geldhaltung zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland jedoch dazu geführt, daß sich die Geldschöpfungskapazität des Geschäftsbankensystems nach der Ausweitung des Währungsgebietes zunächst deutlich erhöht hat (Schaubild 22). Dies bedeutet, daß mit einem gegebenen Bestand an Zentralbankgeld eine größere Geldmenge M3 geschaffen werden kann, da die Bedienung der Bargeldnachfrage und die Erfüllung der Mindestreservepflicht nur noch einen geringeren Betrag an Zentralbankgeld erfordert. Mit einer Annäherung der ostdeutschen Kassenhaltungsgewohnheiten an westdeutsche Gepflogenheiten werden sich diese Veränderungen in der Geldschöpfungskapazität des Bankensystems wieder zurückbilden. Erste Anzeichen hierfür sind bereits erkennbar; der Geldangebotsmultiplikator hat sich seit Mitte 1990 wieder deutlich vermindert.

170. In Relation zum Transaktionsvolumen liegt die Geldhaltung in den neuen Bundesländern trotz der sich abzeichnenden Annäherung an westdeutsche Geldnachfragegewohnheiten noch immer deutlich höher als im Westteil Deutschlands. Dies hat — für

Schaubild 22

GELDANGEBOTSMULTIPLIKATOR UND SEINE WICHTIGSTEN EINFLUSSGRÖSSEN[1]



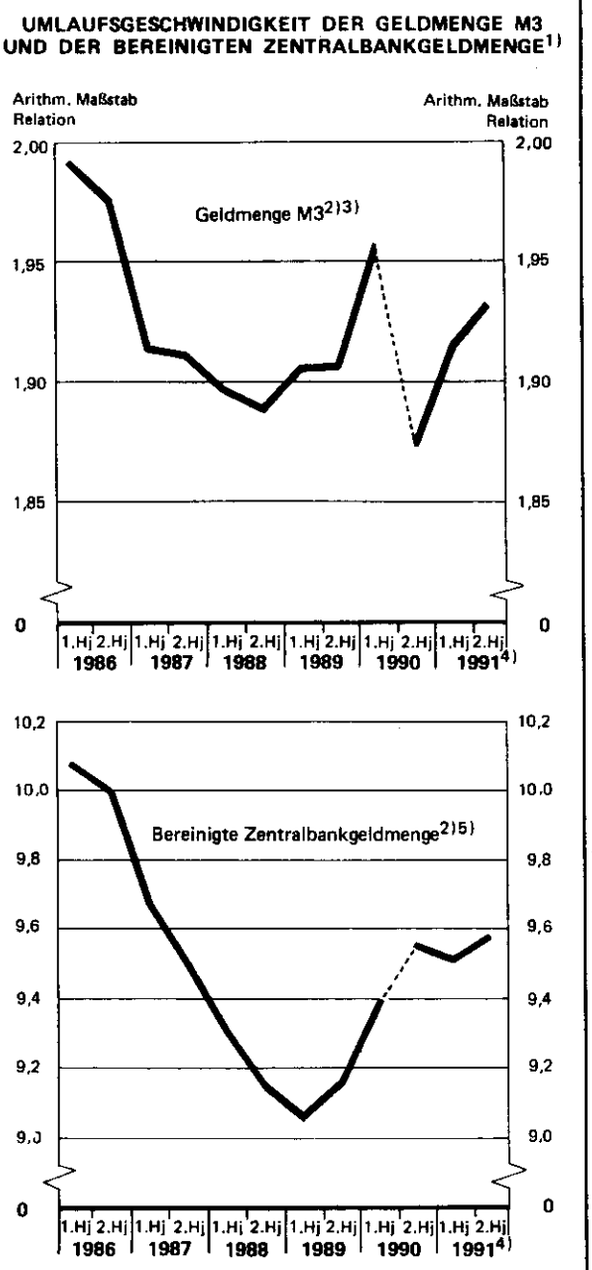
1) Berechnet aus saisonbereinigten Zahlen. Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. Ab Juli 1990 mit erhöhter Unsicherheit behaftet. Von Juli 1990 bis Dezember 1990 eigene Berechnungen. Ab Juli 1990 einschließlich neue Bundesländer und Berlin (Ost). — 2) Geldmenge M3 in Relation zur bereinigten Zentralbankgeldmenge (in der Abgrenzung des Sachverständigenrates). — 3) Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist in Relation zu den Sichteinlagen inländischer Nichtbanken. — 4) Termingeldeinlagen inländischer Nichtbanken mit Befristung bis unter vier Jahren in Relation zu den Sichteinlagen inländischer Nichtbanken. — 5) Bargeldumlauf in Relation zu den Sichteinlagen inländischer Nichtbanken.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 91 0548

sich genommen — einen dämpfenden Einfluß auf die Umlaufsgeschwindigkeit der Geldmenge M3 (Schaubild 23). Im Hinblick auf die Umlaufsgeschwindigkeit der bereinigten Zentralbankgeldmenge, die das Zusammenwirken von Geldangebotsmultiplikator und Umlaufsgeschwindigkeit der Geldmenge M3 beschreibt, dürften sich beide Effekte hingegen wenigstens teilweise kompensieren. Sollte es sich bei diesen Änderungen der Geldschöpfungsmöglichkeiten und der Geldnachfragegewohnheiten nicht nur um eine vorübergehende Veränderung der bisher geltenden Relationen handeln, so wäre dies bei der Formulierung künftiger Geldmengenziele in Rechnung zu stellen.

Schaubild 23



1) Berechnet aus saisonbereinigten Zahlen. — Ab 2. Halbjahr 1990 einschließlich neue Bundesländer und Berlin (Ost). Für das Gesamtgebiet der Bundesrepublik wurden die Saisonfaktoren nach altem Gebietsstand (vor dem 3. Oktober 1990) angelegt. — 2) Bruttosozialprodukt in Relation zur Geldmenge M3/bereinigten Zentralbankgeldmenge. — 3) Im Monatsdurchschnitt. Bargeldumlauf, Sichteinlagen, Termingelder bis unter 4 Jahren und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist von inländischen Nichtbanken bei inländischen Kreditinstituten. Quelle: Deutsche Bundesbank, 2. Halbjahr 1990: Eigene Berechnung. — 4) Für Bruttosozialprodukt und 2. Halbjahr 1991: Eigene Schätzung. — 5) In der Abgrenzung des Sachverständigenrates. Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank.

SR 91 0564

Geldüberhang durch Währungsunion?

171. Die mit der Ausweitung des DM-Währungsgebietes am 1. Juli 1990 verbundene Zunahme der Geldbestände ging deutlich über das hinaus, was allein durch den Zuwachs an potentieller Produktion zu rechtfertigen gewesen wäre: Während die Geldmenge M3 infolge der Währungsumstellung in Ostdeutschland um etwa 15 vH zunahm, dürfte das Produktionspotential in den neuen Ländern eher weniger als 10 vH des westdeutschen Potentials betragen haben. Auch der Geldmengensprung bei dem eng abgegrenzten Aggregat M1 muß mit 13,4 vH als überhöht gelten. Beides wird zuweilen als Zeichen dafür angesehen, daß mit der deutschen Währungsunion ein monetärer Überhang entstanden sei, den es durch restriktive geldpolitische Maßnahmen abzuschöpfen gelte.

In der Tat wurde mit der Währungsumstellung in der DDR ein Bestand an hochliquiden Aktiva (Sicht- und Spareinlagen) geschaffen, der unmittelbar für Güterkäufe hätte eingesetzt werden können. Gegen eine Interpretation der im Zuge der Währungsumstellung entstandenen Geldbestände als Inflationspotential spricht jedoch die Tatsache, daß in der früheren DDR lediglich die Möglichkeit des Kontensparens gegeben war; andere Anlageformen wurden nicht angeboten. Die Geldhaltung diente daher in weit höherem Maße der Vermögensanlage als in Westdeutschland, wo die zur Geldmenge M3 gehörenden Aktiva in den Händen der privaten Haushalte im Jahre 1990 lediglich einen Anteil von etwa einem Drittel an ihrem Nettogeldvermögen hatten. Bezogen auf das gesamte Geldvermögen der westdeutschen Nichtbanken betrug der aus der Schaffung der deutschen Währungsunion resultierende Geldvermögenszuwachs weniger als 4 vH, lag also deutlich unter der Ausweitung des Produktionspotentials.

Die in den neuen Bundesländern erwarteten Umschichtungen des Geldvermögens zugunsten höher verzinslicher Anlageformen sind allerdings nach Schaffung der Währungsunion zunächst nur langsam in Gang gekommen. Bis zum Jahresende 1990 betrug die Geldkapitalbildung bei ostdeutschen Kreditinstituten nur etwa 13 Mrd DM. Zudem dürften die privaten Haushalte etwa 3 Mrd DM in Wertpapieren angelegt haben. Damit wurden bis zum Ende des Jahres 1990 nur etwa 9 vH der ursprünglich umgestellten Geldbestände in längerfristige Anlageformen umgeschichtet. In diesem Jahr scheint sich das Interesse der Anleger an längerfristigen Geldanlagen jedoch deutlich erhöht zu haben. Hierfür spricht, daß sich der

Bestand an zur Geldmenge zählenden Bankverbindlichkeiten ostdeutscher Kreditinstitute seit Jahresbeginn um 19,3 vH vermindert hat.

Alles in allem haben die bisherigen Portefeuilleanpassungen zwar noch nicht ausgereicht, die aus der Währungsunion resultierende Zunahme der Geldbestände auf das potentialgerechte Niveau zurückzuführen: Während das nominale Transaktionsvolumen im gesamten Währungsgebiet im ersten Halbjahr 1991 etwa 17½ vH über dem Vorjahresstand gelegen haben dürfte, übertraf die Geldmenge M3 ihren Stand vor der Währungsumstellung in Ostdeutschland noch immer um 20 vH. In einer höheren Liquiditätsneigung, wie sie sich hierin ausdrückt, spiegelt sich indes vor allem die erhöhte Unsicherheit in einer Umbruchsituation. Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage im Osten Deutschlands wird es vielen Anlegern zu riskant erscheinen, sich durch eine langfristige, wenn auch hoch rentierliche Kapitalanlage für mehrere Jahre zu binden. Mit fortschreitender Besserung der wirtschaftlichen Situation ist jedoch mit einer weiteren Annäherung der Kassenhaltungsgewohnheiten in den neuen Ländern an die in Westdeutschland zu rechnen.

Im übrigen ist in Ostdeutschland bereits heute ein deutlicher Wandel in den Anlagegewohnheiten festzustellen, der zu erheblichen Umschichtungen zwischen den Komponenten der Geldmenge M3 selbst geführt hat. So verminderte sich nach der Umstellung der früheren Spargiroeinlagen auf Sichtkonten der Bestand an Sichteinlagen bei ostdeutschen Kreditinstituten allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 24,3 Mrd DM. Außerdem hoben die Anleger im gleichen Zeitraum knapp 17 Mrd DM von ihren Sparbüchern ab. Wenigstens zum Teil wurden die dadurch frei werdenden Mittel in kürzerfristigen Termingeldern festgelegt. Der Anteil von Sichteinlagen an den zur Geldmenge M3 zählenden Bankeinlagen nahm damit von 55,8 vH im Dezember 1990 auf mittlerweile 49,5 vH ab (Westdeutschland: 28,5 vH im Dezember 1990), während sich der Anteil von Termineinlagen mit einer Befristung von weniger als vier Jahren im gleichen Zeitraum von 10,0 vH auf 21,6 vH erhöhte (Westdeutschland: 32,7 vH). Der Anteil von Spareinlagen ging von 34,2 vH (Westdeutschland: 38,8 vH) auf nunmehr 28,9 vH zurück. Dies alles zeigt, daß die ostdeutschen Sparer sich bei ihren Anlageentscheidungen durchaus auch an der Höhe der Verzinsung orientierten.

172. Gegen die These eines monetären Überhangs spricht weiterhin die Höhe und Struktur der Zinssätze am Geld- und Kapitalmarkt. Ein Überangebot an Zentralbankgeld hätte Zinssenkungstendenzen am Tagesgeldmarkt auslösen müssen; seit Beginn der Währungsunion haben sich die Geldmarktzinsen jedoch nicht zuletzt auch wegen der Anhebung der Notenbankzinsen um etwa einen Prozentpunkt erhöht. Zudem liegen die kurzfristigen Zinssätze derzeit deutlich über den Renditen am Kapitalmarkt; auch dies ist ein Zeichen für eine eher restriktive Geldpolitik. Insbesondere kommt in einer solchen inversen Zinsstruktur zum Ausdruck, daß auch die Marktteilnehmer die aus der Ausweitung des Währungsgebietes resultierende Zunahme der Geldbestände nicht als Quelle dauerhaft höherer Inflationsraten ansehen.

Zusammenfassend läßt sich somit feststellen, daß die mit der Bildung der deutschen Währungsunion verbundene Ausweitung der Geldbestände nicht zur Begründung einer Verschärfung des geldpolitischen Kurses herangezogen werden kann.

173. Unter Berücksichtigung dieser Veränderungen der Geldnachfrage ist die von der Deutschen Bundesbank im Verlauf des Jahres zugelassene Ausweitung der Geldmenge als weitgehend potentialgerecht anzusehen. In der Wirkung gehen von der Geldpolitik damit jedoch restriktive Impulse aus. Die Expansion der bereinigten Zentralbankgeldmenge — für die kein Überhangproblem besteht — blieb mit einer Zuwachsrate von 6 vH hinter der Zunahme der nominalen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage von 7 vH zurück. Auch die Geldmenge M3, die allerdings wegen ihrer Abhängigkeit von den Portefeuilleentscheidungen der Nichtbanken die monetäre Situation nur unvollständig beschreibt (Ziffer 167), nahm mit einer Expansionsrate von etwa 4 vH deutlich schwächer zu als das Transaktionsvolumen. Außerdem müssen Notenbankzinsen von mehr als 9% auch im historischen Vergleich als ausgesprochen hoch gelten. Die mit der Leitzinserhöhung im August vorangetriebene weitere Verschärfung der Geldpolitik war angesichts des schon damals erreichten Restriktionsgrades also nicht erforderlich und muß eher kritisch beurteilt werden: Wenn die Geldwertstabilität in diesem Jahr verloren ging, so ist dies vor allem den starken Lohnkostensteigerungen von 5 vH und den kreditfinanzierten Mehrausgaben des Staates bei vollausgelasteten Kapazitäten zuzuschreiben. Insbesondere die Beschleunigung des Preisauftriebs zur Jahresmitte ging zudem zu einem guten Teil auf die Anhebung der Verbrauchsteuern zum 1. Juli zurück und zeigte insoweit keinen geldpolitischen Handlungsbedarf an. Ihre Rechtfertigung fand die Leitzinserhöhung vom August diesen Jahres somit allein als stabilitätspolitisches Signal an die Adresse der Tarifparteien und des Staates. Es muß jedoch fraglich erscheinen, ob Zinserhöhungen angesichts der sich abzeichnenden Abschwächung der konjunkturellen Dynamik die angemessene Antwort auf die stabilitätspolitischen Verfehlungen der übrigen Politikbereiche darstellen.

Geldmarkt am Zügel der Bundesbank

174. Die Bundesbank bemühte sich angesichts des noch immer recht unsicheren Zentralbankgeldbedarfs der Kreditinstitute in Ostdeutschland auch weiterhin, durch eine möglichst feine Dosierung liquiditätspolitischer Maßnahmen Anspannungen wie auch übermäßige Lockerungen am Geldmarkt zu vermeiden. Nur teilweise waren ihre Anstrengungen von Erfolg gekrönt. Nachdem der Tagesgeldsatz auch unter dem Einfluß einer vergleichsweise sparsamen Dotierung der Wertpapierpensionsgeschäfte zu Jahresbeginn auf das Niveau des Lombardsatzes von damals 8,5% gestiegen war, setzte die Bundesbank Anfang Februar den Diskontsatz und den Lombardsatz um je einen halben Prozentpunkt auf 6,5% beziehungsweise 9% hinauf, um so die Inanspruchnahme des Lombardkredits wieder auf die Spitzenfinanzierung zurückzuführen und sich zusätzliche Zinsspielräume zu eröffnen (Tabelle 33). Tatsächlich sank der Bestand

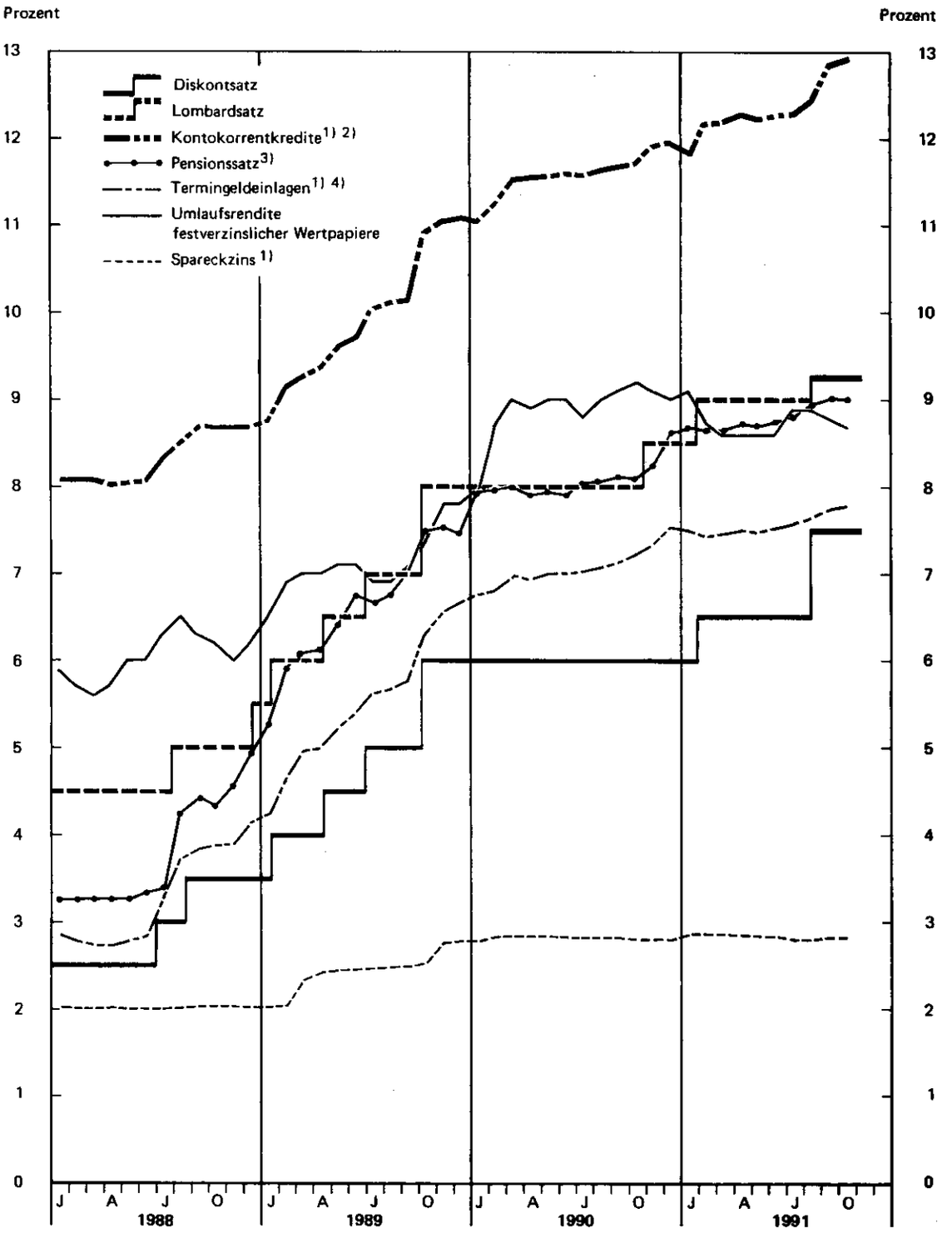
Tabelle 33

Geldpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1990	
1. November	Der Zentralbankrat erhöht mit Wirkung vom 2. November den Lombardsatz um einen halben Prozentpunkt auf 8½ %. Vorrangiges Ziel der Leitzinserhöhung ist es, den Ausnahmecharakter des Lombardkredits wieder stärker hervorzuheben. Eine allgemeine Erhöhung des Zinsniveaus ist damit zunächst nicht beabsichtigt.
23. November	Die Deutsche Terminbörse (DTB) nimmt den Handel mit Financial-Futures auf den Deutschen Aktienindex DAX und auf eine idealtypische Bundesanleihe auf.
29. November	Der Zentralbankrat beschließt eine Anpassung der Refinanzierungstechnik für die Kreditinstitute mit Sitz in Ostdeutschland. So werden die Refinanzierungskontingente mit Wirkung vom 2. Januar 1991 bei einem unveränderten Gesamtvolumen von 25 Mrd DM neu verteilt. Außerdem werden ostdeutsche Geschäftsbanken vom 1. Februar 1991 an zu Wertpapierpensionsgeschäften zugelassen; gleichzeitig wird jedoch die Befugnis zur Einreichung von Sola-Wechseln auf ⅓ des Refinanzierungskontingents beschränkt.
13. Dezember	Der Zentralbankrat beschließt ein Geldmengenziel für das Jahr 1991; ausgehend von dem im 4. Quartal 1990 erreichten Niveau, soll die Geldmenge M3 im gesamten Währungsgebiet um 4 vH bis 6 vH ausgedehnt werden, um auf diese Weise zu einer Fortsetzung des stetigen Wirtschaftswachstums und zur Begrenzung sich abzeichnender Stabilitätsgefahren beizutragen.
1991	
1. Januar	Die Börsenumsatzsteuer und die Genehmigungspflicht für Emissionen von Wertpapieren (gemäß §§ 795 und 808a BGB) werden aufgehoben.
31. Januar	Der Zentralbankrat beschließt, mit Wirkung vom 1. Februar 1991 den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 6,5 % und den Lombardsatz um einen halben Prozentpunkt auf 9 % anzuheben. Gleichzeitig wird das nächste Wertpapierpensionsgeschäft in der kurzen Tranche als Mengentender mit einem Festsatz von 8,5 % ausgeschrieben.
1. April	Das integrierte Börsenhandels- und Informationssystem IBIS wird in Betrieb genommen; damit steht neben der DTB eine weitere Computerbörse zur Verfügung.
18. April	Der Zentralbankrat stellt den Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1990 fest. Der Reingewinn beläuft sich auf 9,1 Mrd DM; davon werden 8,3 Mrd DM gemäß den gesetzlichen Vorschriften an den Bundeshaushalt abgeführt.
15. Mai	Die Bundesbank und das Bundesfinanzministerium geben ein geändertes Verfahren für die Ausgabe von Bundesschatzanweisungen bekannt. Es sollen in regelmäßigen Abständen Schatzanweisungen mit einer Laufzeit von 4 Jahren im Tenderverfahren mit Zuteilung nach dem amerikanischen Verfahren, das heißt nach den individuellen Bietungssätzen, begeben werden. Auf diese Weise soll den Bedürfnissen nationaler und internationaler Anleger in besonderem Maße Rechnung getragen werden.
13. Juni	Die Refinanzierungskontingente für die Kreditinstitute mit Sitz in Ostdeutschland werden mit Wirkung vom 1. Juli 1991 weiter in Richtung der für westdeutsche Institute geltenden Regelungen angepaßt. Hierzu gehört, daß das Gesamtvolumen der Refinanzierungskontingente der ostdeutschen Kreditinstitute um 6 Mrd DM gekürzt und die Möglichkeit der Einreichung von Sola-Wechseln auf 50 vH des Refinanzierungskontingents beschränkt wird.
1. Juli	Die Umlaufmünzen der Mark der DDR zu 1, 5, 10, 20 und 50 Pfennig werden außer Kurs gesetzt; ein Umtausch dieser Münzen in DM-Münzen zum Nennwert ist bis zum 30. September 1991 möglich.
11. Juli	Der Zentralbankrat beschließt, das Geldmengenziel für das Jahr 1991 herabzusetzen; bis zum 4. Quartal 1991 soll die Geldmenge M3 um 3 vH bis 5 vH gegenüber dem 4. Quartal 1990 ausgeweitet werden. Mit der Adjustierung des Zielkorridors trägt die Bundesbank den sich beschleunigenden Preissteigerungstendenzen und den monetären Anpassungsprozessen in Ostdeutschland verstärkt Rechnung.
15. August	Der Zentralbankrat beschließt, mit Wirkung vom 16. August 1991 den Diskontsatz von 6,5 % auf 7,5 % und den Lombardsatz von 9,0 % auf 9,25 % anzuheben. Mit diesen Beschlüssen soll zum einen technischen Anpassungserfordernissen Rechnung getragen werden, zum anderen aber auch eine weitere Straffung der Geldpolitik herbeigeführt werden.

Schaubild 24

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER ZINSEN



1) Die Durchschnittssätze sind als ungewichtetes arithmetisches Mittel aus den innerhalb der Streubreite liegenden Zinsmeldungen errechnet, indem jeweils 5 vH der Meldungen mit den höchsten und den niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden. – 2) Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM. – 3) Ungewichteter monatlicher Durchschnitt aus den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen für Wertpapierpensionsgeschäfte (Zinstender beziehungsweise Mengentender). – 4) Festgelder von 100 000 DM bis unter 1 Mio DM mit vereinbarter Laufzeit von 1 Monat bis 3 Monate.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 91 0547

an offenen Lombardforderungen, der im Januar zeitweise einen Wert von fast 15 Mrd DM erreicht hatte, auf nur noch 1 Mrd DM im Februar ab. Zur Vermeidung etwaiger Irritationen am Geldmarkt verstärkte die Bundesbank in der Folgezeit den Einsatz von Feinsteuerungsinstrumenten. So ging sie zur Stabilisierung der Zinsentwicklung dazu über, fällig werdende Wertpapierpensionsgeschäfte in der kurzen Tranche vorübergehend als Mengentender zum Festsatz von zunächst 8,5 %, später 8,6 % auszuschreiben. Zur Vermeidung von Liquditätsengpässen stellte sie den Kreditinstituten zudem mehrfach Mittel im Wege von Schnelltendern und über die Verlagerung von Bundesguthaben in den Geldmarkt zur Verfügung. Zusätzlich setzte sie auch Devisenswapgeschäfte und kurzfristige Schatzwechselabgaben ein. Das Zinsniveau am Tagesgeldmarkt pendelte sich knapp unter dem Lombardsatz ein und sank bis zum Mai vorübergehend sogar wieder auf 8,6 % ab (Schaubild 24).

Angesichts einer zunehmenden Eintrübung des Preisklimas bemühte sich die Bundesbank in den folgenden Monaten, durch entsprechende Ausgestaltung der Wertpapierpensionsgeschäfte die Geldmarktzinsen weiter zu erhöhen. Tatsächlich stieg der Tagesgeldsatz bis zum August wieder auf das Niveau des Lombardsatzes von damals 9 % an. Um sich die Kontrolle über die Liquiditätssteuerung zu bewahren und sich weitere Zinserhöhungsspielräume zu eröffnen, sah sich die Bundesbank daraufhin neuerlich zu einer Erhöhung des Lombardsatzes um einen viertel Prozentpunkt veranlaßt. Gleichzeitig setzte sie den Diskontsatz um einen Prozentpunkt hinauf, um den gewohnten Abstand zwischen Diskontsatz und Lombardsatz wieder herzustellen und über die damit hervorgerufene Verteuerung der Zentralbankgeldbeschaffung die monetäre Expansion zusätzlich zu dämpfen. In den nächsten Monaten bewegte sich der Tagesgeldsatz meist knapp oberhalb von 9 %.

175. Die Ertragslage der Bundesbank hat sich in diesem Jahr deutlich verbessert. Die Nettozinseinnahmen dürften sich auf etwa 15 Mrd DM belaufen, geringfügig weniger als im Vorjahr. Hierin spiegeln sich zwei gegenläufige Effekte. Während die Zinseinnahmen aus dem Kreditgeschäft mit inländischen Geschäftsbanken in diesem Jahr infolge der Anhebung der Notenbankzinsen kräftig zunahmen, stellte sich bei den Zinseinnahmen aus Geldanlagen im Ausland wegen der gesunkenen Zinsen in den Vereinigten Staaten ein deutlicher Rückgang ein. Zudem sind die Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft wegen des Anstiegs der DM-Zinsen höher ausgefallen als im letzten Jahr. Gewinnerhöhend wirkte sich hingegen die Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar aus. Da die Währungsreserven der Bundesbank mit einem Kurs von 1,4940 DM je Dollar bewertet sind, konnte durch Dollarabgaben im Rahmen von Devisenmarktinterventionen und den Verkauf von etwa 11 Mrd Dollar an den Bund ein Ertrag von gut 1 Mrd DM erzielt werden. Hinzu kommt, daß Abschreibungen auf Währungsreserven wegen des deutlich gestiegenen Dollarkurses in diesem Jahr nicht anfallen. Da auch die übrigen Aufwendungen mit etwa 2 Mrd DM nur wenig höher ausfallen werden als im Vorjahr, dürfte sich der Jahresüberschuß der Deutschen Bundesbank in diesem Jahr auf etwa 14 Mrd DM belaufen.

Zunehmende Mittelaufnahme am Kapitalmarkt

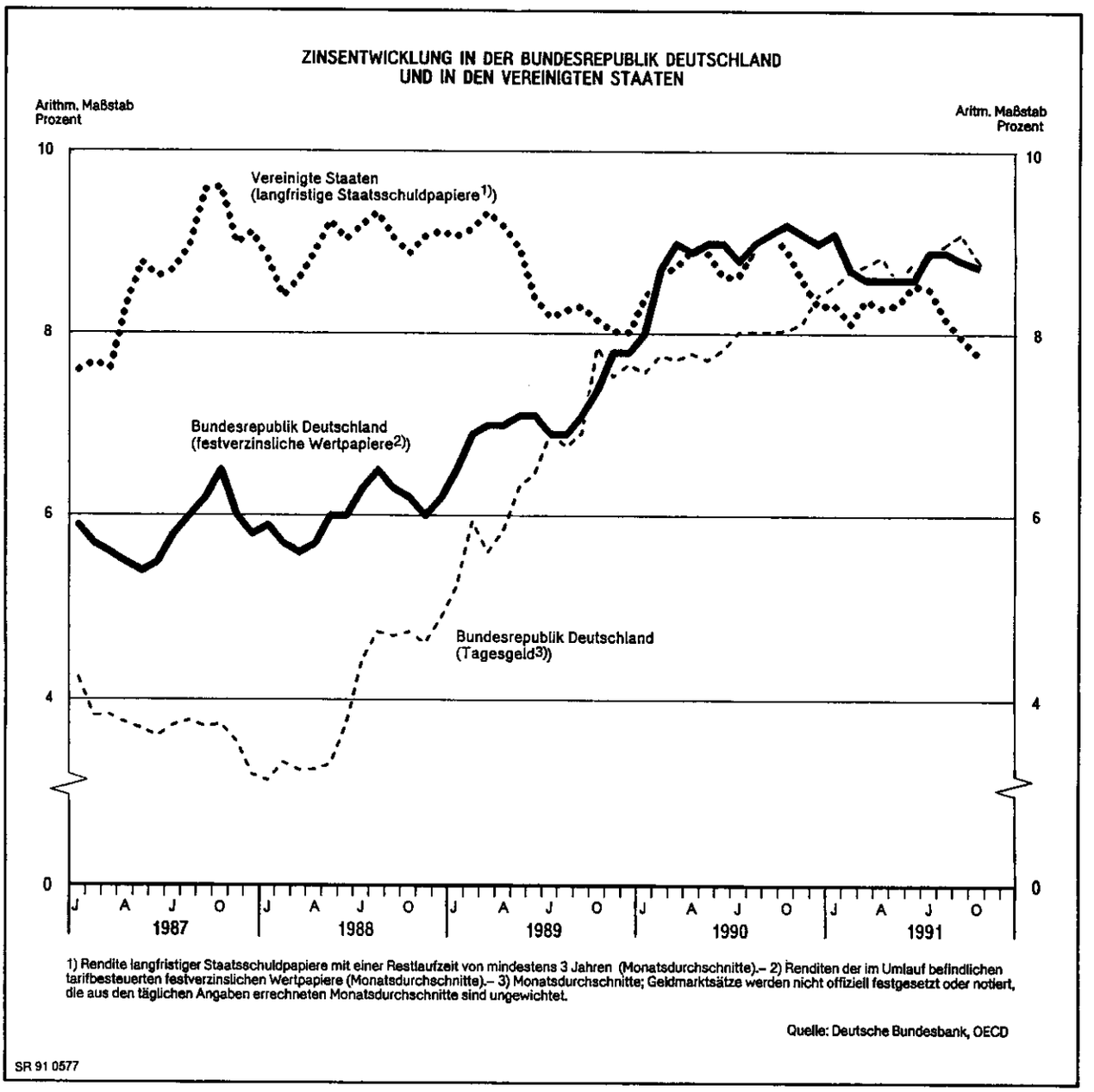
176. Die neuerliche Verschärfung des geldpolitischen Kurses schlug sich am Rentenmarkt zunächst nicht in einer entsprechenden Erhöhung der Renditen nieder; vielmehr sank die Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere, die zu Beginn des Jahres noch 9,1 % betragen hatte, trotz der Anhebung der Leitzinsen durch die Bundesbank im Februar binnen weniger Tage auf 8½ % und verharrte bis zum Sommer in etwa auf diesem Niveau.

Von Juli an führten aufkommende Irritationen über eine Änderung in der Besteuerung von Zinserträgen zu einem erneuten Anstieg der Wertpapierrenditen auf knapp 8,9 %. Offensichtlich sahen viele Anleger der geforderten steuerlichen Gleichbehandlung von Zinseinkünften mit Sorge entgegen und waren daher nur durch entsprechend höhere Renditen zu einem Engagement in deutschen Wertpapieren zu bewegen. Ein Zeichen hierfür ist, daß sich die Zinsdifferenz zwischen deutschen und amerikanischen Anleihen in den Sommermonaten um etwa zwei Drittel Prozentpunkte ausweitete. Das Zinshoch war jedoch nur von kurzer Dauer; bis zuletzt gingen die Renditen — trotz der erneuten Leitzinsanhebung durch die Bundesbank — unter dem Einfluß von Zinssenkungstendenzen an den internationalen Märkten wieder auf 8,6 % zurück.

177. Der Rückgang der langfristigen Zinsen in diesem Jahr mag zwar zu einem Teil ein gestiegenes Vertrauen der Marktteilnehmer in die Fähigkeit der Bundesbank zur Bewahrung der Geldwertstabilität widerspiegeln. Von weit größerer Bedeutung dürfte jedoch der von den Kapitalmärkten des Auslands ausgehende Zinssenkungsdruck gewesen sein, denn bei international eng verflochtenen Kapitalmärkten ist der Raum für eine eigenständige Nominalzinsentwicklung gering. Entscheidend sind hier vornehmlich die von den Marktteilnehmern erwarteten Wechselkursänderungen, die Zinsentwicklung an den ausländischen Kapitalmärkten und das von den Anlegern zu übernehmende Risiko. Dies zeigt sich insbesondere beim Vergleich der Zinsentwicklung in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik; Veränderungen der langfristigen Zinsen an den amerikanischen Finanzmärkten führen im Regelfall zu gleichgerichteten — nicht unbedingt aber auch gleich großen — Zinsänderungen an den deutschen Kapitalmärkten (Schaubild 25). Zwar ist es infolge der deutschen Vereinigung zu einer grundlegenden Neubewertung deutscher Wertpapiere gekommen, doch hat dies den internationalen Zinszusammenhang nicht auf Dauer gelockert.

In der drastisch zusammengeschrumpften Zinsdifferenz zum Ausland zeigt sich, daß die international disponierenden Kapitalanleger der deutschen Wirtschaftspolitik mit Skepsis begegnen. Ungewißheit über die künftige Besteuerung von Kapitalerträgen, Unklarheit über den finanzpolitischen Kurs und Sorgen um die Geldwertstabilität sind der Nährboden für hohe Zinsen. Die deutschen Zinsen sind somit heute höher, als sie es sein müßten. Um so mehr ist es daher erforderlich, durch eine rasche Konsolidierung des Staatshaushalts und die Eindämmung inflationärer

Schaubild 25

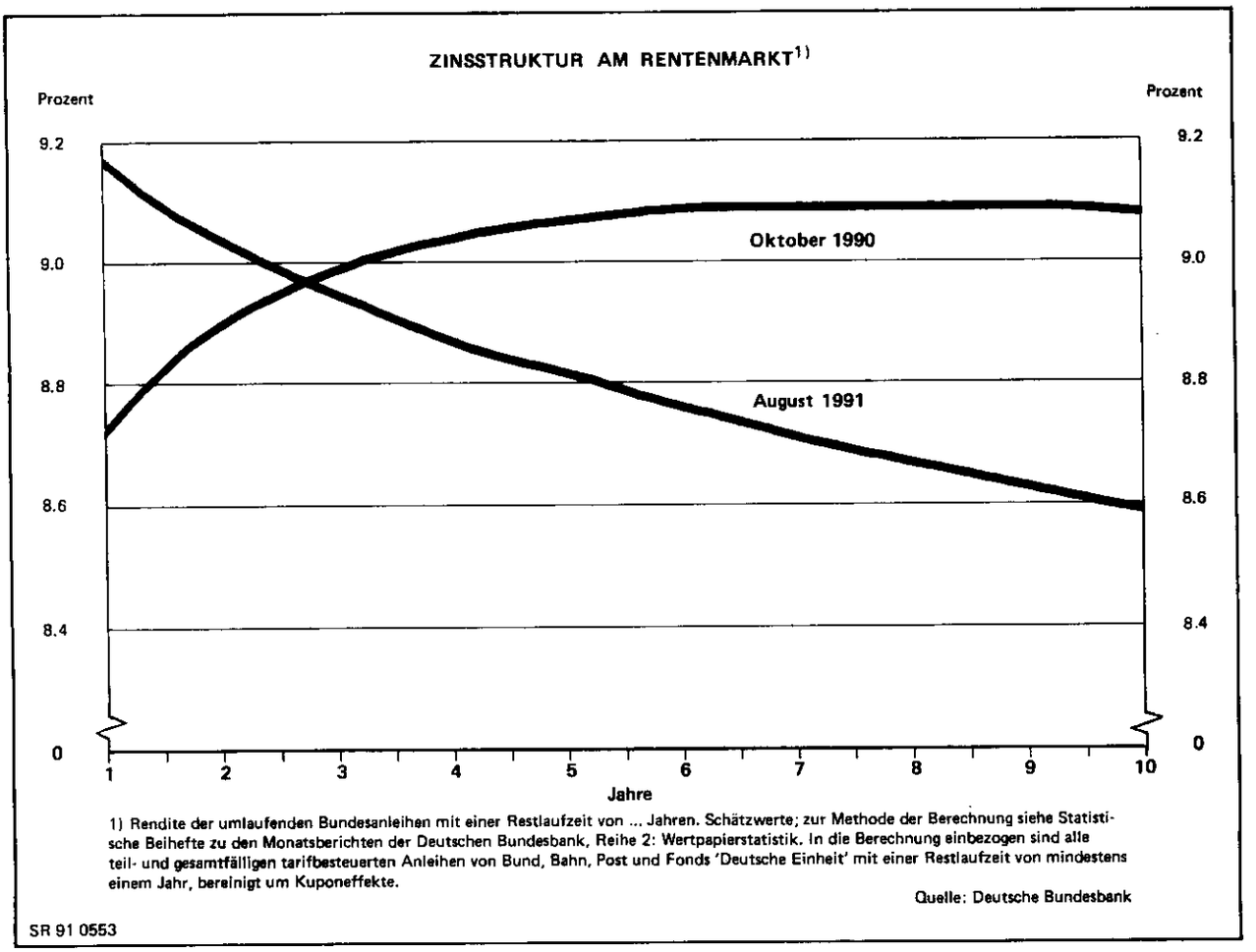


Tendenzen das Vertrauen der Marktteilnehmer zurückzugewinnen.

178. Der Rückgang der Kapitalmarktzinsen im Frühjahr erfaßte vor allem das lange Ende des Marktes. Die kürzerfristigen Renditen, die sehr viel stärker von geldpolitischen Maßnahmen berührt werden, blieben demgegenüber weitgehend unverändert. Nach den Zinssteigerungen im weiteren Jahresverlauf weist die Zinsstrukturkurve daher nunmehr einen ausgeprägt inversen Verlauf auf (Schaubild 26). Im Oktober 1991 lagen die Renditen einjähriger Laufzeit etwa drei viertel Prozentpunkte über den Sätzen für zehnjährige Titel. Dies deutet darauf hin, daß die Marktteilnehmer auf die lange Sicht mit deutlich niedrigeren Inflationsraten und sinkenden Zinsen rechnen.

179. Trotz des hohen Zinsniveaus ging die Mittelaufnahme am deutschen Kapitalmarkt im Jahr 1991 deutlich über das Vorjahresniveau hinaus. Im Vorjahresvergleich ist allerdings zu berücksichtigen, daß Marktteilnehmern aus Ostdeutschland erst seit Schaffung der deutschen Währungsunion der Zugang zu den westlichen Kapitalmärkten möglich ist. Von Januar bis August diesen Jahres wurden festverzinsliche Wertpapiere im Wert von 156 Mrd DM abgesetzt, 29 Mrd DM mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Vor allem die Kreditinstitute nahmen in großem Umfang Mittel auf, denn nach der Schaffung der deutschen Währungsunion war die Kreditnachfrage von Unternehmen, Privatpersonen und Staat deutlich angestiegen. Einen erheblichen Anteil am Gesamtabsatz von Bankschuldverschreibungen hatten dabei

Schaubild 26



1) Rendite der umlaufenden Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von ... Jahren. Schätzwerte; zur Methode der Berechnung siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 2: Wertpapierstatistik. In die Berechnung einbezogen sind alle teil- und gesamtfälligen tarifbesteuerten Anleihen von Bund, Bahn, Post und Fonds 'Deutsche Einheit' mit einer Restlaufzeit von mindestens einem Jahr, bereinigt um Kuponeffekte.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 91 0553

Emissionen von Spezialkreditinstituten, deren Mittelaufnahme sich unter anderem durch die Finanzierung von Aufbauprogrammen in den neuen Bundesländern kräftig erhöhten. In verstärktem Maße war zudem der Staat als Kapitalnachfrager am Markt präsent. Von Januar bis August wurden Rentenmarktpapiere der öffentlichen Hand im Wert von 51 Mrd DM abgesetzt. Begünstigend auf den Absatz von öffentlichen Schuldtiteln wirkte sich dabei die Einführung eines neuen Verfahrens zur Begebung von kürzerfristigen Bundesschatzanweisungen aus. Durch die Flexibilisierung des Vergabeverfahrens und eine anlegerfreundliche Ausgestaltung der Titel konnte zusätzliches Kapital attrahiert werden. Nach der Abschaffung der Emissionsgenehmigungserfordernisse (§§ 795 und 808a BGB) und dem Fortfall der Börsenumsatzsteuer zum 1. Januar 1991 konnten erstmals seit langem auch wieder neue Industrieobligationen am Markt plaziert werden, doch blieb ihr Anteil mit einem Volumen von 0,7 Mrd DM noch immer verschwindend gering. Zu erwarten ist aber, daß dieses Finanzierungsinstrument bei sinkenden Zinsen wieder verstärkte Aufmerksamkeit erlangen wird. Ausländische Emittenten hielten sich auch in diesem Jahr am deutschen Kapitalmarkt zurück.

Auf der Seite der Kapitalanleger dominierten auch in diesem Jahr die privaten inländischen Nichtbanken, die in den ersten acht Monaten festverzinsliche Wertpapiere im Wert von 107,5 Mrd DM erwarben, geringfügig mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Ein nicht unbeträchtlicher Teil des Mittelaufkommens am Kapitalmarkt dürfte dabei aus Vermögensumschichtungen zu Lasten niedriger verzinster Sparformen stammen. Das Interesse ausländischer Anleger an deutschen Rentenmarktpapieren hat sich demgegenüber wieder belebt; nachdem sie im Vorjahr überwiegend auf der Verkäuferseite gestanden hatten, erwarben sie in den ersten acht Monaten dieses Jahres per saldo festverzinsliche Wertpapiere im Wert von 25,6 Mrd DM.

180. Am Aktienmarkt wollte auch 1991 keine rechte Begeisterung aufkommen. Nach dem dramatischen Kurseinbruch im Zusammenhang mit der Golfkrise im letzten Jahr kam es zwar im Verlauf diesen Jahres zu einem deutlichen Anstieg der Aktienkurse, doch blieben die Wertsteigerungen hierzulande deutlich hinter dem an ausländischen Börsenplätzen erreichten Ausmaß zurück. Insbesondere die Abstinenz ausländischer Käufer verhinderte bisher eine breit angelegte Erholung der Kurse. Wenngleich die Aktienbesitzer bis zur Jahresmitte noch Kurssteigerungen verbuchen konnten, sackten die Kurse an den deutschen Aktienbörsen bis zum Herbst wieder deutlich ab und lagen Ende Oktober nur noch um 5,9 vH über dem Jahres-

endstand 1990. Gegenüber dem im Zuge der „Osteuphorie" des vergangenen Jahres erreichten Höchststand mußten damit Kursabschläge von mehr als 20 vH hingenommen werden. Ursache hierfür dürften eine verschlechterte Gewinneinschätzung für westdeutsche Unternehmen angesichts eingetrübter Konjunkturdaten und hoher Lohnabschlüsse sowie schwerwiegende Anpassungsprobleme in den neuen Bundesländern gewesen sein.

Angesichts der gedämpften Kurssteigerungen blieb die Bereitschaft vieler Unternehmen zur Aufnahme neuen Eigenkapitals in diesem Jahr gering. Von Januar bis August wurden junge Aktien im Wert von 30,9 Mrd DM abgesetzt, 2,5 Mrd DM weniger als in den ersten acht Monaten des Vorjahres. Insbesondere deutsche Unternehmen verzichteten jedoch vielfach auf weitere Kapitalbeschaffungsmaßnahmen; der Löwenanteil der Aktienemissionen entfiel auf ausländische Gesellschaften.

181. Im Kapitalverkehr mit dem Ausland kam es in diesem Jahr zu einem deutlichen Umschwung. Ursache hierfür war zum einen der enorme Finanzierungsbedarf der öffentlichen Hand und der Privaten, zum anderen die Notwendigkeit, das mit dem Umschwung im Außenhandel entstandene Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren. So blieb kein Raum für umfangreiche Nettokapitalexporte. Vielmehr wurden bis August per saldo 25,1 Mrd DM an Kapital importiert. Die Nettokapitalimporte konzentrierten sich dabei mit 65,4 Mrd DM — einschließlich des Restpostens der Zahlungsbilanz gerechnet — auf den kurzfristigen Kapitalverkehr. Vor allem die Geschäftsbanken hatten erhebliche Geldzuflüsse zu verzeichnen, insbesondere weil ausländische Schuldner angesichts steigender DM-Zinsen ihre Verschuldung bei deutschen Kreditinstituten abbauten. Im langfristigen Kapitalverkehr mit dem Ausland überwogen auch in diesem Jahr noch die Nettokapitalabflüsse, wenn auch deutlich weniger Mittel abströmten als im Jahr zuvor. Von Januar bis August belief sich der Nettokapitalexport im langfristigen Bereich auf 40,3 Mrd DM, 25,8 Mrd DM weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Der Rückgang des langfristigen Nettokapitalexports spiegelt dabei vor allem das gesunkene Interesse von Inländern an ausländischen Kapitalanlagen wider. Der Zufluß von Auslandskapital blieb hingegen bis in den Sommer hinein vergleichsweise gering; im Frühjahr kam es unter dem Eindruck einer deutlich schwächeren Bewertung der D-Mark an den Devisenmärkten sogar zu Abflüssen von ausländischem Kapital. Insbesondere blieben auch die Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in der Bundesrepublik gering (Ziffer 282); ausländischen Direktinvestitionen von 2,0 Mrd DM in Deutschland standen Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen im Wert von 20,4 Mrd DM gegenüber.

Schwächere internationale Bewertung der D-Mark

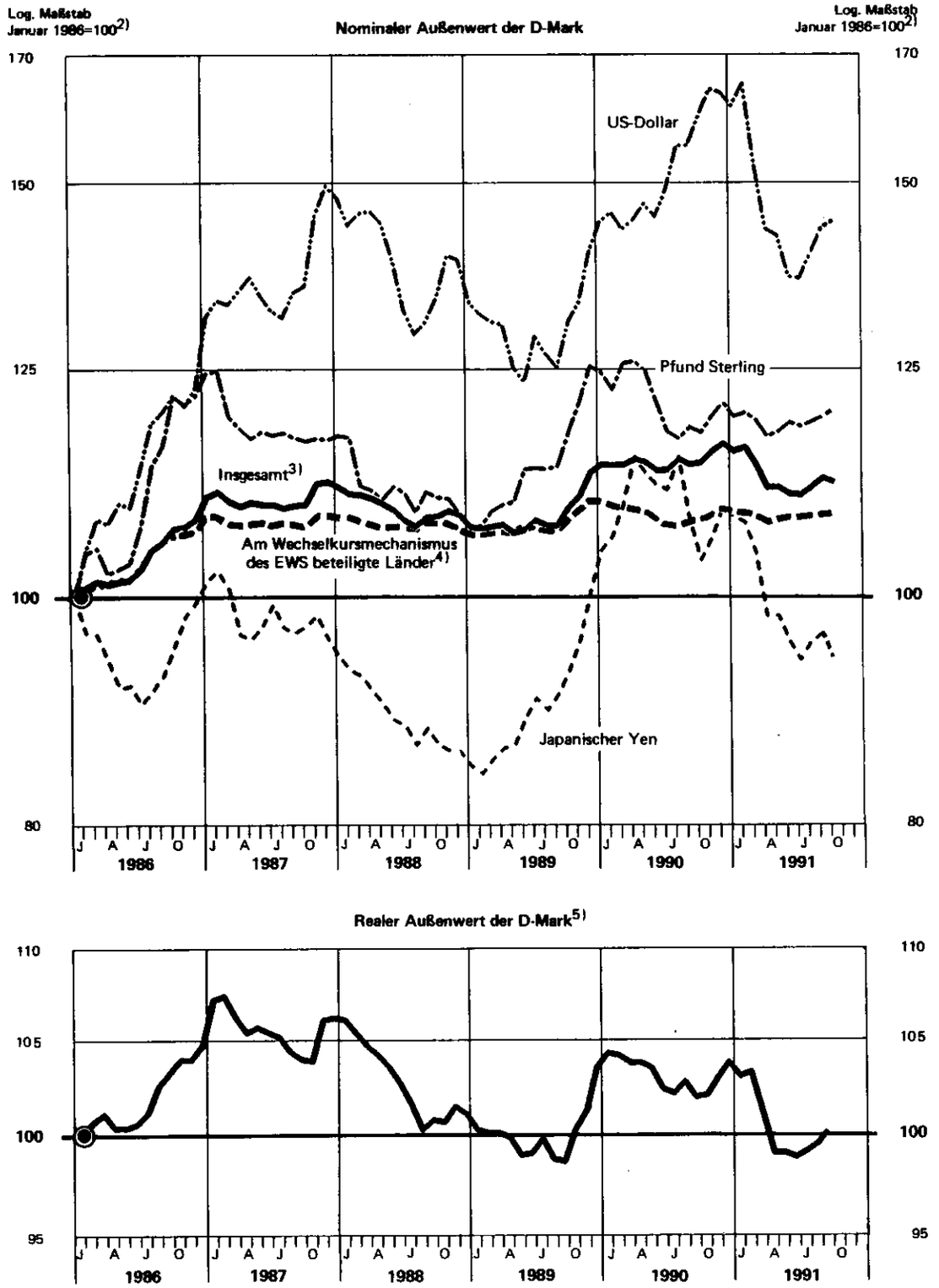
182. An den Devisenmärkten mußte die D-Mark vor allem in den ersten Monaten des Jahres deutliche Wertverluste hinnehmen (Schaubild 27). Von Januar bis Oktober ermäßigte sich der gewogene Außenwert der D-Mark gegenüber den wichtigsten Handelspartnern insgesamt um 3,6 vH. Die nominale Abwertung der D-Mark verminderte dabei den realen DM-Außenwert in etwa gleichem Maße; der auf Basis der Verbraucherpreise ermittelte reale Außenwert der D-Mark ging bis zum Herbst um 3,8 vH zurück. Ursache für den Gleichlauf von nominaler und realer Abwertung ist, daß die Bundesrepublik wegen der in diesem Jahr deutlich gestiegenen Preissteigerungsraten in Westdeutschland nicht mehr an vorderer Stelle im internationalen Stabilitätswettbewerb steht; wichtige Handelspartner Deutschlands weisen mittlerweile ein höheres Maß an Geldwertstabilität auf als die Bundesrepublik.

Besonders deutlich war die nominale Abwertung der deutschen Währung gegenüber dem Yen mit bis zu 14 vH, vor allem aber gegenüber dem US-Dollar mit zeitweise fast 17 vH. Der Dollarkurs stieg von 1,49 DM/Dollar im Dezember 1990 bis auf 1,84 DM/Dollar im Juli; erst unter dem Einfluß massiver Interventionen verschiedener Notenbanken konnte die Dollar-Hausse gebrochen werden. Verstärkt durch eine Ausweitung der Zinsdifferenz zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik, sackte der Kurs des Dollar unter teilweise erheblichen Schwankungen bis zum Herbst auf weniger als 1,70 DM/Dollar ab.

Die heftigen Kursschwankungen des Dollar haben sich damit auch in diesem Jahr fortgesetzt. Der Kursanstieg in der ersten Jahreshälfte bedeutete dabei zum einen eine Korrektur der Dollarschwäche des vergangenen Jahres, als sich der Wert der amerikanischen Währung unter dem Eindruck der Krise in der Golfregion und der nachlassenden Konjunkturdynamik in den Vereinigten Staaten auf einen historischen Tiefstand von weniger als 1,45 DM/Dollar ermäßigte. Jedoch dürfte nur ein Teil der Dollaraufwertung in diesem Jahr auf verbesserte Aussichten für die US-Wirtschaft nach Beendigung des Golfkrieges zurückzuführen sein; der Rückgang des DM-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar spiegelt auch eine Schwäche der deutschen Währung wider. Offenbar waren die Akteure an den Finanzmärkten nicht davon überzeugt, daß der Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern ohne eine Schwächung der westdeutschen Wirtschaft werde gelingen können. Insbesondere die Schwierigkeiten bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, aber auch die Beschleunigung der Geldentwertung dürften zur Schwäche der D-Mark beigetragen haben.

Der Wandel in der Wertschätzung der D-Mark wirkte sich auch auf das Währungsgefüge im Europäischen Währungssystem aus. Allein von Jahresanfang bis zum April wurde die D-Mark gegenüber dem gewogenen Durchschnitt der am Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems teilnehmenden Währungen um etwa 1½ vH abgewertet. Besonders stark war der Wertverlust der D-Mark dabei gegenüber den mit erweiterter Bandbreite am Wechselkursmechanismus teilnehmenden Währungen, nämlich dem britischen Pfund und der spanischen Peseta. Im weiteren Jahresverlauf konnte sich der Kurs der D-Mark im Währungsverbund des EWS zwar wieder verbessern, doch lag der DM-Außenwert gegenüber den EWS-Währungen im Oktober noch immer um 0,4 vH niedriger als zu Jahresanfang.

AUSSENWERT DER D-MARK GEGENÜBER AUSGEWÄHLTEN WÄHRUNGEN[1]



1) Zur Berechnungsmethode siehe „Aktualisierung der Außenwertberechnungen für die D-Mark und fremde Währungen", in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 41. Jg, Nr. 4, April 1989. – Die Indizes für die Ländergruppen wurden als gewogene geometrische Mittel der bilateralen nominalen Außenwerte errechnet. – 2) Umbasiert von Originalbasis Ende 1972=100. – Für Ende 1972 wurden grundsätzlich die damaligen Leitkurse zugrunde gelegt, für das Pfund Sterling, das irische Pfund und den kanadischen Dollar, deren Wechselkurse freigegeben waren, stattdessen die Marktkurse von Ende 1972. – 3) EG-Länder, Finnland, Kanada, Japan, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz und Vereinigte Staaten. – 4) EG-Länder ohne Griechenland und Portugal. – 5) Gewogener Außenwert gegenüber 18 Industrieländern nach Ausschaltung der unterschiedlichen Preissteigerungsraten, gemessen an den Verbraucherpreisen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 91 0550

183. Trotz teilweise unterschiedlicher Wirtschaftsentwicklung und divergierender Wirtschaftspolitiken haben die am Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems teilnehmenden Staaten seit 1987 auf Leitkursänderungen verzichtet. In vielen Fällen hätte eine größere Wechselkursflexibilität möglicherweise die Anpassung an unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Ländern erleichtert (JG 90 Ziffer 488). Der politisch gewollte Verzicht auf Paritätsänderungen hat die Last der Anpassung an divergierende Entwicklungen im Inland und im Ausland auf die Geldpolitik und die Tarifpolitik abgewälzt. Mittlerweile zeigt dies jedoch gewisse Erfolge. Die Inflationsraten haben sich in den meisten Mitgliedsstaaten des EWS deutlich einander genähert; einige Länder konnten in diesem Jahr ein höheres Maß an Geldwertstabilität erreichen als die Bundesrepublik.

Die in diesem Jahr erzielten Stabilitätserfolge im Ausland und die Schwäche der D-Mark im EWS erlaubten es einigen Ländern, zur Überwindung aktueller Rezessionstendenzen ihre Notenbankzinsen zu senken. Dies hat zu einer weiteren Verringerung der Zinsdifferenzen in den Mitgliedsstaaten des EWS beigetragen. Die Streuung der kurzfristigen wie auch der langfristigen Zinssätze zwischen den am Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems teilnehmenden Ländern hat sich damit seit der letzten Anpassung der Leitkurse im EWS im Januar 1987 um mehr als die Hälfte vermindert. In den Kernländern des EWS bestehen heute faktisch keine Zinsunterschiede mehr; lediglich in Italien, Großbritannien und Spanien — Länder mit traditionell höheren Inflationsraten — liegen auch die Zinssätze noch etwas über dem Durchschnitt der übrigen EWS-Staaten. Die Kapitalmärkte haben damit eine Währungsunion zwischen den Staaten im Kern des EWS bereits vorweggenommen. Dennoch ist davor zu warnen, die Konvergenz der Zinssätze bereits als Zeichen einer sehr hohen Konvergenz auch der Wirtschaftspolitiken in den einzelnen Ländern zu interpretieren, die unabdingbare Voraussetzung für die nächsten Schritte auf dem Wege zu einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist. Wie die Diskussion um die Errichtung einer Europäischen Zentralbank zeigt, bestehen in den einzelnen Mitgliedsstaaten des EWS noch beträchtliche Auffassungsunterschiede hinsichtlich der Priorität wirtschaftspolitischer Ziele und geeigneter Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung. Die Konvergenz von Inflationsraten und Zinssätzen sollte nicht allein als Maß für Fortschritte im europäischen Integrationsprozeß herangezogen werden.

VII. Finanzpolitik: Hohe Steuern und Abgaben, ungenügende Ausgabenumschichtungen

184. Mit der Vereinigung Deutschlands war die Finanzpolitik im Jahre 1991 vor gewaltige, bisher in solchem Ausmaß nicht gekannte Herausforderungen gestellt. Die zentrale Aufgabe bestand in der Aufbringung von Mitteln, die für die Unterstützung des wirtschaftlichen Neuaufbaus und dessen soziale Flankierung in Ostdeutschland erforderlich waren. Damit war zugleich die Frage der Lastenverteilung gestellt und das Problem der Leistungs- und Investitionswirkungen alternativer Wege der Mittelaufbringung aufgeworfen. Die Finanzpolitik befand sich in der schwierigen Lage, daß dieser Finanzbedarf weder exakt abzuschätzen noch aufgrund historischer Erfahrung einzuordnen war. Diese Unsicherheit spiegelte sich in der schwankenden Einschätzung des für 1991 zu erwartenden öffentlichen Defizits wider. Tatsächlich sind die Finanzierungsdefizite des Bundes und der ostdeutschen Gebietskörperschaften deutlich niedriger ausgefallen, als es in den Haushaltsansätzen berücksichtigt war. Da die Finanzpolitik es versäumte, dieser Situation durch die Formulierung alternativer Handlungskonzeptionen für als denkbar erachtete Szenarien zu entsprechen, wurde die Planungsunsicherheit der Politik zur Unsicherheit über den kurz- und mittelfristigen finanzpolitischen Kurs.

Der Sachverständigenrat hat in seinem letzten Jahresgutachten (JG 90 Ziffer 347) einen Weg aufgezeigt, wie die Finanzpolitik verläßliche Rahmenbedingungen für privates Wirtschaften hätte schaffen können, um so die negativen Rückwirkungen auf Investitionen, Innovationen und Leistungsbereitschaft klein zu halten. Hierbei ging es zunächst um die Begrenzung der Nettokreditaufnahme und die Perspektive für eine Rückführung der Haushaltsdefizite. Nach unseren Vorstellungen standen Ausgabenumschichtungen an erster, Erhöhungen der direkten Steuern an letzter Stelle der Prioritätenliste. Die Finanzpolitik versteifte sich auf die Behauptung, daß es Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit nicht geben werde. Als zu Jahresbeginn die finanziellen Belastungen aus der Vereinigung höher eingeschätzt wurden als im Eckwertebeschluß vom November 1990 unterstellt, der Golfkrieg einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf auslöste und zudem die politische Gestaltungskraft nicht ausreichte, die Vielfalt der staatlichen Aufgaben und der damit verbundenen Ausgaben zu überprüfen und die Prioritäten neu zu setzen, war der Ausweg über höhere Steuern jedoch unumgänglich. Damit geriet die Finanzpolitik in eine schwere Glaubwürdigkeitskrise, die keineswegs unausweichlich war.

185. Der im Rahmen des Eckwertebeschlusses vom November 1990 präsentierte Kurs der Finanzpolitik beruhte noch auf der Annahme, daß der durch die deutsche Vereinigung ausgelöste Wachstumsschub Steuermehreinnahmen ermöglichen werde, die zur Finanzierung eines großen Teils des einigungsbedingten Mehrbedarfs ausreichten. Bereits zu Beginn des Jahres 1991 wurde aber deutlich, daß diese Erwartung unrealistisch war. Anstatt nun konsequent über Ausgabenumschichtungen den erforderlichen finanziellen Spielraum zu schaffen, ging die Finanzpolitik den Weg, der von seiten der Interessengruppen einen geringeren Widerstand erwarten ließ: Zur Finanzierung der zusätzlichen Belastungen wurden die Steuern deutlich erhöht.

So wurde zum 1. Juli eine auf ein Jahr befristete Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Solidaritätszuschlag) in Höhe von 7,5 vH der Steuerschuld eingeführt. Die Mineralölsteuer wurde um durchschnittlich 25 vH angehoben, die Versicherungsteuer von 7 vH auf 10 vH der steuerpflichtigen Versicherungsentgelte erhöht. Beschlossen ist außerdem die Anhebung der Tabaksteuer um rund

1 Pfennig pro Zigarette zum 1. März des nächsten Jahres. Der Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen wurde nur zögerlich in Angriff genommen. Auch die Bund-Länder-Vereinbarung vom 28. Februar, nach der der Bund auf seinen 15 vH-Anteil am Fonds „Deutsche Einheit" verzichtete und die neuen Bundesländer voll in die Pro-Kopf-Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer einbezogen wurden, war nur ein Reagieren auf die zu Jahresanfang bedrohliche finanzielle Lage der neuen Bundesländer und deren Gemeinden. Diese Erfahrung und die zu erwartende künftige finanzielle Situation der neuen Länder wurde nicht zum Anlaß genommen, neue Konzeptionen im Rahmen des horizontalen und vertikalen Finanzausgleichs zu entwickeln (Ziffern 324 ff.).

Gebietskörperschaften mit hohem Finanzierungsdefizit

186. Die Neuverschuldung der Gebietskörperschaften einschließlich des Fonds „Deutsche Einheit" und des Kreditabwicklungsfonds betrug in diesem Jahr in Abgrenzung der Finanzstatistik rund 135 Mrd DM (Schaubild 28); dies entsprach einem Anteil von knapp 5 vH des für Gesamtdeutschland geschätzten nominalen Bruttosozialprodukts. Den konsolidierten Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in Höhe von 972 Mrd DM standen Einnahmen von 837 Mrd DM gegenüber. Bezogen auf das nominale Bruttosozialprodukt lag die Ausgabenquote bei 34 vH und die Einnahmenquote bei 29½ vH. Gegenüber den Haushaltsplanungen ist das Gesamtdefizit um 22 Mrd DM niedriger ausgefallen; die Differenz erklärt sich aus den höheren Steuereinnahmen des Bundes und der westlichen Länder sowie aus deutlichen Minderausgaben des Bundes und der neuen Bundesländer (Ziffern 189 und 192). Im übrigen ist beim Kreditabwicklungsfonds nur eine Kreditaufnahme von deutlich unter 1 Mrd DM an Stelle der projektierten 5 Mrd DM erforderlich gewesen. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen belief sich das öffentliche Defizit auf knapp 100 Mrd DM.

Die im Vergleich zu früheren Jahren große Abweichung zwischen dem Defizit in Abgrenzung der Finanzstatistik und dem Defizit in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist auf eine verstärkte Darlehensgewährung öffentlicher Stellen an andere Bereiche zurückzuführen. Hintergrund dieser verstärkten Darlehensgewährung ist die Ausweitung der Kreditvergabe des ERP-Sondervermögens im Rahmen der verschiedenen Programme zur Förderung der privaten Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern. Darlehensvergaben und Darlehensrückflüsse sowie der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Gegensatz zur Finanzstatistik nicht als Ausgaben oder Einnahmen erfaßt und gehen deshalb nicht in das Finanzierungsdefizit ein. Die verstärkte Kreditvergabe des ERP-Sondervermögens führte in der Abgrenzung der Finanzstatistik zu einem höheren Finanzierungsdefizit, in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen war sie jedoch defizitneutral. Im Hinblick auf die tatsächliche Inanspruchnahme des Kapitalmarktes liefert die Finanzstatistik die relevanten Informationen.

Defizitquote und Ausgabenquote der Gebietskörperschaften lagen — gemessen an entsprechenden Quoten der Bundesrepublik vor der Vereinigung — in diesem Jahr hoch. Während sich die Ausgaben der Gebietskörperschaften in den neuen Bundesländern wesentlich am Leistungsniveau öffentlicher Aufgaben in Westdeutschland orientierten, wurde die Entwicklung der originären Einnahmen insbesondere von der geringen Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft bestimmt. So waren beispielsweise die Ausgaben der ostdeutschen Länder pro Kopf der Bevölkerung nur wenig niedriger als im Westen; dagegen lagen ihre entsprechenden Steuereinnahmen nur bei knapp 30 vH des westdeutschen Niveaus. Diese Diskrepanz zwischen Ausgaben- und Einnahmenniveau schlug sich im Finanzierungsdefizit des Bundes, im Kreditbedarf des Fonds „Deutsche Einheit" und der Neuverschuldung der neuen Bundesländer und ihrer Gemeinden nieder.

Sprunghafter Anstieg der Bundesausgaben

187. Durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik hat sich das Ausgabenniveau des Bundes schlagartig erhöht. Rund ein Fünftel der Ausgaben von insgesamt 407 Mrd DM entfiel auf Zahlungen für das Beitrittsgebiet. Etwa ein Drittel dieser Zahlungen resultierte aus Maßnahmen zur sozialen Flankierung des wirtschaftlichen Neuaufbaus sowie zur finanziellen Unterstützung von Ländern und Gemeinden in Ostdeutschland. Zu den sozialen Leistungen gehörten in erster Linie das Vorruhestandsgeld und die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Zur Entlastung des angespannten Arbeitsmarktes hatte die Regierung der ehemaligen DDR im letzten Jahr ein Vorruhestandsgeld eingeführt, das älteren, von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern gewährt wurde. Die hiermit verbundenen finanziellen Belastungen in Höhe von 4,4 Mrd DM gingen auf den Bundeshaushalt über. Im Rahmen des „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" stellte der Bund Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Höhe von 2,5 Mrd DM zur Verfügung. Durch die Zahlung eines Sozialzuschlags wurden die Renten auf einen Mindestbetrag von 602 DM (seit dem 1. Juli 1991) im Monat aufgestockt. Zusätzliche Rentenzahlungen für Anspruchsberechtigte der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR verursachten weitere Kosten. Hinzu kamen Mittel für die bereits im letzten Jahr beschlossene Anschubfinanzierung der Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung.

Die Länder und Gemeinden in Ostdeutschland erhielten im Rahmen des Programms „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" vom Bund zusätzliche Finanzhilfen in Höhe von 12 Mrd DM. Davon dienten 3,7 Mrd DM überwiegend der Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie von Maßnahmen des Bundes im Beitrittsgebiet und 8,3 Mrd DM der Finanzierung von Investitionen durch die östlichen Gebietskörperschaften; dazu gehörten neben der kommunalen Investitionspauschale von 5 Mrd DM erhöhte Mittel für den Personennahverkehr, den sozialen Wohnungsbau und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Insgesamt leistete der Bund im Rahmen dieser Gemeinschaftsaufgabe Mittel in Höhe von 2,6 Mrd DM, davon 0,6 Mrd DM über das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost".

Für eigene Investitionen im Beitrittsgebiet gab der Bund knapp 4 Mrd DM aus, überwiegend für den Bundesfernstraßenbau. Mehrbelastungen durch die

Schaubild 28

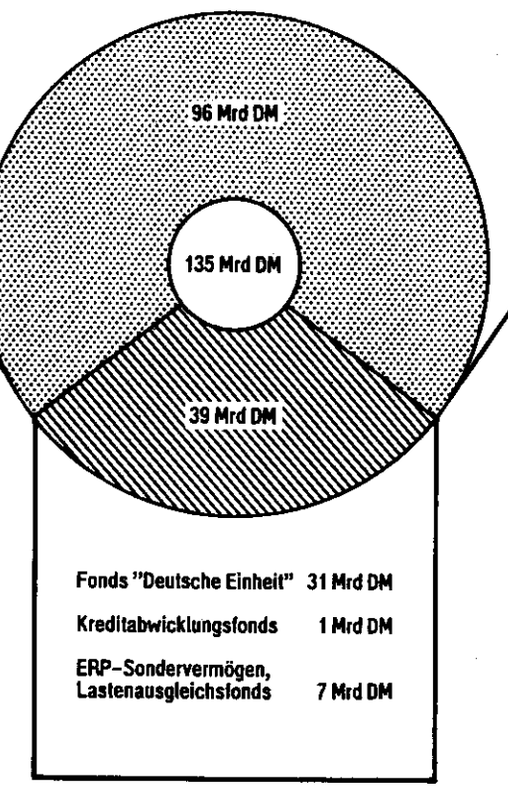
DER ÖFFENTLICHE GESAMTHAUSHALT IM JAHRE 1991 [1]

In der Abgrenzung der Finanzstatistik

Ausgaben [2] und Einnahmen der Gebietskörperschaften
Mrd DM

	Bund	Länder (West)	Länder (Ost)	Gemeinden (West)	Gemeinden (Ost)
Ausgaben, insgesamt	407	305	84 ½	198	45
darunter:					
Personalausgaben	49 ½	122 ½	21	53	13
laufender Sachaufwand	46 ½	29	6 ½	36 ½	12
Sachinvestitionen	11 ½	12	4	43	12 ½
Zinsen	41	24 ½	½	9	0
Einnahmen, insgesamt	347	286	78 ½	193	39
darunter:					
Steuern	317	212	19	75	2 ½
sonstige Einnahmen [3]	30	27	4	61	6
Finanzierungsdefizit	60	19	6	5	6

Das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts



1) Eigene Schätzung. Quelle für Grundzahlen: BMF und Zentrale Datenstelle der Länder.– 2) Bereinigte Ausgaben; ohne Krankenhäuser mit eigener Rechnungslegung.– 3) Ohne Übertragungen von anderen Gebietskörperschaften.

SR 91 0584

deutsche Vereinigung ergaben sich auch bei den Zinsausgaben. Zur Übernahme der Gesamtverschuldung des Republikhaushalts der ehemaligen DDR wurde im Rahmen des Einigungsvertrages der Kreditabwicklungsfonds mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 1993 eingerichtet. Der Bund und die Treuhandanstalt erstatten dem Fonds jeweils die Hälfte der Zins- und Tilgungszahlungen. Zusätzliche Zinsverpflichtungen für den Bund ergaben sich aus der Kreditaufnahme des übergeleiteten Haushalts der ehemaligen DDR.

188. Mehrausgaben im Bundeshaushalt verursachte nicht nur die deutsche Vereinigung; so stiegen die Nettozahlungen an den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften kräftig an (17,9 Mrd DM nach knapp 12 Mrd DM im Jahre 1990). Zu Mehrausgaben kam es ferner im Zusammenhang mit dem Krieg am Golf; der Bund leistete zur Finanzierung der Kriegskosten den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich Budgethilfen in Höhe von 9,5 Mrd DM sowie den Anrainerstaaten knapp 1 Mrd DM für humanitäre Hilfen. Finanzielle Belastungen für den Bund ergaben sich schließlich im Zusammenhang mit dem Abkommen über den Aufenthalt und den planmäßigen Abzug der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte. Im Rahmen dieses Abkommens wurde ein spezieller Überleitungsfonds für die Jahre 1991 bis 1994 eingerichtet, dessen Mittel für den Unterhalt und den Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Beitrittsgebiet zur Verfügung stehen. Außerdem wurden Mittel für den Bau von Wohnungen zur Unterbringung der heimkehrenden Soldaten und ihrer Familien in der Sowjetunion bereitgestellt. Insgesamt mußte für diese Maßnahmen ein Betrag von 3 Mrd DM aufgewendet werden.

Nicht zuletzt führten Verbesserungen bei einer Reihe von sozialen Leistungen, wie etwa beim Erziehungsgeld durch die Verlängerung der Bezugsdauer, beim Wohngeld und beim Kindergeld für das zweite Kind zu Mehrausgaben.

189. Den zusätzlichen Ausgaben standen Einsparungen in Höhe von 15 Mrd DM gegenüber, davon allein 7,6 Mrd DM im Verteidigungshaushalt. Im Rahmen der Umlenkung investiver Ausgaben von Westdeutschland nach Ostdeutschland wurden bei den Finanzhilfen für die Deutsche Bundesbahn und den kommunalen Straßenbau sowie bei den Investitionsausgaben im Bundesfernstraßenbau Mittel in Höhe von insgesamt 2,3 Mrd DM eingespart. Ferner ergaben sich beim Haushaltsvollzug Minderausgaben in einer Gesamthöhe von 10 Mrd DM, wovon 5,6 Mrd DM zur Finanzierung des im Entwurf vorliegenden Nachtragshaushalts verwendet werden sollen. Die Minderausgaben resultierten einerseits aus der guten Arbeitsmarktlage in Westdeutschland, so benötigte die Bundesanstalt für Arbeit den veranschlagten Bundeszuschuß in Höhe von 2,3 Mrd DM nicht, und an Arbeitslosenhilfe wurden 0,75 Mrd DM weniger ausgezahlt. Bei den Personalausgaben kam es andererseits wegen einer Vielzahl unbesetzter Stellen zu Minderausgaben in Höhe von etwa 1 Mrd DM. Im übrigen führten das Problem der Mittelabsorption in den neuen Bundesländern und die Schwierigkeiten bei der Beantragung und der Abwicklung von Transferleistungen zu Minderausgaben.

Ungebremste Ausgabenexpansion bei Ländern und Gemeinden in Westdeutschland

190. In Westdeutschland haben Länder und Gemeinden ihre Ausgaben nochmals beschleunigt ausgeweitet (Tabelle 34). In der Abgrenzung der Finanzstatistik stiegen die Ausgaben der Länder mit einer Rate von 7 vH nach einem Zuwachs von 5,8 vH im Jahre 1990. Der Anstieg der kommunalen Ausgaben betrug knapp 8 vH nach 7,8 vH im letzten Jahr. Damit blieb zwar der Anstieg der Ausgaben von Ländern und Gemeinden knapp unter dem Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts, er lag aber deutlich über dem vom Finanzplanungsrat empfohlenen mittelfristigen Zuwachs von 3 vH. Der Ausgabenschub kam zu einem großen Teil von den Personalausgaben, deren kräftiger Anstieg aus dem diesjährigen Tarifabschluß im öffentlichen Dienst — lineare Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6 vH zum 1. Januar 1991 — resultierte. Hinzu kamen eine Reihe struktureller Verbesserungen vorwiegend für Beschäftigte in Sozial- und Erziehungsdiensten, die die Personalkosten nochmals um 0,5 vH steigerten. Mit einer Verzögerung von zwei Monaten wurde der Tarifabschluß auf die Beamtenbesoldung übertragen. Die verzögerte Anpassung sollte die Belastung der Arbeiter und Angestellten durch die höheren Sozialbeiträge kompensieren. Vor allem die Länder stockten ihren Personalbestand stärker auf, nicht zuletzt wegen zahlreicher Abordnungen von Personal in die neuen Bundesländer.

Der Ausgabenspielraum von Ländern und Gemeinden in Westdeutschland wurde durch den kräftigen Anstieg der Zinsausgaben von etwa 11½ vH eingeengt. Die hohen Zinssätze verteuerten nicht nur die Zinsverpflichtungen aus der Neuverschuldung des Vorjahres sondern auch die Umschuldung. Bereits 1990 entfielen in den Länderhaushalten 7,8 vH der Gesamtausgaben auf Zinsverpflichtungen. Zwischen den Ländern war die Zinsbelastung allerdings sehr unterschiedlich. So wies das Saarland mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 10 825 DM mit 15,6 vH die höchste Zinslastquote auf; Bayern lag dagegen mit einer Zinslastquote von nur 4,3 vH und einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2 467 DM am unteren Rand.

191. Während bei den Ländern und Gemeinden die Personal- und Zinskosten gleichermaßen stiegen, unterschied sich das Ausgabenverhalten bei den Aufwendungen für den laufenden Sachaufwand und für investive Zwecke deutlich; beide nahmen bei den Ländern mit einer Rate von 3 vH nur unterdurchschnittlich zu. Die Gemeinden weiteten dagegen ihre Ausgaben in diesen Bereichen kräftig aus. So stiegen die Aufwendungen für den laufenden Sachaufwand um 8 vH; für investive Zwecke gaben die Gemeinden auch gut 7 vH mehr aus als im Vorjahr. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der zusätzlichen Investitionsausgaben von Preissteigerungen aufgezehrt wurde. So stagnierten die kommunalen Bauinvestitionen angesichts des kräftigen Preisanstiegs im Baugewerbe in realer Rechnung auf Vorjahresniveau. Die Abschwächung der Investitionszuweisungen von den Ländern und vom Bund zusammen mit dem Auslaufen des Kommunalkreditprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau hat sich damit

Tabelle 34

Ausgaben und Einnahmen des Bundes sowie der westdeutschen Länder und Gemeinden

Körperschaft	Jahr	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo
		insgesamt	darunter				insgesamt	darunter		
			Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen	
		Mrd DM								
Bund[1]	1987	269,05	39,28	100,13	31,04	7,68	241,13	217,02	0,41	− 27,88
	1988	275,37	40,12	104,57	32,28	7,68	239,39	220,27	0,44	− 35,96
	1989	289,78	41,34	112,14	32,10	8,03	269,71	247,13	0,49	− 20,04
	1990	380,18	43,20	118,72	34,24	8,54	332,10	276,20	22,46	− 48,05
	1991[a]	407	49½	165	41	11½	347	317	½	− 60
Länder[2]	1987	263,90	112,34	27,73	19,82	11,77	244,41	173,16	26,26	− 19,49
	1988	270,06	115,39	28,22	20,48	11,92	253,74	180,53	26,99	− 16,33
	1989	282,94	118,44	31,43	21,27	12,83	275,19	197,28	29,46	− 7,68
	1990	299,22	124,54	32,01	22,12	13,36	279,28	199,82	29,91	− 19,90
	1991[a]	320	133½	35	24½	14	301	212	31	− 19
Gemeinden[3]	1987	179,24	57,41	30,50	7,48	35,75	176,66	59,73	35,78	− 2,58
	1988	184,40	58,80	32,57	7,39	36,54	185,05	63,59	36,72	0,64
	1989	193,11	60,01	35,48	7,58	39,24	195,32	68,23	38,34	2,21
	1990	208,15	64,07	38,48	8,07	42,42	204,59	69,16	40,94	− 3,56
	1991[a]	224	70	42	9	45½	219	75	44	− 5
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH								
Bund[1]	1987	*2,9*	*3,5*	*4,0*	*2,5*	*2,1*	*1,2*	*3,9*	*− 5,5*	X
	1988	*2,4*	*2,1*	*4,4*	*4,0*	*0,1*	*− 0,7*	*1,5*	*7,2*	X
	1989	*5,2*	*3,0*	*7,2*	*− 0,6*	*4,5*	*12,7*	*12,2*	*10,1*	X
	1990	*31,2*	*4,5*	*5,9*	*6,7*	*6,4*	*23,1*	*11,8*	X	X
	1991[a]	*7*	*15*	*39*	*20*	*34½*	*5*	*15*	X	X
Länder[2]	1987	*3,8*	*3,9*	*7,2*	*1,0*	*4,7*	*3,4*	*3,8*	*4,9*	X
	1988	*2,3*	*2,7*	*1,7*	*3,3*	*1,3*	*3,8*	*4,3*	*2,8*	X
	1989	*4,8*	*2,6*	*11,4*	*3,9*	*7,6*	*8,5*	*9,3*	*9,2*	X
	1990	*5,8*	*5,2*	*1,8*	*4,0*	*4,1*	*1,5*	*1,3*	*1,5*	X
	1991[a]	*7*	*7*	*9*	*11*	*5*	*8*	*6*	*4*	X
Gemeinden[3]	1987	*3,9*	*5,4*	*6,2*	*− 3,1*	*2,1*	*3,5*	*1,7*	*5,1*	X
	1988	*2,9*	*2,4*	*6,8*	*− 1,2*	*2,2*	*4,7*	*6,5*	*2,6*	X
	1989	*4,7*	*2,1*	*8,9*	*2,7*	*7,4*	*5,5*	*7,3*	*4,4*	X
	1990	*7,8*	*6,8*	*8,4*	*6,4*	*8,1*	*4,7*	*1,4*	*6,8*	X
	1991[a]	*8*	*9*	*9*	*11½*	*7*	*7*	*8½*	*7½*	X

[1] Ohne Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Fonds „Deutsche Einheit", Kreditabwicklungsfonds. Bis 1988 Rechnungsergebnisse. 1989 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik; 1990 Schätzung, einschließlich übergeleiteter Haushalt der ehemaligen DDR für das 2. Halbjahr 1990 (Ausgaben: 72,11 Mrd DM, Einnahmen: 47,92 Mrd DM, Nettokreditaufnahme: 14,92 Mrd DM); 1991 einschließlich Beitrittsgebiet. — [2] Einschließlich staatlicher Krankenhäuser und Sonderrechnungen. — [3] Einschließlich kommunaler Krankenhäuser. — [a] Eigene Schätzung.

Quelle: BMF

noch nicht maßgeblich auf das Investitionsverhalten der Gemeinden ausgewirkt. Deutliche Belastungen kamen auf die Gemeinden auch im Bereich der Sozialhilfe zu.

Hohe Ausgaben bei Ländern und Gemeinden in Ostdeutschland

192. Die konsolidierten Ausgaben der Länder und Gemeinden im Beitrittsgebiet beliefen sich schätzungsweise auf 97 Mrd DM. Pro Kopf der Bevölkerung entsprach dies rund 91½ vH der Ausgaben von Ländern und Gemeinden in Westdeutschland (Tabelle 35). Höher als im Westen waren die sonstigen Ausgaben, die vor allem die laufenden Übertragungen an private Haushalte und Unternehmen umfassen. Zahlungen zur Subventionierung der Heizenergie, der Verkehrstarife und der Mieten waren ein Grund für dieses im Vergleich zum Westen hohe Ausgabenniveau. Eine weitere Ursache lag in Sonderfinanzierungen, die die Länder und Gemeinden Ostdeutschlands gemäß Einigungsvertrag zur Unterstützung von Landwirtschaft, Forschung, Kultur und Kindertagesstätten zu leisten hatten.

Die Personalausgaben bei Ländern und Gemeinden im Beitrittsgebiet lagen pro Kopf der Bevölkerung bei 81 vH des westdeutschen Niveaus. Die Lohn- und

Tabelle 35

Ausgabenstruktur der Länder und Gemeinden in Ostdeutschland und Westdeutschland im Jahre 1991[1])

In Abgrenzung der Finanzstatistik[2])

Ausgabenart	Struktur der Gesamtausgaben		Ausgaben je Einwohner		
	Ost	West	Ost	West	Relation Ost/West
	vH		DM		vH
Ausgaben insgesamt	*100*	*100*	6 025	6 583	*91,5*
Personalausgaben	*35,0*	*39,7*	2 112	2 614	*80,8*
laufender Sachaufwand	*19,1*	*14,5*	1 149	953	*120,6*
Zinsen	*0,5*	*7,7*	31	512	*6,0*
Sachinvestitionen	*14,4*	*12,8*	870	843	*103,2*
Sonstige Ausgaben	*30,9*	*25,7*	1 864	1 693	*110,1*

1) Eigene Schätzung.
2) Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Gehaltstarife für Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes waren zwar im Jahresdurchschnitt um knapp 50 vH niedriger als in Westdeutschland. Der Personalbestand lag mit 1,6 Millionen Vollzeitbeschäftigten bei einer Bevölkerung von rund 16 Millionen aber wesentlich höher als in den alten Bundesländern (3,8 Millionen Beschäftigte bei einer Bevölkerung von rund 63 Millionen). Für Zinszahlungen mußten Länder und Gemeinden in Ostdeutschland nur vergleichsweise geringe finanzielle Mittel aufbringen.

Das gemessen an den Pro-Kopf-Ausgaben relativ hohe Investitionsniveau von Ländern und Gemeinden im Beitrittsgebiet wurde durch hohe Investitionszuweisungen des Bundes und durch verschiedene Kreditprogramme ermöglicht. Aus Mitteln des Bundes standen Ländern und Gemeinden im Beitrittsgebiet rund 13 Mrd DM für Investitionszwecke zur Verfügung. Rund 8,3 Mrd DM davon wurden ihnen allein über das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" zur Verfügung gestellt, 2,6 Mrd DM stammten aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Lebhaftes Interesse fand auch das Kommunalkreditprogramm; mit einem Antragsvolumen von über 13½ Mrd DM ist der bereitgestellte Kreditrahmen dieses Programms in Höhe von 15 Mrd DM bereits weitgehend ausgeschöpft. Insgesamt dürften Länder und Gemeinden Mittel in Höhe von 25 Mrd DM zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung gestanden haben. Da Investitionen aufgrund langer Planungszeiten einen entsprechenden Vorlauf benötigen und im übrigen Engpässe in der Verwaltung zu Verzögerungen bei der Investitionsplanung und der späteren Auftragsvergabe führten, wurde bisher nur ein Teil der zur Verfügung stehenden Mittel ausgabenwirksam.

Der schleppende Mittelabfluß bei den Investitionen war hauptsächlich dafür verantwortlich, daß die Länder mit 6 Mrd DM in wesentlich geringerem Umfang auf den Kreditmarkt angewiesen waren, als dies in den Haushalten mit 20 Mrd DM veranschlagt wurde. Die Gemeinden haben mit 6 Mrd DM Kreditaufnahme die Haushaltsplanungen nur geringfügig unterschritten. Begünstigend wirkte sich dabei das Moratorium über die Kreditverpflichtung der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen aus. Danach werden die fälligen Zins- und Tilgungszahlungen für die Jahre 1990 bis 1993 gestundet. Insgesamt sind die Wohnungsunternehmen schätzungsweise mit 40 Mrd DM verschuldet. Es ist noch nicht abschließend geklärt, wer letztendlich die Finanzierungslast für die Altschulden zu tragen hat. Im wohnungsbaupolitischen Programm der Bundesregierung vom Oktober 1991 sind für die Gemeinden in den Jahren 1992 bis 1995 Leistungen von insgesamt 220 Mio DM vorgesehen, die im Falle der Privatisierung von Wohnungen als Zuschuß zur Tilgungslast dienen sollen. Eine volle Übernahme der Altschulden durch die Gemeinden würde für sich genommen deren Pro-Kopf-Verschuldung um über 2 000 DM erhöhen.

193. Die Gesamtheit der Leistungen, die im Jahre 1991 an das Beitrittsgebiet von öffentlicher Seite erbracht wurden, geht weit über die verschiedenen Sonderprogramme hinaus. Für eine umfassende Darstellung sind die Haushalte der Gebietskörperschaften, der Fonds „Deutsche Einheit", die ERP-Sonderprogramme, die Europäische Gemeinschaft sowie die Sozialversicherungen zu berücksichtigen (Tabelle 36). Dabei genügt es nicht, lediglich die einigungsbedingten Ausgaben zu addieren; diesen Ausgaben standen einigungsbedingte Einnahmen gegenüber. So hat die Vereinigung dem Bund Verwaltungs- und Steuereinnahmen in Höhe von 33 Mrd DM aus dem Beitrittsgebiet gebracht; in diesem Umfang haben sich die Ausgaben des Bundes im Beitrittsgebiet selbst finanziert. Analog gilt dies für die Bundesanstalt für Arbeit, deren Ausgaben in den neuen Bundesländern in Höhe von 30 Mrd DM entsprechende Einnahmen von knapp 7 Mrd DM gegenüberstanden. So ergaben sich als

Tabelle 36

Öffentliche Leistungen für das Beitrittsgebiet im Jahre 1991[1])

Mrd DM

	Bund[2])	Länder und Gemeinden in Westdeutschland	Fonds „Deutsche Einheit"	Europäische Gemeinschaft, ERP	Bundesanstalt für Arbeit	Leistungen insgesamt
Einigungsbedingte Ausgaben						
– Zahlungen an die Haushalte der neuen Länder	18[a])	5[b])	35	1	–	59
– Direkte Leistungen an die Bevölkerung	24[c])	–	–	9	30	63
– Sonstige Ausgaben im Beitrittsgebiet, technische und personelle Hilfe	47[d])	3[e])	–	–	–	50
Bruttoleistungen	89	8	35	10	30	172
Einigungsbedingte Einnahmen i.e.S.			4[f])	3[f])		7
– Steuer-/Beitragsaufkommen im Beitrittsgebiet[3])	30	–	–	–	6	36
– Sonstige Einnahmen im Beitrittsgebiet	3	–	–	–	1	4
Nettoleistungen i.w.S.	56	8	31	7	23	125
Einigungsbedingte Einnahmen i.w.S.						
– Steuermehreinnahmen aufgrund eines unterstellten Wachstumsimpulses im Westen durch die Vereinigung von 1 vH	3	3	X	X	X	6
– Abbau teilungsbedingter Ausgaben[4])	4	–	X	X	X	4
– Abbau teilungsbedingter Steuervergünstigungen[5])	1	–	X	X	X	1
– Länderanteil am Schuldendienst des Fonds	1	–	X	X	X	1
Nettoleistungen i.e.S.	47	5	31	7	23	113

1) Einschließlich Sozialversicherungen, in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Eigene Schätzung.
2) Gemäß Bundeshaushalt 1991 abzüglich 5 Mrd DM Leistungen an die Sowjetunion und 2,3 Mrd DM des nicht benötigten Zuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit; sonstige Ausgaben einschließlich Zahlungen an den Fonds „Deutsche Einheit" und an die EG.
3) Beim Bund: Ermittelt aufgrund der Beteiligungsverhältnisse am kassenmäßigen Aufkommen der Gemeinschaftsteuern im Beitrittsgebiet sowie aufgrund des Anteilsatzes von 20 vH für das Ostaufkommen der Bundessteuern gemäß Arbeitskreis „Steuerschätzungen" vom Mai 1991.
4) Unter anderem Reisedevisenfonds, Flugpreissubventionen, Transitpauschale.
5) Im wesentlichen Abbau der Berlin- und Zonenrandförderung gemäß Steueränderungsgesetz 1991.
a) Unter anderem über Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes", „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" und besondere landwirtschaftliche Maßnahmen.
b) Zusätzliche Leistung aufgrund der Neuregelung der Umsatzsteuerverteilung vom 28. Februar 1991.
c) Im wesentlichen Zuschüsse an die Rentenversicherungen, Erziehungsgeld, Kindergeld, Vorruhestandsgeld, Arbeitslosenhilfe.
d) Unter anderem für die Bereiche Deutsche Reichsbahn, Verteidigung, Forschung und Entwicklung, Technologie, Straßenbau, Fonds „Deutsche Einheit" (4 Mrd DM aus Einsparungen im Bundeshaushalt als Zuschuß an den Fonds, 2 Mrd DM für Schuldendienst), „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" sowie für Zinsen, Bundeshilfe Berlin.
e) Leistungen einschließlich 1 Mrd DM Länderanteil am Schuldendienst Fonds „Deutsche Einheit".
f) Einigungsbedingte Einnahmen des Fonds/der EG umfassen die 4 Mrd DM/3 Mrd DM aus Einsparungen im Bundeshaushalt, die unter den sonstigen Ausgaben des Bundes enthalten sind.

Quelle für Grundzahlen: BMF

Bruttoleistungen für das Beitrittsgebiet im Jahre 1991 knapp 172 Mrd DM, die sich in einem Umfang von 47 Mrd DM selbst finanzierten, so daß Nettoleistungen von 125 Mrd DM resultierten. Dieser Betrag erfaßt den Nettotransfer von Westdeutschland in die neuen Bundesländer. Daran sind die westdeutschen Gebietskörperschaften mit fast 64 Mrd DM und die Bundesanstalt für Arbeit mit 23 Mrd DM beteiligt. Bedenkt man ferner, daß die Vereinigung auch indirekt durch ihren Impuls auf das westdeutsche Wirtschaftswachstum zu Steuermehreinnahmen sowie durch den Abbau teilungsbedingter Ausgaben und Steuervergünstigungen zu Haushaltsentlastungen geführt hat, so reduziert sich die gesamte Nettoleistung in dieser engeren Abgrenzung auf 113 Mrd DM.

Zwar erbringt der Bund die höchsten Bruttoleistungen für die neuen Bundesländer, er partizipiert allerdings auch am stärksten an den einigungsbedingten Einnahmen. Die Nettoleistungen der westlichen Länder und Gemeinden belaufen sich in der ersten Abgrenzung auf 8 Mrd DM, in der zweiten auf 5 Mrd DM. Dabei ist die Neuregelung der Umsatzsteuerverteilung vom 28. Februar, die zu einem zusätzlichen Umsatzsteueraufkommen im Osten in Höhe von 5 Mrd DM geführt hat, als Leistung der westdeutschen Gebietskörperschaften bewertet worden.

Differenzierte Entwicklung der Steuereinnahmen

194. Bund, Länder und Gemeinden erzielten in diesem Jahr ein Steueraufkommen von insgesamt 661½ Mrd DM; bei einem geschätzten gesamtdeutschen Bruttosozialprodukt von 2 838 Mrd DM entsprach dies einer Steuerquote von 23½ vH (Tabelle 37). Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer trugen mit 182 Mrd DM knapp 27½ vH zum gesamten Steueraufkommen bei, was, gemessen an entsprechenden Vergleichszahlen für die Bundesrepublik vor der Vereinigung (im Durchschnitt 25 vH), verhältnismäßig hoch war. Bestimmend für die Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens waren eine weiterhin hohe Konsumneigung in Ostdeutschland und — dadurch mitbedingt — ein kräftiger Anstieg der nominalen Binnennachfrage in Westdeutschland.

Von der guten Entwicklung der Umsatzsteuer profitierte insbesondere der Bund, der am Aufkommen mit 65 vH beteiligt ist. Günstig auf die Einnahmenentwicklung des Bundes wirkte sich auch der deutliche Zuwachs der Einnahmen aus den speziellen Verbrauchsteuern aus (16 vH über Vorjahresniveau). Dieser wurde maßgeblich durch die Erhöhung der Mineralölsteuer und der Versicherungsteuer zum 1. Juli bestimmt. Die zum gleichen Zeitpunkt eingeführte Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer kam voll dem Bund zugute. Insgesamt dürften dem Bund in diesem Jahr aus den verschiedenen Steuererhöhungen Mehreinnahmen von rund 17 Mrd DM zugeflossen sein.

195. Das Lohnsteueraufkommen ist in Westdeutschland um 17 vH gestiegen. Hohe Tariflohnabschlüsse

Tabelle 37

Aufkommen wichtiger Steuern[1])

Steuerart	1990			1991[2])		
	Insgesamt	West[3])	Ost[4])[5])	Insgesamt	West[3])	Ost[4])
	Mrd DM					
Gemeinschaftliche Steuern	416,4	402,6	13,8	480½	.	.
davon:						
Lohnsteuer	181,1	177,6	3,5	214½	207½	7
Veranlagte Einkommensteuer	36,5	36,5	–	41	40	1
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	10,8	10,8	0,0	11½	11½	–
Körperschaftsteuer	30,1	30,1	–	31½	31	½
Globale sonstige Steuern[6])	3,3	–	3,3	–	–	–
Umsatzsteuer[7])	154,6	147,6	7,0	182	.	.
Zölle	7,2	7,2	0,0	8½	.	.
Bundessteuern	69,3	65,9	3,4	92	.	.
darunter:						
Mineralölsteuer	36,6	34,6	2,0	45½	.	.
Tabaksteuer	18,3	17,4	0,9	20	.	.
Solidaritätszuschlag	–	–	–	11½	.	.
Ländersteuern	25,6	25,4	0,2	28½	26½	2
darunter:						
Kraftfahrzeugsteuer	8,4	8,3	0,1	11	9½	1½
Vermögensteuer	6,3	6,3	–	6½	6½	–
Gemeindesteuern	48,6	48,6	–	52	50½	1½
darunter:						
Gewerbesteuer	38,8	38,8	–	41	40½	½
Grundsteuer	8,7	8,7	–	9½	9	½
Steueraufkommen, insgesamt	567,1	549,7	17,4	661½	.	.
Nachrichtlich:						
Steuerquote[8])	.	22,7	.	23½	.	.

1) Kassenmäßige Steuereinnahmen.
2) Eigene Schätzung.
3) Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein.
4) Gebiet der ehemaligen DDR; die Angaben schließen Berlin (Ost) ein.
5) Aufkommen im 2. Halbjahr 1990.
6) Gemäß Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion pauschale Steuerabführungen der Unternehmen für Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Vermögensteuer nach den geltenden Gesetzen der ehemaligen DDR bis zum Inkrafttreten des westdeutschen Rechts am 1. Januar 1991.
7) Inlandsaufkommen und Einfuhrumsatzsteuer.
8) Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen; Bruttosozialprodukt für 1991 eigene Schätzung.

Quelle: BMF

und ein weiterhin kräftiger Beschäftigungsaufbau trugen hierzu bei. Die nachlassende Ertragskraft in den alten Bundesländern spiegelte sich dagegen in der Einnahmenentwicklung der gewinn- und ertragsabhängigen Steuern wider. Infolge der schlechteren Gewinnlage haben die Unternehmen ihre Vorauszahlungen auf die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer nach unten angepaßt. Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag stiegen mit durchschnittlich 9 vH deutlich langsamer als das Aufkommen aus der Lohnsteuer. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer verzeichneten sogar nur einen Zuwachs von 3 vH.

Der im Vergleich zum Vorjahr abgeschwächte Zuwachs der Gewerbesteuereinnahmen in Westdeutschland ist auf niedrige Zuwächse bei der Gewerbeertragsteuer zurückzuführen. Hinzu kamen Mindereinnahmen aus der Zerlegung der Gewerbesteuer bei Unternehmen mit Betriebsstätten in den neuen Bundesländern. Alles in allem expandierten die Einnahmen aus den Gemeindesteuern mit einer Rate von 2 vH langsamer als im Vorjahr. Die Ländersteuern stiegen mit einer Rate von 4½ vH ähnlich rasch wie 1990. Deutlich höhere Einnahmen als im Vorjahr erzielten die Länder bei der Kraftfahrzeugsteuer. Die im letzten Jahr eingeführte Absenkung der Kraftfahrzeugsteuersätze für schwere Lastkraftwagen wurde zum 1. März 1991 wieder rückgängig gemacht. Dem kräftigen Anstieg des Kraftfahrzeugsteueraufkommens standen leicht rückläufige Einnahmen bei den sonstigen Ländersteuern gegenüber. Unter Vorjahresniveau lagen die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer und der Erbschaftsteuer, nachdem bei diesen Steuern im vorigen Jahr kräftige Einnahmenzuwächse erzielt worden waren.

196. In Ostdeutschland flossen die Einnahmen aus Einkommensteuer und Körperschaftsteuer nur spärlich, mit 8½ Mrd DM entsprachen sie pro Kopf der Bevölkerung nur 12 vH des westdeutschen Pro-Kopf-Aufkommens aus diesen Steuern. Neben den wirtschaftlichen Problemen spielte eine Rolle, daß infolge der um über 50 vH unter dem westdeutschen Niveau liegenden Bruttolöhne und -gehälter die Einnahmen aus der Lohnsteuer pro beschäftigten Arbeitnehmer nur knapp 13 vH der westdeutschen Einnahmen erreichten; hier wirkten sich sowohl die geringere Progression als auch die besonderen Tariffreibeiträge für die Bürger der neuen Bundesländer aus.

Das niedrige Aufkommen aus den Länder- und Gemeindesteuern hatte mehrere Ursachen. Die Einnahmen aus der Gewerbeertragsteuer fielen gering aus. Die Aussetzung der Vermögensteuer und der Gewerbekapitalsteuer im Beitrittsgebiet für die Jahre 1991 und 1992 führte darüber hinaus zu Mindereinnahmen. Schließlich war die Finanzverwaltung erst aufzubauen und folglich noch nicht voll funktionsfähig.

Hoher Nettokreditbedarf des öffentlichen Sektors

197. Insgesamt standen dem Bund Steuereinnahmen von 317 Mrd DM zur Verfügung. Die sonstigen Einnahmen beliefen sich auf 30 Mrd DM; hierin enthalten waren auch 7 Mrd DM aus dem Bundesbankgewinn. In Höhe von 3 Mrd DM wurde der Bundesbankgewinn direkt zur Tilgung von Altschulden verwendet. Trotz Steuererhöhungen und Minderausgaben blieben die erzielten Einnahmen weit hinter den veranschlagten Ausgaben zurück, so daß das Haushaltsdefizit des Bundes von 48 Mrd DM im Jahre 1990 auf rund 60 Mrd DM anstieg.

Angesichts geringer eigener Einnahmen waren für Länder und Gemeinden im Beitrittsgebiet Zuweisungen aus dem Westen von besonderer Bedeutung. Sie finanzierten den größten Teil ihrer Ausgaben mit Mitteln des Fonds „Deutsche Einheit" und über Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt. Den neuen Ländern und ihren Gemeinden standen insgesamt Einnahmen von 85 Mrd DM zur Verfügung; ihre Neuverschuldung reduzierte sich dadurch auf 12 Mrd DM. In Westdeutschland stieg nach dem steuerreformbedingt niedrigen Zuwachs der Steuereinnahmen im Vorjahr das Steueraufkommen in diesem Jahr wieder kräftiger an. Der Einnahmenzuwachs blieb allerdings hinter dem noch kräftigeren Anstieg der Ausgaben zurück, so daß sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben weiter öffnete. Das Finanzierungsdefizit der westdeutschen Länder blieb mit 19 Mrd DM auf dem Niveau des Vorjahres. Für die Gemeinden in den alten Bundesländern bedeutete die kräftige Ausgabenexpansion, daß sich das Defizit von 3,6 Mrd DM auf 5 Mrd DM erhöhte. Einschließlich des Finanzierungsdefizits des Fonds „Deutsche Einheit" von 31 Mrd DM und eines geschätzten Defizits des Kreditabwicklungsfonds und des ERP-Sondervermögens von insgesamt 8 Mrd DM errechnet sich damit ein Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts von 135 Mrd DM. Ein kleiner Teil hiervon konnte durch Auflösung von Rücklagen und aus Münzeinnahmen gedeckt werden. Aus erhöhter Vorratskreditaufnahme zum Jahresende 1990 konnte der Bund in diesem Jahr auf 20 Mrd DM zurückgreifen, so daß sich für den Kapitalmarkt eine Belastung durch die Gebietskörperschaften von 110 Mrd DM ergab.

198. Für ein umfassenderes Bild über die Belastung des Kapitalmarktes durch den öffentlichen Sektor sind neben der Neuverschuldung der Gebietskörperschaften sowohl die Kreditaufnahme der Bundesunternehmen, namentlich der Deutschen Bundespost, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn als auch das Finanzierungsdefizit der Treuhandanstalt mit zu berücksichtigen. Das Defizit der Treuhandanstalt betrug in diesem Jahr rund 21 Mrd DM, Post und Bahn verschuldeten sich mit schätzungsweise 24 Mrd DM. Während die Post die Bedienung ihrer Kredite aus eigenen Erträgen wird bestreiten können, dürfte die Verschuldung der Treuhandanstalt und der Bahn auf den Bundeshaushalt zukommen. Alles in allem lag die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand bei 155 Mrd DM; dies entspricht einem Anteil von 5,5 vH am geschätzten nominalen Bruttosozialprodukt. Eine Entlastung erfuhr der Kapitalmarkt durch die Sozialversicherung, die in diesem Jahr mit einem Überschuß von 11½ Mrd DM abschloß (Ziffer 203). Bereits jetzt zeichnet sich aber für das kommende Jahr ein hohes Defizit ab, so daß die Belastung des Kapitalmarktes von dieser Seite zusätzlich erhöht wird.

Die hohe Neuverschuldung stellt eine schwere Hypothek für die Zukunft dar. Zins- und Tilgungsverpflichtungen auf die Schulden begrenzen den zukünftigen Ausgabenspielraum. Dabei ist mit ins Bild zu nehmen, daß der Bund schon jetzt für Ausfuhrbürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen mit 250 Mrd DM haftet; darin sind Ausfuhrbürgschaften mit rund 141 Mrd DM enthalten, wovon rund 15 vH auf Ausfuhrgeschäften mit ehemaligen Staatshandelsländern beruhen. Hinzu kommen Bürgschaften der Treuhandanstalt für Liquiditätskredite in Höhe von 17 Mrd DM. In der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes sind für eine Inanspruchnahme der übernommenen Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen Ausgaben von jährlich rund 3,8 Mrd DM vorgesehen. Inwieweit sich dieser Ausgabenrahmen angesichts zunehmender Unsicherheiten im Außenhandelsverkehr mit Mittel- und Osteuropa einhalten läßt, bleibt fraglich.

Zur konjunkturellen Würdigung des öffentlichen Defizits

199. Als Bezugsrahmen zur Analyse des öffentlichen Finanzgebarens im Hinblick auf dessen kurzfristige konjunkturelle Anstoßwirkung und zur Ermittlung des mittelfristigen Konsolidierungsbedarfs verwendet der Sachverständigenrat seit Jahren den „konjunkturneutralen Haushalt" beziehungsweise den „konjunkturneutralen Finanzierungssaldo" (erstmals JG 68 Ziffer 115) sowie das „strukturelle Defizit" (erstmals SG 82 Ziffern 57 ff.).

Diesen Konzeptionen liegt als zentrale Prämisse die Vorstellung zugrunde, daß sich die Privaten hinsichtlich Umfang und Art der Finanzierung an eine bestimmte staatliche Aktivität gewöhnt haben. So wird unterstellt, daß die Privaten auch in konjunkturellen Normaljahren akzeptieren, daß der Staat einen Teil seiner Ausgaben über Kredite finanziert (zur sogenannten Normalverschuldung siehe JG 79 Ziffer 229). Gewöhnungsprozesse setzen stabile Rahmenbedingungen voraus, die es ermöglichen, daß Erfahrungen die Grundlage für die Einschätzung der Gegenwart und die Erwartungsbildung sind. Hinsichtlich des Verschuldungsverhaltens der Gebietskörperschaften erfordert die Gewöhnungshypothese eine bezogen auf das Produktionspotential stetige Entwicklung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben; dies schließt eine Anpassung der Privaten an ein verändertes Verschuldungsverhalten des Staates nicht aus. Um solchen Verhaltensänderungen Rechnung zu tragen, hat der Rat das Basisjahr zur Bestimmung der Normalverschuldung verschiedentlich geändert (JG 79 Ziffer 229, JG 86 Ziffern 141 f.). Strukturbrüche allerdings, wie sie durch die deutsche Vereinigung ausgelöst wurden, sprengen das Konzept der Normalverschuldung und des konjunkturneutralen Haushalts; Gewöhnungsprozesse verlieren ihre Bedeutung, Erfahrung und Erwartung klaffen auseinander. Schlagartig hat sich nicht nur der Ausgabenbedarf des Staates erhöht, auch die Produktions- und Investitionsmöglichkeiten der Privaten haben sich abrupt erweitert.

Ein Strukturbruch beschreibt die Schnittstelle zweier Gewöhnungsprozesse, der eine hat an Bedeutung verloren, der andere wird sich erst entwickeln. Dies trifft augenblicklich für den Osten als auch für den Westen der Bundesrepublik zu: Sowohl die Transformation der Zentralverwaltungswirtschaft in den neuen Bundesländern als auch die Auswirkungen der staatlichen Vereinigung auf Westdeutschland verhindern das Fortwirken zuvor bedeutsamer Gewöhnungsprozesse. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, für dieses Jahr weder den konjunkturneutralen Haushalt zu berechnen noch eine Normalverschuldung auszuweisen. Damit stehen zur Bewertung der konjunkturellen Wirkungen als auch des mittelfristigen Konsolidierungsbedarfs die bisherigen Konzeptionen — konjunktureller Impuls und strukturelles Defizit — nicht zur Verfügung. Was möglich erscheint, ist unter Berücksichtigung der vergangenen und einer Einschätzung der künftigen Entwicklung die von den Privaten als tragbar eingestufte Verschuldung der öffentlichen Haushalte in diesem Jahr tendenziell zu ermitteln. Auch die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des tatsächlichen Defizits lassen sich nur qualitativ abschätzen.

200. Die historische Erfahrung belegt, daß im Zusammenhang mit Strukturbrüchen die Ausgabenquote des Staates sprunghaft ansteigt und nach Überwindung der Krise nicht mehr auf ihr ursprüngliches Niveau zurückgeführt werden kann. Von daher liegt die Vermutung nahe, daß — ausgelöst durch die deutsche Vereinigung — die Privaten dem Staat langfristig eine höhere Verschuldung als bisher zugestehen werden, mittelfristig mag ihnen sogar eine deutlich höhere Verschuldung akzeptabel erscheinen. Die bisher von den Privaten tolerierte Verschuldung des Staates stellt eine Untergrenze der im Jahre 1991 als tragbar angesehenen Staatsverschuldung dar, die Obergrenze dafür ist nicht abzuschätzen. Die bislang zu beobachtenden Wirkungen der Staatsverschuldung weisen allerdings darauf hin, daß das derzeitige Finanzierungsdefizit über das hinausgeht, was der Staat ohne negative Rückwirkungen auf Stabilität und Wachstum kreditär finanzieren kann. So führte bereits die Erwartung einer hohen Staatsverschuldung Anfang 1990 zu einer Vertrauenseinbuße bei den internationalen Kapitalgebern (Ziffer 177). Dies wurde unterstützt durch die zu Jahresbeginn offenbar gewordene Unsicherheit der Finanzpolitik und die dadurch mitbegründete Vermutung, daß der Vereinigungsprozeß die Bundesrepublik überfordern könnte. Der im weiteren Jahresverlauf infolge der höheren Steuereinnahmen und der im Vergleich zu den Planungen moderateren Ausgabenentwicklung geringere Kreditfinanzierungsbedarf dürfte dieser Entwicklung jedoch entgegengewirkt haben.

Das hohe Staatsdefizit war verantwortlich dafür, daß sich die Bundesrepublik am internationalen Kapitalmarkt nunmehr per saldo auf der Nachfrageseite befindet. Die überwiegend konsumtive Verwendung der kreditfinanzierten öffentlichen Ausgaben dürfte das Vertrauen der internationalen Kapitalanleger mit beeinträchtigt haben; zum Ausgleich gestiegener Risiken forderten diese einen speziellen Zinsaufschlag. Zusätzlich führte die durch den Staat zu verantwortende stärkere Beanspruchung des heimischen Kapitalmarkts direkt zu einem Zinsanstieg. So war die Finanzpolitik mitverantwortlich für die hohen inländischen Zinsen, die die für den wirtschaftlichen Neuaufbau in den neuen Bundesländern so dringend erforderlichen Investitionsanstrengungen behindern.

201. Die hohen Ausgaben des Staates infolge der Vereinigung haben dazu geführt, daß im Jahre 1991 die staatliche Ersparnis — als Differenz der laufenden Einnahmen und Ausgaben — erstmals seit 1975 wieder negativ wurde. Neben der leicht rückläufigen Ersparnis der Unternehmen hat vor allem der Staat dazu beigetragen, daß die Vermögensbildung des Inlandes die inländischen Nettoinvestitionen nur noch geringfügig überstieg (Tabelle 38). Für das kommende Jahr ist davon auszugehen, daß die negative Ersparnis des

Tabelle 38

Ersparnis und Investitionen in Westdeutschland[1])

Mrd DM

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991[2])
Ersparnis der inländischen Sektoren	165,62	214,94	215,25	246,26	300,81	305,50	282
davon:							
Unternehmen[3])	− 2,38	33,22	35,64	64,80	61,84	76,87	69½
Staat[4])	34,42	32,45	20,05	12,00	65,59	19,05	− 3
private Haushalte[5])[6])	133,58	149,27	159,56	169,46	173,38	209,58	215½
+ Saldo der Vermögensübertragungen mit der übrigen Welt[7])	− 2,80	− 2,62	− 2,55	− 2,80	− 3,01	− 6,02	− 12½
= Vermögensbildung	162,82	212,32	212,70	243,46	297,80	299,48	269½
− Nettoinvestitionen	121,70	132,71	132,92	157,11	192,70	229,29	271
davon:							
Unternehmen[6])	91,91	98,99	99,00	122,89	155,74	189,40	228
Staat	29,79	33,72	33,92	34,22	36,96	39,89	42½
nachrichtlich:							
Abschreibungen	235,36	243,69	252,30	263,09	279,41	299,69	327½
davon:							
Unternehmen[6])	222,24	230,12	238,23	248,40	263,84	283,05	309½
Staat	13,12	13,57	14,07	14,69	15,57	16,64	18
Bruttoinvestitionen	357,06	376,40	385,22	420,20	472,11	528,98	598½
davon:							
Unternehmen[6])	314,15	329,11	337,23	371,29	419,58	472,45	537½
Staat	42,91	47,29	47,99	48,91	52,53	56,53	61
= Finanzierungssaldo[8])	41,12	79,61	79,78	86,35	105,10	70,19	− 1½

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Nichtentnommene Gewinne (unverteilte Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit), nach der Umverteilung.
[4]) Laufende Einnahmen abzüglich laufende Ausgaben.
[5]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[6]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[7]) Von inländischen Sektoren aus der übrigen Welt empfangene abzüglich an die übrige Welt geleistete Vermögensübertragungen.
[8]) Veränderung der Forderungen abzüglich Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber der übrigen Welt (Saldo der laufenden Übertragungen und der Waren- und Dienstleistungsumsätze).

Staates noch zunimmt und damit die Vermögensbildung die Nettoinvestitionen sogar deutlich unterschreiten wird.

202. Die konjunkturelle Wirkung der öffentlichen Haushalte im Jahre 1991 läßt sich ebenfalls nur qualitativ beschreiben. Eine quantitative Bemessung des konjunkturellen Impulses würde eine Konjunkturbereinigung der Einnahmen- und der Ausgabenseite voraussetzen. Für eine solche Konjunkturbereinigung müßte ein Produktionspotential für die Bundesrepublik — also auch für die neuen Bundesländer — berechnet werden. Wie wir an anderer Stelle des Gutachtens darlegen, ist dies zur Zeit noch nicht möglich (Ziffer 119), es wäre auch nicht sinnvoll, weil die Verschlechterung in Ostdeutschland nichts mit konjunkturellen Veränderungen zu tun hat. Würde man hingegen den konjunkturellen Impuls nur für Westdeutschland berechnen wollen, so müßte man abzuschätzen versuchen, in welchem Umfang die Nettotransferleistungen in die neuen Bundesländer zu einer Mehrnachfrage nach westdeutschen Produkten geführt hat. Die mit einer solchen Schätzung verbundenen Fehler sind ein weiterer Grund für den Verzicht auf die Berechnung des konjunkturneutralen Haushalts.

Wenn auch ein konjunktureller Impuls für das Jahr 1991 nicht quantitativ zu bemessen ist, so signalisiert das hohe Staatsdefizit gleichwohl eine deutlich expansive Finanzpolitik. Die expansiven Impulse, die von den öffentlichen Haushalten ausgingen, lösten allerdings auch gegenläufige Rückwirkungen aus, die ihre Wirksamkeit schmälerten. So dürfte wegen der bereits im Vorjahr hoch ausgelasteten Kapazitäten jener Teil der kreditfinanzierten Ausgaben, die sich auf handelbare Güter richtete, über erhöhte Importe ins Ausland geflossen sein. Zum anderen hat die staatliche Nachfrage bei nicht-handelbaren Gütern, insbesondere bei Bauleistungen, zu deutlichen Preisanstiegen bei diesen Gütern geführt und die private Nachfrage verdrängt. Infolge der hohen Präferenz der Konsumenten in den neuen Bundesländern für westdeutsche Produkte sowie der auch unabhängig davon ausgelösten Verdrängung ostdeutscher Produkte war das Staatsdefizit zu einem beachtlichen Teil ein Konjunkturprogramm für die westdeutsche Wirtschaft und — indirekt — für die europäischen Handelspartner.

Sozialversicherung in der Übergangsphase: Überschuß im Westen, verdecktes Defizit im Osten

203. Die Sozialversicherung schloß im Gebiet der alten Bundesländer auch in diesem Jahr mit einem, wenn auch gegenüber den beiden Vorjahren verringerten Überschuß ab (Tabelle 39), der sich wiederum aus der noch guten konjunkturellen Entwicklung erklärte. In den neuen Ländern hätte der Sozialversicherung ein Defizit von 25 Mrd DM gedroht, das zu gut 90 vH durch die Arbeitslosenversicherung verursacht worden wäre (Tabelle 40). Dies konnte jedoch durch einen internen Finanzausgleich über den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit aufgefangen werden. Finanziert wurde dieser Defizitausgleich im wesentlichen durch die Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 2,5 Prozentpunkte zum 1. April 1991, die zusätzliche Einnahmen in Höhe von 22 Mrd DM gebracht hat. Diese Beitragsanhebung war mit einer Senkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung um 1 Prozentpunkt gekoppelt, die einen Einnahmenausfall von etwa 8 Mrd DM verursachte. Zur schwierigen Lage der Sozialversicherungen in den neuen Bundesländern hat auch der zunächst außerordentlich zögerliche Beitragseingang beigetragen, der sich allerdings zum Ende des 1. Quartals 1991 verbesserte, so daß die seitherige Beitragsentwicklung im wesentlichen die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Beitrittsgebiet widerspiegelte.

Bis zum 1. Januar 1991 war in den neuen Bundesländern eine dem Westen analoge Sozialversicherungsstruktur eingerichtet worden. Das Jahr 1991 ist für die Sozialversicherungen insofern als eine Übergangsphase zu bewerten, als trotz der prinzipiell identischen organisatorischen Strukturen eine Reihe von institutionellen Besonderheiten und leistungsrechtlichen Unterschieden zwischen den westlichen und östlichen Zweigen der Sozialversicherungen existierte, deren Aufhebung und Angleichung erst für das kommende Jahr anstehen. Zum einen waren sowohl Gesetzliche Krankenversicherung als auch Gesetzliche Rentenversicherung für Westdeutschland und Ostdeutschland durch den Einigungsvertrag zu einer getrennten Haushaltsführung verpflichtet; Ausgaben in einem Gebiet durften nur durch Einnahmen aus der Durchführung der Versicherung in diesem Gebiet finanziert werden. Demgegenüber konnte die Bundesanstalt für Arbeit schon im Jahre 1991 einen gemeinsamen, das heißt alte und neue Bundesländer berücksichtigenden Haushalt erstellen und so einen internen Finanzausgleich durchführen. Zum anderen bestan-

Tabelle 39

Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungen in Westdeutschland[1])

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991[2])	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991[2])
	Mrd DM							Veränderung gegenüber Vorjahr in vH						
Einnahmen, insgesamt	348,14	364,18	378,79	397,64	418,79	447,53	469	*4,9*	*4,6*	*4,0*	*5,0*	*5,3*	*6,9*	*5*
darunter:														
Rentenversicherung[3])	178,38	186,72	190,78	199,13	209,62	226,58	239½	*5,9*	*4,7*	*2,2*	*4,4*	*5,3*	*8,1*	*5½*
Krankenversicherung	112,95	119,73	126,09	133,84	140,16	147,44	154	*6,2*	*6,0*	*5,3*	*6,1*	*4,7*	*5,2*	*4½*
Arbeitslosenversicherung[4])	31,78	31,58	34,77	36,61	39,74	41,78	42	*−4,0*	*−0,6*	*10,1*	*5,3*	*8,5*	*5,1*	*0*
Ausgaben, insgesamt	343,15	355,05	372,23	396,26	401,86	426,52	457½	*3,3*	*3,5*	*4,8*	*6,5*	*1,4*	*6,1*	*7*
darunter:														
Rentenversicherung[3])	175,82	179,45	186,53	195,56	205,79	216,18	229	*2,2*	*2,1*	*3,9*	*4,8*	*5,2*	*5,0*	*6*
Krankenversicherung	115,12	120,57	125,59	135,06	130,65	141,47	158	*5,1*	*4,7*	*4,2*	*7,5*	*−3,3*	*8,3*	*11½*
Arbeitslosenversicherung[4])	29,71	31,64	35,85	40,72	39,66	41,30	41½	*2,0*	*6,5*	*13,3*	*13,6*	*−2,6*	*4,1*	*0*
Finanzierungssaldo, insgesamt	4,99	9,13	6,56	1,38	16,93	21,01	11½	X	X	X	X	X	X	X
darunter:														
Rentenversicherung[3])	2,56	7,27	4,25	3,57	3,83	10,40	10½	X	X	X	X	X	X	X
Krankenversicherung	−2,17	−0,84	0,50	−1,22	9,51	5,97	−4	X	X	X	X	X	X	X
Arbeitslosenversicherung[4])	2,07	−0,06	−1,08	−4,11	0,08	0,48	½	X	X	X	X	X	X	X

1) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
2) Eigene Schätzung.
3) Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie die knappschaftliche Rentenversicherung. Ohne die Ströme zwischen diesen Ebenen.
4) Für 1991: Die Zahlen für die Arbeitslosenversicherung sind bereinigt um die Übertragungen an die – fiktiv getrennte – Arbeitslosenversicherung-Ost. Im Falle der Bruttostellung wären Einnahmen und Ausgaben um 23 Mrd DM höher. Hierbei sind nicht berücksichtigt die 5 Mrd DM, die der Bundesanstalt für Arbeit aus dem Nachtragshaushalt des Bundes bereits im Jahre 1991 für 1992 zur Verfügung gestellt wurden.

Tabelle 40

Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung in Ostdeutschland[1])

Mrd DM

	2. Hj. 1990	1991
Einnahmen, insgesamt	27,89	83½
darunter:		
Rentenversicherung[2])	12,22	34
Krankenversicherung	11,23	18½
Arbeitslosenversicherung[3])	3,86	30
Ausgaben, insgesamt	27,77	85½
darunter:		
Rentenversicherung[2])	13,57	35
Krankenversicherung	10,15	19½
Arbeitslosenversicherung	3,17	30
Finanzierungssaldo, insgesamt	0,12	− 2
darunter:		
Rentenversicherung[2])	− 1,35	− 1
Krankenversicherung	1,08	− 1
Arbeitslosenversicherung	0,69	0

1) Eigene Schätzung. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
2) Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie die knappschaftliche Rentenversicherung. Ohne die Ströme zwischen diesen Ebenen.
3) Der Arbeitslosenversicherung ist der Nettotransfer aus der fiktiv getrennten Arbeitslosenversicherung-West in Höhe von 23 Mrd DM als Einnahme zugerechnet.

den in allen drei Versicherungszweigen in diesem Jahr Unterschiede im Leistungsrecht beziehungsweise Sonder- und Übergangsregelungen für das Beitrittsgebiet. So galt für die Rentenversicherung in den neuen Ländern noch das DDR-Recht. Schließlich existierte lediglich 1991 die gemäß Einigungsvertrag geschaffene „Überleitungsanstalt Sozialversicherung", die in Ostdeutschland die Aufgaben der Renten- und Unfallversicherung erfüllte und damit die in der DDR übliche Vermischung von Staatshaushalt und Haushalt der Sozialversicherungen auch organisatorisch beseitigte. Aus diesen Gründen und wegen des gänzlich unterschiedlichen gesamtwirtschaftlichen Umfeldes in den beiden Teilen Deutschlands ist es erforderlich, die finanzielle Situation der einzelnen Träger für die westlichen und die östlichen Bundesländer getrennt zu betrachten. Dies ist angesichts der noch nicht voll integrierten Arbeitsmärkte selbst für die Arbeitslosenversicherung geboten (Ziffer 129).

Rentenversicherung vor der Rechtsangleichung

204. Die Gesetzliche Rentenversicherung wies im Gebiet der alten Bundesländer 1991 erneut einen Überschuß auf, der mit 10½ Mrd DM auf Vorjahresniveau liegt. Der Einnahmenzuwachs um 5½ vH erklärt sich durch die gute Beschäftigungssituation, die hohen Tariflohnabschlüsse im Jahre 1990 sowie die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze um 200 DM monatlich zum 1. Januar 1991, so daß die Beitragssatzsenkung um einen Prozentpunkt, die zum 1. April 1991 wirksam wurde, nicht dominierte. Die Ausgaben wuchsen mit knapp 6 vH stärker als im Vorjahr. Die Anhebung der Renten betrug in Anlehnung an den durchschnittlichen Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter im Vorjahr 4,7 vH, was angesichts der Senkung des Krankenversicherungsbeitrags für Rentner um 0,3 Prozentpunkte zu einer Erhöhung der verfügbaren Renten um 5 vH führte. Diese im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren deutlich stärkere Rentenanpassung wurde zum 1. Juli wirksam und schlug deshalb auf der Ausgabenseite in diesem Jahr noch nicht voll durch. Die Schwankungsreserve nahm wegen der guten finanziellen Lage nochmals zu, sie beträgt mit 42 Mrd DM knapp 3 Monatsausgaben gegenüber 2,62 Monatsausgaben Ende 1990.

Im Beitrittsgebiet ergab sich für die Gesetzliche Rentenversicherung ein Defizit von 1 Mrd DM, das vom Bund zunächst durch Betriebsmitteldarlehen vorfinanziert, schließlich in Höhe des tatsächlichen Defizits durch Zuweisungen übernommen wurde. Die Entwicklung der Ausgaben war bestimmt durch die zweimalige Anhebung der Renten um jeweils 15 vH (zum 1. Januar und 1. Juli 1991), so daß derzeit die Standardrente (Rente eines Durchschnittsverdieners nach 45 Versicherungsjahren) in Ostdeutschland 51 vH der Standardrente in Westdeutschland ausmacht. Der im Jahre 1990 sehr stockende Beitragseingang normalisierte sich ab März diesen Jahres. Zusammen mit der zweimaligen Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf 3 400 DM monatlich (in Westdeutschland: 6 500 DM im Monat) erklärt dies die Entwicklung der Einnahmenseite; voraussichtlich werden die Einnahmen 34 Mrd DM betragen. Die Finanzlage der Rentenversicherung Ost wurde dadurch entlastet, daß der Sozialzuschlag (165 DM), der seit dem 1. Juli 1991 im Beitrittsgebiet eine Mindestrente von 602 DM garantiert (zum 1. Januar 1991 betrug diese Rente 545 DM), direkt aus dem Bundeshaushalt finanziert wurde. Ein Anspruch auf diesen Zuschlag besteht für Neuzugänge bis zum 31. Dezember 1993, der Zuschlag wird längstens bis zum 31. Dezember 1996 gezahlt. Die Bestandsrenten aus den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen, die zum Jahresanfang durchschnittlich 250 DM ausmachten, wurden ebenfalls direkt aus dem Bundeshaushalt finanziert.

205. Zum 1. Januar 1992 werden für die Gesetzliche Rentenversicherung aufgrund des Rentenreformgesetzes und des Rentenüberleitungsgesetzes substantielle Änderungen erfolgen.

Das Rentenreformgesetz wird in einer Situation rechtswirksam, die bei seiner Konzeption nicht antizipiert werden konnte. Infolge der Zusammenführung der Rentenversicherungen West und Ost zum 1. Januar 1992 und der damit verbundenen finanziellen Lasten wird das Gesetz kurz- und mittelfristig nicht die Bedeutung für die Konsolidierung der Rentenfinanzen haben können, die von ihm erwartet wurde. Langfristig hingegen bewirkt die Vereinigung wegen der günstigeren Altersstruktur in den neuen Bundesländern eher eine Entlastung. Wesentliche Bestimmungen des Rentenreformgesetzes sind: Dynamisierung des Bundeszuschusses entsprechend dem Anstieg der Bruttoverdienste des vorangegangenen Jahres und des Rentenversicherungsbeitragssatzes im jeweiligen Jahr; jährliche Fixierung des Beitragssatzes so, daß Einnahmen inklusive Bundeszuschuß die Ausgaben decken und am Jahresende eine Schwankungsreserve in Höhe einer Monatsausgabe verbleibt; Anpassung der Renten gemäß dem Anstieg der Bruttolöhne unter Berücksichtigung der Veränderung der Belastung durch Steuern und Sozialbeiträge des vorangegangenen Jahres; Einführung von Teilrenten. Beabsichtigt ist schließlich, nach der Jahrtausendwende die Altersgrenzen schrittweise anzuheben.

Das zeitgleich rechtsgültig werdende Rentenüberleitungsgesetz regelt die Anwendung des bundesdeutschen Rentenrechts — in der angepaßten Fassung des Rentenreformgesetzes — für das Beitrittsgebiet. Für dort lebende Versicherte und Rentner ergeben sich dadurch Vergünstigungen gegenüber dem bisherigen Recht hinsichtlich der Regelung der Altersgrenze, der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten und der Hinterbliebenenversorgung. Bei der Rentenberechnung gilt grundsätzlich die Berechnungsvorschrift des Sozialgesetzbuches VI, außer für Neurentner, denen nur nach DDR-Recht ein Rentenanspruch zusteht oder deren danach berechnete Rente höher ist, sowie für Bestandsrentner, denen ein Auffüllbetrag zur Anhebung der nach Sozialgesetzbuch VI berechneten Vergleichsrente auf das höhere Niveau ihrer nach DDR-Recht ermittelten Rente gezahlt wird. Diese Auffüllbeträge werden ab 1996 schrittweise im Rahmen der Rentenanpassungen abgebaut. Damit kommen auf die Gesetzliche Rentenversicherung, für deren west- und ostdeutsche Träger ab 1. Januar 1992 ein Finanzverbund vorgesehen ist, im kommenden Jahr Kosten in Höhe von etwa 15 Mrd DM zu. Durch den Finanzverbund wird zur Deckung dieses Betrages ein Zugriff auf die Schwankungsreserve ermöglicht, die sich deshalb 1992 deutlich verringern dürfte. Eine Wiederanhebung des Beitragssatzes wird aller Voraussicht nach schon 1993 erforderlich werden. In diesem Zusammenhang stellt sich die grundsätzliche Frage, ob die Kosten, wie die der Überleitung des Rentenrechts, von der Versichertengemeinschaft zu tragen sind oder von allen Bürgern. Die jetzt gefundene Lösung stellt einen Verstoß gegen das viel beschworene, doch bereits angeschlagene Äquivalenzprinzip dar. Verschärfend wirkt dahingehend auch, daß mit der Überleitung des Rentenrechts ehemalige Staatsbedienstete der DDR Sozialversicherungsrenten erhalten, während in den neuen Bundesländern beschäftigte Beamte keine Rentenbeiträge zahlen werden. Die Erhöhung des Bundeszuschusses um 1,9 Mrd DM aufgrund des Rentenüberleitungsgesetzes im Jahre 1992 widerspricht dieser Bewertung nicht.

Die in den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen erworbenen Ansprüche werden zum 31. Dezember 1991 auf Leistungen der Rentenversicherung überführt, die Systeme selbst werden endgültig zu diesem Termin geschlossen. Die finanziellen Lasten trägt der Bund, der dafür teilweise von den neuen Bundesländern und betroffenen Organisationen Erstattungsbeträge erhält. Das Rentenüberleitungsgesetz wurde im übrigen nicht dazu genutzt, eine eigenständige Alterssicherung für die Frau — ein Desiderat des Rentenreformgesetzes — zu entwickeln, obgleich das DDR-Rentenrecht dahingehend bedenkenswerte Regelungen vorsah; bis Ende 1996 soll dafür eine Lösung gefunden werden.

Krankenversicherung wieder mit kräftiger Ausgabenexpansion

206. Für die Gesetzliche Krankenversicherung begann das Jahr 1991 in den alten Bundesländern mit einem starken Ausgabenanstieg, der sich im Jahresverlauf noch leicht erhöhte (11½ vH im Jahresdurchschnitt nach 8,3 vH im Jahre 1990). Dank der guten Einnahmenentwicklung belief sich das Defizit nur auf 4 Mrd DM, das aufgrund der hohen finanziellen Überschüsse in den beiden Vorjahren noch nicht zu Beitragssatzanhebungen führte. In diesem Jahr setzte sich ein Trend fort, der sich bereits 1990 angekündigt hatte: Nach dem vorübergehenden kostendämpfenden Effekt des Gesundheitsreformgesetzes wuchsen die Ausgaben nun wieder mit einem Tempo wie vor Inkrafttreten dieses Gesetzes. Nachdem 1988 die Verabschiedung des Gesundheitsreformgesetzes über Vorzieheffekte zu einer deutlichen Ausgabensteigerung der Krankenkassen geführt hatte (7,5 vH gegenüber jeweils rund 5 vH in den Vorjahren), kam es 1989 zu einem dadurch mitbegründeten Rückgang der Ausgaben um 3,3 vH. Diese Entwicklung schlug jedoch bereits im Jahre 1990 um und führte im Jahre 1991 die Ausgabenentwicklung auf ihren traditionellen Expansionspfad zurück. Verantwortlich dafür ist unter anderem, daß Regelungen dieses Gesetzes, die — wie die Einführung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen oder das Erstellen von Preisvergleichslisten für Krankenhäuser — durch eine größere Transparenz im Gesundheitswesen zur Kostendämpfung beitragen sollten, gar nicht oder nur sehr schleppend umgesetzt wurden oder sich als wirtschaftlich nicht realisierbar herausstellten.

207. Die Ausgaben für Arzneimittel stiegen trotz der Vereinbarung von Festbeträgen für mittlerweile 79 Wirkstoffe der Stufe I (Arzneimittel mit identischen Wirkstoffen) deutlich an; dahinter standen sowohl eine Mengendynamik als auch ein Preisanstieg, der sich aus der Erwartung weiterer Vereinbarungen über Festbeträge erklärt. Im übrigen bedeutet diese Regelung mehr eine unmittelbare Entlastung der Versicherten, die dadurch von der Rezeptgebühr und der ansonsten fälligen Zuzahlung befreit werden, als der Versicherungsträger, denen in entsprechendem Umfang Mehraufwendungen entstehen. Das wird zu Beitragssatzerhöhungen führen. Das Nettoeinsparvolumen der am 1. Januar 1991 gültigen Festbeträge, die — bezogen auf 1988 — mit 5,5 Mrd DM Umsatzvolumen rund ein Viertel der Gesamtausgaben für Arzneimittel erfassen, betrug nach Schätzungen des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen 510 Mio DM, die Nettoeinsparquote 9,2 vH. Die bisherige positive Wirkung der Festbeträge wurde durch kompensatorische Preiserhöhungen im festbetragsfreien Markt geschmälert. Zweifellos ist die kostendämpfende Wirkung der Festbetragsregelung überschätzt worden, zumal diese Auswirkungen der damit verbundenen Marktspaltung unberücksichtigt blieben. Zudem erfolgt die Festlegung der Festbeträge für Arzneimittel der Stufen II und III (Arzneimittel mit vergleichbaren Wirkstoffen) wegen der Schwierigkeiten bei der Definition vergleichbarer Wirkstoffe eher schleppend. Es wirkt sich heute als Verhängnis für die finanzielle Entwicklung der Krankenversicherungen aus, daß mit dem Gesundheitsreformgesetz keine grundsätzliche Abkehr von einer Politik der administrativen Kostendämpfung erreicht wurde (JG 86 Ziffer 320).

Die deutliche Zunahme der Krankenhauskosten war durch die höheren Gehälter für das Pflegepersonal sowie durch die große Zahl zusätzlicher Planstellen in den Krankenhäusern bedingt. So wirkten sich im Jahre 1991 die im Vorjahr neu bewilligten rund 13 000 Planstellen voll sowie die im laufenden Jahr — nach Schätzungen des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen — etwa 15 000 neuen Stellen teilweise aus. Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Plegepersonal und belegten Betten verbesserte sich von 1 zu 2,1 im Jahre 1980 auf 1 zu gut 1,6 in diesem Jahr. Erstmals seit dem 1. Januar 1991 übernehmen die Krankenkassen bei schweren Pflegefällen die Kosten für eine Pflegehilfe oder zahlen 400 DM monatlich aus; wegen der strengen Antragsmaßstäbe der Krankenkassen fiel dieser Posten allerdings nicht ins Gewicht. Auf der Einnahmenseite wirkte sich neben der positiven konjunkturellen Entwicklung auch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen zum 1. Januar 1991 aus.

208. In den neuen Bundesländern wurde gemäß Einigungsvertrag zum 1. Januar 1991 das bundesdeutsche Krankenversicherungsrecht nach Sozialgesetzbuch V in Kraft gesetzt und ein gegliedertes System der Krankenkassen eingeführt, wobei die östlichen Kassen zu einer eigenständigen Haushaltsführung verpflichtet sind. Für alle Kassen war im Einigungsvertrag ein einheitlicher, am Durchschnitt der westdeutschen Sätze zu Anfang 1990 orientierter Beitragssatz von 12,8 vH festgelegt worden, so daß die Beitragsentwicklung nach Beseitigung der erhebungstechnischen Probleme von der Beschäftigungsentwicklung sowie dem Anstieg der Löhne und Gehälter determiniert wurde; zudem wurde die Beitragsbemessungsgrenze auf 2 550 DM monatlich erhöht (in Westdeutschland: 4 875 DM im Monat). Aus abrechnungstechnischen Gründen standen den Ost-Krankenkassen allerdings nur Beitragseinnahmen aus elf Monaten zur Verfügung, so daß eine entsprechende Liquiditätslücke zu überbrücken war; insgesamt ist von einem Beitragsaufkommen von 18½ Mrd DM auszugehen. Zur Deckung des Defizits in Höhe von 1 Mrd DM konnten die Kassen Betriebsmitteldarlehen aufnehmen, deren Verzinsung und Tilgung bei der Beitragssatzberechnung für 1992 zu berücksichtigen sind. Die zu erwartende defizitäre Entwicklung kann grundsätzlich nicht über einen Finanzausgleich zwischen westdeutschen und ostdeutschen Krankenkassen aufgefangen werden, da dies nur für bundesweit agierende Kassen möglich ist. Zwischen regional begrenzten Kassen wie den Ortskrankenkassen sind finanzielle Hilfen gemäß §§ 266 f. Sozialgesetzbuch V nur zulässig, wenn der Bedarfssatz einer Kasse den durchschnittlichen Bedarfssatz der Kassenart um 12,5 vH übersteigt und ein Finanzausgleich auf Landesverbandsebene stattgefunden hat. Gemäß Einigungsvertrag kann die getrennte Haushaltsführung aufgegeben werden, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland denen im Westen angeglichen haben; hier besteht für die Krankenkassen ein Ermessensspielraum.

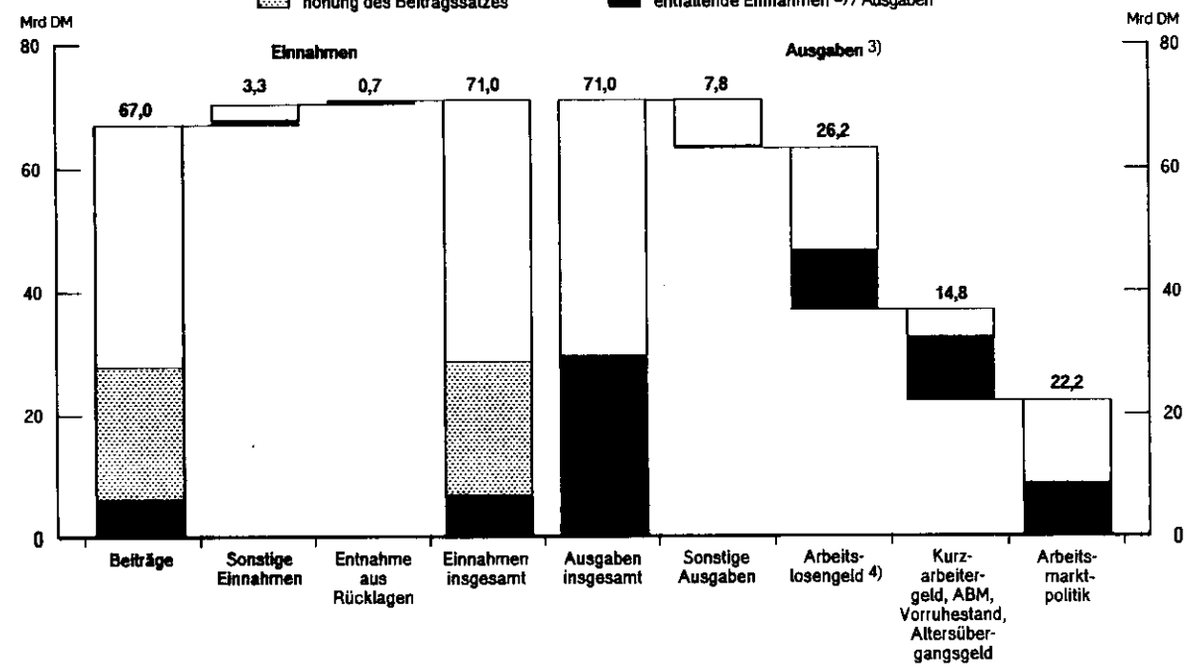
209. Die Ausgabenentwicklung war zu Beginn dieses Jahres wesentlich geprägt durch das Scheitern der im Einigungsvertrag anvisierten Kostendämpfung bei den Arzneimitteln mittels eines Preisabschlags in Höhe von 55 vH (sogenannter „Einstiegswinkel 45 vH"). Hierdurch sollte die finanzielle Belastung der Krankenversicherungen durch ein Vordringen der wesentlich teuereren westdeutschen Produkte vermindert werden. Dieser Preisabschlag war lediglich bis zum 31. März 1991 wirksam, er wurde auf massiven Druck der Pharmaindustrie (Arzneimittelboykott im Januar) für den Zeitraum 1. April 1991 bis 31. Dezember 1993 auf 22 vH bei Apotheken, 24 vH beim Großhandel und 25 vH bei den Herstellern gesenkt. Diese Abschlagsätze ergaben sich für 1991 schätzungsweise aufgrund des Finanzierungsbeitrags dieser Marktbeteiligten an einem Defizit der Krankenkassen bei den Arzneimittelausgaben. Ein solches Defizit liegt vor, wenn die Ausgaben für Arzneimittel 15,6 vH der Beitragseinnahmen überschreiten. Die Apotheken, der Großhandel und die Pharmaindustrie übernehmen für den Zeitraum 1. April 1991 bis 31. März 1992 einen Fehlbetrag von bis zu 500 Mio DM, für den Zeitraum 1. April 1992 bis 31. März 1993 von bis zu 1 Mrd DM und für den Zeitraum 1. April 1993 bis 31. Dezember 1993 von bis zu 700 Mio DM; darüber hinausgehende Defizite der Krankenversicherungsträger werden von diesen Marktbeteiligten zu 50 vH übernommen. In diesem Jahr hat zusätzlich der Bund den Krankenkassen indirekt einen Zuschuß für die Deckung von Fehlbeträgen im Arzneimittelbereich gezahlt, indem er auf die Rückzahlung von 0,6 Mrd DM aus der 1990 zugewiesenen und in Höhe von 1,3 Mrd DM nicht benötigten Liquiditätshilfe verzichtete. Durch diesen Zuschuß wurde es möglich, daß die Pharmaindustrie aus der im Einigungsvertrag vorgesehenen Beteiligung an der Kostendämpfung im ostdeutschen Gesundheitswesen zumindest partiell entlassen werden konnte.

Arbeitslosenversicherung: Hohe Transferzahlungen für Ostdeutschland

210. Die Arbeitslosenversicherung war bereits im vierten Quartal 1990 für die beiden Teile Deutschlands zusammengeführt worden und besaß als einziger Sozialversicherungsträger in diesem Jahr die Möglichkeit eines internen Finanzausgleichs. Versucht man, die Arbeitslosenversicherung in einen westdeutschen und einen ostdeutschen Teil zu trennen, so läßt sich ein Transfer von West nach Ost in Höhe von 23 Mrd DM ermitteln. In den westlichen Bundesländern führte die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu einer weiteren deutlichen Entlastung beim Arbeitslosengeld und beim Kurzarbeitergeld, der jedoch — wie schon 1990 — Mehraufwendungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gegenüberstanden, so daß die Ausgaben insgesamt auf dem Niveau des Vorjahres verblieben. Dabei spielte auch eine Rolle, daß bedingt durch die kräftigere Zunahme der Löhne und Gehälter die monatlichen durchschnittlichen Leistungen an Arbeitslose weiter anstiegen. Die Ausgaben in Westdeutschland wären bei konstantem Beitragssatz ohne Defizit zu finanzieren gewesen, da die Beitragseinnahmen hier, wie bei den übrigen Sozialversicherungsträgern, ebenfalls von der guten Konjunktur und der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze profitierten. Dabei entwikkelten die Beitragseinnahmen der Arbeitslosenversicherung eine solche Dynamik, daß der ursprünglich vorgesehene Bundeszuschuß in Höhe von 2,3 Mrd DM nicht benötigt wurde.

Die Anhebung des Beitragssatzes ermöglichte die Finanzierung des im Beitrittsgebiet verursachten Defizits. Die Ausgaben für Ostdeutschland betrugen 42 vH der Gesamtausgaben der Bundesanstalt für Arbeit (Schaubild 29), der größte Teil davon entfiel auf die Leistungen bei Arbeitslosigkeit und das Kurzarbeitergeld, wobei letzteres wegen der bis Jahresende verlängerten Sonderregelungen für das Beitrittsgebiet bedeutsamer war als im Westen. Durch den Einigungsvertrag war für Arbeitnehmer jenseits des 57. Lebensjahres, die aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden, ein Altersübergangsgeld — befristet bis zum 31. Dezember 1991 — eingeführt worden, das den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit mit 1,5 Mrd DM belastete. Diese Sozialleistung ist mit dem Vorruhestandsgeld zu vergleichen, das in Westdeutschland zum 31. Dezember 1988 auslief.

EINNAHMEN UND AUSGABEN DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT IM JAHRE 1991 [1]



1) Eigene Berechnung aufgrund des Haushaltsplans der Bundesanstalt für Arbeit.– 2) Ohne Mehreinnahmen durch Erhöhung des Beitragssatzes.– 3) Unter Berücksichtigung der globalen Minderausgaben.– 4) Einschließlich Leistungen bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers.

SR 91 0583

Unbedachte Verteilungs- und Effizienzprobleme

211. Die verteilungspolitische Frage, die sich im Zusammenhang mit der Finanzierung der deutschen Einheit hinsichtlich der Lastenverteilung stellte, ist auf eine Weise angegangen worden, die die Grundsätze unseres Steuer- und Transfersystems mißachtet. So hat man sich dafür entschieden, finanzielle Lasten, die letztlich Folge vierzigjähriger Planwirtschaft sind, den Beitragszahlern in der Risikogemeinschaft Sozialversicherung aufzubürden, statt sie allen Bürgern durch die Einsparung von Ausgaben oder gegebenenfalls auch durch höhere Steuern aufzuerlegen (JG 90 Ziffer 369). Durch diese Abwälzung von finanziellen Belastungen aus dem Strukturwandel in den neuen Bundesländern auf die Versichertengemeinschaft wurden die Defizite in den öffentlichen Haushalten um 23 Mrd DM herabgedrückt. Der finanzielle Entlastungseffekt steht in deutlichem Kontrast zu den in diesem Jahr aus dem Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen erzielten Mehreinnahmen von knapp 3 Mrd DM. Damit hat sich einmal mehr gezeigt, daß in der politischen Praxis solchen Maßnahmen der Vorzug gegeben wird, die nur geringen Widerstand von Seiten der Interessengruppen erwarten lassen, während negative gesamtwirtschaftliche Rückwirkungen in Kauf genommen werden. Denn zweifellos kann heute der Zugriff über die Beitragssätze nicht mehr dadurch gerechtfertigt werden, daß diese eine geringere Merklichkeit besitzen als direkte Steuern und deshalb bei den Bürgern nicht zu bedeutsamen Reaktionen führen. Tatsächlich ist davon auszugehen, daß von der Sache her nicht begründete Beitragssatzänderungen bei vielen Versicherten die Vorstellung von einer Äquivalenz zwischen Beitragszahlung und späterer Leistungsinanspruchnahme zerstören.

212. Durch die Veränderungen der Beitragssätze zur Sozialversicherung sind die gesamte marginale Abgabenbelastung der Einkommen und – damit verbunden – die Personalzusatzkosten weiter gestiegen. Zwar bewirkte die Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung wegen der gleichzeitigen Senkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung und infolge leicht niedrigerer Beitragssätze zur Gesetzlichen Krankenversicherung nur eine zusätzliche Belastung der Einkommen von gut einem Prozentpunkt, der je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu tragen war. Die Erhöhung der Sozialbeiträge ist aber im Zusammenhang mit den weiteren Steueranhebungen zu sehen (Ziffer 185).

Tabelle 41

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1990	
14. November	Die Bundesregierung beschließt Eckwerte zum Bundeshaushalt 1991 und zum Finanzplan bis 1994: Für 1991 Begrenzung der Nettokreditaufnahme auf etwa 70 Mrd DM, bis 1994 stufenweise Rückführung auf 30 Mrd DM bei einem mittelfristigen Ausgabenanstieg von im Durchschnitt jährlich 2 vH. Zur Einhaltung der Eckwerte soll der Bundeshaushalt um rund 35 Mrd DM im Jahre 1991 ansteigend auf 70 Mrd DM im Jahre 1994 entlastet werden. Zur Finanzierung der einigungsbedingten Kosten sind „Steuererhöhungen . . . nicht erforderlich". Zur Begrenzung des Zuschusses des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit ist eine „systemkonforme Anpassung der Beiträge der Sozialversicherungen" — Beitragssatzerhöhung bei der Arbeitslosenversicherung bei gleichzeitiger Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung — vorgesehen (zu den Einzelheiten siehe 10. Januar 1991).
14. November	Der Finanzplanungsrat, in dem erstmals auch die Finanzminister der neuen Bundesländer vertreten sind, berät den Vollzug der öffentlichen Haushalte 1990 sowie die Haushaltsplanungen der Gebietskörperschaften für 1991 vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie die Folgerungen für die Finanz- und Haushaltspolitik, die sich aus der deutschen Einheit ergeben. Der Bund und die Länder Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gehen im Gegensatz zu den SPD-geführten alten Bundesländern davon aus, daß die einigungsbedingten Mehrbelastungen auf der Basis der dynamischen Wirtschaftsentwicklung in den alten Bundesländern und des baldigen Aufschwungs in den neuen Bundesländern bewältigt werden können, so daß Steuererhöhungen nicht erforderlich sind. Alle Möglichkeiten zu Einsparungen und Umschichtungen sollen ausgeschöpft und der Ausgabenanstieg in den nächsten Jahren deutlich unter dem Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts bleiben mit dem Ziel, den Ausgabenzuwachs der öffentlichen Haushalte mittelfristig wieder auf eine Größenordnung von 3 vH zurückzuführen. Durch eine zeitweise Zurückhaltung bei Investitionen im westlichen Teil Deutschlands sollen Mittel für die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur in Ostdeutschland bereitgestellt werden.
18. Dezember	Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen legt seine „Stellungnahme zur Finanzierung von Pflegekosten" vor. Um die eigenverantwortliche Vorsorge der Bürger, das Kostenbewußtsein aller Beteiligten und die Pflege in der Familie zu stärken, setzt sich der Beirat für den Abschluß einer privaten Pflegeversicherung mit Pflichtcharakter, ergänzt um soziale Komponenten bei der Prämienzahlung, ein. Eine Absicherung der Kosten der Pflege durch ein Leistungsgesetz des Bundes wird abgelehnt.
20. Dezember	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" legt Schätzungen der Steuereinnahmen für die Jahre 1990 bis 1994 vor, die erstmals auch das Beitrittsgebiet mit einbeziehen.
1991	
1. Januar	Nach dem Einigungsvertrag tritt in den fünf neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins das Recht der Bundesrepublik Deutschland auch auf dem Gebiet der Besitz- und Verkehrssteuern, das bis dahin nur für die Umsatzsteuer, die Versicherungsteuer und die Wechselsteuer gegolten hat, in Kraft. Anpassungs- und Übergangsregelungen gibt es weiterhin für die Bewertung, für die Grundsteuer und die Kraftfahrzeugsteuer.
1. Januar	Die Börsenumsatzsteuer tritt außer Kraft.
10. Januar	Die Regierungskoalition konkretisiert die im Eckwertebeschluß zum Bundeshaushalt 1991 vorgesehenen Haushaltsentlastungen in Höhe von 35 Mrd DM: Erhöhung von Abgaben (20,3 Mrd DM), Privatisierung von staatlichen Industriebeteiligungen (500 Mio DM) und Einsparungen (14,2 Mrd DM). Im einzelnen sind vorgesehen: — Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zum 1. April 1991 um 2,5 Prozentpunkte auf 6,8 vH bei gleichzeitiger Verringerung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um 1 Prozentpunkt (erwartete Haushaltsentlastung: 18,3 Mrd DM) — Sonderablieferung der Deutschen Bundespost in den Jahren 1991 bis 1994 in Höhe von 2 Mrd DM je Jahr (siehe 1. Juli Haushaltsbegleitgesetz 1991) — Privatisierung weiterer staatlicher Industriebeteiligungen (500 Mio DM) — Rückführung der Verteidigungsausgaben um 7,6 Mrd DM — Erste Schritte zum Abbau der Steuervergünstigungen im Rahmen der Berlin- und Zonenrandförderung (siehe 1. Juli Steueränderungsgesetz 1991) — Globale Kürzung der Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit (2,3 Mrd DM) — Abbau von Finanzhilfen (1 Mrd DM) — Verringerung der Investitionsausgaben durch Aufschieben von Projekten (2,3 Mrd DM).
20. Februar	Die Bundesregierung beschließt den Entwurf des Bundeshaushalts 1991, den Finanzplan 1990 bis 1994. Die Nettokreditaufnahme 1991 soll 69,6 Mrd DM betragen, das Ausgabenvolumen 399,7 Mrd DM, darunter einigungsbedingte Mehrausgaben (81 Mrd DM) und Mehrausgaben im Zusammenhang mit dem Golfkonflikt (rund 11 Mrd DM). Mittelfristig soll der jährliche Ausgabenanstieg auf durchschnittlich 1,7 vH begrenzt und damit eine Rückführung der Nettokreditaufnahme 1994 auf

Datum	
noch 1991	
noch 20. Februar	rund 31 Mrd DM erreicht werden. Außerdem wird ein Abbau von Finanzhilfen (etwa 1 Mrd DM für 1992 und ansteigend auf 1,5 Mrd DM in 1994) festgelegt, so unter anderem bei der Kokskohlenbeihilfe, Projektförderung „Forschung", beim Sozialen Wohnungsbau.
28. Februar	Die Konferenz des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder beschließt Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzausstattung in den neuen Bundesländern und in Berlin mit einem Finanzvolumen in 1991 von insgesamt rund 22 Mrd DM. Im einzelnen werden vereinbart: — Der Bund gewährt den Ländern im Beitrittsgebiet zusätzliche Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 5 Mrd DM als Investitionspauschalen für ihre kreisfreien Städte, Landkreise und kreisangehörenden Gemeinden. Die Mittel sollen nach der Einwohnerzahl verteilt werden. — Der Bund verzichtet auf seinen 15-vH-Anteil aus den Zuweisungen aus dem Fonds „Deutsche Einheit" (5,25 Mrd DM in 1991) und stellt den Ländern im Rahmen der Bundeszuständigkeit zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung weitere 7 Mrd DM zur Verfügung. — Die alten Bundesländer verzichten bereits ab 1. Januar 1991 auf einen Teil ihrer Umsatzsteuereinnahmen durch Anhebung der Pro-Kopf-Anteile der neuen Länder am Länderanteil aus der Umsatzsteuer von 55 vH auf 100 vH, damit entfällt die im Einigungsvertrag bis Ende 1994 festgelegte Stufenregelung (siehe 1. Juli Haushaltsbegleitgesetz 1991).
8. März	Die Bundesregierung beschließt zur Verbesserung der Finanzausstattung des Bundes/der Länder das Steueränderungsgesetz 1991 (StÄG 1991), das Solidaritätsgesetz und das Haushaltsbegleitgesetz 1991. (Zu den Einzelheiten dieser Gesetze siehe 1. Juli.) Gleichzeitig mit diesen Gesetzen verabschiedet das Bundeskabinett das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost", das unter anderem die Beschlüsse der Konferenz vom 28. Februar konkretisiert. Die darin vorgesehenen zusätzlichen Finanzhilfen für die neuen Bundesländer mit einem Finanzvolumen von jeweils 12 Mrd DM in den Jahren 1991 und 1992 sind für folgende Maßnahmen vorgesehen: — Schnellere Instandsetzung der kommunalen Infrastruktur, insbesondere Krankenhäuser, stationäre Alteneinrichtungen, Schulen (5 Mrd DM) — Sonderprogramm für Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Verbindung mit Existenzgründungen (2,5 Mrd DM) — Beschleunigte Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (1,4 Mrd DM) — Modernisierung des Wohnungsbestandes kommunaler Wohnungen, Stadt- und Dorfsanierungen und städtebaulichen Denkmalschutz (1,1 Mrd DM) — Fristverlängerungen der Investitionszulagen von 12 vH/8 vH um je ein halbes Jahr mit der Möglichkeit der Kumulation dieser Zulagen mit steuerlichen Sonderabschreibungen (400 Mio DM) — Sonderprogramm regionale Wirtschaftsförderung, insbesondere für neue Arbeitsplätze in Problemregionen (600 Mio DM) — Werfthilfen (130 Mio DM) — Soforthilfen im Umweltbereich (400 Mio DM) — Instandsetzung von Schuleinrichtungen und Studentenwohnheimen (200 Mio DM) — Renovierung des Gebäudebestandes des Bundes (270 Mio DM).
21. März	Der Finanzplanungsrat erörtert die Abschlüsse der öffentlichen Haushalte 1990 sowie die Haushaltsentwicklung der Gebietskörperschaften 1991 vor dem Hintergrund der aktuellen Konjunkturlage. Äußerste Sparsamkeit bei den Ausgaben soll oberste Richtschnur der Finanzpolitik bleiben, um die Finanzierungsdefizite rasch und nachhaltig zurückzuführen. Die alten Bundesländer streben deshalb an, die durch die Beschlüsse vom 28. Februar 1991 sich ergebenden Einnahmenminderungen durch Ausgabenkürzungen auszugleichen. In den nächsten Jahren soll das Ausgabenwachstum unter dem Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts bleiben mit dem Ziel, den Ausgabenzuwachs im öffentlichen Gesamthaushalt mittelfristig wieder auf eine Größenordnung von 3 vH zurückzuführen.
25. März	Der vorläufige Abschluß des Bundeshaushalts 1990 (einschließlich der drei Nachtragshaushalte und des übergeleiteten DDR-Haushalts für das zweite Halbjahr 1990) weist mit 46,7 Mrd DM eine Nettokreditaufnahme aus, die damit um 20,3 Mrd DM unter dem Haushaltsansatz vom 25. Oktober 1990 liegt. Die Ausgaben bleiben wegen eines niedrigeren Zuschußbedarfs an die Bundesanstalt für Arbeit und dem zögerlichen Mittelabfluß im Beitrittsgebiet um 16,1 Mrd DM hinter dem Soll zurück. Die gute Wirtschaftsentwicklung im „alten" Bundesgebiet führte 1990 zu Mehreinnahmen von 4,1 Mrd DM.
8. April	Die Regierungskoalition beschließt verstärkte steuerliche Förderungen für den Wohnungsbau in den neuen Bundesländern: Abschreibungsvergünstigungen für die Modernisierung von Wohngebäuden, für den Neubau von Wohnungen und für die Aufwendung für eigengenutzte Wohnungen (Steuermindereinnahmen von rund 1,5 Mrd DM in den Jahren 1991 bis 1994 bei Bund, Ländern und Gemeinden).
16. Mai	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" legt unter Berücksichtigung der finanziellen Wirkungen des Steueränderungsgesetzes und des Solidaritätsgesetzes (zu den Einzelheiten siehe 1. Juli) Schätzungen der Steuereinnahmen für die Jahre 1991 bis 1995 vor.

noch Tabelle 41

Datum	
noch 1991	
7. Juni	Der Bundesrat verabschiedet den Bundeshaushalt 1991. Gegenüber dem Haushaltsabschluß für das Jahr 1990 sind die Ausgaben mit 410,3 Mrd DM um 8 vH höher; die Nettokreditaufnahme beträgt 66,4 Mrd DM.
11. Juni	Die Kommission zur Verbesserung der steuerlichen Bedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze legt ihr Gutachten zur Reform der Unternehmensbesteuerung vor. Im wesentlichen schlägt sie vor: Senkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne und des Spitzensatzes des Einkommensteuertarifs auf 46 vH, Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer bei gleichzeitigem Wegfall der Gewerbesteuerumlage, Abschaffung der Vermögensteuer und der Einheitsbewertung, Halbierung der Steuermeßzahl für die Gewerbesteuer auf 2,5 vH bei Hinzurechnung aller Zinsen, Koppelung der Hebesätze für Grundsteuer und Gewerbesteuer, Verbesserung der Altersversorgung bei Selbständigen, Beseitigung der Doppelbesteuerung ausgeschütteter Auslandsgewinne von Körperschaften und Verbesserung des Umwandlungssteuerrechts. Die Finanzierung dieser Maßnahmen soll zu einem erheblichen Teil durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage (Rückführung der degressiven AfA, Streichungen der Abschreibungsvergünstigungen) und eine Anhebung des Grundsteueraufkommens um 20 vH erreicht werden.
17. Juni	Die Bundesregierung plant im Rahmen des Steueränderungsgesetzes 1992 eine Verbesserung des Familienlastenausgleichs um 7 Mrd DM, unter anderem ist die Anhebung des Kinderfreibetrags von derzeit 3034 DM auf 4104 DM, die Erhöhung des Erstkindergeldes von 50 DM auf 70 DM monatlich sowie die Aufstockung des Kindergeldzuschlages von bisher bis zu 48 DM auf bis zu 65 DM monatlich vorgesehen. Außerdem soll eine Erhöhung des allgemeinen Satzes bei der Umsatzsteuer ab 1993 um 1 Prozentpunkt auf 15 vH (unter gleichzeitiger Beibehaltung des ermäßigten Satzes von 7 vH) und die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze („Unternehmenssteuerreform") erfolgen (zu den Einzelheiten siehe 10. Juli).
1. Juli	Das „Gesetz zur Einführung eines befristeten Solidaritätszuschlags und zur Änderung von Verbrauchsteuern und anderen Gesetzen" (Solidaritätsgesetz) tritt in Kraft. Es umfaßt folgende Bestandteile: — Einführung eines Solidaritätszuschlags zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer nach Artikel 106 Abs. 1 Nr. 6 GG in Höhe von 7,5 vH der Steuerschuld, befristet für den Zeitraum vom 1. Juli 1991 bis zum 30. Juni 1992 (1991: 11,3 Mrd DM, 1992: 10,8 Mrd DM) — Erhöhung der Mineralölsteuer ab 1. Juli 1991 für bleifreies Benzin um 22 Pf/l auf 82 Pf/l, verbleites Benzin um 25 Pf/l auf 92 Pf/l, Dieselkraftstoff um 10 Pf/l auf 54,15 Pf/l, leichtes Heizöl um 2,34 Pf/l auf 8 Pf/l sowie Erdgassteuer um 1 Pf/10 kWh auf 3,6 Pf/10 kWh bei gleichzeitiger Aufhebung der Befristung (1991: 5,4 Mrd DM, 1992: 13,2 Mrd DM) — Anhebung der Versicherungsteuer um 3 Prozentpunkte auf 10 vH ab 1. Juli 1991 (1991: 700 Mio DM, 1992: 2 Mrd DM) — Erhöhung der Tabaksteuer ab 1. März 1992 um durchschnittlich 1 Pf je Zigarette (1992: 800 Mio DM). Das „Gesetz zur Förderung von Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Beitrittsgebiet sowie zur Änderung steuerrechtlicher und anderer Vorschriften" (Steueränderungsgesetz 1991) tritt in Kraft. Es umfaßt folgende wichtige steuerliche Fördermaßnahmen: — Einführung befristeter Sonderabschreibungen bis zu 50 vH der Anschaffungskosten für Ausrüstungsinvestitionen und Betriebsgebäude ab 1991 sowie Verlängerung der Frist für die Investitionszulagen von 12 vH bis zum 30. 6. 1992 und der von 8 vH bis zum 31. 12. 1994 bei einem Investitionsbeginn vor dem 1. 1. 1993. Die Sonderabschreibungen können zusätzlich zur Investitionszulage in Anspruch genommen werden (1991: 1,4 Mrd DM, 1992: 1,9 Mrd DM) — Verzicht auf die Erhebung der Gewerbekapitalsteuer und der Vermögensteuer in den Jahren 1991 und 1992 sowie Einführung eines ermäßigten Staffeltarifs für mittelständische Personenunternehmen bei der Gewerbeertragsteuer (1991: 400 Mio DM, 1992: 500 Mio DM) — Einführung eines Tariffreibetrags bei der Einkommensteuer von 600 DM für ledige und 1200 DM für verheiratete Steuerpflichtige mit einem Beschäftigungsverhältnis oder Wohnsitz im Beitrittsgebiet bis zum 31. 12. 1993 (1991: 660 Mio DM, 1992: 1 Mrd DM) — Schrittweiser Abbau der Berlinförderung mit dem Wegfall der Arbeitnehmerpräferenzen, der erhöhten Absetzung für betriebliche Investitionen und für Mehrfamilienhäuser, der Steuerermäßigung für die Hingabe von Investitionskrediten, der Investitionszulagen sowie allmähliche Rückführung der Herstellerpräferenzen und ein stufenweiser Abbau der Arbeitnehmerzulagen (ab 1. 10. 1991) sowie der Zonenrandförderung (1991: 900 Mio DM, 1992: 4,3 Mrd DM) — Anhebung der Kilometerpauschbeträge für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte für 1991 um 8 Pf auf 58 Pf und ab 1992 auf 65 Pf (1991: 200 Mio DM, 1992: 1 Mrd DM) — Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer für Diesel-Pkw zum Ausgleich für die geringere Belastung mit Mineralölsteuer um 8 DM je 100 ccm ab 1. 7. 1991 (1991: 400 Mio DM, 1992: 900 Mio DM) — Verbesserung der Förderung des privaten Wohneigentums ab 1991: Erhöhung des steuerlichen Abzugsbetrages nach § 10e EStG von 15000 DM auf 16500 DM, Aufstockung des Baukindergeldes von 750 DM auf 1000 DM je Kind.

Datum	
noch 1991	
noch 1. Juli	Außerdem tritt das „Gesetz über Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte sowie über strukturelle Anpassung in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet" (Haushaltsbegleitgesetz 1991) in Kraft. Es umfaßt unter anderem für die neuen Bundesländer folgende Maßnahmen: — Zur Entlastung der Finanzlage von Ländern und Gemeinden im Beitrittsgebiet überläßt der Bund seinen im Einigungsvertrag vorgesehenen Anteil von 15 vH an den Zuweisungen des Fonds „Deutsche Einheit" (5,25 Mrd DM und bis 1994 insgesamt 14 Mrd DM). — Die neuen Bundesländer erhalten schon ab 1991 den ihnen gemäß ihrer Einwohnerzahl zustehenden Anteil am Umsatzsteueraufkommen von 100 vH, hierdurch stehen den neuen Bundesländern 1991 rund 5 Mrd DM mehr zur Verfügung. — Zusätzliche Mittel für den kommunalen Straßenbau im Rahmen des Gemeindeverkehrsgesetzes und für den öffentlichen Personennahverkehr (1991: 1,2 Mrd DM, 1992: 1,8 Mrd DM). — Die Postablieferung wird in den Jahren bis 1995 so gestaltet, daß die Deutsche Bundespost Telekom im Wege der Vorauszahlung dem Bundeshaushalt 1991 und 1992 je 2 Mrd DM zusätzlich zuführt. — Verbesserung des Kindergeldes in den neuen Bundesländern.
10. Juli	Das Bundeskabinett verabschiedet den Haushaltsentwurf des Bundes für 1992, den mittelfristigen Finanzplan 1991 bis 1995 und legt Eckwerte des Gesetzentwurfs zur Entlastung der Familie und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze (Steueränderungsgesetz 1992) fest. Bundeshaushalt und mittelfristige Finanzplanung: — Ausgabenvolumen 1992 von 422,5 Mrd DM, Anstieg von 3 vH gegenüber dem Soll 1991 — Mittelfristiger Ausgabenanstieg bis 1995 um durchschnittlich 2,3 vH — Rückführung der Nettokreditaufnahme von knapp 50 Mrd DM in 1992 auf 25 Mrd DM in 1995 Steueränderungsgesetz 1992 mit den Schwerpunkten: — Abbau von Finanzhilfen und steuerlichen Vergünstigungen von jährlich rund 10 Mrd DM bis 1994:

Abbau	1992	1993	1994
Finanzhilfen	3,4	4,9	4,9
davon im jeweiligen Jahr kassenwirksam	1,8	3,2	3,0
Steuerliche Vergünstigungen	5,4	5,4	5,4
davon im jeweiligen Jahr kassenwirksam	1,8	2,5	3,9
Insgesamt	8,8	10,3	10,3
davon im jeweiligen Jahr kassenwirksam	3,6	5,7	6,9

Quelle: BMF

	— Weitere Verbesserungen des Familienlastenausgleichs (siehe dazu 17. Juni) — Entlastung der Betriebe ab 1. 1. 1993 von ertragsunabhängigen Steuern durch den Wegfall der Gewerbekapitalsteuer und Erleichterungen bei der auf Betriebsvermögen entfallenden Vermögensteuer (Übernahme der Steuerbilanzwerte in die Vermögensaufstellung, mittelstandsfreundliche Anhebung des Freibetrags für Betriebsvermögen inländischer Gewerbebetriebe von 125000 DM auf 500000 DM und Anhebung des sog. Bewertungsabschlags für den Ansatz des Betriebsvermögens oberhalb des Freibetrags von 25 vH auf 50 vH) — Anhebung des allgemeinen Satzes bei der Umsatzsteuer von 14 vH auf 15 vH unter Beibehaltung des ermäßigten Satzes von 7 vH (ab 1. 1. 1993) — Zum Ausgleich der Einnahmenausfälle bei den Gemeinden: Verringerung der Gewerbesteuerumlage um 40 vH ab 1. 1. 1993; Erhöhung der Leistungen des Bundes nach den vom Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz vorgegebenen Finanzhilfen um 1,5 Mrd DM in 1992 und je 3 Mrd DM in den Jahren 1993 bis 1995.
2. September	Die Bundesregierung beschließt den Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Strukturhilfegesetzes zum 1. 1. 1992 und zur Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit". Danach soll das Gesamtvolumen der bisherigen Strukturhilfe (2,45 Mrd DM) über die Aufstockung des Fonds in den Jahren 1992 bis 1994 an die neuen Bundesländer fließen, darüber hinaus soll der Fonds durch zusätzliche Bundesleistungen um 3,45 Mrd DM jährlich aufgestockt werden. Für die westlichen Länder ist als Ersatz 1991 eine einmalige pauschale Überbrückungshilfe von 600 Mio DM vorgesehen.
16. Oktober	Auf Vorschlag der Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau diskutiert das Bundeskabinett ein neues wohnungspolitisches Programm mit folgenden Einzelmaßnahmen: — Eigenheimförderung — — Degressive Ausgestaltung des § 10e EStG in den ersten vier Jahren von 5 vH auf 6 vH (Höchstbetrag unverändert 330000 DM) — — Schuldzinsenabzug für eigengenutzte neue Wohnungen von bis zu 12000 DM jährlich für drei Jahre — — Ausdehnung des § 10e EStG auf den Ausbau und Umbau zum Zwecke der Unterbringung von Familienangehörigen in einer zusätzlichen abgeschlossenen Wohnung

noch Tabelle 41

Datum	
noch 1991	
noch 16. Oktober	— Mietwohnungsbau —— Sonderprogramm im sozialen Wohnungsbau für Regionen mit erhöhtem Wohnungsbedarf —— Aufstockung des KfW-Darlehensprogramms für Ausbau- und Umbaumaßnahmen — Neue Baualtersstufen beim Wohngeld für Neubauten — Anhebung der Einkommensgrenzen im sozialen Miet-Wohnungsbau; das heißt Überschreitung der Einkommensgrenzen künftig um 60 vH und nicht mehr nur um 40 vH möglich — Effektivere Nutzung der Fehlbelegungsabgabe von allen Bundesländern als Mittel zum verstärkten Subventionsabbau, zur Förderung der Mobilität im Sozialwohnungsbestand und zur verstärkten Gewinnung von Fördermitteln im sozialen Wohnungsbau und für den Erwerb von Belegungsrechten — Wiederzulassung von Geldwertsicherungsklauseln für Mietverträge mit einer Laufzeit von mindestens zehn Jahren.
17. Oktober	Das Bundeskabinett beschließt einen Nachtragshaushalt in Höhe von 5,6 Mrd DM. Davon sind 5 Mrd DM als Verstärkung der Rücklage der Bundesanstalt für Arbeit vorgesehen, die damit ihr voraussichtliches Defizit im Jahre 1992 finanzieren soll; die restlichen 600 Mio DM erhalten die westlichen Länder (siehe auch 2. September).
31. Oktober	Das Bundeskabinett billigt den „Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen für die Jahre 1989 bis 1992" (13. Subventionsbericht): Umfang der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes in den alten und neuen Bundesländern 1991 rund 38½ Mrd DM (+ 8¼ Mrd DM gegenüber 1990), für 1992 geplanter Abbau um 3 Mrd DM auf 35½ Mrd DM; Höhe der Subventionen für die neuen Bundesländer knapp 11 Mrd DM jeweils für die Jahre 1991 und 1992, im wesentlichen für Sonderabschreibungen, die befristete Investitionszulage, für Finanzhilfen zur Förderung betrieblicher Investitionen, Modernisierung, Instandsetzung und Privatisierung des Wohnungsbestandes, zur Anpassung und Umstellung der Landwirtschaft; für die alten Bundesländer 1991/92 Abbau der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen um gut 5 Mrd DM, insbesondere durch den Fortfall teilungsbedingter Lasten und durch die geplanten Maßnahmen im Steueränderungsgesetz 1992 (siehe dazu auch 10. Juli).

Bei den Personalzusatzkosten haben zwar die auf tariflichen und betrieblichen Vereinbarungen beruhenden Bestandteile ein höheres Gewicht als die gesetzlich begründeten, gleichwohl wurde — nach einer Stabilisierung in den Jahren 1989 und 1990 — durch die Veränderung der Beitragssätze und die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen im Jahre 1991 im Produzierenden Gewerbe ein Anstieg der gesamten Zusatzkosten von 82,9 vH auf 83,5 vH des Entgelts für geleistete Arbeit verursacht. Der Sachverständigenrat hat in seinen Gutachten wiederholt auf die zentrale Bedeutung der marginalen Abgabenbelastung für die Entfaltung von Leistungsbereitschaft und damit für das Wirtschaftswachstum hingewiesen (JG 86 Ziffer 284, JG 87 Ziffer 276, JG 88 Ziffer 363). Dieser Zusammenhang gewinnt derzeit angesichts der im Jahre 1991 erhöhten Belastung und im Hinblick auf die vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung geplante Einführung einer zusätzlichen Sozialversicherung für das Pflegefallrisiko wieder verstärkt an Bedeutung (Ziffern 357 ff.).

VIII. Engpässe im Verkehrsbereich

213. Engpässe im Verkehrsbereich stellen in zunehmendem Maße ein Hemmnis für das wirtschaftliche Wachstum dar. Bereits heute sind in vielen Bereichen des Verkehrssystems Überlastungen festzustellen, vor allem auf der Straße, aber auch im Schienenverkehr und im Luftverkehr. Lediglich im Binnenschiffahrtsverkehr sind noch freie Kapazitäten in größerem Umfang vorhanden. Prognosen deuten darauf hin, daß die Nachfrage nach Verkehrsleistungen in den nächsten Jahren mit beschleunigtem Tempo weiter anwachsen wird, vor allem bei den Verkehrsträgern, die schon heute hoch ausgelastet sind.

214. Als Engpaß im Verkehrsbereich erweist sich vor allem das Straßennetz. In besonderer Weise gilt dies für Ostdeutschland, wo die vorhandenen Straßen weder in quantitativer noch in qualitativer Hinsicht den Anforderungen genügen, die an ein leistungsfähiges Verkehrswegenetz gestellt werden. Aber auch im Westen Deutschlands wird der Straßenverkehr in zunehmendem Maße durch Kapazitätsengpässe beeinträchtigt.

In Ostdeutschland fehlt es vor allem an gut ausgebauten Autobahnen und Fernverkehrsstraßen. Das Straßennetz ist hier nur etwa halb so dicht wie in Westdeutschland. Insbesondere die vorhandenen Ost-West-Verbindungen reichen bei weitem nicht aus, um das gestiegene Verkehrsaufkommen aufzunehmen. Da auch notwendige Reparaturen im Straßenwesen jahrzehntelang versäumt worden sind, muß ein großer Teil des Straßennetzes in Ostdeutschland dringend instandgesetzt werden.

Das Straßennetz in Westdeutschland ist zwar vergleichsweise gut ausgebaut, doch ist seit längerem

eine Abnahme der Leistungsfähigkeit der Straßeninfrastruktur zu beobachten. Die Investitionsausgaben für das Straßennetz bleiben nun schon seit zwei Jahrzehnten hinter dem Wachstum des Verkehrs zurück. Insbesondere das Autobahnnetz erweist sich mehr und mehr als Engpaßfaktor. Im Jahre 1988 waren über 40 vH des Bundesautobahnnetzes hochbeansprucht; im Jahre 1995 wird es nach Schätzungen knapp die Hälfte sein. In der Urlaubszeit erhöhen sich diese Belastungen noch; im Jahre 1988 waren an den Werktagen in der Urlaubszeit drei Viertel des gesamten Autobahnnetzes überlastet. Die am stärksten befahrenen Abschnitte der Autobahnen konzentrieren sich dabei nicht nur auf die Ballungsgebiete, sondern auch auf lange Streckenabschnitte zwischen den regionalen Zentren, beispielsweise auf die Verbindungen zwischen dem Ruhrgebiet und dem Rhein-Main-Raum, seit der deutschen Vereinigung auch auf die Verbindungen von und nach Berlin.

215. Aus Gründen des Umweltschutzes erscheint zwar eine Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene sinnvoll. Dies ist allerdings nur in bestimmten Segmenten auch wirtschaftlich vertretbar. Die Leistungsvorteile der Bahn liegen beim Güterverkehr vor allem im Transport großer Mengen zwischen zwei Knotenpunkten über größere Entfernungen — mindestens 250 km —, beim Personenverkehr im Fernverkehr zwischen den Ballungszentren. In anderen Bereichen — insbesondere beim Verkehr in der Fläche — weist die Bahn hingegen gegenüber dem Straßenverkehr Nachteile auf. Häufig ist sie hier auch unter umweltpolitischen Gesichtspunkten unterlegen.

Einer weiteren Verlagerung des Verkehrsaufkommens auf die Schiene stehen allerdings bereits heute gravierende Engpässe im Schienenverkehrssystem entgegen. In Ostdeutschland ist das Schienennetz aufgrund hoher Belastungen in der Vergangenheit und unterlassener Reparaturen zu weiten Teilen in sehr schlechtem Zustand. Wollte man das Schienenverkehrssystem der Reichsbahn in seinem jetzigen Umfang erhalten, so wären umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur und das rollende Material notwendig: Nach Berechnungen des Ifo-Instituts würden sich die Sanierungskosten des Eisenbahnnetzes in den neuen Bundesländern auf knapp 55 Mrd DM belaufen. Angesichts der zu erwartenden Nachfrageentwicklungen erscheint es jedoch sinnvoll, die für Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel nur für solche Projekte zu verwenden, in denen die Reichsbahn auch langfristig wettbewerbsfähig sein wird. Hier lassen sich westdeutsche Erfahrungen nutzen.

In Westdeutschland konzentriert sich die Schienenverkehrsnachfrage im Personenverkehr in zunehmendem Maße auf die IC-Verbindungen zwischen den Ballungszentren, im Güterverkehr auf den kombinierten Ladungsverkehr und die Intercargo-Direktzugsysteme. Diese räumliche Konzentration der Verkehrsleistungen bewirkt — auch bei stagnierendem Gesamtaufkommen — sich weiter verschärfende Engpässe auf den zentralen innerdeutschen Nord-Süd- und Ost-West-Magistralen und in den wichtigsten Umschlaganlagen des kombinierten Verkehrs. Hinzu kommen Kapazitätsengpässe in der Waggongestellung beim kombinierten Verkehr. Zusätzliche Belastungen für das Schienennetz ergeben sich schließlich durch die zeitliche Konzentration der Verkehrsströme. Dies gilt insbesondere für den Güterverkehr: Hier führt das Angebot von Nachtsprungverbindungen zu einer Überlastung der Umschlaganlagen des kombinierten Verkehrs in den Tagesrandzeiten. Die abgehenden Züge konkurrieren zudem mit den abendlichen Verkehrsspitzen im Personenverkehr.

216. Zunehmende Bedeutung im innerdeutschen, vor allem aber im grenzüberschreitenden Verkehr gewinnt der Luftverkehr. Insbesondere für Geschäftsreisende, aber auch für den Transport hochwertiger, zeitempfindlicher Güter ist ein ausreichendes Angebot an Flugverbindungen im Zuge der fortschreitenden Dezentralisierung von Produktion und Vertrieb unverzichtbar; auch der grenzüberschreitende Tourismus ist auf hinreichend große Flugkapazitäten angewiesen. Einer weiteren Ausweitung des Luftverkehrs sind jedoch Grenzen gesetzt: Teile des Luftraumes und einige Flughäfen sind bereits heute überlastet. Das Problem liegt allerdings weniger im zu hohen Luftverkehrsaufkommen als vielmehr in der ineffizienten Nutzung des Luftraums über Deutschland und Europa. Es wird geschätzt, daß durch Ineffizienzen in der Luftraumnutzung — vor allem durch Verspätungen, Umwege in der Streckenführung und ungünstige Flughöhen — den europäischen Volkswirtschaften jährlich rund 10 Mrd DM an vermeidbaren Kosten entstehen.

Als Engpaßfaktor erweist sich insbesondere das europäische Flugsicherungsnetz, das sich aus insgesamt 22 nur teilweise kompatiblen nationalen Systemen und 44 Kontrollzentren zusammensetzt. Demgegenüber kommen die Vereinigten Staaten mit nur einem System und zwanzig Kontrollzentren aus. Die rasche Verwirklichung eines einheitlichen europäischen Flugsicherungssystems unter Einbeziehung der militärischen Flugsicherung könnte hier Abhilfe schaffen; ein solcher Schritt erscheint auch im Hinblick auf die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes geboten.

Verzögerungen im Flugverkehr ergeben sich auch durch die unzureichende Kapazität der Flughäfen; diese wird primär durch die vorhandenen Start- und Landebahnen bestimmt. In Deutschland sind insbesondere die Flughäfen Frankfurt/Main, Düsseldorf, Berlin-Tegel und München-Riem stark überlastet. Während sich für Düsseldorf, Berlin und München gewisse Erleichterungen abzeichnen, sind in Frankfurt/Main kaum noch Kapazitätsreserven vorhanden. Bereits für das Jahr 1997 wird die völlige Überlastung dieses Flughafens befürchtet.

217. Sollen Engpässe in der Verkehrsinfrastruktur nicht die weitere wirtschaftliche Entwicklung hemmen, so muß das Verkehrswegenetz quantitativ, vor allem aber qualitativ deutlich verbessert werden. Besondere Aufgaben stellen sich dabei in den neuen Bundesländern, wo dem zügigen Ausbau des Verkehrswegenetzes höchste Priorität zukommt (Ziffer 463). Die Verkehrspolitik muß dabei in einen gesamteuropäischen Zusammenhang gestellt werden, denn auch die internationale Arbeitsteilung im Europäischen Wirtschaftsraum würde behindert, wenn die Bundesrepublik — als Transitland in der Mitte Europas gelegen — ihr Verkehrssystem vernachlässigte

(JG 90 Ziffer 465). Zusätzlich gilt es, Vorsorge für eine auch ökologisch verträgliche Bewältigung des zunehmenden Verkehrsaufkommens zu treffen. Zentrale Bedeutung kommt in einem umweltgerechten Verkehrskonzept dem Schienenverkehr zu. Erforderlich sind vor allem eine bessere Nutzung und eine Ausweitung der Kapazitäten in den Bereichen, wo die Bahn gegenüber konkurrierenden Verkehrsträgern Wettbewerbsvorteile besitzt.

In vielen Bereichen wird eine Verbesserung der Engpaßsituation nur durch Erweiterung des bestehenden Verkehrswegesystems möglich sein. Bei den notwendigen Ausbaumaßnahmen handelt es sich zwar vor allem um die Schließung von Lücken und die Erweiterung bestehender Kapazitäten; in einigen Fällen sind aber auch neue Trassen anzulegen. Angesichts der bereits heute sehr hohen Auslastung der vorhandenen Verkehrswege erscheint dabei eine Beschleunigung von Planung und Durchführung von Verkehrsinvestitionen notwendig; das für den Osten Deutschlands konzipierte Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz weist hier den richtigen Weg (Ziffer 474). Zu erwägen ist auch, wenigstens für die Erstellung der Verkehrsinfrastruktur private Anbieter heranzuziehen. Zu vermuten ist, daß hierdurch — neben einer geringeren Belastung der öffentlichen Haushalte — Effizienzgewinne erzielt werden können (Ziffern 475).

Ein weiträumiger Ausbau ist auf kurze Sicht jedoch nicht zu bewerkstelligen. Angesichts der vorhandenen Ineffizienzen sind aber Änderungen im bestehenden System erfolgversprechend. So erscheint es in vielen Bereichen möglich, durch die Anwendung moderner Techniken die Auslastung des bestehenden Verkehrswegenetzes zu erhöhen. Dies gilt vor allem für den Schienenverkehr; hier ist zum Beispiel an die Installation rechnergestützter Zugüberwachungssysteme im Kernnetz der Bundesbahn und der Reichsbahn oder den verstärkten Einsatz von Direktzugsystemen zwischen Bündelungspunkten des Güterverkehrs zu denken. Für solche Lösungen spricht — neben der Zeitersparnis —, daß sie weitaus kostengünstiger sein dürften als der Neubau weiterer Strecken. Auch im Flugverkehr ließe sich durch den Einsatz verbesserter Techniken — vor allem in der Flugsicherung — eine höhere Kapazitätsauslastung durch engere Staffelung der Flugbewegungen erreichen. Denkbar ist schließlich auch die Anwendung individueller Verkehrsleitsysteme im Straßenverkehr.

Effizienzsteigerungen könnten zudem durch eine stärkere Konzentration der einzelnen Verkehrsträger auf die Segmente erreicht werden, in denen sie Vorteile besitzen, also eine intensive Arbeitsteilung. Notwendig ist daher ein verstärkter Ausbau der Schnittstellen zwischen den verschiedenen Verkehrssystemen, so zum Beispiel durch die direkte Anbindung der internationalen Flughäfen an das Eisenbahnnetz oder durch die Errichtung eines flächendeckenden Systems von Güterverkehrszentren für den Direktzugverkehr.

Verbesserungen auf der Angebotsseite allein werden jedoch nicht ausreichen, die Überlastung des Verkehrssystems zu verringern. Erforderlich sind auch Maßnahmen zur Beeinflussung der Struktur der Nachfrage nach Verkehrsleistungen. Dies ließe sich durch eine knappheitsgerechte Preisbildung für die Inanspruchnahme der Verkehrsinfrastruktur bewerkstelligen; eine solche Lösung hätte zudem den Vorteil einer stärkeren Beteiligung der Nutzer an den externen Kosten des Verkehrs. Möglichkeiten hierzu bieten sich insbesondere im Bahn- und Flugverkehr. So könnten zum Beispiel durch eine zeitliche Preisdifferenzierung bei Umschlag und Transport im Güterfernverkehr auf der Schiene in den Verladeterminals eine gleichmäßigere Kapazitätsauslastung im Tagesverlauf erreicht werden. Auch im Flugverkehr bietet sich die Möglichkeit, durch lastbezogene Gebührendifferenzierung bei Start- und Landerechten eine Verlagerung der Nachfrage in verkehrsarme Zeiten und auf unterausgelastete Flughäfen — auch in den europäischen Nachbarländern — zu erreichen. Geprüft werden sollte schließlich auch, inwieweit die Einführung knappheitsgerechter Preise im Straßenverkehr möglich ist.

Effizienzsteigernde Wirkungen sind auch von einer Belebung des Wettbewerbs im Verkehrswesen zu erwarten, so beispielsweise durch eine Trennung von Betrieb und Fahrweg im Bereich der Eisenbahnen (Ziffer 467). Insbesondere erscheint die Abschaffung bislang bestehender Regulierungen an den Verkehrsmärkten notwendig, die zu einer Beschränkung des Marktzutritts für ausländische, aber auch für potentielle inländische Anbieter führen (JG 88 Ziffern 349ff.).

ZWEITES KAPITEL
Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1992

I. Die Ausgangslage

218. Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit sind beide Teile Deutschlands ein gutes Stück vorangekommen, aber noch ist das Ziel fern. Der Aufbau einer neuen Wirtschaftsbasis in Ostdeutschland hat gerade erst begonnen. Die großen Unterschiede in der Leistungskraft werden auch in den kommenden Jahren das wirtschaftliche Bild im vereinten Deutschland prägen.

219. Damit die ostdeutsche Wirtschaft aufschließen kann, muß die Wirtschaft im westlichen Teil Deutschlands in guter Verfassung bleiben. Ob das in nächster Zeit noch so sein wird, ist keineswegs gewiß. Die konjunkturelle Expansion, die ihre Kraft in den letzten anderthalb Jahren aus der deutschen Vereinigung bezog, verliert an Tempo und Breite. Die Wirkungsrichtung des enormen Finanztransfers kehrt sich allmählich um: Der Nachfragesog aus Ostdeutschland, der in Westdeutschland bislang für mehr Produktion und Beschäftigung sorgt, wird schwächer; dafür werden die Belastungen durch höhere Steuern und Zinsen spürbar. Zu dem kommen starke inflatorische Verspannungen. Sie rühren von einer Lohnpolitik und einer Finanzpolitik her, die Kostendruck erzeugen und die den Konflikt mit der Geldpolitik provozieren. Das alles mindert die Chancen und erhöht die Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr.

220. Die westdeutsche Wirtschaft ist im Verlauf des Jahres 1991 auf einen flacheren Expansionspfad eingeschwenkt; ob sich dieser weiter abflacht oder ob er wieder ansteigt, darüber ist noch nicht entschieden. Das wird nicht zuletzt davon abhängen, welche Weichen für die Finanzpolitik und die Lohnpolitik für das nächste Jahr gestellt werden.

221. Wie im letzten Jahr bereitet uns die schwierige Datenlage große Probleme. Die statistische Informationsbasis in den neuen Bundesländern ist weiterhin sehr schmal. Zudem ist auch ein Teil der statistischen Informationen, die für die alten Bundesländer vorliegen, nicht mehr eindeutig geographisch zuzuordnen. Denn die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den alten und neuen Bundesländern werden zunehmend enger. So schließt der Umsatz des westdeutschen Einzelhandels auch Käufe von Kunden mit Wohnsitz in Ostdeutschland ein, ohne daß es möglich wäre, diese Käufe von denen der westdeutschen Bevölkerung zu trennen.

Die schwierige Datenlage ist auch der Grund dafür, daß es bislang noch keine vollständigen amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das vereinte Deutschland gibt. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bilden die statistische Basis für die Prognose. Sie ermöglichen es, die Prognoseergebnisse dem notwendigen Konsistenztest zu unterziehen, also zu prüfen, ob sie widerspruchsfrei sind. Das ist derzeit nur für den Gebietsstand der alten Bundesländer möglich, für das Gebiet der neuen Bundesländer fehlen noch wichtige Ausgangsdaten für die Prognoserechnung. Das zwingt uns zu Kompromissen. Unsere Prognose hat zwar das vereinte Deutschland im Blick, aber eine geschlossene Prognoserechnung in Form Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen können wir nur für Westdeutschland vorlegen. Für Ostdeutschland beschränken wir uns auf den Ausweis einiger zentraler Größen.

222. Bevor wir uns mit den Perspektiven für die deutsche Wirtschaft beschäftigen, ist es notwendig, das Umfeld zu beschreiben, in dem sie sich im nächsten Jahr voraussichtlich bewegen wird. Wir fragen zunächst, welchen Kurs im Ausland und im Inland die Wirtschaftspolitik und die Lohnpolitik einschlagen werden, und wie sich — teilweise als Reaktion darauf — die Konjunktur in diesen Ländern entwickeln wird. Denn davon wird es maßgeblich abhängen, ob die deutsche Wirtschaft im nächsten Jahr wieder auf einen steileren Expansionspfad kommen kann.

II. Die Annahmen der Prognose

223. Die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr ist erst zum Teil durch schon getroffene Entscheidungen festgelegt. Die Prognose muß deshalb mit Annahmen arbeiten, und sie muß diese Annahmen offenlegen und begründen. Nur so ist sie für Außenstehende nachvollziehbar. Zu den Annahmen der Prognose gehört vor allem eine Setzung für den Kurs, den die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik und in anderen wichtigen Partnerländern voraussichtlich einschlagen wird. Zu der Zeit, in der wir die Prognose erarbeiten, gibt es darüber keine vollständigen Informationen. Ausgangspunkt ist dann für uns das, was diese bis jetzt zur Leitlinie ihrer Politik gemacht haben.

Im einzelnen legen wir der Prognose folgendes zugrunde:

— Die Geldpolitik wird in den meisten Ländern ihren monetären Kurs mit Rücksicht auf die noch schwache Konjunktur weiter lockern. Sie kann das auch, weil die Gefahr einer Inflationsbeschleunigung gegenwärtig nicht besteht. In den Vereinigten Staaten wird die Notenbank die Federal Funds Rate niedrig halten. Die Notenbanken der meisten Industrieländer werden Chancen zu weiteren Zinssenkungen nutzen. Wir gehen davon aus, daß die Bundesbank auf ihrem Stabilitätskurs bleiben wird. Dazu würde passen, daß sie sich wieder ein Geldmengenziel setzt, das einer Ausweitung der Zentralbankgeldmenge um 5½ vH entspricht (Zif-

fer 309). Sie würde damit keinen zusätzlichen Restriktionsdruck erzeugen. Es bliebe sogar Raum für einen leichten Rückgang der Zinsen am deutschen Kapitalmarkt. Der Wechselkurs der D-Mark gegenüber den Währungen der wichtigsten Partnerländer müßte sich bei diesen Annahmen nicht viel verändern; gegenüber dem Dollar setzen wir ihn für den Durchschnitt des Jahres 1992 mit 1,70 DM an.

- Die Finanzpolitik wird in den meisten Ländern am Ziel der Haushaltskonsolidierung festhalten. Das wird ihr — konjunkturbedingt — durch steigende Steuereinnahmen erleichtert. Sie wird überwiegend konjunkturneutral (so vor allem in den westeuropäischen Ländern) oder leicht expansiv (so vor allem in Japan) wirken. Die in einer Reihe westlicher Industrieländer in nächster Zeit anstehenden Wahlen könnten dazu führen, daß die Defizite in den öffentlichen Haushalten höher ausfallen, als es bisher geplant ist. Das Defizit im amerikanischen Bundeshaushalt wird sich wegen der Belastungen aus der Sparkassenkrise weiter erhöhen; ohne diese Belastungen würde es sich etwas verringern, allerdings nicht wegen geplanter Kürzungen bei den Ausgaben, sondern wegen konjunkturbedingter Steuermehreinnahmen. In der Bundesrepublik, so unsere Annahme, wird der Bund Anstrengungen unternehmen, das Defizit zurückzuführen. Er wird — im Einklang mit der mittelfristigen Finanzplanung — den Ausgabenanstieg auf 3 vH gegenüber dem Soll von 1991 begrenzen. Wir gehen davon aus, daß diese Haushaltsdisziplin nicht durch die Ausgabenentwicklung bei den Ländern und Gemeinden konterkariert wird. Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts wird im kommenden Jahr dann trotz steigender Ausgaben für das Beitrittsgebiet etwas kleiner ausfallen als in diesem Jahr.

224. Bei diesen Annahmen wäre die Rückkehr auf einen steileren Expansionpfad nicht verbaut. Die Geldpolitik bleibt auf ihrem bisherigen Kurs. Sie wird einer weiteren Inflationsbeschleunigung entgegenwirken, und das hält die Chancen offen, die Stabilität des Geldwertes allmählich zurückzugewinnen. Die Finanzpolitik ist zwar noch nicht voll auf Konsolidierungskurs, aber mit den Anstrengungen zur Eindämmung der Defizite ist sie auf dem Weg dahin. Ob das schon ausreicht, den Vertrauensschwund wieder wettzumachen, den die Wirtschaftspolitik in diesem Jahr hat hinnehmen müssen, bleibt abzuwarten. Wichtig ist, daß die Lohnpolitik die Rolle spielt, die ihr zukommt.

225. Die Lohnpolitik muß erkennen, daß unter den Bedingungen einer stabilitätsorientierten Geldpolitik und einer auf einen Konsolidierungskurs einschwenkenden Finanzpolitik der Verteilungsspielraum im kommenden Jahr eng ist. Ähnlich hohe Lohnsteigerungsraten wie in diesem Jahr würden die wirtschaftliche Entwicklung stark belasten. Unter diesen Bedingungen wäre eine Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung schwer vorstellbar. Wir wissen nicht, welchen Weg die Tarifparteien letztlich einschlagen werden. Es gehört aber zu den Annahmen der Prognose, daß ihnen ein Schritt in Richtung auf stabilisierungskonforme Lohnabschlüsse gelingt. In die Rechnung haben wir eine Lohnsteigerungsrate eingestellt, die um reichlich einen Prozentpunkt niedriger ist als in diesem Jahr. Wir meinen zwar nicht, daß dies ein ausreichender Schritt wäre; was wir von der Tarifpolitik erhoffen, wird von uns an späterer Stelle erörtert (Ziffern 384 ff.).

226. Zu den Annahmen der Prognose gehört schließlich eine Setzung für den Ölpreis. Es gibt derzeit keine Anhaltspunkte dafür, daß mit starken Ausschlägen zu rechnen wäre — weder nach oben noch nach unten. Nach der Wiederaufnahme der Förderung in Kuwait dürften Befürchtungen, daß es wegen möglicher Produktionsausfälle in der Sowjetunion zeitweilig zu Verknappungen kommen kann, grundlos sein. Wir nehmen vielmehr an, daß das Angebot reichlich sein wird. Den Preis für das Faß Öl haben wir für den Durchschnitt des nächsten Jahres auf 18 Dollar veranschlagt, nach knapp 20 Dollar im Durchschnitt dieses Jahres.

III. Das weltwirtschaftliche Umfeld

227. Die Konjunkturflaute in den meisten westlichen Industrieländern ist in den Sommermonaten zu Ende gegangen. Seither regen sich wieder Auftriebskräfte, die freilich schwach sind. Manche Konjunkturbeobachter halten deshalb eine nachhaltige konjunkturelle Erholung nicht für gesichert.

Wir teilen diese Auffassung nicht. Die Rahmenbedingungen für einen breiten Konjunkturaufschwung sind günstig. Die Belastungen aus der Golfkrise sind entfallen. Vor allem: Inflatorische Verspannungen gibt es im großen und ganzen nicht, und wo sie noch spürbar sind, bauen sie sich ab — der Kosten- und Preisanstieg verlangsamt sich. Das ermöglicht es der Geldpolitik schon seit einiger Zeit, die monetären Zügel zu lokkern. In den meisten Ländern sind die Zinsen bereits beträchtlich gesunken, und die Aussichten sind nicht schlecht, daß sie weiter sinken.

228. Nach unserer Einschätzung werden sich in den westlichen Industrieländern die Auftriebskräfte im kommenden Jahr durchsetzen. Das wird einen — wenn auch verhaltenen — Konjunkturaufschwung herbeiführen. Die Konsumenten und Investoren dürften ihre bislang gezeigte Zurückhaltung wohl bald aufgeben. Gleichwohl wird die wirtschaftliche Entwicklung in den großen Industrieländern nicht einheitlich aufwärts gerichtet sein. Die Vorreiter werden die Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien sein; dort wird die Konjunktur rasch an Fahrt gewinnen. Japan, Westdeutschland und einige kleinere westeuropäische Länder, darunter die Niederlande und Österreich, werden erst später folgen. Die Nachhut werden andere westeuropäische Länder bilden, darunter Frankreich und Italien, denn dort zeichnet sich eine spürbare konjunkturelle Belebung für das nächste Jahr noch nicht ab. Für die OECD-Länder im ganzen rechnen wir zunächst nur mit einem verhaltenen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion; wir veranschlagen ihn auf 2½ vH für den Durchschnitt des Jahres 1992, nach nur 1 vH für den Durchschnitt des Jahres 1991 (Tabelle 42).

Tabelle 42

Die voraussichtliche Entwicklung in den Industrieländern

Land	Anteil am Bruttoinlandsprodukt[1]) der OECD-Länder	Bruttoinlandsprodukt (real)[2])[3])		Verbraucherpreise[3])[4])	
	1990	1991	1992	1991	1992
	vH	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Westdeutschland	9,21	+3½	+2½	+3½	+4
Frankreich	7,31	+1½	+2½	+3	+3
Italien	6,70	+1	+2	+6½	+5½
Großbritannien	5,98	−2	+2	+6	+4
Spanien	3,03	+3	+3	+6	+5½
Niederlande	1,71	+2	+2	+3½	+3½
Schweiz	1,41	+ ½	+1½	+6	+4½
Schweden	1,40	−1	+ ½	+9½	+4
Belgien/Luxemburg	1,24	+2	+2	+3½	+3
Österreich	0,98	+3	+3	+3½	+3½
Dänemark	0,81	+1½	+2½	+3	+3
Europa[5])[6])	43,02	+1½	+2	+6	+5
Europäische Gemeinschaft[5])	37,04	+1½	+2	+4½	+4½
Vereinigte Staaten	33,23	− ½	+2½	+4	+4
Japan	18,13	+4½	+3	+2½	+2
Kanada	3,55	−1	+3	+5½	+3
OECD-Länder insgesamt[5])	100	+1	+2½	+4½	+4

1) In jeweiligen Preisen und Wechselkursen. Vorläufige Ergebnisse.
2) Für Japan: Bruttosozialprodukt.
3) Eigene Schätzung aufgrund von Angaben internationaler Organisationen.
4) Deflator des Privaten Verbrauchs.
5) Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttoinlandsprodukt der OECD-Länder des Jahres 1990.
6) Europäische OECD-Länder (EG-Länder, EFTA-Länder und Türkei).

Auch in den Entwicklungsländern wird es im nächsten Jahr zu einer wirtschaftlichen Erholung kommen, wenn die Industrieländer wieder verstärkt Rohstoffe nachfragen. Vor einem kräftigen Wirtschaftsaufschwung stehen auch einige Länder im Nahen Osten. Die Aussichten für die Reformländer Osteuropas sind dagegen alles andere als gut. Dort wird die Produktion im nächsten Jahr weiter schrumpfen, wenn auch langsamer als bisher. In einigen Ländern, in Ungarn, in Polen und in der Tschechoslowakei könnte sich gegen Ende des Jahres die Produktion wieder leicht erholen.

229. In vielen Industrieländern wird der Aufschwung von einer kräftigen Ausweitung des Privaten Verbrauchs angestoßen. Vor allem in den Vereinigten Staaten und in Kanada wird die Nachfrage nach Konsumgütern deutlich zunehmen, denn dort wird die Beschäftigung wieder ausgeweitet. Auch in Japan wird der Private Verbrauch eine wichtige Konjunkturstütze bleiben. In den meisten kontinentaleuropäischen Ländern werden dagegen die privaten Haushalte bei stagnierender Beschäftigung und mancherorts auch steigender Arbeitslosigkeit ihre Verbrauchsausgaben zunächst nur wenig steigern.

230. Kräftige Impulse für die Konjunktur werden in einer Reihe von Ländern von der Nachfrage im privaten Wohnungsbau kommen, so vor allem in Nordamerika und in Großbritannien, wo die Zinsen bereits in diesem Jahr deutlich zurückgegangen sind und wo sich im kommenden Jahr auch die Einkommensperspektiven verbessern werden. Dagegen wird die Bautätigkeit in Japan und in den skandinavischen Ländern zunächst weiter zurückgehen.

Die Unternehmensinvestitionen werden fast überall wieder zunehmen, wenn auch recht verhalten. In den Ländern, in denen der Auslastungsgrad in diesem Jahr gesunken ist, haben die Unternehmen wenig Veranlassung, die Kapazitäten zu erweitern. Im Zuge der Nachfragebelebung dürfte dann aber der Rückgang bei den Zinsen die Investitionstätigkeit stimulieren. In Nordamerika dürfte sich zudem auswirken, daß der Druck auf die Unternehmensgewinne als Folge des Beschäftigungsabbaus nachgelassen hat. In Japan, aber auch in einigen kleineren kontinentaleuropäischen Ländern, wird sich die bislang noch vergleichsweise lebhafte Investitionstätigkeit hingegen abschwächen. Ausschlaggebend hierfür ist vor allem die nachlassende Dynamik der Binnennachfrage. Japanische Unternehmen haben in den letzten Jahren kräftig in die Erweiterung der Anlagen investiert, nicht nur im Inland, sondern vor allem auch im Ausland.

231. Mit der konjunkturellen Erholung in den Industrieländern wird der Welthandel wieder stärker ausgeweitet werden. Impulse kommen vor allem von steigenden Einfuhren in die Vereinigten Staaten. Davon profitieren auch die Entwicklungsländer, aber sie selbst werden dem Welthandel nur geringe Anstöße geben. Allenfalls der Wiederaufbau in Kuwait könnte zu kräftig steigenden Einfuhren von technischem Gerät aus den Industrieländern führen. Der starke Nachfragesog, den die deutsche Vereinigung auf dem Weltmarkt bisher auslöste, wird dagegen spürbar nachlassen. Die Reformländer Osteuropas werden weiterhin nur in begrenztem Maße als Anbieter und Nachfrager auf dem Weltmarkt in Erscheinung treten. Zwar wurde der Außenhandel mittlerweile zum großen Teil liberalisiert, aber es fehlt noch weitgehend an Produktion, die international wettbewerbsfähig wäre. Dies beschränkt die Nachfrage nach westlichen Gütern. Alles in allem wird das Volumen des Welthandels im nächsten Jahr keinesfalls mit einer sehr hohen Rate expandieren; wir veranschlagen diese Rate auf 5 vH.

232. Der Preisanstieg wird sich im kommenden Jahr weiter leicht verringern. Zwar sehen sich in vielen Ländern die Unternehmen wieder einer steigenden Nachfrage gegenüber, angesichts der teilweise deutlich gesunkenen Kapazitätsauslastung wird aber der Spielraum für Preiserhöhungen gering sein. Zudem ist auch von der Kostenseite her keine Beschleunigung des Preisanstiegs angelegt.

- Bei Rohstoffen werden sich die Notierungen alles in allem auf dem Stand dieses Jahres halten. Die Preise für Rohöl werden, wie erwähnt, etwas nachgeben. Die Preise für Industrierohstoffe werden dagegen leicht anziehen, denn mit der Produktionsbelebung in den westlichen Industrieländern wird die Nachfrage wieder zunehmen, zumal die Verarbeiter die Lager aufstocken werden. Auch bei den meisten Agrargütern, so vor allem bei Weizen, Mais und Futtergetreide zeichnen sich geringfügige Verteuerungen ab, bei einigen, etwa bei Zucker und Kaffee, aber auch Verbilligungen.
- Bei den Lohnkosten erwarten wir im kommenden Jahr eine insgesamt eher schwächere als stärkere Zunahme. In den Ländern, in denen die Konjunktur wieder an Fahrt gewinnt, führt das zu einer Kostenentlastung, denn die Produktivität wird wieder steigen. In den Ländern, in denen die Auftriebskräfte vorerst schwach bleiben, werden die Tarifvertragsparteien, so nehmen wir an, zu Lohnabschlüssen gelangen, die keinen Kostendruck erzeugen; auf diese Weise werden sie günstige Voraussetzungen für eine konjunkturelle Wiederbelebung schaffen.

IV. Die wirtschaftlichen Aussichten für die Bundesrepublik

233. Die wirtschaftliche Entwicklung wird in den alten Bundesländern im kommenden Jahr zunächst auf einem sehr flachen Pfad verlaufen. Denn die Kräfte, die bislang für Auftrieb sorgten, die Investitionen und die Lieferungen in die neuen Bundesländer, werden sich weiter abschwächen. Vom Export werden zwar wieder Impulse kommen, aber nicht so starke, um ein ausreichendes Gegengewicht zu schaffen. Wenn alles gutgeht, wenn vor allem von der Finanzpolitik und von der Lohnpolitik richtige Signale kommen, kann sich im späteren Jahresverlauf der Wind wieder drehen. Dann dürfte nicht nur der Private Verbrauch für neuen Schub sorgen, sondern auch die Investitionen.

In den neuen Bundesländern, die noch mitten in einem Neuaufbau ihrer Wirtschaftsbasis stecken, bleibt die wirtschaftliche Lage schwierig. Aber der Erneuerungsprozeß wird vorankommen, denn die Investitionen werden mächtig angeschoben — durch staatliche Stellen und durch Unternehmen aus dem Westen. Das läßt erwarten, daß fortan auch die Produktion kräftig ausgeweitet wird und sich die großen Unterschiede in der Leistungskraft zwischen den neuen und den alten Bundesländern erstmals etwas verringern werden.

234. Dreh- und Angelpunkt unserer Prognose ist die Entwicklung beim Export. Früher hat sich gezeigt, daß das Exportgeschäft rasch in Schwung kommt, sobald die Konjunktur im Ausland wieder anzieht. Das dürfte auch diesmal so sein, und dennoch ist es ratsam, fürs erste keine hohen Erwartungen zu hegen. Nach den Ergebnissen unserer Prognose wird die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in fast allen Ländern nur verhalten sein, das heißt, die ausländischen Absatzmärkte deutscher Unternehmen werden nur schwach expandieren. In Anlehnung an die Schätzungen internationaler Organisationen veranschlagen wir die Rate, mit der der Welthandel im nächsten Jahr voraussichtlich zunehmen wird, auf 5 vH. Diese Rate markiert die obere Linie, an der wir uns bei der Prognose orientieren. Sie basiert maßgeblich auf der Erwartung einer raschen wirtschaftlichen Erholung in Nordamerika; dies stimuliert erfahrungsgemäß vor allem den Handel im pazifischen Raum. Die für die westdeutschen Unternehmen wichtigen Auslandsmärkte liegen jedoch zum größten Teil in Westeuropa. In den meisten westeuropäischen Ländern, so lautet der Tenor unserer Prognose, erholt sich die Konjunktur erst in der zweiten Jahreshälfte 1992 — und nicht überall.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß in den meisten Ländern die Konjunktur vom Privaten Verbrauch und von den Wohnungsbauinvestitionen angestoßen wird, nicht indes von den Investitionen der Unternehmen. Das Muster der konjunkturellen Erholung begünstigt also die deutsche Exportwirtschaft nicht. Fast drei Fünftel des Exports sind Investitionsgüter; auf diesem Feld haben deutsche Unternehmen ihre Stärken.

235. Wie stark diese strukturellen Effekte im kommenden Jahr als Exportbremse wirken werden, ist schwer zu sagen. Ein schwächeres Marktwachstum läßt sich auch durch den Zugewinn von Marktanteilen kompensieren. Zwar hat in diesem Jahr die deutsche Exportwirtschaft erhebliche Marktanteile verloren, aber das kann sich zum Teil damit erklären, daß Kapazitäten benötigt wurden, um die Nachfrage aus Ostdeutschland zu decken. Es gibt Anzeichen, daß sich die Unternehmen inzwischen wieder verstärkt um Auslandsaufträge bemühen. Die Auftragseingänge,

die sie aus dem Ausland erhalten, sind in letzter Zeit wieder etwas höher als zuvor. Das ist deshalb bemerkenswert, weil bei vielen Partnerländern die Konjunkturflaute noch anhält.

236. Die Belebung im Exportgeschäft werden in erster Linie die Unternehmen in den alten Bundesländern spüren. Die meisten Unternehmen in den neuen Bundesländern sind noch stark auf den Osthandel fixiert, der schwach bleiben wird. Nur Betriebe, die ihr Produktionssortiment schon umgestellt oder im Westen neue Vertriebsmöglichkeiten erschlossen haben, können auf steigende Exportaufträge hoffen. Das sind bisher offenbar noch nicht viele.

Die Exportentwicklung wird deshalb nicht einheitlich sein. In den alten Bundesländern wird sie wieder nach oben zeigen. Wir rechnen damit, daß die Ausfuhr von Waren und Diensten (ohne die Lieferung nach Ostdeutschland) im Verlauf des Jahres 1992 mit einer Rate von 6 vH expandieren wird; für den Durchschnitt des Jahres rechnen wir mit einer Rate von 4½ vH. In den neuen Ländern dürfte die Ausfuhr nach dem kräftigen Einbruch zwar wieder leicht steigen. Die gravierenden Absatzprobleme der ostdeutschen Unternehmen, die auf mangelnder Wettbewerbsfähigkeit beruhen, werden dadurch freilich nicht behoben (Tabelle 43, Seiten 158f.).

237. Der Export wird nur dann Schwung in die Konjunktur bringen können, wenn die Investitionen mitziehen. Dazu müssen auch andere Rahmenbedingungen, wie die Ertragslage und die Finanzierungskonditionen, in den Augen der Investoren hinreichend günstig erscheinen. Ob das im nächsten Jahr der Fall sein wird, ist fraglich. Die Gewinne sind in diesem Jahr erstmals seit längerer Zeit wieder unter Druck geraten, wenn auch nicht durchgängig in allen Branchen und im Durchschnitt nicht so stark, daß die Investitionsneigung nachhaltig beeinträchtigt wäre. Gleichwohl hat die Investitionstätigkeit einen Dämpfer bekommen.

Bei alledem sollte nicht übersehen werden, daß die Investitionsneigung weniger von der aktuellen Gewinnlage, sondern mehr von den Gewinnerwartungen abhängt. Es kann sein, daß viele Unternehmen die Lohnentwicklung dieses Jahres extrapolieren und für das nächste Jahr eine ähnlich starke Zunahme des Kostendrucks einkalkulieren. Auf alle Fälle werden sie den Ausgang der nächsten Lohnrunde abwarten wollen, bevor sie über die Investitionspläne entscheiden. So gesehen ist bei ihnen zum gegenwärtigen Zeitpunkt vermutlich keine große Bereitschaft vorhanden, die Investitionsbudgets kräftig aufzustocken – trotz der begründeten Hoffnung auf ein besseres Exportgeschäft.

238. Die Ergebnisse von Erhebungen bei Unternehmen über ihre Investitionspläne für das kommende Jahr wie die des Ifo-Investitionstests und der Konjunkturumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages signalisieren denn auch eine spürbare Abschwächung der Investitionsdynamik. Die Investitionstätigkeit bleibt danach zwar beachtlich hoch, aber die Zuwachsraten werden deutlich kleiner ausfallen als in diesem Jahr. In den alten Bundesländern dürften sie sich bei den Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft etwa halbieren. Nur in den neuen Bundesländern zeichnet sich eine zunehmende Investitionsbereitschaft ab; insbesondere die Unternehmen mit Sitz in Westdeutschland legen ein bemerkenswertes Engagement an den Tag. Die Ergebnisse solcher Befragungen müssen nicht das letzte Wort sein. Sie spiegeln die Einschätzung der Unternehmen vom Spätsommer dieses Jahres. Es kann durchaus sein, daß sie im Laufe des nächsten Jahres ihre Investitionschancen wieder günstiger beurteilen. Aber dafür gibt es derzeit keine Anhaltspunkte.

239. Positiv ist zu bemerken, daß es keine Anzeichen dafür gibt, daß die Abschwächung der Investitionsdynamik in den alten Bundesländern auf die neuen Bundesländer übergreifen könnte. Im Gegenteil, nach allem, was bisher bekannt ist, werden dort die Investitionen kräftig ausgeweitet werden. Überschlägig geschätzt werden im nächsten Jahr in den neuen Bundesländern etwa 87 Mrd DM in Ausrüstungen und Bauten investiert; nach Abzug von Preissteigerungen ist das etwa ein Viertel mehr als in diesem Jahr (Schaubild 30 und Tabelle 44, Seite 160). Zum Vergleich: Die Zuwachsrate in den alten Bundesländern veranschlagen wir nur auf gut 2½ vH. Trotzdem wird die Investitionssumme, pro Einwohner gerechnet, in den neuen Bundesländern mit rund 5 000 DM nur gut die Hälfte von derjenigen in den alten Bundesländern betragen.

Schaubild 30

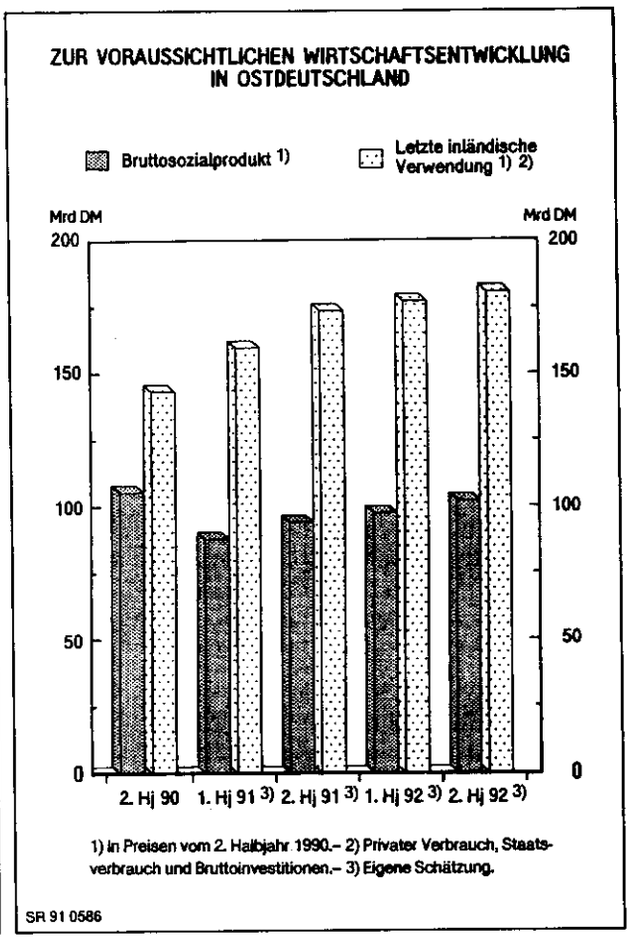


Tabelle 43

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Schätzung für das 2. Halbjahr 1991

Absolute Werte

	Einheit	1990	1991	1992	1991		1992	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 299,2	1 374,5	1 456,5	666,7	707,5	700,5	755,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	443,1	463,0	491,5	216,0	247,0	229,5	262,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	509,5	569,0	614,5	266,0	303,0	285,0	330,0
Ausrüstungen	Mrd DM	234,5	264,0	280,5	122,4	141,5	129,0	151,5
Bauten	Mrd DM	275,0	305,0	334,0	143,6	161,5	155,5	178,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	+ 19,5	+ 29,0	+ 14,5	+ 22,6	+ 6,5	+ 14,5	− 0
Außenbeitrag	Mrd DM	+ 154,2	+ 181,5	+ 200,5	+ 85,3	+ 96,0	+ 101,0	+ 99,5
Ausfuhr	Mrd DM	872,9	1 008,5	1 081,5	489,9	518,5	529,5	552,5
darunter: nach Ostdeutschland	Mrd DM	75,8	191,0	209,0	89,6	101,5	103,5	105,5
Einfuhr	Mrd DM	718,7	827,0	881,0	404,6	422,5	428,5	452,5
darunter: aus Ostdeutschland	Mrd DM	16,7	32,0	39,5	14,8	17,5	18,0	21,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	2 425,5	2 617,0	2 777,5	1 256,6	1 360,5	1 330,0	1 447,5
In Preisen von 1985:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 211,1	1 237,5	1 261,5	607,2	630,5	610,5	650,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	390,5	388,5	396,0	191,1	197,5	194,5	201,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	458,6	489,5	503,0	231,6	258,0	236,0	267,0
Ausrüstungen	Mrd DM	220,9	243,0	252,0	113,8	129,5	117,0	135,5
Bauten	Mrd DM	237,7	246,5	250,5	117,8	128,5	119,0	132,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	+ 22,5	+ 30,5	+ 16,0	+ 24,5	+ 6,0	+ 16,5	− 0,5
Außenbeitrag	Mrd DM	+ 56,0	+ 64,5	+ 79,0	+ 30,4	+ 34,5	+ 42,5	+ 36,5
Ausfuhr	Mrd DM	844,0	954,5	999,5	467,7	487,0	493,5	506,0
darunter: nach Ostdeutschland	Mrd DM	72,3	180,0	191,5	85,2	94,5	95,5	96,0
Einfuhr	Mrd DM	788,1	890,0	921,0	437,3	452,5	451,0	469,5
darunter: aus Ostdeutschland	Mrd DM	15,6	29,0	35,0	13,5	15,5	16,0	18,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	2 138,7	2 211,0	2 255,0	1 084,8	1 126,0	1 099,5	1 155,5
Realwert des Bruttosozialprodukts[1]	Mrd DM	2 224,1	2 306,0	2 345,5	1 131,2	1 174,5	1 144,0	1 201,5
Preisentwicklung (Deflator)								
Privater Verbrauch	1985 = 100	107,3	111,0	115,5	109,8	112,5	115,0	116,0
Bruttosozialprodukt	1985 = 100	113,4	118,5	123,0	115,8	121,0	121,0	125,5
Letzte inländische Verwendung	1985 = 100	109,1	113,5	118,5	111,1	116,0	116,5	120,5
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige (Inland)	1 000	28 433	29 305	29 590	29 027	29 580	29 395	29 785
nachr.: Pendlersaldo mit Ostdeutschland	1 000	89	365	525	282	450	525	525
Arbeitszeit[2]	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985	Mrd DM	2 119,7	2 198,0	2 247,5	1 075,7	1 122,0	1 095,5	1 152,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	1 313,9	1 422,5	1 502,5	661,5	761,0	700,0	802,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	557,5	574,0	591,0	298,0	276,0	297,5	293,5
Volkseinkommen	Mrd DM	1 871,5	1 996,5	2 094,0	959,5	1 037,0	998,0	1 096,0
Reales Volkseinkommen[1]	Mrd DM	1 716,1	1 759,5	1 768,0	863,7	895,5	858,0	910,0
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit[3]	Mrd DM	743,0	782,5	819,0	368,9	413,5	376,0	442,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	473,6	480,0	491,5	254,7	225,0	250,0	241,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[4]	Mrd DM	1 508,8	1 590,0	1 674,5	777,6	812,0	803,5	870,5

1) Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Deflator der letzten inländischen Verwendung (1985 = 100).
2) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

Gesamtrechnungen für Westdeutschland
und Vorausschau auf das Jahr 1992

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1990	1991	1992	1991		1992	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 7,4	+ 6	+ 6	+ 6,6	+ 5	+ 5	+ 7
Staatsverbrauch	+ 5,8	+ 4½	+ 6	+ 4,2	+ 5	+ 6	+ 6
Anlageinvestitionen	+ 12,9	+ 11½	+ 8	+ 11,7	+ 11½	+ 7	+ 9
Ausrüstungen	+ 14,5	+ 12½	+ 6½	+ 14,2	+ 11	+ 5½	+ 7
Bauten	+ 11,5	+ 11	+ 9½	+ 9,7	+ 12	+ 8½	+ 10½
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+ 10,8	+ 15½	+ 7½	+ 17,7	+ 13½	+ 8	+ 6½
Einfuhr	+ 11,7	+ 15	+ 6½	+ 17,5	+ 13	+ 6	+ 7
Bruttosozialprodukt	+ 8,0	+ 8	+ 6	+ 8,7	+ 7	+ 6	+ 6½
In Preisen von 1985:							
Privater Verbrauch	+ 4,7	+ 2	+ 2	+ 3,5	+ 1	+ ½	+ 3½
Staatsverbrauch	+ 2,1	− ½	+ 2	− 0,3	− ½	+ 1½	+ 2
Anlageinvestitionen	+ 8,8	+ 6½	+ 2½	+ 7,2	+ 6½	+ 2	+ 3½
Ausrüstungen	+ 12,9	+ 10	+ 3½	+ 12,4	+ 8	+ 2½	+ 4½
Bauten	+ 5,3	+ 3½	+ 2	+ 2,6	+ 4½	+ 1	+ 2½
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+ 9,9	+ 13	+ 4½	+ 15,4	+ 11	+ 5½	+ 4
Einfuhr	+ 11,9	+ 13	+ 3½	+ 15,4	+ 10½	+ 3	+ 4
Bruttosozialprodukt	+ 4,5	+ 3½	+ 2	+ 4,5	+ 2½	+ 1½	+ 2½
Realwert des Bruttosozialprodukts[1]	+ 4,9	+ 3½	+ 1½	+ 4,8	+ 2½	+ 1	+ 2½
Preisentwicklung (Deflator)							
Privater Verbrauch	+ 2,6	+ 3½	+ 4	+ 3,0	+ 4	+ 4½	+ 3½
Bruttosozialprodukt	+ 3,4	+ 4½	+ 4	+ 4,0	+ 5	+ 4½	+ 3½
Letzte inländische Verwendung	+ 2,9	+ 4	+ 4½	+ 3,7	+ 4½	+ 4½	+ 4
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige (Inland)	+ 2,9	+ 3	+ 1	+ 3,2	+ 3	+ 1½	+ ½
Arbeitszeit[2]	− 1,3	− 1	− ½	− 1,6	− 1	− ½	− 0
Arbeitsvolumen	+ 1,6	+ 2	+ ½	+ 1,5	+ 2	+ ½	+ ½
Produktivität	+ 3,1	+ 2	+ 2	+ 2,9	+ 1	+ 1½	+ 2
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985	+ 4,7	+ 3½	+ 2½	+ 4,5	+ 3	+ 2	+ 2½
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 7,5	+ 8½	+ 5½	+ 8,1	+ 8½	+ 6	+ 5½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 8,8	+ 3	+ 3	+ 6,5	− ½	− 0	+ 6½
Volkseinkommen	+ 7,9	+ 6½	+ 5	+ 7,6	+ 6	+ 4	+ 5½
Reales Volkseinkommen[1]	+ 4,8	+ 2½	+ ½	+ 3,8	+ 1½	− ½	+ 1½
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit[3]	+ 10,7	+ 5½	+ 4½	+ 6,2	+ 4½	+ 2	+ 7
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 12,1	+ 1½	+ 2½	+ 6,4	− 4	− 2	+ 7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[4]	+ 9,1	+ 5½	+ 5½	+ 6,8	+ 4	+ 3½	+ 7

3) Nettolohn- und -gehaltssumme.
4) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Tabelle 44

Zur voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland

	1991[1]	1992[1]	1990	1991[1]		1992[1]		1991[1]	1992[1]		1992[1]
			2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	
	Mrd DM							Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in vH			
	in jeweiligen Preisen										
Privater Verbrauch	208½	245	91,7	95½	113	117½	127½	23	23	13	17½
Staatsverbrauch	87½	95	36,6	39½	48	45	50	31	14	4	8½
Anlageinvestitionen	65½	87	23,8	30	35½	40½	46½	49½	35½	31	33
Ausrüstungen	33	44	9,6	15	18	21	23	87	40	28	33½
Bauten	32½	43	14,1	15	17½	19½	23½	24	31½	34½	33
Vorratsveränderung	14	12	−8,9	8	6	9	3	X	X	X	X
Letzte inländische Verwendung	375½	439	143,2	173	202½	212	227	41½	22½	12	17
Außenbeitrag	−152	−163½	−37,9	−71½	−80½	−81½	−82	X	X	X	X
Ausfuhr	54½	65	32,7	25	29½	31	34	−10½	23	16	19½
Einfuhr	206½	228½	70,6	97	109½	112½	116	55½	16	5½	10½
Bruttosozialprodukt	223½	275½	105,3	101½	122	130½	145	16	29	19	23½
	in Preisen vom 2. Halbjahr 1990										
Privater Verbrauch	180½	195	91,7	85½	95	95	100	3½	11	5½	8
Staatsverbrauch	77½	74	36,6	37	40½	36½	38	10½	−2½	−6½	−4½
Anlageinvestitionen	61	76	23,8	28½	32½	36	40	37	27	22½	24½
Ausrüstungen	32	42	9,6	15	17½	20	21½	81	36	25	30
Bauten	29	34	14,1	13½	15	16	18	7	17½	20	18½
Vorratsveränderung	14	12½	−8,9	8	6	9½	3	X	X	X	X
Letzte inländische Verwendung	333	357½	143,2	159½	173½	177	180½	21	11	4	7½
Außenbeitrag	−151	−158½	−37,9	−71½	−79½	−79½	−78½	X	X	X	X
Ausfuhr	53½	62	32,7	25	28½	29½	32	−13	19	13	16
Einfuhr	204½	220	70,6	96½	108	109½	110½	53	13	2½	7½
Bruttosozialprodukt	182	199½	105,3	88	94	97½	102	−10½	11	8½	9½
Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen	10½	15	0,8	3½	7	7	8	X	X	X	X
Bruttoinlandsprodukt	171½	184	104,5	84½	87	90½	94	−16½	7	7½	7½
	Preisentwicklung 2. Halbjahr 1990 = 100										
Privater Verbrauch	115½	125½	100	111½	119½	123½	127½	19½	10½	7	8½
Letzte inländische Verwendung	112½	123	100	108½	116½	120	125½	16½	10½	8	9
Bruttosozialprodukt	123	138½	100	115½	129½	134½	142	29½	16	9½	12½

[1] Eigene Schätzung.

Man könnte geneigt sein, eine enge Beziehung zwischen den unterschiedlichen Entwicklungen der Investitionen in beiden Teilen Deutschlands zu sehen. Tatsächlich kann das eine nicht mit dem anderen verglichen werden. In Westdeutschland handelt es sich um ein überwiegend konjunkturelles Phänomen — verursacht durch vorübergehende Nachfrageschwäche, Kostendruck und Verschlechterung des wirtschaftspolitischen Umfeldes. In Ostdeutschland geht es um einen strukturellen Erneuerungsprozeß, der durch staatliche Hilfen kräftig angeschoben wird. Aber es gibt auch Zusammenhänge. Es sind in erster Linie Unternehmen mit Sitz in den alten Bundesländern, die sich in Ostdeutschland engagieren. Nach Schätzungen des Ifo-Instituts werden im nächsten Jahr die Unternehmen (ohne Wohnungswirtschaft sowie Bahn und Post) in Ostdeutschland etwa 39 Mrd DM investieren; davon werden etwa 28 Mrd DM auf Direktinvestitionen westdeutscher Unternehmen entfallen, 10 Mrd DM mehr als in diesem Jahr. Branchenvergleiche zeigen außerdem, daß die Investitionen in Ostdeutschland häufig dort kräftig aufgestockt werden, wo sie in Westdeutschland nur wenig ausgeweitet oder gar zurückgenommen werden.

Nach den Ergebnissen von Umfragen haben die meisten Unternehmen und Betriebe, die sich noch im Besitz der Treuhandanstalt befinden, in ihren Investitionsbudgets nicht nur vergleichsweise niedrige Investitionssummen, sondern auch keine oder keine nennenswerten Steigerungen vorgesehen. Dies erscheint verständlich, denn viele dieser Unternehmen und Betriebe wissen nicht, ob sie eine Perspektive haben.

240. Wir haben versucht, uns ein Bild zu machen, wo die Schwerpunkte der Investitionsdynamik im nächsten Jahr voraussichtlich liegen werden:

- In den alten Bundesländern sehen wir sie in erster Linie bei den Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne, die ihre Investitionsbudgets erneut kräftig aufstocken wollen, gefolgt — mit großem Abstand — vom Baugewerbe und vom Handel. Die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe dagegen sehen für das nächste Jahr so gut wie keine zusätzlichen Investitionen vor. Beim Staat zeichnen sich sogar Kürzungen in den Investitionshaushalten ab.
- In Ostdeutschland sehen wir sie beim Auf- und Ausbau der Infrastruktur. So wollen der Bund, die Länder und Kommunen, die Bahn und Post im nächsten Jahr rund 41 Mrd DM investieren, nach 28 Mrd DM in diesem Jahr. Hohe und, was auffällig ist, kräftig steigende Investitionssummen haben auch die Unternehmen eingeplant. Allein die im Besitz westdeutscher Unternehmen befindlichen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes wollen für etwa 16½ Mrd DM neue Anlagen errichten, nach 9 Mrd DM in diesem Jahr. Vergleichsweise schwach wird dagegen die Investitionsbereitschaft im Wohnungsbau bleiben; wir schätzen die Investitionen in Neubau und Modernisierung auf 6 Mrd DM, das ist nicht mehr als in diesem Jahr. Den Schwerpunkt wird wie bisher die Modernisierung bilden. Die Neubautätigkeit wird auch im nächsten Jahr noch nicht recht in Gang kommen, trotz des großen Mangels an Wohnraum.

241. Die Abschwächung der Investitionsdynamik, wie sie sich in den alten Bundesländern abzeichnet, werden vor allem die Hersteller von Ausrüstungsgütern zu spüren bekommen. Das Abebben der Erweiterungs- und Modernisierungswelle trifft nach aller Erfahrung als erstes den Maschinenbau, der schon in diesem Jahr die Flaute im Exportgeschäft zu spüren bekam. Aber auch der Fahrzeugbau und die Elektrotechnik müssen sich auf weniger volle Auftragsbücher einstellen. Relativ gut bleiben die Aussichten für die Hersteller von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten — immer vorausgesetzt, sie können sich erfolgreich gegen die stürmische Auslandskonkurrenz wehren.

Unsere Prognose trägt alledem Rechnung, indem sie für die Ausrüstungsinvestitionen in den alten Bundesländern für das nächste Jahr eine vergleichsweise geringe Steigerungsrate in Ansatz bringt, nämlich rund 5 vH für den Jahresverlauf und 3½ vH für den Jahresdurchschnitt. In den unterschiedlichen Raten kommt unsere Erwartung zum Ausdruck, daß die Investitionen in der zweiten Jahreshälfte wieder etwas zunehmen werden.

242. Die Entwicklung bei den Bauinvestitionen schätzen wir ähnlich ein wie die bei den Ausrüstungsinvestitionen — eine verlangsamte Zunahme in Westdeutschland und eine sprunghafte Zunahme in Ostdeutschland. In den alten Bundesländern wird sich die Zuwachsrate von reichlich 3½ vH in diesem Jahr auf knapp 2 vH im nächsten Jahr etwa halbieren, in den neuen Bundesländern wird sie sich dagegen mehr als verdoppeln und knapp 20 vH betragen. Westdeutsche Bauunternehmen werden sich deshalb verstärkt in Ostdeutschland nach Aufträgen umsehen.

Die Abflachung der Baukonjunktur in den alten Bundesländern wird alle Bereiche erfassen — den Wohnungsbau, den gewerblichen Bau und den öffentlichen Bau. Die öffentlichen Bauinvestitionen dürften im nächsten Jahr sogar spürbar schrumpfen, nachdem sie in diesem Jahr stagnierten. In den neuen Bundesländern werden neben den gewerblichen Investitionen gerade die öffentlichen Bauinvestitionen für Schub sorgen. Es spiegelt sich darin die Verlagerung staatlicher Investitionsmittel von Westdeutschland nach Ostdeutschland. Keinerlei Anzeichen sehen wir, wie erwähnt, für eine Belebung im ostdeutschen Wohnungsneubau.

Der starke Auftrieb der Preise auf dem Baumarkt — in der zweiten Hälfte dieses Jahres verteuerte sich das Bauen in den alten Bundesländern um etwa 7 vH und in den neuen Bundesländern sogar um 15½ vH — wird sich im kommenden Jahr nicht abflachen. Dafür bleibt die Baukonjunktur im ganzen zu gut. Zudem steht das Baugewerbe unter starkem Kostendruck, nachdem die Branche die Lohnführerschaft übernommen hat.

243. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt läßt sich schwer sagen, wie die Abschwächung der Investitionsdynamik zu bewerten ist: Ob sie, wie es in der Prognose angenommen wird, vorübergehend ist, oder ob sie sich ins übernächste Jahr fortsetzt. Darüber wird bei den Lohnverhandlungen im nächsten Jahr mitentschieden. Ein ähnlich starker Lohnkostenschub wie in diesem Jahr würde vermutlich schwerwiegende Folgen für die Investitionen und die Beschäftigung haben. Denn es ist nicht zu erwarten, daß der Anstieg der Lohnstückkosten wieder durch einen kräftigen Anstieg der Nachfrage überspielt werden kann, wie das zuletzt der Fall war.

244. Es ist derzeit noch völlig offen, welchen Kurs die Lohnpolitik im nächsten Jahr einschlagen wird — ob sich die Lohnentwicklung wieder dem Produktivitätspfad nähert oder ob sie sich von ihm weiter entfernt. Es sind bisher keine Verlautbarungen der Tarifparteien bekannt, aus denen deren strategische Verhandlungspositionen erkennbar wären. Auf alle Fälle werden die Tarifverhandlungen nicht einfach werden. Was die Verhandlungen vermutlich erschweren wird: Sie werden im Umfeld hoher Preissteigerungsraten ausgetragen. Im Frühjahr des nächsten Jahres werden die Steigerungsraten bei den Verbraucherpreisen im Vorjahresvergleich ihren Höchststand erreichen. Sie werden dann nach der Prognose die Marke von 4 vH deutlich überschreiten; wenn ungünstige Umstände eintreten, wie ein kalter Winter, der die Preise für Mineralölprodukte oder für Frühgemüse in die Höhe treibt, können sie auch die Marke von 5 vH streifen. Diese Raten spiegeln keinesfalls die aktuelle Preisentwicklung wider. Sie sind teilsweise Reflex der Anhebung indirekter Steuern im Verlaufe dieses Jahres (Basiseffekt). Sie sollten deshalb auch nicht zum Anlaß genommen werden, um für die Arbeitnehmer vollen Ausgleich zu verlangen. Aber ob dieses Argument in den Tarifverhandlungen viel zählt, bleibt abzuwarten.

245. Bei der Durchrechnung der Prognose sind wir von der Annahme ausgegangen, daß den Tarifparteien ein erster Schritt in Richtung auf stabilisierungskonforme Löhne gelingen wird. Konkret heißt das: Die tariflichen Stundenlöhne werden in den alten Bundesländern im nächsten Jahr um durchschnittlich 5½ vH angehoben; in diesem Jahr waren es fast 7 vH. Die Lohnstückkosten — wir veranschlagen die Zunahme der Arbeitsproduktivität auf knapp 2 vH — werden danach um 3½ vH steigen; das ist immer noch recht kräftig, aber nicht mehr so kräftig wie zuletzt (fast 5 vH).

Für die Lohnentwicklung in den neuen Bundesländern sind die Abschlüsse in den alten Bundesländern zur Zeit nicht Richtschnur, weil die Tarifpolitik dort andere Wege geht. Sie sind aber insofern von Bedeutung, als das Lohnniveau im Westen die Zielgröße ist, die die Tarifpolitik im Visier hat. Häufig gibt es Stufenpläne, nach denen die schrittweise Angleichung der Löhne im Osten an die im Westen innerhalb einer Frist von wenigen Jahren vorgesehen ist. Danach dürften zur Jahresmitte 1992 die meisten Arbeitnehmer in Ostdeutschland knapp 70 vH des westdeutschen Tarifniveaus erreicht haben, in einigen Bereichen aber auch schon 80 vH und mehr, wobei allerdings der Abstand bei den Effektivlöhnen deutlich größer ist. Überschlägig geschätzt werden sich im nächsten Jahr die effektiven Stundenlöhne um 20 vH bis 25 vH erhöhen — das ist weitaus mehr, als die meisten ostdeutschen Unternehmen werden verkraften können.

246. Eilt die Lohnentwicklung der Produktivitätsentwicklung voraus, dann versuchen die Unternehmen, dem Druck auf die Gewinne durch Preisanhebungen auszuweichen. Falls ihnen dies nicht gelingt, werden sie sich bei der Einstellung von Personal zurückhalten oder sogar Personal abbauen. Nach der Prognoserechnung wird der Druck auf die Gewinne nicht nachlassen. Wir erwarten deshalb, daß die kräftige Einstellungswelle in den alten Bundesländern im nächsten Jahr ausläuft. Das kommt auch in den Personalplanungen der Unternehmen zum Ausdruck, die für das nächste Jahr allenfalls einen geringen Beschäftigtenzuwachs vorsehen. Die Unternehmen reagieren damit offenbar auf die Abflachung der Nachfrageexpansion und die Zunahme des Kostendrucks. Nur in den Dienstleistungsbereichen, in denen teilweise Arbeitskräftemangel herrscht, dürfte das Personal weiter aufgestockt werden. Im Verarbeitenden Gewerbe wird es dagegen kaum noch zu Einstellungen kommen; bei den Herstellern von Grundstoffen und Produktionsgütern sowie von Investitionsgütern zeichnet sich sogar ein leichter Personalabbau ab.

In den neuen Bundesländern wird die Entwicklung auch im nächsten Jahr noch von einem starken Personalabbau in fast allen Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung dominiert. Dieser Prozeß ist die unvermeidliche Begleiterscheinung der wirtschaftlichen Erneuerung; noch immer haben zu viele Unternehmen und staatliche Stellen zuviel Personal. In den nächsten Monaten, vor allem am Jahresende und im Frühjahr nächsten Jahres, wird abermals eine große Anzahl von Arbeitnehmern in Ostdeutschland den Arbeitsplatz verlieren; umfangreiche Entlassungen stehen nicht nur bei den industriellen Treuhandbetrieben, sondern auch in der Landwirtschaft und im Dienstleistungssektor an. Aber es gibt auch einen ersten Silberstreif am Horizont. Im nächsten Jahr wird die Freisetzungswelle abebben. Gegen Ende 1992, so hoffen wir, könnte sich die Anzahl der Freisetzungen und der Neueinstellungen ausbalancieren.

247. Alles in allem rechnen wir damit, daß im Verlauf des nächsten Jahres in den neuen Bundesländern per saldo weitere 310 000 Arbeitskräfte freigesetzt werden. In den alten Bundesländern werden in dieser Zeit noch 150 000 Stellen zusätzlich besetzt werden. Da sich das Arbeitskräfteangebot vor allem durch den Zustrom von Aussiedlern und Asylbewerbern erhöhen wird — in beiden Teilen Deutschlands zusammen um schätzungsweise 250 000 Personen —, müßte rein rechnerisch die Anzahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen kräftig zunehmen. Die Zusammenhänge zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage auf der einen und Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite sind indes sehr komplex. So ist bisher nach wie vor ein Teil der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland verdeckt und wird in Form von Kurzarbeit, Qualifizierungsmaßnahmen oder Arbeitsbeschaffungsprogrammen aufgefangen. Es ist schwer zu prognostizieren, welche Verschiebungen zwischen offener und verdeckter Arbeitslosigkeit stattfinden werden. Das wird auch maßgeblich davon abhängen, ob die Bundesregierung Änderungen bei der bisherigen Arbeitsmarktpolitik vornimmt, ob sie etwa die finanziellen Mittel dafür aufstocken oder reduzieren wird. Wenn es gut geht, also die Konjunktur im späteren Jahresverlauf wieder anzieht, könnte sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Grenzen halten, jedenfalls in den alten Bundesländern. Manche Unternehmen würden dann vielleicht auf Entlassungen verzichten oder schon wieder Personal auf Vorrat einstellen. In den neuen Bundesländern wird die Anzahl der statistisch ausgewiesenen Arbeitslosen aber zunächst recht kräftig steigen, wenn wie vorgesehen, die bisherige Kurzarbeiterregelung Ende dieses Jahres auslaufen wird (Tabelle 45).

Wenn die Unternehmen in den alten Bundesländern ihre Nachfrage nach Arbeitskräften einschränken, mindert das auch die Einstellungschancen für Arbeitsuchende aus den neuen Bundesländern. Der Zustrom der Menschen, die im Westen einen Arbeitsplatz finden, sei es als Pendler, sei es, daß sie ihren Wohnsitz nach dorthin verlegen, wird im nächsten Jahr schwächer werden. Von hier wird der ostdeutsche Arbeitsmarkt also nur in geringfügigem Ausmaß zusätzlich entlastet werden.

248. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist nicht nur Ergebnis des wirtschaftlichen Geschehens, sondern sie nimmt selbst darauf Einfluß. Wenn im nächsten Jahr die Beschäftigung in den alten Bundesländern nur noch wenig steigen und in den neuen Bundesländern weiter sinken wird, wirkt sich das dämpfend auf die Zunahme der Einkommen in der Summe und damit auf die Zunahme des Privaten Verbrauchs aus. In unserer Prognose stellt sich das wie folgt dar:

— In den alten Bundesländern werden die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer vor allem wegen der

Tabelle 45

Die voraussichtliche Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt 1991 und 1992[1])

Tausend

	Westdeutschland[2])				Ostdeutschland[3])				Insgesamt	
	1. Hj. 91	2. Hj. 91	1991	1992	1. Hj. 91	2. Hj. 91	1991	1992	1991	1992
Erwerbspersonen (im Inland)	30 763	31 245	31 005	31 485	8 360	7 970	8 165	7 885	39 170	39 370
davon:										
Arbeitslose	1 736	1 665	1 700	1 895	795	1 030	915	1 350	2 615	3 245
Erwerbstätige	29 027	29 580	29 305	29 590	7 565	6 935	7 250	6 535	36 555	36 125
Selbständige	2 969	2 980	2 975	2 965	485	545	515	590	3 490	3 555
Beschäftigte Arbeitnehmer	26 058	26 600	26 330	26 625	7 080	6 390	6 735	5 945	33 065	32 570
Nachrichtlich: Pendlersaldo[4])	182	350	265	425	−280	−450	−365	−525	−100	−100
Arbeitslosenquote (vH) bezogen auf										
– alle Erwerbspersonen[5])	5,7	5½	5½	6	9	12	10½	16	X	X
– die abhängigen Erwerbspersonen[6])	6,3	6	6	6½	9½	13	11½	17½	X	X
Kurzarbeiter	130	160	145	225	1 945	1 335	1 640	915	X	X
Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	81	85	85	75	70	300	185	400	X	X

1) Jahresdurchschnitte und Halbjahresdurchschnitte. Eigene Schätzung, außer für Westdeutschland im 1. Halbjahr 1991. Inlandskonzept in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
2) Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein.
3) Neue Bundesländer einschließlich Berlin (Ost).
4) Negatives Vorzeichen bedeutet, daß mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für Westdeutschland: Pendlersaldo mit Ostdeutschland und mit dem Ausland. Für Ostdeutschland: Pendlersaldo mit Westdeutschland und mit dem Ausland.
5) Arbeitslose in vH aller Erwerbspersonen (Inländer).
6) Arbeitslose in vH der abhängigen Erwerbspersonen (Inländer).

nicht mehr so günstigen Beschäftigtenentwicklung mit etwa 5½ vH deutlich schwächer zunehmen als in diesem Jahr (knapp 8½ vH). Die Nettoeinkommen werden sich, trotz der Senkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung ab dem 1. Januar 1992, sogar nur um gut 4½ vH erhöhen, vor allem wegen der Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs. Das wird allerdings dadurch ausgeglichen, daß die staatlichen Einkommensübertragungen kräftig aufgestockt werden. So wird das Kindergeld erhöht, und die Bezugsdauer für das Erziehungsgeld wird verlängert. Alles in allem werden deshalb die verfügbaren Einkommen mit knapp 5½ vH nicht nennenswert schwächer steigen als in diesem Jahr.

– In Ostdeutschland wird die Einkommensentwicklung durch die starke Anhebung der Löhne und – in deren Schlepptau – auch der Transfereinkommen geprägt. Der Rückgang bei der Beschäftigung wird dadurch mehr als überspielt. Überschlägig geschätzt werden die Nettolohn- und -gehaltssumme um 13 vH und die Summe der Transfereinkommen sogar um 35 vH zunehmen. Alles in allem dürften die ostdeutschen Haushalte im kommenden Jahr über ein Einkommen verfügen, das etwa um ein Viertel höher ist als in diesem Jahr, trotz sinkender Beschäftigung und steigender Arbeitslosigkeit.

Bei dieser Entwicklung der Einkommen werden die Verbrauchsausgaben in nominaler Rechnung in den alten Bundesländern um etwa 6 vH, in den neuen Bundesländern hingegen um 17 vH zunehmen. Da wie dort wird allerdings ein großer Teil des Einkommenszuwachses durch steigende Preise aufgezehrt, in Westdeutschland wird es sogar der größte Teil sein.

249. Die Aussichten, daß sich der Preisanstieg im nächsten Jahr deutlich abflachen könnte, sind nicht gut. Der Kostendruck, der auf den Unternehmen lastet, ist groß, und er läßt nach den Annahmen der Prognose nur wenig nach. Zudem gibt es, wie der unverminderte Anstieg der Preise auf der Produzenten- und Konsumentenstufe zeigt, Überwälzungsmöglichkeiten. Dennoch sind die künftigen Preissteigerungsraten nicht schon festgeschrieben. Darüber wird bei den Lohnverhandlungen im nächsten Jahr mitentschieden. Eine Verringerung wird möglich sein, sofern die Lohnpolitik eine solche einkalkuliert.

Wir schätzen, daß die Verbraucherpreise in den alten Bundesländern im Verlauf des nächsten Jahres (Jahresende 1992 gegen Jahresende 1991 gerechnet) mit einer Rate von 3½ vH steigen werden. Das ist etwa die gleiche Rate, die sich für dieses Jahr vermutlich ergeben hätte, wenn nicht einige Verbrauchsteuern erhöht worden wären. Der „fiskalische Preissprung" ist allerdings nicht nur in diesem Jahr spürbar gewesen, sondern er wirkt auch noch ins nächste Jahr hinein: Ende 1991 wird der Preisindex für die Lebenshaltung schon um 2 vH höher sein als im Jahresmittel (Überhang). Das drückt sich im ersten Halbjahr 1992 in hohen Steigerungsraten gegenüber dem Vorjahr aus. Mit der aktuellen Preisentwicklung hat das nichts zu tun, sie wird durch diese Raten überzeichnet. Möglicherweise

wird gegen Jahresende 1992 schon die Anhebung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt ab dem 1. Januar 1993 spürbar. Denn viele Verbraucher werden Käufe vorziehen, und das eröffnet den Herstellern und dem Handel Überwälzungsmöglichkeiten.

250. In den neuen Bundesländern ist die Entwicklung der Verbraucherpreise schwer abzugreifen. Normalerweise würde sie nicht viel anders als in den alten Bundesländern sein. Die einzelnen Regionen der Bundesrepublik haben zwar ein teilweise unterschiedliches Preisniveau, vor allem auf lokalen Märkten, aber die Preisveränderungen verlaufen weitgehend parallel. Im kommenden Jahr werden Steigerungsraten beim Preisindex für die Lebenshaltung im Vorjahresvergleich in den neuen Bundesländern allerdings deutlich höher sein als in den alten Bundesländern. Der Grund dafür ist, daß in jüngster Zeit eine Reihe von Verbrauchersubventionen abgebaut wurden. Dadurch sind vor allem die Mieten, die Energiepreise, die Verkehrstarife sowie die Gebühren für einige kommunale Dienstleistungen, die bisher noch unentgeltlich oder weit unter Kostenpreisen erbracht wurden, sprunghaft gestiegen. Wegen dieser Verteuerungen dürfte der Preisindex am Ende des Jahres 1991 schon um 6½ vH bis 7 vH über dem Stand vom Jahresdurchschnitt 1991 liegen — und dies wirkt in das Jahr 1992 hinein. Die hohen Steigerungsraten dürfen nicht als Zeichen einer Inflationsbeschleunigung verstanden werden. Sie sind vielmehr Ausdruck der Anpassung der ostdeutschen Preisstruktur an die Verhältnisse in Westdeutschland. Es ist für den Erneuerungsprozeß wichtig, daß diese Anpassung zügig vorankommt. Die Verteuerungen sind für einen Teil der privaten Haushalte auch nicht voll spürbar, denn der Subventionsabbau wird durch Transferzahlungen flankiert, vor allem durch großzügige Regelungen bei der Zahlung von Wohngeld.

251. Wie in diesem Jahr so wird auch im nächsten Jahr die Ausgabenentwicklung bei den öffentlichen Haushalten (einschließlich der Sozialversicherung) von den für das Beitrittsgebiet aufzubringenden Leistungen bestimmt. Dabei werden die Bruttoleistungen für die neuen Bundesländer insgesamt um 31 vH auf 225 Mrd DM steigen, die Nettoleistungen in der engeren Abgrenzung um 28½ vH auf 145 Mrd DM (Tabelle 46 und Ziffer 193). Die einigungsbedingten Einnahmen werden folglich etwas stärker zunehmen als die einigungsbedingten Ausgaben, was vor allem auf die leicht zunehmende Steuerkraft im Beitrittsgebiet zurückzuführen ist. Die Verwendungsstruktur der Ausgaben wird sich kaum ändern, so daß die Sorge über eine zu starke konsumtive Verwendung aktuell bleibt. Allein 40 vH der Zahlungen für die neuen Bundesländer gehen aufgrund von Leistungsgesetzen — in Form von Wohngeld, Kindergeld oder Vorruhestandsgeld — und über die Sozialversicherung direkt an die Bevölkerung. Eine deutliche Ausweitung der investiven Verwendung wird deshalb kaum über eine Umschichtung der vorgesehenen Mittel zu erreichen sein, allenfalls kann dieser Anteil über eine entsprechende Zweckbindung der direkt an die Haushalte der ostdeutschen Länder gehenden Zahlungen etwas erhöht werden. Im übrigen sind die ostdeutschen Gebietskörperschaften aufgefordert, durch einen weiteren konsequenten Abbau des Personalüberhangs und der Preissubventionen Spielraum für verstärkte Investitionen — insbesondere in die wirtschaftsnahe Infrastruktur — zu schaffen. Denn tatsächlich wird auch im kommenden Jahr der Staat in beachtlichem Umfang den Privaten Verbrauch in den neuen Bundesländern stützen.

Während 1991 der Mittelabfluß in den Ländern und Gemeinden Ostdeutschlands stockte, weil die Absorptionsfähigkeit aus vielen Gründen noch gering

Tabelle 46

Öffentliche Leistungen für das Beitrittsgebiet im Jahre 1992[1])

Mrd DM

	Bund	Länder und Gemeinden in Westdeutschland	Fonds „Deutsche Einheit"	Europäische Gemeinschaft, ERP	Sozialversicherungen[2])	Leistungen insgesamt
Einigungsbedingte Ausgaben[3]) Bruttoleistungen	106	10	34	13	62	225
minus einigungsbedingte Einnahmen i.e.S.[4])	40	–	10	3	12	65
Nettoleistungen i.w.S.	66	10	24	10	50	160
minus einigungsbedingte Einnahmen i.w.S.[5])	12	3	–	–	–	15
Nettoleistungen i.e.S.	54	7	24	10	50	145

1) Eigene Schätzung, in der Abgrenzung der Finanzstatistik, einschließlich Sozialversicherungen. Angaben für 1991 siehe Tabelle 36, Seite 136.
2) Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit und der gesetzlichen Rentenversicherungen.
3) Zahlungen an die öffentlichen Haushalte, direkte Leistungen an die Bevölkerung und sonstige Ausgaben im Beitrittsgebiet.
4) Steuer-/Beitragsaufkommen sowie sonstige Einnahmen.
5) Im wesentlichen Abbau teilungsbedingter Ausgaben und Steuermehreinnahmen aufgrund eines unterstellten Wachstumsimpulses der Vereinigung in Westdeutschland.

war (Ziffer 192), dürfte sich das Problem im kommenden Jahr nicht mehr in dieser Schärfe stellen. Inwieweit es zu Nachholeffekten und damit zu einer zusätzlichen Steigerung der öffentlichen Investitionsausgaben kommen wird, ist derzeit allerdings nicht abzusehen. Aber sicherlich werden die entsprechenden Haushaltsansätze eher ausgeschöpft werden, als es in diesem Jahr der Fall war.

252. Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts wird nach unserer Einschätzung im nächsten Jahr mit 131 Mrd DM etwas niedriger ausfallen als in diesem Jahr (Tabelle 47). Die Sorgen über die hohe Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften werden dadurch aber nicht kleiner. Die Defizitquote wird 1992 mit 4,3 vH etwas unter Vorjahresniveau liegen, die Zinslastquote hingegen von 8 vH auf 8,7 vH steigen. Der Ausgabenspielraum in den öffentlichen Haushalten wird somit weiter durch Zinszahlungen eingeschränkt. Anders als in diesem Jahr wird im kommenden Jahr auch die Sozialversicherung mit einem beträchtlichen Defizit abschließen. Ferner wird sich die Treuhandanstalt mit 30 Mrd DM kräftiger verschulden müssen, während die Post und die Bahn in ähnlichem Umfang wie in diesem Jahr Kredite aufnehmen werden. Alles in allem wird der Kapitalmarkt im nächsten Jahr mit reichlich 200 Mrd DM in wesentlich stärkerem Maße vom Staatssektor in Anspruch genommen werden, als dies im Jahre 1991 der Fall war.

253. Die anhaltend hohe Staatsverschuldung wird beim Bund im wesentlichen durch die für das Beitrittsgebiet erforderlichen Leistungen bei ungenügenden Ausgabenumschichtungen und -kürzungen, bei den westdeutschen Bundesländern und Gemeinden dagegen durch ein hohes Ausgabenwachstum verursacht, das mit über 5 vH weit über die Empfehlung des Finanzplanungsrates (mittelfristiger Zuwachs 3 vH) hinausgeht. Offensichtlich wird die für 1995 notwendige Neuregelung des Länderfinanzausgleichs, die den westdeutschen Bundesländern mit Sicherheit Einnahmeneinbußen bringen wird, noch nicht ernsthaft antizipiert. Das Defizit der Sozialversicherung resultiert vor allem aus der im System angelegten Ausgabendynamik der Gesetzlichen Krankenversicherung, die im kommenden Jahr zu einer Anhebung der Beitragssätze führen wird. Die Ausgabenentwicklung kann zum Sprengsatz für das System der Gesetzlichen Krankenversicherung werden, wenn nicht bald eine grundlegende Reform in Angriff genommen wird.

Tabelle 47

Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte in den Jahren 1991 und 1992[1])

Bundesrepublik Deutschland

	1991	1992
	Mrd DM	
Ausgaben	972	1036
darunter:		
Zinsausgaben	78	90
Einnahmen	837	905
davon:		
Steuern	661	722
Sonstige Einnahmen	176	183
Finanzierungssaldo	−135	−131

1) In der Abgrenzung der Finanzstatistik, Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Kreditabwicklungsfonds, Fonds „Deutsche Einheit", Länder und Gemeinden.

Nimmt man die Veränderungen in der Ausgabenstruktur der Gebietskörperschaften insgesamt in den Blick, dann fällt ein geringer Rückgang bei den Subventionen auf, der im wesentlichen durch den Abbau der Berlinförderung zustandekommt. Dafür steigen die sozialen Leistungen unter anderem aufgrund der Erhöhung des Kindergeldes beschleunigt. Trotz der Kürzungen bei den Verteidigungsausgaben wird auch der Staatsverbrauch kräftig ausgeweitet. Der Grund dafür ist in der Lohn- und Preisentwicklung zu suchen, die vor allem die Haushalte der Länder und Gemeinden stark belastet.

254. Der hohe Ressourcentransfer von West nach Ost, wie er sich für das kommende Jahr abzeichnet, bremst zwar für sich genommen die wirtschaftliche Entwicklung in den alten Bundesländern, aber in den neuen schiebt er sie weiter an. Eine solche Verlagerung der Auftriebskräfte ist erwünscht. Die Einkommen, die in den neuen Bundesländern verteilt werden, und die Güter, die dort gekauft werden, können nicht dauerhaft zu einem großen Teil aus den alten Bundesländern kommen. Sie müssen überwiegend aus eigener Produktion stammen. Bis das soweit ist, wird noch einige Zeit vergehen. Aber es ist positiv zu vermerken, daß sich die Schere zwischen Einkommen und Produktion im kommenden Jahr nicht weiter öffnen, sondern etwas schließen wird.

Wir sehen gute Chancen, daß es mit der ostdeutschen Wirtschaft im kommenden Jahr wieder aufwärts geht — wenn auch zunächst nur mit der Produktion und noch nicht mit der Beschäftigung. Die Nachfrage wird von den Investitionen und vom Privaten Verbrauch kräftig angeschoben und, was wichtiger ist, der Aufbau eines wettbewerbsfähigen Angebots wird weiter vorankommen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion, das Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen, dürfte im Verlauf des nächsten Jahres mit einer respektablen Rate zunehmen, die sogar zweistellig ausfallen kann. Dafür werden vor allem Bereiche wie die Bauwirtschaft samt vor- und nachgelagerte Produktionszweige in Industrie und Handwerk sorgen. Aber auch in einigen anderen Industriebranchen wie in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und in den meisten Dienstleistungsbereichen zeichnen sich Produktionszuwächse ab. Allerdings sollte man dies nicht überbewerten. Bei dem niedrigen Ausgangsniveau der gesamtwirtschaftlichen Produktion besagt eine hohe Zuwachsrate für ein einzelnes Jahr nicht viel. Um Anschluß an die Leistungskraft der westdeutschen Wirtschaft zu finden, muß die ostdeutsche Wirtschaft über viele Jahre zweistellig wachsen. Es wird sich zeigen, ob sie das schaffen kann.

255. In den alten Bundesländern wird die gesamtwirtschaftliche Produktion zunächst auf dem flachen Pfad bleiben, auf den sie inzwischen eingeschwenkt ist. Die Konjunktur wird zwar Anstöße vom Export erhalten, doch nicht so kräftig, um sie rasch wieder in Schwung zu bringen. Damit ist erst für die zweite Jahreshälfte zu rechnen, wenn nach dem Wegfall des Solidaritätszuschlags zur Einkommensteuer und Kör-

perschaftsteuer vom Privaten Verbrauch und vor allem auch von den Investitionen Impulse kommen werden. Wir rechnen damit, daß das Bruttoinlandsprodukt im Verlauf des Jahres 1992 um etwa 3 vH und im Durchschnitt des Jahres um 2 vH bis 2½ vH zunehmen wird. Das wird nicht mehr ausreichen, die Sachkapazitäten voll auszulasten, die — trotz nachlassender Investitionsdynamik — noch kräftig wachsen werden — schätzungsweise um reichlich 3 vH. Denn in den letzten Jahren ist allenthalben mit dem Ausbau vorhandener und dem Aufbau neuer Kapazitäten begonnen worden, von denen ein großer Teil im nächsten Jahr erst fertiggestellt wird.

256. Zur Deckung der Inlandsnachfrage wird die deutsche Wirtschaft auch im nächsten Jahr in steigendem Maße auf ausländische Angebote zurückgreifen, aber der Import-Boom, der in den letzten anderthalb Jahren das Bild prägte, ist wohl vorbei. In dem Maße, wie in den alten Bundesländern Kapazitäten aus konjunkturellen Gründen frei werden, und in den neuen Bundesländern wettbewerbsfähige Kapazitäten dazukommen, wird der Importsog schwächer werden. Wir schätzen, daß die Zuwachsrate bei der Einfuhr von Gütern und Diensten für die alten und neuen Bundesländer zusammen (ohne Lieferungen im innerdeutschen Handel) im nächsten Jahr nur noch 3½ vH betragen wird. Sie wird sich damit im Vergleich zu diesem Jahr normalisieren. Dazu wird beitragen, daß in den neuen Bundesländern der Anteil von Waren und Diensten aus eigener Produktion an der Inlandsverwendung allmählich steigt.

257. Trotz rasch steigender Exporte und verlangsamt steigender Importe wird das vereinte Deutschland im nächsten Jahr wieder ein Defizit in der Leistungsbilanz aufweisen, wenn auch voraussichtlich ein kleineres als in diesem Jahr. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird in den alten Bundesländern nach der Prognose etwa 200 Mrd DM mehr an Waren und Diensten exportiert als importiert, die Lieferungen in das Beitrittsgebiet inbegriffen. In den neuen Bundesländern wird dagegen der Außenbeitrag stark negativ sein, wir veranschlagen ihn auf 164 Mrd DM. Die finanziellen Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber anderen Ländern und internationalen Organisationen werden im kommenden Jahr mit voraussichtlich 55 Mrd DM zu Buche schlagen. Ein Defizit in der Leistungsbilanz muß nicht bedeuten, daß ein Land über seine Verhältnisse lebt — solange es kein Dauerzustand wird. Im Augenblick ist ein solches Defizit sogar erwünscht. Es hilft mit, den Aufbau in Ostdeutschland zu finanzieren, und zwar inflationsfrei. Und es hilft auch den Partnerländern, dort die Konjunktur in Schwung zu bringen.

258. Alles in allem zeichnet unsere Prognose ein Bild, in dem nach wie vor die hellen Farben dominieren, das aber auch dunkle Stellen aufweist. Die deutsche Wirtschaft wird im nächsten Jahr spürbar langsamer voranschreiten. Das ist in erster Linie einer nachlassenden Investitionsdynamik zuzuschreiben, die ihre Ursachen im Konflikt zwischen Lohnpolitik und Finanzpolitik auf der einen und der Geldpolitik auf der anderen Seite hat. Dieser Konflikt durchzieht wie ein roter Faden unsere Prognose. Für die wirtschaftliche Entwicklung nach 1992 ist er eine Hypothek.

DRITTES KAPITEL

Wirtschaftspolitik für 1992 und danach

Teil A

Aufgaben und Möglichkeiten

I. Die politische Führung in besonderer Verantwortung

259. Große Aufgaben stehen in den kommenden Jahren an. Der politischen Vereinigung möglichst rasch das wirtschaftliche und soziale Zusammenwachsen von alten und neuen Bundesländern folgen zu lassen, ist dabei an erster Stelle zu nennen. Zugleich gilt es, der Mitverantwortung gerecht zu werden, die der Bundesrepublik für den europäischen Integrationsprozeß zukommt.

Mit der Verfolgung von Partikularinteressen und dem Festhalten an altgewohnten Prioritäten sind diese Aufgaben nicht zu lösen. Was vordringlich ist, und was zurückstehen muß, ist in vielen Bereichen neu zu gewichten. Seit dem 3. Oktober 1990 ist die Bundesrepublik eine andere, als sie es vordem war; auch in den alten Bundesländern ist damit ein Umdenken gefordert. In einem Europa, das einer neuen wirtschaftlichen und politischen Ordnung zustrebt, sind nationale Belange zudem in neuem Licht zu sehen. Das eine wie das andere muß die politische Führung überzeugend deutlich machen und so mehr als bisher darauf hinwirken, daß alle, die auf das Wirtschaftsgeschehen Einfluß nehmen — staatliche Akteure wie Tarifvertragsparteien —, das Ihre zum Erfolg des Ganzen beitragen.

260. Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern steht noch ganz im Zeichen der tiefgreifenden Umstellung von der früheren Planwirtschaft zur Wettbewerbswirtschaft. Die Erwartung derer, die geglaubt hatten, mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und einer gehörigen Anschubfinanzierung sei die sozialistische Wirtschaft der ehemaligen DDR binnen kurzem in eine blühende Marktwirtschaft zu verwandeln, hat, wie vorauszusehen, gründlich getrogen. Um so mehr ist nun Nüchternheit geboten.

Die Konkurrenzfähigkeit der meisten alten DDR-Betriebe hat sich als unzureichend erwiesen. Ferner ist deutlich geworden, daß selbst die Privatisierung und Sanierung der Wirtschaftseinheiten, die als erhaltenswert gelten können, nicht von heute auf morgen zu bewältigen ist. Wie viele der einstigen Staatsbetriebe noch schließen müssen, läßt sich nach wie vor nicht absehen. Auf der anderen Seite ist indes auch schon viel Neues im Entstehen, ob man nun die wachsenden Investitionen in die Infrastruktur sowie in neue Produktionsanlagen, die beachtliche Zahl von Existenzgründungen, die vielfältigen Maßnahmen zur Umschulung und Qualifizierung oder den Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltung als Beleg dafür nimmt. Bis dies alles seine volle Wirkung entfaltet und es auf breiter Front aufwärts geht, braucht es jedoch seine Zeit. Verunsicherung ist daher vielfach noch vorherrschend.

261. So tief hatten sich die Menschen in den neuen Bundesländern den Absturz ihrer Wirtschaft und den Einschnitt in ihre persönlichen Lebensverhältnisse nicht vorgestellt. Die Sorge um den Arbeitsplatz belastet viele. Bedrückend ist für den einzelnen auch, daß im alten System erworbene Erfahrungen mit einem Schlage unbrauchbar geworden sind und bisherige Qualifikationen plötzlich nicht mehr zählen. Neue, oft völlig andere Fertigkeiten und Kenntnisse sind gefragt, ebenso andere Einstellungen und Verhaltensweisen. Risiken eingehen und eigenverantwortlich handeln fällt nicht leicht, wo Planerfüllung jahrzehntelang die Norm war. Es überrascht daher nicht, daß sich dies alles bei vielen Menschen zu der Vorstellung verdichtet, dem Staat obliege es, den Niedergang des Alten aufzuhalten, das erhaltenswert Scheinende zu bewahren und der Wirtschaft den Kurs vorzugeben.

262. Richtig ist, daß der Staat beim Neuaufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern in der Pflicht ist. Auch in der Marktwirtschaft hat der Staat ja keine Zuschauerrolle. So wenig er abseits stehen kann, so wenig kann und darf er sich jedoch in einen Dirigismus drängen lassen oder in einer Fülle unkoordinierter, der Not der Stunde folgender Einzelmaßnahmen verzetteln. Es muß Klarheit herrschen, welcher Konzeption er bei seinen wirtschaftlichen Aktivitäten folgt und von welcher Perspektive für die Entwicklung der Wirtschaft im Osten Deutschlands er sich dabei leiten läßt.

Hier stehen sich zwei grundverschiedene Konzeptionen gegenüber:

- Die eine Konzeption ist wachstumsorientiert. Mit seiner Finanzpolitik sorgt der Staat für günstige steuerliche Investitionsbedingungen und für einen zügigen Ausbau der Infrastruktur in den neuen Bundesländern, wobei er die notwendigen Finanzmittel so aufbringt, daß dies bei einer stabilitätsgerechten Geldpolitik nicht Investoren an anderer Stelle verdrängt; die Arbeitsmarktpolitik fördert vordringlich Umschulung und Qualifizierung. Die Tarifparteien achten darauf, daß sie mit ihrer Lohnpolitik die bestehenden Beschäftigungsprobleme nicht noch verschärfen und die sozialpolitische

Flankierung des Umstellungsprozesses nicht noch zusätzlich verteuern. Das gemeinsame Ziel bei dieser Konzeption ist, alles daran zu setzen, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft möglichst rasch verbessert. Welche neue Wirtschaftsstruktur sich dabei herausbildet, bleibt den Marktkräften überlassen.

- Die andere Konzeption ist stärker erhaltungsorientiert. Sie hat zwar auch das Ziel einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der neuen Bundesländer im Blick, sieht den Staat jedoch sowohl beim Abbau der alten als auch beim Aufbau der neuen Arbeitsplätze in einer lenkenden Rolle, nicht zuletzt, um die notwendige Anpassung für den einzelnen auf ein verträgliches Maß zu begrenzen. Zu dieser Konzeption gehört, daß möglichst viele alte Arbeitsplätze erhalten werden, solange es an genügend neuen fehlt. In Kauf genommen wird dabei, daß der Staat oder die Versichertengemeinschaft bei den Löhnen zuzahlen müssen, was der Markt nicht hergibt, und daß ein Engagement des Staates bei der Sanierung nicht privatisierungsfähiger Altbetriebe die Treuhandanstalt möglicherweise zu einer Dauereinrichtung als staatliche Industrieholding macht.

Die politische Führung kann nicht beiden Konzeptionen gleichzeitig folgen; sie muß sich für eine klar entscheiden.

263. Am Anfang des Weges zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands wies die wachstumsorientierte Konzeption die wirtschaftspolitische Richtung. Die Rahmenbedingungen für das Investieren in den neuen Bundesländern zu verbessern, stand im Vordergrund; die Sicherung des sozialen Netzes sollte den notwendigen Umstellungsprozeß flankieren, ihn so fördern und nicht blockieren. Mit dem Ausmaß des Umstellungsbedarfs nahmen jedoch die Forderungen zu, diesen einzudämmen, und mit der Lautstärke solcher Forderungen stieg die Bereitschaft der Politik, dem nachzugeben. Das immer stärkere Drängen auf umfangreiche Sanierungsprogramme für Altbetriebe der Treuhandanstalt, die keinen Käufer finden, steht für das eine, die flächendeckende Errichtung sogenannter Beschäftigungsgesellschaften für das andere. Mehr und mehr überlagern somit Elemente der erhaltungsorientierten Konzeption die anfängliche Wachstumsorientierung.

264. Die erhaltungsorientierte Konzeption mutet den Menschen in den neuen Bundesländern kurzfristig weniger Härten zu, mittelfristig aber um so größere, und macht sie zudem länger von Hilfe aus den alten Bundesländern abhängig. Die wachstumsorientierte Konzeption hingegen stellt kurzfristig zwar höhere Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit und Anpassungsbereitschaft, verspricht dafür aber ein rascheres Aufholen und eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West auf einem höheren Niveau der realen Einkommen. Das sollte der politischen Führung Anlaß geben, die wachstumsorientierte Konzeption wieder zum erklärten Leitbild für den Neuaufbau der ostdeutschen Wirtschaft zu nehmen und diese Entscheidung allen auch begreiflich zu machen. Die Illusion, daß schneller Aufbau und die Vermeidung von Anpassungshärten gleichzeitig möglich seien, sollte nicht länger genährt werden.

265. Auch bei konsequenter Wachstumsorientierung läßt sich die grundlegende Erneuerung der ostdeutschen Wirtschaft, die nach mehr als vierzig Jahren des Sozialismus notwendig ist, nicht binnen zwei, drei Jahren schaffen. Die Wirtschaftspolitik muß sich also darauf einstellen, daß die neuen Bundesländer noch für geraume Zeit auf einen umfangreichen Mitteltransfer aus den alten Bundesländern angewiesen sein werden.

Um so mehr kommt es darauf an, die Wachstumskraft in den alten Bundesländern zu erhalten und die Stabilität des Geldwertes zurückzugewinnen. Daß dies 1991 gebührend im Blick gewesen wäre, kann man nicht sagen. Statt die finanzpolitischen Weichen umzustellen — weniger dringliche Staatsausgaben zu verschieben und altgewohnte Subventionen einschneidend zu kürzen —, wurde das meiste beim alten belassen und das, was in immer größerem Umfang an Finanzhilfen für die neuen Bundesländer aufzubringen war, am Kapitalmarkt aufgenommen. Zeichen, daß die Prioritäten in der neuen Bundesrepublik andere sein müssen als in der alten, wurden so weder für die einzelnen staatlichen Ebenen noch für die private Wirtschaft gesetzt. Das spiegelt sich auch in der Lohnpolitik wider. Lohnsteigerungen, die nicht nur im Osten Deutschlands der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit weit vorauseilen, sondern auch im Westen den Produktivitätszuwachs deutlich übertreffen, sprechen nicht für besondere Rücksichtnahme auf die gewandelte Situation.

266. Die Folge ist, daß die Ansprüche, die im Osten und Westen Deutschlands von Staat, privaten Haushalten und Unternehmen geltend gemacht werden, mehr und mehr in Konflikt zueinander stehen und in der Summe über den gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum hinausgehen. Das zeigt sich in der beschleunigten Geldentwertung; es zeigt sich ferner im hohen Zins wie in der niedrigeren Bewertung der D-Mark, beides auch Zeichen dafür, daß an den Finanzmärkten Befürchtungen aufgekommen sind, die deutsche Wirtschaftspolitik werde mit den Herausforderungen nicht fertig werden. Die Wirtschaftspolitik sollte das ernst nehmen.

267. Wo es der Staat in der Hand hat, gesamtwirtschaftlich unvertretbare Ansprüche zurückzuweisen, sollte er nicht länger damit zögern. Alte Privilegien nicht weiter gewähren und neue versagen, strenge Sparsamkeit bei allen Ausgaben walten lassen und fürs erste keine neuen Felder für öffentliche Leistungen erschließen, die Belastung mit Steuern wie Abgaben in Grenzen halten und weniger Kredit aufnehmen — wenn die politische Führung ihre Fachressorts auf diesen Kurs zwingt, wird es ihr auch leichter fallen, von den gesellschaftlichen Gruppen Maßhalten bei deren Ansprüchen zu verlangen, die Tarifvertragsparteien eingeschlossen.

268. Je besser die Bundesrepublik die Aufgaben bewältigt, die sich mit Blick auf die wirtschaftliche und soziale Integration in Deutschland stellen, desto größer kann zugleich der Beitrag ausfallen, den sie für die weitere Integration in Europa zu leisten hat: Bei dem großen Gewicht, das der D-Mark im Europäischen

Währungssystem zukommt, ist die Rückgewinnung eines stabileren Geldwertes auch für Fortschritte auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion von erheblicher Bedeutung. Von nicht minderem Rang ist die Erhaltung der Wachstumsstärke, stellt man die hohen Erwartungen in Rechnung, die in den osteuropäischen Ländern an die Hilfen der Bundesrepublik und der Partnerländer in der Europäischen Gemeinschaft geknüpft werden.

II. Ziele und Wirklichkeit

Die neuen Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland

269. Die wirtschaftliche Integration in Deutschland befindet sich noch in ihrer ersten Phase; mehr die Unterschiede als das Gemeinsame kennzeichnen das Bild der deutschen Volkswirtschaft. Die ostdeutsche Wirtschaft steht im Zeichen der mühseligen Transformation in eine Marktwirtschaft; erst seit dem Sommer zeichnet sich die Wende zum Besseren hin ab. Die westdeutsche Wirtschaft dagegen hat ihren Aufwärtskurs halten können, sie hat zwar im Verlauf des Jahres deutlich an Schwung verloren, doch müßte es zu schaffen sein, daß sie im nächsten Jahr wieder an Dynamik gewinnt. Der beträchtliche Abstand in der wirtschaftlichen Leistung je Erwerbstätigen in den alten und den neuen Bundesländern konnte in diesem Jahr noch nicht verringert werden.

In dieser ersten Phase der wirtschaftlichen Integration werden die wirtschaftlichen Verflechtungen noch von der viel größeren und stärkeren westdeutschen Wirtschaft geprägt. Waren und Dienste, ebenso Investitionskapital, fließen überwiegend von Westdeutschland nach Ostdeutschland, von Westdeutschland her kommen Transfers großen Umfanges. Beim Faktor Arbeit dominiert der Zustrom aus den neuen Bundesländern, wo Arbeitsplätze massenhaft fortfallen. Zwar gingen die Zuzüge nach Westdeutschland seit dem Sommer 1990 drastisch zurück, doch hat sich dafür die Anzahl der nach Berlin (West) und in die alten Bundesländer einpendelnden ostdeutschen Arbeitnehmer anhaltend und stark erhöht.

270. Mit der Erweiterung des deutschen Wirtschaftsraumes haben sich die wirtschaftlichen Bedingungen in ganz Deutschland verändert. Was es bedeutet, ungeschützt dem Wettbewerb ausgesetzt zu sein, haben die Produzenten in Ostdeutschland gleich nach dem 1. Juli 1990 schmerzlich erfahren. Was erforderlich ist, um in diesem Wettbewerb zu bestehen, läßt sich nur allmählich bewältigen. Auch in Westdeutschland hat sich das wirtschaftliche Umfeld verändert; neue Absatz- und Bezugsmärkte sind dazugekommen, neue Produktionsstandorte stellen sich zur Wahl. Inländischen wie ausländischen Investoren eröffnen sich im gesamten deutschen Wirtschaftsraum neue Investitionsfelder.

Der ostdeutsche Kapitalstock muß von Grund auf erneuert werden, und auch der westdeutsche ist an die neuen Produktionsbedingungen anzupassen. Für die Finanzierung der Investitionen steht der Bundesrepublik der Weltkapitalmarkt offen, doch hängen die Konditionen, zu denen sie Geldkapital in Anspruch nehmen kann, von der spezifischen Risikoeinschätzung der Kapitalgeber ab. In dieser Einschätzung hat es seit Anfang 1990 einen grundlegenden Wandel gegeben. Konnten deutsche Kreditnehmer sich bis dahin zu niedrigeren Zinsen verschulden als Kreditnehmer in vielen anderen Ländern, müssen sie seitdem höhere Zinsen zahlen. Entscheidend war hierfür die Erwartung einer starken Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch den Staat, und dies vorwiegend für in Ostdeutschland konsumtiv verwendete Transferzahlungen.

Beim Faktor Arbeit hat sich die deutsche Vereinigung grundverschieden auf Ostdeutschland und Westdeutschland ausgewirkt. In allen Regionen der neuen Bundesländer und bei den meisten Qualifikationen besteht ein großes Überangebot an Arbeitskräften; hierin spiegelt sich der Mangel an rentablen Arbeitsplätzen. Auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt konnte das — hauptsächlich auf Grund der Zuwanderungen und des Pendelns ostdeutscher Arbeitnehmer — erhöhte Angebot ohne große Schwierigkeiten absorbiert werden.

Ein hoher Zins in ganz Deutschland, ein aufnahmebereiter Arbeitsmarkt in Westdeutschland und ein hohes Überangebot an Arbeitskräften auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt: Das sind wichtige Eckpunkte, die Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik und Tarifpolitik in den nächsten Jahren zu beachten haben.

271. Die Ziele des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft gelten für ganz Deutschland. So lange sich jedoch Entwicklungsbedingungen und Entwicklungsstand grundlegend unterscheiden, wäre es nicht sinnvoll, wenn der Sachverständigenrat den ihm erteilten gesetzlichen Auftrag ohne Differenzierung auf das Gesamtgebiet der Bundesrepublik Deutschland beziehen würde. Beim Ziel des stetigen und angemessenen Wachstums und beim Ziel des hohen Beschäftigungsstandes sind es die Unterschiede der beiden Gebietsteile, die fürs erste die Wirklichkeit und die Zielinterpretation bestimmen werden.

Die neuen Bundesländer: Beginn der Aufwärtsentwicklung

272. Noch bis weit in das Jahr 1991 hinein bestimmte der Niedergang der alten DDR-Wirtschaft die Entwicklung in den neuen Bundesländern. Die gesamtwirtschaftliche Leistung lag im zweiten Halbjahr 1991 um etwa 16½ vH unter Vorjahresstand. Erst im Jahresverlauf haben die expandierenden Bereiche das Übergewicht über die schrumpfenden gewonnen, und wir rechnen damit, daß die Produktionsleistung im kommenden Jahr um rund 7½ vH zunehmen wird. Hinter dem quantitativen Bild stehen ökonomisch grundverschieden zu bewertende Vorgänge: Was an alten, unrentablen Produktionsstrukturen und Arbeitsplätzen wegbricht, stellt gesamtwirtschaftlich keinen Verlust dar; was an neuen entsteht, ist ein Gewinn für ganz Deutschland.

273. Der Aufbau einer neuen Wirtschaftsbasis kommt trotz des bedeutenden Transfers von öffentli-

chen Mitteln, Kapital, Wissen und Managementdiensten nur langsam in Gang. Das derzeitige Fundament ist sehr schmal und noch nicht gefestigt. Welche Teile der alten DDR-Industrie nach ihrer Modernisierung und Sanierung zur neuen Wirtschaftsbasis gehören werden, läßt sich derzeit nicht abschätzen. Lediglich bei Dienstleistungen und außerdem im Baugewerbe konnte bisher ein neues Fundament gelegt werden.

Das nur langsame Ingangkommen des Wirtschaftsaufbaus sollte nicht verwundern. Erst eineinhalb Jahre sind es her seit dem Vollzug der deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, erst ein gutes Jahr seit der deutschen Vereinigung. Noch gibt es gewichtige Engpässe, die das breite Ingangkommen der Investitionen behindern — trotz aller Energie, mit der in Wirtschaft und Verwaltung auf die Beseitigung der verschiedenen Engpässe hin gearbeitet wird, und trotz erster Erfolge, so vor allem beim Infrastrukturausbau. Auf mittlere Sicht darf man aber damit rechnen, daß die Investitionen in den neuen Bundesländern anhaltend und kräftig ausgeweitet werden können, zumal der Staat Investitionen sowohl im privatwirtschaftlichen als auch im infrastrukturellen Bereich weiterhin unterstützt.

Freilich, Erfolge fallen nicht in den Schoß. Wie kräftig die Investitionen zunehmen werden, in welchem Umfange und wie schnell infolgedessen die Schaffung neuer Arbeitsplätze gelingt: Das hängt nicht allein vom Abbau der Investitionshemmnisse und von staatlicher Investitionsförderung ab, sondern auch von der Schaffung eines attraktiven Umfeldes für wirtschaftliche Aktivitäten. Hieran zu arbeiten, ist eine wichtige Aufgabe der neuen Bundesländer selbst.

274. Der Produktionsanstieg wird frühestens Ende des nächsten Jahres hinreichen, bei der Beschäftigung die Wende zum Besseren herbeizuführen. Das überschattet die ersten Erfolge des marktwirtschaftlichen Neuaufbaus. Eine schnelle Lösung der Beschäftigungsprobleme, eine Lösung, die rasch zugleich Dauerarbeitsplätze und gute Bezahlung bringt, darf man nicht erhoffen; sehr viele alte Arbeitsplätze müssen ersetzt werden, und die Schaffung der neuen Arbeitsplätze ist teuer und braucht viel Zeit. Die Sorge um die Arbeitslosen bleibt daher das wirtschaftspolitische Thema Nummer 1 für die kommenden Jahre.

275. Die Leistungsschwäche der meisten ostdeutschen Unternehmen und die hohe offene oder verdeckte Arbeitslosigkeit schlagen sich nicht in entsprechend niedrigen Einkommen nieder. Die Arbeitnehmereinkommen (Bruttolohn- und -gehaltssumme je Erwerbstätigen) lagen im zweiten Halbjahr 1991 um 36 vH über ihrem Vorjahresstand. Löhne, die nicht über die Verkaufserlöse hereingeholt werden, gehen in vielen Fällen zu Lasten der öffentlichen Haushalte. Der größere Teil der Einkommen von Arbeitslosen, Kurzarbeitern und ABM-Beschäftigten sowie ein beträchtlicher Teil der Rentnereinkommen wird durch Transferzahlungen finanziert, die von den Steuerzahlern und den Beitragszahlern im Westen Deutschlands aufzubringen sind.

Der gewaltige Transfer von Deutschland West nach Deutschland Ost entschärft das in der noch schwachen Wirtschaftsbasis begründete Einkommensproblem für die Bürger in den neuen Bundesländern ganz entscheidend. Nachdem schon die Währungsunion den Bürgern der damaligen DDR einen erheblichen Kaufkraftgewinn gebracht hatte, verbesserte sich die Einkommenssituation in den neuen Bundesländern weiter beträchtlich. Daß sie im Vergleich zu Westdeutschland immer noch weit zurückliegt, kann angesichts des riesigen Einkommensabstandes und der kurzen Zeit seit der staatlichen Vereinigung nicht überraschen.

276. Auch in den kommenden Jahren werden umfangreiche Transferzahlungen erforderlich sein, um eine leistungsfähige Verwaltung aufzubauen, die privaten Investitionen zu fördern, die Investitionen in die Infrastruktur anzuschieben und die soziale Absicherung zu ermöglichen. Es ist heute noch nicht absehbar, wann in den neuen Bundesländern ein ökonomisches Fundament herangewachsen sein wird, das ein sich selbst tragendes Wachstum ermöglicht und es so erlaubt, die breite Unterstützung schrittweise abzubauen. Wichtig sind die Gestaltung dieser Unterstützung und die aktive Mitwirkung in den neuen Bundesländern. Nur dann, wenn die Unterstützung als Hilfe zur Selbsthilfe wirkt, wird es zu verhindern sein, daß ein Faß ohne Boden entsteht, und nur dann werden die Haushalte des Bundes, der Gebietskörperschaften im Westen und der Sozialversicherungen durch den Aufbau Ost nicht überfordert werden.

Alte Bundesländer: noch gute Konjunktur 1991 — zunehmende Risiken

277. In den alten Bundesländern lag der Produktionsanstieg auch im Jahre 1991 über dem Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten, die von der Angebotsseite her bestimmt sind. Die Zunahme um 3½ vH ist in erster Linie dem kräftigen Nachfrageschub aus Ostdeutschland zu verdanken. Dieser Nachfrageimpuls war in den alten Bundesländern so stark, daß er die Abschwächung im Export aufs ganze gesehen mehr als ausgleichen konnte. Das konjunkturelle Bild ist jedoch recht differenziert. Während die konsumnahe Produktion und auch Dienstleistungen stark vom neuen Geschäft profitierten, sahen sich viele Anbieter, insbesondere in der Investitionsgüterindustrie, bisher nicht in der Lage, ihre großen Einbußen im Auslandsgeschäft durch zusätzlichen Absatz in den neuen Bundesländern wettzumachen.

278. Nicht zu verkennen ist, daß sich der Anfang des Jahres noch steile Anstieg der Produktion im weiteren Jahresverlauf stark abgeflacht hat. In der Industrie kam es sogar zur Stagnation. Auch im Jahre 1992 wird die Konjunktur gedämpft verlaufen; es kommt zu einem Wechsel der Auftriebskräfte: Der Exportmotor wird langsam wieder anlaufen, die Investitionen werden nur schwach ansteigen, und vom Privaten Verbrauch werden erst im zweiten Halbjahr stärkere Impulse ausgehen. Wesentlichen Anteil hieran haben die veränderten Wirkungen der staatlichen Transfers. Die von der Finanzpolitik angeschobene Nachfrage aus Ostdeutschland nach westdeutschen Produkten wird 1992, übers ganze Jahr gesehen, deutlich weniger ansteigen als 1991. Die Belastungen hingegen, die

von den hohen Haushaltsdefiziten ausgehen, werden sich voll nachfragedämpfend auswirken.

- Die Haushaltsplanung des Bundes sieht für 1992 eine deutliche Verringerung des Haushaltsdefizits vor; und auch das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts wird 1992 mit voraussichtlich 131 Mrd DM etwas unter dem diesjährigen Niveau liegen. Der von den öffentlichen Haushalten ausgehende mittelbare und unmittelbare Nachfrageschub für die westdeutsche Wirtschaft wird damit eher etwas schwächer werden.
- Die Abgabenbelastung, die im Verlauf des Jahres 1991 stark angestiegen ist, wird auch 1992, aufs ganze Jahr gesehen, hoch bleiben. Zur Steuerbelastung dürften steigende Abgaben insbesondere zur Gesetzlichen Krankenversicherung hinzukommen; von daher werden die Kaufkraft der Privathaushalte entsprechend niedriger und die Ertragslage der Unternehmen schlechter.

Versucht man die schwächer werdende konjunkturelle Entwicklung einzuordnen, so wird man in ihr zu einem guten Teil das längst fällig gewordene Atemholen nach der stürmischen Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre sehen. Die Unternehmen konnten in dieser Zeit mit einer außergewöhnlichen Investitionskampagne ihren Kapitalstock durchgreifend erneuern und beträchtlich erweitern. Wie der neue Impuls, der nach unserer Prognose im Verlauf des Jahres 1992 vom Export her kommen wird, über das Jahr hinaus wirken wird — als Anstoß zu neuem Schwung oder aber lediglich als Ausgleich für schwache Inlandsnachfrage —, hängt entscheidend von Finanzpolitik und Lohnpolitik ab.

279. Die hohen Lohnabschlüsse des Jahres 1991 haben eine Steigerung der Lohnstückkosten gebracht, die nicht nur als schwere Hypothek auf den Anstrengungen zur Wiedergewinnung der Geldwertstabilität lastet, sondern auch die Wachstumskräfte in der Wirtschaft gefährdet. Wir erwarten zwar für 1992 einen merklich geringeren Anstieg der Löhne, doch liegt er nach wie vor höher, als es für ein stabiles und beschäftigungsförderndes Wachstum angemessen wäre.

280. Die Gewinne von heute bestimmen die Investitionen von morgen, die Investitionen von morgen die Arbeitsplätze von übermorgen: Die Richtigkeit dieses einfachen Zusammenhanges hat sich in den achtziger Jahren eindrucksvoll bestätigt. Entscheidend beigetragen zur Verbesserung der Unternehmergewinne hatten die Tarifvertragsparteien mit Lohnabschlüssen, die über lange Zeit eine weitgehende Stabilität der Lohnstückkosten brachten. Die Gewinnverbesserung zahlte sich auch für die Arbeitnehmer aus. Sie war die Bedingung für die überaus kräftige Ausweitung der Unternehmensinvestitionen in den letzten fünf Jahren. Mit dem Fortschreiten der guten Konjunktur investierten die Unternehmen mehr und mehr in die Erweiterung der Produktionskapazitäten, und so kam schließlich die größte Ausweitung des Arbeitsplatzangebots seit den fünfziger Jahren zustande: nicht weniger als 2½ Millionen Arbeitsplätze konnten gegenüber 1983 geschaffen werden.

281. Die Sorge, daß aus dem Zusammenspielen von expansiver Lohnpolitik und restriktiv wirkender Geldpolitik eine Verschlechterung der Ertragslage resultieren wird, die eine neue, schlechtere Phase der konjunkturellen Entwicklung einleitet, darf nicht klein geschrieben werden. Den leichten Rückgang der Umsatzrenditen in den letzten Jahren mag man nach den vorangegangenen kräftigen Gewinnsteigerungen noch zu einem guten Teil als eine Normalisierung ansehen, und so sehen es wohl auch die meisten Unternehmen. Entscheidend ist aber, wie sich die Gewinne in den nächsten Jahren entwickeln und welche Gewinnerwartungen sich herausbilden werden.

Unter den Annahmen unserer Prognose werden die Unternehmensgewinne 1992 unter Druck stehen. Das wird nicht ohne Einfluß auf die Gewinnerwartungen bleiben. Viele Unternehmen werden sich veranlaßt sehen, Investitionen in Kapazitätserweiterungen — sei es im Osten, sei es im Westen — zurückzustellen. Die Ausweitung der Investitionen wird schwächer sein, und das zusätzliche Arbeitsplatzangebot wird geringer ausfallen als in diesem Jahr.

282. Es gibt zu denken, daß die deutschen Direktinvestitionen im Ausland nach dem Zusammenbruch des DDR-Regimes — also seitdem sich neue Investitionsperspektiven in Ostdeutschland abzeichnen — sprunghaft angestiegen sind, während die Direktinvestitionen von Ausländern in Deutschland, wenn auch unter großen Schwankungen, seit langem schon auf niedrigem Niveau stagnieren. Eine markante Verbesserung der Renditeerwartungen für Investitionen in Deutschland, die man von der deutschen Vereinigung erhofft hat, ist offenkundig noch nicht eingetreten. Es wird sich zeigen, ob die Ausländer erst einmal abwarten, wie der Aufbau in Ostdeutschland voran kommt, und ob die deutschen Unternehmen ihre ausländischen Investitionsengagements neu orientieren werden. Doch: Gelassenheit ist fehl am Platze. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Standort mit sehr hohen Kosten, und von daher ist es entscheidend wichtig, daß sie im internationalen Wettbewerb genügend Hochpreisprodukte gewinnbringend verkaufen kann. Gelänge das nicht, so müßten die Kosten abgesenkt werden. Wirtschaftspolitik und Tarifpolitik sind gefordert, bei allen kostensteigernden Regelungen zu prüfen, ob sie verkraftbar, das heißt mit einem hohen Beschäftigungsstand vereinbar sind. Die Qualitätspflege des Standorts Bundesrepublik bleibt Dauerauftrag an die Akteure der Wirtschaftspolitik.

Die Ziele im einzelnen

283. Mit Blick auf die Ziele, an denen der Sachverständigenrat seine Urteilsfindung auszurichten hat

- Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum — ergibt sich zusammenfassend der folgende Befund:
- Das Ziel der **Geldwertstabilität** ist grob verletzt. Die Geldentwertung war in den alten Bundesländern im zweiten Halbjahr 1991 mit 4 vH die höchste seit zehn Jahren, und für das kommende Jahr ist nach unserer Prognose keine nennenswerte Besserung in Sicht. Deutschland steht international nicht mehr im vordersten Rang bei der Verteidigung der Geldwertstabilität.

In den neuen Bundesländern fiel der Preisanstieg noch wesentlich stärker aus als in Westdeutschland. Hinter der größeren Teuerung für die ostdeutschen Privathaushalte steht jedoch nicht ein größerer allgemeiner Preisauftrieb — ein inflatorischer Prozeß —, sondern eine Entzerrung der Preisrelationen durch Abbau von Subventionen. Diese Preisbereinigung ist Teil der marktwirtschaftlichen Reform. Auch im kommenden Jahr wird der Preisanstieg in Ostdeutschland stärker sein als im Westen; die Unterschiede vermindern sich aber deutlich. Dem Kaufkraftverlust in Ostdeutschland werden nur zum Teil weitere Subventionskürzungen zugrunde liegen, hauptsächlich wird er durch erhebliche Lohnkostensteigerungen vorangetrieben, die sich in den Preisen örtlicher Waren und Dienste voll auswirken.

— Die westdeutsche Wirtschaft hat das Ziel eines **stetigen und angemessenen Wachstums** in den letzten Jahren nahezu erfüllt. Das zeigt das Wachstum der Produktionskapazität, das 1991 mit gut 3 vH den höchsten Wert seit 1973 erreichte und doppelt so hoch war wie noch zur Mitte der achtziger Jahre. Die wiedergewonnene Wachstumsdynamik ist nicht allein dem Investitionsaufschwung in den letzten Jahren zu verdanken, sondern auch der starken Zuwanderung und der größeren Anzahl von einpendelnden ostdeutschen Arbeitskräften. Mit der zunehmenden Dynamik sind allerdings auch die inflationären Verspannungen wieder größer geworden; zunehmende Verteilungskonflikte gefährden die Stetigkeit des Wachstums.

  Für die neuen Bundesländer ist das Ziel des angemessenen und stetigen Wachstums dahin zu interpretieren, wie schnell und beharrlich der Aufbau der neuen Wirtschaftsbasis vorangeht. Dieser Aufbau hat im Sommer 1991 eingesetzt und wird sich im kommenden Jahr verstärkt fortsetzen. Dahinter steht nicht nur die Beschleunigung der Investitionen in die Infrastruktur sowie in Produktions- und Vertriebsanlagen. Wichtig sind auch die Verbesserungen in der Organisation von Wirtschaft und Verwaltung sowie die fortschreitende Qualifizierung der Arbeitskräfte. Gemessen an dem Ziel, Lebensverhältnisse herzustellen, die denen der alten Länder gleichkommen, bedeutet der Produktionsanstieg 1992 nur einen kleinen Schritt; gemessen am desolaten Zustand der alten Wirtschaftsbasis, darf man das gleichwohl als beachtlich ansehen — und vor allem: Dem ersten Schritt können schnell größere folgen.

— Die alten Bundesländer sind beim Ziel eines **hohen Beschäftigungsstandes** ein gutes Stück vorangekommen. Gerade in den letzten drei Jahren, die mit 2,1 Millionen zusätzlich Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt ein Rekordergebnis brachten, hat sich gezeigt, wie aufnahmefähig der westdeutsche Arbeitsmarkt ist. Die immer noch hohe Anzahl der registrierten Arbeitslosen (Ende 1991: 1,7 Millionen) steht nicht für eine massive Verfehlung des Beschäftigungszieles. Wie die schnelle Absorption des zusätzlichen Arbeitskräfteangebots aus der ehemaligen DDR, aus Osteuropa und aller Welt belegt, passen offensichtlich Arbeitsansprüche und Arbeitsmöglichkeiten vieler Arbeitsloser nicht zu dem, was auf den Arbeitsmärkten geboten wird. Das hat — vor allem bei den Langzeitarbeitslosen — viele Gründe, und es bleibt eine wichtige Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik, diesen Menschen zu helfen. Die Wirkungsmöglichkeiten der anderen wirtschaftspolitischen Bereiche scheinen hier erschöpft zu sein.

  Der Zusammenbruch der alten Produktionsstrukturen hat in den neuen Bundesländern zu einer sehr hohen offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit geführt. Diese ist nicht Fehlentscheidungen der neuen Wirtschaftspolitik zuzuschreiben, sondern dem alten Regime. Es gab und es gibt keine Alternative zum Aufbau einer neuen Wirtschaftsbasis, die den Menschen gute Arbeit und guten Lohn bietet. Festhalten an den unrentablen alten Arbeitsplätzen wäre jedenfalls keine Alternative. Die Folgerung kann nur die sein, daß alles getan werden muß, um den Neuaufbau der Wirtschaftsbasis zügig voranzubringen und so die neuen Arbeitsplätze zu schaffen. In der Zeit bis dahin sind auch Entlastungen des ostdeutschen Arbeitsmarktes hilfreich; Pendeln nach Westdeutschland ist eine von ihnen. Die Möglichkeiten zu helfen, ohne den Aufbau der neuen Wirtschaftsbasis zu beeinträchtigen, sind freilich begrenzt.

— In der Passivierung der Leistungsbilanz ist kein Zeichen wirtschaftlicher Schwäche und keine Verfehlung des Zieles des **außenwirtschaftlichen Gleichgewichts** zu sehen.

  Es paßt zum gewaltig gestiegenen internen Absorptionsbedarf, daß der Überschuß in der Leistungsbilanz — beziehungsweise sein Gegenstück, der hohe deutsche Netto-Kapitalexport — mittlerweile abgebaut worden ist. Der Umfang der in Deutschland zu lösenden Aufgaben zwingt die Bundesrepublik dazu, ihre Ersparnisse mit Vorrang für den wirtschaftlichen Aufbau im Osten des Landes zu verwenden statt für den Ausbau der Vermögensposition gegenüber dem Ausland. Problematisch ist indessen, daß der Umschwung in der Zahlungsbilanz weniger durch eine im Markt angelegte Verbesserung der Investitionschancen in Deutschland bewirkt worden ist als durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu Lasten der inneren Ersparnis. Der im Vergleich zum internationalen Kapitalmarkt hohe deutsche Zins zeigt eben nicht eine Verbesserung der Renditeerwartungen an, sondern die Marktreaktion auf die hohe Beanspruchung des Kapitalmarktes durch den Staat. Wenn diese nicht zurückgeführt werden sollte, wird der hohe Zins die Investitionen in Sachkapital beeinträchtigen. Er wird vor allem die zinsreagiblen Bereiche treffen — die Abschwächung im Bau von Einfamilienhäusern ist bereits eingetreten.

284. Das Ziel des angemessenen Wachstums schließt nach der Interpretation des Sachverständigenrates den **Schutz der natürlichen Umwelt** ein. Angemessenes Wachstum bedeutet nicht zuletzt auch umweltverträgliches Wachstum, denn eine intakte natürliche Umwelt ist Teil des Wohlstands einer Gesellschaft und zugleich Grundlage für ein auf Dauer angelegtes Wirtschaftswachstum.

Die Entwicklung in den alten Bundesländern ist ein eindrucksvoller Beleg dafür, daß umweltverträgliches Wirtschaftswachstum möglich ist. So wurde im Jahre 1989 mit dem gleichen Primärenergieeinsatz wie zwanzig Jahre zuvor ein Drittel mehr an Waren und Dienstleistungen produziert. Überdies wurden bei gleichem Energieeinsatz weniger Schadstoffe emittiert. Bei einigen Schadstoffkategorien gingen die Emissionen sogar drastisch zurück. Das wurde dadurch ermöglicht, daß die Unternehmen und die Privathaushalte über Preissignale und Auflagen zu umweltschonender Produktion und Güterverwendung angehalten wurden.

Der Vergleich mit der ehemaligen DDR und den anderen früher sozialistischen Staaten in Osteuropa zeigt, daß der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen nicht in Systemen mit staatlicher Wirtschaftslenkung am besten gewährleistet ist, sondern in Gesellschaften, in denen die Dringlichkeit des Umweltschutzes durch öffentliche Diskussion zur Geltung gebracht wird, in denen der Staat Normen für die Umweltnutzung setzt und in denen die Privaten im Wettbewerb nach Wegen suchen, auf denen sich die ökologischen Ziele am wirksamsten erreichen lassen. In der früheren DDR wurde der Umweltschutz offiziell zwar als Staatsziel proklamiert, doch geriet er in der Praxis so stark ins Hintertreffen, daß die Gesundheit der Bevölkerung in manchen Regionen ernsthaft gefährdet und die Natur teilweise ruiniert wurde. Nicht zuletzt aufgrund der Umweltschäden lag die Lebenserwartung bei den Männern um 2½ Jahre und bei den Frauen um 7 Jahre niedriger als in der damaligen Bundesrepublik. Der Raubbau an der Natur war bereits so weit fortgeschritten, daß nach der politischen Wende die Umweltstandards nicht mehr — wie in den westlichen Ländern — durch Umrüstung oder wirtschaftlichen Strukturwandel erreicht werden konnten, sondern umweltgefährdende Produktion in größerem Umfange stillgelegt werden mußte.

III. Zu den Grundlinien der Wirtschaftspolitik

Die wirtschaftliche Integration in Deutschland: Perspektiven — Wege — Risiken

285. Will die Wirtschaftspolitik den großen vor ihr liegenden Aufgaben gerecht werden, muß sie aus ihren Widersprüchen herausfinden und neue Prioritäten setzen. Den Neuaufbau der ostdeutschen Wirtschaft voranbringen und so die noch drückenden sozialen Probleme der Umstellung an ihrer Wurzel angehen, dabei eine Überforderung der Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft vermeiden, zugleich den Anforderungen des europäischen Binnenmarktes und seiner Weiterentwicklung zu einer Wirtschafts- und Währungsunion Rechnung tragen, darüber hinaus den Reformprozeß in den osteuropäischen Ländern unterstützen — das alles erfordert eine Wirtschaftspolitik, bei der sich die einzelnen Akteure nicht wechselseitig in die Quere kommen, sondern zielstrebig einer klaren Grundlinie folgen.

286. Die Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Bundesländern und dessen soziale Flankierung machen noch für eine Reihe von Jahren den Einsatz umfangreicher öffentlicher Mittel nötig, die vornehmlich in den alten Bundesländern aufgebracht werden müssen. Macht die Wirtschaftspolitik das nicht hinlänglich deutlich und wirkt sie dem Beharren auf alten Besitzständen nicht entschlossen entgegen, sind zunehmende Verteilungskonflikte auf allen Ebenen programmiert,

- Verteilungskonflikte zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands mit negativen Folgen für das wirtschaftliche und soziale Zusammenwachsen,
- Verteilungskonflikte der Gebietskörperschaften untereinander sowie zwischen diesen und den Sozialversicherungen mit negativen Folgen für die Solidität der Staatsfinanzen und für die Klarheit in der staatlichen Aufgabenteilung,
- Verteilungskonflikte zwischen dem Staat und den Steuerzahlern mit negativen Folgen für die notwendigen Leistungsanreize,
- Verteilungskonflikte zwischen alten und neuen Empfängern staatlicher Subventionen mit negativen Folgen für die Wirksamkeit der aufgewandten Mittel,
- Verteilungskonflikte zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern mit negativen Folgen für das gesamtwirtschaftliche Preisniveau und die Beschäftigung,
- Verteilungskonflikte zwischen Gewinnern und Verlierern der Geldentwertung mit negativen Folgen für Sparen und Investieren und damit für den künftigen Wachstumsspielraum.

Den gesamtwirtschaftlichen Zielen droht somit von diesen Konflikten Gefahr. In der Beschleunigung des allgemeinen Preisanstiegs und im niedrigen Wechselkurs der D-Mark ist die Gefahr für den Geldwert im Jahre 1991 bereits deutlich sichtbar geworden. Daß das gleiche nicht auch schon für Wachstum und Beschäftigung gilt, darf nicht zu Sorglosigkeit Anlaß geben. Prüfstein einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik ist, wie rasch und wie nachhaltig es ihr gelingt, einem weiteren Umsichgreifen der Verteilungskonflikte entgegenzuwirken.

287. Die sich verschärfenden Konflikte in der Verteilung stehen einer Wirtschaftspolitik entgegen, die den Herausforderungen der wirtschaftlichen und sozialen Integration in Deutschland wie den europäischen Herausforderungen gerecht wird und damit auch den Chancen, die sich aus deren Bewältigung für die Zukunft ergeben. Was von der Wirtschaftspolitik getan werden muß, um den eingetretenen Fehlentwicklungen zu begegnen und den drohenden zuvorzukommen, kann nur getan werden, wenn die sich damit verbindenden Veränderungen in der Verteilung der Realeinkommen hingenommen werden. Einmal besetzte Verteilungspositionen werden jedoch mit Macht verteidigt. Das Anspruchsdenken scheint um so mehr auszugreifen, je weiter die Wohlstandsmehrung einer Gesellschaft fortschreitet. Die jüngste Entwicklung in der Bundesrepublik steht jedenfalls als eindrucksvoller Beleg hierfür: Alle bejahen die Notwendigkeit, den wirtschaftlichen Aufbau der neuen

Bundesländer tatkräftig zu unterstützen, aber nur wenige sind bereit, hierfür auch nur auf Teile des Einkommenszuwachses zu verzichten.

288. Die Wirtschaftspolitik muß sich konsequent auf die grundlegend veränderten Gegebenheiten in Deutschland einstellen. Sie kann nicht länger so tun, als gehe es beim Aufbau einer neuen, wettbewerbsfähigen Wirtschaft in den neuen Bundesländern um eine Aufgabe, die zusätzlich zum bisherigen Pensum zu bewältigen sei, so daß alles andere beim alten bleiben könne. Da öffentliches Geld knapp ist — und mit Blick auf die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit knapp sein muß —, sind nach der politischen Einigung die Prioritäten nach einem gesamtdeutschen Maßstab neu zu setzen. Was in den alten Bundesländern vordem als dringlich galt, mag es weiterhin sein, doch nun eben nicht immer dringlich genug, um nicht hinter dem zurückstehen zu müssen, was in den neuen Bundesländern auf Verbesserung wartet:

- In der sektoralen Strukturpolitik stellt sich die Frage nach der Berechtigung überkommener Subventionen verschärft, wo diese nicht nur öffentliches Geld kosten, das an anderer Stelle dringend gebraucht wird, sondern zudem den Wettbewerb zu Lasten von Anbietern aus den neuen Bundesländern verzerren; die Subventionen für den westdeutschen Steinkohlebergbau sind hier das wichtigste, jedoch nicht das einzige Beispiel.

- In der regionalen Strukturpolitik muß die Erhöhung der Standortqualität strukturschwacher ostdeutscher Regionen Vorrang vor einer Förderung westdeutscher haben, die in gesamtdeutscher Betrachtung allemal besser dastehen; dazu gehört der beschleunigte Abbau der verbliebenen Zonenrandförderung ebenso wie eine Neuabgrenzung der Fördergebiete in den alten Bundesländern.

- In der Umweltschutzpolitik ist bei allen mit öffentlichem Geld geförderten Maßnahmen zu beachten, daß diese angesichts der immensen Altlasten, die der Sozialismus hinterließ, in den neuen Bundesländern vergleichsweise mehr bewirken als in den alten.

Solange die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft noch nicht an die der westdeutschen heranreicht, müssen auch in der Lohnpolitik andere Maßstäbe als bisher gelten. Wie rasch die Löhne in den neuen Bundesländern zu denen in den alten Bundesländern aufschließen können, ist dabei nicht die einzige Frage. Fragen müssen sich die Tarifvertragsparteien auch, was eine vertretbare Lohnsteigerung im Westen ist, wenn diese zugleich das Ausmaß des im Osten geltend gemachten Nachholanspruchs bestimmt und so die dortigen Beschäftigungsprobleme wesentlich mitbeeinflußt.

289. Bei all dem darf der rasche Wandel nicht aus dem Blick geraten, in dem sich das Umfeld Deutschlands befindet. Rundum schreitet der Abbau nationaler Grenzen fort und mit ihm die Internationalisierung der Produktion wie die Globalisierung der Märkte. Das erhöht auf der einen Seite den Wettbewerbsdruck, verbessert auf der anderen Seite aber auch die Absatzmöglichkeiten von Unternehmen und die Entwicklungschancen von Regionen, die sich als konkurrenzfähig erweisen.

In ihrer ganzen Reichweite noch nicht annähernd abzuschätzen sind die Herausforderungen, die sich mit der Aufgabe stellen, die ehemals sozialistischen Volkswirtschaften in Osteuropa auf ihrem Reformkurs und bei ihrem Bestreben zu unterstützen, wirtschaftlichen Anschluß an den Westen zu finden. Nicht allein technische und finanzielle Hilfen sind gefragt; ebenso wichtig ist der Zugang zu den westlichen Absatzmärkten, ohne den die osteuropäischen Länder die notwendige Exportbasis nicht aufbauen und die Devisen nicht verdienen können, die sie zur Bezahlung von Importen wie für den Schuldendienst auf die ihnen gewährten Kredite brauchen. Ein Fehlschlagen der Anstrengungen der Reformländer hätte fatale Folgen für die wirtschaftliche und politische Stabilität in ganz Europa, Folgen, die das benachbarte Deutschland mehr noch als andere Länder fürchten müßte. Eine massive Zuwanderungswelle wäre nicht das einzige Problem.

290. Wohlgemerkt: Es geht weder um Aufgaben, die nicht zu bewältigen sind, noch geht es um Strategien für magere Jahre. Es geht darum, die Chancen nicht zu verspielen, die ein fortschreitendes Zusammenwachsen der vorerst noch ungleichen Teile Deutschlands und der Abbau von Grenzen in Europa einer leistungsstarken Volkswirtschaft auf mittlere Sicht bieten. Die Sicherung der Wachstumskräfte und die Rückgewinnung der Geldwertstabilität müssen deshalb die Grundlinie der Wirtschaftspolitik und die Rollenverteilung auf die Akteure bestimmen.

Sicherung der Wachstumskräfte

291. Die Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen an die in den alten Bundesländern kann nicht auf Dauer durch Transferzahlungen erfolgen. In Ostdeutschland müßte dies den Willen, es aus eigener Kraft zu etwas zu bringen, über kurz oder lang erlahmen lassen, und in Westdeutschland wäre dafür nicht mit anhaltender politischer Zustimmung zu rechnen. Der Weg zur Angleichung der Lebensverhältnisse muß vielmehr über den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftsbasis in den neuen Bundesländern führen, die diesen Schritt für Schritt ein eigenständiges Vorwärtskommen und damit ein Aufholen ermöglicht. Auf Hilfe zur Selbsthilfe werden die neuen Bundesländer freilich — darüber sollte es keine falschen Erwartungen geben — so bald noch nicht verzichten können.

292. Die Marktkräfte wirken zugleich zerstörend und aufbauend. Beides geht bei einem Strukturwandel, wie ihn der technische Fortschritt, Veränderungen im Nachfrageverhalten oder die internationale Arbeitsteilung in einer Wettbewerbswirtschaft ständig mit sich bringen, Hand in Hand. Bei der Umwandlung einer sozialistischen Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft handelt es sich jedoch nicht um einen normalen Strukturwandel, sondern um einen Strukturbruch. Der Zusammenbruch des Alten geht notwendigerweise sehr viel schneller vor sich als der Aufbau des Neuen. Es ist daher verständlich, daß viele in

den neuen Bundesländern fürs erste vornehmlich die zerstörende Wirkung der Marktkräfte sehen und verkennen, daß das Entstehen neuer rentabler Arbeitsplätze in der Breite der Wirtschaft nicht möglich ist, wenn alte unrentable Arbeitsplätze dauerhaft erhalten bleiben und damit Boden, Kapital und Arbeitskräfte binden, ohne einzubringen, was sie kosten. So sehr deshalb auf der einen Seite flankierende sozialpolitische Maßnahmen geboten sind, so sehr ist auf der anderen Seite vor falschen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen zu warnen.

293. Falsch wäre es, wenn sich der Staat in eine Politik drängen ließe, die Vorgaben machte, welche Wirtschaftszweige wo und wie stark in der neuen Wirtschaftsstruktur vertreten sein sollten, und wenn er ehemalige Staatsbetriebe, die keine Aussicht haben, wettbewerbsfähig zu werden, mit Dauersubventionen am Leben erhielte. Falsch wäre es auch, wenn es dabei bliebe, daß sich die Lohnpolitik mehr an den höheren Verdiensten in der westdeutschen Wirtschaft als am Leistungsvermögen der ostdeutschen Wirtschaft orientiert und es den Steuerzahlern oder der Versichertengemeinschaft überläßt, für die damit verbundenen negativen Beschäftigungsfolgen aufzukommen. Falsch wäre es ferner, wenn die Arbeitsmarktpolitik mit undifferenzierten Einkommensersatzleistungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen den Eindruck erweckte, es sei — wie im alten Wirtschaftssystem — Sache des Staates, jedem Arbeit zu geben, und eigene Initiative sei nicht dringlich.

Richtig und wichtig ist es hingegen, alles daran zu setzen, daß sich möglichst rasch viel private Initiative entfaltet. Dazu zählt, die Investitionstätigkeit nicht nur durch Steuervergünstigungen und Zulagen zu fördern, sondern ihr auch durch einen beschleunigten Ausbau der Infrastruktur und den Abbau institutioneller und administrativer Engpässe Hemmnisse aus dem Weg zu räumen. Ebenso gilt es, die Privatisierung der im Besitz der Treuhandanstalt befindlichen Altbetriebe tatkräftig voranzutreiben, die Standortattraktivität, insbesondere von Problemregionen, zügig zu verbessern und in der Arbeitsmarktpolitik die Förderung von Umschulung und beruflicher Weiterbildung an die erste Stelle zu setzen.

294. Der Umstellungsprozeß kann um so rascher verlaufen und die mit ihm verbundenen Reibungsverluste können um so geringer ausfallen, je mehr neue Unternehmen gegründet werden. Neue Unternehmen schaffen neue Arbeitsplätze als Ersatz für alte, die an anderer Stelle aufgegeben werden müssen; unbelastet von Hypotheken der Vergangenheit können sie ihre Marktnischen finden, in diese hineinwachsen und damit der Wirtschaft Auftrieb geben. Auch die Dynamik der westdeutschen Wirtschaft lebt seit eh und je zu einem guten Teil von der Innovationskraft und der Anpassungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen. Es wäre deshalb verfehlt, bei der Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft nur auf die großen Unternehmen zu setzen. Aus gutem Grund nimmt die Förderung von Existenzgründungen unter den Anpassungshilfen einen wichtigen Platz ein. Rechnung zu tragen ist der Tatsache, daß neue Unternehmen die Investitionsförderung nur teilweise in Anspruch nehmen können; Sonderabschreibungen nutzen ihnen wegen der zunächst meist fehlenden Gewinne wenig. Vieles von dem, was an Fördermitteln aufgewandt wird, wäre zudem unnütz ausgegeben, wenn der Wettbewerb am Markt durch eine fortwährende Subventionierung alter Unternehmen oder der in wachsender Zahl eingerichteten Beschäftigungsgesellschaften verzerrt würde. Hier gilt es, den Anfängen zu wehren.

295. Mit Blick auf die westdeutsche Wirtschaft stellt sich die Aufgabe, die Wachstumsdynamik, die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre als Folge verbesserter Angebotsbedingungen erreicht wurde, aufrechtzuerhalten und nicht erlahmen zu lassen. Gesichert ist das nicht.

- Weil es dem Staat nicht gelungen ist, die Prioritäten neu zu setzen und seine Ausgaben entsprechend umzuschichten, mußte er Steuerzahler wie Beitragszahler mit höheren Abgaben belasten und vor allem massiv Kredit aufnehmen; das mindert den Anreiz, mehr zu leisten, und senkt die Rentabilität der wachstumsnotwendigen Investitionen, indem es diese zinsbedingt verteuert.

- Weil die Tarifvertragsparteien Lohnsteigerungen vereinbart haben, die durch den Produktivitätszuwachs nicht gedeckt sind, ist das Kostenniveau verstärkt gestiegen; das geht zu Lasten der Unternehmenserträge oder zu Lasten des Geldwertes, was weitere Verteilungskämpfe schürt, mit der Folge, daß direkt oder indirekt auch von daher Beeinträchtigungen des Investitionsklimas drohen.

Hier gilt es gegenzusteuern, bevor aus einer Gefährdung der Wachstumskräfte eine nachhaltige Wachstumsabschwächung wird.

296. Die Finanzpolitik hat bis zum letzten Jahr einen angebotsorientierten Kurs verfolgt. Wohin es führt, wenn sie diesen aus den Augen verliert und wenn sie sich gegen Gruppeninteressen nicht durchsetzt, macht nicht nur die sprunghaft gestiegene Staatsverschuldung deutlich, sondern auch die Fülle ständig neuer Forderungen, denen sie sich ausgesetzt sieht. Ein Beispiel dafür ist die Forderung nach verstärkten Wohnungsbauhilfen, die nicht zuletzt mit dem Zinsanstieg begründet wird, an dem die Finanzpolitik mit Schuld trägt. Statt dem nachzugeben, wäre einer Erweiterung des Wohnungsangebots mehr gedient, wenn der Staat privaten Kreditnehmern weniger Konkurrenz machte und wenn im übrigen die Vertragsfreiheit im Mietrecht weniger eingeschränkt, von den Kommunen mehr Bauland ausgewiesen und die subventionierten Mieten im Sozialwohnungsbestand durch höhere Fehlbelegungsabgaben auf die Marktmieten angehoben würden.

Auch die Sozialpolitik muß sich vor Nachgiebigkeit gegenüber immer neuen Forderungen und der Eröffnung neuer kostenträchtiger Leistungsfelder hüten. Die Einführung einer Pflegeversicherung im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung, die hier als besonderes Beispiel zu nennen ist, würde eine weitere Erhöhung der Abgabenlast für Beitragszahler wie Unternehmen mit sich bringen und damit sowohl der Leistungsmotivation als auch den Investitionsbedingungen schaden.

Daß es keine klar vorgezeichnete Grenze gibt, jenseits derer sich eine Überforderung der gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit schlagartig in einem Verlust an Wachstumsdynamik zeigen würde, heißt nicht, daß mit der Rückkehr auf den angebotsorientierten Kurs unbesorgt zugewartet werden könnte.

297. Anders als im Jahre 1991 muß die Finanzpolitik wieder allen — staatlichen Akteuren wie gesellschaftlichen Gruppen — eine eindeutige Perspektive vermitteln. Sie muß deutlich machen, was an öffentlichen Mitteln für die Förderung des wirtschaftlichen Neuaufbaus in den östlichen Bundesländern und für dessen soziale Flankierung weiterhin nötig ist, und sie muß klar erkennen lassen, wie diese Mittel ohne Gefahr für die gesamtwirtschaftlichen Wachstumskräfte aufzubringen sind — wo Ansprüche zurückstehen und Ausgaben kurzgehalten werden müssen, damit weitere Erhöhungen von Steuern wie Abgaben vermieden und die beträchtlichen Haushaltsdefizite Schritt für Schritt zurückgeführt werden können. Zukünftige Haushaltsrisiken dürfen dabei ebenso wenig vernachlässigt werden wie die Notwendigkeit, die Unternehmensbesteuerung zu reformieren und dabei die Steuerbelastung im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb wenn nicht schon kurzfristig, so doch auf mittlere Sicht spürbar zu senken.

298. Ohne Belang ist sicher nicht, daß Eingriffe in die Struktur von Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte immer auch Verteilungsinteressen berühren. Gerade dann, wenn es darum geht, bei konsumtiven Ausgaben kurzzutreten und bei investiven zuzulegen oder direkte — zumal unternehmensbezogene — Steuern zu Lasten von indirekten zu senken, äußert sich das besonders deutlich. Rücksicht auf entsprechende Widerstände darf in der Finanzpolitik jedoch nicht den Ausschlag geben. Niemand hätte letztlich Vorteil davon, auch jene nicht, die solche Rücksichtnahme am stärksten reklamieren. Je weniger nämlich die Finanzpolitik zur Sicherung günstiger Wachstumsbedingungen aus verteilungspolitischer Rücksicht beitragen würde, desto mehr wäre Zurückhaltung von der Lohnpolitik gefordert. Bei zunehmendem Wettbewerbsdruck von außen gilt das in besonderem Maße.

299. Die Erfahrung der achtziger Jahre, daß sich Augenmaß in der Lohnpolitik bei der Beschäftigungsentwicklung auszahlt, sollte es auch den Tarifvertragsparteien möglich machen, zu einem Kurs zurückzufinden, der die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht überfordert und die Wachstumskräfte nicht schwächt. In der ostdeutschen Wirtschaft sind dazu differenzierte Lohnsteigerungen geboten, die den unterschiedlichen Fortschritten im dortigen Umstellungsprozeß Rechnung tragen, in der westdeutschen Wirtschaft Lohnsteigerungen, die den Kostendruck nicht noch einmal so wie im Jahre 1991 vergrößern. Hier wie dort sind zudem die Veränderungen der Rahmenbedingungen zu beachten, die mit dem Abbau überkommener Grenzen und dem verstärkten Standortwettbewerb in Europa einhergehen.

300. Zur Sicherung der Wachstumskräfte muß auch die Umweltpolitik beitragen, denn ohne die Erhaltung der natürlichen Ressourcen ist ein anhaltendes Wirtschaftswachstum immer weniger möglich. In den neuen Bundesländern schafft die Beseitigung der schlimmen Altlasten in vielen Fällen überhaupt erst die Voraussetzung dafür, daß Neues in Gang kommen kann. Hier umweltpolitisch mit Vorrang anzusetzen, heißt nicht, die Herausforderungen, die sich in den alten Bundesländern stellen, zu übersehen; dazu zählt die Eindämmung des CO_2-Ausstoßes ebenso wie eine stärkere Abfallvermeidung und die Verringerung der Umweltbelastung durch den Verkehr. Dabei muß die Umweltpolitik zunehmend über die nationalen Grenzen hinaussehen. Nicht alle in Deutschland anfallenden Umweltschäden sind hausgemacht, und die von hier ausgehenden Emissionen beeinträchtigen die Umweltqualität auch in anderen Ländern. Umweltschutz muß deshalb mehr und mehr im europäischen Rahmen, wenn nicht sogar weltweit, konzipiert und praktiziert werden. Dabei sollte es selbstverständlich sein, daß die hochentwickelte Bundesrepublik nicht Nachzügler, sondern einer der Vorreiter beim Schutz der Umwelt ist.

Rückgewinnung der Geldwertstabilität

301. An der Entwicklung des Geldwertes wird sich erweisen, inwieweit es gelingt, die Ansprüche, die private Konsumenten und Investoren zusammen mit dem Staat an das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential stellen, im Jahre 1992 und danach so einzudämmen, daß sie zu dessen Umfang und zu dessen weiterem Wachstum passen. Das Versäumnis der Finanzpolitik, bereits im laufenden Jahr die Prioritäten neu zu setzen, und der Fehler der Lohnpolitik, dem daraus resultierenden Nachfragesog noch verstärkten Kostendruck hinzuzufügen, machen die Stabilisierungsaufgabe dringlicher und schwieriger zugleich: dringlicher, weil anhaltend hohe oder gar beschleunigte Preissteigerungen zu einer Verfestigung von Inflationserwartungen mit allen negativen sozialen und beschäftigungspolitischen Folgen führen würden, schwieriger, weil es gilt, stärkere inflatorische Verspannungen als im letzten Jahr ohne Beeinträchtigung von Konjunktur und künftigem Wachstum zu lösen.

Die Rückgewinnung eines stabilen Geldwertes muß daher zwar entschlossen angestrebt werden, doch kann sie nur schrittweise erfolgen. Als erstes muß es darum gehen, eine weitere Beschleunigung des Preisanstiegs zu verhindern. Es dann dahin zu bringen, daß er Ende nächsten Jahres bereits um einiges geringer ist als am Jahresende 1991 und sich danach zunehmend deutlicher abschwächt, sollte das klare Ziel sein.

302. Zur Lösung der stabilisierungspolitischen Aufgabe müssen alle Bereiche der Wirtschaftspolitik beitragen; sie wird dabei um so eher gelingen, je mehr sich ein jeder darauf verlassen kann, daß der andere seinen Beitrag leistet. Neben der Geldpolitik sind hier vor allem wiederum die Finanzpolitik und die Lohnpolitik angesprochen.

— Der Part der Geldpolitik ist es, dafür zu sorgen, daß der Finanzierungsspielraum eng bleibt, also das verfügbare Geldangebot nicht größer ist, als es

bei stabilitätsgerechtem Verhalten aller zu den gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten paßt. Die Bundesbank sollte daher den potentialorientierten Kurs beibehalten, dem sie im Jahre 1991 folgte. So sehr dessen restriktive Wirkungen sich auch in den Zinsen zeigen, so wenig besteht doch Anlaß, die Zügel zu lockern, solange die aufgekommenen Verteilungskonflikte nicht deutlich abgeflaut sind. Umgekehrt wäre ein schärferer Restriktionskurs nur dann angezeigt, wenn es in der Finanzpolitik und in der Lohnpolitik zu einer weiteren Überforderung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens käme. Das alles spricht dafür, als sichtbaren Ausdruck der monetären Expansion, die die Bundesbank im Jahre 1992 zulassen will und kann, einen Zielpfad zu wählen, der mit einer Zunahme der bereinigten Zentralbankgeldmenge von 5½ vH vereinbar ist.

- Die Finanzpolitik muß erkennen lassen, daß sie tatkräftig daran geht, das hohe Defizit in den öffentlichen Haushalten innerhalb eines überschaubaren Zeitraums abzubauen. Das ist der stabilisierungspolitische Aspekt einer verläßlichen Konsolidierungsstrategie.
- In der Lohnpolitik muß sichtbar werden, daß sich die Tarifvertragsparteien wieder stärker am Produktivitätszuwachs orientieren. Ihr Part ist es, so zu verhindern, daß der Kostendruck von den Löhnen her weiter zunimmt.

Je ernster jeder Politikbereich den von ihm verlangten Beitrag zur Rückgewinnung der Geldwertstabilität nimmt, desto eher wird sich auch das Ausland überzeugen lassen, daß die Wirtschaft der neuen Bundesrepublik nicht minder leistungsstark und vertrauenswürdig ist als die der alten.

Teil B
Zu den Politikbereichen im einzelnen

I. Geldpolitik: Auf Stabilitätskurs bleiben

303. Die Deutsche Bundesbank folgte in diesem Jahr einem potentialorientierten Kurs, der in seiner Wirkung auf die Wirtschaft restriktiv war. Die Bundesbank muß den eher restriktiven Kurs so lange fortsetzen, wie sich an den Ursachen für den beschleunigten Preisauftrieb in Deutschland nichts ändert. Nachfragesog — gespeist aus hohen Staatsdefiziten — und Kostendruck — gespeist aus Steuererhöhungen und Lohnkostensteigerungen — haben 1991 ein inflationäres Klima geschaffen, das sich nicht in den Erwartungen der Akteure an den Märkten für Güter, Kapital und Arbeit festsetzen darf; sonst wäre eine Rückgewinnung der Geldwertstabilität ohne Stabilisierungskrise nicht zu erreichen. Aus konjunkturellen Gründen wären zwar niedrigere Zinsen erwünscht, in Deutschland wie auch in Europa. Die Bundesbank kann dazu ohne Verletzung der Geldwertstabilität jedoch nicht beitragen, wenn nicht die übrigen Akteure — vor allem die Finanzpolitik und die Tarifpolitik — mehr Rücksicht auf die Preisstabilität nehmen.

304. Das Ziel der Geldwertstabilität ist — gemessen an der Preisentwicklung in den alten Bundesländern — verletzt. Die Preissteigerungsrate hat sich im Verlauf von 1991 bis auf 4,4 vH beschleunigt, nachdem sie 1990 noch bei 2,7 vH gelegen hatte. Die sprunghaften Preisanhebungen in den neuen Bundesländern sind insoweit nicht als inflationärer Preisauftrieb zu werten, als sie insbesondere die gebotene Korrektur der Preisstruktur durch den Abbau von preissenkenden Subventionen etwa in den Bereichen Energie, Verkehrswesen und Wohnungsmieten widerspiegeln. Wenn die Bereinigung der Preisstruktur abgeschlossen ist, wird sich das Preisniveau der Tendenz nach ähnlich wie in den alten Bundesländern entwickeln.

Die Beschleunigung des Preisauftriebs in den alten Bundesländern ist nicht auf geldpolitische Versäumnisse zurückzuführen. Vielmehr sind hierfür Entwicklungen verantwortlich, die nicht der geldpolitischen Kontrolle unterliegen. Das infolge der deutschen Wiedervereinigung mächtig anschwellende Budgetdefizit hat einen Nachfragesog ausgelöst, der Preiserhöhungsspielräume geschaffen hat. Zugleich ist der Lohnkostendruck sprunghaft angestiegen, denn die Anhebung der Tariflöhne war mehr als dreimal so stark wie der Produktivitätsfortschritt. Auch die Erhöhung der indirekten Steuern sorgte für Preisauftrieb. Schließlich haben sektorale Anspannungen wie die anhaltende Übernachfrage am Wohnungsmarkt den Preisauftrieb zusätzlich verstärkt (Ziffer 108).

Diesen Preisauftriebstendenzen stehen hohe monetäre Hürden entgegen. Es waren Refinanzierungssätze von — gemessen am Tagesgeldsatz — nicht weniger als 8,5 % bis 9 % erforderlich, damit die bereinigte Zentralbankgeldmenge auf dem vom Sachverständigenrat als potentialgerecht angesehenen Pfad blieb. Zuletzt waren vor fast zehn Jahren so hohe Refinanzierungskosten hinzunehmen, damals bei weit höheren Preissteigerungsraten als heute. Die resultierende monetäre Expansion — gemessen an der Geldmenge M3 — blieb 1991 so niedrig, daß die Geldmenge real gesehen im Verlauf von 1991 kaum mehr gewachsen ist.

Geldwertstabilität kann von der Geldpolitik kurzfristig nicht gesichert werden, wenn die anderen großen Politikbereiche, die Finanzpolitik und die Lohnpolitik, nicht mitwirken. An diesem Mitwirken hat es 1991 gefehlt. Die von Konflikten geprägte Politikkonstellation — expansive Finanzpolitik und Tarifpolitik auf der einen Seite, restriktive Geldpolitik auf der anderen Seite — verheißt nichts Gutes. Sie kann leicht in eine Stabilisierungskrise münden. Der potentialgerechte monetäre Mantel reicht nicht aus, hohe Preissteigerungen und starkes Wirtschaftswachstum zugleich zu finanzieren. Würden von der Finanzpolitik und der Tarifpolitik oder aus anderen Quellen weiter wie derzeit kräftige Preisauftriebstendenzen ausgehen, käme es zu einem Rückschlag bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion und der Beschäftigungsdynamik.

Eine Stabilisierungskrise, bei der erst Einkommensschrumpfung und Beschäftigungsrückgang für die Mäßigung des Kosten- und Preisauftriebs sorgen, wäre der schlechteste Weg zur Wiederherstellung der Geldwertstabilität. Notwendig ist daher ein stabilitätsgerechter policy mix. Die Geldpolitik hält den potentialgerechten monetären Pfad; die Tarifpolitik beschränkt die Lohnansprüche auf den durch die Produktivitätsentwicklung beziehungsweise die betriebliche und sektorale Leistungskraft vorgegebenen Rahmen; die Finanzpolitik baut die Budgetdefizite ab, und zwar vornehmlich über Ausgabeneinschränkungen statt über Steuererhöhungen. Nur eine solche Politikkombination führt auf schonende Weise zur Geldwertstabilität zurück.

305. Für die Geldpolitik geht es im Jahre 1992 vor allem darum zu verhindern, daß sich aus dem beschleunigten Preisauftrieb die Erwartung eines anhaltend hohen oder gar noch weiter steigenden Geldwertverlustes verfestigt. Verfestigte Inflationserwartungen können — wie sich zu Beginn der achtziger Jahre gezeigt hat — nur um den Preis einer Rezession gebrochen werden. Noch steht die Wirtschaftspolitik nicht in diesem Dilemma. Daß sich die mittelfristigen Inflationserwartungen im Jahre 1991 zusammen mit der tatsächlichen Preissteigerungsrate erhöht hätten, ist eher unwahrscheinlich. Der langfristige Zinssatz blieb — ebenso wie die Inversion der Zinsstruktur — im Verlauf von 1991 weitgehend unverändert, obwohl sich die Preissteigerungsrate deutlich erhöhte. Dies ist ein Indiz dafür, daß an den Finanzmärkten die gegenwärtige Beschleunigung des Preisauftriebs eher als

ein vorübergehendes, jedenfalls behebbares Problem eingestuft wird, denn als ein Einschwenken auf einen langfristig höheren Inflationspfad.

Ob es bei dieser Sicht bleibt, hängt von der weiteren Entwicklung der preisbestimmenden Faktoren ab. Nach unserer Prognose für das Jahr 1992 wird sich die expansive Finanzpolitik in der bisherigen Stärke nicht fortsetzen, so daß der Nachfragesog kleiner wird. Weiter haben wir angenommen, daß die Tarifpolitik die Konsequenzen aus der Einengung des Verteilungsspielraumes zieht, so daß von der Lohnseite mit einer leichten Beruhigung des Kostenauftriebs zu rechnen ist. Realisieren sich diese Einschätzungen, so wird sich der Preisauftrieb wieder abschwächen. Jedenfalls gibt es dann keinen Grund für erhöhte Inflationserwartungen.

Für die Geldpolitik ist das noch keine Entwarnung. Noch ist es nur Prognose, nicht schon Realität, daß die preistreibenden Faktoren im Jahre 1992 schwächer werden. Daher ist es vorerst nicht ratsam, daß die Bundesbank Zentralbankgeld zu niedrigeren Refinanzierungssätzen als den derzeitigen bereitstellt. Für die Senkung der Refinanzierungssätze gewinnt die Bundesbank erst dann und in dem Maße Spielraum, wenn und soweit sich Finanzpolitik und Tarifpolitik überzeugend auf Stabilitätskurs befinden.

306. Für eine Verschärfung des geldpolitischen Kurses gibt es auch keine guten Argumente. Aus Sorge über anhaltenden Preisauftrieb die monetäre Restriktionsschraube weiter anzuziehen, hieße, eine geldpolitische Übersteuerung zu riskieren. Soweit vorangegangener Kostendruck und Nachfragesog den gegenwärtigen Preisauftrieb verursachen, kann ihn auch eine weitere Verschärfung der monetären Restriktion nicht mehr aus der Welt schaffen. Da es derzeit keine Anzeichen für eine bedrohliche Zunahme der Inflationserwartungen gibt, sind zusätzliche geldpolitische Gegenmaßnahmen nicht erforderlich. Die Geldpolitik würde durch eine abrupte monetäre Verschärfung einen Rückgang bei Produktion und Beschäftigung bewirken, ohne den Preisauftrieb unmittelbar nennenswert eindämmen zu können.

Eine vorsorgliche monetäre Restriktion ist schon deshalb nicht angebracht, weil auch bei unveränderter monetärer Expansion verstärkter Preisauftrieb die reale Geldversorgung verknappt, zu vermindertem Realeinkommensanstieg führt und damit disziplinierend auf die Verursacher des Preisauftriebs wirkt. Anders wäre das Urteil, wenn der Staat, die Tarifvertragsparteien, die Unternehmen und die privaten Haushalte ihre nominalen Ansprüche an das Sozialprodukt weiter steigern würden und ohne jede Rücksicht auf den begrenzten realen Spielraum durchzusetzen versuchten. Das wäre eine Ausnahmesituation, die eine kräftige Verschärfung der monetären Restriktion erfordern könnte. Eine solche dramatische Situation liegt nicht vor.

Die Wirkungsmöglichkeiten der Geldpolitik verschlechtern sich, wenn der Staat die Zinsreagibilität der Nachfrage durch Zinssubventionen verringert. Dies ist beispielsweise im Wohnungsbau geschehen. Weil damit zugleich die Nachfrage in der Bauwirtschaft weiter verstärkt wird, kommt es auch zu einem beschleunigten Preisauftrieb. Die Bundesbank wird zu erhöhtem Restriktionsdruck genötigt, da die Bremswirkung monetärer Maßnahmen durch die Zinssubventionen herabgesetzt ist. Die Bremswirkungen müssen sich dann über die Wirtschaftsbereiche entfalten, in denen nicht Zinssubventionen die Anpassungslast vermindern. Die Bundesregierung muß bedenken, daß wohnungspolitisch motivierte Zinssubventionen es der Bundesbank erschweren, ihren stabilitätspolitischen Auftrag zu erfüllen.

307. Vom Ausland wird die Bundesbank immer wieder zu Zinssenkungen gedrängt. Aus der Sicht vieler europäischer Partnerstaaten läßt eine schwache Konjunktur bei sichtbaren Stabilitätsfortschritten eine monetäre Lockerung geraten erscheinen; hohe Zinsen in Deutschland sind dabei hinderlich.

In der Tat stand die an binnenwirtschaftlichen Erfordernissen Deutschlands ausgerichtete Geldpolitik der Bundesbank in diesem Jahr nicht mehr so gut im Einklang mit den geldpolitischen Erfordernissen in ganz Europa, wie es früher der Fall gewesen war. Deutschland hatte bisher gegenüber den meisten Partnerstaaten einen Stabilitätsvorsprung erzielt. Die stabilitätsorientierte Geldpolitik der Bundesbank bei gleichzeitiger Stabilisierung der Wechselkurse im EWS durch die Partnernotenbanken führte unter diesen Bedingungen zu mehr Preisstabilität in ganz Europa. Nun hat Deutschland selbst mit größeren Preisproblemen zu kämpfen. Zugleich war die konjunkturelle Dynamik in Deutschland 1991 stärker als im Ausland. Die Zinsen in Deutschland sind höher, als sie es bei geringerem Preisauftrieb und bei schwächerer Konjunktur wären. Die hohen Zinsen in Deutschland greifen bei unveränderten Wechselkursen über den Kapitalverkehr auf Europa über.

Auch eine Neufestsetzung der Wechselkurse im EWS — Abwertung der D-Mark, Aufwertung anderer Währungen — hätte an dem Zinsverbund kaum etwas geändert. Mit einem Realignment wären die Ursachen für die hohen deutschen Zinsen nicht entfallen. Im Gegenteil wäre es über höhere Importkosten zu einem tendenziell verstärkten Preisauftrieb gekommen, der die Zinsen noch weiter nach oben getrieben hätte.

Die Forderung nach „niedrigen" deutschen Zinsen greift zu kurz, wenn sie nicht die Risiken forcierter Anstrengungen zu Zinssenkungen bedenkt. Mit Blick auf das Wirtschaftswachstum wären für Europa sicherlich niedrigere langfristige deutsche Zinsen günstiger. Die Geldpolitik kann dazu aber nur bedingt beitragen. Eine expansive Geldpolitik müßte in Deutschland unter den gegebenen Umständen das inflationäre Klima zusätzlich verschlechtern. Die langfristigen Zinsen würden weiter nach oben getrieben. Die zu erwartende beschleunigte Inflation griffe — bei den festen EWS-Wechselkursen — früher oder später auf die europäischen Partnerstaaten über. Der in Jahren erzielte Stabilitätsfortschritt in Europa würde wieder gefährdet werden. Nur dann wären niedrigere Zinsen ein Gewinn für alle in Europa, wenn sie nicht mit Verlusten bei der Preisstabilität erkauft werden müßten.

Die Ursachen für die hohen deutschen Zinsen liegen in der deutschen Vereinigung. Im Urteil der Kapitalmärkte sind die mit der Vereinigung einhergehenden volkswirtschaftlichen Risiken so hoch, daß für Anla-

gen in Deutschland ein größerer Risikoaufschlag gezahlt werden muß als früher (Ziffer 5). So erklärt sich, weshalb die Zinsdifferenzen zwischen dem Ausland und Deutschland so stark geschrumpft sind. Die rückläufige Zinsdifferenz zeigt im übrigen, daß sich die europäischen Partnerstaaten mit ihrer Zinspolitik von Deutschland teilweise abkoppeln konnten. Das reduzierte die konjunkturbremsende Wirkung der deutschen Zinsen.

Die deutsche Vereinigung hat nicht nur zu einem hohen deutschen Zinsniveau geführt. Zugleich ist durch sie ein Nachfragestoß ausgelöst worden, der zu einem sprunghaften Anstieg deutscher Importe aus europäischen Partnerstaaten geführt hat (Ziffer 4). Das hat in Europa deutlich konjunkturanregend gewirkt. Eine Konstellation, die in Deutschland niedrigere Zinsen bewirkt hätte, wäre wahrscheinlich auch mit einem geringeren Nachfrageimpuls und damit mit geringeren Einfuhren verbunden gewesen.

308. Die Bundesbank hat Mitte 1991 ihren bis dahin vertretenen Zielkorridor für die Geldmenge M3 (Anstieg von M3 zwischen 4 vH und 6 vH) reduziert (auf 3 vH bis 5 vH). Sie tat das, nachdem die Geldmenge M3 über Monate unterhalb des Zielkorridors expandierte. Für 1991 stand die Zielbestimmung wegen der Unwägbarkeiten aus der deutschen Vereinigung ohnehin unter erschwerten Bedingungen. Aus der Sicht des Sachverständigenrates ist es auch im Rahmen einer potentialorientierten Geldmengenpolitik notwendig, einer Verbesserung des Informationsstandes Rechnung zu tragen, nötigenfalls auch das Geldmengenziel zu korrigieren, wenn neue Informationen das erfordern (JG 90 Ziffer 396).

Die Neufestsetzung des Geldmengenzieles 1991 für die Geldmenge M3 war gerechtfertigt. Statt die Zielvorgabe der tatsächlichen Geldmengenentwicklung nachzuführen, hätte die Bundesbank sonst versuchen müssen, durch Zinssenkungen die tatsächliche Geldmengenentwicklung in den vorgesehenen Korridor einschwenken zu lassen. Eine solche Politik wäre jedoch der gesamtwirtschaftlichen Situation nicht angemessen gewesen. Sie hätte den Eindruck erweckt, daß für die Finanzierung einer inflationären Nachfrageausweitung nun mehr Spielraum bestehen würde. Das inflationäre Klima wäre zusätzlich angeheizt worden. Die D-Mark stand im Jahresverlauf unter Abwertungsdruck. Zinssenkungen mit der Aussicht auf eine weitere Inflationsbeschleunigung hätten den Außenwert wohl noch mehr fallen lassen. Die Herabsetzung des Geldmengenziels war daher der richtige Weg. Der Sachverständigenrat bemißt den monetären Zielwert an der bereinigten Zentralbankgeldmenge. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge expandierte entlang dem vorgeschlagenen Zielpfad. Hätte die Deutsche Bundesbank versucht, mit Zinssenkungen die Geldmenge M3 in den ursprünglichen Zielkorridor zurückzuführen, hätte dies die bereinigte Zentralbankgeldmenge über den Zielpfad getrieben. Dieses wäre stabilitätspolitisch nicht angemessen gewesen.

Da die bereinigte Zentralbankgeldmenge und die Geldmenge M3 nicht starr verbunden sind, wie die Veränderungen des Geldangebotsmultiplikators zeigen (Ziffer 169) ist es kein Widerspruch, wenn der Zielwert für M3 revidiert werden muß, der für die bereinigte Zentralbankgeldmenge aber nicht.

309. Die Unsicherheit über die Verknüpfungen zwischen den für die Geldpolitik wichtigen gesamtwirtschaftlichen Größen — der bereinigten Zentralbankgeldmenge, der Geldmenge M3 und der wirtschaftlichen Aktivität — wird im Jahre 1992 kaum geringer sein als in diesem Jahr. Wir sehen derzeit freilich keinen überzeugenden Weg, schon bei der Ableitung des Zielwertes für die bereinigte Zentralbankgeldmenge Änderungen des Geldangebotsmultiplikators und der Umlaufsgeschwindigkeit verläßlich zu quantifizieren und von vornherein in die Rechnung einzubeziehen. Daher unterstellen wir, daß beide Größen, die sich in diesem Jahr gegenläufig veränderten (Ziffer 170), konstant bleiben. Damit steht der abzuleitende Zielwert unter dem Vorbehalt der Überprüfung, wenn sich im Verlauf des Jahres 1992 herausstellen sollte, daß es zu Änderungen dieser Größen kommt, die eine Neufestlegung des Zielwertes rechtfertigen.

Die Bundesbank muß 1992 den geldpolitischen Kurs fortsetzen, den sie 1991 beschritten hat. Nach den geldpolitischen Vorstellungen des Sachverständigenrates sollte die bereinigte Zentralbankgeldmenge auf einem Expansionspfad von 5½ vH gehalten werden. Als Ausgangspunkt für den Zielpfad nehmen wir das Niveau der bereinigten Zentralbankgeldmenge, das sich Ende 1991 gemäß unserem Zielpfad für das Jahr 1991 ergäbe (JG 90 Ziffer 401).

Hinter der Zielvorgabe steht die Vorstellung, daß die Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge an der Wachstumsrate des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen orientiert sein soll. Dabei werden eine Zuwachsrate des Produktionspotentials von rund 3½ vH und eine Preissteigerungsrate von nicht mehr als 2 vH, die mit Blick auf das Ziel der Geldwertstabilität gerade noch als tolerierbar anzusehen ist, unterstellt. Bei gegebenem Geldangebotsmultiplikator würde eine Ausweitung der Geldbestände in der Wirtschaft im Gleichschritt mit der bereinigten Zentralbankgeldmenge erzielt; dies reichte aus, um — bei einer unveränderten Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes und einem gegebenen Auslastungsgrad des Produktionspotentials — eine Ausweitung des nominalen Bruttosozialprodukts um 5½ vH zu finanzieren. Bei der angegebenen Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge wäre die Geldpolitik 1992 in dem Sinne restriktiv, daß das Geldangebot um weniger steigt als die Geldnachfrage; nach unserer Prognose wird sich das nominale Bruttosozialprodukt und daraus abgeleitet die Geldnachfrage 1992 um 7 vH erhöhen. Der Restriktionsdruck ist angemessen, weil sich in dem hohen Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts ein mit Geldwertstabilität nicht mehr zu vereinbarender Preisanstieg von 4 vH niederschlägt.

310. Die Verknüpfung zwischen der bereinigten Zentralbankgeldmenge und der wirtschaftlichen Aktivität ist das Produkt aus Geldangebotsmultiplikator und der Umlaufsgeschwindigkeit der Geldmenge M3. Weder der Geldangebotsmultiplikator noch die Umlaufsgeschwindigkeit sind starre Größen. Trendmäßige Veränderungen dieser Größen sind bei der Ableitung des monetären Zieles grundsätzlich zu berücksichtigen.

Wie in der geldpolitischen Diagnose ausführlich dargelegt wird, ist es 1990 und 1991 zu deutlichen Änderungen sowohl des Geldangebotsmultiplikators als auch der Umlaufsgeschwindigkeit gekommen. Ursächlich dafür sind vor allem die unterschiedlichen Kassenhaltungsgewohnheiten in Ostdeutschland und in Westdeutschland. Der Geldangebotsmultiplikator ist sprunghaft angestiegen und im weiteren Verlauf des Jahres 1991 abgesunken. Die Umlaufsgeschwindigkeit der Geldmenge M3 ist dagegen gesunken.

Wie sich der Geldangebotsmultiplikator und die Umlaufsgeschwindigkeit im Jahre 1992 entwickeln werden, ob und wann sich trendmäßige Änderungen wie vor der deutschen Vereinigung einstellen, kann heute noch nicht verläßlich vorausgesagt werden. Paßt sich die noch vergleichsweise niedrige Bargeldpräferenz in den neuen Bundesländern der in den alten Bundesländern an, wird der Geldangebotsmultiplikator zurückgehen. Setzt sich die Portfolioumschichtung in den neuen Bundesländern zugunsten des Geldkapitals fort, wird die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes wieder ansteigen.

Auch aus anderem Grund besteht Unsicherheit über die Entwicklung der Geldnachfrage im nächsten Jahr. Es deutet einiges darauf hin, daß die D-Mark in einigen Staaten Osteuropas in zunehmendem Maße als Parallelwährung Verwendung findet. Es ist allerdings nicht absehbar, ob sich dieser Prozeß im nächsten Jahr fortsetzen wird. Derartige Veränderungen der Geldnachfrage, die einer Ausweitung des Währungsgebietes entsprechen würden, sind von der Geldpolitik zu akkommodieren, will sie nicht zusätzlichen Restriktionsdruck erzeugen; sie können jedoch nicht a priori in der Zielformulierung berücksichtigt werden.

311. Ein weiterer Vorbehalt muß hinsichtlich der unterstellten Zuwachsrate für das Produktionspotential von 3½ vH gemacht werden. Die Potentialentwicklung in den neuen Bundesländern ist ungewiß, da nicht bekannt ist, welcher Teil des vorhandenen Kapitalstocks rentabel genutzt werden kann und mit welcher Kraft die Kapitalbildung im nächsten Jahr vorankommen wird. Vorerst kann nur hilfsweise der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion als Indikator für die Potentialausweitung verwendet werden. Unterstellt wurde eine Produktionsausweitung in der Größenordnung von 7 vH. Vorausschätzungen der Produktionsentwicklung sind für die neuen Bundesländer wesentlich ungewisser als für die alten Bundesländer. Sollte die aktuelle Wachstumsrate in den neuen Bundesländern deutlich hinter dem erwarteten Wert zurückbleiben, müßte der Zielwert für die Expansion der bereinigten Zentralbankgeldmenge herabgesetzt werden.

312. Wenn es durch den weiteren Abbau von Verbraucherpreissubventionen in den neuen Bundesländern zu einer größeren Bereinigung in der Preisstruktur kommen sollte und wenn die geplanten Anhebungen der indirekten Steuern, vor allem der Mehrwertsteuer, realisiert werden, muß die Zielvorgabe für die bereinigte Zentralbankgeldmenge überprüft und gegebenenfalls angepaßt werden.

Soweit die Änderungen der Subventionen und indirekten Steuern einen Preisniveauanstieg verursachen, würde bei gegebenen Transaktionsmengen das nominale Transaktionsvolumen in der Volkswirtschaft ansteigen. Derartigen Preisanpassungen — und nur solchen — müßte die Bundesbank mit einer entsprechenden Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge Rechnung tragen. Andernfalls käme es zu einer unerwünschten Gewinnkompression, da man unterstellen muß, daß die kontraktbedingten und administrativ festgelegten Einkommen den Mehrbetrag aus Subventionsabbau oder Steueranhebung nicht auffangen würden. Es kann freilich nicht darum gehen, jedweden staatlich verursachten Preisimpuls zu alimentieren. Kleinere Preisänderungen sind ohnehin im Rahmen der im Geldmengenziel eingerechneten Preissteigerungsrate berücksichtigt. Eine monetäre Anpassung kommt nur in Frage, wenn es sich um nennenswerte Preisimpulse durch den Staat handelt (Anstieg des Preisindex um mehr als ein halbes Prozent).

Die monetäre Alimentierung ist vertretbar, da es sich bei den angegebenen Preiseinflüssen um Einmaleffekte handelt, die als solche nicht als inflationäre Beschleunigung gewertet werden dürfen. Die Alimentierung ist jedoch nur zu rechtfertigen, wenn dieser einmalige Preisimpuls nicht zum Anlaß genommen wird, in der Folge eine darauf bezogene Anhebung der kontraktbestimmten und administrativ festgelegten Einkommen durchzusetzen; denn sonst würde der einmalige Preisimpuls eine Kettenreaktion weiterer Preissteigerungen auslösen. Wenn also bei den kommenden Tarifverhandlungen die angekündigte Mehrwertsteuererhöhung den Anlaß für eine zusätzliche Nominallohnanhebung gäbe, käme eine monetäre Alimentierung dieser zusätzlichen Preisimpulse nicht in Betracht. Vertritt die Geldpolitik glaubwürdig, daß sie nur den primären Preisimpuls, nicht aber darauf folgende weitere Lohn- und Preissteigerungen alimentiert, wird das in die Erwartungen der Tarifvertragsparteien eingehen und diese davon abhalten, aus dem staatlichen Preisimpuls die falschen Konsequenzen für die Lohnpolitik zu ziehen. Täten sie es nicht, gingen sie ein erhebliches Beschäftigungsrisiko ein.

Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Horst Siebert, hat hierzu eine andere Meinung: Es ist bedenklich, eine von der Wirtschaftspolitik herbeigeführte strukturelle Anpassung der Preise — von der ein Niveaueffekt erwartet wird — durch eine Geldmengenexpansion zu alimentieren; ein Abgehen von der Orientierung der Geldmengenexpansion an der Zunahme des Produktionspotentials ist aus grundsätzlichen Erwägungen nicht anzuraten. Einmal ist die Anpassung der Nachfrage an die neuen Relativpreise erwünscht. Dabei findet in einer interdependenten Volkswirtschaft eine Vielzahl von einzelwirtschaftlichen Anpassungen statt. Zum anderen kann man bei einer Anpassung der Preisstruktur nicht darauf setzen, daß die Wirtschaftssubjekte den bei einer Alimentierung durch die Geldpolitik auftretenden Preisniveauanstieg nicht wahrnehmen und der Geldillusion unterliegen. Vielmehr werden sie bei rationalen Erwartungen die Preisniveauänderung antizipieren und ihr Verhalten entsprechend darauf einstellen. Dies gilt für alle ihre Entscheidungen, aber auch für das Verhalten der Tarifvertragsparteien. Wenn das Argument, bei wirtschaftspolitisch bedingten Änderungen der Relativpreise mit erwartetem Preisniveaueffekt sei eine monetäre Alimentation erforderlich,

generell angewandt wird, etwa bei der Veränderung von Mehrwertsteuern oder beim Umbau des Steuersystems in Richtung auf Umweltsteuern, würden sich die Tarifvertragsparteien darauf einstellen und die Bundesbank in Zugzwang bringen, die Geldpolitik restriktiver zu fahren. Damit verliert die Geldpolitik ihre Stetigkeit. Der Geldpolitik wird die Glaubwürdigkeit erschwert. Eine monetäre Alimentierung von relativen Preiskorrekturen mit erwartetem Preisniveaueffekt ist also mit einem stabilisierungspolitischen Moral-Hazard-Problem verbunden.So weit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

313. Der Zielpfad 1992 für die bereinigte Zentralbankgeldmenge soll nach unseren Vorstellungen an dem Niveau anknüpfen, das sich für Ende 1991 gemäß dem vom Sachverständigenrat für 1991 vorgeschlagenen Zielpfad ergibt. Der Sachverständigenrat hatte im vorigen Jahr den Zielpfad für 1991 gegenüber 1990 um einen Wert nach oben verschoben, der im großen und ganzen der Ausweitung des Transaktionsvolumens durch die deutsche Währungsunion entsprach. Mit dieser Parallelverschiebung des Zielpfades sollte die Gefahr einer Überliquidisierung oder einer Unterliquidisierung des Bankensystems vermieden werden, die möglicherweise eingetreten wäre, wenn die bereinigte Zentralbankgeldmenge mit einer deutlich höheren beziehungsweise niedrigeren Rate gestiegen wäre als der, mit der sich das Transaktionsvolumen nach der deutschen Währungsunion ausgeweitet hatte. Die Tatsache, daß die Geldmarktzinsen — der Knappheitsindikator für Zentralbankgeld — nach der deutsch-deutschen Währungsunion höher lagen als zuvor, zeigt, daß es zu keiner Überliquidisierung des Bankensystems gekommen ist. Seither hat sich der Knappheitsgrad von Zentralbankgeld eher noch erhöht.

Auf der Ebene der Geldmenge M3 war die Ausweitung größer, als es dem Zuwachs des Transaktionsvolumens durch die Währungsunion entsprach. Wie in der geldpolitischen Diagnose dargelegt wird, ist dem jedoch die überdurchschnittliche Geldhaltungsneigung in den neuen Bundesländern gegenüberzustellen, die den anfänglichen Überhang des Geldangebots weitgehend absorbierte (Ziffer 171).

Wenn aus heutiger Sicht keine Überliquidisierung des Bankensystems vorliegt, kann gleichwohl nicht ausgeschlossen werden, daß sich die hier vorgeschlagene Ausweitung des „monetären Mantels" (gemessen an der Entwicklung der bereinigten Zentralbankgeldmenge) im Verlauf des Jahres 1992 als zu reichlich oder als zu knapp erweist. Ein erster Anhaltspunkt für eine mögliche Fehlsteuerung bei der bereinigten Zentralbankgeldmenge läge vor, wenn die Einhaltung des vorgeschlagenen Zielpfades gravierende Veränderungen der kurzfristigen Zinssätze erforderlich machen würde (JG 90 Ziffer 399). Für sich allein rechtfertigte das aber noch keine Revision des monetären Zieles. Wenn auch die Geldpolitik auf eine Verbesserung des Informationsstandes nötigenfalls mit einer Korrektur des bisherigen monetären Zieles reagieren soll, heißt das nicht, daß eine einfache Formel dafür vorgegeben werden könnte, welche Informationen eine Revision erforderlich machen. Die Revision des Geldmengenzieles setzt die Einschätzung voraus, daß die dem bisherigen Ziel zugrundeliegenden Annahmen über den Geldangebotsmultiplikator und die Umlaufsgeschwindigkeit falsch waren.

II. Finanzpolitik: Eine verläßliche Konzeption entwickeln

314. Die Finanzpolitik wird 1992 und in den folgenden Jahren vor den Herausforderungen stehen, die aus der deutschen Vereinigung und dem wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern resultieren. Sie muß die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftsbasis in den neuen Bundesländern unterstützen und die sozialen Folgen des Umbaus abfedern; sie muß aber auch bei der Aufbringung der dazu erforderlichen Finanzmittel wachstums-, stabilitäts- und verteilungspolitische Probleme lösen. Diesen Aufgaben wird die Finanzpolitik nur gerecht werden können, wenn es ihr gelingt, anders als im Jahre 1991, den wirtschaftlichen Akteuren eine klare und eindeutige Perspektive über ihren längerfristigen Kurs zu vermitteln. Dazu gehört insbesondere eine glaubwürdige Konsolidierungsstrategie, die zukünftige Haushaltsrisiken in angemessener Weise berücksichtigt. Nur auf diesem Weg kann das Vertrauen in die Finanzpolitik zurückgewonnen und kann dem Eindruck begegnet werden, die ökonomischen Folgen der Vereinigung könnten möglicherweise die deutsche Volkswirtschaft überfordern.

Wenngleich die Probleme des wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Bundesländern im Vordergrund der finanzpolitischen Aktivitäten stehen werden, sollte dies nicht den Blick dafür verstellen, daß wichtige finanzpolitische Entscheidungen anstehen, deren Lösung gerade im vereinten Deutschland an Bedeutung gewonnen hat. Das gilt vor allem für die bis 1995 durchzuführende Reform des Finanzausgleichs. Zudem muß nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Besteuerung der Zinseinkünfte bis zum 1. Januar 1993 neu geregelt werden. Ein weiteres Urteil dieses Gerichtes macht eine Reform des Familienlastenausgleichs dringlich. Möglicherweise wird der Gesetzgeber durch eine — noch ausstehende — Entscheidung veranlaßt werden, die steuerliche Berücksichtigung des Existenzminimums neu zu fassen. Aus dem Regierungsprogramm stehen zudem noch die Reform der Unternehmensbesteuerung und die Regelung einer Pflegekostenversicherung an. Der Sachverständigenrat geht auf die zeitlich besonders drängenden Themen der Zinsbesteuerung (Ziffern 348 ff.) und der Pflegekostenversicherung (Ziffern 357 ff.) gesondert ein, zumal damit auch Fragen der Kapitalbildung in Deutschland angesprochen werden — ein zentrales Thema im Zusammenhang mit den ökonomischen Problemen der Vereinigung und des wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Bundesländern.

315. Der wirtschaftliche Wiederaufbau in den neuen Bundesländern wird auch in den nächsten Jahren erhebliche finanzielle Mittel beanspruchen, die über die öffentlichen Haushalte zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Finanzpolitik muß dafür sorgen, daß diese Mittel effizient aufgebracht und verwendet werden (JG 90 Ziffer 347). Effizient aufbringen heißt, daß die Leistungskraft der Wirtschaft im Westen nicht überfordert und die Wettbewerbsfähigkeit nicht be-

einträchtigt werden dürfen, so daß das Wachstum kräftig und die Beschäftigung auf einem möglichst hohen Niveau bleiben. Effizient verwenden bedeutet, daß die Transfers in den neuen Bundesländern vor allem investiv eingesetzt werden müssen, um dadurch den Transformationsprozeß zu fördern und zu beschleunigen.

316. Bei den Transferzahlungen geht es jedoch nicht nur um effiziente Aufbringung und Verwendung; mit diesen Zahlungen sind vielmehr erhebliche Umverteilungsprozesse verbunden und zwar auf mehreren Ebenen:

- zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands (Ziffern 324ff.),
- zwischen den Gebietskörperschaften in der alten Bundesrepublik (Ziffern 328 ff.),
- zwischen den Wirtschaftssubjekten in der Bundesrepublik (Ziffern 335ff.),
- zwischen der heutigen und der zukünftigen Generation (JG 90 Ziffer 358).

In den ersten beiden Fällen sind Fragen des Finanzausgleichs, in den letzten beiden Fragen der Finanzierung der Transfers angesprochen.

Bisher ist es der Finanzpolitik nicht gelungen, für die Lösung dieser Verteilungsprobleme überzeugende Instrumente und Mechanismen zu entwickeln, die eine langfristige Strategie und damit einen klaren Kurs in der Finanzpolitik ermöglicht hätten. Die Chronik der Finanzpolitik des Jahres 1991 präsentiert sich vielmehr als eine Fülle finanzpolitischer Einzelmaßnahmen, die eher der Not der Stunde als einer langfristig angelegten Konzeption zu folgen scheinen (Ziffer 184).

Finanzausstattung der neuen Bundesländer sichern

317. Seit dem Beitritt gilt für die neuen Bundesländer die im Grundgesetz niedergelegte Finanzverfassung; ausgenommen sind die Regelungen für den Länderfinanzausgleich. Nach dem Einigungsvertrag und dem Haushaltsbegleitgesetz 1991 sind die neuen Bundesländer in die vertikale und horizontale Steuerverteilung einbezogen worden. Soweit noch Ausnahmen gelten, sind diese technisch bedingt (Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer) oder aus wirtschaftspolitischen Gründen (Verzicht auf die Erhebung der Vermögensteuer und der Gewerbekapitalsteuer) eingeführt worden. Aufgrund des starken Einbruchs von Produktion und Beschäftigung, allerdings auch wegen der noch wenig effizienten Finanzverwaltung, ist das Steueraufkommen in den neuen Bundesländern vergleichsweise niedrig. Im Durchschnitt aller neuen Bundesländer liegt die Steuerkraft bei knapp 30 vH des Pro-Kopf-Steueraufkommens in den westlichen Bundesländern. Auf der Gemeindeebene sind die Steuerkraftunterschiede zwischen den westdeutschen und ostdeutschen Kommunen eher noch größer. Auch in den kommenden Jahren werden die Haushalte der neuen Bundesländer und deren Gemeinden auf Ausgleichszuweisungen aus dem Westen angewiesen sein, sofern man ihnen eine Finanzausstattung sichern will, die der in den alten Bundesländern entspricht.

318. Dazu kommt der Finanzbedarf für den Aufbau der Infrastruktur. Was hierzu an Finanzmitteln erforderlich ist, wird außerordentlich kontrovers diskutiert. Um den Finanzbedarf für den Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur zumindest in etwa abgreifen zu können, gehen wir von der Infrastrukturausstattung in Westdeutschland aus und unterstellen, daß in den neuen Bundesländern eine gleiche Pro-Kopf-Ausstattung erreicht werden soll. Im Jahre 1988 betrug das Bruttoanlagevermögen des Staates (einschließlich Post, Bahn und Schiffahrt) zu Wiederbeschaffungspreisen 2 187 Mrd DM. Mithin ergibt sich für die alten Bundesländer ein Pro-Kopf-Kapitalbestand von 35 700 DM. Soll dieser Wert auch in den neuen Bundesländern erreicht werden, müßten sie eine Infrastrukturausstattung von 595 Mrd DM haben. Schwierig einzuschätzen ist der Wert der noch vorhandenen Infrastruktur. Wenn man davon ausgeht, daß dieser mit etwa 20 vH der westdeutschen Ausstattung anzusetzen wäre, kommt man auf einen Finanzbedarf von 480 Mrd DM, verteilt auf zehn Jahre also ein Nachholbedarf von jährlich an die 50 Mrd DM. Nicht berücksichtigt ist dabei allerdings der Finanzbedarf, der für die Beseitigung von Umweltschäden anzusetzen ist. Bei dem Betrag von 50 Mrd DM ist zu bedenken, daß die ostdeutsche Wirtschaft — wie die Erfahrungen des Jahres 1991 zeigen — ein so hohes Investitionsvolumen kaum absorbieren könnte. Zumindest in den nächsten Jahren wird deshalb wohl nur ein geringerer Betrag investiert werden können.

319. Die Notwendigkeit von Ausgleichszuweisungen ergibt sich daraus, daß die neuen Bundesländer bis 1995 nicht am Finanzausgleich unter den Ländern (Artikel 107 Abs. 2 Satz 1 GG) und an der Verteilung der Bundesergänzungszuweisungen (Artikel 107 Abs. 2 Satz 3 GG) teilnehmen. Dafür muß ihnen ein Ersatz geboten werden. Die neuen Bundesländer drängen darauf, bereits vor 1995 — eventuell schrittweise — in den Länderfinanzausgleich einbezogen zu werden. Dagegen sprechen allerdings gute Gründe.

- Der Länderfinanzausgleich ist ein reiner Steuerkraftausgleich. Die Steuerkraft eines Bundeslandes wird dabei am regionalen Steueraufkommen gemessen. Das ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn alle Länder die gleichen Steuern erheben und die Steueransprüche auch mit der gleichen Intensität durchgesetzt werden. Beide Voraussetzungen sind derzeit nicht verwirklicht. Ein Ausweg könnte darin gesehen werden, mit normierten beziehungsweise hypothetischen Steueraufkommen der Länder zu arbeiten. Der technische Aufwand wäre jedoch sehr hoch und der Streit um die „richtigen" Steueraufkommen einzelner Bundesländer vorprogrammiert.
- Der Finanzbedarf eines Landes wird im Länderfinanzausgleich im wesentlichen an der Einwohnerzahl gemessen. Das ist jedoch nur vertretbar, wenn die Bundesländer ungefähr das gleiche Entwicklungsniveau aufweisen. Nur unter dieser Voraussetzung kann bei gleichem Steueraufkommen pro Kopf ein in etwa gleiches Leistungsangebot in den einzelnen Ländern gewährleistet werden. Davon

kann man beim Vergleich der neuen mit den alten Bundesländern derzeit nicht ausgehen. Bei der Bedarfsermittlung würde deshalb die Forderung nach Berücksichtigung von Sonderbedarfen der neuen Bundesländer kommen. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juni 1986 dürfen jedoch Sonderbedarfe im Länderfinanzausgleich grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.

— Über den Länderfinanzausgleich kommen im Ergebnis ungebundene Transfers an die Empfängerländer zustande. Damit ist nicht gewährleistet, daß dort die vorhandenen Struktur- und Wachstumsprobleme auch tatsächlich bereinigt werden.

320. Eine weitere Forderung der neuen Bundesländer geht dahin, bei der Verteilung des Länderanteils am Umsatzsteueraufkommen die im Grundgesetz vorgesehene einheitliche Regelung anzuwenden. Danach soll das derzeit geltende, erst durch das Haushaltsbegleitgesetz 1991 in Abänderung des Einigungsvertrages eingeführte Verfahren bereits wieder geändert werden. Derzeit wird der Länderanteil an der Umsatzsteuer zunächst gemäß der Einwohnerzahl in einen Westteil und einen Ostteil zerlegt und dann für beide Teile je getrennt das in Artikel 106 Abs. 1 Satz 4 GG festgelegte Verteilungsverfahren angewendet: Bis zu 25 vH des Länderanteils können in Form sogenannter Ergänzungsanteile an finanzschwache Länder (Steuerkraft kleiner als 92 vH des Länderdurchschnitts) verteilt werden, mindestens 75 vH werden gemäß der Einwohnerzahl verteilt. Würde man diese Regelung auf den gesamten Länderanteil anwenden, dann würden im Ergebnis die neuen Bundesländer statt bisher etwa 20 vH nunmehr 40 vH des Länderanteils am Umsatzsteueraufkommen erhalten. Damit würde ein zusätzlicher Finanztransfer von etwa 12 Mrd DM von den alten an die neuen Bundesländer fließen.

Ganz abgesehen davon, ob ein solcher Transfer überhaupt berechtigt wäre und ob die alten Bundesländer eine solche Belastung verkraften könnten, sprechen folgende Gründe gegen eine solche Lösung: Die Zahlung von Ergänzungsanteilen ist kein Element der Steuerverteilung, sondern ein in die Umsatzsteuerverteilung verlagertes Element eines horizontalen (bedarfsorientierten) Finanzausgleichs, das grundsätzlich mit den gleichen Indikatoren für Finanzkraft und Finanzbedarf arbeitet wie der Länderfinanzausgleich. Da die neuen Bundesländer gemäß Einigungsvertrag nicht am horizontalen Finanzausgleich teilnehmen, ist es folgerichtig, sie auch nicht in den Umsatzsteuerausgleich über Ergänzungsanteile einzubeziehen.

321. Im Einigungsvertrag (ergänzt durch das Haushaltsbegleitgesetz 1991) sind klare, ökonomisch vertretbare Lösungen für die Finanzbeziehungen zwischen den alten und neuen Bundesländern gefunden worden. Letztere sind in die Steuerverteilung, nicht jedoch in den horizontalen Finanzausgleich einbezogen worden. Schon aus Gründen der Rechtssicherheit und um den alten und neuen Bundesländern eine verläßliche Planungsgrundlage zu verschaffen, sollte man — bis zu der ohnehin für 1995 anstehenden generellen Reform des Finanzausgleichs — an diesen einmal getroffenen Regelungen nunmehr auch festhalten.

322. Als Ersatz für die Nichteinbeziehung der neuen Bundesländer in den Finanzausgleich ist für die Jahre 1990 bis 1994 der Fonds „Deutsche Einheit" mit einem Gesamtvolumen von 115 Mrd DM geschaffen worden, wobei die jährlichen Zahlungen degressiv gestaltet sind (Tabelle 48).

Bei dieser Konstruktion des Fonds ist offenbar von der Annahme ausgegangen worden, daß sich die originäre Steuerkraft der neuen Bundesländer in gleichem Ausmaß verbessert, wie die Leistungen des Fonds zurückgehen. Angesichts des nach wie vor langsamen Tempos bei der Umstrukturierung der Wirtschaft wird man davon nicht ausgehen können. Für 1992 sinken die Leistungen aus dem Fonds um 7 Mrd DM, wofür der Bund bereits Kompensationszahlungen in Höhe von 3,5 Mrd DM aus dem Bundesetat in Aussicht gestellt hat. Inwieweit es ihm darüber hinaus gelingt, durch Umlenkung der „Strukturhilfe" in Höhe von 2,45 Mrd DM auch die alten Bundesländer zur Auffüllung des Fonds heranzuziehen, bleibt abzuwarten. Für 1993 werden die Zahlungen aus dem Fonds um weitere 8 Mrd DM reduziert, wozu noch 12 Mrd DM wegen des Auslaufens des „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" hinzutreten. Für eine Ersatzfinanzierung liegen bisher keine Pläne vor. Hier kündigen sich erneut Verteilungsstreitigkeiten an, für die rechtzeitig Lösungen erarbeitet werden müßten.

323. Die ständige Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit" kann dafür nicht der richtige Weg sein, zumal die Risiken der Mehrbelastung einseitig auf den Bund übertragen werden (Ziffer 331). Zudem bedeutet das Anwachsen dieses Schattenhaushaltes, daß die dringend erforderliche Neufestsetzung von Prioritäten

Tabelle 48

Zum Fonds „Deutsche Einheit"

Mrd DM

	1990	1991	1992	1993	1994
Umfang					
– ursprüngliche Ansätze[1])	22	35	28	20	10
– geplante Aufstockung[2])	–	–	6	6	6
Art der Finanzierung[1])					
– Kreditaufnahme	20	31	24	15	5
– Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt					
ursprünglich	2	4	4	5	5
zusätzlich bei geplanter Aufstockung	–	–	6	6	6
Schuldendienst[3])					
– Bund	–	1	2,6	3,8	4,5
– westdeutsche Länder	–	1	2,6	3,8	4,5

[1]) Gemäß Artikel 31 des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990.
[2]) Laut Finanznachrichten 56/91 vom 10. September 1991.
[3]) Tilgung und Zinszahlungen.

Quelle: BMF

und Schwerpunkten der Finanzpolitik eher erschwert wird (JG 90 Ziffer 371). Ferner stehen die Mittel des Fonds den neuen Bundesländern und ihren Gemeinden zur freien Verfügung. Es würde sich empfehlen, bei Aufstockungen wenigstens einen Teil der zusätzlichen Transfers für investive Verwendungen zweckgebunden zu vergeben (Ziffer 326). Problematisch ist die Ausweitung des Fonds auch deshalb, weil dadurch den neuen Bundesländern der Anreiz genommen wird, selbst alles zu tun, um ertragreiche Steuerquellen zu schaffen und die Steueransprüche auch durchzusetzen. So berechtigt finanzielle Forderungen auch sein mögen, es muß stets berücksichtigt werden, daß die Zahlungen im Westen aufgebracht und dort entsprechende Belastungen übernommen werden müssen. Für 1992 belaufen sich die öffentlichen Leistungen für das Beitrittsgebiet netto gerechnet auf 145 Mrd DM, das sind 5½ vH des westdeutschen Bruttosozialprodukts (Ziffer 251). Im übrigen wird durch die Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit" ein Finanzierungsvolumen des Bundes aufgebaut, das eine spätere Reform des Finanzausgleichs wohl eher belasten wird. Die Erfahrung zeigt, daß solche Reformen um so schwieriger durchzusetzen sind, je mehr sie massive Umverteilungen zwischen den Gebietskörperschaften erfordern.

Reform des Finanzausgleichs

324. Mit dem Auslaufen des Fonds „Deutsche Einheit" zum Ende des Jahres 1994 müssen die neuen Bundesländer voll in die Finanzverfassung einbezogen werden. Es liegen bisher nicht einmal in Ansätzen Modelle vor, wie man den bundesstaatlichen Finanzausgleich nach 1995 regeln könnte. Da ein solches Reformwerk umfassende, durchweg zustimmungsbedürftige Gesetzesänderungen, möglicherweise sogar Änderungen des Grundgesetzes erfordert und infolgedessen viel Zeit in Anspruch nehmen wird, besteht in diesem Bereich akuter Handlungsbedarf. Es würden auch bei den anstehenden Ersatzfinanzierungen für den Fonds „Deutsche Einheit" eher sachgerechte Lösungen zu finden sein, wenn wenigstens die Eckwerte einer zukünftigen Finanzverfassung festgelegt wären.

325. Der Sachverständigenrat hat bereits in seinem letzten Jahresgutachten (JG 90 Ziffern 432 ff.) dazu Vorschläge entwickelt. Die damals vor allem für das Gebiet der alten Bundesländer aufgestellten Forderungen gelten im Prinzip auch für eine Finanzverfassung im vereinten Deutschland. Allerdings wird der Finanzausgleich nicht mehr nur ein Spitzenausgleich auf der Einnahmenseite sein können. Angesichts der erheblichen Strukturprobleme in den neuen Bundesländern werden für sie auch Sonderleistungen erforderlich sein. Wenn man die Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit der Bundesländer stärken will, müßte sich eine Reform des Finanzausgleichs wohl vor allem an folgenden Grundlinien orientieren:

- Es müßte eine klare Aufgabentrennung zwischen den Gebietskörperschaften gefunden werden. Wer die Aufgabenkompetenz hat, muß auch die Finanzierungsverpflichtung übernehmen. Die Mischfinanzierung sollte auf Ausnahmefälle reduziert werden.
- Die vertikale und horizontale Steuerverteilung sollte im wesentlichen beibehalten werden. Allerdings sollte den Bundesländern eine — wenn auch begrenzte — Steuerautonomie eingeräumt werden. Zu denken wäre dabei an ein Zuschlagsrecht oder Hebesatzrecht beim Länderanteil aus der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer.
- Um dem Verfassungsgebot der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" gerecht zu werden, wird es auch in Zukunft einen horizontalen Länderfinanzausgleich geben müssen, dessen einnahmennivellierende Wirkung allerdings tendenziell zurückgeführt werden müßte, um den Bundesländern den Anreiz zu geben, selbst für die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und die Pflege der Steuerquellen Sorge zu tragen.
- Darüber hinausgehende horizontale und vertikale Zuweisungen müssen für Sonderfälle (zum Beispiel Spillover-Effekte, Strukturschwäche, mangelhafte Infrastruktur) begrenzt bleiben. Sie müssen auf verläßlichen Indikatoren basieren und mit Zweckbindungen und — in vielen Fällen auch — mit Eigenbeteiligungen ausgestattet sein.

326. Man wird davon ausgehen müssen, daß die neuen Bundesländer über einen längeren Zeitraum hinweg — auch nach 1995 — vertikale Zuweisungen des Bundes erhalten müssen, um den noch auf Jahre andauernden Wachstums- und Strukturproblemen gerecht werden zu können. Dabei ist dem Rat bewußt, daß in einem föderativen Staat mit Haushaltsautonomie auf den nachgelagerten Ebenen zweckgebundene Zuweisungen eher kritisch zu beurteilen sind, da sie dem Oberverband Gelegenheit geben, in die Entscheidungen der nachgeordneten Ebenen einzugreifen. Allerdings sind ungebundene Transfers nur dann zu vertreten, wenn die Folgen finanzpolitischer Fehlentscheidungen einer empfangenden Körperschaft nur von dieser selbst zu tragen sind und nicht — wie heute im Länderfinanzausgleich möglich — auf andere Bundesländer überwälzt werden können. In der aktuellen Situation kann der „goldene Zügel" dazu beitragen, die effiziente Verwendung der Transfers in den neuen Bundesländern zu sichern. Dies würde sowohl im Interesse der Geber als auch der Nehmer liegen. Die neuen Bundesländer wären primär Nutznießer eines erfolgreichen Wiederaufbaus, ihr Steueraufkommen würde steigen, und sie kämen damit aus der Rolle des Bittstellers heraus. Den Bürgern in den alten Bundesländern würden für die Zukunft die derzeit enormen Belastungen erleichtert.

327. Wenngleich es für 1991 und auch wohl für 1992 gelungen ist, den neuen Bundesländern eine ausreichende Finanzausstattung zu verschaffen, so kann die bisherige Verwendungsstruktur der Mittel nicht befriedigen. Nur etwa 30 vH der Transfers sind für Investitionen in die Infrastruktur genutzt worden, die für den Wiederaufbau der Produktion von besonderer Bedeutung sind. Ein Großteil der Mittel ist in konsumtive Verwendungen oder in Sozialtransfers geflossen. Dadurch ist Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen entstanden, die vornehmlich aus dem Westen bezogen wurden, so daß in den neuen Bundesländern keine entsprechende Zunahme der Produktion und der Beschäftigung erreicht werden konnte. Transfers

für investive Ausgaben sollten nur dann gezahlt werden, wenn die verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für eine effiziente Verwendung erfüllt sind (SG 91 Ziffer 31). Dabei sollten die Auflagen konkreter umschrieben werden, als dies bisher geschehen ist. Das kommunale Investitionsprogramm hat zwar die Vergabe der Mittel an Investitionen gebunden. Die Analyse der Vergabepraxis zeigt jedoch, daß die Mittel zu einem großen Teil nicht in die wirtschaftsnahe Infrastruktur geflossen sind, so daß der Aufbau einer neuen Wirtschaftsbasis nicht in gewünschtem Ausmaß gefördert worden ist.

Nach wie vor: Zu geringe Finanzierungsbeiträge der alten Bundesländer

328. Die Hauptlast der Finanzierung der Transfers liegt beim Bund. Im Jahre 1992 wird er Bruttoleistungen in Höhe von 106 Mrd DM erbringen müssen, das entspricht einem Viertel des Bundeshaushaltes; zu den Nettoleistungen trägt er mit 54 Mrd DM bei. Die westdeutschen Länder und deren Gemeinden werden 1992 dagegen (brutto) 10 Mrd DM beziehungsweise (netto) 7 Mrd DM zahlen (Tabelle 46, Seite 164). Es ist bisher nicht gelungen, die westlichen Länder und ihre Gemeinden angemessen in die Finanzierungspflicht einzubeziehen und damit auch für sie einen Druck zu schaffen, die Höhe und Struktur ihrer Ausgaben zu überprüfen und dabei zu Einsparungen und Umschichtungen zu kommen.

329. Bei der Finanzierung der Einheit handelt es sich um eine nationale Aufgabe, an der sich alle Gebietskörperschaften der alten Bundesrepublik zu beteiligen haben. Die Finanzverfassung sieht auch durchaus ein Verfahren vor, wie die unterschiedliche Belastung der einzelnen Ebenen ausgeglichen werden kann, nämlich über die Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens gemäß Artikel 106 Abs. 3 und 4 GG. Es dürfte einer der großen Fehler der Finanzpolitik gewesen sein, dieses Verfahren ohne Not außer Kraft gesetzt und die Verteilung der Belastungen über den Fonds „Deutsche Einheit" geregelt zu haben.

330. Von dem auf ein Gesamtvolumen von 115 Mrd DM festgelegten Fonds tragen die Länder 47,4 Mrd DM. Sie haben ihren Beitrag damit bis 1994 begrenzt. Für die Restlaufzeit des Fonds ergeben sich daraus Leistungen von 12 Mrd DM im Jahre 1992, die über 7,5 Mrd DM im Jahre 1993 auf schließlich 2,5 Mrd DM im Jahre 1994 sinken. Wären die neuen Bundesländer sofort in den Länderfinanzausgleich einbezogen worden, hätten die alten Bundesländer etwa 30 Mrd DM pro Jahr leisten müssen. Selbst wenn man unterstellt, daß es ihnen gelungen wäre, einen Teil dieses Betrags über eine Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens zu „refinanzieren", kann davon ausgegangen werden, daß die Belastung per saldo höher gewesen wäre als die durch den Fonds „Deutsche Einheit".

Da die Beiträge zum Fonds kreditfinanziert werden, bleiben die kassenmäßigen Haushaltsbelastungen zunächst gering. Im Jahre 1992 betragen die Leistungen für den Schuldendienst 2,6 Mrd DM und in den beiden folgenden Jahren 3,8 Mrd DM und 4,5 Mrd DM (Tabelle 48, Seite 184). Allerdings müssen die Kredite bis weit über das Jahr 2000 hinweg bedient werden, so daß der Haushaltsspielraum langfristig eingeengt wird. Berücksichtigt man noch die einigungsbedingten Steuermehreinnahmen und rechnet die Verwaltungshilfe und die direkten Leistungen (zum Beispiel Denkmalpflege) dagegen, sind die alten Bundesländer aus dem Einigungsprozeß bisher relativ wenig belastet worden (Tabelle 36, Seite 136). Das hat Konsequenzen: Die dringend gebotene Überprüfung der öffentlichen Ausgaben und die Begrenzung des Ausgabenzuwachses sind bei den Ländern und Gemeinden noch nicht im erforderlichen Ausmaß in Gang gekommen.

Bund trägt die Finanzierungsrisiken

331. Mit der Einrichtung des Fonds „Deutsche Einheit" hat sich der Bund auf ein für ihn folgenschweres Finanzierungsverfahren eingelassen: Er trägt das gesamte Risiko steigenden Transferbedarfs. Diese Lösung hätte der Bund nur akzeptieren dürfen, wenn im Jahre 1990 die Kosten der Einheit exakt bekannt gewesen wären. Das war aber nicht der Fall. Die mit den Ländern getroffene Einigung wäre auch dann noch vertretbar gewesen, wenn wenigstens die vertikale Verteilung des Umsatzsteueraufkommens offen geblieben wäre. Sobald der Finanzierungsbedarf den Betrag von 115 Mrd DM überschritten hätte, wäre eine Neuverteilung der Umsatzsteuer zugunsten des Bundes möglich gewesen. Mit dem Hinweis auf neue „notwendige Ausgaben" und — daraus folgend — auf eine Verschlechterung der sogenannten Deckungsquote hätte der Bund die Revisionsklausel des Artikel 106 Abs. 4 GG in Anspruch nehmen können. Aber auch dieser Weg ist verstellt, denn schon bei der Einrichtung des Fonds „Deutsche Einheit" war das Verteilungsverhältnis zunächst bis 1992 festgeschrieben worden. In Artikel 7 Abs. 2 Nr. 1 Einigungsvertrag sind dann Verteilungsgrundsatz und Revisionsklausel bis 31. Dezember 1994 außer Kraft gesetzt. Der Bund hat es sich insoweit selbst zuzuschreiben, wenn zusätzlicher Finanzierungsbedarf ihn allein trifft und sich die Länder der Mitfinanzierung weitgehend entziehen können.

332. Diese Fehlkonstruktion des Fonds hat weitere Konsequenzen. Soweit Steuern zur Finanzierung der Einheit erhöht werden, wird der Bund solche Steuern bevorzugen, deren Aufkommen ihm allein zufließt. Das erklärt auch, warum in diesem Jahr ein Solidaritätszuschlag eingeführt wurde sowie die Mineralölsteuer, die Versicherungsteuer und die Tabaksteuer erhöht worden sind. In all diesen Fällen fließt das Aufkommen allein dem Bund zu. Über Steuererhöhungen wird offenbar nicht nur unter Beachtung der erwarteten Wachstums-, Beschäftigungs- und Verteilungswirkungen entschieden, sondern vor allem auch unter Finanzausgleichsaspekten. Das kann keine Grundlage einer rationalen Steuerpolitik sein.

333. Die zweite Möglichkeit, die alten Bundesländer dennoch in die Finanzierungspflicht zu nehmen, ist der Abbau der Mischfinanzierung. Hierzu ist der Plan zu zählen, die den Bundesländern gewährte Strukturhilfe in Höhe von 2,45 Mrd DM pro Jahr zu streichen und die freiwerdenden Mittel in den Fonds „Deutsche

Einheit" einzustellen. Es gibt zwar gute Gründe, die Mischfinanzierung generell zu reduzieren und gerade das Strukturhilfegesetz — gegen das im übrigen vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt wird — abzuschaffen. Die jetzt angestrebte Lösung führt jedoch dazu, daß sich zwar die Gesamtheit der alten Bundesländer mit zusätzlichen 2,45 Mrd DM am Fonds „Deutsche Einheit" beteiligen müßte, dadurch aber nicht alle Länder entsprechend dem Verteilungsschlüssel, der für den Fonds „Deutsche Einheit" festgelegt worden ist, nämlich gemäß der Einwohnerzahl, herangezogen würden. Die besonders finanzkräftigen Länder Baden-Württemberg und Hessen, die bisher keine Strukturhilfe erhalten haben, würden durch den Wegfall eben auch nicht belastet, während die strukturschwachen Länder zusätzliche Beiträge leisten müßten. Insbesondere hätten die Länder Bremen und Saarland, die wegen ihrer Finanzschwäche zum Fonds „Deutsche Einheit" nicht beitragen, nunmehr Beiträge zu leisten.

334. Es spricht also auch unter diesen Aspekten alles dagegen, das Volumen des Fonds „Deutsche Einheit" zu erhöhen. Sollte sich zusätzlicher — unabweisbarer — Finanzbedarf der neuen Bundesländer in den kommenden Jahren ergeben, so sollte dieser unter Beachtung der oben genannten Eckwerte (Ziffer 325) für eine Reform des Finanzausgleichs über vertikale Zuweisungen des Bundes abgedeckt werden. Die stärkere Beteiligung der alten Bundesländer und ihrer Gemeinden an der Finanzierung der Einheit kann sachgerecht nur über eine Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens gemäß Artikel 106 Abs. 4 GG erreicht werden (JG 90 Ziffer 373). Im übrigen wird durch das jetzt gewählte Verfahren eine anstehende Reform des Finanzausgleichs 1995 erheblich belastet: Den Ländern ist es bisher gelungen, ihren Finanzierungsbeitrag in engen Grenzen zu halten. Mit einer Reform des Finanzausgleichs und der vollen Einbeziehung der neuen Bundesländer werden die alten Bundesländer diese Strategie nicht fortsetzen können. Sie werden vielmehr ab 1995 mit einer spürbareren Reduktion ihrer Finanzausstattung rechnen müssen. Sollte sich — was von seiten der Länder gelegentlich prognostiziert wird — die Finanzlage des Bundes bis 1995 günstig entwickeln, zumal weil bei ihm das Potential für Ausgabenkürzungen (zum Beispiel Verteidigung, Berlinhilfe, Zonenrandförderung) größer ist, dann würde dies bei der Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens selbstverständlich berücksichtigt werden. Freilich muß das Verfahren für die Neufestsetzung der Beteiligungsquoten im Zuge einer Reform des Finanzausgleichs auch verbessert werden. Die Festsetzung der Beteiligungsquoten richtet sich nach der Entwicklung der sogenannten Deckungsquoten, in deren Bestimmung die „notwendigen Ausgaben" und die „laufenden Einnahmen" des Bundes und der Länder (sowie deren Gemeinden) eingehen. Diese Leerformeln müßten inhaltlich ausgefüllt werden.

Finanzierung der Transfers

335. Unabhängig von der Verteilung der Finanzierungslasten auf die verschiedenen Ebenen im Staatsaufbau müssen die Mittel für die Transfers von den privaten Haushalten und Unternehmen in der alten Bundesrepublik aufgebracht werden. Dabei geht es darum, die Beanspruchung des Bruttosozialprodukts in den alten Bundesländern zugunsten der neuen zurückzudrängen und dabei die konsumtive Verwendung zugunsten der investiven zu reduzieren. Die erforderlichen Finanzmittel können im Prinzip auf drei Wegen aufgebracht werden: durch Kreditaufnahme, durch Ausgabenkürzungen oder Ausgabenumschichtungen sowie durch Steuer- und Abgabenerhöhungen.

Diese drei Finanzierungsalternativen unterscheiden sich einmal in ihren interpersonellen und intertemporalen Verteilungswirkungen, zum anderen aber auch in den Wirkungen auf Stabilität, Beschäftigung und Wachstum.

336. Der Sachverständigenrat hat in seinem letzten Jahresgutachten im einzelnen dargelegt, daß die Defizitquote von 5 vH, wie sie sich damals für die Jahre 1991 bis 1995 abzeichnete, auf 1½ vH bis höchstens 2 vH zurückgeführt werden müsse (JG 90 Ziffern 381 ff.). Für die damit verbundene Reduktion der Kreditaufnahme wurden folgende — auch heute noch geltende — Gründe genannt: die steigende Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte, die negativen Wirkungen auf Wachstum und Stabilität sowie der Vertrauensverlust auf den internationalen Finanzmärkten (JG 90 Ziffer 355). Der erforderliche Konsolidierungsbeitrag sollte durch strenge Ausgabendisziplin auf allen Ebenen erzielt werden; Steuer- und Abgabenerhöhungen sollten wegen der damit verbundenen negativen Wirkungen auf Leistungsbereitschaft und Investitionen nach Möglichkeit vermieden werden. Dieses Konsolidierungsmodell ging davon aus, daß in Westdeutschland die öffentlichen Ausgaben auf allen Ebenen nur noch mit einer Rate von 3,5 vH pro Jahr (statt bis dahin 6 vH) steigen dürften. Der Bundeshaushalt 1992 und die Finanzplanung des Bundes für die Jahre 1991 bis 1995 folgen im Prinzip diesem Kurs, indem die Ausgabensteigerungen für die Jahre bis 1995 im Durchschnitt auf 2,3 vH pro Jahr begrenzt werden sollen. Bei den westdeutschen Ländern und ihren Gemeinden liegen die Steigerungsraten jedoch nach wie vor höher.

337. Um die Konsolidierungsaufgabe, vor der die öffentlichen Haushalte in den nächsten Jahren stehen werden, abschätzen zu können, skizzieren wir im folgenden eine mögliche Entwicklung des Sozialprodukts und des gemeinsamen Haushalts der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Wegen der unterschiedlichen Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben werden die Länder (und deren Gemeinden) in Westdeutschland und Ostdeutschland getrennt ausgewiesen. Beim Bundeshaushalt wird dagegen — anders als noch im Vorjahr (JG 90 Ziffer 349) — nicht zwischen einem westlichen und östlichen Teil getrennt, weil dies ökonomisch nicht mehr sinnvoll ist. Für das Jahr 1992 legen wir die Ergebnisse unserer Prognose zugrunde.

Für Westdeutschland nehmen wir für den Zeitraum von 1992 bis 1996 einen Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts von 6 vH jährlich an. Die Steuereinnahmen werden ausgehend von der Steuerquote für 1991 geschätzt. Für die sonstigen Ausgaben des Bun-

des sowie der Länder und Gemeinden sind die Wachstumsraten in Anlehnung an die bisher verfügbaren Finanz- und Haushaltsplanungen ermittelt worden.

Für Ostdeutschland nehmen wir an, daß das nominale Bruttosozialprodukt stärker steigt als im Westen, und zwar 1992 um 23 vH und in den folgenden Jahren um 12 vH. Bei den Leistungen des Fonds „Deutsche Einheit" gehen wir davon aus, daß der für 1992 vorgesehene Betrag von 34 Mrd DM bis 1994 durch Aufstokkung oder Ersatzfinanzierungen zur Verfügung gestellt wird. Die Zinsausgaben sind — für Westdeutschland und Ostdeutschland — unter Annahme eines Zinssatzes von 9% und unter Berücksichtigung des jeweils vorjährigen Finanzierungsdefizits fortgeschrieben worden.

Unter diesen Annahmen nimmt die Defizitquote des öffentlichen Gesamthaushaltes von 4,8 vH im Jahre 1991 auf 0,5 vH im Jahre 1996 ab und liegt damit sogar unter dem Niveau, das vor 1990 erreicht war. Die Zinslastquote, also der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben, steigt allerdings weiterhin, auf 12,5 vH im Jahre 1996. Gerade diese Entwicklung ist besorgniserregend, weil sie eine Einschränkung des finanzpolitischen Handlungsspielraumes signalisiert (Tabelle 49).

338. Das Basismodell legt die Vermutung nahe, als sei die Finanzpolitik bereits auf Konsolidierungskurs. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Rückgang des Finanzierungsdefizits — anders als nach der Konzeption des Rates (JG 90 Ziffern 359 f.) — zu einem wesentlichen Teil über Steuererhöhungen erreicht worden ist. Zudem sind die Haushalte der Gebietskörperschaften dadurch entlastet worden, daß Sozialleistungen, die ihre Ursache in der deutschen Vereinigung hatten, nicht in den Bundeshaushalt übernommen, sondern über Beitragssatzerhöhungen bei der Arbeitslosenversicherung auf die Sozialversicherungshaushalte verlagert worden sind. Ohne diese

Tabelle 49

Zur Entwicklung der Öffentlichen Haushalte 1991 bis 1996: Basismodell[1])

	Einheit	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Bruttosozialprodukt, nominal							
– Westdeutschland	vH[2])	.	6	6	6	6	6
– Ostdeutschland	vH[2])	.	23	12	12	12	12
Ausgaben, ohne Zinsausgaben							
– Bund	vH[2])	.	3	0,5	1,5	1,5	1,5
– Länder und Gemeinden Westdeutschland	vH[2])	.	4	4	3,5	3,5	3
– Länder und Gemeinden Ostdeutschland	vH[2])	.	20	13	12	11	10
– Fonds „Deutsche Einheit"[3])	Mrd DM	35	34	34	34	.	.
Ausgaben, insgesamt	Mrd DM	972	1 036	1 082	1 131	1 160	1 209
Finanzierungsdefizit	Mrd DM	135	131	112	90	47	18
Defizitquote[4])	vH	4,8	4,3	3,5	2,6	1,3	0,5
Zinslastquote[5])	vH	8,0	8,7	9,4	10,7	11,9	12,5
Entwicklung unter Zugrundelegung des finanzpolitischen Status-quo am 13. November 1990[6])							
Finanzielle Auswirkungen der Beschlüsse nach dem 13. November 1990:							
– Steuererhöhungen[7])	Mrd DM	17	25	25	28	29	30
– Verminderter Zuschußbedarf des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit[8])	Mrd DM	22	22	20	20	18	16
Hypothetische(s)							
– Finanzierungsdefizit[9])	Mrd DM	174	182	165	151	112	88
– Defizitquote[4])	vH	6,1	6,0	5,1	4,4	3,0	2,2
– Zinslastquote[5])	vH	8,0	8,8	9,9	11,5	13,1	14,1

1) Öffentlicher Gesamthaushalt, einschließlich Fonds „Deutsche Einheit".
2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
3) Für den Fonds „Deutsche Einheit" wird unterstellt, daß wegen des Finanzbedarfs der Länder und Gemeinden in Ostdeutschland bis 1994 das Niveau des Jahres 1992 gehalten wird.
4) Finanzierungsdefizit in Relation zum nominalen Bruttosozialprodukt.
5) Zinsausgaben in Relation zu den Gesamtausgaben.
6) Siehe Jahresgutachten 1990/91 Ziffer 349 und Tabelle 51.
7) Solidaritätszuschlag und Verbrauchsteuererhöhungen zum 1. Juli 1991, geplante Erhöhung der Umsatzsteuer zum 1. Januar 1993.
8) Durch Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zum 1. April 1991 von 4,3 vH auf 6,8 vH und durch eine Absenkung ab 1. Januar 1992 auf 6,3 vH.
9) Ab dem Jahre 1992 sind darin auch die durch die erhöhte Verschuldung verursachten Zinsausgaben berücksichtigt.

Entlastungseffekte würde sich ein (hypothetischer) Finanzierungssaldo ergeben, der bis 1996 auf hohem Niveau, nämlich bei 88 Mrd DM, verbleiben würde. Die Defizitquote läge dann in den nächsten Jahren zwischen 6,1 vH und 3,0 vH und würde erst 1996 auf 2,2 vH sinken, so daß die Konsolidierung nicht nennenswert vorangekommen wäre.

Ob das Konsolidierungsziel wie im Basismodell beschrieben tatsächlich erreicht werden kann, hängt entscheidend davon ab, daß keine weiteren — bisher noch nicht absehbaren — Belastungen auf die öffentlichen Haushalte zukommen. Außerdem muß berücksichtigt werden, daß bei einer Steigerungsrate für die öffentlichen Gesamtausgaben in Höhe von 3 vH bei einzelnen Ausgabenarten sogar absolute Ausgabenkürzungen erforderlich sein werden und auch in bestehende Leistungsgesetze eingegriffen werden muß. Das verlangt politische Durchsetzungskraft.

339. Die Risiken für die Haushaltsentwicklung sind schwer abzuschätzen (Ziffer 198). Es könnte sich um weitere Finanzhilfen für die mittel- und osteuropäischen Staaten handeln. Auch die Leistungen an den EG-Haushalt werden vermutlich anwachsen (Ziffern 435 ff.). Zu denken ist ferner an die Ausgleichs- und Entschädigungsregelungen für Enteignete und Verfolgte in der ehemaligen DDR sowie an die Aufwendungen für die Sanierung der Umwelt und die Übernahme von Altlasten. Diese Risiken sind nur schwer zu quantifizieren. Zu rechnen ist auch mit Ausfällen aus den Exportbürgschaften. Bis zum 30. Juni 1991 hat der Bund außenwirtschaftliche Gewährleistungen in Höhe von 141 Mrd DM übernommen. Davon entfielen 15 vH auf Exportgeschäfte mit den ehemaligen Staatshandelsländern. Risiken ergeben sich auch aus dem Haushalt der Treuhandanstalt, die sich 1992 voraussichtlich mit 30 Mrd DM verschulden muß. Zusätzliche Budgetbelastungen drohen schließlich aus der Umsetzung der Urteile des Bundesverfassungsgerichtes zur Höhe der Kinderfreibeträge und des Grundfreibetrages. Auch die Reform des § 218 StGB, die Änderungen der gesetzlichen Regelungen über das Erziehungsgeld und der Wohnungsbauförderung werden zu zusätzlichen Ausgaben führen. Schließlich steht das Basismodell unter der Annahme einer weiterhin positiven Konjunkturentwicklung in Westdeutschland. Sollte es in den nächsten Jahren zur Rezession kommen, dann würde angesichts des geringen haushaltspolitischen Handlungsspielraums die Konsolidierungsaufgabe um so schwieriger werden.

Priorität: Ausgabenkürzungen

340. Bei den erforderlichen Ausgabenkürzungen geht es nicht nur um eine quantitative Konsolidierung. Die Vereinigung Deutschlands müßte vielmehr Anlaß sein, alle öffentlichen Ausgaben und dies auch auf allen Ebenen einer grundsätzlichen Überprüfung zu unterziehen und dabei neue Prioritäten und Schwerpunkte zu setzen. Dies ist bisher noch nicht in notwendigem Umfang geschehen. Es kann nicht darum gehen, etwa im Sinne globaler Minderausgaben oder prozentualer Kürzungen aller Budgetposten das notwendige Einsparvolumen zu erbringen. Ein solches Vorgehen mag politisch noch am ehesten durchsetzbar sein, es wäre ökonomisch jedoch unbefriedigend; denn es gibt eine Reihe von öffentlichen Ausgaben, zum Beispiel Investitionen in die Infrastruktur, die gerade wegen des Wiederaufbauprozesses in den neuen Bundesländern in den nächsten Jahren sogar drastisch erhöht werden müssen (Ziffer 463).

Die öffentlichen Haushalte müssen vielmehr systematisch auf solche Posten hin überprüft werden, die obsolet geworden sind (zum Beispiel Beschleunigung des Abbaus der Berlinhilfe und der Zonenrandförderung), die wegen veränderter politischer Bedingungen reduziert werden können (zum Beispiel Verteidigung) und die ökonomisch nicht vertretbar sind (zum Beispiel viele Subventionen). Eine solche Überprüfung muß sämtliche öffentlichen Haushalte erfassen — übrigens auch die der neuen Bundesländer und ihrer Gemeinden, in denen der Personalüberhang weiterhin zügig abgebaut werden muß.

341. Ein Schwerpunkt muß dabei sicher beim Abbau der Finanzhilfen liegen. Gerade sie schalten in vielen Fällen die Anreiz- und Lenkungsfunktion des Marktes aus, behindern den erforderlichen Strukturwandel und führen damit zu Wachstumsverlusten. Auch hier gilt, daß der Subventionsabbau nicht nur die öffentlichen Haushalte in Westdeutschland, sondern auch die der neuen Bundesländer erfassen muß. Es wäre fiskalisch nichts gewonnen, wenn einem erfolgreichen Subventionsabbau im Westen eine Zunahme der Finanzhilfen im Osten gegenüberstünde. Dazu kommt, daß Subventionen die Produktionsstruktur zementieren, somit das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigen und deshalb das Steueraufkommen verringern würden. Zudem wird es immer schwieriger werden, in den neuen Bundesländern Subventionsforderungen zurückzuweisen, während unter den wesentlich günstigeren Bedingungen in den westlichen Ländern der Subventionsabbau nicht nennenswert vorankommt. Es wird den Bürgern in den neuen Bundesländern nicht verständlich zu machen sein, daß im Westen auf einen Arbeitsplatz im Bergbau pro Jahr 75 000 DM an Subventionen entfallen, der Braunkohlebergbau im Osten aber wegen mangelnder Rentabilität eingeschränkt werden muß.

342. Für den Subventionsabbau besteht ein beachtliches Potential (JG 90 Ziffern 365 ff.). Das Gesamtvolumen der Subventionen wird auf 100 Mrd DM anzusetzen sein. Daran und an der Konsolidierungsaufgabe gemessen sind die bisherigen Ergebnisse mehr als bescheiden.

Der geplante Abbau von Finanzhilfen dürfte 1992 nur mit 3,6 Mrd DM haushaltswirksam werden. Damit ist auch nicht im entferntesten ein Konsolidierungsbeitrag erbracht worden. Es zeigt sich immer mehr, daß es für den Abbau der Subventionen am politischen Durchsetzungswillen und vor allem an der Durchsetzungskraft fehlt. Die Politiker haben allerdings auch die Chance verpaßt, die günstige Stimmungslage bei der Vereinigung in den Jahren 1989/90 zu einschneidenden Sparmaßnahmen zu nutzen. Der bisherige Kurs in der Finanzpolitik hat sogar die Lösung erschwert. Angesichts steigender Zinsen, Steuern und Abgaben widersetzen sich die Bürger jeder sie selbst betreffenden Ausgabenkürzung.

Weitere Steuererhöhungen vermeiden

343. Wenn Ausgabenumschichtungen und Ausgabenkürzungen im erforderlichen Umfang nicht gelingen und sogar noch zusätzliche Belastungen auf die öffentlichen Haushalte zukommen, dann bleibt für die Konsolidierung nur noch der Weg über weitere Steuererhöhungen. Dafür kommen in Anbetracht der Höhe des Konsolidierungsbedarfs nur die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer sowie die Mehrwertsteuer in Frage. Diese Abgaben haben zudem Breitenwirkung, die es ermöglicht, nahezu alle Bürger im Sinne eines Solidaropfers an den Kosten der Einheit zu beteiligen. Allerdings sprechen gegen Steuererhöhungen erhebliche ökonomische Bedenken, und zwar sowohl unter wachstums- als auch unter stabilitäts- und verteilungspolitischem Aspekt.

344. Gegen eine Erhöhung der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer sind vor allem wachstumspolitische Argumente vorzubringen: Leistungsanreize werden dadurch geschmälert, und die Investitionstätigkeit wird beeinträchtigt. Die marginale Einkommensteuerbelastung ist im internationalen Vergleich in Deutschland hoch; eine weitere Anhebung würde die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Bundesrepublik verschlechtern. Mit einer Erhöhung des Anstiegs und der absoluten Höhe der marginalen Steuersätze dürften zudem die bekannten Substitutionseffekte verstärkt werden (JG 86 Ziffer 281). Unter diesem Aspekt ist auch der Solidaritätszuschlag eine verfehlte Maßnahme. Bei seiner Einführung haben wohl eher verteilungs- und finanzausgleichspolitische Gründe eine Rolle gespielt. Die Effizienz- und Wachstumsverluste einer Anhebung der Einkommensteuer wären größer, wenn diese aus sozialpolitischen Gründen ausschließlich die Bezieher höherer Einkommen träfe.

Wenn der Kurs der angebotsorientierten Steuerpolitik, wie er seit Beginn der achtziger Jahre gehalten worden ist, wiederaufgenommen werden soll, dann sollte man bei Steuererhöhungen nicht die Einkommensentstehung, sondern verstärkt die konsumtive Einkommensverwendung besteuern. Von daher würde sich also eher eine Erhöhung der Mehrwertsteuer empfehlen.

345. Allerdings zeigen sich auch dabei enge Grenzen, zumal nachdem der Normalsatz der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1993 – auch aus Gründen der EG-Steuerharmonisierung – bereits auf 15 vH erhöht werden soll. Gegen jede Anhebung sprechen verteilungspolitische Gründe; denn die Mehrwertsteuer belastet die Bezieher niedriger Einkommen vergleichsweise stark. Diese Regressionswirkung wird allerdings tendenziell abgebaut, weil auch nach dem 1. Januar 1993 der ermäßigte Steuersatz bei 7 vH verbleibt.

Dem Belastungskonzept der Mehrwertsteuer entspricht es, daß die Steuer über Preiserhöhungen auf die Konsumenten weitergewälzt wird. Das birgt die Gefahr in sich, daß dadurch eine Preis-Lohn-Spirale in Gang gesetzt wird, die nicht zuletzt die Bundesbank zu einem restriktiven Kurs der Geldpolitik herausfordern würde. Über dann höhere Zinsen könnten deshalb auch die Investitionen beeinträchtigt werden. Sie werden zudem noch auf einem anderen Weg getroffen: Es ist zwar richtig, daß die privaten Investitionen grundsätzlich nicht der Mehrwertsteuer unterliegen, wenn aber die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu einer Reduktion des privaten Konsums führt, dann sind von daher auch negative Rückwirkungen auf die Investitionen zu erwarten.

346. Man kann es also drehen und wenden, wie man will: Auf dem Weg zur Konsolidierung sollten Steuererhöhungen – wenn irgend möglich – vermieden werden. Es besteht sogar die Gefahr, daß die damit verbundenen negativen Wirkungen auf Wachstum und Konjunktur den Weg zur Konsolidierung noch erschweren. Gegen weitere Steuererhöhungen spricht im übrigen auch, daß bei den Sozialversicherungen mit Beitragserhöhungen zu rechnen ist. Dies gilt für das kommende Jahr angesichts der ungünstigen Haushaltsentwicklung vor allem für die Krankenversicherung.

Wenn die politische Kraft weiterhin fehlt, Ausgabenkürzungen und Umschichtungen bei den Ausgaben durchzusetzen oder wenn noch weitere Belastungen auf die öffentlichen Haushalte zukommen sollten, dann müssen Steuertarife bei den ertragreichen Steuern angehoben werden. In diesem Falle wäre eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wohl noch das kleinere Übel. Allerdings können Steuererhöhungen nur die Ultima ratio sein; auf die damit verbundenen Risiken muß nachdrücklich hingewiesen werden. Die finanzpolitischen Probleme, die die deutsche Vereinigung gebracht hat, sind nur durch strikte Ausgabendisziplin zu lösen.

Reform der Unternehmensbesteuerung bleibt aktuell

347. In der derzeitigen Situation besteht grundsätzlich auch wenig Spielraum für Steuersenkungen. Vor allem wird es politisch schwer zu vertreten sein, auf der einen Seite die Mehrwertsteuer zu erhöhen und gleichzeitig die Unternehmensteuern zu senken, konkreter: die Vermögensteuer und die Gewerbekapitalsteuer abzuschaffen. Auf mittlere Sicht bleibt jedoch die Reform der Unternehmenssteuern ein wichtiges Ziel. Der Wiederaufbau der Produktionskapazitäten in den neuen Bundesländern, die ungünstige Altersstruktur der Bevölkerung und der verschärfte internationale Wettbewerb verlangen enorme Investitionen in den deutschen Kapitalstock. Langfristig bestehen auch keine Konflikte zwischen den verteilungs- und wachstumspolitischen Zielsetzungen. Je besser es gelingt, über ein investitionsfreundliches Steuersystem Investitionen, Beschäftigung und Wachstum zu verbessern, desto eher lassen sich die gerade durch die Vereinigung schwieriger gewordenen Verteilungskonflikte lösen.

Wenn es aus fiskalischen Gründen geboten ist, die Reform der Unternehmensbesteuerung für einige Zeit hinauszuschieben, sollten wenigstens die geplanten Maßnahmen und der Zeitpunkt der Inkraftsetzung nunmehr festgelegt werden. Da es bei dieser Reform auch darum geht, den Standort Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb attraktiver zu machen,

sollten die geplanten Änderungen bis zum 1. Januar 1993, dem Beginn des europäischen Binnenmarktes, festliegen. Die finanziellen Auswirkungen einer Reform treffen Bund, Länder und Gemeinden. Sofern man sich für die vom Sachverständigenrat vorgeschlagene Lösung entscheidet, die Gewerbesteuer durch eine Wertschöpfungsteuer zu ersetzen (JG 83 Ziffern 399 ff.), wäre damit auch eine Änderung des kommunalen Steuersystems verbunden. Es würde sich deshalb empfehlen, die Unternehmenssteuerreform spätestens zum 1. Januar 1995 in Kraft zu setzen. Ihre fiskalischen Auswirkungen könnten dann bei der ohnehin anstehenden Reform des Finanzausgleichs berücksichtigt werden.

Besteuerung von Zinseinkünften

348. Die in der Bundesrepublik erhobene Einkommensteuer ist eine synthetische Steuer, das heißt alle Einkommen — also auch solche aus Kapitalvermögen — müssen zusammengefaßt und dem Steuertarif unterworfen werden. Dieser Forderung entspricht auch die Rechtslage: Sämtliche Einkünfte aus Kapitalvermögen sind grundsätzlich steuerpflichtig.

Unterschiede ergeben sich allerdings hinsichtlich der Erhebungsformen. Für einen Teil der Kapitalerträge (vor allem Dividenden) gilt das Quellenabzugsverfahren, das heißt bereits an der Quelle wird eine auf die Einkommensteuer anrechenbare Kapitalertragsteuer von 25 vH erhoben. Für Zinseinkünfte (vor allem aus festverzinslichen Wertpapieren und Guthaben bei Kreditinstituten) gilt dagegen das Veranlagungsverfahren. Der Steuerpflichtige hat die Zinseinkünfte im Rahmen seiner Einkommensteuererklärung zu deklarieren. Bei der Durchsetzung des Steueranspruchs sind die Finanzbehörden auf vollständige Erklärung und damit auf die Steuerehrlichkeit der Bürger angewiesen. Einer wirksamen Kontrolle der im Inland entstehenden Zinseinkünfte steht der sogenannte Bankenerlaß (§ 33a AO) entgegen, der Kontrollmitteilungen der Banken an die Finanzbehörden verhindert. Die Konsequenz ist, daß rechtmäßig geschuldete Steuern auf Kapitalerträge in großem Umfang hinterzogen werden.

Den derzeitigen Zustand hat das Bundesverfassungsgericht im Urteil vom 27. Juni 1991 als Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip und den Gleichbehandlungsgrundsatz gewertet; der Gesetzgeber ist zu einer Neuordnung der Besteuerung von Zinseinkünften bis zum 1. Januar 1993 aufgefordert worden. Hält man an einer umfassenden Einkommensteuer fest, dann müssen alle Zinseinkünfte — ob im Inland oder im Ausland entstanden — erfaßt werden können. Zinseinkünfte müßten zudem mit den übrigen Einkünften zusammengeführt und dem progressiven Steuertarif unterworfen werden.

349. Eine Möglichkeit, Zinseinkünfte korrekt zu erfassen, wäre die Einführung von Kontrollmitteilungen der Kreditinstitute. Damit könnten inländische Kapitalerträge weitgehend erfaßt und gemäß dem persönlichen Einkommensteuersatz besteuert werden. Voraussetzung wäre allerdings, daß der Bankenerlaß abgeschafft würde. Viele sehen darin eine Verletzung des Bankgeheimnisses und damit die Gefahr, daß die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte beeinträchtigt und die Kapitalbildung behindert werden. Das Vertrauensverhältnis zwischen Bank und Bankkunde werde gestört. Allerdings kann man durchaus bezweifeln, daß das Vertrauen des Steuerhinterziehers in die Verschwiegenheit seiner Bank ein schutzwürdiges Gut ist. Auch das Bundesverfassungsgericht hält Kontrollmitteilungen mit den Grundrechten der Banken und der Bankkunden durchaus für vereinbar. Zu berücksichtigen ist dabei auch, daß bei anderen Einkunftsarten Kontrollmitteilungen üblich sind und Betriebsprüfungen regelmäßig dazu benutzt werden, die Steuererklärungen Dritter zu überprüfen.

Der Einführung von Kontrollmitteilungen wird daneben angelastet, daß es zu bürokratischer Mehrbelastung der Banken und der Finanzbehörden komme. Dieses Argument kann jedoch nicht überzeugen, zumal wenn man an den erheblichen Verwaltungsaufwand denkt, der bei der Ermittlung der übrigen Einkünfte gelegentlich getrieben wird. In Zeiten der elektronischen Datenverarbeitung kann der Verwaltungsaufwand wohl kein durchschlagendes Argument sein, was im übrigen Erfahrungen aus dem Ausland — etwa in den Vereinigten Staaten — bestätigen.

Der Verwaltungsaufwand könnte im übrigen in Grenzen gehalten werden, wenn die generelle Pflicht zur Abgabe von Kontrollmitteilungen durch ein Stichprobenverfahren ersetzt würde. Damit bestünde ein Risiko, bei Steuerhinterziehung ertappt zu werden. Sofern Steuerhinterziehungen mit fühlbaren Strafen belegt würden, dürften Stichproben ausreichen, um die korrekte Erfassung der Einkünfte zu sichern.

350. Eine weitere Möglichkeit wäre die Einführung einer Quellensteuer für Zinseinkünfte, wie sie bereits 1989 vorübergehend in Form der sogenannten kleinen Kapitalertragsteuer bestanden hat. Dabei werden Zinseinkünfte an der Quelle einem konstanten, für alle Zinsempfänger einheitlichen Steuersatz unterworfen. Die gezahlte Quellensteuer kann bei der späteren Steuerveranlagung auf die Einkommensteuerschuld angerechnet werden. Insoweit wäre gewährleistet, daß das Gesamteinkommen eines Steuerpflichtigen dem progressiven Steuertarif unterliegt.

Inwieweit durch eine Quellensteuer die lückenlose Erfassung der Zinseinkünfte bei der Veranlagung gelingt, hängt entscheidend von der Höhe des Steuersatzes ab. Liegt dieser Satz niedrig (zum Beispiel wie 1989 bei 10 vH) und damit in vielen Fällen unter dem individuellen Satz der Einkommensteuer, dann werden die bisherigen Steuerhinterzieher die Quellensteuer als Definitivbelastung akzeptieren, ihre Zinseinkünfte aber nach wie vor nicht deklarieren und damit in der Höhe der Steuersatzdifferenz weiterhin die Steuer hinterziehen. Eine lückenlose Erfassung und Besteuerung wäre nur möglich, wenn die Quellensteuer dem Höchstsatz der Einkommensteuer, derzeit also 53 vH, entspräche. In diesem Fall käme es jedoch zu einer Flut von Erstattungsfällen und damit zu einer größeren Zahl von Steuerveranlagungen. Außerdem bestünde die Gefahr, daß von Beziehern kleiner Einkommen die Steuererstattungen — zum Teil in Unkenntnis — nicht in Anspruch genommen würden, was steuersystematisch und vor allem verteilungs-

politisch unerwünscht wäre. Man kann zwar versuchen, dieses Problem durch Ausstellung von Nichtveranlagungsbescheinigungen zumindest teilweise zu lösen. Damit bürdet man aber gerade denjenigen die Verwaltungslasten auf, die im Ergebnis gar keine Steuern zu zahlen haben.

Die Tatsache, daß die Kapitalertragsteuer heute mit einem Satz von 25 vH arbeitet, ist kein Beleg dafür, daß auch für eine Quellensteuer auf Zinseinkünfte ein solcher (vergleichsweise niedriger) Steuersatz ausreichend wäre. Ganz abgesehen davon, daß die Wahl dieses Satzes bei der Kapitalertragsteuer von Vereinbarungen in Doppelbesteuerungsabkommen bestimmt wird, ist zu berücksichtigen, daß Dividenden außer durch die Kapitalertragsteuer auch durch die Körperschaftsteuer (36 vH) belastet werden, so daß die gesamte Belastung an der Quelle bei 52 vH (36 vH plus 25 vH von 64 vH) liegt und damit eben nahe beim Höchstsatz der Einkommensteuer.

351. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil noch eine weitere Möglichkeit der Zinsbesteuerung aufgezeigt: Zinseinkünfte können an der Quelle mit einer proportionalen Steuer belegt werden. Die daraus resultierende Steuerbelastung wird — anders als bei der üblichen Quellensteuer — jedoch bei einer späteren Veranlagung nicht mit der Einkommensteuerschuld verrechnet, so daß es sich um eine Definitivsteuer handelt. Die Steuerpflichten des Zinsempfängers sind damit abgegolten. Durch eine solche Abgeltungssteuer wird das Vertrauensverhältnis zwischen Banken und Bankkunden nicht beeinträchtigt, Kontrollmitteilungen sind nicht erforderlich. Eine solche Lösung ist allerdings steuersystematisch nicht unbedenklich. Die Abgeltungssteuer löst nämlich die Zinsbesteuerung aus der Einkommensteuer und führt eine getrennte Besteuerung der Zinseinkünfte ein. Die Steuerbelastung der Zinseinkünfte wäre nunmehr unabhängig von der Höhe des Gesamteinkommens eines Wirtschaftssubjektes. Sofern Freibeträge eingeräumt werden, würden Zinseinkünfte zwar (indirekt) progressiv besteuert. Das Progressionsprinzip der Einkommensteuer, wonach die individuelle Steuerbelastung von der Höhe des Gesamteinkommens abhängt, würde jedoch durchbrochen.

352. Alle Pläne zur Zinsbesteuerung gehen davon aus, daß der Sparerfreibetrag von derzeit 600 DM/ 1 200 DM fühlbar angehoben wird. Einzelne Vorschläge gehen bis zu einer Höhe von 5 000 DM/ 10 000 DM. Man verspricht sich davon, nachteilige Auswirkungen auf den Kapitalmarkt soweit wie möglich zu vermeiden (Ziffer 354).

Die Berücksichtigung von (erhöhten) Freibeträgen wirft bei den beschriebenen Besteuerungsverfahren unterschiedliche technische Probleme auf:

- Bei der Einführung von Kontrollmitteilungen oder Stichproben verbleibt die Besteuerung der Zinseinkünfte im Veranlagungsverfahren. Steuerfreibeträge können erst dann berücksichtigt werden. Technische Probleme ergeben sich deshalb nicht.

- Bei einer Quellensteuer wird eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer geleistet. Erst im späteren Veranlagungsverfahren können Freibeträge berücksichtigt werden. Das hat zur Folge, daß in manchen Fällen zunächst Steuern einbehalten werden, die später erstattet werden müssen.

- Bei der Abgeltungssteuer müssen die Freibeträge bereits bei der Erhebung der Steuer berücksichtigt werden, weil die Besteuerung damit definitiv abgeschlossen wird. Da ein Steuerpflichtiger Zinseinkünfte oft bei verschiedenen Banken erzielt, müßte ein Verfahren gefunden werden, wie der Gesamtfreibetrag auf einzelne Banken aufgeteilt werden kann.

353. Hohe Freibeträge sind steuersystematisch nicht unbedenklich:

- Bei der Einkommensteuer sind Freibeträge dann zu gewähren, wenn eine Verringerung der Leistungsfähigkeit zum Ausdruck gebracht werden soll. Darum geht es jedoch bei der Steuervergünstigung für Zinseinkünfte nicht, sie dient ausschließlich wirtschaftspolitischen Zielsetzungen. Deshalb darf kein Sparerfreibetrag eingeräumt werden, der zudem unerwünschte verteilungspolitische Wirkungen hätte. Die absolute Steuerersparnis hängt bei einem progressiven Tarif von der Höhe des Gesamteinkommens des Steuerpflichtigen ab und kann bei einem Freibetrag von 10 000 DM zwischen 0 DM und 5 300 DM liegen.

- Daneben sind einkunftsbezogene Freibeträge in einer synthetischen Einkommensteuer ohnehin problematisch; denn es ist nicht zu vertreten, Zinseinkünfte bis zu 10 000 DM steuerfrei zu stellen, andere Einkünfte wie Lohn- oder Mieteinkünfte in gleicher Höhe dagegen voll zu besteuern. In der beachtlichen Erhöhung der Freibeträge könnte ein Verstoß gegen das Gebot der steuerlichen Gleichbehandlung gesehen werden.

- Auch die Begründung für die Freibeträge ist nicht überzeugend. Sie sollen einmal einen Sparanreiz darstellen. Für diesen Zweck dürfte aber kein Freibetrag für Zinseinkünfte gewährt werden, sondern es müßte für einen bestimmten Teil der Ersparnisse ein Abzug von der Steuerschuld oder besser eine Sparprämie gewährt werden. Daneben sollen die Freibeträge einen Inflationsausgleich bieten. Mit einem absoluten Freibetrag kann man den Geldwertverlust nicht adäquat berücksichtigen. Dafür wäre höchstens eine Wertsicherungsklausel (oder Indexklausel) geeignet. Allerdings verstößt eine solche Regelung gegen das im Einkommensteuerrecht geltende Nominalwertprinzip.

354. Die Begründung für die starke Anhebung der Freibeträge liegt darin, daß unerwünschte Wirkungen für den Kapitalmarkt in Deutschland vermieden oder wenigstens begrenzt werden sollen. Sobald nämlich eine lückenlose Besteuerung der inländischen Zinseinkünfte gelingt, sinkt die Nettoverzinsung des Kapitals, und es ist — vor allem kurzfristig — mit Reaktionen der Kapitaleigner zu rechnen. Sie werden möglicherweise ihre Ersparnisse reduzieren und damit die private Geldkapitalbildung beeinträchtigen.

Zudem wäre mit einem verstärkten Kapitalabfluß ins Ausland zu rechnen, da es dort für deutsche Anleger Steueroasen gibt. Hierbei ist insbesondere auf die Erfahrungen mit der „kleinen Kapitalertragsteuer" hin-

zuweisen, die im 1. Halbjahr 1989 zu erheblichen Kapitalexporten geführt hat. Sofern auch die Zinseinkünfte ausländischer Anleger in Deutschland stärker besteuert würden, wäre auch mit einer Verringerung der Kapitalimporte zu rechnen. Geringere Kapitalbildung im Inland und steigende Kapitalanlagen im Ausland würden tendenziell im Inland die Zinsen relativ zu denen im Ausland erhöhen. Es käme damit zu einer Umlenkung der Kapitalströme. Inländische Investoren würden sich verstärkt im Ausland finanzieren.

Das oft vorgetragene Argument, infolge der Kapitalflucht käme es in Deutschland zu Kapitalmangel und damit zu einer Behinderung der Investitionen, ist bei funktionierenden internationalen Kapitalmärkten wenig überzeugend. Nicht zu bestreiten sind aber unerwünschte Wirkungen auf den Bankplatz Deutschland, die dort entstehende Wertschöpfung und die Anzahl der Beschäftigten. Allerdings belegen Beispiele aus dem Ausland, vor allem der Schweiz, daß trotz Zinsbesteuerung ein Finanzplatz attraktiv bleiben kann. Man wird nicht von einem vollkommenen internationalen Kapitalmarkt ausgehen können. Im Inland gibt es Marktsegmente, auf denen die bisherigen Anbieter und Nachfrager trotz der veränderten Zinsstruktur verbleiben werden. Dort haben die Nachfrager steigende Zinsen zu akzeptieren, was die Investitionstätigkeit behindern kann. Ferner sind Verteilungswirkungen zu berücksichtigen. Soweit die Zinsbesteuerung in Deutschland zu steigenden Zinsen führt, werden die Kurse festverzinslicher Wertpapiere sinken. Die bisherigen Anleger — auch wenn sie steuerehrlich waren — müssen Verluste akzeptieren. Bei all diesen Effekten muß allerdings stets beachtet werden, daß mit einer wirksamen Besteuerung der Zinseinkünfte tendenziell die Verzerrungen abgebaut werden, die Folge der bisher betriebenen Steuerhinterziehung sind.

355. Bei dieser Sachlage steht die Finanzpolitik in einem Dilemma. Je besser sie im Inland die steuersystematisch gebotene lückenlose Besteuerung durchsetzt, desto mehr fördert sie die Kapitalflucht. Die Steuerhinterziehung wird dadurch bei inländischen Zinseinkünften unterbunden, bei ausländischen Zinseinkünften nimmt sie tendenziell zu. Den Kapitalabfluß könnte man nur in den Griff bekommen, wenn man — zumindest innerhalb der EG —

- entweder eine einheitliche Besteuerung der Zinseinkünfte einführen würde oder
- ausländische Banken Kontrollmitteilungen an die deutschen Finanzbehörden geben würden.

Für beide Maßnahmen bestehen derzeit so gut wie keine politischen Chancen. Dabei ist es schon erstaunlich, daß im Bereich der Besteuerung von Zinseinkünften eine Zusammenarbeit der nationalen Finanzbehörden in Europa offenbar nicht zustande zu bringen ist, während sie bei der Erhebung der Mehrwertsteuer zwecks Kontrolle des innergemeinschaftlichen Handels ab 1993 wie selbstverständlich eingeführt wird (Ziffer 406). Wenn eine lückenlose Besteuerung der Zinseinkünfte durchgesetzt werden soll, muß sich die Bundesregierung um eine europaweite Lösung bemühen.

356. Versucht man, durch Gewährung von Freibeträgen die Kapitalflucht zu begrenzen, so wird die fiskalische Zielsetzung (Mehraufkommen, steuerliche Gerechtigkeit) verletzt. Bei hohen Freibeträgen, wie bei den genannten Werten von 5 000 DM/10 000 DM, könnte sich das Ergebnis einstellen, daß 80 vH der Zinsempfänger de jure steuerfrei sind und die restlichen 20 vH über Kapitalflucht de facto die Steuer hinterziehen. Fiskalische und wirtschaftspolitische Zielsetzungen stehen also in einem kaum auflösbaren Konflikt. In einer solchen Situation kann nur eine politische Entscheidung weiterhelfen, für die allerdings durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts enge Grenzen gezogen worden sind. Da es keine Lösung für die Zinsbesteuerung gibt, die allen Anforderungen gleichermaßen gerecht wird, müssen Abstriche von der Steuersystematik wohl zugelassen werden. Die Einführung von Kontrollmitteilungen der Banken (oder von Stichproben) wäre zweifellos die Methode, mit der am ehesten inländische Zinseinkünfte lückenlos erfaßt werden könnten. Wenn man sich dazu nicht entscheiden kann, weil man das Verfahren für aufwendig hält und das Vertrauensverhältnis zwischen Banken und deren Kunden nicht belasten will, dann könnte man eine Quellensteuer einführen. Allerdings müßte eine Quellensteuer mit einem relativ niedrigen Satz arbeiten, um eine Flut von Erstattungsanträgen und damit zusätzlichen Steuererklärungen zu vermeiden. Bei niedrigem Steuersatz wird die Quellensteuer aber in vielen Fällen zur Definitivsteuer. Dann kann man diesen Weg aber auch sogleich einschlagen und eine Abgeltungssteuer einführen. Dabei sollten die Steuerfreibeträge jedoch deutlich unter — den in der aktuellen Diskussion genannten — 5 000 DM/ 10 000 DM liegen.

Absicherung des Pflegekostenrisikos

357. Nachdem die Gesetzliche Krankenversicherung und die Gesetzliche Rentenversicherung in den achtziger Jahren reformiert worden sind und die Übertragung des Systems der sozialen Sicherung auf die neuen Bundesländer weitgehend abgeschlossen ist, wird die sozialpolitische Diskussion derzeit von der Frage beherrscht, wie das Pflegefallrisiko abgesichert werden kann. Dabei besteht weithin Übereinstimmung, daß es hier Probleme gibt, die einer Lösung dringend bedürfen. Aufgrund der veränderten Bevölkerungsstruktur ist schon seit geraumer Zeit die Zahl der Pflegefälle stark angestiegen. Empirische Untersuchungen kommen — allein für die alten Bundesländer — zu einer Anzahl von voraussichtlich 1,3 Millionen bis 2,4 Millionen Pflegebedürftigen im Jahre 2000. Die Pflegemöglichkeiten innerhalb der Familie, vor allem aber die Bereitschaft zur häuslichen Pflege, sind eindeutig rückläufig. Da auch Mangel bei der ambulanten Versorgung von Pflegebedürftigen besteht, wird die Heimpflege zum Regelfall werden. Die Kosten einer Heimunterbringung liegen derzeit bereits so hoch, daß sie in vielen Fällen nur über Zahlungen aus der Sozialhilfe abgedeckt werden können. Im Jahre 1989 wurden 271 000 Pflegebedürftige in Heimen und etwa 265 000 Pflegebedürftige in Familien von der Sozialhilfe unterstützt. Etwa 70 vH aller stationär versorgten Pflegefälle erhalten Sozialhilfe.

Es besteht Konsens darüber, daß der Pflegefall nicht zur Sozialhilfebedürftigkeit führen soll, zumal die Sozialhilfe in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung lediglich die Funktion eines Auffangnetzes im Rahmen der sozialen Sicherung hat, nicht aber der Abdeckung eines zum Regelfall werdenden Risikos dienen kann.

358. Die bisher vorgelegten Lösungsmodelle beruhen auf unterschiedlichen Vorstellungen über die Aufgaben der sozialen Sicherung. Die eine Seite folgt dem Gedanken staatlicher Fürsorge und will die Absicherung im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung erreichen, während von der anderen Seite die individuelle Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortlichkeit betont wird. Die öffentliche Diskussion nimmt bisher nicht hinreichend zur Kenntnis, daß mit der Entscheidung über die Absicherung des Pflegefallrisikos eine Entscheidung über den zukünftigen Kurs in der Ausgestaltung der sozialen Sicherung verbunden ist. Der Sachverständigenrat sieht sich deshalb veranlaßt, zu dem Problem der Pflegekostenversicherung Stellung zu nehmen, um damit zugleich seine bereits in früheren Jahresgutachten dargelegten Grundsätze sozialer Sicherung erneut zu verdeutlichen.

- *Führend ist dabei die Einsicht, daß „die Regeln der Verteilung des Wohlstandes ... dessen Entstehung nicht behindern" dürfen und deshalb „der Staat den Sicherungszwang für seine Bürger tunlichst" zu begrenzen hat, indem er die Eigenvorsorge stärkt und eine Überforderung des Systems zu vermeiden sucht (JG 86 Ziffern 308 f.).*
- *Bei der Berücksichtigung des Pflegefallrisikos im Sozialsystem sind in ähnlicher Weise wie bei der Absicherung des Altersrisikos die Anforderungen zu beachten, die der demographische Wandel in den kommenden Jahren stellen wird (JG 86 Ziffer 308). Die Anzahl alter Menschen wird sich im Vergleich zu den Jüngeren erhöhen, wenngleich die Rahmenbedingungen für die Lösung altersspezifischer Risiken kurzfristig etwas günstiger geworden sind.*
- *Schließlich können die Bedingungen nicht übersehen werden, die die wirtschaftliche Lage im vereinten Deutschland augenblicklich stellt. Angesichts des hohen Kapitalbedarfs für die Finanzierung der in den neuen Bundesländern notwendigen Investitionen, sollte das System der sozialen Sicherung in einer Weise konstruiert sein, die der Kapitalbildung förderlich ist.*
- *Es sollte ferner weder über eine Erhöhung der Personalnebenkosten noch über eine Verschärfung der marginalen Abgabenbelastung die Entfaltung von Leistungsbereitschaft und damit das Wirtschaftswachstum behindert werden.*

359. Das Risiko, pflegebedürftig zu werden und damit vor hohen finanziellen Belastungen zu stehen, betrifft jeden unabhängig von seiner beruflichen Situation. Es ist primär auch nicht durch die Arbeitswelt verursacht. Lösungsmodelle zum Pflegefallrisiko dürfen sich deshalb nicht auf die bisher sozialversicherungspflichtige oder auf die erwerbstätige Bevölkerung beschränken. Eine Beteiligung der Arbeitgeber an der Finanzierung einer Pflegefallversicherung ist von daher nicht zu begründen. Da dieses Risiko — wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß — prinzipiell jede Altersgruppe berührt, sollte die Absicherung nicht von einer Altersgrenze abhängen.

Abgesehen von einer Vielzahl technischer Detailprobleme stellen sich bei der Absicherung des Pflegefallrisikos zwei zentrale Fragen:

- *Grundsätzlich zu klären ist, ob die Absicherung für den Pflegefall privat über Versicherungsmärkte oder in Form einer obligatorischen staatlichen oder parafiskalischen Versicherung erfolgen soll. Die Entscheidung darüber dominiert zugleich die Gestaltung im einzelnen. So ist die privatwirtschaftliche Lösung stets mit dem Kapitaldeckungsverfahren verbunden, während der Weg über die Sozialversicherung in der Regel zum Umlageverfahren führt.*
- *Gegenwärtig wird die Diskussion über die grundsätzliche Regelung des Pflegefallproblems beherrscht von der Frage, wie für die bereits existierenden und innerhalb kurzer Frist eintretenden Pflegefälle eine adäquate Absicherung erreicht werden kann. Es erscheint wenig sinnvoll, diese Frage bei der Grundsatzentscheidung in den Vordergrund zu stellen. Hier droht die Gefahr, daß eine langfristig effiziente und innovatorische Lösung verbaut wird.*

360. In marktwirtschaftlichen Ordnungen bedürfen staatliche Aktivitäten der Begründung. Freiheit und Selbstverantwortung sind die Fundamente, auf denen offene Gesellschaften beruhen. Für die Absicherung individueller Risiken impliziert dies als systemgerechte Lösung den Abschluß privatwirtschaftlicher Versicherungen. Ein staatlicher Handlungsbedarf besteht erst dann, wenn der privaten Versicherung Grenzen gesetzt sind, weil ein Versicherungsmarkt gar nicht zustande kommt oder aber zu Bedingungen (Prämien, Leistungen), die für unerträglich gehalten werden.

361. Auf freiwilliger Basis allein läßt sich das Pflegekostenrisiko offenbar nicht absichern. Darauf deutet schon hin, daß die seit Jahren von Kranken- und Lebensversicherungen vorgelegten Angebote nur in wenigen Fällen angenommen werden. Das mag damit zusammenhängen, daß insbesondere junge Menschen das Risiko des Pflegefalles unterschätzen; dazu kommt, daß heute jeder Bürger davon ausgehen kann, daß auch ohne eigene Leistungen für den Pflegefall Vorsorge getragen ist (Trittbrettfahren). Im Ergebnis würden sich bei privaten Versicherungen vorwiegend „schlechte Risiken" versichern, so daß die Prämien hoch liegen müßten. Das wiederum würde Beziehern niedriger Einkommen den Abschluß der Versicherung praktisch unmöglich machen, zumal bisher Beiträge zu Pflegeversicherungen steuerlich nicht abzugsfähig sind und auch nicht anderweitig gefördert werden.

362. Den Problemen der Unterschätzung des Risikos und des Trittbrettfahrer-Verhaltens könnte man mit einer generellen Versicherungspflicht begegnen. Um zu verhindern, daß sich Versicherungsgesellschaften gezielt „gute Risiken" auswählen und damit über niedrige Prämien einen Wettbewerbsvorteil erreichen, müßte ein Kontrahierungszwang eingeführt werden. Sollten die Prämien für Bezieher niedriger Einkommen nicht tragbar sein, könnten Steuervergünstigungen (etwa Sonderausgabenabzug nach § 10 EStG) oder Beitragszuschüsse gewährt werden. Eine solche Lösung entspräche dem Subsidiaritätsprinzip und wäre mit den Grundregeln einer sozialen Marktwirtschaft verträglich. Im Vorschlag des Landes Baden-Württemberg für eine private Pflegekostenversicherung, bei der die Beitragspflicht mit dem 45. Lebensjahr beginnen soll, wird ein monatlicher Beitrag von 48 DM als erforderlich angesehen. Beginnt die Versicherungspflicht bereits mit der Geburt, wäre der monatliche Beitragssatz weit geringer und dürfte deshalb auch für Bezieher niedriger Einkommen erschwinglich sein. Die Prämienzahlung für Kinder

könnte durch entsprechende Erhöhung des Kindergeldes ausgeglichen werden.

Zu berücksichtigen ist allerdings, daß im Pflegebereich wegen des hohen Personaleinsatzes mit überproportionalen Kostensteigerungen zu rechnen ist, denn Rationalisierung ist hier nur begrenzt möglich. Die Höhe der Pflegeleistungen der Versicherungen wäre entsprechend anzupassen, so daß die Prämien dynamisiert werden müßten.

363. Die Versicherungsleistungen sollten ausschließlich in Geld gezahlt werden und nicht nach der Pflegeform (Heimpflege, häusliche Pflege, ambulante Pflege) differenzieren. Dadurch würde auch ein Anreiz geboten, häusliche und ambulante Pflege — wann immer möglich — der Heimpflege vorzuziehen. Geldleistungen würden im übrigen kaufkräftige Nachfrage für Pflegeleistungen schaffen, so daß auch mit entsprechender Ausweitung des Angebots gerechnet werden könnte. Der Wettbewerb würde zudem dafür sorgen, daß solche Leistungen kostengünstig erstellt würden. Die Versicherungsleistungen müßten nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit gestaffelt werden, der durch neutrale Fachkommissionen festzustellen wäre. Dadurch könnte auch ein der privaten Versicherung immer wieder angelasteter Mangel beseitigt werden: Die private Versicherung würde den Pflegefall, um von Leistungen freigestellt zu bleiben, möglichst lange als Krankheitsfall deklarieren, während die Krankenversicherung den Pflegefall möglichst frühzeitig festgestellt wissen möchte, um nicht leistungspflichtig zu werden. In einem solchen Zuständigkeitsstreit zwischen organisatorisch getrennten Versicherungen könnte der Versicherte leicht in die Situation kommen, für längere Zeit gar keine Leistungen zu erhalten und damit wiederum — wie derzeit — der Sozialhilfe zur Last fallen. Dieses Problem könnte gelöst werden, wenn das ohnehin aktiv werdende Gutachtergremium auch den Zeitpunkt festlegte, zu dem der Pflegefall eingetreten ist. Dieser Zeitpunkt müßte im übrigen auch dann eindeutig bestimmt werden, wenn die Pflegeversicherung unter das Dach der Gesetzlichen Krankenversicherung genommen würde. Nur so könnten nämlich unkontrollierbare Querverteilungen zwischen den einzelnen Versicherungsträgern vermieden werden, die ansonsten die Tendenz zu einer Einheitsversicherung fördern würden.

Der Umfang der Versicherungsleistungen sollte so festgelegt werden, daß der einzelne unter Hinzuziehen seiner eigenen Einkünfte die Pflegekosten tragen kann. Eine solche Regelung schränkt die mißbräuchliche Inanspruchnahme der Versicherung ein. Es sollte lediglich eine Mindestversicherung abgeschlossen werden. Dem einzelnen muß es freistehen, darüber hinaus zusätzliche Leistungen zu versichern oder auf andere Weise für eine bessere Absicherung (zum Beispiel über Vermögensbildung) zu sorgen.

364. Eine private Versicherung arbeitet mit dem Kapitaldeckungsverfahren. Das bedeutet, daß jeder Versicherte das Kapital selbst ansparen muß, das für die Absicherung seines Pflegerisikos erforderlich ist. Jede Generation sorgt insoweit für sich selbst; die Finanzierung der Pflegekostenversicherung wird vom Altersaufbau der Bevölkerung unabhängig. Langfristig kommt es zu einer verstärkten Kapitalbildung in der Volkswirtschaft. Schließlich wäre bei dieser Form der Versicherung nicht mit negativen Anreizwirkungen zu rechnen: Der einzelne Versicherungsnehmer kann seine Beiträge nicht mindern, indem er seine Leistung reduziert oder in die Schattenwirtschaft ausweicht. Insoweit sprechen wachstumspolitische Gründe eindeutig für die hier skizzierte Form einer privaten Pflegeversicherung. Zwar kann man ein Kapitaldekkungsverfahren grundsätzlich auch im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung praktizieren. Es besteht dabei jedoch die Gefahr, daß auf das angesammelte Kapital zurückgegriffen wird oder die Kapitalbildung ausgesetzt wird, wenn in anderen Teilbereichen der Sozialversicherung Finanzierungsprobleme entstehen.

Würde die Pflegeversicherung über lohnbezogene Beiträge nach dem Umlageverfahren finanziert, so bliebe die Kapitalbildung im Vergleich zur privaten Versicherung zurück. Beim Umlageverfahren muß die jeweils „aktive" Bevölkerung die „passive" alimentieren. Angesichts der erwarteten Entwicklung der Bevölkerung müßten immer weniger Erwerbstätige immer mehr Pflegefälle unterhalten. Es wäre also mit steigenden Beiträgen (über höhere Beitragssätze oder über eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze) und damit mit erheblichen Belastungen der kommenden Generationen zu rechnen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich ohnehin in der Sozialversicherung eine solche Entwicklung abzeichnet. Es würde den Generationenvertrag überbelasten, wenn auch noch das Pflegekostenrisiko auf die zukünftige Generation übertragen würde.

Gegen eine Lösung im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung sprechen weitere Argumente. Bei einer Sozialversicherung wird die bei privaten Versicherungen gültige Äquivalenz zwischen Beitragszahlung und Versicherungsleistung aus verteilungspolitischen Gründen durchbrochen, was zu Reaktionen der Versicherten führt. Das Leistungsverhalten ändert sich. Zudem muß mit einer Inflation in den Ansprüchen an die Versicherung gerechnet werden. Gerade die Erfahrungen bei der Reform der Krankenversicherung zeigen, daß praktisch jeder Versuch scheitert, solchen Entwicklungen entgegenzuwirken. Es geht bei der Diskussion also gar nicht nur um ein anderes Finanzierungsverfahren, sondern darüber hinaus auch um die Ausweitung der Leistungen. Da alle Krankenkassen den gleichen lohnbezogenen Beitrag erheben werden, die einzelnen Kassen aber unterschiedlich stark mit Pflegekosten belastet werden würden, müßte zudem ein Finanzausgleich zwischen den über 1 100 Krankenkassen durchgeführt werden. Das würde die ohnehin schon vorhandene Entwicklung hin zu einer Einheitskasse fördern.

365. Eine private Versicherung, die nach dem Kapitaldeckungsverfahren arbeitet, muß für eine Übergangszeit eine besondere Lösung für die schon existierenden (Bestandsfälle) und die in Kürze eintretenden Pflegefälle (risikonahe Fälle) finden. Für die Bestandsfälle kann die private Versicherung keine Absicherung der Pflegekosten bieten, da kein Deckungskapital vorliegt. In Frage kämen dafür Transferzahlungen (Pflegegeld), die über den öffentlichen Haushalt zu finanzieren wären. Da die Sozialhilfe gleich-

zeitig entlastet würde, wäre diese Lösung für den öffentlichen Gesamthaushalt weitgehend neutral und im übrigen zeitlich begrenzt. Bei den risikonahen Fällen könnte zwar grundsätzlich noch Deckungskapital gebildet werden, allerdings wäre mit sehr hohen Versicherungsprämien zu rechnen. Hier böten sich Beitragszuschüsse an, die der Differenz zwischen dem Beitrag bei lebenslanger Versicherungsdauer und dem tatsächlich zu zahlenden Beitrag entsprechen müßten. Auch in diesem Fall wäre ein Auslaufen der Beitragszuschüsse abzusehen. Die beschriebenen Übergangsprobleme sollten jedoch in keinem Fall dazu herhalten, die Konzeption einer privatwirtschaftlichen Absicherung des Pflegerisikos zu verwerfen. Die Einführung einer privaten Versicherung mit Kapitaldeckung ist stets mit dem Problem konfrontiert, daß den aktuellen Risikofällen kein Schutz geboten werden kann. Wenn man nicht bereit ist, dafür Übergangslösungen zu suchen, verbaut man den Weg für eine Reform.

III. Tarifpolitik: Die Überforderung der wirtschaftlichen Leistungskraft vermeiden

366. In den neuen wie in den alten Bundesländern waren die Tariflohnsteigerungsraten im Jahre 1991 überhöht. Die Tarifpolitik muß ihren Kurs korrigieren.

In den neuen Bundesländern setzt die niedrige Leistungskraft der meisten Unternehmen den wirtschaftlich vertretbaren Lohnsteigerungen enge Grenzen; eine differenzierte Lohnentwicklung ist notwendig, um die Anpassungsfähigkeit der einzelnen Unternehmen im Prozeß des wirtschaftlichen Neuaufbaus nicht zu überfordern. Dem steht über Unternehmen und Branchen hinweg die Forderung der Arbeitnehmer entgegen, möglichst bald auf westdeutsches Lohnniveau aufzuschließen. Läßt die von den Tarifvertragsparteien verfolgte lohnpolitische Aufholstrategie die Grenzen für das Verteilbare weiterhin außer acht, so sind zusätzliche Belastungen am Arbeitsmarkt unvermeidlich (Ziffern 367 ff.).

In den alten Bundesländern haben hohe Lohnsteigerungen den Lohnkostendruck kräftig verstärkt und zum beschleunigten Preisauftrieb beigetragen. Einbußen bei der Beschäftigung, die bei einem so starken Lohnkostendruck zu erwarten sind, haben sich jedoch nicht eingestellt. Das war der starken Nachfrageausweitung in diesem Jahr und der, nach Jahren maßvoller Lohnabschlüsse, noch guten Ertragskraft der Unternehmen zu verdanken. Beides wirkt nicht fort. Im nächsten Jahr wird die Nachfrage schwächer werden, und die Unternehmenserträge bleiben weiterhin unter Druck. Eine unverändert stark anhaltende Steigerung der Lohnkosten würde zu einem fortgesetzten Preisauftrieb und zu Beschäftigungseinbußen führen (Ziffern 380 ff.).

Der Übergang zum europäischen Binnenmarkt wie auch die marktwirtschaftliche Öffnung Osteuropas ändern den Rahmen für die Tarifpolitik. Kapital wird mobiler, so daß sich die Tarifpolitik stärker als je zuvor in den Wettbewerb der Standorte eingebunden sehen wird (Ziffern 391 ff.).

Neue Bundesländer: Zu sicheren Arbeitsplätzen beitragen

367. In den neuen Bundesländern ist die Suche nach wettbewerbsfähigen Strukturen noch in vollem Gange, und die Erfolgschancen der einzelnen Unternehmen sind dabei weit unsicherer einzuschätzen als in den gewachsenen marktwirtschaftlichen Strukturen Westdeutschlands. Viele Unternehmen sind nicht wettbewerbsfähig und überleben nur durch Subventionen; privatisierte ehemalige Staatsbetriebe und neu gegründete Unternehmen werden in der Regel erst nach einiger Zeit wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen, nachdem sich die Unternehmen auf das Wirtschaften unter Wettbewerbsbedingungen eingeübt haben, der Produktionsapparat modernisiert ist, neue Produkte entwickelt sind und der Zugang zu neuen Märkten geschafft ist. Das Tempo, mit dem das gelingt, ist von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich. Vor allem im industriellen Bereich ist der Anpassungsdruck noch gewaltig, während in anderen Bereichen — der Bauwirtschaft und den Dienstleistungen — der Aufschwung bereits sichtbar ist.

Nach den Kriterien, die der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1990/91 (Ziffern 409 ff.) aufgestellt hat, erfordert dies vor allem,

- daß sich die Lohnanhebungen an der Entwicklung der sektoralen Leistungskraft orientieren, wobei Spielraum für betriebliche Lohnkomponenten bleiben muß,
- daß es zur qualifikationsorientierten Differenzierung der Löhne kommt und
- daß Lohnkontrakte mit längerer Laufzeit abgeschlossen werden.

Gemessen an diesen Kriterien ist die Tarifpolitik des Jahres 1991 in den neuen Bundesländern differenziert zu beurteilen. Bei den Tariflöhnen ist der falsche Kurs eingeschlagen worden. Die Löhne entwickelten sich im ganzen gesehen losgelöst von der realwirtschaftlichen Grundlage; es ist zu befürchten, daß die wirtschaftliche Leistungskraft der Unternehmen und Branchen auch weiterhin nicht die entscheidende Determinante der tariflichen Lohnentwicklung sein wird. Bei der qualifikationsorientierten Lohndifferenzierung sind dagegen beachtliche Fortschritte erzielt worden — mehr, als man nach einem Jahr erwarten konnte. Auch sind in verschiedenen Branchen mehrjährige Lohnkontrakte mit stufenweisen Lohnanhebungen vereinbart worden. Die vom Sachverständigenrat betonte prinzipielle Vorteilhaftigkeit schlägt aber dort ins Gegenteil um, wo sich der mehrjährige Kontrakt mit die Leistungskraft überfordernden Lohnsteigerungen verbindet.

368. Die Lohnpolitik in den neuen Bundesländern startete von einem im Vergleich zu Westdeutschland niedrigen Niveau der Nominallöhne. Der effektive Lohnrückstand ist größer, als es der Vergleich der Tariflöhne erkennen läßt, weil Sonderzahlungen wie Urlaubsgeld, Jahresgratifikationen oder vermögenswirksame Leistungen — bei längerer Arbeitszeit — in den neuen Bundesländern noch nicht oder mit geringeren Beträgen geleistet werden. So betragen die tariflichen Löhne und Gehälter in den neuen Bundes-

ländern schätzungsweise 60 vH bis 65 vH des westdeutschen Niveaus, die effektiven Monatseinkommen lagen im Frühjahr bei etwa 47 vH (Ziffern 158ff.).

Ausgehend von diesem Niveau verfolgt die Tarifpolitik dort, wo Stufentarifverträge abgeschlossen sind, eine rasante Aufholstrategie. Die volle Angleichung der Tariflöhne an westdeutsches Niveau wird in der Regel bis 1994 angestrebt. Bei den effektiven Löhnen würde die Angleichung allerdings erst später beendet sein. Daneben gibt es Tarifbereiche, in denen keine Stufenvereinbarungen getroffen worden sind. Daß in diesen Bereichen in der Aneinanderreihung kürzer laufender Tarifabschlüsse faktisch auch eine Aufholstrategie verfolgt werden wird, ist wahrscheinlich. Die Tarifvertragsparteien werden für Arbeitnehmer einer Branche schwerlich niedrige Lohnsteigerungen beschließen, wenn in den Branchen um sie herum westdeutsche Lohnniveaus die Orientierungsmarke für den Lohnanstieg darstellen.

Bleibt es bei der lohnpolitischen Aufholstrategie, ist in den nächsten Jahren mit beträchtlichen Lohnanhebungen zu rechnen. Um die Tariflöhne von derzeit 60 vH des westdeutschen Niveaus bis 1994 anzugleichen, sind bei gleichzeitig weiter steigendem westdeutschen Bezugslohn (um beispielsweise 5 vH pro Jahr) jährliche Lohnsteigerungsraten von 25 vH notwendig. Hinzu kommt, daß in diesem Zeitraum Sonderzahlungen wie Urlaubsgeld oder Jahresgratifikationen erhöht werden und die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt werden wird.

369. Lohnsteigerungen in diesem Umfang sind gesamtwirtschaftlich nur zu vertreten, wenn zwei Bedingungen erfüllt werden können. Erstens müßte es den ostdeutschen Unternehmen gelingen, den Wert der Produktionsleistung je Arbeitnehmer bis zur Mitte des Jahrzehnts auf das Niveau ihrer Konkurrenten aus Westdeutschland und anderen Ländern anzuheben. Nur dann würde der angelegte Lohnanstieg nicht durch überhöhte Lohnstückkosten die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen beeinträchtigen. Zweitens müßte diese Produktivitätsangleichung in so vielen alten und neu zu gründenden Unternehmen gelingen, daß zu den dann herrschenden Lohnstückkosten in den neuen Bundesländern ein hoher Beschäftigungsstand realisiert werden könnte.

Angesichts des schlechten Zustands einer großen Zahl von Unternehmen – insbesondere der vielen nicht privatisierten Unternehmen im Eigentum der Treuhandanstalt – ist es unrealistisch anzunehmen, daß der Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Unternehmen über weite Bereiche schon bis zur Mitte des Jahrzehnts abgebaut werden kann. Dies begründet die Kritik an der lohnpolitischen Aufholstrategie. Die beabsichtigte Lohnentwicklung wird im ganzen gesehen den derzeitigen und für die nächsten Jahre zu erwartenden Leistungsmöglichkeiten der ostdeutschen Unternehmen nicht gerecht. Fehlentwicklungen sind absehbar: Die Arbeitslosigkeit wird zusätzlich erhöht; neue Arbeitsplätze entstehen in geringerem Umfang; die öffentlichen Haushalte und die Sozialhaushalte werden mit Folgekosten aus der höheren Arbeitslosigkeit und Mehrausgaben bei den an die Tariflöhne gebundenen staatlichen Leistungen (zum Beispiel Entlohnung von ABM-Beschäftigten) belastet; wo Arbeitsplätze gefährdet sind, wird der Ruf nach Fortführung und Erhöhung von – im Ergebnis den Strukturwandel hemmenden – Subventionen lauter werden.

370. Ein Kurswechsel in der Tarifpolitik ist notwendig. Zwar geht es nicht darum, daß die ostdeutschen Arbeitnehmer das generelle Ziel aufgeben müßten, zu westdeutschen Lohnniveaus aufzuschließen; nach wie vor halten wir die Einschätzung für realistisch, daß sich in den neuen Bundesländern eine Wirtschaftsstruktur herausbilden wird, die an Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen nicht nachsteht und letztlich auch gleiche Löhne ermöglicht. Doch benötigt dieser Anpassungsprozeß Zeit. Es geht darum, in der Übergangszeit, bis die ostdeutsche Wirtschaft zu einer wettbewerbsfähigen Struktur gefunden hat, die Lohnentwicklung in einem wirtschaftlich vertretbaren Rahmen zu halten.

Maßstäbe hierfür liefert noch nicht – wie in Westdeutschland – die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, sondern die Leistungskraft der Betriebe und Branchen. Die errechnete Produktivität ist als Maßstab unbrauchbar, weil die Wertschöpfung in hohem Maße durch Erfassungslücken und in der Bewertung durch Stützungsmaßnahmen (Subventionen, Exportbürgschaften, Liquiditätskredite) verzerrt ist. Immer noch stehen in vielen Altbetrieben weit mehr Arbeitskräfte auf der Lohnliste, als für die Produktion tatsächlich benötigt werden; die errechnete Produktivität sagt nichts darüber, wie hoch die dem Faktor Arbeit zurechenbare Wertschöpfung ist.

Der Sachverständigenrat hat sich daher für die neuen Bundesländer vorerst gegen eine an Produktivitätskennziffern orientierte Lohnpolitik ausgesprochen und statt dessen eine an der sektoralen und betrieblichen „Leistungskraft" orientierte Lohnpolitik vorgeschlagen: „Ins Blickfeld zu rücken sind vor allem die Chancen der Branchen und Unternehmen, durch Neuentwicklung von marktfähigen Produkten, durch neue Produktionsverfahren und Managementmethoden, durch Qualifizierung der Arbeitnehmer und ihre Umgewöhnung auf marktwirtschaftliches Denken den Umstellungsprozeß zu bewältigen, der mit der Einführung marktwirtschaftlichen Wettbewerbs in der ehemaligen DDR notwendig geworden ist. Diese Chancen sind von Betrieb zu Betrieb sehr unterschiedlich; die Unterschiede lassen sich nicht allein mit der Pro-Kopf-Wertschöpfung erfassen" (JG 90 Ziffer 410).

371. Mit diesem Vorschlag sollte nicht einem generellen Einfrieren der tariflichen Nominallöhne oder Senkungen der Reallöhne über Jahre hinaus das Wort geredet werden. Das würde die gewaltigen Arbeitsmarktprobleme der ostdeutschen Wirtschaft nicht lösen. Defizite in der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen, die auf eine veraltete Kapitalausstattung, unzulängliche Produkte, Ungeübtheit bei der Eroberung von Märkten zurückzuführen sind, lassen sich durch niedrige Löhne nicht einfach überspielen. Die entscheidende Implikation ist vielmehr, daß differenzierte Lohnsteigerungen notwendig sind. Wo Unternehmen und Branchen in absehbarer Zeit in der Lage sind, ihre Leistungskraft rasch anzuheben, können die effektiven Löhne vergleichsweise hoch

sein und schnell steigen; wo das nicht oder nur verzögert der Fall ist, sollten vorübergehend niedrige Lohnanhebungen zeitlichen Spielraum für die Umstrukturierung geben.

Es mag eingewendet werden, daß eine nach der betrieblichen Leistungskraft differenzierende Lohnpolitik unerwünschte Signale für den Strukturwandel setzen kann, soweit nämlich via Lohndifferenzierung das Ertragsgefälle zwischen unterschiedlich leistungsfähigen Unternehmen eingeebnet wird (JG 88 Ziffer 341). Doch ist dies im derzeitigen Zustand der ostdeutschen Wirtschaft das geringere Problem. In den neuen Bundesländern geht es jetzt um die Bewältigung einer schwierigen Anpassungsphase. Der Rückstand und die Differenziertheit im Wertgrenzprodukt ist Folge der vormaligen sozialistischen Planwirtschaft. Die nach der betrieblichen Leistungskraft differenzierende Lohnpolitik soll den unterschiedlichen Startchancen Rechnung tragen, die die einzelnen Unternehmen in den neuen Bundesländern haben. In dem Maße, wie sich wettbewerbsfähige Strukturen herausbilden, nimmt die Notwendigkeit ab, vergleichbare Arbeit in den einzelnen Betrieben ungleich zu bezahlen.

372. Die tarifpolitische Aufholstrategie führt dazu, daß sich die Löhne für die Unternehmen einer Branche in gleichem Maße erhöhen, obwohl die Leistungskraft der einzelnen Unternehmen unterschiedlich ist. Das schafft Überforderungen. Die Privatisierungschancen für die noch im Eigentum der Treuhandanstalt stehenden Unternehmen werden verschlechtert, Neugründungen werden behindert. Die Ursache hierfür liegt weniger darin, daß am Ende des Aufholprozesses Löhne wie in Westdeutschland zu zahlen sein werden. Da nicht damit gerechnet werden kann, daß die neuen Bundesländer ein Niedriglohngebiet bleiben, wird der Investor einen staatlichen Betrieb ohnehin nur übernehmen oder eine Neugründung nur dann durchführen, wenn der Betrieb auf die Dauer zu Lohnkonditionen, die denen in Westdeutschland vergleichbar sind, rentabel weitergeführt werden kann.

Vielmehr dämpfen rasche Lohnsteigerungen generell die Bereitschaft der Investoren zu risikobehaftetem unternehmerischen Engagement. Das trifft in besonderem Maße für die neuen Bundesländer zu. Die Neugründungen von Unternehmen sind mit besonderen Risiken verbunden. Für die Beurteilung der Erfolgschancen einer Sanierung ehemals staatlicher Betriebe läßt sich in der Breite kaum auf entsprechende Erfahrungen zurückgreifen. Neue Investoren — vor allem Investoren aus den neuen Bundesländern, die ja nicht wie viele westliche Investoren mit bereits eingeführten Produkten an den Märkten etabliert sind — werden es vergleichsweise schwer haben, sich Zutritt zu umkämpften Märkten zu verschaffen. Löhne, die eine geraume Zeit hinter denen in den alten Bundesländern zurückbleiben, können eine Kompensation für die besonders hohen Investitionsrisiken in den neuen Bundesländern schaffen. Insofern bedeuten niedrigere Löhne mehr Neugründungen und Sanierungen, rasch ansteigende Löhne hingegen weniger.

Man mag darauf hoffen, daß die massive staatliche Förderung privater Investitionen es den neugegründeten oder privatisierten Betrieben erleichtert, auch bei höheren Lohnsteigerungen die Durststrecke zu überwinden, bis der Betrieb den Leistungsstandard westlicher Unternehmen erreicht hat. Aber der Sinn staatlicher Investitionsförderung liegt nicht darin, hohe Lohnkosten tragbar zu machen, sondern für anderweitige Investitionshemmnisse, zum Beispiel Unzulänglichkeiten in der Infrastruktur, einen finanziellen Ausgleich zu schaffen. Die Anreizwirkung der staatlichen Investitionsförderung wäre intensiver, wenn der lohnpolitische Kurs maßvoller bliebe.

373. Eine Tarifpolitik, die sich differenziert an der Entwicklung der sektoralen Leistungskraft orientiert und dabei betriebsindividuelle Lohndifferenzierungen zuläßt, wird von den Arbeitnehmern in den neuen Bundesländern vielfach als ungerecht abgelehnt. In der Tat ist der Leistungsrückstand der ostdeutschen Unternehmen nicht auf eine fehlende Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer, sondern in der Hauptsache auf einen schlechten Kapitalstock zurückzuführen, was der einzelne Arbeitnehmer nicht zu vertreten hat. Auch die unterschiedliche sektorale Dynamik ist nicht den Arbeitnehmern anzulasten. Es ist nachvollziehbar, wenn Arbeitnehmer aus ihrem Gerechtigkeitsempfinden heraus nicht bereit sind, für lange Zeit deutlich niedrigere Löhne als in Westdeutschland und große Lohndifferenzen zwischen prosperierenden und zurückbleibenden Sektoren zu akzeptieren.

Dies führt zum Kernproblem für die Tarifpolitik in den neuen Bundesländern. Die von den Arbeitnehmern als gerecht beanspruchten Löhne passen nicht zu den Löhnen, die einer dynamischeren Wirtschaftsentwicklung zum Durchbruch verhelfen könnten. Die Tarifpolitik steht unter einem erheblichen Marktdruck, und was zu befürchten war, ist eingetreten: „Um nicht die Führungsrolle für die Lohnentwicklung zu verlieren, wird die Tarifpolitik versucht sein, auch gegen bessere ökonomische Einsicht ein rasantes Tempo bei den Lohnanhebungen vorzulegen" (JG 90 Ziffer 404).

374. Wenn hier dennoch erneut für eine nach der betrieblichen und sektoralen Leistungskraft differenzierende Lohnpolitik geworben wird, so geschieht das mit Blick auf den engen Zusammenhang zwischen der Entlohnung und den Investitionen und damit der dringend erforderlichen Entstehung rentabler Arbeitsplätze. Noch beachten die Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern nur den generellen Lohnrückstand zu Westdeutschland. Zur westdeutschen Wirklichkeit gehört aber auch, daß dort über die Branchen, Regionen und Qualifikationen hinweg eine beträchtliche Lohndifferenzierung vorhanden ist. Eine differenzierende Lohnpolitik kann vielen Arbeitnehmern, die jahrzehntelang in der DDR unter ganz anderen wirtschaftlichen, sozialen und beschäftigungspolitischen Bedingungen gelebt haben, nur schwer vermittelt werden. Um so größer müßten die Anstrengungen der Gewerkschaften, der Unternehmen, vor allem aber auch der Politiker sein, für die Einsicht in den engen Zusammenhang zwischen Entlohnung und individuellen Beschäftigungschancen zu werben. An diesen Anstrengungen mangelt es, mehr noch: Wenn verantwortliche Politiker selbst die lohnpolitische Aufholstrategie als notwendig empfehlen, erschweren sie es den Tarifvertragsparteien, auf eine wirtschaftlich vertretbare Linie in der Tarifpolitik einzuschwenken.

Die Tarifvertragsparteien selbst müssen ihren Mitgliedern klarmachen, daß die Tarifautonomie als bewährtes ordnungspolitisches Instrument des deutschen Arbeitsmarktes in Frage gestellt wird, wenn durch überzogene Abschlüsse soziale Anpassungslasten in Form erhöhter Arbeitslosigkeit verursacht werden und die Kosten dafür auf andere abgewälzt werden — auf den Staat und auf die Versichertengemeinschaft.

375. In den neuen Bundesländern ist die frühere Einkommensnivellierung aufgebrochen worden. In den Tarifgebieten der neuen Bundesländer werden die Lohn- und Gehaltsgruppen vergleichbarer westdeutscher Tarifverträge eingeführt (Ziffer 159). Es ist zu vermuten, daß die Unternehmen durch übertarifliche Vergütungen die Differenzierung weiter verstärken; noch fehlen darüber aber statistische Unterlagen. Insgesamt ist ein Prozeß in Gang gesetzt worden, der zu der gebotenen Differenzierung bei den Einkommen führt. Dies bereits ein Jahr nach der deutsch-deutschen Währungsunion geschafft zu haben, kann sich die Tarifpolitik als Erfolg zurechnen.

Eine weitere Ausdifferenzierung der Löhne wird entsprechend den relativen Knappheitsverhältnissen der Arbeit vorzunehmen sein. Um so mehr kommt es darauf an, daß die Tarifpolitik für weitere Änderungen der Lohnrelationen offen bleibt. Es wäre bedenklich, wenn sich die Lohnhierarchien verfestigen würden. Sich an der Entwicklung der branchenmäßigen Leistungskraft orientieren, setzt voraus, daß darauf verzichtet wird, bestimmte Positionen in der Lohnhierarchie zu verteidigen.

376. Der Sachverständigenrat hat für die neuen Bundesländer Lohnkontrakte mit mehrjähriger Laufzeit vorgeschlagen, wobei mehrstufige Lohnanhebungen innerhalb des Kontrakts vereinbart werden können (JG 90 Ziffer 413). Zur Begründung wurde angeführt, daß damit die künftige Entwicklung der Lohnkostenbelastung, ein Unsicherheitsfaktor für die Investoren, besser kalkulierbar würde. Unter den wirtschaftlichen Bedingungen in den neuen Bundesländern sind die Unsicherheiten und das daraus resultierende Risiko für die Investoren ohnehin beträchtlich. Jährliche Tarifverhandlungen, in denen der Konflikt darüber, mit welchem Tempo der Lohnrückstand zum Westen aufzuholen sei, immer wieder von neuem aufbrechen würde, wären in der Sicht der Investoren eine zusätzliche Risikoquelle. Ein auf mehrere Jahre angelegter Tarifabschluß vermeidet diese Risiken, wenn sich die Tarifvertragsparteien über die absehbare Produktivitätsentwicklung verständigt haben.

Das Urteil über die in diesem Jahr abgeschlossenen mehrjährigen Stufentarifverträge fällt dennoch nicht positiv aus. Mit den mehrjährigen Tarifverträgen wurde eine lohnpolitische Aufholstrategie verbunden, die die Anpassungsfähigkeit einer großen Anzahl von Unternehmen beeinträchtigen dürfte. Statt hohe tarifliche Lohnsteigerungen im Vorgriff auf lediglich erwartete, aber eben unsichere Leistungssteigerungen der Branche zu vereinbaren, wäre ein niedriger Steigungswinkel des tariflichen Lohnpfades angebracht gewesen. Oberhalb des tariflichen Lohnpfades hätte es betriebsindividuelle Lohnzuschläge entsprechend der Entwicklung der betrieblichen Leistungskraft geben können. Nachbesserungsklauseln für den Fall, daß die Unternehmensgewinne stärker als erwartet steigen, gehörten mit zum Vorschlag. Eine solche Kombination hätte den Investoren die gewünschte Sicherheit über die tariflich bedingte Lohnkostenentwicklung gegeben; zugleich hätte sie eine Lohndifferenzierung ermöglicht, die den Unterschieden im Stand und in der Entwicklung der Leistungskraft der Betriebe Rechnung trägt.

Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Horst Siebert, hat zur Frage der langfristigen Tarifverträge bei der Transformation einer Zentralplanwirtschaft eine andere Meinung. Langfristige Tarifverträge über mehrere Jahre setzen unter anderem voraus, daß die zukünftige Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den einzelnen Betrieben einigermaßen überschaubar ist. Dies ist aber bei dem Übergang von der Zentralplanung in die Marktwirtschaft und den damit verbundenen Verwerfungen nicht der Fall. Vielmehr verlangt diese Übergangssituation eine starke Differenzierung der Löhne, und zwar um die unterschiedliche wirtschaftliche Situation in den einzelnen Unternehmen und Unternehmensteilen sowie in den verschiedenen Regionen der neuen Bundesländer und damit die unterschiedlichen Knappheitsverhältnisse für Arbeit zu berücksichtigen. Langfristige Tarifverträge streben aber eher eine Vereinheitlichung der Löhne an, es ist zwar richtig, daß ein niedriger Steigungswinkel und ertragsabhängige Nachbesserungen grundsätzlich eine Differenzierung erlauben würden. Bei den Tarifverträgen werden diese Elemente aber nicht in nennenswertem Umfang eingesetzt. Die erforderliche Differenzierung kann also gerade bei langfristigen Tarifverträgen nicht erreicht werden. So weit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

377. Für die Tarifpolitik in den neuen Bundesländern geht es jetzt vor allem darum, den Kontakt zwischen der Lohnentwicklung und der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungskraft auf betrieblicher Ebene herzustellen. Was dies quantitativ — in Lohnänderungsraten ausgedrückt — bedeutet, läßt sich pauschal nicht sagen. Gerade weil sich die wirtschaftliche Leistungskraft der einzelnen Betriebe und Branchen unterschiedlich entwickeln wird und weil das Verhältnis von gegenwärtigem Lohnniveau und Leistungsniveau über Betriebe und Branchen stark streut, kann es keine allgemeingültigen quantitativen Orientierungshilfen geben. Dies wird sich im Laufe der Zeit ändern. Wenn sich in den neuen Bundesländern wettbewerbsfähige Strukturen herausgebildet haben, läßt sich die Konzeption der produktivitätsorientierten Lohnpolitik, die der Sachverständigenrat für die alten Bundesländer vertritt, auf die neuen Länder übertragen. Doch vorerst befinden sich die Tarifvertragsparteien über das ganze Branchenspektrum hinweg in einem lohnpolitischen Suchprozeß. Verschiedene Möglichkeiten bieten sich an.

378. Die beste Strategie wäre die, daß sich die Tarifvertragsparteien auf tarifliche Lohnanhebungen verständigen könnten, für zwei bis drei Jahre den Reallohn (Tariflohnanstieg abzüglich der für die neuen Bundesländer erwarteten Preissteigerungsrate) mit der Rate wachsen zu lassen, wie sie für Westdeutschland erwartet wird. Geht man davon aus, daß sich die wirtschaftliche Leistungskraft in den meisten

Branchen deutlich erhöhen wird, würde sich bei dieser Strategie der Lohnkostensockel in Relation zu den Erlösen verringern. Der Abbau von Arbeitsplätzen würde sich verlangsamen. Diese Strategie läßt viel Raum für betriebsindividuelle Lohndifferenzierungen, indem den Arbeitnehmern entsprechend der jeweiligen Knappheitsgrade und gemäß der betrieblichen Leistungskraft übertarifliche Lohnzuschläge gezahlt werden. Wenn 1992 ein besonders kräftiger Produktivitätsanstieg stattfinden sollte – das wird insbesondere davon abhängen, wie viele Investitionen realisiert werden können –, milderte sich der Lohnkostendruck entsprechend stark. Das könnte in den folgenden Jahren auch höhere reale Lohnsteigerungen erlauben, ohne daß dadurch die Investitionstätigkeit beeinträchtigt würde.

Die schlechteste Strategie bestünde in einer Fortsetzung der Lohnpolitik 1991, also in hohen Tariflohnanhebungen, die weiterhin losgelöst von der wirtschaftlichen Leistungskraft den schnellen Aufschluß zu westdeutschen Löhnen anstreben. Der im Vergleich zu den Erlösen hohe Lohnkostendruck bliebe erhalten, würde wohlmöglich noch ansteigen und damit den Arbeitsplatzabbau beschleunigen oder den Subventionsbedarf zur Stützung verlustreicher Unternehmen erhöhen. Zugleich würde der Spielraum für die gebotene Differenzierung der Lohnentwicklung erheblich eingeengt.

379. Würden die mit den Tariflohnvereinbarungen angestrebten Reallohnsteigerungen deutlich über die westdeutsche Rate des Reallohnanstiegs hinausgehen, so sollten die Tarifvertragsparteien wenigstens den Betrieben ihres Bereichs das Recht einräumen, für eine Übergangszeit durch Betriebsvereinbarung niedrigere als die tariflichen Löhne anzuwenden, um so die betriebliche Lohnentwicklung besser mit der Entwicklung der betrieblichen Leistungskraft in Übereinstimmung zu halten. Ansätze hierfür zeigen entsprechende Vereinbarungen in der Druckindustrie auf. Denkbar wäre auch eine Kombination niedriger allgemeiner Tariflohnsteigerungen mit der Vereinbarung eines gewinnabhängigen Lohnzuschlags. Die Tarifvertragsparteien könnten den Unternehmen ihres Bereichs anbieten, zwischen zwei Alternativen zu wählen: einer höheren Tariflohnsteigerungsrate ohne Gewinnzuschlag und einer niedrigeren Tariflohnsteigerungsrate mit einem auf betrieblicher Ebene auszuhandelnden ertragsabhängigen Lohnzuschlag. An die Stelle einer ertragsabhängigen Lohnkomponente könnte auch eine Investivlohnkomponente treten. Teile des Lohnes würden dem Arbeitnehmer nicht ausgezahlt, sondern dem Betrieb als Beteiligungsmittel oder als Darlehen verbleiben. Die Option für die Investivlohnvariante müßte den Betriebsparteien überlassen bleiben, da nicht in einem kollektiven Tarifvertrag bestimmt werden kann, daß ein Unternehmen den Beschäftigten Eigentumsrechte einräumen oder sich ihnen gegenüber verschulden muß. Auch kann den Beschäftigten kaum pauschal vorgeschrieben werden, daß sie sich an unter Umständen maroden Unternehmen beteiligen müssen.

Auf welchem Weg eine nach der wirtschaftlichen Leistungskraft der Branchen und Unternehmen differenzierende Lohnentwicklung zustande gebracht wird, ist letztlich von geringerer Bedeutung. Entscheidend ist, daß sie zustande kommt.

Alte Bundesländer: Zum Pfad der Stabilität zurückkehren

380. Das Jahr 1991 war für kräftige Lohnforderungen in den alten Bundesländern günstig; bei vollen Auftragsbüchern und nach Jahren exzellenter Gewinnlage gab es nur wenig Widerstand der Arbeitgeber gegen hohe Lohnsteigerungen. Diese gingen, stärker noch als im Vorjahr, über den Produktivitätsanstieg hinaus. Die Beschleunigung des Lohnkostenauftriebs hat zur Verstärkung des Preisanstiegs beigetragen, wenn es auch noch andere preistreibende Faktoren gab. Der starke Kosten- und Preisauftrieb läßt früher oder später – da die Überwälzungsspielräume durch die Geldpolitik weiter knapp zu halten sind – einen Rückschlag bei der Entwicklung der Beschäftigung befürchten. Daß es bislang dazu nicht gekommen ist, liegt an dem Schwung, den die Wirtschaft nach Jahren maßvoller Lohnabschlüsse noch hatte und der bis in dieses Jahr hinein durch die überaus kräftige Nachfrageausweitung in Verbindung mit der deutschen Vereinigung verstärkt wurde. Doch schon im Verlauf des Jahres 1991 hat die konjunkturelle Dynamik nachgelassen. Nicht noch einmal kann die Tarifpolitik darauf setzen, daß hohe Lohnsteigerungen von einer kräftigen Nachfrageausweitung flankiert werden. Die Tarifpolitik muß die Lohnentwicklung im Jahre 1992 wieder in Fühlung mit der Produktivitätsentwicklung bringen.

381. Mit 6,8 vH lag die tarifliche Lohnsteigerungsrate im Jahre 1991 beträchtlich über dem mittelfristigen Anstieg der Stundenproduktivität (2,4 vH). Bei dem daraus resultierenden starken Anstieg der Lohnstückkosten – einen stärkeren hatte es zuletzt 1980 gegeben – überrascht es nicht, daß die Preise beschleunigt angestiegen sind. Freilich wird die Preisentwicklung auch von Faktoren beeinflußt, die mit der Tarifpolitik nichts zu tun haben. Dazu gehören Erhöhungen von indirekten Steuern, Witterungseinflüsse, sektorale Angebotsverknappungen wie am Wohnungsmarkt (Ziffer 121 ff.). Zudem trieb der Nachfragesog, der bis in das Jahr 1991 hinein durch den sprunghaften Anstieg der Defizite in den öffentlichen Haushalten verursacht wurde, die Preise nach oben. Die Tarifpolitik kann deshalb beanspruchen, für die Preissteigerungen nicht allein verantwortlich zu sein. Von der Mitverantwortung für den Preisauftrieb kann sie sich nicht freisprechen.

382. Mitte der siebziger Jahre und Anfang der achtziger Jahre war mit einer Beschleunigung im Anstieg der Lohnstückkosten und der Preise ein massiver Einbruch bei der Beschäftigung einhergegangen. Die Erfahrungen diesen und des vergangenen Jahres scheinen ganz andere zu sein: Obwohl sich der Lohnstückkostenauftrieb auf einen hohen Wert beschleunigt hat, ist die Beschäftigung 1990 und 1991 mit 1,7 Millionen Personen so kräftig wie selten zuvor gestiegen. Solche Werte wurden vorher nur in den fünfziger Jahren erreicht.

Der Einfluß der Lohnstückkosten auf die Beschäftigung ist in diesem und dem vorangegangenen Jahr von anderem überlagert worden. Sondereinflüsse – der gewaltige Nachfrageschub durch die deutsche Einheit, die Zuwanderung einer großen Anzahl von Arbeitskräften nach der Öffnung der innerdeutschen

Grenzen — wirkten auf eine Ausweitung der Beschäftigung hin. Zudem kann die Beschäftigungsausweitung als Resultat einer seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre generell verstärkten wirtschaftlichen Dynamik gewertet werden, die nicht zuletzt deswegen möglich war, weil die Löhne in dieser Zeit im Ganzen dem produktivitätsorientierten Pfad folgten, der Lohnstückkostenanstieg niedrig blieb und sich die für die Beschäftigung entscheidende Kosten-Erlös-Relation der Unternehmen nachhaltig verbessern konnte. In diesem Umfeld war es möglich, daß in diesem Jahr trotz überhöhter Lohnsteigerungen, gemessen an der Produktivitätsentwicklung, der Anteil der Lohneinkommen an den Erlösen der Unternehmen weiter zurückgehen konnte und nunmehr den niedrigsten Wert seit dreißig Jahren aufweist (Ziffer 128). Die Lohnsteigerungen haben also aufgrund der genannten Einflüsse nicht zu dem Ertragsdruck geführt, der die Unternehmen zu weniger Neueinstellungen und zu mehr Entlassungen veranlaßt hätte.

383. Die jüngsten Erfahrungen dürfen nicht zu dem Schluß verleiten, Veränderungen der Lohnstückkosten und die Entwicklung der Beschäftigung hätten sich nun auf Dauer voneinander entkoppelt. Die Faktoren, die bisher den Lohnkosteneinfluß überlagerten, wirken so nicht fort. Von den neuen Bundesländern ist kein weiterer Nachfrageschub zu erwarten. Erhöhte Abgabenlasten bremsen die wirtschaftliche Dynamik. Von der Geldpolitik wird weiterhin alles getan werden, um die Preiserhöhungsspielräume zu begrenzen.

Bliebe es bei einem hohen Anstieg der Lohnstückkosten, wären im kommenden Jahr erneut Fehlentwicklungen unvermeidbar. Die Rückgewinnung der Geldwertstabilität wäre erschwert, weil die Unternehmen weiterhin versuchen würden, die steigenden Lohnkosten auf die Preise weiterzuwälzen. Da konjunkturell und geldpolitisch bedingt die Preiserhöhungsspielräume eher abnehmen, wird die Überwälzung nur teilweise gelingen. Der daraufhin einsetzende Ertragsdruck gibt den Unternehmen das Signal, bei der Beschäftigung vorsichtiger zu disponieren.

Es stimmt bedenklich, bestätigt aber den geschilderten Zusammenhang zwischen Lohnkostenauftrieb und Beschäftigung, daß Umfragen des Deutschen Industrie- und Handelstages vom Herbst des Jahres zufolge weniger Unternehmen als bisher für das nächste Jahr eine Beschäftigungsausweitung und mehr Unternehmen eine Verringerung der Beschäftigung planen.

384. Die Schlußfolgerungen für die Tarifpolitik des Jahres 1992 sind evident. Die Produktivitätsorientierung muß wieder zur Leitlinie der Tarifpolitik werden. Neben dem mittelfristigen Produktivitätsanstieg wird in den Lohnsteigerungen für den Preisanstieg ein Aufschlag zu berücksichtigen sein, der jedoch deutlich unter der prognostizierten Preissteigerungsrate liegen muß (JG 89 Ziffer 354). Man kann von der Tarifpolitik wohl kaum erwarten, daß sie keinerlei Preissteigerungen bei den Lohnanhebungen berücksichtigt, obwohl die gegenwärtig hohe Preissteigerungsrate nicht auf einen Schlag beseitigt werden kann und sie nur zum Teil Lohnanhebungen zuzuschreiben ist. Es ist deutlich hervorzuheben, daß die in unserer Prognose unterstellte Steigerungsrate für den Tariflohn (5,5 vH) über das hinaus geht, was wir mit Produktivitätsorientierung unter Berücksichtigung eines gewissen Preisaufschlags noch für vertretbar halten.

Die geplante Anhebung der Mehrwertsteuer rechtfertigt keine Anhebung der Nominallöhne. Die Steuererhöhung hat das Ziel, Einkommen vom privaten Sektor auf den Staat zu übertragen. Eine Nominallohnanpassung würde bedeuten, daß sich die Bezieher von Arbeitseinkommen dem Realtransfer entziehen (JG 90 Ziffer 429).

Für den tarifpolitischen Kurs des nächsten Jahres trägt der öffentliche Dienst besondere Verantwortung. In diesem Jahr hat er die Tarifrunde mit vergleichsweise hohen Lohnabschlüssen eröffnet. Im nächsten Jahr würde ein maßvoller Abschluß im öffentlichen Dienst die Rückkehr zu einer stabilitätsgerechten Lohnpolitik einleiten.

Bei der Tarifpolitik des nächsten Jahres geht es um mehr als die quantitative Einschränkung des Lohnkostenauftriebs. Es geht um die Verbesserung des Klimas für Investitionen. Sollte sich eine Einschätzung verfestigen, daß Lohnsteigerungen ohne viel Rücksicht auf den Kostendruck durchgesetzt werden und die Grenzen des Verteilbaren, wie sie durch den Produktivitätsfortschritt gegeben sind, unbeachtet bleiben, muß das bei den Investoren Pessimismus erzeugen. Belegt die Tarifpolitik dagegen, daß sie das angemessene Reagieren auf die Verschlechterung der Rahmenbedingungen nicht verlernt hat und daß sie die Grenzen des Verteilbaren — nach zwei Jahren mit kräftigen Lohnanhebungen — nun zu beachten gewillt ist, wird das die Unternehmen zu Investitionen ermuntern. Welcher Weg eingeschlagen wird, entscheidet mit darüber, ob die deutsche Wirtschaft dynamisch bleiben wird.

385. Wie sind die Chancen einzuschätzen, daß es zu dem gebotenen Kurswechsel in der Tarifpolitik kommt? Aus der Sicht vieler Arbeitnehmer stehen heute Verteilungsaspekte vornean. Nachdem die Gewinneinkommen nach dem Tief im Jahre 1982 bis heute deutlich schneller gestiegen sind als die Lohneinkommen, wird die Korrektur der Einkommensverteilung gefordert: Lohnsteigerungen über den Produktivitätsanstieg (zuzüglich des erwarteten Preisanstiegs) hinaus sollen das erreichen.

Forcierte Lohnsteigerungen, die nur zu höheren Preissteigerungen führen, erreichen die Umverteilung nicht, verstärken aber den Geldwertschwund. Forcierte Lohnsteigerungen, die nicht in die Preise überwälzt werden können, bewirken zwar die Umverteilung, senken aber die Investitionen und das Beschäftigungswachstum. Die wahrscheinliche Entwicklung ist, daß zwar letztlich eine Einkommensumverteilung zu Lasten der Gewinne gelingt, daß dies aber von Preissteigerungen und rückläufigem Beschäftigungswachstum begleitet ist. Umverteilungsziele lassen sich mit den Mitteln der Tarifpolitik schwerlich ohne Nachteile für die Arbeitnehmer selbst erreichen.

Tarifabschlüsse, die im Rahmen der vom Sachverständigenrat vertretenen produktivitätsorientierten Lohnpolitik bleiben, verhindern keineswegs die Beteiligung der Arbeitnehmer am Wachstum der Realein-

kommen. So stand im Zeitraum 1985 bis 1989 einem Produktivitätsanstieg von durchschnittlich 2,2 vH ein Reallohnanstieg von durchschnittlich 2,4 vH gegenüber. Dies wurde bei einer Tariflohnsteigerungsrate erreicht, die mit einem Wert von durchschnittlich knapp 3,7 vH den Rahmen der Produktivitätsorientierung einhielt.

386. Die Arbeitnehmer könnten Reallohneinbußen für den Fall befürchten, daß sich der konjunkturelle Nachfragesog im nächsten Jahr wider Erwarten nicht reduziert und der Preisauftrieb — dann nicht von den Löhnen, sondern von der Nachfrage her gestützt — weitergeht. Dieses Risiko besteht. Um die Möglichkeit einer dynamischeren als der prognostizierten Wirtschaftsentwicklung zu berücksichtigen, hat der Sachverständigenrat dafür plädiert, Tariflohnanhebungen mit ertragsabhängigen Lohnanhebungen zu verknüpfen (JG 89 Ziffern 355 ff.). Die Sorgen um den richtigen Kurs der Tarifpolitik wären heute geringer, wenn es nach dem Auslaufen der mehrjährigen Tarifverträge erneut zu mehrjährigen Abschlüssen gekommen wäre, in die ertragsabhängige Lohnkomponenten eingearbeitet worden wären. Sowohl von den Vertretern der Arbeitgeber als auch denen der Gewerkschaften werden derartige Vorschläge weiterhin abgelehnt. Dies ist zu bedauern.

Abwanderungen: ein Ausgleichsmechanismus

387. Der Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern wird auf lange Sicht mit dem in den alten Bundesländern zusammenwachsen. Nominale Entlohnungsunterschiede zwischen Ost und West für gleich qualifizierte Arbeit auf Arbeitsplätzen mit vergleichbarer Produktivität werden sich gegenüber dem heutigen Stand deutlich verringern. Dafür sorgen in den neuen Bundesländern die Kapitalbildung, die Verbesserung der Produktqualität, die Entwicklung wettbewerbsfähiger Produkte und die effiziente Organisation der Unternehmen. Alles das verbessert die wirtschaftliche Basis für die Angleichung der Einkommen. Zum Ausgleich der Entlohnungsunterschiede werden aber auch Abwanderungen aus den neuen Bundesländern beitragen.

388. Abwanderungen werden heute zumeist als eine Gefahr für den wirtschaftlichen Neuaufbau in den neuen Bundesländern angesehen. Volkswirtschaftlich problematisch sind Abwanderungen dort, wo sie die Fortführung oder Ansiedlung von Unternehmen verhindern, weil es in einer Region generell an Arbeitskräften fehlt oder weil die Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer nicht den Anforderungen des lokalen Arbeitsmarktes entspricht. Die angemessene tarifpolitische Reaktion auf das Problem der Abwanderungen besteht nicht in hohen allgemeinen Lohnsteigerungen, sondern in einer differenzierenden Lohnentwicklung. In Regionen mit aufkommendem Arbeitskräftemangel sind überdurchschnittliche Entlohnungen ebenso angebracht wie für Arbeitnehmer mit besonders gefragten Qualitäten.

Hohe allgemeine Lohnsteigerungen würden Abwanderungstendenzen sogar verstärken. Kommt es nämlich durch hohen Lohnkostendruck verstärkt zu Entlassungen und werden dadurch Neuansiedlungen von Betrieben behindert, beeinträchtigt gerade dies die wirtschaftlichen Perspektiven für die Menschen in einer Region und veranlaßt sie zu Abwanderungen.

389. Die wirtschaftspolitische Bewertung der Abwanderung ist schwierig: Abwanderungen sind für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern zwar nachteilig, aber wahrscheinlich unumgänglich, um Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage einander anzugleichen. Ende 1991 werden in den neuen Bundesländern nach unseren Schätzungen knapp 3 Millionen Erwerbspersonen faktisch keiner Erwerbstätigkeit nachgehen (Ziffer 153). Hinzuzurechnen sind Arbeitskräfte, die in den Betrieben auf Arbeitsplätzen beschäftigt sind, die zeitweilig noch durch Subventionen erhalten, früher oder später jedoch abgebaut werden. Die Anzahl dieser Arbeitsplätze ist jedoch nicht bekannt.

Der mittelfristig zu erwartende Wirtschaftsaufschwung in den neuen Bundesländern wird die offene und verdeckte Arbeitslosigkeit abschmelzen lassen. Doch muß es aus heutiger Sicht als wahrscheinlich gelten, daß das Problem der Beschäftigungslosigkeit damit allein nicht gelöst werden kann. Unterstellt man beispielsweise, daß die Beschäftigung in den neuen Bundesländern mit der gleichen Rate wächst wie in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik (knapp 3 vH), so wird in fünf Jahren — unveränderte demographische Verhältnisse unterstellt — nur ein gutes Viertel der heute knapp 3 Millionen faktisch Arbeitslosen einen Arbeitsplatz erhalten haben; der größere Teil bleibt erwerbslos.

Man mag die Beschäftigungsdynamik günstiger einschätzen; aber realistisch bleibt die These, daß in den neuen Bundesländern auf Dauer ein Überangebot an Arbeitskräften erhalten bliebe, wenn die Anzahl der Erwerbspersonen nicht durch demographische Veränderungen, durch Änderungen im Erwerbsverhalten, aber eben auch durch Abwanderung verringert würde.

390. Zuwanderungen in die alten Bundesländer setzen dort unter Umständen neue Daten für die Lohnentwicklung. Damit die Integration der Zuwanderer gelingt, werden die Lohnsteigerungsraten auf mittlere Sicht niedriger sein, als sie es sonst wären. Wie stark die Lohnzurückhaltung sein muß, hängt vom Ausmaß der Zuwanderung und der Flexibilität des Beschäftigungssystems ab. Die vergangenen beiden Jahre mit einer Ausweitung der Erwerbstätigkeit, die vor einigen Jahren nur von wenigen für realisierbar gehalten worden wäre, zeigen, daß die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes bei guter Konjunktur auch bei den gegebenen Löhnen nicht als gering eingeschätzt werden muß.

Neue Anforderungen an die Tarifpolitik durch die wirtschaftliche Vereinigung Europas

391. Tarifpolitische Regelungen gehören zu den wichtigen Bestimmungsfaktoren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Im internationalen Wettbewerb gibt es keine unangreifbaren Positionen. Dieser Aspekt gewinnt mit dem europäi-

schen Binnenmarkt an Gewicht. Die Öffnung der osteuropäischen Staaten zur Marktwirtschaft schafft für die Tarifpolitik ebenfalls neue Rahmendaten, denn das Lohngefälle zwischen Deutschland und den östlichen Anrainerstaaten kann Produktionsverlagerungen nach dort auslösen. Die Tarifpolitik muß sich mehr noch als bisher dem Wettbewerb der Standorte stellen. Gegenüber der kollektiven Regelungskomponente in der Tarifpolitik werden betriebsindividuelle Regelungen an Gewicht gewinnen müssen.

392. Schon im Vorfeld des europäischen Binnenmarktes hat die Kapitalmarktliberalisierung dazu geführt, daß Kapital in Europa mobiler geworden ist. Generell kommt hinzu, daß die Standortbindung der Unternehmen im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung ohnehin geringer geworden ist. Heute spielen bei Standortentscheidungen immer weniger natürliche Standortfaktoren (wie Rohstoffvorkommen) eine Rolle, sondern immer mehr gestaltbare Standortfaktoren (zum Beispiel Forschungs- und Innovationspotentiale), die nicht an einen bestimmten Ort oder an ein bestimmtes Land gebunden sind. Die Lohnpolitik muß sich stärker als bisher auf Kapitalbewegungen und potentielle Standortverlagerungen einstellen. Wenn die Unternehmen die tarifpolitischen Bedingungen in Deutschland im Vergleich zu denen im Ausland zunehmend als ungünstig einschätzen sollten, werden sie stärker als früher nach neuen Standorten außerhalb des Landes suchen. Die Tarifpolitik muß sich mehr denn je an den tarifvertraglichen Bedingungen anderer europäischer Länder messen lassen. Das gilt nicht nur für die Löhne, sondern für das ganze Spektrum tarifvertraglicher Regelungen und nicht zuletzt für das soziale Klima, in dem Tarifvereinbarungen geschlossen werden.

393. Im Binnenmarkt werden Lohnbewegungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten verstärkt auf die Beschäftigung dort durchwirken. Der Binnenmarkt intensiviert die Tendenz zur Regionalisierung der nationalen Volkswirtschaften in Europa. Vor allem dann, wenn die Wechselkursrelationen fixiert bleiben, werden sich Preisunterschiede bei überregional gehandelten, vergleichbaren Produkten am Binnenmarkt verringern und die Preisveränderungen weitgehend synchron verlaufen. Um so stärkere Effekte löst dann eine vom Trend in den anderen Ländern abweichende Lohnpolitik auf die Lohnkosten-Erlös-Relation aus. Überdurchschnittliche Lohnsteigerungen führen nicht mehr zu entsprechenden Preisbewegungen (oder Abwertungen), sondern verursachen einen überdurchschnittlichen Anstieg der Lohnkosten-Erlös-Relation. Dies wirkt auf die Beschäftigung weiter.

Für die Tarifpolitik ergeben sich aus dem europäischen Binnenmarkt Konsequenzen. Löste eine expansive, über den Produktivitätsanstieg hinausgehende Lohnsteigerung bislang vornehmlich einen nationalen Stabilitätskonflikt aus (sofern sich die Zentralbank den Preiseffekten aus dem Lohnkostendruck widersetzte), kommt es nun zu einem Standortkonflikt: Überdurchschnittliche Lohnsteigerungen verstärken die Tendenz zu Kapitalverlagerungen in andere Teilräume Europas. Der Standortkonflikt ist nicht weniger schmerzhaft als der Stabilitätskonflikt, bedeutet er doch auch einen — vermutlich auf lange Zeit unwiderruflichen — Verlust an Arbeitsplätzen. Die Orientierung der Tarifpolitik am Produktivitätsanstieg dient nicht mehr nur der Sicherung von Preisstabilität, sondern jetzt verstärkt auch der Standortsicherung.

394. Es gibt Anzeichen dafür, daß sich die Tarifpolitik in einigen europäischen Partnerstaaten bereits im Vorfeld des Binnenmarktes auf die wachsende Standortkonkurrenz einstellt. Belege hierfür liefert die Entwicklung der Lohnstückkosten. In Ländern wie Frankreich, Dänemark und Irland war der Lohnstückkostenanstieg über viele Jahre hinweg viel stärker als in Deutschland. In den vergangenen zwei bis drei Jahren hat sich das Bild gewandelt. Teilweise ist der Lohnstückkostenanstieg in diesen Ländern nun sogar niedriger. Die deutsche Tarifpolitik muß also ein gestiegenes Stabilitätsbewußtsein der Tarifpolitik im Ausland einkalkulieren. Überhöhte Lohnsteigerungen werden weniger als früher im internationalen Wettbewerb dadurch verkraftet werden können, daß die Lohnkosten in anderen Ländern noch schneller steigen.

395. Nicht nur der Lohn, auch die übrigen tarifvertraglichen Bestimmungen werden im wirtschaftlich vereinigten Europa auf dem Prüfstand stehen. Die Kapitalmobilität in Europa wird die produktionstechnischen Bedingungen in den einzelnen Branchen europaweit angleichen. Der Produktionsfaktor Arbeit würde dagegen bei deutlich unterschiedlichen tarifvertraglichen (neben staatlichen) Regulierungen inhomogen bleiben und daher für die Standortentscheidung der Unternehmen an Gewicht gewinnen. In allen europäischen Staaten gibt es umfangreiche Regulierungen des Arbeitsmarktes. Wie die einzelnen Regulierungen in ihrer Bündelung auf die Standortentscheidung der Investoren wirken, läßt sich im vorhinein kaum abschätzen. Hier muß pragmatisch aus der täglichen Erfahrung von Investitionsentscheidungen heraus abgeleitet werden, welche Regulierungen und welche Mischungen von Regulierungen standortfeindlich oder standortfreundlich sind. Mit dem Übergang zum europäischen Arbeitsmarkt sollten die Tarifvertragsparteien offen werden für eine mögliche Revision bisheriger tarifvertraglicher Regelungen. Das starre Festhalten an bisherigen Regelungen müßte sich schädlich auswirken.

396. Die Tarifpolitik wird unter dem Druck des europäischen Standortwettbewerbs stärker als bisher nach Wegen suchen müssen, die eine Individualisierung der Arbeitsverhältnisse ermöglichen. Eine individualisierte, betriebsnähere Tarifpolitik soll dazu beitragen, daß sich die Unternehmen und Arbeitnehmer in einem Strukturwandel bewähren, der von der weltwirtschaftlichen Entwicklung geprägt wird (JG 88 Ziffer 345).

Mit der Loslösung der individuellen Arbeitszeiten von den Betriebslaufzeiten und der Einführung flexiblerer Produktionstechniken wird aus der Sicht der Unternehmen der flexible Einsatz der Arbeitskräfte möglich. Auch die Arbeitnehmer wollen immer weniger in das starre Korsett von „Normalarbeitsverhältnissen" gezwängt werden. Sie bevorzugen hinsichtlich der Dauer und der zeitlichen Verteilung ihrer Arbeitszeit individuelle Lösungen. Da mit der Individualisierung Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit der Ar-

beitnehmer gefördert werden, liegt hier ein gestaltbarer Standortfaktor.

Die Weiterqualifizierung von Arbeitnehmern ist schon längst nicht mehr auf die Vermittlung von überall verwendbarem Basiswissen zu beschränken. Betrieblich organisierte Weiterbildung wird einen steigenden Stellenwert erhalten. Die Qualifikation der Arbeitnehmer ist ebenfalls ein gestaltbarer Standortfaktor, der im europäischen Binnenmarkt an Gewicht gewinnen kann.

Wo Normalarbeitsverhältnisse durch individuelle Lösungen zurückgedrängt werden, wird meist nicht nur bei der Arbeitszeit und der Weiterbildung, sondern auch bei der Gestaltung der Arbeit (Arbeitsorganisation, Gestaltung des Arbeitsplatzes, Ausmaß der Leistungsverdichtung) nach individuellen Lösungen zu suchen sein. Schließlich müssen die Entlohnungsstrukturen mit den individuellen Lösungen zur Arbeitszeit, zur Qualifikation und zur Gestaltung der Arbeit abgestimmt werden.

In dem durch den europäischen Binnenmarkt verstärkten Standortwettbewerb wird die individualisierte, betriebsnähere Tarifpolitik zu einem wichtigen Gestaltungsinstrument. Die Tarifpolitik muß Wege suchen, auf denen sich die betriebsindividuelle Komponente realisieren läßt, zugleich aber auch die Vorteile kollektiver Arbeitsverträge weiter nutzbar bleiben.

Teil C

Europäische Gemeinschaft: Binnenmarkt vollenden — nach außen öffnen

397. In der Europäischen Gemeinschaft stehen weitreichende Entscheidungen an. Die Frage der Erweiterung, die Herausforderungen durch die marktwirtschaftlichen Reformen in Osteuropa, die ungelösten Fragen der Handelsliberalisierung — all das verlangt in einer Zeit nach Lösungen, in der noch wichtige Schritte auf dem Weg zum Binnenmarkt '92 ausstehen und die Europäische Gemeinschaft die Weichen für die Wirtschafts- und Währungsunion und die Politische Union zu stellen hat. Vor allem die Ereignisse in Osteuropa haben das Binnenmarkt-Projekt in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit in den Hintergrund gedrängt. Doch bleibt der Binnenmarkt von herausragender Bedeutung. Die verbliebenen Hindernisse müssen ausgeräumt werden; für die Gestaltung der flankierenden Bereiche — vor allem der künftigen europäischen Geld- und Währungspolitik — sind überzeugende Lösungen zu finden. Die wohlstandssteigernde Wirkung des Binnenmarktes darf nicht durch die Abschottung Europas nach außen verspielt werden. Für die Liberalisierung der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit durch einen erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen (Uruguay-Runde) sollte sich gerade auch die Gemeinschaft einsetzen. Die entscheidenden Schritte zur marktwirtschaftlichen Reform ihrer Volkswirtschaften müssen die osteuropäischen Länder selbst leisten. Eine tatkräftige Unterstützung durch die Europäische Gemeinschaft würde jedoch zur Verankerung der Marktwirtschaft in Osteuropa entscheidend beitragen. Der Erfolg dieser Reformen liegt auch im Interesse der Europäischen Gemeinschaft selbst.

I. Spannungen für die Gemeinschaft

398. Zu den neuen Spannungen in der Gemeinschaft gehört der Konflikt zwischen der Vertiefung und der Erweiterung der europäischen Integration. Mit dem Binnenmarkt-Projekt und der geplanten Politischen Union stand die wirtschaftliche und politische Integration zwischen den bisherigen Mitgliedsstaaten im Vordergrund. Nun sieht sich die Gemeinschaft gedrängt, die Erweiterung um neue Mitglieder zuzulassen und die Assoziierung der osteuropäischen Staaten vorzunehmen. Zeitgleich mit dem europäischen Binnenmarkt soll am 1. Januar 1993 der Europäische Wirtschaftsraum (EWR), ein binnenmarktähnlicher Raum der EG mit den sieben EFTA-Staaten, verwirklicht werden.

Zweifellos hat das Binnenmarktprogramm die Attraktivität der Gemeinschaft für andere Staaten verstärkt. Hinzu kommt die Einsicht, einer Gemeinschaft, die sich möglicherweise nach außen stärker abschotten werde (Festung Europa), gehöre man besser an, als draußen zu stehen. Beitrittswilligen Ländern wie Österreich und Schweden oder anderen Staaten der EFTA kann nicht entgegengehalten werden, für die Mitgliedschaft seien die wirtschaftlichen Voraussetzungen noch unzureichend. Hier kann man den Beitritt — wenn er denn wirklich ernsthaft gewünscht wird — allenfalls hinausschieben, nicht aber endgültig verweigern.

Für die osteuropäischen Staaten ist die Mitgliedschaft derzeit nicht aktuell. Hier müssen andere Schritte zur Integration gegangen werden. Ohne die Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft stünde es um die Erfolgschancen der osteuropäischen Reformen schlecht, zum Nachteil für ganz Europa. Die Gemeinschaft wird also die Vertiefung zugleich mit der Assoziierung osteuropäischer Staaten und mit der Erweiterung um neue Mitgliedsstaaten zu leisten haben.

399. Die Gemeinschaft strebt neben der Wirtschafts- und Währungsunion auch eine Politische Union an. In Kraft treten sollen die entsprechenden Verträge Anfang 1993. Bei der Politischen Union geht es unter anderem um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik, die demokratische Legitimation der Gemeinschaftsorgane (Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments) sowie um die Effizienz der Gemeinschaft (vor allem um das Mehrheitsprinzip bei Entscheidungen des Europäischen Rates). Die Verzahnung der wirtschaftlichen Vereinigung mit einer Politischen Union wird sich so nicht mehr aufrechterhalten lassen, wenn die Zahl der Mitgliedsstaaten zunimmt.

Zwischen den divergierenden Interessen der Mitgliedsstaaten einer heterogenen Gemeinschaft zu vermitteln, eine klare gemeinsame Linie zu formulieren, wird immer schwieriger werden, je mehr Mitglieder die Gemeinschaft hat. Ergänzt um die EFTA-Staaten würde die Gemeinschaft bereits neunzehn Mitgliedsstaaten, bei einer Bevölkerung von 375 Millionen Einwohnern, umfassen. Sollen alle Mitgliedsstaaten repräsentativ in den Gremien der Gemeinschaft vertreten sein, droht eine enorme bürokratische Ausweitung der Institutionen. Entscheidungsprozesse würden verzögert; im schlimmsten Fall erstarrt die Gemeinschaft in Kompromissen, weil anders den divergierenden Interessen nicht mehr beizukommen ist.

Schon heute verhindern unterschiedliche Interessenlagen der einzelnen Mitgliedsstaaten gemeinsame politische Aktivitäten etwa in der Sicherheitspolitik oder in der Außenpolitik. Im wirtschaftlichen Bereich resultieren aus den unterschiedlichen Interessen beispielsweise der südlichen und nördlichen Länder schwer zu vereinbarende Vorstellungen etwa bei der Liberalisierung einzelner Märkte.

Soll die wirtschaftliche Vereinigung über die Gemeinschaft hinaus nicht an solchen Differenzen scheitern, müssen Wege beschritten werden, die Nichtmitgliedern die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt ermöglichen, ohne sie in die politischen Gremien der Gemeinschaft einzubinden. Es kommt darauf an, den einheitlichen Wirtschaftsraum auf ganz Europa auszuweiten. Das darf nicht dadurch verhindert werden, daß der Beitritt zu diesem Wirtschaftsraum an den Beitritt zur Politischen Union gebunden wird.

400. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gibt es ein beträchtliches regionales Leistungsgefälle, das regionale Ausgleichsziele begründet und einen Finanztransfer zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Regionen notwendig macht. Die beitrittswilligen EFTA-Länder würden den Anteil der Problemregionen nicht erhöhen. Doch wird die Gemeinschaft mit der Unterstützung des osteuropäischen Reformprozesses auch finanziell gefordert sein.

Da die von der Europäischen Gemeinschaft zu zahlenden Mittel schwerlich in vollem Umfang von den Mitgliedsstaaten zusätzlich aufgebracht werden können, ist eine Umverteilung der bisherigen innereuropäischen Transferströme unumgänglich. Die Gemeinschaft muß also die Prioritäten innerhalb ihres Transfersystems neu festsetzen. Dies wird zu Spannungen führen. Regionen, die bislang Mittel von der Gemeinschaft erhielten, werden sich auf geringere Zahlungen einstellen müssen. Das werden sie kaum ohne Widerstand tun.

Die Ausweitung des gesamten Finanzierungsvolumens zu Lasten der leistungsstarken Regionen der Gemeinschaft stößt an Grenzen, denn zusätzliche finanzielle Belastungen der Geberländer würden nicht ohne Nachteile für die wirtschaftliche Dynamik dort und damit in der ganzen Gemeinschaft bleiben. Strenger als je zuvor wird die Gemeinschaft zu prüfen haben, wo interregionale Transferzahlungen vertretbar sind.

Während die Mittel knapper werden, wird die Forderung nach verstärkter finanzieller Unterstützung im Rahmen des europäischen Transfersystems sogar noch zunehmen. Wenn Europa seine Handelsgrenzen gegenüber den osteuropäischen Ländern öffnet, wird das den Anpassungsdruck vor allem für die heutigen Problemregionen der Europäischen Gemeinschaft verstärken. Osteuropa wird Produkte liefern, die, wie zum Beispiel Textilien, gerade in europäischen Problemregionen eine Rolle spielen. Den westeuropäischen Niedriglohnregionen wächst mit dem osteuropäischen Niedriglohngebiet eine neue Standortkonkurrenz zu.

Dies alles bedeutet nicht, daß die Unterstützung Osteuropas für die Gemeinschaft nur Lasten schafft. Vielmehr wird die Gemeinschaft, wenn der Neuaufbau der osteuropäischen Wirtschaften voranschreitet, durch die Handelsausweitung und Handelsspezialisierung überwiegend Vorteile ziehen — allerdings erst auf längere Sicht.

401. Zu den alten Spannungen, die in dem geänderten europäischen Umfeld freilich eine neue Qualität erhalten, gehört es, wenn die wirtschaftliche Liberalisierung nach innen mit um sich greifenden Hemmnissen nach außen erkauft wird. Wo mit dem Binnenmarkt und der dadurch ausgelösten Intensivierung des Wettbewerbs der Anpassungsdruck für die Unternehmen steigt, wird der Ruf nach Entlastung lauter werden. Weil am Binnenmarkt nicht mehr diskriminiert werden darf, richtet sich dann die Abwehr von Wettbewerb ersatzweise gegen Anbieter aus dritten Ländern.

Seit sich die Europäische Gemeinschaft zum Binnenmarktprogramm entschloß, beherrscht das Schlagwort von der „Festung Europa" die handelspolitische Diskussion. Restriktionen gegenüber Drittländern können beispielsweise Gemeinschaftsquoten oder „freiwillige" Selbstbeschränkungsabkommen sein. Maßnahmen der Gemeinschaft zur Beschränkung des freien Marktzugangs für Anbieter aus dritten Ländern, aber auch Exportsubventionen können ihrerseits protektionistische Abwehrmaßnahmen anderer Länder auslösen.

Die Haltung der Gemeinschaft ist hier nicht eindeutig auf Liberalisierung ausgelegt. Mit der Zulassung eines importierten Gutes in einem Mitgliedsland ist künftig zwar die Zulassung im gesamten europäischen Raum verbunden. Diesem positiven Ansatz in der Außenhandelspolitik stehen jedoch als unrühmliches Beispiel aus der jüngsten Zeit die Automobilvereinbarungen mit Japan gegenüber.

Praktisch verpflichtet sich Japan darin, seine Exporte von Kraftfahrzeugen in die EG bis 1999 zu beschränken (und zwar für 1999 auf 1,23 Mio Einheiten bei einem geschätzten Gesamtabsatz von 15,1 Mio Automobilen in der EG). Zusätzlich bleibt der Export nach Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und in das Vereinigte Königreich im Volumen auf — je nach Land — 5 vH bis 8 vH des gesamten Automobilabsatzes in diesen Ländern begrenzt. Ab dem Jahr 2000 sind keine Beschränkungen mehr beabsichtigt.

Dieses Abkommen, das die europäische Automobilindustrie schützen soll, wird für die Konsumenten hohe Preise mit sich bringen; es wird nach allen Erfahrungen die Automobilindustrie nach Ablauf der Schutzfrist nicht wettbewerbsfähiger gemacht haben. Ja, es ist nicht sicher, ob zu Beginn des neuen Jahrtausends die freiwillige Selbstbeschränkung Japans nicht verlängert werden muß. Nicht zuletzt wird diese Übereinkunft in der Automobilindustrie selbst zu Verzerrungen führen, da die japanischen Anbieter innerhalb der Mengenbeschränkung insbesondere hochwertige Erzeugnisse anbieten und damit die in diesem Marktsegment anbietenden Unternehmen einem intensiveren Wettbewerb aussetzen werden.

402. Im November wurden die Handelsgespräche im Rahmen der GATT-Runde mit dem Ziel wieder aufgenommen, die langjährigen Verhandlungen bis Anfang 1992 zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Waren die Verhandlungen im Vorjahr am Streit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten um die Agrarpolitik gescheitert, zeichnet sich jetzt ein Einlenken der EG in den strittigen Fragen ab: Reduzierung der internen Markthilfen, Verringerung der Ausfuhrsubventionen, stärkere Öffnung des europäischen Marktes. Eine derar-

tige Konzeption kann nur auf der Basis einer grundlegenden Revision der gemeinsamen Agrarmarktpolitik erarbeitet werden (Ziffern 420ff.).

Für den Erfolg der GATT-Verhandlungen ist es wichtig, daß die Bundesrepublik ihren jüngst aufgenommenen Kurs entschlossen fortsetzt und engagiert für die Liberalisierung eintritt. Es gilt zu verhindern, daß die Verhandlungsposition der EG erneut von der protektionistischen Haltung anderer EG-Staaten geprägt wird.

Mit der Lösung der Agrarproblematik würden die GATT-Verhandlungen einen entscheidenden Schritt vorangebracht werden. Wenn Lösungen für den Agrarbereich gefunden worden sind, werden Differenzen in den anderen Verhandlungsbereichen — etwa beim Schutz geistigen Eigentums, im Dienstleistungsbereich, bei Industriesubventionen — vermutlich eher beigelegt werden können, wenngleich dort auch noch zahlreiche offene Fragen zu lösen sind.

II. Den Binnenmarkt vollenden

403. Auch wenn die Entwicklung in Osteuropa und die Konflikte im Zusammenhang mit der GATT-Runde heute die wichtigsten Herausforderungen darstellen, darf die Gemeinschaft vom Weg zum Binnenmarkt nicht abkommen. Der Binnenmarkt, „ein Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital ... gewährleistet ist" (Artikel 8a EWGV), trägt zur Vitalisierung der europäischen Volkswirtschaften durch den lange vorangekündigten und teilweise schon vollzogenen Abbau von Marktzugangsbeschränkungen, durch die damit zu erreichende Intensivierung des Wettbewerbs und durch die Beseitigung kostspieliger Grenzkontrollen bei.

Die formalen Voraussetzungen zur Vollendung des Binnenmarktes werden mit der Annahme und Umsetzung der entsprechenden Kommissionsvorschläge geschaffen. Auch wenn dabei am Ende noch Vollzugsdefizite vorliegen, wird die Gemeinschaft am 1. Januar 1993 den Start in den Binnenmarkt erklären. Doch ist damit die Ausgestaltung des Binnenmarktes nicht beendet. Nicht nur gilt es, die Vollzugsdefizite abzuarbeiten. Es müssen ergänzende Regelungen getroffen werden, sei es um die Anwendungsbereiche der Rechtsakte auszuweiten, sei es um sie an geänderte Rahmenbedingungen anzupassen. Schließlich warten die flankierenden Politikbereiche, die den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, die „Kohäsion", stärken sollen, auf die Regelung. Den Binnenmarkt gestalten, bleibt eine Aufgabe über 1993 hinaus.

Die entscheidenden Kriterien für diese Ausgestaltung bleiben Wettbewerb, Öffnung und Subsidiarität. Die ökonomischen Vorteile des Binnenmarktes stellen sich nur ein, wenn der Binnenmarkt der Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte dient und nicht bürokratische Hemmnisse und institutionelle Einengungen — dann europaweit — den Wettbewerb behindern. Zentralisierte Regelungen sind nur dort erforderlich, wo sie die Transaktionskosten senken oder externe Effekte regulieren. Im folgenden behandeln wir einzelne Bereiche:

- Fragen der Steuerpolitik (Ziffern 404ff.)
- Ausgestaltung der Umweltpolitik (Ziffern 411ff.)
- Aufgaben der Wettbewerbspolitik (Ziffern 418ff.)
- Fragen der Agrarpolitik (Ziffern 420ff.)

Steuergrenzen nicht überwunden

404. Die Diskussion um die Anpassung der Besteuerung an die Erfordernisse des Binnenmarktes konzentriert sich auf die indirekten Steuern. Allerdings zeigt sich — vor allem infolge der Liberalisierung des Kapitalverkehrs —, daß auch das Gebiet der direkten Steuern angegangen werden muß. So wird eine umfassende Besteuerung der Zinseinkünfte in Deutschland nur dann durchzusetzen sein, wenn eine Abstimmung der nationalen Regelungen in Europa erreicht werden kann (Ziffer 355). Bei den indirekten Steuern ist zwar unbestritten, daß die noch existierenden Grenzkontrollen aufgegeben werden müssen; wie eine Lösung jedoch aussehen könnte, bleibt umstritten. Die Erklärung, warum es gerade in Fragen der Steuerpolitik so schwierig ist, Kompromisse herbeizuführen, liegt wohl im folgenden:

- Steuern beeinflussen die Wettbewerbsituation. Jeder Unternehmer wird verlangen, daß er nicht stärker belastet wird als seine Konkurrenten in anderen Ländern Europas.
- Je nachdem welches Besteuerungsverfahren im Gemeinsamen Markt gewählt wird, ergeben sich Verschiebungen in der Verteilung des Steueraufkommens. Kein Land wird bereit sein, einer Änderung des Besteuerungsverfahrens zuzustimmen, wenn nicht gewährleistet ist, daß das bisherige Steueraufkommen wenigstens erhalten bleibt.
- Jeder Versuch, eine Steuerangleichung oder -harmonisierung zu erreichen, bedeutet für die einzelnen Länder Verzicht auf nationale Steuerautonomie. Jedes Land tut sich schwer, einen solchen Verzicht zu leisten.

405. Innerhalb der EG wird bei den indirekten Steuern derzeit das Bestimmungslandprinzip angewendet. Danach werden international gehandelte Güter ausschließlich mit den Steuern belastet, die im Bestimmungsland gelten, in dem Land also, in dem die Güter konsumtiv verwendet werden. Technisch wird dies bei der Mehrwertsteuer und den speziellen Verbrauchsteuern dadurch erreicht, daß sämtliche Güter zwar im Inland besteuert, exportierte Güter aber an der Grenze entlastet werden. Importierte Güter werden dagegen beim Grenzübertritt mit der nationalen Steuer belegt. Dieses Besteuerungsverfahren hat zweifellos Vorteile: Es sichert die Wettbewerbsneutralität, verteilt die Steueraufkommen entsprechend dem Verbrauch in den einzelnen Ländern und verschafft diesen steuerpolitische Autonomie. Nachteilig ist jedoch, daß das Bestimmungslandprinzip in der heute praktizierten Form die Beibehaltung der Steuergrenzen in Europa verlangt und damit im Widerspruch zu dem Ziel des Binnenmarktes steht, nämlich

zum 1. Januar 1993 den Abbau sämtlicher Grenzkontrollen zu erreichen.

406. Die Mitgliedsländer haben sich nunmehr entschieden, für eine Übergangszeit von 1993 bis 1996 grundsätzlich am bisherigen Besteuerungsverfahren festzuhalten, die Grenzkontrollen aber aufzuheben und die dennoch für erforderlich gehaltenen Kontrollen der innergemeinschaftlichen Warenströme in Zollager (spezielle Verbrauchsteuern) oder in den Unternehmenssektor (Mehrwertsteuer) zu verlagern.

Lieferungen von Gütern, die einer speziellen Verbrauchsteuer unterliegen, werden aus dem Ursprungsland steuerfrei in ausländische Zollager geliefert und dort mit der im Verbrauchsland geltenden Steuer belegt. Diese Regelung garantiert – trotz weiterhin unterschiedlicher Steuersätze – die Wettbewerbsneutralität und die Aufteilung des Steueraufkommens nach dem Verbrauch. Die Belastungen des grenzüberschreitenden Handels und die damit verbundenen Kosten dürften dadurch im Vergleich zu den heutigen Grenzkontrollen keineswegs verringert werden. Sogar das Gegenteil ist möglich, was entscheidend davon abhängt, wo und in welcher Zahl solche Zollager eingerichtet werden.

Bei der Mehrwertsteuer wären Grenzkontrollen aus wettbewerbspolitischen Gründen nicht erforderlich, solange sich der Güteraustausch zwischen steuerpflichtigen Unternehmen abspielt. Der Vorsteuerabzug garantiert in diesem Fall, daß miteinander konkurrierende Güter stets mit der gleichen, nämlich mit der Steuer des Verbrauchslandes belastet werden. Allerdings würde – wegen des Vorsteuerabzugs – in jedem Land nicht mehr der Verbrauch, sondern die Wertschöpfung belastet. Wie sich das Steueraufkommen verteilt, hängt ab von den Außenhandelssalden (bei steuerpflichtigen Leistungen), den Unterschieden in den nationalen Steuersätzen und den Wertschöpfungsquoten (JG 89 Ziffern 442 ff.).

Wesentliches Argument für die Übergangsregelungen ist offenbar, daß nur auf diese Weise garantiert werden kann, daß das Steueraufkommen aus der Mehrwertsteuer und aus den speziellen Verbrauchsteuern gemäß dem nationalen Verbrauch auf die Partnerländer aufgeteilt wird.

407. Grundsätzlich ist zu fordern, die Aufkommensverteilung in einer Weise zu regeln, daß die administrativen Belastungen für grenzüberschreitende Transaktionen so gering wie möglich gehalten werden. Nur so können die durch die Öffnung der Grenzen ermöglichten Wohlfahrtsgewinne in vollem Umfang realisiert werden (JG 89 Ziffer 426). Die jetzt gewählte Übergangsregelung widerspricht dem in eklatanter Weise. Sie kann nur mit erheblichem administrativen Aufwand praktiziert werden, da sämtliche umsatzsteuerpflichtige Unternehmen im Inland ihre Lieferungen aus EG-Partnerländern den Finanzbehörden anmelden und dann versteuern müssen. Da hier mit Steuerhinterziehung zu rechnen ist, sind auch entsprechende Kontrollen der Finanzbehörden erforderlich, die wohl nur bei Amtshilfe durch die Finanzbehörden der Lieferländer effizient durchgeführt werden können. Der Exporteur kann die Steuerbefreiung nur in Anspruch nehmen, wenn er an ein steuerpflichtiges oder steuerbefreites Unternehmen in einem anderen Mitgliedsstaat liefert. Voraussetzung für die Steuerbefreiung bilden somit die tatsächliche grenzüberschreitende Lieferung und die Identifikation des Warenempfängers. Auch das bedeutet höheren Verwaltungsaufwand für die Unternehmen.

408. Sonderregelungen gelten ab 1993 für die Besteuerung neuer Fahrzeuge und für den Versandhandel. In beiden Fällen werden Waren direkt an die Endverbraucher geliefert. Solche Direktimporte sollen in Zukunft zwar generell mit den Steuern des Ursprungslandes belastet werden, so daß sich Grenzkontrollen erübrigen. In den genannten Fällen soll jedoch die Besteuerung nach dem Bestimmungslandprinzip weiterhin gelten: Die Güter bleiben im Ursprungsland steuerfrei und werden am Wohnort des Käufers mit den dort geltenden Steuern belegt. Bei der Sonderregelung für den Versandhandel ist zu bemängeln, daß für die Steuererklärungen nicht die Finanzbehörden im Ursprungsland zuständig sind, sondern daß Versandhäuser in jedem Land, in das sie liefern, einen Steueragenten bestellen müssen, der für die ordnungsgemäße Versteuerung der Lieferung gegenüber der jeweiligen Steuerbehörde im Empfängerland verantwortlich ist. Auch die Besteuerung neuer Kraftfahrzeuge soll im Empfängerland vorgenommen werden. Da generell Zulassungspflicht besteht, dürfte dies kaum technische Probleme aufwerfen. Angesichts der hohen Zahl von Autoverkäufen und dem Erfordernis, im einzelnen nachzuweisen, ob es sich um ein neues Auto (Erstzulassung vor weniger als drei Monaten, höchstens 3 000 km Fahrleistung) handelt, ist jedoch erheblicher Nachweisaufwand bei den Marktbeteiligten und hoher Kontrollaufwand bei den Steuerbehörden zu erwarten. Die Gefahr der Steuerhinterziehung dürfte groß sein.

409. Mit der Übergangsregelung bei der Mehrwertsteuer ist also ein Verfahren eingeführt worden, das die administrativen Belastungen eindeutig den am innergemeinschaftlichen Handel beteiligten Unternehmen und im Falle der Besteuerung von Kraftfahrzeugen auch den Konsumenten anlastet. Die mit der Öffnung der Grenzen in Europa angestrebte Integration der Märkte wird damit nicht vorangetrieben. Es bleibt auch durchaus fraglich, ob der dadurch erforderlich werdende Kontrollaufwand nicht sogar noch höhere Kosten verursachen wird, als sie mit den heutigen Grenzkontrollen verbunden sind.

410. Nun könnte man sich mit dieser Regelung vielleicht noch zufriedengeben, weil sie zeitlich begrenzt nur bis 1996 gelten soll. Es besteht aber eine ganz andere Gefahr: Wenn man nach 1996 – möglicherweise nach einer weiteren Angleichung der Steuersätze – die Besteuerung nur noch im Ursprungsland betreiben will, gleichzeitig aber die Aufteilung des Steueraufkommens nach dem Verbrauch gewährleistet sein soll, wird man nicht umhin kommen, ein Clearing-Verfahren einzuführen. Es spricht vieles dafür, daß man dann ein Clearing auf der Basis des schon erprobten Meldeverfahrens des Übergangssystems praktizieren wird und vielleicht auch am ehesten politisch durchsetzen kann. Das aber würde langfristig eine bürokratische Kontrolle grenzüberschreitender Lieferungen im europäischen Binnenmarkt bedeuten,

was dem Grundgedanken der Marktintegration zuwiderläuft. Für ein Clearing-Verfahren sollte man sich an makroökonomischen Daten (wie Einwohnerzahl, Konsumquoten, Steuersätze) orientieren, die eine Kontrolle des innergemeinschaftlichen Handels überflüssig machen. Die Aufteilung des Steueraufkommens nach Verbrauch wird dadurch zwar nicht exakt, aber doch näherungsweise zu verwirklichen sein. Mehr leistet auch ein Clearing-System nicht, das auf die Kontrolle der Lieferungen in Europa abstellt. Für unerträglich gehaltene Ergebnisse kann man im übrigen an anderer Stelle des ohnehin erforderlich werdenden Finanzausgleichs zwischen den EG-Staaten korrigieren.

Umweltpolitik: Die richtigen Anreize setzen

411. In der Umweltpolitik sieht sich die Europäische Gemeinschaft in den neunziger Jahren einer ganzen Reihe von zu lösenden Problemen gegenüber:

- Zum Schutz globaler, weltweiter Umweltgüter sind Schadstoffe einzuschränken, die sich auf das Klima der Erde auswirken können. Hierzu zählen die Kohlendioxidemissionen (Ziffer 412).
- Beim grenzüberschreitenden Verkehr, insbesondere dem Straßenverkehr, ist neben der Zuordnung der Wegekosten eine Internalisierung der Umweltkosten geboten (Ziffer 415).
- Bei den grenzüberschreitenden Umweltproblemen, und zwar sowohl im Bereich der Luftgütewirtschaft wie im Bereich der Gewässer, stehen überzeugende Lösungen in Europa noch aus (Ziffer 416).

412. International zeichnet sich ein breiter Konsens darüber ab, daß weltweit eine Reduzierung der Kohlendioxidemissionen erforderlich ist. Die Bundesregierung hat mit Kabinettsbeschluß vom 7. November 1990 ihre Absicht bekräftigt, die deutschen CO_2-Emissionen bis zum Jahre 2005 um 25 vH (beziehungsweise 30 vH für die neuen Bundesländer) zu verringern. Andere EG-Länder bleiben zum Teil wesentlich hinter dieser Zielsetzung zurück. Die EG-Kommission strebt bis zum Jahre 2000 eine Stabilisierung der CO_2-Emissionen auf dem Niveau von 1990 an. Reduzierungsmaßnahmen können sinnvoll nicht im nationalen Alleingang, sondern nur bei einer breiten internationalen Beteiligung vorgenommen werden.

Die Reduzierung von Kohlendioxidemissionen kann im Rahmen eines marktwirtschaftlichen Ansatzes entweder durch eine Preislösung – eine Steuer oder Abgabe auf CO_2 – oder durch eine Mengenlösung über Zertifikate angestrebt werden.

Die EG-Kommission schlägt eine Steuerlösung vor, und zwar eine Kombination aus einer neuen EG-einheitlichen Primärenergiesteuer und einer Kohlendioxidsteuer, wobei die Energiesteuer am Energiegehalt und die CO_2-Steuer am Kohlenstoffgehalt der Primärenergieträger (ohne regenerative Energie) anknüpft. Die Energiekomponente soll 50 vH der vorgeschlagenen Steuer nicht übersteigen. Die Details des Vorschlags, etwa die Behandlung verschiedener Energieträger bei der Energiekomponente und insbesondere die Kohlendioxidkomponente, sind noch nicht präzisiert. Für die Energiekomponente wird an eine Steuer von 3 US-Dollar pro Faß Rohöl ab 1. Januar 1993 gedacht, die auf 10 US-Dollar im Jahre 2000 ansteigen würde. Das Steueraufkommen soll nach Vorstellung der Kommission in den Mitgliedsländern verbleiben.

In dem Mischkonzept überlagern sich zwei Ziele, das umweltpolitische Ziel einer Reduzierung von Kohlendioxidemissionen und das energiepolitische Ziel einer Verringerung der Energienachfrage und damit einer Verbesserung der Energieeffizienz. Die Kohlendioxidkomponente wirkt darauf hin, CO_2 direkt zu vermeiden. Durch die Besteuerung der Primärenergie werden dagegen Anreize gesetzt, den Energieverbrauch zu reduzieren. Die Kohlendioxidemissionen reduzieren sich hier lediglich als Folge einer Abnahme in der Nachfrage nach Primärenergie. Bei der Energiekomponente unterbleibt eine Substitution zwischen verschiedenen Energiearten, die unterschiedlich stark zu Kohlendioxidemissionen beitragen. Darüber hinaus wird die Entwicklung technologischer Prozesse zur Verringerung von CO_2, die heute noch nicht bekannt sind, durch eine Energiebesteuerung nicht direkt stimuliert. Damit wirkt das Mischkonzept nur zu einem Teil in die Richtung, Kohlendioxidemissionen zu verringern. Die Wirkung wird auch davon abhängen, ob bei der Präzisierung der Steuer die Energiekomponente nicht ein größeres Gewicht bekommt.

Unklar ist, ob das Reduzierungsziel der Bundesregierung mit dem EG-einheitlichen Steuersatz verwirklicht werden kann oder ob dafür zusätzlich andere Maßnahmen erforderlich sind; damit stünde dem Vorteil eines für Europa einheitlichen Steuersatzes für das Gebiet der Bundesrepublik der Nachteil zusätzlicher umweltpolitischer Maßnahmen gegenüber.

413. Nach den Plänen des Bundesumweltministeriums würde eine CO_2-Abgabe pro Tonne emittiertes Kohlendioxid erhoben; dabei sind 10 DM pro Tonne vorgesehen. Damit würde – im Vergleich zum Vorschlag der EG-Kommission – grundsätzlich unmittelbar am CO_2-Ausstoß angesetzt. Die Abgabe soll für Feuerungsanlagen ab einem Megawatt Leistung gelten. Damit sind aber nicht alle Emittenten von Kohlendioxid erfaßt. Diese Bereiche sollen neu reguliert werden. So müßten die Kleinfeuerungs- und Heizungsanlagenverordnung und die Wärmeschutzverordnung novelliert werden. Auch müßte die Kraftfahrzeugsteuer verändert werden. Der Nachteil einer solchen CO_2-Abgabe wäre die Notwendigkeit einer Kombination mit einer Reihe ordnungsrechtlicher, regulierender Maßnahmen. Die Abgabe wäre zunächst nicht im europäischen Kontext abgestimmt.

414. Grundsätzlich sind eine Steuer- oder Abgabenlösung und eine Mengenlösung als marktwirtschaftliche Instrumente der Umweltpolitik äquivalent. Die Steuer- oder Abgabenlösung verteuert die Emissionen und setzt damit einen Anreiz, Emissionen zu vermeiden. Eine Mengenlösung begrenzt die Emissionsmenge, die insgesamt für alle Emittenten zulässig ist. Über den Preis wird dann bestimmt, wie die Gesamtemissionsmenge auf die einzelnen Emittenten aufge-

teilt wird. Bei beiden Ansätzen greift die Politik ein: bei der Steuerlösung durch die Festlegung des Steuersatzes, bei der Mengenlösung durch die Fixierung der zulässigen Menge.

Eine Mengenlösung zur Reduzierung von CO_2-Emissionen für Europa könnte wie folgt ausgestaltet werden. Unbefristet gültige Emissionsscheine, die auf eine bestimmte CO_2-Menge lauten, sind zur einmaligen „Bezahlung" von Kohlendioxid-Emissionen erforderlich. Dabei ist CO_2 ein geeigneter Anwendungsfall für Zertifikate, da Probleme räumlicher Konzentration nicht relevant sind. Die Menge der zulässigen Emissionen könnte sich zunächst an der tatsächlich emittierten Menge orientieren; die Reduzierung der CO_2-Emissionen im Zeitverlauf erfolgt dann durch eine stetige Verknappung der Menge an Emissionsscheinen, die periodisch, beispielsweise durch Versteigerung, neu ausgegeben werden.

Als Bemessungsgrundlage kann der mit CO_2-Faktoren gewichtete Verbrauch fossiler Energieträger auf der Stufe des Imports von außerhalb der EG und der inländischen Produktion fossiler Energieträger herangezogen werden. Die Zertifikatspflicht (Erwerb und Abgabe von Emissionsscheinen an eine Kontrollbehörde im Umfang der verursachten CO_2-Emissionen) liegt dementsprechend bei Importeuren und inländischen Produzenten fossiler Energieträger. Dabei erlaubt das System, kompensatorische Emissionsscheine an Endverbraucher auszugeben, sobald die nachgeschaltete Beseitigung von CO_2 aus Verbrennungsabgasen technisch möglich wird.

Insgesamt ähnelt ein CO_2-Zertifikatsystem einer flexiblen CO_2-Steuer auf den Verkauf fossiler Brennstoffe, wobei der Preis für begrenzt verfügbare Emissionsrechte durch den Markt bestimmt wird. Grundsätzlich ist bei einem funktionierenden System der Marktzugang nicht eingeschränkt. Dem Vorteil hoher ökologischer Wirksamkeit — mit der Zertifikatslösung läßt sich die gewollte CO_2-Emissionsminderung vorab bestimmen — steht der Nachteil gegenüber, daß die Unternehmen in ihrem Investitionskalkül mit variablen Preisen für CO_2-Emissionsrechte rechnen müßten. Dies kann sich insbesondere bei den langfristigen Investitionen im Energiebereich negativ auswirken.

Zwar liegen über Zertifikatsysteme noch keine Erfahrungen vor; auch müssen organisatorische Bedingungen für die Umsetzung erfüllt werden. Grundsätzlich sollte ein Zertifikatsystem jedoch bei der Konzipierung einer Politik für den neuen Problembereich der Kohlendioxidemission in die Diskussion einbezogen werden.

415. Im Zusammenhang mit der Vollendung des Binnenmarktes ist durch den verstärkten Güteraustausch, aber auch durch die größere Mobilität der Menschen eine Intensivierung der Verkehrsströme zu erwarten. Dies gilt etwa für den Luftverkehr, aber auch für den Straßenverkehr, der sich insbesondere entlang der großen Verkehrsachsen verdichten wird. Hier besteht die wirtschaftspolitische Aufgabe in den nächsten Jahren darin, die volkswirtschaftlichen Kosten des Verkehrs, und zwar sowohl die Umweltkosten wie aber auch die Infrastruktur- und Verdichtungskosten, dem einzelnen Verkehrsteilnehmer anzulasten. Dabei sind in der Zukunft neue technische Verfahren für die Zuweisung der Verkehrskosten und neue institutionelle Regelungen des Verkehrswesens zu entwickeln. Der Ausweis der durch den Verkehr, also durch mobile Emissionsquellen, bedingten Umweltkosten ist hier ein wichtiger Beitrag.

416. Bei grenzüberschreitenden Umweltproblemen aus stationären Quellen wie bei der Schadstoffdiffusion durch die Luft oder durch Gewässer steht eine überzeugende institutionelle Regelung, die den Schadstofftransfer an der Grenze im Sinne des Verursacherprinzips oder im Sinne des Kompensationsprinzips festlegt, in Europa noch aus. Eine solche Regelung, die den zulässigen Schadstofftransport von einem Land in ein anderes begrenzt, würde zu einer Dezentralisierung der Umweltpolitik mit eindeutigen nationalen Verantwortlichkeiten beitragen; dies wäre mit der föderativen Struktur der Europäischen Gemeinschaft konsistent. Statt dessen verfolgt die Umweltpolitik der Europäischen Gemeinschaft die Strategie, die Schadstoffe in allen Ländern relativ einheitlich zu verringern. Dadurch reduziert sich als Sekundäreffekt auch der grenzüberschreitende Schadstofftransport. Allerdings ist dieser Ansatz deshalb nicht effizient, weil die Vermeidung von Schadstoffen nicht an der kostengünstigsten Stelle erfolgt. Das vorherrschend angewandte Instrument ist die Lizenzierung neuer Anlagen, die dem Stand der Technik entsprechen müssen. Das Problem dieses regulierenden Ansatzes besteht darin, daß er relativ wenig Anreize enthält, dezentral neue Technologien zu finden. Im übrigen hat er andere verzerrende Wirkungen, wie die Begünstigung der sogenannten „end of the pipe"-Technologie (JG 89 Ziffern 280 f.). Nicht zuletzt ist es in hohem Maße ineffizient, den Stand der Entsorgungstechnologie europaweit zu definieren.

417. Grundsätzlich hat Umweltpolitik die Aufgabe, den Marktteilnehmern die Umweltknappheit zu signalisieren; ihre Grundlinie sollte es sein, wenn immer möglich marktwirtschaftliche Instrumente zur Erreichung ökologischer Zielsetzungen einzusetzen (JG 83 Ziffer 506). Regulierungen, die in manchen Bereichen erforderlich sein werden, wie etwa Produktnormen für Automobile, bedingen in einem gemeinsamen Markt in der Regel eine Harmonisierung, denn unterschiedliche nationale Regulierungen — etwa unterschiedliche nationale Produktnormen — würden oft eine Segmentierung der nationalen Märkte mit sich bringen, die durch den Binnenmarkt gerade überwunden werden soll. Dagegen schotten Knappheitspreise für Schadstoffe, wenn man sie durch geeignete institutionelle Regeln signalisieren kann, Märkte nicht ab; sie sind deshalb mit einem Binnenmarkt konsistent. Solche Preise für Schadstoffe können räumlich in Europa durchaus differieren, ähnlich wie die Preise für andere immobile Güter wie Land sich zwischen Regionen unterscheiden. Denn Umweltknappheiten können in verschiedenen Ländern, beispielsweise in dicht und weniger dicht besiedelten, durchaus unterschiedlich sein. Die Vollendung des Binnenmarktes verstärkt also die Notwendigkeit, neue Formen wirtschaftlicher Anreize in der Umweltpolitik zu entwickeln.

Wettbewerbspolitik anstatt Industriepolitik

418. Industriepolitische Bestrebungen haben in der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft an Gewicht gewonnen. Seit den frühen sechziger Jahren hat die Kommission ihre Aktivitäten in der Forschungsförderung ausgebaut. Ein Schwerpunkt lag in den letzten Jahren bei der Mikroelektronik (ESPRIT). Die Einheitliche Europäische Akte begründet eigene Kompetenzen der Kommission in der Forschungsförderung. Insbesondere aus deutscher Sicht birgt diese Entwicklung die Gefahr, daß die Industriepolitik in stärkerem Maße interventionistische Züge erhält. Damit verlieren in der Europäischen Gemeinschaft Wettbewerbsprozesse relativ zu staatlichen Eingriffen an Bedeutung.

419. Bei der Verabschiedung der EG-Verordnung des Ministerrats über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen, die seit dem 21. September 1990 in Kraft ist, wurde als Kompromißlösung in Artikel 2 dieser Verordnung die sogenannte „französische Klausel" aufgenommen, nach der die Kommission bei ihrer Prüfung von Zusammenschlußvorhaben „die Entwicklung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts" berücksichtigen muß. Mit dieser Klausel erhält die Industriepolitik zwar nicht den gleichen Stellenwert in der Fusionskontrolle wie die Wettbewerbspolitik, aber die Kommission kann bei ihren Entscheidungen industriepolitische Argumente nicht außer acht lassen.

Problematisch ist die Lösung vor allem deshalb, weil es tiefliegende konzeptionelle Unterschiede zwischen Industriepolitik und Wettbewerbspolitik gibt:

- Industriepolitik ist darauf gerichtet, die Produktions- und Investitionsbedingungen eines Sektors positiv zu beeinflussen, ja sogar die Entwicklung eines Sektors mit zu gestalten. Aus industriepolitischer Warte sind staatliche Eingriffe in den Markt schon dann gerechtfertigt, wenn dadurch eine Verbesserung des Marktergebnisses in einem Sektor erwartet wird, selbst wenn dafür der Wettbewerb eingeschränkt werden muß.
- Zentrale Aufgabe der Wettbewerbspolitik ist es dagegen, das Funktionieren marktwirtschaftlicher Prozesse zu sichern, indem klare Spielregeln für diese Prozesse vorgegeben werden und die Einhaltung der Spielregeln überwacht wird. Dahinter steht die Vorstellung, daß eine marktwirtschaftliche Steuerung staatlichen Lenkungseingriffen generell überlegen ist. Wettbewerbspolitik ist somit im Kern Ordnungspolitik.

Die Kluft zwischen diesen beiden konträren Grundkonzeptionen läßt sich nicht dadurch überbrücken, daß das Wettbewerbsrecht um industriepolitische Klauseln ergänzt wird. Wenn Europa seine ökonomische Vitalität nicht verlieren will, darf es nicht auf die Industriepolitik, sondern muß es auf die Wettbewerbspolitik setzen.

Aus diesen Gründen ist bei der Diskussion um die Einführung der EG-Fusionsverordnung von verschiedenen Seiten empfohlen worden, die industriepolitische und die wettbewerbspolitische Beurteilung von Zusammenschlußvorhaben institutionell zu trennen und die wettbewerbspolitische Beurteilung einem unabhängigen europäischen Kartellamt zu übertragen.

Agrarpolitik: Reformerfordernisse ohne Ende

420. Nach einer Atempause von ein paar Jahren ist die EG-Agrarpolitik erneut unter starken Anpassungszwang geraten. Das Anwachsen der landwirtschaftlichen Produktion konnte zwar verlangsamt, aber nicht aufgehalten werden. Die Lagerbestände sind wieder stark angestiegen. Die internationalen Verhandlungen im Rahmen des GATT erfordern einschneidende Maßnahmen zum Abbau der Agrarprotektion.

Dabei sollte krisenhaften Zuspitzungen der Entwicklung mit den letzten Reformbeschlüssen eigentlich der Boden entzogen sein. Durch ein System von sogenannten Stabilisatoren wurden die Garantiepreise bei wichtigen Marktordnungsprodukten an bestimmte Mengen gebunden. Ein Überschreiten von festgelegten Garantiemengen sollte eine automatische Absenkung der Stützpreise zur Folge haben. Zudem war durch die Agrarleitlinie eine Obergrenze für die Marktordnungsausgaben der EG festgesetzt, deren Einhaltung durch eine entsprechende Preispolitik sichergestellt werden sollte.

421. Statt diesen Kurs konsequent durchzuhalten, hat die EG-Kommission im Februar 1991 ein Grundsatzpapier für eine Neuausrichtung der EG-Agrarpolitik vorgelegt. Die Vorstellung der EG-Kommission beruht auf einer Entkoppelung von Preispolitik und Einkommensstützung. Die durch die EG-Agrarmarktordnungen gebotene Einkommensstützung soll nicht — wie nach dem System von Stabilisatoren vorgezeichnet — abgebaut, sondern neu geregelt werden; sie soll den Landwirten nicht mehr vorrangig über den Preis zugute kommen, sondern über Beihilfen, die nach Betriebsgröße, nach regionalen Gegebenheiten sowie nach Umweltschutzbelangen gestaffelt werden.

Dieses Vorgehen verspricht auf den ersten Blick eine Verminderung der hohen volkswirtschaftlichen Kosten, die nach der jahrzehntelangen Fehlsteuerung der Ressourcen durch die Agrarpolitik aufgelaufen sind. Allerdings ist — angesichts vieler noch wenig präziser Formulierungen — die Gefahr groß, daß es nicht zu dem in Aussicht gestellten Abbau der volkswirtschaftlichen Kosten, sondern sogar zu einer Erhöhung kommen wird.

So ist zwar von einer Abkoppelung der Preispolitik von der Einkommenspolitik die Rede. Gleichzeitig sollen aber die Grundprinzipien der gemeinsamen Agrarmarktorganisationen beibehalten werden, also auch die Gemeinschaftspräferenz und das zu ihrer Durchführung konzipierte Abschöpfungs- und Erstattungssystem. Damit bleibt die Festsetzung von Agrarpreisen nach wie vor dem agrarpolitischen Entscheidungsprozeß überlassen mit der Folge, daß nach wie vor die Gefahr einer Fehlsteuerung besteht.

422. Die den Landwirten zum Ausgleich für die drastischen Preissenkungen in Aussicht gestellten Beihilfen und Prämien stellen im Prinzip eine Mischung aus

Deficiency-Payment-System und direkten Einkommensübertragungen dar. Zwar soll zur Vermeidung von Intensitätseffekten der Ausgleichsbetrag nicht direkt an die laufende Produktion der Betriebe gebunden sein, sondern auf der Grundlage regionaler Durchschnittserträge errechnet werden. Dieser Ausgleichsbetrag soll aber nach den Vorstellungen der Kommission regelmäßig überprüft werden, um der Entwicklung der Produktivität sowie der erwarteten Entwicklung des Binnenmarktes und des Weltmarktes Rechnung zu tragen. Daraus kann man schließen, daß beabsichtigt ist, diese Zahlungen nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft zu gewähren. Dies wäre eine Rückkehr zu einer einkommensorientierten Protektionspolitik, die eine erhebliche Steigerung der volkswirtschaftlichen Kosten der Agrarpolitik zur Folge haben könnte. Die in den letzten Jahren mühsam auf den Weg gebrachten Liberalisierungsschritte würden wieder konterkariert. Wenn es darum geht, die von der EG-Kommission vorgeschlagenen drastischen Agrarpreissenkungen für einige Marktordnungserzeugnisse in ihren Einkommens- und Vermögenswirkungen für die Landwirte durch Ausgleichszahlungen abzufedern, dann müssen diese zeitlich befristet und degressiv gestaltet werden. Auch kann ein solcher Schritt nicht sinnvoll nur auf einige Marktordnungen begrenzt werden. Wenn eine grundlegende Reform in Angriff genommen wird, dann müßte sie konsequenterweise alle wichtigen Produktbereiche einbeziehen.

423. Auch den Vorstellungen der EG-Kommission hinsichtlich der Staffelung der Zahlungen nach Betriebsgrößen und anderen betrieblichen Kriterien ist entgegenzutreten. Das von der Kommission selbst in den Vordergrund gestellte Ziel der Reform, die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft, wird durch eine gezielte Diskriminierung größerer Betriebe unterlaufen. Bereits gegenwärtig werden kleine und mittlere Betriebe vor allem bei nationalen Stützungsprogrammen begünstigt. Eine Stärkung dieser Tendenz würde die Entwicklung wettbewerbsfähiger Betriebseinheiten behindern. Der Anreiz zu organisatorischen Änderungen wie zum Beispiel Betriebsteilungen, durch die eine bessere Ausschöpfung der Fördermöglichkeiten erreicht werden kann, würde erheblich zunehmen. Von einem nach Produkten, Betriebsgrößen und Regionen differenzierten Beihilfesystem würden — angesichts der großen Strukturunterschiede der Landwirtschaft in den Ländern der EG — stark diskriminierende Wirkungen ausgehen. Insbesondere Länder und Regionen, in denen große landwirtschaftliche Betriebseinheiten dominieren, würden benachteiligt werden; zu solchen Regionen zählen vor allem auch die neuen Bundesländer. Ein solches Beihilfesystem würde außerdem einen enormen administrativen Aufwand erfordern. Der ohnehin schon erhebliche Anreiz zum Subventionsmißbrauch, der von dem komplexen System der EG-Agrarpolitik ausgeht, würde sich noch weiter verstärken.

424. Bei der Diskussion um die Kommissionsvorschläge kommt oftmals zu kurz, daß es um die Grundsatzentscheidung „Preisstützung oder direkte Einkommensübertragungen" gar nicht mehr geht. Neben der Preisstützungspolitik sind vielfältige Formen von Einkommensübertragungen an die Landwirtschaft längst agrarpolitische Realität. Bei den Vollerwerbsbetrieben des Testbetriebsnetzes für den Agrarbericht der Bundesregierung machen direkte betriebsbezogene Einkommensübertragungen seit Jahren etwa 30 vH des Reingewinns aus. Das Hauptaugenmerk der EG sollte auf die Wettbewerbswirkungen solcher Programme gerichtet sein. Unter gesamtwirtschaftlichen Allokationsaspekten kommt es weniger darauf an, die bisher vor allem aus nationalen Programmen resultierenden Einkommensübertragungen durch EG-Programme zu stärken, sondern darauf, ein Ausufern solcher Programme zu verhindern.

Wenn man im Zusammenhang mit drastischen Agrarpreissenkungen zusätzliche Einkommensübertragungen an Landwirte gewähren will, dann sollten die Übertragungen an eine historische Bemessungsgrundlage geknüpft, zeitlich befristet und degressiv gestaffelt werden. Eine solche Gestaltung direkter Einkommensübertragungen könnte auch den GATT-Verhandlungen zum Abbau der internationalen Agrarprotektion neue Impulse geben. Solche Einkommensübertragungen könnten, anders als an Flächen oder Tierbestand gebundene Beihilfen, eher in die sogenannte „Green-Box" Aufnahme finden und damit von der Abbauverpflichtung ausgenommen sein. Vorrangige Aufgabe der EG ist es, für solche Einkommensübertragungen den Rahmen zu setzen; sie muß aber nicht auch deren Finanzierung übernehmen. Die Finanzierung könnte, je nach Haushaltslage der EG, zumindest teilweise auch von den nationalen Haushalten getragen werden. Der einzig wirksame Druck auf eine Eindämmung der volkswirtschaftlichen Verschwendung durch die Agrarpolitik ist bisher von den Haushaltsbeschränkungen ausgegangen. Dieser Druck muß erhalten bleiben. Deshalb sollte die EG-Agrarleitlinie, die den Anstieg der Marktordnungsausgaben begrenzt, auf jeden Fall beibehalten werden.

425. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Agrarproduktion zu steigern, muß sich ein erheblicher Wandel in den Agrarstrukturen hin zu wettbewerbsfähigen Einheiten, die im Voll-, Zu- oder Nebenerwerb bewirtschaftet werden, vollziehen können. Diesen Wandel zu fördern, nicht ihn aufzuhalten, sollte ein Hauptanliegen der Agrarpolitik sein. Eine Lockerung strukturkonservierender Regelungen (wie zum Beispiel der Quotensysteme) und energische Liberalisierungsschritte, durch die auch die GATT-Verhandlungen vorangebracht werden können, sind gefordert.

III. Europäisches Zentralbanksystem: Stabilitätsziel verankern

426. Auf dem Weg zur Europäischen Währungsunion, das heißt zur Errichtung einer Europäischen Zentralbank mit der alleinigen Verantwortung für die europäische Geldpolitik, ist der Übergang zur „zweiten Stufe" ab 1. Januar 1994 vorgesehen. Nachdem die erste Stufe am 1. Juli 1990 mit der Liberalisierung des Kapitalverkehrs in Europa begann, soll in der zweiten Stufe eine Europäische Monetäre Institution gegründet werden, die im wesentlichen Koordina-

tionsaufgaben im Vorfeld der dritten Stufe wahrnehmen soll.

Nach wie vor ist die Errichtung einer eigenständigen monetären Institution für die zweite Stufe nicht überzeugend begründet. Da die nationalen Währungsbehörden in dieser Phase ihre volle Kompetenz behalten, bliebe die Europäische Monetäre Institution mangels Kompetenzen eine leere Hülse. Aufgaben der Koordination kann ein Gremium der Notenbankgouverneure wahrnehmen, ohne daß es dazu einer neuen Institution bedürfte.

427. Wahrscheinlich ist allerdings, daß sich die Europäische Monetäre Institution in der Praxis doch Kompetenzen anzueignen versucht. Dabei wird sie sogar die Unterstützung von Mitgliedsstaaten erfahren, denen die Koordination der Notenbankpolitik zwischen den Ländern nicht wirkungsvoll genug erscheint. Tendenzen in diese Richtung werden stärker werden, wenn die zweite Stufe länger als vorgesehen anhält. Die Geldpolitik geriete in eine unheilvolle Grauzone, in der nationale geldpolitische Kompetenz und von der europäischen Institution beanspruchte Kompetenz gegeneinanderstoßen.

In der Europäischen Monetären Institution wären auch Notenbanken vertreten, die von staatlichen Weisungen nicht unabhängig sind. Regierungsstellen würden, sofern die monetäre Institution doch Beschlüsse mit Bindungswirkung für die Mitgliedsstaaten treffen dürfte, faktisch Einfluß auf die Geldpolitik gewinnen. Dies steht in einem klaren Widerspruch zu dem notwendigen und anerkannten Prinzip, daß die geldpolitischen Instanzen von staatlichen Weisungen unabhängig sein müssen.

Es ist absehbar, daß es trotz der auch öffentlich geäußerten Vorbehalte zur Errichtung einer monetären Institution kommt. Folgende Regelungen würden helfen, Fehlentwicklungen in der zweiten Stufe entgegenzuwirken:

- Die Kompetenzen der nationalen geldpolitischen Instanzen bleiben uneingeschränkt erhalten; die Institution faßt keine Beschlüsse mit Bindungswirkung für die Notenbanken der Mitgliedsstaaten. Dies ist schon deshalb nötig, weil Länder auch dann teilnehmen können, wenn sie den Konvergenzkriterien nicht genügen und ihre Zentralbanken noch nicht unabhängig sind, und weil die für die künftige Europäische Zentralbank vorzusehenden strengen Regelungen noch nicht gelten. Mit der Übertragung von Kompetenzen würde die Gefahr entstehen, daß die dritte Stufe zeitlich hinausgeschoben und statt dessen der „weiche Standard" der zweiten Stufe perpetuiert würde.
- Soweit die monetäre Institution Empfehlungen ausspricht, müssen sie einstimmig getroffen werden. Dies soll verhindern, daß die Vertreter von Notenbanken, die staatlichen Weisungen unterliegen, in der Institution dominieren können.
- Die monetäre Institution rekrutiert kein eigenes Personal. Das Leitungsgremium besteht nur aus den Gouverneuren der Notenbanken. Mitarbeiter werden im Wege der Abordnung von den einzelnen Notenbanken zeitlich befristet bereitgestellt. Damit soll einer bürokratischen Verfestigung dieser Institution entgegengewirkt werden.

428. Über die Ziele der europäischen Geldpolitik und die Voraussetzungen für den Eintritt in die dritte Stufe, die mit der Aufnahme der Tätigkeit einer Europäischen Zentralbank beginnt, herrscht weitgehend Einigkeit. Die Europäische Zentralbank wird dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet sein. Eine Voraussetzung für die dritte Stufe ist die Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung in den Mitgliedsstaaten. Beides sind unverzichtbare Elemente einer währungspolitischen Vereinigung Europas. Aber beides sind auch Elemente, die noch nicht ausreichen, die Europäische Gemeinschaft verläßlich zu einer Stabilitätsgemeinschaft werden zu lassen.

Die Prüfung, wie ernst es mit der Geldwertstabilität wirklich ist, besteht die Gemeinschaft nicht schon mit der Festschreibung des Zieles im Statut der Zentralbank; sie wird erst durch den faktischen Vollzug des Zieles bestanden. Nicht ausschließen kann man, daß einige Mitgliedsstaaten die Kosten der Inflationsbekämpfung als zu hoch empfinden können und daraufhin die Europäische Zentralbank zur Relativierung des Zieles drängen.

Auch die Konvergenz ist noch nicht hinreichend. Zwar ist es nötig, daß beim Start in die dritte Stufe keine monetären und realwirtschaftlichen Divergenzen zwischen den Teilnehmerstaaten vorliegen, die Wechselkursänderungen nötig machen würden. Aber Konvergenz beim Start in die dritte Phase schließt nicht aus, daß im weiteren Verlauf doch wieder realwirtschaftliche Divergenzen zwischen den Teilnehmerstaaten auftreten. Auch wenn das Instrumentarium der Geldpolitik nicht geeignet ist, regionale Anpassungslasten in einem einheitlichen Währungsraum zu mildern, wird Druck auf die Notenbank ausgeübt werden, die monetären Zügel mit Rücksicht auf die hinterherhinkenden Regionen nicht straff zu ziehen.

Man muß also davon ausgehen, daß die Europäische Zentralbank trotz der Vorgabe des Zieles der Geldwertstabilität und trotz der bei Beginn erreichten Konvergenz im weiteren Verlauf in Konfliktsituationen geraten kann. Der Konflikt wird in der Regel darin bestehen, daß von der Notenbank eine Lockerung des als zu restriktiv empfundenen Kurses verlangt wird. Soll dabei die Notenbank nicht den kürzeren ziehen und damit letztlich die Geldwertstabilität beeinträchtigt werden, gibt es nur einen Ausweg: die Unabhängigkeit der Notenbank institutionell fest verankern.

429. Der Gestaltung der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank kommt daher große Bedeutung zu. Notwendig, aber nicht hinreichend ist es, daß in dem Statut der Europäischen Zentralbank die Unabhängigkeit festgeschrieben wird. Darüber hinaus muß dafür gesorgt werden, daß die Unabhängigkeit nicht über andere Regelungen unterlaufen werden kann.

- Dem Notenbankgesetz darf neben dem Ziel der Geldwertstabilität kein weiteres Ziel für die Geldpolitik zugeordnet werden. Je mehr Zielen die Notenbank verpflichtet würde, desto mehr müßte sie in die allgemeine Wirtschaftspolitik eingebunden werden — mit nachteiligen Folgen für ihre Unabhängigkeit.

— Die im deutschen Notenbankgesetz enthaltene Verpflichtung, daß die Zentralbank „die allgemeine Wirtschaftspolitik der Regierung zu unterstützen" habe, sollte in einem europäischen Notenbankgesetz nicht zu finden sein. Die Formulierung würde — anders als es in Deutschland faktisch praktiziert wurde — anderen wirtschaftspolitischen Instanzen einen Hebel in die Hand geben, um die Notenbank zu einem bestimmten Kurs zu drängen.

— Die Notenbank darf staatlichen Instanzen keinerlei Kredite einräumen. Das Kreditvergabeverbot sollte sich auch auf Kassenkredite beziehen. Offenmarktpolitik mit Staatsschuldtiteln wird damit nicht ausgeschlossen.

— Sollten die europäischen Regierungen ihrer Wirtschaftspolitik gesamtwirtschaftliche Leitlinien zugrunde legen, dürfte die Europäische Zentralbank dort nicht eingebunden werden. Das schließt nicht aus, daß die Notenbank selbst mit monetären Zielvorgaben arbeitet, die von anderen wirtschaftspolitischen Instanzen berücksichtigt werden.

— Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß dem Europäischen Parlament Anhörungsrechte gegenüber der Europäischen Zentralbank eingeräumt werden. Sie dürfen sich jedoch nicht auf einzelne Maßnahmen der Notenbank beziehen, sondern müssen auf die Erläuterung des allgemeinen geldpolitischen Kurses der Notenbank beschränkt bleiben. Das Anhörungsrecht sollte nicht extensiv genutzt werden können, sondern auf eine Anhörung pro Halbjahr beschränkt werden.

— Als zwingende Voraussetzung für den Start in die dritte Stufe sollte vereinbart werden, daß die Notenbanken der Teilnehmerstaaten zuvor formal unabhängig gemacht worden sind. Zwischen der Erklärung der Unabhängigkeit und dem Beitritt zur Europäischen Währungsunion sollte eine bestimmte Zeit — etwa zwei Jahre — vergangen sein.

430. Sofern die europäische Währung gegenüber anderen Währungen floatet, sind Interventionen an den Devisenmärkten grundsätzlich nur erforderlich, um ungeordneten Marktverhältnissen, die gelegentlich auftreten können, entgegenzuwirken. Über derartige Interventionen kann nur die Europäische Zentralbank, die permanent an den Devisenmärkten präsent ist, entscheiden; ihr sollte daher das Interventionsrecht uneingeschränkt übertragen werden.

Schwierige Fragen wirft die Kompetenzzuteilung in der Wechselkurspolitik auf, wenn die europäische Währung mit anderen Währungen in einem Festkurssystem verbunden werden soll. Es ist unstrittig, daß die Entscheidung darüber, ob ein System fester Wechselkurse gewählt werden soll, nicht von der Europäischen Zentralbank, sondern vom Europäischen Rat zu treffen wäre. Die Entscheidung ist nur im Einvernehmen mit den Regierungen der dritten Länder möglich, deren Währungen in das Festkurssystem einbezogen werden sollen. Der Fall, daß in dem Festkurssystem unveränderliche Paritäten festgeschrieben werden, käme einer faktischen Erweiterung der Europäischen Währungsunion gleich. Darüber hätten die politischen Gremien zu entscheiden, nicht die Notenbank. Sind in dem Festkurssystem dagegen Paritätsänderungen zulässig — was die Regel sein wird —, stellt sich die Frage, wem dafür die Kompetenz übertragen werden soll.

431. Die Wechselkurskompetenz besitzen in Festkurssystemen regelmäßig die Regierungen. So entscheidet über Paritätsänderungen im Rahmen des EWS nicht die Deutsche Bundesbank, sondern die Bundesregierung in Abstimmung mit den Regierungen der Partnerländer. Es liegt nahe, diese Regelung analog auf die Europäische Währungsunion zu übertragen. Dagegen lassen sich jedoch gravierende stabilitätspolitische Bedenken vorbringen. In einem solchen Festkurssystem kann die Notenbank in den Konflikt geraten, einen bestimmten Wechselkurs verteidigen zu müssen, auch wenn die dafür notwendige Geldmengenveränderung mit der primären geldpolitischen Aufgabe, der Aufrechterhaltung der Geldwertstabilität, kollidiert. Verweigern die Regierungen in dieser Situation eine Neufestsetzung der Paritäten, die die Notenbank von Interventionslasten befreit, könnte die Notenbank ihre stabilitätspolitische Aufgabe praktisch nicht mehr erfüllen. Solch ein Aushebeln der geldpolitischen Handlungsautonomie durch falsche Wechselkurse ist nicht nur eine theoretische Gefahr; in der Endphase des Bretton Woods-Systems war zum Beispiel die D-Mark lange Zeit gegenüber dem Dollar auf einem unterbewerteten Niveau festgehalten worden. In die politischen Entscheidungen über die Neufestsetzung von Wechselkursen gehen andere als nur stabilitätspolitische Überlegungen ein, unter Umständen zum Nachteil der Geldwertstabilität.

432. Die Alternative wäre, der Europäischen Zentralbank die Wechselkurskompetenz zu übertragen. Aber auch diese Lösung stößt auf beträchtliche Bedenken. Die Europäische Zentralbank könnte eine Neufestsetzung der Paritäten nicht im Alleingang realisieren, sondern müßte dies im Einvernehmen mit den Regierungen der Drittländer tun. Treten hierbei Konflikte auf, müßte die Zentralbank zu Kompromissen bereit sein, die sie in Spannung mit ihrer stabilitätspolitischen Aufgabe bringen könnte. Vermutlich würde die Europäische Zentralbank auf der internationalen Ebene eine geringere politische Autorität als die europäischen Regierungen besitzen; sofern dies der Fall ist, läßt sich die europäische Position in der Wechselkurspolitik durch die Notenbank nur mit geringerem Gewicht vertreten als durch die Regierungen. Zeigte sich die Notenbank in den Verhandlungen mit den Regierungen dritter Staaten nicht zum Kompromiß bereit, entstünde möglicherweise ein politischer Konflikt zwischen Europa und den im Festkurssystem verbundenen Drittländern. Da letztlich die Regierungen die politische Verantwortung für die von ihnen abgeschlossenen Verträge — zu ihnen gehört die Vereinbarung eines Festkurssystems — tragen müssen, wäre die politische Führung Europas schließlich doch gezwungen, ihre Entscheidung an die Stelle der Entscheidung der Notenbank zu setzen.

Die Europäische Zentralbank könnte, hätte sie die Wechselkurskompetenz — insbesondere im Verhältnis zu kleineren Ländern —, durch häufige Paritätsän-

derungen die Grundsatzentscheidung der europäischen Regierung zugunsten fester Wechselkurse faktisch unterlaufen. Das würde den Absichten der politischen Führung, die wirtschaftliche Integration mit einem dritten Land durch die Vereinbarung fester Wechselkurse zu fördern, entgegenwirken. Damit nicht ein permanenter Streit zwischen der Zentralbank und den politischen Instanzen darüber entsteht, ob eine bestimmte Frequenz von Paritätsanpassungen noch mit dem Grundsatz fester Wechselkurse zu vereinbaren ist, müßten Regeln formuliert werden, die die Häufigkeit und das Ausmaß der zulässigen Paritätsänderungen begrenzen. Jedenfalls würde es nicht genügen, das Kriterium der Geldwertstabilität zum alleinigen Maßstab für die Partitätsänderung zu machen. Angesichts des komplexen Zusammenhangs zwischen Wechselkursänderung und Preisentwicklung wird es — außer bei gravierend fehlerhaften Wechselkursen — im allgemeinen strittig sein, ob ein Realignment geboten ist oder nicht.

Regeln wären auch nötig, um zu verhindern, daß die Europäische Zentralbank aus Stabilitätsgründen eine latente Überbewertung der europäischen Währung ohne Rücksicht auf die realwirtschaftlichen Konsequenzen verfestigt. Solche Regeln würden der Zentralbank Handlungsmaßstäbe vorgeben müssen. Damit wird die Unabhängigkeit der Zentralbank — die man durch die Übertragung der Wechselkurskompetenz gerade stärken wollte — empfindlich beeinträchtigt. Würde man auf Regeln verzichten, wäre die Gefahr groß, daß die politische Führung den Streit über die Wechselkurspolitik zum Anlaß nähme, die Unabhängigkeit der Notenbank grundsätzlich in Frage zu stellen. Auf europäischer Ebene gibt es bei der Bevölkerung wohl kaum ein so starkes Engagement zugunsten einer unabhängigen Zentralbank, wie das in Deutschland der Fall ist. Es nutzt der Unabhängigkeit der Zentralbank sicherlich mehr, wenn sie auf ein Instrument wie den Wechselkurs, bei dessen Anwendung sie in Konflikt mit den Regierungen der im Festkurssystem verbundenen ausländischen Regierungen und mit den europäischen Regierungen geraten kann, lieber verzichtet.

Alles in allem ist das geringere Übel darin zu sehen, daß die Wechselkurskompetenz bei den europäischen Regierungen verbleibt. Jedoch sollten die Regierungen das Benehmen mit der Europäischen Zentralbank herstellen. Es sollte jedoch mit aller Klarheit ins Bewußtsein gerückt werden, daß die Festlegung von Wechselkursen es der Europäischen Zentralbank nicht unmöglich machen darf, das Ziel der Geldwertstabilität wirksam zu verfolgen.

433. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Horst Siebert, ist in bezug auf die Zuordnung der Wechselkurskompetenz in einem System fester Wechselkurse anderer Meinung. Bei einer institutionellen Regelung für die Europäische Zentralbank muß — wenn die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank sichergestellt werden soll — geregelt sein, ob der Zentralbank die Wechselkurskompetenz in einem System fixer Wechselkurse zusteht. Sicherlich muß dabei die Grundsatzentscheidung über das Wechselkurssystem selbst, also über flexible oder fixe Kurse, einer politischen Entscheidung vorbehalten bleiben. Die Entscheidung über die Höhe des Wechselkurses sollte jedoch Sache der Europäischen Zentralbank sein. Hat die Zentralbank die Wechselkurskompetenz nicht oder wird zumindest nicht Einvernehmen mit ihr als Bedingung gesetzt, so ist ihre Unabhängigkeit nicht gewährleistet. Ein politisch gesetzter Wechselkurs kann den geldpolitischen Handlungsspielraum der Zentralbank einengen und es ihr unmöglich machen, zumindest aber erheblich erschweren, die Preisniveaustabilität zu verteidigen. Dies belegen die Erfahrungen aus dem Bretton Woods-System. Bei der neuen institutionellen Regelung für das Geldwesen in Europa zielen viele Ansätze — wie Vorschriften über die zulässige Höhe von Budgetdefiziten der europäischen Staaten — darauf ab, den politischen Druck auf die Notenbank zu limitieren, um auf diese Weise ihre Unabhängigkeit zu sichern. Die Zuweisung der Wechselkurskompetenz an die Zentralbank in einem Fixkurssystem hat das gleiche Ziel. So weit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

434. Grundsätzlich sollten möglichst alle Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft an der Europäischen Währungsunion teilnehmen: So würde das Ziel der Geldwertstabilität europaweit verankert. Voraussetzung ist allerdings, daß mit steigender Teilnehmerzahl nicht Prozesse unterstützt werden, die auf eine Lockerung des stabilitätspolitischen Anspruchs der Geldpolitik gerichtet sind. Inflationärer Druck kann insbesondere durch hohe Budgetdefizite und durch Verteilungskämpfe entstehen. Jedoch muß gesehen werden, daß eine wirksame Stabilitätspolitik der Europäischen Zentralbank auch einen disziplinierenden Druck auf Länder ausüben kann, die sich bis dahin nicht durch monetäre Stabilität ausgezeichnet haben.

Damit die europäische Geldpolitik der Stabilität verpflichtet wird, sollten folgende Kriterien berücksichtigt werden:

- Teilnahmeberechtigt (nicht teilnahmeverpflichtet) an der Währungsunion sind nur Mitgliedsstaaten, deren Budgetdefizit und deren Inflationsrate über einen längeren Zeitraum nicht über einem niedrig anzusetzenden Wert liegt. Bei einem späteren Beitritt ist zusätzlich zu fordern, daß das Land über einen längeren Zeitraum bei enger Bandbreite keine Wechselkursänderung gegenüber der Währung in der Europäischen Währungsunion vorgenommen hat.
- Für einen späteren Beitritt wird eine Aufnahmeprozedur vorgesehen, die es ausschließt, daß ein Land Konditionen für den Beitritt, zum Beispiel finanzielle Unterstützungen oder Übergangsregelungen, aushandeln kann. Die Prüfung des Beitrittsantrags beschränkt sich darauf festzustellen, ob die Konvergenzvoraussetzungen erfüllt sind.
- In der Wirtschafts- und Währungsunion muß die Verankerung der marktwirtschaftlichen Grundsätze für Europa festgeschrieben werden. Regelungen, die es der Europäischen Zentralbank erschweren würden, ihren Stabilitätsauftrag zu erfüllen — wie zum Beispiel eine weitreichende Indexierung —, müssen ausgeschlossen werden.

Für Haushaltsdefizite vereinbaren die beteiligten Länder Höchstwerte. Bei Überschreiten dieser Gren-

zen setzen Konsultationen ein, die auf die Reduzierung der Budgetdefizite gerichtet sind. Soweit ein Teilnehmerstaat über längere Zeit höhere Defizite aufweist, werden Zahlungen aus den Fonds der EG (Regionalfonds, Strukturfonds, Agrarfonds) gekürzt oder andere Sanktionen ergriffen.

IV. Die Integration Osteuropas

435. Die Hinwendung der osteuropäischen Länder zur Marktwirtschaft hat für Europa eine neue Aufgabe geschaffen: die Integration der osteuropäischen Volkswirtschaften. Wenn die Integration gelingt, bietet das große Chancen für eine Verstärkung der wirtschaftlichen Dynamik in ganz Europa. Damit sie gelingt, ist die Unterstützung der Reformen durch die Gemeinschaft notwendig; die Unterstützung muß dazu beitragen, daß die Transformation von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft in Osteuropa irreversibel wird.

Die ersten Schritte Osteuropas in die Marktwirtschaft gehen mit beträchtlichen Belastungen — Produktionsrückgang, beschleunigte Geldentwertung, anschwellende Arbeitslosigkeit — einher (Ziffer 36). Sie sind durchweg Erblast des zusammengebrochenen sozialistischen Wirtschaftssystems und verunsichern die Menschen tief. Widerstände derjenigen Gruppen in der Gesellschaft, die durch die Abkehr vom sozialistischen System bisherige Privilegien verloren haben, tragen Instabilität in diese Staaten. Auch wenn wohl nirgendwo die Rückkehr zur Planwirtschaft alten Musters zu befürchten ist, kann mangelnde Akzeptanz der mit dem Systemwandel einhergehenden Anpassungslasten zu Rückschlägen im Reformprozeß führen.

Die Gemeinschaft hat zur Unterstützung der Reformen in den Staaten Osteuropas keine Alternative. Mißerfolg bei der marktwirtschaftlichen Umgestaltung und desolate wirtschaftliche Aussichten in Osteuropa würden die Gemeinschaft alsbald mit dem Problem größerer Zuwanderungen konfrontieren. Zwar können Zuwanderungen, wenn die Menschen nicht von den Arbeitsmärkten ferngehalten werden, durchaus auch positive Wirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in Westeuropa auslösen. Doch zeigt sich schon heute fast überall in Europa, daß Zuwanderungen ein erhebliches gesellschaftspolitisches Konfliktpotential beinhalten können.

436. Der Beitrag der EG zur Unterstützung der Reformen in den osteuropäischen Ländern muß mehrere Elemente umfassen.

- Öffnung der westeuropäischen Absatzmärkte für osteuropäische Produkte: Die osteuropäischen Staaten sind derzeit nur mit wenigen Produkten an den Weltmärkten konkurrenzfähig. Die Produkte, die sie noch am ehesten liefern können — Agrarprodukte, Textilien, Stahl, Kohle —, unterliegen in Westeuropa protektionistischen Eingriffen. Schon bislang gab es gute Gründe, auf einen Abbau des Protektionismus in der Europäischen Gemeinschaft zu drängen. Mit Blick auf Osteuropa wird der Abbau unverzichtbar.
- Hilfe bei der Errichtung der in einer Marktwirtschaft benötigten Institutionen: Vor allem im Bereich des Finanzsystems fehlen in Osteuropa vielfach noch die notwendigen institutionellen Vorkehrungen. Ein leistungsfähiges Bankensystem, eine der Stabilität verpflichtete Zentralbank, ein funktionsfähiger Kapitalmarkt, ein effizientes System der Besteuerung — das sind die unverzichtbaren Stützpfeiler einer marktwirtschaftlichen Ordnung.
- Private Kapitalbereitstellung zur Schaffung einer wettbewerbsfähigen Unternehmensbasis: In Osteuropa müssen wettbewerbsfähige Unternehmen entstehen. Aus eigener Kraft wird das dort kaum zu schaffen sein, denn die westlichen Konkurrenzunternehmen haben einen Wettbewerbsvorsprung, der sich nach Jahrzehnten berechnet. Schnellen Aufschluß zum Weltmarktniveau bieten den Unternehmen private Investoren aus den westlichen Ländern, die nicht nur Kapital, sondern vor allem auch ihr Know-how im Bereich der Produktion, des Managements und des Marketings einbringen können.
- Öffentliche Transfers: Ansatzpunkte für öffentliche Transfers sind vor allem Hilfen zum Ausbau der Infrastruktur und humanitäre Hilfe.

Daß in dieser Auflistung die Öffnung der westeuropäischen Märkte vornean steht, ist wohlbedacht. Der marktwirtschaftliche Reformprozeß führt nur dann zu den erwünschten Ergebnissen, wenn die osteuropäischen Staaten in die internationale Arbeitsteilung eingebunden werden. Private Investoren, deren Initiative dem Erneuerungsprozeß in Osteuropa letztlich zum Durchbruch verhelfen muß, werden Standorte in Osteuropa meiden, wenn die Belieferung des westeuropäischen Marktes von diesen Ländern aus schwer ist. Protektionismus gegen Osteuropa würde den Anreiz für Wanderungen erhöhen, weil er die nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Osteuropa hinauszögert. Auch deshalb sollte die Öffnung für osteuropäische Güter unkonditioniert erfolgen.

437. Die osteuropäischen Staaten suchen die Nähe zur Gemeinschaft. Für eine Vollmitgliedschaft fehlen jedoch die ökonomischen Voraussetzungen. Die Gemeinschaft bietet daher die Assoziierung an. Mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei sind bereits Ende 1990 Verhandlungen begonnen worden, die den Übergang von der Kooperation zur Assoziierung einleiten sollen. Angestrebt werden dabei Schritte in Richtung auf eine Freihandelszone, die Intensivierung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Kultur sowie die Intensivierung des politischen Dialogs. Mit der Assoziierung gehen die osteuropäischen Staaten die Verpflichtung ein, ihren eigenen Reformprozeß und damit die Öffnung ihrer Märkte voranzutreiben. Können sie glaubhaft machen, daß sie dieser Verpflichtung nachkommen werden, wird das die Kreditwürdigkeit der osteuropäischen Staaten auf den internationalen Kapitalmärkten stärken.

438. Neben der Öffnung der westeuropäischen Märkte für osteuropäische Anbieter ist finanzielle Unterstützung der Reformländer notwendig. Bei den öffentlichen Transfers stellt sich die Frage der Lastentei-

lung bei den Geberstaaten, also zwischen den europäischen Staaten, den nordamerikanischen Staaten und Japan. Verteilungsschlüssel wie das Bruttosozialprodukt, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Pro-Kopf-Einkommen, können praktikable Maßstäbe liefern.

Auf jeden Fall scheint es aber notwendig, daß die westlichen Staaten die Koordination bei ihrer finanziellen Unterstützung Osteuropas fortführen und intensivieren. Anderenfalls würde Trittbrettfahrerverhalten eine wirksame Unterstützung kaum zustande kommen lassen, denn von einer weltwirtschaftlichen Integration der osteuropäischen Staaten können praktisch alle westlichen Staaten unabhängig davon profitieren, ob sie sich an der Vorfinanzierung des Reformprozesses beteiligt haben oder nicht. Die von den Geberstaaten bereitgestellten Finanzierungsmittel sollten gepoolt und unter Nutzung vorhandener Institutionen wie der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds oder der Osteuropabank verteilt werden.

439. Die über die humanitäre Hilfe hinausgehenden öffentlichen Transfers an die osteuropäischen Länder sollten grundsätzlich konditioniert und zweckgebunden sein. Die Konditionierung bindet die Transferzahlungen daran, daß die osteuropäischen Staaten ohne Wenn und Aber auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Ordnung voranschreiten. Nur dann ist westliche finanzielle Hilfe überhaupt sinnvoll. Zugleich stärkt Konditionierung die reformwilligen Gruppen in den osteuropäischen Staaten gegenüber den retardierenden Kräften.

Bei der Konditionierung kann es freilich nicht darum gehen, daß die westlichen Geberländer ihre Vorstellungen von einem marktwirtschaftlichen Reformprozeß undifferenziert auf alle osteuropäischen Länder übertragen. Die einzelnen Staaten Osteuropas müssen ihre Reformkonzeption in eigener Verantwortung entwickeln. Wichtig ist nur, daß die einmal zwischen dem Staat und den westlichen Geldgebern abgestimmte Reformkonzeption verbindlich ist.

440. Die Zweckbindung der westlichen Transferzahlungen soll zur effizienten Mittelverwendung in den osteuropäischen Staaten beitragen. Es muß klargestellt sein, daß von den Transfers nur das konsumtiv verwendet wird, was ausdrücklich als humanitäre Hilfe deklariert ist. Der Schwerpunkt der Hilfe muß bei der Förderung öffentlicher Investitionen liegen, weil diese von zentraler Bedeutung für die Entfaltung der privaten Initiative sind. Das läßt sich am besten erreichen, wenn die Mittelvergabe an konkrete Investitionsprojekte gebunden ist. Dem widersprächen ungebundene Zahlungsbilanzhilfen.

441. Die Unterstützung durch westeuropäische Länder kann die eigenen Anstrengungen der osteuropäischen Staaten nur flankieren. Den Durchbruch zu einer leistungsfähigen Marktwirtschaft müssen sie aus eigener Kraft schaffen. Das Beispiel der neuen Bundesländer lehrt, daß Erfolg auch unter günstigen Bedingungen (irreversibler Übergang zur Marktwirtschaft, Übernahme bewährter Institutionen, Einbindung in einen Raum mit starker Währung, sofortige Marktöffnung, hohe Finanzzuweisungen) nur langsam zu erreichen ist. Die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit — das entscheidende Kriterium für den Reformerfolg — ist ein langwieriger Vorgang, da die Kapitalbildung Zeit braucht, die Umstellung der Menschen auf marktwirtschaftliche Verhaltensweisen nicht über Nacht geht, die Entwicklung neuer marktfähiger Produkte und die Erschließung neuer Märkte erst in Jahren zu schaffen ist.

Auch wenn Westeuropa die sensiblen Märkte (Agrar, Textil, Stahl, Kohle) öffnet, bleibt die Nachfrage nach diesen Gütern begrenzt. Je mehr osteuropäische Länder in diese Märkte drängen, desto schärfer wird der Wettbewerb. Um so mehr muß jedes einzelne Land um die Verbesserung seiner Angebotsbedingungen bemüht sein; offene Märkte nutzen nichts, wenn man keine wettbewerbsfähigen Produkte anzubieten hat.

Die Reformanstrengungen der osteuropäischen Länder müssen daher insbesondere darauf gerichtet sein, privates Kapital im Inland zu bilden, aber auch aus dem Ausland zu attrahieren, damit wettbewerbsfähige Unternehmen als solides Fundament einer neuen Wirtschaftsordnung entstehen können. Die Stabilisierung der Währung, die Liberalisierung des Außenhandels, Gewerbefreiheit, freier Gewinntransfer sind wichtige Elemente dieser Reform. Vieles von dem ist in Osteuropa schon in Angriff genommen worden (Ziffer 38).

442. Die Europäische Gemeinschaft sollte grundsätzlich davon Abstand nehmen, private Kapitaltransfers nach Osteuropa mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Die privaten westlichen Kapitalgeber müssen auch bei Engagements in Osteuropa marktwirtschaftliche Auswahlkriterien — Rentabilität, Risiko — bei der Investitionsplanung und -finanzierung zugrunde legen. Wo Private die Risiken auf den Staat abwälzen können, wird die Maximierung des Investitionsvolumens ohne große Rücksichten auf die Rentabilität zum Ziel.

Daß die Europäische Gemeinschaft private Kapitalströme nicht fördert, schließt nicht aus, daß die osteuropäischen Staaten ihrerseits im Wettbewerb auch mit Mitteln der Investitionsförderung westliche Investoren zu gewinnen versuchen. Das wird ihnen unter sonst gleichen Umständen nur gelingen, wenn sie gegenüber westeuropäischen Standorten ein Präferenzgefälle für Investoren realisieren können. Hier muß die wirtschaftlich stärkere Europäische Gemeinschaft zum Stillhalten bereit sein. Würde sie investitionsfördernden Maßnahmen der osteuropäischen Staaten mit einer Ausweitung der investitionsfördernden Maßnahmen in Westeuropa begegnen, blieben die osteuropäischen Staaten im Wettbewerb der Standorte chancenlos.

VIERTES KAPITEL

Zum wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern

I. Dem Umstellungsprozeß Hindernisse aus dem Weg räumen

443. Was es an Anstrengung und Zeit erfordert, eine ganze Wirtschaft, die mehr als vierzig Jahre lang staatlich kommandiert war, auf die Anforderungen einer Marktwirtschaft umzurüsten, ist 1991 in aller Klarheit deutlich geworden. Kaum etwas in der ostdeutschen Wirtschaft kann so bleiben, wie es war: Die Produktionsanlagen müssen von Grund auf erneuert, berufliche Fertigkeiten und Kenntnisse auf einen neuen Stand gebracht, gewohnte Verhaltensweisen geändert, Mängel der Infrastruktur und des Standortgefüges behoben, gravierende Umweltschäden beseitigt werden.

Zur Bewältigung der unvermeidlichen Anpassungskrise und zur Nutzung der darin liegenden Chancen bedarf es der Entfaltung privater Initiative, aber auch einer Wirtschaftspolitik, die private Initiative unterstützt, sie anspornt und ihr Raum gibt. Wo ihre Mitwirkung unerläßlich ist, muß die Wirtschaftspolitik entschlossen handeln; wo es das Feld den Marktkräften zu überlassen gilt, muß sie sich zurückhalten. Dem Umstellungsprozeß Hindernisse aus dem Weg zu räumen, ist ihre Aufgabe, und nicht, ihn zu lenken.

444. An vorderster Stelle geht es darum, für günstige Investitionsbedingungen zu sorgen. Die kräftige finanzielle Förderung der Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern ist dabei keineswegs alles. Daß nicht rascher so viel Neues aufgebaut wird, wie aufgebaut werden muß, liegt auch an Engpässen beim Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft, die nicht mit weiteren Fördermitteln, sondern auf andere Weise zu beheben sind:

- Die auf ungeklärten Eigentumsverhältnissen beruhende Unsicherheit beim Investieren muß durch eine Beschleunigung der Verfahren zur Regelung offener Vermögensfragen ausgeräumt, Behörden und Verwaltungen müssen zu effizientem Handeln befähigt, neue Gewerbeflächen mit Nachdruck erschlossen, ökologische Sanierungskonzepte rasch entwickelt und die damit zusammenhängenden Finanzierungsfragen verläßlich geklärt werden (Ziffern 450ff.).
- Für einen zügigen Ausbau der Infrastruktur gilt es, sich bietende Privatisierungsmöglichkeiten zu nutzen und bei der Bereitstellung wie beim Betrieb auch Wege zu beschreiten, die bisher noch nicht gängig sind (Ziffern 463ff.).
- Wo immer die institutionellen Regelungen, die mit der politischen Einigung von der alten Bundesrepublik übernommen worden sind, die neuen Bundesländer fürs erste noch überfordern und so den Umstellungsprozeß erschweren, statt ihn zu erleichtern, sind temporäre Abweichungen und Ausnahmen vom Grundsatz eines einheitlich geltenden Rechtsrahmens zu prüfen. Langwierige Genehmigungsverfahren bei Infrastrukturinvestitionen sind dafür ein wichtiges Beispiel; sie sind durch befristete Sonderregelungen zu verkürzen (Ziffern 472ff.).

Aufschub verträgt die Lösung keiner dieser Aufgaben, wenn die Umstellung der ostdeutschen Wirtschaft mit kräftigen Schritten vorankommen soll.

445. Als Zwischeneigentümerin der ehemals volkseigenen Betriebe hat die Treuhandanstalt im Prozeß der wirtschaftlichen Umstrukturierung eine Schlüsselstellung. Ihre Aufgabe ist es, die ihr übertragenen Wirtschaftseinheiten dahin zu bringen, sich eigenständig am Markt zu behaupten, oder falls das nicht gelingt, die Liquidation zu betreiben. Sie hat bislang mit beachtlichem Erfolg die Privatisierung in der Einsicht vorangetrieben, daß dies zugleich die beste Gewähr für eine Sanierung biete. Die Gefahr, daß künftig andere Zielvorstellungen die Oberhand gewinnen, ist nicht gering zu schätzen; denn die Forderungen mehren sich, die Treuhandanstalt solle die umfassende Sanierung von Unternehmen, deren Privatisierung in absehbarer Zeit nicht in Aussicht steht, selbst in die Hand nehmen. Dies fordern heißt jedoch, die Treuhandanstalt in eine Strukturerhaltungsrolle drängen, in der sie leicht zu einer bürokratischen Dauerinstitution zur Verwaltung nicht wettbewerbsfähiger und damit ständiger Subventionierung bedürftiger Unternehmen werden könnte. Daraus folgt:

- Die Treuhandanstalt muß der Privatisierung weiterhin Vorrang vor der Sanierung mit eigenen Mitteln geben und dabei das Potential privatisierungsfähiger Unternehmen mit verstärkter Kraft ausschöpfen (Ziffern 479ff.).
- Sanierungspläne für noch nicht privatisierte Unternehmen dürfen nur innerhalb eines zeitlich und finanziell klar begrenzten Budgetrahmens gefördert werden (Ziffern 483f.).
- Eine Erhaltung nicht privatisierungsfähiger Unternehmen, die für eine Übergangszeit aus regionalpolitischen Gründen geboten sein kann, gehört nicht zu den Aufgaben der Treuhandanstalt; für die Regionalpolitik sind andere Träger zuständig (Ziffern 485ff.).

In ihrem Kernbereich, der Privatisierung, Sanierung und Stillegung der in ihrem Besitz befindlichen Unternehmen, muß die Tätigkeit der Treuhandanstalt in überschaubarer Zeit zum Abschluß kommen. Alles andere hieße, Mittel und Kräfte binden, die beim Neuaufbau fehlen.

446. Die Umrüstung auf die Marktwirtschaft darf sich nicht an den alten wirtschaftlichen Strukturen ausrichten. Diese würden wie ein schwerer Ballast in

die Zukunft mitgeschleppt und die Modernisierung behindern. Welche neue Wirtschaftsstruktur sich herausbildet, hängt von den Investitionsentscheidungen der Unternehmen ab und davon, was im Wettbewerb Bestand hat.

- Der Staat kann in einer Wettbewerbswirtschaft sektorale Strukturen nicht prägen, schon gar nicht in einem Umfeld, in dem nationale Grenzen — europaweit und darüber hinaus — immer mehr an Bedeutung verlieren (Ziffern 504 ff.).
- Auch die Regionalpolitik kann konkurrenzunfähige Strukturen nicht auf Dauer erhalten. Ihre Aufgabe ist es, in Ansehung der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen dafür zu sorgen, daß jede Region eine faire Chance hat, im Wettbewerb mit den anderen ihre Wirtschaftskraft entwickeln und entfalten zu können. Das spricht dafür, bei der Verwendung der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" die Fördersätze innerhalb der einzelnen Länder stärker zu differenzieren (Ziffern 513 ff.).

Daß sich in den neuen Bundesländern wegen der räumlichen Konzentration der einzelnen Industrien im alten Planungssystem die heutigen Regionalprobleme oft aus der Anpassungskrise eines Wirtschaftszweigs erklären, darf nicht dazu verleiten, unter regionalpolitischem Vorwand eine sektorale Erhaltungspolitik zu betreiben.

447. Die Arbeitsmarktpolitik muß ihre den Umstellungsprozeß flankierenden Instrumente dosiert einsetzen, damit sie den Neuaufbau fördert und nicht behindert. Sonderregelungen für Kurzarbeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dürfen, so wichtig sie sozialpolitisch auch sind, nicht dazu führen, daß die Motivation der Arbeitnehmer, sich um neue Qualifikationen und neue Arbeitsplätze zu bemühen, beeinträchtigt wird und daß private Unternehmen durch Wettbewerbsverzerrungen in ihrer Entwicklung behindert werden. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollten daher differenziert eingesetzt und auf Regionen konzentriert werden, in denen auf absehbare Zeit mit keiner Belebung der Wirtschaftstätigkeit zu rechnen ist. Das gilt auch für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unter der Trägerschaft von Beschäftigungsgesellschaften. Die Errichtung eines flächendeckenden Netzes solcher Gesellschaften ist eine Fehlentwicklung, die möglichst bald zurückgeführt werden muß (Ziffern 528 ff.).

Vorrang gebührt arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die der Qualifizierung dienen. Die aus der Not der Stunde geborene Sonderregelung für Kurzarbeit sollte, wie vorgesehen, zum Jahresende 1991 auslaufen. Bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen muß, damit die Anreize richtig gesetzt werden, eine Entlohnung möglich sein, die über dem Arbeitslosengeld, aber unter dem Tariflohn liegt (Ziffern 536 f.).

Allemal ist es besser, den Umstellungsprozeß durch günstige Investitionsbedingungen zu fördern, als den Weg der Lohnsubventionierung zu beschreiten (Ziffern 538 ff.). Wettbewerbsfähigkeit läßt sich auf Dauer nicht vortäuschen. Sie muß erarbeitet werden, und dazu bedarf es der Anstrengung aller.

448. Im Unterschied zu anderen Wirtschaftsbereichen wurde die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern nicht in vollem Umfang marktwirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen ausgesetzt, sondern in das komplexe System agrarpolitischer Regelungen überführt. Unsicherheiten über den künftigen Kurs der Agrarpolitik erschweren den gerade erst anlaufenden Übergang zu neuen Strukturen, die mit der Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gefunden werden müssen. Die in der Agrarpolitik bisher angelegte Diskriminierung großer Betriebseinheiten darf nicht dazu führen, daß mögliche Vorteile der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern, soweit dort in großen Einheiten kostengünstiger produziert werden kann, nicht zur Entfaltung kommen (Ziffern 543 ff.).

II. Überwindung wachstumshemmender Engpässe

449. Die ungeklärten Eigentumsverhältnisse, die noch nicht voll leistungsfähige Verwaltung, fehlende Gewerbeflächen, ökologische Altlasten und eine unzureichende Infrastruktur erschweren die wirtschaftliche Erneuerung in Ostdeutschland. Diese Faktoren erweisen sich als Engpaß, behindern Investitionen und lassen das Wachstumspotential, das durch die deutsche Vereinigung für die neuen Bundesländer angelegt ist, nicht voll zur Entfaltung kommen. Ostdeutschland hat auf mittlere und längere Frist durch die Integration in die deutsche und in die internationale Arbeitsteilung, durch den Aufbau eines neuen, modernen Kapitalstocks und durch die veränderten Anreize, die die Marktwirtschaft mit sich bringt, gute Wachstumschancen (SG 91 Ziffern 10 ff.). Die Investitionshemmnisse und Wachstumsbarrieren aus dem Weg zu schaffen, ist die entscheidende Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Die Beseitigung der Engpässe wird schwierig sein und Zeit brauchen — um so wichtiger ist es, neue Wege zu gehen und unkonventionelle Ansätze zu suchen, die den Abbau der Engpässe beschleunigen.

Klärung der Eigentumsverhältnisse

450. Das Grundproblem bei noch nicht privatisierten Unternehmen oder Immobilien ist, daß erst der Eigentümer entscheiden kann, welche Konzeption er für ein Unternehmen verfolgen und wie er ein Grundstück verwenden will. Ein Zwischeneigentümer wie die Treuhandanstalt kann die Konzeption des neuen Eigentümers nach einer Privatisierung nicht kennen. Hinzu kommt, daß der Erwerber oder der Restitutionsberechtigte in aller Regel nicht investieren wird, solange seine eigentumsrechtliche Position nicht gesichert ist. Zugleich resultiert aus den ungeklärten Eigentumsverhältnissen eine — wenn auch vorübergehende — Verknappung des Angebots an Immobilien. Ein Marktausgleich findet zu sehr hohen Preisen statt. Die Gründung neuer Unternehmen, aber auch die Renovierung von Häusern und die Erneuerung der Städte werden erheblich erschwert.

451. Der Verkauf von Unternehmen durch die Treuhandanstalt wurde bis zum März 1991 beeinträchtigt,

wenn Alteigentümer Ansprüche auf Restitution, sei es auch nur auf ein Teilgrundstück des Unternehmens, angemeldet hatten. Bei einer solchen Kollision zwischen der Privatisierung eines Unternehmens und der Restitution eines ehemaligen Eigentümers räumt jetzt § 3a Vermögensgesetz der Investition und Beschäftigung Vorrang ein. In diesem Fall können die Verfügungssperre und die Sperre für die Grundstücksverkehrsgenehmigung, die bei Anmeldung der Restitutionsansprüche eines Alteigentümers entstehen, aufgehoben werden. An die Stelle des Restitutionsanspruchs tritt ein Entschädigungsanspruch gegen den derzeit Verfügungsberechtigten. Der Alteigentümer kann als Kompensation den beim Verkauf erzielten Preis oder – unter Bedingungen – den Verkehrswert verlangen. Die Regelung ist bis 31. Dezember 1992 befristet. Verfügungsberechtigte sind faktisch die Treuhandanstalt und die Kommunen.

Ob die mit dem Vermögensgesetz intendierte Wirkung erreicht wird oder ob die Vorfahrtsregeln bei den Verwaltungsgerichten in langwierigen Prozessen stecken bleiben, ist derzeit schwer zu beurteilen. Grundsätzlich bleibt dem ehemaligen Eigentümer der Gang zu den Gerichten offen, so daß sich der Privatisierungsprozeß erheblich verzögern kann. Auch haben die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen keine vollständigen Informationen über die Ansprüche, so daß die Ämter derzeit nicht in der Lage sind, die für rechtsfehlerfreie Entscheidungen nach § 3a Vermögensgesetz erforderliche Auskunft über anhängige Verfahren zu erteilen. Weiterhin bringt die erforderliche Anhörung der Berechtigten Verzögerungen mit sich. Die eigentliche Entscheidung über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Vorfahrtsregelung braucht Zeit. Schließlich muß, wenn ein potentieller Investor aufgrund der sich abzeichnenden rechtlichen Auseinandersetzungen verunsichert ist und von seinen Kaufabsichten zurücktritt, das formale Prozedere, also die Gewährung der Erklärungsfrist, bei einem neuen potentiellen Käufer von vorne beginnen.

Allerdings deuten erste Erfahrungen darauf hin, daß § 3a Vermögensgesetz einen Anreiz darstellt, sich außergerichtlich zu einigen. Dabei tritt etwa der Restitutionsberechtigte sein Eigentumsrecht, das durch § 3a Vermögensgesetz für ihn wegen des ungewissen Ausgangs des Rechtsweges mit einem Risiko behaftet ist, gegen eine Abfindung an den potentiellen Investor ab. Der Investor erhält durch die Kompensationszahlung Rechtssicherheit. Zwangsläufig reduziert dies die Privatisierungserlöse des derzeit Verfügungsberechtigten.

In anderen Fällen, in denen beim Verkauf einer Unternehmung eine Einigung mit dem ehemaligen Eigentümer einer zu dem Unternehmen gehörenden Parzelle nicht vorliegt, etwa weil der Eigentümer nicht feststeht, kann der Kaufvertrag zwischen Investor und Treuhandanstalt einen Teil der Unsicherheit, die der Investor übernimmt, auffangen. Beispielsweise kann sich die Treuhandanstalt zur Zahlung gegenüber dem Investor verpflichten, wenn dieser einen Alteigentümer kompensieren muß. Durch die Kunst der Vertragsgestaltung zwischen den Beteiligten kann also die Unsicherheit in der Eigentumsfrage verringert werden.

Insgesamt macht die Treuhandanstalt von § 3a Vermögensgesetz verstärkt Gebrauch, während eine Anwendung insbesondere in kleinen Gemeinden häufig unterbleibt. Man darf vermuten, daß § 3a Vermögensgesetz die Hemmnisse bei der Privatisierung etwas entschärft hat.

452. Bei der Reprivatisierung von Unternehmen sind nach ersten, überschlägig ermittelten Angaben der Treuhandanstalt Rückgabeansprüche nach dem Vermögensgesetz für 17 000 Unternehmen angemeldet worden; die Zahl der Anträge liegt bei 40 000. Etwa 3 000 Unternehmen sind nach dem Gesetz vom 7. März 1990 an ihre Eigentümer zurückgegeben, 700 Unternehmen nach dem Vermögensgesetz reprivatisiert worden. Es wird damit gerechnet, daß von den insgesamt 17 000 Unternehmen 10 000 Fälle durch Restitution und 7 000 Fälle durch Entschädigung einschließlich der Rückgabe von Vermögensgegenständen stillgelegter Unternehmen gelöst werden. Die Rückgabe, die grundsätzlich durch die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen durchgeführt wird, kann im Falle einer gütlichen Einigung durch die Treuhandanstalt erfolgen. Dabei stattet die Treuhandanstalt die reprivatisierten Unternehmen im Vorgriff auf die Entschädigung nach dem Vermögensgesetz mit Kapital aus. Die kritischen Punkte liegen vor allem in Bewertungsfragen, beispielsweise bei der Bestimmung des Wertes von Anlagen, die seit der Enteignung geschaffen wurden, in der Regelung der Altschulden und in der Abschätzung ökologischer Altlasten.

453. Insbesondere im landwirtschaftlichen Bereich wird die Forderung nach einem förmlichen Rückkaufsrecht für diejenigen ehemaligen Eigentümer erhoben, die in der Zeit von 1945 bis 1949 enteignet wurden. Dadurch würde der Verkauf für investive Zwecke erheblich behindert. Es ist zu erwarten, daß eine solche Regelung aus Gründen der Gleichbehandlung nicht auf die Landwirtschaft beschränkt bleiben kann. Bei den von der Treuhandanstalt zu privatisierenden Unternehmen des gewerblichen Bereichs, die in der überwiegenden Mehrzahl Enteignungen aus der Zeit von 1945 bis 1949 sind, hätte ein förmliches Rückkaufsrecht erhebliche negative Wirkungen auf den zügigen Fortgang der Privatisierung.

454. Anderer Art sind die Schwierigkeiten bei der Restitution der Alteigentümer von Immobilien. Einmal erfordert die Wiedereinsetzung in das alte Eigentum erhebliche Verwaltungsarbeit, denn jeder Antrag muß in einem Verwaltungsakt in den Städten und Landkreisen entschieden werden. Derzeit liegen etwa 1,2 Millionen Anträge vor; allerdings sind darin Mehrfachzählungen enthalten, da Anträge an verschiedenen Orten gestellt wurden. Weiterhin sind die Grundbücher nach über vierzig Jahren, in denen Eigentumsrechte ohne Bedeutung waren, unvollständig und teilweise nur schwer zugänglich. Grundstücke müssen neu vermessen werden; am erforderlichen Fachpersonal mangelt es. Schließlich sind neben dem unzulänglichen Nachweis der dinglichen Rechte im Grundbuch oft komplexe Erbschaftsbeziehungen zu berücksichtigen.

Auch für die Restitution bei Immobilien gilt § 3a Vermögensgesetz. Anders als bei der Privatisierung und Reprivatisierung von Unternehmen bestehen hier noch keine Anhaltspunkte für die Vermutung, daß diese Regelung die Rechtsunsicherheit wesentlich entschärfen wird.

455. Um die Investitionsbarriere der ungeklärten Eigentumsverhältnisse abzubauen, bietet sich zusammenfassend folgendes an: Einmal gilt es, die Verfahren zur Wiedereinsetzung der ehemaligen Eigentümer von Immobilien zu beschleunigen; hierzu ist eine bessere personelle Ausstattung der örtlichen Verwaltungen, insbesondere der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen und der Grundbuchämter erforderlich. Schwierig zu beurteilen ist, ob durch Prioritätskriterien, die die Bedeutung einer Restitution für die wirtschaftliche Entwicklung widerspiegeln, die Unsicherheit über das Eigentum an Immobilien in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung entschärft werden kann. Zum anderen können eine Reihe der durch die ungeklärten Eigentumsverhältnisse hervorgerufenen Risiken durch eine vertragliche Gestaltung bei einer außergerichtlichen Einigung, in der Regel zwischen Restitutionsberechtigten, Verfügungsberechtigten und Investor — also durch eine Risikoallokation — erheblich reduziert werden. Damit würde die wirtschaftliche Bedeutung der Unklarheit bei den Eigentumsverhältnissen an Gewicht verlieren. Von daher kommt es darauf an, die Anreize so zu setzen, daß außergerichtliche Einigungen zustande kommen.

Erschwerend würde wirken, wenn rechtliche Änderungen vorgenommen würden, die — wie ein Rückkaufsrecht im Fall der Enteignungen in der Zeit von 1945 bis 1949 — den Druck zu einer außergerichtlichen Einigung verringern und generell die Verhandlungsposition der Treuhandanstalt verschlechtern.

Die Auswirkung der ungeklärten Eigentumsverhältnisse auf die Investitionen wird aber auch dadurch entschärft, daß die Marktparteien den mit Unsicherheit belegten Immobilien und Unternehmen ausweichen, die Engpässe also umgehen, und ihre Investition an einem anderen Standort mit eindeutigen Eigentumsrechten vornehmen. Wichtig ist deshalb, daß die Gemeinden zusätzlich Gewerbeflächen und Gelände für den Wohnungsbau ausweisen. Alle Maßnahmen, die die Enge des Immobilienmarktes aufheben und die derzeit überhöhten Immobilienpreise senken, sind hilfreich.

Stärkung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung

456. Die Transformation einer Zentralplanung in eine Marktwirtschaft stellt Parlamente, Regierungen und Behörden in den neuen Bundesländern vor Aufgaben, die im üblichen politischen Prozeß und im normalen Verwaltungshandeln in Westdeutschland in diesem Ausmaß nicht anfallen. Das was in den neuen Bundesländern verlangt wird, geht weit über die Routine in den alten Bundesländern hinaus. Vor allem die untere Verwaltungsebene hat bei der Bereitstellung von Gewerbeflächen, bei Grundstücksverhandlungen mit Investoren, bei Genehmigungen und bei anderen die Investitionen beeinflussenden Tätigkeiten wie bei der Restitution und im Katasterwesen wichtige Aufgaben zu erfüllen. Überdies sind zügige Entscheidungen gefragt.

Diese Aufgaben sind von einer Verwaltung zu leisten, die in wichtigen Bereichen neu geschaffen werden mußte. Soweit Verwaltungen bereits existierten, mußten sie neu organisiert werden und sich auf die neuen rechtlichen Regelungen umstellen. Inzwischen wurden beim Umbau der Verwaltung Fortschritte erzielt, zum Beispiel durch die Qualifizierung ostdeutscher Verwaltungskräfte und die Entsendung westdeutscher Verwaltungsspezialisten. Viele Mitarbeiter der Verwaltungen in den neuen Bundesländern erbringen, motiviert durch die notwendigen Aufbauarbeiten, überdurchschnittliche Leistungen.

457. Neben einer besseren personellen Ausstattung der Verwaltung, insbesondere einer Verbesserung der Qualifikation, sollte erwogen werden, Sonderregelungen bei der Besoldung vorzusehen, die der Überbeanspruchung des Personals beispielsweise durch eine großzügige Überstundenregelung Rechnung tragen. Solche Maßnahmen würden jedoch ihren Sinn verlieren, wenn sie nicht selektiv, sondern allgemein angewandt würden. Ferner sollten sie nur vorübergehend praktiziert werden.

Ein wichtiger Aspekt bei der Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung ist die Beschleunigung der Entscheidungsprozesse, insbesondere die zügigere Erteilung von Genehmigungen. Hierzu zählt ein schnelleres Gewähren von Baurechten im Rahmen von § 246a BauGB durch Vorhaben- und Erschließungspläne, vorzeitige Bebauungspläne, Teilflächennutzungspläne und städtebauliche Verträge. In manchen Bereichen kann die Auslagerung von Verwaltungsaufgaben an Private zu schnelleren Entscheidungen führen. So können Teilbereiche der Stadtentwicklungsplanung, die Sanierung von Wohngebieten, aber auch die Erschließung von Gewerbeflächen und Wohngebieten an Private vergeben werden.

458. Der Mangel an Gewerbeflächen hemmt Investitionen. Die Ursache für die Knappheit an Gewerbefläche liegt einmal darin, daß einzelne Städte nach eigener Darstellung über wenig freie Flächen, die für Gewerbezwecke geeignet wären, verfügen. Der Erwerb von Flächen auf dem Markt ist mit hohen Kosten verbunden, da der Bodenmarkt aus einer Reihe von Gründen eng ist. Investoren machen dagegen geltend, daß die Städte Flächen zurückhalten. Zum anderen besitzen manche der noch nicht privatisierten Unternehmen der Treuhandanstalt beachtliche nicht betriebsnotwendige Flächen. Da die meisten dieser Unternehmen bisher durch die Treuhandanstalt subventioniert wurden, bestand für sie kaum ein Anreiz, sich von den nicht betriebsnotwendigen Flächen zu trennen. Hier muß die Treuhandanstalt prüfen, ob durch den separaten Verkauf der Flächen nicht ein größerer volkswirtschaftlicher Nutzen entsteht als durch den späteren Verkauf der Unternehmung einschließlich der nicht betriebsnotwendigen Flächen. Dabei kann durch eine separate Verwertung der Flächen die Privatisierungschance für ein Unternehmen verringert werden. Bisher militärisch genutzte Flächen sind Eigentum des Bundes und stehen damit nicht in der Verfügung der Kommunen. Überdies sind diese Flä-

chen teilweise ökologisch belastet, so daß sie erst nach der Sanierung der Böden zur Verfügung stehen.

459. Das Angebot an Gewerbefläche ist wohl einer der entscheidenden Gestaltungsparameter, die die Gemeinden beim regionalen Standortwettbewerb zur Verfügung haben (Ziffer 516). Mit diesem Instrument können sie die Beschäftigungssituation in der Region verbessern, Voraussetzungen für eine positive Entwicklung der Wirtschaftsstruktur schaffen und auch auf längere Sicht die kommunalen Finanzen positiv beeinflussen. Wegen der Vielzahl von zum Teil sehr kleinen Gemeinden gibt es auch Abstimmungsprobleme zwischen einzelnen Gemeinden bei der Gewerbeansiedlung. Hier könnten regionale Planungsgesellschaften Abhilfe schaffen. Langfristig wird eine kommunale Gebietsreform unumgänglich werden.

Verbesserung der Umwelt, Beschleunigung beim Ausbau der Infrastruktur

460. Ein großes Hindernis für die Entwicklung in den neuen Bundesländern stellen die ökologischen Altlasten dar. Verseuchte Böden, insbesondere Gewerbeflächen, müssen aufbereitet werden; Deponien sind zu sanieren und kontaminierte Militärgelände zu entsorgen. Die belasteten Flächen stehen vorerst nicht als Standorte zur Verfügung. Die ökologischen Altlasten erschweren die Privatisierung von Unternehmen.

Die Beseitigung der ökologischen Altlasten kann, da sie Erbe der sozialistischen Planwirtschaft ist, nicht den Unternehmen angelastet werden, sondern ist grundsätzlich eine staatliche Aufgabe (JG 90 Ziffer 585). Wünschenswert wäre ein gewisser Selbstbehalt des Erwerbers, damit ein Anreiz für Kooperation bei der Sanierung gegeben ist.

461. Nach dem Einigungsvertrag können die Eigentümer von Gewerbeflächen oder von Industrieanlagen von der Haftung für ökologische Altlasten freigestellt werden, sofern diese vor dem 1. Juli 1990 eingetreten waren. Zuständig für Freistellungen sind die Behörden der neuen Bundesländer. Bislang ist von dieser Möglichkeit nur begrenzt Gebrauch gemacht worden, vermutlich nicht zuletzt deshalb, weil die Haftung dann auf das jeweilige Land übergeht. Damit die Sanierung der Altlasten in Gang kommt, muß also zum einen die Verantwortung für die Übernahme der Kosten geregelt werden. Da die Altlasten von dem untergegangenen Plansystem zu verantworten sind, hätte die Gesamtheit diese Aufgabe zu übernehmen. Auch dabei stellt sich die Frage nach einem Selbstbehalt.

Zum anderen sind die technischen Voraussetzungen für die Beseitigung zu schaffen. Hierfür sind ökologische Sanierungskonzepte zu entwickeln und die erforderlichen Arbeiten an spezialisierte Unternehmen in Auftrag zu geben. Die Arbeiten sollten öffentlich ausgeschrieben werden. Man wird nur begrenzt auf die Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen setzen können (Ziffern 532ff.).

462. Für die neuen Bundesländer sind nach dem Beitritt auch die im internationalen Vergleich strengen Vorschriften der Bundesrepublik zum Umweltschutz — abgesehen von Übergangsregelungen für die Umrüstung bestehender Anlagen — bindend. Dies bedeutet für die ostdeutsche Wirtschaft eine erhebliche Belastung, muß sie doch die Voraussetzungen für die Einhaltung der Umweltnormen in kürzerer Zeit und von einem niedrigeren Entwicklungsstand aus schaffen als die westdeutschen Unternehmen und Privathaushalte. Diese Belastung ist hinzunehmen, denn eine rasche Verbesserung der Umweltqualität hebt nicht nur für mobile Arbeitskräfte, sondern auch für Investoren die Attraktivität der Standorte. Überdies sind die emissionsintensiven Produktionstechniken und Strukturen auch ökonomisch obsolet geworden; das gibt die Chance, energiesparende und emissionsarme Produktionen im Zuge der Neuinvestitionen einzuführen. Dies ist in der Regel erheblich billiger als die nachträgliche Umrüstung. Es spricht deshalb viel dafür, daß die ökologische Sanierung deutlich weniger kosten wird als zur Zeit geschätzt.

463. Der zügige Ausbau der unzulänglichen Infrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung für private Produktion und Investition und damit für die Erneuerung der ostdeutschen Wirtschaft (JG 90 Ziffern 117ff.). Die entscheidende Frage lautet: Wie kann die Infrastruktur in den neuen Bundesländern schnell bereitgestellt werden? Von zentraler Bedeutung ist die Verkürzung der Zeiten, die man üblicherweise für die Erstellung der Infrastruktur braucht. Hierzu zählen einmal die Genehmigungszeiten, wie sie etwa durch Planfeststellungsverfahren bedingt sind. Diese Genehmigungszeiten müssen erheblich verkürzt werden, wenn der Erneuerungsprozeß zügig voranschreiten soll (Ziffer 474). Zum anderen benötigt der politische Prozeß für Entscheidungen über die Bereitstellung der Infrastruktur Zeit. Vor allem wenn mehrere Gebietskörperschaften zusammenwirken müssen, kann sich alleine aus der Eigenart der budgetären Entscheidungsprozesse ein erheblicher Zeitbedarf ergeben. Schließlich ist für die Planung von Infrastrukturmaßnahmen, für die Projektierung wie aber auch die Durchführung und Überwachung der Baumaßnahmen Zeit erforderlich. Hier erweisen sich öffentliche Verwaltungen, etwa die staatlichen Hochbauämter, oft als recht schwerfällig.

Ein möglicher Lösungsversuch kann darin bestehen, daß der Staat in seinem Bereich bessere Organisations- und Planungsformen entwickelt. Allerdings darf man von diesem Ansatz wohl keine entscheidenden Verkürzungen der Planungszeiten erwarten. In den neuen Bundesländern wird die noch nicht voll ausgebaute Verwaltung oft nicht in der Lage sein, die Planung zeitlich straff zu führen.

464. Gerade aus Gründen der Zeitersparnis müssen alle Möglichkeiten überprüft werden, die eine Beschleunigung beim Ausbau der Infrastruktur bewirken können — auch solche, die man bisher noch nicht praktiziert hat. Internationale Erfahrungen sind zu berücksichtigen. Der Aspekt der Zeitersparnis ist dabei untrennbar mit der Frage verbunden, inwieweit ein privates Infrastrukturangebot kostengünstiger ist. Ferner ist zu bedenken, ob private Formen des Infrastrukturangebots die öffentlichen Haushalte entlasten können. Dies ist deshalb wichtig, weil die zu veranschlagende Investitionssumme außerordentlich hoch ist (Ziffer 318). In Betracht zu ziehen sind im wesent-

lichen die vollständige Auslagerung der Erstellung und des Betriebs an Private, an privatwirtschaftlich organisierte Gesellschaften und die Auslagerung lediglich der Erstellung der Infrastruktur.

465. Bei einer Privatisierung der Erstellung und des Betriebs lagert der Staat eine bisher von ihm wahrgenommene Aufgabe aus seinem Bereich aus. Damit sind grundsätzlich eine Reihe von Vorteilen verbunden. Einmal erfolgt die Finanzierung außerhalb der öffentlichen Haushalte. Ein weiterer Aspekt ist die Zeitersparnis durch die Finanzierung außerhalb der budgetären Prozesse. Ferner ist ein wichtiger Vorteil, daß ein privates Management stärkere Anreize zur Kostensenkung hat und — wenn die Genehmigungen einmal vorliegen — auch zeitlich straffer in der Planung der Vorhaben und in der Durchführung der Investitionen arbeitet (JG 90 Ziffern 589ff.).

Eine solche Auslagerung an Private kann Entscheidungen aus dem politischen Prozeß an den Markt abgeben, wie etwa bei einer Privatisierung bestimmter Telekommunikationsdienste; in anderen Fällen bleiben politische Grundsatzentscheidungen über die anzubietende Infrastruktur, etwa über ein einzurichtendes Gewerbegebiet, erforderlich. Eine wichtige Voraussetzung für die vollständige Auslagerung an Private ist allerdings, daß die Infrastrukturanbieter im Wettbewerb stehen, also nicht Alleinanbieter sind, und der Wettbewerb das Preisgebaren der privaten Anbieter kontrolliert.

Beispiele für eine solche Verlagerung sind die in den neuen Bundesländern bereits praktizierte Zulassung von Spezialnetzen (Satellitennetzen) und die Erweiterung der Lizenz für den privaten Anbieter im zellularen Mobilfunk. Eine grundlegendere Frage wäre ein Netzwettbewerb durch konkurrierende Netzbetreiber, für den sich die Monopolkommission in ihrem Sondergutachten zur Neuordnung der Telekommunikation sowohl für die Fernnetze wie für den Ortsnetzbereich ausspricht. Sie verweist dabei auf die positiven Erfahrungen, die bedeutende Konkurrenten der Bundesrepublik — USA, Japan und Großbritannien — mit wettbewerblich betriebenen stationären Fernsprechnetzen gemacht haben. Wichtig ist, daß bei einer solchen Lösung die infrastrukturelle Versorgungsaufgabe beachtet wird. Auch für die Bereitstellung spezieller Eisenbahnstrecken, etwa einer Hochgeschwindigkeitsstrecke, die mit dem Luftverkehr und der Eisenbahn im Wettbewerb steht, kommen grundsätzlich private Anbieter in Frage.

466. Wenn ein Privater durch die Auslagerung Alleinanbieter wird, ist der Wettbewerb als Kontrollmechanismus ausgeschaltet. In diesem Fall müssen das Preisgebaren des Anbieters und die Qualität der Leistung reguliert werden. Hier wird also staatliches Mitwirken in einer anderen Form erforderlich. Dies ist für Betreibermodelle typisch, bei denen eine private Gesellschaft eine Konzession für den Bau und den eigenständigen Betrieb eines Infrastrukturangebots erhält und die Kosten durch Benutzungspreise deckt. Die entsprechende Konzession sollte zeitlich begrenzt sein; sie sollte im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden, um den kostengünstigsten Anbieter zu ermitteln. Betreibermodelle kommen etwa im Telekommunikationsbereich in Frage, wenn man sich nicht für einen Netzwettbewerb entscheidet. Dabei sollten Möglichkeiten zur stärkeren Privatisierung wie etwa der private Betrieb eines Teil- oder Ortsnetzes im Auftrag der Deutschen Bundespost Telekom und die Privatisierung lokaler Netzbetriebe genutzt werden. Hier ist auch an Pilot-Projekte zu denken.

Weitere Anwendungsmöglichkeiten bestehen insbesondere auf der kommunalen Ebene bei der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung, aber auch im Entsorgungsbereich, etwa beim Bau von Klärwerken (JG 90 Ziffer 573). Die für solche Betreibermodelle erforderliche vertragliche Gestaltung, in der komplexe Anreizstrukturen zu definieren sind, wird für die Gemeinden in der Regel nicht einfach sein. Sie orientieren sich an westdeutschen Kommunen, von denen die meisten den Weg der Betreibermodelle noch nicht gegangen sind. Wichtig wäre deshalb die Hilfestellung der Landesregierungen bei der Ausgestaltung der Verträge und der öffentlichen Vergabeverfahren.

Durch Betreibermodelle kann man testen, ob Private kostengünstiger anbieten können. Betreibermodelle verhindern aber auch den Querverbund. Den Gemeinden in den neuen Bundesländern steht bei der Versorgung mit Strom, Gas und Fernwärme das Wegerecht ab 1992 in vollem Umfang zu; sie haben großes Interesse, die lokale Verteilung und teilweise auch die Produktion selbst zu übernehmen und in eigenen Stadtwerken durchzuführen, um sich auf diese Weise eine kommunale Einnahmequelle zu erschließen. Hier spielt der Wunsch eine Rolle, über hohe Stromtarife im Wege des Querverbunds die Finanzierung anderer Bereiche, etwa des öffentlichen Personennahverkehrs und der Abfallbeseitigung, zu ermöglichen. Eine solche Entwicklung ist aus allokativer Sicht bedenklich, da den einzelnen Bereichen ihre volkswirtschaftlichen Kosten nicht eindeutig zugewiesen werden. Es sollte darauf hingewirkt werden, daß im Wege der Ausschreibung ermittelt wird, ob private Anbieter kostengünstiger sind als kommunale Regiebetriebe.

467. Bei der Frage, ob Anbieter im Infrastrukturbereich dem Wettbewerb ausgesetzt sind, hängt sehr vieles von den derzeit gegebenen und sich abzeichnenden neuen institutionellen Regelungen ab. So wäre eine Trennung von Infrastruktur- und Betriebsgesellschaften etwa beim Schienenverkehr eine institutionelle Innovation, die einen Wettbewerb unter den Betriebsgesellschaften erlauben würde. Die Infrastrukturgesellschaft ist dabei für die Bereitstellung der Infrastruktur verantwortlich; sie deckt ihre Kosten aus den Preisen, die die Betriebsgesellschaften für die Nutzung der Infrastruktur zahlen. Grundsätzlich sollte eine solche Option für die neuen Bundesländer weiter verfolgt werden, allerdings würden die Realisierungschancen größer sein, wenn auch in Westdeutschland die Trennung zwischen Infrastruktur- und Betriebsgesellschaften durchgeführt würde. Zu bedenken ist auch, daß sich ein neuer ordnungsrechtlicher Rahmen für den Energie- und Verkehrsbereich infolge der Liberalisierung bei der Vollendung des Binnenmarktes abzeichnet.

468. Eine mögliche Variante der Privatisierung ist die Auslagerung des Infrastrukturangebots an privatwirtschaftlich organisierte Gesellschaften, bei denen der Staat Mitgesellschafter ist. So ist es heute gang und gäbe, daß Flughäfen und große Umschlageinrichtungen im Verkehrsbereich im wesentlichen nach privatwirtschaftlichen Kriterien organisiert sind und die damit bereitgestellte Infrastruktur durch die Benutzer finanziert wird. Auch hier soll durch professionelles Management eine größere Effizienz erreicht werden. Wichtig ist, daß geeignete Mechanismen vorliegen, die ein Ansteigen der Kosten verhindern.

469. Entwicklungs- oder Erschließungsgesellschaften, sei es auf Landesebene oder auf kommunaler Ebene, können mit öffentlicher Beteiligung oder rein privat organisiert werden (JG 90 Ziffer 589). Ihre Leistung ist die Bereitstellung von Standorten, etwa die Erschließung von Gewerbefläche, die sie in einem Paket gegebenenfalls mit Hochbauten, der Kommunikationsinfrastruktur, dem Entsorgungssystem und der Verkehrsanbindung anbieten. Ihre Leistung kann aber auch darin bestehen, die Entscheidungsprozesse verschiedener staatlicher Stellen, von Länderministerien, Kreisen, Gemeinden und anderen organisatorischen Einheiten wie regionalen Planungsgemeinschaften zu bündeln und zu koordinieren und damit dem Investor die Ansiedlung erheblich zu erleichtern. Entwicklungs- oder Erschließungsgesellschaften können den Staat entlasten.

470. Wie beim Betreibermodell erstellt auch beim Leasing-Modell eine private Gesellschaft das Infrastrukturprojekt. Die private Gesellschaft ist Eigentümerin und überläßt dem Staat gegen eine Leasingrate die Nutzung. Nach Ablauf der Leasingzeit kann der Staat die Infrastruktur gegebenenfalls erwerben. Im Gegensatz zum Betreibermodell übernimmt der Leasingnehmer nicht das Risiko, ob bei der Nutzung der Infrastruktur Einnahmen entstehen; dieses liegt beim Staat. Dagegen wälzt der Staat — ähnlich wie beim Betreibermodell — das Risiko der Baukosten weitgehend auf den Leasingnehmer ab. Es wird erwartet, daß private Gesellschaften bei der Erstellung eine bessere Kostenkontrolle und ein effizienteres Management haben und daß die Infrastruktur schneller angeboten wird. Offen bleibt, ob diese Kostenvorteile weitergegeben werden. Von daher ist zu überprüfen, ob die Infrastruktur auch auf Dauer preiswerter bereitgestellt wird. Die öffentlichen Haushalte werden vorübergehend entlastet, weil die Baukosten nicht sofort haushaltswirksam werden. Allerdings ist zu beachten, daß das Leasing-Modell ähnlich wie eine Verschuldung wirkt, da der Staat später laufende Zahlungen zu leisten hat.

471. Der Staat kann aber auch die Herstellung der Infrastruktur an einen Generalunternehmer auslagern, um auf diese Weise Defizite in Planung und Abwicklung der Programme zu kompensieren. Der Staat ist in diesem Fall Eigentümer. Auch bei dieser Lösung muß die zu erstellende Leistung im voraus eindeutig festgelegt werden. Das ist aber erfahrungsgemäß schwierig; die dabei notwendig werdenden Revisionen führen zu hohen Kostensteigerungen.

Regulierungen aus der alten Bundesrepublik — Hemmnisse im Transformationsprozeß?

472. Für den Umbau der Wirtschaft in Ostdeutschland war die Übernahme der westdeutschen institutionellen Infrastruktur von erheblichem Vorteil, da anders als in den osteuropäischen Ländern institutionelle Regelungen nicht neu geschaffen werden mußten und ein funktionierendes und erprobtes System mit dem Beitritt sofort zur Verfügung stand. Allerdings stellt sich bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten die Frage, inwieweit die institutionellen Regelungen, die für die hochentwickelte alte Bundesrepublik konzipiert wurden, auf den Transformationsprozeß von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft passen.

Die institutionellen Regelungen Westdeutschlands sind auf eine Volkswirtschaft zugeschnitten, die sich — mit hohem Anspruchsniveau ihrer Bürger — an einen mehr oder weniger stetigen Wachstumsprozeß gewöhnt hat, der durch konjunkturelle Bewegungen überlagert wird und von strukturellen Anpassungen, allerdings in einem allmählichen Prozeß, begleitet ist. Die Anreizwirkungen dieser institutionellen Regelungen können den Transformationsprozeß der ostdeutschen Wirtschaft erheblich behindern. In Westdeutschland haben die institutionellen Regelungen die Flexibilität des wirtschaftlichen Systems etwa im Interesse des sozialen Schutzes und der Abfederung negativer Beschäftigungseffekte verringert und durch die Regulierung des Marktabgangs und des Marktzugangs den Wettbewerb nicht gerade intensiviert (JG 85 Ziffern 320 ff.). Eine Volkswirtschaft im Übergang braucht dagegen institutionelle Regelungen, die angesichts der Komplexität der Probleme verwaltungsmäßig leicht zu handhaben sind, die den Marktzugang für neue Unternehmen öffnen, die den Zeitbedarf der Anpassungsprozesse reduzieren und die insgesamt mehr Flexibilität mit sich bringen. Von daher divergiert das Anforderungsprofil, das die neuen Bundesländer an die institutionellen Regelungen stellen, von den Charakteristika, die die westdeutschen Regelungen aufweisen.

473. Es stellt sich damit die Frage, wo — bei grundsätzlich einheitlichem Rechtssystem — von der westdeutschen Regulierung vorübergehend abgewichen werden kann, um den Erneuerungsprozeß in Ostdeutschland zu beschleunigen. Eine Reihe von rechtlichen Regelungen, insbesondere solche, die für die Überführung des staatlichen Eigentums in privates Eigentum gelten, mußte ohnehin für die spezifischen Tatbestände Ostdeutschlands neu konzipiert werden. Die in Westdeutschland anerkannten Rechte mußten neu bewertet werden, wobei der wirtschaftlichen Erneuerung in Ostdeutschland, den dafür notwendigen Investitionen und dem Aufbau von Arbeitsplätzen ein besonderes Gewicht zukommt. Es kann grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, daß die spezifischen Gegebenheiten in Ostdeutschland zu einer anderen Bewertung eines Rechts im Vergleich zu Westdeutschland führen. Ein Beispiel hierfür ist § 3 a Vermögensgesetz.

474. Genehmigungsverfahren und ihre Dauer beeinflussen den Abbau des Engpasses in der Infra-

struktur in entscheidender Weise. In Westdeutschland braucht man für größere Verkehrsprojekte wie Autobahnen und Eisenbahntrassen derzeit von der Beantragung der Genehmigung bis zur Vollendung 15 bis 20 Jahre. Diese Zeiten erklären sich nicht zuletzt durch Rechte der betroffenen Bürger, die Einsprüche gegen die Infrastrukturprojekte erheben können. Planungs- und Genehmigungszeiten von dieser Länge bedeuten, daß eine wichtige Voraussetzung für die Erneuerung der Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland nicht gegeben ist. Bei dem Zielkonflikt zwischen den Rechten einzelner Bürger und dem Ausbau der Infrastruktur ist deshalb der Notwendigkeit, die neuen Bundesländer schnell aufzubauen und die Lebensverhältnisse für die Menschen umgehend zu verbessern, besonderes Gewicht zu geben. Das am 7. November 1991 vom Bundestag beschlossene Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz, das für alle Verkehrswege des Bundes und Verkehrsflughäfen sowie für Verkehrswege des spurgebundenen öffentlichen Personennahverkehrs auf eine Verkürzung der erforderlichen Zeiten abzielt, beschreitet hier im Prinzip den richtigen Weg.

475. Im Verkehrsbereich war für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern die Übernahme der westdeutschen Verkehrsmarktregulierung grundsätzlich nicht unproblematisch. Diese Regulierung hat in Westdeutschland zu überhöhten Transporttarifen und Kosten der Leistungserstellung, Kapitalverschwendung, Kartellrenten und internen Ineffizienzen geführt (JG 85 Ziffern 325 ff. und JG 88 Ziffern 348 ff.). Für die neuen Bundesländer wurde im Straßengüterfernverkehr die Zahl der Genehmigungen, die unbeschränkt zum inländischen Güterfernverkehr berechtigen („rote" Konzessionen), mit 12 000 allerdings recht großzügig bemessen; in den alten Bundesländern gibt es gut 18 000 dieser Konzessionen. Als Reaktion auf die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Verkehrs im Zuge der Vollendung des EG-Binnenmarktes hat die Bundesregierung weitere Maßnahmen eingeleitet. So steht für 1992 die Umwandlung der Genehmigungen für den Bezirksgüterverkehr (bis 150 km, „blaue" Konzessionen) und für den grenzüberschreitenden Verkehr („rosa" Konzessionen) in solche des allgemeinen Straßengüterfernverkehrs, die sogenannte „Farbenbereinigung", an. Zusätzlich soll das Kontingent der „roten" Konzessionen um 4 000 aufgestockt werden, davon 1 500 für Unternehmen in den neuen Bundesländern.

Damit werden die bislang restriktiven Marktzugangsbeschränkungen zwar an Bedeutung verlieren. Nach wie vor besteht jedoch das Beiladungs- und Rückfrachtverbot für den Werkverkehr. Es verursacht unnötige Leerfahrten und belastet damit die knappen Infrastrukturkapazitäten und die Umwelt. Deshalb sollte dieses Verbot mit der Herstellung des Binnenmarktes in ganz Deutschland aufgehoben werden. Mit der Aufgabe des Verbots der Beförderung für Dritte im Werkverkehr werden freilich auch die Kontingentierung des gewerblichen Straßengüterfernverkehrs und die Preisregulierung zu einem großen Teil obsolet. Für das Kontingent ist das offenkundig. Die vorgeschriebenen Margentarife würden noch massiver als bisher durch Mischkalkulation mit nicht regulierten Mehrwertdiensten unterboten und damit ausgerechnet die jungen Verkehrsunternehmen in den neuen Bundesländern diskriminieren. Denn diese Unternehmen haben noch eine gering entwickelte Palette von logistischen Nebenleistungen; sie könnten deshalb bei den vorgeschriebenen — zu hohen — Transporttarifen ihren möglichen Kostenvorteilen bei der eigentlichen Transportleistung am Markt keine Geltung verschaffen. Es sollte geprüft werden, ob durch eine Freigabe der Transporttarife eine Verbesserung der Angebotsposition für die ostdeutschen Verkehrsunternehmen herbeigeführt werden könnte.

476. Beim Arbeitsmarkt stehen einzelne Elemente der Arbeitsmarktordnung im Konflikt mit den Notwendigkeiten des Erneuerungsprozesses:

- § 613 a BGB schützt beim Verkauf eines Unternehmens die Arbeitnehmer, da der neue Eigentümer die bestehenden Arbeitsverträge zu übernehmen hat. Damit aber werden die Privatisierung der alten Staatsunternehmen durch die Treuhandanstalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze behindert. Hier gelten nach dem Gesetz über die Spaltung der von der Treuhand verwalteten Unternehmen zwei Änderungen, die bis zum 31. Dezember 1992 befristet sind. Einmal hat der Gesetzgeber das grundsätzliche Recht auf Kündigung, das von § 613 a BGB unberührt bleibt, in Anlehnung an die EG-Richtlinie präzisiert. Damit ist intendiert, die Kündigung grundsätzlich zu erleichtern. Zum anderen ist § 613 a BGB für eine Betriebsübertragung, allerdings nur im Fall eines Gesamtvollstreckungsverfahrens, ausgesetzt worden. Es wäre sinnvoll, den § 613 a BGB ohne Beschränkung auf den Konkursfall für die noch nicht privatisierten Treuhandunternehmen befristet auszusetzen. Insoweit EG-Regelungen dagegen stehen, sollte sich die Bundesregierung bemühen, diese mit Hinweis auf die spezifischen Bedingungen des Transformationsproblems einer Planwirtschaft zu überwinden.
- Eine Reihe von Manteltarifverträgen sind für das gesamte Gebiet der neuen Bundesländer allgemein verbindlich erklärt worden; für einzelne Länder sind für Entgelttarifverträge Allgemeinverbindlicherklärungen beantragt worden. Die Bundesregierung sollte bei der Prüfung des „öffentlichen Interesses", das für eine Allgemeinverbindlicherklärung vorliegen muß, bedenken, daß die branchenweite Festschreibung hoher Löhne sich negativ auf die Beschäftigungschancen auswirken wird.
- Die Tarifvertragsparteien sollten die Abbedingung des Tarifvertrages durch freiwillige Betriebsvereinbarung — wie in der Druckindustrie — zulassen (Ziffer 374). Diese Möglichkeit könnte zeitlich limitiert sein. Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften sollten tariflich vom ersten Arbeitsmarkt abgesetzt werden (Ziffer 533).

477. Die deutsche Vereinigung verändert die wirtschaftlichen Bedingungen auch in Westdeutschland. Damit stellt sich die Frage, ob die bestehenden Regulierungen dort noch passen.

Die Notwendigkeit der Marktöffnung und die mangelnde institutionelle Flexibilität der deutschen

Volkswirtschaft sind immer wieder Thema wirtschaftspolitischer Diskussionen gewesen (JG 85 Ziffern 320ff.). Grundsätzlich hätte sich eine institutionelle Erneuerung des vereinten Wirtschaftsgebiets als Modernisierungschance angeboten, um Deutschland für die Zukunft international wettbewerbsfähiger und institutionell flexibler zu machen. Manche Regulierung in Westdeutschland ist historisch bedingt und möglicherweise unter den neuen Bedingungen nicht mehr begründet. Vor allem sollten Regulierungen, die direkt oder indirekt den Marktzugang definieren und ihn oft verhindern, auch im Hinblick auf den sich abzeichnenden neuen EG-Ordnungsrahmen überdacht werden.

III. Treuhandanstalt: Privatisierung fortsetzen und zum Abschluß bringen

478. Die Treuhandanstalt hat bei der Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags, „die Strukturanpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse des Marktes zu fördern", bisher aus guten Gründen vorrangig die Privatisierung der ihr anvertrauten Unternehmen betrieben. Die Kontroverse darüber, ob und in welchem Umfang auch unabhängig von der Privatisierung die Sanierung der Unternehmen gefördert werden solle, ist allerdings aktueller denn je. In jüngster Zeit mehren sich die Stimmen, die ein stärkeres Engagement der Treuhandanstalt bei der Sanierung noch nicht privatisierter Unternehmen befürworten. Das reicht bis zu der Forderung, die Treuhandanstalt auf unbestimmte Zeit als Industrieholding zu etablieren.

Derartige Bestrebungen finden anscheinend eine Stütze in der Formulierung des Treuhandgesetzes, die Treuhandanstalt solle zur Erfüllung ihres Auftrags „insbesondere auf die Entwicklung sanierungsfähiger Betriebe zu wettbewerbsfähigen Unternehmen und deren Privatisierung Einfluß" nehmen (§ 2 Abs. 6). Die Folgerung, damit seien Sanierung und Privatisierung als gleichrangige Aufgaben definiert, wäre aber nur dann zu begründen, wenn bei Sanierung ohne Privatisierung Aussicht bestünde, in breitem Ausmaß Erfolge zu erzielen, das heißt durch Schaffung wettbewerbsfähiger Unternehmen die Strukturanpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse des Marktes zu fördern. Dies aber muß bezweifelt werden.

Zu befürchten ist vielmehr, daß die Treuhandanstalt, wenn sie sich in großem Umfang der Sanierung widmet, zu einer Holding für schwache Unternehmen und zum Faß ohne Boden für Subventionen wird; damit würde genau das Gegenteil des vom Gesetz hervorgehobenen Ziels der Strukturanpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse des Marktes erreicht.

Der am besten geeignete Weg, den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, bleibt für die Treuhandanstalt, möglichst viele Unternehmen durch Privatisierung der Sanierung zuzuführen. Zugleich muß verhindert werden, daß der Treuhandanstalt ein Bestand ständig subventionsbedürftiger Unternehmen verbleibt.

Beachtliche Anfangserfolge, aber Gefahren für die Zukunft

479. Für die Entstehung erneuerter und lebensfähiger Unternehmen ist die Privatisierung vordringlich und unerläßlich. Solange Unternehmen direkt oder indirekt im Eigentum und unter der Obhut des Staates stehen, unterliegen sie nicht in vollem Maße der disziplinierenden Kraft des Wettbewerbs, die Erfolg und Überleben von der Leistungsfähigkeit am Markt abhängig macht. Solange der Staat oder eine staatsnahe Institution Eigentümer des Unternehmens ist, läßt sich nicht vermeiden, daß unternehmerische Entscheidungen politisiert werden. Dies gilt vor allem, wenn das Unternehmen in Bedrängnis gerät und der Verlust von Arbeitsplätzen droht. Es fällt dann schwer, dem politischen Druck nach finanzieller Stützung durch den Staat zu widerstehen. Erst mit der Privatisierung wird ein Unternehmen ganz auf sich selbst gestellt und muß sich als autonome Einheit aus eigener Kraft im Wettbewerb behaupten.

Mit der Privatisierung sollen Unternehmen entstehen, die den Anforderungen des Marktes gewachsen sind. Die Voraussetzungen dafür sind bei den Unternehmenseinheiten der Treuhandanstalt zunächst nicht gegeben. Zu diesen Voraussetzungen gehört erstens, daß es eine unternehmerische Konzeption gibt, die sich vor allem auf die Marktposition bezieht, die das Unternehmen in Zukunft einnehmen soll und kann. Zweitens sind die Unternehmenseinheiten meist nicht so zugeschnitten, wie es dieser unternehmerischen Konzeption entspricht; sie müssen aufgeteilt und neu abgegrenzt werden. Drittens ist in aller Regel die Zuführung von Kapital erforderlich, um das neue Unternehmensprogramm zu realisieren. Diese drei Voraussetzungen sind gleichzeitig erfüllt, wenn die Privatisierung gelingt.

Durch eine Privatisierung erfüllt die Treuhandanstalt zugleich die Aufgabe, die ihrer Obhut unterstellten Unternehmen der Sanierung zuzuführen. Sanierung muß in diesem Zusammenhang verstanden werden als grundlegende Umgestaltung, bei der die drei Voraussetzungen für die Entstehung eines lebensfähigen Unternehmens erfüllt sind. Jedes Sanierungsprogramm ist zwangsläufig mit Risiken behaftet. Es gibt aber keine bessere Gewähr für den Erfolg eines Sanierungsprogramms als die Bereitschaft privater Investoren, den Einsatz von Kapital dafür zu wagen.

480. Die Verfahrensweise der Treuhandanstalt bei der Privatisierung muß der Komplexität des Vorgangs Rechnung tragen. Es geht nicht einfach darum, für gegebene Objekte möglichst günstige Preise zu erzielen. Vielmehr ist bereits die Abgrenzung des Objekts Gegenstand von Verhandlungen. Wenn mit mehr als einem Bieter verhandelt wird, hat jeder von ihnen seine eigene Konzeption und damit auch eine eigene Vorstellung vom zweckmäßigsten Zuschnitt des Objekts. Darüber hinaus sind Gegenstand der Verhandlungen weitere Konditionen wie die Übernahme von Altlasten und Altschulden. Nicht zuletzt legt die Treuhandanstalt auch Wert auf Vereinbarungen über zu erhaltende Arbeitsplätze und vorzunehmende Investitionen.

Das Verfahren räumt der Treuhandanstalt einen weiten Ermessensspielraum ein, der zu Willkür und Mißbrauch führen kann. Die Entscheidungsgründe, aufgrund deren einer der Bieter den Zuschlag erhält, werden nicht transparent. Bieter, die nicht zum Zuge kommen, können den Eindruck gewinnen, es sei beim Verkauf nicht mit rechten Dingen zugegangen; Beschwerden dieser Art hört man nicht selten. Wenn sich die Meinung verbreitet, die Treuhandanstalt biete nicht allen Kaufinteressenten faire und gleiche Chancen, werden viele die Kosten und die Mühe scheuen, die mit der Abgabe eines Gebots und den darauf folgenden Verhandlungen verbunden sind. Vor allem ausländische Bieter könnten dadurch abgeschreckt werden.

Es gibt allerdings keine einfache Lösung für dieses Problem. Durch Übergang zu einem auktionsartigen Verfahren ließe sich zwar der Ermessensspielraum der Treuhandanstalt einschränken und ein Maximum an Transparenz herstellen. Dies würde aber voraussetzen, daß alle Konditionen bis auf den Preis bereits vorher unabänderlich festgelegt wären. Damit würde es jedoch unmöglich, den individuellen unternehmerischen Konzeptionen der einzelnen Kaufinteressenten Rechnung zu tragen; gerade auf diese kommt es aber bei der Privatisierung an.

Entscheidend wichtig für den erfolgreichen Fortgang der Privatisierung ist, daß im Wettbewerb die Bieter alle die gleichen Chancen haben und daß die Entscheidungsgründe transparent werden. Zur Förderung des Wettbewerbs könnte die Treuhandanstalt, wenn sie mit einem Kaufinteressenten bestimmte Konditionen ausgehandelt hat, andere Bieter auffordern, mit höheren Preisen in diese Konditionen einzutreten. Dies wäre allerdings nur durchführbar, wenn die Konditionen (zum Beispiel Zusagen für Arbeitsplätze und Investitionen, Übernahme von Altlasten) in einfacher Form bekanntgegeben werden könnten, Rückschlüsse auf die unternehmerische Konzeption des ersten Bieters jedoch nicht möglich wären; wer mit der Treuhandanstalt verhandelt, muß sich darauf verlassen können, daß die Vertraulichkeit in sensiblen Fragen gewahrt bleibt. Die Treuhandanstalt würde, wenn dieses Verfahren zur Anwendung käme, grundsätzlich das Höchstgebot annehmen, müßte sich allerdings vorbehalten, einen Bieter auszuschließen, wenn seine Zusicherungen wegen geringer Bonität als zu wenig verläßlich erscheinen.

481. Es ist heute abzusehen, daß Arbeitsweise und Charakter der Treuhandanstalt sich ändern werden. Ihre Arbeit wird in zunehmendem Maße einschränkenden Regelungen unterworfen, zum Teil von außen her, zum Teil intern durch strengere organisatorische Regeln. Mitspracherechte von politischen Instanzen und Verbänden werden formalisiert, Aufsichtsbehörden und Rechnungshof setzen strenge Maßstäbe, und der Vorwurf von Unregelmäßigkeiten bei der Privatisierung zwingt zu verschärften internen Kontrollen. Die Treuhandanstalt wird mit der Zeit zwangsläufig bürokratischer, weniger flexibel, weniger leistungsfähig.

Zudem wird sie — wie jede bürokratische Organisation — versuchen, ihren Fortbestand zu sichern und ihren Personalbestand noch zu erweitern. Hierzu wird ein auf Dauer und Wachstum angelegter Aufgabenbereich ausgebaut. Gegenwärtig ist diese Tendenz noch kaum zu erkennen, doch gäbe es bereits genug Ansatzpunkte, um einen weiteren organisatorischen und personellen Ausbau zu begründen. Forderungen, die aus dem politischen Umfeld an die Treuhandanstalt gestellt werden, begünstigen diese Tendenz.

482. Die Treuhandanstalt hat bei der Privatisierung Erfolge aufzuweisen, die sich sehen lassen können. Unmittelbar nach Herstellung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hat sie ungeachtet aller Schwierigkeiten des personellen und organisatorischen Aufbaus die Privatisierung in Gang gebracht. Bis Ende September 1991 sind 3 788 Unternehmensverkäufe und Unternehmensteilverkäufe genehmigt worden (Ziffern 74 ff.). Die Dynamik dieses Prozesses wird sich noch fortsetzen, aber nicht unbegrenzt. Dies liegt vor allem daran, daß die Anzahl der zur Privatisierung geeigneten Unternehmen und Unternehmensteile geringer wird. Man kann sich gut vorstellen, daß die Treuhandanstalt in einigen Jahren zur staatlichen Holding für notleidende Unternehmen wird, deren wichtigste Aufgabe es ist, Erhaltungssubventionen zu vermitteln. So weit darf es nicht kommen. Die Treuhandanstalt muß in absehbarer Frist ihre Tätigkeit im Unternehmensbereich zum Abschluß bringen. Dann besteht gute Aussicht, daß sie trotz aller institutionellen Schwächen als erfolgreicher Wegbereiter für den Übergang vom Sozialismus in die Marktwirtschaft in die Geschichte eingehen wird.

Der Problembereich: Unternehmen mit ungewissen Privatisierungsaussichten

483. Soweit die Privatisierung bereits erfolgt ist und weiter voranschreitet, wird die Treuhandanstalt ihrer Aufgabe gerecht, zu einer Neustrukturierung der Wirtschaft beizutragen. Problematisch und umstritten bleibt ihre Tätigkeit jedoch im Bereich der Unternehmen, mit deren Privatisierung nicht in absehbarer Zeit gerechnet werden kann. Grundsätzlich gilt für ein Unternehmen, für das sich trotz nachhaltiger Bemühungen kein Kaufinteressent findet, die Vermutung, daß keine hinreichende Aussicht auf erfolgreiche Sanierung besteht. Die Konsequenz müßte sein, daß ein solches Unternehmen stillgelegt wird. Aber auch wenn diese Regel grundsätzlich akzeptiert wird, stößt ihre Anwendung auf erhebliche Schwierigkeiten. Ob weitere Bemühungen um Privatisierung noch als aussichtsreich angesehen werden können, ist immer ein schwieriges Ermessensurteil. Hier kommen politische Einflüsse ins Spiel, und die Treuhandanstalt kann sich dem um so weniger entziehen, als sie nicht wie ein privates Unternehmen im Interesse des eigenen Überlebens zur Anwendung strenger betriebswirtschaftlicher Maßstäbe gezwungen ist. Vor allem bei größeren Unternehmenseinheiten, in denen es um zahlreiche Arbeitsplätze geht, besteht die Gefahr, daß die Entscheidung hinausgezögert wird.

484. Die Verzögerung von Entscheidungen über den Fortbestand einer Unternehmenseinheit ist unproblematisch, wenn diese sich finanziell selbst trägt. Viele Unternehmen sind dazu aber nicht in der Lage; ihr Bestand kann nur durch ständige finanzielle Unter-

stützung, heute überwiegend in der Form von Garantiezusagen der Treuhandanstalt, gesichert werden. Außerdem werden vielfach noch Mittel für Investitionen benötigt, für Ersatzinvestitionen, die zur Fortführung des Unternehmens unerläßlich sind, und zur Fortsetzung von Investitionsprojekten, die bereits früher eingeleitet worden sind und nun nicht als Investitionsruinen liegen bleiben sollen. Darüber hinaus wird vielfach gefordert, daß die Treuhandanstalt auch Sanierungsprogramme der Unternehmen fördern und die Finanzierung der damit verbundenen Investitionen sichern soll.

Garantiezusagen und andere Liquiditätshilfen der Treuhandanstalt sind begründet, wenn hinreichende Aussicht besteht, daß die damit erhaltenen Unternehmen in absehbarer Zeit privatisiert werden können. Bei vielen Unternehmen sind die Aussichten auf Privatisierung jedoch ungewiß. Der Anteil der Unternehmen, mit deren Privatisierung nicht gerechnet werden kann und die allenfalls mit ständigen Subventionen überlebensfähig wären, wird immer größer. Finanzielle Hilfen an solche Unternehmen sind Erhaltungssubventionen. Sie werden heute überwiegend mit Krediten finanziert, für deren Tilgung und Verzinsung die Treuhandanstalt aufgrund ihrer Garantiezusagen aufkommen muß.

Sanierung ohne Privatisierung?

485. Heute ist umstritten, inwieweit die Treuhandanstalt Sanierungsmaßnahmen für Unternehmen einleiten und fördern sollte, für die keine Aussichten auf eine baldige Privatisierung bestehen. Hierzu wird die Ansicht vertreten, daß intensive Sanierungsbemühungen von Seiten der Treuhandanstalt geboten seien, um die Überlebensfähigkeit der Unternehmen zu sichern.

Wenn von der Treuhandanstalt verstärkte Bemühungen um Sanierung gefordert werden, wird meist übersehen, daß sie wegen der Größe und Heterogenität ihres Aufgabenbereichs gar nicht in der Lage ist, wie eine Konzernspitze die einheitliche Leitung der ihr anvertrauten Unternehmen wahrzunehmen. Sanierungspläne für einzelne Unternehmen können nur dezentral von den Unternehmensleitungen oder eigens eingesetzten Sanierungsbeauftragten ausgearbeitet werden. Die zuständigen Organe der Treuhandanstalt müssen diese Pläne überprüfen und über die Zuteilung der zu ihrer Realisierung erforderlichen Investitionsmittel entscheiden. Sie sind aber nur sehr begrenzt in der Lage, Sanierungspläne zu beurteilen und Fehlurteile der in den Unternehmen tätigen Sanierer zu korrigieren. Dies ist um so gravierender, als der Mangel an qualifizierten Managern und Sanierern von der Treuhandanstalt als Engpaß immer wieder betont wird.

Der maßgebliche Einwand gegen umfassende Sanierungsaktivitäten der Treuhandanstalt ist, daß die Entscheidungsträger auf allen Ebenen, in den Unternehmen wie in der Treuhandanstalt, unter Druck stehen, Unternehmen und Arbeitsplätze nach Möglichkeit zu erhalten, teilweise auch ein persönliches Interesse daran haben, daß zugleich aber die Folgen von Fehlentscheidungen, vor allem von Fehlinvestitionen, über die Treuhandanstalt letztlich auf den Bundeshaushalt abgewälzt werden. Generell wird deswegen die Bereitschaft bestehen, Sanierungsprogramme in Angriff zu nehmen und Investitionen durchzuführen, auch wenn sie nur mit geringer Wahrscheinlichkeit zum Erfolg führen, den Fortbestand des Unternehmens aber zunächst noch ermöglichen. Man wird in vielen Einzelfällen Sanierungspläne genehmigen, die noch vertretbar erscheinen. Insgesamt aber werden breit angelegte Sanierungsaktivitäten der Treuhandanstalt auf die Erhaltung eines Bestandes ständig subventionsbedürftiger Unternehmen hinauslaufen. Auch in den Fällen, in denen die Sanierung gelingt, wird die Neigung gering sein, anschließend die Privatisierung zu vollziehen. Vielmehr werden die Überschüsse der erfolgreichen Unternehmen eher dazu beitragen müssen, die zahlreichen schwachen Unternehmen zu stützen.

486. In der Kontroverse um Sanierungsaktivitäten der Treuhandanstalt ist nicht immer klar, was mit Sanierung gemeint ist.

- Sanierung kann im Sinne einer passiven Anpassung verstanden werden, die alle Maßnahmen zur Kostensenkung und zur Ausschaltung von Verlustquellen umfaßt. Zur Sanierung in diesem Sinne gehören der Abbau überschüssigen Personals, die Reduzierung der Produktionstiefe und die Bereinigung der Produktprogramme um verlustbringende Produkte.
- Eine weiterreichende Konzeption der Sanierung zielt auf aktive Anpassung an die Marktverhältnisse. Sanierung in diesem Sinne besteht in der Realisierung einer Unternehmensstrategie, die fundierte Aussichten auf eine erfolgversprechende Marktposition eröffnet.
- Sanierung kann auch als technische Modernisierung verstanden werden. Eine Ersetzung technisch veralteter und störanfälliger Anlagen durch moderne geht über die passive Anpassung hinaus, da Investitionen vorgenommen werden. Sie bleibt aber hinter den Erfordernissen einer aktiven Sanierung zurück, wenn sie sich nicht mit einer Unternehmensstrategie verbindet, die Erfolg am Markt verspricht.

Es ist offensichtlich, daß passive Anpassung durch Kostensenkung und Ausschaltung von Verlustquellen, häufig darüber hinaus auch die Modernisierung der Anlagen, notwendige Bedingungen für die Sicherung des Fortbestandes eines Unternehmens sind, aber keineswegs hinreichende. Von einer durchgreifenden Sanierung kann nur die Rede sein, wenn das Unternehmen eine neue Position im Markt findet. Dies erfordert aktive Anpassung, das heißt eine grundlegende unternehmerische Konzeption, zugleich aber auch Kapitaleinsatz zu deren Realisierung. Erst wenn dies erreicht ist, kann von erfolgversprechender Sanierung die Rede sein.

487. Wenn bei der Sanierung die technische Modernisierung im Vordergrund steht, die Frage nach dem Markterfolg hingegen vernachlässigt wird, führt dies zu einer Fehlleitung von Kapital. Nach der Modernisierung wird es um so schwerer, die einmal getroffene Fehlentscheidung zu revidieren; die Erwartungen, die

sich mit den modernisierten Anlagen verbinden, dürfen dann nicht enttäuscht werden. Die durch Subventionen ermöglichte Modernisierung zieht weitere Subventionen nach sich, damit der Betrieb aufrechterhalten werden kann und die am Anfang stehende Fehlentscheidung nicht offenkundig wird.

488. Die Treuhandanstalt beurteilt die Unternehmen nach ihrer Sanierungsfähigkeit und nimmt danach eine Einstufung vor. Sie berücksichtigt dabei auch, ob für erfolgversprechende Sanierungskonzeptionen Kooperationspartner nachgewiesen werden, die Privatisierung also in Aussicht steht. Der Grundsatz, daß die Möglichkeit der Privatisierung das maßgebliche Kriterium für die Beurteilung der Sanierungsfähigkeit sein soll, wird jedoch nicht konsequent befolgt. Unternehmen können auch als sanierungsfähig eingestuft werden, ohne daß konkrete Aussichten auf Privatisierung bestehen. Das ist bedenklich. Es ist damit zu rechnen, daß daraus eine Verpflichtung für die Treuhandanstalt abgeleitet wird, die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen zu unterstützen.

489. Aus diesen Überlegungen folgt nicht, daß die Treuhandanstalt völlig auf Sanierungsbemühungen verzichten soll. Vielmehr sollten die Unternehmensleitungen dazu angehalten und ermutigt werden, Sanierungsprogramme zu entwerfen und in ersten Schritten, soweit es ohne größere Investitionen möglich ist, auch einzuleiten. Soweit für umfassende Sanierungsprogramme erhebliche Investitionen erforderlich sind — dies dürfte der Regelfall sein —, sollten die Bemühungen der Unternehmensleitungen aber nicht darauf hinauslaufen, über die Treuhandanstalt Mittel zur Finanzierung ihrer Pläne zu erhalten; vielmehr muß ihnen klar sein, daß es darauf ankommt, private Geldgeber von den Erfolgsaussichten ihrer Sanierungsprogramme zu überzeugen. Die Unternehmensleitungen werden sich häufig durch die bevorstehende Privatisierung in ihrer Position bedroht fühlen und eher geneigt sein, die Sanierung in der Obhut der Treuhandanstalt in Angriff zu nehmen. Sie können aber motiviert werden, auf eine erfolgreiche Privatisierung hinzuarbeiten, wenn ihnen klar ist, daß sie ihre eigene Position nur halten können, indem sie von sich aus überzeugende Sanierungsprogramme entwerfen und private Investoren dafür gewinnen.

Kontroverse Argumente zur Sanierung

490. Es gibt eine Reihe von Gründen, die für eine umfassende Sanierung durch die Treuhandanstalt ins Feld geführt werden. Die Argumente beziehen sich auf

- die Enge der Märkte bei Veräußerung von Unternehmen,
- Bedenken gegen die Dominanz von Unternehmen, die außerhalb der Region ansässig sind,
- strukturpolitische und regionalpolitische Ziele.

491. Bei der Veräußerung ganzer Unternehmen hat man es häufig mit sehr engen Märkten zu tun. Wenn sich für ein Unternehmen nur wenige Interessenten finden, möglicherweise sogar nur einer, muß man damit rechnen, daß der oder die potentiellen Käufer die Verhandlungen in die Länge ziehen, um bessere Konditionen zu erreichen. Es besteht sogar die Gefahr, daß sie es darauf anlegen, das Unternehmen in den Ruin zu treiben, um einen potentiellen Konkurrenten gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Solche Fälle mag es geben; allerdings ist die Sanierung solcher Unternehmen durch die Treuhandanstalt nicht die einzig mögliche und auch nicht die zweckmäßige Reaktion. Die Bemühungen müssen sich vielmehr darauf richten, die Marktenge zu überwinden und den Wettbewerb zwischen Kaufinteressenten zu aktivieren. Hierzu bedarf es einer breitgestreuten und umfassenden Informationspolitik nicht nur in Deutschland, sondern ebenso im europäischen und außereuropäischen Ausland, außerdem der gezielten Ansprache potentieller Käufer.

Nicht in allen Fällen werden solche Bemühungen Erfolg haben. Wenn der Erfolg aber ausbleibt, darf daraus nicht der Schluß gezogen werden, nun liege eine hinreichende Begründung für eine umfassende Sanierung durch die Treuhandanstalt vor. Das Ausbleiben von Kaufinteressenten begründet vielmehr die Vermutung, daß die Aussichten auf erfolgreiche Sanierung von den angesprochenen privaten Investoren gering eingeschätzt werden. Für die Sanierung durch die Treuhandanstalt blieben somit in erster Linie solche Fälle übrig, in denen mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen ist, daß die Sanierung scheitert.

492. Eine weitere Begründung, die für vorrangige Sanierung vorgebracht wird, ist, daß bei rascher Privatisierung die Erwerber der Unternehmen überwiegend, bei größeren Unternehmen fast ausschließlich, aus Westdeutschland oder dem Ausland kommen. Daran knüpft sich die Befürchtung, daß eine Region, in der überwiegend Zweigbetriebe von außerhalb der Region ansässigen Unternehmen tätig sind („verlängerte Werkbänke"), stets in besonderem Maße durch Produktionseinbrüche bedroht sei.

Auch wenn man solche Bedenken für begründet hält, ist der Aufschub der Privatisierung bei gleichzeitiger Vornahme der Sanierung durch die Treuhandanstalt kein geeigneter Weg, die beschriebenen unerwünschten Nebenergebnisse der Privatisierung zu vermeiden. Für Unternehmen mit günstigen Sanierungsaussichten werden sich Erwerber finden, und es wäre unklug, auf diese Chance, unternehmerische Initiative und Kapital einzuwerben, zu verzichten. Die verbleibenden Unternehmen wären eine negative Auslese. Die Hoffnung, man werde in einigen Jahren lebensfähige ortsansässige Unternehmen haben, die dann durch breitgestreuten Verkauf börsenfähiger Aktien privatisiert werden könnten, stünde auf sehr schwachen Füßen. Viel eher ist zu erwarten, daß schwache und auf ständige Subventionen angewiesene Unternehmen verbleiben, die die regionale Entwicklung nur belasten.

493. Es trifft auch keineswegs zu, daß ein Unternehmen, das von einem anderen übernommen wird, damit zwangsläufig zur „verlängerten Werkbank" wird. Vielmehr überwiegen heute in größeren Unternehmen Organisationsformen, bei denen stark verselbständigte Teilbereiche als „Profit Center" mit weitgehenden Entscheidungsbefugnissen und eigener Ge-

winnverantwortung ausgestattet sind. In dieser Form werden vielfach auch die in den neuen Ländern erworbenen oder neugegründeten Betriebsstätten in den Unternehmensverbund eingegliedert.

Eigenständige ortsansässige Unternehmen sind für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region wichtig. Man sollte hierbei aber nicht auf fragwürdige Sanierungsaktivitäten der Treuhandanstalt bauen, sondern auf die vielen kleineren und mittleren Unternehmen, die heute durch Neugründung, Privatisierung und Reprivatisierung zustandekommen. Aus ihnen wird sich ein gesunder Grundbestand bilden; auch größere Unternehmen werden auf die Dauer daraus hervorgehen. Zudem werden Städte wie Berlin und andere Großstädte in den neuen Bundesländern bald auch so attraktiv sein, daß westdeutsche Unternehmen die Verlagerung ihres Sitzes dorthin in Betracht ziehen.

494. Die Forderung, die Treuhandanstalt solle sich in stärkerem Maße der Sanierung zuwenden, verbindet sich vielfach mit der Vorstellung, sie solle zum Instrument und Organ staatlicher Strukturpolitik werden (Ziffer 495). Durch Erhaltung und Sanierung bestehender Unternehmen müsse der Entindustrialisierung ganzer Regionen vorgebeugt werden.

Die Ergebnisse einer strukturpolitisch orientierten Sanierungsstrategie der Treuhandanstalt wären allerdings abzusehen. Für die Unternehmen, die sich nicht privatisieren lassen, würde grundsätzlich zunächst die Forderung erhoben, die Treuhandanstalt müsse aus strukturpolitischen Gründen die Sanierung in eigener Regie übernehmen. Forderungen dieser Art, in aller Regel mit politischem Druck verbunden, könnte sich die Treuhandanstalt nur schwer widersetzen. Im Ergebnis liefe eine strukturpolitisch orientierte Sanierungsstrategie der Treuhandanstalt auf die Erhaltung alter Strukturen hinaus.

495. Ein in der Öffentlichkeit diskutierter Vorschlag zur Umgestaltung der Treuhandanstalt zum Träger strukturpolitischer Aufgaben sieht vor, eine Treuhand-Industrieholding zu gründen, die sich bei der Sanierung von Unternehmen an industrie- und regionalpolitischen Zielen orientieren soll; die Dominanz betriebswirtschaftlicher Sanierungskriterien wird ausdrücklich abgelehnt. Die Voraussetzungen für die Erfüllung der neu definierten Sanierungsaufgabe sollen durch paritätische Beteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat der Industrieholding und durch Drittel-Beteiligung der Gewerkschaften im Verwaltungsrat der Treuhandanstalt verbessert werden. Zugleich soll ein Vermögensfonds gegründet werden, der einen Anteil von 25 vH an der Treuhand-Industrieholding halten und außerdem an allen von dieser privatisierten Unternehmen beteiligt bleiben soll, in der Regel ebenfalls mit 25 vH. Die Anteile an dem Vermögensfonds sollen durch drei Gruppen übernommen werden. Die Hälfte der Anteile soll unentgeltlich an die Bevölkerung der neuen Bundesländer übertragen werden. Als zweite Gruppe sollen die Bezieher überdurchschnittlicher Einkommen zu einer Abgabe herangezogen werden und dafür Anteile erhalten. Schließlich sollen Arbeitnehmer auch freiwillig Anteile erwerben können, allerdings mit der Maßgabe, daß damit eine Aufstockung der gesetzlichen Sparförderung verbunden und darüber hinaus ohne zeitliche Begrenzung eine Mindestverzinsung durch den Bund garantiert wird.

Dieser Plan orientiert sich neben der strukturpolitischen Zielrichtung offenbar stark an Umverteilung und Ausbau von Verbandsmacht. Über die Aussichten, daß die Industrieholding jemals zu einem von Subventionen unabhängigen, rentablen Unternehmen werden könnte, haben die Urheber des Plans anscheinend keine Illusionen. Jedenfalls gehen sie von der realistischen Einschätzung aus, daß niemand freiwillig sein Geld in Anteilen des Vermögensfonds anlegen würde, es sei denn, ihm werde eine vom Bund garantierte Mindestverzinsung geboten.

496. Aus regionalpolitischer Sicht wird von der Treuhandanstalt gefordert, daß sie sich für die Sanierung und Erhaltung von Unternehmen einsetzt, deren Zusammenbruch für eine Region schwerwiegende Folgen hätte. Träger der Regionalpolitik sind die Gebietskörperschaften; es besteht kein Grund, regionalpolitische Aufgaben bei der Treuhandanstalt anzusiedeln. Es genügt, den Ländern die Möglichkeit einzuräumen, sich solche Unternehmen von der Treuhandanstalt übertragen zu lassen (Ziffer 503 und 522).

Das Privatisierungspotential voll ausschöpfen

497. Von entscheidender Bedeutung für eine erfolgreiche Arbeit der Treuhandanstalt ist, daß die Privatisierung vorankommt. Dies wird vor allem dann gefördert, wenn möglichst weite Kreise von Kaufinteressenten angesprochen und davon überzeugt werden, daß sich beachtenswerte Chancen mit dem Erwerb von Unternehmen im Osten Deutschlands verbinden. Es liegt in diesem Sinne, daß die Treuhandanstalt ein umfassendes Informationssystem aufgebaut hat und um das Interesse ausländischer Investoren wirbt, jetzt auch unter Einschaltung professioneller Finanzmakler und Investmentbanken. Wenn bei der Werbung um ausländische Investoren bisher nur begrenzte Erfolge erzielt wurden, so kann dies auch daran liegen, daß Deutschland heute generell nicht als besonders attraktiver Investitionsstandort gilt.

In einigen Fällen scheint es bei ausländischen Investoren auf Unverständnis gestoßen zu sein, daß sich die Treuhandanstalt bei der Entscheidung zwischen konkurrierenden Bietern nicht nur nach dem Preis richtet, sondern auch andere Kriterien wie Beschäftigungszusagen und Investitionspläne berücksichtigt. Wenn ausländische Bieter trotz hoher Preisgebote nicht den Zuschlag erhalten, kann der Eindruck entstehen, sie seien im Grunde unerwünscht und würden nur einbezogen, um bei inländischen Bietern günstigere Konditionen zu erreichen. Wenn dieser Eindruck entstünde, wären alle Bemühungen um ausländische Investoren wenig aussichtsreich. Deswegen ist wichtig, daß die Treuhandanstalt vor allem gegenüber ausländischen Investoren und Vermittlern für Transparenz über ihre Entscheidungskriterien sorgt.

498. Fortschritte in der Privatisierung können erreicht werden, wenn die Unternehmensleitungen in stärkerem Maße als bisher veranlaßt werden, die Initiative zur Privatisierung zu ergreifen. Es wirkt demotivierend, wenn derartige Initiativen zwar akzeptiert,

aber nur zögerlich und mit großen Vorbehalten weiterverfolgt werden. Fehlgelenkt wird die Motivation auch dann, wenn die Unternehmensleitung Grund sieht, den Fortbestand des Unternehmens und die Sicherung der eigenen Position in erster Linie in einer Sanierung durch die Treuhandanstalt zu suchen. Wenn dieser Weg verschlossen bleibt, zugleich aber das Initiativrecht der Unternehmensleitung zur Einleitung der Privatisierung ernst genommen wird, werden die Bemühungen in die richtige Richtung gelenkt: Eine Unternehmensleitung kann ihre Position am besten dadurch sichern, daß sie ein überzeugendes Sanierungsprogramm ausarbeitet und private Investoren dafür gewinnt.

Zur Vermeidung von Mißbrauch müssen Initiativen der Unternehmensleitung sorgfältig überprüft werden, nach Möglichkeit durch Vergleich mit konkurrierenden Angeboten. Keinesfalls darf aber der Eindruck entstehen, derartige Initiativen seien wenig aussichtsreich; eine Unternehmensleitung, die diesen Weg beschreitet, muß sich darauf verlassen können, daß die Entscheidung zügig getroffen wird und daß die Entscheidungsgründe im Ablehnungsfall transparent werden. Die Treuhandanstalt könnte dem entgegenkommen durch die Zusage, im Regelfall bei Vorliegen eines durch Inititative der Unternehmensleitung eingehenden Kaufgebots unverzüglich durch öffentliche Ausschreibung konkurrierende Angebote einzuholen und dem ersten Bieter den Zuschlag zu erteilen, wenn kein günstigeres Gebot eingeht.

499. Ein Marktsegment, in dem die Möglichkeiten der Privatisierung noch nicht ausgeschöpft sind, ist der Bereich mittlerer und kleinerer Unternehmen. Potentielle Erwerber sind hier mittelständische Unternehmen aus Westdeutschland und dem Ausland, daneben aber auch unternehmerisch befähigte Personen aus den neuen Bundesländern. Die beachtlichen Anfangserfolge der Treuhandanstalt beim Management-Buy-Out zeigen, daß dieses wichtige Potential nicht vernachlässigt werden darf.

Die Verhandlungen mit Kaufinteressenten für kleinere Einheiten gestalten sich aus organisatorischen Gründen oft schwierig. Die Kaufinteressenten werden zunächst mit standardisierten Konditionen konfrontiert, die ihnen in der Regel nicht akzeptabel erscheinen. Verhandlungen darüber werden oft nur mit Verzögerung eingeleitet und erweisen sich als äußerst langwierig. Hier machen sich personelle und organisatorische Engpässe in der Treuhandanstalt bemerkbar. Diese Mängel sind nicht leicht zu beheben, zumal eine personelle Ausweitung nicht befürwortet werden kann. Wesentlich ist, daß die vorhandenen Kräfte noch stärker darauf konzentriert werden, Verkaufsverhandlungen zügig und flexibel abzuwickeln.

500. Kapitalanleger, die ohne eigene unternehmerische Betätigung bei Aussicht auf hinreichend hohe Renditen zu einem riskanten Engagement bereit wären, konnten bisher kaum für die Privatisierung von Unternehmen gewonnen werden. Dies ist leicht zu erklären: Die im Normalfall fehlende unternehmerische Konzeption kann auf diesem Wege nicht eingebracht werden. Vielmehr setzt die Einwerbung von Risikokapital voraus, daß eine vertrauenswürdige unternehmerische Konzeption bereits vorhanden ist. Dennoch liegen auch in diesem Bereich Möglichkeiten, das Vorankommen der Privatisierung zu fördern. Allerdings bedarf es dazu geeigneter Finanzierungsmodelle.

Risikokapital wird zum Engpaß, wenn es ein unternehmerisches Programm gibt, die zu seiner Realisierung erforderlichen finanziellen Mittel aber nicht ausreichen. Dieser Fall kann eintreten, wenn mittelständische Unternehmer Kaufinteresse zeigen, ebenso beim Management-Buy-In und beim Management-Buy-Out. Wenn es, wie vielfach behauptet wird, in nennenswertem Umfang Unternehmen gibt, die aus eigener Initiative oder mit Unterstützung der Treuhandanstalt aussichtsreiche Sanierungsprogramme entwickeln können, aber trotzdem keine Kaufinteressenten finden, liegt ebenfalls der Engpaß beim Risikokapital.

Die Problematik der Aufbringung von Risikokapital ist in solchen Fällen darin zu sehen, daß die Kapitalanleger schlecht informiert sind und die Erfolgsaussichten der Unternehmen schwer beurteilen können. Außerdem haben sie nur sehr begrenzte Möglichkeiten, die Tätigkeit des Unternehmens laufend zu überwachen. Die Lösung liegt in der Einschaltung einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft (Venture-Capital-Gesellschaft) als Intermediär. Diese Gesellschaft nimmt anlagebereites Risikokapital gegen Beteiligungstitel auf und beteiligt sich ihrerseits an der Privatisierung von Unternehmen. Für die Kapitalanleger wird damit zunächst eine Risikostreuung erreicht. Vor allem aber übernimmt die Kapitalbeteiligungsgesellschaft die Prüfung der Objekte und die laufende Überwachung der Geschäftsführung in den Unternehmen.

Grundlage der Vertrauenswürdigkeit einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft ist die Reputation ihrer Träger. Hier sind vor allem renommierte Banken gefordert. Von ihnen müßte die Initiative zur Gründung von Kapitalbeteiligungsgesellschaften ausgehen. Wesentlich ist, daß mit der Übernahme eines Unternehmens durch eine Kapitalbeteiligungsgesellschaft die vollständige Privatisierung erreicht wird. Konstruktionen, bei denen die Treuhandanstalt wieder als Teilhaber der Kapitalbeteiligungsgesellschaft vorgesehen ist, sind deswegen nicht sinnvoll.

Erste Ansätze zur Schaffung von Kapitalbeteiligungsgesellschaften mit dem Ziel der Übernahme von Unternehmen der Treuhandanstalt gibt es bereits. Eine Ausweitung dieser Aktivitäten wäre sehr wünschenswert. Bemühungen, das Interesse ausländischer Kapitalbeteiligungsgesellschaften zu wecken, könnten förderlich sein, auch um den Wettbewerb anzuregen.

Abschluß der Tätigkeit im Kernbereich

501. Der Treuhandanstalt sind durch Übertragung von Vermögen und Zuweisung von Schulden Aufgaben zugewachsen, die weit über den Kernbereich der Privatisierung, Sanierung und Stillegung von Unternehmen hinausreichen (zum Beispiel Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens in der Land- und Fortwirtschaft; Entschuldungsmaßnahmen zugunsten landwirtschaftlicher Unternehmen;

Übertragung volkseigenen Vermögens, das kommunalen Aufgaben und kommunalen Dienstleistungen dient, an Städte und Gemeinden; Verwaltung und Verwertung von Sondervermögen: Finanzvermögen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, Partei- und Organisationsvermögen, Teile des Vermögens der ehemaligen Nationalen Volksarmee, „Staatsreserve" der DDR; Erstattung von Zinsleistungen an den Kreditabwicklungsfonds und Übernahme eines Teils der aufgenommenen Gesamtverschuldung des Fonds am 1. Januar 1994; Beteiligung an Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften). Hinzu kommen Aufgaben, die nach Abschluß der Privatisierung verbleiben (zum Beispiel Regelung von Altschulden und Beseitigung von Altlasten bereits privatisierter und stillgelegter Unternehmen, Vertragsüberwachung nach vollzogener Privatisierung). Die Überhäufung mit Aufgaben der verschiedensten Art kann dem Ziel, die Unternehmen zu privatisieren und damit zur Entstehung neuer und lebensfähiger Strukturen beizutragen, nicht förderlich sein. Es wäre zweckmäßig, den für die Unternehmen und deren Privatisierung zuständigen Kernbereich durch organisatorische Ausgliederung von am Rande liegenden Aufgaben zu entlasten; für den wichtigen Bereich der Liegenschaften ist die Ausgliederung bereits durch Gründung einer selbständigen GmbH erfolgt. Würden auch andere Randbereiche organisatorisch verselbständigt, so verbliebe für den Kernbereich ein klar abgegrenztes Aufgabengebiet mit eindeutigen Erfolgskriterien.

502. Ein weiterer Vorzug der organisatorischen Gliederung in einen Kernbereich und sonstige Aufgabenbereiche läge darin, daß jeder der Bereiche ein eigenes Budget hätte und dafür verantwortlich wäre. Derzeit gibt es nur ein Gesamtbudget der Treuhandanstalt, das Einnahmen und Ausgaben der verschiedensten Art umfaßt. Im Budget des Kernbereichs müßte zwischen laufenden Liquiditätshilfen, Ausgaben für Investitionen und Ausgaben für Belastungen, die im Rahmen der Privatisierung übernommen werden, unterschieden werden. Zu beheben wäre auch der Mißstand, daß bei den heute überwiegend in der Form von Kreditgarantien vergebenen Liquiditätshilfen nicht klar ist, inwieweit es sich dabei um Subventionen handelt oder um Leistungen, die bei erfolgreicher Privatisierung nicht in Anspruch genommen werden oder zurückfließen.

Investitionen der Unternehmen sollten nur innerhalb eines eng angesetzten Budgetrahmens unterstützt werden. Die Gründe, die gegen eine breite Finanzierung von Investitionen durch die Treuhandanstalt sprechen, haben großes Gewicht. Dennoch muß es Ausnahmen von der allgemeinen Regel geben, daß Investitionen nicht finanziert werden. Wann eine Ausnahme zu machen ist, muß dem Ermessen der Treuhandanstalt überlassen werden. Ein enger Budgetrahmen würde sie zu sorgfältiger Auswahl der zu fördernden Investitionen veranlassen.

503. Von führender Stelle in der Treuhandanstalt ist mit aller wünschenswerten Klarheit festgestellt worden, daß es möglich und geboten ist, die Tätigkeit im Kernbereich bis Ende 1994 abzuschließen. Dies entspricht auch unserer Einschätzung der Chancen weiterer Bemühungen um Privatisierung und Sanierung ebenso wie der Gefahren eines längeren Fortbestandes der Treuhandanstalt. Die Absichtserklärung, auf die Auflösung der Treuhandanstalt zum genannten Zeitpunkt hinzuarbeiten, verdient uneingeschränkte Unterstützung. Sie sollte von politischer Seite durch eine verbindliche Ankündigung des Auflösungszeitpunkts bekräftigt werden. Für die ausgegliederten Aufgabenbereiche wären neue organisatorische Formen zu finden.

Bis zum Abschlußzeitpunkt müßten grundsätzlich alle Unternehmen privatisiert oder stillgelegt werden. Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel blieben allerdings möglich. Zwar spricht sehr vieles dafür, daß Unternehmen, die bis dahin nicht privatisiert werden können, nicht als sanierungsfähig anzusehen sind. Doch können regionalpolitische Erwägungen gegen eine sofortige Stillegung sprechen. Deswegen sollten die Länder als Träger der regionalen Wirtschaftspolitik die Option haben, Unternehmen auf ihrem Gebiet von der Treuhandanstalt zu übernehmen. Unternehmen, bei denen keine Aussicht auf Privatisierung vor dem Abschlußzeitpunkt besteht, wären dem jeweiligen Land zur unentgeltlichen Übernahme anzubieten. Erst nach Ablehnung dieses Angebots käme es zur Stillegung.

IV. Eine Strukturpolitik für die neuen Bundesländer?

504. Für die Menschen in den neuen Bundesländern bedeutet der Übergang von einem staatlichen Planungssystem zur Marktwirtschaft eine tief in die persönliche Lebensgestaltung hineingreifende Umwälzung. Sie erleben, wie gewohnte Strukturen zusammenbrechen, und sie erfahren, wie schmerzlich die Anpassungskrise ist. In dieser Situation, in der die Sorge insbesondere um den Arbeitsplatz umgeht, suchen die Menschen Hilfe bei der Hand des Staates. Staatliche Eingriffe sind für den einzelnen Bürger ein begreifbarer und leicht verstehbarer Lösungsansatz, mit dem eine Identifikationsmöglichkeit für den einzelnen und zuweilen auch Symbolkraft verbunden ist.

Es wird deshalb in der Öffentlichkeit verstärkt verlangt, der Staat solle über die Beseitigung der wachstumslimitierenden Engpaßfaktoren und die praktizierte kräftige Förderung der privaten Investitionen hinaus eine aktive Rolle bei der Erneuerung der Wirtschaftsstruktur selbst übernehmen. Er solle den bestehenden Unternehmen den Übergang in die Marktwirtschaft erleichtern und die Unternehmen, wenn auch nur vorübergehend, erhalten. Der Staat solle — auch finanziell — dabei sein, wenn Unternehmen umstrukturiert und damit auf die Zukunft eingestellt werden, und er solle ihnen bei ihrer technischen Modernisierung beistehen. Nicht zuletzt wird eine industriepolitische Konzeption eingefordert, nach der der Staat eine aktive Rolle bei der Gestaltung auch neuer Sektoren zu übernehmen habe. Dieser Weg, bei der wirtschaftlichen Erneuerung Ostdeutschlands vorrangig auf den Staat zu setzen, ist falsch (SG 91 Ziffer 22).

505. Die Forderungen nach einer aktiven Rolle des Staates laufen im Kern darauf hinaus, wirtschaftliche

Entscheidungen in den politischen Prozeß zu verlagern. Dies hat gravierende Fehlentwicklungen zur Folge.

- Nach allen Erfahrungen orientiert sich ein solcher Ansatz, obwohl dies ausdrücklich nicht verlangt wird, letzten Endes doch an den alten Strukturen, und zwar wegen der Besonderheiten des politischen Entscheidungsprozesses, bei dem ein Konsens der beteiligten Gruppen gefunden werden muß. Es ist deshalb zu erwarten, daß die alte Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands als Basis für die Entwicklung des Neuen genommen würde. Damit würde die Vergeudung aus planwirtschaftlicher Zeit fortgesetzt. Vor allem aber würden bei einer solchen Politik die neuen Bundesländer, die in einigen Jahren einen moderneren Kapitalstock als Westdeutschland haben können, Modernisierungschancen verschenken und technisch und wirtschaftlich dem westdeutschen und dem internationalen Niveau deutlich hinterherhinken. Im Interesse kurzfristig motivierter Ziele werden langfristige Zukunftschancen für die Menschen verbaut. Aus der Anpassungskrise würde letztlich dann eine Strukturkrise auf Dauer.
- Eine aktive Rolle des Staates bei der Erhaltung und Gestaltung von Unternehmen hat zwangsläufig zur Folge, daß der Staat die Mittel bereitstellen muß, die ein Unternehmen von einem privaten Investor oder vom Kapitalmarkt nicht erhalten kann. Dies bedeutet eine Subventionierung, die der Eigendynamik des politischen Prozesses unterliegt: Subventionen verkrusten sich und werden nach allen Erfahrungen nicht oder nur mit erheblichen zeitlichen Verzögerungen abgebaut. Subventionen zementieren damit die ineffiziente Bindung von Produktionsfaktoren auf lange Frist.
- Auch für die Unternehmer, die in Ostdeutschland neue Faktorkombinationen durchsetzen sollen, werden völlig falsche Anreize gesetzt. Anstatt den Gewinn durch neue Produkte oder Produktionstechniken zu mehren, betätigen sie sich auf dem politischen Markt, um Subventionen zu erlangen.

506. Eine strukturkonservierende Politik behindert darüber hinaus die Gründung neuer Unternehmen. Manche der bestehenden Unternehmen in den neuen Bundesländern besitzen erhebliche Gewerbeflächen, und sie haben bei einer Subventionierung keinen Anreiz, sich von nicht betriebsnotwendigen Flächen zu trennen, die neue Unternehmen dringend brauchen. Damit ist der Markt für Gewerbefläche zu eng; die Bodenpreise sind überhöht. Die Subventionierung der alten Unternehmen verstärkt also den Engpaß bei der Bereitstellung von Gewerbefläche. Auch auf dem Arbeitsmarkt stehen alte und neue Unternehmen in Konkurrenz. Aus der westdeutschen Strukturpolitik ist bekannt, daß die subventionierten Branchen in Problemregionen oft eine Lohnführerschaft übernommen und damit das regionale Lohnniveau maßgeblich bestimmt haben. Dadurch werden zugleich die Eintrittsbedingungen für potentielle neue Unternehmen verschlechtert, und gerade die Gründung neuer Unternehmen unterbleibt. Staatliche Regelungen haben Fernwirkungen im Gefüge der wirtschaftlichen Interdependenzen, die in der verkürzten öffentlichen Diskussion oft nicht gesehen werden.

507. Aber nicht nur die Erhaltung bestehender Unternehmen wird gefordert; im politischen Raum wird wiederholt verlangt, der Staat solle Industriepolitik betreiben und zukunftsträchtige Wirtschaftszweige in den neuen Bundesländern fördern oder entwickeln. Dabei wird unterstellt, daß staatliche Stellen die relevante Information für eine solche zukunftsweisende Strukturpolitik haben. Gerade diese Voraussetzung ist aber nicht erfüllt. Staatliche Stellen können nicht wissen, welche Produkte, welche Produktionsverfahren und welche Wirtschaftszweige in der Zukunft erfolgreich sein werden. Nicht zuletzt an diesem Informationsproblem ist die Zentralplanung gescheitert.

Der Staat kann und darf also die Sektorstruktur nicht vorprägen. Würde er es doch tun und würde er sektorale Chancen falsch einschätzen, so ist eine immanente Tendenz zur Vergeudung von Mitteln angelegt. Denn im politischen Prozeß besteht eine Bereitschaft, die einmal getroffene Entscheidung zugunsten eines Sektors durch die Gewährung weiterer Haushaltsmittel nachträglich zu legitimieren, also eine Fehlentscheidung nicht deutlich werden zu lassen. Ferner geht von dem betroffenen Sektor ein politischer Druck zur weiteren Förderung aus. Damit aber sind bei einer Politisierung wirtschaftlicher Entscheidungen die korrigierenden Kräfte des Marktes ausgeschaltet.

508. Verfehlte strukturpolitische Vorstellungen werden im Zusammenhang mit den Unternehmen deutlich, die bislang ganz oder überwiegend auf den Export in die Sowjetunion und andere frühere RGW-Länder spezialisiert waren. Nachdem dieser Handel heute in weiten Bereichen zum Erliegen gekommen ist, haben viele Unternehmen ihre Absatzmärkte verloren und sind in ihrer Existenz bedroht. Die Forderung nach Erhaltung dieser Unternehmen und nach Sanierung durch die Treuhandanstalt wird damit begründet, die Absatzbeziehungen seien zwar zeitweilig gestört, auf Dauer seien die bisherigen Abnehmer aber auf die Lieferungen angewiesen. Nach Überwindung der Krise könnten die alten Lieferungen wieder aufgenommen werden; hierfür müßten die Unternehmen sich bereithalten.

Hierin liegt eine grundlegende Fehleinschätzung der Folgen, die die Auflösung des RGW und die Öffnung der früher darin verbundenen Länder für den freien Welthandel haben werden. Die Lieferbeziehungen im RGW ergaben sich aus einer politisch verfügten Arbeitsteilung zwischen den Ländern. Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß es bei dieser Arbeitsteilung bleiben wird, wenn Lieferbeziehungen nicht mehr politisch geregelt werden, sondern im internationalen Wettbewerb der Anbieter zustandekommen. Die Vorstellung, daß alte Lieferbeziehungen nach einer störungsbedingten Unterbrechung ohne weiteres wieder aufgenommen werden könnten, ist irrig. Eine generelle Erhaltung und Sanierung von Unternehmen, die früher in RGW-Länder geliefert haben und hier ihre „angestammten" Märkte sehen, muß zum Fehlschlag führen. Ob ein Unternehmen auf diesen Märkten Wettbewerbsvorteile hat, die auch in Zukunft Bestand haben, muß in jedem Einzelfall ge-

prüft werden. Das aber überläßt man besser privaten Investoren.

509. Sektorale Subventionen können international zu Verzerrungen führen und sich damit als Störenfried der internationalen Arbeitsteilung, etwa im Verhältnis zu den europäischen Nachbarn, entwickeln. So fürchten Schiffbauer im Ostseeraum wegen der starken Stützung ostdeutscher Werften um ihre Existenz. Ein Land wie die Bundesrepublik, das auf den internationalen Handel angewiesen ist, darf diesen nicht durch wettbewerbsverzerrende sektorale Subventionen stören. Die Subventionierung ausgewählter Branchen verträgt sich nicht mit den Spielregeln eines gemeinsamen Marktes in Europa, in dem der Staat die Startbedingungen der Sektoren nicht künstlich verzerren darf. Schließlich steht eine Subventionierung einzelner Branchen auch im Widerspruch zu der Notwendigkeit, den osteuropäischen Ländern den Zugang zur internationalen Arbeitsteilung zu ermöglichen und deren potentielle Kostenvorteile zur Entwicklung kommen zu lassen.

510. Eine Strukturpolitik für die neuen Bundesländer, sei es nur für bestehende Unternehmen oder für neue Industrien, hätte weitreichende finanzpolitische Konsequenzen. Gerade weil die Unternehmen in der jetzigen Form zu einem überwiegenden Teil ineffizient sind, wäre die zu finanzierende Summe beachtlich, die Mittel müßten auf längere Sicht bereitgestellt werden und würden versickern, ohne die Wirtschaft leistungsfähiger zu machen. Der Finanzbedarf für die Strukturpolitik in den neuen Bundesländern würde die deutsche Finanzpolitik für die nächsten Jahre dominieren. Von hier aus würde eine Konsolidierungsstrategie erheblich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Von hier aus könnte das Vertrauen der internationalen Kapitalmärkte in die deutsche Wirtschaftspolitik gestört werden, könnte eine Abwertung der D-Mark den Konflikt zwischen Finanzpolitik und Geldpolitik verschärfen. Von hier aus könnten auch die Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum in Deutschland, etwa bei Steuererhöhungen und Verteilungskonflikten, negativ beeinflußt werden. Die Erhaltung ineffizienter Strukturen hätte jedenfalls für die gesamte deutsche Volkswirtschaft einen hohen Preis. Wer eine Strukturpolitik fordert, kann dies nicht tun, ohne anzugeben, wie die dafür erforderlichen Finanzmittel aufgebracht werden sollen; dabei ist die Vorstellung, die Mittel für die Strukturpolitik könnte man dadurch aufbringen, daß man weniger für sozialpolitische und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ausgeben muß, falsch. Eine solche Rechnung ist rein statisch; sie berücksichtigt nicht, daß die Strukturpolitik auf Dauer die Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Vitalität einer Volkswirtschaft zerstört, zu Wachstumseinbußen führt und deshalb mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden ist.

511. Die Konsequenz aus den vorstehenden Überlegungen ist, daß der Staat keine sektorale Strukturpolitik betreiben und nicht sektoral intervenieren soll, und zwar weder bei der Erhaltung bestehender Branchen noch bei der Schaffung neuer Sektoren. Der Staat kann sektorale Strukturen auf Dauer gegen die Marktkräfte nur mit erheblichen Folgekosten verteidigen. Erfolgversprechender ist eine wachstumsorientierte Strategie, die auf die Wettbewerbskräfte setzt. Dabei muß der Staat seine Rolle darin sehen, die Rahmenbedingungen für eine günstige Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern zu schaffen und die wachstumslimitierenden Engpässe abzubauen. Hierzu zählt die Bereitstellung der Infrastruktur beziehungsweise die Stimulierung des Infrastrukturangebots durch private Anbieter, der Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltung, die Erschließung von Gewerbefläche und die Verringerung der Unsicherheit, die die ungeklärten Eigentumsverhältnisse mit sich bringen. Diese Strategie vermeidet die negativen Folgen der Strukturpolitik und zahlt sich damit auf mittlere, besonders aber auf lange Frist aus. Die Menschen sind nicht durch die Aufrechterhaltung alter Strukturen zu schützen, sondern durch sozialpolitische und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.

512. Als Folge der Vereinigung haben sich die Bedingungen für die Erhaltung nicht mehr wettbewerbsfähiger Strukturen aber auch in Westdeutschland verändert. Insbesondere besteht eine Konkurrenz in der Verwendung staatlicher Finanzmittel bei der Subventionierung von Sektoren im Westen und im Osten. Jede Mark, die für die Strukturerhaltung im Westen ausgegeben wird, ist für den Erneuerungsprozeß in den neuen Bundesländern nicht verfügbar. Außerdem verzerren Subventionen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aus West und Ost, wenn die Unternehmen — wie die westdeutsche Steinkohle und die ostdeutsche Braunkohle — teilweise direkt auf dem Gütermarkt im Wettbewerb stehen. Ein Abbau solcher strukturverzerrender Subventionen ist unumgänglich.

V. Die Regionen im Standortwettbewerb

513. Nicht nur die Sektorstruktur, sondern auch die Raumstruktur der neuen Bundesländer wird sich an die geänderten Bedingungen anpassen müssen. Denn das heute gegebene Standortgefüge spiegelt das Autarkiebestreben der früheren DDR gegenüber den westlichen Märkten, die starke Orientierung auf den RGW-Raum und die politisch bestimmten Spezialisierungsmuster wider. Die Abhängigkeit einzelner Regionen von dominierenden Wirtschaftszweigen war in Ostdeutschland wesentlich stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Zudem waren auch die räumlichen Disparitäten in der Wirtschaftskraft deutlich größer als in den alten Bundesländern; das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner lag nach Schätzungen aus dem Raumordnungsbericht 1991 der Bundesregierung im Jahre 1988 zwischen 78 vH (Mecklenburg-Vorpommern) und 136 vH (Sachsen-Anhalt) des DDR-Durchschnitts, während bei den alten Bundesländern (nur Flächenländer) die Spanne von 82 vH in Schleswig-Holstein bis 110 vH in Hessen reichte. Insgesamt gab es ein ausgeprägtes Süd-Nord-Gefälle hinsichtlich der Wirtschaftskraft sowie der Industrie- und Bevölkerungsdichte.

514. Der zu erwartende Strukturumbruch wird die einzelnen Regionen in den neuen Bundesländern in unterschiedlicher Weise treffen. Dabei wird das zukünftige Entwicklungspotential der Regionen von einer Reihe von Faktoren wie etwa der geographischen Lage, gegebenem Industriebesatz und ökologischen

Altlasten geprägt. Einzelne dieser Einflußfaktoren können die Problemstellung in einer Region dominieren; es können aber auch mehrere Faktoren, positive wie negative, gleichzeitig für einen Raum bestimmend sein.

Eine positive Entwicklung ist für Regionen zu erwarten, die an Zentralität gewinnen oder andere Standortvorteile aufweisen:

- Die Region Berlin/Brandenburg hat aus sich heraus wegen der neuen Zentralität ein starkes Entwicklungspotential. Durch die Entscheidung, Berlin nicht nur als Hauptstadt, sondern auch zum Sitz des Parlaments und der Gremien der Regierung zu bestimmen, wird diese Tendenz erheblich verstärkt.
- Auch die meisten ehemaligen Grenzgebiete zu den alten Bundesländern sind quasi über Nacht zu zentralen Wirtschaftsgebieten in Deutschland geworden. Sie weisen zum Teil günstige Entfernungen zu wichtigen Absatz- und Bezugsmärkten auf. Vielfach gibt es bereits Ansätze von Verflechtungen mit den Nachbarräumen im Westen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Dies zeigen die starken Pendlerströme.
- Regionen mit einer günstigen Position in der Hierarchie der Infrastruktur und mit politikinduzierter Schwerpunktbildung wie die Landeshauptstädte werden sich neben Berlin zu Wachstumszentren herausbilden. Infrastruktur und Zentren der Administration strahlen auf die private Wirtschaftstätigkeit aus.
- Regionen mit anderen günstigen Ausstattungsbedingungen wie etwa qualifizierten Arbeitskräften, einem schnell aktivierbaren Ingenieurwissen und einer bereits diversifizierten Struktur haben eine positive Entwicklung vor sich, insbesondere wenn sich im Entwicklungsprozeß Agglomerationsvorteile einstellen.

Einige Räume in den neuen Bundesländern gewinnen durch die Vereinigung zwar an Zentralität und haben damit positive Wachstumschancen; sie werden aber von einer starken Zunahme des Transitverkehrs, vor allem in Ost-West-Richtung betroffen sein. Da der Ausbau leistungsfähiger Verkehrswege nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen ist, kann die Lebensqualität in Teilen dieser Regionen zunächst beeinträchtigt werden; mit dem Ausbau oder der Erneuerung der großräumigen Verkehrsinfrastruktur wird dieser Mangel jedoch behoben.

Dagegen gestaltet sich der Umbau schwieriger, wenn Regionen eine ungünstige Wirtschaftsstruktur aufweisen und wenn sie an Zentralität verlieren.

- Alte Industriegebiete, also praktisch alle Gebiete mit bedeutendem Industriebesatz, stehen unter den neuen Bedingungen vor schwierigen Anpassungen in den Unternehmen und vor erheblichen Arbeitsplatzverlusten. Als Problem wird sich dies insbesondere in monostrukturierten Regionen erweisen, in denen die dominierende Industrie in der heutigen Form nicht überleben wird, so an der Ostseeküste (Werftindustrie), im Raum um Eisenhüttenstadt (Stahlindustrie) oder im sächsischen Textilrevier.
- Ökologische Sanierungsgebiete haben beträchtliche Altlasten, die beseitigt werden müssen. In diesen ökologischen Sanierungsgebieten, die zudem häufig durch eine einseitige Industriestruktur charakterisiert sind, gehen viele Arbeitsplätze verloren; die Attraktivität ist aufgrund der bestehenden Umweltprobleme für neue wirtschaftliche Aktivitäten begrenzt.
- Ländliche Regionen, vor allem in Mecklenburg-Vorpommern, sind durch einen hohen Anteil von in der Landwirtschaft Beschäftigten gekennzeichnet, von denen im Zuge der Anpassung an westliche Produktivitätsstandards weit mehr als die Hälfte den Sektor verlassen wird oder schon ausgeschieden ist. Hier wird es auch auf mittlere Sicht schwierig sein, ausreichend Ersatzarbeitsplätze anzubieten.
- Grenzgebiete zu Polen und zur Tschechoslowakei verlieren — relativ zu den anderen ostdeutschen Regionen — an Zentralität. Auf kürzere und mittlere Sicht werden die Nachteile ihrer peripheren Lage kaum geringer, weil der Transformationsprozeß in den Nachbarländern aller Voraussicht nach noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

515. Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft entscheiden die Unternehmen selbst über ihren Standort und über die Region, in der sie sich niederlassen. Regionen stehen daher in einem Standortwettbewerb. Sie sind mit einer Reihe von Faktoren ausgestattet wie ihrer geographischen Lage, verfügbaren Gewerbeflächen, der Infrastruktur und dem Angebot an Arbeitskräften, das allerdings nur teilweise an eine Region gebunden ist. Diese Ausstattungsfaktoren, die zum Teil gestaltbar sind, bestimmen die Attraktivität einer Region für potentielle Investoren. Die Ausstattungsfaktoren konkurrieren um die mobilen Faktoren, insbesondere Kapital, aber auch um technisches Wissen und um Management. Die Regionen in den neuen Ländern müssen sich auf diesen Standortwettbewerb einstellen, der nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch in Europa, ja weltweit geführt wird.

516. Beim Standortwettbewerb der Regionen hat die Regionalpolitik primär die Aufgabe, allgemein die Standortbedingungen zu verbessern. Dabei spielt die Bereitstellung der Infrastruktur eine wichtige Rolle, da dadurch die Attraktivität einer Region verbessert wird. Wichtig ist ferner, günstige Voraussetzungen für die Qualifizierung der Menschen und für das Entstehen neuen technischen Wissens zu schaffen. Auch der Ausweis von Gewerbeflächen ist eine zentrale staatliche Funktion. Indem die Wirtschaftspolitik im Rahmen der Flächennutzungsplanung Standorte zur Verfügung stellt, unterbreitet sie den privaten Investoren ein Angebot. Dabei haben ostdeutsche Regionen insbesondere dann einen Standortvorteil, wenn vergleichbare Standortmöglichkeiten an anderer Stelle, auch in Westdeutschland, nicht verfügbar sind.

Um Unternehmen zu attrahieren, ist es wichtig, ein günstiges Klima für die Ansiedlung zu schaffen. Genehmigungen müssen zügig erteilt, politische Entscheidungen schnell herbeigeführt werden. Entwick-

lungsgesellschaften können Gewerbeflächen erschließen und bürokratische Prozeduren bündeln. Es kommt entscheidend auf eine Initiative von unten an, die von den Menschen und politischen Kräften einer Region getragen wird. Hier können die Revitalisierungserfahrungen zum Beispiel von Pittsburgh und aus dem Ruhrgebiet herangezogen werden. Hilfreich können ein Zusammenwirken von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft, ein wachsendes Verantwortungsbewußtsein der Wirtschaft für die Region und eine Identifikation der Menschen mit ihrer Region sein. Auch die sogenannten weichen Standortfaktoren wie die kulturelle Infrastruktur und Freizeitangebote sind von Bedeutung.

517. Bei der Investitionsförderung wird derzeit das gesamte Beitrittsgebiet als Problemregion behandelt. Eine regionale Differenzierung der investitionsfördernden Maßnahmen wird lediglich im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" vorgenommen; hier können die Fördersätze innerhalb der Bundesländer unterschiedlich gestaltet werden.

Auch der Ausbau der Infrastruktur wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe, insbesondere aber durch die anderen Maßnahmen der Gebietskörperschaften in diesem Bereich räumlich differenziert. So entstehen durch die Hierarchie der Infrastruktur, etwa im Verkehrsbereich, und durch die Standorte der Verwaltung Kristallisationsschwerpunkte. Von dieser Hierarchie des Infrastrukturausbaus profitieren vor allem die potentiellen Wachstumszentren und die Verbindungen zwischen ihnen.

Wachstumspolitische, raumordnerische und budgetpolitische Gründe sprechen für einen engpaßorientierten Ausbau der Infrastruktur. Eine darüber hinausgehende Differenzierung sollte nur im Rahmen der Eigenverantwortlichkeit der Regionen erfolgen.

518. Ein regional differenzierter Einsatz von Instrumenten ist, außer bei der Hierarchie der Infrastruktur, auch erforderlich, weil die Ausgangsbedingungen der Regionen in den neuen Bundesländern unterschiedlich sind. Wo Regionen an Zentralität gewinnen, kann man allemal auf die Marktkräfte setzen. Spezifische Fördermaßnahmen über den Ausbau der Infrastruktur hinaus sind hier nicht nötig. Für den Berliner Raum wird es sogar darauf ankommen, die starken zentralistischen Tendenzen nicht durch unabgestimmte staatliche Fördermaßnahmen über Gebühr zu forcieren. Wo der Transitverkehr belastet, ist die Verkehrsinfrastruktur auszubauen. Wo ökologische Altlasten bestehen, wird vor allem der Staat gefordert sein.

Zur Debatte steht, ob darüber hinaus die Fördersätze im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" stärker differenziert werden sollen. Dabei werden einerseits wachstumspolitische und andererseits ausgleichspolitische Motive genannt.

519. Einer wachstumspolitischen Konzeption würde es entsprechen, solche Räume durch die Stimulierung privater Investitionen verstärkt zu fördern, in denen die Entwicklungschancen besonders gut eingeschätzt und daher vom Mitteleinsatz die stärksten Wachstumsimpulse erwartet werden. Von einem solchen Wachstumsschwerpunkt würden dann die anderen Regionen über Verflechtungen positiv beeinflußt. Diese Politikvariante würde den Anspruch erheben, durch eine Konzentration wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf bestimmte Räume entscheidende Impulse für den Aufschwung in den neuen Bundesländern insgesamt zu geben. Dieser Ansatz stößt jedoch auf Bedenken. Einmal sind die bestehenden Investitionsförderungen für das gesamte Gebiet der neuen Bundesländer bereits großzügig bemessen; eine Bevorzugung von Wachstumsregionen erscheint deshalb nicht erforderlich. Zum anderen ist es in höchstem Maße fraglich, ob der Staat jene Regionen identifizieren kann, in denen das regionale Wachstum besonders groß zu sein verspricht. Dies gilt um so mehr für die neuen Bundesländer, in denen eine Prognose der Wachstumschancen einzelner Regionen noch viel schwieriger ist, weil man sich nicht an den Entwicklungen in der Vergangenheit orientieren kann.

520. Aus ausgleichspolitisch motivierten Erwägungen wird empfohlen, sich auf jene Räume zu konzentrieren, die — wie die Grenzregionen — einen Lagenachteil haben oder in denen — wie in den alten Industriegebieten — der Anpassungsdruck besonders spürbar ist. In diesen Problemregionen soll der Mitteleinsatz am höchsten sein. Dabei ist das Ziel nicht nur, die Anpassung vorübergehend abzufedern, sondern auf mittlere Frist die Entwicklungschancen für die Problemregionen zu verbessern. Eine differenzierte Analyse ist erforderlich.

- Der Ausbau der Infrastruktur kann die Nachteile einer ungünstigen geographischen Lage zwar zu einem Teil kompensieren. Es wird aber nicht möglich sein, Zentralitätsverluste, die durch die deutsche Vereinigung in einzelnen Regionen eingetreten sind, auf Dauer durch eine bessere Infrastruktur vollständig auszugleichen.
- Aus Gründen des Ausgleichsziels könnten die Fördersätze im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" innerhalb eines Bundeslandes zugunsten von Problemregionen, noch stärker als heute praktiziert, differenziert werden. Dadurch könnten günstige Bedingungen für die Ansiedlung und die Neugründung von Unternehmen in den Problemregionen geschaffen werden. Eine Differenzierung der Fördersätze zugunsten einer Region ist einer unternehmensspezifischen oder sektorspezifischen Subvention vorzuziehen.

  Eine Politik der differenzierten Fördersätze zugunsten einer spezifischen Region kann aber nicht auf Dauer angelegt sein; Arbeitnehmer und Unternehmer dürfen sich darauf nicht einstellen. Das Ziel sollte vielmehr auch hier sein, daß sich Problemregionen auf mittlere Frist im Standortwettbewerb behaupten können. Die Differenzierung der Fördersätze muß zudem in bezug auf die Förderhöchstsätze und in bezug auf die zur Verfügung zu stellende Gesamtsumme der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" nach einer geraumen Zeit, zum Beispiel nach drei Jahren, überprüft werden.
- Inwieweit im Rahmen einer Ausgleichspolitik durch kräftige Ansiedlungshilfen für Großunter-

nehmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ein Kristallisationspunkt für die regionale Entwicklung geschaffen werden kann, ist schwer zu beurteilen. Einerseits stimuliert die Ansiedlung einer großen Unternehmung aufgrund ihrer Bezugsverflechtungen das wirtschaftliche Wachstum in einer Region, etwa bei den produktionsnahen Dienstleistungen. Andererseits sind diese Ausstrahlungseffekte heute weniger als früher räumlich begrenzt, sie erstrecken sich vielmehr über die Region und sogar über den nationalen Raum hinaus. Auch muß man sich davor hüten, durch die Ansiedlung von Großunternehmen eine neue Monostruktur zu schaffen, die eine Region bei einem konjunkturellen oder dauerhaften Einbruch in einer einzelnen Branche sehr stark trifft. Ferner konkurriert die Förderung eines großen Unternehmens in aller Regel mit der Ansiedlungshilfe für kleinere und mittlere Unternehmen, die relativ stark zu einer diversifizierten Struktur beitragen. Außerdem ist auch bei einer selektiven Industrieansiedlung die Frage zu beantworten, woher der Staat die Informationen hat, welche Unternehmen und welche Sektoren in der Zukunft erfolgreich sein werden. Schließlich muß vermieden werden, daß die Ansiedlung von Unternehmen zu Folgesubventionen für die Regionalpolitik führt, etwa weil eine einmal getroffene Entscheidung nachträglich durch weitere Subventionen politisch legitimiert wird. Insbesondere bei der Gestaltung neuer Strukturen kann sich die Regionalpolitik auf Dauer nicht gegen die Markt- und Wettbewerbskräfte stellen.

- Der Schutz der Menschen, die von strukturellen Verwerfungen in Problemregionen betroffen sind, ist am besten durch arbeitsmarktpolitische und sozialpolitische Maßnahmen zu erreichen. Dabei können Maßnahmen der sozialen Abfederung speziell für die Problemregionen, und zwar zeitlich befristet, zugeschnitten werden.

521. In Problemregionen, in denen der Anpassungsdruck besonders stark ist, werden Entscheidungen der Treuhandanstalt über den Fortbestand oder die Stillegung von Unternehmen besonders schwierig, wenn eine Region — wie das häufig in den neuen Bundesländern der Fall ist — in stärkerem Maß von einem einzelnen Industriezweig oder einem einzelnen Unternehmen abhängig ist. Wird dieser Industriezweig oder dieses Unternehmen aufgegeben, so wird die gesamte Region erheblich betroffen. In solchen Fällen liegt es nahe, die Treuhandanstalt zur Unterstützung von Sanierungsprogrammen aufzufordern, wobei die Frage der Erfolgsaussichten einer Sanierung hinter regionalpolitischen Forderungen zurücktritt.

Es wäre jedoch verfehlt, der Treuhandanstalt diese regionalpolitische Aufgabe zu übertragen, zudem noch unter dem Vorwand der Sanierung. Dies würde zu Investitionen führen, die kaum Aussicht auf Erfolg hätten. Trügerische Hoffnungen und Illusionen würden genährt, die eine spätere Korrektur der Fehlentscheidungen um so mehr erschweren würden. Erhaltungssubventionen als regionalpolitisch motivierte Anpassungshilfen haben nichts mit der Sanierung von Unternehmen zu tun, und die Treuhandanstalt ist kein Organ der Regionalpolitik.

522. Träger der Regionalpolitik sind in erster Linie die Länder. Es bietet sich somit die Lösung an, daß mit Abschluß der Tätigkeit der Treuhandanstalt in ihrem Kernbereich die bis dahin nicht privatisierten Unternehmen auf das jeweilige Land übertragen werden (Ziffer 503). Das Land muß entscheiden, ob und inwieweit die zur regionalen Wirtschaftsförderung zur Verfügung stehenden Mittel für die zeitweilige Erhaltung notleidender Industrien eingesetzt werden sollen oder ob anderen Maßnahmen, dem Ausbau der Infrastruktur oder der Ansiedlung neuer Industrie etwa, der Vorrang zu geben ist. Diese Lösung entspricht einer klaren Aufgabenabgrenzung und schafft bessere Voraussetzungen für eine rationale Mittelverwendung bei der regionalen Wirtschaftsförderung.

523. Viel spricht dafür, den Ländern eine stärkere Eigenverantwortlichkeit in der Regionalpolitik zuzuweisen. Diese Konzeption einer Regionalisierung der Regionalpolitik, für die der Sachverständigenrat wiederholt plädiert hat (JG 88 Ziffern 420 ff.), setzt allerdings eine Reform des Finanzausgleichs, insbesondere des kommunalen Finanzausgleichs, voraus (JG 88 Ziffern 427 ff.). Neben der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", bei der die Länder eine feste Beteiligungsquote von 50 vH übernehmen müssen, könnten auch Finanzhilfen des Bundes gemäß Artikel 104 a Abs. 4 GG eingesetzt werden, wie dies zum Beispiel im Rahmen des Strukturhilfegesetzes geschieht. Der Anwendungsbereich ist dabei weiter gefaßt, die Beteiligungsquoten können vereinbart werden, und die Planung der Maßnahmen obliegt allein den Ländern.

Aber auch bei einer größeren Eigenverantwortlichkeit der Länder darf die Regionalpolitik in den neuen Bundesländern nicht die Gefahr verkennen, daß eine Ausgleichspolitik darin mündet, nicht wettbewerbsfähige Strukturen zu erhalten. Hier gelten die gleichen Bedenken wie bei der Strukturpolitik. Eine sektorale Strukturpolitik darf nicht über eine regionalpolitische Begründung legitimiert werden.

524. Bei der Erneuerung der Raumstruktur in den neuen Bundesländern wird man neben den hier erörterten Maßnahmen auch auf die Mobilität der Menschen setzen müssen. In den alten Bundesländern ist es seit Jahrzehnten gängige Praxis, daß viele täglich von ihrem Wohnort etwa im ländlichen Raum zum Arbeitsplatz über eine größere Distanz pendeln. Mit einer Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur wird eine solche Mobilität in den neuen Bundesländern erleichtert. Auch ist der Wechsel des Wohnorts im Interesse besserer Beschäftigungsmöglichkeiten und der beruflichen Entwicklung aus gesamtwirtschaftlicher Sicht positiv zu beurteilen. Solange die Engpässe am Wohnungsmarkt fortbestehen, wird diese Form der Mobilität sich freilich nicht voll entfalten können.

Neben der Mobilität der Menschen spielen bei der Erneuerung der Raumstruktur in Ostdeutschland die Preise der immobilen Faktoren eine wichtige Rolle. Denn durch niedrigere Preise für immobile Faktoren kann eine Region teilweise Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. In einer Marktwirtschaft ist es normal, daß die

Preise immobiler Faktoren zwischen den Regionen differenziert sind, wenn sich die Angebots- und Nachfrageverhältnisse räumlich unterscheiden. Das gilt für Wohnungen und Immobilien, die in der Großstadt oder im ländlichen Raum unterschiedliche Knappheitsgrade aufweisen. Dies gilt aber auch für den Lohnsatz, wenn Arbeit, etwa in bestimmten Qualifikationen, nicht mobil ist oder nicht mobil sein kann. Soweit Arbeit immobil ist, kann sie ähnlich wie Boden räumlich unterschiedlich knapp sein, und dies muß sich in einer regionalen Differenzierung der Löhne ausdrücken. Auch wegen räumlicher Unterschiede in den Lebenshaltungskosten, etwa wegen niedriger Mieten, kann der Lohn regional differenziert sein. Sind die Löhne räumlich nicht differenziert, so ist der Interventionsbedarf der Regionalpolitik zwangsläufig größer.

525. Wie in anderen Politikbereichen fordert die Integration der neuen Bundesländer auch bei der Regionalpolitik Änderungen in Westdeutschland, die über die Beschlüsse hinausgehen, die bislang getroffen wurden (Reduzierung des Fördergebiets in den alten Ländern von etwa 39 vH auf 30 vH Bevölkerungsanteil sowie Herabsetzung der Förderhöchstsätze von 23 vH auf 18 vH). Auf längere Sicht wird die umfassende Förderung auch in den neuen Bundesländern abgebaut werden müssen. Damit aber für die neuen Bundesländer dennoch ein Präferenzvorsprung erhalten bleibt, müssen in Westdeutschland weitere Einschnitte in die Förderlandschaft vorgenommen werden.

VI. Arbeitsmarktpolitik: Förderung und soziale Flankierung des Erneuerungsprozesses

Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in der Anpassungskrise

526. Die Erneuerung der Wirtschaft im Osten Deutschlands führt unvermeidlich zu tiefgreifenden Veränderungen bei der Verwendung der Ressourcen, und davon sind vor allem die Arbeitskräfte betroffen. Sie sind gezwungen, sich auf neue Anforderungen einzustellen und in sehr vielen Fällen eine neue Beschäftigung zu suchen. Die Problematik dieses Prozesses liegt darin, daß alte Arbeitsplätze unter dem Druck des Wettbewerbs weit schneller aufgegeben werden müssen, als der Aufbau von neuen vorankommt. Dabei wird es für einige Zeit bleiben, auch dann zunächst noch, wenn die Produktion schon wieder anwächst.

Der sich verringernden Anzahl von Arbeitsplätzen steht ein Rückgang beim Arbeitsangebot gegenüber, verursacht teilweise durch Abwanderung, in stärkerem Maße durch Pendler, wesentlich auch durch eine geringere Erwerbsquote. Die große Mehrzahl der betroffenen Arbeitnehmer geht jedoch in die Arbeitslosigkeit. Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit kommt in den veröffentlichten Angaben zur Anzahl der Arbeitslosen nicht voll zum Ausdruck. Arbeitslosigkeit findet sich in erheblichem Umfang in verdeckter Form. Viele Arbeitslose können nicht darauf hoffen, schon bald wieder eine neue Beschäftigung zu finden (Ziffer 389).

527. Die Anpassungskrise auf dem Arbeitsmarkt wird in dem Maße verschärft, wie die Arbeitskosten der Entwicklung der Leistungskraft voraneilen. Dadurch wird einerseits der Abbau alter und nicht mehr wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze beschleunigt. Andererseits kommen Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze nur dann zustande, wenn sie eine Produktivität ermöglichen, bei der hohe Arbeitskosten tragbar sind. Dies gilt für Investitionen zur Sanierung alter Unternehmen gleichermaßen wie für Neugründungen. Mit Blick auf die langfristige Entwicklung wird damit die Entstehung einer Wirtschaftsstruktur gefördert, die der Erwartung entspricht, daß auf die Dauer der Osten und der Westen Deutschlands sich in Lohnhöhe und Produktivität nicht wesentlich voneinander unterscheiden werden. In der kritischen Anpassungsperiode allerdings sind die rasch ansteigenden Arbeitskosten eine hohe Hürde für Investitionen alter und neuer Unternehmen (Ziffer 372).

Die Vielfalt der arbeitsmarktpolitischen Instrumente mit Bedacht nutzen

528. Die von der notwendigen Anpassung betroffenen Arbeitslosen bleiben nicht ihrem Schicksal überlassen und auf ihre eigenen, oft unzureichenden Kräfte angewiesen. Vielmehr wird ihnen geholfen, mit den wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Arbeitslosigkeit fertig zu werden und den Übergang zu einer neuen Beschäftigung zu finden.

Am wichtigsten ist, daß die Arbeitslosen vor einem jähen Absinken ihres Lebensstandards oder gar materieller Not bewahrt werden. Hierzu dient primär das Arbeitslosengeld; hilfsweise greifen andere soziale Leistungen wie Wohngeld und Sozialhilfe ein. Darüber hinaus zielen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik darauf ab, dem Arbeitslosen den Weg in eine neue Beschäftigung zu ebnen, Kontakt zur Arbeitswelt und Arbeitsmotivation zu bewahren, seine Qualifikation zu pflegen und zu verbessern. Hierzu dienen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und zur Fortbildung und Umschulung.

Die Arbeitsmarktpolitik steht in den neuen Bundesländern vor der Aufgabe, den Anpassungsprozeß mit seinen Schwierigkeiten und Härten für die Arbeitnehmer zu überbrücken. Hierbei muß sie sich darauf einstellen, daß bald schon ein Wachstumsprozeß in Gang kommt, der zunächst nur langsam, aber in steigendem Maße, neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet. Es wird dabei regionale Unterschiede geben. In manchen Regionen wird sich schon bald eine Entspannung der Arbeitsmarktlage ankündigen, in anderen wird sie länger auf sich warten lassen. Die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik müssen so eingesetzt werden, daß der zu erwartende Aufschwung nach Möglichkeit gefördert, keinesfalls aber behindert wird. Es kommt darauf an, Arbeitnehmer in der richtigen Weise zu motivieren und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Organisatorische Strukturen, die geschaffen werden, um Probleme der Übergangszeit zu bewältigen, dürfen sich nicht verfestigen und die marktwirtschaftlichen Wachstumskräfte blockieren. Bei allem bedarf es einer regional differenzierten Politik, die den unterschiedlichen örtlichen Bedingungen Rechnung trägt.

529. Das heute zur Verfügung stehende Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik ist für das alte Bundesgebiet entwickelt und dort erprobt worden. Zur Bewältigung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern kommt es in bisher ungekannten Dimensionen zum Einsatz und verändert damit seine Qualität. Während bislang im alten Bundesgebiet der gezielte Einsatz von Maßnahmen zur Überwindung konkreter Hindernisse bei der Integration von Problemgruppen in den Arbeitsmarkt im Vordergrund stand, geht es bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern vorwiegend darum, große Gruppen von Arbeitnehmern, oft ganze Belegschaften, in einer vorläufigen Beschäftigung aufzufangen. Grundsätzlich ist das Ziel von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zwar immer, Motivation und Qualifikation der Arbeitnehmer zu erhalten und ihnen darüber hinaus neue Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln. Primär geht es derzeit jedoch darum, den Übergang in die offene Arbeitslosigkeit zumindest für eine gewisse Zeit hinauszuschieben.

Neu ist auch, daß als Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in großem Umfang eigene Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften („Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung", kurz: „ABS-Gesellschaften") gegründet werden. Derzeit entsteht ein flächendekkendes System von ABS-Gesellschaften. So ist in Sachsen unter der Bezeichnung „Aufbauwerk im Freistaat Sachsen" mit Beteiligung der öffentlichen Hand (Freistaat Sachsen und Treuhandanstalt), der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und anderer Gesellschafter (darunter Industrie- und Handelskammern und die Dresdner Bank) eine Trägergesellschaft geschaffen worden, die ihrerseits in allen elf Arbeitsamtsbezirken des Landes regionale Trägergesellschaften einrichten soll, die dann wiederum die Aktivitäten der einzelnen ABS-Gesellschaften koordinieren. Hier entstehen organisatorische Strukturen von politischem Gewicht, bei denen nicht abzusehen ist, welche Wirkung sie in Zukunft noch entfalten werden.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden in den neuen Ländern nicht wie herkömmlich als flankierende Hilfe zur Erleichterung der Anpassung an die Erfordernisse des Arbeitsmarktes gesehen, sondern als Alternative zur finanziellen Unterstützung der Arbeitslosen durch Arbeitslosengeld. Allerdings kann nur eine Minderheit derer, die ihren Arbeitsplatz verlieren, durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgefangen werden.

530. Die im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigten Arbeitnehmer bilden heute bereits ein nicht mehr unbeachtliches Segment des Gesamtangebots auf dem Arbeitsmarkt. Charakteristisch für dieses Marktsegment ist, daß die Entlohnung der Arbeitnehmer hinter der in anderen Bereichen nicht zurücksteht, die für den Träger der Maßnahme relevanten Arbeitskosten aber nur einen kleinen Bruchteil der Löhne ausmachen oder sogar ganz entfallen. Die Problematik des zweiten Arbeitsmarktes liegt darin, daß die Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, vor allem die ABS-Gesellschaften, in Wettbewerb mit privaten Unternehmen treten, und zwar in zweierlei Hinsicht, auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Markt der angebotenen Güter und Leistungen. Sie haben einen zweifachen Wettbewerbsvorteil. In dem Maße, in dem sie von den Arbeitskosten entlastet sind, kommen sie mit entsprechend niedrigeren Preisen aus. Zugleich können sie den Arbeitnehmern Löhne bieten, die nicht niedriger, in manchen Fällen sogar höher sind als die der nicht in entsprechender Weise begünstigten Unternehmen.

531. Wettbewerbsverzerrungen durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind unerwünscht. Deswegen macht das Arbeitsförderungsgesetz die Gewährung von Zuschüssen davon abhängig, daß „die Arbeiten sonst nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt würden" (§ 91 Abs. 2 AFG); es muß sich also um zusätzliche Leistungen handeln, die ohne die Maßnahme im gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nicht zustande kämen; außerdem verlangt das Gesetz, daß die Arbeiten im öffentlichen Interesse liegen. Daß es sich um zusätzliche Leistungen im angegebenen Sinne handelt, kann auf zweierlei Weise begründet werden. Zum einen kann es sich um Leistungen handeln, für die gar kein anderer Anbieter zur Verfügung steht; zum anderen kann es sein, daß die Leistungen ohne die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme nicht finanziert werden könnten.

Der erste Fall dürfte selten sein; für typische Leistungen von ABS-Gesellschaften wie Demontage von Betriebsanlagen, Gebäudesanierung, Beseitigung von Altlasten mögen zwar zunächst Anbieter fehlen. Doch würde die Aussicht auf Vergabe von Aufträgen ein Betätigungsfeld für bestehende Unternehmen eröffnen, die sich spezialisieren und in professioneller Weise den jeweiligen Aufgaben widmen könnten. Durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird der Marktzugang von vornherein versperrt.

Der zweite Fall liegt beispielsweise vor, wenn eine Kommune über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Bauarbeiten durchführen läßt, für die sie sonst keine Mittel hätte. Auch dann handelt es sich um eine zusätzliche Leistung; es gibt zwar private Anbieter, aber ihnen entgeht kein Auftrag, weil die Bauarbeiten ohne die Maßnahme unterbleiben würden. Ob eine Leistung tatsächlich in diesem Sinne zusätzlich ist, läßt sich allerdings im Einzelfall schwer überprüfen. Zwischen der Zusätzlichkeit einer im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erbrachten Leistung und dem öffentlichen Interesse daran besteht ein Spannungsverhältnis. Je dringender das öffentliche Interesse ist, desto eher ist zu vermuten, daß die Leistung auch ohne Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zustande käme.

Davon abgesehen wird deutlich, daß die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme in diesem Fall letztlich auf eine Subventionierung der Gemeinde durch die Bundesanstalt für Arbeit hinausläuft. Es wäre sinnvoller, wenn die dafür eingesetzten Mittel der Gemeinde unmittelbar zur Verfügung stünden. Sie könnte dann Aufträge vergeben, die die private Wirtschaftstätigkeit anregen; bei Vergabe der Arbeiten an private Unternehmen wäre zudem mit höherer Effizienz zu rechnen. Öffentliche Mittel werden hier fehlgeleitet: Bundesmittel, die über den Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit fließen, würden auch unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten besser direkt den

Gemeinden zur Finanzierung öffentlicher Aufträge zur Verfügung gestellt.

Besonders problematisch sind unter dem Gesichtspunkt der Zusätzlichkeit Arbeiten zur Sanierung von Betriebsgeländen. Nutznießer dieser Arbeiten ist der Eigentümer, in der Regel die Treuhandanstalt. Da diese eine öffentliche Institution und die Privatisierung ihre dringlichste Aufgabe ist, wird man ein öffentliches Interesse bejahen können. Zweifelhaft ist aber, ob es sich hier um zusätzliche Leistungen handelt. Wenn das Betriebsgelände privatisiert und einer anderen Verwendung zugeführt werden kann, müßte die Treuhandanstalt entweder selbst die Sanierung vornehmen lassen oder sie unter Gewährung eines entsprechenden Preisnachlasses dem Erwerber überlassen. — Im Ergebnis übernimmt die Bundesanstalt für Arbeit die Finanzierung von Aufgaben der Treuhandanstalt.

532. ABS-Gesellschaften, die zur Aufnahme ganzer Belegschaften oder von Teilen davon ins Leben gerufen werden, stehen unter besonderem Druck, geeignete Aufgaben zu finden. Während bei anderen Trägern in der Regel am Anfang Überlegungen stehen, wie für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geeignete Aufgaben gefunden werden können, und erst dann Mittel für Arbeitskräfte im benötigten Umfang angefordert werden, ist es bei ABS-Gesellschaften umgekehrt: Die Arbeitskräfte sind da; es geht darum, welche Leistungen sie erbringen sollen. Es ist zu vermuten, daß unter diesen Voraussetzungen bei der Prüfung der Zusätzlichkeit weniger strenge Maßstäbe angelegt werden, zumal mit der Unterstützung aller lokalen politischen Instanzen zu rechnen ist, wenn es um das Schicksal einer größeren Anzahl von Arbeitnehmern geht. Selbst örtliche Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern werden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch bei erheblichen Zweifeln an der Zusätzlichkeit der Leistungen stillschweigend tolerieren, wenn ihre Mitglieder nicht unmittelbar betroffen sind. Die Unternehmen, die als Anbieter in Frage kämen, aber nicht in den Markt hineinkommen oder gar nicht erst gegründet werden, haben keine Interessenvertretung.

ABS-Gesellschaften übernehmen zum Teil Aufgaben, die nur mit erheblichen Investitionen durchgeführt werden können (zum Beispiel „Renaturierung und Revitalisierung geschädigter Landschaften", „Altlast- und Umweltsanierung"). Dies wird durch Sachkostenzuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit und Zuschüsse aus anderen Quellen ermöglicht. Im Ergebnis führt das zu höheren Markteintrittsbarrieren für konkurrierende Anbieter; denn die ABS-Gesellschaft hat für neue Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen das zusätzliche Argument, daß die teuren Geräte, die man angeschafft habe, nun auch genutzt werden müßten.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, vor allem im Zusammenhang mit ABS-Gesellschaften, stoßen heute auf wachsende Kritik, in erster Linie in der besonders betroffenen Bauwirtschaft, und zwar sowohl von Seiten der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer. Dahinter stehen Zweifel daran, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Auftragslage privater Anbieter unberührt lassen.

533. Für die Arbeitnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird die Motivation abgeschwächt, sich um einen anderen Arbeitsplatz zu bemühen und dabei die Last der Einarbeitung, des Erwerbs neuer Kenntnisse und Fertigkeiten, vielleicht sogar des Ortswechsels auf sich zu nehmen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz vielerorts fast aussichtslos ist, fällt dies weniger ins Gewicht. Aber das wird sich ändern, sobald mit beginnender Aufwärtsentwicklung Neueinstellungen größeren Umfangs erfolgen. Solange im Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die für normale Arbeitsverhältnisse geltenden Tariflöhne zu zahlen sind, bringt der Arbeitsplatzwechsel in der Regel keinen Verdienstzuwachs, bei Wechsel in einen anderen Tarifbereich vielleicht sogar eine Einbuße, häufig hingegen härtere Arbeitsbelastung. Der Nachteil der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme liegt für den Arbeitnehmer in der zeitlichen Begrenzung auf ein oder höchstens zwei Jahre. Die Motivation des Arbeitnehmers hängt wesentlich davon ab, ob er diese zeitliche Begrenzung ernst nimmt oder darauf vertraut, daß nach Ablauf der Zeit eine neue Auffangposition ähnlicher Art für ihn geschaffen wird. Vor allem in ABS-Gesellschaften, die auf längerfristigen Bestand angelegt sind und Investitionen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben durchführen, besteht die Gefahr, daß Illusionen über ein unbegrenztes Fortbestehen des gegebenen Zustandes entstehen. Für die Arbeitsverwaltung wird es später sehr schwer, solche Erwartungen zu enttäuschen. Im Ergebnis wird Immobilität statt Anpassungsbereitschaft gefördert.

534. Die Arbeitsmarktpolitik kann angesichts der ernsten Lage auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in großem Umfang nicht verzichten; sie wird auch nicht ganz ohne eigene Trägerorganisationen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auskommen können. Soweit heute noch durch hinausgezögerte Kündigungen oder über die Kurzarbeiterregelung wirtschaftlich nicht tragfähige Arbeitsplätze erhalten werden, wäre es sogar wünschenswert, statt dessen das adäquate Instrument der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme einzusetzen.

Die schädlichen Nebenwirkungen sind jedoch zu bedenken. Die Konsequenz wäre, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gezielt auf besonders problematische Regionen und Gruppen von Arbeitnehmern zu konzentrieren. Verfehlt ist auf jeden Fall die Schaffung eines flächendeckenden Systems von ABS-Gesellschaften. Es ist eine Fehlentwicklung, wenn heute bei Personalfreisetzungen größeren Umfangs regelmäßig die Forderung nach Übernahme der betroffenen Arbeitnehmer durch eine ABS-Gesellschaft erhoben und dem auch häufig entsprochen wird. Eine beträchtliche Minderheit der Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlieren, kommt so in eine privilegierte Position; die Mehrheit allerdings muß sich damit abfinden, sofort in die Arbeitslosigkeit zu gehen, da es gänzlich ausgeschlossen ist, sämtliche Arbeitslose in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufzunehmen. Nach der bislang in der alten Bundesrepublik geübten Praxis wird Arbeitslosen im Regelfall durch finanzielle Unterstützung und durch Beistand bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz und bei der Qualifizierung geholfen.

fen. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bleiben auf besonders begründete Ausnahmefälle beschränkt. Dieses Regel-Ausnahme-Verhältnis muß auch in den neuen Bundesländern gelten.

535. Wichtig ist vor allem eine regionale Differenzierung. Heute ist zwar die Arbeitslosigkeit überall in den neuen Bundesländern hoch. Aber die regionalen Unterschiede werden mit der Zeit größer werden. Nicht überall wird die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz aussichtslos bleiben. Vielerorts werden nicht nur alte Arbeitsplätze entfallen, sondern auch neue entstehen. Schwierig bleibt die Lage jedoch in Regionen mit einseitig ausgerichteter und heute notleidend gewordener Wirtschaftsstruktur. Auf diese Regionen muß sich der Einsatz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konzentrieren. Hierzu bedarf es der Abstimmung mit der Regionalpolitik der Länder. Ein zweckmäßiges Verfahren könnte sein, für jedes Land ein Budget für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vorzugeben und dann in Zusammenarbeit mit der Landesregierung Schwerpunkte für den Einsatz der Mittel, vor allem in regionaler Hinsicht, zu bestimmen.

ABS-Gesellschaften sind bereits in großer Zahl und ohne Beschränkung auf Problemregionen gegründet worden. Es ist an der Zeit, dieser Fehlentwicklung ein Ende zu setzen und sie allmählich wieder zurückzuschrauben. Hierzu bedarf es der konsequenten Durchsetzung der zeitlichen Begrenzungen, die für die bestehenden Gesellschaften grundsätzlich gelten.

536. Schädliche Nebenwirkungen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen können im übrigen in Grenzen gehalten werden, wenn einige wichtige Grundsätze Beachtung finden:

- Für den Arbeitnehmer muß ein starker Anreiz erhalten bleiben, einen neuen Arbeitsplatz zu suchen und sich dafür zu qualifizieren. Gegen diesen Grundsatz wurde eklatant verstoßen durch tarifliche Vereinbarungen, nach denen Kurzarbeitern ein Ausgleich für die Differenz zwischen Tariflohn und Kurzarbeitergeld zu zahlen war. Ebenso verfehlt ist aber die Fortzahlung des für das vorhergehende Arbeitsverhältnis maßgeblichen Tariflohns durch eine ABS-Gesellschaft. Die Anreize sind richtig gesetzt, wenn der Lohn im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zwar höher ist als das Arbeitslosengeld, jedoch fühlbar niedriger als in einem regulären Arbeitsverhältnis liegt. Wenn sich dies nicht durch besondere Tarifvereinbarung erreichen läßt, wäre auch eine Gesetzesänderung in Betracht zu ziehen, die der Tatsache Rechnung trüge, daß die Beschäftigung im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme eher den Charakter einer Sozialleistung als eines Arbeitsverhältnisses hat.

  Aber auch ohne Tarifvereinbarung und Gesetzesänderung lassen sich sinnvolle Lösungen finden. So könnte man zum Beispiel die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme auf Teilzeitbeschäftigung begrenzen und den Arbeitnehmern für die verbleibende Zeit Qualifizierungsprogramme anbieten; letztere wären Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung, bei denen nicht der Tariflohn, sondern nur ein niedrigerer Unterhaltsbeitrag gezahlt würde.

- Bei den Arbeitnehmern darf nicht der Eindruck entstehen, die Beschäftigung in einer ABS-Gesellschaft sei eine Lösung auf Dauer. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind für den Einzelnen zwar grundsätzlich immer zeitlich begrenzt. Die heute in großer Zahl gegründeten ABS-Gesellschaften sind aber so angelegt, daß die Beendigung nach Fristablauf voraussichtlich nicht leicht durchzusetzen sein wird. Es ist wichtig, falschen Erwartungen rechtzeitig entgegenzutreten und nach Möglichkeit keine Organisationsformen zu schaffen, die die Durchsetzung zeitlicher Begrenzungen erschweren.

- Wettbewerbsnachteile für private Anbieter müssen, soweit dies überhaupt möglich ist, vermieden werden. Hierzu sollte von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, die mit einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zu erbringenden Leistungen öffentlich auszuschreiben, um auch privaten Anbietern die Beteiligung zu eröffnen. Allerdings ist auch dies nicht unproblematisch. Ein Unternehmer kann in die heikle Lage geraten, daß er einen Auftrag nur erhält, wenn er Arbeitslose im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme einstellt, daß er zugleich aber Schwierigkeiten hat, seine qualifizierte Stammbelegschaft zu beschäftigen.

- Die Privatisierung darf nicht behindert werden. Erschwerend für die Privatisierung wirkt sich die immer noch gebräuchliche Praxis aus, überzählige Arbeitskräfte als Kurzarbeiter im Beschäftigungsverhältnis zu belassen mit der Folge, daß der Erwerber des Unternehmens die Last des endgültigen Personalabbaus zu tragen hat. Die Sonderregelung für Kurzarbeiter sollte deswegen auf keinen Fall verlängert werden. Demgegenüber wäre die Übernahme freigesetzter Arbeitnehmer in eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme schon ein Fortschritt. Es muß auch dabei bleiben, daß die der Treuhandanstalt gehörenden Unternehmen keine finanziellen Lasten aus der Gründung und dem Betrieb von ABS-Gesellschaften zu tragen haben. Auch dies würde die Privatisierung erschweren.

537. Wichtiger als die Schaffung zeitweiliger Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose ist, daß ihnen die Chance geboten wird, sich für neue Arbeitsplätze zu qualifizieren. Die Arbeitnehmer verfügen zwar durchweg über eine solide Grundausbildung, doch müssen sie sich mit neuen Techniken vertraut machen, um ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu wahren. Völlig neuartige Anforderungen an die berufliche Qualifikation werden vor allem im Bereich der Dienstleistungen gestellt. Heute gibt es bei hoher Arbeitslosigkeit bereits vielfach Mangel an Arbeitskräften mit speziellen Kenntnissen und Fähigkeiten. Dies unterstreicht die Bedeutung von Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung sowie des Elements der Qualifizierung in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Die auf Qualifizierung zielenden Maßnahmen stoßen auf Schwierigkeiten, weil das Angebot an Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten begrenzt und zudem in seiner Qualität schwer zu beurteilen ist. Die besten Aussichten für erfolgreiche Qualifizierung bie-

tet eine Ausbildung an modern ausgestatteten Arbeitsplätzen. Deshalb müßten vor allem neue und technisch gut ausgestattete Unternehmen dafür gewonnen werden, Qualifizierungsmöglichkeiten anzubieten, die zugleich die Aussicht auf neue Arbeitsplätze eröffnen. Hier kann mit Einarbeitungszuschüssen gearbeitet werden.

Zweifelhaft ist jedoch, ob es gelingen kann, im Rahmen von ABS-Gesellschaften qualitativ und quantitativ hinreichende Qualifizierungsmöglichkeiten zu schaffen. Grundsätzlich sind die Voraussetzungen dafür in den aus den alten Strukturen hervorgegangenen und in erster Linie an zeitweiliger Erhaltung oder Abwicklung des Alten orientierten Einheiten nicht besonders gut. Da meist nur technisch veraltete Anlagen zur Verfügung stehen, ist es nicht möglich, die Arbeitnehmer mit modernen Produktionstechniken vertraut zu machen. Es wäre aber auch nicht vertretbar, teure moderne Maschinen nur zu Ausbildungszwecken anzuschaffen. Derartige Investitionen würden nur zu der Forderung führen, die Tätigkeit der ABS-Gesellschaft zu verlängern, um die Anlagen besser nutzen zu können.

Lohnsubventionen: Eine Alternative?

538. Zur Verminderung offener Arbeitslosigkeit werden heute in verschiedenen Formen Subventionen gewährt, um die Beschäftigung von Arbeitnehmern zu ermöglichen. Hierzu gehören — aus ökonomischer Sicht — auch die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, ebenso das Kurzarbeitergeld, soweit Kurzarbeit dazu dient, den Abbau von Arbeitsplätzen hinauszuschieben; die gleiche Wirkung können auch die Liquiditätshilfen haben, die die Treuhandanstalt ihren Unternehmen zukommen läßt. Als Alternative zu dieser Form der Beschäftigungsförderung könnte man offene Lohnsubventionen in Betracht ziehen; dieser Vorschlag ist in zahlreichen Varianten in die wirtschaftspolitische Diskussion eingebracht worden.

Kennzeichen offener Lohnsubventionen ist, daß die Bemessung unmittelbar an den Arbeitskosten anknüpft. Manche Varianten sehen vor, daß die Subvention einen bestimmten Teil der Arbeitskosten decken soll; hierzu gehört auch der Vorschlag, den Arbeitgeber in Höhe seines Anteils an den Sozialabgaben zu entlasten. Eine andere Variante sieht vor, daß die Subvention sich nach der Differenz zwischen dem gezahlten Lohn und einem Referenzlohn richtet, somit entfällt, wenn der Referenzlohn erreicht wird. Zu unterscheiden ist weiter zwischen generellen Lohnsubventionen, die allen Arbeitgebern gewährt werden, und selektiven Lohnsubventionen, die auf bestimmte Bereiche beschränkt bleiben.

539. Ausgangspunkt der Begründung für generelle Lohnsubventionen ist, daß bei einer für wünschenswert oder unvermeidlich gehaltenen Lohnhöhe viele Arbeitnehmer arbeitslos bleiben, die bei einem niedrigeren Lohn beschäftigt werden könnten; die Subvention ermöglicht höhere Beschäftigung auch ohne Lohnabsenkung. Mit dem Vorschlag der Lohnsubventionierung verbindet sich häufig Kritik an der Förderung von Investitionen; dadurch werde ein Anreiz für kapitalintensive Produktion geschaffen, das Ziel, mit knappem Kapital möglichst viel Beschäftigung zu schaffen, also verfehlt. Als Beispiel wird auf Entwicklungsprojekte verwiesen, bei denen die Investitionsförderung in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit zum Aufbau kapitalintensiver Industrien mit nur wenigen Arbeitsplätzen geführt habe.

Für die neuen Bundesländer treffen derartige Überlegungen nicht zu. Es ist davon auszugehen, daß nach Bewältigung der Übergangsphase dort ähnliche Strukturen entstehen wie im Westen; wesentliche Unterschiede hinsichtlich der Kapitalintensität, der Arbeitsproduktivität und der Lohnhöhe wird es nicht geben. Kein Investor kann und soll sich darauf einstellen, daß dort auf längere Dauer ein Niedriglohngebiet bestehen wird. Es kann also nicht darum gehen, durch Lohnsubventionen Industriezweige anzulocken, die auf niedrige Arbeitskosten angewiesen sind. Es kommt vielmehr darauf an, die Investitionen in Gang zu bringen und zu beschleunigen, die letztlich angemessene Beschäftigung bei Löhnen, die hinter denen im Westen nicht wesentlich zurückstehen, ermöglichen werden. Diesen Investitionen stehen heute noch viele Hemmnisse entgegen, auch Löhne, die zur Zeit noch vielfach die Leistungskraft überfordern. Hierfür könnte ein Ausgleich durch Lohnsubventionen geschaffen werden, aber durch Investitionsförderung wird das gleiche erreicht. Der Vorzug der Investitionsförderung ist, daß damit gezielt der Prozeß der Erneuerung vorangetrieben wird, während Lohnsubventionen allen Unternehmen, auch den alten und auf die Dauer nicht lebensfähigen, zugute kämen.

540. Mit der Investitionsförderung ist ein im Prinzip sinnvoller Weg zur Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus und damit letztlich auch der Beschäftigung beschritten worden. Schon aus Gründen des Vertrauensschutzes wäre es gar nicht möglich, von diesem Weg kurzfristig wieder abzuweichen. Eine generelle Lohnsubventionierung könnte heute also nicht mehr an die Stelle der Investitionsförderung treten, müßte vielmehr zusätzlich gewährt werden. Das wäre jedoch ganz und gar unvertretbar.

541. Darüber hinaus gibt es weitere Argumente gegen Lohnsubventionen:

- Mit dem Prinzip der Tarifautonomie sind Lohnsubventionen schwer zu vereinbaren: Dieses Prinzip bedeutet, daß die Löhne durch Vereinbarungen zwischen autonomen Tarifvertragsparteien bestimmt werden, die damit zugleich die Verantwortung für die Folgen zu tragen haben, vor allem die Folgen für die Beschäftigung. Wird der Zusammenhang zwischen vereinbarten Tariflöhnen und Beschäftigung durch Lohnsubventionen aufgehoben, so kann dies zum gravierenden Präzedenzfall werden. Es kann die Erwartung geweckt werden, daß auch in Zukunft der Staat die Folgen verfehlter Tarifabschlüsse für die Beschäftigung durch Subventionen auffangen wird. Letztlich kann das dazu führen, daß eine Tarifautonomie, die zu ökonomisch untragbaren Ergebnissen führt, in Frage gestellt werden muß.

- Lohnsubventionen kommen dem Staat teuer zu stehen, wenn sie für alle Arbeitnehmer gewährt werden, also auch dann, wenn sie in Unternehmen tätig sind, die ohne Subventionen wettbewerbsfähig sind. Sie ermöglichen dann höhere Gewinne, höhere Löhne, soweit dies nicht durch die Konditionen der Subventionierung ausgeschlossen wird, sonst zusätzliche Leistungen anderer Art an Arbeitnehmer. Mitnahmeeffekte dieser Art nehmen zu in dem Maße, wie neue und moderne Unternehmen aufkommen.
- Die zeitliche Begrenzung von Lohnsubventionen ist politisch schwer durchzusetzen. Die Subventionierung hat zur Folge, daß Unternehmen erhalten werden, die auf diese Unterstützung angewiesen sind und deren Arbeitnehmer bei Abbau der Subventionen von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Die Erfahrungen zeigen immer wieder, wie schwer es ist, bei einer solchen Konstellation Subventionen abzubauen.
- Wenn Lohnsubventionen nicht in glaubhafter Weise zeitlich begrenzt werden, setzen sie falsche Signale für langfristige Investitionsentscheidungen. Ist erst einmal eine Industriestruktur auf der Basis niedriger Arbeitskosten entstanden, kann die Subventionierung nur um den Preis einer erneuten Strukturanpassungskrise wieder aufgegeben werden.

542. Bei selektiven Lohnsubventionen fiele das Argument der hohen Kosten weniger stark ins Gewicht. Die Schwierigkeiten des Subventionsabbaus blieben aber bestehen. Vor allem aber entstünden Probleme bei der Abgrenzung des zu subventionierenden Bereichs:

- Zur Diskussion steht der Vorschlag, Lohnsubventionen auf solche Industrien zu beschränken, die mit ihren Produkten im Wettbewerb auf überregionalen Märkten stehen. Unternehmen mit breitem Produktionsprogramm müßten aufgeteilt werden in einen Bereich von Produkten, die subventionswürdig sind, und einen anderen Bereich, der ausgeschlossen bleibt. Weiter entstünde die Frage, inwieweit die eigene Erstellung von Vorprodukten und Vorleistungen in die Subventionierung einzubeziehen wäre. Geschähe dies ohne Einschränkung, blieben hingegen ausgegliederte und selbständige Lieferanten von Vorprodukten und Vorleistungen von der Subventionierung ausgeschlossen, so läge darin eine Begünstigung der vertikalen Integration.
- Ein anderer Vorschlag zielt darauf, durch Lohnsubventionen der Entwertung des in den alten Unternehmen vorhandenen Sachkapitals entgegenzuwirken. Es geht um Produktionsanlagen, die bei niedrigen Arbeitskosten noch rentabel wären, sonst aber stillgelegt werden müßten. Durch Lohnsubventionen könnte die weitere Nutzung solcher Anlagen ermöglicht werden. Nun wäre es schon höchst problematisch, die Erhaltung von Altem statt die Entstehung von Neuem zu subventionieren. Davon abgesehen entstünde aber in den Unternehmen, denen die Sanierung gelingt und die ihren Anlagenbestand modernisieren, die Frage, wie man den subventionswürdigen Bereich des alten Sachkapitals von dem nicht in die Subventionen einbezogenen Bereich neuer Investitionen abgrenzen könnte.

VII. Landwirtschaft: Agrarpolitik erschwert die Neuorientierung

543. Der Anpassungsprozeß der Landwirtschaft unterscheidet sich von dem anderer Wirtschaftsbereiche in den neuen Bundesländern vor allem durch zwei Besonderheiten. Zum einen wurde dieser Wirtschaftsbereich nicht in ein marktwirtschaftliches, sondern in das stark reglementierte System von EG-Agrarmarktordnungen und agrarpolitischen Sonderregelungen überführt. Zum anderen hat für die Landwirtschaft der Produktionsfaktor Boden ein besonderes Gewicht und daher die Klärung der Eigentumsverhältnisse an diesem Produktionsfaktor einen hohen Stellenwert. Auch für die Landwirtschaft haben sich die Rahmenbedingungen radikal gewandelt. Nach Überführung in das komplexe System agrarpolitischer Regelungen kann sie auf die Garantien und Anpassungshilfen des EG-Agrarmarktordnungssystems zurückgreifen. Zwar sind diese Garantien wesentlich eingeschränkter als die des alten planwirtschaftlichen Systems; der Landwirtschaft blieb aber — im Unterschied zu fast allen anderen Wirtschaftszweigen — ein völliges Wegbrechen der Nachfrage nach ihren Produkten erspart.

544. Für die Bewältigung des schwierigen Anpassungsprozesses ist vor allem die längerfristige Wettbewerbsperspektive im Rahmen des europäischen Agrarmarktes von Bedeutung. Von den natürlichen Standortbedingungen her sind die Chancen für eine im EG-Rahmen wettbewerbsfähige Agrarproduktion sehr unterschiedlich zu beurteilen. Einerseits ist der Anteil von ertragsschwachen Böden an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den neuen Bundesländern sehr viel höher als in den alten. An solchen Standorten ist ein Rückgang des Anteils landwirtschaftlich genutzter Fläche zu erwarten. Andererseits ist aber auch der Anteil von Flächen mit sehr guten Ertragsbedingungen höher. Zugute kommt der Landwirtschaft außerdem, daß aus den vorhandenen großen Betriebseinheiten Unternehmen hervorgehen können, deren Betriebsgröße an die jeweiligen Bedingungen optimal angepaßt ist. In längerfristiger Perspektive eröffnet dies die Aussicht, daß kostengünstiger produziert werden kann als in anderen europäischen Regionen mit einer überkommenen, vielfach wenig wettbewerbsfähigen kleinbetrieblichen Struktur.

545. Der Umstrukturierungsprozeß hat gerade erst begonnen. Die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), die mehr als 85 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaftet haben, müssen nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz bis zum 31. Dezember 1991 in neue Strukturen und Rechtsformen überführt sein; anderenfalls werden sie behördlich aufgelöst. Bisher sind aber nur wenige Umwandlungen juristisch vollzogen worden. Die Entscheidungsorgane der LPG tun sich sehr schwer, die Weichenstellungen für den Aufbau leistungsfähiger Unternehmenseinheiten vorzunehmen und — angesichts fehlender Beschäftigungsperspektiven in vielen

ländlichen Räumen — den Abbau des beträchtlichen Überhangs an Arbeitskräften in dem erforderlichen Umfang voranzutreiben. Wegen der erheblichen Probleme, die sich bei der Festlegung der Eigentumsverhältnisse ergaben, wurde bei der Novellierung des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes die Regelung der Abfindungsansprüche ausscheidender LPG-Mitglieder festgeschrieben. Außerdem wurde festgelegt, daß wichtige Entscheidungen nicht gegen die Mehrheit der Bodeneigentümer getroffen werden können. Diese Novellierung kam aber erst spät, ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes und nur ein halbes Jahr vor dem gesetzlich festgesetzten Ende der LPG. Durch ein Hinauszögern von Entscheidungen in den LPG wurde in erheblichem Maße Vermögen durch Lohnzahlungen aufgezehrt. Eine klare Entscheidungsgrundlage hat die Novellierung gleichwohl nicht gebracht. Da in den DM-Eröffnungsbilanzen vielfach mit Wertansätzen gearbeitet wurde, die den Verkehrswert der Aktiva überstiegen, können sich für austretende Mitglieder nunmehr Auszahlungsansprüche errechnen, die bei einer Auflösung der LPG nicht zu realisieren sind.

Die Volkseigenen Güter sowie die landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Flächen im Volkseigentum — etwa 4 Mio Hektar — sind der Treuhandanstalt übertragen worden. Auch hier sind Wiedereinsetzung der alten Eigentümer und Privatisierung bisher nur langsam vorangekommen. Die Treuhandanstalt hat die ihr übertragenen Flächen zunächst größtenteils kurzfristig verpachtet. Die Klärung der Eigentumsverhältnisse ist Voraussetzung für Privatisierung oder längerfristige Verpachtung, ohne die es nicht zum Aufbau neuer landwirtschaftlicher Unternehmen kommen kann. Die Privatisierung der Flächen will die Treuhandanstalt nicht selbst vornehmen, sondern über ein Bankenkonsortium abwickeln.

546. Der Aufbau leistungsfähiger Betriebseinheiten wird durch Mangel an Kapital behindert. Dies gilt für neu gegründete Familienbetriebe, denen in der Regel eine breite Eigenkapitalbasis fehlt, ebenso wie für die LPG und daraus hervorgehende neue Unternehmensformen, denen es an Haftungskapital fehlt, weil der Grund und Boden der Mitglieder nicht Bestandteil des Eigenkapitals ist. Der Mangel an Eigenkapital erschwert die Kapitalbeschaffung für erforderliche Investitionen in erheblichem Maße.

547. Die Agrarpolitik hat ein breites Spektrum an Fördermaßnahmen bereitgestellt, um den Zusammenbruch der LPG auf breiter Front zu verhindern und den Aufbau einer vielfältig strukturierten, leistungsfähigen Landwirtschaft zu fördern. Neben umfangreichen Mitteln zur Überbrückung des Preiseinbruchs und zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe wurde das vielfältige Förderinstrumentarium der EG und der nationalen Agrarpolitik auf die neuen Bundesländer übertragen. Da dieses Förderinstrumentarium von dem agrarstrukturellen Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes geprägt ist, ergeben sich Benachteiligungen für den Aufbau großer Betriebseinheiten, für die ansonsten günstige Ausgangsbedingungen in den neuen Bundesländern bestehen.

548. Zusätzliche Unsicherheit haben die Reformvorstellungen der EG-Kommission gebracht. Die Vorschläge über Preissenkungen in Verbindung mit direkten Einkommensübertragungen, die eine deutliche Differenzierung hinsichtlich der Betriebsgröße zugunsten kleiner Einheiten aufweisen, würden eine großbetrieblich strukturierte Landwirtschaft benachteiligen und damit einen möglichen Strukturvorteil der ostdeutschen Landwirtschaft entwerten. Der vollen Nutzung von komparativen Standortvorteilen in den neuen Bundesländern stehen in einigen wichtigen Produktionsbereichen, Zuckerrüben und Milch, auch Quotenregelungen entgegen. Bei der Zuteilung der Zuckerquote wurde über die bisherige Zuckerrübenproduktion hinausgegangen, so daß den Betrieben hier ein Spielraum für die Ausweitung dieses — infolge der EG-Agrarpolitik — sehr lukrativen Produktionszweiges eingeräumt wurde. Bei der Milchproduktion hingegen ist die zugeteilte Quote deutlich niedriger als die bisherige Produktion. Hier sind die Produktionsmöglichkeiten — bezogen auf die landwirtschaftliche Fläche — in den neuen Bundesländern erheblich niedriger als in den alten.

549. Die Funktionsfähigkeit des Bodenmarktes, dem für die längerfristigen Entwicklungsperspektiven eine entscheidende Rolle zukommt, wird durch eine Reihe agrarpolitischer Maßnahmen beeinträchtigt. Der Aufbau leistungsfähiger Produktionseinheiten wird zum Teil durch den vielfach dominierenden Einfluß der Treuhandanstalt und die von ihr festgesetzten Bedingungen für die Nutzungsüberlassung behindert. Auch die Liquiditätshilfen für Betriebe, die keine Entwicklungsperspektiven aufweisen, erschweren die Herausbildung neuer, leistungsfähigerer Strukturen. Eine Verzerrung geht zudem von den Flächenstillegungsprämien aus. Bereits nach der für die Jahre 1990 und 1991 getroffenen Übergangsregelung wurden Prämien von 500 DM bis 750 DM je Hektar für die Stillegung von Flächen auf die Dauer eines Jahres gezahlt. Dies war bereits mehr, als unter den neuen Bedingungen von vielen Betrieben an Deckungsbeiträgen im Ackerbau erwirtschaftet werden konnte. Entsprechend groß war die Inanspruchnahme. Durch die Übertragung des in den alten Bundesländern geltenden Flächenstillegungsprogrammes mit fünfjähriger Stillegung und Prämien bis zu 1 416 DM pro Hektar und Jahr ist der Anreiz zu einer Beteiligung noch erheblich gewachsen.

550. Die Übertragung der Fördermaßnahmen zur Produktionsdrosselung macht im Zusammenspiel mit den Bemühungen um eine Privatisierung der volkseigenen Flächen den Widersinn der bisherigen Agrarpolitik deutlich. Infolge der Agrarprotektion haben sich in der EG vergleichsweise hohe Deckungsbeiträge pro Flächeneinheit in der landwirtschaftlichen Produktion herausbilden können mit entsprechenden Auswirkungen auf die Pachten und Bodenpreise. An Maßnahmen zur Produktionseinschränkung, die zur Drosselung der anhaltenden Überschußproduktion an Nahrungsmitteln ergriffen werden, beteiligen sich die Landwirte freiwillig nur, wenn ihnen die — infolge der Protektion vergleichsweise hohen — Einkommenseinbußen ersetzt werden.

In den neuen Bundesländern ergibt sich das Problem, daß die Flächen unter Treuhandverwaltung gegen ein

Nutzungsentgelt verpachtet werden, das geringer ist als die Flächenstillegungsprämie. Auch kann erwartet werden, daß bei der Privatisierung zum Teil Flächen angekauft werden mit dem Ziel, diese nicht zu nutzen, sondern in Stillegungsprogramme einzubringen. Angesichts der vergleichsweise geringen Bodennachfrage ist damit zu rechnen, daß die Verkaufserlöse aus der Privatisierung, die dem Staat zufließen, die Stillegungsprämien, die er für die nächsten Jahre aufzubringen hat, nicht wesentlich überschreiten.

551. Hier wird deutlich, wie sehr es an einer langfristigen Orientierung der agrarpolitischen Rahmensetzungen fehlt, auf die es gerade bei der tiefgreifenden Umstrukturierung der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern ankäme. Die hohe Unsicherheit über den Fortgang der Agrarpolitik belastet den Umstrukturierungsprozeß. Auch im Interesse der neuen Bundesländer muß deshalb darauf gedrungen werden, daß die Agrarpolitik auf einen verläßlichen Kurs gebracht wird; dieser sollte auf eine weitere Liberalisierung zielen. Der im Reformvorschlag der EG-Kommission enthaltenen Benachteiligung großbetrieblicher Strukturen muß nachdrücklich entgegengewirkt werden. Im Interesse der Entwicklung einer leistungsfähigen Landwirtschaft in den neuen Bundesländern sollte die bisherige Diskriminierung großer Betriebseinheiten abgebaut werden.

552. Die Umstrukturierung der Landwirtschaft ist ein Prozeß, der weit über den landwirtschaftlichen Sektor hinausgreift. Nicht nur die vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche sind unmittelbar von Veränderungen im landwirtschaftlichen Produktionsbereich betroffen, erhebliche Rückwirkungen ergeben sich auch für die Entwicklung der Landschaft und für den ländlichen Raum. Veränderungen, die für eine nachhaltige Lösung der Strukturprobleme erforderlich sind, zu fördern und auf den Weg zu bringen, sollte ein Hauptanliegen der Politik sein, und die Agrarpolitik sollte in diese Bemühungen einbezogen sein. Die Herausforderungen an die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern sind auch eine Herausforderung an die deutsche Agrarpolitik. Sie muß sich von ihrer einseitigen Ausrichtung auf ein bestimmtes agrarstrukturelles Leitbild lösen und offener werden für tiefgreifende strukturelle Änderungen auch in den alten Bundesländern.

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 247

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 249

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 250

IV. Sondergutachten vom 13. April 1991: „Marktwirtschaftlichen Kurs halten. Zur Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer" 251

V. Methodische Erläuterungen 268

VI. Statistischer Anhang 277

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland 280

A. Internationale Tabellen 284

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland 307

C. Tabellen für Ostdeutschland 394

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582), — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich

hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnung;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19c des Körperschaftssteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

...

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967"

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht"; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969"

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970"

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —" (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971"

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert" (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972"

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung" (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973"

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen" (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise"

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung" (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975"

Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren" (am 24. November 1976)

Jahresgutachten 1977/78: „Mehr Wachstum — Mehr Beschäftigung" (am 22. November 1977)

Jahresgutachten 1978/79: „Wachstum und Währung" (am 23. November 1978); darin enthalten: Sondergutachten vom 19. Juni 1978: „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978"

Jahresgutachten 1979/80: „Herausforderung von außen" (am 22. November 1979)

Jahresgutachten 1980/81: „Unter Anpassungszwang" (am 20. November 1980)

Jahresgutachten 1981/82: „Investieren für mehr Beschäftigung" (am 20. November 1981); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Juli 1981: „Vor Kurskorrekturen — Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981"

Jahresgutachten 1982/83: „Gegen Pessimismus" (am 23. November 1982); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Oktober 1982: „Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982"

Jahresgutachten 1983/84: „Ein Schritt voran" (am 24. November 1983)

Jahresgutachten 1984/85: „Chancen für einen langen Aufschwung" (am 23. November 1984)

Jahresgutachten 1985/86: „Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung" (am 22. November 1985); darin enthalten: Sondergutachten vom 23. Juni 1985: „Wirtschaftspolitische Entscheidungen im Sommer 1985"

Jahresgutachten 1986/87: „Weiter auf Wachstumskurs" (am 24. November 1986)

Jahresgutachten 1987/88: „Vorrang für die Wachstumspolitik" (am 23. November 1987)

Jahresgutachten 1988/89: „Arbeitsplätze im Wettbewerb" (am 18. November 1988)

Jahresgutachten 1989/90: „Weichenstellungen für die neunziger Jahre" (am 20. November 1989)

Jahresgutachten 1990/91: „Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands" (am 13. November 1990); darin enthalten: Sondergutachten vom 20. Januar 1990: „Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten"

Die Jahresgutachten des Sachverständigenrates sind bis zum Jahrgang 1988/89 im W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart–Mainz erschienen. Ab Jahrgang 1989/90 erscheinen sie im Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart. Noch verfügbare Jahresgutachten der Jahrgänge ab 1976/77 können über den Buchhandel oder direkt durch den Verlag Metzler-Poeschel Verlagsauslieferung: Hermann Leins, Holzwiesenstraße 2, Postfach 11 52 in 7408 Kusterdingen (Telefon: 0 70 71/3 30 46, Telefax: 0 70 71/3 36 53), die Jahrgänge 1964/65 bis 1975/76, die als Buchausgabe inzwischen vergriffen sind, noch als Bundestags-Drucksache über den Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn, bezogen werden.

IV.

Marktwirtschaftlichen Kurs halten
Zur Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer

Sondergutachten vom 13. April 1991

Inhalt

Seite

I. Anlaß des Sondergutachtens 252

II. Die wirtschaftliche Lage 252

III. Die mittelfristige Perspektive: Chancen für ein starkes Wachstum 253

IV. Wirtschaftspolitische Fehlsteuerung und der richtige Kurs 255
Anpassung über den Markt, nicht durch die Politik 255
Vorrang für die Privatisierung 256
Schwerpunkt Infrastruktur 258
Aufgaben am Arbeitsmarkt 260

V. Marktwirtschaftlich überzeugend führen 262

Tabellenteil:

1. Industrielle Warenproduktion 264
2. Zur Entwicklung in der Bauwirtschaft 265
3. Zur Entwicklung am Arbeitsmarkt 266
4. Zinsverbilligende Förderprogramme für die neuen Bundesländer 267

I. Anlaß des Sondergutachtens

1. Die Anpassungskrise der ostdeutschen Wirtschaft hat in den neuen Bundesländern den totalen Umschwung der Stimmungslage und der Erwartungen bewirkt. Die mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion entstandene Euphorie ist verflogen; ihre Stelle haben Unsicherheit und Furcht sowie Bitternis besetzt. Mehr und mehr Menschen in den neuen Bundesländern beurteilen die wirtschaftlichen Aussichten als schlecht. Von den verunsicherten Bürgern und in öffentlichen Unmutsäußerungen wird das rasante Tempo des Beschäftigungseinbruchs einer nicht hinreichenden Vorbereitung und Flankierung des Übergangs in die marktwirtschaftliche Ordnung zugeschrieben. Beklagt wird, daß die Menschen nicht darauf vorbereitet worden seien, in welchem Ausmaß die schlagartige Überführung in die Marktwirtschaft die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes bedrohen werde. Viele haben schon aus ihren Köpfen verdrängt, daß viereinhalb Jahrzehnte sozialistischer Mißwirtschaft den Grund für die wirtschaftliche Misere gelegt haben.

Die Tiefe des Einbruchs bei Produktion und Beschäftigung hat die meisten überrascht. Daß es zu einem bedeutenden Rückgang kommen werde, mußte freilich erwartet werden; denn es ist ganz und gar ausgeschlossen, eine sozialistische Wirtschaft innerhalb weniger Monate in eine blühende Marktwirtschaft umzuwandeln. Was für den Aufbruch zur Marktwirtschaft notwendig ist — angefangen von den noch zu klärenden Eigentumsfragen über umfangreiche Investitionen bis zur Einstellung der Menschen auf die ungewohnte, neue Aufgabe —, braucht bis zu seiner Ausreifung viel Zeit (JG 90 Ziffern 300 ff.).

2. Das Umfeld für eine Wirtschaftspolitik, die den Marktkräften die Schlüsselrolle bei der wirtschaftlichen Erneuerung zuweist, hat sich auch unter politischem Drängen im Westen der Bundesrepublik entscheidend verschlechtert. Im Osten wie im Westen wird dem Staat angesonnen, in den neuen Ländern selbst eine führende Rolle bei der notwendigen Unternehmenssanierung und der strukturellen Anpassung zu übernehmen. Nur wenn der Staat sich in die Sanierung ostdeutscher Unternehmen einschalte und nur wenn er dafür sorge, daß die überkommenen regionalen Strukturen nicht wegbrechen, könne der totale Kollaps der ostdeutschen Wirtschaft verhindert werden. Allein über Marktkräfte komme die wirtschaftliche Erneuerung jedenfalls nicht schnell genug voran. Das habe sich in den vergangenen Monaten gezeigt.

3. Anlaß für das Sondergutachten ist die Sorge, daß die sich ausbreitende Unruhe die Wirtschaftspolitik zu überhasteten Aktionen veranlaßt und so zu Fehlentwicklungen führt. Dieser Weg ist mit dem immer weiter vorangetriebenen Ausbau der staatlichen Fördermaßnahmen bereits eingeschlagen worden. Ungeduld darüber, daß der Beschäftigungserfolg nicht schnell kommt, könnte das Tempo des wirtschaftspolitischen Aktionismus noch beschleunigen.

Das Sondergutachten wendet sich gegen eine Fortsetzung dieses wirtschaftspolitischen Kurses.

- Der Sachverständigenrat teilt nicht die Auffassung, daß der Einbruch der ostdeutschen Wirtschaft in eine dauerhafte Strukturkrise münden wird. Er beurteilt die mittelfristigen Wachstumsaussichten in den neuen Bundesländern als gut. Zu wirtschaftspolitischem Aktionismus gibt es keinen Anlaß.
- Die kritische Wirtschaftslage in den neuen Bundesländern erfordert nicht die Abkehr von einer auf die Marktkräfte setzenden Wirtschaftspolitik, sondern deren konsequente Anwendung. Dazu gehört vor allem, die dort noch immer bestehenden Hindernisse für wirtschaftliche Aktivitäten zu beseitigen; denn an ihnen liegt es, daß sich die Marktkräfte im Osten Deutschlands bisher nicht voll entfalten konnten.
- Die Wirtschaftspolitik darf sich nicht der Illusion hingeben — und diese bei anderen stützen —, daß sie das Tempo des Entstehens einer funktionierenden Marktwirtschaft im Osten Deutschlands durch finanzielle Fördermaßnahmen wesentlich beschleunigen könne. Ebenso muß sie der Vorstellung begegnen, daß es möglich sei, die nach marktwirtschaftlichen Kriterien nicht erhaltenswerten Teile der überkommenen Produktionsstruktur durchzuschleppen und die große Masse der alten Arbeitsplätze zu erhalten.
- Die staatlichen Hilfen aus dem Westen können den Aufschwung Ost lediglich anschieben. Getragen werden muß er von den Unternehmen und ihren Arbeitskräften, den Selbständigen und den Verwaltungen in den neuen Bundesländern.
- Schutzwürdig sind nicht die unrentablen Unternehmen und unrentable Arbeitsplätze, sondern die vom Strukturumbruch betroffenen Menschen.

4. Der Vertrauensschutz gebietet, daß die jetzt beschlossenen Fördermaßnahmen nicht vorzeitig aufgehoben werden. Es sollte jedoch unwiderruflich klar gemacht werden, daß die Wirtschaftspolitik den beschrittenen Weg des Förderns von allem und jedem nicht fortsetzen wird. Die Wirtschaftspolitik muß der Öffentlichkeit verständlich machen, daß es bei der schwierigen Erneuerungsaufgabe im Osten Deutschlands zu einer marktwirtschaftlichen Lösung keine Alternativen gibt. Wirtschaftspolitische Überzeugungsarbeit ist ebenso gefragt wie wirtschaftspolitische Führung auf marktwirtschaftlichem Kurs.

II. Die wirtschaftliche Lage

5. Die ostdeutsche Wirtschaft steht auch im Frühjahr 1991 unter massivem Anpassungsdruck. Kaum ein Unternehmen aus der früheren DDR ist dem Wettbewerb westlicher Konkurrenten gewachsen; allerorten brechen nun die überkommenen Strukturen zusammen, die in der marktwirtschaftlichen Ordnung keine

Überlebenschancen mehr haben. Erst allmählich wird der Aufschwung in Fahrt kommen, denn das Entstehen neuer Produktionen ist an Investitionen gebunden, deren Planung und Durchführung ihre Zeit brauchen. Richtig in Gang gesetzt, wird der Erholungsprozeß auf die mittlere Sicht hin eine markante Besserung und eine Einebnung des Wohlstandsgefälles zum Westen bewirken.

6. Derzeit überwiegt noch der Abbau der nicht überlebensfähigen Strukturen. So ist die Industrieproduktion, die sich nach Schaffung der Währungsunion schlagartig nahezu halbiert hatte, nach einer gewissen Stabilisierung zum Jahresende nochmals deutlich zurückgegangen (Tabelle 1, Seite 264). Angesichts abnehmender Auftragsbestände ist auch für die nächsten Monate keine grundlegende Verbesserung der Geschäftslage zu erwarten, zumal viele Betriebe durch die Umstellung des Osthandels auf konvertierbare Währungen ihre bisherigen Hauptabsatzmärkte verlieren dürften. Umfragen zufolge rechnen insbesondere die Unternehmen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes mit weiteren Produktionseinschränkungen.

Das Baugewerbe, auf das sich große Hoffnungen für das Ingangkommen des Erneuerungsprozesses richten, konnte angesichts der begrenzten Finanzausstattung vieler Bauherren in den letzten Monaten die Produktion – anders als erwartet – nicht nennenswert steigern (Tabelle 2, Seite 265). Ebenso leiden die landwirtschaftlichen Unternehmen trotz umfangreicher staatlicher Hilfsleistungen unter Absatz- und Liquiditätsproblemen; dies hatte zur Folge, daß bereits etwa 10 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche stillgelegt werden mußten. Auch waren weite Teile des in der früheren DDR ohnehin vernachlässigten Dienstleistungsgewerbes der plötzlichen Konkurrenz aus dem Westen nicht gewachsen. Insbesondere im Groß- und Einzelhandel dominieren heute westdeutsche Anbieter.

7. Ursache großer Sorge in den neuen Bundesländern ist die hohe Arbeitslosigkeit. Angesichts der unzureichenden Auftragslage wie auch der personellen Überbesetzung der Betriebe mußten in nahezu allen Bereichen Arbeitsplätze abgebaut werden. Ende März waren 808 400 Arbeitslose gemeldet; zudem wurden 2 001 600 Kurzarbeiter gezählt (Tabelle 3, Seite 266). Nach einer gemeinsamen Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, und des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel, waren zu Beginn des Jahres vor allem die Metallurgie, die Chemie- und die Textilindustrie von Kurzarbeit betroffen. Der durchschnittliche Arbeitsausfall bei den gemeldeten Kurzarbeitern ist seit Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion kontinuierlich gestiegen und lag nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit zuletzt bei annähernd 56 vH. Umfragen deuten darauf hin, daß zahlreiche Betriebe für die nächsten Monate Entlassungen planen. Da die Schaffung einer hinreichend großen Anzahl neuer Arbeitsplätze nur mit erheblicher Verzögerung vorankommen wird, ist mit einer baldigen Besserung der Lage am Arbeitsmarkt nicht zu rechnen.

8. Der wirtschaftliche Niedergang kam nicht überraschend (Brief des Sachverständigenrates an den Bundeskanzler vom 9. Februar 1990, Ziffer 2); allenfalls über Ausmaß und Dauer des Abschwungs konnte es Unterschiede in der Beurteilung geben. So war abzusehen, daß die bestehenden ostdeutschen Betriebe mit der schlagartigen Öffnung der Märkte in größte Absatzschwierigkeiten geraten mußten, denn hohe Kosten durch veraltete Produktionsverfahren sowie durch personelle Überbesetzung wie auch ungenügende betriebswirtschaftliche Kenntnisse machten ein Mithalten mit konkurrierenden westlichen Anbietern unmöglich. Vor allem aber entsprach die Qualität ostdeutscher Produkte vielfach nicht den Ansprüchen der Nachfrager. Auch der Zusammenbruch gewachsener Lieferbeziehungen erschwerte das Überleben der alten Betriebe. Die seit Schaffung der Währungsunion ausgehandelten Lohnsteigerungen bewirkten eine weitere Erhöhung des Kostendrucks. Bei sinkenden Erzeugerpreisen reichte auch die Kostenentlastung durch den Wegfall der produktgebundenen Abgaben und die Verbilligung von Vorleistungen nicht aus, die Konkurrenzfähigkeit der Produkte herzustellen und so Entlassungen und Kurzarbeit zu vermeiden.

9. Die Bedeutung der in der früheren DDR bestehenden Investitionshemmnisse wurde vielfach unterschätzt. So werden die Errichtung neuer Produktionsstätten und die Gründung neuer Unternehmen durch administrative Hemmnisse sowie durch Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Gewerberäumen und -flächen stark beeinträchtigt. Insbesondere die Unsicherheit über die Eigentumsverhältnisse und die daraus resultierenden Schwierigkeiten bei der Privatisierung ehemals volkseigener Betriebe verzögerten ein stärkeres Engagement westlicher Investoren. Auch der desolate Zustand der vorhandenen Infrastruktur – insbesondere im Verkehrs- und Kommunikationsbereich – hat Investoren abgeschreckt. Als Hemmnis erwies sich schließlich die ungenügende Fähigkeit vieler Menschen, sich in der für sie ungewohnten marktwirtschaftlichen Ordnung zurechtzufinden; vielfach mangelt es noch an Unternehmergeist und an Leistungsbereitschaft.

III. Die mittelfristige Perspektive: Chancen für ein starkes Wachstum

10. Der drastische Produktionseinbruch seit Sommer 1990 ist Ausdruck der Anpassungskrise, in der sich die ostdeutschen Unternehmen derzeit befinden. Er darf nicht den Blick dafür verstellen, daß die Wirtschaft auf einen steilen Wachstumspfad einschwenken kann; vorausgesetzt allerdings, daß die Wirtschaftspolitik unbeirrt einen klaren marktwirtschaftlichen Kurs hält. Es sind drei Grundfaktoren, die mittelfristig auf eine günstige Wirtschaftsentwicklung hinwirken: der Aufbau eines neuen Kapitalstocks, die Integration in die nationale und internationale Arbeitsteilung und die Einstellung der Menschen auf das marktwirtschaftliche System.

11. Das Wachstumspotential der ostdeutschen Wirtschaft ist derzeit nicht durch das Arbeitsangebot begrenzt; Arbeitskräfte sind in großer Anzahl verfügbar. Kapital dagegen ist außerordentlich knapp. Der beste-

hende Kapitalstock ist technologisch veraltet und weitgehend verschlissen. Das vermindert die Produktivität des Arbeitseinsatzes und macht die meisten Arbeitsplätze unrentabel. Gerade aufgrund der hohen Kapitalknappheit und des reichlichen Arbeitskräfteangebots wird es aber in den neuen Bundesländern zahlreiche rentable Investitionsmöglichkeiten geben. Indem nach und nach in die Erneuerung des Kapitalstocks investiert und die Produktionstechnologie auf modernsten westlichen Stand gebracht wird, entstehen produktivere und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze, für die höhere Löhne bezahlt werden.

12. *Über die mittelfristigen Investitionsvorhaben im Unternehmensbereich liegen bislang nur Einzelinformationen aus verschiedenen Quellen vor, die wegen Überschneidungen keine präzise Abschätzung des gesamten Investitionsvolumens zulassen. In den Bereichen Telekom und Bahn sollen im Verlauf der 90er Jahre über 100 Mrd DM investiert werden. Weiterhin beabsichtigen die großen Energieversorgungsunternehmen, 50 bis 60 Mrd DM zu investieren. Für den Großteil der privaten Unternehmen ist eine Schätzung der auf mittlere Sicht geplanten Investitionen freilich kaum möglich. Hinweise gibt es allenfalls auf die Investitionsabsichten für 1991; nach Schätzungen des ifo-Instituts beabsichtigen die Unternehmen, Investitionen in Höhe von knapp 18 Mrd DM vorzunehmen. Nachdem im letzten Jahr der überwiegende Teil der Investitionen auf den Vertriebsbereich gerichtet war, entfällt nunmehr etwa die Hälfte der Vorhaben auf den Fertigungsbereich.*

Ein weiterer Hinweis auf die Investitionsbereitschaft ergibt sich aus den Angaben der Treuhandanstalt für die ostdeutschen Unternehmen, die seit Mitte 1990 bis Ende Februar 1991 privatisiert wurden. Demnach planen die Erwerber dieser Unternehmen in den nächsten Jahren Investitionen in Höhe von etwa 50 Mrd DM, von denen allein etwa 30 Mrd DM auf den Energiebereich entfallen.

In welchem Umfang die Investitionsanreize des Staates private Investitionen auslösen, läßt sich nicht quantifizieren. Die bisher vorliegenden Informationen über die Inanspruchnahme staatlicher Fördermaßnahmen geben lediglich Anhaltspunkte für die Investitionsbereitschaft der so geförderten privaten Unternehmen. So sind allein im Rahmen des ERP-Programms für Existenzgründungen und Investitionen bis Ende März 1991 Finanzmittel von 7,5 Mrd DM zugesagt worden (Tabelle 4, Seite 267). Das dadurch ausgelöste Investitionsvolumen dürfte rund doppelt so hoch sein.

13. Der zweite mittelfristig wirkende positive Faktor ist die Ausschöpfung der bisher nicht ausgenutzten Außenhandels- und Standortvorteile der neuen Bundesländer. Ostdeutschland, das bisher im Außenhandel ganz überwiegend auf die RGW-Länder ausgerichtet war, wird voll in die nationale und internationale Arbeitsteilung integriert werden und auch auf den westlichen Märkten anbieten. Ähnlich wie Westdeutschland und andere europäische Länder durch die internationale Arbeitsteilung wesentliche Gewinne aus Außenhandel und damit einen höheren Wohlstand erzielt haben, werden auch die neuen Bundesländer aus der verstärkten Arbeitsteilung Vorteile ziehen. Das gilt um so mehr, als sie mit der deutschen Vereinigung Teil der Europäischen Gemeinschaft geworden sind, die sich auf dem Weg zu einem Binnenmarkt in Europa aufgemacht hat.

In der öffentlichen Diskussion wird auf die Gefahr hingewiesen, die ostdeutschen Länder lediglich als möglichen Markt zu behandeln, als Absatzgebiet, das sich leicht von westdeutschen und ausländischen Kapazitäten beliefern läßt. Dies ist eine falsche Sicht. Die relevante Frage ist, was in den ostdeutschen Ländern wettbewerbsfähig produziert werden kann, und zwar nicht nur für den ostdeutschen Markt, sondern auch für den westdeutschen und den Weltmarkt. Handel unter den Industrienationen ist heute zu mehr als der Hälfte ein Austausch von ähnlichen Gütern, ein Handel im gleichen Sektor, wobei Produktqualitäten und Präferenzen der Nachfrager eine große Rolle spielen. Bei diesem Handel bedeutet der Export eines Landes nicht notwendigerweise, daß ein anderes Land ein ähnliches Produkt nicht auch exportieren kann. Die neuen Bundesländer werden an diesem intraindustriellen Austausch partizipieren. Die ostdeutsche Wirtschaft wird — um ein Beispiel zu nennen — langfristig zugleich Exporteur und Importeur von Maschinenbauerzeugnissen sein.

14. Um die Vorteile aus der internationalen Arbeitsteilung ausschöpfen zu können, muß es gelingen, mittelfristig das Standortpotential der neuen Bundesländer zur Entfaltung zu bringen. Der wichtigste Potentialfaktor besteht im Leistungsvermögen der Menschen. Das Arbeitskräftepotential wird, sobald ein ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen und Gewerberäumen zur Verfügung steht und die ärgsten Mängel in der Infrastruktur beseitigt sind, für viele Produktionsunternehmen ein ausschlaggebender Standortvorteil werden. Grundsätzlich sind in den neuen Bundesländern ausreichend Gewerbeflächen vorhanden. Es wird allerdings vom Tempo der Privatisierung und Reprivatisierung abhängen, in welchem Umfang sie bereitgestellt und wann sie infolgedessen zu knappheitsgerechten Marktpreisen bewertet werden. Zur Zeit sind Gewerbeflächen noch nicht in ausreichendem Umfang verfügbar, weil administrative und rechtliche Probleme einer Freigabe zum Verkauf entgegenstehen. Durch das künstlich knapp gehaltene Angebot steigt der Preis, und das mindert die Attraktivität des Investitionsstandortes.

Für die unternehmerische Standortentscheidung spielt die Qualität der Infrastruktur eine wichtige Rolle. Hier liegt noch vieles im argen. Mittelfristig und langfristig könnte aber gerade die Qualität der Infrastruktur zu einem Standortvorteil einzelner Regionen werden. Bei der erforderlichen grundlegenden Sanierung der Infrastruktur können nämlich modernste Technologien zur Anwendung kommen, und die Konzipierung kann auf heutige Ansprüche zugeschnitten werden.

Im Verkehrs- und Telekommunikationsbereich sind beträchtliche Investitionen in der Planung, und erste Investitionsvorhaben werden bereits in diesem Jahr auf den Weg gebracht. Vor allem im Verkehrsbereich ist vorgesehen, das herkömmliche Planungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen, damit die Investitionsvorhaben auch zügig umgesetzt werden können. Die Erschließung von Gewerbeflächen und der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur durch die Gemeinden werden mit Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und mit Mitteln aus dem Kommunalkreditprogramm gefördert. Die bisher rege Inanspruchnahme dieser Mittel deutet darauf hin, daß sich auch in diesen Bereichen die Bedingungen privaten Investierens bald zum Besseren kehren werden (Tabelle 4, Seite 267).

15. Mit der Einführung der marktwirtschaftlichen Ordnung sind die Voraussetzungen für ein effizientes Wirtschaften in den neuen Bundesländern geschaffen worden. Freilich braucht es seine Zeit, bis sich die

Menschen — als Arbeitnehmer und als Unternehmer — an die neue Ordnung mit dezentralen, selbstverantwortlichen und an Preisen orientierten wirtschaftlichen Entscheidungen gewöhnt haben, bis die Anreizstrukturen des Marktes — etwa im Hinblick auf eine stärker differenzierte Lohnstruktur — voll greifen und die für marktwirtschaftliches Handeln benötigten Qualifikationen vermittelt sind. Doch dies wird mit der Zeit immer besser der Fall sein. Dadurch wird sich die Leistungsbereitschaft der Menschen erhöhen. Die Fähigkeiten der Arbeitnehmer und der Unternehmer, sich im marktwirtschaftlichen System zu behaupten, werden zunehmen. Die Angebotsbedingungen in den neuen Bundesländern werden dadurch günstiger werden.

16. Die ostdeutsche Wirtschaft muß sich dem Wettbewerb stellen; dies erzwingt einen gewaltigen Strukturwandel. Für die Unternehmen der schrumpfenden Wirtschaftszweige und für die betroffenen Wirtschaftsregionen wird der Strukturwandel beträchtliche Härten mit sich bringen. Die Unausgewogenheiten in der regionalen Wirtschaftskraft sind schon heute groß, und sie werden auch bei im ganzen guter Wirtschaftsentwicklung längerfristig fortbestehen oder sich sogar noch verschärfen (Ziffer 36).

Für die Menschen in den neuen Bundesländern steht derzeit die Frage im Vordergrund, wie es auf dem Arbeitsmarkt in der nächsten Zeit weitergehen wird und wie hier der Umschwung zum Besseren bewirkt werden kann. Die Unsicherheit über die eigene Zukunft nimmt vielen Menschen den Mut, Neues zu wagen, und lähmt ihre Einsatzfreude. Auf beides kommt es aber für eine gute mittelfristige Wirtschaftsentwicklung entscheidend an.

Unstrittig ist wohl, daß ein weiterer Abbau unrentabler Arbeitsplätze erforderlich ist. Das Ausmaß der noch versteckten Unterbeschäftigung in den neuen Bundesländern kann kaum abgeschätzt werden; es umfaßt nicht allein den Arbeitsausfall durch Kurzarbeit, sondern im weitesten Sinne all jene Arbeitsplätze, die nur durch Subventionierung existenzfähig sind. In diesem Jahr wird sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verschlechtern.

17. Die hohe Arbeitslosigkeit wird einen starken Druck auf die Wirtschaftspolitik ausüben, mit schnell wirkenden Maßnahmen für Abhilfe zu sorgen, insbesondere die nicht lebensfähigen Unternehmen weiter zu erhalten. Eine solche, am kurzfristigen Effekt orientierte Politik verhindert jedoch die notwendige Anpassung beim Übergang von der Planwirtschaft in die Marktwirtschaft. Sie schreibt alte Strukturen fest, und sie setzt die Ineffizienz fort, die durch die Reform des Wirtschaftssystems in den neuen Bundesländern überwunden werden soll. Damit werden die mittelfristig angelegten Entwicklungsmöglichkeiten zugeschüttet. Was den Menschen kurzfristig Entlastung bringt, ist langfristig von erheblichem Nachteil. Die deutsche Wirtschaftspolitik steht deshalb am Scheideweg. Gibt sie den kurzfristig motivierten Forderungen nach, so verbaut sie die langfristigen Entwicklungschancen, die die neue Wirtschaftsordnung mitbringt.

IV. Wirtschaftspolitische Fehlsteuerung und der richtige Kurs

Anpassung über den Markt, nicht durch die Politik

18. Für Unternehmen der ehemaligen DDR bedeutete der Übergang in die Marktwirtschaft eine schockartige Veränderung ihrer wirtschaftlichen Umgebung. Mit einem Schlag wurde deutlich, daß die meisten infolge ineffizienten Faktoreinsatzes, obsoleter Produktionsanlagen und den Marktverhältnissen nicht entsprechender Produktsortimente und Produktqualitäten dem Wettbewerb auf freien Märkten nicht gewachsen waren. Die dadurch entstandene schwere Anpassungskrise der ostdeutschen Wirtschaft kann nur überwunden werden, wenn es zu einer grundlegenden Erneuerung der Unternehmen kommt. Eine aus sich heraus lebensfähige Wirtschaftsstruktur setzt Unternehmen voraus, die sich aus eigener Kraft am Markt behaupten können. Bestehende Unternehmen oder Unternehmensteile können diesen Anforderungen nur gerecht werden, wenn sie über unternehmerische Konzeptionen verfügen, die Erfolg auf dem Markt versprechen. Dann und nur dann kann es ihnen auch gelingen, Kapital von privaten Investoren zur Finanzierung von Sanierungsplänen zu erhalten. Viele Unternehmen werden an diesen Anforderungen scheitern; sie müssen aus dem Markt ausscheiden, will man sie nicht durch dauernde Erhaltungssubventionen künstlich am Leben erhalten und damit die Erneuerung der Wirtschaft behindern.

Ebenso wichtig wie die Bereinigung des Bestandes alter Unternehmen ist für die strukturelle Erneuerung, daß neue Unternehmen entstehen, die die freigesetzten Ressourcen nutzen, neue Produktionstechniken anwenden und neue Produkte entwickeln. Aber auch für neue Unternehmen gilt: Sie tragen nur dann zu einer gesunden und lebensfähigen Wirtschaftsstruktur bei, wenn sie sich ohne Subventionen auf dem Markte behaupten können.

19. Die an marktwirtschaftlichen Kriterien orientierte Anpassung der Unternehmen hat gravierende Auswirkungen auf die Beschäftigung. Stillegungen, ebenso aber auch Sanierungen führen zur Freisetzung von Arbeitskräften; neue Arbeitsplätze entstehen hingegen nur allmählich.

20. In dieser kritischen Situation liegt der Gedanke nahe, daß Entscheidungen über die Sanierung von Unternehmen und die Erhaltung von Arbeitsplätzen sich nicht an den der Marktwirtschaft entsprechenden privatwirtschaftlichen Kalkülen orientieren sollten. In der öffentlichen Diskussion wird vielmehr die Meinung vertreten, daß der Staat über die Anschubfinanzierung der privaten Investitionen hinaus eine Strukturerhaltungspolitik betreiben solle. Der Staat habe bestehende Unternehmen zu erhalten, auch wenn sie mit Verlust produzieren, und dadurch den Abbau von Arbeitsplätzen zu vermeiden oder hinauszuzögern. Insbesondere solle der Bund durch Subventionen einen Teil der Produktionskosten übernehmen, oder die Treuhandanstalt solle Strukturpolitik betreiben.

In einer Marktwirtschaft entscheidet sich nicht in Parlamenten und Amtsstuben, ob eine Unternehmung überlebensfähig ist; darüber befinden die Märkte. Auf den Gütermärkten zeigt sich, ob die Produkte abgesetzt werden können; auf dem Kapitalmarkt wird entschieden, ob eine Unternehmung Kapital attrahieren kann. Beim Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft muß die Unternehmung neu anfangen können und Altlasten im Umweltbereich und auch Altschulden abstreifen können. Überlebensfähig ist sie dann, wenn die Qualität der Arbeitskräfte, der Standort und die Ausstattung eine Investition im Urteil der Anleger lohnend erscheinen lassen.

Unternehmen müssen aus sich selbst heraus lebensfähig sein. Wenn die Wirtschaftspolitik an dieser Einsicht vorbeigeht, sind gravierende Fehlentwicklungen zu erwarten.

21. Nicht wettbewerbsfähige Unternehmen am Leben erhalten bedeutet, daß obsolete Strukturen verfestigt werden. Bei einer solchen Politik der Erhaltung überkommener Strukturen werden die neuen Bundesländer technisch und wirtschaftlich dem westdeutschen und dem internationalen Niveau hinterherhinken; Modernisierungschancen werden nicht genutzt. Die Erhaltung von Arbeitsplätzen wird mit erheblichen Nachteilen erkauft. Aus der Anpassungskrise wird eine dauerhafte Strukturkrise.

Hinzu kommt, daß die Subventionierung von Einheiten, die aus sich heraus nicht überlebensfähig sind, die Ineffizienz der Planwirtschaft mitschleppt; Preise sind weiterhin verzerrt, und die Produktionsfaktoren werden fehlgelenkt. Das bremst also den Übergangsprozeß in die Marktwirtschaft und dreht die Reform des Wirtschaftssystems zurück. Die künstlich am Leben erhaltenen obsoleten Strukturen erfordern immense Finanzmittel, werden zum „Faß ohne Boden".

Bei den Arbeitnehmern werden durch die Stützung nicht lebensfähiger Unternehmen Illusionen über die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze erzeugt; das verringert die Motivation zum Erwerb neuer Qualifikationen und zum Wechsel in andere, zukunftsträchtigere Bereiche. Eine Region, in der eine derartige Politik dominiert, ist in Gefahr, auf Dauer wirtschaftlich unterentwickelt und subventionsabhängig zu bleiben.

22. Die Strukturpolitik des Staates hat bei den Anpassungsprozessen schrumpfender Wirtschaftszweige, etwa im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung, keinen Erfolg gehabt. Der Schutz von Wirtschaftszweigen hat auf Dauer deren Wettbewerbsfähigkeit verhindert und in der Regel neue Subventionen oder andere Schutzmaßnahmen erforderlich gemacht. Dies ist auch die Erfahrung von Ländern, die heimische Sektoren durch handelspolitische Maßnahmen geschützt haben.

Auch eine Industriepolitik für neue Sektoren, die als zukunftweisend betrachtet werden, ist negativ zu beurteilen. Staatliche Stellen haben nicht die Information, welche Wirtschaftszweige, welche neuen Produkte und welche Produktionsverfahren erfolgreich sein werden. Diese Einschätzung ist den privaten Investoren zu überlassen, die mit ihrem Kapitaleinsatz auch das Risiko eines Fehlschlags übernehmen. Wenn bereits die Erfahrungen mit der üblichen Strukturpolitik negativ waren, muß eine Strukturpolitik für eine Volkswirtschaft, die den Umbruch von der Planwirtschaft in die Marktwirtschaft zu bewältigen hat, erst recht als aussichtslos eingestuft werden.

23. Die Subventionierung nicht überlebensfähiger Unternehmen hat die zusätzliche Konsequenz, daß wirtschaftliche Entscheidungen politisiert werden und Subventionen sich verfestigen.

- Subventionen sind das Resultat politischer Entscheidungen, die den Marktgesetzen zwangsläufig entzogen sind. Damit werden wirtschaftliche Kriterien in den Hintergrund gedrängt, und die Eigendynamik des politischen Entscheidungsprozesses gewinnt an Bedeutung.
- Aus der Besonderheit der politischen Entscheidungsprozesse folgt, daß sich Subventionen verfestigen und nach allen Erfahrungen nicht oder nur mit erheblichen zeitlichen Verzögerungen abgebaut werden. Anstatt den Gewinn durch neue Produktionen oder neue Faktorkombinationen zu mehren, setzen Unternehmer Ressourcen ein, um zusätzliche Subventionen zu erlangen. Allzu oft gerät die Politik in die Gefahr, einmal getroffene Entscheidungen, die sich als falsch herausgestellt haben, nachträglich durch weitere Förderung zu legitimieren. Diese immanente Verlängerungstendenz der Subventionen bedeutet, daß aus einer vermeintlich vorübergehenden Erhaltung von Unternehmen in den neuen Bundesländern ein Dauerzustand wird.

24. Insbesondere Modernisierungssubventionen, mit denen neue Anlagen finanziert werden, die der Markt nicht finanziert hätte, erhöhen im politischen Prozeß die Marktaustrittskosten, da die neuen Anlagen in der Regel als ein sichtbares Zeichen für zukünftige Chancen interpretiert werden. Damit wird der Anpassungsprozeß erschwert (Ziffer 28).

25. Auch besteht eine Konkurrenz zwischen der Erhaltung nicht lebensfähiger Unternehmen und dem Entstehen neuer Strukturen. Die für Subventionen eingesetzten Mittel fehlen an anderer Stelle, vor allem bei der Erneuerung der Infrastruktur. Soweit die Mittel über Kredite oder Steuern aufgebracht werden, kommt es ebenfalls zu schädlichen Effekten (Ziffer 35).

Der Zielkonflikt zwischen der Erhaltung nicht rentabler und der Schaffung neuer Unternehmen ist jedoch noch komplexer. Schützt man die nicht lebensfähigen Unternehmen, so stehen ihre Grundstücke nicht als Gewerbeflächen für die neuen zur Verfügung. Die künstlich am Leben erhaltenen Unternehmen bestimmen das Lohnniveau mit, zu dem die neuen anzutreten haben, und haben auch damit einen Einfluß auf die Markteintrittsbedingungen für die neuen.

Vorrang für die Privatisierung

26. Die Treuhandanstalt spielt bei der Erneuerung der Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern eine zentrale Rolle, denn sie hat „die unternehme-

rische Tätigkeit des Staates durch Privatisierung so rasch und so weit wie möglich zurückzuführen". Die besondere Problematik dieser Aufgabe liegt darin, daß die zu privatisierenden Unternehmen, soweit sie in der marktwirtschaftlichen Umgebung überhaupt lebensfähig sind, dringend der Sanierung bedürfen. Sie benötigen neue unternehmerische Konzeptionen und Kapital, um diese zu verwirklichen. Die Privatisierung soll den Weg zur Sanierung eröffnen. Der Investor, der ein Unternehmen von der Treuhandanstalt erwirbt, verbindet damit ein unternehmerisches Programm. Zugleich wird die Sanierung den strengen Maßstäben eines privatwirtschaftlichen Kalküls unterworfen. Die Mittel für die erforderlichen Investitionen können nur aufgebracht werden, wenn private Investoren damit rechnen, daß die auf dieser Grundlage produzierten Güter auf dem Markt Erfolg haben und zu einer hinreichenden Rendite führen.

An der Privatisierung entscheidet sich damit letztlich auch, welche Unternehmen sanierungsfähig sind und welche stillgelegt werden müssen. Wenn die Privatisierung eines Unternehmens trotz nachhaltiger Bemühungen nicht gelingt, kann darin ein zuverlässiges Indiz dafür gesehen werden, daß eine den Anforderungen der Märkte entsprechende Sanierung nicht möglich ist.

27. Die Konzeption, daß Privatisierung der Weg zur Sanierung ist, findet vielfach Zustimmung, in zunehmendem Maße aber auch Widerspruch. Mit unterschiedlichen Begründungen wird gefordert, der Sanierung zumindest in bestimmten Fällen Vorrang vor der Privatisierung zu geben. Eine dieser Begründungen ist, durch Sanierung müsse erst die Voraussetzung für die Privatisierung geschaffen werden, da sonst überhaupt keine Kaufinteressenten zu finden seien. Dahinter steht die irrige Vorstellung, die Treuhandanstalt könne besser als private Investoren zukunftsträchtige unternehmerische Konzeptionen entwickeln und die Erfolgsaussichten der damit verbundenen Investitionen beurteilen.

Heute rückt allerdings eine andere Begründung in den Vordergrund. Der Vorrang der Sanierung wird damit begründet, die darauf gerichteten Bemühungen der Treuhandanstalt hätten sich an anderen Kriterien zu orientieren als an denen privater Investoren, die bei vorrangiger Privatisierung zur Geltung kämen. Die Treuhandanstalt würde damit zum Instrument einer Strukturpolitik, die sich an politisch vorgegebenen Zielvorstellungen orientiert. Mit wachsendem politischen Druck in diese Richtung ist zu rechnen. Schon heute ist zu beobachten, daß Landesregierungen zunehmend Einfluß auf die Politik der Treuhandanstalt anstreben. Vor der mit solchen Sanierungsvorstellungen verbundenen Gefahr einer grundlegenden Fehlorientierung muß nachdrücklich gewarnt werden.

28. Es liegt nahe, daß Bemühungen um eine Sanierung der Unternehmen in erster Linie bei der Erneuerung und Modernisierung der Produktionsanlagen ansetzen. Investitionen zur Modernisierung des Anlagenbestandes und zur Rationalisierung der Produktion sind zur Sanierung unumgänglich, aber sie sind keineswegs hinreichend. Von vorrangiger Bedeutung ist die Marktorientierung der Sanierungsprogramme. Für die Überlebensfähigkeit eines Unternehmens kommt es darauf an, daß Produkte angeboten werden, die auf den Märkten wettbewerbsfähig sind. Bei Sanierungsprogrammen privater Investoren steht dieser Gesichtspunkt im Vordergrund.

Wenn Sanierungsmaßnahmen eingeleitet werden, ohne daß die damit verbundenen Investitionen nach den strengen Kriterien privater Investoren beurteilt werden, muß befürchtet werden, daß die Marktorientierung hinter anderen Gesichtspunkten zurücktritt. Wirtschaftspolitisch angestrebte Strukturziele, verbunden mit dem verständlichen Bestreben, Arbeitsplätze zu sichern, dienen dazu, Investitionsprogramme zu rechtfertigen, die eine technische Modernisierung bewirken, die ökonomische Fehlorientierung aber nur noch verschlimmern.

Die Unternehmen müssen sich ganz auf die Produkte spezialisieren, bei denen sie komparative Vorteile im Wettbewerb erreichen können. Modernisierungsinvestitionen für Produkte, die auf Dauer auf den Märkten keine Chancen haben, hemmen diesen notwendigen Prozeß der Bereinigung. Die gravierendste Folge ist: Sind erst einmal die Produktionsanlagen modernisiert, so fällt es um so schwerer, sich aus den Märkten zurückzuziehen, die auf Dauer keinen Erfolg versprechen.

29. Für die Treuhandanstalt muß nach wie vor Privatisierung die vordringliche Aufgabe sein. Nach erheblichen Anlaufschwierigkeiten sind hierbei in jüngster Zeit Erfolge erzielt worden. Das Privatisierungspotential ist aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Hemmnisse für einen rascheren Fortgang der Privatisierung sind die unklaren Eigentumsverhältnisse, daneben aber auch die begrenzte Kapazität der Treuhandanstalt bei der Abwicklung der vielfach schwierigen und komplizierten Vorgänge. Dies spricht dafür, alle Kräfte auf die Privatisierung zu konzentrieren und sich nicht in Sanierungsprojekten zu verzetteln.

Die Privatisierungstätigkeit der Treuhandanstalt muß noch effektiver gestaltet werden. Wünschenswert wäre eine stärkere Aktivierung des Wettbewerbs unter den Käufern; wo eben möglich sollte ein standardisiertes Auslobungsverfahren eingesetzt werden, mit dem auch ausländische Interessenten besser erreicht werden könnten. Weiter sollten in stärkerem Maße als bisher kleinere Unternehmenseinheiten ausgegliedert und verselbständigt werden. Es gibt ein beachtliches Potential von Interessenten für solche Einheiten, sowohl mittelständische Unternehmer im Westen als auch an Selbständigkeit interessierte Bürger aus den neuen Bundesländern. Von der Möglichkeit des Management Buy-Out, die sich in diesem Zusammenhang anbietet, wurde bisher kaum Gebrauch gemacht. Aus mittelständischen Kreisen wird vielfach die Klage laut, die Treuhandanstalt gehe auf Anfragen von Interessenten an kleineren Unternehmenseinheiten nur in schematischer Weise und mit großen Verzögerungen ein. Dies deutet darauf hin, daß eine Intensivierung der Tätigkeit der Treuhandanstalt in diesem Bereich erhebliche Fortschritte bei der Privatisierung verspricht.

Bei den Unternehmen, für die hinreichende Hoffnung besteht, daß die Privatisierung gelingen wird, steht die Treuhandanstalt vor dem Problem, wie zunächst

der Bestand dieser Unternehmen gesichert werden kann. Dies erfordert Bemühungen um Kostensenkung und um Bereinigung der Produktionsprogramme, aber auch Liquiditätshilfen zur Überbrückung von Engpässen und zur Finanzierung notwendiger Ersatzinvestitionen. In diesem begrenzten Sinne kommt die Treuhandanstalt nicht umhin, vorläufige Sanierungshilfen zu leisten, wobei jedoch strenge Maßstäbe anzulegen sind. Dringend abzuraten ist jedoch von der Unterstützung und Finanzierung umfassender Sanierungsprogramme, die über das zur Weiterführung dieser Unternehmen Erforderliche hinausgehen. Die Beurteilung der Erfolgsaussichten derartiger Programme sollte dem Urteil privater Investoren überlassen bleiben.

Den schwierigsten Problembereich bilden für die Treuhandanstalt diejenigen Unternehmen, deren Privatisierung von vornherein aussichtslos erscheint oder trotz nachhaltiger Bemühungen nicht gelingt. Das Scheitern der Privatisierung ist ein Indiz dafür, daß eine Unternehmung nicht fortführungswürdig ist. Es bleibt nur die Frage, wie lange bei derartigen Unternehmen die Bemühungen um Privatisierung fortzusetzen sind. Grundsätzlich verfehlt wäre der Versuch, solchen Unternehmen durch Sanierungsprogramme mit umfangreichen Investitionen aufzuhelfen. Wenn private Investoren nicht von den Erfolgsaussichten der Sanierung überzeugt werden können, ist nicht zu erwarten, daß die Investitionen das Unternehmen befähigen werden, sich auf Dauer aus eigener Kraft im Wettbewerb zu behaupten.

30. Es mag Fälle geben, in denen die Stillegung eines Unternehmens aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen hinausgezögert wird (Ziffer 43). Wenn es denn geschieht, sollten die Motive dafür offengelegt und keine falschen Vorstellungen über Sanierungsaussichten geweckt werden. Es wäre ein schwerer Fehler, in solchen Fällen aufgrund auf Wunschdenken beruhender Hoffnungen oder gar wider besseres Wissen Kapital für aussichtslose Sanierungsprogramme zur Verfügung zu stellen. Damit würden Mittel vergeudet; darüber hinaus würde der unvermeidliche Anpassungsprozeß für die Zukunft erheblich erschwert.

Schwerpunkt Infrastruktur

31. Um ein zentrales Wachstumshemmnis abzubauen, sind Investitionen in die Infrastruktur erforderlich. Ein gewichtiger Teil dieser Aufgabe fällt den Kommunen in den neuen Bundesländern zu; daher muß den Gemeinden eine dafür hinreichende Finanzausstattung verschafft werden, die allerdings wesentlich durch die Finanzausstattung der neuen Bundesländer mitbestimmt wird.

Nachdem inzwischen die Regelung des Einigungsvertrages über die Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer geändert worden ist, der Bund auf seine Beteiligung an den Zahlungen aus dem Fonds Deutsche Einheit verzichtet hat und darüber hinaus über das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost für 1991 und 1992 jeweils 12 Mrd DM zur Verfügung gestellt worden sind, dürfte die finanzielle Ausstattung der öffentlichen Haushalte in den neuen Bundesländern zumindest für 1991 quantitativ ausreichend sein. Die Transfers fließen jedoch derzeit noch überwiegend in konsumtive Verwendungen. Das wäre nur zu vermeiden gewesen, wenn in stärkerem Maße für Investitionen in die Infrastruktur zweckgebundene Zuweisungen geleistet worden wären. Solange die öffentliche Verwaltung noch wenig leistungsfähig ist, wäre der „goldene Zügel" bei den Transfers durchaus geboten. Um Anreize zu setzen, auch eigene Mittel in investive Verwendungen zu lenken, empfiehlt sich darüber hinaus eine Eigenbeteiligung der Empfänger. Die derzeitigen Förderprogramme sehen das auch vor. Allerdings müßte in Anbetracht der geringen Finanzkraft der ostdeutschen Gebietskörperschaften die Beteiligungsquote quantitativ gering bleiben, weil sonst Infrastrukturprogramme von den neuen Bundesländern erst gar nicht angenommen werden, da sie die Eigenanteile nicht finanzieren können. Insoweit wäre es sinnvoller, Infrastrukturinvestitionen statt über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (Artikel 91a GG) über Finanzhilfen des Bundes (Artikel 104a Abs. 4 GG) zu fördern. Bei der Gemeinschaftsaufgabe ist eine Beteiligung der Bundesländer von 50 vH verfassungsrechtlich vorgeschrieben, während bei Finanzhilfen die Beteiligungsquote niedriger angesetzt werden kann.

32. Unter Einbeziehung der Investitionsausgaben von Bundespost und Reichsbahn dürfte sich für 1991 ein Investitionsvolumen von etwa 30 Mrd DM ergeben. Damit liegen pro Kopf der Bevölkerung die geplanten Investitionen deutlich höher als in den alten Bundesländern. Diese forcierte öffentliche Investitionstätigkeit ist angesichts des enormen Defizits in der Infrastruktur für den Aufholprozeß auch notwendig und wird sich in den nächsten Jahren sogar noch fortsetzen müssen. Allerdings ist zu bedenken, daß die geplanten Investitionen nicht schon im ersten Jahr voll wirksam werden können. Im kommunalen Bereich stehen der zügigen Umsetzung unzureichende Planungskapazitäten und ungeklärte Zuständigkeiten entgegen. Dazu kommt, daß beim geltenden Planungsrecht in den alten Bundesländern zum Beispiel bei Großprojekten im Verkehrswesen oft 10 bis 20 Jahre zwischen Konzeption und Verwirklichung verstreichen. Gerade für den Aufbau der Infrastruktur in den neuen Bundesländern müssen Möglichkeiten zur Beschleunigung der Planungsverfahren gefunden werden. Ansätze dafür bietet der Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Planung für Verkehrswege des Bundes in den neuen Ländern.

Da die weitere Steigerung der öffentlichen Investitionen an Haushaltsgrenzen stößt, müßte auch geprüft werden, inwieweit Leistungen im Infrastrukturbereich von Privaten erbracht werden können. Neben den fiskalischen Vorteilen spricht dafür, daß Infrastrukturinvestitionen damit der rigiden und meist zeitraubenden Budgetplanung und -abwicklung entzogen werden. Hierbei wären möglicherweise Erfahrungen zu sammeln, die später auf Planung und Durchführung von Infrastrukturleistungen in den westlichen Ländern übertragen werden könnten. Nicht alle erforderlichen Infrastrukturleistungen in den neuen Bundesländern muß der Staat erbringen. Durch Privatisierung können in vielen Fällen Aufgaben schneller

erfüllt und gleichzeitig öffentliche Ausgaben verringert werden (JG 90 Ziffer 375).

33. Die Investitionen in die Infrastruktur sind wichtige Voraussetzungen für private Investitionen. Daneben gibt es gute Gründe für eine staatliche Förderung der privaten Investitionen. Damit können Standortnachteile, die auf die aktuellen Mängel in der Infrastruktur zurückzuführen sind, kompensiert und positive externe Effekte wie zum Beispiel Agglomerationsvorteile honoriert werden.

Private Investitionen in den neuen Bundesländern werden bereits massiv unterstützt. Neben der Investitionszulage von 12 vH (1992: 8 vH) können kumulativ Sonderabschreibungen in Höhe von 50 vH in Anspruch genommen werden. Daneben werden Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" mit bis zu 23 vH der Investitionsausgaben gefördert. Im Einzelfall kann ein Liquiditätseffekt von 50 vH der Anschaffungskosten bereits im Jahr der Investitionen erreicht werden. Außerdem werden private Investitionen durch eine Vielzahl von Kreditprogrammen unterstützt.

Es wäre effizienter gewesen, die schon geltende Investitionszulage zu erhöhen statt ergänzend Sonderabschreibungen einzuführen, bei denen die quantitative Entlastung vom Grenzsteuersatz abhängt. Einzelne Unternehmen werden unterschiedlich begünstigt. Schließlich werden Investoren, die in den ersten Jahren keine oder nur geringe Gewinne erzielen, die Sonderabschreibungen gar nicht nutzen können. Durch die Vielzahl der nebeneinander laufenden Maßnahmen ist das System der Investitionsförderung zudem intransparent geworden.

34. Die steuerliche Förderung der privaten Investitionen ist jedoch — auch unabhängig von der Form — keineswegs unproblematisch. Sofern andere, nicht finanzielle Hemmnisse für die Investitionen (zum Beispiel Eigentumsfrage, ineffiziente Verwaltung) bestehen und diese Hindernisse durch die steuerliche Förderung nicht überspielt werden können, sind die Steuervergünstigungen praktisch wirkungslos. Dort, wo Investitionen — auch ohne Förderung — getätigt würden, entstehen lediglich Mitnahmeeffekte.

Zu berücksichtigen ist auch, daß die Investitionsförderung kapitalintensive Produktionsverfahren einseitig begünstigt. Die Inanspruchnahme ist in der Regel großen etablierten Unternehmen leichter möglich als kleinen und neugegründeten. Dazu kommt ein weiteres: Innovationen sind zwar üblicherweise mit Investitionen verbunden, aber es gibt viele Prozeß- und Produktinnovationen — vor allem im Dienstleistungssektor —, die nur geringen Kapitaleinsatz, aber viel Engagement und Leistungsbereitschaft voraussetzen. In diesen Bereichen können steuerliche Vorteile für Investitionen nur in geringem Ausmaß genutzt werden.

Problematisch ist ferner, daß die steuerliche Förderung der Investitionen falsche strukturelle Signale auslösen kann. Investitionen werden rentabel, die es ohne Förderung nicht gewesen wären. Wenn die zuvor genannten externen Effekte nicht oder nicht mehr vorliegen, würde es zu strukturellen Verzerrungen kommen. Die Förderung ist deshalb grundsätzlich degressiv zu gestalten. Die derzeit geltenden Maßnahmen sollen 1992/93 auslaufen. Im übrigen müßte die Diskussion über die steuerliche Entlastung der Investitionen nunmehr beendet sein, um zu verhindern, daß potentielle Investoren in Erwartung noch weitergehender Förderung ihre geplanten Investitionen zurückstellen.

35. Schließlich ist bei der steuerlichen Förderung der Investitionen auch die Finanzierungsfrage zu beachten. Da staatliche Mittel begrenzt sind, muß eine massive Investitionsförderung entweder zu Lasten anderer Ausgaben gehen oder Kreditaufnahme oder Steuererhöhungen zur Folge haben. Der Sachverständigenrat hat sich in seinem letzten Jahresgutachten ausführlich mit der Frage der Finanzierung der einigungsbedingten Haushaltsbelastungen auseinandergesetzt (JG 90 Ziffern 347ff.). Auch unter den noch schwieriger gewordenen Bedingungen und für den hier diskutierten Fall der Investitionsförderung hält der Sachverständigenrat an den damals aufgestellten Grundsätzen fest: Angesichts der derzeitigen Höhe der Nettokreditaufnahme, die ohnehin in den nächsten Jahren schrittweise abgebaut werden muß, kann die Kreditaufnahme nicht in Frage kommen, ganz abgesehen von möglichen Zins- und Wechselkurseffekten, die die Investitionen behindern könnten. Auch Steuererhöhungen sind ein problematisches Instrument wegen der negativen Wirkungen auf die privaten Investitionen, die Leistungsbereitschaft der Bürger und damit auf das wirtschaftliche Wachstum.

Die Mittel für die steuerliche Förderung der privaten Investitionen müssen deshalb vornehmlich durch Einsparungen und Umschichtungen von Ausgaben aufgebracht werden, die freilich die Ausgaben für öffentliche Investitionen in die Infrastruktur der neuen Bundesländer ausnehmen müßten. Es bleibt deshalb im wesentlichen nur der Abbau von Subventionen. Auch hierzu verweist der Sachverständigenrat auf sein letztes Jahresgutachten (JG 90 Ziffern 359ff.). Der Abbau bestehender Subventionen wird im übrigen noch dringlicher, wenn infolge strukturpolitischer Maßnahmen in den neuen Bundesländern neue Subventionen getätigt werden. Zudem verlangt die Finanzierung der enormen Transfers an die neuen Bundesländer, daß alle öffentlichen Ausgaben auf ihre Dringlichkeit hin überprüft werden. Zu durchgreifenden Ausgabenkürzungen über Subventionsabbau hat die Wirtschaftspolitik bisher nicht die erforderliche Kraft aufgebracht. Es besteht daher die Gefahr, daß die Kosten der Investitionsförderung letztlich zu Lasten der öffentlichen Investitionen gehen. Zum Ausbau der Infrastruktur in den neuen Bundesländern ist aber gerade den investiven Staatsausgaben höchste Priorität einzuräumen.

36. Selbst bei einem allgemein kräftigen Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft wird es längerfristig strukturschwache Regionen mit erheblichen Arbeitsmarktungleichgewichten geben. Die Regionalpolitik sollte gerade in diesen Regionen der Strukturerneuerung Priorität einräumen. Sie muß ihren Schwerpunkt darin sehen, im Wettbewerb mit anderen Standorten die Bedingungen für das Entstehen neuer Wirtschaftsaktivität zu schaffen. Die Verantwortlichkeit hierfür

liegt vor allem bei den Entscheidungsträgern vor Ort. Sie sind am ehesten imstande, die privaten und administrativen Initiativen hervorzubringen, die das Neue entstehen lassen. In vielen Fällen werden die Kommunen eine Führungsrolle übernehmen müssen.

Zu den vordringlichen regionalpolitischen Aufgaben gehört es, gerade in strukturschwachen Gebieten,

- Gewerbeflächen für Investoren freizugeben, alte Industrieareale zu sanieren oder neue zu erschließen. Da die kommunalen Planungskapazitäten schon heute überlastet sind, kann auf die Mitwirkung privater Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaften nicht verzichtet werden. Nur so wird es möglich sein, der Entstehung neuer Wirtschaftsaktivität schnell zum Durchbruch zu verhelfen.
- die wirtschaftsnahe kommunale Infrastruktur zu sanieren. Auch hierbei sollten soweit wie möglich privatwirtschaftliche Lösungen in Betracht gezogen werden, um Planungs- sowie Durchführungszeiträume zu verkürzen. In Frage kommen Betreibermodelle, wie sie etwa im Abwasserbereich praktiziert werden, oder andere Formen der privatwirtschaftlichen Beteiligung am Infrastrukturausbau.
- die flankierende Arbeitsmarktpolitik in den Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit zu organisieren. Dazu zählen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die vor allem auf die Verbesserung der Infrastruktur und die Beseitigung von Altlasten gerichtet sein sollten. Auch in der Konzipierung von Qualifizierungsprogrammen sollten die kommunalen Entscheidungsträger, denen die regionalen Arbeitsmarktprobleme am besten vertraut sind, initiativ werden und eine Zusammenarbeit mit der Treuhandanstalt, den Arbeitsverwaltungen, den Kammern, den Trägern der Weiterbildung und den Unternehmen anstreben.

Subsidiär zu den Anstrengungen der Kommunen können auch die Länder einiges tun, um die wirtschaftliche Aktivität in den Problemregionen zu stützen. Ihnen obliegt — für eine Übergangszeit — die Verteilung der Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur".

Aufgaben am Arbeitsmarkt

37. Der strukturelle Wandel in den neuen Bundesländern wird den Arbeitsmarkt in erheblichem Umfang belasten. Viele Beschäftigte werden ihren Arbeitsplatz wechseln müssen. Die Schaffung neuer rentabler Arbeitsplätze wird sich vorerst nicht mit dem gleichen Tempo und nicht im gleichen Ausmaß vollziehen wie der Abbau alter unrentabler Arbeitsplätze. Daher wird die Arbeitslosigkeit weiter anschwellen. Ende 1991 werden nach unseren heutigen Schätzungen 1,7 Millionen Personen arbeitslos sein (knapp ein Viertel aller Erwerbspersonen); hinzu kommen vermutlich 2 Millionen Kurzarbeiter. Auch bei einem raschen Strukturwandel und einem baldigen Durchbruch der Auftriebskräfte wird sich die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern nur allmählich — über Jahre hinweg — abbauen. Nicht jeder Arbeitslose wird in das Berufsleben zurückfinden; Langzeitarbeitslosigkeit wird sich herausbilden. Der wirtschaftliche Aufschwung wird nicht alle Regionen in gleichem Maße erfassen; es werden regionale Arbeitsmarktprobleme bestehen bleiben. Die Belastungen am Arbeitsmarkt erfordern Hilfe für die Betroffenen.

38. Die Anpassungen am ostdeutschen Arbeitsmarkt werden von der Tarifpolitik mitgeprägt. Der Sachverständigenrat hat sich in seinem Jahresgutachten 1990/91 für eine Lohnpolitik ausgesprochen, die die in der ehemaligen DDR herrschende Lohnnivellierung aufbricht und zu einer leistungsgerechten Lohndifferenzierung führt, die die Lohnentwicklung über einen längeren Zeitraum kalkulierbarer macht, die die Lohnsteigerungen an der differenzierten Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungskraft der Sektoren orientiert und dabei möglichst viel Spielraum für betriebsindividuelle Lohnanpassungen beläßt (JG 90 Ziffern 404 ff.). Einiges hiervon (leistungsgerechte Differenzierung, mehrjährige Lohnperspektive) ist durch die Lohnpolitik dieses Jahres in Angriff genommen worden. Hinsichtlich der Lohnsteigerungen wird jedoch zunehmend ein anderer Weg beschritten. Nicht die betriebliche und sektorale Leistungskraft liefert hier den primären Maßstab, sondern das Ziel, in wenigen Jahren das westdeutsche Lohnniveau zu erreichen. So sieht der Tarifabschluß in der Metallindustrie vor, daß die tariflichen Löhne und Gehälter von rund 60 Prozent der vergleichbaren westdeutschen Tarife am 1. April 1991 stufenweise bis zum 1. April 1994 auf 100 Prozent angehoben werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Bruttomonatsverdienste bereits im Verlauf von 1990 beträchtlich gestiegen sind, in der Industrie allein von Juli bis Oktober 1990 um rund 14 vH.

39. Sollte sich diese lohnpolitische Aufholstrategie in der ostdeutschen Wirtschaft auf breiter Front durchsetzen, würde sich die Lohnbildung von den realwirtschaftlichen Grundlagen — den Unterschieden in der betrieblichen und sektoralen Produktivität — weitgehend entfernen. Schrumpfenden Bereichen würden zu allen vorhandenen Umstellungsproblemen noch zusätzliche vom Lohnkostendruck her aufgebürdet. Die Freisetzung von Arbeitskräften wird so — unnötig — verschärft. Der Sachverständigenrat weist nochmals darauf hin, daß nach der betrieblichen und sektoralen Leistungskraft differenzierte Lohnsteigerungen ein Instrument sind, welches im strukturellen Wandel der ehemaligen DDR eine bessere Balance zwischen Zuwachs und Verlust an Arbeitsplätzen zu bewahren hilft (JG 90 Ziffer 411).

40. Die Aufholstrategie — wenn sie zum verbreiteten Leitbild der Lohnpolitik in den neuen Bundesländern wird — führt zu außerordentlich hohen Steigerungsraten der Nominallöhne. So müßten die ostdeutschen Nominallöhne Jahr für Jahr um rund 20 Prozentpunkte schneller steigen als die westdeutschen, wenn sie bis 1994 das westdeutsche Niveau (gerechnet von einem Ausgangsniveau von 60 Prozent) erreichen sollen. Derart hohe Lohnsteigerungsraten führten nur dann nicht zu einem Lohnkostendruck und zu

Entlassungen, das heißt einem entsprechenden Schaden für den Arbeitsmarkt, wenn der Produktivitätsanstieg in den neuen Bundesländern damit Schritt hielte. Doch müßte weiteres hinzukommen. Da der Produktivitätsrückstand der Wirtschaft in den neuen Bundesländern gegenüber den westlichen Bundesländern stärker ist als der Nominallohnrückstand, müßte allein schon deswegen ein zusätzlicher erheblicher Produktivitätsanstieg realisiert werden, um die vergleichsweise hohen ostdeutschen Lohnstückkosten abzubauen.

Daß ein so rasanter Produktivitätsfortschritt, wie er für die Aufholstrategie benötigt würde, über Jahre hinaus erzielt werden kann, muß bezweifelt werden. Er wäre allenfalls dann erreichbar, wenn die Rationalisierungspotentiale in Ostdeutschland voll ausgeschöpft würden. Die Überbesetzung der Betriebe mit Arbeitskräften muß abgebaut werden; alle Versuche, unrentable Arbeitsplätze „durchzuziehen", wirken dem entgegen. Die Umstellung der Produktion auf wettbewerbsfähige Produkte, die Einführung moderner Produktionstechnologien, die Qualifizierung der Arbeitnehmer — alles das muß mit besonderem Nachdruck betrieben werden. Hemmnisse für den Produktivitätsfortschritt, wie etwa die mangelhafte Qualität der Infrastruktur, müssen schnell beseitigt werden. Was den Strukturwandel behinderte, die Durchrationalisierung der ostdeutschen Wirtschaft verzögerte, entzöge den intendierten Lohnanhebungen die realwirtschaftliche Grundlage.

Hält der Produktivitätsanstieg mit den Lohnsteigerungen der Aufholstrategie nicht Schritt — und damit ist zu rechnen —, werden die Entlassungen beträchtlich zunehmen. Die Reaktionen in der Öffentlichkeit sind absehbar: Es werden Subventionen gefordert werden, um den Schaden am Arbeitsmarkt zu begrenzen. Der Staat wird also in die Pflicht genommen, um Fehlentwicklungen zu beheben, die nicht verkraftbaren Lohnsteigerungen anzulasten sind. Der Sachverständigenrat warnt eindringlich vor einer lohnpolitischen Aufholstrategie, die in wenigen Jahren den Einkommensrückstand der neuen Bundesländer abbauen will.

41. Zu einer sozialen Marktwirtschaft gehört, daß denen, die Anpassungslasten des Arbeitsmarktes tragen müssen, Hilfe zukommt. Hierfür stehen viele Instrumente — Arbeitslosengeld, Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Qualifizierungsmaßnahmen — zur Verfügung. Darüber hinaus werden Qualifizierungsgesellschaften diskutiert und erprobt.

42. Es ist richtig und notwendig, daß den Anpassungslasten am Arbeitsmarkt mit einer Vielzahl von Maßnahmen zugleich begegnet wird. Einzelne Maßnahmen können angesichts der großen Zahl der Betroffenen das Gesamtproblem nicht lösen. So muß es schon als ehrgeizig bezeichnet werden, wenn in diesem Jahr für 250 000 Arbeitnehmer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt werden sollen. Ehrgeizig ist auch ein Zielwert von 550 000 Eintritten in Maßnahmen im Bereich Fortbildung, Umschulung und berufliche Eingliederung. Um die Breitenwirkung derartiger Instrumente zu erhöhen, ist es sinnvoll, daß die Kriterien für ihre Anwendung nicht eng gefaßt und daß vielfältige Formen für ihre Durchführung zugelassen werden. Bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen könnten neben öffentlichen insbesondere auch private Träger verstärkt herangezogen werden; bei der Qualifizierung ostdeutscher Arbeitsloser sollten verstärkt westdeutsche Unternehmen mitwirken.

Westdeutsche Unternehmen, die Arbeitslose aus den neuen Bundesländern in betriebliche Qualifizierungsmaßnahmen aufnehmen, müssen dafür einen bestimmten Geldbetrag erhalten; der Arbeitslose sollte frei entscheiden können, bei welchem Unternehmen er ein Qualifizierungsangebot wahrnehmen will. Auf diese Weise ließe sich ein effizientes Qualifizierungsprogramm dezentral unter Mithilfe der privaten Wirtschaft organisieren.

Richtig ist es auch, wenn die Arbeitslosen nicht zu bloßen Empfängern von Arbeitslosengeld gemacht werden, sondern wenn ihnen — wie zum Beispiel im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen — Tätigkeiten angeboten und Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnet werden. In der Untätigkeit würde der Arbeitslose am wenigsten die Umstellung auf die Anforderungen der Marktwirtschaft erlernen können; die Gefahr, in Langzeitarbeitslosigkeit abzugleiten, wäre am höchsten.

43. Je mehr die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern anschwillt, um so lauter wird der Ruf, die alten Arbeitsplätze zu erhalten. So verständlich diese Forderung aus der Sicht der potentiell Betroffenen auch erscheinen mag, weist sie wirtschaftlich in die falsche Richtung. Zwar wird kurzfristig Arbeitslosigkeit verringert oder — besser ausgedrückt — durch die Beibehaltung unrentabler Arbeitsplätze verdeckt. Doch wird den Arbeitnehmern insgesamt Schaden zugefügt. Der Erhalt unrentabler Arbeitsplätze hält den Strukturwandel auf. Weniger neue Arbeitsplätze entstehen, als es sonst möglich wäre. Man darf sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die den Arbeitsmarkt zunächst schonende Lösung langfristig die unwirtschaftliche, die den Arbeitsmarkt um so mehr belastende Lösung ist. Nicht um den Erhalt von Arbeitsplätzen schlechthin geht es, sondern um die Beschäftigung auf rentablen Arbeitsplätzen. Die Vorstellung, mit der „vorübergehenden" Erhaltung unrentabler Arbeitsplätze könne Zeit gewonnen werden, bis genügend neue Arbeitsplätze entstanden sind, ist allenfalls im Einzelfall, nicht jedoch gesamtwirtschaftlich vertretbar, weil gerade der Erhalt der unrentablen die Bildung der neuen rentablen Arbeitsplätze behindert.

Die soziale Flankierung des strukturellen Wandels sollte daher einem klaren Grundsatz folgen: Nicht den Arbeitsplatz oder die Unternehmen gilt es zu schützen, sondern die vom Strukturwandel betroffenen Menschen.

44. In diesem Sinne ist eine Regelung wie § 613a BGB, derzufolge der Erwerber eines Betriebes in bestehende Arbeitsverhältnisse eintreten muß, schädlich. Sie erschwert die Betriebsübernahme durch private Investoren und wirkt damit der Sicherung von rentablen Arbeitsplätzen entgegen. Diese Regelung sollte zumindest solange ausgesetzt werden, bis der

ostdeutsche Arbeitsmarkt einem Gleichgewicht nahegekommen ist.

Auch die exzessive, dauerhafte Inanspruchnahme des Instruments der Kurzarbeit ist problematisch. Die betroffenen Arbeitnehmer werden in dem Irrglauben gehalten, letztlich doch ihren alten Arbeitsplatz behalten zu können, auch wenn die Kurzarbeit nur kaschiert, daß viele dieser Arbeitsplätze unrentabel sind und auf Dauer nicht erhalten werden können. Kurzarbeit muß auf die Fälle zeitlich befristeter Produktionseinschränkungen begrenzt bleiben.

45. Die Zahl von etwa 9½ Millionen Arbeitsplätzen, wie sie in der DDR vorhanden war, wird auch nach einem erfolgreichen Strukturwandel in den neuen Bundesländern nicht wieder erreicht werden. Auf Dauer werden in den neuen Bundesländern weniger Menschen erwerbstätig sein als in der alten DDR. Teilweise wird der Rückgang der Erwerbstätigkeit dadurch zustande kommen, daß mobile Arbeitskräfte an den westdeutschen Arbeitsmarkt wechseln. Bei steigenden Einkommen wird es mehr Familien möglich sein, das erwünschte Haushaltseinkommen mit weniger Verdienern zu erwirtschaften. Unterstützt werden könnte der Rückgang der Erwerbsquote durch entsprechende Regelungen für das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Dies betrifft den vorzeitigen Übergang in den Ruhestand. Schließlich sollte die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen forciert und gefördert werden. Dies würde die Flexibilität im Arbeitseinsatz, auch die Wahlmöglichkeiten zwischen Arbeit und Freizeit für die Arbeitnehmer verbessern.

V. Marktwirtschaftlich überzeugend führen

46. Das schnelle Abbrechen der obsolet gewordenen alten Produktionen und das gerade erst angelaufene Entstehen der neuen Produktionen: Das prägt die gegenwärtige wirtschaftliche Misere in den neuen Bundesländern. Dies ist ein Angebotsproblem, das nichts mit Nachfragemangel zu tun hat — die Nachfrage in den neuen Bundesländern dürfte, dank der gewaltigen Transferzahlungen aus dem Westen, gegenwärtig mehr als anderthalb mal so hoch sein wie die dortige Produktion. Ziel der Politik muß es daher sein, die Bedingungen für die Entwicklung eines auf Dauer rentablen Angebots zu verbessern, das nicht nur Nachfrage dort, sondern auch überregionale Nachfrage auf sich zu ziehen vermag.

Man weiß aus Erfahrung, daß Angebotspolitik einen langen Atem braucht. Erfolge müssen hart erarbeitet werden, und sie werden nicht schnell sichtbar. Die Politik darf die mittelfristige Perspektive nicht aus dem Auge verlieren. Von den Potentialfaktoren her sind die wirtschaftliche Erneuerung und das Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft bereits angelegt (Ziffern 10ff.). Die Geschwindigkeit jedoch, mit der die ostdeutsche Wirtschaft vorankommen und gegenüber der westdeutschen aufholen wird, hängt entscheidend von der Wirtschaftspolitik ab. Diese muß alles in ihrer Macht liegende tun, damit die noch bestehenden Engpässe für die wirtschaftliche Erneuerung schnell beseitigt werden, und sie darf nicht vom marktwirtschaftlichen Kurs abirren.

47. Die Beseitigung dieser Engpässe erfordert schnelles Handeln.

- Die Eigentumsregelungen dürfen die Investitionen nicht beeinträchtigen. Zwar gibt es gute Gründe für die Einschätzung, daß mit den bis zum 31. Dezember 1992 geltenden neuen rechtlichen Eigentumsregelungen gewichtige Investitionshemmnisse fortfallen werden. Gleichwohl bleibt erst noch abzuwarten, ob die Investoren die neuen Regelungen tatsächlich als hinreichend verläßlich und als nicht prohibitiv ansehen werden.

- Das wirtschaftlich relevante Recht, das im Westen unter dem Einfluß immer weiter reichender Ansprüche und Forderungen entwickelt worden ist, darf es im Osten nicht weiterhin in wichtigen Bereichen nahezu unmöglich machen, das Investitionstempo zu beschleunigen. Vor allem beim Bau-, Planungs-, Raumordnungs- und Genehmigungsrecht sind daher vereinfachte Regelungen zumindest auf Zeit erforderlich.

- Die Leistungsfähigkeit der Verwaltungen und der Rechtsprechung muß schnell gesteigert werden. Dies ist unverzichtbare Vorbedingung für das Ingangkommen der Investitionen und das Entstehen neuer Unternehmen sowie von Selbständigenexistenzen. Die personelle Seite muß durch Kräfte der Verwaltung und der Rechtspflege aus dem Westen verstärkt werden; zudem ist eine intensivere Ausbildung des Personals in den neuen Bundesländern dringend erforderlich.

  Ungeachtet der qualitativen Personalengpässe in der Verwaltung ist in vielen Gemeinden eine Verminderung des Personalbestands geboten. Die Zuweisung von Finanzmitteln sollte daher an die Auflage gebunden werden, den Personalbestand auf einen mit westlichen Gemeinden vergleichbaren Stand zurückzuführen.

- Bis 1995 muß eine Neuregelung des Finanzausgleichs gefunden werden, in die die neuen Bundesländer voll integriert werden müssen. Dieses System sollte einmal gewährleisten, daß die auch dann noch geringe Finanzkraft der neuen Länder ausgeglichen werden kann. Zudem müßten solche Transferformen entwickelt werden, die den neuen Ländern und ihren Gemeinden Anreize bieten, die Ursachen für die strukturellen Nachteile selbst anzugehen, und ihnen Erfolge auf diesem Weg auch honorieren.

- Die nahezu sämtliche privatwirtschaftlichen Aktivitäten belastenden Engpässe in der technischen wie in der institutionellen Infrastruktur müssen mit Vorrang beseitigt werden.

- Die noch über Jahre knappe Mittelausstattung von Ländern und Gemeinden sollte zum Anlaß genommen werden, dort, wo es von der Aufgabe her vertretbar ist, öffentliche Leistungen von Privaten erbringen zu lassen.

- Die Beseitigung der Schäden an der natürlichen Umwelt, die nicht nur Gesundheit und Wohlergehen der Menschen gefährden, sondern auch ein Hemmnis für die Entfaltung neuer wirtschaftlicher Aktivitäten darstellen, muß ebenfalls im vorderen

Rang der wirtschaftspolitischen Aufgaben stehen.

48. Das Sondergutachten wendet sich gegen wirtschaftspolitische Maßnahmen, die den marktwirtschaftlichen Kurs preisgeben und dadurch auf mittlere Sicht die Krisenprobleme noch verschärfen und die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern beeinträchtigen. Es betont wichtige Grundsätze für die marktwirtschaftliche Ursachentherapie.

- Der Markt, nicht die Politik hat über die Überlebensfähigkeit von Unternehmen zu entscheiden. Wirtschaftlich nicht lebensfähige Unternehmen mit staatlichen Hilfen erhalten bedeutet: die Subventionierung ausweiten, alte Strukturen verfestigen, die Wettbewerbsfähigkeit meist auch langfristig gefährden.
- Die Privatisierung hat Vorrang vor der Sanierung. Die Aussicht auf erfolgreiche Sanierung ist gering, wenn niemand als Eigentümer dauerhaft Verantwortung für das Schicksal des Unternehmens übernimmt.
- Die Treuhandanstalt muß schneller privatisieren. Dies kann durch verstärkte internationale Vermarktung der Privatisierungsobjekte gefördert werden.
- Der Anteil der öffentlichen Mittel für Investitionen in den neuen Bundesländern muß erhöht, der für konsumtive Verwendungen schrittweise verringert werden.
- Die Förderung der privaten Investitionen muß nach dem Auslaufen der geltenden Regelungen drastisch zurückgeführt und vereinfacht werden. Anderenfalls wird entweder das Entstehen einer Wirtschaftsstruktur gefördert, die nur bei fortwährender staatlicher Subventionierung überlebensfähig ist, oder es kommt zu Mitnahmeeffekten großen Umfangs.
- Die Entwicklung der Löhne seit dem Sommer 1990 hat den Anpassungsdruck erheblich verstärkt. Eine Lohnpolitik, die den Produktivitätsfortschritt übersteigende Lohnfestlegungen trifft, beeinträchtigt die Beschäftigung.
- Die von den Anpassungsprozessen am Arbeitsmarkt belasteten Menschen müssen geschützt werden. Dazu gehören Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ebenso wie Qualifizierungsangebote. Verfehlt wäre es, wenn Arbeitslosigkeit durch Subvention unrentabler Arbeitsplätze versteckt würde.

49. In der öffentlichen Diskussion läßt sich derzeit ein mangelndes Vertrauen in die Marktwirtschaft beobachten, verbunden mit der Forderung, der Staat müsse in die Marktprozesse eingreifen. Teilweise mag dies die Folge einer Überschätzung der marktwirtschaftlichen Prozesse sein. Marktkräfte auf der Angebotsseite — etwa bei der Entwicklung neuer Produkte, bei der Einführung neuer Produktionsverfahren, bei der Gründung neuer Firmen — brauchen Zeit, und der Umbau einer ganzen Volkswirtschaft ist nicht allein durch eine neue Währung zu erreichen. Es sei daran erinnert, daß sich in der ersten Zeit nach der Wirtschafts- und Währungsreform von 1948 erhebliche Ungeduld in der Öffentlichkeit zeigte und daß es geraume Zeit dauerte, bis die Früchte der Reform sichtbar wurden und die neue Wirtschaftsordnung akzeptiert wurde.

Die Politik darf jetzt nicht in den Fehler verfallen, die Ungeduld der Bevölkerung zu verstärken und eher ad hoc am einzelnen Problem — sozusagen als Feuerwehr — zu operieren. Aufgabe der Politik ist es nicht, allein Symptome zu behandeln, sondern im Sinne einer Kausaltherapie die Probleme an der Wurzel zu packen.

Wenn die Rahmenbedingungen richtig gesetzt sind, kann man auf die Marktkräfte vertrauen. Es wäre verfehlt, die Reform einer vorher zentral geleiteten Wirtschaft durch eine Struktur- oder Industriepolitik zu betreiben. Der Sachverständigenrat warnt nachdrücklich vor diesem Weg. An der Frage, ob die Anpassung der Unternehmen im wesentlichen dem Markt überlassen bleibt oder politisch gesteuert wird, entscheidet sich, ob die deutsche Integration wirtschaftlich ein Erfolg werden wird.

Tabellenteil

Tabelle 1

Industrielle Warenproduktion[1])

Zeitraum	Industrie insgesamt	Energie/ Brennstoffindustrie	Chemische Industrie	Metallurgie	Baumaterialienindustrie	Wasserwirtschaft	Maschinen- und Fahrzeugbau	Elektrotechnik/ Elektronik/Gerätebau	Leichtindustrie	Textilindustrie	Lebensmittelindustrie
	2. Vierteljahr 1990 = 100[2])										
1989 1. Vj.	109,8	130,8	117,0	114,0	97,0	97,7	99,1	101,4	117,2	118,6	113,4
2. Vj.	110,4	113,1	115,8	112,5	104,1	94,1	99,8	102,9	117,7	120,1	119,6
3. Vj.	106,8	107,6	114,9	111,0	99,3	94,7	95,8	102,6	114,9	115,6	113,4
4. Vj.	107,9	128,6	113,9	108,3	92,5	99,5	91,6	98,3	111,3	116,8	123,6
1990 1. Vj.	104,9	123,8	107,4	106,9	91,8	101,5	92,1	97,8	113,2	114,6	110,0
2. Vj.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
3. Vj.	55,5	60,9	60,7	39,7	45,3	91,5	63,2	59,5	53,5	53,8	45,0
4. Vj.	53,0	78,9	55,2	31,9	29,2	94,3	58,6	50,4	52,1	45,3	52,6
1990 Jul	61,0	63,4	71,0	44,2	60,6	89,8	67,8	69,0	56,2	56,0	47,8
Aug	52,1	55,2	55,9	37,3	40,3	91,5	60,5	53,3	50,4	51,4	43,4
Sep	53,3	64,4	55,3	37,6	35,1	93,3	61,2	56,0	53,9	54,0	43,7
Okt	53,9	70,5	54,4	33,4	33,2	87,8	59,3	56,3	54,8	51,8	52,8
Nov	55,5	80,2	58,1	35,9	32,2	102,0	58,9	53,4	56,4	50,0	54,1
Dez	49,6	86,1	53,2	26,3	22,1	92,9	57,5	41,6	45,2	34,1	50,8
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH										
1989 1. Vj.	*3,1*	*0,2*	*2,6*	*– 0,2*	*2,9*	*2,6*	*6,4*	*9,3*	*4,0*	*4,4*	*0,7*
2. Vj.	*3,9*	*0,2*	*4,2*	*1,8*	*2,7*	*2,3*	*6,4*	*9,7*	*4,3*	*3,8*	*2,0*
3. Vj.	*3,8*	*0,6*	*2,8*	*– 1,2*	*2,2*	*2,1*	*5,8*	*9,0*	*3,1*	*4,0*	*1,8*
4. Vj.	*– 1,0*	*– 1,5*	*– 0,5*	*– 0,6*	*– 3,0*	*3,4*	*– 4,2*	*3,0*	*– 3,9*	*– 1,3*	*1,1*
1990 1. Vj.	*– 4,5*	*– 5,3*	*– 8,3*	*– 6,2*	*– 5,4*	*3,8*	*– 7,1*	*– 3,6*	*– 3,5*	*– 3,4*	*– 3,1*
2. Vj.	*– 9,4*	*–11,6*	*–13,6*	*–11,1*	*– 4,0*	*6,3*	*0,2*	*– 2,8*	*–15,0*	*–16,8*	*–16,4*
3. Vj.	*–48,1*	*–43,4*	*–47,2*	*–64,3*	*–54,4*	*– 3,4*	*–34,1*	*–42,0*	*–53,4*	*–53,5*	*–60,4*
4. Vj.	*–50,9*	*–38,6*	*–51,5*	*–70,5*	*–68,4*	*– 5,3*	*–36,0*	*–48,7*	*–53,2*	*–61,2*	*–57,5*
1990 Jul	*–42,1*	*–40,1*	*–40,2*	*–60,4*	*–37,0*	*–10,4*	*–28,8*	*–32,7*	*–51,1*	*–51,2*	*–57,7*
Aug	*–50,8*	*–47,8*	*–51,4*	*–66,9*	*–59,5*	*0,8*	*–35,8*	*–46,8*	*–55,4*	*–55,0*	*–61,4*
Sep	*–51,1*	*–42,2*	*–50,1*	*–65,5*	*–65,7*	*0,3*	*–37,4*	*–46,7*	*–53,9*	*–54,3*	*–62,1*
Okt	*–50,8*	*–41,5*	*–52,8*	*–69,9*	*–66,3*	*– 3,6*	*–38,1*	*–43,6*	*–51,2*	*–56,6*	*–57,7*
Nov	*–48,4*	*–37,7*	*–49,9*	*–66,3*	*–66,2*	*– 3,6*	*–32,6*	*–44,7*	*–50,5*	*–57,1*	*–56,3*
Dez	*–53,3*	*–37,0*	*–51,8*	*–75,4*	*–73,5*	*– 8,9*	*–37,1*	*–57,7*	*–57,9*	*–70,2*	*–58,3*

[1]) Nach der Systematik der Volkswirtschaftszweige der ehemaligen DDR, Ausgabe 1985. — Wertmäßiger Index.
[2]) Umbasierung des arbeitstäglichen Index 1985 = 100.

Zur Entwicklung in der Bauwirtschaft

Merkmal	Einheit	1990							
		3. Vj.	4. Vj.	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
Unternehmen[1]									
Bauhauptgewerbe	Anzahl	1 522	1 617	1 385	1 482	1 522	1 577	1 602	1 617
Ausbaugewerbe	Anzahl	799	818	731	785	799	810	813	818
Auftragseingang									
Bauhauptgewerbe, insgesamt	Mio DM	3 199	3 302	829	1 011	1 359	1 093	1 089	1 120
davon (Anteile):									
Wohnungsbau	vH	*28,2*	*25,1*	*22,9*	*24,2*	*37,6*	*19,0*	*28,3*	*27,9*
Gewerblicher und industrieller Bau	vH	*41,5*	*42,7*	*43,6*	*45,2*	*35,6*	*45,4*	*41,7*	*41,0*
Öffentlicher und Verkehrsbau	vH	*24,6*	*28,9*	*25,8*	*25,7*	*22,5*	*31,0*	*26,9*	*28,9*
Landwirtschaftl. Bau	vH	*5,7*	*3,3*	*7,7*	*5,0*	*4,3*	*4,6*	*3,1*	*2,2*
Bauproduktion[2]									
Bauhauptgewerbe	Mio DM	5 903	5 955	1 858	2 041	2 004	2 050	2 008	1 897
Ausbaugewerbe	Mio DM	854	1 172	246	296	311	347	368	458
Baugewerblicher Umsatz[3]									
Bauhauptgewerbe, insgesamt	Mio DM	5 841	8 339	1 374	2 086	2 381	2 357	2 414	3 568
davon (Anteile):									
Wohnungsbau	vH	*31,6*	*31,9*	*30,8*	*29,1*	*34,9*	*31,4*	*29,6*	*34,8*
Gewerblicher und industrieller Bau	vH	*39,4*	*40,4*	*37,3*	*41,1*	*39,9*	*40,3*	*42,1*	*38,9*
Öffentlicher und Verkehrsbau	vH	*21,6*	*23,8*	*22,1*	*22,2*	*20,6*	*23,5*	*24,1*	*23,8*
Landwirtschaftl. Bau	vH	*7,4*	*3,8*	*9,9*[a]	*7,7*[a]	*4,6*	*4,8*	*4,2*	*2,5*
Ausbaugewerbe, insgesamt	Mio DM	722	1 130	180	257	285	311	349	470
Auftragsbestand, insgesamt[1]	Mio DM	7 655	5 318	7 742	7 850	7 655	6 650	6 118	5 318
Gebaute Wohnungen									
Insgesamt	Anzahl	16 002	16 646	4 702	4 542	6 758	5 132	4 649	6 865
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	vH	*−40,7*	*−15,9*	*−39,8*	*−44,4*	*−38,6*	*−19,4*	*−1,9*	*−20,8*

[1]) Stand am Ende des Berichtszeitraumes.
[2]) In Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. Ohne Leistungen der Nachauftragsnehmer.
[3]) Ohne Umsatzsteuer.
[a]) Einschließlich der in den Anfangsmonaten der Statistik noch nicht vorgenommenen Zuordnung von Umsätzen auf die einzelnen Baubereiche.

Tabelle 3

Zur Entwicklung am Arbeitsmarkt

Merkmal	Einheit	1990		1991	1990						1991		
		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mär
Arbeitslose													
Insgesamt, Bestand [1]	Tausend	308,9	556,5	756,5	272,0	361,3	444,9	536,8	589,2	642,2	757,2	788,0	808,4
davon (Anteile):													
Männer	vH	*47,2*	*45,4*	*45,2*	*51,3*	*48,4*	*46,8*	*45,0*	*45,8*	*45,4*	*45,2*	*45,2*	*45,3*
Frauen	vH	*52,8*	*54,6*	*54,8*	*48,7*	*51,6*	*53,2*	*55,0*	*54,2*	*54,6*	*54,8*	*54,8*	*54,7*
Zugang im Monat ..	Tausend	346,1	311,3	358,3	132,0	107,0	107,1	121,9	94,0	95,4	174,3	92,8	91,2
darunter: vorher erwerbstätig ...	Tausend	316,3	305,1	350,8	118,3	95,9	102,0	119,3	92,1	93,7	172,1	90,1	88,6
Abgang im Monat ..	Tausend	43,3	114,0	192,1	2,1	17,7	23,5	30,0	41,6	42,4	59,3	63,0	69,8
Arbeitslosenquote [1] [2] .	vH	*3,5*	*6,3*	*8,6*	*3,1*	*4,1*	*5,0*	*6,1*	*6,7*	*7,3*	*8,6*	*8,9*	*9,2*
Kurzarbeiter													
Insgesamt, Bestand [3]	Tausend	1295,0	1735,9	1929,8	656,3	1499,9	1728,7	1703,8	1709,9	1794,0	1840,6	1947,1	2001,6
davon mit Arbeitsausfall von (Anteile):													
10 vH bis 25 vH	vH	.	*22,0*	*13,6*	.	.	*24,9*	*26,2*	*21,7*	*18,3*	*15,4*	*12,9*	*12,7*
über 25 vH bis 50 vH	vH	.	39,9	33,2	.	.	*42,8*	*38,6*	*40,5*	*40,4*	*35,7*	*33,0*	*31,0*
über 50 vH bis 75 vH	vH	.	*23,2*	*29,4*	.	.	*20,4*	*22,2*	*22,4*	*24,8*	*27,7*	*29,8*	*30,6*
über 75 vH	vH	.	*15,0*	*23,8*	.	.	*11,9*	*13,0*	*15,3*	*16,5*	*21,2*	*24,2*	*25,8*
Offene Stellen													
Insgesamt, Bestand [1]	Tausend	27,0	24,0	21,8	27,7	20,4	24,3	24,7	23,8	22,6	23,0	20,8	20,9
Zugang im Berichtszeitraum ...	Tausend	37,6	69,7	96,6	8,6	10,4	18,6	24,2	23,3	22,2	31,5	29,6	35,6
Abgang im Berichtszeitraum ...	Tausend	54,7	71,3	98,3	22,3	17,7	14,8	23,7	24,3	23,3	31,1	31,7	35,5
Nachrichtlich: Gewerbeanmeldungen	1 000	96	84	75	36	31	30	29	28	28	24	25	26

[1] Am Ende des Berichtszeitraumes. — Vierteljahresdurchschnitte aus Monatsendständen (Quartalsende jeweils zur Hälfte angerechnet).
[2] Arbeitslose in vH der zivilen Erwerbspersonen.
[3] Zur Mitte des Berichtszeitraumes; Vierteljahre: Durchschnitt der Monate.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 4

Zinsverbilligende Förderprogramme für die neuen Bundesländer

Programm	Volumen	Anträge	Zusagen
		seit Programmbeginn	
		Mio DM	
Kommunalkreditprogramm [1) 2) 3)]	15 000		
Insgesamt		10 350	6 183
davon für:			
– Erschließung von Gewerbeflächen [1)]		2 916	1 542
– Energieeinsparung [1)]		431	253
– Abfallwirtschaft [1)]		732	285
– Verkehrsinfrastruktur [2)]		1 329	684
– Stadt- und Dorferneuerung [2)]		609	437
– Krankenhäuser, Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen [2)]		950	466
– Abwasser, Lärmschutz, Luftreinhaltung, Wasserbau [3)]		3 383	2 516
Wohnraum-Modernisierungsprogramm [3)]	10 000		
Insgesamt		2 363	1 472
davon:			
Privater Bereich		1 472	921
Kommunen		891	551
Investitionskreditprogramm [3)]	10 000	682	130
ERP-Programme für Existenzgründungen und Investitionen [1) 2) 3)]	13 500 [a)]	13 460	7 478
Eigenkapitalhilfeprogramm [1)]			
Insgesamt		1 832	1 027
darunter: Handwerk		.	253

[1)] Deutsche Ausgleichsbank (Stand der Abwicklung: 31. März 1991).
[2)] Berliner Industriebank (Stand der Abwicklung: 10. April 1991), für ERP-Programme: 4. April 1991).
[3)] Kreditanstalt für Wiederaufbau (Stand der Abwicklung: 5. April 1991; bei den ERP-Programmen für Abwasserreinigung und Luftreinhaltung: 21. März 1991).
[a)] 1990 und 1991.

V.

Methodische Erläuterungen

A. Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole:
   - t Zeitindex (Jahre)
   - K_t durchschnittliches Bruttoanlagevermögen
   - Y_t reales Bruttoanlagevermögen
   - Y_t^* gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
   - P_t^* Produktionspotential des Sektors Unternehmen
   - k_t empirisch gemessene Kapitalproduktivität
   - $\hat{k}_t$ trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (potentielle Kapitalproduktivität)
   - λ_t Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung), den Beiträgen des Staates, der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, der Wohnungsvermietung, der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zur realen Bruttowertschöpfung sowie der nichtabziehbaren Umsatzsteuer und den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit den jeweiligen Beiträgen zur Bruttowertschöpfung identisch ist. Der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Produktiviäten errechnet sich nach der Relation:

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt aus dem jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögen und der potentiellen Kapitalproduktivität:

$$P_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in mehreren Schritten. Der Trend der Kapitalproduktivität wird für abgeschlossene Konjunkturzyklen ermittelt. Die trendmäßigen Kapitalproduktivitäten werden im ersten Schritt für die Jahre zwischen den konjunkturellen Tiefpunkten 1963 und 1975 mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

Sodann wird der Verlauf der potentiellen Kapitalproduktivität dadurch ermittelt, daß die Trendlinie parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_o + \log \hat{k}_t, \text{ mit } a_o = \max \left[\log k_t - \log \hat{k}_t\right]$$

5. Die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivitäten für die Jahre ab 1975 wird ebenfalls mit Hilfe der genannten Trendfunktion durchgeführt. Während die Abnahmerate der Kapitalproduktivität für den Zeitraum bis zum Jahre 1982 mit Hilfe des Stützzeitraums 1975 bis 1982 errechnet wird, schätzen wir die Abnahmerate der potentiellen Kapitalproduktivität für die Jahre danach auf Basis des Stützzeitraums 1979 bis 1991.

   Diese Vorgehensweise soll der Tatsache Rechnung tragen, daß sich die Abnahmerate des Trends der Kapitalproduktivität verringert hat. Die Stützzeiträume sind so abgegrenzt, daß an ihrem Anfang und ihrem Ende jeweils Jahre stehen, in denen die konjunkturelle Lage vergleichbar war.

6. Aufgrund einer Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat sich die geschätzte Abnahmerate für die Jahre 1975 bis 1982 geändert. Im vergangenen Jahr lautete die Abnahmerate des Trends 1,3 vH, nunmehr beträgt sie für denselben Zeitraum 1,4 vH.

   Die Abnahmerate der Kapitalproduktivität für die Jahre ab 1983 liegt hingegen nur noch bei 0,9 vH und damit um 0,2 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr. Diese Differenz beruht nicht allein auf der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; sie geht vor allem darauf zurück, daß der aktuelle Stützzeitraum um das Jahr 1991 verlängert wurde (Ziffern 118 ff.).

   Die geringe Abnahmerate der Kapitalproduktivität sowie die revidierten Daten zur Bruttowertschöpfung der Sektoren Staat, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Wohnungsvermietung und private Organisationen ohne Erwerbszweck bewirkten für die Jahre ab 1983 ein um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte schnelleres Wachstum des Produktionspotentials als bisher geschätzt. Gleichzeitig liegt der Auslastungsgrad des Produktionspotentials im Jahre 1991 nach der neuen Schätzung um rund 1,4 Prozentpunkte niedriger als nach der alten.

7. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden außerdem folgende Annahmen gemacht:

– Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wird davon ausgegangen, daß die realen Anlagevermögen der Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) 1991 um 9 vH und 1992 um 3 vH zunehmen.

– Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

8. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wird der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen von 96½ vH in den Jahren 1963 bis 1989 zugrunde gelegt. In diesem Zeitraum lagen die Werte des ermittelten Nutzungsgrades am häufigsten zwischen 96 vH und 97 vH, je zur Hälfte über und unter der Normalauslastung.

B. Zur Berechnung der Gewinn-Erlös-Relation und der Arbeitseinkommensquote

Die Gewinn-Erlös-Relation der privaten Wirtschaft

1. Die Gewinn-Erlös-Relation soll ein Urteil über die Kosten- und Gewinnsituation der Unternehmen im privaten Sektor erlauben. Sie ist definiert als das Verhältnis der Gewinne des Unternehmenssektors zu den Gesamterlösen. Die Berechnungen zur Gewinn-Erlös-Relation betreffen nur den Unternehmenssektor ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Wohnungsvermietung, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen.

   Die Gewinne werden berechnet, indem von den Gesamterlösen die Gesamtkosten abgezogen werden. Um die Ursachen der Gewinnentwicklung analysieren zu können, werden die Gesamtkosten untergliedert in ausländische Vorleistungen, in kalkulatorische Zinskosten, in Abschreibungen auf das Anlagevermögen, in indirekte Steuern abzüglich Subventionen, in Bruttolohn- und -gehaltssumme, in Arbeitgeberbeiträge und in kalkulatorische Unternehmerlöhne, alle Größen jeweils in nominaler Rechnung und auf Jahresbasis. Der Erlös wird gebildet aus der Summe von Bruttoinlandsprodukt und Vorleistungen (V).

2. Die Gewinn-Erlös-Relation und die Kapitalrendite werden wie folgt berechnet:

$$(1)\ GER = 1 - \frac{BLGS + AGB + KU + ZK + AK + (T-S) + V}{BIP + V}$$

$$(2)\ KR = \frac{BIP - (BLGS + AGB + KU + ZK + AK + (T-S))}{K}$$

Die Symbole bedeuten:

GER	Gewinn-Erlös-Relation
BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	Arbeitgeberbeiträge
KU	kalkulatorischer Unternehmerlohn
ZK	kalkulatorische Zinskosten
AK	Abschreibungen auf das Anlagevermögen
T–S	indirekte Steuern abzüglich Subventionen
V	importierte Vorleistungen
BIP + V	Erlöse
KR	Kapitalrendite
BIP	Bruttoinlandsprodukt
K	Kapitalbestand

Für die sieben Kostenkomponenten von (1) werden je für sich partielle Kosten-Erlös-Relationen in vH berechnet, die sich zur gesamten Kosten-Erlös-Relation aufsummieren, ebenfalls in vH gerechnet. Die Differenz zwischen 100 und der gesamten Kosten-Erlös-Relation, in vH gerechnet, ergibt die Gewinn-Erlös-Relation. Die Kapitalrendite (2) wird ermittelt, indem die Gewinne zum Kapitalbestand (Nettoanlagevermögen zu Anschaffungspreisen, Vorratsvermögen, Geldvermögen) in Beziehung gesetzt werden.

3. Die importierten Vorleistungen sind definiert als Warenimporte gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abzüglich eingeführter Investitionsgüter. Dabei wird unterstellt, daß der weitaus überwiegende Teil der importierten Waren als Vorleistungen vom Unternehmenssektor bezogen wird, sei es vom Warenproduzierenden Gewerbe, das sie weiterverarbeitet, sei es vom Handel, der sie an Endabnehmer verkauft.

4. Das zu verzinsende Kapital umfaßt das Anlagevermögen, das Vorratsvermögen und das Geldvermögen der Unternehmen. Die jahresdurchschnittlichen Bestände an Anlagevermögen und Vorratsvermögen werden zu Anschaffungspreisen gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bewertet. Das im Unternehmenssektor (ohne Wohnungsvermietung und ohne finanziellen Sektor) vorhandene Geldvermögen wird zur Gänze als betriebsnotwendig erachtet. Diese Annahme mag strittig sein. Wir haben uns von folgender Überlegung leiten lassen: Jede Schätzung der Erträge von Finanzanlagen außerhalb des Unternehmenssektors wäre willkürlich und erforderte zugleich eine ebenso willkürliche Korrektur bei den Erlösen. Da Korrekturen beim Geldvermögen und bei den Erlösen in die gleiche Richtung gehen würden, es aber als offen gelten muß, ob dadurch per saldo die Gewinn-Erlös-Relation erhöht oder gesenkt würde, wird von einer Korrektur abgesehen.

   Da kurzfristige Bewegungen der Zinsen die zu ermittelnde Kosten-Erlös-Relation nicht berühren sollten, müssen diese rechnerisch ausgeschaltet werden. Wir versuchen dem Problem dadurch gerecht zu werden, daß wir für jedes Jahr statt des aktuellen Zinssatzes einen geglätteten Wert ansetzen. In diesen geglätteten Zinssatz gehen der jeweils aktuelle Zinssatz mit einem Gewicht von 20 vH und die Zinssätze der vorausgegangenen

elf Jahre mit abnehmenden Gewichten ein. Daraus ergibt sich, daß sich die Gewichte von Jahr zu Jahr um den festen Faktor 0,817934 verringern.

5. Bei der Berechnung des kalkulatorischen Unternehmerlohns wird angenommen, daß der zu veranschlagende Durchschnittslohn eines Selbständigen in gleicher Höhe anzusetzen ist wie das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten. Die gesamten kalkulatorischen Unternehmerlöhne werden errechnet, indem dieser Durchschnittslohn mit der Anzahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen multipliziert wird.

Die Arbeitseinkommensquote

Formale Definition

6. Unter der Arbeitseinkommensquote wird das Verhältnis aus gesamtwirtschaftlichem Arbeitseinkommen und Volkseinkommen verstanden. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen bildet die Summe aus dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Inländerkonzept) und dem kalkulatorischen Arbeitseinkommen der selbständig Erwerbstätigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen. Letzteres wird wie bei der Gewinn-Erlös-Relation ermittelt.

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen ist demnach definiert als

$$(3)\quad AE_t = \frac{L_t}{A_t} E_t ,$$

die Arbeitseinkommensquote als

$$(4)\quad AEQ_t = \frac{AE_t}{Y_t} \cdot 100.$$

Die Symbole haben folgende Bedeutungen:

AE	gesamtwirtschaftliches Arbeitseinkommen
L	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
A	Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer
E	Anzahl der Erwerbstätigen
AEQ	Arbeitseinkommensquote
Y	Volkseinkommen
t	Zeitindex
LQ^{ber}	bereinigte Lohnquote

Die Arbeitseinkommensquote (4) läßt sich mit Hilfe von (3) auch wie folgt schreiben:

$$(5)\quad AEQ_t = \frac{\frac{L_t}{A_t}}{\frac{Y_t}{E_t}} \cdot 100$$

Aus dieser Schreibweise wird ersichtlich, daß die Arbeitseinkommensquote als das Verhältnis aus Lohneinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer zum Volkseinkommen je Erwerbstätigen interpretiert werden kann.

7. Die Arbeitseinkommensquote steht in einem festen Verhältnis zur bereinigten Lohnquote. Die bereinigte Lohnquote, wie der Sachverständigenrat sie früher ausgewiesen hat, wurde unter der Vorgabe, daß das Verhältnis der Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer zur Anzahl der Erwerbstätigen aus dem Jahre 1960 in den folgenden Jahren konstant gehalten wird, aus der tatsächlichen Lohnquote wie folgt berechnet:

$$(6)\quad LQ_t^{ber} = \frac{L_t}{Y_t} \cdot \frac{E_t}{A_t} \cdot \frac{A_{1960}}{E_{1960}} \cdot 100$$

Die Bereinigung unter Zugrundelegung der Erwerbsstruktur des Jahres 1960 bezweckte, Veränderungen der Lohnquote, die lediglich auf eine Veränderung des Anteils der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zurückzuführen waren, rechnerisch auszuschalten. Nach Bereinigung um die Erwerbsstruktureinflüsse konnte der Einfluß des Lohnes auf die Lohnquote für sich betrachtet werden.

Die Arbeitseinkommensquote und die bereinigte Lohnquote unterscheiden sich im Niveau voneinander nur um einen konstanten Faktor, der sich aus der Relation zwischen der Anzahl der Erwerbstätigen und der Anzahl der Arbeitnehmer in dem für die Lohnquotenbereinigung verwendeten Basisjahr ergibt. Für das Basisjahr 1960 beträgt dieser Faktor 1,2957. Somit berechnet sich die Arbeitseinkommensquote jedes Jahr aus der bereinigten Lohnquote wie folgt:

$$(7)\quad AEQ_t = LQ_t^{ber} \cdot \frac{E_{1960}}{A_{1960}} = LQ_t^{ber} \cdot 1{,}2957$$

Definition in Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

8. Bei der Berechnung der Arbeitseinkommensquote werden die Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit werden unterteilt in die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Die Produktivität wird als Verhältnis zwischen realem Bruttosozialprodukt und Anzahl der Erwerbstätigen (Bruttoerwerbstätigenproduktivität) in die Rechnung eingestellt. Es wird ferner der Realwert des Sozialprodukts verwendet, um die im Inland verfügbaren Güter, zu konstanten Preisen des Jahres 1985, zu ermitteln. Zur Berechnung des Produkts zu jeweiligen Preisen wird der Deflator der letzten inländischen Verwendung herangezogen. Der Übergang von der Bruttorechnung auf die Nettorechnung erfolgt durch Berücksichtigung der Abschreibungen, der Übergang von der Rechnung zu Marktpreisen auf die Rechnung zu Faktorkosten erfolgt durch Berücksichtigung von indirekten Steuern abzüglich Subventionen.

Somit ist die Arbeitseinkommensquote in Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wie folgt definiert:

$$(8)\qquad AEQ_t = \frac{\frac{BLGS_t + AGB_t}{A_t}}{\frac{BSP^r_t}{E_t} \cdot \frac{RSP_t}{BSP^r_t} \cdot P^{Liv}_t \cdot \frac{BSP^n_t - AK^n_t - (T_t - S_t)}{BSP^n_t}} \cdot 100$$

Die Symbole bedeuten:

BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	Sozialbeiträge der Arbeitgeber
BSP^r	Bruttosozialprodukt in Preisen von 1985
RSP	Realwert des Sozialprodukts. Es gilt: $RSP \cdot P^{Liv} = BSP^n$. (Zur Definition des Realwerts siehe JG 84 Ziffern 246ff.)
P^{Liv}	Deflator der letzten inländischen Verwendung
AK^n	Abschreibungen in jeweiligen Preisen
BSP^n	Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen
T	indirekte Steuern
S	Subventionen

9. Zur Berechnung der Effekte, die auf die Veränderung der Arbeitseinkommensquote im Zeitablauf einwirken, ist es zweckmäßig, die Arbeitseinkommensquote in die faktorielle Schreibweise zu überführen. Aus (8) ist durch entsprechende Umformungen der folgende Ausdruck abzuleiten:

$$(9)\qquad AEQ_t = \frac{\underbrace{\frac{BLGS_t}{A_t}}_{F_1} \cdot \underbrace{\left(1 + \frac{AGB_t}{BLGS_t}\right)}_{F_2}}{\underbrace{\frac{BSP^r_t}{E_t}}_{F_3} \cdot \underbrace{\frac{RSP_t}{BSP^r_t}}_{F_4} \cdot \underbrace{P^{Liv}_t}_{F_5} \cdot \underbrace{\left(1 - \frac{AK^n_t}{BSP^n_t}\right)}_{F_6} \cdot \underbrace{\left(1 - \frac{T_t - S_t}{BSP^n_t - AK^n_t}\right)}_{F_7}}$$

Dabei bedeuten:

- F_1 Lohnfaktor
- F_2 Sozialbeitragsfaktor
- F_3 Produktivitätsfaktor
- F_4 Terms of trade – Faktor
- F_5 Deflator
- F_6 Abschreibungsfaktor
- F_7 Steuer- und Subventionsfaktor

Zur Berechnung der Veränderungsraten (Effekte)

10. Die Veränderung eines Faktors $F_{i,t}$ gegenüber seinem Vorjahreswert beträgt, als Veränderungsrate ausgedrückt:

$$(10)\qquad v_{i,t} = \frac{F_{i,t}}{F_{i,t-1}} - 1.$$

Aus den Veränderungsraten der einzelnen Faktoren ergibt sich in zureichender Annäherung die Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote v_t:

$$(11)\qquad v_t \approx v_{1,t} + v_{2,t} - v_{3,t} - v_{4,t} - v_{5,t} - v_{6,t} - v_{7,t}$$

Die mit 100 multiplizierten, also in vH ausgedrückten Veränderungsraten der sieben Faktoren bezeichnen wir als „Effekte". Diese Bezeichnung deutet an, daß die Effekte die Veränderung der Arbeitseinkommensquote ursächlich bewirken oder bewirkt haben, wenn man eine abgelaufene Periode betrachtet. Dieser ursächliche Einfluß mag auch mehr oder weniger zutreffen. Die Zerlegung der Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote in ihre Effekte gilt im strengen Sinne jedoch nur rechnerisch. Bei Anwendung der Rechnung auf eine künftige Periode können spezielle Annahmen zur Entwicklung bestimmter Effekte oder zur Entwicklung der Arbeitseinkommensquote getroffen werden, so daß von diesen Vorgaben her auf restliche Effekte oder auf die Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote geschlossen werden kann.

C. Zur Konzeption der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge in der von uns verwendeten Abgrenzung ist definiert als

$$Z_t = (BG_t + BR_t) \cdot KF_t$$

mit

$$BR_t = MRS_{l_t} + MRS_{A_t} + \ddot{U}R_t$$

Die Symbole haben die folgende Bedeutung:

Z	bereinigte Zentralbankgeldmenge

BG Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute)

BR Bankreserven (Zentralbankeinlagen und Kassenbestände der Kreditinstitute)

KF Korrekturfaktor

MRS_I Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten

MRS_A Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten

ÜR Überschußreserven

t Zeitindex

2. Der Korrekturfaktor dient dazu, den expansiven oder kontraktiven Impuls einer Mindestreservesatzänderung in der Zentralbankgeldmenge (Geldbasis) sichtbar zu machen. Senkt etwa die Bundesbank die Mindestreservesätze, so wird ein Teil des bisher in der Mindestreserve gebundenen Zentralbankgeldes frei und erhöht die Fähigkeit der Banken zur Geldschöpfung. Den freigesetzten Betrag bestimmen wir, indem wir die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Reservesatz mit dem Einlagevolumen zu Beginn der Periode multiplizieren.

   Da für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze gelten, muß die Bereinigung der Zentralbankgeldmenge nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. Wir differenzieren zusätzlich nach den Größenklassen der Einlagen, das heißt nach Progressionsstufen, sofern für diese verschiedene Mindestreservesätze gelten.[1])

   Die Freisetzung beziehungsweise Bindung von Zentralbankgeld infolge einer Mindestreservesatzänderung wird berechnet als

$$\Delta KP_t = \sum_{i=1}^{n} \Delta KP_{i,t}$$

mit

$$\Delta KP_{i,t} = (r_{i,t-1} - r_{i,t}) \cdot E_{i,t-1}$$

Dabei bedeuten:

KP Korrekturposten

i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

r Reservesatz

E reservepflichtige Einlagen

Der auf die unbereinigte Zentralbankgeldmenge anzuwendende Korrekturfaktor ergibt sich wie folgt:

$$KF_t = \prod_{\tau=t_o}^{t} \frac{BG_\tau + BR_\tau + \Delta KP_\tau}{BG_\tau + BR_\tau}$$

mit

τ Zeitindex für die (multiplikative) Kumulation

t_o Zeitpunkt, zu dem mit der Kumulation begonnen wird (Januar 1980)

Das Bereinigungsverfahren gewährleistet, daß die ausgewiesene Veränderungsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge unabhängig von der Wahl einer Basisperiode und somit unverzerrt ist. Daraus folgt auch, daß die Veränderungsraten (nicht aber die absoluten Veränderungen) von unbereinigter und bereinigter Zentralbankgeldmenge solange identisch sind, wie die Mindestreservesätze sich nicht ändern.

3. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, wie sie die Bundesbank berechnet und bis 1987 als Indikator und Zwischenzielgröße verwendet hat, ist wie folgt definiert:

$$Z_t^* = BG_t + \overline{MRS}_{I_t}$$

Dabei ist:

Z^* Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen

$\overline{MRS_I}$ Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu konstanten Reservesätzen (Januar 1974)

Die Bundesbank wählt also einen anderen Weg zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Sie multipliziert zu diesem Zweck die mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten mit konstanten historischen Mindestreservesätzen. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen ergibt sich dann als Summe des so ermittelten Mindestreservesolls und des Bargeldumlaufs.

Die Unterschiede zwischen der bereinigten Zentralbankgeldmenge des Sachverständigenrates und der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen der Bundesbank liegen zum einen in der Abgrenzung und zum anderen im Verfahren zur Bereinigung um die Wirkung von Mindestreservesatzänderungen. Eine Gegenüberstellung beider Indikatoren findet sich in JG 88, Anhang IV, Abschnitt C.

D. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Haushalts

1. Mit der Konzeption des konjunkturneutralen Haushalts mißt der Sachverständigenrat konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem er das tatsächliche Haushaltsvolumen mit jenem vergleicht, das er als konjunkturneutral bezeichnet. Ein Haushaltsvolumen ist nach dieser Konzeption dann konjunkturneutral, wenn es für sich genommen unmittelbar keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der

[1]) Die Disaggregation nach Progressionsstufen kann allerdings erst für die Zeit ab Juni 1978 vorgenommen werden, da vorher das System der Mindestreservesätze — unter anderem aufgrund der Unterscheidung zwischen Bankhaupt- und -nebenplätzen — weit komplexer als heute war.

Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials durch seine Ausgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabilitätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunkturneutral angesehen, wenn dieser gleichzeitig durch eine Änderung seiner Einnahmenregelungen (ohne Kreditaufnahme) die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.

2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturneutralen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundärwirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Einnahmen.

3. Die Ermittlung des konjunkturellen Impulses für das Jahr t erfolgt in drei Schritten.

   — Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das auf der Grundlage einer mittelfristig konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der Staatsquote des Basisjahres und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau, konjunkturneutral wäre:

   $$\frac{g_o}{100} \cdot P_t^n$$

   Das konjunkturneutrale Preisniveau ist definiert als der mit der Rate der konjunkturneutralen Preisniveausteigerung des Jahres t fortgeschriebene Preisindex des Bruttosozialprodukts des Jahres t−1. Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunkturneutral, wenn er durch keine wirtschaftspolitische Strategie bei Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann; dies ist eine Schätzgröße. Solange der Preisanstieg sehr niedrig ist, wird keine von der tatsächlichen Preissteigerungsrate abweichende konjunkturneutrale Preissteigerungsrate angesetzt.

   — Das im ersten Schritt errechnete Haushaltsvolumen ist sodann zu bereinigen um den Betrag, der einer Veränderung der Entwicklung der Staatseinnahmen im Verhältnis zum Wachstum des Produktionspotentials seit dem Basisjahr entspricht. Ergebnis ist das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen.

   Für die Steuern wird dieser Betrag ermittelt, indem die Differenz der Steuerquoten des Jahres t und des Basisjahres mit dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturneutralem Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahr t multipliziert wird:

   $$\frac{(t_t - t_o)}{100} \cdot Y_t^v$$

   Durch die Verwendung des Bruttosozialprodukts bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y_t^v) sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen der Steuerquote können allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau erfaßt werden (siehe JG 70 Ziffer 341).

   Für die sonstigen Einnahmen (wie z. B. Gebühren, Beiträge, Gewinne öffentlicher Unternehmen) wird der Betrag ermittelt, indem die Differenz aus den Deckungsquoten der sonstigen Einnahmen des Jahres t und des Basisjahres mit dem Produktionspotential des Jahres t bei konjunkturneutralem Preisniveau multipliziert wird:

   $$\frac{(s_t - s_o)}{100} \cdot P_t^n$$

   Somit ergibt sich das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen als

   $$H_t = \frac{g_o}{100} \cdot P_t^n + \frac{(t_t - t_o)}{100} \cdot Y_t^v + \frac{(s_t - s_o)}{100} \cdot P_t^n$$

   — Im dritten Schritt wird dann das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen H_t mit den tatsächlichen Ausgaben G_t der Gebietskörperschaften verglichen. Die Differenz steht für den konjunkturellen Impuls, der den öffentlichen Ausgaben bei gegebenen Einnahmenregelungen beigemessen wird.

   $H_t > G_t$: kontraktiv

   $H_t = G_t$: konjunkturneutral

   $H_t < G_t$: expansiv

   Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

   g_o : Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential (Staatsquote) im Basisjahr (in vH)

   t_o : Verhältnis der Steuereinnahmen zum Bruttosozialprodukt (volkswirtschaftliche Steuerquote) im Basisjahr (in vH)

   t_t : Volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

   s_o : Verhältnis der sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential im Basisjahr (in vH)

   s_t : Verhältnis der sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential im Jahr t (in vH)

   P_t^n : Produktionspotential des Jahres t zu konjunkturneutralen Preisen

   Y_t^v : Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen

   $$Y_t^v = \frac{l_v}{100} \cdot P_t^n$$

l_v : Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)

G_t : Staatsausgaben im Jahr t

H_t : konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t

Als Basisjahr wird derzeit das Jahr 1985 verwendet.

Auf logisch äquivalente Weise läßt sich der konjunkturelle Impuls auch über einen Vergleich des tatsächlichen Haushaltsdefizits D_t mit dem konjunkturneutralen Defizit D_t^n ermitteln.

$D_t > D_t^n$: expansiv
$D_t = D_t^n$: konjunkturneutral
$D_t < D_t^n$: kontraktiv

wobei

$$D_t^n = \frac{k_o}{100} \cdot P_t^n + \frac{t_t}{100}(Y_t^v - Y_t^n) - \frac{t_t}{100}(Y_t^i - Y_t^n) - b_t$$

Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

D_t : Haushaltsdefizit im Jahr t

D_t^n : konjunkturneutrales Haushaltsdefizit im Jahr t

Y_t^n : Bruttosozialprodukt des Jahres t zu konjunkturneutralen Preisen

$$Y_t^n = Y_t^i \cdot \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

Y_t^i : Bruttosozialprodukt des Jahres t zu jeweiligen Preisen

P_t^i : Produktionspotential des Jahres t zu jeweiligen Preisen

$\frac{t_t}{100}(Y_t^v - Y_t^n)$: auslastungsbedingte Steuerminder- bzw. Steuermehreinnahmen

$\frac{t_t}{100}(Y_t^i - Y_t^n)$: inflationsbedingte Steuereinnahmen

b_t : anomaler Teil der Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank

k_o : potentialorientierte Kreditfinanzierungsquote im Basisjahr (in vH)

k_o wird ermittelt, indem im Basisjahr der um auslastungsbedingte Steuermehr- bzw. -mindereinnahmen, um inflationsbedingte Steuermehreinnahmen und um den anomalen Teil der Gewinnabführung der Bundesbank bereinigte Finanzierungssaldo ins Verhältnis zum Produktionspotential P_o^n gesetzt wird.

E. Zur Konstruktion eines Index „Staatlich administrierter Verbraucherpreise"

1. Der Sachverständigenrat hat bereits in seinen Jahresgutachten 1976/77 [a]) und 1982/83 [b]) versucht, die Bedeutung der staatlich administrierten Preise im Preisindex für die Lebenshaltung zu quantifizieren. Die Bedenken, die gegen die Konstruktion eines speziellen Index der staatlich administrierten Verbraucherpreise angeführt werden, sind erheblich, viele halten sie sogar für unüberwindbar. Die verständliche Sorge, sich der Aussagekraft eines solchen Index anzuvertrauen, sollte jedoch gegenüber dem Interesse an einer Quantifizierung der Bedeutung staatlich administrierter Verbraucherpreise für die allgemeine Preisentwicklung abgewogen werden. Wenn der Sachverständigenrat in diesem Gutachten erneut versucht, einen derartigen Preisindex zu berechnen, so heißt dies nicht, daß er die damit verbundenen Probleme gering achtet. Die Willkür, die mit jeder Abgrenzung verbunden ist, veranlaßt ihn jedoch, die methodischen Grundlagen der hier gewählten Konstruktion noch einmal darzulegen.

2. Der hier berechnete Index für die staatlich administrierten Verbraucherpreise setzt sich aus vier Teilgruppen zusammen; diese unterscheiden sich nach dem Ausmaß und der Art der staatlichen Einflußnahme auf die Preisbildung (Tabellen). Die erste Teilgruppe enthält diejenigen Verbraucherpreise, die direkt vom Staat festgesetzt werden. Der Wägungsanteil dieser unmittelbar durch die öffentliche Hand bestimmten Preise am Gesamtindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte beträgt 4,9 vH. Die in der zweiten Teilgruppe zusammengefaßten Verbraucherpreise, deren Anteil an der gesamten Lebenshaltung 16,6 vH ausmacht, werden nur teilweise oder nur indirekt durch den Staat bestimmt. Die dritte Gruppe von Verbraucherpreisen setzt sich aus Preisen von Waren zusammen, für die der Staat besondere Verbrauchsteuern erhebt. Daher stellt sich hier häufig das Problem, marktbedingte Preisänderungen von solchen zu unterscheiden, die steuerpolitisch begründet sind. Die laufenden Veränderungen dieser Preise sind hier jedoch in der Regel ausschließlich marktbestimmt. Der Anteil der genannten Güterpreise am gesamten Verbraucherpreisindex beläuft sich auf etwa 11,5 vH. Noch größere Probleme wirft die Konstruktion der vierten Teilgruppe auf. In ihr sind die Preise der Ernährungsgüter zusammengefaßt, deren Entwicklung direkt oder indirekt durch Preisbeschlüsse im Rahmen der europäischen Marktordnungen bestimmt wird. Ihr Anteil am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte beträgt 8,9 vH. Auch hier sind administrativ bedingte Preisänderungen kaum zu isolieren. Aus diesem Grunde wurde sowohl ein Index für staatlich administrierte Verbraucherpreise einschließlich der Preise für diese Ernährungsgüter als auch ohne diese berechnet.

---

[a]) „Zeit zum Investieren", Ziffern 144 f. und Anhang VII.
[b]) „Gegen Pessimismus", Ziffern 104 ff. und Anhang V, Abschnitt E.

Zur Konstruktion eines Index „Staatlich administrierter Verbraucherpreise"[1])

Teilgruppe 1		Teilgruppe 2		Teilgruppe 3		Teilgruppe 4	
direktadministrierte		teiladministrierte		quasiadministrierte		indirekt administrierte[2])	
Verbraucherpreise							
Indexgruppe	Gewicht[1])	Indexgruppe	Gewicht[1])	Indexgruppe	Gewicht[1])	Indexgruppe	Gewicht[1])
Verkehrstarife	8,37	**Versorgungstarife**	43,29	**Alkoholische Getränke**	23,68	**Fleisch (frisch, gefroren oder tiefgefroren)**	20,42
Örtliche Verkehrsmittel	4,95	Elektrizität	27,12	Bier[5])	16,96	Fleisch[8])	15,03
Bundesbahn	3,42	Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme	13,78	Spirituosen[5])	4,54	Geflügelfleisch[9])	2,29
Nachrichtenübermittlung	18,27	Steinkohle, Koks, Braunkohle	2,39	Traubenschaumweine[5])	2,18	Hackfleisch, Innereien und andere Schlachtnebenprodukte [10])	3,10
Fernsprechgebühren	16,06	**Wohnungsmieten (einschließlich Nebenkosten) im öffentlich geförderten Wohnungsbau[3])**	33,78	**Tabakwaren**	20,98	**Fleischwaren**	19,99
Postgebühren	2,21	**Versicherungsbeiträge**	63,15	**Kaffee[6])**	9,08	Wurstwaren, Schinken, Speck u.ä. geräuchert, getrocknet oder gekocht	18,88
Rundfunk- und Fernsehgebühren	5,59	**Kosten der Gesundheitspflege**	22,47	**Tee**	0,63	Fleischkonserven (tiefgefroren), tafelfertiges Hackfleisch	0,50
Gebühren für den Besuch von kulturellen Einrichtungen, Sportanlagen, Bildungseinrichtungen	9,69	Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege[4])	5,25	**Speisesalz**	0,07	Andere Fleischerzeugnisse (ohne Fertiggerichte)	0,61
Besuch von Theateraufführungen	2,99	Dienstleistungen von Ärzten und Krankenhäusern	17,22	**Gas (ohne Gas für Kraftfahrzeuge)**	11,90	**Milch[11]), Käse, Butter**	19,13
Eintrittskarte für Hallenbad	0,89	**Beförderung in Luftfahrzeugen**	1,10	**Heizöl, leicht**	16,24	**Brot und Backwaren**	16,99
Lehrgangsgebühr, Volkshochschule	2,94	**Rechtsberatung u.ä. (ohne Gerichtskosten)**	2,34	**Kraftstoffe**	31,27	Brot und andere Backwaren aus Brotteig	9,12
Dienstleistungen der Kindergärten, -horte u.ä.	2,14			**Duftwässer und Parfüms[6])**	0,45	Feine Backwaren (ohne Dauerbackwaren)	5,43
Friedhofsgebühren	0,26			**Leuchtmittel[7])**	0,63	Dauerbackwaren	2,44
Wettgebühren, Jagdscheingebühren, Fischereigebühren	0,47					**Mehl und Nährmittel**	3,94
Parkgebühren, Straßenbenutzungsgebühren	0,60					**Zucker (Rüben- und Rohrzucker)**	1,30
TÜV- und Zulassungsgebühren	0,17					**Süßwaren und Honig**	7,37
Kfz-Steuer und sonstige Gebühren (Reisepaß u.ä.)	6,26						
Zusammen	48,95	**Zusammen**	166,13	**Zusammen**	114,93	**Zusammen**	89,14

[1]) Berechnet auf der Grundlage des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, Basis 1985 = 100; Wägungsanteile in Promille.
[2]) Durch EG-Agrarpreisbeschlüsse bewirkt.
[3]) Nach 1948 erbaut.
[4]) Arzneimittel (Medikamente, Rezeptgebühr), Verbandstoffe und andere Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege.
[5]) Einschließlich Verzehr in Kantinen, Gaststätten u.ä.
[6]) Ohne Gesichts-, Haar- und Rasierwasser.
[7]) Glühlampen (40 Watt und 100 Watt), Kerzenlampe (25 Watt), Leuchtstoffröhre.
[8]) Ohne Geflügelfleisch und Hackfleisch sowie Innereien.
[9]) Ohne Wildgeflügelfleisch, Innereien und andere Schlachtnebenprodukte.
[10]) Ohne zubereitetes Hackfleisch.
[11]) Trinkmilch, Kondensmilch, Milchpulver, süße Sahne und Joghurt.

Tabelle

Zur Entwicklung staatlich administrierter Verbraucherpreise[1])

1985 = 100

Zeitraum	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte			Staatlich administrierte Verbraucherpreise						
					davon				darunter	
	insgesamt	ohne staatlich administrierte Verbraucherpreise	ohne Gruppe 1, 2 und 4	zusammen	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 4	Gruppe 1 bis Gruppe 3	Gruppe 1, Gruppe 2 und Gruppe 4
Gewicht	*1 000*	*580,85*	*695,78*	*419,15*	*48,95*	*166,13*	*114,93*	*89,14*	*330,01*	*304,22*
1989 Jan	103,0	105,6	102,3	99,4	107,1	106,4	85,5	100,0	99,2	104,7
Feb	103,4	106,2	102,8	99,6	107,3	106,7	85,7	100,1	99,5	104,8
Mär	103,5	106,2	102,9	99,7	107,2	106,8	85,9	100,2	99,6	105,0
Apr	104,1	106,6	103,7	100,6	107,2	107,0	88,7	100,4	100,6	105,1
Mai	104,3	106,9	103,8	100,7	107,2	107,4	88,5	100,5	100,8	105,3
Jun	104,4	107,2	103,9	100,6	107,1	107,5	87,6	100,7	100,5	105,5
Jul	104,3	107,1	103,7	100,5	107,1	107,6	86,8	101,1	100,3	105,6
Aug	104,2	106,8	103,5	100,5	107,1	107,7	86,6	101,5	100,3	105,8
Sep	104,4	106,8	103,7	101,1	107,2	107,7	87,8	102,4	100,7	106,1
Okt	104,7	107,0	104,0	101,5	107,3	107,9	88,5	103,0	101,1	106,4
Nov	104,9	107,3	104,2	101,6	107,2	108,2	88,3	103,3	101,1	106,6
Dez	105,2	107,5	104,5	102,0	107,2	108,4	89,4	103,5	101,6	106,7
1990 Jan	105,8	108,1	105,1	102,6	109,1	108,9	89,7	103,8	102,2	107,4
Feb	106,2	108,8	105,4	102,6	109,2	109,7	88,5	103,9	102,2	107,9
Mär	106,3	108,9	105,5	102,7	109,1	110,1	88,3	104,0	102,4	108,2
Apr	106,5	109,2	105,7	102,8	108,8	110,2	88,3	104,1	102,4	108,2
Mai	106,7	109,6	106,0	102,7	108,6	110,3	88,0	104,2	102,3	108,3
Jun	106,8	109,8	106,1	102,7	108,5	110,4	87,6	104,4	102,2	108,4
Jul	106,8	109,7	106,1	102,7	108,3	110,4	87,7	104,6	102,2	108,4
Aug	107,1	109,7	106,7	103,6	108,3	109,5	91,9	104,8	103,2	108,0
Sep	107,5	109,8	107,2	104,3	108,4	109,7	94,4	105,0	104,2	108,1
Okt	108,2	110,2	108,2	105,4	108,7	109,9	97,8	105,1	105,5	108,3
Nov	108,0	110,4	107,8	104,7	108,9	110,1	94,9	105,2	104,6	108,5
Dez	108,1	110,8	107,9	104,3	109,1	110,2	93,1	105,2	104,1	108,6
1991 Jan	108,8	111,4	108,7	105,2	109,5	111,0	94,8	105,4	105,1	109,1
Feb	109,1	111,8	109,0	105,4	109,6	111,5	94,7	105,6	105,3	109,4
Mär	109,0	112,2	108,7	104,6	109,8	111,7	91,0	105,8	104,2	109,7
Apr	109,5	112,8	109,3	105,0	112,6	111,5	91,6	106,0	104,7	110,0
Mai	109,9	113,2	109,8	105,4	112,8	111,6	92,5	106,3	105,1	110,2
Jun	110,5	113,9	110,3	105,8	112,8	112,7	92,3	106,5	105,6	110,9
Jul	111,5	114,1	111,4	107,8	114,8	113,6	97,4	106,8	108,1	111,8
Aug	111,5	114,1	111,3	107,9	114,7	113,7	97,2	107,1	108,1	111,9
Sep	111,7	114,1	111,5	108,4	114,6	114,0	98,3	107,4	108,6	112,1
Okt	112,0	114,5	111,8	108,6	114,7	114,3	98,4	107,8	108,8	112,5

[1]) Berechnet auf Grundlage des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte mit der Basis 1985 = 100; der Index setzt sich aus vier Teilgruppen zusammen:
Gruppe 1 = direktadministrierte Preise (u. a. Verkehrstarife, Post- und Fernmeldegebühren),
Gruppe 2 = teiladministrierte Preise (u. a. Versorgungstarife, Mieten),
Gruppe 3 = quasiadministrierte Preise (u. a. alkoholische Getränke, Tabakwaren, Gas, Heizöl, Kraftstoffe),
Gruppe 4 = indirekt administrierte Preise (u. a. Fleisch, Fleischwaren, Milch und Milchprodukte, Backwaren).

VI.
Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland ..... Seite 280

Tabellenteil ..... Seite 284

A. Internationale Tabellen ..... Seite 284
B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland ..... Seite 307
C. Tabellen für Ostdeutschland ..... Seite 394

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
1*	Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	285
2*	Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	286
3*	Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	287
4*	Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	288
5*	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern	289
6*	Zinsen in wichtigen Industrieländern	290
7*	Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	291
8*	Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	292
9*	Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	293
10*	Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern	294
11*	Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern	296
12*	Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)	297
13*	Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	298
14*	Außenwert der D-Mark	300
15*	Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	301
16*	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	302
17*	Internationale Energiepreise	304
18*	Energieverbrauch im internationalen Vergleich	305
19*	Indikatoren für die Welt und für ausgewählte Ländergruppen	306
20*	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	308
21*	Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer im Inland nach Wirtschaftsbereichen	309
22*	Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	310
23*	Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	312
24*	Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	314
25*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Entstehung des Sozialprodukts	316
26*	Verteilung des Volkseinkommens	317
27*	Verwendung des Volkseinkommens	318
28*	Einkommen, Produktivität und Lohnstückkosten	319
29*	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	320
30*	Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	321

		Seite
31*	Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	322
32*	Verwendung des Sozialprodukts	324
33*	Bruttoinvestitionen	326
34*	Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	328
35*	Einnahmen und Ausgaben des Staates	330
36*	Subventionen des Staates	334
37*	Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken	335
38*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Sozialprodukts	336
39*	Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	338
40*	Ausgaben und Einnahmen der staatlichen und kommunalen Haushalte nach Ländern	340
41*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	342
42*	Verschuldung der öffentlichen Haushalte	343
43*	Vermögensbildung und ihre Finanzierung	344
44*	Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	346
45*	Geldbestände, Euromarkteinlagen und bereinigte Zentralbankgeldmenge	348
46*	Absatz und Erwerb von Wertpapieren	349
47*	Index der Aktienkurse nach Wirtschaftsbereichen	350
48*	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	351
49*	Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	354
50*	Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	357
51*	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	358
52*	Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	360
53*	Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	361
54*	Baugenehmigungen	362
55*	Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	363
56*	Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	365
57*	Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	366
58*	Einzelhandelsumsatz	367
59*	Zahlungsbilanz	368
60*	Kapitalverkehr mit dem Ausland	370
61*	Außenhandel (Spezialhandel)	372
62*	Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik	373
63*	Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	374
64*	Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	375
65*	Warenausfuhr nach Ländergruppen	376
66*	Wareneinfuhr nach Ländergruppen	377
67*	Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes	378
68*	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	379
69*	Index der Ausfuhrpreise	380
70*	Index der Einfuhrpreise	381
71*	Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	382
72*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten (1970 = 100)	383
73*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten (1985 = 100)	384
74*	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100)	385
75*	Preisindex für die Lebenshaltung (nach Haushaltstypen und nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung)	386
76*	Preisentwicklung gegenüber 1985 nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	387
77*	Löhne und Gehälter	388
78*	Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	389
79*	Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	390
80*	Energieverbrauch nach Bereichen	391
81*	Entwicklung im Mineralölbereich	392
82*	Ausgewählte Umweltindikatoren für Westdeutschland	393
83*	Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin (Ost)	394
84*	Arbeitslose in Ostdeutschland	396
85*	Kurzarbeiter und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und beruflicher Weiterbildung in Ostdeutschland	396
86*	Betriebe, Beschäftigte, Arbeiterstunden, Verdienste und Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland	397
87*	Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland	398

		Seite
88*	Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland	399
89*	Betriebe, Beschäftigte, Verdienste, Arbeitsstunden und Umsatz im Baugewerbe in Ostdeutschland	400
90*	Indizes des Auftragseingang und des Auftragsbestands im Bauhauptgewerbe in Ostdeutschland	401
91*	Innerdeutscher Warenverkehr	402
92*	Ausfuhr und Einfuhr Ostdeutschlands nach Warengruppen	403
93*	Ausfuhr und Einfuhr Ostdeutschlands nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern	404
94*	Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer in Ostdeutschland	405
95*	Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Ostdeutschland	406

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft, zumindest jedoch annähernd die Kosten deckt. Im einzelnen handelt es sich hierbei um Produktionsunternehmen, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Hierzu gehören aber auch Institutionen, die im allgemeinen Sprachgebrauch nicht oder nicht immer als Unternehmen bezeichnet werden, wie landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die gesamte Wohnungsvermietung einschließlich der Eigennutzung durch den Eigentümer.

Zum **Staat** gehören die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. Im einzelnen: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände (Ämter, Kreise, Bezirks- und Landschaftsverbände usw.) sowie Zweckverbände und die Sozialversicherung (die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung, Zusatzversorgungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst, die Altershilfe für Landwirte, die gesetzliche Krankenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung). Nicht zum Sektor Staat rechnen die im Eigentum der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung befindlichen Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform.

In den Sektor der **Privaten Haushalte** (Ein- und Mehrpersonenhaushalte sowie Anstaltsbevölkerung) sind auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle, wissenschaftliche sowie im Erziehungswesen tätige Organisationen, die sich zu einem wesentlichen Teil aus freiwilligen Zahlungen von privaten Haushalten und aus Vermögenserträgen finanzieren, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Institute usw. Aus statistischen Gründen sind in diesem Sektor auch Organisationen ohne Erwerbszweck einbezogen, die überwiegend vom Staat finanziert werden und vor allem im Bereich von Wissenschaft und Forschung tätig sind.

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto" als auch „netto" (das heißt nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten ohne die in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die Vorleistungen ab, das heißt den Wert der Güter (ohne Umsatzsteuer), den inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben, so erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Die Addition der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung insgesamt. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt die gegen unterstellte Entgelte erbrachten Bankdienstleistungen ab, erhält man die bereinigte Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft. Unter Hinzurechnung der auf den Gütern lastenden nichtabziehbaren Umsatzsteuer (Kassenaufkommen des Staates an Mehrwertsteuer, Einfuhrumsatzsteuer sowie die einbehaltene Umsatzsteuer) und der Einfuhrabgaben (Einfuhrzölle, Verbrauchsteuer auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer), die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften auf eingeführte Güter erhoben werden, erhält man das **Bruttoinlandsprodukt**. Dieser Rechenschritt läßt sich nur für die Gesamtwirtschaft vollziehen, da eine Aufgliederung der nichtabziehbaren Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben nach einzelnen Wirtschaftsbereichen nicht erfolgt.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man davon die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt ge-

flossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen**.

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen**; nach Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern, nichtabziehbare Umsatzsteuer — Kassenaufkommen und aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen einbehaltene Umsatzsteuer sowie Einfuhrabgaben) und nach Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten**. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das **Volkseinkommen** ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die Vermögenseinkommen des Staates und die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Die **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfassen die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Die **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthalten die Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten und immateriellen Werten, aus Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie von Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Entnahmen und nichtentnommene Gewinne), und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf öffentliche Schulden. Dazu kommen die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.). Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen. Nach Hinzurechnung der empfangenen laufenden Übertragungen von anderen Sektoren und von der übrigen Welt (ohne Subventionen) und nach Abzug der geleisteten laufenden Übertragungen an andere Sektoren und an die übrige Welt (ohne indirekte Steuern) erhält man die Summe der verfügbaren Einkommen der Volkswirtschaft, das heißt aller Sektoren.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus Privatem Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen und Außenbeitrag.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie zum Beispiel der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** umfaßt die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellten Verwaltungsleistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbsterstellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und derjenigen dauerhafter Güter, die in

den Privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1985) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Der **Außenbeitrag** ergibt sich als Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen von bzw. an die übrige Welt). Erfaßt werden also die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt sowie die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben bzw. an die übrige Welt geflossen sind.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch das Gebiet der ehemaligen DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Die drei Berechnungsarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

I. Entstehungsrechnung

Produktionswert
− Vorleistungen
= Bruttowertschöpfung (unbereinigt)
− Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen
= Bruttowertschöpfung (bereinigt)
+ Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
+ Einfuhrabgaben
= Bruttoinlandsprodukt
± Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt

II. Verwendungsrechnung

Privater Verbrauch
+ Staatsverbrauch
+ Ausrüstungsinvestitionen
+ Bauinvestitionen
± Vorratsveränderung
+ Ausfuhr
− Einfuhr

= Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
− Abschreibungen
= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
− Indirekte Steuern
+ Subventionen
= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

III. Verteilungsrechnung

Volkseinkommen

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
− Öffentliche Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern, u. ä.)
± Sonstige Zu- und Absetzungen
= Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
− Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber
− Unterstellte Sozialbeiträge
= Bruttolohn- und -gehaltssumme
− Lohnsteuer
− Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer
= Nettolohn- und -gehaltssumme

6. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1985) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1985. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1985; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe enthalten die Fußnoten zu den einzelnen Tabellen sowie die vom Statistischen Bundesamt dazu veröffentlichten Publikationen: Fachserie 18 Reihe S. 15 „Revidierte Ergebnisse 1950 bis 1990"; Fachserie 18 Reihe 1.3 „Konten und Standardtabellen 1990" sowie Aufsätze in „Wirtschaft und Statistik" Heft 4/1991, S. 227 ff. und Heft 9/1991 S. 577 ff.

Tabellenteil

A. Internationale Tabellen

Tabelle 1*

Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern

Tausend

Jahr[1]	Bundesrepublik Deutschland[2]	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Gesamtbevölkerung					
1960	55 433	9 153	45 684	52 373	50 200	11 486	7 048	5 429	93 260	180 671
1961	56 185	9 184	46 163	52 807	50 536	11 639	7 086	5 434	94 100	183 691
1962	56 837	9 221	46 998	53 292	50 880	11 806	7 130	5 574	94 980	186 538
1963	57 389	9 290	47 816	53 625	51 252	11 966	7 176	5 694	95 900	189 242
1964	57 971	9 378	48 310	53 991	51 675	12 127	7 224	5 789	96 890	191 889
1965	58 619	9 464	48 758	54 350	52 112	12 295	7 271	5 857	97 950	194 303
1966	59 148	9 528	49 164	54 643	52 519	12 456	7 322	5 918	98 860	196 570
1967	59 286	9 581	49 548	54 959	52 901	12 598	7 377	5 992	99 920	198 712
1968	59 500	9 619	49 915	55 214	53 236	12 730	7 415	6 068	101 070	200 706
1969	60 067	9 646	50 315	55 461	53 538	12 878	7 441	6 137	102 320	202 677
1970	60 651	9 651	50 772	55 632	53 822	13 039	7 467	6 270	103 720	205 052
1971	61 284	9 673	51 251	55 907	54 074	13 194	7 500	6 343	104 750	207 661
1972	61 672	9 709	51 701	56 079	54 381	13 329	7 544	6 401	106 180	209 896
1973	61 976	9 739	52 118	56 210	54 751	13 439	7 586	6 441	108 660	211 909
1974	62 054	9 768	52 460	56 224	55 111	13 545	7 599	6 460	110 160	213 854
1975	61 829	9 795	52 699	56 215	55 441	13 666	7 579	6 404	111 520	215 973
1976	61 531	9 811	52 909	56 206	55 718	13 774	7 566	6 333	112 770	218 035
1977	61 400	9 822	53 145	56 179	55 955	13 856	7 568	6 316	113 880	220 239
1978	61 327	9 830	53 376	56 167	56 155	13 942	7 562	6 333	114 920	222 585
1979	61 359	9 837	53 606	56 227	56 318	14 038	7 549	6 351	115 880	225 056
1980	61 566	9 847	53 880	56 314	56 434	14 150	7 549	6 385	116 800	227 757
1981	61 682	9 853	54 182	56 379	56 508	14 247	7 565	6 429	117 650	230 138
1982	61 638	9 856	54 480	56 335	56 640	14 313	7 574	6 467	118 450	232 520
1983	61 423	9 855	54 729	56 377	56 836	14 367	7 552	6 482	119 260	234 799
1984	61 175	9 855	54 947	56 488	57 005	14 424	7 553	6 505	120 020	237 001
1985	61 024	9 858	55 170	56 618	57 141	14 491	7 558	6 533	120 750	239 279
1986	61 066	9 862	55 393	56 763	57 246	14 572	7 566	6 573	121 490	241 625
1987	61 077	9 870	55 630	56 930	57 345	14 665	7 576	6 619	122 090	243 942
1988	61 449	9 884	55 884	57 065	57 399	14 760	7 596	6 672	126 610	246 307
1989	62 063	9 938	56 160	57 236	57 541	14 849	7 624	6 723	123 116	248 762
1990	63 120[a]	9 993	56 437	57 408	57 576	14 944	7 712	6 796	123 540	251 394
					Erwerbstätige					
1960	25 954	3 447	18 595	23 660	20 269	4 182	3 223	2 701	44 360	65 778
1961	26 238	3 481	18 608	23 978	20 366	4 213	3 241	2 844	44 980	65 746
1962	26 291	3 534	18 737	24 185	20 270	4 297	3 225	2 954	45 560	66 702
1963	26 319	3 560	19 065	24 230	19 982	4 356	3 203	2 999	45 950	67 762
1964	26 297	3 609	19 395	24 522	19 904	4 445	3 198	3 046	46 550	69 305
1965	26 418	3 619	19 540	24 782	19 431	4 487	3 176	3 025	47 300	71 088
1966	26 320	3 634	19 688	24 934	19 096	4 519	3 150	3 014	48 270	72 895
1967	25 461	3 616	19 763	24 570	19 315	4 505	3 099	3 030	49 200	74 372
1968	25 491	3 614	19 732	24 436	19 295	4 552	3 058	3 048	50 020	75 920
1969	25 871	3 683	20 041	24 477	19 112	4 657	3 052	3 098	50 400	77 902
1970	26 169	3 546	20 328	24 381	19 218	4 709	3 059	3 143	50 940	78 678
1971	26 272	3 571	20 440	24 165	19 176	4 732	3 092	3 199	51 210	79 367
1972	26 345	3 563	20 571	24 139	18 850	4 690	3 115	3 243	51 260	82 153
1973	26 649	3 595	20 863	24 715	19 006	4 693	3 159	3 277	52 590	85 064
1974	26 302	3 657	21 059	24 800	19 392	4 701	3 200	3 273	52 370	86 794
1975	25 585	3 607	20 864	24 720	19 491	4 670	3 176	3 117	52 230	85 846
1976	25 442	3 589	21 016	24 508	19 612	4 669	3 187	3 024	52 710	88 752
1977	25 475	3 576	21 188	24 538	19 791	4 680	3 219	3 036	53 420	92 017
1978	25 689	3 581	21 263	24 696	19 863	4 713	3 230	3 067	54 080	96 048
1979	26 120	3 614	21 305	25 079	20 057	4 773	3 244	3 100	54 790	98 824
1980	26 528	3 610	21 334	25 004	20 313	4 807	3 277	3 170	55 360	99 303
1981	26 498	3 538	21 203	24 010	20 361	4 736	3 269	3 211	55 810	100 397
1982	26 193	3 490	21 240	23 583	20 297	4 619	3 223	3 190	56 380	99 526
1983	25 809	3 455	21 168	23 302	20 350	4 531	3 195	3 149	57 330	100 834
1984	25 869	3 451	20 981	23 909	20 418	4 528	3 199	3 142	57 660	105 005
1985	26 062	3 472	20 922	24 213	20 508	4 598	3 209	3 367	58 070	107 150
1986	26 431	3 495	20 955	24 246	20 614	4 689	3 219	3 398	58 530	109 597
1987	26 627	3 509	21 023	24 764	20 684	4 755	3 216	3 438	59 110	112 440
1988	26 836	3 561	21 180	25 598	20 815	4 820	3 224	3 478	60 110	114 968
1989	27 210	3 622	21 439	26 376	20 833	4 899	3 267	3 518	61 280	117 342
1990	27 965	3 655	21 712	26 578	21 123	5 007	3 340	3 563	62 490	117 914

[1]) Ab 1987 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein. — Erwerbstätige Inländer ohne Streitkräfte.

[a]) Durchschnitt Januar bis September.

Quellen: EG, OECD, nationale Veröffentlichungen

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in wichtigen Industrieländern

Tausend

Jahr[1]	Bundesrepublik Deutschland[2]	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Beschäftigte Arbeitnehmer[3]									
1960	20 038	2 545	12 886	21 894	11 694	3 296	2 287	.	23 700	54 189
1961	20 377	2 594	13 047	22 228	12 032	3 369	2 319	.	24 780	53 999
1962	20 631	2 655	13 317	22 447	12 396	3 465	2 333	.	25 930	55 549
1963	20 836	2 705	13 774	22 505	12 639	3 536	2 331	.	26 720	56 653
1964	21 028	2 782	14 219	22 812	12 519	3 623	2 351	.	27 630	58 283
1965	21 289	2 814	14 470	23 080	12 145	3 676	2 367	.	28 760	60 765
1966	21 284	2 837	14 719	23 253	11 997	3 722	2 377	.	29 940	63 901
1967	20 565	2 821	14 892	22 808	12 244	3 718	2 353	.	30 710	65 803
1968	20 706	2 822	15 005	22 650	12 378	3 775	2 331	.	31 480	67 897
1969	21 267	2 895	15 496	22 624	12 568	3 907	2 346	.	31 990	70 384
1970	21 747	2 868	15 941	22 479	12 811	3 972	2 373	.	33 060	70 880
1971	22 105	2 913	16 201	22 139	12 959	4 006	2 436	.	34 120	71 214
1972	22 311	2 922	16 478	22 137	12 955	3 974	2 494	.	34 650	73 675
1973	22 711	2 967	16 879	22 679	13 191	3 991	2 580	.	36 150	76 790
1974	22 509	3 036	17 166	22 804	13 555	4 010	2 640	.	36 370	78 265
1975	21 942	2 993	17 060	22 723	13 735	3 994	2 630	.	36 460	76 945
1976	21 980	2 982	17 274	22 557	13 888	4 008	2 652	.	37 120	79 382
1977	22 153	2 972	17 497	22 631	14 125	4 040	2 706	.	37 690	82 471
1978	22 431	2 974	17 610	22 789	14 107	4 082	2 729	.	37 990	86 697
1979	22 940	3 004	17 686	23 173	14 338	4 146	2 753	.	38 760	89 823
1980	23 366	3 003	17 752	22 991	14 499	4 182	2 793	.	39 710	90 406
1981	23 372	2 929	17 663	21 891	14 495	4 117	2 791	.	40 370	91 156
1982	23 107	2 878	17 752	21 414	14 472	4 008	2 751	.	40 980	89 566
1983	22 755	2 833	17 737	21 067	14 360	3 925	2 727	.	42 080	90 200
1984	22 827	2 822	17 605	21 238	14 255	3 922	2 738	.	42 650	94 496
1985	23 028	2 837	17 585	21 423	14 418	3 991	2 755	.	43 130	97 519
1986	23 381	2 854	17 649	21 387	14 460	4 080	2 773	.	43 790	99 525
1987	23 611	2 862	17 740	21 584	14 457	4 143	2 777	.	44 280	102 200
1988	23 835	2 906	17 924	22 258	14 692	4 207	2 791	.	45 380	105 536
1989	24 230	2 956	18 223	22 661	14 765	4 285	2 840	.	46 790	108 329
1990	25 002	2 983	18 542	22 855	15 041	4 379	2 905	.	48 350	109 971
	Arbeitslose									
1960	271	114	239	326	1 215	30	79	1,2	723	3 851
1961	181	89	185	287	1 108	22	61	0,6	648	4 714
1962	155	71	209	406	969	23	62	0,6	589	3 912
1963	186	59	233	496	807	25	68	0,8	587	4 070
1964	169	50	189	349	904	22	63	0,3	547	3 786
1965	147	55	316	299	1 110	27	62	0,3	582	3 366
1966	161	62	326	281	1 193	37	56	0,3	639	2 878
1967	459	85	436	503	1 105	78	58	0,3	628	2 976
1968	323	103	554	542	1 172	72	61	0,3	593	2 817
1969	179	85	484	518	1 160	53	55	0,2	576	2 831
1970	149	71	530	555	1 111	46	45	0,1	593	4 093
1971	185	71	585	696	1 110	62	37	0,1	639	5 016
1972	246	87	611	778	1 296	108	33	0,1	733	4 882
1973	273	92	593	557	1 303	110	31	0,1	671	4 365
1974	582	105	632	528	1 110	135	36	0,2	736	5 156
1975	1 074	177	901	838	1 226	195	55	10	998	7 928
1976	1 060	229	997	1 265	1 420	278	55	21	1 078	7 406
1977	1 030	264	1 134	1 359	1 537	271	51	12	1 099	6 992
1978	993	282	1 201	1 343	1 561	273	59	10	1 238	6 202
1979	876	294	1 361	1 235	1 686	281	57	10	1 167	6 138
1980	889	322	1 467	1 513	1 684	325	53	6	1 140	7 637
1981	1 272	392	1 750	2 395	1 896	480	69	6	1 259	8 273
1982	1 833	457	1 923	2 770	2 052	655	105	13	1 359	10 678
1983	2 258	505	1 974	2 984	2 264	801	127	26	1 561	10 717
1984	2 266	512	2 323	3 030	2 304	822	130	32	1 608	8 539
1985	2 304	478	2 442	3 179	2 327	761	139	27	1 563	8 312
1986	2 228	442	2 489	3 229	2 611	711	152	23	1 668	8 237
1987	2 229	435	2 532	2 905	2 832	685	164	22	1 732	7 425
1988	2 242	398	2 410	2 341	2 885	432	159	20	1 553	6 701
1989	2 038	364	2 281	1 743	2 865	391	149	15	1 418	6 528
1990	1 883	348	2 196	1 556	2 622	345	166	16	1 343	6 874

[1] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [2] Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein. — Beschäftigte Arbeitnehmer nach dem Inländerkonzept ohne Streitkräfte. — [3] Vereinigte Staaten: Ohne den Sektor Landwirtschaft. Quelle: OECD

Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr [2])	Bundesrepublik Deutschland [3])	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien [1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan [1]) [4])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen									
1960	302,71	563,95	300,66	25,89	24,73	44,42	162,89	37,37	16,00	511,8
1961	331,71	600,21	327,99	27,43	27,50	46,90	180,73	42,04	19,31	530,0
1962	360,78	642,67	366,23	28,81	30,90	50,49	192,13	46,62	21,90	570,1
1963	382,37	691,09	410,55	30,59	35,39	54,78	207,08	51,27	25,05	602,0
1964	420,18	773,38	455,44	33,44	38,74	64,45	226,73	56,83	29,45	644,4
1965	459,17	842,13	490,26	36,03	41,68	71,99	246,49	60,86	32,77	699,3
1966	488,23	905,03	530,75	38,37	45,17	78,38	268,53	65,36	38,07	766,3
1967	494,35	969,69	573,30	40,40	49,75	85,99	285,59	70,35	44,63	810,4
1968	533,28	1 037,50	623,12	43,81	53,93	95,35	306,83	75,12	52,83	885,9
1969	596,95	1 151,31	710,51	47,16	59,53	107,99	335,00	81,40	62,07	957,1
1970	675,30	1 280,92	793,52	51,77	67,00	121,18	375,88	90,67	73,19	1 008,2
1971	749,75	1 402,40	884,19	57,74	72,99	136,53	419,62	103,00	80,59	1 093,4
1972	823,12	1 568,51	987,95	64,64	79,81	154,26	479,54	116,71	92,40	1 201,6
1973	917,25	1 782,34	1 129,83	74,25	96,74	176,04	543,46	130,06	112,52	1 343,1
1974	983,93	2 090,88	1 302,98	83,86	122,19	199,78	618,56	141,10	134,00	1 453,3
1975	1 026,63	2 313,14	1 467,88	105,85	138,63	219,96	656,12	140,16	148,17	1 580,9
1976	1 120,50	2 632,77	1 700,55	125,28	174,87	251,93	724,75	141,96	166,42	1 761,7
1977	1 195,29	2 846,81	1 917,80	146,07	214,40	274,93	796,19	145,78	185,53	1 965,1
1978	1 283,55	3 057,26	2 182,58	168,26	253,41	297,01	842,33	151,68	204,45	2 219,1
1979	1 388,44	3 263,73	2 481,09	197,91	309,59	315,96	918,54	158,54	221,81	2 464,4
1980	1 472,04	3 526,12	2 808,29	232,00	387,67	336,74	994,70	170,33	240,07	2 684,4
1981	1 534,97	3 664,33	3 164,80	255,43	464,01	352,85	1 055,97	184,76	257,40	3 000,5
1982	1 588,09	3 983,23	3 626,02	279,23	545,20	368,86	1 133,53	195,98	270,66	3 114,8
1983	1 668,54	4 220,48	4 006,49	304,45	633,32	381,02	1 201,23	203,87	282,07	3 355,9
1984	1 750,89	4 538,36	4 361,91	325,27	727,15	400,25	1 276,77	213,23	301,03	3 724,8
1985	1 823,18	4 856,92	4 700,14	356,22	812,64	418,18	1 348,42	227,95	321,53	3 974,1
1986	1 925,29	5 118,35	5 069,29	382,95	897,21	428,61	1 415,97	243,35	335,83	4 197,2
1987	1 990,48	5 350,77	5 336,64	420,81	978,74	430,17	1 473,90	254,69	350,48	4 486,7
1988	2 095,98	5 686,64	5 723,19	468,03	1 082,32	449,42	1 564,68	268,41	373,73	4 840,2
1989	2 220,88	6 181,13	6 136,06	509,51	1 182,20	474,72	1 673,43	289,80	398,69	5 163,2
1990	2 404,54	6 622,31	6 484,10	543,66	1 296,14	506,77	1 809,85	316,72	429,17	5 423,4
	in Preisen von 1985									
1960	856,48	2 082,84	1 831,78	201,70	297,44	182,27	570,24	116,91	63,30	1 835,2
1961	895,19	2 188,07	1 932,65	207,12	321,85	182,80	600,53	126,39	70,87	1 882,4
1962	936,28	2 304,85	2 061,59	210,18	341,82	195,31	614,93	132,44	77,16	1 981,1
1963	962,24	2 405,53	2 171,83	218,08	360,99	202,39	640,01	138,90	83,66	2 062,0
1964	1 026,34	2 573,53	2 313,51	229,81	371,09	219,14	678,65	146,20	99,34	2 171,4
1965	1 081,45	2 668,76	2 423,94	235,87	383,22	230,65	699,10	150,86	98,81	2 297,3
1966	1 111,96	2 750,11	2 550,36	240,43	406,15	236,96	735,01	154,57	109,35	2 432,6
1967	1 108,75	2 859,02	2 669,98	246,36	435,31	249,49	755,86	159,29	121,50	2 501,9
1968	1 169,99	2 980,58	2 783,69	255,99	463,80	265,48	786,94	165,18	137,08	2 605,0
1969	1 257,09	3 176,59	2 978,21	260,88	492,08	282,56	829,94	174,44	154,22	2 669,7
1970	1 321,40	3 378,20	3 148,93	266,76	518,21	298,65	883,32	185,54	171,29	2 661,8
1971	1 361,16	3 503,52	3 299,55	272,00	526,73	311,25	928,48	193,47	178,74	2 733,9
1972	1 419,12	3 691,43	3 445,75	281,48	540,94	321,56	986,13	200,16	193,71	2 867,9
1973	1 488,19	3 911,85	3 633,20	301,41	579,40	336,63	1 034,32	206,48	208,52	3 008,7
1974	1 492,08	4 074,85	3 746,18	296,91	610,85	349,98	1 075,11	208,91	206,81	2 988,4
1975	1 471,22	4 017,80	3 735,75	294,85	594,65	349,66	1 071,21	194,89	212,88	2 957,6
1976	1 549,80	4 246,16	3 894,28	302,83	633,77	367,56	1 120,24	193,26	221,87	3 099,6
1977	1 593,91	4 270,71	4 019,58	309,66	655,17	376,08	1 171,11	197,81	232,43	3 241,1
1978	1 641,64	4 392,52	4 154,25	320,39	679,29	385,32	1 171,80	198,99	243,95	3 409,5
1979	1 709,17	4 487,39	4 288,91	329,43	719,96	394,46	1 227,35	203,84	257,70	3 480,0
1980	1 727,51	4 673,60	4 358,57	323,92	750,46	397,86	1 263,16	212,77	266,63	3 474,6
1981	1 730,52	4 633,20	4 409,84	320,57	757,66	395,06	1 259,51	215,83	275,68	3 543,3
1982	1 714,14	4 700,90	4 522,10	325,32	760,13	389,49	1 272,99	213,83	285,07	3 455,9
1983	1 740,90	4 719,70	4 553,52	336,77	768,68	394,96	1 298,36	215,98	293,02	3 585,0
1984	1 789,35	4 815,40	4 613,36	343,95	791,84	407,44	1 316,02	219,80	305,70	3 836,1
1985	1 823,18	4 856,92	4 700,14	356,22	812,64	418,18	1 348,42	227,95	321,53	3 974,1
1986	1 863,77	4 936,37	4 818,49	369,85	833,30	426,69	1 364,18	234,48	330,02	4 091,2
1987	1 890,28	5 051,12	4 926,94	386,97	858,61	430,21	1 391,18	239,24	344,33	4 238,3
1988	1 960,51	5 284,40	5 132,88	403,26	893,91	441,95	1 444,92	246,18	365,82	4 425,3
1989	2 024,16	5 496,79	5 334,55	410,76	921,06	459,66	1 502,43	254,80	383,09	4 535,2
1990	2 119,73	5 689,97	5 486,70	413,10	939,08	475,79	1 571,30	261,53	404,65	4 577,1

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12 * auf Seite 297. — [2]) Ab 1987 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein. — [4]) Für Japan: Bruttosozialprodukt.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 4 *

Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr [2])	Bundesrepublik Deutschland [3])	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien [1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan [1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
	Volkseinkommen									
1960	239,82	447,30	231,16	20,87	19,89	37,08	123,12	31,05	12,92	417,30
1961	261,06	471,89	252,77	22,06	22,08	38,79	136,17	34,81	15,60	430,69
1962	282,39	505,25	283,23	23,08	24,88	41,64	144,16	38,70	17,54	464,52
1963	298,07	543,02	316,11	24,51	28,44	45,05	155,01	42,59	20,25	491,27
1964	327,83	608,75	349,59	26,61	31,03	53,39	168,90	47,08	23,47	527,93
1965	359,42	667,22	377,40	28,65	33,47	59,54	182,89	50,49	26,16	574,99
1966	380,61	710,61	408,29	30,20	36,47	64,34	198,39	54,11	30,49	631,16
1967	381,39	756,19	443,35	31,60	40,04	70,57	210,95	58,34	36,11	666,47
1968	417,67	812,94	489,71	33,93	43,73	77,95	224,92	62,20	42,63	726,62
1969	462,09	904,11	556,24	36,36	48,48	89,40	246,86	67,06	50,10	783,79
1970	530,00	1 006,93	618,13	39,85	54,26	99,37	276,87	74,28	59,31	814,83
1971	585,59	1 107,29	687,63	44,30	59,25	110,88	307,66	84,74	64,75	878,22
1972	641,99	1 254,60	764,42	50,23	65,27	125,24	348,75	95,61	74,60	972,03
1973	718,85	1 441,60	876,09	58,31	79,16	144,29	393,06	107,27	91,80	1 092,64
1974	769,97	1 682,13	1 004,88	65,34	99,13	164,56	453,08	117,48	109,31	1 167,01
1975	799,50	1 870,75	1 126,66	82,97	113,89	179,74	486,15	117,48	121,18	1 252,16
1976	874,94	2 129,95	1 295,14	96,83	142,81	206,72	543,50	119,44	137,28	1 402,09
1977	933,39	2 289,44	1 471,33	112,45	173,99	223,96	593,01	121,78	151,49	1 571,64
1978	1 001,30	2 453,88	1 665,92	128,61	207,28	241,04	631,96	126,66	167,50	1 781,17
1979	1 078,64	2 623,64	1 876,99	149,10	256,69	256,87	690,00	132,96	180,43	1 972,54
1980	1 134,22	2 849,49	2 105,16	172,56	320,04	272,23	745,83	142,71	195,16	2 122,86
1981	1 175,18	2 943,59	2 377,42	186,64	381,22	284,33	785,15	154,70	207,82	2 360,31
1982	1 211,97	3 188,09	2 708,54	204,38	445,96	298,30	842,07	164,86	217,78	2 434,62
1983	1 270,94	3 372,25	2 991,95	225,68	514,76	307,91	890,31	171,65	226,59	2 628,20
1984	1 334,72	3 637,30	3 255,36	241,13	592,57	323,68	938,43	179,68	240,52	2 944,34
1985	1 395,45	3 891,63	3 510,87	265,15	661,81	338,12	994,16	191,92	255,39	3 152,90
1986	1 486,74	4 108,97	3 809,76	282,36	731,70	345,01	1 051,78	204,90	266,75	3 327,26
1987	1 537,48	4 254,05	3 983,58	310,16	791,95	344,10	1 092,26	214,25	275,69	3 569,21
1988	1 623,52	4 540,95	4 241,52	347,80	870,86	359,32	1 160,76	225,28	293,36	3 889,47
1989	1 710,00	4 919,19	4 559,90	381,96	953,06	377,85	1 241,59	242,29	311,00	4 127,99
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit									
1960	143,16	256,69	133,77	15,21	9,92	20,59	73,49	19,34	6,45	296,92
1961	161,64	269,58	149,61	16,44	11,02	22,61	81,91	21,93	7,64	305,84
1962	178,84	296,17	169,09	17,35	12,83	24,85	89,20	24,60	9,12	327,69
1963	191,86	325,89	192,66	18,24	15,60	27,72	96,09	27,46	10,64	345,81
1964	209,93	367,39	215,12	19,78	17,46	33,08	105,76	30,52	12,45	371,28
1965	232,96	406,58	231,94	21,36	18,43	37,47	116,46	33,13	14,50	400,18
1966	250,83	445,61	250,13	22,90	19,71	42,16	128,35	35,30	16,78	443,56
1967	250,35	476,89	269,97	23,85	21,80	46,01	138,95	38,34	19,29	476,21
1968	268,84	506,84	301,80	25,52	23,70	50,74	147,31	40,93	22,48	525,47
1969	302,62	562,04	345,18	27,30	26,12	58,79	160,64	44,09	26,45	579,18
1970	359,29	630,65	391,44	30,63	30,54	67,17	175,82	49,61	31,90	619,07
1971	406,82	718,91	441,49	33,57	35,01	77,08	203,19	57,68	37,82	660,33
1972	450,56	823,49	493,52	37,95	39,06	86,28	230,88	65,56	44,03	727,51
1973	512,63	948,73	566,40	43,97	47,05	99,95	270,38	74,74	55,18	814,66
1974	566,60	1 144,35	678,95	52,50	58,69	116,20	315,03	83,09	70,01	893,81
1975	591,24	1 313,75	801,76	68,63	70,85	131,17	353,60	85,15	81,58	952,09
1976	637,94	1 515,95	932,94	78,20	86,92	145,89	389,47	85,68	92,02	1 061,88
1977	685,41	1 646,92	1 061,18	86,78	106,32	159,54	431,45	87,69	102,80	1 181,13
1978	731,74	1 767,15	1 203,11	99,05	123,16	172,77	472,42	92,19	111,08	1 334,58
1979	791,66	1 888,89	1 363,25	116,07	149,61	185,92	504,52	97,10	120,06	1 497,63
1980	860,88	2 071,03	1 575,78	137,97	184,06	197,84	545,63	104,65	130,40	1 646,34
1981	902,55	2 150,01	1 792,60	149,92	224,03	201,53	589,01	114,12	141,49	1 817,19
1982	929,75	2 278,55	2 054,56	159,06	260,86	207,48	616,85	122,70	149,56	1 918,00
1983	949,03	2 383,21	2 259,28	170,26	300,16	209,64	642,44	128,16	157,36	2 032,31
1984	983,69	2 528,34	2 425,77	181,25	334,99	210,00	676,33	133,43	166,12	2 224,42
1985	1 021,42	2 658,25	2 582,45	196,20	374,05	216,77	717,09	141,52	173,89	2 379,65
1986	1 074,44	2 796,79	2 708,11	212,37	404,07	225,24	761,25	150,46	181,96	2 523,88
1987	1 119,35	2 865,18	2 820,07	230,17	439,61	232,06	792,73	158,16	189,07	2 699,97
1988	1 163,78	2 979,28	2 964,86	256,19	485,84	239,15	822,36	168,02	200,11	2 919,69
1989	1 216,27	3 137,42	3 153,68	284,80	532,82	244,79	876,23	180,05	214,62	3 093,84

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12 * auf Seite 297. — [2]) Ab 1987 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Angaben nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; sie schließen Berlin (West) ein.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 5*

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern

1985 = 100

Jahr[1]	Bundesrepublik Deutschland[2]	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen (Produktivität)[3]									
1960	47,2	43,2	43,8	57,9	37,0	47,9	42,1	63,9	25,8	75,2
1961	48,8	44,9	46,2	58,7	39,9	47,7	44,1	65,6	28,5	77,2
1962	50,9	46,6	49,0	59,1	42,6	50,0	45,4	66,2	30,6	80,1
1963	52,3	48,3	50,7	61,2	45,6	51,1	47,6	68,4	32,9	82,0
1964	55,8	51,0	53,1	63,7	47,1	54,2	50,5	70,9	38,5	84,5
1965	58,5	52,7	55,2	64,7	49,8	56,5	52,4	73,7	37,7	87,1
1966	60,4	54,1	57,7	65,5	53,7	57,7	55,5	75,7	40,9	90,0
1967	62,2	56,5	60,1	68,2	56,9	60,9	58,0	77,7	44,6	90,7
1968	65,6	59,0	62,8	71,2	60,7	64,1	61,2	80,0	49,5	92,5
1969	69,5	61,7	66,1	72,4	65,0	66,7	64,7	83,2	55,3	92,4
1970	72,2	68,1	69,0	74,4	68,0	69,7	68,7	87,2	60,7	91,2
1971	74,1	70,1	71,9	76,5	69,3	72,3	71,5	89,3	63,0	92,9
1972	77,0	74,1	74,6	79,3	72,4	75,4	75,3	91,2	68,2	94,1
1973	79,8	77,8	77,5	82,9	76,9	78,9	77,9	93,1	71,6	95,4
1974	81,1	79,7	79,2	81,4	79,5	81,9	80,0	94,3	71,3	92,8
1975	82,2	79,6	79,7	81,1	77,0	82,3	80,3	92,4	73,6	92,9
1976	87,1	84,6	82,5	84,0	81,6	86,6	83,7	94,4	76,0	94,2
1977	89,4	85,4	84,4	85,8	83,5	88,4	86,6	96,2	78,6	95,0
1978	91,4	87,7	87,0	88,2	86,3	89,9	86,3	95,8	81,5	95,7
1979	93,5	88,8	89,6	89,3	90,6	90,9	90,0	97,1	84,9	94,9
1980	93,1	92,5	90,9	88,1	93,2	91,0	91,7	99,1	87,0	94,3
1981	93,4	93,6	92,6	90,8	93,9	91,7	91,7	99,3	89,2	95,2
1982	93,5	96,3	94,8	93,8	94,5	92,7	94,0	99,0	91,3	93,6
1983	96,4	97,7	95,8	98,2	95,3	95,8	96,7	101,3	92,3	95,9
1984	98,9	99,7	97,9	97,8	97,9	98,9	97,9	103,3	95,8	98,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	100,8	101,0	102,4	103,7	102,0	100,1	100,9	101,9	101,8	100,6
1987	101,5	102,9	104,3	106,2	104,8	99,5	102,9	102,8	105,2	101,6
1988	104,4	106,1	107,9	107,1	108,4	100,8	106,7	104,6	109,9	103,8
1989	106,3	108,5	110,8	105,9	111,6	103,2	109,4	107,0	112,9	104,2
1990	108,4	111,3	112,5	105,7	112,2	104,5	112,0	108,4	116,9	104,7
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer[4]									
1960	16,1	10,8	7,1	7,6	3,3	11,5	12,3	17,0	6,8	22,5
1961	17,9	11,1	7,8	8,1	3,5	12,4	13,6	18,3	7,6	23,2
1962	19,5	11,9	8,6	8,4	4,0	13,2	14,7	19,8	8,7	24,2
1963	20,8	12,9	9,5	8,8	4,8	14,4	15,8	21,8	9,9	25,0
1964	22,5	14,1	10,3	9,5	5,4	16,8	17,3	23,8	11,2	26,1
1965	24,7	15,4	10,9	10,1	5,8	18,8	18,9	26,1	12,5	27,0
1966	26,6	16,8	11,6	10,8	6,3	20,9	20,7	27,9	13,9	28,4
1967	27,4	18,0	12,3	11,4	6,9	22,8	22,7	30,1	15,6	29,7
1968	29,3	19,2	13,7	12,3	7,4	24,7	24,3	31,9	17,7	31,7
1969	32,1	20,7	15,2	13,2	8,0	27,7	26,3	33,9	20,5	33,7
1970	37,2	23,5	16,7	14,9	9,2	31,1	28,5	37,5	23,9	35,8
1971	41,5	26,3	18,6	16,6	10,4	35,4	32,0	42,9	27,5	38,0
1972	45,5	30,1	20,4	18,7	11,6	40,0	35,6	48,1	31,5	40,5
1973	50,9	34,1	22,9	21,2	13,7	46,1	40,3	54,3	37,9	43,5
1974	56,8	40,2	26,9	25,1	16,7	53,4	45,8	60,4	47,7	46,8
1975	60,7	46,8	32,0	33,0	19,9	60,5	51,7	65,0	55,5	50,7
1976	65,4	54,3	36,8	37,9	24,1	67,0	56,4	67,4	61,5	54,8
1977	69,8	59,1	41,3	41,9	29,0	72,7	61,3	68,7	67,6	58,7
1978	73,5	63,4	46,5	47,5	33,7	77,9	66,5	71,5	72,5	63,1
1979	77,8	67,1	52,5	54,7	40,2	82,6	70,4	74,5	76,8	68,3
1980	83,1	73,6	60,4	65,5	48,9	87,1	75,1	78,5	81,4	74,6
1981	87,1	78,3	69,1	74,8	59,6	90,1	81,1	84,6	86,9	81,7
1982	90,7	84,5	78,8	81,1	69,5	95,3	86,1	91,5	90,5	87,8
1983	94,0	89,8	86,7	88,2	80,6	98,3	90,5	96,8	92,7	92,3
1984	97,2	95,6	93,8	93,2	90,6	98,6	94,9	101,0	96,6	96,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	103,6	104,6	104,5	108,4	107,7	101,6	105,5	105,3	103,1	103,9
1987	106,9	106,8	108,2	116,4	117,2	103,1	109,7	109,4	105,9	108,3
1988	110,1	109,4	112,6	125,7	127,5	104,7	113,2	114,9	109,4	113,4
1989	113,2	113,3	117,8	137,2	139,1	105,2	118,5	121,8	113,8	117,0

[1] Ab 1987 vorläufige Ergebnisse. — [2] Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein. — [3] Für Japan: Bruttosozialprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen. — [4] Für Schweiz: Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Erwerbstätigen.

Quellen für Grundzahlen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 6*

Zinsen in wichtigen Industrieländern

Prozent p. a.

Zeitraum[1]	Bundesrepublik Deutschland[2]	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Kurzfristige Zinssätze[3]					
1970	9,41	7,87	8,93	6,97	.	7,96	6,49	5,36	5,91	6,39
1971	7,15	5,09	6,29	5,53	5,76	5,26	6,63	3,23	5,40	4,33
1972	5,61	3,86	5,51	5,63	5,18	2,96	6,66	1,83	4,36	4,07
1973	12,14	6,15	9,13	9,53	6,93	6,89	6,75	4,02	5,15	7,03
1974	9,90	10,20	13,02	11,34	14,57	10,35	6,95	5,98	6,83	7,83
1975	4,96	7,00	7,92	10,16	10,64	5,27	7,57	3,47	6,33	5,78
1976	4,25	9,76	8,69	11,20	15,68	6,88	7,94	1,20	5,68	4,97
1977	4,37	7,08	9,22	7,54	14,04	4,57	7,96	2,11	6,28	5,27
1978	3,70	7,14	8,16	8,58	11,50	6,54	7,87	0,62	5,12	7,19
1979	6,69	10,75	9,48	13,11	11,86	9,47	7,50	1,30	5,85	10,07
1980	9,54	14,09	12,21	15,01	17,15	10,70	8,00	5,03	10,68	11,43
1981	12,11	15,24	15,26	13,04	19,31	11,60	9,16	8,20	7,41	14,03
1982	8,88	14,10	14,62	11,40	19,89	8,36	10,10	4,40	6,84	10,61
1983	5,78	10,56	12,47	9,58	18,31	5,62	8,95	3,31	6,50	8,61
1984	5,99	11,42	11,70	9,30	17,26	6,09	8,02	3,77	6,32	9,52
1985	5,44	9,59	9,94	11,64	15,26	6,34	7,87	4,36	6,48	7,48
1986	4,64	8,11	7,70	10,30	13,41	5,61	7,37	3,63	4,97	5,98
1987	4,03	7,10	8,27	9,22	11,33	5,31	6,47	3,22	3,87	5,78
1988	4,33	6,72	7,94	9,92	10,82	4,76	6,03	2,58	3,96	6,67
1989	7,12	8,68	9,40	13,31	12,61	7,34	6,97	6,44	4,73	8,11
1990	8,49	9,67	10,32	13,98	12,06	8,68	8,41	8,32	6,93	7,49
1990 1.Vj.	8,36	10,39	11,02	14,51	12,94	8,91	8,12	8,74	6,20	7,76
2.Vj.	8,30	9,92	9,97	14,47	12,31	8,47	8,34	8,42	6,77	7,75
3.Vj.	8,39	9,19	10,20	14,28	11,74	8,44	8,45	8,03	7,19	7,48
4.Vj.	8,90	9,19	10,10	12,64	11,26	8,91	8,73	8,09	7,57	6,99
1991 1.Vj.	9,17	9,63	9,83	12,20	13,22	9,22	9,07	7,66	7,63	6,02
2.Vj.	9,11	9,18	9,43	10,89	11,85	9,16	8,93	7,63	7,49	5,57
3.Vj.	9,24	9,24	9,54	10,06	...	9,27	8,93	7,48	6,95	5,36
					Langfristige Zinssätze[4]					
1970	8,32	7,80	8,81	9,22	7,72	8,22	7,82	5,72	7,19	6,58
1971	7,99	7,32	8,55	8,90	7,04	7,35	7,71	5,27	7,28	5,74
1972	7,88	7,04	8,10	8,91	6,58	6,88	7,37	4,96	6,70	5,64
1973	9,33	7,49	8,86	10,72	6,85	7,92	8,25	5,59	7,26	6,31
1974	10,38	8,77	10,91	14,77	9,11	9,83	9,74	7,13	9,26	6,98
1975	8,48	8,52	10,49	14,39	10,06	8,79	9,61	6,44	9,20	7,00
1976	7,80	9,09	10,45	14,43	12,62	8,95	8,75	4,98	8,72	6,78
1977	6,16	8,76	11,00	12,73	14,71	8,10	8,74	4,05	7,33	7,06
1978	5,73	8,45	10,66	12,47	13,18	7,74	8,21	3,33	6,09	7,89
1979	7,43	9,70	10,63	12,99	13,12	8,78	7,96	3,45	7,69	8,74
1980	8,50	12,20	13,98	13,79	15,30	10,21	9,24	4,76	9,22	10,81
1981	10,38	13,78	16,56	14,74	19,35	11,52	10,61	5,57	8,66	12,87
1982	8,95	13,45	16,62	12,88	20,21	9,93	9,92	4,85	8,06	12,23
1983	7,89	11,80	14,62	10,81	18,25	8,24	8,17	4,51	7,42	10,84
1984	7,78	11,96	13,34	10,69	15,57	8,10	8,02	4,58	6,81	11,99
1985	6,87	10,61	11,87	10,62	13,70	7,33	7,77	4,70	6,34	10,75
1986	5,92	7,93	9,12	9,85	11,47	6,36	7,33	4,24	4,94	8,14
1987	5,84	7,83	10,22	9,50	10,58	6,38	6,94	4,03	4,21	8,63
1988	6,11	7,85	9,22	9,36	10,54	6,29	6,67	4,02	4,27	8,98
1989	7,03	8,64	9,16	9,58	11,61	7,21	7,14	5,20	5,05	8,59
1990	8,83	10,06	10,42	11,08	11,87	8,93	8,74	6,45	7,36	8,73
1990 1.Vj.	8,50	10,27	10,36	10,82	12,37	8,68	8,43	6,40	6,97	8,60
2.Vj.	8,93	9,91	10,07	11,42	11,83	8,94	8,80	6,39	7,00	8,81
3.Vj.	8,93	10,05	10,62	11,25	11,55	8,97	8,83	6,40	8,10	8,91
4.Vj.	9,03	10,00	10,61	10,83	11,74	9,13	8,91	6,61	7,38	8,61
1991 1.Vj.	8,73	9,45	9,79	10,06	11,91	8,82	8,67	6,28	6,79	8,28
2.Vj.	8,50	9,22	9,43	10,16	11,13	8,62	8,49	5,94	7,00	8,39
3.Vj.	8,80	9,33	9,46	9,84	11,33	8,81	8,67	6,15	6,49	8,21

[1] Jahres- und Vierteljahresdurchschnitte.
[2] Ab 1986 bis 2. Vj. 1990 Fibor (Frankfurt interbank offered rate) nach 360/360 Tage berechneter Satz.
Ab 3. Vj. 1990 Fibor nach der Zinsmethode 365/360 Tage berechneter Satz.
[3] Überwiegend für Dreimonats-Schatzwechsel.
[4] Umlaufsrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren.

Quelle: OECD

Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr[2])	Bundesrepublik Deutschland[3])	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen									
1960	171,84	390,55	179,61	17,11	14,79	25,97	97,12	23,28	9,40	330,7
1961	188,33	407,76	196,66	18,01	16,17	27,98	106,15	25,57	11,03	341,1
1962	204,79	428,83	219,72	19,10	18,25	30,47	114,50	28,53	12,65	361,9
1963	216,79	464,60	248,19	20,35	21,35	33,84	124,02	30,99	14,77	381,7
1964	233,50	496,86	271,14	21,73	23,14	38,27	133,05	33,82	17,03	409,3
1965	257,62	540,91	289,24	23,15	24,75	42,77	145,84	36,39	19,24	440,7
1966	275,06	579,71	312,82	24,51	27,30	46,52	155,66	39,23	22,14	477,3
1967	282,63	611,51	338,68	25,76	30,24	50,51	167,36	42,15	25,41	503,6
1968	300,74	662,74	369,60	27,75	32,26	55,21	178,37	44,91	28,97	552,5
1969	330,90	718,47	419,61	29,47	35,39	63,18	189,70	48,67	33,30	597,9
1970	368,85	769,01	459,57	32,11	39,99	70,82	205,29	53,33	38,33	640,0
1971	408,98	847,72	511,13	36,01	43,66	78,94	230,00	59,75	43,23	691,6
1972	451,96	947,78	570,30	40,75	47,95	88,45	259,81	67,78	49,90	757,6
1973	495,59	1 083,90	645,01	46,59	58,48	99,83	291,78	75,95	60,31	837,2
1974	533,64	1 255,90	749,59	53,69	73,64	113,39	330,61	83,14	72,91	916,5
1975	583,45	1 421,15	862,26	66,13	85,97	128,95	368,26	86,04	84,76	1 012,8
1976	631,87	1 612,07	993,54	76,88	106,38	147,99	410,18	88,90	95,78	1 129,3
1977	682,13	1 769,38	1 117,09	87,88	129,21	164,31	456,86	92,65	107,08	1 257,2
1978	725,94	1 890,04	1 264,00	101,24	150,85	179,17	468,85	95,28	117,92	1 403,5
1979	781,31	2 057,27	1 442,02	119,99	185,05	192,43	511,72	100,72	130,08	1 566,8
1980	837,02	2 224,90	1 653,31	139,61	236,60	205,78	552,53	108,04	141,32	1 732,6
1981	883,52	2 397,80	1 907,22	155,41	284,03	213,23	596,50	115,69	150,00	1 915,1
1982	916,10	2 622,60	2 200,82	170,65	335,45	221,83	640,19	122,06	160,83	2 050,7
1983	959,28	2 761,50	2 435,55	187,09	387,83	229,86	694,84	127,34	169,69	2 234,5
1984	1 001,20	2 958,70	2 651,31	199,64	443,97	236,75	733,18	133,61	178,63	2 430,5
1985	1 036,53	3 198,30	2 871,10	217,94	499,59	247,72	775,53	140,56	188,76	2 629,0
1986	1 066,43	3 303,10	3 062,81	241,88	551,84	256,15	804,41	144,93	195,97	2 797,4
1987	1 108,02	3 463,90	3 249,65	265,30	605,10	263,93	835,46	150,21	204,59	3 009,4
1988	1 153,69	3 608,80	3 447,85	297,57	664,90	268,93	875,30	156,97	215,12	3 238,2
1989	1 209,57	3 874,70	3 678,85	326,61	732,97	281,44	927,93	166,12	228,44	3 450,1
1990	1 299,23	4 159,86	3 910,60	345,96	832,04	299,08	996,03	178,71	243,40	3 657,3
	in Preisen von 1985									
1960	444,86	1 484,87	1 097,56	123,17	162,86	95,60	325,16	69,50	42,85	1 122,1
1961	471,87	1 510,33	1 162,81	125,90	175,04	95,48	341,82	74,24	47,30	1 144,6
1962	498,48	1 571,69	1 244,93	128,74	187,54	106,75	353,21	78,98	50,87	1 193,5
1963	512,33	1 642,23	1 330,80	134,73	204,93	114,27	372,74	82,80	55,35	1 237,5
1964	539,69	1 686,33	1 405,74	138,87	211,72	121,01	385,51	86,70	61,31	1 306,9
1965	576,70	1 756,90	1 462,09	141,00	218,63	130,06	404,55	89,70	64,84	1 380,4
1966	594,58	1 806,01	1 532,76	143,53	234,29	134,19	422,08	92,40	71,35	1 450,1
1967	601,41	1 858,67	1 610,84	147,06	251,58	141,49	436,83	95,10	78,76	1 493,5
1968	630,06	1 959,83	1 674,91	151,16	264,59	150,81	454,33	98,92	85,49	1 569,6
1969	680,29	2 062,44	1 775,99	152,09	282,04	162,72	467,60	104,28	94,33	1 626,3
1970	731,92	2 153,42	1 851,70	156,53	303,49	174,76	487,07	109,91	101,32	1 665,7
1971	772,71	2 255,11	1 943,12	161,58	313,98	180,53	519,79	115,14	106,99	1 718,0
1972	808,64	2 394,26	2 038,95	171,70	324,31	186,85	551,40	121,41	116,70	1 810,8
1973	833,04	2 580,31	2 147,54	180,84	347,15	194,32	581,02	124,82	127,29	1 886,3
1974	837,60	2 650,27	2 173,50	178,22	360,01	201,51	598,40	124,31	127,18	1 868,9
1975	863,82	2 666,08	2 235,37	177,50	360,69	208,16	617,83	120,93	132,94	1 911,2
1976	897,32	2 798,27	2 344,30	178,28	378,83	219,19	645,91	122,38	137,06	2 014,0
1977	937,80	2 866,08	2 408,51	177,48	391,29	229,27	681,11	126,05	142,70	2 103,2
1978	971,48	2 937,19	2 497,43	187,51	403,50	239,20	671,05	128,76	150,45	2 189,3
1979	1 003,06	3 077,96	2 572,82	195,66	432,21	246,32	700,62	130,20	160,26	2 237,8
1980	1 015,57	3 135,00	2 603,62	195,83	458,86	246,34	711,20	133,60	161,97	2 233,3
1981	1 007,92	3 108,10	2 657,03	196,01	466,17	240,15	713,47	134,25	164,53	2 259,9
1982	992,55	3 151,30	2 748,85	197,98	470,95	237,34	722,08	134,20	171,79	2 289,5
1983	1 005,92	3 101,30	2 774,12	207,11	473,07	239,41	758,05	136,44	177,71	2 395,9
1984	1 021,68	3 135,50	2 803,84	210,47	483,93	241,81	757,47	138,57	182,58	2 511,2
1985	1 036,53	3 198,30	2 871,10	217,94	499,59	247,72	775,53	140,56	188,76	2 629,0
1986	1 072,01	3 281,60	2 983,12	231,67	522,28	254,40	789,24	144,52	195,14	2 731,3
1987	1 106,88	3 382,20	3 063,65	243,51	545,89	263,31	812,06	147,51	203,34	2 808,7
1988	1 137,00	3 478,10	3 161,70	260,45	570,45	266,65	837,40	150,67	213,98	2 910,0
1989	1 156,73	3 611,20	3 256,55	270,47	594,18	273,39	864,17	153,79	223,30	2 966,2
1990	1 211,12	3 745,90	3 351,00	272,87	600,10	283,50	899,48	156,91	232,24	2 993,9

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 297. — [2]) Ab 1987 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Angaben nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; sie schließen Berlin (West) ein.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 8*

Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1]

Jahr [2]	Bundesrepublik Deutschland [3]	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien [1]	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan [1]	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen									
1960	40,45	71,96	42,77	4,24	2,97	5,61	21,12	3,36	1,28	100,6
1961	45,78	73,28	47,16	4,57	3,29	6,16	22,78	4,12	1,48	108,4
1962	52,83	80,84	53,20	4,90	3,81	6,90	24,68	4,78	1,75	118,1
1963	59,39	91,74	60,33	5,16	4,64	7,91	27,49	5,47	2,07	123,8
1964	62,10	98,90	66,16	5,48	5,24	9,41	30,18	6,02	2,35	130,0
1965	69,65	110,19	70,42	6,01	5,95	10,48	32,93	6,48	2,69	138,6
1966	75,45	121,18	75,42	6,54	6,33	11,68	36,68	6,91	3,05	158,6
1967	80,05	133,37	81,28	7,23	6,76	13,13	41,57	7,34	3,41	179,7
1968	82,73	144,02	92,16	7,68	7,37	14,22	45,25	7,91	3,93	197,7
1969	93,12	159,76	103,75	8,02	7,99	16,22	50,48	8,68	4,56	207,3
1970	106,47	175,30	116,64	9,04	8,71	18,66	55,22	9,64	5,46	218,2
1971	126,76	201,98	131,93	10,31	10,63	21,85	61,98	11,39	6,42	232,4
1972	141,04	232,44	146,80	11,75	12,08	24,43	70,10	12,88	7,54	250,0
1973	163,09	264,32	167,69	13,40	13,94	27,42	81,91	14,82	9,34	266,5
1974	190,11	314,32	200,23	16,72	16,81	32,45	97,43	16,63	12,24	299,1
1975	210,08	388,40	243,44	23,12	19,56	38,25	113,05	17,92	14,89	335,0
1976	221,86	441,00	287,76	27,04	23,44	43,47	127,79	18,94	16,42	356,9
1977	235,13	489,05	329,53	29,47	29,53	47,85	138,74	19,15	18,24	387,3
1978	253,09	543,96	383,68	33,40	35,85	52,61	154,14	19,77	19,75	425,2
1979	273,54	588,13	436,65	38,88	44,96	57,17	165,96	20,80	21,49	467,8
1980	298,02	643,59	509,27	49,02	57,01	60,26	178,70	21,98	23,57	530,3
1981	318,39	696,62	595,03	55,45	74,16	62,75	195,24	23,88	25,59	588,1
1982	326,44	734,18	701,30	60,44	87,39	65,12	214,30	25,94	26,80	641,7
1983	336,44	756,93	782,13	65,87	103,57	66,58	226,89	27,77	28,00	675,0
1984	350,44	792,36	854,30	69,84	118,03	66,39	237,76	28,93	29,45	735,8
1985	365,72	849,14	910,32	73,89	133,27	67,67	255,00	30,88	30,69	820,7
1986	382,55	881,40	959,51	79,46	145,96	68,55	270,66	32,33	32,39	872,2
1987	397,28	893,20	1 004,60	85,45	164,19	70,59	280,44	33,03	32,97	921,4
1988	412,38	899,80	1 059,20	91,95	184,26	71,16	288,35	35,41	34,18	962,5
1989	418,78	930,00	1 106,40	99,23	199,65	72,49	302,08	37,88	36,24	1 025,6
1990	443,08	981,12	1 170,00	109,42	217,80	75,33	319,00	40,84	38,28	1 098,1
	in Preisen von 1985									
1960	159,19	325,14	386,49	45,36	57,48	36,54	120,18	12,53	9,40	453,1
1961	169,05	331,03	405,02	46,97	59,99	37,57	122,35	14,67	9,95	479,4
1962	185,27	359,94	424,14	48,40	62,33	38,82	125,25	15,88	10,82	504,4
1963	196,74	400,95	438,47	49,22	65,00	40,66	130,23	17,25	11,71	516,1
1964	200,17	417,77	456,71	50,00	67,75	41,35	136,66	17,72	12,10	528,4
1965	209,96	441,87	471,39	51,32	70,43	42,00	137,66	18,53	12,56	546,6
1966	216,50	461,68	484,17	52,68	73,22	42,72	144,04	18,89	13,28	597,8
1967	224,41	488,53	504,77	55,66	76,43	43,74	149,79	19,18	13,80	646,7
1968	225,40	505,94	533,09	55,88	80,39	44,70	154,50	19,92	14,68	670,8
1969	235,32	536,91	555,06	54,85	82,64	46,71	157,99	20,87	15,55	663,6
1970	245,51	554,41	578,29	55,76	84,77	49,53	163,20	21,91	16,66	642,7
1971	258,07	587,07	601,06	57,42	89,16	51,70	168,55	23,18	17,54	635,8
1972	268,77	621,82	622,25	59,84	93,67	52,11	175,48	23,89	18,48	640,6
1973	282,21	655,01	643,25	62,43	96,21	52,52	180,72	24,64	19,47	634,5
1974	293,44	679,76	651,10	63,60	98,49	53,68	191,02	25,17	20,09	643,4
1975	304,74	711,60	679,63	67,15	100,86	55,88	198,62	25,36	21,66	652,0
1976	309,47	740,17	707,88	67,98	102,99	58,18	207,08	26,12	22,63	651,3
1977	313,69	760,08	724,73	66,86	106,11	60,15	213,82	26,23	23,55	661,2
1978	325,89	804,72	762,16	68,39	109,87	62,49	220,89	26,76	24,75	678,0
1979	336,92	826,41	785,17	69,87	113,15	64,27	227,45	27,18	25,83	683,7
1980	345,66	839,40	805,05	70,98	115,54	64,63	233,52	27,44	26,68	696,5
1981	351,96	841,80	830,30	71,18	118,69	65,92	238,71	28,14	27,96	706,8
1982	348,79	828,40	861,60	71,76	122,08	66,35	244,19	28,45	28,53	720,3
1983	349,54	828,10	879,64	73,19	125,62	67,18	249,60	29,54	29,38	728,4
1984	358,31	829,00	890,01	73,87	128,75	66,78	250,14	29,91	30,17	760,7
1985	365,72	849,14	910,32	73,89	133,26	67,67	255,00	30,88	30,69	820,7
1986	375,04	864,00	926,11	75,23	137,13	69,01	259,24	32,02	32,05	854,8
1987	380,85	871,10	952,00	76,20	142,26	70,66	260,27	32,60	32,12	874,5
1988	389,10	867,20	978,70	76,68	146,26	70,94	261,13	34,00	32,82	876,0
1989	382,64	860,70	980,70	77,19	147,04	70,93	262,63	34,82	33,51	895,8
1990	390,51	858,12	1 014,00	78,98	151,00	71,58	265,25	35,90	33,98	921,3

[1] Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 297. — [2] Ab 1987 vorläufige Ergebnisse. — [3] Angaben nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; sie schließen Berlin (West) ein.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr [2])	Bundesrepublik Deutschland [3])	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien [1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan [1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen									
1960	73,58	107,74	62,71	4,23	6,45	10,72	40,66	9,27	4,64	75,1
1961	83,46	122,34	72,25	4,75	7,38	11,65	47,35	11,51	6,17	74,7
1962	92,88	134,78	81,31	4,90	8,44	12,36	49,57	13,44	7,07	81,5
1963	97,71	140,77	94,36	5,14	9,81	13,03	53,91	15,39	7,93	87,3
1964	111,70	170,48	108,43	6,12	9,94	16,45	59,92	17,45	9,36	94,2
1965	119,90	185,51	118,74	6,63	9,28	18,11	67,40	17,47	9,78	106,2
1966	124,17	204,33	130,75	7,06	9,80	20,58	74,76	17,91	11,56	114,4
1967	114,18	218,85	142,00	7,71	11,20	22,67	76,03	18,33	14,29	115,4
1968	119,39	219,67	151,21	8,51	12,65	25,63	78,86	19,20	17,57	129,1
1969	138,90	241,30	173,15	8,83	14,46	26,54	83,95	21,00	21,44	143,4
1970	172,05	286,18	192,94	9,74	16,53	31,36	97,18	24,96	26,04	145,7
1971	196,11	304,81	218,27	10,89	17,48	34,64	116,90	30,13	27,64	164,7
1972	209,17	329,75	244,45	11,94	18,47	36,40	144,91	34,64	31,52	191,5
1973	219,26	375,58	285,19	14,73	24,06	40,66	154,97	38,21	40,94	219,2
1974	212,71	467,37	336,12	17,50	31,66	43,85	175,72	38,88	46,70	225,4
1975	209,41	511,15	354,31	21,04	34,57	46,32	174,92	33,66	48,14	225,2
1976	225,65	568,73	407,24	24,50	41,78	48,97	188,71	29,23	51,95	261,7
1977	242,43	602,96	439,35	27,04	50,32	57,89	212,91	30,24	55,98	322,8
1978	264,90	647,53	488,44	31,06	57,66	63,30	215,57	32,49	62,15	388,2
1979	301,29	661,10	555,07	36,93	70,77	66,49	231,94	34,59	70,17	441,9
1980	332,08	728,29	645,75	41,56	94,06	70,79	255,46	40,50	75,82	445,3
1981	331,29	642,88	700,53	41,30	110,68	67,58	267,94	44,56	78,91	491,5
1982	323,45	672,12	774,28	44,82	121,73	67,16	262,88	45,30	79,74	471,8
1983	340,81	669,01	809,60	48,62	134,59	69,46	269,55	47,50	78,88	509,4
1984	350,67	709,03	840,36	54,97	153,36	74,31	282,92	49,80	83,25	597,1
1985	355,81	741,29	905,29	60,35	168,23	80,25	304,41	54,20	88,04	631,8
1986	373,48	782,92	977,52	64,21	176,76	86,18	324,01	59,00	91,31	652,5
1987	385,78	835,41	1 054,80	73,91	193,61	87,10	341,75	64,37	99,16	672,1
1988	409,90	968,60	1 177,20	89,91	216,63	96,68	370,68	71,48	111,07	720,8
1989	451,40	1 153,66	1 295,90	100,20	240,24	103,55	402,19	79,86	122,52	742,9
1990	509,51	1 277,10	1 373,10	103,92	263,50	110,00	443,74	86,24	138,79	746,1
	in Preisen von 1985									
1960	218,84	419,88	355,43	31,08	86,72	41,96	125,46	25,42	13,07	254,3
1961	233,30	471,79	394,06	34,11	96,75	44,50	141,25	29,41	16,13	253,4
1962	242,39	499,54	427,52	34,35	106,20	46,01	145,12	32,42	18,41	274,1
1963	245,39	500,28	465,11	34,82	114,77	46,53	150,11	34,79	20,60	292,3
1964	272,94	573,64	513,81	40,59	108,10	55,44	164,50	37,63	23,84	312,1
1965	285,96	597,30	549,72	42,69	99,01	58,38	173,01	36,70	24,94	343,9
1966	289,29	638,07	589,61	43,78	103,29	63,07	188,33	36,39	28,44	355,9
1967	269,27	656,61	625,16	47,61	115,41	68,41	188,46	36,45	33,60	347,8
1968	278,33	648,35	659,73	50,59	127,87	76,04	193,84	37,57	40,47	373,0
1969	305,78	682,93	720,19	50,29	137,78	74,34	203,37	39,80	48,11	387,5
1970	334,04	740,49	753,47	51,56	141,97	79,94	223,33	43,35	56,22	375,6
1971	354,14	726,41	808,13	52,52	142,20	81,16	254,13	47,63	58,70	402,2
1972	363,46	751,07	856,82	52,40	144,07	79,30	284,97	50,00	64,39	446,5
1973	362,46	803,82	929,38	55,82	156,68	82,62	285,97	51,45	71,88	483,8
1974	327,24	859,60	941,31	54,47	159,88	79,31	297,32	49,26	65,90	450,8
1975	310,34	843,54	880,60	53,38	148,16	75,85	282,59	42,57	65,27	398,6
1976	321,73	877,23	909,34	54,28	148,23	74,20	293,38	38,10	67,04	434,1
1977	333,92	877,60	892,82	53,31	150,96	81,43	308,32	38,71	68,89	495,3
1978	348,26	901,86	911,52	54,91	151,91	83,49	295,77	41,08	74,26	543,6
1979	372,16	877,31	940,13	56,45	160,59	82,05	306,15	43,17	78,88	563,7
1980	380,79	917,66	964,78	53,42	174,56	81,28	315,28	47,45	78,89	519,4
1981	362,21	769,88	946,55	48,30	169,06	72,82	310,93	48,73	80,78	524,9
1982	343,13	756,69	933,57	50,92	160,28	69,86	285,55	47,48	80,66	474,7
1983	354,59	723,40	900,29	53,48	158,79	71,31	283,91	49,43	79,88	513,6
1984	355,70	736,01	876,89	58,03	165,87	75,15	289,91	51,48	83,60	599,8
1985	355,81	741,29	905,29	60,35	168,23	80,25	304,41	54,20	88,04	631,8
1986	368,49	774,05	945,98	61,48	170,86	86,15	315,62	58,48	92,23	638,0
1987	376,22	818,73	991,87	67,61	180,72	87,08	324,61	62,82	101,09	650,2
1988	393,68	928,90	1 077,35	77,33	192,92	95,09	343,99	67,18	113,15	686,3
1989	421,38	1 055,05	1 157,88	80,49	202,80	98,77	362,80	71,20	123,22	697,4
1990	458,64	1 135,23	1 197,25	78,65	207,76	103,69	387,71	73,03	136,63	696,6

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 297. — [2]) Ab 1987 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Angaben nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; sie schließen Berlin (West) ein.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 10*

Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr[2])	Bundesrepublik Deutschland[3])[4])	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])[3])	Vereinigte Staaten[3])
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen									
1960	60,68	213,9	43,58	5,16	3,22	21,18	39,51	10,96	1,77	29,9
1961	63,20	234,8	45,97	5,39	3,67	21,32	43,28	12,07	1,86	31,1
1962	66,26	261,2	47,32	5,53	4,08	22,62	47,71	13,22	2,15	33,1
1963	72,03	288,7	52,07	5,88	4,49	24,59	51,90	14,41	2,35	35,7
1964	79,86	329,2	57,95	6,20	5,18	28,04	56,21	15,94	2,89	40,5
1965	87,19	354,0	65,30	6,61	6,21	30,85	61,90	17,49	3,56	42,9
1966	98,42	395,3	71,01	7,17	6,92	32,69	67,26	19,21	4,17	46,6
1967	106,41	414,2	75,88	7,39	7,50	34,84	71,52	20,50	4,47	49,5
1968	120,21	465,5	82,65	8,98	8,57	39,08	78,80	23,17	5,53	54,8
1969	137,34	561,6	100,23	10,09	9,84	45,90	95,02	26,63	6,82	60,4
1970	152,93	654,5	125,43	11,51	11,04	54,30	116,75	29,71	8,27	68,9
1971	166,96	698,7	145,21	12,92	12,36	62,02	128,64	32,06	9,90	72,4
1972	181,86	789,1	165,14	13,62	14,11	69,40	146,44	35,77	10,38	81,4
1973	214,05	975,8	198,57	17,07	16,83	83,41	165,89	40,22	12,13	114,1
1974	275,91	1 260,2	269,64	22,88	24,64	107,78	204,21	45,91	19,45	151,5
1975	269,55	1 220,1	279,80	26,86	28,47	109,72	209,02	44,03	20,25	161,3
1976	306,54	1 456,9	332,95	35,09	38,56	128,47	236,29	47,70	23,84	177,7
1977	324,53	1 543,7	392,89	43,30	49,84	130,74	256,94	53,45	25,56	191,6
1978	341,20	1 597,4	445,46	47,48	59,39	133,34	280,76	53,23	24,11	227,5
1979	374,59	1 863,9	526,94	54,90	75,15	155,06	327,69	56,02	27,90	291,2
1980	420,66	2 170,2	604,42	62,80	84,95	176,81	366,24	62,58	35,71	351,0
1981	481,70	2 439,0	714,28	67,62	108,34	204,62	404,51	69,10	41,81	382,8
1982	517,69	2 794,3	790,35	72,89	125,13	212,60	431,24	69,55	44,48	361,9
1983	522,24	3 078,9	900,66	80,27	140,02	219,77	449,69	71,76	43,49	352,5
1984	585,80	3 505,2	1 053,33	92,10	165,20	248,56	497,64	80,55	50,02	383,5
1985	644,66	3 644,9	1 123,93	102,49	185,02	265,54	549,13	89,02	52,08	370,9
1986	637,02	3 525,6	1 074,10	98,56	181,96	232,52	522,97	89,12	43,43	396,5
1987	637,52	3 614,4	1 101,30	107,56	191,84	226,65	527,19	90,53	43,82	449,6
1988	687,87	4 029,6	1 220,50	108,74	210,05	246,40	590,32	97,99	47,61	552,0
1989	787,94	4 621,9	1 412,10	123,76	244,18	274,66	669,30	110,68	57,11	626,2
1990	872,88	4 751,3	1 467,00	135,21	270,30	285,90	736,71	115,50	64,44	672,8
	in Preisen von 1985									
1960	143,57	811,45	216,22	35,06	30,43	60,37	94,82	24,91	3,23	99,4
1961	150,16	885,82	227,29	36,19	34,92	61,79	100,17	26,91	3,40	101,7
1962	153,87	975,48	231,31	36,78	38,54	65,64	110,02	28,58	3,96	108,0
1963	165,15	1 055,85	247,63	38,55	41,04	69,57	117,87	30,06	4,23	115,9
1964	178,11	1 155,41	264,11	39,84	45,47	77,43	124,36	31,99	5,10	130,1
1965	189,05	1 225,58	294,52	41,53	54,56	83,29	133,23	34,40	6,30	133,3
1966	207,71	1 319,74	313,97	43,71	60,66	87,64	142,19	36,19	7,36	139,8
1967	224,86	1 376,11	336,85	43,96	65,01	93,44	150,46	37,43	7,86	145,0
1968	254,31	1 544,04	368,58	49,46	74,02	105,39	163,18	41,17	9,69	157,3
1969	279,88	1 780,64	426,56	54,32	82,73	121,14	191,90	46,66	11,78	166,7
1970	297,14	1 962,66	495,32	57,18	87,54	135,50	223,56	49,85	13,93	180,1
1971	310,88	2 051,75	541,12	61,15	93,68	149,94	237,88	51,79	16,20	181,0
1972	330,73	2 278,63	606,21	61,83	102,55	164,86	262,02	55,09	17,10	197,2
1973	364,91	2 601,21	671,41	69,19	106,59	184,81	276,27	59,42	18,24	244,7
1974	408,69	2 698,91	730,82	74,26	112,85	189,59	305,86	60,03	22,37	271,8
1975	382,72	2 477,10	718,49	72,14	114,92	183,65	298,52	56,09	22,17	262,3
1976	419,94	2 795,68	777,23	78,71	126,61	201,79	331,54	61,30	25,39	277,2
1977	435,92	2 857,89	834,48	84,13	141,33	198,22	345,58	67,26	28,06	284,4
1978	450,79	2 922,87	883,75	85,70	154,59	204,76	370,91	69,76	28,06	315,7
1979	471,73	3 128,86	949,68	88,92	168,10	219,92	414,15	71,48	30,20	360,4
1980	498,73	3 207,20	975,33	88,95	153,73	223,24	435,69	75,11	35,38	392,8
1981	540,12	3 289,60	1 011,19	88,29	163,23	226,69	456,93	78,72	40,38	396,7
1982	559,64	3 332,30	994,13	89,03	163,17	226,65	469,26	76,47	41,97	365,5
1983	554,12	3 423,40	1 030,80	90,83	167,48	234,62	484,23	77,28	42,74	351,6
1984	601,64	3 605,60	1 102,90	96,79	178,47	251,97	513,71	82,19	49,07	375,5
1985	644,66	3 644,90	1 123,93	102,49	185,02	265,54	549,13	89,02	52,20	370,9
1986	645,24	3 849,20	1 107,64	107,25	189,55	273,27	534,25	89,35	49,40	401,1
1987	651,31	4 094,60	1 138,65	113,39	195,65	282,84	547,03	90,85	51,67	456,4
1988	689,62	4 435,30	1 227,50	113,82	203,94	305,00	598,81	96,12	57,21	540,1
1989	768,27	4 742,50	1 360,10	118,74	222,68	321,81	661,73	100,72	65,78	599,3
1990	844,01	4 932,20	1 429,50	124,58	239,38	336,51	722,35	103,46	72,94	637,9

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 297. — [2]) Ab 1987 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen von der übrigen Welt. — [4]) Angaben nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; sie schließen Berlin (West) ein.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1]

Jahr [2]	Bundesrepublik Deutschland [3] [4]	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien [1]	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan [1] [3]	Vereinigte Staaten [3]
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
	in jeweiligen Preisen									
1960	52,75	218,8	37,36	5,55	3,35	20,39	40,76	11,06	1,71	24,0
1961	56,07	240,6	40,01	5,51	3,73	21,28	42,82	13,33	2,20	23,9
1962	61,96	262,4	43,87	5,61	4,30	22,45	45,09	14,89	2,15	26,2
1963	66,42	296,6	50,60	6,03	5,35	24,99	49,83	16,05	2,61	27,5
1964	73,96	333,2	58,75	6,82	5,19	29,39	56,19	17,80	3,04	29,6
1965	86,86	355,7	60,94	6,97	5,33	31,35	63,32	18,00	3,20	33,2
1966	91,00	403,4	69,51	7,26	6,19	33,80	71,09	19,16	3,67	39,1
1967	89,07	411,9	74,27	7,85	7,08	35,63	73,77	20,13	4,47	42,1
1968	100,47	462,7	82,92	9,38	7,54	39,12	79,58	21,98	5,09	49,3
1969	119,76	551,2	103,96	9,93	9,13	46,14	91,01	25,61	5,99	54,7
1970	138,80	623,7	121,24	11,10	10,98	56,41	113,07	31,25	7,49	60,5
1971	152,88	668,3	135,61	12,16	11,85	62,43	125,66	33,65	7,81	66,1
1972	163,73	735,3	154,88	13,74	13,52	65,15	143,71	36,81	8,24	78,2
1973	185,57	937,2	188,73	18,95	18,79	77,76	163,89	41,67	12,08	97,3
1974	232,38	1 248,1	282,71	27,15	29,71	102,31	206,29	48,65	20,69	135,2
1975	238,43	1 211,0	262,25	28,80	28,56	102,34	204,81	40,03	20,35	130,3
1976	277,80	1 446,0	345,44	36,64	40,59	119,93	247,34	43,01	22,66	158,9
1977	295,61	1 561,8	390,53	42,38	47,54	127,40	278,40	49,69	22,61	189,7
1978	302,96	1 620,9	416,41	45,37	53,72	133,23	280,43	49,53	20,48	223,4
1979	359,93	1 923,5	512,12	54,35	71,73	156,69	331,59	56,83	29,63	272,5
1980	422,15	2 257,8	638,79	57,79	95,42	178,62	385,66	68,59	37,93	318,9
1981	464,75	2 497,0	744,75	60,57	117,33	192,24	418,47	70,92	40,31	348,9
1982	477,34	2 833,5	859,54	67,96	131,02	196,83	412,44	68,66	42,36	335,6
1983	481,57	3 004,3	907,39	77,74	135,51	205,21	433,93	71,85	38,16	358,7
1984	530,13	3 429,0	1 024,97	92,92	167,24	227,75	495,71	81,16	41,31	442,4
1985	569,47	3 525,9	1 092,62	99,15	188,31	245,50	546,81	88,07	40,16	448,9
1986	526,30	3 325,0	1 021,79	101,35	168,26	213,01	509,80	86,38	28,90	493,8
1987	525,04	3 450,7	1 094,30	112,16	185,40	213,31	519,83	88,42	30,75	564,3
1988	566,14	3 823,7	1 217,00	125,18	208,04	227,13	583,62	96,79	36,89	626,1
1989	643,20	4 421,0	1 402,50	142,81	245,20	255,49	660,62	111,11	48,68	672,3
1990	718,67	4 562,5	1 469,40	148,05	269,47	262,10	719,65	113,36	58,46	704,0
	in Preisen von 1985									
1960	127,95	909,25	228,74	37,74	39,01	58,25	105,40	21,56	5,55	97,5
1961	139,05	974,69	244,61	37,47	44,37	61,98	108,32	25,85	7,02	98,4
1962	153,27	1 054,68	261,03	38,26	50,99	65,98	113,37	28,55	6,99	108,9
1963	160,45	1 145,90	297,79	39,86	62,48	72,46	124,20	29,93	8,33	111,0
1964	175,37	1 247,37	342,81	44,03	58,64	83,22	137,70	32,53	9,52	116,9
1965	200,08	1 329,33	350,52	44,41	59,81	88,31	152,23	32,54	10,05	128,3
1966	205,44	1 461,21	387,53	45,49	68,21	94,53	168,04	33,68	11,25	144,8
1967	204,38	1 484,35	419,64	48,63	77,40	100,53	171,84	35,05	13,71	152,8
1968	230,20	1 658,20	473,77	52,33	81,96	113,62	184,26	37,96	15,43	176,5
1969	268,76	1 915,01	566,27	54,05	97,77	129,68	200,88	42,87	17,61	190,4
1970	313,17	2 061,43	601,75	56,67	113,42	148,72	234,94	48,82	21,44	198,4
1971	339,46	2 136,20	639,82	59,67	116,71	157,82	249,71	51,86	22,90	208,5
1972	357,05	2 341,31	724,54	65,55	127,38	165,38	280,05	55,63	25,21	232,9
1973	373,69	2 774,71	827,75	73,05	139,27	183,57	306,80	59,25	31,31	260,7
1974	380,03	2 897,74	843,66	73,80	141,22	182,02	327,98	58,67	33,24	255,6
1975	380,98	2 636,27	761,93	68,90	123,55	174,62	312,74	49,66	29,90	229,3
1976	419,50	2 959,18	894,75	72,22	140,11	192,30	367,21	56,15	31,59	271,8
1977	437,90	3 100,79	895,76	73,34	142,77	197,85	389,85	61,34	32,60	302,0
1978	456,48	3 182,71	922,45	76,46	149,82	210,29	390,23	68,04	34,62	323,2
1979	500,88	3 468,46	1 015,77	83,81	167,08	222,97	435,80	72,71	39,63	336,3
1980	523,10	3 453,70	1 041,04	81,00	172,32	221,99	462,83	77,94	37,64	316,2
1981	516,05	3 353,00	1 019,44	78,75	165,55	208,99	459,32	76,94	39,25	327,0
1982	515,75	3 358,10	1 045,77	82,58	164,42	211,24	443,99	74,92	38,99	319,6
1983	516,29	3 315,20	1 017,83	87,95	161,55	219,45	468,59	78,24	36,74	350,5
1984	542,80	3 501,20	1 045,09	96,66	179,88	230,39	514,99	83,82	40,62	434,0
1985	569,47	3 525,90	1 092,62	99,15	188,31	245,50	546,81	88,07	40,24	448,9
1986	589,07	3 790,60	1 170,68	105,96	197,72	254,39	540,42	94,28	40,49	501,8
1987	613,96	4 113,50	1 269,00	114,29	218,71	267,06	565,66	99,46	44,76	543,1
1988	649,63	4 432,50	1 390,80	128,87	234,81	285,29	623,65	104,71	54,31	581,5
1989	704,11	4 793,50	1 517,36	138,23	258,06	302,36	682,54	110,43	66,31	616,5
1990	788,05	4 975,65	1 616,00	140,22	275,35	315,71	741,55	114,35	74,09	633,6

[1] Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 297. — [2] Ab 1987 vorläufige Ergebnisse. — [3] Einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen an die übrige Welt. — [4] Angaben nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; sie schließen Berlin (West) ein.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 11 *

Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern

Mrd US-Dollar

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Salden der Handelsbilanz [1]									
1965	+ 1,30	+0,33	+ 0,68	− 0,73	+ 0,65	− 0,60	−0,47	−0,47	+ 1,90	+ 4,95
1966	+ 2,96	+0,04	+ 0,06	− 0,30	+ 0,33	− 0,71	−0,59	−0,37	+ 2,28	+ 3,82
1967	+ 5,27	+0,23	+ 0,33	− 1,64	− 0,02	− 0,59	−0,47	−0,32	+ 1,16	+ 3,80
1968	+ 5,69	+0,33	+ 0,09	− 1,70	+ 1,05	− 0,35	−0,45	−0,16	+ 2,53	+ 0,64
1969	+ 5,18	+0,53	− 0,83	− 0,50	+ 0,54	− 0,42	−0,34	−0,25	+ 3,70	+ 0,61
1970	+ 5,71	+0,55	+ 0,33	− 0,03	− 0,38	− 0,91	−0,68	−0,86	+ 3,96	+ 2,60
1971	+ 6,73	+0,38	+ 1,10	+ 0,51	+ 0,12	− 0,64	−0,93	−1,01	+ 7,79	− 2,26
1972	+ 8,48	+0,89	+ 1,27	− 1,85	+ 0,05	+ 0,44	−1,13	−1,09	+ 8,97	− 6,42
1973	+15,43	+0,98	+ 0,50	− 6,29	− 3,98	+ 0,95	−1,55	−1,47	+ 3,69	+ 0,91
1974	+22,54	+0,30	− 4,40	−12,24	− 8,49	+ 0,58	−1,30	−1,79	+ 1,44	− 5,51
1975	+17,69	−0,42	+ 1,45	− 7,21	− 1,17	+ 0,90	−1,95	+0,32	+ 5,03	+ 8,91
1976	+16,45	−0,76	− 4,67	− 7,11	− 4,24	+ 1,35	−2,56	+0,57	+ 9,89	− 9,49
1977	+19,59	−2,36	− 2,84	− 4,05	− 0,14	− 0,25	−3,81	+0,19	+17,31	− 31,10
1978	+24,85	−2,47	+ 0,75	− 3,05	+ 2,90	− 1,47	−3,28	+0,65	+24,60	− 33,95
1979	+17,06	−4,13	− 2,10	− 7,08	− 0,95	− 1,40	−4,26	−1,68	+ 1,85	− 27,54
1980	+10,15	−5,00	−13,03	+ 3,15	−16,92	− 1,41	−6,28	−4,96	+ 2,12	− 25,48
1981	+17,44	−4,06	−10,12	+ 6,53	−11,66	+ 3,80	−4,51	−2,48	+19,97	− 27,98
1982	+26,10	−2,89	−15,54	+ 3,34	− 8,84	+ 4,81	−3,27	−1,31	+18,08	− 36,44
1983	+22,34	−1,22	− 8,21	− 2,33	− 2,45	+ 4,31	−3,46	−2,26	+31,45	− 67,08
1984	+23,10	−0,84	− 4,11	− 7,10	− 5,84	+ 5,51	−3,42	−2,30	+44,26	−112,52
1985	+28,77	−0,19	− 5,36	− 4,29	− 6,25	+ 5,38	−3,32	−1,97	+55,99	−122,15
1986	+56,14	+1,15	− 2,76	−13,91	+ 4,21	+ 7,20	−3,92	−1,99	+92,83	−145,06
1987	+70,53	+0,79	− 9,24	−18,35	− 0,30	+ 5,15	−4,86	−3,10	+96,39	−159,50
1988	+79,96	+1,88	− 8,47	−37,49	− 1,16	+ 8,46	−4,91	−3,19	+95,01	−126,99
1989	+77,93	+1,18	−10,14	−39,25	− 2,16	+ 8,07	−5,50	−4,13	+76,92	−115,90
1990	+72,84	+2,20	−12,90	−31,82	+ 0,47	+10,36	−5,90	−2,89	+63,30	−108,10
	Salden der Leistungsbilanz									
1965	− 1,56	+0,40	+ 0,35	− 0,22	+ 2,21	+ 0,05	−0,04	−0,07	+ 0,93	+ 5,43
1966	+ 0,12	+0,06	− 0,26	+ 0,36	+ 2,12	− 0,21	−0,19	+0,12	+ 1,25	+ 3,03
1967	+ 2,51	+0,30	+ 0,21	− 0,77	+ 1,60	− 0,07	−0,12	+0,24	− 0,19	+ 2,58
1968	+ 2,97	+0,40	− 0,86	− 0,63	+ 2,63	+ 0,07	−0,10	+0,54	+ 1,05	+ 0,61
1969	+ 1,91	+0,43	− 1,48	+ 1,15	+ 2,34	+ 0,07	+0,09	+0,53	+ 2,12	+ 0,40
1970	+ 0,87	+0,69	+ 0,07	+ 1,96	+ 0,77	− 0,49	−0,08	+0,07	+ 1,97	+ 2,33
1971	+ 0,96	+0,67	+ 0,52	+ 2,72	+ 1,58	− 0,11	−0,09	+0,08	+ 5,80	− 1,43
1972	+ 1,20	+1,31	+ 0,28	+ 0,50	+ 2,00	+ 1,37	−0,16	+0,22	+ 6,62	− 5,80
1973	+ 5,02	+1,33	+ 1,48	− 2,45	− 2,53	+ 2,41	−0,29	+0,27	− 0,14	+ 7,15
1974	+10,55	+0,76	− 3,91	− 7,48	− 8,02	+ 2,29	−0,20	+0,19	− 4,69	+ 1,96
1975	+ 4,33	+0,16	+ 2,67	− 3,33	− 0,58	+ 2,13	−0,23	+2,57	− 0,68	+ 18,13
1976	+ 3,71	+0,39	− 3,42	− 1,69	− 2,82	+ 2,66	−1,10	+3,37	+ 3,68	+ 4,21
1977	+ 4,02	−0,56	− 0,43	− 0,26	+ 2,46	+ 0,61	−2,18	+3,48	+10,92	− 14,51
1978	+ 8,90	−0,84	+ 7,00	+ 2,15	+ 6,20	− 1,60	−0,69	+4,41	+16,54	− 15,43
1979	− 5,41	−3,06	+ 5,19	− 0,96	+ 5,89	− 2,28	−1,12	+2,42	− 8,75	− 1,00
1980	−13,83	−4,94	− 4,17	+ 6,61	− 9,78	− 2,90	−1,65	−0,55	−10,75	+ 1,12
1981	− 3,55	−4,19	− 4,72	+13,56	− 8,94	+ 2,70	−1,35	+2,79	+ 4,77	+ 6,89
1982	+ 5,11	−2,41	−12,24	+ 8,12	− 5,66	+ 4,23	+0,71	+4,05	+ 6,85	− 5,86
1983	+ 5,30	−0,44	− 4,80	+ 5,74	+ 1,69	+ 3,92	+0,22	+3,85	+20,80	− 40,14
1984	+ 9,82	−0,04	− 1,17	+ 2,44	− 2,31	+ 4,87	−0,20	+4,37	+35,00	− 99,01
1985	+16,42	+0,69	− 0,33	+ 3,51	− 3,58	+ 5,06	−0,12	+5,04	+49,17	−122,34
1986	+39,50	+3,10	+ 1,84	− 0,10	+ 2,44	+ 4,85	+0,24	+6,87	+85,85	−145,39
1987	+45,88	+2,77	− 4,99	− 7,07	− 1,08	+ 2,87	−0,22	+7,56	+87,02	−162,31
1988	+50,54	+3,52	− 4,38	−27,65	− 5,78	+ 5,12	−0,32	+9,03	+79,63	−128,86
1989	+57,24	+3,59	− 5,60	−32,56	−10,62	+ 7,93	+0,17	+7,48	+57,16	−106,30
1990	+47,87	+4,43	−13,90	−24,50	−14,45	+10,30	−0,80	+9,74	+35,40	− 92,10

[1] Ausfuhr und Einfuhr: fob (free on board).

Quelle: OECD

Tabelle 12*

Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)

Währungseinheiten für 1 ECU[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
1960	4,436	52,810	5,215	0,3772	660,13	4,014	27,461	4,619	380,23	1,056
1961	4,307	53,367	5,270	0,3812	667,08	3,899	27,751	4,667	384,24	1,067
1962	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1963	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1964	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1965	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1966	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1967	4,259	53,240	5,257	0,3877	665,51	3,855	27,865	4,656	383,33	1,065
1968	4,116	51,444	5,080	0,4287	643,05	3,725	26,751	4,499	370,40	1,029
1969	4,026	51,109	5,290	0,4259	638,87	3,700	26,577	4,470	367,99	1,022
1970	3,741	51,112	5,678	0,4259	638,89	3,700	26,578	4,470	368,00	1,022
1971	3,646	50,866	5,772	0,4286	647,41	3,658	26,152	4,332	363,83	1,048
1972	3,577	49,361	5,657	0,4489	654,26	3,600	25,930	4,284	339,72	1,122
1973	3,276	47,801	5,468	0,5023	716,46	3,429	24,117	3,900	333,17	1,232
1974	3,084	46,399	5,734	0,5098	775,74	3,202	22,295	3,553	347,47	1,193
1975	3,049	45,569	5,319	0,5600	809,55	3,135	21,610	3,203	367,68	1,241
1976	2,815	43,166	5,345	0,6216	930,15	2,955	20,058	2,795	331,21	1,118
1977	2,648	40,883	5,606	0,6537	1 006,79	2,800	18,859	2,743	305,81	1,141
1978	2,556	40,061	5,740	0,6639	1 080,22	2,754	18,502	2,278	267,08	1,274
1979	2,511	40,163	5,829	0,6464	1 138,44	2,749	18,323	2,279	300,47	1,371
1980	2,524	40,598	5,869	0,5985	1 189,21	2,760	17,979	2,328	315,04	1,392
1981	2,514	41,295	6,040	0,5531	1 263,18	2,775	17,715	2,187	245,38	1,116
1982	2,376	44,712	6,431	0,5605	1 323,78	2,614	16,699	1,986	243,55	0,980
1983	2,271	45,438	6,771	0,5870	1 349,92	2,537	15,969	1,868	211,35	0,890
1984	2,238	45,442	6,872	0,5906	1 381,38	2,523	15,735	1,848	187,09	0,789
1985	2,226	44,914	6,795	0,5890	1 447,99	2,511	15,643	1,856	180,56	0,763
1986	2,128	43,798	6,800	0,6715	1 461,88	2,401	14,964	1,761	165,00	0,984
1987	2,072	43,041	6,929	0,7046	1 494,91	2,334	14,545	1,718	166,60	1,154
1988	2,074	43,429	7,036	0,6644	1 537,33	2,335	14,586	1,728	151,46	1,182
1989	2,070	43,381	7,024	0,6733	1 510,47	2,335	14,569	1,800	151,94	1,102
1990	2,052	42,426	6,914	0,7139	1 521,98	2,312	14,440	1,762	183,68	1,273

[1]) Zur Methode der Berechnung der Europäischen Währungseinheit siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Die Währungen der Welt".

Tabelle 13*

Amtliche Devisenkurse an
Kassa-Mittel
Telegrafische

Zeitraum	Amsterdam	Brüssel	Dublin[2]	Kopenhagen	Lissabon	London	Madrid[3]	Mailand/ Rom[4]
	100 hfl	100 bfrs	1 Ir£	100 dkr	100 Esc	1 £	100 Ptas	1000 Lit
1960	110,587	8,365	.	60,512	14,589	11,709	.	6,719
1961	110,658	8,069	.	58,266	14,053	11,271	.	6,478
1962	110,974	8,035	.	57,938	13,998	11,225	.	6,441
1963	110,712	7,995	.	57,750	13,915	11,162	6,654	6,414
1964	110,220	7,991	.	57,481	13,836	11,098	6,640	6,367
1965	110,954	8,048	.	57,772	13,928	11,167	6,669	6,394
1966	110,490	8,025	.	57,885	13,930	11,167	6,672	6,404
1967	110,651	8,025	.	57,135	13,871	10,961	6,552	6,389
1968	110,308	7,997	.	53,347	13,946	9,558	5,730	6,406
1969	108,302	7,829	.	52,197	13,784	9,381	5,619	6,257
1970	100,852	7,345	.	48,631	12,772	8,736	5,234	5,816
1971	99,678	7,170	.	47,024	12,439	8,505	5,032	5,630
1972	99,367	7,247	.	45,923	11,845	7,974	4,965	5,467
1973	95,397	6,835	.	44,046	10,929	6,514	4,567	4,569
1974	96,365	6,649	.	42,535	10,267	6,055	4,495	3,985
1975	97,301	6,692	.	42,850	9,682	5,449	4,288	3,769
1976	95,271	6,524	.	41,657	8,386	4,553	3,771	3,042
1977	94,610	6,480	.	38,696	6,112	4,051	3,085	2,632
1978	92,832	6,382	.	36,438	4,602	3,853	2,624	2,368
1979	91,373	6,253	3,760	34,872	3,759	3,888	2,732	2,207
1980	91,459	6,217	3,735	32,245	3,635	4,227	2,536	2,124
1981	90,611	6,090	3,638	31,735	3,677	4,556	2,450	1,992
1982	90,904	5,323	3,446	29,138	3,072	4,242	2,215	1,796
1983	89,503	4,998	3,178	27,926	2,325	3,871	1,783	1,683
1984	88,700	4,926	3,083	27,479	1,942	3,791	1,769	1,620
1985	88,664	4,957	3,113	27,766	1,717	3,785	1,728	1,5394
1986	88,639	4,859	2,906	26,815	1,451	3,184	1,549	1,4557
1987	88,744	4,813	2,671	26,275	1,275	2,941	1,457	1,3862
1988	88,850	4,777	2,675	26,089	1,219	3,124	1,508	1,3495
1989	88,648	4,772	2,665	25,717	1,194	3,081	1,588	1,3707
1990	88,755	4,837	2,673	26,120	1,133	2,877	1,586	1,3487
1987 1. Vj.	88,589	4,825	2,669	26,475	1,298	2,835	1,426	1,4077
2. Vj.	88,711	4,824	2,676	26,554	1,287	2,966	1,431	1,3894
3. Vj.	88,806	4,818	2,676	26,132	1,275	2,973	1,476	1,3820
4. Vj.	88,866	4,787	2,664	25,960	1,239	2,988	1,493	1,3655
1988 1. Vj.	89,033	4,782	2,664	26,108	1,221	3,010	1,483	1,3565
2. Vj.	89,107	4,782	2,676	26,155	1,224	3,143	1,511	1,3463
3. Vj.	88,628	4,773	2,685	26,167	1,223	3,164	1,511	1,3474
4. Vj.	88,657	4,771	2,675	25,925	1,207	3,177	1,526	1,3478
1989 1. Vj.	88,599	4,773	2,671	25,728	1,216	3,233	1,601	1,3637
2. Vj.	88,710	4,777	2,671	25,693	1,207	3,142	1,591	1,3726
3. Vj.	88,689	4,778	2,669	25,735	1,195	3,071	1,596	1,3879
4. Vj.	88,593	4,761	2,649	25,712	1,158	2,873	1,563	1,3570
1990 1. Vj.	88,732	4,792	2,654	25,946	1,134	2,802	1,550	1,3480
2. Vj.	88,870	4,849	2,681	26,246	1,134	2,811	1,599	1,3617
3. Vj.	88,746	4,862	2,683	26,205	1,133	2,966	1,615	1,3539
4. Vj.	88,673	4,846	2,673	26,081	1,133	2,922	1,580	1,3305
1991 1. Vj.	88,718	4,855	2,665	26,003	1,135	2,919	1,598	1,3345
2. Vj.	88,761	4,861	2,675	26,071	1,148	2,960	1,614	1,3473
3. Vj.	88,748	4,857	2,674	25,878	1,164	2,936	1,598	1,3395

[1] Jahresdurchschnitte aus den täglichen Notierungen, Vierteljahre aus den Monatsdurchschnitten errechnet. Weitere Erläuterungen siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Die Währungen der Welt".
[2] Erstmalige Notierung am 13. März 1979.
[3] Erstmalige Notierung am 18. Februar 1963.

der Frankfurter Börse
kurse in DM[1])
Auszahlung

Montreal	New York	Oslo	Paris	Stockholm	Tokyo[3])	Wien	Zürich	Zeitraum
1 kan$	1 US-$	100 nkr	100 FF	100 skr	100 ¥	100 S	100 sfr	
4,3026	4,1704	58,471	85,047	80,709	.	16,067	96,564	1960
3,9752	4,0221	56,318	82,001	77,848	.	15,511	93,133	1961
3,7412	3,9978	56,015	81,590	77,557	.	15,487	92,461	1962
3,6959	3,9864	55,765	81,350	76,837	.	15,437	92,249	1963
3,6852	3,9748	55,540	81,113	77,171	.	15,390	92,035	1964
3,7054	3,9943	55,868	81,503	77,442	.	15,468	92,309	1965
3,7115	3,9982	55,921	81,377	77,402	.	15,477	92,421	1966
3,6961	3,9866	55,757	81,040	77,237	.	15,431	92,111	1967
3,7054	3,9923	55,895	80,628	77,260	.	15,447	92,507	1968
3,6446	3,9244	54,934	75,815	75,911	1,0305	15,174	91,002	1969
3,4966	3,6463	51,043	65,966	70,324	1,0183	14,107	84,601	1970
3,4459	3,4795	49,588	63,163	68,192	0,9996	13,940	84,578	1971
3,2200	3,1889	48,417	63,238	67,055	1,0534	13,800	83,537	1972
2,6599	2,6590	46,263	59,736	60,959	0,9795	13,645	84,005	1973
2,6486	2,5897	46,859	53,886	58,351	0,8888	13,859	87,010	1974
2,4218	2,4631	47,104	57,411	59,282	0,8301	14,129	95,252	1975
2,5541	2,5173	46,144	52,768	57,803	0,8500	14,039	100,747	1976
2,1860	2,3217	43,634	47,256	51,997	0,8671	14,051	96,843	1977
1,7649	2,0084	38,336	44,582	44,456	0,9626	13,837	112,924	1978
1,5651	1,8330	36,206	43,079	42,766	0,8424	13,712	110,229	1979
1,5542	1,8158	36,784	43,013	42,943	0,8064	14,049	108,478	1980
1,8860	2,2610	39,377	41,640	44,747	1,0255	14,191	115,252	1981
1,9694	2,4287	37,713	36,995	38,894	0,9766	14,227	119,721	1982
2,0738	2,5552	34,991	33,559	33,294	1,0764	14,215	121,614	1983
2,1979	2,8456	34,893	32,570	34,386	1,1974	14,222	121,181	1984
2,1577	2,9424	34,210	32,764	34,160	1,2338	14,230	120,016	1985
1,5619	2,1708	29,379	31,311	30,449	1,2915	14,223	120,918	1986
1,3565	1,7982	26,687	29,900	28,341	1,2436	14,217	120,588	1987
1,4307	1,7584	26,942	29,482	28,650	1,3707	14,222	120,060	1988
1,5889	1,8813	27,230	29,473	29,169	1,3658	14,209	115,042	1989
1,3845	1,6161	25,817	29,680	27,289	1,1183	14,212	116,501	1990
1,3743	1,8395	26,148	30,023	28,262	1,2010	14,217	118,981	1987 1. Vj.
1,3549	1,8052	26,905	29,965	28,651	1,2660	14,226	121,166	2. Vj.
1,3913	1,8393	27,324	29,980	28,588	1,2513	14,219	120,584	3. Vj.
1,3016	1,7055	26,339	29,623	27,856	1,2575	14,208	121,679	4. Vj.
1,3219	1,6758	26,334	29,565	27,987	1,3095	14,227	121,927	1988 1. Vj.
1,3895	1,7075	27,284	29,545	28,639	1,3579	14,223	120,377	2. Vj.
1,5309	1,8661	27,299	29,538	29,071	1,3953	14,220	119,345	3. Vj.
1,4727	1,7756	26,852	29,286	28,878	1,4177	14,219	118,687	4. Vj.
1,5525	1,8493	27,494	29,403	29,278	1,4411	14,219	117,117	1989 1. Vj.
1,6207	1,9339	27,599	29,539	29,549	1,4013	14,210	114,031	2. Vj.
1,6276	1,9242	27,340	29,566	29,435	1,3521	14,207	115,936	3. Vj.
1,5510	1,8128	26,464	29,380	28,372	1,2669	14,203	112,822	4. Vj.
1,4298	1,6908	25,878	29,482	27,525	1,1438	14,206	112,340	1990 1. Vj.
1,4332	1,6780	25,861	29,734	27,569	1,0808	14,213	116,312	2. Vj.
1,3812	1,5934	25,894	29,823	27,325	1,0987	14,214	119,262	3. Vj.
1,2919	1,5008	25,621	29,669	26,769	1,1488	14,215	118,037	4. Vj.
1,3243	1,5307	25,582	29,400	26,921	1,1447	14,214	117,089	1991 1. Vj.
1,5091	1,7342	25,669	29,519	27,833	1,2540	14,210	117,597	2. Vj.
1 5244	1,7740	25,598	29,424	27,553	1,2784	14,210	114,836	3. Vj.

[4]) Gemäß Beschluß des Börsenvorstands der Frankfurter Wertpapierbörse wird ab Mai 1985 der Kurs der italienischen Lira mit vier Stellen hinter dem Komma festgestellt.
[5]) Erstmalige Notierung am 1. Dezember 1969.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 14*

Außenwert der D-Mark[1])

Ende 1972 = 100[2])

Zeitraum	Nominaler Außenwert der D-Mark[3]) gegenüber									Realer Außenwert der D-Mark[6])
	US-Dollar	Französischer Franc	Italienische Lira	Pfund Sterling	Holländischer Gulden	Japanischer Yen	Schweizer Franken	am EWS beteiligten Länder[4])	18 Industrieländer[5])	
1973	121,7	105,3	121,7	116,4	104,0	106,7	99,7	110,6	110,7	109,3
1974	124,7	117,1	139,4	125,0	103,1	117,9	96,6	119,2	117,0	108,2
1975	131,3	109,8	147,1	138,8	102,1	126,3	88,1	121,0	119,2	103,4
1976	128,1	119,7	183,3	167,4	104,3	123,2	83,3	136,1	126,4	103,6
1977	138,9	133,3	210,7	186,6	105,0	120,8	86,8	149,3	136,2	105,1
1978	160,7	141,4	234,4	196,4	107,0	109,4	74,6	158,7	143,3	105,7
1979	175,9	146,2	251,3	194,7	108,7	125,2	76,2	162,9	150,6	106,0
1980	177,6	146,5	261,0	179,2	108,6	130,5	77,4	162,9	151,5	100,2
1981	143,1	151,4	278,5	166,2	109,6	102,1	73,0	165,4	143,1	90,5
1982	132,9	170,4	308,7	178,3	109,3	107,2	70,1	181,0	150,4	91,9
1983	126,5	187,8	329,4	195,5	111,0	97,4	69,0	195,6	155,9	92,4
1984	113,6	193,4	342,1	199,6	112,0	87,4	69,3	200,3	153,8	87,9
1985	110,3	192,3	360,4	200,0	112,0	84,8	70,0	202,2	154,0	85,4
1986	149,0	201,2	380,7	238,5	112,0	81,1	69,5	215,7	168,2	90,6
1987	179,5	210,7	399,9	257,2	111,9	84,2	69,6	224,9	178,9	93,9
1988	183,8	213,7	410,7	242,2	111,8	76,4	69,9	224,4	177,4	91,3
1989	171,6	213,7	404,5	246,0	112,0	76,8	73,0	223,9	175,7	89,0
1990	199,9	212,3	411,0	263,1	111,9	93,7	72,1	226,5	185,5	91,7
1984 1.Vj.	119,3	193,6	341,1	195,1	111,9	89,4	68,2	199,7	155,0	89,8
2.Vj.	119,0	193,6	342,7	199,9	111,9	88,7	69,5	200,6	155,4	89,1
3.Vj.	110,5	193,3	341,5	199,7	112,0	87,3	70,2	200,1	153,2	87,0
4.Vj.	105,6	193,2	343,0	203,6	112,0	84,3	69,1	200,7	151,7	85,6
1985 1.Vj.	99,0	192,6	344,1	208,3	112,3	82,8	70,9	201,3	150,4	84,6
2.Vj.	104,4	192,1	353,5	195,0	112,1	85,0	70,4	200,2	151,8	84,4
3.Vj.	113,2	192,1	368,2	193,0	111,7	87,6	69,1	202,0	155,1	85,6
4.Vj.	124,8	192,3	375,6	203,7	111,9	83,9	69,3	205,5	158,8	86,9
1986 1.Vj.	137,4	193,4	377,4	223,8	112,1	83,6	70,7	210,2	163,9	89,4
2.Vj.	143,5	200,4	380,0	223,2	111,9	79,1	69,7	212,3	165,0	89,3
3.Vj.	154,6	204,8	381,6	243,6	112,0	78,2	67,9	217,9	169,6	91,0
4.Vj.	160,5	206,3	383,8	263,5	112,2	83,7	69,6	222,5	174,5	92,7
1987 1.Vj.	175,2	209,8	393,7	266,8	112,1	87,1	70,5	225,5	179,4	95,1
2.Vj.	178,5	210,2	398,9	254,8	112,0	82,6	69,3	224,3	178,1	93,8
3.Vj.	175,2	210,1	401,0	254,3	111,8	83,6	69,6	224,3	177,8	92,9
4.Vj.	189,3	212,7	405,9	253,0	111,8	83,2	69,0	225,4	180,5	93,7
1988 1.Vj.	192,3	213,1	408,6	251,2	111,5	79,9	68,8	225,6	180,2	93,7
2.Vj.	188,8	213,2	411,7	240,5	111,5	77,1	69,7	223,9	178,1	92,0
3.Vj.	172,7	213,3	411,3	239,0	112,1	75,0	70,3	223,9	175,1	89,7
4.Vj.	181,6	215,1	411,2	238,0	112,0	73,8	70,7	224,2	176,4	89,9
1989 1.Vj.	174,3	214,2	406,4	233,8	112,1	72,6	71,7	222,2	174,1	89,1
2.Vj.	166,7	213,3	403,8	240,6	112,0	74,7	73,6	222,8	173,8	88,3
3.Vj.	167,5	213,0	399,3	246,2	112,0	77,4	72,4	223,1	174,6	88,1
4.Vj.	177,9	214,4	408,4	263,3	112,1	82,7	74,4	227,6	180,2	90,5
1990 1.Vj.	190,6	213,6	411,1	269,9	111,9	91,5	74,7	228,6	185,0	92,5
2.Vj.	192,1	211,9	407,0	269,1	111,8	96,8	72,2	226,6	185,0	91,8
3.Vj.	202,3	211,2	409,4	254,9	111,9	95,3	70,4	224,4	185,0	91,0
4.Vj.	214,7	212,3	416,6	258,7	112,0	91,1	71,1	226,5	187,1	91,6
1991 1.Vj.	210,8	214,3	415,3	259,0	111,9	91,5	71,7	226,7	186,9	91,2
2.Vj.	185,9	213,4	411,3	255,4	111,9	83,5	71,4	225,3	180,6	88,0
3.Vj.	184,9	214,1	413,7	257,5	111,9	81,8	73,1	226,3	180,9	88,7

[1]) Zur Berechnungsmethode siehe „Aktualisierung der Außenwertberechnungen für die D-Mark und fremde Währungen" im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 41. Jg., Nr. 4, April 1989.

[2]) Für Ende 1972 wurden grundsätzlich die damaligen Leitkurse zugrunde gelegt, für das Pfund Sterling, das irische Pfund und den kanadischen Dollar, deren Wechselkurse freigegeben waren, statt dessen die Marktkurse von Ende 1972.

[3]) Die Indizes für die Ländergruppen wurden als gewogene geometrische Mittel der bilateralen nominalen Außenwerte errechnet.

[4]) Ohne Griechenland und Portugal, aber einschließlich Spanien und Großbritannien, die seit 19. Juni 1989 bzw. 8. Oktober 1990 am Wechselkursmechanismus beteiligt sind. Das EWS trat erst am 13. März 1979 in Kraft; auch für die Zeit vor diesem Termin wird der gewogene Außenwert gegenüber den derzeit am Wechselkursmechanismus beteiligten Ländern ausgewiesen.

[5]) EG-Länder, Finnland, Japan, Kanada, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Vereinigte Staaten.

[6]) Auf Basis der Verbraucherpreise; gewogener Außenwert gegenüber 18 Industrieländern nach Ausschaltung der unterschiedlichen Preissteigerungsraten (geometrische Mittelung).

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 15*

Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern

1985 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland [1]	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz [2]	Japan	Vereinigte Staaten
1960	48,1	47,2	41,9	63,7	37,9	35	36,5	52	15,8	40,4
1961	51,1	50,2	44,2	63,7	42,0	37	38,0	55	18,9	40,7
1962	53,2	53,1	46,9	64,3	46,0	39	39,0	58	20,5	44,1
1963	55,0	57,3	52,3	67,1	50,1	41	40,8	61	22,8	46,7
1964	59,3	60,7	55,4	72,4	50,6	45	44,0	63	26,4	49,8
1965	63,0	62,2	56,4	74,8	53,0	47	45,9	66	27,4	54,8
1966	63,2	63,5	59,6	75,8	59,1	50	48,0	68	31,1	59,6
1967	61,6	64,6	61,2	75,9	63,7	52	48,4	70	37,1	60,9
1968	67,4	68,1	63,1	80,2	67,5	58	52,0	74	42,8	64,3
1969	76,3	74,8	70,2	83,0	69,9	65	57,9	80	49,6	67,3
1970	80,8	77,0	74,1	83,3	74,5	71	62,9	87	56,5	65,0
1971	81,5	78,4	78,9	82,9	74,1	75	66,6	89	57,9	65,9
1972	84,5	84,3	83,2	84,4	77,7	79	72,0	91	62,1	72,3
1973	89,8	89,4	88,8	92,0	85,3	84	74,7	96	71,4	78,2
1974	88,3	93,1	91,1	90,2	88,6	89	78,8	97	68,6	77,0
1975	82,8	83,9	84,5	85,3	80,8	84	73,8	85	61,0	70,3
1976	88,5	90,4	91,9	88,2	90,2	91	78,7	85	67,8	76,7
1977	90,8	90,9	93,2	92,7	90,2	91	81,7	90	70,6	82,8
1978	92,5	93,1	95,4	95,4	92,0	92	83,4	90	75,1	87,5
1979	97,2	97,3	99,7	99,1	98,1	95	89,8	92	80,6	90,8
1980	97,2	96,0	101,9	92,5	103,2	95	92,2	97	84,4	89,1
1981	95,4	93,4	100,9	89,5	100,9	93	90,7	96	85,2	90,8
1982	92,3	93,4	100,1	91,0	97,8	89	90,0	93	85,5	86,7
1983	92,9	95,2	99,5	94,7	95,5	91	90,9	92	88,3	89,9
1984	95,7	97,6	99,8	94,9	98,7	95	95,7	95	96,5	98,3
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,1	100,8	100,9	102,3	104,1	100	101,1	104	99,8	100,9
1987	102,5	103,0	102,8	105,7	106,8	101	102,1	105	103,3	105,9
1988	106,2	109,7	107,6	109,7	114,2	101	106,6	112	112,8	111,7
1989	111,5	113,4	112,0	109,9	118,7	106	112,9	115	119,7	114,5
1990	117,2	118,3	113,6	109,1	117,9	109	121,2	118	125,4	115,7
1988 1. Vj.	104,3	110,0	112,0	113,5	117,6	110	101,0	105	109,1	109,7
2. Vj.	104,7	113,5	110,0	107,0	120,1	96	109,6	110	110,9	110,4
3. Vj.	102,5	102,0	95,5	103,7	98,1	87	101,2	107	113,3	113,6
4. Vj.	113,4	113,2	112,7	114,4	121,0	113	114,5	124	118,1	113,0
1989 1. Vj.	108,9	115,6	116,4	114,0	121,9	113	107,0	113	117,6	113,6
2. Vj.	110,2	116,4	115,7	107,3	124,3	103	115,6	120	118,8	114,5
3. Vj.	107,7	105,3	98,9	103,9	102,7	90	106,0	108	119,4	115,6
4. Vj.	119,1	116,4	116,9	114,4	125,6	120	123,1	119	122,9	114,3
1990 1. Vj.	114,7	122,7	118,7	114,9	124,1	115	117,5	120	120,1	114,3
2. Vj.	114,4	123,2	116,9	109,2	125,0	104	125,1	120	123,2	115,5
3. Vj.	113,7	106,8	101,4	102,1	102,2	94	112,4	111	126,7	118,3
4. Vj.	125,5	120,6	117,2	110,4	120,2	123	129,9	121	131,4	114,5
1991 1. Vj.	120,6	118,0	119,7	111,0	121,9	124	120,8	118	127,3	111,4
2. Vj.	120,5	116,4	...	103,0	122,6	109	126,8	120	127,1	112,4

[1] Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein.
[2] Ohne die Bereiche: Bergbau; Gewinnung von Steinen und Erden.

Quelle: OECD

Tabelle 16*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1985 = 100

Jahr	Bundesrepublik Deutschland[1]	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Verbraucherpreise									
1960	37,1	26,0	17,0	13,2	9,8	26,5	30,1	35,9	21,1	27,5
1961	39,9	26,2	17,4	13,6	10,0	26,9	31,2	36,6	22,3	27,8
1962	41,1	26,6	18,3	14,2	10,5	27,5	32,6	38,2	23,8	28,1
1963	42,4	27,2	19,2	14,5	11,2	28,4	33,5	39,5	25,6	28,5
1964	43,3	28,3	19,8	15,0	11,9	30,0	34,8	40,7	26,6	28,8
1965	44,7	29,5	20,4	15,7	12,4	31,8	36,5	42,1	28,3	29,3
1966	46,3	30,7	20,9	16,3	12,7	33,6	37,3	44,1	29,8	30,2
1967	47,1	31,6	21,5	16,7	13,2	34,8	38,8	45,9	30,9	31,0
1968	47,8	32,4	22,5	17,5	13,4	36,1	39,8	47,0	32,6	32,3
1969	48,8	33,7	23,8	18,4	13,7	38,8	41,1	48,1	34,3	34,1
1970	50,4	35,0	25,3	19,6	14,4	40,2	42,9	49,9	36,9	36,1
1971	53,1	36,5	26,6	21,5	15,1	43,2	44,9	53,2	39,3	37,6
1972	56,0	38,5	28,3	23,0	16,0	46,6	47,7	56,7	41,2	38,9
1973	59,9	41,2	30,4	25,1	17,7	50,3	51,3	61,7	46,0	41,3
1974	64,1	46,4	34,5	29,1	21,1	55,1	56,2	67,7	56,7	45,8
1975	67,9	52,3	38,6	36,1	24,7	60,8	61,0	72,2	63,3	50,0
1976	70,8	57,1	42,3	42,1	28,8	66,3	65,4	73,5	69,3	52,9
1977	73,4	61,1	46,3	48,8	33,7	70,5	69,0	74,4	74,9	56,3
1978	75,4	63,9	50,5	52,8	37,8	73,4	71,5	75,2	78,1	60,6
1979	78,5	66,7	55,9	59,9	43,4	76,5	74,1	77,9	81,0	67,5
1980	82,8	71,2	63,3	70,7	52,5	81,5	78,8	81,1	87,2	76,6
1981	88,0	76,6	71,8	79,1	61,9	87,0	84,2	86,3	91,6	84,5
1982	92,6	83,3	80,3	85,9	72,1	92,1	88,8	91,2	94,1	89,7
1983	95,7	89,7	88,0	89,8	82,7	94,7	91,7	93,9	95,8	92,6
1984	98,0	95,4	94,6	94,3	91,6	97,8	96,9	96,7	98,0	96,6
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	101,3	102,5	103,4	105,9	100,1	101,7	100,8	100,6	101,9
1987	100,1	102,9	105,9	107,7	110,9	99,4	103,1	102,2	100,7	105,7
1988	101,4	104,1	108,8	113,0	116,5	100,1	105,1	104,1	101,4	109,9
1989	104,2	107,3	112,6	121,8	123,8	101,2	107,8	107,4	103,7	115,2
1990	107,0	111,0	116,4	133,4	131,8	103,7	111,3	113,2	106,9	121,4
	Erzeuger-/Großhandelspreise[2]									
1960	43,8	37,5	21,5	14,9	10,7	37,7	38,4	51,8	42,8	30,7
1961	44,3	37,5	22,1	15,3	10,8	37,7	39,2	51,8	43,2	30,6
1962	44,7	37,8	22,3	15,7	11,1	37,8	41,3	53,6	42,5	30,7
1963	45,0	38,7	22,9	15,8	11,6	38,7	40,6	55,7	43,3	30,6
1964	45,5	40,5	23,7	16,3	12,0	41,1	42,8	56,4	43,3	30,7
1965	46,6	40,9	23,9	16,9	12,2	42,2	44,4	56,7	43,7	31,3
1966	47,4	41,9	24,6	17,4	12,5	44,4	44,7	57,8	44,7	32,3
1967	46,9	41,4	24,3	17,6	12,4	44,8	45,8	58,0	45,5	32,4
1968	46,6	41,5	23,9	18,3	12,5	45,6	46,2	58,0	45,9	33,2
1969	47,5	43,6	26,5	19,0	12,9	44,5	47,4	59,7	46,9	34,5
1970	49,8	45,7	28,5	20,2	13,9	46,6	49,6	62,2	48,6	35,7
1971	51,9	45,4	29,1	22,0	14,4	48,6	52,2	63,5	48,2	36,9
1972	53,3	47,3	30,4	23,2	14,9	51,2	54,2	65,9	48,6	38,6
1973	56,8	53,1	34,9	24,9	17,6	54,6	54,9	72,9	56,3	43,6
1974	64,4	62,0	45,1	30,8	24,8	59,9	63,2	84,6	74,0	51,8
1975	67,4	62,8	42,5	37,9	26,9	63,9	67,2	82,7	76,2	56,6
1976	69,9	67,2	45,6	44,0	33,1	68,9	71,2	82,2	80,1	59,3
1977	71,9	68,8	48,2	52,0	38,6	73,0	73,3	82,4	81,6	62,9
1978	72,7	67,5	50,3	57,1	41,8	73,9	74,0	79,6	79,5	67,8
1979	76,2	71,8	57,0	63,3	48,3	75,9	77,1	82,6	85,3	76,3
1980	81,9	65,6	65,0	72,2	57,9	82,1	83,8	86,9	100,5	87,1
1981	88,3	74,8	72,6	79,1	67,6	88,1	90,5	91,9	101,9	95,0
1982	93,5	84,9	80,8	85,2	76,9	93,1	93,4	94,3	103,7	96,9
1983	94,9	90,6	87,9	89,8	84,4	94,3	94,0	94,7	101,4	98,1
1984	97,6	97,5	95,8	95,0	93,2	98,5	97,5	97,8	101,1	100,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	97,5	88,5	97,2	104,3	99,1	97,3	94,7	96,1	90,9	97,1
1987	95,1	84,1	97,4	108,4	101,7	96,1	92,9	94,1	87,5	99,7
1988	96,3	85,5	102,5	113,2	106,5	96,7	92,6	96,2	86,6	103,7
1989	99,3	91,1	108,1	119,0	113,3	100,0	94,3	100,4	88,8	108,8
1990	101,0	90,2	106,8	126,0	...	101,0	97,0	101,9	90,6	112,7

[1] Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein. — Quelle: Nationale Veröffentlichungen.

[2] Erzeugerpreise: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich (bis 1979 Industriegüter, ab 1980 Industriehalbwaren), Vereinigtes Königreich. Großhandelspreise: Belgien, Italien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Japan, Vereinigte Staaten.

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1985 = 100

Jahr	Bundesrepublik Deutschland[1]	Belgien	Frankreich	Vereinigtes Königreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz[3]	Japan	Vereinigte Staaten
	Durchschnittswerte der Ausfuhr									
1970	50,1	37	25,1	18,1	12,4	39	56,8	62	59,4	34,0
1971	52,1	37	26,5	19,1	13,1	40	58,7	64	60,6	35,1
1972	53,6	37	26,8	20,2	13,4	40	59,6	67	59,8	36,3
1973	56,3	40	29,5	22,8	15,9	43	63,0	69	63,5	42,2
1974	65,6	50	37,1	29,1	22,6	55	73,4	78	85,2	53,9
1975	71,0	52	39,2	35,6	25,1	57	76,2	80	87,2	60,3
1976	69,4	55	42,8	42,6	20,6	61	76,2	80	86,7	62,3
1977	71,1	56	47,0	50,5	36,5	63	78,5	81	86,9	64,5
1978	71,8	56	49,4	55,3	39,1	61	78,5	78	82,1	69,0
1979	75,6	61	54,1	61,3	45,8	67	81,8	81	89,6	78,5
1980	82,8	68	60,1	70,0	55,3	76	85,9	89	99,8	89,1
1981	88,0	74	67,9	76,2	68,1	88	91,1	92	102,8	97,3
1982	91,8	84	77,5	81,4	78,6	92	95,2	95	108,2	98,4
1983	93,0	90	85,4	88,0	84,4	91	94,9	97	100,9	99,4
1984	96,3	97	95,2	94,9	92,5	98	98,3	102	100,8	100,8
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	96,7	92	94,7	90,5	95,3	85	97,7	98	84,6	101,0
1987	94,2	88	94,1	94,3	96,4	77	95,3	102	79,5	102,7
1988	95,0	90	97,2	94,7	101,2	77	95,9	100	77,5	109,9
1989	99,3	97	103,0	101,3	107,6	83	93,5	106,4	82,2	112,8
1990	98,2	94	101,1	106,9	109,9	82	93,1	107,5	86,1	113,9
	Durchschnittswerte der Einfuhr									
1970	41,7	33	23,6	17,7	9,1	37	51,0	66	37,3	26,0
1971	42,3	34	24,4	18,6	9,6	38	53,3	67	38,0	27,4
1972	42,5	33	24,7	19,4	9,9	38	53,5	68	34,9	29,3
1973	45,6	36	26,5	24,7	12,8	41	55,5	73	38,5	34,8
1974	58,6	45	38,9	35,8	22,0	55	66,1	87	67,4	51,6
1975	60,3	48	38,2	40,6	23,2	57	68,6	83	72,8	56,2
1976	61,7	51	42,2	49,6	29,3	61	70,1	79	74,6	58,0
1977	63,8	52	47,1	57,3	34,0	63	72,7	84	72,3	62,7
1978	62,0	52	47,6	58,9	35,7	61	72,6	75	59,3	67,7
1979	69,0	56	52,4	62,9	42,5	69	76,6	79	77,2	80,7
1980	80,7	65	62,1	69,3	54,8	79	84,8	96	107,3	101,3
1981	91,8	74	73,6	74,8	70,9	91	93,6	93	107,8	106,8
1982	92,4	85	82,4	80,7	79,8	93	93,9	92	112,5	105,1
1983	92,1	91	88,7	88,0	83,6	94	92,8	93	102,1	100,8
1984	97,5	99	98,0	95,5	93,1	99	96,3	97	99,5	102,6
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	84,0	86	84,7	95,7	82,3	83	91,8	90	60,3	96,6
1987	78,9	81	83,6	98,2	81,2	78	87,8	87	55,7	103,6
1988	79,7	84	86,0	97,5	84,4	77	87,8	100	52,7	108,6
1989	85,6	90	91,9	103,2	90,9	85	90,6	108,5	58,6	111,9
1990	83,4	88	90,3	107,1	90,2	82	87,8	107,7	64,7	115,6
	Bruttostundenverdienste in der Industrie[4]									
1970	38,4	22,8	16,0	14,6	8,0	32,7	28,4	37,9	24,0	35,2
1971	42,6	25,6	17,8	16,3	9,0	36,5	32,3	41,5	27,6	37,4
1972	46,4	29,2	19,8	18,4	9,8	41,1	36,0	45,1	31,9	39,9
1973	51,2	34,0	22,6	20,9	12,0	46,6	40,7	49,2	37,9	42,7
1974	56,5	41,1	27,0	24,6	14,5	54,5	47,1	54,2	47,4	46,3
1975	61,0	49,4	31,7	31,1	18,5	61,9	53,4	58,2	55,9	50,6
1976	64,8	54,9	36,2	35,9	22,4	67,4	58,2	59,1	62,9	54,7
1977	69,4	59,9	40,7	39,6	28,5	72,1	63,2	70,8	68,8	59,5
1978	73,1	64,1	46,0	45,4	33,2	76,3	66,8	72,7	73,6	64,7
1979	77,4	69,0	52,0	52,3	39,6	79,8	70,7	75,2	77,8	70,2
1980	82,5	75,4	59,9	62,1	48,3	83,3	76,3	79,2	82,3	76,2
1981	87,0	83,0	68,5	70,5	59,9	86,0	80,9	84,2	86,5	83,8
1982	91,1	88,2	79,0	78,4	70,4	91,8	85,9	90,3	90,8	89,1
1983	94,1	92,0	87,8	85,2	81,0	94,2	89,8	93,8	93,7	92,6
1984	96,3	96,5	94,6	90,0	90,0	95,3	94,3	96,3	96,9	96,3
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	103,5	102,8	103,9	108,3	104,8	101,6	104,5	103,9	102,9	102,1
1987	107,6	104,8	107,2	117,1	111,6	103,0	107,8	106,5	105,0	103,9
1988	112,0	105,6	110,5	126,8	118,4	104,3	111,8	110,4	108,6	106,7
1989	116,5	111,6	114,7	138,4	125,6	105,7	116,7	114,8	112,1	109,8
1990	122,5	116,4	119,9	151,5	134,7	108,8	120,1	121,7	116,3	113,6
	Anteil am Warenhandel[5] der Bundesrepublik Deutschland in vH									
1985 bis 1990	×	*7,1*	*12,1*	*8,1*	*8,9*	*9,6*	*4,8*	*5,2*	*3,8*	*8,7*

[3] Ab 1988 Durchschnittswerte der Ausfuhr und der Einfuhr: 1988 = 100.
[4] Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Vereinigtes Königreich, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste.
[5] Einfuhr + Ausfuhr.

Quellen: IWF, OECD

Tabelle 17 *

Internationale Energiepreise

Zeitraum	Importpreise der IEA-Länder [1] [2]		Spotpreise (Rotterdam) [1]				Einfuhrpreise der Bundesrepublik Deutschland auf DM-Basis [3]			
	Erdöl, roh	Kraftwerkskohle	Erdöl, roh [4]	Superkraftstoff	leichtes Heizöl	schweres Heizöl [5]	Erdöl, roh	leichtes Heizöl	Kohle [6]	Erdgas
	US-Dollar je						1985 = 100			
	Barrel	Tonne	Barrel	Tonne						
1973	.	.	2,81	.	.	.	13,8	26,7	35,5	9,9
1974	.	.	10,98	140,17	95,92	69,42	37,4	36,7	55,7	11,9
1975	12,08	.	10,43	128,75	100,00	61,92	35,9	36,1	70,6	21,4
1976	12,93	.	11,63	136,08	106,05	67,08	39,1	39,3	67,5	24,9
1977	13,98	.	12,60	141,83	118,67	76,08	39,2	39,9	66,5	27,5
1978	14,22	.	12,91	170,31	128,63	75,70	34,3	37,1	64,9	34,0
1979	19,96	.	29,19	359,98	310,09	133,63	44,1	71,9	67,8	37,0
1980	32,74	52,20	36,01	369,75	306,00	169,75	72,6	77,1	82,4	48,0
1981	36,37	64,01	34,17	371,08	298,50	183,50	99,0	94,0	105,6	70,9
1982	33,84	64,09	32,86	340,71	289,54	164,55	98,6	99,3	101,9	85,3
1983	29,90	53,96	29,73	298,13	247,88	163,56	92,4	90,9	89,5	78,3
1984	29,00	47,67	28,74	268,22	238,04	178,42	99,9	96,6	94,8	92,1
1985	27,56	48,63	27,60	273,12	240,15	151,37	100	100	100	100
1986	14,93	45,70	14,42	171,11	142,38	73,51	43,4	44,6	83,8	71,2
1987	17,95	41,09	18,38	186,19	156,38	98,55	41,0	40,1	69,3	40,0
1988	14,86	44,09	15,01	176,22	134,73	68,47	34,1	33,6	64,9	34,6
1989	17,47	48,45	18,25	208,20	162,11	87,56	42,0	42,8	69,3	35,5
1990	22,15	50,80	23,72	274,69	214,14	100,05	45,9	48,2	70,4	42,1
1986 1. Vj.	21,91	49,19	17,54	185,12	195,72	103,93	67,5	65,5	89,6	87,7
2. Vj.	13,10	46,99	12,78	176,85	138,30	56,38	40,9	44,4	86,6	79,4
3. Vj.	11,46	44,17	12,56	168,64	112,69	60,83	31,4	33,7	81,4	66,4
4. Vj.	13,57	43,04	14,88	152,88	121,97	73,10	34,0	34,9	77,7	51,4
1987 1. Vj.	17,03	40,96	18,46	179,03	151,84	95,79	39,3	39,8	72,8	40,1
2. Vj.	18,07	41,50	18,53	201,25	151,63	107,63	41,0	38,9	68,9	40,4
3. Vj.	18,62	40,03	19,11	187,28	161,50	103,88	43,5	42,1	68,2	40,6
4. Vj.	18,01	41,86	17,97	177,63	160,77	87,79	40,2	39,3	67,3	38,8
1988 1. Vj.	16,14	41,97	15,83	166,11	138,11	70,42	34,6	33,3	64,4	38,1
2. Vj.	15,81	43,21	16,21	188,92	144,21	75,93	34,6	34,8	64,4	35,1
3. Vj.	14,50	44,17	14,39	174,27	126,54	66,22	35,5	33,8	64,9	32,7
4. Vj.	13,09	46,84	13,72	175,03	130,68	61,51	31,8	32,6	65,8	32,5
1989 1. Vj.	16,20	45,64	17,52	190,98	147,60	75,34	38,4	38,7	68,4	31,9
2. Vj.	18,32	49,37	18,88	246,38	148,79	89,57	44,6	40,7	69,4	33,8
3. Vj.	17,10	49,12	17,41	200,86	158,01	85,18	42,3	42,3	69,6	36,9
4. Vj.	18,26	49,54	19,21	193,64	194,53	99,88	42,9	49,4	69,9	39,5
1990 1. Vj.	19,43	49,34	19,67	216,97	174,06	86,93	42,1	42,5	70,8	43,4
2. Vj.	15,84	50,65	15,90	218,18	153,81	67,66	35,5	36,9	71,1	44,2
3. Vj.	21,84	51,27	26,48	340,91	231,01	105,04	43,0	49,6	70,3	40,3
4. Vj.	31,78	51,73	32,36	316,14	294,63	139,21	62,8	63,9	69,3	40,5
1991 1. Vj.	21,08	50,34	20,03	239,44	226,33	88,09	46,5	53,9	66,7	49,4
2. Vj.	17,84	...	18,86	238,91	180,09	68,88	44,8	44,7	67,1	55,8
3. Vj.	...	...	19,90	240,20	187,49	68,65	46,0	46,3	67,4	50,0

[1] Quelle: Internationale Energieagentur (IEA).
[2] Durchschnittspreise, cif (cost, insurance, freight).
[3] Index der Einfuhrpreise (1985 = 100). In Anlehnung an das systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.
[4] Bis 1981: Arabian light (34°), ab 1982: Brent (38°).
[5] Mit einem Schwefelgehalt von 3 %.
[6] Steinkohle und Steinkohlenkoks.

Energieverbrauch im internationalen Vergleich

1990

Land	Primärenergieverbrauch								Importquote (1989)	
				nach Energieträgern						
	insgesamt	je Einheit BIP[1]	je Einwohner	Kohle	Mineralöl	Gas	Kernenergie	Wasserkraft und sonstige	insgesamt	von Mineralöl
	in Mio t ÖE[2]	t ÖE[2]		Anteil am Primärenergieverbrauch in vH					in vH[3]	in vH[4]
Australien	89,1	0,48	5,2	41,6	36,7	15,8	0,0	5,9	– 68,9	19,2
Belgien	47,6	0,51	4,8	20,2	39,0	17,0	23,3	0,4	73,6	101,0
Dänemark	18,1	0,29	3,6	34,0	50,4	9,4	0,0	6,2	53,6	34,5
Bundesrepublik Deutschland	277,5	0,39	4,5	26,5	41,1	17,4	13,8	1,2	50,6	95,6
Frankreich	220,5	0,36	3,9	9,0	39,3	11,2	36,6	3,8	52,9	95,7
Griechenland	21,8	0,60	2,2	38,2	58,2	0,7	0,0	3,0	56,3	87,7
Vereinigtes Königreich	211,0	0,39	3,7	30,1	39,0	22,4	8,2	0,2	2,3	– 15,0
Irland	10,4	0,46	3,0	23,6	44,6	18,0	0,0	13,7	67,0	103,5
Italien	157,2	0,32	2,7	9,4	60,9	25,3	0,0	4,3	84,3	95,5
Japan	424,6	0,26	3,4	17,3	58,7	10,2	11,8	2,0	85,8	102,9
Kanada	212,2	0,53	8,0	11,5	36,7	26,6	9,0	16,2	– 26,3	– 17,7
Luxemburg	3,5	0,81	9,4	33,3	51,9	13,6	0,0	1,3	98,8	100,0
Neuseeland	13,7	0,60	4,1	8,1	35,2	27,5	0,0	29,1	14,7	53,7
Niederlande	66,2	0,47	4,5	14,4	37,3	46,6	1,4	0,3	9,4	85,1
Norwegen	21,4	0,32	5,1	3,7	38,2	9,3	0,0	48,8	–408,3	–726,9
Österreich	24,7	0,32	3,2	16,3	43,7	19,0	0,0	20,9	65,1	87,7
Portugal	16,5	0,64	1,6	16,9	71,4	0,0	0,0	11,7	91,6	100,6
Schweden	48,3	0,43	5,7	5,0	32,6	1,1	36,9	24,4	36,0	88,3
Schweiz	25,1	0,24	3,7	1,4	53,4	7,2	24,4	13,5	60,4	101,6
Spanien	86,5	0,42	2,2	22,4	52,5	5,7	16,3	3,1	64,9	101,1
Türkei	51,2	0,74	0,9	30,1	44,9	5,6	0,0	19,5	47,8	84,8
Vereinigte Staaten	1 919,8	0,42	7,7	24,1	39,5	22,7	8,3	5,4	16,5	44,3
Insgesamt[5]	3 966,9	0,45	4,2	19,9	45,7	15,1	8,6	10,7	24,0	37,4

[1] 1 000 US-Dollar Bruttoinlandsprodukt in Preisen und Wechselkursen von 1985.
[2] Öleinheiten (1 kg ÖE = 11,63 kWh).
[3] Anteil der Netto-Importe 1988 am Primärenergieverbrauch in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch in vH.
[4] Netto-Importe von Mineralöl in Relation zum Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports von Mineralöl am Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH.
[5] Alle Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur und Frankreich.

Quelle: Internationale Energieagentur

Tabelle 19*

Indikatoren für die Welt und für ausgewählte Ländergruppen [1]

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	1973 bis 1982 [2]	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Gesamtproduktion, real [3]									
Welt	3,0	2,5	4,5	3,5	3,1	3,5	4,4	3,3	2,2
Industrieländer	2,5	2,6	4,8	3,4	2,7	3,4	4,5	3,3	2,6
Entwicklungsländer	4,5	2,1	3,9	3,6	4,0	3,8	3,9	3,2	1,0
darunter:									
Osteuropäische Länder [4]	4,3	2,9	2,4	1,4	3,3	2,6	4,3	1,9	– 3,6
Reales Wachstum je Einwohner									
Industrieländer	1,8	2,1	4,2	2,8	2,1	2,7	3,8	2,6	1,9
Entwicklungsländer	2,1	–	1,8	1,6	1,8	2,1	2,1	1,4	– 0,7
Verbraucherpreise									
Industrieländer	9,5	5,0	4,7	4,2	2,4	3,0	3,3	4,4	4,9
Entwicklungsländer	18,9	26,1	30,3	30,7	24,2	32,1	53,0	79,9	91,0
Welthandel									
Volumen, insgesamt [5]	4,1	2,6	9,0	2,9	4,5	6,5	9,1	6,9	4,3
Durchschnittswerte [5]									
in US-Dollar	11,6	– 4,8	– 2,6	– 2,1	5,0	10,3	4,9	1,1	8,3
in Sonderziehungsrechten	11,4	– 1,7	1,6	– 1,1	– 9,1	0,0	0,9	6,0	2,3
Ausfuhr, Volumen									
Industrieländer	5,0	2,8	10,0	4,3	3,0	5,2	8,6	6,6	5,9
nachrichtlich:									
G-7-Länder [6]	5,3	1,9	10,4	4,1	3,3	4,8	9,5	7,1	5,8
Europäische Gemeinschaft	4,8	3,0	7,8	3,8	3,1	4,6	6,5	6,8	5,5
Entwicklungsländer	0,3	3,6	6,5	0,1	8,6	9,1	10,1	4,6	– 0,7
ölexportierende Länder	– 4,0	– 4,1	0,5	– 4,0	14,8	1,6	11,9	8,5	2,6
übrige Entwicklungsländer	3,8	8,2	9,6	2,0	7,2	11,2	9,7	3,7	– 1,8
Einfuhr, Volumen									
Industrieländer	3,6	4,6	12,4	4,5	9,0	7,2	9,0	7,9	5,2
nachrichtlich:									
G-7-Länder [6]	3,3	5,9	14,4	4,0	9,8	6,6	9,5	7,6	5,3
Europäische Gemeinschaft	3,8	2,1	6,4	4,1	8,2	8,7	8,6	7,9	7,0
Entwicklungsländer	7,0	– 2,0	2,8	0,2	– 2,9	5,9	9,8	6,8	3,4
ölexportierende Länder	14,8	– 13,8	– 6,8	– 9,8	– 19,4	– 4,3	6,4	6,7	4,6
übrige Entwicklungsländer	4,9	2,7	6,0	3,2	1,7	8,1	10,5	6,8	3,2

[1] Welt: 161 Länder, davon 23 Industrieländer und 138 Entwicklungsländer darunter 19 ölexportierende Länder, 7 osteuropäische Länder (einschließlich Sowjetunion). Zu den einbezogenen Ländern, zur Klassifikation der jeweiligen Ländergruppe und zur Berechnung der zusammengefaßten Ergebnisse für die jeweiligen Merkmale siehe Statistischer Anhang zum „World Economic Outlook, October 1991" des Internationalen Währungsfonds (IWF).

[2] Durchschnittlich jährliche Veränderung.

[3] Bruttoinlandsprodukt, für einige Industrieländer/einige osteuropäische Entwicklungsländer Bruttosozialprodukt/„Produziertes Volkseinkommen" (nach dem Material Product Systems – MPS).

[4] Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn und Sowjetunion.

[5] Durchschnitt der Wachstumsraten von Ausfuhr und Einfuhr, insgesamt.

[6] Bundesrepublik Deutschland (Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990), Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und Vereinigte Staaten.

Quelle: IWF

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland

Soweit nicht bei einzelnen Tabellen etwas anderes vermerkt ist, beziehen sich die Angaben auf den Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; die Angaben schließen Berlin (West) ein.

Tabelle 20*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum[1]	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote[2]	Erwerbstätige (Inländer)[3]			Offene Stellen[5]	Arbeitslose[5]	Arbeitslosenquote[6]	Nachrichtlich
				insgesamt	darunter beschäftigte Arbeitnehmer					Pendlersaldo[7]
					zusammen	darunter Ausländer[4]				
	Tausend		vH	Tausend					vH	Tausend
1950	46 908	21 577	*46,0*	19 997	13 674	...	116	1 580	*10,4*	−427
1951	47 413	21 952	*46,3*	20 520	14 286	...	116	1 432	*9,1*	−429
1952	47 728	22 289	*46,7*	20 910	14 754	...	115	1 379	*8,5*	−388
1953	48 172	22 684	*47,1*	21 425	15 344	...	123	1 259	*7,6*	−351
1954	48 710	23 216	*47,7*	21 995	15 968	73	137	1 221	*7,1*	−324
1955	49 203	23 758	*48,3*	22 830	16 840	80	200	928	*5,2*	−330
1956	49 797	24 196	*48,6*	23 435	17 483	99	219	761	*4,2*	−281
1957	50 434	24 602	*48,8*	23 940	17 992	108	217	662	*3,5*	−257
1958	51 056	24 807	*48,6*	24 124	18 188	127	216	683	*3,6*	−229
1959	51 634	24 861	*48,1*	24 385	18 511	167	280	476	*2,5*	−214
1960 A	52 183	25 034	*48,0*	24 799	19 010	.	449	235	*1,2*	−200
1960	55 433	26 518	*47,8*	26 247	20 257	279	465	271	*1,3*	−184
1961	56 185	26 772	*47,6*	26 591	20 730	507	552	181	*0,9*	−165
1962	56 837	26 845	*47,2*	26 690	21 032	629	574	155	*0,7*	−172
1963	57 389	26 930	*46,9*	26 744	21 261	773	555	186	*0,9*	−163
1964	57 971	26 922	*46,4*	26 753	21 484	902	609	169	*0,8*	−149
1965	58 619	27 034	*46,1*	26 887	21 757	1 119	649	147	*0,7*	−132
1966	59 148	26 962	*45,6*	26 801	21 765	1 244	540	161	*0,7*	−128
1967	59 286	26 409	*44,5*	25 950	21 054	1 014	302	459	*2,1*	−146
1968	59 500	26 291	*44,2*	25 968	21 183	1 019	488	323	*1,5*	−142
1969	60 067	26 535	*44,2*	26 356	21 752	1 366	747	179	*0,8*	−128
1970	60 651	26 817	*44,2*	26 668	22 246	1 807	795	149	*0,7*	−108
1971	61 284	26 957	*44,0*	26 772	22 605	2 128	648	185	*0,8*	−104
1972	61 672	27 121	*44,0*	26 875	22 841	2 285	546	246	*1,1*	−101
1973	61 976	27 433	*44,3*	27 160	23 222	2 498	572	273	*1,2*	− 94
1974	62 054	27 411	*44,2*	26 829	23 036	2 381	315	582	*2,5*	− 91
1975	61 829	27 184	*44,0*	26 110	22 467	2 061	236	1 074	*4,6*	− 90
1976	61 531	27 034	*43,9*	25 974	22 512	1 925	235	1 060	*4,5*	− 92
1977	61 400	27 038	*44,0*	26 008	22 686	1 872	231	1 030	*4,3*	− 89
1978	61 326	27 212	*44,4*	26 219	22 961	1 857	246	993	*4,1*	− 89
1979	61 359	27 528	*44,9*	26 652	23 472	1 924	304	876	*3,6*	− 84
1980	61 566	27 948	*45,4*	27 059	23 897	2 018	308	889	*3,6*	− 79
1981	61 682	28 305	*45,9*	27 033	23 907	1 912	208	1 272	*5,1*	− 82
1982	61 638	28 558	*46,3*	26 725	23 639	1 787	105	1 833	*7,2*	− 95
1983	61 423	28 605	*46,6*	26 347	23 293	1 694	76	2 258	*8,8*	− 96
1984	61 175	28 659	*46,8*	26 393	23 351	1 609[a]	88	2 266	*8,8*	−100
1985	61 024	28 897	*47,4*	26 593	23 559	1 568	110	2 304	*8,9*	−104
1986	61 066	29 188	*47,8*	26 960	23 910	1 570	154	2 228	*8,5*	−104
1987	61 077	29 386	*48,1*	27 157	24 141	1 577	171	2 229	*8,5*	−107
1988	61 449	29 608	*48,2*	27 366	24 365	1 610	189	2 242	*8,4*	−105
1989	62 063	29 771	*48,0*	27 733	24 753	1 678	251	2 038	*7,6*	−102
1990	63 120[b]	30 327	*48,0*	28 444	25 481	1 775	314	1 883	*6,9*	− 11
1988 1. Hj.	61 319	29 517	*48,1*	27 166	24 172	1 584	182	2 351	*8,9*	−108
2. Hj.	61 580	29 698	*48,2*	27 566	24 558	1 636	196	2 132	*8,0*	−102
1989 1. Hj	61 832	29 659	*48,0*	27 517	24 539	1 647	225	2 142	*8,0*	−106
2. Hj	62 293	29 882	*48,0*	27 949	24 967	1 709	278	1 933	*7,2*	− 98
1990 1. Hj	62 980	30 202	*48,0*	28 198	25 239	1 737	312	2 004	*7,4*	− 75
2. Hj	63 260	30 452	*48,1*	28 690	25 723	1 813	315	1 762	*6,4*	53
1991 1. Hj.	...	30 546	...	28 810	25 841	...	331	1 736	*6,3*	171

[1]) Von 1950 bis 1960 A ohne Saarland und Berlin (West). Beschäftigte Ausländer bis 1958 ohne Saarland. Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung. — [3]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Erwerbstätige, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet (Stand: vor dem 3. Oktober 1990) haben. — [4]) Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit). — [5]) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — [6]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer plus Arbeitslose). — [7]) Im Inland erwerbstätige Einpendler abzüglich der in der übrigen Welt erwerbstätige Auspendler. (Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept abzüglich Erwerbstätige nach dem Inländerkonzept.) — [a]) Die Ende Juni 1984 von einer länger als drei Wochen dauernden Aussperrung betroffenen Arbeitnehmer sind nicht enthalten.
[b]) Januar bis September.

Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer im Inland nach Wirtschaftsbereichen

Tausend

Jahr[1]	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2]	Dienstleistungsunternehmen[3]	Staat	Private Haushalte[4]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Erwerbstätige[5]									
1960	26 063	3 581	12 497	747	9 624	2 126	4 759	2 364	2 098	764
1961	26 426	3 449	12 805	722	9 905	2 178	4 808	2 406	2 228	730
1962	26 518	3 307	12 918	698	9 948	2 272	4 812	2 459	2 348	674
1963	26 581	3 144	12 927	665	9 883	2 379	4 845	2 541	2 444	680
1964	26 604	3 002	12 986	654	9 885	2 447	4 817	2 590	2 540	669
1965	26 755	2 876	13 158	645	10 059	2 454	4 791	2 652	2 628	650
1966	26 673	2 790	13 017	628	9 953	2 436	4 800	2 719	2 706	641
1967	25 804	2 638	12 249	582	9 418	2 249	4 709	2 774	2 777	657
1968	25 826	2 523	12 320	547	9 488	2 285	4 692	2 837	2 803	651
1969	26 228	2 395	12 727	539	9 883	2 305	4 714	2 883	2 859	650
1970	26 560	2 262	12 987	551	10 117	2 319	4 755	2 933	2 978	645
1971	26 668	2 128	12 951	550	10 051	2 350	4 769	3 039	3 113	668
1972	26 774	2 034	12 753	531	9 862	2 360	4 872	3 132	3 264	719
1973	27 066	1 946	12 808	514	9 926	2 368	4 950	3 233	3 373	756
1974	26 738	1 845	12 399	508	9 690	2 201	4 918	3 341	3 483	752
1975	26 020	1 749	11 624	503	9 097	2 024	4 872	3 424	3 583	768
1976	25 882	1 617	11 405	497	8 892	2 016	4 887	3 528	3 644	801
1977	25 919	1 534	11 421	497	8 927	1 997	4 878	3 579	3 678	829
1978	26 130	1 493	11 409	490	8 906	2 013	4 912	3 692	3 764	860
1979	26 568	1 410	11 580	486	9 011	2 083	4 981	3 840	3 863	894
1980	26 980	1 403	11 721	493	9 094	2 134	5 032	3 970	3 929	925
1981	26 951	1 368	11 528	500	8 930	2 098	5 033	4 080	3 991	951
1982	26 630	1 322	11 177	502	8 669	2 006	4 978	4 151	4 025	977
1983	26 251	1 280	10 842	502	8 379	1 961	4 899	4 180	4 054	996
1984	26 293	1 239	10 791	496	8 341	1 954	4 907	4 264	4 066	1 026
1985	26 489	1 196	10 800	492	8 445	1 863	4 919	4 391	4 118	1 065
1986	26 856	1 177	10 912	492	8 580	1 840	4 956	4 518	4 182	1 111
1987	27 050	1 125	10 889	490	8 585	1 814	5 012	4 654	4 226	1 144
1988	27 261	1 078	10 862	483	8 569	1 810	5 079	4 818	4 247	1 177
1989	27 631	1 013	10 995	472	8 690	1 833	5 160	4 980	4 273	1 210
1990	28 433	961	11 321	466	8 941	1 914	5 316	5 268	4 305	1 262
	Beschäftigte Arbeitnehmer[5]									
1960	20 073	491	11 509	746	8 855	1 908	3 615	1 596	2 098	764
1961	20 565	452	11 845	721	9 164	1 960	3 673	1 637	2 228	730
1962	20 860	421	11 996	697	9 241	2 058	3 720	1 701	2 348	674
1963	21 098	406	12 019	664	9 191	2 164	3 770	1 779	2 444	680
1964	21 335	390	12 116	653	9 228	2 235	3 783	1 837	2 540	669
1965	21 625	369	12 306	644	9 420	2 242	3 775	1 897	2 628	650
1966	21 637	358	12 176	627	9 328	2 221	3 800	1 956	2 706	641
1967	20 908	324	11 423	581	8 811	2 031	3 724	2 003	2 777	657
1968	21 041	302	11 508	546	8 895	2 067	3 720	2 057	2 803	651
1969	21 624	297	11 940	538	9 316	2 086	3 772	2 106	2 859	650
1970	22 138	295	12 224	550	9 575	2 099	3 839	2 157	2 978	645
1971	22 501	284	12 224	549	9 540	2 135	3 935	2 277	3 113	668
1972	22 740	275	12 040	530	9 364	2 146	4 066	2 376	3 264	719
1973	23 128	267	12 114	513	9 444	2 157	4 147	2 471	3 373	756
1974	22 945	259	11 727	507	9 226	1 994	4 140	2 584	3 483	752
1975	22 377	252	10 983	502	8 657	1 824	4 115	2 676	3 583	768
1976	22 420	243	10 783	496	8 475	1 812	4 150	2 799	3 644	801
1977	22 597	248	10 817	496	8 526	1 795	4 169	2 856	3 678	829
1978	22 872	252	10 824	489	8 520	1 815	4 212	2 960	3 764	860
1979	23 388	254	11 000	485	8 627	1 888	4 281	3 096	3 863	894
1980	23 818	254	11 150	492	8 717	1 941	4 336	3 224	3 929	925
1981	23 825	250	10 967	499	8 562	1 906	4 347	3 319	3 991	951
1982	23 544	250	10 624	501	8 310	1 813	4 294	3 374	4 025	977
1983	23 197	249	10 301	501	8 024	1 776	4 207	3 390	4 054	996
1984	23 251	251	10 254	495	7 988	1 771	4 205	3 449	4 066	1 026
1985	23 455	248	10 270	491	8 097	1 682	4 209	3 545	4 118	1 065
1986	23 806	243	10 387	491	8 235	1 661	4 245	3 638	4 182	1 111
1987	24 034	233	10 378	489	8 254	1 635	4 295	3 758	4 226	1 144
1988	24 260	230	10 349	482	8 239	1 628	4 362	3 895	4 247	1 177
1989	24 651	229	10 469	471	8 350	1 648	4 438	4 032	4 273	1 210
1990	25 470	234	10 784	465	8 593	1 726	4 586	4 299	4 305	1 262

[1] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [2] Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [3] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungsunternehmen. — [4] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [5] Inlandskonzept, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Tabelle 22*

Ausländer im Bundesgebiet

An

Staatsangehörigkeit	1985	1986	1987	1988	1989	1990
	Wohnbevölkerung[1])					
Europa	3 763 838	3 824 329	3 644 090	3 846 512	4 103 108	4 389 498
Belgien	18 852	19 235	17 353	17 854	18 697	20 640
Dänemark	13 381	13 622	12 072	12 519	13 429	15 208
Frankreich	74 850	76 686	68 883	71 773	77 602	83 248
Griechenland	280 614	278 506	256 396	274 793	293 649	314 451
Vereinigtes Königreich	88 089	89 984	80 669	83 010	85 748	94 776
Irland	6 332	6 985	7 210	8 360	8 872	10 287
Italien	531 338	537 067	499 562	508 656	519 548	548 331
Luxemburg	4 891	4 977	4 446	4 542	4 764	5 175
Niederlande	108 419	108 976	95 690	96 881	101 238	110 970
Portugal	77 046	78 198	69 327	71 068	74 890	84 611
Spanien	152 781	150 493	128 777	126 402	126 963	134 731
EG-Länder	1 356 593	1 364 729	1 240 385	1 275 858	1 325 400	1 422 428
Jugoslawien	591 001	591 196	551 614	579 073	610 499	652 492
Österreich	172 534	174 563	150 037	155 132	171 093	181 290
Polen	104 755	116 883	120 550	171 514	220 443	241 339
Schweiz	29 923	30 503	25 905	26 703	29 573	30 610
Tschechoslowakei	28 167	29 126	25 731	27 869	31 695	33 555
Türkei	1 401 932	1 434 255	1 453 708	1 523 678	1 612 623	1 675 911
Ungarn	21 355	23 080	21 837	26 568	31 627	35 065
Übriges Europa	57 578	59 994	54 323	60 117	70 155	116 808
Afrika	133 456	145 083	126 435	136 749	163 579	188 276
Ägypten	8 333	8 632	7 491	8 091	8 640	9 387
Marokko	48 132	51 963	47 310	52 069	61 848	67 458
Übriges Afrika	76 991	84 488	71 634	76 589	93 091	111 431
Amerika	127 046	131 192	113 593	120 680	132 233	141 313
Kanada	8 210	8 428	7 182	7 413	8 021	8 348
Vereinigte Staaten	85 655	88 233	75 625	79 604	85 707	90 657
Übriges Amerika	33 181	34 531	30 786	33 663	38 505	42 308
Asien	295 459	348 035	302 966	330 184	386 444	453 133
Indien	24 315	28 326	21 420	21 352	23 896	27 519
Iran	51 351	73 023	65 647	73 032	81 331	89 679
Israel	8 243	8 382	7 043	7 384	7 793	8 469
Japan	17 551	18 367	16 636	18 090	20 094	21 683
Jordanien	11 103	11 138	9 425	9 749	10 384	11 152
Pakistan	16 193	18 118	15 518	17 137	19 690	23 233
Übriges Asien	166 703	190 681	167 277	183 440	223 256	271 398
Australien und Ozeanien	6 308	6 358	5 360	5 653	6 164	6 917
Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit	52 835	57 682	48 088	49 327	54 354	62 664
Insgesamt	4 378 942	4 512 679	4 240 532	4 489 105	4 845 882	5 241 801

[1]) Von 1985 bis 1989: Stand 31. Dezember. Für 1990: Stand 30. September.

nach der Staatsangehörigkeit

zahl

1985	1986	1987	1988	1989	1990	Staatsangehörigkeit
			Beschäftigte[2])			
1 448 505	1 451 935	1 443 022	1 467 034	1 520 488	1 592 792	Europa
7927	7 327	6 879	6 778	6 813	6 785	Belgien
2804	2 581	2 407	2 421	2 639	2 786	Dänemark
41 285	40 346	38 639	38 581	41 331	42 826	Frankreich
102 936	101 592	100 913	98 759	101 652	105 448	Griechenland
30 554	31 401	32 899	35 047	36 528	38 515	Vereinigtes Königreich
1 430	1 408	1 493	1 707	1 956	2 097	Irland
202 392	193 390	181 696	178 035	178 933	175 148	Italien
1 108	997	969	995	983	947	Luxemburg
31 013	28 578	26 349	25 843	26 019	25 709	Niederlande
35 425	35 124	35 802	37 196	38 894	41 897	Portugal
67 407	65 936	64 046	63 088	61 555	61 300	Spanien
524 281	508 680	492 092	488 450	497 303	503 458	EG-Länder
293 483	294 807	292 054	295 549	300 934	312 974	Jugoslawien
80 644	81 478	83 306	86 021	88 701	91 380	Österreich
12 959	14 830	16 786	20 286	25 383	35 106	Polen
7 459	7 631	7 793	7 999	8 245	8 518	Schweiz
9 653	10 042	10 315	10 971	11 586	13 394	Tschechoslowakei
499 322	513 077	518 423	533 766	561 806	594 586	Türkei
6 567	6 828	7 168	7 806	8 781	10 912	Ungarn
14 137	14 562	15 085	16 186	17 749	22 464	Übriges Europa
33 038	34 093	35 279	37 521	40 438	44 683	Afrika
1 816	1 850	1 901	2 035	2 142	2 277	Ägypten
14 567	14 780	15 199	15 896	16 681	17 957	Marokko
16 655	17 463	18 179	19 590	21 615	24 449	Übriges Afrika
26 571	28 071	30 018	32 691	34 798	38 448	Amerika
1 915	1 925	2 014	2 110	2 187	2 286	Kanada
18 193	19 367	20 911	22 880	24 092	26 580	Vereinigte Staaten
6 463	6 779	7 093	7 701	8 519	9 582	Übriges Amerika
53 496	56 171	59 914	67 025	73 921	85 836	Asien
6 654	6 668	6 854	7 249	7 480	7 981	Indien
4 456	4 820	5 507	6 686	8 192	10 209	Iran
1 721	1 731	1 723	1 769	1 858	1 954	Israel
3 159	3 435	3 589	3 476	3 479	4 491	Japan
2 241	2 232	2 238	2 340	2 381	2 536	Jordanien
3 815	3 871	3 876	4 412	4 731	5 195	Pakistan
31 450	33 414	36 127	41 093	45 800	53 470	Übriges Asien
1 831	1 893	1 933	2 084	2 244	2 464	Australien und Ozeanien
20 457	19 384	18 693	17 767	17 410	18 030	Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit
1 583 898	1 591 547	1 588 859	1 624 122	1 689 299	1 782 253	Insgesamt

[2]) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer jeweils am 30. Juni.

Quelle für Beschäftigte: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 23*

Bruttowertschöpfung nach

Zeitraum [1]	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr [2]	Dienstleistungsunternehmen [3]	Staat	Private Haushalte [4]
	Mrd DM in jeweiligen Preisen [5]									
1960	302,20	17,66	160,80	15,65	121,86	23,29	55,96	41,13	21,61	5,04
1961	331,14	17,24	177,37	15,70	135,00	26,67	60,38	46,12	24,73	5,30
1962	359,94	18,79	191,83	16,24	144,99	30,60	66,48	50,42	27,04	5,38
1963	381,52	19,50	200,11	16,81	150,58	32,72	70,77	55,34	30,00	5,80
1964	420,08	19,45	223,37	17,73	167,52	38,12	76,50	61,81	32,79	6,16
1965	459,74	20,01	243,63	18,30	184,89	40,44	82,07	70,05	37,27	6,71
1966	490,63	20,87	254,76	18,94	192,92	42,90	87,81	78,35	41,61	7,23
1967	497,06	20,41	252,20	18,79	193,58	39,83	88,37	84,30	44,12	7,66
1968	509,14	22,19	257,96	19,15	200,66	38,15	84,19	89,67	47,06	8,07
1969	567,91	23,49	290,36	19,82	229,59	40,95	90,32	101,48	53,28	8,98
1970	645,91	21,78	333,72	22,72	259,45	51,55	103,47	114,39	62,56	9,99
1971	717,53	22,81	360,18	23,93	277,21	59,04	115,52	132,71	74,56	11,75
1972	788,90	24,84	386,61	26,01	295,65	64,95	128,41	151,64	83,73	13,67
1973	882,85	26,77	429,96	29,09	332,58	68,29	140,04	172,61	97,33	16,14
1974	954,43	26,18	454,12	33,08	354,32	66,72	147,30	195,78	112,94	18,11
1975	995,92	28,66	453,08	37,31	352,54	63,23	154,95	216,65	122,86	19,72
1976	1 085,88	31,28	497,48	41,70	387,27	68,51	170,28	235,30	129,81	21,73
1977	1 158,86	32,01	526,03	41,62	411,48	72,93	182,08	255,96	138,75	24,03
1978	1 239,68	32,38	558,39	43,87	435,35	79,17	194,86	279,69	148,22	26,14
1979	1 337,92	31,12	602,79	46,48	467,08	89,23	211,58	304,87	159,07	28,49
1980	1 415,93	30,52	624,78	48,64	476,25	99,89	218,68	338,25	172,39	31,31
1981	1 483,44	32,11	637,83	52,30	485,71	99,82	224,84	371,06	183,69	33,91
1982	1 545,73	36,62	650,40	57,97	496,01	96,42	230,99	402,04	189,59	36,09
1983	1 624,81	33,23	679,72	61,25	519,42	99,05	241,64	436,38	195,74	38,10
1984	1 702,58	34,46	706,30	63,98	542,60	99,72	256,04	465,84	199,95	39,99
1985	1 774,34	31,92	740,19	66,53	578,85	94,81	261,46	490,83	207,26	42,68
1986	1 874,08	34,00	786,48	65,91	620,44	100,13	269,58	520,48	217,12	46,42
1987	1 928,49	30,24	795,04	68,67	624,69	101,68	279,54	548,57	225,82	49,28
1988	2 031,40	33,72	826,76	67,84	652,67	106,25	294,66	592,83	231,76	51,67
1989	2 148,37	37,97	873,67	69,72	689,61	114,34	311,07	633,27	238,46	53,93
1990	2 319,76	38,35	942,18	71,64	740,73	129,81	333,34	694,77	252,77	58,35
1991 1. Hj.	1 196,78	6,35	489,69	36,86	385,27	67,56	173,74	372,42	125,20	29,38
	Anteil in vH									
1960	*100*	*5,8*	*53,2*	*5,2*	*40,3*	*7,7*	*18,5*	*13,6*	*7,2*	*1,7*
1961	*100*	*5,2*	*53,6*	*4,7*	*40,8*	*8,1*	*18,2*	*13,9*	*7,5*	*1,6*
1962	*100*	*5,2*	*53,3*	*4,5*	*40,3*	*8,5*	*18,5*	*14,0*	*7,5*	*1,5*
1963	*100*	*5,1*	*52,5*	*4,4*	*39,5*	*8,6*	*18,5*	*14,5*	*7,9*	*1,5*
1964	*100*	*4,6*	*53,2*	*4,2*	*39,9*	*9,1*	*18,2*	*14,7*	*7,8*	*1,5*
1965	*100*	*4,4*	*53,0*	*4,0*	*40,2*	*8,8*	*17,9*	*15,2*	*8,1*	*1,5*
1966	*100*	*4,3*	*51,9*	*3,9*	*39,3*	*8,7*	*17,9*	*16,0*	*8,5*	*1,5*
1967	*100*	*4,1*	*50,7*	*3,8*	*38,9*	*8,0*	*17,8*	*17,0*	*8,9*	*1,5*
1968	*100*	*4,4*	*50,7*	*3,8*	*39,4*	*7,5*	*16,5*	*17,6*	*9,2*	*1,6*
1969	*100*	*4,1*	*51,1*	*3,5*	*40,4*	*7,2*	*15,9*	*17,9*	*9,4*	*1,6*
1970	*100*	*3,4*	*51,7*	*3,5*	*40,2*	*8,0*	*16,0*	*17,7*	*9,7*	*1,5*
1971	*100*	*3,2*	*50,2*	*3,3*	*38,6*	*8,2*	*16,1*	*18,5*	*10,4*	*1,6*
1972	*100*	*3,1*	*49,0*	*3,3*	*37,5*	*8,2*	*16,3*	*19,2*	*10,6*	*1,7*
1973	*100*	*3,0*	*48,7*	*3,3*	*37,7*	*7,7*	*15,9*	*19,6*	*11,0*	*1,8*
1974	*100*	*2,7*	*47,6*	*3,5*	*37,1*	*7,0*	*15,4*	*20,5*	*11,8*	*1,9*
1975	*100*	*2,9*	*45,5*	*3,7*	*35,4*	*6,3*	*15,6*	*21,8*	*12,3*	*2,0*
1976	*100*	*2,9*	*45,8*	*3,8*	*35,7*	*6,3*	*15,7*	*21,7*	*12,0*	*2,0*
1977	*100*	*2,8*	*45,4*	*3,6*	*35,5*	*6,3*	*15,7*	*22,1*	*12,0*	*2,1*
1978	*100*	*2,6*	*45,0*	*3,5*	*35,1*	*6,4*	*15,7*	*22,6*	*12,0*	*2,1*
1979	*100*	*2,3*	*45,1*	*3,5*	*34,9*	*6,7*	*15,8*	*22,8*	*11,9*	*2,1*
1980	*100*	*2,2*	*44,1*	*3,4*	*33,6*	*7,1*	*15,4*	*23,9*	*12,2*	*2,2*
1981	*100*	*2,2*	*43,0*	*3,5*	*32,7*	*6,7*	*15,2*	*25,0*	*12,4*	*2,3*
1982	*100*	*2,4*	*42,1*	*3,8*	*32,1*	*6,2*	*14,9*	*26,0*	*12,3*	*2,3*
1983	*100*	*2,0*	*41,8*	*3,8*	*32,0*	*6,1*	*14,9*	*26,9*	*12,0*	*2,3*
1984	*100*	*2,0*	*41,5*	*3,8*	*31,9*	*5,9*	*15,0*	*27,4*	*11,7*	*2,3*
1985	*100*	*1,8*	*41,7*	*3,7*	*32,6*	*5,3*	*14,7*	*27,7*	*11,7*	*2,4*
1986	*100*	*1,8*	*42,0*	*3,5*	*33,1*	*5,3*	*14,4*	*27,8*	*11,6*	*2,5*
1987	*100*	*1,6*	*41,2*	*3,6*	*32,4*	*5,3*	*14,5*	*28,4*	*11,7*	*2,6*
1988	*100*	*1,7*	*40,7*	*3,3*	*32,1*	*5,2*	*14,5*	*29,2*	*11,4*	*2,5*
1989	*100*	*1,8*	*40,7*	*3,2*	*32,1*	*5,3*	*14,5*	*29,5*	*11,1*	*2,5*
1990	*100*	*1,7*	*40,6*	*3,1*	*31,9*	*5,6*	*14,4*	*30,0*	*10,9*	*2,5*
1991 1. Hj.	*100*	*0,5*	*40,9*	*3,1*	*32,2*	*5,6*	*14,5*	*31,1*	*10,5*	*2,5*

[1] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [2] Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [3] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.

Wirtschaftsbereichen

Tabelle 23*

Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [2]	Dienstleistungsunternehmen [3]	Staat	Private Haushalte [4]	Zeitraum [1]
		zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
Mrd DM in Preisen von 1985										
811,86	22,38	388,52	45,96	272,78	69,78	115,07	171,66	90,81	23,42	1960
848,77	20,49	407,71	45,62	289,12	72,97	120,74	180,21	96,75	22,87	1961
886,52	21,98	425,67	46,87	302,79	76,01	126,79	187,61	102,53	21,94	1962
912,01	22,70	434,33	47,81	308,77	77,75	130,43	194,86	107,32	22,37	1963
972,04	22,26	472,13	48,26	336,16	87,71	138,77	205,76	110,68	22,44	1964
1 023,93	21,18	500,23	47,35	361,75	91,13	146,68	217,42	115,97	22,45	1965
1 054,74	22,28	510,95	48,43	368,00	94,52	150,06	226,89	121,96	22,60	1966
1 054,81	24,16	495,74	45,41	359,77	90,56	149,60	236,48	125,46	23,37	1967
1 117,45	25,66	533,98	46,92	397,07	89,99	158,52	246,28	129,40	23,61	1968
1 200,91	24,98	585,30	49,89	443,49	91,92	173,60	259,76	133,25	24,02	1969
1 259,48	25,77	616,69	54,90	466,00	95,79	182,63	268,76	141,27	24,36	1970
1 295,21	27,03	626,44	53,75	470,92	101,77	187,78	281,19	147,42	25,35	1971
1 352,39	26,20	648,80	54,09	486,25	108,46	194,41	300,99	154,59	27,40	1972
1 421,83	28,86	684,57	58,01	517,31	109,25	203,35	314,18	161,93	28,94	1973
1 430,84	30,25	673,33	60,44	512,25	100,64	204,21	324,28	169,51	29,26	1974
1 407,66	28,73	638,73	56,05	488,08	94,60	200,75	334,65	174,65	30,15	1975
1 484,07	27,60	684,78	60,58	525,44	98,76	213,65	349,67	176,73	31,64	1976
1 529,49	29,18	696,99	60,96	535,13	100,90	224,02	367,39	179,00	32,91	1977
1 577,91	30,04	710,07	62,30	545,33	102,44	233,04	385,87	184,59	34,30	1978
1 647,05	28,67	743,76	66,11	572,39	105,26	244,14	404,36	190,44	35,68	1979
1 663,50	29,31	735,03	66,88	561,43	106,72	247,05	419,93	195,16	37,02	1980
1 670,72	29,44	723,49	65,49	555,85	102,15	246,73	433,23	199,63	38,20	1981
1 659,67	34,81	698,65	64,02	536,36	98,27	242,82	443,18	200,95	39,26	1982
1 685,30	32,10	707,65	64,03	543,60	100,02	246,77	456,63	202,11	40,04	1983
1 734,22	34,11	725,10	65,19	559,52	100,39	256,97	472,53	204,34	41,17	1984
1 774,34	31,92	740,19	66,53	578,85	94,81	261,46	490,83	207,26	42,68	1985
1 818,07	35,25	749,07	65,83	587,02	96,22	264,84	514,33	210,09	44,49	1986
1 840,14	32,12	738,94	68,81	575,59	94,54	271,83	538,61	212,79	45,85	1987
1 910,75	34,48	758,54	68,35	593,76	96,43	285,32	569,95	215,22	47,24	1988
1 973,53	35,25	787,13	71,41	616,05	99,67	297,25	589,72	215,59	48,59	1989
2 063,11	37,58	821,63	72,46	645,03	104,14	314,19	619,96	219,12	50,63	1990
1 046,49	6,04	418,17	36,88	329,94	51,35	160,75	323,75	111,53	26,25	1991 1.Hj.
Anteil in vH										
100	*2,8*	*47,9*	*5,7*	*33,6*	*8,6*	*14,2*	*21,1*	*11,2*	*2,9*	1960
100	*2,4*	*48,0*	*5,4*	*34,1*	*8,6*	*14,2*	*21,2*	*11,4*	*2,7*	1961
100	*2,5*	*48,0*	*5,3*	*34,2*	*8,6*	*14,3*	*21,2*	*11,6*	*2,5*	1962
100	*2,5*	*47,6*	*5,2*	*33,9*	*8,5*	*14,3*	*21,4*	*11,8*	*2,5*	1963
100	*2,3*	*48,6*	*5,0*	*34,6*	*9,0*	*14,3*	*21,2*	*11,4*	*2,3*	1964
100	*2,1*	*48,9*	*4,6*	*35,3*	*8,9*	*14,3*	*21,2*	*11,3*	*2,2*	1965
100	*2,1*	*48,4*	*4,6*	*34,9*	*9,0*	*14,2*	*21,5*	*11,6*	*2,1*	1966
100	*2,3*	*47,0*	*4,3*	*34,1*	*8,6*	*14,2*	*22,4*	*11,9*	*2,2*	1967
100	*2,3*	*47,8*	*4,2*	*35,5*	*8,1*	*14,2*	*22,0*	*11,6*	*2,1*	1968
100	*2,1*	*48,7*	*4,2*	*36,9*	*7,7*	*14,5*	*21,6*	*11,1*	*2,0*	1969
100	*2,0*	*49,0*	*4,4*	*37,0*	*7,6*	*14,5*	*21,3*	*11,2*	*1,9*	1970
100	*2,1*	*48,4*	*4,1*	*36,4*	*7,9*	*14,5*	*21,7*	*11,4*	*2,0*	1971
100	*1,9*	*48,0*	*4,0*	*36,0*	*8,0*	*14,4*	*22,3*	*11,4*	*2,0*	1972
100	*2,0*	*48,1*	*4,1*	*36,4*	*7,7*	*14,3*	*22,1*	*11,4*	*2,0*	1973
100	*2,1*	*47,1*	*4,2*	*35,8*	*7,0*	*14,3*	*22,7*	*11,8*	*2,0*	1974
100	*2,0*	*45,4*	*4,0*	*34,7*	*6,7*	*14,3*	*23,8*	*12,4*	*2,1*	1975
100	*1,9*	*46,1*	*4,1*	*35,4*	*6,7*	*14,4*	*23,6*	*11,9*	*2,1*	1976
100	*1,9*	*45,6*	*4,0*	*35,0*	*6,6*	*14,6*	*24,0*	*11,7*	*2,2*	1977
100	*1,9*	*45,0*	*3,9*	*34,6*	*6,5*	*14,8*	*24,5*	*11,7*	*2,2*	1978
100	*1,7*	*45,2*	*4,0*	*34,8*	*6,4*	*14,8*	*24,6*	*11,6*	*2,2*	1979
100	*1,8*	*44,2*	*4,0*	*33,7*	*6,4*	*14,9*	*25,2*	*11,7*	*2,2*	1980
100	*1,8*	*43,3*	*3,9*	*33,3*	*6,1*	*14,8*	*25,9*	*11,9*	*2,3*	1981
100	*2,1*	*42,1*	*3,9*	*32,3*	*5,9*	*14,6*	*26,7*	*12,1*	*2,4*	1982
100	*1,9*	*42,0*	*3,8*	*32,3*	*5,9*	*14,6*	*27,1*	*12,0*	*2,4*	1983
100	*2,0*	*41,8*	*3,8*	*32,3*	*5,8*	*14,8*	*27,2*	*11,8*	*2,4*	1984
100	*1,8*	*41,7*	*3,7*	*32,6*	*5,3*	*14,7*	*27,7*	*11,7*	*2,4*	1985
100	*1,9*	*41,2*	*3,6*	*32,3*	*5,3*	*14,6*	*28,3*	*11,6*	*2,4*	1986
100	*1,7*	*40,2*	*3,7*	*31,3*	*5,1*	*14,8*	*29,3*	*11,6*	*2,5*	1987
100	*1,8*	*39,7*	*3,6*	*31,1*	*5,0*	*14,9*	*29,8*	*11,3*	*2,5*	1988
100	*1,8*	*39,9*	*3,6*	*31,2*	*5,1*	*15,1*	*29,9*	*10,9*	*2,5*	1989
100	*1,8*	*39,8*	*3,5*	*31,3*	*5,0*	*15,2*	*30,0*	*10,6*	*2,5*	1990
100	*0,6*	*40,0*	*3,5*	*31,5*	*4,9*	*15,4*	*30,9*	*10,7*	*2,5*	1991 1.Hj.

[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [5]) Von 1960 bis 1967 Bruttowertschöpfung einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 Bruttowertschöpfung frei von Umsatzsteuer.

Tabelle 24*

Bruttowertschöpfung, Brutto

Mrd

Zeitraum[1]	Bruttowertschöpfung, bereinigt[2]	Nichtabziehbare Umsatzsteuer[3]	Einfuhrabgaben[4]	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern[5]	Subventionen	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	In jeweiligen Preisen[6]										
1960	297,00	–	5,71	302,71	+ 0,29	303,00	23,63	279,37	41,78	2,52	240,11
1961	325,49	–	6,22	331,71	– 0,31	331,40	27,12	304,28	46,19	2,66	260,75
1962	353,45	–	7,33	360,78	– 0,28	360,50	31,23	329,27	50,06	2,90	282,11
1963	374,29	–	8,08	382,37	– 0,27	382,10	34,99	347,11	52,79	3,48	297,80
1964	412,01	–	8,17	420,18	– 0,58	419,60	38,96	380,64	57,48	4,09	327,25
1965	450,29	–	8,88	459,17	– 0,97	458,20	43,31	414,89	62,19	5,75	358,45
1966	479,53	–	8,70	488,23	– 0,83	487,40	47,77	439,63	65,50	5,65	379,78
1967	485,34	–	9,01	494,35	– 0,65	493,70	50,52	443,18	67,99	5,55	380,74
1968	496,22	30,99	6,07	533,28	+ 0,42	533,70	53,65	480,05	74,94	12,98	418,09
1969	552,48	37,62	6,85	596,95	+ 0,85	597,80	58,20	539,60	88,28	11,62	462,94
1970	627,97	39,91	7,42	675,30	+ 0,40	675,70	68,03	607,67	89,05	11,78	530,40
1971	696,73	45,04	7,98	749,75	+ 0,65	750,40	78,08	672,32	98,69	12,61	586,24
1972	764,87	49,38	8,87	823,12	+ 1,48	824,60	86,73	737,87	110,18	15,78	643,47
1973	855,61	52,26	9,38	917,25	+ 1,55	918,80	95,98	822,82	121,07	18,65	720,40
1974	920,61	54,43	8,89	983,93	– 0,23	983,70	107,78	875,92	125,04	18,86	769,74
1975	959,05	57,31	10,27	1 026,63	+ 1,07	1 027,70	117,24	910,46	130,28	20,39	800,57
1976	1 047,06	61,81	11,63	1 120,50	+ 3,30	1 123,80	125,77	998,03	141,92	22,13	878,24
1977	1 117,16	65,70	12,43	1 195,29	+ 0,31	1 195,60	134,01	1 061,59	152,52	24,63	933,70
1978	1 194,29	76,24	13,02	1 283,55	+ 5,85	1 289,40	144,39	1 145,01	167,56	29,70	1 007,15
1979	1 288,72	87,02	12,70	1 388,44	+ 5,36	1 393,80	157,80	1 236,00	183,16	31,16	1 084,00
1980	1 361,99	96,57	13,48	1 472,04	+ 5,36	1 477,40	175,00	1 302,40	193,47	30,65	1 139,58
1981	1 420,16	100,73	14,08	1 534,97	+ 4,63	1 539,60	190,62	1 348,98	198,29	29,12	1 179,81
1982	1 472,11	101,17	14,81	1 588,09	+ 2,21	1 590,30	203,69	1 386,61	201,68	29,25	1 214,18
1983	1 543,10	109,23	16,21	1 668,54	+ 7,16	1 675,70	214,93	1 460,77	214,39	31,72	1 278,10
1984	1 618,51	115,90	16,48	1 750,89	+12,41	1 763,30	226,37	1 536,93	226,13	36,33	1 347,13
1985	1 690,08	116,66	16,44	1 823,18	+11,32	1 834,50	235,36	1 599,14	230,31	37,94	1 406,77
1986	1 790,39	117,88	17,02	1 925,29	+10,81	1 936,10	243,69	1 692,41	236,17	41,31	1 497,55
1987	1 846,22	125,11	19,15	1 990,48	+12,52	2 003,00	252,30	1 750,70	245,50	44,80	1 550,00
1988	1 946,35	130,10	19,53	2 095,98	+12,02	2 108,00	263,09	1 844,91	257,11	47,74	1 635,54
1989	2 059,96	137,54	23,38	2 220,88	+24,32	2 245,20	279,41	1 965,79	278,27	46,80	1 734,32
1990	2 225,46	154,64	24,44	2 404,54	+20,96	2 425,50	299,69	2 125,81	303,13	48,77	1 871,45
1987 1. Hj.	880,95	61,68	8,73	951,36	+ 4,54	955,90	124,91	830,99	116,37	19,91	734,53
2. Hj.	965,27	63,43	10,42	1 039,12	+ 7,98	1 047,10	127,39	919,71	129,13	24,89	815,47
1988 1. Hj.	929,60	64,34	9,32	1 003,26	+ 4,54	1 007,80	129,80	878,00	123,19	22,15	776,96
2. Hj.	1 016,75	65,76	10,21	1 092,72	+ 7,48	1 100,20	133,29	966,91	133,92	25,59	858,58
1989 1. Hj.	988,69	67,86	11,21	1 067,76	+11,84	1 079,60	137,62	941,98	132,47	20,58	830,09
2. Hj.	1 071,27	69,68	12,17	1 153,12	+12,48	1 165,60	141,79	1 023,81	145,80	26,22	904,23
1990 1. Hj.	1 064,98	71,08	11,15	1 147,21	+ 9,09	1 156,30	147,15	1 009,15	138,66	21,05	891,54
2. Hj.	1 160,48	83,56	13,29	1 257,33	+11,87	1 269,20	152,54	1 116,66	164,47	27,72	979,91
1991 1. Hj.	1 146,23	87,15	13,41	1 246,79	+ 9,81	1 256,60	159,29	1 097,31	161,18	23,33	959,46

[1] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse.

[2] Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche abzüglich der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.

[3] Kassenaufkommen an Steuern vom Umsatz sowie einbehaltene Umsatzsteuer aufgrund von gesetzlichen Sonderregelungen (u. a. nach dem Berlinförderungsgesetz, für Lieferungen aus der DDR [§ 26 Abs. 4 UStG], für die Landwirtschaft [§ 24 UStG von 1967], für die Besteuerung von Kleinunternehmern [§ 19 UStG von 1979] sowie 1968 einmalig für die Entlastung der Altvorräte [§ 28 UStG von 1967]).

inlandsprodukt, Sozialprodukt

DM

Bruttowertschöpfung, bereinigt[2])	Nichtabziehbare Umsatzsteuer[3])	Einfuhrabgaben[4])	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum[1])
				In Preisen von 1985				
795,06	57,01	4,41	856,48	+ 3,32	859,80	65,32	794,48	1960
830,10	60,41	4,68	895,19	+ 1,21	896,40	71,54	824,86	1961
866,46	64,20	5,62	936,28	+ 1,22	937,50	78,19	859,31	1962
890,26	66,74	5,24	962,24	+ 1,06	963,30	84,88	878,42	1963
948,32	71,55	6,47	1 026,34	+ 0,06	1 026,40	91,73	934,67	1964
998,20	75,84	7,41	1 081,45	− 1,15	1 080,30	98,94	981,36	1965
1 027,02	77,99	6,95	1 111,96	− 0,86	1 111,10	106,06	1 005,04	1966
1 024,47	77,73	6,55	1 108,75	− 0,35	1 108,40	112,30	996,10	1967
1 082,75	80,62	6,62	1 169,99	+ 2,01	1 172,00	117,98	1 054,02	1968
1 162,64	87,00	7,45	1 257,09	+ 2,71	1 259,80	124,43	1 135,37	1969
1 219,45	93,32	8,63	1 321,40	+ 1,40	1 322,80	132,26	1 190,54	1970
1 253,25	98,31	9,60	1 361,16	+ 1,94	1 363,10	140,99	1 222,11	1971
1 305,56	102,80	10,76	1 419,12	+ 3,18	1 422,30	149,78	1 272,52	1972
1 373,03	104,10	11,06	1 488,19	+ 2,91	1 491,10	158,19	1 332,91	1973
1 380,73	102,26	9,09	1 492,08	− 0,18	1 491,90	165,26	1 326,64	1974
1 356,14	104,14	10,94	1 471,22	+ 1,78	1 473,00	170,92	1 302,08	1975
1 428,83	108,21	12,76	1 549,80	+ 4,90	1 554,70	176,40	1 378,30	1976
1 469,04	111,64	13,23	1 593,91	+ 0,49	1 594,40	182,26	1 412,14	1977
1 512,11	115,77	13,76	1 641,64	+ 7,76	1 649,40	188,70	1 460,70	1978
1 576,54	119,77	12,86	1 709,17	+ 6,73	1 715,90	196,00	1 519,90	1979
1 591,78	121,59	14,14	1 727,51	+ 6,29	1 733,80	203,90	1 529,90	1980
1 596,83	119,57	14,12	1 730,52	+ 5,18	1 735,70	211,31	1 524,39	1981
1 583,67	116,37	14,10	1 714,14	+ 2,36	1 716,50	217,49	1 499,01	1982
1 606,68	118,76	15,46	1 740,90	+ 7,50	1 748,40	224,22	1 524,18	1983
1 653,75	119,83	15,77	1 789,35	+12,65	1 802,00	230,18	1 571,82	1984
1 690,08	116,66	16,44	1 823,18	+11,32	1 834,50	235,36	1 599,14	1985
1 728,67	117,92	17,18	1 863,77	+10,63	1 874,40	240,76	1 633,64	1986
1 746,09	124,40	19,79	1 890,28	+12,02	1 902,30	246,73	1 655,57	1987
1 812,61	127,96	19,94	1 960,51	+11,29	1 971,80	253,49	1 718,31	1988
1 871,84	130,82	21,50	2 024,16	+22,64	2 046,80	261,78	1 785,02	1989
1 956,15	140,42	23,16	2 119,73	+18,97	2 138,70	271,76	1 866,94	1990
843,67	62,03	9,12	914,82	+ 4,38	919,20	122,56	796,64	1987 1. Hj.
902,42	62,37	10,67	975,46	+ 7,64	983,10	124,17	858,93	2. Hj.
878,32	64,04	9,66	952,02	+ 4,28	956,30	125,80	830,50	1988 1. Hj.
934,29	63,92	10,28	1 008,49	+ 7,01	1 015,50	127,69	887,81	2. Hj.
913,38	65,27	10,49	989,14	+11,16	1 000,30	129,75	870,55	1989 1. Hj.
958,46	65,55	11,01	1 035,02	+11,48	1 046,50	132,03	914,47	2. Hj.
952,17	66,97	10,63	1 029,77	+ 8,33	1 038,10	134,50	903,60	1990 1. Hj.
1 003,98	73,45	12,53	1 089,96	+10,64	1 100,60	137,26	963,34	2. Hj.
988,96	74,16	12,59	1 075,71	+ 9,09	1 084,80	140,34	944,46	1991 1. Hj.

[4]) Einfuhrzölle, Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer.

[5]) Produktionssteuern, nichtabziehbare Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben.

[6]) Von 1960 bis 1967 Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben frei von Umsatzsteuer.

Tabelle 25*

Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung
Entstehung des Sozialprodukts
Mrd DM

Vierteljahr[1]	Bruttoinlandsprodukt[2]	Bruttowertschöpfung		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr[4]	Dienstleistungsunternehmen[5]	Staat, private Haushalte[6]	Nachrichtlich
		bereinigt[3]	unbereinigt						unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen
	in jeweiligen Preisen								
1986 1. Vj.	446,08	412,42	433,41	3,15	181,07	63,66	125,31	60,22	20,99
2. Vj.	471,63	439,26	460,24	3,72	198,21	67,85	128,71	61,75	20,98
3. Vj.	485,15	452,49	473,41	17,07	195,27	66,21	131,73	63,13	20,92
4. Vj.	522,43	486,22	507,02	10,06	211,93	71,86	134,73	78,44	20,80
1987 1. Vj.	465,33	429,12	449,76	2,67	187,16	65,41	132,66	61,86	20,64
2. Vj.	486,03	451,83	472,24	3,36	197,87	69,07	136,30	65,64	20,41
3. Vj.	498,55	463,69	484,15	15,15	195,75	69,34	138,08	65,83	20,46
4. Vj.	540,57	501,58	522,34	9,06	214,26	75,72	141,53	81,77	20,76
1988 1. Vj.	494,78	457,38	478,39	2,80	197,82	70,21	142,95	64,61	21,01
2. Vj.	508,48	472,22	493,40	3,61	204,70	72,39	146,25	66,45	21,18
3. Vj.	525,12	488,93	510,30	16,59	203,09	72,91	149,73	67,98	21,37
4. Vj.	567,60	527,82	549,41	10,72	221,15	79,15	153,90	84,49	21,59
1989 1. Vj.	525,26	484,76	506,52	3,65	207,80	73,67	154,22	67,18	21,76
2. Vj.	542,50	503,93	525,81	4,73	219,13	77,84	156,21	67,90	21,88
3. Vj.	553,03	514,50	536,66	17,54	212,87	76,34	159,84	70,07	22,16
4. Vj.	600,09	556,77	579,38	12,05	233,87	83,22	163,00	87,24	22,61
1990 1. Vj.	565,65	524,06	547,06	3,85	227,23	78,19	166,76	71,03	23,00
2. Vj.	581,56	540,92	564,25	5,97	232,16	81,06	172,30	72,76	23,33
3. Vj.	607,70	562,52	586,27	17,54	233,65	84,06	176,53	74,49	23,75
4. Vj.	649,63	597,96	622,18	10,99	249,14	90,03	179,18	92,84	24,22
1991 1. Vj.	606,88	556,35	581,35	2,87	236,76	85,02	183,02	73,68	25,00
2. Vj.	639,91	589,88	615,43	3,48	252,93	88,72	189,40	80,90	25,55
	in Preisen von 1985								
1986 1. Vj.	442,00	407,93	429,94	3,37	175,71	61,88	125,59	63,39	22,01
2. Vj.	462,65	430,01	452,42	3,82	189,87	66,86	128,25	63,62	22,41
3. Vj.	470,37	437,52	460,19	16,17	184,99	65,44	129,92	63,67	22,67
4. Vj.	488,75	453,21	475,52	11,89	198,50	70,66	130,57	63,90	22,31
1987 1. Vj.	448,99	412,05	435,41	2,78	173,51	63,16	131,47	64,49	23,36
2. Vj.	465,83	431,62	455,04	3,48	184,93	67,36	134,60	64,67	23,42
3. Vj.	477,26	442,34	466,12	15,61	182,40	67,76	135,70	64,65	23,78
4. Vj.	498,20	460,08	483,57	10,25	198,10	73,55	136,84	64,83	23,49
1988 1. Vj.	471,78	434,08	458,56	2,53	182,88	68,08	139,48	65,59	24,48
2. Vj.	480,24	444,24	468,57	3,49	188,02	70,01	141,45	65,60	24,33
3. Vj.	493,99	458,12	482,91	16,82	186,15	70,70	143,66	65,58	24,79
4. Vj.	514,50	476,17	500,71	11,64	201,49	76,53	145,36	65,69	24,54
1989 1. Vj.	488,54	449,46	474,74	2,71	189,45	70,63	145,86	66,09	25,28
2. Vj.	500,60	463,92	489,35	3,65	198,36	74,35	146,86	66,13	25,43
3. Vj.	506,71	470,18	495,73	16,79	191,18	73,28	148,62	65,86	25,55
4. Vj.	528,31	488,28	513,71	12,10	208,14	78,99	148,38	66,10	25,43
1990 1. Vj.	510,71	471,16	497,85	2,85	201,89	73,77	152,34	67,00	26,69
2. Vj.	519,06	481,01	507,76	4,82	203,68	76,91	155,04	67,31	26,75
3. Vj.	535,73	494,96	521,94	17,98	200,88	79,05	156,53	67,50	26,98
4. Vj.	554,23	509,02	535,56	11,93	215,18	84,46	156,05	67,94	26,54
1991 1. Vj.	530,15	486,23	514,75	2,59	204,13	79,04	160,23	68,76	28,52
2. Vj.	545,56	502,73	531,74	3,45	214,04	81,71	163,52	69,02	29,01

[1] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse.
[2] Bereinigte Bruttowertschöpfung zuzüglich der nichtabziehbaren Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben.
[3] Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.
[4] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[5] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[6] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum [1]	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen					Nachrichtlich
				insgesamt		der privaten Haushalte [5]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit = unverteilte Gewinne [6]	des Staates [7]	Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen [8]
		brutto [2]	netto [3]	brutto	netto [4]				
1960	240,11	144,39	104,89	95,72	75,44	81,05	12,60	2,07	86,64
1961	260,75	162,81	117,36	97,94	75,12	82,26	13,18	2,50	88,43
1962	282,11	180,13	129,26	101,98	77,01	87,09	12,47	2,42	92,10
1963	297,80	193,15	138,06	104,65	78,52	88,85	13,19	2,61	93,62
1964	327,25	211,17	151,16	116,08	88,14	98,70	14,74	2,64	103,62
1965	358,45	234,13	168,32	124,32	96,73	105,72	16,01	2,59	109,91
1966	379,78	252,06	178,28	127,72	99,11	110,12	15,30	2,30	110,40
1967	380,74	251,84	177,45	128,90	99,81	112,98	14,33	1,59	110,67
1968	418,09	270,38	187,05	147,71	116,11	126,89	18,75	2,07	126,02
1969	462,94	304,07	206,54	158,87	123,36	133,89	22,88	2,10	132,75
1970	530,40	360,64	238,60	169,76	137,28	151,97	15,58	2,21	140,82
1971	586,24	408,74	265,20	177,50	143,09	159,15	16,42	1,93	145,54
1972	643,47	452,48	293,27	190,99	153,78	166,52	24,22	0,25	153,00
1973	720,40	514,50	320,67	205,90	158,92	178,31	26,96	0,63	159,44
1974	769,74	568,62	348,32	201,12	154,33	174,24	28,27	− 1,39	151,52
1975	800,57	593,59	362,10	206,98	161,98	180,70	30,61	− 4,33	148,38
1976	878,24	640,55	379,08	237,69	184,69	206,26	38,25	− 6,82	179,82
1977	933,70	688,05	404,24	245,65	181,05	215,44	39,65	− 9,44	188,83
1978	1 007,15	734,55	435,04	272,60	207,92	231,92	49,49	− 8,81	210,57
1979	1 084,00	794,58	472,44	289,42	224,60	246,10	52,30	− 8,98	225,79
1980	1 139,58	863,88	506,23	275,70	214,73	237,61	49,89	−11,80	205,19
1981	1 179,81	905,98	529,84	273,83	214,45	233,64	54,90	−14,71	191,20
1982	1 214,18	933,93	539,98	280,25	221,67	242,34	51,74	−13,83	186,30
1983	1 278,10	953,44	544,58	324,66	265,60	271,88	72,14	−19,36	232,89
1984	1 347,13	988,33	556,40	358,80	296,18	299,71	79,80	−20,71	258,94
1985	1 406,77	1 026,41	570,97	380,36	309,12	321,26	79,63	−20,53	275,54
1986	1 497,55	1 079,49	602,40	418,06	344,50	359,55	81,81	−23,30	318,10
1987	1 550,00	1 124,70	621,12	425,30	356,00	366,61	89,43	−30,74	326,26
1988	1 635,54	1 169,38	647,79	466,16	390,30	406,53	99,55	−39,92	364,54
1989	1 734,32	1 221,89	671,48	512,43	422,34	437,81	103,51	−28,89	383,87
1990	1 871,45	1 313,92	743,04	557,53	473,60	478,39	108,85	−29,71	416,10
1986 1. Hj.	706,44	501,59	281,09	204,85	168,61		216,84	−11,99	.
2. Hj.	791,11	577,90	321,31	213,21	175,89		224,52	−11,31	.
1987 1. Hj.	734,53	523,20	290,22	211,33	179,57		226,61	−15,28	.
2. Hj.	815,47	601,50	330,90	213,97	176,43		229,43	−15,46	.
1988 1. Hj.	776,96	545,23	303,37	231,73	196,53		254,58	−22,85	.
2. Hj.	858,58	624,15	344,42	234,43	193,77		251,50	−17,07	.
1989 1. Hj.	830,09	570,39	313,82	259,70	216,77		271,73	−12,03	.
2. Hj.	904,23	651,50	357,66	252,73	205,57		269,59	−16,86	.
1990 1. Hj.	891,54	611,77	347,37	279,77	239,30		291,95	−12,18	.
2. Hj.	979,91	702,15	395,67	277,76	234,30		295,29	−17,53	.
1991 1. Hj.	959,46	661,46	368,94	298,00	254,66		316,69	−18,69	.

[1] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [2] Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber. — [3] Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer (ohne Lohnsteuer auf Pensionen) und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer. — [4] Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich öffentlicher Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern vor Abzug der Investitionszulage [ab 1969], Lastenausgleichsabgaben, Pflichtbeiträge der Selbständigen; rückzahlbarer Konjunkturzuschlag [1970/71]) zuzüglich „Sonstige Zu- und Absetzungen" (Saldo der Sozialbeiträge und der sozialen Leistungen der Unternehmen, der Schadenversicherungstransaktionen sowie der übrigen laufenden Übertragungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit). — [5] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich nichtentnommener Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. — [6] Vor der Umverteilung. — [7] Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden. — [8] Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen sowie ohne die Einkommen aus Wohnungsvermietung) zuzüglich der Ausschüttungen an die Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit von der übrigen Welt abzüglich der per saldo geleisteten Zinsen und Nettopachten.

Tabelle 27*

Verwendung des Volkseinkommens

Mrd DM

Jahr[1]	Volkseinkommen[2]	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen[3]	Davon								
				Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Nettoinvestitionen[4]			Außenbeitrag[5]			
						zusammen	davon		zusammen	davon Saldo der		
							Unternehmen[6]	Staat		Warenumsätze	Dienstleistungsumsätze	Erwerbs- und Vermögenseinkommen
1960	240,11	39,26	279,37	171,84	40,45	59,15	50,55	8,60	7,93	8,70	– 1,06	0,29
1961	260,75	43,53	304,28	188,33	45,78	63,04	52,84	10,20	7,13	9,72	– 2,28	–0,31
1962	282,11	47,16	329,27	204,79	52,83	67,35	54,47	12,88	4,30	7,63	– 3,05	–0,28
1963	297,80	49,31	347,11	216,79	59,39	65,32	49,78	15,54	5,61	9,15	– 3,27	–0,27
1964	327,25	53,39	380,64	233,50	62,10	79,14	60,00	19,14	5,90	10,20	– 3,72	–0,58
1965	358,45	56,44	414,89	257,62	69,65	87,29	68,37	18,92	0,33	5,47	– 4,17	–0,97
1966	379,78	59,85	439,63	275,06	75,45	81,70	62,65	19,05	7,42	12,26	– 4,01	–0,83
1967	380,74	62,44	443,18	282,63	80,05	63,16	46,56	16,60	17,34	21,49	– 3,50	–0,65
1968	418,09	61,96	480,05	300,74	82,73	76,84	58,64	18,20	19,74	22,58	– 3,26	0,42
1969	462,94	76,66	539,60	330,90	93,12	98,00	77,01	20,99	17,58	20,99	– 4,26	0,85
1970	530,40	77,27	607,67	368,85	106,47	118,22	90,20	28,02	14,13	21,68	– 7,95	0,40
1971	586,24	86,08	672,32	408,98	126,76	122,50	92,38	30,12	14,08	22,41	– 8,98	0,65
1972	643,47	94,40	737,87	451,96	141,04	126,74	97,08	29,66	18,13	26,50	– 9,85	1,48
1973	720,40	102,42	822,82	495,59	163,09	135,66	105,23	30,43	28,48	39,67	–12,74	1,55
1974	769,74	106,18	875,92	533,64	190,11	108,64	73,81	34,83	43,53	55,80	–12,04	–0,23
1975	800,57	109,89	910,46	583,45	210,08	85,81	51,30	34,51	31,12	42,85	–12,80	1,07
1976	878,24	119,79	998,03	631,87	221,86	115,56	82,42	33,14	28,74	39,55	–14,11	3,30
1977	933,70	127,89	1 061,59	682,13	235,13	115,41	83,02	32,39	28,92	44,00	–15,39	0,31
1978	1 007,15	137,86	1 145,01	725,94	253,09	127,74	92,85	34,89	38,24	47,92	–15,53	5,85
1979	1 084,00	152,00	1 236,00	781,31	273,54	166,49	127,10	39,39	14,66	30,35	–21,05	5,36
1980	1 139,58	162,82	1 302,40	837,02	298,02	168,85	125,31	43,54	–1,49	15,04	–21,89	5,36
1981	1 179,81	169,17	1 348,98	883,52	318,39	130,12	90,89	39,23	16,95	35,49	–23,17	4,63
1982	1 214,18	172,43	1 386,61	916,10	326,44	103,72	69,79	33,93	40,35	59,54	–21,40	2,21
1983	1 278,10	182,67	1 460,77	959,28	336,44	124,38	94,32	30,06	40,67	54,17	–20,66	7,16
1984	1 347,13	189,80	1 536,93	1 001,20	350,44	129,62	100,14	29,48	55,67	62,00	–18,74	12,41
1985	1 406,77	192,37	1 599,14	1 036,53	365,72	121,70	91,91	29,79	75,19	80,89	–17,02	11,32
1986	1 497,55	194,86	1 692,41	1 066,43	382,55	132,71	98,99	33,72	110,72	118,27	–18,36	10,81
1987	1 550,00	200,70	1 750,70	1 108,02	397,28	132,92	99,00	33,92	112,48	122,96	–23,00	12,52
1988	1 635,54	209,37	1 844,91	1 153,69	412,38	157,11	122,89	34,22	121,73	136,25	–26,54	12,02
1989	1 734,32	231,47	1 965,79	1 209,57	418,78	192,70	155,74	36,96	144,74	141,03	–20,61	24,32
1990	1 871,45	254,36	2 125,81	1 299,23	443,08	229,29	189,40	39,89	154,21	137,91	– 4,66	20,96

[1] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse.
[2] Nettosozialprodukt zu Faktorkosten.
[3] Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen abzüglich Abschreibungen.
[4] Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung) abzüglich Abschreibungen.
[5] Ausfuhr minus Einfuhr in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[6] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Einkommen, Produktivität und Lohnstückkosten

Zeitraum[1]	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[2]		Netto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[2]		Produktivität[3]		Lohnstückkosten[4]
	DM	1985 = 100	DM	1985 = 100	DM	1985 = 100	DM	1985 = 100	
1960	4 332	18,8	6 148	17,4	5 178	21,4	32 862	47,7	34,3
1961	4 641	20,1	6 775	19,1	5 661	23,4	33 875	49,2	36,7
1962	4 963	21,5	7 395	20,9	6 146	25,4	35 307	51,3	38,4
1963	5 189	22,5	7 850	22,2	6 494	26,8	36 200	52,6	39,7
1964	5 645	24,5	8 556	24,2	7 036	29,0	38 578	56,1	40,3
1965	6 115	26,5	9 336	26,4	7 736	31,9	40 420	58,7	42,1
1966	6 421	27,9	10 014	28,3	8 191	33,8	41 689	60,6	44,0
1967	6 422	27,9	10 349	29,2	8 428	34,8	42 968	62,4	44,0
1968	7 027	30,5	10 988	31,0	8 830	36,4	45 303	65,8	44,6
1969	7 707	33,4	12 003	33,9	9 495	39,2	47 929	69,6	46,1
1970	8 745	37,9	13 841	39,1	10 726	44,3	49 752	72,3	51,6
1971	9 566	41,5	15 403	43,5	11 732	48,4	51 041	74,2	56,0
1972	10 434	45,3	16 783	47,4	12 840	53,0	53 004	77,0	59,1
1973	11 624	50,4	18 631	52,6	13 809	57,0	54 984	79,9	63,7
1974	12 404	53,8	20 649	58,3	15 121	62,4	55 804	81,1	69,9
1975	12 948	56,2	21 931	62,0	16 117	66,5	56 542	82,1	73,9
1976	14 273	61,9	23 440	66,2	16 839	69,5	59 879	87,0	75,1
1977	15 207	66,0	25 035	70,7	17 819	73,5	61 496	89,3	78,0
1978	16 423	71,2	26 355	74,5	18 947	78,2	62 826	91,3	80,5
1979	17 667	76,6	27 849	78,7	20 128	83,1	64 332	93,5	83,2
1980	18 510	80,3	29 691	83,9	21 184	87,4	64 029	93,0	89,2
1981	19 127	83,0	31 116	87,9	22 163	91,4	64 210	93,3	93,2
1982	19 699	85,5	32 338	91,4	22 843	94,3	64 369	93,5	97,0
1983	20 808	90,3	33 376	94,3	23 380	96,5	66 317	96,4	97,5
1984	22 021	95,5	34 385	97,2	23 828	98,3	68 054	98,9	98,3
1985	23 053	100	35 391	100	24 236	100	68 828	100	100
1986	24 523	106,4	36 664	103,6	25 194	104,0	69 399	100,8	102,8
1987	25 378	110,1	37 812	106,8	25 729	106,2	69 881	101,5	105,3
1988	26 616	115,5	38 944	110,0	26 587	109,7	71 916	104,5	105,4
1989	27 945	121,2	40 107	113,3	27 127	111,9	73 257	106,4	106,4
1990	29 649	128,6	41 985	118,6	29 161	120,3	74 552	108,3	109,1
1985 1. Hj.	10 863	94,1	16 608	93,9	11 443	94,4	33 675	97,9	96,0
2. Hj.	12 189	105,8	18 762	106,0	12 780	105,5	35 139	102,1	103,8
1986 1. Hj.	11 577	100,4	17 206	97,2	11 885	98,1	34 013	98,8	98,5
2. Hj.	12 945	112,5	19 434	109,8	13 294	109,7	35 372	102,8	106,8
1987 1. Hj.	12 026	104,3	17 710	100,1	12 123	100,0	34 064	99,0	101,4
2. Hj.	13 330	115,6	20 082	113,5	13 594	112,2	35 805	104,0	109,1
1988 1. Hj.	12 671	109,9	18 276	103,3	12 550	103,6	35 184	102,2	101,3
2. Hj.	13 943	121,0	20 649	116,7	14 025	115,7	36 720	106,7	109,3
1989 1. Hj.	13 425	116,5	18 853	106,5	12 789	105,5	36 086	104,9	101,8
2. Hj.	14 516	125,9	21 234	120,0	14 325	118,2	37 163	108,0	110,9
1990 1. Hj.	14 156	122,8	19 695	111,3	13 763	113,6	36 617	106,4	104,5
2. Hj.	15 493	134,4	22 266	125,8	15 382	126,9	37 921	110,2	113,5
1991 1. Hj.	...	...	20 835	117,7	14 277	117,8	37 118	107,9	108,6

[1] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse.
[2] Arbeitnehmer, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet (Stand: vor dem 3. Oktober 1990) haben (Inländerkonzept).
[3] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).
[4] Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als: $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$.

Tabelle 29 *

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen [1]

Jahr [2]	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [3]	Dienstleistungsunternehmen [4]	Staat	Private Haushalte [5]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Mrd DM									
1960	143,16	2,69	81,67	6,99	62,04	12,64	23,41	10,20	20,44	4,75
1961	161,64	2,70	92,99	7,44	70,66	14,89	25,77	11,77	23,44	4,97
1962	178,84	2,85	103,47	7,85	78,58	17,04	28,40	13,53	25,59	5,00
1963	191,86	2,94	108,60	7,99	82,07	18,54	31,44	15,13	28,38	5,37
1964	209,93	3,05	119,19	8,02	89,28	21,89	34,45	16,59	30,99	5,66
1965	232,96	3,15	132,03	8,83	99,78	23,42	37,99	18,37	35,27	6,15
1966	250,83	3,30	139,87	9,00	105,78	25,09	41,52	20,15	39,39	6,60
1967	250,35	3,06	134,21	8,70	102,46	23,05	42,46	21,84	41,78	7,00
1968	268,84	2,95	145,78	8,66	112,76	24,36	44,83	23,41	44,51	7,36
1969	302,62	3,13	165,29	9,40	129,56	26,33	49,59	25,97	50,45	8,19
1970	359,29	3,53	199,40	11,27	155,61	32,52	57,65	30,47	59,20	9,04
1971	406,82	3,71	219,96	12,69	169,66	37,61	66,04	35,74	70,70	10,67
1972	450,56	3,82	239,48	13,40	182,45	43,63	74,74	40,64	79,41	12,47
1973	512,63	4,04	268,91	14,75	206,57	47,59	85,27	47,12	92,48	14,81
1974	566,60	4,41	289,27	16,79	225,00	47,48	93,69	55,13	107,48	16,62
1975	591,24	4,54	291,41	18,44	226,69	46,28	99,06	61,27	116,86	18,10
1976	637,94	4,82	314,36	19,54	245,77	49,05	106,79	68,73	123,26	19,98
1977	685,41	5,22	337,59	20,96	266,02	50,61	113,87	75,01	131,59	22,13
1978	731,74	5,53	357,79	21,99	281,95	53,85	121,99	82,02	140,34	24,07
1979	791,66	5,87	388,68	23,88	305,43	59,37	130,48	90,12	150,32	26,19
1980	860,88	6,22	422,33	26,15	330,49	65,69	142,03	99,13	162,45	28,72
1981	902,55	6,32	435,42	27,89	340,75	66,78	149,12	107,82	172,78	31,09
1982	929,75	6,61	444,53	28,92	348,31	67,30	153,36	114,35	177,84	33,06
1983	949,03	6,76	449,76	29,66	352,03	68,07	155,58	118,64	183,37	34,92
1984	983,69	7,01	467,37	30,30	367,20	69,87	160,82	124,83	187,01	36,65
1985	1 021,42	7,10	483,40	31,29	387,31	64,80	165,85	131,95	193,88	39,24
1986	1 074,44	7,12	507,18	32,21	407,39	67,58	173,26	140,71	203,30	42,87
1987	1 119,35	6,95	526,48	33,36	425,35	67,77	180,65	148,18	211,50	45,59
1988	1 163,78	7,07	545,29	33,96	440,00	71,33	188,61	158,05	216,92	47,84
1989	1 216,27	7,17	570,89	33,77	461,71	75,41	197,51	168,17	222,64	49,89
1990	1 311,19	7,54	616,03	34,86	497,30	83,87	212,07	185,63	235,88	54,04
	Anteil in vH									
1960	*100*	*1,9*	*57,0*	*4,9*	*43,3*	*8,8*	*16,4*	*7,1*	*14,3*	*3,3*
1961	*100*	*1,7*	*57,5*	*4,6*	*43,7*	*9,2*	*15,9*	*7,3*	*14,5*	*3,1*
1962	*100*	*1,6*	*57,9*	*4,4*	*43,9*	*9,5*	*15,9*	*7,6*	*14,3*	*2,8*
1963	*100*	*1,5*	*56,6*	*4,2*	*42,8*	*9,7*	*16,4*	*7,9*	*14,8*	*2,8*
1964	*100*	*1,5*	*56,8*	*3,8*	*42,5*	*10,4*	*16,4*	*7,9*	*14,8*	*2,7*
1965	*100*	*1,4*	*56,7*	*3,8*	*42,8*	*10,1*	*16,3*	*7,9*	*15,1*	*2,6*
1966	*100*	*1,3*	*55,8*	*3,6*	*42,2*	*10,0*	*16,6*	*8,0*	*15,7*	*2,6*
1967	*100*	*1,2*	*53,6*	*3,5*	*40,9*	*9,2*	*17,0*	*8,7*	*16,7*	*2,8*
1968	*100*	*1,1*	*54,2*	*3,2*	*41,9*	*9,1*	*16,7*	*8,7*	*16,6*	*2,7*
1969	*100*	*1,0*	*54,6*	*3,1*	*42,8*	*8,7*	*16,4*	*8,6*	*16,7*	*2,7*
1970	*100*	*1,0*	*55,5*	*3,1*	*43,3*	*9,1*	*16,0*	*8,5*	*16,5*	*2,5*
1971	*100*	*0,9*	*54,1*	*3,1*	*41,7*	*9,2*	*16,2*	*8,8*	*17,4*	*2,6*
1972	*100*	*0,8*	*53,2*	*3,0*	*40,5*	*9,7*	*16,6*	*9,0*	*17,6*	*2,8*
1973	*100*	*0,8*	*52,5*	*2,9*	*40,3*	*9,3*	*16,6*	*9,2*	*18,0*	*2,9*
1974	*100*	*0,8*	*51,1*	*3,0*	*39,7*	*8,4*	*16,5*	*9,7*	*19,0*	*2,9*
1975	*100*	*0,8*	*49,3*	*3,1*	*38,3*	*7,8*	*16,8*	*10,4*	*19,8*	*3,1*
1976	*100*	*0,8*	*49,3*	*3,1*	*38,5*	*7,7*	*16,7*	*10,8*	*19,3*	*3,1*
1977	*100*	*0,8*	*49,3*	*3,1*	*38,8*	*7,4*	*16,6*	*10,9*	*19,2*	*3,2*
1978	*100*	*0,8*	*48,9*	*3,0*	*38,5*	*7,4*	*16,7*	*11,2*	*19,2*	*3,3*
1979	*100*	*0,7*	*49,1*	*3,0*	*38,6*	*7,5*	*16,5*	*11,4*	*19,0*	*3,3*
1980	*100*	*0,7*	*49,1*	*3,0*	*38,4*	*7,6*	*16,5*	*11,5*	*18,9*	*3,3*
1981	*100*	*0,7*	*48,2*	*3,1*	*37,8*	*7,4*	*16,5*	*11,9*	*19,1*	*3,4*
1982	*100*	*0,7*	*47,8*	*3,1*	*37,5*	*7,2*	*16,5*	*12,3*	*19,1*	*3,6*
1983	*100*	*0,7*	*47,4*	*3,1*	*37,1*	*7,2*	*16,4*	*12,5*	*19,3*	*3,7*
1984	*100*	*0,7*	*47,5*	*3,1*	*37,3*	*7,1*	*16,3*	*12,7*	*19,0*	*3,7*
1985	*100*	*0,7*	*47,3*	*3,1*	*37,9*	*6,3*	*16,2*	*12,9*	*19,0*	*3,8*
1986	*100*	*0,7*	*47,2*	*3,0*	*37,9*	*6,3*	*16,1*	*13,1*	*18,9*	*4,0*
1987	*100*	*0,6*	*47,0*	*3,0*	*38,0*	*6,1*	*16,1*	*13,2*	*18,9*	*4,1*
1988	*100*	*0,6*	*46,9*	*2,9*	*37,8*	*6,1*	*16,2*	*13,6*	*18,6*	*4,1*
1989	*100*	*0,6*	*46,9*	*2,8*	*38,0*	*6,2*	*16,2*	*13,8*	*18,3*	*4,1*
1990	*100*	*0,6*	*47,0*	*2,7*	*37,9*	*6,4*	*16,2*	*14,2*	*18,0*	*4,1*

[1] Inlandskonzept.
[2] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse.
[3] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[5] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen

Jahr [1]	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [2]	Dienstleistungsunternehmen [3]	Staat	Private Haushalte [4]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Produktivität [5] (DM)									
1960	30 505	6 250	31 089	61 526	28 344	32 822	24 179	72 614	43 284	30 654
1961	31 412	5 941	31 840	63 186	29 189	33 503	25 112	74 900	43 425	31 329
1962	32 674	6 647	32 952	67 149	30 437	33 455	26 349	76 295	43 667	32 552
1963	33 492	7 220	33 599	71 895	31 243	32 682	26 921	76 686	43 912	32 897
1964	35 646	7 415	36 357	73 792	34 007	35 844	28 808	79 444	43 575	33 543
1965	37 309	7 364	38 017	73 411	35 963	37 135	30 616	81 983	44 129	34 538
1966	38 504	7 986	39 253	77 118	36 974	38 801	31 263	83 446	45 070	35 257
1967	39 702	9 158	40 472	78 024	38 200	40 267	31 769	85 249	45 178	35 571
1968	41 925	10 170	43 343	85 777	41 850	39 383	33 785	86 810	46 165	36 267
1969	44 328	10 430	45 989	92 560	44 874	39 879	36 826	90 101	46 607	36 954
1970	45 913	11 393	47 485	99 637	46 061	41 307	38 408	91 633	47 438	37 767
1971	46 995	12 702	48 370	97 727	46 853	43 306	39 375	92 527	47 356	37 949
1972	48 762	12 881	50 874	101 864	49 305	45 958	39 904	96 102	47 362	38 108
1973	50 729	14 830	53 449	112 860	52 117	46 136	41 081	97 179	48 008	38 280
1974	51 639	16 396	54 305	118 976	52 864	45 725	41 523	97 061	48 668	38 910
1975	52 119	16 427	54 949	111 431	53 653	46 739	41 205	97 737	48 744	39 258
1976	55 206	17 069	60 042	121 891	59 091	48 988	43 718	99 113	48 499	39 501
1977	56 678	19 022	61 027	122 656	59 945	50 526	45 925	102 652	48 668	39 698
1978	57 869	20 121	62 238	127 143	61 232	50 889	47 443	104 515	49 041	39 884
1979	59 340	20 333	64 228	136 029	63 521	50 533	49 014	105 302	49 298	39 911
1980	58 999	20 891	62 711	135 659	61 736	50 009	49 096	105 776	49 672	40 022
1981	59 249	21 520	62 759	130 980	62 245	48 689	49 022	106 184	50 020	40 168
1982	59 469	26 331	62 508	127 530	61 871	48 988	48 779	106 765	49 925	40 184
1983	61 205	25 078	65 269	127 550	64 876	51 005	50 372	109 242	49 854	40 201
1984	62 897	27 530	67 195	131 431	67 081	51 377	52 368	110 818	50 256	40 127
1985	63 803	26 689	68 536	135 224	68 544	50 891	53 153	111 781	50 330	40 075
1986	64 368	29 949	68 646	133 801	68 417	52 293	53 438	113 840	50 237	40 045
1987	64 550	28 551	67 861	140 429	67 046	52 117	54 236	115 731	50 353	40 079
1988	66 491	31 985	69 834	141 511	69 292	53 276	56 176	118 296	50 676	40 136
1989	67 744	34 798	71 590	151 292	70 892	54 375	57 607	118 418	50 454	40 157
1990	68 799	39 105	72 576	155 494	72 143	54 410	59 103	117 684	50 899	40 119
	Lohnstückkosten [6] (1985 = 100)									
1960	34,3	81,7	33,2	32,3	35,4	26,7	36,1	26,4	24,1	22,1
1961	36,7	93,7	35,9	34,7	37,9	30,0	37,7	28,8	25,9	23,6
1962	38,4	94,9	38,1	35,6	40,0	32,7	39,1	31,3	26,7	24,8
1963	39,8	93,5	39,2	35,5	41,0	34,6	41,8	33,3	28,3	26,1
1964	40,4	98,3	39,4	35,3	40,8	36,1	42,6	34,1	29,9	27,4
1965	42,3	108,1	41,1	39,6	42,2	37,2	44,3	35,5	32,5	29,8
1966	44,1	107,6	42,6	39,5	43,9	38,5	47,1	37,1	34,5	31,8
1967	44,2	96,1	42,3	40,7	43,6	37,2	48,4	38,4	35,6	32,6
1968	44,7	89,5	42,6	39,2	43,4	39,5	48,1	39,4	36,8	33,9
1969	46,3	94,2	43,8	40,1	44,4	41,8	48,2	41,1	40,5	37,1
1970	51,8	97,9	50,0	43,6	50,6	49,5	52,7	46,3	44,8	40,4
1971	56,4	95,9	54,2	50,2	54,4	53,7	57,5	50,9	51,3	45,8
1972	59,5	100,5	56,9	52,7	56,6	58,4	62,1	53,5	54,9	49,5
1973	64,0	95,1	60,5	54,1	60,1	63,2	67,5	58,9	61,1	55,7
1974	70,1	96,8	66,1	59,1	66,1	68,8	73,5	66,0	67,8	61,8
1975	74,3	102,2	70,3	69,9	69,9	71,7	78,8	70,4	71,5	65,3
1976	75,5	108,3	70,7	68,6	70,3	73,0	79,4	74,4	74,6	68,7
1977	78,4	103,2	74,5	73,1	74,6	73,7	80,2	76,8	78,6	73,1
1978	81,0	101,7	77,3	75,1	77,4	77,0	82,3	79,6	81,3	76,3
1979	83,6	106,0	80,1	76,8	79,9	82,2	83,9	83,0	84,4	79,8
1980	89,8	109,3	87,9	83,1	88,0	89,4	90,0	87,3	89,0	84,4
1981	93,7	109,5	92,1	90,5	91,6	95,1	94,4	91,9	92,5	88,5
1982	97,3	93,6	97,5	96,0	97,1	100,1	98,8	95,3	94,6	91,6
1983	97,9	100,9	97,4	98,5	96,9	99,3	99,0	96,2	97,0	94,9
1984	98,6	94,6	98,8	98,8	98,2	101,4	98,5	98,1	97,8	96,8
1985	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1986	102,7	91,2	103,6	104,0	103,6	102,8	103,0	102,0	103,4	104,8
1987	105,7	97,4	108,9	103,1	110,1	105,1	104,6	102,3	106,3	108,1
1988	105,7	89,6	109,9	105,6	110,4	108,6	103,8	103,0	107,7	110,1
1989	106,7	83,9	110,9	100,6	111,8	111,2	104,2	105,8	110,4	111,7
1990	109,6	76,8	114,6	102,3	115,0	118,0	105,5	110,2	115,1	116,1

[1] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [2] Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [3] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen. — [4] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [5] Bruttowertschöpfung in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept). — [6] Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inland) / Bruttowertschöpfung in Preisen von 1985 je Erwerbstätigen (Inland)

Tabelle 31 *

Einkommen und Einkommens

Mrd

Zeitraum [2]	Erwerbs- und Vermögenseinkommen					Zinsen auf Konsumentenschulden	Empfangene [4]	Geleistete [5]	Verfügbares Einkommen insgesamt [3]
	insgesamt [3]	Bruttoeinkommen aus			Vermögenseinkommen		laufende Übertragungen		
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit [3]					
		zusammen	darunter Bruttolohn- und -gehaltssumme						
1960	226,35	144,39	124,54	76,40	5,56	0,91	44,42	59,48	210,38
1961	246,16	162,81	140,44	77,30	6,05	1,09	48,64	68,91	224,80
1962	268,46	180,13	155,54	81,79	6,54	1,24	53,35	77,55	243,02
1963	283,35	193,15	166,90	82,72	7,48	1,35	57,39	84,42	254,97
1964	311,44	211,17	183,81	91,96	8,31	1,57	62,63	91,66	280,84
1965	341,56	234,13	203,13	97,63	9,80	1,71	70,38	100,20	310,03
1966	363,95	252,06	217,96	99,98	11,91	1,77	77,09	111,58	327,69
1967	366,71	251,84	217,89	102,03	12,84	1,89	85,55	114,47	335,90
1968	399,22	270,38	232,75	114,51	14,33	1,95	90,34	125,60	362,01
1969	440,38	304,07	261,10	118,89	17,42	2,42	98,12	144,11	391,97
1970	515,95	360,64	307,90	131,93	23,38	3,34	108,47	174,88	446,20
1971	571,82	408,74	348,19	137,56	25,52	3,93	122,36	204,16	486,09
1972	623,57	452,48	383,35	142,65	28,44	4,57	139,81	228,62	530,19
1973	698,75	514,50	432,64	148,25	36,00	5,94	156,46	274,66	574,61
1974	749,73	568,62	475,66	141,52	39,59	6,87	179,15	308,76	613,25
1975	780,70	593,59	492,72	146,02	41,09	6,41	219,28	325,62	667,95
1976	853,12	640,55	527,69	169,87	42,70	6,31	237,05	367,41	716,45
1977	910,21	688,05	567,94	175,86	46,30	6,72	252,29	395,06	760,72
1978	973,75	734,55	605,13	191,18	48,02	7,28	266,07	415,78	816,76
1979	1 049,85	794,58	653,68	198,61	56,66	9,17	284,59	444,24	881,03
1980	1 114,68	863,88	709,52	177,84	72,96	13,19	304,15	483,70	921,94
1981	1 156,25	905,98	743,89	162,05	88,22	16,63	330,05	507,78	961,89
1982	1 194,74	933,93	764,44	162,20	98,61	18,47	349,20	530,38	995,09
1983	1 243,18	953,44	777,42	196,46	93,28	17,86	355,99	545,21	1 036,10
1984	1 305,80	988,33	802,93	214,64	102,83	17,76	364,03	573,91	1 078,16
1985	1 365,34	1 026,41	833,78	229,52	109,41	17,67	375,56	603,30	1 119,93
1986	1 456,97	1 079,49	876,63	266,63	110,85	17,93	392,36	631,99	1 199,41
1987	1 508,79	1 124,70	912,81	274,12	109,97	17,48	412,89	663,64	1 240,56
1988	1 594,08	1 169,38	948,87	307,80	116,90	18,17	433,31	690,00	1 319,22
1989	1 679,16	1 221,89	992,78	327,08	130,19	19,46	453,10	734,02	1 378,78
1990	1 814,37	1 313,92	1 069,83	346,68	153,77	22,06	475,14	757,74	1 509,71
1987 1. Hj.	728,14	523,20	423,97	204,94		8,67	203,26	309,83	612,90
2. Hj.	807,67	601,50	488,84	206,17		8,81	209,63	353,81	654,68
1988 1. Hj.	757,85	545,23	441,76	212,62		8,87	213,51	323,23	639,26
2. Hj.	840,16	624,15	507,11	216,01		9,30	219,80	366,77	683,89
1989 1. Hj.	802,41	570,39	462,64	232,02		9,37	222,56	345,33	670,27
2. Hj.	880,92	651,50	530,14	229,42		10,09	230,54	388,69	712,68
1990 1. Hj.	862,16	611,77	497,09	250,39		10,80	232,73	355,88	728,21
2. Hj.	951,31	702,15	572,74	249,16		11,26	242,41	401,86	780,60
1991 1. Hj.	934,29	661,46	538,40	272,83		12,43	244,98	389,28	777,56

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[2] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse.
[3] Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[4] Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, übrige laufende Übertragungen.

verwendung der privaten Haushalte[1])

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne	Sparquote[6]) (vH)	Empfangene Vermögensübertragungen	Geleistete Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo	Zeitraum[2])
171,84	38,54	22,42	16,12	*8,6*	3,01	3,02	16,11	1960
188,33	36,47	17,71	18,76	*9,1*	4,05	3,72	19,09	1961
204,79	38,23	18,92	19,31	*8,6*	4,52	4,51	19,32	1962
216,79	38,18	14,39	23,79	*9,9*	4,11	4,90	23,00	1963
233,50	47,34	17,67	29,67	*11,3*	4,58	5,86	28,39	1964
257,62	52,41	16,59	35,82	*12,2*	5,23	6,61	34,44	1965
275,06	52,63	16,56	36,07	*11,6*	5,25	7,41	33,91	1966
282,63	53,27	17,77	35,50	*11,2*	5,38	8,95	31,93	1967
300,74	61,27	18,14	43,13	*12,5*	5,75	10,24	38,64	1968
330,90	61,07	10,43	50,64	*13,3*	5,86	11,04	45,46	1969
368,85	77,35	18,23	59,12	*13,8*	8,26	12,71	54,67	1970
408,98	77,11	13,19	63,92	*13,5*	11,00	15,05	59,87	1971
451,96	78,23	2,13	76,10	*14,4*	12,39	19,07	69,42	1972
495,59	79,02	– 0,82	79,84	*13,9*	12,43	20,22	72,05	1973
533,64	79,61	–11,39	91,00	*14,6*	15,56	23,67	82,89	1974
583,45	84,50	–19,54	104,04	*15,1*	17,27	25,36	95,95	1975
631,87	84,58	–12,35	96,93	*13,3*	18,72	28,93	86,72	1976
682,13	78,59	–16,10	94,69	*12,2*	19,11	30,56	83,24	1977
725,94	90,82	– 8,98	99,80	*12,1*	19,25	33,20	85,85	1978
781,31	99,72	–13,84	113,56	*12,7*	19,60	35,09	98,07	1979
837,02	84,92	–38,47	123,39	*12,8*	21,36	36,99	107,76	1980
883,52	78,37	–60,53	138,90	*13,6*	19,86	38,08	120,68	1981
916,10	78,99	–54,64	133,63	*12,7*	20,69	37,52	116,80	1982
959,28	76,82	–40,57	117,39	*10,9*	22,36	39,12	100,63	1983
1 001,20	76,96	–51,68	128,64	*11,4*	23,23	41,55	110,32	1984
1 036,53	83,40	–50,18	133,58	*11,4*	21,48	42,04	113,02	1985
1 066,43	132,98	–16,29	149,27	*12,3*	20,98	43,78	126,47	1986
1 108,02	132,54	–27,02	159,56	*12,6*	18,85	47,07	131,34	1987
1 153,69	165,53	– 3,93	169,46	*12,8*	19,93	47,44	141,95	1988
1 209,57	169,21	– 4,17	173,38	*12,5*	18,41	45,01	146,78	1989
1 299,23	210,48	0,90	209,58	*13,9*	15,98	46,86	178,70	1990
532,51	.	.	80,39	*13,1*	9,04	23,29	66,14	1987 1. Hj.
575,51	.	.	79,17	*12,1*	9,81	23,78	65,20	2. Hj.
556,40	.	.	82,86	*13,0*	9,51	23,77	68,60	1988 1. Hj.
597,29	.	.	86,60	*12,7*	10,42	23,67	73,35	2. Hj.
585,41	.	.	84,86	*12,7*	8,75	22,59	71,02	1989 1. Hj.
624,16	.	.	88,52	*12,4*	9,66	22,42	75,76	2. Hj.
625,58	.	.	102,63	*14,1*	7,65	23,02	87,26	1990 1. Hj.
673,65	.	.	106,95	*13,7*	8,33	23,84	91,44	2. Hj.
666,71	.	.	110,85	*14,3*	7,61	23,83	94,63	1991 1. Hj.

[5]) Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, übrige laufende Übertragungen.
[6]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).

Tabelle 32 *

Verwendung des

Zeitraum [1]	Brutto-sozial-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-veränderung	Ausfuhr [2]	Einfuhr [2]	Außen-beitrag [3]
				zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten				
	Mrd DM in jeweiligen Preisen									
1960	303,00	171,84	40,45	73,58	27,14	46,44	+ 9,20	60,68	52,75	+ 7,93
1961	331,40	188,33	45,78	83,46	31,32	52,14	+ 6,70	63,20	56,07	+ 7,13
1962	360,50	204,79	52,83	92,88	34,98	57,90	+ 5,70	66,26	61,96	+ 4,30
1963	382,10	216,79	59,39	97,71	35,64	62,07	+ 2,60	72,03	66,42	+ 5,61
1964	419,60	233,50	62,10	111,70	39,21	72,49	+ 6,40	79,86	73,96	+ 5,90
1965	458,20	257,62	69,65	119,90	43,35	76,55	+10,70	87,19	86,86	+ 0,33
1966	487,40	275,06	75,45	124,17	43,98	80,19	+ 5,30	98,42	91,00	+ 7,42
1967	493,70	282,63	80,05	114,18	41,07	73,11	− 0,50	106,41	89,07	+ 17,34
1968	533,70	300,74	82,73	119,39	43,14	76,25	+11,10	120,21	100,47	+ 19,74
1969	597,80	330,90	93,12	138,90	53,59	85,31	+17,30	137,34	119,76	+ 17,58
1970	675,70	368,85	106,47	172,05	65,88	106,17	+14,20	152,93	138,80	+ 14,13
1971	750,40	408,98	126,76	196,11	72,66	123,45	+ 4,47	166,96	152,88	+ 14,08
1972	824,60	451,96	141,04	209,17	72,74	136,43	+ 4,30	181,86	163,73	+ 18,13
1973	918,80	495,59	163,09	219,26	75,27	143,99	+12,38	214,05	185,57	+ 28,48
1974	983,70	533,64	190,11	212,71	72,36	140,35	+ 3,71	275,91	232,38	+ 43,53
1975	1 027,70	583,45	210,08	209,41	78,05	131,36	− 6,36	269,55	238,43	+ 31,12
1976	1 123,80	631,87	221,86	225,65	86,08	139,57	+15,68	306,54	277,80	+ 28,74
1977	1 195,60	682,13	235,13	242,43	95,32	147,11	+ 6,99	324,53	295,61	+ 28,92
1978	1 289,40	725,94	253,09	264,90	105,75	159,15	+ 7,23	341,20	302,96	+ 38,24
1979	1 393,80	781,31	273,54	301,29	118,58	182,71	+23,00	374,59	359,93	+ 14,66
1980	1 477,40	837,02	298,02	332,08	126,84	205,24	+11,77	420,66	422,15	− 1,49
1981	1 539,60	883,52	318,39	331,29	126,96	204,33	−10,55	481,70	464,75	+ 16,95
1982	1 590,30	916,10	326,44	323,45	123,61	199,84	−16,04	517,69	477,34	+ 40,35
1983	1 675,70	959,28	336,44	340,81	134,95	205,86	− 1,50	522,24	481,57	+ 40,67
1984	1 763,30	1 001,20	350,44	350,67	137,13	213,54	+ 5,32	585,80	530,13	+ 55,67
1985	1 834,50	1 036,53	365,72	355,81	153,03	202,78	+ 1,25	644,66	569,47	+ 75,19
1986	1 936,10	1 066,43	382,55	373,48	160,87	212,61	+ 2,92	637,02	526,30	+110,72
1987	2 003,00	1 108,02	397,28	385,78	169,43	216,35	− 0,56	637,52	525,04	+112,48
1988	2 108,00	1 153,69	412,38	409,90	182,46	227,44	+10,30	687,87	566,14	+121,73
1989	2 245,20	1 209,57	418,78	451,40	204,87	246,53	+20,71	787,94	643,20	+144,74
1990	2 425,50	1 299,23	443,08	509,51	234,52	274,99	+19,47	872,88	718,67	+154,21
1991 1. Hj.	1 256,60	666,71	216,00	265,97	122,36	143,61	+22,62	489,89	404,59	+ 85,30
	Anteil in vH									
1960	*100*	*56,7*	*13,3*	*24,3*	*9,0*	*15,3*	*+3,0*	*20,0*	*17,4*	*+2,6*
1961	*100*	*56,8*	*13,8*	*25,2*	*9,5*	*15,7*	*+2,0*	*19,1*	*16,9*	*+2,2*
1962	*100*	*56,8*	*14,7*	*25,8*	*9,7*	*16,1*	*+1,6*	*18,4*	*17,2*	*+1,2*
1963	*100*	*56,7*	*15,5*	*25,6*	*9,3*	*16,2*	*+0,7*	*18,9*	*17,4*	*+1,5*
1964	*100*	*55,6*	*14,8*	*26,6*	*9,3*	*17,3*	*+1,5*	*19,0*	*17,6*	*+1,4*
1965	*100*	*56,2*	*15,2*	*26,2*	*9,5*	*16,7*	*+2,3*	*19,0*	*19,0*	*+0,1*
1966	*100*	*56,4*	*15,5*	*25,5*	*9,0*	*16,5*	*+1,1*	*20,2*	*18,7*	*+1,5*
1967	*100*	*57,2*	*16,2*	*23,1*	*8,3*	*14,8*	*−0,1*	*21,6*	*18,0*	*+3,5*
1968	*100*	*56,4*	*15,5*	*22,4*	*8,1*	*14,3*	*+2,1*	*22,5*	*18,8*	*+3,7*
1969	*100*	*55,4*	*15,6*	*23,2*	*9,0*	*14,3*	*+2,9*	*23,0*	*20,0*	*+2,9*
1970	*100*	*54,6*	*15,8*	*25,5*	*9,7*	*15,7*	*+2,1*	*22,6*	*20,5*	*+2,1*
1971	*100*	*54,5*	*16,9*	*26,1*	*9,7*	*16,5*	*+0,6*	*22,2*	*20,4*	*+1,9*
1972	*100*	*54,8*	*17,1*	*25,4*	*8,8*	*16,5*	*+0,5*	*22,1*	*19,9*	*+2,2*
1973	*100*	*53,9*	*17,8*	*23,9*	*8,2*	*15,7*	*+1,3*	*23,3*	*20,2*	*+3,1*
1974	*100*	*54,2*	*19,3*	*21,6*	*7,4*	*14,3*	*+0,4*	*28,0*	*23,6*	*+4,4*
1975	*100*	*56,8*	*20,4*	*20,4*	*7,6*	*12,8*	*−0,6*	*26,2*	*23,2*	*+3,0*
1976	*100*	*56,2*	*19,7*	*20,1*	*7,7*	*12,4*	*+1,4*	*27,3*	*24,7*	*+2,6*
1977	*100*	*57,1*	*19,7*	*20,3*	*8,0*	*12,3*	*+0,6*	*27,1*	*24,7*	*+2,4*
1978	*100*	*56,3*	*19,6*	*20,5*	*8,2*	*12,3*	*+0,6*	*26,5*	*23,5*	*+3,0*
1979	*100*	*56,1*	*19,6*	*21,6*	*8,5*	*13,1*	*+1,7*	*26,9*	*25,8*	*+1,1*
1980	*100*	*56,7*	*20,2*	*22,5*	*8,6*	*13,9*	*+0,8*	*28,5*	*28,6*	*−0,1*
1981	*100*	*57,4*	*20,7*	*21,5*	*8,2*	*13,3*	*−0,7*	*31,3*	*30,2*	*+1,1*
1982	*100*	*57,6*	*20,5*	*20,3*	*7,8*	*12,6*	*−1,0*	*32,6*	*30,0*	*+2,5*
1983	*100*	*57,2*	*20,1*	*20,3*	*8,1*	*12,3*	*−0,1*	*31,2*	*28,7*	*+2,4*
1984	*100*	*56,8*	*19,9*	*19,9*	*7,8*	*12,1*	*+0,3*	*33,2*	*30,1*	*+3,2*
1985	*100*	*56,5*	*19,9*	*19,4*	*8,3*	*11,1*	*+0,1*	*35,1*	*31,0*	*+4,1*
1986	*100*	*55,1*	*19,8*	*19,3*	*8,3*	*11,0*	*+0,2*	*32,9*	*27,2*	*+5,7*
1987	*100*	*55,3*	*19,8*	*19,3*	*8,5*	*10,8*	*−0,0*	*31,8*	*26,2*	*+5,6*
1988	*100*	*54,7*	*19,6*	*19,4*	*8,7*	*10,8*	*+0,5*	*32,6*	*26,9*	*+5,8*
1989	*100*	*53,9*	*18,7*	*20,1*	*9,1*	*11,0*	*+0,9*	*35,1*	*28,6*	*+6,4*
1990	*100*	*53,6*	*18,3*	*21,0*	*9,7*	*11,3*	*+0,8*	*36,0*	*29,6*	*+6,4*
1991 1. Hj.	*100*	*53,1*	*17,2*	*21,2*	*9,7*	*11,4*	*+1,8*	*39,0*	*32,2*	*+6,8*

[1] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse.
[2] Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Ausfuhr und Einfuhr enthalten Güterverkehr mit Ostdeutschland.

Sozialprodukts

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[2]	Einfuhr[2]	Außen-beitrag[3]	Zeitraum[1]
			zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten					
					Mrd DM in Preisen von 1985					
859,80	444,86	159,19	218,84	64,40	154,44	+21,29	143,57	127,95	+15,62	1960
896,40	471,87	169,05	233,30	71,88	161,42	+11,07	150,16	139,05	+11,11	1961
937,50	498,48	185,27	242,39	77,32	165,07	+10,76	153,87	153,27	+ 0,60	1962
963,30	512,33	196,74	245,39	77,58	167,81	+ 4,14	165,15	160,45	+ 4,70	1963
1 026,40	539,69	200,17	272,94	83,58	189,36	+10,86	178,11	175,37	+ 2,74	1964
1 080,30	576,70	209,96	285,96	89,92	196,04	+18,71	189,05	200,08	−11,03	1965
1 111,10	594,58	216,50	289,29	88,30	200,99	+ 8,46	207,71	205,44	+ 2,27	1966
1 108,40	601,41	224,41	269,27	80,74	188,53	− 7,17	224,86	204,38	+20,48	1967
1 172,00	630,06	225,40	278,33	86,41	191,92	+14,10	254,31	230,20	+24,11	1968
1 259,80	680,29	235,32	305,78	104,56	201,22	+27,29	279,88	268,76	+11,12	1969
1 322,80	731,92	245,51	334,04	120,94	213,10	+27,36	297,14	313,17	−16,03	1970
1 363,10	772,71	258,07	354,14	126,34	227,80	+ 6,76	310,88	339,46	−28,58	1971
1 422,30	808,64	268,77	363,46	123,20	240,26	+ 7,75	330,73	357,05	−26,32	1972
1 491,10	833,04	282,21	362,46	122,63	239,83	+22,17	364,91	373,69	− 8,78	1973
1 491,90	837,60	293,44	327,24	109,44	217,80	+ 4,96	408,69	380,03	+28,66	1974
1 473,00	863,82	304,74	310,34	109,31	201,03	− 7,64	382,72	380,98	+ 1,74	1975
1 554,70	897,32	309,47	321,73	116,25	205,48	+25,74	419,94	419,50	+ 0,44	1976
1 594,40	937,80	313,69	333,92	125,47	208,45	+10,97	435,92	437,90	− 1,98	1977
1 649,40	971,48	325,89	348,26	135,11	213,15	+ 9,46	450,79	456,48	− 5,69	1978
1 715,90	1 003,06	336,92	372,16	147,18	224,98	+32,91	471,73	500,88	−29,15	1979
1 733,80	1 015,57	345,66	380,79	150,95	229,84	+16,15	498,73	523,10	−24,37	1980
1 735,70	1 007,92	351,96	362,21	143,88	218,33	−10,46	540,12	516,05	+24,07	1981
1 716,50	992,55	348,79	343,13	133,59	209,54	−11,86	559,64	515,75	+43,89	1982
1 748,40	1 005,92	349,54	354,59	141,64	212,95	+ 0,52	554,12	516,29	+37,83	1983
1 802,00	1 021,68	358,31	355,70	140,36	215,34	+ 7,47	601,64	542,80	+58,84	1984
1 834,50	1 036,53	365,72	355,81	153,03	202,78	+ 1,25	644,66	569,47	+75,19	1985
1 874,40	1 072,01	375,04	368,49	159,46	209,03	+ 2,69	645,24	589,07	+56,17	1986
1 902,30	1 106,88	380,85	376,22	167,25	208,97	+ 1,00	651,31	613,96	+37,35	1987
1 971,80	1 137,00	389,10	393,68	178,27	215,41	+12,03	689,62	649,63	+39,99	1988
2 046,80	1 156,73	382,64	421,38	195,69	225,69	+21,89	768,27	704,11	+64,16	1989
2 138,70	1 211,12	390,51	458,64	220,93	237,71	+22,47	844,01	788,05	+55,96	1990
1 084,80	607,19	191,14	231,59	113,84	117,75	+24,51	467,71	437,34	+30,37	1991 1. Hj.
					Anteil in vH					
100	*51,7*	*18,5*	*25,5*	*7,5*	*18,0*	*+2,5*	*16,7*	*14,9*	*+1,8*	1960
100	*52,6*	*18,9*	*26,0*	*8,0*	*18,0*	*+1,2*	*16,8*	*15,5*	*+1,2*	1961
100	*53,2*	*19,8*	*25,9*	*8,2*	*17,6*	*+1,1*	*16,4*	*16,3*	*+0,1*	1962
100	*53,2*	*20,4*	*25,5*	*8,1*	*17,4*	*+0,4*	*17,1*	*16,7*	*+0,5*	1963
100	*52,6*	*19,5*	*26,6*	*8,1*	*18,4*	*+1,1*	*17,4*	*17,1*	*+0,3*	1964
100	*53,4*	*19,4*	*26,5*	*8,3*	*18,1*	*+1,7*	*17,5*	*18,5*	*−1,0*	1965
100	*53,5*	*19,5*	*26,0*	*7,9*	*18,1*	*+0,8*	*18,7*	*18,5*	*+0,2*	1966
100	*54,3*	*20,2*	*24,3*	*7,3*	*17,0*	*−0,6*	*20,3*	*18,4*	*+1,8*	1967
100	*53,8*	*19,2*	*23,7*	*7,4*	*16,4*	*+1,2*	*21,7*	*19,6*	*+2,1*	1968
100	*54,0*	*18,7*	*24,3*	*8,3*	*16,0*	*+2,2*	*22,2*	*21,3*	*+0,9*	1969
100	*55,3*	*18,6*	*25,3*	*9,1*	*16,1*	*+2,1*	*22,5*	*23,7*	*−1,2*	1970
100	*56,7*	*18,9*	*26,0*	*9,3*	*16,7*	*+0,5*	*22,8*	*24,9*	*−2,1*	1971
100	*56,9*	*18,9*	*25,6*	*8,7*	*16,9*	*+0,5*	*23,3*	*25,1*	*−1,9*	1972
100	*55,9*	*18,9*	*24,3*	*8,2*	*16,1*	*+1,5*	*24,5*	*25,1*	*−0,6*	1973
100	*56,1*	*19,7*	*21,9*	*7,3*	*14,6*	*+0,3*	*27,4*	*25,5*	*+1,9*	1974
100	*58,6*	*20,7*	*21,1*	*7,4*	*13,6*	*−0,5*	*26,0*	*25,9*	*+0,1*	1975
100	*57,7*	*19,9*	*20,7*	*7,5*	*13,2*	*+1,7*	*27,0*	*27,0*	*+0,0*	1976
100	*58,8*	*19,7*	*20,9*	*7,9*	*13,1*	*+0,7*	*27,3*	*27,5*	*−0,1*	1977
100	*58,9*	*19,8*	*21,1*	*8,2*	*12,9*	*+0,6*	*27,3*	*27,7*	*−0,3*	1978
100	*58,5*	*19,6*	*21,7*	*8,6*	*13,1*	*+1,9*	*27,5*	*29,2*	*−1,7*	1979
100	*58,6*	*19,9*	*22,0*	*8,7*	*13,3*	*+0,9*	*28,8*	*30,2*	*−1,4*	1980
100	*58,1*	*20,3*	*20,9*	*8,3*	*12,6*	*−0,6*	*31,1*	*29,7*	*+1,4*	1981
100	*57,8*	*20,3*	*20,0*	*7,8*	*12,2*	*−0,7*	*32,6*	*30,0*	*+2,6*	1982
100	*57,5*	*20,0*	*20,3*	*8,1*	*12,2*	*+0,0*	*31,7*	*29,5*	*+2,2*	1983
100	*56,7*	*19,9*	*19,7*	*7,8*	*12,0*	*+0,4*	*33,4*	*30,1*	*+3,3*	1984
100	*56,5*	*19,9*	*19,4*	*8,3*	*11,1*	*+0,1*	*35,1*	*31,0*	*+4,1*	1985
100	*57,2*	*20,0*	*19,7*	*8,5*	*11,2*	*+0,1*	*34,4*	*31,4*	*+3,0*	1986
100	*58,2*	*20,0*	*19,8*	*8,8*	*11,0*	*+0,1*	*34,2*	*32,3*	*+2,0*	1987
100	*57,7*	*19,7*	*20,0*	*9,0*	*10,9*	*+0,6*	*35,0*	*32,9*	*+2,0*	1988
100	*56,5*	*18,7*	*20,6*	*9,6*	*11,0*	*+1,1*	*37,5*	*34,4*	*+3,1*	1989
100	*56,6*	*18,3*	*21,4*	*10,3*	*11,1*	*+1,1*	*39,5*	*36,8*	*+2,6*	1990
100	*56,0*	*17,6*	*21,3*	*10,5*	*10,9*	*+2,3*	*43,1*	*40,3*	*+2,8*	1991 1. Hj.

[3]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 33 *

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Zeitraum [1]	Insgesamt	Ausrüstungen [2]			Bauten [3]				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen [4]	Staat	zusammen	Unternehmen [4]		Staat	
						zusammen	darunter Wohnbauten		
	In jeweiligen Preisen								
1960	82,78	27,14	26,23	0,91	46,44	37,63	21,62	8,81	+ 9,20
1961	90,16	31,32	30,29	1,03	52,14	41,73	23,93	10,41	+ 6,70
1962	98,58	34,98	33,76	1,22	57,90	44,84	26,12	13,06	+ 5,70
1963	100,31	35,64	34,24	1,40	62,07	46,36	27,44	15,71	+ 2,60
1964	118,10	39,21	37,74	1,47	72,49	53,08	31,92	19,41	+ 6,40
1965	130,60	43,35	41,70	1,65	76,55	57,34	34,51	19,21	+10,70
1966	129,47	43,98	42,35	1,63	80,19	60,62	36,90	19,57	+ 5,30
1967	113,68	41,07	39,50	1,57	73,11	55,81	36,25	17,30	− 0,50
1968	130,49	43,14	41,63	1,51	76,25	57,08	37,07	19,17	+11,10
1969	156,20	53,59	51,87	1,72	85,31	63,30	39,02	22,01	+17,30
1970	186,25	65,88	63,69	2,19	106,17	77,27	45,44	28,90	+14,20
1971	200,58	72,66	69,99	2,67	123,45	92,45	55,34	31,00	+ 4,47
1972	213,47	72,74	69,85	2,89	136,43	105,47	66,19	30,96	+ 4,30
1973	231,64	75,27	72,00	3,27	143,99	112,13	71,58	31,86	+12,38
1974	216,42	72,36	68,63	3,73	140,35	104,05	64,88	36,30	+ 3,71
1975	203,05	78,05	74,35	3,70	131,36	95,33	59,11	36,03	− 6,36
1976	241,33	86,08	82,51	3,57	139,57	103,85	64,78	35,72	+15,68
1977	249,42	95,32	91,35	3,97	147,11	112,04	70,29	35,07	+ 6,99
1978	272,13	105,75	101,33	4,42	159,15	121,22	76,36	37,93	+ 7,23
1979	324,29	118,58	113,62	4,96	182,71	139,76	88,55	42,95	+23,00
1980	343,85	126,84	121,38	5,46	205,24	157,96	99,53	47,28	+11,77
1981	320,74	126,96	121,86	5,10	204,33	159,73	99,81	44,60	−10,55
1982	307,41	123,61	118,94	4,67	199,84	159,07	97,82	40,77	−16,04
1983	339,31	134,95	130,29	4,66	205,86	168,34	105,77	37,52	− 1,50
1984	355,99	137,13	132,02	5,11	213,54	176,49	111,04	37,05	+ 5,32
1985	357,06	153,03	147,08	5,95	202,78	165,82	100,85	36,96	+ 1,25
1986	376,40	160,87	154,33	6,54	212,61	171,86	101,83	40,75	+ 2,92
1987	385,22	169,43	162,34	7,09	216,35	175,45	102,58	40,90	− 0,56
1988	420,20	182,46	175,28	7,18	227,44	185,71	108,61	41,73	+10,30
1989	472,11	204,87	196,66	8,21	246,53	202,21	117,90	44,32	+20,71
1990	528,98	234,52	225,43	9,09	274,99	227,55	134,64	47,44	+19,47
1985 1. Hj.	172,44	69,19	66,95	2,24	91,96	76,36	47,04	15,60	+11,29
2. Hj.	184,62	83,84	80,13	3,71	110,82	89,46	53,81	21,36	−10,04
1986 1. Hj.	179,08	74,68	72,40	2,28	95,35	78,20	46,57	17,15	+ 9,05
2. Hj.	197,32	86,19	81,93	4,26	117,26	93,66	55,26	23,60	− 6,13
1987 1. Hj.	184,59	77,87	75,33	2,54	96,17	79,20	46,47	16,97	+10,55
2. Hj.	200,63	91,56	87,01	4,55	120,18	96,25	56,11	23,93	−11,11
1988 1. Hj.	203,02	82,66	80,05	2,61	106,19	87,41	51,30	18,78	+14,17
2. Hj.	217,18	99,80	95,23	4,57	121,25	98,30	57,31	22,95	− 3,87
1989 1. Hj.	225,27	92,80	90,01	2,79	117,59	96,96	56,78	20,63	+14,88
2. Hj.	246,84	112,07	106,65	5,42	128,94	105,25	61,12	23,69	+ 5,83
1990 1. Hj.	251,50	107,17	104,06	3,11	130,92	108,93	64,47	21,99	+13,41
2. Hj.	277,48	127,35	121,37	5,98	144,07	118,62	70,17	25,45	+ 6,06
1991 1. Hj.	288,59	122,36	119,12	3,24	143,61	120,36	71,36	23,25	+22,62

[1] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse.
[2] Käufe von neuen Ausrüstungen (einschließlich selbsterstellter Ausrüstungen) sowie von gebrauchten Ausrüstungen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen einschließlich Anlageschrott.

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Insgesamt	Ausrüstungen [2]			Bauten [3]				Vorratsveränderung	Zeitraum [1]
	zusammen	Unternehmen [4]	Staat	zusammen	Unternehmen [4] zusammen	Unternehmen [4] darunter Wohnbauten	Staat		
In Preisen von 1985									
240,13	64,40	62,41	1,99	154,44	129,75	82,56	24,69	+21,29	1960
244,37	71,88	69,64	2,24	161,42	134,13	84,94	27,29	+11,07	1961
253,15	77,32	74,67	2,65	165,07	133,64	85,44	31,43	+10,76	1962
249,53	77,58	74,57	3,01	167,81	131,51	85,10	36,30	+ 4,14	1963
283,80	83,58	80,45	3,13	189,36	144,83	94,70	44,53	+10,86	1964
304,67	89,92	86,45	3,47	196,04	151,21	98,54	44,83	+18,71	1965
297,75	88,30	84,94	3,36	200,99	155,72	102,21	45,27	+ 8,46	1966
262,10	80,74	77,57	3,17	188,53	147,28	102,25	41,25	− 7,17	1967
292,43	86,41	83,36	3,05	191,92	147,71	101,17	44,21	+14,10	1968
333,07	104,56	101,23	3,33	201,22	153,31	100,25	47,91	+27,29	1969
361,40	120,94	116,95	3,99	213,10	159,25	99,20	53,85	+27,36	1970
360,90	126,34	121,70	4,64	227,80	174,38	109,61	53,42	+ 6,76	1971
371,21	123,20	118,27	4,93	240,26	188,74	123,23	51,52	+ 7,75	1972
384,63	122,63	117,26	5,37	239,83	189,24	124,77	50,59	+22,17	1973
332,20	109,44	103,69	5,75	217,80	163,74	106,25	54,06	+ 4,96	1974
302,70	109,31	103,90	5,41	201,03	148,19	95,06	52,84	− 7,64	1975
347,47	116,25	111,18	5,07	205,48	154,36	98,89	51,12	+25,74	1976
344,89	125,47	120,02	5,45	208,45	160,04	102,44	48,41	+10,97	1977
357,72	135,11	129,26	5,85	213,15	163,89	105,24	49,26	+ 9,46	1978
405,07	147,18	140,86	6,32	224,98	174,19	112,49	50,79	+32,91	1979
396,94	150,95	144,38	6,57	229,84	179,33	115,02	50,51	+16,15	1980
351,75	143,88	138,01	5,87	218,33	172,30	109,31	46,03	−10,46	1981
331,27	133,59	128,53	5,06	209,54	167,32	103,91	42,22	−11,86	1982
355,11	141,64	136,75	4,89	212,95	174,34	109,79	38,61	+ 0,52	1983
363,17	140,36	135,14	5,22	215,34	177,92	112,00	37,42	+ 7,47	1984
357,06	153,03	147,08	5,95	202,78	165,82	100,85	36,96	+ 1,25	1985
371,18	159,46	152,98	6,48	209,03	169,10	100,27	39,93	+ 2,69	1986
377,22	167,25	160,26	6,99	208,97	169,54	99,02	39,43	+ 1,00	1987
405,71	178,27	171,31	6,96	215,41	175,82	102,70	39,59	+12,03	1988
443,27	195,69	187,96	7,73	225,69	184,86	107,60	40,83	+21,89	1989
481,11	220,93	212,50	8,43	237,71	196,57	115,94	41,14	+22,47	1990
175,06	69,35	67,11	2,24	92,35	76,67	47,20	15,68	+13,36	1985 1. Hj.
182,00	83,68	79,97	3,71	110,43	89,15	53,65	21,28	−12,11	2. Hj.
179,73	74,17	71,90	2,27	94,20	77,34	46,08	16,86	+11,36	1986 1. Hj.
191,45	85,29	81,08	4,21	114,83	91,76	54,19	23,07	− 8,67	2. Hj.
184,72	77,06	74,55	2,51	93,34	76,90	45,08	16,44	+14,32	1987 1. Hj.
192,50	90,19	85,71	4,48	115,63	92,64	53,94	22,99	−13,32	2. Hj.
200,05	81,20	78,65	2,55	101,27	83,36	48,84	17,91	+17,58	1988 1. Hj.
205,66	97,07	92,66	4,41	114,14	92,46	53,86	21,68	− 5,55	2. Hj.
214,86	89,01	86,37	2,64	108,62	89,45	52,29	19,17	+17,23	1989 1. Hj.
228,41	106,68	101,59	5,09	117,07	95,41	55,31	21,66	+ 4,66	2. Hj.
233,17	101,31	98,41	2,90	114,77	95,41	56,28	19,36	+17,09	1990 1. Hj.
247,94	119,62	114,09	5,53	122,94	101,16	59,66	21,78	+ 5,38	2. Hj.
256,10	113,84	110,86	2,98	117,75	98,64	58,18	19,11	+24,51	1991 1. Hj.

[3] Käufe von neuen Bauten (einschließlich selbsterstellter Bauten) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von Land.
[4] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 34*

Anlageinvestitionen

Mrd

In jeweiligen Preisen

Jahr[1]	Insgesamt[2]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[4]	Dienstleistungsunternehmen[5]	Wohnungsvermietung[6]	Staat[7]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe[3]	Baugewerbe				
	Neue Ausrüstungen									
1960	28,01	3,10	15,91	2,64	11,43	1,84	6,22	1,59	–	1,19
1961	32,29	3,70	18,47	2,86	13,37	2,24	6,98	1,79	–	1,35
1962	35,99	3,71	20,68	3,40	14,89	2,39	8,19	1,81	–	1,60
1963	36,68	3,43	20,42	3,30	14,64	2,48	8,98	2,02	–	1,83
1964	40,40	4,06	23,09	3,73	16,72	2,64	8,96	2,35	–	1,94
1965	44,58	4,74	25,48	3,65	19,28	2,55	9,21	2,99	–	2,16
1966	45,23	4,46	25,37	3,34	19,97	2,06	9,60	3,67	–	2,13
1967	42,34	3,36	23,65	3,65	17,86	2,14	9,19	4,08	–	2,06
1968	44,48	3,10	24,79	3,21	19,20	2,38	10,03	4,53	–	2,03
1969	55,32	4,09	31,71	3,27	25,21	3,23	11,19	6,01	–	2,32
1970	67,92	4,44	39,51	4,34	31,36	3,81	13,62	7,39	–	2,96
1971	74,99	4,12	43,38	6,10	33,05	4,23	16,03	7,92	–	3,54
1972	75,39	4,37	42,42	7,12	30,96	4,34	16,47	8,32	–	3,81
1973	77,85	5,32	40,84	7,43	29,69	3,72	17,00	10,48	–	4,21
1974	75,53	4,88	40,46	8,64	29,38	2,44	16,36	9,17	–	4,66
1975	81,39	5,46	42,93	9,52	30,58	2,83	15,97	12,49	–	4,54
1976	89,22	6,21	45,81	8,57	34,04	3,20	17,33	15,41	–	4,46
1977	98,47	7,17	46,92	7,36	35,98	3,58	19,55	19,89	–	4,94
1978	109,07	7,70	49,88	7,74	37,70	4,44	21,50	24,53	–	5,46
1979	121,90	8,02	55,96	7,57	42,83	5,56	21,84	29,98	–	6,10
1980	130,51	7,42	61,78	8,44	47,97	5,37	22,89	31,75	–	6,67
1981	132,05	6,95	61,43	9,73	47,59	4,11	24,30	33,05	–	6,32
1982	128,42	7,15	62,11	13,17	45,45	3,49	23,45	29,85	–	5,86
1983	140,05	8,39	65,76	13,26	48,55	3,95	26,40	33,54	–	5,96
1984	142,79	7,82	65,87	13,82	48,36	3,69	25,93	36,74	–	6,43
1985	159,22	7,92	74,85	13,75	57,41	3,69	29,77	39,27	–	7,41
1986	167,91	7,88	79,83	13,83	61,81	4,19	30,86	41,29	–	8,05
1987	177,37	7,95	83,94	14,06	65,49	4,39	31,80	44,99	–	8,69
1988	191,48	8,44	86,44	13,39	68,39	4,66	34,87	52,85	–	8,88
1989	215,35	9,37	94,53	12,31	76,55	5,67	38,94	62,50	–	10,01
1990	246,59	10,81	105,37	13,33	85,06	6,98	...	...	–	10,97
	Neue Bauten									
1960	46,44	1,22	8,34	2,17	5,87	0,30	4,62	2,72	20,13	9,41
1961	52,14	1,26	9,39	2,35	6,68	0,36	4,96	3,20	22,33	11,00
1962	57,90	1,30	9,26	2,80	6,06	0,40	5,55	3,74	24,42	13,63
1963	62,07	1,31	9,28	2,80	6,01	0,47	5,58	3,92	25,58	16,40
1964	72,49	1,45	10,07	3,21	6,28	0,58	5,78	5,31	29,55	20,33
1965	76,55	1,51	10,75	3,45	6,76	0,54	6,14	5,88	32,20	20,07
1966	80,19	1,58	10,88	3,37	6,99	0,52	6,23	6,41	34,50	20,59
1967	73,11	1,48	9,22	3,61	5,09	0,52	6,30	4,33	34,00	17,78
1968	76,25	1,46	7,90	3,03	4,47	0,40	6,88	5,15	35,10	19,76
1969	85,31	1,36	10,17	3,18	6,53	0,46	8,63	5,44	37,07	22,64
1970	106,17	1,28	14,14	3,89	9,74	0,51	10,78	6,75	43,17	30,05
1971	123,45	1,16	16,18	5,02	10,42	0,74	12,83	8,59	52,62	32,07
1972	136,43	1,03	15,66	5,64	9,07	0,95	14,08	10,88	62,81	31,97
1973	143,99	1,11	15,17	5,54	8,60	1,03	14,45	12,84	67,79	32,63
1974	140,35	1,32	14,63	5,96	8,07	0,60	13,48	12,88	61,25	36,79
1975	131,36	1,42	14,23	7,27	6,46	0,50	12,24	11,13	55,74	36,60
1976	139,57	1,55	14,68	7,51	6,68	0,49	13,98	11,75	61,21	36,40
1977	147,11	1,73	16,04	7,36	8,01	0,67	14,16	13,03	66,23	35,92
1978	159,15	1,83	16,29	7,70	7,93	0,66	14,50	16,14	71,56	38,83
1979	182,71	1,84	19,01	8,72	9,51	0,78	16,34	19,07	82,56	43,89
1980	205,24	1,94	22,79	10,53	11,42	0,84	17,62	21,70	92,64	48,55
1981	204,33	1,85	21,74	10,27	10,63	0,84	16,75	23,95	93,51	46,53
1982	199,84	1,96	20,24	9,77	9,73	0,74	16,89	25,51	92,20	43,04
1983	205,86	2,10	19,21	9,45	8,92	0,84	17,50	28,27	98,85	39,93
1984	213,54	2,02	20,04	9,81	9,44	0,79	19,30	29,68	102,91	39,59
1985	202,78	1,98	19,95	9,52	9,82	0,61	20,06	28,48	93,21	39,10
1986	212,61	1,85	23,11	10,22	12,35	0,54	22,33	28,80	93,56	42,96
1987	216,35	1,80	23,50	9,35	13,56	0,59	23,83	29,73	94,26	43,23
1988	227,44	1,85	24,00	9,97	13,41	0,62	25,54	32,02	99,20	44,83
1989	246,53	1,95	26,37	10,45	15,17	0,75	26,53	36,19	107,80	47,69
1990	274,99	2,33	31,29	11,83	18,61	0,85	...	...	123,08	50,82

[1] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. – [2] Einschließlich selbsterstellter Anlagen. – [3] Einschließlich produzierendes Handwerk. – [4] Einschließlich Nachrichtenübermittlung. – [5] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungsunternehmen (ohne Wohnungsvermietung).

nach Wirtschaftsbereichen Tabelle 34*

DM

In Preisen von 1985

Insgesamt[2]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[4]	Dienstleistungsunternehmen[5]	Wohnungsvermietung[6]	Staat[7]	Jahr[1]
		zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe[3]	Baugewerbe					
				Neue Ausrüstungen						
66,54	7,49	39,38	6,24	28,64	4,50	13,82	3,14	–	2,71	1960
74,23	8,68	43,83	6,48	32,02	5,33	15,20	3,47	–	3,05	1961
79,67	8,41	47,10	7,45	34,19	5,46	17,13	3,43	–	3,60	1962
79,97	7,75	45,90	7,14	33,17	5,59	18,49	3,76	–	4,07	1963
86,33	9,09	50,54	7,88	36,86	5,80	18,13	4,32	–	4,25	1964
92,70	10,36	53,98	7,53	41,00	5,45	18,29	5,39	–	4,68	1965
91,05	9,52	52,02	6,73	41,03	4,26	18,56	6,43	–	4,52	1966
83,61	7,08	47,77	7,16	36,21	4,40	17,54	6,93	–	4,29	1967
89,43	6,87	51,06	6,44	39,59	5,03	19,49	7,77	–	4,24	1968
108,40	8,93	63,31	6,33	50,26	6,72	21,41	10,07	–	4,68	1969
125,10	9,01	73,80	7,83	58,51	7,46	24,80	11,89	–	5,60	1970
130,72	7,87	76,60	10,36	58,38	7,86	27,58	12,33	–	6,34	1971
127,91	8,03	72,83	11,68	53,30	7,85	27,64	12,73	–	6,68	1972
126,83	9,30	67,16	11,75	49,01	6,40	27,57	15,71	–	7,09	1973
114,13	7,88	61,69	12,64	45,13	3,92	24,42	12,81	–	7,33	1974
114,05	8,05	60,51	12,97	43,40	4,14	22,24	16,52	–	6,73	1975
120,50	8,73	62,20	11,33	46,39	4,48	23,30	19,85	–	6,42	1976
129,61	9,66	62,26	9,50	47,89	4,87	25,68	25,15	–	6,86	1977
139,41	10,06	64,26	9,70	48,71	5,85	27,41	30,39	–	7,29	1978
151,28	10,18	69,99	9,21	53,70	7,08	26,87	36,40	–	7,84	1979
155,34	9,07	73,96	9,86	57,57	6,53	26,95	37,29	–	8,07	1980
149,69	8,00	69,89	10,91	54,22	4,76	27,43	37,08	–	7,29	1981
138,88	7,79	67,33	14,07	49,42	3,84	25,23	32,17	–	6,36	1982
147,08	8,85	69,15	13,72	51,22	4,21	27,58	35,25	–	6,25	1983
146,19	8,01	67,57	14,05	49,71	3,81	26,47	37,57	–	6,57	1984
159,22	7,92	74,85	13,75	57,41	3,69	29,77	39,27	–	7,41	1985
166,31	7,80	78,62	13,69	60,84	4,09	30,56	41,34	–	7,99	1986
174,74	7,84	81,78	13,81	63,79	4,18	31,26	45,28	–	8,58	1987
186,58	8,21	82,81	12,92	65,54	4,35	33,75	53,20	–	8,61	1988
205,10	8,93	88,14	11,57	71,40	5,17	37,03	61,56	–	9,44	1989
231,53	10,02	96,52	12,32	77,93	6,27	...	...	–	10,19	1990
				Neue Bauten						
154,44	3,90	23,90	5,49	17,45	0,96	12,63	9,54	77,48	26,99	1960
161,42	3,80	25,09	5,57	18,43	1,09	12,63	10,50	79,87	29,53	1961
165,07	3,66	22,98	6,23	15,64	1,11	13,13	11,26	80,47	33,57	1962
167,81	3,50	21,78	6,01	14,54	1,23	12,67	11,19	79,93	38,74	1963
189,36	3,73	22,53	6,54	14,53	1,46	12,70	14,47	88,40	47,53	1964
196,04	3,72	23,36	6,96	15,10	1,30	13,30	15,42	92,63	47,61	1965
200,99	3,82	23,01	6,65	15,13	1,23	13,25	16,37	96,26	48,28	1966
188,53	3,65	20,08	7,39	11,43	1,26	13,84	11,37	96,56	43,03	1967
191,92	3,83	17,41	6,33	10,11	0,97	15,36	13,41	95,90	46,01	1968
201,22	3,37	21,41	6,29	14,11	1,01	18,21	13,20	95,32	49,71	1969
213,10	2,64	26,24	6,72	18,57	0,95	19,46	14,00	94,34	56,42	1970
227,80	2,19	27,99	8,02	18,64	1,33	21,46	16,20	104,31	55,65	1971
240,26	1,83	25,67	8,61	15,43	1,63	22,77	19,45	117,04	53,50	1972
239,83	1,85	23,83	8,16	13,97	1,70	22,19	21,65	118,28	52,03	1973
217,80	2,09	21,09	8,07	12,09	0,93	18,80	20,31	100,40	55,11	1974
201,03	2,18	20,39	9,79	9,83	0,77	17,23	17,51	89,74	53,98	1975
205,48	2,30	20,34	9,84	9,77	0,73	19,15	17,79	93,56	52,34	1976
208,45	2,44	21,72	9,47	11,29	0,96	18,90	18,94	96,64	49,81	1977
213,15	2,45	20,89	9,38	10,62	0,89	18,36	22,10	98,72	50,63	1978
224,98	2,26	22,55	9,78	11,79	0,98	19,10	23,94	105,01	52,12	1979
229,84	2,16	24,72	10,88	12,88	0,96	18,84	24,89	107,15	52,08	1980
218,33	1,97	22,54	10,31	11,32	0,91	17,19	25,91	102,53	48,19	1981
209,54	2,02	20,74	9,90	10,07	0,77	17,31	26,86	98,01	44,60	1982
212,95	2,15	19,77	9,74	9,16	0,87	18,07	29,19	102,67	41,10	1983
215,34	2,03	20,19	9,93	9,47	0,79	19,50	29,85	103,82	39,95	1984
202,78	1,98	19,95	9,52	9,82	0,61	20,06	28,48	93,21	39,10	1985
209,03	1,83	22,72	10,00	12,19	0,53	21,87	28,36	92,13	42,12	1986
208,97	1,75	22,76	9,06	13,13	0,57	23,06	28,75	90,98	41,67	1987
215,41	1,76	22,72	9,46	12,67	0,59	24,22	30,37	93,80	42,54	1988
225,69	1,79	24,19	9,63	13,88	0,68	24,33	33,08	98,38	43,92	1989
237,71	1,99	27,20	10,37	16,11	0,72	...	...	106,00	44,05	1990

[6]) Einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer. — [7]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 35 *

Einnahmen und Aus

Ins

Zeitraum [2]	Einnahmen				Aus				
							Einkommensübertragungen		
								davon	
	insgesamt	Steuern	Sozialbeiträge	sonstige Einnahmen [3]	insgesamt	Staatsverbrauch [4]	zusammen	private Haushalte [5]	Unternehmen und übrige Welt
	Mrd								
1960	108,87	69,77	31,21	7,89	99,66	40,45	42,60	37,21	5,39
1961	122,60	79,97	34,42	8,21	113,35	45,78	46,83	40,56	6,27
1962	134,76	87,89	38,12	8,75	129,58	52,83	51,02	44,30	6,72
1963	143,79	93,27	41,16	9,36	140,38	59,39	54,83	47,50	7,33
1964	156,18	101,95	43,83	10,40	153,17	62,10	59,87	51,85	8,02
1965	167,47	107,84	48,52	11,11	170,23	69,65	68,57	58,35	10,22
1966	180,72	114,89	53,82	12,01	181,59	75,45	73,41	63,67	9,74
1967	186,56	117,38	56,42	12,76	193,56	80,05	81,53	71,25	10,28
1968	206,77	129,80	62,20	14,77	211,08	82,73	94,25	74,79	19,46
1969	239,85	152,16	71,43	16,26	233,33	93,12	99,92	80,83	19,09
1970	265,48	161,89	84,94	18,65	264,13	106,47	107,31	88,12	19,19
1971	303,02	183,65	98,44	20,93	304,24	126,76	120,66	99,48	21,18
1972	336,52	201,25	112,48	22,79	340,90	141,04	140,09	113,83	26,26
1973	397,40	236,88	133,48	27,04	386,36	163,09	159,23	127,65	31,58
1974	432,04	253,42	149,56	29,06	444,76	190,11	180,75	148,21	32,54
1975	451,42	254,10	167,26	30,06	509,10	210,08	221,94	185,51	36,43
1976	507,94	285,75	187,97	34,22	546,20	221,86	239,66	199,83	39,83
1977	553,68	317,17	200,23	36,28	582,68	235,13	258,17	212,71	45,46
1978	589,17	335,05	212,66	41,46	620,47	253,09	275,96	223,53	52,43
1979	633,88	358,67	230,04	45,17	669,64	273,54	294,15	238,11	56,04
1980	679,20	381,22	248,49	49,49	721,88	298,02	309,65	253,32	56,33
1981	709,15	386,40	268,64	54,11	765,70	318,39	331,57	274,86	56,71
1982	743,01	394,86	284,25	63,90	795,71	326,44	349,28	291,34	57,94
1983	773,80	414,75	290,34	68,71	816,40	336,44	357,63	295,54	62,09
1984	814,84	439,15	304,58	71,11	848,82	350,44	371,00	299,75	71,25
1985	854,18	459,95	320,11	74,12	875,27	365,72	379,98	306,99	72,99
1986	886,78	473,21	337,40	76,17	912,18	382,55	395,16	318,96	76,20
1987	911,72	491,44	350,55	69,73	949,56	397,28	416,19	335,21	80,98
1988	945,82	512,52	366,52	66,78	991,06	412,38	440,27	350,61	89,66
1989	1 021,62	560,05	383,31	78,26	1 017,41	418,78	455,04	364,00	91,04
1990	1 068,50	574,01	410,59	83,90	1 114,75	443,08	518,66	382,92	135,74
1987 1. Hj.	432,06	228,25	165,28	38,53	452,40	183,59	204,49	165,91	38,58
2. Hj.	479,66	263,19	185,27	31,20	497,16	213,69	211,70	169,30	42,40
1988 1. Hj.	446,49	239,79	173,70	33,00	471,09	189,88	215,01	173,83	41,18
2. Hj.	499,33	272,73	192,82	33,78	519,97	222,50	225,26	176,78	48,48
1989 1. Hj.	487,09	263,63	181,34	42,12	483,92	194,50	221,24	179,79	41,45
2. Hj.	534,53	296,42	201,97	36,14	533,49	224,28	233,80	184,21	49,59
1990 1. Hj.	502,42	263,35	195,02	44,05	510,99	207,24	232,43	188,54	43,89
2. Hj.	566,08	310,66	215,57	39,85	603,76	235,84	286,23	194,38	91,85
1991 1. Hj.	557,11	300,31	211,08	45,72	608,93	216,00	307,94	197,95	109,99

[1] Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse.
[3] Empfangene Vermögenseinkommen, empfangene Vermögensübertragungen, Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.
[4] Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, unter anderem auch Sachleistungen der Sozialversicherung (insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung) und der Gebietskörperschaften im Rahmen der Sozialhilfe und Jugendhilfe.

gaben des Staates[1])

gesamt[1])

gaben			Finanzierungssaldo[7])	Nachrichtlich				Zeitraum[2])
Zinsen[6])	Bruttoinvestitionen	Vermögensübertragungen		Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	Produktionspotential in jeweiligen Preisen[8])	Staatsquote[9])	Abgabenquote[10])	
DM						vH		
2,19	9,72	4,70	+ 9,21	303,00	301,6	33,0	33,3	1960
2,21	11,44	7,09	+ 9,25	331,40	333,8	34,0	34,5	1961
2,41	14,28	9,04	+ 5,18	360,50	367,2	35,3	35,0	1962
2,65	17,11	6,40	+ 3,41	382,10	397,1	35,4	35,2	1963
2,90	20,88	7,42	+ 3,01	419,60	428,7	35,7	34,7	1964
3,23	20,86	7,92	− 2,76	458,20	465,5	36,6	34,1	1965
4,12	21,20	7,41	− 0,87	487,40	503,3	36,1	34,6	1966
5,19	18,87	7,92	− 7,00	493,70	527,2	36,7	35,2	1967
5,38	20,68	8,04	− 4,31	533,70	555,8	38,0	36,0	1968
5,84	23,73	10,72	+ 6,52	597,80	600,3	38,9	37,4	1969
6,55	31,29	12,51	+ 1,35	675,70	675,2	39,1	36,5	1970
7,34	33,87	15,61	− 1,22	750,40	761,7	39,9	37,6	1971
8,43	33,85	17,49	− 4,38	824,60	836,6	40,7	38,0	1972
10,17	35,13	18,74	+11,04	918,80	923,1	41,9	40,3	1973
12,15	40,13	21,62	−12,72	983,70	1 014,0	43,9	41,0	1974
14,18	40,33	22,57	−57,68	1 027,70	1 097,6	46,4	41,0	1975
17,45	39,49	27,74	−38,26	1 123,80	1 161,8	47,0	42,2	1976
20,41	39,34	29,63	−29,00	1 195,60	1 232,0	47,3	43,3	1977
21,53	42,55	27,34	−31,30	1 289,40	1 316,8	47,1	42,5	1978
24,10	47,91	29,94	−35,76	1 393,80	1 399,7	47,8	42,2	1979
28,55	53,24	32,42	−42,68	1 477,40	1 507,0	47,9	42,6	1980
35,47	49,90	30,37	−56,55	1 539,60	1 600,0	47,9	42,5	1981
44,03	45,44	30,52	−52,70	1 590,30	1 697,7	46,9	42,7	1982
50,09	42,18	30,06	−42,60	1 675,70	1 785,8	45,7	42,1	1983
52,72	42,16	32,50	−33,98	1 763,30	1 857,8	45,7	42,2	1984
55,27	42,91	31,39	−21,09	1 834,50	1 924,0	45,5	42,5	1985
57,18	47,29	30,00	−25,40	1 936,10	2 029,7	44,9	41,9	1986
57,78	47,99	30,32	−37,84	2 003,00	2 112,2	45,0	42,0	1987
59,81	48,91	29,69	−45,24	2 108,00	2 190,9	45,2	41,7	1988
60,18	52,53	30,88	+ 4,21	2 245,20	2 298,3	44,3	42,0	1989
63,46	56,53	33,02	−46,25	2 425,50	2 448,9	45,5	40,6	1990
32,12	19,51	12,69	−20,34	955,90	—	—	X	1987 1. Hj.
25,66	28,48	17,63	−17,50	1 047,10	—	—	X	2. Hj.
32,33	21,39	12,48	−24,60	1 007,80	—	—	X	1988 1. Hj.
27,48	27,52	17,21	−20,64	1 100,20	—	—	X	2. Hj.
31,98	23,42	12,78	+ 3,17	1 079,60	—	—	X	1989 1. Hj.
28,20	29,11	18,10	+ 1,04	1 165,60	—	—	X	2. Hj.
32,86	25,10	13,36	− 8,57	1 156,30	—	—	X	1990 1. Hj.
30,60	31,43	19,66	−37,68	1 269,20	—	—	X	2. Hj.
38,50	26,49	20,00	−51,82	1 256,60	—	—	X	1991 1. Hj.

[5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[6]) Zinsen auf öffentliche Schulden.
[7]) Überschuß: +; Defizit: −.
[8]) Produktionspotential in Preisen von 1985, inflationiert mit der Preisentwicklung des Bruttosozialprodukts.
[9]) Ausgaben des Staates in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[10]) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.

noch Tabelle 35*

Einnahmen und

Gebietskörperschaften

Mrd

Zeitraum[2]	Gebietskörper								
	Einnahmen			Ausga					
	insgesamt	davon		insgesamt	da-				
		Steuern	sonstige Einnahmen[3]		Staatsverbrauch	Einkommensübertragungen			Zinsen[6]
						zusammen[4]	darunter		
							private Haushalte[5]	Unternehmen und übrige Welt	
1960	78,29	69,77	8,52	71,68	31,71	23,61	12,34	5,26	2,19
1961	88,92	79,97	8,95	84,41	36,02	25,75	13,01	6,11	2,21
1962	97,47	87,89	9,58	95,41	41,92	28,04	14,25	6,54	2,41
1963	103,29	93,27	10,02	102,77	47,34	29,54	14,47	7,15	2,65
1964	113,05	101,95	11,10	113,65	48,91	33,81	17,29	7,81	2,90
1965	119,85	107,84	12,01	126,16	54,54	39,89	20,60	9,97	3,23
1966	127,72	114,89	12,83	131,80	57,77	41,64	21,88	9,40	4,12
1967	130,99	117,38	13,61	136,75	60,96	44,19	23,02	9,89	5,19
1968	145,86	129,80	16,06	149,67	62,01	53,88	23,50	18,94	5,38
1969	170,59	152,16	18,43	165,02	70,00	55,05	24,78	18,48	5,84
1970	183,29	161,89	21,40	188,26	79,88	58,34	27,83	18,47	6,55
1971	207,95	183,65	24,30	216,29	94,25	65,63	32,07	20,37	7,34
1972	226,64	201,25	25,39	239,42	102,97	77,15	36,03	25,38	8,43
1973	266,22	236,88	29,34	268,48	117,55	87,54	38,80	30,54	10,17
1974	286,39	253,42	32,97	303,14	134,65	95,56	43,62	31,11	12,15
1975	288,42	254,10	34,32	343,58	145,56	121,64	59,24	34,60	14,17
1976	324,54	285,75	38,79	363,38	152,51	127,32	61,20	37,37	17,44
1977	360,19	317,17	43,02	385,36	162,33	134,81	63,97	42,52	20,41
1978	385,13	335,05	50,08	414,57	175,28	148,90	67,91	48,95	21,52
1979	413,27	358,67	54,60	449,14	189,86	158,06	72,94	52,27	24,09
1980	440,22	381,22	59,00	486,65	206,09	167,33	77,74	52,34	28,53
1981	451,28	386,40	64,88	513,84	219,21	180,18	85,30	52,68	35,39
1982	470,76	394,86	75,90	530,98	225,66	186,76	86,66	54,18	44,01
1983	496,79	414,75	82,04	539,20	232,37	186,02	87,22	58,19	50,08
1984	524,34	439,15	85,19	557,93	238,83	193,13	87,79	65,03	52,70
1985	549,17	459,95	89,22	575,25	248,02	199,17	89,76	67,42	55,25
1986	566,01	473,21	92,80	600,54	258,52	208,80	95,60	71,17	57,16
1987	578,61	491,44	87,17	623,01	267,77	220,11	100,42	75,56	57,75
1988	597,32	512,52	84,80	643,94	272,49	234,13	102,56	83,95	59,78
1989	656,04	560,05	95,99	668,76	282,23	243,89	106,92	85,32	60,15
1990	675,81	574,01	101,80	743,07	296,20	294,85	111,98	129,55	63,43

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Ab 1989 vorläufige Ergebnisse.
[3]) Empfangene Vermögenseinkommen, unterstellte Sozialbeiträge von privaten Haushalten, empfangene Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen von der Sozialversicherung), Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.
[4]) Einschließlich sonstige laufende Übertragungen an die Sozialversicherung.
[5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[6]) Zinsen auf öffentliche Schulden.
[7]) Einschließlich Vermögensübertragungen an die Sozialversicherung.

Ausgaben des Staates [1])
und Sozialversicherung
DM

schaften			Sozialversicherung						
ben			Einnahmen		Ausgaben				
von				darunter		darunter			
Brutto-investitionen	Vermögens-übertragungen [7])	Finanzierungssaldo [8])	insgesamt [9])	Sozialbeiträge [10])	insgesamt [11])	soziale Leistungen	Staatsverbrauch	Finanzierungssaldo [8])	Zeitraum [2])
9,48	4,69	+ 6,61	36,60	29,10	34,00	25,00	8,74	+ 2,60	1960
11,28	9,15	+ 4,51	42,41	32,01	37,67	27,71	9,76	+ 4,74	1961
14,04	9,00	+ 2,06	44,54	35,54	41,42	30,23	10,91	+ 3,12	1962
16,86	6,38	+ 0,52	48,42	38,32	45,53	33,21	12,05	+ 2,89	1963
20,65	7,38	− 0,60	51,84	40,76	48,23	34,77	13,19	+ 3,61	1964
20,63	7,87	− 6,31	56,94	45,03	53,39	38,00	15,11	+ 3,55	1965
20,92	7,35	− 4,08	63,36	49,96	60,15	42,11	17,68	+ 3,21	1966
18,56	7,85	− 5,76	66,85	52,30	68,09	48,58	19,09	− 1,24	1967
20,42	7,98	− 3,81	72,35	57,64	72,85	51,72	20,72	− 0,50	1968
23,46	10,67	+ 5,57	81,05	66,08	80,10	56,55	23,12	+ 0,95	1969
31,02	12,47	− 4,97	94,23	78,53	87,91	60,86	26,59	+ 6,32	1970
33,51	15,56	− 8,34	108,26	90,90	101,14	67,99	32,51	+ 7,12	1971
33,45	17,42	−12,78	125,62	104,12	117,22	78,49	38,07	+ 8,40	1972
34,61	18,61	− 2,26	149,38	123,57	136,08	89,69	45,54	+13,30	1973
39,36	21,42	−16,75	166,52	138,08	162,49	105,78	55,46	+ 4,03	1974
39,67	22,54	−55,16	190,94	154,74	193,46	127,72	64,52	− 2,52	1975
38,81	27,30	−38,84	212,39	174,72	211,81	140,48	69,35	+ 0,58	1976
38,63	29,18	−25,17	222,09	186,03	225,92	150,51	72,80	− 3,83	1977
41,98	26,89	−29,44	236,49	197,42	238,35	157,51	77,81	− 1,86	1978
47,25	29,88	−35,87	253,99	213,74	253,88	167,08	83,68	+ 0,11	1979
52,42	32,28	−46,43	276,78	230,88	273,03	177,76	91,93	+ 3,75	1980
48,77	30,29	−62,56	300,73	249,50	294,72	192,07	99,18	+ 6,01	1981
44,23	30,32	−60,22	318,80	264,70	311,28	207,46	100,78	+ 7,52	1982
40,89	29,84	−42,41	318,35	270,15	318,54	210,96	104,07	− 0,19	1983
40,99	32,28	−33,59	331,77	283,74	332,16	214,86	111,61	− 0,39	1984
41,56	31,25	−26,08	348,14	298,23	343,15	219,71	117,70	+ 4,99	1985
46,19	29,87	−34,53	364,18	314,45	355,05	225,78	124,03	+ 9,13	1986
47,03	30,35	−44,40	378,79	327,05	372,23	237,19	129,51	+ 6,56	1987
47,82	29,72	−46,62	397,64	342,27	396,26	250,40	139,89	+ 1,38	1988
51,58	30,91	−12,72	418,79	358,42	401,86	260,06	136,55	+16,93	1989
55,54	33,05	−67,26	447,53	384,19	426,52	274,95	146,88	+21,01	1990

[8]) Überschuß: +, Defizit: −.
[9]) Empfangene Vermögenseinkommen, Sozialbeiträge, Abschreibungen, empfangene Vermögensübertragungen und sonstige laufende Übertragungen (einschließlich der Übertragungen von den Gebietskörperschaften).
[10]) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge.
[11]) Subventionen, soziale Leistungen, Zinsen, Staatsverbrauch, geleistete Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen an die Gebietskörperschaften), Bruttoinvestitionen und sonstige laufende Übertragungen.

Tabelle 36 *

Subventionen des Staates [1]

Mrd DM

Nach Aufgabenbereichen

Jahr [2]	Insgesamt	Darunter									
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		Energiegewinnung und -versorgung			Produzierendes Gewerbe [3]	Verkehr- und Nachrichtenübermittlung		Wohnungswesen, Stadt- und Landesplanung, Gemeinschaftsdienste	sonstige Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht [4]
		zusammen	darunter: Zahlungen im Rahmen der Europäischen Agrarmarktordnung	zusammen	darunter: „Kohlepfennig"	darunter: Zuschuß zur Erleichterung der Produktion von Kokskohle und Hochofenkoks		zusammen	darunter: Zahlungen an die Bundesbahn		
1970	11,78	5,80	2,51	0,48	.	0,00	0,02	2,38	1,63	0,90	1,57
1971	12,61	5,16	1,63	0,40	.	0,00	0,03	3,53	2,61	0,84	1,77
1972	15,78	5,04	1,48	0,64	.	0,17	0,06	6,10	4,94	1,09	1,93
1973	18,65	5,99	2,63	0,98	.	0,20	0,08	7,54	6,11	0,93	2,05
1974	18,86	5,32	2,78	0,97	.	0,09	0,10	7,65	5,88	1,16	2,37
1975	20,39	6,21	2,81	1,00	0,33	0,12	0,19	7,38	5,56	1,16	3,05
1976	22,13	6,80	3,46	1,75	1,13	0,06	0,21	7,09	5,36	1,43	3,33
1977	24,63	7,75	4,98	2,41	1,39	0,27	0,14	7,43	6,93	1,69	3,51
1978	29,70	9,32	6,83	3,30	1,60	0,80	0,24	9,07	6,93	1,91	4,05
1979	31,16	9,08	6,78	4,71	2,68	1,27	0,27	8,48	6,29	2,01	4,52
1980	30,65	9,21	6,83	4,29	2,03	1,32	0,34	7,34	5,16	2,09	5,41
1981	29,12	7,32	5,94	3,39	1,40	1,35	0,37	7,87	5,68	2,25	5,67
1982	29,25	7,52	5,77	2,99	1,78	0,73	0,54	7,94	5,83	2,34	5,23
1983	31,72	9,40	8,04	2,79	1,45	0,98	0,66	7,81	5,84	2,52	5,74
1984	36,33	11,89	8,44	3,92	1,77	1,80	1,42	7,69	5,70	2,74	5,84
1985	37,94	13,01	8,36	3,40	1,59	1,53	1,17	7,53	5,65	3,01	6,77
1986	41,31	14,83	9,80	5,10	2,75	2,11	0,17	7,18	5,15	3,58	6,78
1987	44,80	15,36	10,34	8,29	4,68	3,38	0,16	7,11	5,02	3,21	6,93
1988	47,74	17,48	11,51	8,04	4,31	3,47	0,48	7,46	5,27	2,65	7,72
1989	46,80	14,31	8,29	9,69	5,08	4,24	1,02	7,59	5,22	2,79	7,66
1990	48,77	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...

Nach Wirtschaftsbereichen [5]

Jahr [2]	Insgesamt	Davon						Einbehaltene Umsatzsteuer [6] (in den Wirtschaftsbereichen enthalten)
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Dienstleistungsunternehmen	
1970	11,78	2,71	0,64	2,00	2,68	2,56	1,19	1,79
1971	12,61	2,83	0,58	2,47	1,72	3,71	1,30	2,14
1972	15,78	2,89	0,85	2,33	1,91	6,20	1,60	2,40
1973	18,65	2,79	1,23	2,76	2,68	7,63	1,56	2,43
1974	18,86	2,26	1,27	3,08	2,55	7,73	1,97	2,52
1975	20,39	3,02	1,40	3,50	2,77	7,51	2,19	3,23
1976	22,13	3,18	1,98	3,99	3,28	7,24	2,46	3,35
1977	24,63	2,55	2,63	4,32	4,72	7,56	2,85	3,01
1978	29,70	2,52	3,48	5,13	6,31	9,20	3,06	2,97
1979	31,16	2,26	5,09	5,47	6,11	8,84	3,39	2,82
1980	30,65	1,91	4,75	5,99	6,43	7,73	3,84	3,12
1981	29,12	1,43	3,93	6,20	5,10	8,30	4,16	2,94
1982	29,25	1,56	3,49	6,54	4,85	8,61	4,20	3,45
1983	31,72	1,22	3,27	7,40	6,61	8,62	4,60	3,36
1984	36,33	3,10	4,18	8,52	7,20	8,46	4,87	5,42
1985	37,94	4,49	4,01	8,47	7,19	8,24	5,54	6,83
1986	41,31	5,16	5,67	8,13	8,37	8,15	5,83	6,74
1987	44,80	4,85	8,96	8,75	8,15	7,95	6,14	6,32
1988	47,74	5,90	9,17	8,81	9,94	8,39	5,53	6,81
1989	46,80	6,33	10,86	8,28	7,29	8,34	5,70	6,06
1990	48,77	...	...	...	...	...	...	5,72

[1] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; das heißt, Zuschüsse, die der Staat im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik an Unternehmen für laufende Produktionszwecke gewährt. Ausführliche Erläuterungen in: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen", Reihe 1.3 „Konten und Standardtabellen". — [2] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [3] Ohne Wasser- und Energiegewinnung und -versorgung. — [4] Im wesentlichen Direktzahlungen der EG und Montanunion, Zinsverbilligungszuschüsse, Zuschuß an die Bundesmonopolverwaltung und Monopolverwaltung Branntwein in Berlin, Zuschüsse für die berufliche Eingliederung Jugendlicher, Frachthilfen sowie Betriebszuschüsse an Wirtschaftsunternehmen. — [5] Die Zuordnung der Subventionen auf Wirtschaftsbereiche richtet sich nach dem Tätigkeitsbereich des Empfängers, der oft nicht mit dem letztlich Begünstigten identisch ist; zum Beispiel werden Erstattungen bei der Ausfuhr pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse, Zuschüsse zu den Kosten der Vorratshaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder zu den Kosten für Abbaumaßnahmen bei Marktordnungswaren dem Bereich Handel zugerechnet. — [6] Umsatzsteuervergünstigungen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (§ 24 und 24 a Umsatzsteuergesetz), zur Förderung der Berliner Wirtschaft (§§ 1 bis 13 Berlinförderungsgesetz), für Bezüge aus dem Währungsgebiet der Mark der DDR (allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 26 Absatz 4 Umsatzsteuergesetz vom 16. Mai 1973).

Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken [1]

Mrd DM

Jahr [2]	Insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke [3] und Tabakwaren	Bekleidung, Schuhe	Wohnungsmieten [4]	Energie (ohne Kraftstoffe)	Güter für				
						die Haushaltsführung	Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr [5] und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung und Freizeit [6]	die persönliche Ausstattung, Güter sonstiger Art [7]
	in jeweiligen Preisen									
1960	170,36	63,35	19,75	16,90	5,11	19,60	8,33	15,33	14,49	7,50
1961	186,00	67,66	21,00	19,08	5,58	21,38	9,11	17,84	15,99	8,36
1962	201,54	71,91	22,58	20,22	6,84	23,17	10,08	20,15	17,32	9,27
1963	213,71	75,57	23,51	22,33	8,54	23,50	10,04	22,21	18,18	9,83
1964	230,30	80,37	25,11	24,61	8,06	26,04	11,06	25,08	19,60	10,37
1965	253,42	86,66	27,91	27,09	8,61	28,13	12,17	29,11	22,07	11,67
1966	270,59	90,66	29,50	30,57	9,47	29,23	13,27	31,37	23,81	12,71
1967	278,51	91,38	29,83	33,87	9,74	29,79	13,40	32,02	25,10	13,38
1968	296,38	94,13	30,22	37,77	11,60	30,42	14,07	36,79	27,99	13,39
1969	325,23	100,03	33,44	41,20	12,56	32,95	15,36	43,19	31,93	14,57
1970	361,02	108,30	37,17	44,91	13,95	36,58	16,58	50,70	36,91	15,92
1971	398,79	114,50	39,83	49,86	14,64	41,74	17,71	56,83	44,94	18,74
1972	439,71	124,83	44,50	55,27	16,01	46,44	19,21	62,37	49,76	21,32
1973	479,74	135,09	47,23	61,93	20,50	50,16	20,61	65,86	54,36	24,00
1974	516,64	142,09	50,86	68,75	23,43	54,11	22,64	68,03	59,53	27,20
1975	564,49	150,91	55,00	76,80	25,51	57,69	24,92	79,61	63,88	30,17
1976	611,95	161,45	58,06	83,78	29,37	61,52	27,24	89,54	68,25	32,74
1977	658,43	171,28	62,93	89,57	29,73	67,09	29,28	99,69	73,12	35,74
1978	699,92	177,89	66,03	95,25	32,41	71,29	31,45	108,24	75,67	41,69
1979	751,59	186,27	69,70	102,09	42,26	75,49	34,08	115,41	80,73	45,56
1980	803,93	200,10	75,85	111,88	45,15	80,84	37,59	119,29	84,56	48,67
1981	849,65	211,44	77,92	121,22	50,25	82,65	40,49	126,48	88,34	50,86
1982	882,34	220,37	77,51	132,18	53,64	81,75	42,74	130,58	90,34	53,23
1983	925,25	225,27	80,02	143,32	53,85	84,84	46,52	141,33	93,50	56,60
1984	968,29	230,47	82,55	152,96	58,97	87,40	49,48	148,41	96,85	61,20
1985	1 002,71	233,19	85,32	161,80	63,96	87,45	51,60	154,35	99,99	65,05
1986	1 027,37	236,67	88,63	170,27	55,18	90,57	53,37	160,46	104,00	68,22
1987	1 064,14	241,06	91,72	178,28	50,44	96,12	56,19	170,61	108,20	71,52
1988	1 107,62	247,36	92,83	187,55	46,60	102,04	59,90	179,59	114,77	76,98
1989	1 166,57	256,47	93,91	198,77	47,78	107,41	63,81	195,29	119,58	83,55
1990	1 268,20	272,75	102,14	211,80	50,76	116,90	74,19	217,40	130,06	92,20
	in Preisen von 1985									
1960	438,33	140,13	49,05	60,51	22,17	41,34	27,19	41,58	35,18	21,18
1961	463,05	146,57	50,81	63,01	23,59	43,80	28,95	46,72	36,96	22,64
1962	487,14	150,23	52,68	65,41	28,43	45,92	31,09	51,83	37,94	23,61
1963	501,95	152,90	53,21	68,56	34,46	45,21	29,89	54,93	38,50	24,29
1964	529,38	160,18	56,46	71,59	31,74	49,95	32,04	61,20	40,69	25,53
1965	564,48	166,76	61,24	74,59	33,11	53,27	33,22	69,92	44,28	28,09
1966	582,27	168,65	63,03	77,93	36,15	54,58	33,63	72,30	46,33	29,67
1967	590,28	170,22	63,65	80,90	36,46	55,70	32,97	71,91	47,80	30,67
1968	618,80	174,68	63,52	84,11	40,40	57,40	31,68	84,01	52,17	30,83
1969	665,63	181,09	69,18	86,18	44,00	61,42	33,63	98,88	58,27	32,98
1970	711,28	190,54	73,48	89,73	47,25	65,19	34,19	111,99	63,37	35,54
1971	746,53	196,06	75,01	93,63	47,49	71,87	34,40	117,90	71,50	38,67
1972	779,52	202,59	78,98	97,87	50,20	77,03	35,14	120,30	76,51	40,90
1973	795,78	204,79	78,03	103,36	53,88	80,30	35,43	117,24	80,15	42,60
1974	803,16	207,78	79,16	109,21	52,16	80,82	36,61	109,98	83,07	44,37
1975	829,77	210,02	81,78	114,73	52,08	81,42	37,66	121,61	84,59	45,88
1976	862,58	215,20	83,28	119,18	56,42	84,57	39,35	130,48	86,71	47,39
1977	897,77	217,15	86,31	123,14	56,30	89,91	40,99	142,40	91,35	50,22
1978	930,22	222,81	86,30	127,03	60,21	93,07	42,15	148,47	93,65	56,53
1979	958,99	229,94	87,53	131,73	62,39	95,77	43,96	151,34	97,17	59,16
1980	971,67	237,39	90,33	137,54	60,40	96,95	45,93	147,07	98,47	57,59
1981	967,99	239,60	88,35	142,73	58,56	93,47	46,94	142,84	99,09	56,41
1982	954,26	233,73	83,94	148,25	57,41	88,01	46,62	142,27	97,18	56,85
1983	968,54	231,73	84,08	152,95	58,00	88,56	48,42	148,78	97,47	58,55
1984	987,82	233,01	84,50	157,43	61,06	88,99	50,38	152,04	98,39	62,02
1985	1 002,71	233,19	85,32	161,80	63,96	87,45	51,60	154,35	99,99	65,05
1986	1 033,33	235,33	87,05	167,10	65,26	89,41	52,45	167,29	103,03	66,41
1987	1 064,29	241,09	88,96	172,02	63,96	93,76	54,26	176,09	106,70	67,45
1988	1 094,64	246,72	88,85	176,75	60,16	98,34	57,00	183,00	112,39	71,43
1989	1 119,23	250,41	88,68	181,75	56,11	101,81	58,76	189,92	116,41	75,38
1990	1 186,11	259,09	95,20	187,28	58,18	108,41	67,29	205,46	124,39	80,81

[1] Inlandskonzept, nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983. — [2] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [3] Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — [4] Einschließlich Mietwert der Eigennutzung durch den Eigentümer. — [5] Einschließlich Kraftstoffe. — [6] Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. — [7] Einschließlich Pauschalreisen sowie Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen.

Tabelle 38*

Vierteljahresergebnisse der Verwendung des

Mrd

Vierteljahr[1]	Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[2]	Einfuhr[2]	Außen-beitrag[3]
				zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten				
	In jeweiligen Preisen									
1980 1. Vj.	352,40	198,53	66,13	71,24	27,59	43,65	+14,54	105,19	103,23	+ 1,96
2. Vj.	361,80	202,28	71,42	86,23	31,14	55,09	+ 2,16	104,60	104,89	− 0,29
3. Vj.	369,00	206,04	72,40	86,15	30,90	55,25	+10,21	102,84	108,64	− 5,80
4. Vj.	394,20	230,17	88,07	88,46	37,21	51,25	−15,14	108,03	105,39	+ 2,64
1981 1. Vj.	362,60	207,95	74,18	69,09	28,09	41,00	+12,45	110,01	111,08	− 1,07
2. Vj.	373,80	214,28	74,69	88,58	31,63	56,95	− 5,18	114,52	113,09	+ 1,43
3. Vj.	386,10	218,27	76,60	87,36	30,92	56,44	+ 5,03	122,26	123,42	− 1,16
4. Vj.	417,10	243,02	92,92	86,26	36,32	49,94	−22,85	134,91	117,16	+17,75
1982 1. Vj.	377,90	218,46	76,66	66,80	27,05	39,75	+ 8,20	128,51	120,73	+ 7,78
2. Vj.	389,00	223,75	76,36	85,14	30,62	54,52	− 5,65	128,47	119,07	+ 9,40
3. Vj.	397,00	224,33	78,00	83,92	29,52	54,40	+ 6,52	126,35	122,12	+ 4,23
4. Vj.	426,40	249,56	95,42	87,59	36,42	51,17	−25,11	134,36	115,42	+18,94
1983 1. Vj.	395,00	228,25	77,46	67,75	27,66	40,09	+ 8,08	127,88	114,42	+13,46
2. Vj.	407,50	235,15	77,84	88,57	33,35	55,22	− 4,48	127,83	117,41	+10,42
3. Vj.	417,40	235,51	80,97	89,24	32,19	57,05	+ 9,61	125,59	123,52	+ 2,07
4. Vj.	455,80	260,37	100,17	95,25	41,75	53,50	−14,71	140,94	126,22	+14,72
1984 1. Vj.	421,80	239,87	79,79	72,55	28,84	43,71	+18,18	141,64	130,23	+11,41
2. Vj.	422,90	246,35	81,94	88,26	30,95	57,31	− 3,62	139,65	129,68	+ 9,97
3. Vj.	439,60	245,78	83,19	92,00	34,24	57,76	+11,31	143,20	135,88	+ 7,32
4. Vj.	479,00	269,20	105,52	97,86	43,10	54,76	−20,55	161,31	134,34	+26,97
1985 1. Vj.	428,80	245,30	83,17	69,19	32,06	37,13	+16,88	157,72	143,46	+14,26
2. Vj.	444,00	254,30	85,20	91,96	37,13	54,83	− 5,59	160,00	141,87	+18,13
3. Vj.	463,30	256,93	87,77	94,40	36,52	57,88	+ 8,89	161,28	145,97	+15,31
4. Vj.	498,40	280,00	109,58	100,26	47,32	52,94	−18,93	165,66	138,17	+27,49
1986 1. Vj.	447,50	252,37	86,36	71,92	34,22	37,70	+13,03	156,47	132,65	+23,82
2. Vj.	474,00	264,48	90,34	98,11	40,46	57,65	− 3,98	161,13	136,08	+25,05
3. Vj.	488,60	263,79	92,74	98,09	37,86	60,23	+ 8,22	155,63	129,87	+25,76
4. Vj.	526,00	285,79	113,11	105,36	48,33	57,03	−14,35	163,79	127,70	+36,09
1987 1. Vj.	467,60	258,20	89,38	73,44	35,99	37,45	+17,81	153,16	124,39	+28,77
2. Vj.	488,30	274,31	94,21	100,60	41,88	58,72	− 7,26	156,18	129,74	+26,44
3. Vj.	502,30	274,58	95,91	102,59	40,48	62,11	+ 7,42	156,54	134,74	+21,80
4. Vj.	544,80	300,93	117,78	109,15	51,08	58,07	−18,53	171,64	136,17	+35,47
1988 1. Vj.	495,80	273,24	93,18	83,55	38,24	45,31	+16,00	163,92	134,09	+29,83
2. Vj.	512,00	283,16	96,70	105,30	44,42	60,88	− 1,83	168,06	139,39	+28,67
3. Vj.	528,60	286,23	99,41	106,45	43,80	62,65	+12,21	170,14	145,84	+24,30
4. Vj.	571,60	311,06	123,09	114,60	56,00	58,60	−16,08	185,75	146,82	+38,93
1989 1. Vj.	530,80	286,32	96,11	93,93	41,86	52,07	+16,20	188,35	150,11	+38,24
2. Vj.	548,80	299,09	98,39	116,46	50,94	65,52	−1,32	200,73	164,55	+36,18
3. Vj.	558,90	298,07	101,25	114,50	48,63	65,87	+13,02	193,31	161,25	+32,06
4. Vj.	606,70	326,09	123,03	126,51	63,44	63,07	−7,19	205,55	167,29	+38,26
1990 1. Vj.	570,20	306,60	101,45	108,21	49,54	58,67	+14,01	210,16	170,23	+39,93
2. Vj.	586,10	318,98	105,79	129,88	57,63	72,25	− 0,60	206,08	174,03	+32,05
3. Vj.	612,70	321,99	108,00	129,24	55,27	73,97	+17,11	217,22	180,86	+36,36
4. Vj.	656,50	351,66	127,84	142,18	72,08	70,10	−11,05	239,42	193,55	+45,87
1991 1. Vj.	614,00	325,82	103,58	118,09	56,62	61,47	+19,16	243,55	196,20	+47,35
2. Vj.	642,60	340,89	112,42	147,88	65,74	82,14	+ 3,46	246,34	208,39	+37,95

[1]) Ab 1989 vorläufige Ergebnisse.

[2]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Ausfuhr und Einfuhr enthalten Güterverkehr mit Ostdeutschland.

Sozialproduktsberechnung

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-veränderung	Ausfuhr[2]	Einfuhr[2]	Außen-beitrag[3]	Vierteljahr[1]
			zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten					
				In Preisen von 1985						
425,90	246,72	83,49	84,53	33,51	51,02	+15,96	127,47	132,27	− 4,80	1980 1. Vj.
428,10	245,77	85,35	98,72	37,25	61,47	+ 3,69	124,07	129,50	− 5,43	2. Vj.
432,30	250,86	85,71	97,32	36,40	60,92	+11,68	121,27	134,54	−13,27	3. Vj.
447,50	272,22	91,11	100,22	43,79	56,43	−15,18	125,92	126,79	− 0,87	4. Vj.
422,20	244,52	88,11	77,71	32,66	45,05	+13,60	126,70	128,44	− 1,74	1981 1. Vj.
427,20	245,20	85,69	96,56	35,95	60,61	− 2,94	129,21	126,52	+ 2,69	2. Vj.
435,40	248,59	86,44	94,43	34,68	59,75	+ 4,67	135,62	134,35	+ 1,27	3. Vj.
450,90	269,61	91,72	93,51	40,59	52,92	−25,79	148,59	126,74	+21,85	4. Vj.
418,90	242,31	87,14	71,69	29,70	41,99	+ 7,90	140,65	130,79	+ 9,86	1982 1. Vj.
425,80	242,93	85,90	90,14	33,21	56,93	− 2,67	138,76	129,26	+ 9,50	2. Vj.
427,90	241,97	84,95	88,61	31,76	56,85	+ 8,91	136,23	132,77	+ 3,46	3. Vj.
443,90	265,34	90,80	92,69	38,92	53,77	−26,00	144,00	122,93	+21,07	4. Vj.
422,00	242,74	85,35	71,62	29,42	42,20	+ 8,44	137,56	123,71	+13,85	1983 1. Vj.
431,60	247,16	85,75	92,40	35,15	57,25	− 2,07	136,51	128,15	+ 8,36	2. Vj.
435,40	246,43	85,37	92,34	33,70	58,64	+10,70	132,76	132,20	+ 0,56	3. Vj.
459,40	269,59	93,07	98,23	43,37	54,86	−16,55	147,29	132,23	+15,06	4. Vj.
438,30	246,34	86,18	74,36	29,79	44,57	+18,61	147,31	134,50	+12,81	1984 1. Vj.
438,00	251,59	88,08	89,58	31,82	57,76	− 1,42	144,09	133,92	+10,17	2. Vj.
451,90	251,38	87,59	93,02	35,00	58,02	+12,45	146,86	139,40	+ 7,46	3. Vj.
473,80	272,37	96,46	98,74	43,75	54,99	−22,17	163,38	134,98	+28,40	4. Vj.
437,60	245,67	87,41	69,66	32,30	37,36	+17,96	158,71	141,81	+16,90	1985 1. Vj.
451,20	254,35	89,25	92,04	37,05	54,99	− 4,60	159,62	139,46	+20,16	2. Vj.
464,70	257,65	90,20	94,20	36,39	57,81	+ 8,63	160,91	146,89	+14,02	3. Vj.
481,00	278,86	98,86	99,91	47,29	52,62	−20,74	165,42	141,31	+24,11	4. Vj.
443,40	251,97	89,33	71,55	34,10	37,45	+13,62	157,43	140,50	+16,93	1986 1. Vj.
465,00	266,88	92,22	96,82	40,07	56,75	− 2,26	162,88	151,54	+11,34	2. Vj.
473,80	266,10	93,26	96,59	37,48	59,11	+ 8,50	158,29	148,94	+ 9,35	3. Vj.
492,20	287,06	100,23	103,53	47,81	55,72	−17,17	166,64	148,09	+18,55	4. Vj.
451,20	258,56	91,62	72,25	35,69	36,56	+19,73	157,34	148,30	+ 9,04	1987 1. Vj.
468,00	274,01	93,06	98,15	41,37	56,78	− 5,41	160,24	152,05	+ 8,19	2. Vj.
480,90	274,86	94,16	99,85	39,97	59,88	+ 7,74	159,74	155,45	+ 4,29	3. Vj.
502,20	299,45	102,01	105,97	50,22	55,75	−21,06	173,99	158,16	+15,83	4. Vj.
472,70	270,51	93,43	81,06	37,62	43,44	+18,00	166,95	157,25	+ 9,70	1988 1. Vj.
483,60	278,95	95,09	101,41	43,58	57,83	− 0,42	169,55	160,98	+ 8,57	2. Vj.
497,30	282,25	95,85	101,90	42,71	59,19	+12,53	169,73	164,96	+ 4,77	3. Vj.
518,20	305,29	104,73	109,31	54,36	54,95	−18,08	183,39	166,44	+16,95	4. Vj.
493,80	275,19	93,00	88,83	40,40	48,43	+17,97	186,02	167,21	+18,81	1989 1. Vj.
506,50	285,45	94,27	108,80	48,61	60,19	− 0,74	195,76	177,04	+18,72	2. Vj.
512,20	285,47	94,53	106,40	46,35	60,05	+13,16	187,62	174,98	+12,64	3. Vj.
534,30	310,62	100,84	117,35	60,33	57,02	− 8,50	198,87	184,88	+13,99	4. Vj.
514,90	288,11	94,64	99,38	47,22	52,16	+15,96	205,54	188,73	+16,81	1990 1. Vj.
523,20	298,74	97,15	116,70	54,09	62,61	+ 1,13	199,83	190,35	+ 9,48	2. Vj.
540,30	299,65	97,53	115,54	52,13	63,41	+16,93	209,56	198,91	+10,65	3. Vj.
560,30	324,62	101,19	127,02	67,49	59,53	−11,55	229,08	210,06	+19,02	4. Vj.
536,70	298,22	94,34	104,59	53,35	51,24	+20,34	233,76	214,55	+19,21	1991 1. Vj.
548,10	308,97	96,80	127,00	60,49	66,51	+ 4,17	233,95	222,79	+11,16	2. Vj.

[3] Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 39*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte[1])

Mrd DM

Jahr	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
	Öffentlicher Gesamthaushalt									
1962	106,48	27,38	23,23	2,96	16,55	104,83	86,66	.	− 1,80	2,16
1963	116,34	30,36	24,35	2,75	19,09	110,88	91,63	.	− 5,29	5,42
1964	127,15	33,13	27,86	3,05	22,44	121,45	100,05	.	− 5,56	5,40
1965	139,30	37,38	33,29	3,49	23,47	129,87	106,16	.	− 9,37	6,92
1966	145,02	41,58	35,33	4,37	23,36	137,44	112,71	.	− 7,66	5,82
1967	153,79	44,12	36,87	5,38	22,78	141,68	114,98	.	−12,11	12,96
1968	158,83	46,87	40,96	5,65	23,04	151,29	122,01	.	− 7,38	10,71
1969	174,55	52,85	43,15	6,24	26,39	176,93	145,59	.	+ 2,45	2,46
1970	196,32	61,42	46,87	6,79	32,24	188,29	154,04	.	− 8,09	6,49
1971	226,48	73,36	53,02	7,67	37,57	211,18	172,26	.	−15,61	13,93
1972	252,13	81,87	60,88	8,77	39,13	239,22	196,98	.	−13,09	15,38
1973	280,49	93,90	67,16	10,51	41,35	271,47	224,83	.	− 8,82	11,40
1974	318,26	108,71	76,03	12,44	46,13	290,88	239,59	.	−27,26	22,46
1975	360,51	118,11	99,06	14,51	46,03	296,64	242,08	.	−63,85	53,63
1976	376,76	124,24	105,04	17,81	43,63	328,70	267,51	.	−48,03	46,75
1977	395,17	132,07	109,69	20,65	43,21	364,00	299,05	.	−31,18	31,69
1978	433,40	140,94	122,20	21,74	47,56	393,74	318,96	.	−39,62	40,65
1979	469,85	150,46	128,43	24,73	53,32	423,50	342,71	.	−46,57	43,44
1980	509,24	162,47	137,67	29,35	60,00	452,14	364,90	.	−57,07	53,76
1981	541,76	172,51	151,46	36,41	56,99	466,09	370,20	.	−75,65	69,56
1982	561,55	177,24	156,39	44,88	52,01	491,58	378,54	.	−69,94	68,60
1983	570,08	182,14	153,54	51,14	48,50	514,77	396,22	.	−55,29	56,16
1984	583,58	184,94	157,49	53,31	47,62	537,05	414,55	.	−46,50	49,78
1985	604,40	191,81	163,15	55,59	50,18	565,07	436,91	.	−39,30	40,49
1986	628,60	200,51	170,84	57,65	53,76	586,27	452,42	.	−42,30	41,60
1987	651,33	209,03	180,31	58,43	55,20	600,24	468,14	.	−51,07	48,69
1988	671,47	214,30	190,98	60,29	56,15	619,66	487,94	.	−51,78	55,61
1989	701,15	219,79	203,72	61,04	60,10	674,41	535,35	.	−26,66	33,54
1990	815,51	231,82	212,05	64,54	64,31	721,71	566,41	.	−93,73	90,01
	Bund									
1962	49,87	6,55	14,44	0,91	2,95	49,41	45,54	1,00	− 0,61	0,30
1963	54,76	7,43	14,87	0,99	3,43	52,37	49,42	0,07	− 2,22	1,97
1964	58,15	8,18	17,97	1,12	3,68	57,75	54,55	0,15	− 0,26	0,58
1965	64,19	9,11	22,42	1,17	3,77	63,12	59,03	0,15	− 1,00	0,11
1966	66,88	10,24	23,92	1,53	3,88	65,76	62,25	0,16	− 1,19	0,22
1967	74,64	10,90	25,26	2,01	4,67	67,04	63,12	0,17	− 7,61	6,64
1968	75,77	11,42	28,11	1,92	4,15	70,69	66,18	0,16	− 4,92	5,76
1969	82,26	12,83	30,40	2,19	5,01	83,37	78,59	0,09	+ 1,18	0,00
1970	87,99	14,55	32,59	2,46	5,64	88,40	83,71	0,10	+ 0,35	1,11
1971	98,48	17,02	35,19	2,60	6,41	97,40	92,23	0,11	− 1,39	1,44
1972	111,10	18,96	39,70	2,80	6,63	106,34	101,71	0,13	− 4,79	3,98
1973	122,56	21,27	43,19	3,33	6,49	119,79	114,96	0,15	− 2,59	2,68
1974	134,04	24,03	47,33	4,23	7,10	123,57	118,66	0,16	−10,35	9,48
1975	158,80	25,45	62,18	5,21	7,81	123,79	119,21	0,19	−34,99	29,93
1976	165,20	26,25	65,80	6,88	7,01	136,63	130,90	0,21	−28,54	25,78
1977	172,39	27,47	66,62	8,54	7,21	149,76	144,00	0,24	−22,64	21,82
1978	189,66	28,77	75,30	9,56	7,66	163,15	154,09	0,26	−26,47	26,09
1979	203,41	30,17	78,62	11,26	7,98	177,52	166,14	0,27	−26,10	25,66
1980	215,72	32,14	83,29	13,97	8,21	188,09	176,18	0,61	−27,61	27,12
1981	232,99	34,08	92,68	18,00	7,28	195,03	180,45	0,38	−37,94	37,39
1982	244,65	34,40	95,49	22,11	6,96	206,97	183,11	0,35	−37,66	37,18
1983	246,75	35,14	90,52	26,62	7,12	214,81	190,28	0,39	−31,92	31,48
1984	251,78	35,46	92,75	27,76	7,12	223,13	197,20	0,40	−28,63	28,31
1985	257,11	36,67	94,77	29,16	7,39	234,35	206,30	0,38	−22,74	22,39
1986	261,53	37,94	96,32	30,27	7,52	238,25	208,91	0,44	−23,26	22,93
1987	269,05	39,28	100,13	31,04	7,68	241,13	217,02	0,41	−27,88	27,46
1988	275,37	40,12	104,57	32,28	7,68	239,39	220,27	0,44	−35,96	35,39
1989	289,78	41,34	112,14	32,10	8,03	269,71	247,13	0,49	−20,04	19,23
1990	380,18	43,20	118,72	34,24	8,54	332,10	276,20	22,46	−48,05	46,73

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Fonds Deutsche Einheit (1990: 22 Mrd DM im öffentlichen Gesamthaushalt) in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Bis 1988 Rechnungsergebnisse, für 1989 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik einschließlich Sonderrechnungen der Länder sowie Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; mit dem Jahr 1988 nur bedingt vergleichbar; 1990 Schätzung für den öffentlichen Gesamthaushalt und den Bund, einschließlich übergeleiteter Haushalt der ehemaligen DDR für das 2. Halbjahr 1990 (Ausgaben = 72 110 Mio DM, Einnahmen = 47 919 Mio DM, Nettokreditaufnahme = 14 919 Mio DM).

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte[1])

Mrd DM

Jahr	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
	Länder[2])									
1962	43,51	14,03	5,06	0,66	3,09	43,67	28,89	6,54	+ 0,16	− 0,44
1963	45,96	15,43	5,27	0,64	3,57	45,13	29,77	6,93	− 0,83	− 0,05
1964	50,18	16,77	5,15	0,64	4,28	48,48	32,20	6,94	− 1,70	1,27
1965	54,55	19,02	5,45	0,77	4,68	50,48	33,66	7,02	− 4,07	2,67
1966	57,88	21,02	5,46	0,96	4,66	54,12	36,26	7,56	− 3,75	2,62
1967	60,15	22,32	5,62	1,25	4,52	56,70	37,60	7,59	− 3,44	3,89
1968	63,38	23,86	6,82	1,48	4,53	62,25	40,92	9,02	− 1,14	2,27
1969	67,78	26,88	6,41	1,61	4,94	69,45	48,35	8,37	+ 1,68	− 0,34
1970	77,65	31,65	7,28	1,68	6,40	74,59	52,16	8,28	− 3,06	2,16
1971	89,53	38,08	8,26	2,00	6,96	84,00	58,56	9,66	− 5,54	4,88
1972	100,38	42,38	9,31	2,32	6,73	98,95	69,23	11,53	− 1,44	3,55
1973	115,85	48,94	10,76	2,70	7,37	113,87	79,22	13,18	− 1,98	2,58
1974	134,05	56,82	12,91	3,15	8,66	124,95	87,35	13,89	− 9,10	7,74
1975	146,28	62,30	16,09	3,88	8,59	126,40	85,57	15,31	−19,88	17,00
1976	154,39	66,17	16,39	5,22	8,12	138,88	94,95	16,23	−15,51	15,87
1977	161,60	70,84	17,30	6,38	8,38	153,49	107,76	17,69	− 8,10	8,44
1978	176,52	75,39	19,22	6,88	8,75	164,12	115,55	18,58	−12,40	12,52
1979	191,83	80,80	20,10	7,93	9,35	177,24	125,10	20,40	−14,60	13,34
1980	208,61	87,44	22,26	8,95	10,56	186,17	130,75	21,72	−22,44	21,15
1981	216,63	92,80	23,26	10,89	10,02	190,59	131,55	23,24	−26,05	24,57
1982	224,20	95,83	23,41	13,85	9,94	199,64	135,94	23,88	−24,57	24,03
1983	228,29	98,78	23,77	16,09	9,87	206,90	142,85	23,87	−21,39	21,64
1984	234,29	100,22	23,33	17,51	9,96	216,06	150,18	23,47	−18,23	19,38
1985	243,33	103,77	24,70	18,57	10,58	226,19	159,12	23,87	−17,14	17,18
1986	254,13	108,12	25,87	19,61	11,24	236,43	166,84	25,05	−17,70	16,75
1987	263,90	112,34	27,73	19,82	11,77	244,41	173,16	26,26	−19,49	18,75
1988	270,06	115,39	28,22	20,48	11,92	253,74	180,53	26,99	−16,33	17,70
1989	282,94	118,44	31,43	21,27	12,83	275,19	197,28	29,46	− 7,68	11,28
1990	299,22	124,54	32,01	22,12	13,36	279,28	199,82	29,91	−19,90	18,17
	Gemeinden und Gemeindeverbände[3])									
1962	28,04	6,80	2,15	0,79	10,51	26,93	10,12	5,97	− 1,11	2,20
1963	31,48	7,50	2,65	0,90	12,09	29,33	10,61	6,54	− 2,16	2,75
1964	35,81	8,19	3,04	1,07	14,47	32,28	11,34	7,10	− 3,53	3,50
1965	39,02	9,25	3,60	1,30	15,02	34,70	11,81	7,73	− 4,33	4,34
1966	41,03	10,32	4,17	1,59	14,81	37,66	12,66	8,45	− 3,36	3,32
1967	41,02	10,91	4,33	1,81	13,59	39,49	12,70	8,66	− 1,53	2,50
1968	43,19	11,59	4,35	1,92	14,36	41,48	13,32	8,89	− 1,71	2,40
1969	48,42	13,13	4,73	2,08	16,44	48,17	17,16	9,55	− 0,25	2,71
1970	56,49	15,22	5,38	2,40	20,20	50,83	16,60	10,51	− 5,66	3,45
1971	67,42	18,26	6,50	2,81	24,20	58,47	19,18	11,80	− 8,95	7,73
1972	74,72	20,53	8,10	3,39	25,77	67,82	23,13	13,71	− 6,90	7,99
1973	84,08	23,69	8,98	4,21	27,50	79,13	27,28	15,96	− 4,94	6,96
1974	95,85	27,86	11,09	4,85	30,37	87,55	29,54	17,14	− 8,29	5,67
1975	101,23	30,36	12,86	5,25	29,64	92,03	30,22	18,00	− 9,20	6,76
1976	104,08	31,82	14,04	5,53	28,51	100,15	33,86	18,29	− 3,93	5,03
1977	107,65	33,77	15,08	5,58	27,62	106,30	38,06	20,47	− 1,35	2,57
1978	118,19	36,78	16,15	5,28	31,16	116,58	39,68	23,25	− 1,61	2,98
1979	130,35	39,49	16,95	5,66	35,99	125,06	41,10	25,57	− 5,29	3,93
1980	145,47	42,89	19,04	6,57	41,23	139,83	47,26	28,39	− 5,65	4,34
1981	152,13	45,63	21,07	7,58	39,69	142,02	45,99	29,64	−10,11	6,14
1982	153,06	47,01	22,51	8,83	35,12	145,79	46,87	29,94	− 7,26	6,84
1983	151,66	48,23	23,22	8,34	31,51	150,33	49,33	28,92	− 1,33	2,68
1984	154,70	49,27	24,36	8,06	30,54	155,82	52,52	30,74	+ 1,13	1,23
1985	162,94	51,37	26,34	8,00	32,22	163,63	56,26	32,41	+ 0,70	1,10
1986	172,48	54,45	28,71	7,72	35,00	170,76	58,70	34,02	− 1,72	1,79
1987	179,24	57,41	30,50	7,48	35,75	176,66	59,73	35,78	− 2,58	3,19
1988	184,40	58,80	32,57	7,39	36,54	185,05	63,59	36,72	+ 0,64	2,27
1989	193,11	60,01	35,48	7,58	39,24	195,32	68,23	38,34	+ 2,21	1,95
1990	208,15	64,07	38,48	8,07	42,42	204,59	69,16	40,94	− 3,56	2,85

[2]) Einschließlich staatlicher Krankenhäuser und Sonderrechnungen.
[3]) Einschließlich kommunaler Krankenhäuser.

Quelle: BMF

Tabelle 40*

Ausgaben und Einnahmen der staatlichen

Mio

Jahr	Insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin (West)
	Gesamtausgaben[2])											
1970	116 794	4 599	12 498	30 330	11 302	7 004	17 857	19 316	1 860	5 038	1 719	6 800
1971	137 311	5 446	14 728	35 409	13 412	8 398	21 055	22 470	2 163	5 704	2 032	7 915
1972	153 692	6 022	16 581	39 907	14 976	9 311	23 515	25 085	2 457	6 253	2 284	8 851
1973	173 829	6 869	19 215	45 100	16 787	10 404	26 719	28 104	2 882	6 777	2 627	10 149
1974	203 353	8 069	22 544	53 386	19 440	11 761	31 219	32 826	3 275	7 841	3 139	11 902
1975	219 224	8 808	24 377	57 466	20 612	12 469	33 082	35 778	3 632	8 514	3 519	13 093
1976	229 625	9 208	25 587	59 887	22 370	12 883	34 096	37 449	3 842	8 834	3 669	13 941
1977	240 098	9 611	26 956	62 270	22 459	13 586	36 568	39 190	3 989	9 569	3 852	14 622
1978	260 590	10 179	28 910	68 927	24 129	14 483	40 285	42 700	4 234	9 985	4 130	15 386
1979	284 160	11 145	31 713	74 764	26 236	15 742	44 595	46 833	4 621	10 322	4 393	16 457
1980	311 730	12 243	34 862	82 440	28 179	17 088	49 879	50 723	5 037	10 925	4 969	18 070
1981	325 170	12 788	36 764	85 825	29 548	18 012	50 858	53 262	5 275	11 556	5 033	18 920
1982	333 094	12 996	37 442	87 057	30 225	18 280	51 945	55 082	5 782	12 778	5 108	19 603
1983	337 132	13 515	37 340	86 952	30 448	18 518	52 392	56 093	5 928	12 800	5 263	20 334
1984	344 751	13 577	37 906	88 573	31 623	18 880	53 852	57 022	5 995	13 087	5 337	21 386
1985	359 658	14 324	39 768	92 812	33 040	19 643	55 166	60 190	6 678	13 415	5 521	22 161
1986	378 218	15 138	42 750	97 176	35 380	20 569	58 070	63 586	6 423	13 891	5 609	22 772
1987	392 166	15 822	43 024	99 658	37 275	21 276	61 090	66 807	6 724	14 328	5 964	23 800
1988	402 386	16 305	43 853	102 071	38 614	21 389	63 247	68 574	6 895	14 170	6 223	24 714
1989	428 506	17 282	46 882	108 904	41 705	22 570	65 693	74 054	7 312	14 771	6 698	26 449
1990	454 780	18 495	49 898	116 276	44 166	24 006	70 430	78 031	7 668	15 853	6 929	27 648
	darunter: Investitionsausgaben											
1970	35 487	1 264	3 761	9 202	3 491	2 227	5 963	6 276	439	1 114	442	1 305
1971	41 186	1 536	4 373	10 231	4 432	2 715	7 082	7 342	499	1 204	503	1 268
1972	43 862	1 605	4 620	11 071	4 791	2 845	7 462	7 720	564	1 239	559	1 390
1973	47 990	1 807	5 168	12 439	4 835	2 857	8 196	8 565	662	1 228	670	1 564
1974	52 831	1 859	5 764	14 139	5 170	3 072	9 055	9 034	686	1 333	828	1 891
1975	51 798	1 922	5 688	14 144	4 671	2 828	8 334	9 302	709	1 282	872	2 044
1976	51 581	1 951	5 364	13 473	5 632	2 736	7 704	9 611	749	1 201	775	2 384
1977	49 506	1 898	5 366	12 603	4 364	2 694	8 054	9 319	660	1 331	709	2 508
1978	55 505	2 017	5 861	14 951	4 668	2 955	9 468	10 163	692	1 358	731	2 640
1979	62 384	2 259	6 778	16 103	5 256	3 393	10 861	11 942	830	1 372	732	2 859
1980	70 994	2 623	7 618	18 555	5 930	3 688	12 790	13 339	893	1 433	935	3 190
1981	68 813	2 541	7 725	17 848	5 830	3 722	11 597	13 324	904	1 530	743	3 050
1982	64 955	2 243	6 817	16 426	5 717	3 376	10 847	13 049	1 141	1 674	614	3 050
1983	60 393	2 416	6 030	14 284	5 197	3 183	10 144	12 589	870	1 741	603	3 338
1984	60 981	2 285	5 840	14 429	5 355	3 285	10 826	12 194	887	1 613	647	3 769
1985	62 289	2 323	6 217	14 322	5 254	3 341	10 279	13 482	861	1 642	658	3 906
1986	66 226	2 447	7 322	14 746	6 025	3 532	10 768	14 649	870	1 644	547	3 676
1987	67 380	2 575	6 319	13 882	6 267	3 596	12 169	15 578	920	1 577	702	3 795
1988	68 202	2 575	6 229	13 924	6 590	3 556	12 300	15 858	960	1 307	902	4 001
1989	74 753	2 680	7 038	16 334	6 840	3 796	12 590	17 578	1 121	1 538	987	4 251
1990	80 464	2 930	8 029	18 080	7 223	4 102	13 117	18 475	1 051	1 839	976	4 642
	darunter: Personalausgaben											
1970	46 870	1 963	5 039	11 760	4 394	2 592	6 750	7 599	887	2 179	738	2 969
1971	56 339	2 340	6 102	14 169	5 308	3 149	8 184	8 924	1 051	2 621	890	3 603
1972	62 914	2 611	6 846	15 804	5 932	3 501	9 206	9 926	1 168	2 891	992	4 036
1973	72 629	2 982	8 008	18 183	6 828	4 076	10 672	11 484	1 347	3 292	1 152	4 606
1974	84 682	3 526	9 432	20 998	7 990	4 688	12 516	13 587	1 546	3 777	1 349	5 274
1975	92 768	3 852	10 495	22 949	8 732	5 101	13 727	14 868	1 683	4 021	1 515	5 826
1976	98 125	4 018	11 118	24 398	9 179	5 358	14 540	15 824	1 790	4 140	1 620	6 141
1977	105 123	4 274	11 871	26 368	9 862	5 750	15 626	16 927	1 906	4 362	1 725	6 454
1978	112 172	4 439	12 736	28 389	10 465	6 103	16 721	18 010	2 028	4 619	1 846	6 813
1979	120 294	4 756	13 613	30 614	11 140	6 489	18 081	19 322	2 138	4 900	1 987	7 253
1980	130 327	5 184	14 775	33 347	12 001	7 017	19 617	20 881	2 289	5 260	2 145	7 808
1981	138 425	5 505	15 785	35 276	12 780	7 433	20 902	22 264	2 397	5 571	2 278	8 235
1982	142 846	5 727	16 336	36 323	13 109	7 671	21 511	23 158	2 463	5 790	2 334	8 424
1983	147 007	5 889	16 816	37 114	13 501	7 915	22 188	24 023	2 540	5 993	2 395	8 629
1984	149 489	5 975	17 102	37 597	13 776	8 048	22 572	24 609	2 591	6 070	2 394	8 753
1985	155 142	6 198	17 805	39 150	14 307	8 323	23 526	25 461	2 695	6 228	2 437	9 010
1986	162 575	6 511	18 756	40 988	15 047	8 693	24 619	26 778	2 816	6 451	2 514	9 402
1987	169 753	6 849	19 634	42 699	15 771	9 045	25 742	28 188	2 940	6 565	2 591	9 729
1988	174 188	7 039	20 086	43 593	16 218	9 202	26 679	28 995	3 005	6 749	2 641	9 980
1989	177 936	7 217	20 581	44 724	16 667	9 434	27 479	30 013	3 077	6 575	2 775	9 394
1990	187 623	7 609	21 720	47 293	17 506	9 908	28 941	31 795	3 216	6 915	2 868	9 852

[1]) Einschließlich Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen. Bis 1988 Rechnungsergebnisse; ab 1989 Kassenbestände, teilweise geschätzt.

und kommunalen Haushalte nach Ländern[1])

DM

Insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Jahr
					noch Ausgaben: darunter: Zinsausgaben							
4 079	169	526	917	457	322	565	605	105	160	54	199	1970
4 810	211	635	1 048	574	392	652	693	118	198	63	227	1971
5 712	247	746	1 286	674	477	764	803	135	230	80	271	1972
6 908	319	881	1 533	818	582	931	980	159	293	107	307	1973
8 024	373	1 048	1 766	957	694	1 052	1 113	197	344	129	350	1974
9 148	423	1 238	2 032	1 070	749	1 187	1 251	215	414	177	392	1975
10 775	496	1 471	2 597	1 180	794	1 365	1 422	249	515	228	459	1976
11 988	573	1 684	2 890	1 309	887	1 458	1 538	277	586	272	514	1977
12 173	589	1 720	2 938	1 348	887	1 452	1 545	293	583	305	514	1978
13 594	630	1 865	3 599	1 430	933	1 715	1 664	317	577	335	528	1979
15 526	699	2 089	4 296	1 587	1 044	1 993	1 910	378	600	399	532	1980
18 483	828	2 452	5 256	1 862	1 244	2 431	2 193	461	686	491	579	1981
22 696	993	2 892	6 820	2 325	1 518	3 027	2 518	548	772	616	666	1982
24 446	1 081	3 052	7 560	2 409	1 586	3 223	2 682	609	856	686	702	1983
25 603	1 109	3 195	8 025	2 376	1 689	3 216	2 870	669	959	740	754	1984
26 577	1 221	3 289	8 286	2 448	1 786	3 235	2 927	738	1 115	779	753	1985
27 332	1 244	3 341	8 802	2 504	1 807	3 237	2 957	773	1 146	801	719	1986
27 320	1 268	3 346	8 835	2 466	1 828	3 088	2 985	794	1 196	793	721	1987
27 884	1 317	3 529	9 059	2 498	1 820	3 095	2 969	829	1 217	843	705	1988
28 778	1 362	3 664	9 299	2 535	1 836	3 268	3 013	918	1 252	884	747	1989
30 159	1 454	3 771	9 740	2 676	1 921	3 431	3 142	994	1 293	921	816	1990
					Gesamteinnahmen[2])							
108 080	4 166	11 630	28 463	10 208	6 261	16 406	18 110	1 738	4 485	1 636	6 506	1970
122 827	4 820	13 025	32 388	11 523	7 071	18 901	20 379	1 949	5 074	1 822	7 297	1971
145 355	5 559	15 753	38 115	13 657	8 309	22 576	24 230	2 279	5 729	2 192	8 504	1972
166 909	6 479	18 220	43 663	15 755	9 649	25 613	27 913	2 679	6 449	2 401	9 890	1973
185 961	7 426	20 058	48 660	17 387	10 446	28 651	31 217	2 846	7 333	2 713	11 269	1974
190 147	7 555	20 844	48 787	17 573	10 842	29 158	32 211	2 994	7 534	2 688	12 087	1975
210 185	8 217	22 662	54 382	19 464	11 720	32 617	35 616	3 294	8 235	2 959	13 160	1976
230 645	8 981	25 463	59 655	21 321	13 027	35 950	38 579	3 625	9 203	3 253	14 161	1977
246 582	9 709	26 987	62 982	23 144	13 813	38 670	41 859	3 905	9 442	3 475	15 355	1978
264 288	10 344	28 920	67 292	24 769	14 729	41 383	45 084	4 025	10 242	3 704	16 459	1979
283 643	11 430	31 773	71 521	26 079	15 681	45 553	48 527	4 364	10 225	3 961	17 220	1980
289 022	11 174	32 494	72 287	26 292	15 827	46 403	49 934	4 560	10 571	3 986	18 226	1981
301 256	11 659	34 079	76 056	27 365	16 341	47 966	51 417	4 599	11 054	4 265	19 158	1982
314 410	12 209	35 192	78 815	28 877	16 960	50 485	53 967	4 802	11 409	4 298	19 848	1983
327 637	12 545	36 284	81 488	30 312	17 814	52 406	56 773	5 169	11 890	4 604	20 846	1984
343 214	13 383	38 279	84 439	32 282	18 624	54 492	59 997	5 425	12 722	4 716	21 917	1985
358 786	14 056	39 361	89 567	34 022	19 009	57 634	62 425	5 676	12 863	4 784	22 536	1986
370 077	14 493	39 509	92 914	35 422	19 600	58 736	65 376	5 967	12 988	5 325	23 348	1987
386 691	15 263	42 194	97 160	37 230	20 569	60 978	67 702	6 208	13 555	5 447	24 055	1988
422 611	16 488	45 861	107 381	41 192	22 485	65 558	74 326	6 560	14 904	6 096	25 371	1989
431 584	17 343	46 955	110 019	41 474	22 627	68 444	75 521	6 838	14 740	6 244	26 000	1990
					darunter: Steuereinnahmen							
68 975	2 258	6 885	20 339	6 707	3 655	10 662	11 310	1 052	3 129	1 026	1 952	1970
77 978	2 863	7 885	22 588	7 434	4 116	12 289	12 843	1 170	3 577	1 168	2 045	1971
92 604	3 287	9 400	26 701	9 029	4 818	14 714	15 465	1 372	4 100	1 377	2 341	1972
106 763	3 845	10 929	30 523	10 426	5 721	16 842	17 957	1 588	4 635	1 563	2 734	1973
116 402	4 274	11 764	33 595	11 357	6 166	18 147	19 193	1 725	5 338	1 715	3 128	1974
115 274	4 274	12 013	33 077	11 040	6 140	18 153	18 865	1 707	5 261	1 677	3 067	1975
128 281	4 667	12 952	37 136	12 270	6 727	20 386	21 331	1 885	5 702	1 888	3 337	1976
145 271	5 262	15 249	41 434	13 876	7 750	23 365	24 031	2 207	6 440	1 991	3 666	1977
154 603	5 602	15 976	43 718	15 199	8 201	24 716	26 279	2 335	6 677	2 128	3 772	1978
165 456	5 976	17 278	46 591	16 182	8 860	26 517	28 096	2 397	7 444	2 162	3 953	1979
177 251	6 605	18 945	49 596	16 935	9 640	29 204	30 374	2 590	7 004	2 382	3 976	1980
176 732	6 469	18 402	48 897	17 052	9 454	29 471	30 546	2 692	7 295	2 386	4 068	1981
182 130	6 630	18 610	50 511	17 358	9 835	30 448	31 915	2 653	7 486	2 409	4 275	1982
191 556	7 011	19 768	53 164	18 523	10 221	31 605	33 756	2 745	7 721	2 450	4 592	1983
202 146	7 307	20 612	55 837	19 765	10 992	33 125	36 201	2 948	8 031	2 454	4 874	1984
215 001	7 732	22 191	58 470	21 392	11 596	35 321	38 513	3 064	8 692	2 656	5 374	1985
225 208	8 147	22 635	62 123	22 673	11 681	37 705	40 119	3 226	8 649	2 608	5 642	1986
232 549	8 304	23 541	63 953	23 517	12 383	38 532	41 856	3 368	8 631	2 692	5 770	1987
243 237	8 825	24 718	67 423	24 464	13 323	40 032	43 574	3 504	8 874	2 774	5 726	1988
263 908	9 405	26 565	73 978	26 797	14 431	43 183	47 044	3 754	9 664	2 963	6 124	1989
267 310	9 634	26 564	75 050	26 902	14 167	44 633	47 422	3 847	9 726	3 033	6 332	1990

[2]) Um Zahlungen von gleicher Ebene bereinigt.

Tabelle 41 *

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum [1]	Insgesamt [2]	Darunter								
		Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Steuern vom Umsatz [3]	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Vermögensteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Gewerbesteuer [4]
1950	21 089	1 807	2 087	1 449	4 987	73	2 160	130	349	1 247
1951	27 292	2 797	2 303	2 273	7 148	463	2 404	142	409	1 963
1952	33 234	3 658	3 925	2 780	8 736	590	2 334	178	470	2 623
1953	36 537	3 740	4 870	2 990	9 104	734	2 326	405	531	3 097
1954	38 292	3 875	4 588	3 071	9 766	781	2 304	620	599	3 342
1955	42 316	4 402	4 352	3 111	11 336	1 136	2 560	534	728	3 727
1956	46 988	5 402	4 728	3 637	12 437	1 415	2 781	758	837	4 222
1957	50 275	5 289	5 879	4 506	12 882	1 642	2 933	818	967	5 047
1958	52 400	5 932	5 473	5 190	13 507	1 665	3 093	888	1 082	5 261
1959	58 880	5 855	7 323	5 118	14 943	2 145	3 265	1 116	1 216	6 468
1960	68 448	8 102	8 963	6 510	16 851	2 664	3 537	1 100	1 475	7 433
1961	78 529	10 453	10 817	7 473	18 610	3 325	3 892	1 419	1 678	8 147
1962	86 381	12 315	12 218	7 790	19 978	3 699	4 205	1 798	1 888	8 770
1963	91 082	13 844	13 451	7 688	20 733	4 139	4 311	1 673	2 134	9 273
1964	99 388	16 092	14 101	8 018	22 581	6 071	4 416	1 931	2 372	9 952
1965	105 463	16 738	14 798	8 170	24 814	7 428	4 697	1 880	2 624	10 283
1966	112 451	19 055	16 075	7 687	25 877	8 016	4 982	1 994	2 853	11 091
1967	114 631	19 558	15 782	7 061	22 500	9 423	5 801	2 421	3 059	10 991
1968	121 809	22 080	16 273	8 553	25 669	9 875	5 992	2 261	3 243	11 584
1969	145 288	27 057	16 989	10 895	34 099	10 601	6 233	2 458	3 507	15 386
1970	154 137	35 086	16 001	8 717	38 564	11 512	6 537	2 877	3 830	12 117
1971	172 409	42 803	18 340	7 167	43 365	12 417	6 863	3 123	4 156	14 118
1972	197 003	49 770	23 140	8 495	47 027	14 227	7 826	2 994	4 722	17 023
1973	224 803	61 255	26 452	10 887	49 489	16 589	8 872	3 234	4 989	20 312
1974	239 581	71 960	26 793	10 403	51 171	16 052	8 952	3 410	5 159	21 568
1975	242 068	71 191	28 001	10 054	54 082	17 121	8 886	3 339	5 303	20 897
1976	268 076	80 609	30 860	11 840	58 459	18 121	9 379	3 917	5 630	23 334
1977	299 444	90 773	35 508	16 830	62 684	19 184	9 803	4 995	5 929	26 482
1978	319 101	92 013	37 426	19 824	73 266	20 463	10 459	4 525	6 282	27 329
1979	342 823	97 067	37 551	22 912	84 206	21 140	10 701	4 482	7 576	28 384
1980	364 991	111 559	36 796	21 323	93 448	21 351	11 288	4 664	6 585	27 960
1981	370 319	116 559	32 928	20 162	97 789	22 180	11 253	4 687	6 593	26 047
1982	378 702	123 407	30 602	21 458	97 717	22 835	12 208	4 982	6 689	26 103
1983	396 575	128 889	28 275	23 675	105 871	23 338	13 881	4 992	6 984	26 184
1984	414 697	136 350	26 368	26 312	110 483	24 033	14 429	4 492	7 284	28 320
1985	437 201	147 630	28 568	31 836	109 825	24 521	14 452	4 287	7 350	30 759
1986	452 437	152 233	29 881	32 301	111 139	25 644	14 480	4 396	9 356	31 987
1987	468 660	164 176	30 695	27 302	118 795	26 136	14 507	5 422	8 365	31 438
1988	488 097	167 504	33 189	30 003	123 286	27 032	14 555	5 554	8 169	34 465
1989	535 525	181 832	36 799	34 181	131 479	32 965	15 509	5 775	9 167	36 706
1990	549 667	177 590	36 519	30 090	147 585	34 621	17 402	6 333	8 314	38 796
1990 1.Vj.	127 087	39 931	9 748	8 120	35 307	5 428	2 413	1 479	2 363	9 459
2.Vj.	126 167	39 634	8 037	6 763	33 574	8 448	3 908	1 500	2 395	9 206
3.Vj.	138 519	43 606	7 947	8 159	37 263	8 932	4 179	1 595	1 849	10 206
4.Vj.	157 894	54 420	10 788	7 048	41 441	11 813	6 901	1 759	1 705	9 924
1991 [5] 1.Vj.	...	45 021	9 738	7 101	45 273	6 898	2 978	1 684	2 305	...
2.Vj.	...	48 452	8 821	7 869	43 104	10 218	4 671	1 682	2 896	...

[1] Von 1950 bis 1959 ohne Saarland. — 3. Vierteljahr 1991 vorläufige Ergebnisse.

[2] Von 1957 bis 1969 ohne buchmäßige Mehreinnahmen aus Regierungskäufen im Ausland; 1970 ohne, ab 1971 einschließlich Zölle auf Regierungskäufe im Ausland; von 1969 bis 1971 ohne Vergütungen an die Importeure aufgrund des Absicherungsgesetzes; 1973 und 1974 ohne Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer.

[3] Bis 1967 Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; ab 1968 Umsatzsteuer (MWSt) und Einfuhrumsatzsteuer, 1969 bis 1972 einschließlich Straßengüterverkehrsteuer.

[4] Bis 1981 einschließlich Lohnsummensteuer.

[5] Ab 1991 Gebietsstand nach dem 3. Oktober 1990.

Quelle: BMF

Verschuldung der öffentlichen Haushalte[1])

Mio DM

Ende des Zeitraums	Insgesamt[2])	Nach Kreditnehmern			Nach ausgewählten Schuldarten			
		Bund[3])	Länder[4])	Gemeinden[5])	Anleihen[6])	Direktausleihungen der Kreditinstitute[7])[8])	Darlehen von Nichtbanken	
							Sozialversicherungen[7])[9])	sonstige[7])[10])
1950	20 634	7 290	12 844	500	.	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	17 018	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	20 081	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 983	20 791	15 523	4 670	2 022	3 700	2 019	1 371
1956	41 984	20 633	15 741	5 610	1 726	4 432	2 239	1 623
1957	43 876	22 903	13 963	7 010	1 780	5 672	2 433	1 835
1958	46 509	23 431	14 708	8 370	2 303	7 962	2 483	1 883
1959	49 627	25 077	14 920	9 630	3 058	10 013	2 472	1 998
1960	52 759	26 820	14 695	11 169	3 528	11 205	2 667	2 604
1961	57 093	30 309	13 903	12 805	4 810	12 248	4 687	2 811
1962	60 365	31 820	13 402	15 068	5 700	13 634	4 880	3 235
1963	67 084	35 495	13 329	17 686	7 712	16 005	5 066	4 399
1964	73 796	37 675	14 291	21 264	8 974	20 371	5 659	5 121
1965	83 667	39 858	17 401	25 844	11 195	25 435	6 591	6 339
1966	93 048	42 696	20 328	29 465	12 092	30 275	7 245	7 868
1967	108 174	51 295	24 188	31 986	14 230	35 113	8 387	8 690
1968	117 117	55 517	26 339	34 186	16 074	43 782	6 957	9 221
1969	117 904	54 244	25 771	36 663	16 266	51 813	6 101	9 884
1970	125 890	56 512	27 786	40 295	17 491	59 556	5 725	11 104
1971	140 399	58 071	33 037	47 927	20 249	70 696	6 511	12 592
1972	156 063	61 641	36 963	55 984	24 972	81 903	7 374	14 667
1973[11])	167 754	67 242	39 462	59 900	27 378	92 104	14 392 a)	6 222
1974	192 383	77 529	47 323	66 375	30 940	107 795	16 954	6 969
1975	256 389	113 680	67 001	74 411	40 680	150 139	18 426	7 638
1976	296 650	133 262	81 805	79 830	52 101	180 932	12 953	9 581
1977	328 484	153 921	89 583	83 345	63 498	195 219	10 342	10 925
1978	370 811	180 647	102 139	86 700	69 913	227 075	10 144	11 118
1979	413 935	205 523	115 900	90 406	81 414	262 087	10 125	12 517
1980	468 612	232 320	137 804	95 208	87 428	305 724	10 570	20 801
1981	545 617	273 114	165 150	102 639	89 404	378 817	10 691	23 835
1982	614 820	309 064	190 622	109 858	114 128	417 144	10 690	26 798
1983	671 708	341 444	212 026	112 452	140 464	437 908	10 527	30 085
1984	717 522	367 297	230 551	113 116	173 006	456 268	9 809	27 581
1985	760 192	392 356	247 411	113 738	207 787	464 921	9 088	27 173
1986	800 967	415 390	264 351	114 811	251 595	456 259	8 223	25 351
1987	848 816	440 476	284 609	117 818	287 418	461 882	7 502	24 042
1988	903 015	475 169	302 560	119 316	325 356	477 457	7 171	21 045
1989	928 837	490 541	309 860	121 374	352 299	472 947	6 743	19 208
1990	1 052 475	542 189	328 474	124 900	429 880	494 985	6 585	18 284
1990 Mär	933 109	495 473	308 949	121 400	360 835	468 791	6 446	18 248
Jun	944 657	502 508	313 142	121 800	375 687	466 218	6 410	17 732
Sep	987 824	515 052	317 156	123 200	396 327	479 780	6 317	17 491
Dez	1 052 475	542 189	328 474	124 900	429 880	494 985	6 585	18 284
1991 Mär	1 095 136	563 817b)	328 386	125 700	469 276 b)	504 118	7 303	17 766
Jun	1 111 947	571 219	332 695	127 400	477 221	509 927	7 741	17 931

[1]) Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.
[2]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Auftragsfinanzierung Öffa, Länder, Gemeinden (einschließlich Zweckverbände), ab September 1990 Fonds „Deutsche Einheit" und Kreditabwicklungsfonds (einschließlich des vorläufigen Standes der Verschuldung der ehemaligen DDR).
[3]) Einschließlich Lastenausgleichsfonds und Auftragsfinanzierung Öffa.
[4]) Ab 1978 einschließlich Nettokreditaufnahme für die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.
[5]) Einschließlich Zweckverbände. — Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.
[6]) Einschließlich Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen; ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke. Ab 1981 ohne Kassenobligationen der Länder mit einer Laufzeit von über 4 Jahren.
[7]) Im wesentlichen Schuldscheindarlehen.
[8]) Ab 1974 einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen.
[9]) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe.
[10]) Einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen.
[11]) Nach Ausschaltung der Verschuldung der kommunalen Eigenbetriebe, einschließlich Verschuldung der kommunalen Zweckverbände.
a) Ab 1973 werden die vorher bei den sonstigen Nichtbanken ausgewiesenen Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen bei den Sozialversicherungen verbucht.
b) Einschließlich von der Bundesbahn übernommener Anleihen (Stand März 1991: 11772 Mio DM).

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 43*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Jahr[1]	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland[5]	Finanzielle Sektoren zusammen[2][6]	Sektoren insgesamt[2]
	private Haushalte	Unternehmen zusammen[2]	Unternehmen Produktionsunternehmen	Unternehmen Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften[3]	Sozialversicherung[4]	zusammen[2]			
	I. Ersparnis und Vermögensübertragungen									
1960	16,11	29,22	21,52	7,70	14,55	2,79	62,67	– 4,79	1,27	59,15
1965	34,44	29,26	19,73	9,53	12,46	3,71	79,87	5,38	2,04	87,29
1970	54,67	34,55	23,13	11,42	22,88	6,49	118,59	– 4,74	4,37	118,22
1971	59,99	31,49	15,10	16,39	21,54	7,36	120,38	– 2,25	4,37	122,50
1972	69,55	29,43	14,95	14,48	16,61	8,66	124,25	– 4,26	6,77	126,74
1973	72,19	26,24	15,49	10,75	27,79	13,66	139,88	– 12,79	8,57	135,66
1974	83,06	17,20	– 0,02	17,22	17,32	4,62	122,20	– 26,28	12,72	108,64
1975	96,14	12,57	– 0,33	12,90	–21,12	– 2,06	85,53	– 11,60	11,88	85,81
1976	86,97	31,03	18,38	12,65	– 6,20	1,05	112,85	– 7,91	10,62	115,56
1977	83,53	25,44	16,53	8,91	6,68	– 3,36	112,29	– 8,42	11,56	115,41
1978	86,09	40,49	39,64	0,85	5,13	– 1,55	130,16	– 17,03	14,61	127,74
1979	98,29	36,66	38,87	–2,21	3,13	0,48	138,56	9,39	18,54	166,49
1980	108,07	10,33	7,91	2,42	– 3,38	4,24	119,26	28,45	21,14	168,85
1981	120,97	– 9,29	–12,62	3,33	–24,09	6,77	94,36	11,73	24,03	130,12
1982	117,20	– 5,42	–15,21	9,79	–27,09	8,33	93,02	– 10,48	21,18	103,72
1983	101,05	24,90	22,75	2,15	–13,21	0,67	113,41	– 11,77	22,74	124,38
1984	110,70	22,20	15,22	6,98	– 4,81	0,31	128,40	– 21,57	22,79	129,62
1985	113,54	21,39	12,65	8,74	2,88	5,83	143,64	– 41,13	19,19	121,70
1986	127,18	59,71	39,94	19,77	– 1,36	9,68	195,21	– 79,60	17,10	132,71
1987	131,95	62,14	39,81	22,33	–10,86	6,95	190,18	– 79,78	22,54	132,92
1988	141,95	81,09	52,59	28,50	–12,63	2,09	212,50	– 87,14	30,45	155,81
1989	146,78	84,96	61,46	23,50	25,19	17,30	274,23	–104,05	26,00	196,18
1990	178,70	107,67	85,56	22,11	–32,02	20,60	274,95	– 65,87	27,00	236,08
	II. Nettoinvestitionen[7] (Sachvermögensbildung)									
1960	–	50,13	32,82	17,31	8,10	0,19	58,42	–	0,74	59,15
1965	–	68,03	41,36	26,67	17,71	0,20	85,94	–	1,36	87,29
1970	–	87,95	55,91	32,04	27,85	0,17	115,97	–	2,25	118,22
1971	–	89,71	49,93	39,78	29,88	0,24	119,83	–	2,67	122,50
1972	–	94,04	45,26	48,78	29,40	0,26	123,70	–	3,04	126,74
1973	–	101,91	49,93	51,98	30,07	0,36	132,34	–	3,32	135,66
1974	–	70,41	27,38	43,03	34,24	0,59	105,24	–	3,40	108,64
1975	–	47,63	11,64	35,99	34,05	0,46	82,14	–	3,67	85,81
1976	–	78,63	39,09	39,54	32,67	0,47	111,77	–	3,79	115,56
1977	–	79,77	36,88	42,89	31,92	0,47	112,16	–	3,25	115,41
1978	–	90,29	43,95	46,34	34,58	0,31	125,18	–	2,56	127,74
1979	–	125,04	70,25	54,79	39,02	0,37	164,43	–	2,06	166,49
1980	–	121,97	60,94	61,03	43,05	0,49	165,51	–	3,34	168,85
1981	–	87,47	29,71	57,76	38,47	0,76	126,70	–	3,44	130,12
1982	–	65,52	12,47	53,05	33,12	0,81	99,45	–	4,27	103,72
1983	–	88,79	30,20	58,59	29,20	0,86	118,85	–	5,53	124,38
1984	–	95,10	34,21	60,89	28,78	0,70	124,58	–	5,04	129,62
1985	–	87,44	38,68	48,76	28,95	0,84	117,23	–	4,49	121,70
1986	–	94,91	47,39	47,52	33,17	0,55	128,63	–	4,08	132,71
1987	–	96,24	50,49	45,75	33,53	0,39	130,16	–	2,76	132,92
1988	–	117,85	68,71	49,14	33,71	0,50	152,06	–	3,75	155,81
1989	–	153,91	99,03	54,88	36,80	0,34	191,05	–	5,13	196,18
1990	–	192,55	126,20	66,35	39,45	0,34	232,34	–	3,74	236,08
	III. Geldvermögensbildung									
1960	17,60	6,75	6,26	0,81	9,42	2,67	35,88	7,51	34,81	78,20
1965	36,28	11,56	12,06	–0,04	4,38	3,54	54,26	9,10	47,88	111,23
1970	59,12	22,59	23,37	–0,56	4,18	6,30	91,80	32,02	102,15	225,97
1971	67,31	29,17	29,40	0,11	7,15	7,19	108,79	20,01	112,63	241,43
1972	80,12	35,75	35,66	0,64	4,01	8,47	126,40	18,59	138,72	283,71
1973	77,64	25,30	25,06	0,75	17,73	13,17	129,91	24,46	133,06	287,43
1974	83,58	32,48	33,23	–0,36	8,46	4,06	127,06	15,82	117,97	260,84
1975	103,92	30,25	30,57	–0,14	14,40	0,00	141,38	25,75	168,75	335,87
1976	101,74	44,71	44,22	0,55	2,91	0,54	154,94	37,47	158,33	350,74
1977	98,84	39,24	38,08	1,00	9,74	– 3,80	146,05	29,81	167,64	343,51
1978	104,71	49,62	47,84	1,50	13,34	– 1,80	167,50	40,78	226,34	434,63
1979	118,99	43,73	41,56	1,80	6,06	0,06	169,46	38,03	188,11	395,61

[1] Ab 1987 vorläufige Ergebnisse. — [2] Bei der Summenbildung wurden innersektorale Ströme nicht mitaddiert. — [3] Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — [4] Einschließlich Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — [5] Einschließlich DDR.

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Jahr[1]	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland[5]	Finanzielle Sektoren zusammen[2][6]	Sektoren insgesamt[2]
	private Haushalte	Unternehmen zusammen[2]	Unternehmen Produktionsunternehmen	Unternehmen Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften[3]	Sozialversicherung[4]	zusammen[2]			
	noch: III. Geldvermögensbildung									
1980	120,73	44,31	42,02	2,00	8,26	3,84	177,70	63,93	190,92	432,55
1981	128,56	56,43	54,21	2,00	13,76	6,08	204,98	57,54	211,44	473,96
1982	126,67	49,16	46,65	2,20	8,73	7,37	192,19	29,20	201,56	422,95
1983	113,56	66,97	63,91	2,80	15,36	– 0,14	195,52	25,75	204,03	425,28
1984	121,18	61,23	60,85	1,20	13,93	– 0,54	196,22	56,99	204,23	457,44
1985	126,32	56,40	60,44	– 1,40	16,63	5,07	205,14	73,66	221,88	500,68
1986	137,16	58,84	54,15	0,84	7,26	9,17	213,29	89,47	239,55	542,31
1987	143,53	51,24	56,11	– 2,55	8,29	6,50	210,27	44,44	237,03	491,73
1988	154,92	76,30	78,27	– 0,50	11,00	1,55	244,09	38,05	210,06	492,21
1989	167,83	115,93	110,88	1,30	17,18	17,01	318,21	140,91	320,76	779,88
1990	202,48	187,34	188,28	0,50	21,75	20,21	432,10	187,23	460,70	1 080,03
	IV. Kreditaufnahme und Aktienemission									
1960	1,49	27,66	17,55	10,42	2,97	0,07	31,63	12,31	34,27	78,20
1965	1,84	50,32	33,69	17,10	9,63	0,03	60,33	3,71	47,19	111,23
1970	4,45	75,98	56,15	20,06	9,15	– 0,02	89,18	36,76	100,03	225,97
1971	7,32	87,38	64,23	23,50	15,49	0,07	108,24	22,26	110,93	241,43
1972	10,57	100,38	65,99	34,94	16,80	0,07	125,86	22,85	135,01	283,71
1973	5,45	100,97	59,51	41,98	20,01	– 0,14	122,36	37,25	127,81	287,43
1974	0,52	85,69	60,63	25,45	25,38	0,03	110,10	42,10	108,64	260,84
1975	7,78	65,31	42,55	22,95	69,57	2,52	137,98	37,35	160,53	335,87
1976	14,77	92,31	64,93	27,44	41,78	– 0,04	153,86	45,38	151,49	350,74
1977	15,31	93,58	58,44	34,98	34,98	0,03	145,93	38,23	159,33	343,51
1978	18,62	99,42	52,16	46,99	42,79	0,06	162,53	57,81	214,29	434,63
1979	20,70	132,11	72,95	58,80	41,95	– 0,05	195,34	28,64	171,64	395,61
1980	12,66	155,95	95,05	60,61	54,69	0,09	223,95	35,48	173,12	432,55
1981	7,59	153,18	96,53	56,43	76,32	0,07	237,31	45,81	190,84	473,96
1982	9,47	120,10	74,34	45,46	68,94	– 0,16	198,62	39,68	184,66	422,95
1983	12,51	130,86	71,36	59,24	57,77	0,05	200,96	37,52	186,81	425,28
1984	10,48	134,14	79,84	55,11	47,52	– 0,15	192,40	78,56	186,49	457,44
1985	12,78	122,44	86,46	38,62	42,70	0,08	178,73	114,79	207,17	500,68
1986	9,98	94,04	61,60	28,59	41,79	0,04	146,72	169,07	226,53	542,31
1987	11,58	85,34	66,80	20,87	52,68	– 0,07	150,25	124,22	217,26	491,73
1988	12,97	113,06	94,39	20,14	57,34	– 0,04	183,65	125,19	183,36	492,21
1989	21,05	184,87	148,46	32,68	28,79	0,05	235,02	244,96	299,88	779,88
1990	23,78	213,22	169,92	44,74	93,22	– 0,05	330,49	312,11	437,44	1 080,03
	V. Finanzierungssaldo[8] (= I./.II. oder III./.IV.)									
1960	16,11	– 20,91	–11,30	– 9,61	6,45	2,60	4,25	– 4,79	0,54	–
1965	34,44	– 38,77	–21,63	–17,14	– 5,25	3,51	– 6,07	5,38	0,69	–
1970	54,67	– 53,40	–32,78	–20,62	– 4,97	6,32	2,62	– 4,74	2,12	–
1971	59,99	– 58,22	–34,83	–23,39	– 8,34	7,12	0,55	– 2,25	1,70	–
1972	69,55	– 64,62	–30,32	–34,30	–12,79	8,40	0,54	– 4,26	3,72	–
1973	72,19	– 75,67	–34,44	–41,23	– 2,28	13,30	7,54	– 12,79	5,25	–
1974	83,06	– 53,21	–27,40	–25,81	–16,92	4,03	16,96	– 26,28	9,32	–
1975	96,14	– 35,06	–11,97	–23,09	–55,17	–2,52	3,39	– 11,60	8,21	–
1976	86,97	– 47,60	–20,71	–26,89	–38,87	0,58	1,08	– 7,91	6,83	–
1977	83,53	– 54,34	–20,36	–33,98	–25,24	–3,83	0,12	– 8,42	8,30	–
1978	86,09	– 49,80	– 4,31	–45,49	–29,45	–1,86	4,98	– 17,03	12,05	–
1979	98,29	– 88,38	–31,38	–57,00	–35,89	0,11	–25,87	9,39	16,48	–
1980	108,07	–111,64	–53,03	–58,61	–46,43	3,75	–46,25	28,45	17,80	–
1981	120,97	– 96,75	–42,32	–54,43	–62,56	6,01	–32,33	11,73	20,60	–
1982	117,20	– 70,94	–27,68	–43,26	–60,21	7,52	– 6,43	– 10,48	16,91	–
1983	101,05	– 63,89	– 7,45	–56,44	–42,41	–0,19	– 5,44	– 11,77	17,21	–
1984	110,70	– 72,90	–18,99	–53,91	–33,59	–0,39	3,82	– 21,57	17,75	–
1985	113,54	– 66,04	–26,02	–40,02	–26,07	4,99	26,42	– 41,13	14,71	–
1986	127,18	– 35,20	– 7,45	–27,75	–34,53	9,13	66,58	– 79,60	13,02	–
1987	131,95	– 34,11	–10,69	–23,42	–44,39	6,56	60,01	– 79,78	19,77	–
1988	141,95	– 36,76	–16,12	–20,64	–46,34	1,59	60,44	– 87,14	26,70	–
1989	146,78	– 68,95	–37,57	–31,38	–11,61	16,96	83,18	–104,05	20,87	–
1990	178,70	– 84,88	–40,64	–44,24	–71,47	20,26	42,61	– 65,87	23,26	–

[6]) Banken, Bausparkassen, Versicherungen (einschließlich Pensionskassen). — [7]) Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen. — [8]) Finanzierungsüberschuß/-defizit (–) oder Nettoveränderungen der Forderungen/Verpflichtungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 44*

Entwicklung der Geldbe

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen an das Ausland[3]			III. Geld- bei den aus inlän-
	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute zusammen[2]	Kreditinstitute Unternehmen und Privatpersonen	Kreditinstitute öffentliche Haushalte	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	insgesamt[5]
1960	+ 16,82	−0,12	+ 16,94	+ 15,79	+ 1,15	+ 6,01	+ 7,95	− 1,93	+ 9,27
1961	+ 26,29	+2,48	+ 23,82	+ 22,34	+ 1,48	+ 1,49	− 0,03	+ 1,52	+ 11,11
1962	+ 24,34	+0,40	+ 23,94	+ 21,76	+ 2,18	+ 0,74	− 0,90	+ 1,65	+ 13,95
1963	+ 26,81	+0,98	+ 25,83	+ 22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 15,43
1964	+ 30,19	−1,03	+ 31,22	+ 25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 17,92
1965	+ 34,17	−0,43	+ 34,61	+ 27,54	+ 7,06	+ 0,47	− 1,31	+ 1,79	+ 16,69
1966	+ 28,20	+0,29	+ 27,91	+ 21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 15,90
1967	+ 32,89	+0,67	+ 32,22	+ 18,33	+13,89	+ 6,28	− 0,17	+ 6,45	+ 14,63
1968	+ 40,02	−2,05	+ 42,06	+ 30,90	+11,17	+10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 20,77
1969	+ 53,48	+0,67	+ 52,81	+ 51,22	+ 1,59	− 2,45	−10,28	+ 7,83	+ 26,29
1970	+ 50,53	−0,24	+ 50,77	+ 43,81	+ 6,97	+14,23	+21,60	− 7,36	+ 27,79
1971	+ 69,05	−0,63	+ 69,68	+ 59,52	+10,16	+11,52	+15,91	− 4,40	+ 32,65
1972	+ 86,41	−2,07	+ 88,48	+ 78,22	+10,26	+ 8,66	+15,49	− 6,83	+ 47,00
1973	+ 67,55	+2,37	+ 65,18	+ 54,59	+10,59	+23,48	+26,49	− 3,01	+ 45,64
1974	+ 59,77	−1,48	+ 61,25	+ 41,18	+20,07	+13,19	− 1,90	+15,09	+ 34,46
1975	+ 85,51	+6,62	+ 78,89	+ 30,87	+48,02	+16,84	− 2,22	+19,06	+ 61,34
1976	+ 91,21	−5,10	+ 96,31	+ 65,76	+30,55	+ 8,27	+ 8,74	− 0,48	+ 59,12
1977	+ 94,18	−1,62	+ 95,80	+ 69,11	+26,69	+10,15	+10,49	− 0,34	+ 42,92
1978	+125,37	+2,78	+122,59	+ 87,86	+34,73	+ 7,09	+19,77	−12,68	+ 54,80
1979	+138,95	−1,95	+140,91	+112,38	+28,53	−21,84	− 4,85	−16,98	+ 75,77
1980	+126,32	+3,89	+122,43	+100,78	+21,65	−10,58	−27,93	+17,35	+ 61,68
1981	+132,04	+2,12	+129,92	+ 82,41	+47,51	+11,87	− 3,22	+15,09	+ 86,01
1982	+104,44	−1,68	+106,12	+ 66,16	+39,96	+ 4,48	+ 3,07	+ 1,41	+ 46,49
1983	+113,19	+1,89	+111,29	+ 92,02	+19,28	+ 1,21	− 4,07	+ 5,28	+ 67,14
1984	+108,06	−1,93	+109,99	+ 90,93	+19,06	+ 0,82	− 3,16	+ 3,97	+ 69,73
1985	+ 98,14	−2,47	+100,61	+ 81,69	+18,92	+29,97	+ 1,26	+28,71	+ 74,99
1986	+ 81,66	+3,84	+ 77,82	+ 73,63	+ 4,19	+55,94	+ 5,97	+49,97	+ 69,83
1987	+ 86,95	−2,85	+ 89,80	+ 61,16	+28,65	+53,21	+41,21	+12,00	+ 70,72
1988	+138,21	+0,60	+137,61	+ 96,13	+41,48	− 5,17	−34,63	+29,46	+ 42,84
1989	+135,81	−0,49	+136,30	+129,32	+ 6,98	+36,18	−18,95	+55,13	+110,22
1990[10]	+222,47	−0,19	+222,67	+180,55	+42,12	+47,65	+11,02	+36,64	+161,76
1988 1.Vj.	+ 12,74	−0,21	+ 12,95	+ 5,65	+ 7,31	− 9,01	− 2,91	− 6,10	+ 10,65
2.Vj.	+ 36,77	+0,11	+ 36,66	+ 27,44	+ 9,22	− 1,55	− 9,93	+ 8,38	+ 9,87
3.Vj.	+ 32,81	+0,27	+ 32,55	+ 18,99	+13,55	− 7,07	−22,37	+15,30	+ 6,81
4.Vj.	+ 55,88	+0,44	+ 55,45	+ 44,05	+11,40	+12,46	+ 0,59	+11,87	+ 15,51
1989 1.Vj.	+ 17,24	+3,31	+ 13,93	+ 11,06	+ 2,87	−27,51	− 9,05	−18,46	+ 10,03
2.Vj.	+ 29,40	−3,65	+ 33,05	+ 34,66	− 1,61	+ 5,10	− 7,95	+13,06	+ 26,58
3.Vj.	+ 28,63	−0,80	+ 29,44	+ 30,30	− 0,86	+14,13	− 2,46	+16,58	+ 24,85
4.Vj.	+ 60,54	+0,65	+ 59,89	+ 53,31	+ 6,59	+44,45	+ 0,51	+43,95	+ 48,76
1990 1.Vj.	+ 38,44	+1,39	+ 37,05	+ 34,83	+ 2,22	− 3,34	+ 1,51	− 4,85	+ 51,23
2.Vj.[10]	+ 30,43	−0,82	+ 31,25	+ 33,13	− 1,89	+19,19	+ 3,56	+15,63	+ 32,50
3.Vj.	+ 64,99	−0,36	+ 65,35	+ 45,45	+19,90	+ 7,61	+ 2,08	+ 5,54	+ 30,40
4.Vj.	+ 88,62	−0,40	+ 89,02	+ 67,13	+21,89	+24,20	+ 3,87	+20,32	+ 47,64
1991 1.Vj.	+ 44,99	−0,65	+ 45,63	+ 41,14	+ 4,49	−28,12	− 7,22	−20,90	+ 43,19
2.Vj.	+ 71,29	−0,25	+ 71,54	+ 64,39	+ 7,15	−11,17	+ 0,62	−11,79	+ 41,52
3.Vj.	+ 57,81	+1,15	+ 56,67	+ 56,68	− 0,01	+ 2,55	+ 3,53	− 0,98	+ 28,24

[1]) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank. — Vergleiche Hinweis vor dem Inhaltsverzeichnis des Statistischen Teils des Monatsberichts der Deutschen Bundesbank 43. Jahrgang Nr. 3. — [2]) Von November 1989 bis Mai 1990 ohne Forderungen und Verbindlichkeiten der westdeutschen Kreditinstitute gegenüber Geschäftspartnern in der ehemaligen DDR (mit Ausnahme der Spareinlagen). — [3]) Enthält kurz-, mittel- und langfristige Positionen einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich der Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau. — [4]) Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

stände im Bilanzzusammenhang [1])

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

kapitalbildung Kreditinstituten dischen Quellen [2] [4])		IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Einflüsse [7])	VI. Geldmenge M 3 (Saldo I + II − III − IV − V)						Zeitraum
darunter				insgesamt	Geldmenge M 2				Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist	
Termingelder mit Befristung v. 4 Jahren und darüber	Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist [6])				zusammen	Geldmenge M 1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen) [2] [8])	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld) [2]: zusammen	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld) [2]: darunter unter 3 Monaten [9])		
+ 2,31	+ 2,49	+ 1,46	+ 1,61	+10,50	+ 5,06	+ 3,42	+ 1,65	.	+ 5,44	1960
+ 5,36	+ 0,85	+ 1,31	− 0,62	+15,99	+ 9,63	+ 7,50	+ 2,14	.	+ 6,36	1961
+ 5,30	+ 2,97	− 0,35	− 1,08	+12,56	+ 6,34	+ 4,61	+ 1,73	.	+ 6,21	1962
+ 4,77	+ 4,13	− 0,61	+ 1,90	+13,38	+ 5,96	+ 4,41	+ 1,56	+ 0,47	+ 7,42	1963
+ 4,63	+ 4,82	− 0,85	+ 0,66	+14,13	+ 6,43	+ 5,40	+ 1,03	− 0,66	+ 7,71	1964
+ 3,74	+ 5,13	− 1,11	+ 1,83	+17,23	+ 6,10	+ 5,57	+ 0,53	− 0,07	+11,13	1965
+ 3,22	+ 7,81	− 0,53	+ 1,49	+14,96	+ 6,50	+ 1,09	+ 5,40	+ 0,58	+ 8,46	1966
+ 2,55	+ 8,49	+ 0,29	+ 0,91	+23,35	+ 14,19	+ 8,31	+ 5,88	+ 3,22	+ 9,16	1967
+ 1,49	+12,07	+ 1,19	+ 0,88	+28,11	+ 18,15	+ 5,53	+12,62	+ 1,69	+ 9,96	1968
+ 5,52	+13,26	+ 0,44	+ 1,42	+22,88	+ 14,55	+ 5,96	+ 8,59	+ 5,24	+ 8,33	1969
+ 4,26	+12,94	+ 4,09	+ 8,91	+23,98	+ 16,41	+ 8,69	+ 7,72	+13,61	+ 7,57	1970
+ 7,07	+14,73	+ 4,20	+ 5,00	+38,71	+ 24,97	+13,24	+11,72	+ 8,91	+13,75	1971
+ 8,68	+20,62	− 3,85	+ 4,78	+47,14	+ 33,51	+17,55	+15,96	+ 6,58	+13,64	1972
+10,22	+17,52	+ 4,22	+ 7,17	+34,00	+ 31,94	+ 2,57	+29,37	+22,78	+ 2,05	1973
+ 7,95	+13,35	+ 0,44	+ 2,88	+35,18	+ 13,68	+15,50	− 1,82	+ 7,30	+21,49	1974
+ 9,41	+34,81	+ 1,41	+ 1,17	+38,43	− 0,40	+21,40	−21,79	−17,24	+38,82	1975
+11,45	+22,65	−10,22	+ 9,57	+41,01	+ 18,92	+ 6,88	+12,04	+ 2,71	+22,09	1976
+13,65	+14,24	− 0,82	+ 3,28	+58,95	+ 33,47	+21,09	+12,38	+ 9,69	+25,47	1977
+17,01	+17,98	+ 2,51	+10,36	+64,78	+ 43,50	+29,74	+13,75	+ 2,27	+21,29	1978
+18,68	+18,11	− 1,69	+ 3,80	+39,25	+ 30,95	+ 9,86	+21,09	+18,24	+ 8,29	1979
+14,57	+15,89	− 1,92	+13,20	+42,78	+ 33,96	+ 9,35	+24,62	+33,16	+ 8,81	1980
+13,77	+11,94	− 0,25	+22,03	+36,13	+ 37,39	− 2,16	+39,54	+23,51	− 1,25	1981
+ 7,22	+16,21	+ 0,49	+ 7,17	+54,77	+ 24,02	+17,74	+ 6,28	+12,08	+30,76	1982
+27,24	+11,03	+ 0,90	+ 1,00	+45,35	+ 13,14	+22,73	− 9,58	− 9,38	+32,20	1983
+26,27	+22,33	− 1,18	− 0,96	+41,27	+ 26,94	+18,42	+ 8,52	+ 2,14	+14,34	1984
+34,46	+21,59	+ 1,27	+ 6,46	+45,39	+ 23,82	+15,50	+ 8,32	+ 7,20	+21,57	1985
+37,63	+25,26	− 1,11	+ 3,15	+65,72	+ 34,31	+24,65	+ 9,66	+ 9,03	+31,41	1986
+43,13	+19,58	+ 3,52	+ 3,35	+62,57	+ 35,53	+27,02	+ 8,51	+ 8,27	+27,04	1987
+46,37	− 5,83	− 1,13	+15,25	+76,08	+ 49,54	+40,81	+ 8,73	+ 9,85	+26,54	1988
+38,69	+ 6,30	+ 3,34	− 7,99	+66,42	+ 80,88	+24,00	+56,88	+39,67	−14,46	1989
+32,93	+37,71	+12,27	+29,45	+66,65	+117,10	+44,09	+73,01	+37,48	−50,45	[10]) 1990
+13,43	− 3,45	+ 3,49	+11,04	−21,45	− 29,43	−16,27	−13,17	−13,98	+ 7,99	1988 1.Vj.
+10,02	− 2,75	− 4,61	+ 6,18	+23,79	+ 22,34	+23,70	− 1,37	− 1,71	+ 1,46	2.Vj.
+12,68	− 6,01	+ 4,43	+ 7,80	+ 6,71	+ 5,53	− 4,66	+10,19	+11,12	+ 1,18	3.Vj.
+10,24	+ 6,37	− 4,44	− 9,76	+67,03	+ 51,11	+38,03	+13,08	+14,42	+15,92	4.Vj.
+10,53	−13,20	− 2,17	+ 5,38	−23,52	− 22,24	−24,08	+ 1,83	− 3,75	− 1,27	1989 1.Vj.
+ 8,65	+ 1,79	+ 3,57	− 2,42	+ 6,78	+ 17,51	+ 8,68	+ 8,83	− 1,11	−10,73	2.Vj.
+ 8,13	+ 1,19	− 0,63	+11,54	+ 7,01	+ 14,08	− 3,13	+17,21	+14,15	− 7,07	3.Vj.
+11,39	+16,51	+ 2,58	−22,49	+76,14	+ 71,53	+42,53	+29,01	+30,37	+ 4,61	4.Vj.
+10,49	+ 3,55	− 6,05	+33,12	−43,20	− 23,43	−37,79	+14,36	+ 0,42	−19,78	1990 1.Vj.
+ 7,22	+ 5,42	+10,84	− 5,23	+11,52	+ 25,71	+13,41	+12,30	+ 4,61	−14,19	2.Vj.
+ 6,03	+ 7,68	+ 5,17	+19,83	+17,20	+ 41,48	+20,01	+21,47	+17,73	−24,29	[10]) 3.Vj.
+ 9,20	+21,06	+ 2,31	−18,27	+81,14	+ 73,33	+48,45	+24,88	+14,72	+ 7,81	4.Vj.
+ 4,60	− 1,34	− 5,03	+19,83	−41,12	− 32,31	−54,99	+22,68	+ 5,16	− 8,81	1991 1.Vj.
+ 9,66	+ 1,24	+ 1,44	+ 6,55	+10,61	+ 20,07	+10,21	+ 9,87	+ 9,65	− 9,46	2.Vj.
+ 7,03	− 5,35	− 8,48	+26,36	+14,24	+ 18,85	+ 1,99	+16,86	+17,41	− 4,61	3.Vj.

[5]) Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) bereinigt um den Saldo der Transaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Kapital und Rücklagen. — [6]) Einschließlich Sparbriefe. — [7]) Saldo der übrigen Positionen der Konsolidierten Bilanz des Bankensystems (von 1972 bis 1976 einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot). — [8]) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen. — [9]) Ohne vorübergehend zu den Kreditinstituten verlagerte öffentliche Gelder (§ 17 BBankG). — [10]) Bis Juni 1990: Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; ab Juli 1990: Gebietsstand nach dem 3. Oktober 1990.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 45*

Geldbestände, Euromarkteinlagen und bereinigte Zentralbankgeldmenge

Mrd DM

Ende des Zeitraums	Geldbestände								Verbindlichkeiten der Auslandsniederlassungen[5] deutscher Kreditinstitute gegenüber inländischen Nichtbanken	Bereinigte Zentralbankgeldmenge[6]	
	Geldmenge M 1			Geldmenge M 2[2][3]			Geldmenge M 3[4]				
	insgesamt	davon		insgesamt	darunter		insgesamt	darunter		insgesamt	darunter
		Bargeldumlauf[1]	Sichteinlagen inländischer Nichtbanken[2][7]		Termineinlagen zusammen	Termineinlagen darunter mit Befristung bis unter 3 Monaten		Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist			Bankreserven[8]
1960	51,07	20,82	30,25	72,69	21,62	3,61	107,18	34,49	.	27,97	10,25
1961	58,71	23,19	35,52	82,17	23,47	3,94	123,02	40,85	.	30,93	10,20
1962	63,35	24,23	39,12	88,54	25,19	4,10	135,78	47,23	.	33,94	9,81
1963	67,76	25,50	42,26	94,51	26,75	4,57	149,15	54,65	.	36,64	10,80
1964	73,04	27,88	45,16	100,81	27,78	5,23	163,17	62,36	.	39,78	12,50
1965	78,52	29,65	48,87	106,92	28,40	5,16	180,40	73,49	.	43,81	14,48
1966	79,61	30,87	48,74	113,38	33,77	4,58	195,33	81,95	.	47,00	16,01
1967	87,92	31,51	56,41	127,57	39,65	7,80	218,68	91,11	.	49,50	15,15
1968	93,47	32,59	60,88	142,33	48,86	9,58	244,42	102,10	.	52,52	15,39
1969	99,43	34,69	64,74	156,88	57,45	14,82	267,31	110,43	.	56,69	19,23
1970	108,22	36,89	71,33	173,38	65,16	28,43	291,52	118,13	.	60,57	22,16
1971	121,52	40,29	81,23	198,60	77,07	37,34	330,74	132,14	.	66,33	29,04
1972	139,30	45,77	93,53	232,33	93,03	43,92	378,45	146,12	.	74,87	34,16
1973	142,86	47,43	95,43	265,86	123,00	67,08	416,75	150,89	0,17	83,34	44,11
1974	158,43	51,52	106,91	279,60	121,17	74,30	452,21	172,60	0,75	86,55	41,96
1975	179,90	56,48	123,42	279,32	99,42	58,60	490,89	211,57	0,63	93,42	39,55
1976	186,85	60,57	126,28	298,18	111,33	59,84	532,03	233,85	2,09	102,36	43,36
1977	208,08	67,51	140,57	331,81	123,74	69,54	591,47	259,66	1,65	111,34	45,59
1978	237,91	76,20	161,71	375,41	137,50	71,81	656,60	281,19	2,35	123,95	51,15
1979	247,87	79,88	167,99	406,49	158,62	90,05	696,21	289,72	2,97	135,47	59,48
1980	257,34	83,96	173,37	440,62	183,28	123,21	739,43	298,82	6,94	141,92	58,87
1981	255,28	84,19	171,08	478,13	222,86	146,72	776,03	297,90	8,12	147,34	56,80
1982	273,05	88,64	184,41	502,20	229,15	158,80	830,96	328,76	8,11	153,36	58,87
1983	295,80	96,43	199,37	515,36	219,57	149,46	874,84	359,48	8,40	165,10	59,75
1984	314,24	99,80	214,43	542,32	228,09	151,60	916,17	373,84	12,08	173,50	62,55
1985	334,10	103,87	230,23	577,10	243,01	161,72	985,46	408,35	16,21	181,02	66,06
1986	358,75	112,15	246,59	610,93	252,18	170,57	1 050,69	439,76	45,07	192,87	66,32
1987	385,17	124,09	261,08	645,65	260,48	178,85	1 112,44	466,80	52,90	209,02	73,03
1988	427,00	142,60	284,40	696,08	269,08	188,70	1 189,61	493,54	63,20	228,52	77,35
1989	450,62	146,92	303,71	776,38	325,76	228,37	1 255,46	479,08	97,57	246,49	80,80
9)											
1990	584,18	158,57	425,62	987,30	403,11	266,68	1 502,95	515,65	131,60	266,85	92,69
1989 1. Vj.	403,19	141,90	261,29	674,10	270,91	184,95	1 166,37	492,27	87,54	244,47	80,49
2. Vj.	412,02	142,93	269,08	691,76	279,74	183,84	1 173,29	481,54	98,17	244,49	79,59
3. Vj.	408,69	142,00	266,69	705,64	296,95	198,00	1 180,11	474,47	95,07	246,81	80,64
4. Vj.	450,62	146,92	303,71	776,38	325,76	228,37	1 255,46	479,08	97,57	250,18	82,50
1990 1. Vj.	412,83	143,02	269,81	752,94	340,12	228,79	1 212,25	459,30	118,45	253,27	85,80
2. Vj.	483,18	143,38	339,80	839,94	356,76	234,23	1 405,43	565,49	118,12	251,44	85,22
9)											
3. Vj.	502,80	152,30	350,51	881,03	378,23	251,96	1 422,24	541,21	124,73	278,32	97,97
4. Vj.	584,18	158,57	425,62	987,30	403,11	266,68	1 502,95	515,65	131,60	284,39	101,75
1991 1. Vj.	530,39	160,07	370,32	956,19	425,79	271,83	1 461,97	505,79	151,81	292,66	107,16
2. Vj.	541,03	161,40	379,63	976,74	435,71	281,53	1 472,99	496,25	152,97	291,84	105,17
3. Vj.	546,94	164,90	382,04	999,50	452,57	296,94	1 486,61	487,11	...	298,11	106,01

[1] Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.
[2] Von November 1989 bis Mai 1990 ohne Forderungen und Verbindlichkeiten der westdeutschen Kreditinstitute gegenüber Geschäftspartnern in der ehemaligen DDR (mit Ausnahme der Spareinlagen).
[3] Geldmenge M 1 plus Termingelder inländischer Nichtbanken mit Befristung bis unter 4 Jahren (Quasigeldbestände).
[4] Geldmenge M 2 plus Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist.
[5] Auslandsfilialen inländischer Kreditinstitute und ausländische Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz inländischer Kreditinstitute.
[6] In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) und Bankreserven, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen (zur Methode siehe Anhang V, Abschnitt C). Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank. Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitt aus Monatsdurchschnitten.
[7] Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.
[8] Ist-Reserve und anrechenbare Kassenbestände der Kreditinstitute.
[9] Bis Juni 1990: Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990, ab Juli 1990: Gebietsstand nach dem 3. Oktober 1990.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Absatz und Erwerb von Wertpapieren

Mio DM

Zeitraum	Festverzinsliche Wertpapiere							Aktien	
	Absatz				Erwerb durch			Absatz	
	inländische Rentenwerte [1]			ausländische Rentenwerte [4]	Inländer		Ausländer [7]	inländische Aktien [8]	ausländische Dividendenwerte [9]
	zusammen	darunter			zusammen [5]	darunter			
		Banken [2]	öffentliche Hand [3]			Nichtbanken [6]			
1960	4 105	3 336	1 156	– 24	2 708	.	1 373	2 793	739
1961	7 815	5 862	1 856	– 1	7 511	.	303	3 296	206
1962	9 392	6 473	2 333	94	8 764	.	722	2 196	639
1963	11 964	8 327	3 297	221	10 194	.	1 991	1 318	266
1964	12 880	9 663	2 893	489	13 364	.	5	2 243	346
1965	11 326	8 136	2 835	381	11 604	8 380	103	3 959	672
1966	5 007	4 381	622	550	5 685	4 236	– 128	2 713	892
1967	14 970	9 211	4 875	471	16 276	3 423	– 835	1 905	1 419
1968	17 668	13 922	3 818	4 103	21 922	7 692	– 151	3 144	2 831
1969	12 383	12 258	289	5 365	18 701	9 222	– 953	2 797	5 778
1970	14 312	11 934	2 157	1 042	14 537	12 211	817	3 592	2 668
1971	20 578	14 856	4 279	–1 184	17 778	11 970	1 616	4 734	2 201
1972	34 067	26 074	7 206	–4 314	22 024	15 322	7 729	4 129	1 769
1973	25 010	21 432	4 120	– 231	18 283	14 786	6 496	3 581	1 968
1974	25 082	19 616	5 837	675	27 706	12 713	– 1 949	3 525	2 693
1975	47 977	34 974	13 171	1 384	52 805	18 132	– 3 443	6 010	3 435
1976	47 859	31 731	16 676	1 354	46 085	32 127	3 129	6 081	1 818 [a]
1977	49 777	28 937	21 256	4 551	53 640	22 088	687	4 368	3 542
1978	39 832	29 437	11 420	3 553	43 260	18 289	124	5 550	3 942
1979	41 246	36 350	6 011	3 726	40 936	39 301	4 036	5 513	3 541 [a]
1980	45 218	41 546	4 934	7 338	52 261	33 166	294	6 948	3 569
1981	66 872	70 451	– 2 608	6 204	74 528	57 149	– 1 453	5 516	4 647
1982	72 726	44 795	28 563	10 983	81 437	36 672	2 272	5 921	3 286
1983	85 527	51 726	34 393	5 743	80 469	42 873	10 801	7 271	8 318
1984	71 101	34 639	36 664	15 712	72 995	50 036	13 818	6 278	5 676
1985	76 050	33 013	42 738	27 461	72 051	39 526	31 460	11 009	7 460
1986	87 485	29 509	57 774	16 392	44 798	12 433	59 079	16 394	15 887
1987	88 190	28 448	59 768	24 761	77 958	34 350	34 993	11 889	4 348
1988	35 100	–11 029	46 228	54 786	87 762	53 906	2 019	7 528	26 930
1989 [10]	78 409	52 418	25 649	40 786	96 393	81 973	22 802	19 365	22 243
1990	220 340	136 799	83 609	25 108	225 182	135 708	20 266	28 021	19 710
1989 1.Vj.	12 289	4 065	8 092	17 527	37 178	28 380	– 7 362	3 877	7 453
2.Vj.	18 150	11 543	6 500	4 569	14 113	14 494	8 606	3 881	4 457
3.Vj.	14 196	13 065	1 014	14 560	19 138	18 597	9 618	2 617	4 193
4.Vj.	33 774	23 745	10 043	4 130	25 964	20 502	11 940	8 990	6 140
1990 1.Vj.	45 087	38 022	7 086	9 451	66 113	47 435	–11 575	8 410	6 382
2.Vj. [10]	27 487	10 523	16 980	7 034	31 556	34 089	2 965	8 813	4 355
3.Vj.	53 522	31 818	21 724	6 174	58 831	32 093	865	6 264	2 563
4.Vj	94 244	56 436	37 819	2 450	68 683	22 092	28 012	4 534	6 411
1991 1.Vj.	66 942	43 441	23 113	3 396	64 867	54 609	5 471	2 689	4 782
2.Vj.	42 058	30 028	11 734	7 196	41 203	34 796	8 051	3 375	9 299
3.Vj.	53 013	28 735	24 243	– 642	33 833	22 666	18 538	4 536	10 559

[1] Nettoabsatz zu Kurswerten unter Berücksichtigung von Eigenbestandsveränderungen der Emittenten. – [2] Bankschuldverschreibungen ohne Bank-Namensschuldverschreibungen. – [3] Einschließlich Bundesbahn und Bundespost, jedoch ohne von der Lastenausgleichsbank für den Lastenausgleichsfonds begebene Schuldverschreibungen. – [4] Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) ausländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Inländer. – [5] In- und ausländische Rentenwerte. – [6] Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. – [7] Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) inländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Ausländer. – [8] Zu Emissionskursen. – [9] Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) ausländischer Dividendenwerte (einschließlich Direktinvestitionen und Investmentzertifikate) zu Transaktionswerten durch Inländer. – [10] Ab Juli 1990 einschließlich Schuldverschreibungen ostdeutscher Emittenten.

[a] Statistisch bereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 47 *

Index der Aktienkurse nach Wirtschaftsbereichen

Durchschnitt des Zeitraums [1])

30. Dezember 1980 = 100

Zeitraum [2])	Insgesamt	Davon									
		Industrie							Sonstige Wirtschaftsbereiche [3])		
		zusammen	davon						zusammen	darunter	
			Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitende Industrie				Bauindustrie		Kreditbanken	Versicherungsgewerbe
				zusammen	darunter						
					Grundstoff-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-				
					industrie						
1950	9,8	10,5	8,4	9,5	10,3	6,6	19,3	5,1	6,3	2,5	–
1951	14,3	15,5	12,7	15,2	17,9	8,9	26,6	4,6	8,0	4,3	–
1952	18,1	19,8	17,3	21,3	27,7	10,1	26,3	4,7	9,4	6,0	–
1953	16,3	17,7	15,9	19,2	25,0	9,1	22,9	4,1	9,0	6,2	–
1954	23,3	25,2	21,1	30,2	41,2	11,9	31,0	5,7	13,1	10,2	–
1955	36,3	39,4	32,5	47,7	64,7	19,9	46,3	9,2	19,8	16,8	–
1956	34,4	37,1	29,9	44,6	60,0	19,0	45,4	8,8	20,6	18,1	–
1957	34,1	36,6	29,6	44,1	59,5	18,4	43,3	9,3	21,2	18,7	–
1958	42,7	45,5	35,4	53,5	70,4	24,8	55,7	13,8	28,5	26,7	–
1959	71,6	75,9	55,2	90,0	116,4	45,3	95,3	23,4	50,3	48,2	–
1960	110,7	117,2	74,5	136,7	169,2	81,6	155,1	39,5	78,4	73,2	–
1961	113,5	119,0	77,5	132,2	158,8	88,5	153,5	46,8	87,4	83,3	–
1962	88,1	91,9	64,5	97,3	115,8	69,1	100,2	46,5	70,9	63,7	–
1963	85,0	88,7	61,9	90,9	107,0	67,1	90,6	55,4	68,8	61,0	–
1964	97,7	102,4	75,5	105,4	126,9	73,6	101,1	68,4	75,2	68,3	–
1965	87,0	90,8	61,6	98,0	120,6	64,4	89,5	53,4	69,4	58,9	–
1966	73,7	76,4	54,1	81,5	98,1	55,2	82,5	40,6	62,6	56,5	–
1967	75,2	77,8	58,9	81,8	97,6	58,2	75,0	47,0	64,9	63,1	–
1968	98,8	102,4	78,2	107,7	128,5	78,1	93,4	57,4	83,5	90,3	–
1969	107,5	111,2	88,5	115,9	134,3	88,6	109,2	55,9	93,2	107,1	–
1970	96,2	99,6	79,3	103,9	114,1	86,8	108,3	48,8	82,1	93,6	–
1971	93,4	95,3	84,2	97,0	102,2	88,9	92,3	53,7	88,0	101,7	–
1972	102,2	103,4	82,5	107,4	107,9	107,2	102,5	80,2	101,1	116,0	–
1973	96,2	98,3	76,4	102,4	99,6	105,3	107,4	90,6	89,6	99,5	–
1974	82,0	84,1	65,1	87,8	89,5	85,4	84,9	71,9	74,8	84,6	–
1975	94,4	95,0	69,4	100,4	101,7	101,0	93,7	79,9	95,7	110,8	–
1976	102,2	104,0	71,6	111,3	118,0	106,4	92,3	68,8	97,7	109,1	–
1977	102,1	104,2	79,5	109,6	115,6	105,3	91,5	77,5	96,8	108,7	61,7
1978	111,4	112,4	95,0	115,8	115,5	116,7	109,9	110,5	109,1	121,6	75,8
1979	106,8	107,5	95,7	110,1	112,8	108,6	104,3	94,4	104,9	110,1	87,7
1980	101,9	102,4	99,4	103,1	103,8	103,3	100,0	96,6	100,8	103,9	93,3
1981	101,8	103,5	100,4	103,6	106,8	101,4	98,9	119,9	98,1	96,7	99,7
1982	102,7	102,6	100,9	102,1	103,7	100,0	93,6	136,9	102,7	97,1	113,4
1983	135,2	134,9	116,2	137,7	127,3	147,2	123,8	163,8	135,9	117,0	170,1
1984	153,6	148,5	111,9	155,1	143,6	167,7	124,7	161,9	165,0	127,0	248,1
1985	209,2	193,1	121,9	206,2	186,1	234,7	133,6	198,7	245,4	178,7	421,3
1986	295,7	258,6	146,2	278,8	234,4	336,4	186,8	281,9	378,4	271,5	669,7
1987	257,5	239,6	149,9	256,8	226,0	295,7	193,3	212,9	297,5	217,9	488,1
1988	217,9	203,8	151,0	214,5	209,9	218,5	175,9	171,9	249,2	174,0	411,2
1989	278,5	263,5	194,5	274,3	265,0	279,6	238,3	357,3	312,0	216,6	530,0
1990	326,3	310,4	252,0	314,2	285,9	335,5	280,7	644,3	362,1	247,1	631,0
1990 1. Vj.	344,4	330,0	251,3	339,2	317,9	357,8	278,1	582,8	377,4	264,9	645,0
2. Vj.	349,6	339,8	264,7	345,8	318,2	369,7	295,7	706,7	373,0	259,6	636,9
3. Vj.	327,9	307,5	253,7	309,6	274,6	334,9	294,2	675,5	373,2	250,0	668,7
4. Vj.	283,3	264,4	238,2	262,1	232,9	279,4	254,8	612,0	324,7	214,0	573,6
1991 1. Vj.	284,2	264,1	230,6	263,9	242,8	274,9	246,9	572,7	328,2	217,4	589,2
2. Vj.	308,9	290,6	236,2	292,0	271,4	304,2	262,9	691,9	349,5	232,8	618,1
3. Vj.	300,7	287,8	228,8	290,3	266,6	305,5	259,2	666,7	330,8	225,3	566,0

[1]) 1950 bis 1953 aus Monatsdurchschnitten, 1954 bis 1981 aus Bankenstichtagen (in der Regel der 7., 15., 23. und letzter Börsentag des Monats), ab 1982 aus börsentäglichen Indizes berechnet.

[2]) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und bis 1964 ohne Berlin (West).

[3]) Einschließlich Hypothekenbanken, Warenhausunternehmen, Handel (ohne Warenhausunternehmen) und Verkehr.

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

a) Insgesamt (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	21,8	24,1	18,0	30,6	44,2	45,3	38,8	60,7
1963	23,0	24,9	19,3	31,7	46,4	47,2	41,5	61,8
1964	26,2	28,8	22,3	35,6	52,7	53,7	47,5	68,2
1965	28,0	29,5	24,1	38,5	54,7	53,7	49,8	72,4
1966	27,9	30,5	23,5	38,1	53,5	55,2	47,6	70,3
1967	27,8	30,7	23,5	37,7	54,0	57,0	47,8	69,9
1968	32,1	34,5	27,9	42,3	65,6	67,9	59,4	82,6
1969	39,6	40,5	36,8	47,2	78,5	77,1	75,5	90,2
1970	41,5	42,6	38,6	49,1	77,0	77,0	72,6	90,3
1971	42,2	42,7	38,3	54,4	74,6	76,0	67,4	96,4
1972	45,4	46,5	40,9	59,1	78,2	82,0	69,8	100,2
1973	53,1	54,9	49,6	61,8	87,7	92,1	81,9	99,6
1974	57,5	65,8	51,6	63,2	83,3	88,8	78,2	90,8
1975	56,5	57,9	53,6	62,9	79,2	80,1	75,5	88,5
1976	64,1	65,8	60,9	71,5	86,8	88,4	82,6	97,6
1977	64,8	63,8	62,6	73,7	86,0	86,8	81,6	98,4
1978	68,0	66,5	65,9	77,4	89,0	90,8	84,0	101,7
1979	75,4	75,8	72,7	83,5	94,7	97,2	90,1	104,7
1980	78,3	79,4	74,9	87,0	92,8	94,6	88,8	102,3
1981	81,8	83,1	79,4	87,3	92,4	93,2	90,2	97,8
1982	81,0	81,1	79,0	87,1	87,1	86,7	85,2	93,9
1983	84,5	86,7	81,1	91,3	89,5	92,8	85,3	96,9
1984	92,6	96,0	89,3	96,9	95,1	98,8	91,7	99,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	100,2	94,6	102,2	103,1	100,2	98,9	100,2	102,1
1987	100,4	93,8	102,4	105,4	100,5	101,1	99,1	103,6
1988	110,2	103,4	113,0	112,8	108,1	108,5	107,6	108,9
1989	122,4	110,3	128,7	122,5	116,4	111,0	119,6	115,3
1990	129,4	111,0	137,9	133,8	121,5	113,3	125,3	123,1
1987 1.Vj.	100,9	92,3	102,7	109,4	101,4	100,1	99,9	108,0
2.Vj.	97,2	92,9	98,4	100,8	97,4	100,2	95,3	99,4
3.Vj.	98,9	93,4	99,9	104,9	98,7	100,4	96,5	102,8
4.Vj.	104,7	96,5	108,5	106,5	104,4	103,7	104,8	104,2
1988 1.Vj.	109,8	102,6	110,9	118,5	109,0	110,1	106,4	115,4
2.Vj.	106,6	103,4	108,0	107,9	105,1	109,4	102,9	104,6
3.Vj.	108,6	102,0	111,2	111,4	106,0	106,1	105,7	107,0
4.Vj.	115,9	105,8	121,9	113,6	112,3	108,2	115,5	108,7
1989 1.Vj.	122,5	112,3	126,5	126,8	117,2	113,1	118,4	120,2
2.Vj.	123,8	115,0	129,4	120,4	117,5	115,1	120,0	113,5
3.Vj.	117,8	106,5	123,1	119,9	111,9	107,2	114,1	112,4
4.Vj.	125,4	107,4	135,8	122,9	119,2	108,7	126,0	115,0
1990 1.Vj.	130,7	114,2	137,3	137,6	123,7	116,7	126,1	127,8
2.Vj.	124,9	110,4	132,8	124,0	117,4	112,7	120,8	114,7
3.Vj.	128,8	108,6	137,8	133,8	120,4	111,0	124,7	122,5
4.Vj.	133,4	110,6	143,5	139,8	124,4	112,8	129,5	127,4
1991 1.Vj.	137,7	114,8	145,2	150,7	127,4	117,7	129,9	135,8
2.Vj.	131,2	112,8	139,3	136,3	120,8	115,7	123,1	122,3
3.Vj.	130,1	108,1	138,4	140,3	119,5	111,5	122,1	124,9

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und den Rückrechnungen siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980, S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

noch Tabelle 48*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

b) Inland (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
	produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe			
	Wertindex				Volumenindex			
1962	28,7	32,5	23,6	36,2	57,3	60,9	49,5	72,0
1963	29,5	32,8	24,6	37,1	58,6	61,5	51,4	72,5
1964	33,9	38,6	28,3	41,6	66,9	71,8	58,9	80,1
1965	36,1	38,8	31,0	45,1	69,3	70,3	62,4	85,0
1966	34,9	39,2	28,8	44,2	65,6	70,4	56,7	81,6
1967	33,7	38,0	27,6	43,2	64,3	70,3	54,6	80,5
1968	38,8	43,0	32,7	48,2	78,9	85,1	69,0	94,8
1969	48,0	51,1	44,1	53,2	95,3	98,7	90,1	102,6
1970	50,8	53,3	47,3	55,6	93,9	97,4	88,1	102,5
1971	51,4	52,9	46,4	61,5	90,4	94,2	80,6	109,2
1972	54,7	56,6	48,9	66,6	93,5	99,2	82,5	113,3
1973	60,8	65,4	55,2	68,5	100,0	110,1	90,2	110,4
1974	62,9	74,3	54,0	69,5	91,2	103,6	80,8	99,9
1975	65,0	67,9	61,1	69,6	91,0	95,0	85,4	98,2
1976	70,5	76,2	64,2	77,5	95,5	103,1	86,8	106,1
1977	72,6	72,4	69,4	80,1	96,0	97,5	90,3	107,3
1978	76,3	74,6	74,2	83,5	99,7	101,1	94,4	110,1
1979	83,5	84,3	80,3	89,7	104,6	107,9	99,3	112,6
1980	85,9	87,6	81,8	93,1	101,6	104,2	96,6	109,4
1981	84,9	87,7	80,4	91,4	95,7	98,5	91,2	102,2
1982	84,5	85,2	81,6	90,1	90,6	90,9	87,7	97,0
1983	88,5	90,6	84,7	94,4	93,5	96,6	88,8	100,1
1984	94,0	96,6	90,7	98,3	96,5	99,4	92,9	100,8
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,4	96,4	105,4	103,3	102,1	99,9	103,2	102,2
1987	102,1	94,3	105,1	105,6	101,5	100,2	101,4	103,5
1988	110,5	102,9	113,9	112,5	107,8	107,0	108,2	108,0
1989	122,4	110,0	130,1	120,8	115,9	110,0	120,5	113,0
1990	134,6	114,2	146,4	134,0	125,0	114,8	131,9	122,4
1987 1.Vj.	102,6	91,5	106,2	109,1	102,6	98,0	103,0	107,6
2.Vj.	98,8	94,3	100,5	101,1	98,5	100,3	97,0	99,3
3.Vj.	101,9	95,5	104,1	105,2	101,2	101,3	100,4	102,8
4.Vj.	104,9	95,8	109,3	107,0	103,9	101,3	105,1	104,2
1988 1.Vj.	110,2	99,9	112,8	117,7	108,6	105,9	107,8	114,2
2.Vj.	107,0	103,7	108,7	107,6	104,9	108,8	103,3	103,8
3.Vj.	110,4	103,7	113,8	111,3	107,5	107,2	108,1	106,5
4.Vj.	114,3	104,5	120,4	113,3	110,3	106,0	113,8	107,7
1989 1.Vj.	122,6	110,2	128,8	124,4	116,8	110,4	120,2	117,2
2.Vj.	123,4	113,7	131,2	118,5	116,8	113,1	121,3	110,9
3.Vj.	118,9	108,2	125,0	118,7	112,4	108,2	115,6	110,6
4.Vj.	124,6	107,9	135,3	121,7	117,7	108,2	125,0	113,1
1990 1.Vj.	130,6	114,5	138,1	134,6	122,6	115,6	125,9	124,2
2.Vj.	127,9	113,2	138,1	123,5	119,1	113,7	124,6	113,4
3.Vj.	137,0	113,0	151,2	135,0	126,8	113,8	135,7	123,3
4.Vj.	142,8	116,0	158,2	142,4	131,5	116,1	141,4	128,7
1991 1.Vj.	149,1	119,9	163,9	153,0	136,6	120,8	145,3	136,9
2.Vj.	141,7	119,2	155,5	139,3	129,0	120,3	136,0	124,0
3.Vj.	140,5	115,4	153,4	143,3	127,6	116,9	133,9	126,7

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und den Rückrechnungen siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980, S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

c) Ausland (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
	produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe			
	Wertindex				Volumenindex			
1962	10,3	10,6	10,4	9,3	22,4	20,0	24,3	17,5
1963	12,1	12,3	12,2	11,0	26,2	23,9	28,2	20,7
1964	13,6	13,2	14,1	12,3	29,0	24,5	32,0	22,8
1965	14,6	14,5	14,9	13,3	30,3	26,9	32,9	24,3
1966	16,3	16,8	16,4	14,8	33,4	30,9	35,5	26,8
1967	18,0	19,0	17,9	16,3	36,9	35,8	38,6	29,6
1968	21,1	21,0	21,4	19,4	43,7	40,2	46,5	36,1
1969	25,8	23,6	27,1	23,9	50,7	42,3	55,8	43,1
1970	26,2	25,5	26,8	24,5	48,8	44,2	51,9	43,5
1971	27,1	26,4	27,3	27,5	48,7	46,8	49,7	47,6
1972	30,1	30,3	30,0	30,3	53,0	54,4	52,7	50,7
1973	40,3	38,1	41,9	36,6	67,4	63,3	70,7	58,3
1974	48,5	52,1	48,3	39,0	70,3	65,2	74,8	55,8
1975	42,5	42,1	43,5	37,2	59,5	56,4	62,2	51,8
1976	53,6	49,3	56,4	48,5	72,4	65,1	76,9	65,9
1977	52,0	50,1	53,3	49,5	69,4	69,8	69,9	65,0
1978	54,3	53,6	54,7	53,8	71,3	74,5	70,0	69,8
1979	62,1	62,4	62,5	59,6	78,2	80,1	77,8	74,5
1980	65,7	66,5	65,7	63,5	78,3	79,4	78,3	75,3
1981	76,7	75,6	78,0	71,7	86,9	84,9	88,8	80,9
1982	75,2	74,5	75,4	75,9	81,4	80,2	81,9	82,4
1983	77,8	80,6	76,1	79,6	82,8	87,0	80,5	84,9
1984	90,2	95,1	87,5	91,7	92,9	98,0	90,1	94,6
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	96,5	91,7	98,0	102,6	97,1	97,3	96,3	101,8
1987	97,6	93,0	98,9	104,7	98,8	102,5	96,1	104,1
1988	109,8	104,2	111,8	114,2	108,5	110,8	106,9	112,3
1989	122,4	110,7	126,9	129,1	117,3	112,7	118,5	124,2
1990	121,1	105,8	126,5	133,1	115,7	110,9	116,4	125,8
1987 1.Vj.	97,8	93,5	98,0	110,4	99,4	103,5	95,7	109,9
2.Vj.	94,5	90,6	95,6	99,9	95,7	100,0	93,1	99,6
3.Vj.	93,9	90,1	94,2	103,6	94,7	99,1	91,3	102,6
4.Vj.	104,3	97,5	107,6	104,8	105,3	107,4	104,4	104,2
1988 1.Vj.	109,2	106,8	108,4	121,5	109,6	116,8	104,5	120,2
2.Vj.	106,0	102,9	107,0	108,8	105,3	110,4	102,5	107,5
3.Vj.	105,7	99,3	107,7	111,7	103,7	104,3	102,6	109,2
4.Vj.	118,4	107,8	124,0	114,7	115,6	111,9	117,8	112,3
1989 1.Vj.	122,3	115,6	123,3	136,3	117,8	117,4	115,9	131,6
2.Vj.	124,3	117,0	127,2	128,0	118,8	118,4	118,3	123,5
3.Vj.	116,1	103,8	120,6	124,7	111,0	105,5	112,3	119,2
4.Vj.	126,8	106,6	136,3	127,5	121,7	109,5	127,4	122,3
1990 1.Vj.	130,8	113,6	136,2	149,2	125,4	118,3	126,3	141,7
2.Vj.	120,0	106,0	125,7	125,7	114,7	110,9	115,7	119,6
3.Vj.	115,2	101,6	119,9	127,3	109,9	106,6	110,0	119,3
4.Vj.	118,3	102,1	124,0	130,2	112,8	107,7	113,7	122,5
1991 1.Vj.	118,3	106,7	120,3	142,0	112,4	112,8	109,4	131,6
2.Vj.	114,0	102,7	117,8	124,9	107,5	108,3	105,9	115,8
3.Vj.	113,0	96,5	118,5	128,8	106,4	102,9	106,5	117,7

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und den Rückrechnungen siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980, S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

Tabelle 49*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum[2])	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	588 018	12 368	575 650	177 855	226 969	94 229	76 597
1971	626 379	12 830	613 549	181 810	246 627	102 528	82 584
1972	663 187	12 941	650 245	190 592	260 475	111 461	87 717
1973	743 228	14 190	729 038	223 327	288 866	119 604	97 241
1974	836 052	19 643	816 409	278 795	307 671	126 729	103 214
1975	819 311	18 732	800 578	249 427	319 415	123 462	108 275
1976	916 955	20 546	896 409	280 783	361 249	135 765	118 612
1977	963 207	22 058	941 148	281 250	389 358	144 992	125 549
1978	999 929	23 086	976 843	290 083	409 695	148 949	128 116
1979	1 105 354	26 893	1 078 460	345 179	438 254	161 951	133 076
1980	1 196 543	29 240	1 167 303	381 258	470 800	172 936	142 309
1981	1 255 937	32 546	1 223 390	401 681	492 851	172 500	156 358
1982	1 284 376	33 224	1 251 151	401 267	514 966	172 185	162 733
1983	1 312 663	32 274	1 280 388	405 509	531 471	176 770	166 639
1984	1 398 459	34 878	1 363 580	441 888	562 481	187 606	171 605
1985	1 494 753	35 749	1 459 004	461 216	627 430	194 733	175 624
1986	1 468 396	33 199	1 435 197	407 117	651 534	200 499	176 047
1987	1 476 865	31 740	1 445 126	394 482	673 636	205 017	171 991
1988	1 561 666	31 922	1 529 744	421 825	713 479	217 204	177 235
1989	1 704 251	28 508	1 675 743	466 065	784 297	236 101	189 280
1990	1 821 700	27 682	1 794 018	479 360	850 470	258 054	206 134
1990 1. Vj.	437 861	7 369	430 492	117 983	201 745	64 380	46 384
2. Vj.	444 880	6 592	438 287	118 121	209 810	60 631	49 726
3. Vj.	447 279	6 394	440 886	118 388	204 401	64 251	53 845
4. Vj.	491 681	7 327	484 354	124 868	234 514	68 792	56 179
1991 1. Vj.	472 959	7 584	465 375	122 954	217 900	70 473	54 048
2. Vj.	491 825	7 009	484 816	127 171	233 601	68 176	55 868
3. Vj.	477 432	6 344	471 089	124 025	220 620	70 020	56 424

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West). – Ab 1990 vorläufige Ergebnisse.

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

b) Inland

Mio DM

Zeitraum[2])	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	480 996	9 872	471 123	146 212	165 393	84 543	74 975
1971	510 886	10 152	500 733	148 919	179 154	91 899	80 761
1972	537 516	10 318	527 197	154 971	186 667	99 958	85 601
1973	591 627	11 232	580 396	178 366	201 826	105 833	94 370
1974	643 198	15 077	628 121	211 526	207 151	110 508	98 936
1975	636 240	14 348	621 891	194 333	215 127	108 575	103 858
1976	704 804	16 350	688 453	218 816	238 864	117 283	113 491
1977	735 609	18 217	717 392	217 829	256 399	125 174	117 990
1978	759 588	18 350	741 238	222 513	270 177	128 519	120 030
1979	839 718	21 601	818 117	265 616	289 422	138 918	124 162
1980	906 046	24 275	881 772	294 417	307 572	147 778	132 005
1981	928 796	27 495	901 302	303 330	309 084	144 994	143 894
1982	936 372	28 796	907 576	300 677	314 947	142 469	149 483
1983	957 428	28 065	929 364	301 094	329 375	146 003	152 891
1984	995 935	29 773	966 162	321 882	335 573	152 575	156 133
1985	1 051 848	31 216	1 020 632	333 034	372 895	155 646	159 057
1986	1 031 992	29 413	1 002 579	291 161	390 984	160 227	160 206
1987	1 038 339	28 435	1 009 904	280 240	408 236	164 567	156 861
1988	1 086 916	28 653	1 058 263	293 115	430 693	173 205	161 251
1989	1 179 063	26 076	1 152 987	326 003	469 625	186 059	171 299
1990	1 289 629	25 655	1 263 974	345 398	524 758	205 584	188 235
1990 1. Vj.	302 351	6 818	295 533	82 701	120 475	50 282	42 074
2. Vj.	309 883	6 080	303 803	84 361	126 268	47 956	45 219
3. Vj.	321 310	5 937	315 374	86 611	128 103	51 251	49 408
4. Vj.	356 084	6 820	349 264	91 725	149 911	56 094	51 534
1991 1. Vj.	345 041	7 075	337 966	89 634	141 579	56 968	49 785
2. Vj.	360 167	6 560	353 607	94 043	152 969	55 272	51 322
3. Vj.	352 343	5 928	346 415	92 711	145 335	56 685	51 684

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Von 1953 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West). — Ab 1990 vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 49*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum[2])	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	107 022	2 496	104 527	31 643	61 576	9 686	1 622
1971	115 493	2 678	112 816	32 891	67 473	10 629	1 823
1972	125 671	2 623	123 048	35 621	73 808	11 503	2 116
1973	151 601	2 958	148 642	44 961	87 040	13 771	2 871
1974	192 854	4 566	188 288	67 269	100 520	16 221	4 278
1975	183 071	4 384	178 687	55 094	104 288	14 887	4 417
1976	212 151	4 196	207 956	61 967	122 385	18 482	5 121
1977	227 597	3 841	223 756	63 421	132 959	19 817	7 559
1978	240 341	4 736	235 605	67 570	139 519	20 431	8 086
1979	265 636	5 293	260 343	79 563	148 833	23 034	8 914
1980	290 496	4 965	285 531	86 841	163 228	25 158	10 304
1981	327 141	5 052	322 089	98 351	183 767	27 506	12 465
1982	348 003	4 428	343 575	100 591	200 019	29 715	13 250
1983	355 234	4 210	351 024	104 415	202 096	30 766	13 748
1984	402 524	5 105	397 418	120 006	226 909	35 031	15 472
1985	442 905	4 533	438 371	128 181	254 535	39 087	16 567
1986	436 404	3 786	432 618	115 955	260 550	40 272	15 841
1987	438 526	3 305	435 221	114 242	265 400	40 450	15 130
1988	474 750	3 270	471 480	128 710	282 787	43 999	15 985
1989	525 188	2 432	522 756	140 062	314 671	50 042	17 980
1990	532 072	2 027	530 044	133 963	325 712	52 470	17 899
1990 1. Vj.	135 510	551	134 959	35 282	81 270	14 097	4 310
2. Vj.	134 996	512	134 484	33 760	83 542	12 675	4 507
3. Vj.	125 969	457	125 512	31 777	76 298	13 000	4 437
4. Vj.	135 596	507	135 090	33 144	84 603	12 699	4 645
1991 1. Vj.	127 918	509	127 409	33 321	76 321	13 505	4 263
2. Vj.	131 659	449	131 209	33 128	80 632	12 904	4 545
3. Vj.	125 089	416	124 673	31 315	75 284	13 335	4 739

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Von 1953 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West). — Ab 1990 vorläufige Ergebnisse.

Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe[1])

Zeitraum	Index der Nettoproduktion[2])								Index der Bruttoproduktion[4])	
	insgesamt[3])	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe								
		zusammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe						
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter[5])	Verbrauchsgüter[5])
	1970 = 100									
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,4	94,6	93,3	94,6	95,6	92,0	97,2	97,1	91,0	95,1
	1976 = 100									
1970	92,6	93,2	119,5	92,4	92,6	92,6	93,7	88,7	95,1	93,0
1971	93,7	93,7	117,4	93,0	92,5	91,9	96,7	92,8	95,4	95,0
1972	97,5	96,9	111,3	96,4	97,0	94,4	102,4	93,7	98,3	98,2
1973	103,0	102,7	108,7	102,5	105,9	101,1	104,4	96,7	102,3	101,4
1974	100,6	100,5	107,6	100,2	104,7	98,5	99,4	97,2	100,5	93,1
1975	93,8	93,8	103,4	93,5	91,0	93,9	94,0	97,1	98,1	91,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	102,7	102,7	95,0	102,9	100,6	104,9	103,6	100,0	102,5	107,5
1978	104,9	104,2	94,2	104,5	104,1	105,3	104,0	102,9	102,6	108,4
1979	110,6	109,6	98,3	109,9	112,6	110,4	107,8	105,3	107,4	110,6
1980	110,2	109,6	98,2	109,9	108,5	112,9	106,5	107,4	111,6	105,3
1981	108,1	108,0	98,9	108,2	104,5	112,9	101,2	109,8	113,4	100,7
1982	104,4	104,8	97,0	105,1	98,7	111,6	97,1	106,9	110,6	99,2
	1980 = 100									
1976	91,3	91,1	104,3	90,6	93,4	88,4	91,5	91,4	89,0	95,0
1977	92,9	92,9	99,5	92,6	93,5	91,5	95,1	91,4	89,4	100,6
1978	95,2	95,3	97,6	95,2	96,9	93,2	98,4	94,7	91,2	102,6
1979	100,1	99,9	100,5	99,9	103,8	97,3	101,6	97,9	94,9	105,5
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,0	98,4	100,6	98,3	95,8	100,4	94,9	101,7	102,3	94,7
1982	94,9	95,4	95,2	95,4	91,1	99,1	90,3	98,7	101,3	92,8
1983	95,4	96,1	90,6	96,3	94,0	98,7	91,5	99,3	100,4	94,2
1984	98,6	99,2	90,1	99,5	97,8	102,2	94,0	101,1	99,6	95,4
1985	103,0	104,6	91,1	105,1	99,1	112,7	95,1	104,0	111,4	98,9
1986	105,3	107,0	86,8	107,7	98,5	117,7	97,0	105,3	113,7	103,9
	1985 = 100									
1978	94,0	93,0	105,1	92,6	99,2	85,6	104,8	91,8	83,9	106,5
1979	98,7	97,6	109,0	97,2	106,2	89,5	108,2	95,0	87,6	109,0
1980	98,7	97,6	110,2	97,2	102,0	91,8	106,7	97,0	91,6	103,7
1981	96,3	95,7	110,5	95,2	97,9	91,5	100,3	98,5	93,5	98,0
1982	93,2	92,5	105,6	92,1	93,0	90,0	95,4	95,2	91,5	95,8
1983	93,8	93,0	99,5	92,7	95,7	89,3	97,0	96,0	90,2	96,9
1984	96,5	95,7	98,4	95,6	99,5	91,9	99,4	97,7	89,8	97,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,4	102,3	95,9	102,6	99,6	104,5	102,2	101,9	102,1	105,1
1987	102,7	102,5	91,6	102,9	100,0	104,7	103,4	101,0	100,5	106,8
1988	106,5	106,3	87,4	106,9	106,3	108,1	106,5	103,3	104,6	107,8
1989	111,8	111,7	85,9	112,5	108,6	116,4	111,1	106,2	111,9	111,8
1990	117,7	117,6	85,1	118,7	110,9	123,0	118,1	119,7	119,5	117,5
1991 1. Vj.	119,3	120,2	90,3	121,2	111,8	124,3	125,5	125,0	119,1	126,6
2. Vj.	122,1	122,1	79,9	123,6	114,6	128,1	122,4	127,1	125,9	123,2
3. Vj.	117,5	117,4	77,2	118,8	111,4	119,9	120,2	131,0	118,9	110,1

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, ab Index 1985 = 100 arbeitstäglich bereinigt.
[2]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1969, für den Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.; 5/1981, S. 315ff.; 12/1983, S. 931ff.; 3/1988, S. 182ff.; 4/1991, S. 224.
[3]) Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe).
[4]) Die Zuordnung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.
[5]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 51*

Beschäftigte im Bergbau und
in

Zeitraum[2])	Insgesamt		Bergbau		Ver	
					zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 887	6 606	311	259	8 576	6 347
1971	8 826	6 479	307	254	8 519	6 225
1972	8 628	6 265	283	233	8 345	6 032
1973	8 664	6 258	262	214	8 402	6 044
1974	8 434	6 031	253	207	8 181	5 824
1975	7 888	5 559	255	208	7 633	5 351
1976	7 698	5 436	247	200	7 452	5 236
1977	7 632	5 435	240	195	7 392	5 240
1978	7 584	5 381	233	189	7 351	5 192
1979	7 607	5 392	229	185	7 378	5 207
1980	7 660	5 411	231	187	7 428	5 224
1981	7 489	5 232	235	190	7 254	5 042
1982	7 226	5 000	234	188	6 992	4 812
1983	6 927	4 758	227	183	6 700	4 575
1984	6 854	4 704	218	174	6 636	4 530
1985	6 943	4 769	213	170	6 730	4 599
1986	7 063	4 844	210	167	6 853	4 677
1987	7 055	4 802	203	162	6 851	4 640
1988	7 038	4 767	194	153	6 844	4 614
1989	7 213	4 885	183	144	7 030	4 740
1990	7 410	5 023	173	135	7 237	4 888
1989 1. Vj.	7 121	4 817	187	147	6 935	4 670
2. Vj.	7 161	4 848	184	145	6 977	4 703
3. Vj.	7 279	4 939	183	144	7 096	4 795
4. Vj.	7 291	4 934	180	141	7 112	4 793
1990 1. Vj.	7 315	4 954	176	138	7 138	4 816
2. Vj.	7 357	4 986	174	136	7 183	4 850
3. Vj.	7 475	5 076	173	135	7 302	4 941
4. Vj.	7 493	5 076	170	132	7 323	4 944
1991 1. Vj.	7 501	5 073	168	130	7 333	4 943
2. Vj.	7 503	5 070	166	129	7 337	4 941
3. Vj.	7 554	5 103	164	127	7 390	4 976

[1]) Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

im Verarbeitenden Gewerbe[1]) **Tabelle 51***

1 000

arbeitendes Gewerbe								
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter		Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		Zeitraum[2])
		produzierendes Gewerbe						
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 845	1 331	4 137	3 011	2 008	1 609	587	395	1970
1 819	1 295	4 138	2 968	1 975	1 570	587	391	1971
1 776	1 250	4 038	2 855	1 953	1 543	578	383	1972
1 782	1 250	4 118	2 904	1 926	1 511	576	379	1973
1 749	1 216	4 078	2 850	1 795	1 393	559	365	1974
1 653	1 129	3 804	2 612	1 649	1 268	527	342	1975
1 607	1 098	3 725	2 561	1 608	1 243	512	333	1976
1 570	1 078	3 734	2 591	1 592	1 240	496	331	1977
1 542	1 052	3 732	2 580	1 585	1 233	491	327	1978
1 532	1 048	3 765	2 599	1 593	1 235	489	326	1979
1 544	1 053	3 810	2 621	1 583	1 225	491	325	1980
1 502	1 011	3 752	2 549	1 512	1 159	488	322	1981
1 448	962	3 655	2 463	1 418	1 076	472	310	1982
1 394	919	3 511	2 347	1 341	1 013	454	297	1983
1 372	899	3 488	2 331	1 327	1 005	450	295	1984
1 368	895	3 600	2 416	1 317	996	446	291	1985
1 365	888	3 732	2 505	1 314	994	442	290	1986
1 344	866	3 758	2 501	1 306	985	442	289	1987
1 337	855	3 758	2 487	1 308	983	441	289	1988
1 350	862	3 878	2 570	1 348	1 011	455	298	1989
1 364	870	4 007	2 661	1 388	1 041	478	317	1990
1 331	848	3 823	2 530	1 336	1 003	444	290	1989 1. Vj.
1 343	859	3 846	2 548	1 340	1 005	447	292	2. Vj.
1 363	873	3 913	2 598	1 356	1 018	463	306	3. Vj.
1 361	867	3 928	2 603	1 359	1 018	464	305	4. Vj.
1 350	860	3 956	2 626	1 373	1 030	458	299	1990 1. Vj.
1 360	868	3 980	2 643	1 379	1 035	464	304	2. Vj.
1 376	879	4 042	2 688	1 394	1 047	490	328	3. Vj.
1 371	871	4 047	2 685	1 405	1 052	500	336	4. Vj.
1 369	868	4 050	2 682	1 414	1 060	499	333	1991 1. Vj.
1 371	870	4 045	2 673	1 419	1 063	502	335	2. Vj.
1 379	874	4 066	2 685	1 426	1 067	520	350	3. Vj.

[2]) von 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West). — Ab 1990 vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 52*

Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Mio

Zeitraum[2])	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 531	441	12 090	2 607	5 757	2 920	807
1971	12 006	423	11 583	2 465	5 499	2 824	795
1972	11 484	373	11 111	2 367	5 213	2 763	769
1973	11 426	347	11 079	2 362	5 294	2 666	757
1974	10 709	341	10 368	2 238	5 006	2 407	718
1975	9 573	335	9 238	1 953	4 458	2 156	671
1976	9 651	319	9 332	1 968	4 521	2 184	659
1977	9 493	300	9 194	1 900	4 511	2 149	633
1978	9 266	286	8 980	1 842	4 409	2 108	621
1979	9 254	283	8 970	1 835	4 437	2 087	612
1980	9 153	286	8 867	1 818	4 402	2 042	605
1981	8 707	291	8 416	1 717	4 212	1 892	596
1982	8 271	289	7 982	1 610	4 038	1 759	574
1983	7 918	271	7 648	1 547	3 861	1 689	550
1984	7 841	252	7 588	1 535	3 834	1 677	542
1985	7 910	251	7 659	1 505	3 980	1 642	532
1986	7 962	243	7 719	1 477	4 089	1 627	526
1987	7 779	229	7 550	1 431	3 995	1 600	525
1988	7 730	214	7 516	1 427	3 968	1 598	523
1989	7 860	199	7 661	1 423	4 085	1 622	531
1990	7 993	188	7 806	1 418	4 178	1 648	562
1989 1. Vj.	1 976	54	1 922	353	1 028	412	129
2. Vj.	1 980	48	1 933	362	1 032	408	131
3. Vj.	1 911	49	1 862	352	984	391	135
4. Vj.	1 993	49	1 944	356	1 041	411	137
1990 1. Vj.	2 042	51	1 991	360	1 073	425	133
2. Vj.	1 980	46	1 934	354	1 040	407	133
3. Vj.	1 955	47	1 908	352	1 014	398	144
4. Vj.	2 017	44	1 973	352	1 052	418	151
1991 1. Vj.	2 025	47	1 978	351	1 057	424	146
2. Vj.	2 012	44	1 968	355	1 050	418	146
3. Vj.	1 954	43	1 910	348	1 005	405	153

[1]) Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West). — Ab 1990 vorläufige Ergebnisse.

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
	1970 = 100						
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
	1976 = 100						
1970	75,0	88,7	74,5	74,1	75,8	71,4	78,7
1971	78,0	90,2	77,6	77,4	77,9	75,9	83,0
1972	83,2	96,1	82,8	83,8	82,7	81,4	85,5
1973	87,9	100,0	87,5	90,8	86,9	85,5	88,7
1974	90,6	100,4	90,3	93,4	88,6	88,9	93,3
1975	93,4	98,1	93,3	90,8	93,4	93,4	99,5
1976	100	100	100	100	100	100	100
1977	104,6	100,4	104,7	103,8	105,2	105,9	105,9
1978	108,0	103,8	108,2	110,1	107,3	107,6	110,5
1979	113,5	108,2	113,7	119,3	111,7	112,7	114,5
1980	114,8	107,4	115,0	116,6	114,8	114,1	118,1
1981	117,6	106,3	118,1	117,2	118,9	115,6	122,3
1982	119,8	105,5	120,3	117,4	122,2	118,8	123,5
	1980 = 100						
1976	86,4	94,8	86,0	86,8	86,2	84,7	82,6
1977	90,0	95,9	89,7	89,9	89,9	90,3	87,4
1978	94,9	98,7	94,7	96,1	93,8	95,1	94,4
1979	99,3	101,7	99,2	102,4	97,2	99,4	99,2
1980	100	100	100	100	100	100	100
1981	101,1	99,6	101,1	98,4	103,2	100,2	100,6
1982	101,9	93,7	102,2	97,9	105,1	101,6	101,4
1983	106,2	92,8	106,7	104,7	108,0	107,0	105,6
1984	110,7	96,2	111,2	110,8	111,5	110,6	112,2
1985	115,6	97,4	116,3	113,4	118,5	112,9	119,4
1986	117,9	96,1	118,7	114,8	120,5	116,0	125,3
	1985 = 100						
1978	83,2	97,7	82,7	86,4	80,9	84,8	78,4
1979	86,9	101,2	86,5	91,9	83,8	88,3	82,1
1980	87,4	101,2	86,9	89,1	86,2	88,8	81,9
1981	88,4	100,5	88,0	88,1	88,7	88,6	83,7
1982	89,0	96,0	88,7	87,4	90,0	90,1	84,2
1983	92,4	94,8	92,3	93,0	92,0	95,2	87,9
1984	96,0	98,2	95,9	98,3	94,7	98,1	92,6
1985	100	100	100	100	100	100	100
1986	101,4	98,8	101,5	101,2	101,1	102,4	103,2
1987	103,4	99,2	103,6	104,1	102,7	104,9	104,6
1988	107,8	101,3	108,0	111,4	106,3	107,5	108,0
1989	111,8	106,7	112,0	114,3	111,5	109,9	111,0
1990	115,9	111,7	116,1	116,6	115,2	114,2	121,5
1991 1. Vj.	116,4	117,7	116,3	117,1	114,1	117,4	124,1
2. Vj.	120,8	109,8	121,2	121,3	120,9	116,7	129,1

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970, für den Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.; 5/1981, S. 315ff.; 12/1983, S. 931ff.; 3/1988, S. 182ff.; 4/1991 S. 224.

Tabelle 54*

Baugenehmigungen

Zeitraum[1]	Genehmigungen für Hochbauten							
	Rauminhalt[2]				veranschlagte Kosten des Bauwerkes[3]			
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude	
			nichtöffentliche Bauherren[4]	öffentliche Bauherren[5]			nichtöffentliche Bauherren[4]	öffentliche Bauherren[5]
	1 000 cbm				Mio DM			
1950	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.
1951	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.
1952	230 108	135 652		94 456	9 694	6 216		3 478
1953	245 968	163 649		82 319	11 370	7 860		3 510
1954	282 134	185 592		96 542	13 375	9 062		4 313
1955	309 971	195 519		114 452	15 488	10 063		5 425
1956	304 197	180 297		123 900	16 130	10 061		6 069
1957	286 391	174 078		112 313	16 404	10 459		5 945
1958	311 254	193 297		117 957	19 208	12 386		6 821
1959	343 689	210 904		132 785	22 136	14 321		7 815
1960	392 427	234 427		158 000	27 491	17 253		10 238
1961	422 657	248 582		174 075	31 685	19 851		11 834
1962	425 658	252 434	135 881	37 343	34 675	22 176	7 744	4 756
1963	383 726	229 774	115 015	38 936	34 189	21 836	7 006	5 348
1964	429 635	246 181	139 465	43 988	40 738	25 397	9 032	6 309
1965	441 163	259 257	137 138	44 769	44 879	28 534	9 484	6 860
1966	421 309	245 143	136 995	39 171	44 680	28 555	9 840	6 285
1967	378 533	219 319	120 828	38 386	41 483	26 062	9 105	6 316
1968	400 265	226 408	132 687	41 170	43 187	27 031	9 594	6 562
1969	470 177	242 236	185 986	41 956	49 521	29 541	13 307	6 673
1970	497 264	266 573	184 841	45 850	59 058	35 529	15 299	8 230
1971	542 377	313 124	180 151	49 102	73 588	47 011	16 916	9 661
1972	567 238	343 057	178 182	45 999	87 234	57 221	19 769	10 244
1973	520 450	303 315	173 875	43 260	85 939	55 732	19 916	10 291
1974	388 207	209 250	123 953	55 004	72 217	41 964	15 472	14 781
1975	384 504	190 694	141 211	52 599	74 271	40 482	18 801	14 988
1976	374 089	210 227	128 309	35 553	72 857	46 338	16 559	9 961
1977	353 042	205 056	118 581	29 406	71 309	46 773	15 632	8 904
1978	421 216	247 614	137 520	36 083	88 531	59 182	18 395	10 954
1979	395 688	227 956	137 349	30 362	89 655	59 998	19 225	10 432
1980	389 154	215 351	141 121	32 681	96 642	61 722	22 216	12 703
1981	343 739	189 110	125 895	28 735	93 320	59 858	21 690	11 771
1982	305 900	165 352	117 185	23 363	88 984	56 029	22 538	10 416
1983	364 487	202 712	141 847	19 927	108 098	70 380	27 957	9 760
1984	279 231	159 632	102 491	17 108	86 215	57 318	20 223	8 674
1985	252 933	125 018	109 684	18 231	76 452	45 597	21 468	9 387
1986	257 005	116 709	120 717	19 578	78 618	42 961	25 022	10 635
1987	252 092	107 700	123 619	20 772	77 050	40 247	25 636	11 167
1988	275 771	120 721	133 898	21 154	88 251	45 995	29 405	12 851
1989	320 196	145 684	156 196	18 316	100 316	55 919	34 064	10 332
1990	370 444	181 405	169 423	19 612	123 790	72 707	38 834	12 248
1990 1. Vj.	83 762	41 530	38 158	4 075	26 995	16 081	8 481	2 433
2. Vj.	93 942	50 086	39 063	4 790	31 540	19 668	8 968	2 903
3. Vj.	99 289	46 923	47 697	4 673	32 894	19 229	10 925	2 739
4. Vj.	93 451	42 866	44 505	6 074	32 361	17 728	10 461	4 172
1991 1. Vj.	81 929	39 391	37 812	4 728	29 013	16 387	9 451	3 176
2. Vj.	97 422	47 873	44 892	4 657	33 952	20 184	10 694	3 072

[1] Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).
[2] Ab 1963 nur Neubau und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[3] Alle Baumaßnahmen.
[4] Unternehmen und private Haushalte.
[5] Öffentliche Bauherren: Gebietskörperschaften einschließlich Sozialversicherung und Organisationen ohne Erwerbszweck.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

a) Wertindex 1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private[1]	öffentliche[2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau[2]
				Auftraggeber					
1971	76,8	84,2	103,8	68,4	82,2	66,7	70,9	64,5	71,6
1972	80,6	92,3	125,9	68,9	82,2	64,8	69,6	62,2	72,2
1973	77,4	85,6	102,6	68,5	90,5	66,1	72,7	62,7	71,9
1974	69,3	72,3	77,8	54,5	99,9	64,7	74,1	59,5	71,4
1975	74,0	76,6	81,5	63,8	94,0	70,2	76,4	66,7	80,1
1976	69,4	73,7	86,3	60,1	78,5	63,5	75,3	57,1	68,3
1977	80,3	82,0	103,8	64,4	79,6	77,9	93,9	69,2	80,8
1978	99,0	102,1	136,6	74,4	98,0	94,6	109,2	86,7	104,7
1979	111,4	115,9	148,5	89,8	112,4	105,1	118,3	98,0	114,3
1980	114,5	120,6	146,6	100,1	117,0	105,9	107,7	105,0	118,6
1981	97,7	109,2	131,3	92,0	105,2	81,7	84,6	80,1	84,3
1982	98,3	108,9	132,6	92,4	100,6	83,5	87,6	81,4	83,9
1983	108,1	122,7	160,3	102,6	95,9	87,8	89,7	86,8	84,6
1984	101,8	106,2	128,9	91,3	96,1	95,7	95,8	95,6	93,3
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	109,1	107,5	95,0	117,5	109,1	111,2	104,2	115,1	110,5
1987	106,2	105,7	89,4	117,0	111,7	106,7	101,9	109,3	106,2
1988	116,0	118,2	100,0	138,5	107,3	113,1	107,4	116,1	112,9
1989	132,2	135,9	116,0	162,7	113,9	127,1	119,8	130,9	125,8
1990	152,1	160,6	145,6	192,0	119,3	140,2	133,4	143,9	137,6
1984 1.Vj.	92,7	105,5	140,8	85,4	83,2	74,8	66,2	79,4	75,9
2.Vj.	112,4	115,5	147,7	94,0	102,2	108,0	117,7	102,9	104,0
3.Vj.	112,0	110,0	119,5	99,6	114,9	114,8	123,8	110,0	109,1
4.Vj.	90,0	93,6	107,5	86,0	84,1	85,1	75,6	90,2	83,9
1985 1.Vj.	79,5	81,2	86,2	83,7	66,6	77,0	63,1	84,4	81,8
2.Vj.	114,1	112,4	113,5	112,7	109,5	116,6	127,8	110,7	110,7
3.Vj.	115,3	114,9	109,9	113,6	126,8	115,9	126,4	110,3	113,9
4.Vj.	91,1	91,5	90,4	90,0	97,0	90,5	82,6	94,6	93,7
1986 1.Vj.	85,7	86,2	84,5	90,4	80,1	85,1	64,3	96,2	88,5
2.Vj.	125,3	120,5	113,2	130,6	111,7	131,9	132,4	131,6	129,0
3.Vj.	129,4	127,9	99,1	144,3	146,0	131,5	135,0	129,6	127,6
4.Vj.	95,9	95,5	83,1	104,8	98,6	96,5	84,9	102,8	96,7
1987 1.Vj.	83,5	86,8	74,1	98,6	84,7	78,9	62,2	87,9	80,8
2.Vj.	117,9	115,2	99,2	127,0	119,5	121,7	123,5	120,7	115,9
3.Vj.	121,2	117,7	98,7	127,8	131,4	126,2	135,3	121,2	121,5
4.Vj.	102,0	103,3	85,7	114,8	111,3	100,1	86,8	107,2	106,7
1988 1.Vj.	98,8	106,2	89,9	130,3	83,3	88,6	72,4	97,2	87,5
2.Vj.	127,0	128,6	113,1	143,7	124,3	124,8	133,5	120,2	118,5
3.Vj.	131,4	128,5	108,4	149,6	119,7	135,5	134,0	136,3	139,0
4.Vj.	106,8	109,3	88,8	130,4	101,6	103,3	89,5	110,8	106,6
1989 1.Vj.	110,9	117,6	103,2	142,1	90,5	101,6	80,2	113,1	98,9
2.Vj.	144,9	144,7	120,8	175,7	120,9	145,2	151,6	141,7	137,2
3.Vj.	144,5	144,3	117,2	170,2	137,9	144,8	143,6	145,4	146,0
4.Vj.	128,4	136,9	122,7	162,9	106,3	116,6	103,7	123,5	121,0
1990 1.Vj.	139,2	152,3	136,6	186,1	106,9	121,0	104,3	130,0	124,7
2.Vj.	161,8	163,4	149,2	193,9	122,9	159,5	167,9	155,0	160,4
3.Vj.	158,5	164,9	147,4	194,9	131,1	149,5	151,9	148,3	140,1
4.Vj.	148,8	161,7	149,0	193,0	116,2	130,9	109,7	142,3	125,0
1991 1.Vj.	144,2	155,0	143,0	189,8	100,6	129,1	88,8	150,8	147,5
2.Vj.	178,5	186,9	172,5	222,8	134,2	166,8	159,8	170,7	159,2

[1] Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2] Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

noch Tabelle 55*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

b) Volumenindex 1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau			Tiefbau		
		zusammen	Wohnungs-bau	sonstiger Hochbau	zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
1971	133,1	151,3	191,7	127,1	108,5	114,7	105,3
1972	133,7	156,9	218,6	121,7	103,1	111,0	98,8
1973	122,2	137,8	168,4	119,1	101,1	112,2	95,4
1974	103,3	111,5	121,7	104,0	91,4	104,4	84,4
1975	108,8	116,7	125,6	109,9	97,1	105,3	93,0
1976	99,4	108,6	129,2	95,5	86,5	102,2	78,2
1977	110,2	115,0	147,6	95,5	103,1	124,6	91,7
1978	128,5	135,7	183,3	107,6	118,6	136,5	109,0
1979	132,5	141,6	183,2	117,1	119,8	134,2	112,1
1980	122,7	133,0	162,5	115,6	108,3	109,2	107,8
1981	100,4	114,3	137,8	100,4	81,1	83,6	79,8
1982	100,3	111,7	136,2	97,2	84,6	88,7	82,5
1983	110,0	124,4	162,8	101,7	90,1	92,3	88,9
1984	102,3	106,0	128,7	92,7	97,2	97,6	97,0
1985	100	100	100	100	100	100	100
1986	107,2	105,8	93,8	112,9	109,1	102,1	112,8
1987	102,8	102,3	86,9	111,4	103,4	98,8	105,9
1988	110,7	112,4	95,6	122,3	108,3	103,1	111,1
1989	122,5	125,0	107,0	135,5	119,0	112,6	122,4
1990	132,3	138,5	125,9	146,0	123,7	118,0	126,8
1984 1.Vj.	93,7	106,0	141,5	85,0	76,5	67,9	81,1
2.Vj.	112,9	115,0	147,1	96,1	109,9	120,0	104,4
3.Vj.	112,4	109,5	118,9	104,0	116,3	125,7	111,3
4.Vj.	90,5	93,6	107,3	85,5	86,2	76,7	91,3
1985 1.Vj.	79,9	81,5	86,3	78,7	77,7	63,7	85,2
2.Vj.	114,5	112,7	113,8	112,1	117,0	128,2	111,0
3.Vj.	115,1	114,6	109,9	117,4	115,6	126,1	110,0
4.Vj.	90,6	91,2	90,2	91,8	89,7	82,0	93,9
1986 1.Vj.	84,9	85,6	84,1	86,6	83,8	63,3	94,9
2.Vj.	123,1	118,7	111,8	122,8	129,3	129,7	129,1
3.Vj.	126,7	125,3	97,6	141,7	128,7	132,1	126,8
4.Vj.	93,9	93,5	81,6	100,4	94,4	83,0	100,5
1987 1.Vj.	81,5	84,7	72,6	91,9	77,0	60,7	85,8
2.Vj.	114,3	111,5	96,4	120,5	118,1	119,9	117,1
3.Vj.	117,0	113,5	95,6	124,0	121,9	130,9	117,1
4.Vj.	98,3	99,6	83,0	109,3	96,6	83,9	103,5
1988 1.Vj.	95,1	102,1	86,8	111,1	85,3	69,9	93,6
2.Vj.	121,5	122,8	108,4	131,3	119,7	128,2	115,1
3.Vj.	125,0	121,7	103,2	132,7	129,5	128,5	130,1
4.Vj.	101,2	103,1	84,0	114,3	98,6	85,7	105,6
1989 1.Vj.	104,3	110,0	96,9	117,8	96,4	76,4	107,3
2.Vj.	134,8	133,6	112,0	146,3	136,6	143,1	133,0
3.Vj.	133,4	132,1	107,7	146,4	135,1	134,5	135,4
4.Vj.	117,4	124,2	111,6	131,5	107,9	96,3	114,1
1990 1.Vj.	124,5	135,2	121,7	143,1	109,6	94,8	117,5
2.Vj.	141,3	141,4	129,3	148,6	141,2	148,9	137,0
3.Vj.	136,6	140,7	126,2	149,3	130,8	133,2	129,5
4.Vj.	127,0	136,8	126,5	142,9	113,3	95,2	123,1
1991 1.Vj.	121,0	129,2	119,3	135,0	109,7	75,6	128,1
2.Vj.	145,9	151,4	139,5	158,4	138,2	132,6	141,3

Tabelle 56*

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private[1]	öffentliche[2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau[2]
				Auftraggeber					
1971	92,5	112,2	138,6	86,9	111,9	68,0	83,9	61,6	77,2
1972	97,0	124,3	175,0	87,8	105,0	63,9	82,8	56,0	68,1
1973	96,9	120,7	159,6	89,8	110,2	67,6	90,6	58,1	71,6
1974	83,2	94,1	97,3	74,5	119,9	69,3	99,9	56,7	74,7
1975	82,2	93,5	89,9	80,0	119,5	67,7	92,2	57,7	77,8
1976	82,7	94,5	105,1	80,0	100,1	67,8	84,7	60,8	81,7
1977	78,3	86,0	94,7	75,4	89,9	68,7	95,9	57,6	77,7
1978	99,5	106,6	129,0	84,0	108,2	90,6	120,3	78,4	107,1
1979	124,7	136,4	167,5	107,0	135,0	110,2	146,3	95,3	128,6
1980	129,4	143,2	167,7	117,4	146,4	112,3	132,4	104,1	135,1
1981	121,0	139,8	157,5	117,0	149,5	97,6	107,7	93,4	114,6
1982	107,2	126,2	142,0	112,2	123,7	83,6	93,2	79,6	94,5
1983	115,5	139,8	172,5	126,5	108,0	85,3	88,7	83,9	91,0
1984	107,0	116,9	138,5	105,7	100,0	94,6	96,6	93,7	95,1
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	105,7	105,4	90,0	117,1	111,0	105,9	101,9	107,7	109,8
1987	106,5	110,6	84,0	132,6	117,2	101,3	101,9	101,1	107,7
1988	109,3	119,3	87,9	149,9	119,0	96,8	101,3	94,9	109,4
1989	119,3	131,9	99,7	172,4	116,0	103,7	105,8	102,8	120,4
1990	141,5	160,1	132,2	207,2	125,4	118,4	125,9	115,2	135,1
1984 Mär	116,0	134,9	171,0	117,5	104,7	92,5	93,7	91,9	94,5
Jun	113,7	124,0	150,3	111,5	101,2	100,9	107,6	98,1	100,4
Sep	106,7	113,3	127,3	105,2	103,8	98,5	105,6	95,6	96,9
Dez	91,4	95,4	105,3	88,7	90,4	86,4	79,5	89,2	88,7
1985 Mär	101,2	101,6	108,7	98,3	95,5	100,5	97,9	101,6	100,1
Jun	106,1	105,5	107,0	107,8	99,0	106,9	110,7	105,3	102,8
Sep	101,4	102,2	98,9	102,1	107,8	100,4	106,2	98,0	100,2
Dez	91,3	90,7	85,3	91,8	97,6	92,2	85,2	95,0	96,9
1986 Mär	103,7	101,3	96,3	103,7	105,3	106,6	103,2	108,1	109,9
Jun	111,9	108,4	100,9	114,0	111,2	116,2	115,5	116,6	119,7
Sep	111,1	112,3	88,7	131,5	118,6	109,7	108,0	110,4	112,5
Dez	95,9	99,7	73,9	119,3	109,0	91,2	80,7	95,5	96,9
1987 Mär	110,0	112,7	86,8	133,7	119,6	106,8	103,4	108,1	113,6
Jun	112,8	115,6	86,9	139,4	122,8	109,3	113,5	107,5	112,3
Sep	107,4	111,4	84,0	135,1	116,5	102,3	105,7	100,9	108,2
Dez	95,6	102,6	78,2	122,0	109,9	86,8	84,8	87,7	96,5
1988 Mär	108,4	115,6	85,2	146,1	113,9	99,4	101,5	98,5	109,7
Jun	114,1	124,0	93,3	154,4	123,1	101,7	112,5	97,2	110,3
Sep	111,7	121,9	90,8	151,4	123,1	99,1	105,5	96,5	112,5
Dez	102,8	115,6	82,4	147,7	115,8	86,9	85,7	87,4	105,2
1989 Mär	112,9	125,0	94,7	162,8	110,5	97,7	98,1	97,6	114,3
Jun	123,6	135,8	98,9	183,4	115,7	108,5	114,9	105,8	122,9
Sep	123,1	135,0	100,8	175,1	123,1	108,4	113,0	106,5	123,8
Dez	117,6	131,8	104,4	168,3	114,7	100,0	97,0	101,2	120,5
1990 Mär	133,5	149,0	121,8	193,5	117,8	114,3	116,7	113,3	134,5
Jun	144,5	161,3	130,8	210,5	127,7	123,6	138,5	117,4	140,3
Sep	145,2	165,1	136,4	212,1	132,2	120,4	132,0	115,6	136,4
Dez	142,6	164,8	139,8	212,8	123,8	115,1	116,4	114,5	129,0
1991 Mär	158,3	179,5	153,7	232,9	130,4	132,0	128,7	133,4	150,8
Jun	166,2	187,8	157,9	248,9	132,4	139,5	140,4	139,1	159,5

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 57*

Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe[1])

Zeitraum[2])	Umsatz[3]) insgesamt	Wohnungsbau	landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	Verkehrsbau und öffentlicher Bau	Beschäftigte[4])	Geleistete Arbeitsstunden[5])	Nettoproduktionsindex[6])
	Mio DM				1 000	Mio	Index[7])
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	46 358	18 088	9 164	19 105	1 503	2 561	92,9
1968	29 711	11 451	6 487	11 772	1 524	2 556	86,7
1969	44 648	16 606	10 078	17 964	1 543	2 520	94,8
1970	57 578	20 092	13 794	23 692	1 567	2 606	104,8
1971	70 004	25 562	17 880	26 562	1 583	2 627	108,3
1972	77 560	30 959	18 651	27 950	1 571	2 614	115,9
1973	81 078	32 963	19 914	28 201	1 546	2 435	116,8
1974	78 794	29 984	18 490	30 320	1 387	2 139	108,7
1975	75 370	26 697	17 570	31 103	1 242	1 890	96,6
1976	78 398	28 326	19 359	30 712	1 222	1 844	96,0
1977	86 128	32 767	20 467	32 894	1 168	1 722	95,2
1978	77 984	29 497	19 276	29 211	1 190	1 687	116,5
1979	92 080	34 703	22 770	34 606	1 240	1 724	122,2
1980	112 484	42 617	28 702	41 166	1 263	1 745	121,9
1981	110 929	41 713	28 937	40 279	1 226	1 614	111,2
1982	104 665	38 651	28 026	37 988	1 152	1 523	106,8
1983	106 390	40 871	29 139	36 379	1 122	1 480	107,4
1984	108 950	42 713	30 433	35 803	1 106	1 461	108,9
1985	99 976	34 081	29 443	36 452	1 026	1 269	100
1986	104 526	33 140	31 686	39 701	1 003	1 279	106,3
1987	106 094	32 354	33 750	39 990	985	1 237	105,8
1988	115 723	36 023	37 890	41 810	996	1 290	110,3
1989	124 531	38 827	42 453	43 252	999	1 313	117,6
1990	139 665	45 910	47 725	46 030	1 034	1 347	124,1
1990 1. Vj.	24 880	8 243	9 057	7 581	986	293	103,9
2. Vj.	34 067	11 372	11 500	11 195	1 036	359	131,7
3. Vj.	37 748	12 234	12 829	12 685	1 058	362	135,6
4. Vj.	42 969	14 061	14 339	14 569	1 053	332	125,4
1991 1. Vj.	25 549	8 598	9 534	7 417	1 011	262	97,7
2. Vj.	38 679	13 177	13 368	12 134	1 050	368	137,5
3. Vj.	...	...	...	...	...	...	140,6

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1967 (Nettoproduktionsindex bis 1969). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff. — [2]) 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West). — [3]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte. — [4]) Bis 1976 ohne, ab 1977 einschließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen. — [5]) Von Inhabern, Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden. — [6]) Für Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile. Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, ab Index 1985 = 100 arbeitstäglich bereinigt. — [7]) Von 1962 bis 1969: Basis 1970 = 100. Von 1970 bis 1975: Basis 1976 = 100. Von 1976 bis 1977: Basis 1980 = 100. Ab 1978: Basis 1985 = 100.

Einzelhandelsumsatz

Tabelle 58*

1986 = 100

Zeitraum[1]	Insgesamt	Darunter Einzelhandel mit							
		Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	Einrichtungsgegenständen[2]	elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	pharmazeutischen, kosmetischen und med. Erzeugnissen	Kraft- und Schmierstoffen[3]	Fahrzeugen[4]
	in jeweiligen Preisen								
1970	42,2	40,7	47,2	44,4	46,2	41,5	39,9	38,7	39,2
1971	46,5	44,7	52,4	50,9	51,3	45,8	43,9	44,3	41,6
1972	51,0	48,9	57,8	57,6	58,2	49,1	47,6	47,2	43,4
1973	54,7	53,0	59,7	61,8	62,1	52,4	51,8	54,7	42,6
1974	57,7	55,8	63,0	64,2	67,8	55,4	56,6	56,1	39,6
1975	62,9	59,9	67,9	66,9	69,2	59,2	61,3	58,8	50,5
1976	67,3	64,8	69,9	70,6	71,5	62,3	64,8	66,9	58,6
1977	72,2	69,3	74,5	78,8	77,6	67,4	67,2	67,9	66,9
1978	76,0	72,5	79,2	82,2	79,4	71,7	70,4	75,0	72,6
1979	80,7	76,3	81,8	85,9	79,9	77,6	73,2	91,6	75,4
1980	85,3	82,6	88,7	92,9	86,4	84,0	77,4	96,0	72,2
1981	88,5	88,5	90,1	94,4	90,4	87,0	81,6	115,5	72,7
1982	89,4	92,8	88,3	91,5	91,5	88,6	82,9	115,2	73,7
1983	92,5	94,7	90,3	95,7	92,9	91,2	87,6	112,2	82,7
1984	94,9	96,8	92,8	98,3	94,8	93,6	92,2	119,3	84,9
1985	97,2	98,3	96,3	96,2	96,6	96,9	96,4	117,7	87,7
1986	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1987	104,2	102,0	102,9	108,7	104,8	104,8	105,5	98,1	109,0
1988	108,3	106,1	103,1	118,3	109,3	112,5	112,2	109,6	114,8
1989	113,5	111,5	104,7	127,0	113,1	118,7	114,0	125,5	125,1
1990	125,7	120,8	114,9	138,5	129,7	130,3	122,6	136,1	147,1
1990 1.Vj.	113,0	111,7	99,5	125,4	113,5	115,4	115,8	122,3	132,4
2.Vj.	120,4	120,3	105,8	130,5	108,4	110,3	120,2	128,6	151,3
3.Vj.	123,9	120,8	109,6	130,4	123,0	125,0	119,4	142,5	151,2
4.Vj.	145,5	130,3	144,5	167,6	173,9	170,7	135,0	150,9	153,4
1991 1.Vj.	128,9	116,3	111,8	138,9	123,9	134,7	126,7	137,5	171,8
2.Vj.	136,0	122,3	115,2	150,0	118,4	130,8	131,3	151,8	201,3
3.Vj.	129,9	123,4	114,9	144,0	116,6	141,6	130,6	154,2	162,3
	in Preisen von 1980								
1970	78,0	70,7	95,9	86,8	67,9	77,8	68,4	.	80,2
1971	82,4	75,2	100,3	95,0	73,4	80,5	72,2	.	79,6
1972	86,0	78,2	104,5	103,7	80,7	83,7	75,2	.	79,8
1973	86,7	79,5	100,7	105,3	81,3	85,0	78,4	.	75,5
1974	85,2	79,9	98,7	101,9	81,3	83,4	81,1	.	65,7
1975	88,1	81,1	101,3	101,1	79,9	83,0	83,6	.	78,2
1976	91,2	84,1	101,2	103,2	81,8	84,3	86,1	.	88,0
1977	94,1	85,8	102,9	110,8	88,1	88,6	86,7	.	97,5
1978	97,0	88,9	104,9	111,7	89,1	92,3	89,9	.	103,0
1979	99,5	92,6	103,7	112,8	87,7	98,2	90,7	.	103,4
1980	99,7	96,2	106,3	113,5	86,5	102,4	91,7	98,6	94,6
1981	98,0	98,1	102,7	107,4	88,4	101,0	93,6	104,5	90,4
1982	94,5	97,3	96,4	99,6	88,0	97,6	91,5	103,2	86,9
1983	95,4	96,9	96,0	101,2	90,1	97,1	93,3	99,5	91,8
1984	95,8	97,6	96,4	101,6	92,5	98,4	96,0	103,9	90,0
1985	96,5	98,5	97,9	97,5	95,4	99,9	97,8	99,8	90,1
1986	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1987	103,7	102,8	101,6	107,3	106,3	102,5	104,3	100,2	105,9
1988	107,2	107,0	100,7	115,3	112,4	108,8	109,2	112,9	108,5
1989	109,6	109,8	100,8	121,6	116,7	113,3	109,4	117,0	115,4
1990	118,7	115,6	109,1	129,6	134,1	122,1	117,2	122,6	132,6
1990 1.Vj.	107,6	107,7	95,2	118,4	117,4	110,1	111,0	113,6	120,6
2.Vj.	113,7	114,1	100,8	122,6	111,8	104,2	114,4	120,5	137,4
3.Vj.	117,0	115,5	104,1	122,0	127,3	116,4	114,4	127,1	136,7
4.Vj.	136,6	125,0	136,3	155,5	179,9	157,5	128,8	129,0	135,9
1991 1.Vj.	119,6	112,1	105,1	127,9	127,9	124,2	120,3	122,1	151,9
2.Vj.	125,0	114,5	107,3	137,0	121,6	120,2	124,0	135,6	175,3
3.Vj.	118,7	115,2	106,6	130,5	119,6	129,0	122,9	118,6	139,4

[1] Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [2] Ohne elektrotechnische Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgroßgeräte. — [3] In Unternehmen mit dem Absatzschwerpunkt Kraft- und Schmierstoffe. — [4] Einschließlich Fahrzeugteilen und Fahrzeugreifen.

Tabelle 59*

Zahlungs

Mio

Zeitraum	Leistungsbilanz						
	insgesamt	Handelsbilanz [1]	Ergänzungen zum Warenverkehr [2] und Transithandel	Dienstleistungsbilanz [3]		Übertragungsbilanz [5]	
				zusammen	darunter Reiseverkehr [4]	zusammen	darunter Nettobeitrag zum EG-Haushalt [7]
1950	− 323	− 3 012	− 50	+ 674	+ 50	+ 2 065	−
1951	+ 2 485	− 149	− 66	+ 1 171	+ 57	+ 1 529	−
1952	+ 2 726	+ 706	− 77	+ 1 937	+ 30	+ 160	−
1953	+ 4 148	+ 2 516	− 121	+ 2 204	+ 13	− 451	−
1954	+ 4 015	+ 2 698	− 169	+ 1 960	+ 180	− 474	−
1955	+ 2 676	+ 1 245	− 249	+ 2 514	+ 282	− 834	−
1956	+ 4 986	+ 2 897	− 306	+ 3 616	+ 486	− 1 221	−
1957	+ 6 538	+ 4 083	− 281	+ 4 618	+ 498	− 1 882	−
1958	+ 6 628	+ 4 954	− 417	+ 4 091	− 129	− 2 000	− 18
1959	+ 4 824	+ 5 361	− 580	+ 3 322	− 616	− 3 279	− 56
1960	+ 5 612	+ 5 223	− 187	+ 4 064	− 979	− 3 488	− 55
1961	+ 4 033	+ 6 615	− 451	+ 2 299	− 1 439	− 4 430	− 65
1962	− 686	+ 3 477	− 576	+ 1 623	− 2 316	− 5 210	− 103
1963	+ 1 956	+ 6 032	− 565	+ 1 584	− 2 138	− 5 095	− 127
1964	+ 1 586	+ 6 081	− 900	+ 1 716	− 2 154	− 5 311	− 144
1965	− 5 036	+ 1 203	− 442	+ 580	− 2 766	− 6 377	− 162
1966	+ 1 712	+ 7 958	− 701	+ 750	− 3 403	− 6 295	− 233
1967	+ 11 428	+ 16 862	− 452	+ 1 440	− 3 034	− 6 422	− 430
1968	+ 13 187	+ 18 372	− 702	+ 2 829	− 3 106	− 7 312	− 1 026
1969	+ 8 835	+ 15 584	− 422	+ 2 423	− 3 888	− 8 750	− 1 312
1970	+ 4 784	+ 15 670	− 1 601	+ 474	− 5 377	− 9 759	− 450
1971	+ 3 346	+ 15 892	+ 145	− 2 380	− 7 278	−10 311	− 454
1972	+ 3 837	+ 20 278	− 240	− 4 146	− 8 693	−12 056	− 1 173
1973	+ 13 403	+ 32 979	+ 559	− 6 415	−11 308	−13 720	− 1 929
1974	+ 27 286	+ 50 846	− 406	− 7 999	−12 393	−15 155	− 1 741
1975	+ 10 647	+ 37 276	− 1 004	− 8 325	−14 248	−17 300	− 3 491
1976	+ 9 324	+ 34 469	− 638	− 6 349	−14 035	−18 157	− 3 332
1977	+ 9 314	+ 38 436	− 435	−11 045	−15 923	−17 642	− 3 695
1978	+ 17 883	+ 41 200	+ 774	− 5 898	−17 761	−18 193	− 2 283
1979	− 9 925	+ 22 429	− 544	−11 305	−20 138	−20 506	− 4 103
1980	− 25 125	+ 8 947	− 489	−10 118	−22 539	−23 466	− 4 099
1981	− 8 026	+ 27 720	− 183	−10 745	−23 417	−24 817	− 6 412
1982	+ 12 408	+ 51 277	+ 780	−13 720	−24 427	−25 928	− 7 510
1983	+ 13 540	+ 42 089	+ 3 270	− 6 614	−23 168	−25 205	− 6 017
1984	+ 27 940	+ 53 966	− 1 052	+ 4 748	−23 118	−29 723	− 7 272
1985	+ 48 327	+ 73 353	− 1 337	+ 5 402	−23 732	−29 091	− 8 343
1986	+ 85 793	+112 619	− 1 468	+ 1 698	−25 365	−27 056	− 8 236
1987	+ 82 462	+117 735	− 1 122	− 5 045	−27 857	−29 107	−10 391
1988	+ 88 749	+128 045	+ 1 196	− 8 501	−28 699	−31 991	−13 014
1989	+107 619	+134 576	− 1 134	+ 8 217	−28 056	−34 040	−13 367
1990 [11]	+ 77 431	+105 382	− 672	+ 8 353	−30 948	−35 632	−11 635
1990 1. Vj.	+ 31 764	+ 36 977	− 369	+ 3 051	− 5 837	− 7 895	− 2 746
2. Vj. [11]	+ 17 889	+ 27 834	− 826	− 73	− 7 611	− 9 045	− 3 516
3. Vj.	+ 14 954	+ 25 384	+ 308	− 1 991	−12 006	− 8 747	− 2 657
4. Vj.	+ 12 824	+ 15 187	+ 215	+ 7 366	− 5 494	− 9 944	− 2 716
1991 1. Vj.	− 9 313	+ 6 761	+ 602	+ 5 597	− 6 554	−22 273	− 4 198
2. Vj.	− 10 742	− 1 792	+ 1 947	− 401	− 7 715	−10 497	− 3 960
3. Vj.	− 10 515	+ 4 887	+ 376	− 4 366	−13 214	−11 411	...

[1] Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[2] Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung.
[3] Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten.
[4] Einschließlich der der Bundesbank von den Zentralbanken wichtiger europäischer Reisezielländer mitgeteilten An- und Verkäufe von DM-Noten.
[5] Eigene Leistungen: −.
[6] Kapitalexport: −.
[7] Ohne den besonderen Währungsausgleich bei der Ausfuhr nach Großbritannien, Italien, Griechenland und der Republik Irland. Die Währungsausgleichsbeträge für Einfuhren dieser Staaten aus anderen EG-Ländern werden über den ausführenden und nicht wie sonst üblich über den einführenden Mitgliedsstaat ausbezahlt.

bilanz

DM

Kapitalbilanz [6]			Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen [8]	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank [9]	Devisenbilanz [10]	Zeitraum
insgesamt	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr				
+ 637	+ 488	+ 149	− 878	—	− 564	1950
− 543	− 79	− 464	+ 96	—	+ 2 038	1951
+ 6	− 357	+ 363	+ 168	—	+ 2 900	1952
− 698	− 378	− 320	+ 196	—	+ 3 646	1953
− 706	− 438	− 268	− 338	—	+ 2 971	1954
− 640	− 271	− 369	− 185	—	+ 1 851	1955
− 162	− 365	+ 203	+ 186	—	+ 5 010	1956
− 1 655	− 390	− 1 265	+ 239	—	+ 5 122	1957
− 2 729	− 1 437	− 1 292	− 455	—	+ 3 444	1958
− 6 398	− 3 629	− 2 769	− 118	—	− 1 692	1959
+ 2 272	− 81	+ 2 353	+ 135	—	+ 8 019	1960
− 5 009	− 4 053	− 956	+ 154	− 1 475	− 2 297	1961
− 597	− 183	− 414	+ 406	—	− 877	1962
+ 620	+ 1 806	− 1 186	+ 164	—	+ 2 740	1963
− 1 325	− 894	− 431	+ 174	—	+ 435	1964
+ 3 542	+ 1 137	+ 2 405	+ 211	—	− 1 283	1965
+ 1	− 342	+ 343	+ 239	—	+ 1 952	1966
− 11 848	− 2 930	− 8 918	+ 280	—	− 140	1967
− 6 125	− 11 201	+ 5 076	− 53	—	+ 7 009	1968
− 18 679	− 23 040	+ 4 361	− 418	− 4 099	−14 361	1969
+ 16 713	− 934	+ 17 647	+ 415	+ 738	+22 650	1970
+ 8 730	+ 6 293	+ 2 438	+ 4 280	− 5 370	+10 986	1971
+ 10 321	+ 15 551	− 5 231	+ 1 533	− 495	+15 195	1972
+ 10 725	+ 12 950	− 2 224	+ 2 300	−10 279	+16 149	1973
− 28 772	− 6 282	− 22 490	− 419	− 7 231	− 9 136	1974
− 12 560	− 18 231	+ 5 671	− 307	+ 5 480	+ 3 260	1975
− 1 074	− 780	− 294	+ 539	− 7 489	+ 1 301	1976
+ 1 579	− 12 611	+ 14 190	− 442	− 7 880	+ 2 570	1977
+ 6 228	− 2 805	+ 9 033	− 4 339	− 7 586	+12 185	1978
+ 9 438	+ 12 200	− 2 762	− 4 466	− 2 334	− 7 288	1979
− 404	+ 5 807	− 6 211	− 2 365	+ 2 164	−25 730	1980
+ 5 756	+ 8 386	− 2 630	− 14	+ 3 561	+ 1 278	1981
− 3 150	− 14 156	+ 11 005	− 6 180	− 411	+ 2 667	1982
− 18 435	− 6 979	− 11 456	+ 820	+ 2 430	− 1 644	1983
− 37 491	− 19 827	− 17 663	+ 6 451	+ 2 118	− 981	1984
− 54 564	− 12 865	− 41 699	+ 8 080	− 3 104	− 1 261	1985
− 82 551	+ 33 416	−115 967	+ 2 722	− 3 150	+ 2 814	1986
− 38 997	− 21 973	− 17 024	− 2 245	− 9 303	+31 916	1987
−127 589	− 86 837	− 40 752	+ 4 164	+ 2 158	−32 519	1988
−136 165	− 23 251	−112 914	+ 9 550	− 2 564	−21 560	1989
						[11]
− 94 479	− 68 502	− 25 976	+28 023	− 5 105	+ 5 871	1990
− 38 041	− 37 236	− 805	+ 7 794	− 167	+ 1 351	1990 1. Vj.
− 23 211	− 16 480	− 6 731	+ 8 908	− 206	+ 3 380	2. Vj.
						[11]
− 20 210	− 22 707	+ 2 497	+ 6 785	+ 133	+ 1 661	3. Vj.
− 13 017	+ 7 921	− 20 937	+ 4 536	− 4 865	− 522	4. Vj.
− 5 668	− 16 629	+ 10 962	+ 7 765	+ 1 146	− 6 069	1991 1. Vj.
+ 7 620	− 23 937	+ 31 557	+ 3 742	+ 570	+ 1 190	2. Vj.
. . .	− 784	. . .	. . .	+ 249	+ 3 734	3. Vj.

[8] Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).
[9] Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Änderungen des DM-Wertes der auf Fremdwährung lautenden Aktiva und Passiva der Bundesbank durch Neubewertung zum Jahresende und Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenausweis der Bundesbank zu Bilanzkursen ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition.
[10] Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank (Zunahme: +). Ab 1982 bewertet zu Bilanzkursen.
[11] Ab Juli 1990 einschließlich Transaktionen des Gebietes der ehemaligen DDR mit dem Ausland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 66

Kapitalverkehr

(Kapital

Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalverkehr[2]							
	insgesamt	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: −)				ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
		zusammen	Direktinvestitionen[3] und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4] und Wertpapieranlagen[5]	sonstige Anlagen[6]	zusammen[7]	Direktinvestitionen[3] und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4] und Wertpapieranlagen[5]
1960	− 81	− 2 491	− 733	− 1 578	− 180	+ 2 410	+ 807	+ 2 033
1961	− 4 053	− 3 139	− 1 002	− 1 247	− 890	− 914	+ 1 178	+ 1 253
1962	− 183	− 2 841	− 1 335	− 1 506	− 0	+ 2 658	+ 1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	− 2 849	− 1 033	− 1 788	− 28	+ 4 655	+ 1 931	+ 3 009
1964	− 894	− 3 613	− 1 372	− 2 197	− 44	+ 2 719	+ 2 444	+ 367
1965	+ 1 137	− 3 418	− 1 448	− 1 864	− 106	+ 4 555	+ 3 557	+ 1 087
1966	− 342	− 4 273	− 1 616	− 2 463	− 194	+ 3 931	+ 3 953	+ 1 064
1967	− 2 930	− 5 105	− 1 502	− 3 499	− 104	+ 2 175	+ 3 285	− 1 010
1968	−11 201	− 13 503	− 2 185	−11 305	− 13	+ 2 302	+ 2 087	+ 323
1969	−23 040	− 24 444	− 3 142	−21 292	− 10	+ 1 404	+ 1 989	− 465
1970	− 934	− 10 931	− 3 580	− 6 930	− 421	+ 9 997	+ 2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	− 6 136	− 4 230	− 1 555	− 350	+12 428	+ 3 827	+ 8 667
1972	+15 551	− 959	− 5 760	+ 4 948	− 147	+16 510	+ 6 054	+10 706
1973	+12 950	− 2 902	− 5 186	+ 2 678	− 394	+15 852	+ 5 465	+10 414
1974	− 6 282	− 11 564	− 5 482	− 5 555	− 527	+ 5 282	+ 5 609	− 289
1975	−18 231	− 24 116	− 5 353	−18 155	− 608	+ 5 886	+ 1 651	+ 4 290
1976	− 780	− 19 397	− 6 576	−12 576	− 244	+18 618	+ 3 324	+15 377
1977	−12 611	− 22 338	− 5 551	−16 525	− 262	+ 9 727	+ 2 188	+ 7 583
1978	− 2 805	− 23 521	− 7 835	−15 321	− 365	+20 716	+ 3 202	+17 546
1979	+12 200	− 20 316	− 9 108	−10 788	− 419	+32 516	+ 3 180	+29 344
1980	+ 5 807	− 28 101	− 8 542	−18 772	− 787	+33 908	+ 622	+33 366
1981	+ 8 386	− 26 874	−10 129	−15 672	−1 073	+35 260	+ 743	+34 497
1982	−14 156	− 28 328	− 7 329	−20 048	− 951	+14 172	+ 1 831	+12 291
1983	− 6 979	− 36 492	− 9 397	−25 074	−2 022	+29 513	+ 4 369	+25 148
1984	−19 827	− 45 044	−13 482	−29 988	−1 573	+25 216	+ 1 521	+23 664
1985	−12 865	− 61 704	−15 131	−44 601	−1 972	+48 839	+ 1 626	+47 223
1986	+33 416	− 55 438	−21 885	−31 600	−1 953	+88 854	+ 2 473	+86 386
1987	−21 973	− 62 173	−17 399	−43 068	−1 706	+40 200	+ 3 270	+36 841
1988	−86 837	− 97 927	−21 207	−75 101	−1 619	+11 090	+ 1 832	+ 9 275
1989 [11]	−23 252	− 94 110	−27 656	−64 400	−2 054	+70 859	+12 497	+58 380
1990	−68 502	−106 857	−37 331	−67 272	−2 254	+38 355	+ 2 399	+36 259
1990 1. Vj.	−37 236	− 37 414	−10 815	−25 922	− 676	+ 178	− 534	+ 807
2. Vj. [11]	−16 480	− 20 985	− 6 645	−13 672	− 668	+ 4 506	+ 3 039	+ 1 400
3. Vj.	−22 707	− 28 942	− 7 579	−20 786	− 577	+ 6 235	− 471	+ 6 712
4. Vj.	+ 7 921	− 19 516	−12 291	− 6 893	− 332	+27 437	+ 365	+27 341
1991 1. Vj.	−16 629	− 19 674	− 6 877	−12 094	− 703	+ 3 044	+ 541	+ 2 462
2. Vj.	−23 937	− 31 227	− 9 560	−20 546	−1 120	+ 7 289	+ 1 534	+ 5 743

[1] Der Kreditinstitute, Unternehmen, Privatpersonen und öffentlichen Stellen.
[2] Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit von mehr als 12 Monaten.
[3] Soweit erkennbar. Einschließlich langfristiger Kredite und reinvestierter Gewinne.
[4] Buchkredite, Schuldscheindarlehen, Bankguthaben, im Wege der Abtretung erworbene Forderungen u. ä. mit einer ursprünglichen Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als 12 Monaten; ohne Kredite zwischen verbundenen Unternehmen (Direktinvestitionen) und ohne in Wertpapieren verbriefte Forderungen.
[5] Ohne diejenigen Anteilspapiere, die bei den Direktinvestitionen erfaßt sind.
[6] Im wesentlichen Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen. — Ohne privaten Grunderwerb.
[7] Einschließlich „Sonstige Anlagen".

mit dem Ausland [1])

export: −)

DM

Kurzfristiger Kapitalverkehr [8])					
insgesamt	Kreditinstitute, Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Stellen	Zeitraum
	zusammen	Kreditinstitute [9])	Unternehmen und Privatpersonen [10])		
+ 2 353	+ 3 359	+ 2 369	+ 990	−1 006	1960
− 956	− 735	− 380	− 355	− 221	1961
− 414	− 254	− 259	+ 5	− 160	1962
− 1 186	− 1 177	+ 684	− 1 861	− 9	1963
− 431	+ 610	+ 85	+ 525	−1 041	1964
+ 2 405	+ 1 353	− 478	+ 1 831	+1 052	1965
+ 343	+ 6	− 574	+ 580	+ 337	1966
− 8 918	− 8 557	− 4 823	− 3 734	− 361	1967
+ 5 076	+ 3 891	+ 2 455	+ 1 436	+1 185	1968
+ 4 361	+ 4 390	+ 4 325	+ 65	− 29	1969
+ 17 647	+ 17 944	+ 7 927	+10 017	− 297	1970
+ 2 438	+ 979	+ 1 172	− 193	+1 458	1971
− 5 231	− 5 924	− 420	− 5 504	+ 694	1972
− 2 224	− 1 851	− 5 149	+ 3 298	− 373	1973
− 22 490	− 22 158	− 9 733	−12 425	− 332	1974
+ 5 671	+ 4 435	− 2 261	+ 6 696	+1 235	1975
− 294	− 741	+ 6 731	− 7 472	+ 447	1976
+ 14 190	+ 12 730	+ 8 120	+ 4 610	+1 461	1977
+ 9 033	+ 5 681	+10 089	− 4 408	+3 352	1978
− 2 762	− 3 653	+ 4 093	− 7 746	+ 890	1979
− 6 211	− 6 653	− 8 863	+ 2 210	+ 442	1980
− 2 630	− 4 474	−10 269	+ 5 795	+1 844	1981
+ 11 005	+ 11 318	+ 8 089	+ 3 229	− 313	1982
− 11 456	− 7 143	+ 1 777	− 8 920	−4 313	1983
− 17 663	− 16 034	+ 53	−16 087	−1 630	1984
− 41 699	− 41 831	−27 697	−14 134	+ 131	1985
−115 967	−115 703	−59 026	−56 677	− 264	1986
− 17 024	− 18 054	− 6 554	−11 500	+1 030	1987
− 40 752	− 41 596	−20 202	−21 394	+ 843	1988
−112 914	−108 288	−56 681	−51 607	−4 626	1989
− 25 976	− 19 778	+ 651	−20 429	−6 198	[11]) 1990
− 805	+ 2 604	+21 088	−18 484	−3 409	1990 1. Vj.
− 6 731	− 6 619	− 8 816	+ 2 197	− 112	2. Vj.
+ 2 497	+ 4 036	+ 5 553	− 1 517	−1 539	[11]) 3. Vj.
− 20 937	− 19 799	−17 174	− 2 625	−1 138	4. Vj.
+ 10 962	+ 16 110	+31 416	−15 306	−5 149	1991 1. Vj.
+ 31 557	+ 32 025	+24 429	+ 7 596	− 467	2. Vj.

[8]) Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit bis zu 12 Monaten. Handelskredite einschließlich der nicht ausgliederbaren langfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten.

[9]) Einschließlich Geldmarktanlagen, Wechseldiskontkredite und Ankauf von Auslandswechseln „à forfait"; Veränderungen des Bestandes an Gold und ausländischen Noten und Münzen und einschließlich Indossamentsverbindlichkeiten.

[10]) Einschließlich der Transaktionen inländischer Bausparkassen. Mutter-, Tochter- und Schwesterunternehmen im Ausland. Forderungen und Verbindlichkeiten aus Zahlungszielen und Auszahlungen im Waren- und Dienstleistungsverkehr.

[11]) Ab Juli 1990 einschließlich Transaktionen des Gebietes der ehemaligen DDR mit dem Ausland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 61*

Außenhandel (Spezialhandel)[1]

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum[2]	Tatsächliche Werte		Volumen[3]		Durchschnittswerte		Terms of Trade[4]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1980 = 100		
1950	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952	16 909	16 203	33 714	21 478	50,2	75,4	66,6
1953	18 526	16 010	37 071	23 615	50,0	67,8	73,7
1954	22 035	19 337	43 643	29 065	50,5	66,5	75,9
1955	25 717	24 472	50 051	36 461	51,4	67,1	76,6
1956	30 861	27 964	57 425	41 342	53,7	67,6	79,4
1957	35 968	31 697	64 815	45 763	55,5	69,3	80,1
1958	36 998	31 133	67 923	50 868	54,5	61,2	89,1
1959	41 184	35 823	74 665	60 769	55,2	59,0	93,6
1960	47 946	42 723	85 537	71 566	56,1	59,7	94,0
1961	50 978	44 363	90 916	78 033	56,1	56,9	98,6
1962	52 975	49 498	93 626	91 588	56,6	54,0	104,8
1963	58 310	52 277	98 252	99 766	59,3	52,4	113,2
1964	64 920	58 839	112 142	111 660	57,9	52,7	109,9
1965	71 651	70 448	120 482	129 128	59,5	54,6	109,0
1966	80 628	72 670	132 535	133 319	60,8	54,5	111,6
1967	87 045	70 183	141 812	132 321	61,4	53,0	115,8
1968	99 551	81 179	163 682	153 669	60,8	52,8	115,2
1969	113 557	97 972	181 095	178 733	62,7	54,8	114,4
1970	125 276	109 606	207 228	211 835	60,5	51,7	117,0
1971	136 011	120 119	216 319	229 362	62,9	52,4	120,0
1972	149 023	128 744	229 974	244 156	64,8	52,7	123,0
1973	178 396	145 417	262 212	257 577	68,0	56,5	120,4
1974	230 578	179 733	290 828	247 507	79,3	72,6	109,2
1975	221 589	184 313	258 228	246 683	85,8	74,7	114,9
1976	256 642	222 173	306 336	290 637	83,8	76,4	109,7
1977	273 614	235 178	318 536	297 178	85,9	79,1	108,6
1978	284 907	243 707	328 705	317 408	86,7	76,8	112,9
1979	314 469	292 040	344 493	341 479	91,3	85,5	106,8
1980	350 328	341 380	350 328	341 380	100	100	100
1981	396 898	369 179	373 420	324 425	106,3	113,8	93,4
1982	427 741	376 464	385 635	328 677	110,9	114,5	96,9
1983	432 281	390 192	384 538	341 827	112,4	114,1	98,5
1984	488 223	434 257	419 769	359 473	116,3	120,8	96,3
1985	537 164	463 811	444 575	374 428	120,8	123,9	97,5
1986	526 363	413 744	450 479	397 506	116,8	104,1	112,2
1987	527 377	409 641	463 435	418 801	113,8	97,8	116,4
1988	567 654	439 609	494 265	445 382	114,8	98,7	116,3
1989	641 041	506 465	534 413	477 813	120,0	106,0	113,2
1990	642 785	550 628	542 022	532 864	118,6	103,3	114,8
1990 1. Vj.	169 011	132 034	142 492	127 079	118,6	103,9	114,1
2. Vj.	158 774	130 941	133 532	128 844	118,9	101,6	117,1
3. Vj.	151 853	132 723	127 609	129 173	119,0	102,8	115,8
4. Vj.	163 146	154 930	138 368	147 768	118,0	104,8	112,5
1991 1. Vj.	160 767	155 833	137 556	150 800	116,9	103,3	113,1
2. Vj.	158 848	161 442	134 731	152 954	117,9	105,5	111,8

[1] Ausfuhr fob, Einfuhr cif.
[2] Von 1950 bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.
[3] Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1980.
[4] Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH der Durchschnittswerte der Einfuhr.

Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik[1])

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[2])	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser[3])	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	Investitionsgüter[4])	Verbrauchsgüter[4])
					Ausfuhr					
1970	125 276	1 712	3 065	8	2 839	33 985	67 691	14 000	31 684	17 177
1971	136 011	1 564	3 963	5	3 008	35 420	74 103	15 583	34 821	19 315
1972	149 023	2 002	4 446	3	2 964	37 502	82 565	17 284	40 098	20 808
1973	178 396	2 571	6 124	2	3 308	47 563	95 878	20 733	45 457	24 368
1974	230 578	2 448	8 390	2	5 243	74 077	113 206	24 409	53 633	26 141
1975	221 589	2 632	8 535	3	4 903	60 961	117 926	22 883	58 544	25 215
1976	256 642	3 052	9 359	339	4 660	67 252	139 338	28 637	61 245	33 826
1977	273 614	3 044	11 676	256	4 588	68 143	150 134	30 551	64 468	37 706
1978	284 907	2 870	11 878	332	6 527	72 608	153 307	32 243	64 083	38 863
1979	314 469	3 111	13 707	618	6 886	85 505	162 957	36 186	66 071	42 050
1980	350 328	3 629	16 002	605	8 128	95 227	180 070	40 580	73 566	46 598
1981	396 898	4 727	19 610	681	9 437	105 718	205 013	43 659	87 333	50 555
1982	427 741	5 178	19 953	770	8 852	109 510	229 052	46 457	99 360	56 070
1983	432 281	5 347	19 621	730	8 004	112 938	226 433	48 612	96 297	57 500
1984	488 223	6 108	22 260	805	9 349	131 334	252 066	55 137	106 288	62 889
1985	537 164	6 360	23 626	958	8 379	141 633	284 554	61 861	121 418	71 713
1986	526 363	6 540	22 560	900	4 646	128 507	289 915	63 379	124 259	72 111
1987	527 377	6 098	21 976	891	3 652	125 874	293 904	63 950	125 960	72 259
1988	567 654	5 578	25 214	912	3 677	140 192	315 143	69 200	117 626	94 108
1989	641 041	7 056	27 106	869	3 934	157 210	358 011	78 139	133 949	108 495
1990	642 785	6 624	26 567	1 063	3 384	149 897	364 954	80 943	136 402	110 300
1990 1.Vj.	169 011	1 750	6 582	396	949	40 124	95 888	21 074	35 863	29 816
2.Vj.	158 774	1 426	6 485	270	833	37 313	90 451	19 368	33 096	27 107
3.Vj.	151 853	1 685	6 625	153	744	35 578	85 192	19 937	32 140	26 075
4.Vj.	163 146	1 763	6 874	243	858	36 883	93 423	20 564	35 303	27 302
1991 1.Vj.	160 767	1 764	7 190	292	845	38 208	88 516	20 871	32 627	26 165
2.Vj.	158 848	1 837	6 889	258	817	37 623	89 641	19 718	32 932	24 966
3.Vj.										
					Einfuhr					
1970	109 606	15 134	9 015	1	10 166	32 791	24 516	14 778	9 834	14 540
1971	120 119	15 770	10 150	1	11 502	32 242	28 038	17 888	11 259	18 638
1972	128 744	16 760	11 464	1	11 396	33 805	29 986	21 608	11 603	21 455
1973	145 417	18 674	12 922	1	13 894	40 971	31 801	23 771	11 185	25 219
1974	179 733	19 799	13 309	0	29 942	53 052	33 051	26 465	11 352	28 544
1975	184 313	20 202	14 084	0	27 227	49 266	39 545	28 980	13 727	33 507
1976	222 173	23 885	16 413	556	32 410	60 668	48 658	33 597	14 349	39 918
1977	235 178	26 185	17 309	653	32 424	61 763	54 766	36 923	16 267	42 951
1978	243 707	24 648	17 933	639	29 920	64 466	60 766	40 065	18 511	47 013
1979	292 040	25 309	18 965	693	41 856	83 670	68 579	46 656	21 536	55 155
1980	341 380	27 486	20 613	921	60 640	93 586	78 284	52 492	24 226	60 411
1981	369 179	29 087	23 345	1 141	70 794	97 780	87 781	51 553	28 423	60 853
1982	376 464	29 649	24 432	1 268	67 338	102 193	91 544	50 924	30 741	60 413
1983	390 192	29 252	26 025	1 376	59 190	109 372	100 908	54 906	33 202	66 829
1984	434 257	32 453	27 854	1 249	64 938	123 713	112 870	61 194	35 855	72 817
1985	463 811	35 221	28 543	1 367	65 232	133 464	125 681	63 828	40 672	75 489
1986	413 744	32 114	26 952	1 323	34 181	112 332	129 805	66 179	40 750	76 660
1987	409 641	30 142	25 823	1 230	27 283	106 352	136 042	71 614	42 484	82 436
1988	439 609	30 136	27 608	1 144	24 399	118 804	151 583	74 847	45 847	86 742
1989	506 465	30 734	30 227	1 084	27 921	138 804	181 892	83 114	58 436	96 254
1990	550 628	30 542	32 813	1 363	32 035	139 727	208 736	94 212	67 228	115 195
1990 1.Vj.	132 034	7 665	7 488	293	7 851	34 026	48 615	23 327	15 774	26 359
2.Vj.	130 941	8 101	7 733	325	6 341	34 784	49 538	21 238	15 650	25 239
3.Vj.	132 723	6 782	8 166	340	7 321	33 860	49 970	23 501	15 979	29 165
4.Vj.	154 930	7 994	9 425	405	10 522	37 058	60 614	26 147	19 825	34 432
1991 1.Vj.	155 833	8 300	8 954	414	8 467	36 805	62 180	28 260	19 494	37 874
2.Vj.	161 442	9 007	9 218	424	8 000	37 822	68 481	25 811	23 571	36 219

[1]) Bis 1975 in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Stand 1975), ab 1976 in der Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken 1982 (GP 82).

[2]) Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

[3]) Bis 1975 ohne elektrischen Strom.

[4]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 63*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum [1]	Insgesamt [2]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1976	256 642	11 412	243 775	5 692	18 688	219 396	45 638	173 758
1977	273 614	13 723	258 243	5 657	18 281	234 305	46 579	187 726
1978	284 907	13 790	269 301	6 098	20 415	242 787	49 905	192 882
1979	314 469	15 698	296 637	6 555	24 796	265 286	58 688	206 598
1980	350 328	18 471	329 357	6 792	30 520	292 045	62 630	229 415
1981	396 898	23 100	371 069	7 547	33 416	330 106	69 002	261 104
1982	427 741	23 871	400 995	7 220	34 242	359 533	70 651	288 882
1983	432 281	23 624	405 729	7 203	34 328	364 198	72 455	291 743
1984	488 223	26 673	458 342	8 299	40 172	409 872	85 156	324 716
1985	537 164	28 025	505 812	8 565	41 038	456 209	92 667	363 542
1986	526 363	27 320	495 532	7 279	30 635	457 617	87 544	370 072
1987	527 377	26 397	497 381	6 625	28 610	462 145	86 966	375 180
1988	567 654	28 955	536 751	6 734	32 215	497 802	96 837	400 965
1989	641 041	32 040	606 990	7 476	36 284	563 230	108 314	454 916
1990	642 785	31 143	609 461	7 204	33 834	568 424	104 455	463 969
1990 1. Vj.	169 011	7 806	160 660	1 899	8 997	149 765	27 589	122 176
2. Vj.	158 774	7 410	150 813	1 804	8 333	140 675	26 429	114 247
3. Vj.	151 853	7 859	143 452	1 628	7 938	133 885	24 652	109 234
4. Vj.	163 146	8 069	154 537	1 873	8 566	144 098	25 786	118 312
1991 1. Vj.	160 767	8 386	151 803	1 797	8 694	141 312	25 712	115 600
2. Vj.	158 848	8 127	150 224	1 932	8 111	140 181	25 713	114 468

[1] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.
[2] Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum [1]	Insgesamt [2]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1976	222 173	36 037	183 274	36 097	34 689	112 488	31 423	81 064
1977	235 178	39 306	192 775	35 154	35 454	122 168	33 256	88 912
1978	243 707	38 605	201 783	30 786	37 526	133 471	35 342	98 129
1979	292 040	39 947	248 446	42 703	50 124	155 619	42 245	113 374
1980	341 380	43 363	293 706	58 929	59 918	174 859	45 187	129 672
1981	369 179	47 779	316 709	64 048	66 448	186 212	46 170	140 042
1982	376 464	49 662	321 549	59 298	69 821	192 430	47 463	144 967
1983	390 192	50 475	333 780	52 203	73 144	208 433	50 756	157 677
1984	434 257	54 605	372 970	58 237	81 403	233 330	57 093	176 237
1985	463 811	57 953	398 283	57 456	86 794	254 034	61 568	192 465
1986	413 744	54 750	350 857	30 873	60 180	259 805	60 979	198 826
1987	409 641	51 827	349 459	27 956	50 994	270 509	59 508	211 000
1988	439 609	53 256	378 721	27 818	52 826	298 077	66 534	231 542
1989	506 465	56 140	442 009	32 110	63 125	346 774	75 963	270 811
1990	550 628	59 255	483 665	33 544	62 107	388 014	80 288	307 726
1990 1. Vj.	132 034	14 022	116 201	8 020	15 439	92 742	19 734	73 008
2. Vj.	130 941	14 638	114 374	7 248	14 919	92 207	20 100	72 107
3. Vj.	132 723	14 078	116 637	8 001	14 544	94 092	19 134	74 958
4. Vj.	154 930	16 517	136 452	10 275	17 205	108 973	21 320	87 653
1991 1. Vj.	155 833	16 211	137 751	7 755	16 750	113 245	21 304	91 941
2. Vj.	161 442	17 238	142 251	7 809	16 739	117 703	21 437	96 266

[1] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.
[2] Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

Tabelle 65*

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Bestimmungsländer

Mio DM

Zeitraum[1]	Insgesamt[2]	EG-Länder[3]	Übrige europäische Länder[4]	Staatshandelsländer[5]	Außereuropäische			
					Industrieländer		Entwicklungsländer	
					zusammen[6]	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder[7]
1950	8 362	4 092	1 929	361	714	433	1 242	198
1951	14 577	6 092	3 538	284	1 611	992	3 023	474
1952	16 909	6 970	4 665	223	1 609	1 048	3 416	527
1953	18 526	7 772	4 402	330	2 028	1 249	3 919	639
1954	22 035	9 044	5 223	435	2 167	1 237	5 034	901
1955	25 717	10 292	6 384	643	2 723	1 625	5 494	1 037
1956	30 861	12 547	7 277	1 120	3 446	2 089	6 370	1 291
1957	35 968	14 205	8 067	1 263	4 332	2 521	7 859	1 694
1958	36 998	14 009	8 419	1 889	4 603	2 699	7 878	1 782
1959	41 184	15 795	9 298	1 915	5 914	3 835	8 027	1 822
1960	47 946	19 322	11 176	2 304	6 111	3 767	8 891	1 827
1961	50 978	21 666	12 159	2 124	5 875	3 497	9 050	1 818
1962	52 975	23 749	12 404	2 177	6 334	3 858	8 145	1 558
1963	58 310	27 970	13 168	1 839	6 862	4 195	8 286	1 621
1964	64 920	31 076	14 317	2 350	7 873	4 785	9 082	1 835
1965	71 651	33 538	15 897	2 740	9 070	5 741	10 173	2 302
1966	80 628	38 382	16 824	3 381	10 744	7 178	11 045	2 696
1967	87 045	41 411	17 272	4 421	12 191	7 859	11 496	2 802
1968	99 551	47 605	18 616	4 556	15 759	10 835	12 743	3 234
1969	113 557	56 891	21 232	5 145	16 201	10 633	13 973	3 493
1970	125 276	62 381	24 703	5 448	17 747	11 437	14 857	3 584
1971	136 011	67 984	26 132	5 865	19 578	13 140	16 308	4 067
1972	149 023	75 362	28 616	7 686	20 222	13 798	16 977	4 710
1973	178 396	90 555	33 138	10 836	23 174	15 089	20 336	6 007
1974	230 578	111 742	41 791	15 903	28 454	17 343	31 963	10 456
1975	221 589	104 002	40 654	17 425	22 515	13 146	36 301	16 703
1976	256 642	125 678	46 651	17 432	24 435	14 413	41 670	20 731
1977	273 614	131 364	49 716	16 704	28 385	18 199	46 619	24 926
1978	284 907	138 729	49 024	17 635	31 452	20 180	47 307	24 525
1979	314 469	161 607	55 506	18 841	32 655	20 759	44 895	19 180
1980	350 328	179 152	64 180	19 399	34 591	21 478	51 523	22 814
1981	396 898	194 911	67 521	19 545	42 698	25 976	70 345	34 883
1982	427 741	216 018	71 495	20 522	45 608	28 120	72 452	38 043
1983	432 281	217 677	73 823	22 605	49 807	32 847	66 976	31 577
1984	488 223	243 639	83 214	23 325	69 046	46 834	67 484	27 947
1985	537 164	267 265	94 804	27 883	79 210	55 533	66 366	25 199
1986	526 363	267 454	98 029	25 892	78 012	55 206	55 913	17 913
1987	527 377	277 916	99 771	22 994	73 761	49 879	52 094	14 295
1988	567 654	308 195	106 306	24 723	73 661	45 678	53 945	15 463
1989	641 041	352 668	117 872	29 306	78 421	46 624	61 761	16 402
1990	642 785	350 442	120 568	27 475	78 217	46 870	65 040	18 200
1990 1. Vj.	169 011	91 971	30 654	7 319	21 319	12 605	17 508	4 659
2. Vj.	158 774	87 236	30 471	6 566	19 019	11 531	15 261	4 205
3. Vj.	151 853	81 421	28 594	6 557	19 061	11 678	15 981	4 668
4. Vj.	163 146	89 814	30 850	7 033	18 819	11 056	16 290	4 669
1991 1. Vj.	160 767	89 929	30 476	6 973	17 359	9 978	15 779	4 426
2. Vj.	158 848	89 347	29 075	7 116	16 637	9 789	16 486	4 562

[1]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland. — [2]) Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf; Waren in die Polargebiete und in die „Nicht ermittelten Länder". — [3]) Gebietsstand 1. Januar 1989: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — [4]) Ohne Staatshandelsländer. — [5]) Albanien, Bulgarien, China, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam. — [6]) Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [7]) Gebietsstand 1. Januar 1989: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Ursprungsländer

Mio DM

Zeitraum[1]	Insgesamt[2]	EG-Länder[3]	Übrige europäische Länder[4]	Staatshandelsländer[5]	Außereuropäische			
					Industrieländer		Entwicklungsländer	
					zusammen[6]	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder[7]
1950	11 374	4 160	1 806	352	2 372	1 811	2 669	482
1951	14 726	4 201	2 461	429	3 636	2 722	4 006	660
1952	16 203	5 131	3 033	313	3 667	2 507	4 060	870
1953	16 010	5 648	2 746	419	2 931	1 658	4 247	1 003
1954	19 337	6 618	3 235	512	3 444	2 237	5 513	1 253
1955	24 472	8 612	3 824	733	4 683	3 209	6 606	1 488
1956	27 964	9 360	4 313	1 121	5 798	3 997	7 347	1 632
1957	31 697	10 303	4 724	1 235	7 789	5 671	7 614	1 896
1958	31 133	11 233	4 836	1 451	6 191	4 219	7 393	2 138
1959	35 823	14 016	5 526	1 688	6 421	4 595	8 147	2 463
1960	42 723	16 879	6 227	2 037	8 034	5 977	9 452	2 810
1961	44 363	18 058	6 582	2 074	8 241	6 100	9 313	2 856
1962	49 498	20 634	7 034	2 191	9 379	7 033	10 174	3 368
1963	52 277	22 110	7 191	2 185	10 206	7 941	10 506	3 683
1964	58 839	25 819	7 896	2 442	10 609	8 066	11 988	4 369
1965	70 448	32 863	8 849	2 943	12 296	9 196	13 399	4 709
1966	72 670	33 827	8 929	3 163	12 576	9 177	14 077	5 023
1967	70 183	33 148	8 209	3 023	12 055	8 556	13 660	5 157
1968	81 179	39 732	9 611	3 414	12 790	8 850	15 541	6 638
1969	97 972	49 856	11 971	3 976	15 115	10 253	16 957	6 725
1970	109 606	56 497	13 031	4 397	17 934	12 066	17 646	6 897
1971	120 119	64 404	13 353	4 769	18 363	12 420	19 103	8 676
1972	128 744	71 971	14 186	5 325	17 569	10 765	19 581	8 378
1973	145 417	79 165	15 827	6 619	19 801	12 223	23 888	10 425
1974	179 733	90 140	18 307	8 409	22 590	13 972	40 175	23 784
1975	184 313	95 654	19 137	8 661	23 864	14 226	36 761	20 223
1976	222 173	112 338	23 931	10 977	29 289	17 556	45 378	24 408
1977	235 178	118 864	26 722	11 370	30 010	17 020	47 973	23 477
1978	243 707	126 058	30 829	12 565	30 448	17 434	43 604	19 390
1979	292 040	148 415	36 620	16 021	36 483	20 274	54 247	26 966
1980	341 380	165 763	43 852	17 493	44 566	25 690	69 476	37 417
1981	369 179	180 685	47 924	19 287	49 480	28 388	71 522	37 449
1982	376 464	187 635	49 684	21 359	49 081	28 213	68 399	32 824
1983	390 192	198 943	55 489	22 157	50 279	27 712	63 069	27 283
1984	434 257	217 269	61 621	26 432	58 886	31 097	69 816	27 290
1985	463 811	235 664	67 187	26 310	62 670	32 341	71 698	27 100
1986	413 744	216 020	64 221	21 157	59 297	26 864	52 796	13 229
1987	409 641	215 612	65 414	19 471	58 706	25 613	50 177	11 100
1988	439 609	227 362	70 049	20 461	66 706	29 095	54 751	10 826
1989	506 465	258 660	79 357	25 143	80 694	38 265	62 285	12 360
1990	550 628	286 608	87 864	29 602	80 071	36 994	66 193	14 105
1990 1. Vj.	132 034	67 975	21 113	6 776	19 855	9 478	16 258	3 384
2. Vj.	130 941	67 973	20 758	6 816	20 504	9 933	14 820	2 723
3. Vj.	132 723	67 939	21 295	7 387	19 257	8 481	16 771	3 394
4. Vj.	154 930	82 721	24 699	8 623	20 455	9 102	18 344	4 603
1991 1. Vj.	155 833	83 652	24 251	8 808	21 167	9 698	17 914	3 515
2. Vj.	161 442	85 462	23 850	9 003	25 089	11 988	17 979	3 616

[1] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland. — [2] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf; Waren der Polargebiete und der „Nicht ermittelten Länder". — [3] Gebietsstand 1. Januar 1989: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — [4] Ohne Staatshandelsländer. — [5] Albanien, Bulgarien, China, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam. — [6] Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [7] Gebietsstand 1. Januar 1989: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

Tabelle 67*

Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes[1]

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Inländischer	Ausländischer	Nach inländischer und ausländischer Herkunft						Nach dem vorwiegenden Verwendungszweck		
		Herkunft		aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	aus dem Produzierenden Gewerbe					für die Energie- und Wasserversorgung, den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe[4]	für das Baugewerbe[4]	Energie, Brenn- und Treibstoffe, Betriebsstoffe
					zusammen	darunter						
						Erdöl, roh (importiert) und Mineralölerzeugnisse[2]	Eisen und Stahl	Maschinenbauerzeugnisse	Chemische Erzeugnisse[3]			
Gewicht[5]	100	66,0	34,0	9,3	90,7	11,3	6,3	4,8	10,9	73,8	10,0	16,2
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	89,3	95,4	77,6	92,8	89,0	48,4	91,6	102,5	89,4	88,5	99,6	87,0
1987	86,4	93,6	72,3	86,1	86,4	45,7	83,2	104,1	85,9	85,6	99,1	81,9
1988	88,6	96,0	74,3	88,1	88,7	39,2	92,2	105,9	88,7	88,8	100,5	80,4
1989	92,8	99,9	79,0	92,1	92,9	47,5	99,4	109,4	91,8	93,4	103,6	83,7
1990	91,4	99,4	75,7	86,9	91,8	51,3	92,0	113,6	88,9	90,5	107,0	85,5
1985 1. Vj.	101,8	100,3	104,7	103,0	101,7	110,4	100,2	98,6	98,4	102,1	99,1	102,2
2. Vj.	101,4	100,5	103,1	100,9	101,4	104,2	100,9	100,0	101,0	101,8	100,3	100,3
3. Vj.	99,5	100,1	98,4	98,1	99,6	95,9	100,4	100,6	101,8	99,4	100,4	99,6
4. Vj.	97,3	99,1	93,8	97,9	97,2	89,5	98,6	100,7	98,7	96,8	100,2	97,8
1986 1. Vj.	93,8	97,6	86,4	96,9	93,5	68,7	97,1	101,3	95,1	93,2	100,1	92,8
2. Vj.	89,7	95,6	78,3	92,6	89,4	46,7	93,5	102,5	90,0	88,8	99,8	87,9
3. Vj.	87,4	94,6	73,5	91,5	87,0	38,1	90,0	103,0	87,1	86,4	99,4	84,8
4. Vj.	86,4	93,7	72,2	90,2	86,0	40,0	85,8	103,1	85,5	85,5	99,0	82,5
1987 1. Vj.	85,6	93,1	71,3	86,3	85,6	45,0	83,1	103,3	84,6	84,7	98,8	81,9
2. Vj.	86,0	93,1	72,0	85,3	86,0	45,9	81,8	104,0	85,8	85,1	99,2	81,5
3. Vj.	86,9	93,8	73,4	85,7	87,0	47,6	83,0	104,5	86,7	86,2	99,4	82,5
4. Vj.	87,0	94,4	72,5	87,1	86,9	44,2	84,9	104,5	86,4	86,5	99,1	81,8
1988 1. Vj.	86,7	94,2	72,0	86,7	86,7	39,4	85,2	105,0	86,6	86,3	99,4	80,5
2. Vj.	87,9	95,2	73,7	86,5	88,1	40,1	90,0	105,7	87,5	87,9	100,1	80,6
3. Vj.	89,5	96,6	75,8	88,7	89,6	39,9	95,9	106,3	89,4	90,0	101,0	80,2
4. Vj.	90,4	97,9	75,8	90,4	90,4	37,6	97,7	106,7	91,3	91,1	101,5	80,2
1989 1. Vj.	92,4	99,2	79,0	91,3	92,5	44,2	99,1	107,9	93,2	93,2	102,2	82,2
2. Vj.	93,4	99,9	80,7	91,6	93,6	49,6	100,4	109,4	93,5	94,2	103,4	83,4
3. Vj.	93,1	100,3	78,9	92,9	93,1	47,4	100,6	110,0	91,0	93,6	104,1	83,8
4. Vj.	92,5	100,3	77,4	92,6	92,5	48,8	97,5	110,3	89,6	92,4	104,7	85,3
1990 1. Vj.	91,1	99,1	75,5	88,5	91,4	47,8	93,5	111,8	88,3	90,4	105,7	85,1
2. Vj.	90,7	99,4	73,8	88,1	91,0	41,9	94,1	113,6	87,7	90,0	106,9	84,4
3. Vj.	91,3	99,6	75,2	86,4	91,8	50,6	92,1	114,4	87,7	90,4	107,7	85,2
4. Vj.	92,4	99,6	78,2	84,5	93,1	65,1	88,1	114,7	92,0	91,4	107,6	87,4
1991 1. Vj.	91,0	99,4	74,7	83,8	91,8	53,3	85,5	116,4	91,0	89,4	108,5	87,8
2. Vj.	91,2	99,3	75,3	84,6	91,9	49,6	86,1	118,4	87,3	89,5	109,5	87,3
3. Vj.	91,2	99,4	75,0	83,6	91,9	52,3	83,7	119,1	86,1	89,1	110,1	88,5

[1] Nachfolger des „Index der Grundstoffpreise". Nähere Erläuterungen zur „Neuberechnung des Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes" siehe WiSta 12/90, S. 866ff. — Ohne Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.
[2] Im wesentlichen Rohbenzin, Kraftstoffe und Heizöle.
[3] Anorganische und organische Grundstoffe und Chemikalien; Kunststoffe und synthetischer Kautschuk; Chemiefasern; Farbstoffe, Farben und verwandte Erzeugnisse; pharmazeutische Grundstoffe sowie sonstige chemische Erzeugnisse.
[4] Ohne Energie, Brenn-, Treib- und Betriebsstoffe.
[5] Anteil am „Wareneingang insgesamt" im Jahre 1985 in vH.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Inlandsabsatz [1])

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse [2])	Elektrizität [3]), Erdgas, Fernwärme, Wasser	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse	
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter [4])	Verbrauchsgüter [4]) [5])
						produzierendes Gewerbe				
1962	44,7	22,2	34,6	47,3	45,6	45,6	46,6	55,8	40,3	43,3
1963	45,0	22,6	34,5	47,5	45,2	45,8	47,4	56,5	40,7	43,7
1964	45,5	22,5	34,8	48,1	45,6	46,4	48,4	56,9	41,4	44,2
1965	46,6	23,5	35,7	49,2	46,5	47,8	49,5	57,7	42,7	45,2
1966	47,4	23,4	36,1	50,1	47,0	48,7	50,8	59,0	43,7	46,3
1967	46,9	23,4	36,5	49,6	45,9	48,2	50,4	59,5	43,6	46,5
1968	46,6	23,4	36,6	49,1	45,3	48,1	50,2	58,7	43,7	46,1
1969	47,5	24,1	36,1	50,1	46,0	49,7	51,2	59,3	45,4	46,0
1970	49,8	27,3	36,3	52,7	48,0	53,6	53,1	60,6	49,6	48,0
1971	51,9	30,2	37,4	54,9	49,2	56,9	55,2	62,8	53,5	50,3
1972	53,3	32,0	40,0	56,2	49,2	58,5	57,1	65,3	55,4	52,1
1973	56,8	33,7	41,8	60,0	53,5	61,0	61,4	70,8	58,0	56,0
1974	64,4	43,1	45,0	68,0	66,0	66,7	68,6	74,8	63,2	62,6
1975	67,4	53,9	53,8	70,2	65,4	71,5	70,4	77,6	68,6	66,1
1976	69,9	57,5	57,4	72,5	67,4	74,0	72,5	80,6	71,6	68,5
1977	71,9	57,7	58,7	74,6	67,3	76,7	74,6	86,1	74,6	69,8
1978	72,7	61,5	60,8	75,1	66,7	78,5	75,8	85,4	77,0	71,3
1979	76,2	63,5	62,0	79,0	73,8	80,7	79,6	85,7	79,6	77,1
1980	81,9	74,5	68,5	84,5	82,4	84,5	85,2	87,8	83,4	84,1
1981	88,3	86,2	81,8	89,6	90,4	88,0	89,4	91,8	87,0	91,0
1982	93,5	92,9	92,2	93,9	93,8	93,0	92,9	97,2	92,1	94,0
1983	94,9	94,8	93,4	95,3	93,4	95,5	94,5	99,3	94,9	94,8
1984	97,6	98,1	96,5	97,9	97,2	97,6	97,5	100,8	97,3	97,1
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	97,5	97,4	96,4	97,6	89,1	102,1	101,0	99,1	102,6	94,8
1987	95,1	96,9	83,3	97,2	86,3	103,8	101,9	96,8	104,9	95,1
1988	96,3	97,0	82,8	98,8	87,9	105,5	103,8	98,0	107,0	95,5
1989	99,3	98,6	84,4	102,2	93,4	107,8	106,5	100,4	109,7	100,1
1990	101,0	100,3	87,3	103,7	93,1	110,7	109,1	100,7	112,9	102,9
1987 1. Vj.	95,0	96,5	84,9	96,9	85,8	103,2	101,3	97,3	104,1	94,7
2. Vj.	94,7	96,3	81,7	97,1	86,1	103,7	101,8	96,8	104,8	95,1
3. Vj.	95,1	97,2	82,8	97,4	86,6	104,0	102,1	96,3	105,3	95,4
4. Vj.	95,4	97,4	83,6	97,6	86,7	104,2	102,5	96,6	105,5	95,2
1988 1. Vj.	95,4	97,0	83,7	97,7	86,0	104,8	102,8	96,8	106,2	94,6
2. Vj.	96,0	96,7	83,5	98,5	87,2	105,3	103,5	97,5	106,8	95,6
3. Vj.	96,5	97,1	82,6	99,2	88,3	105,6	104,2	98,5	107,2	95,9
4. Vj.	97,0	97,3	81,4	100,0	90,0	106,1	104,7	98,9	107,8	96,0
1989 1. Vj.	98,4	97,3	83,5	101,3	92,8	107,0	105,5	99,3	108,8	98,7
2. Vj.	99,2	97,5	83,3	102,4	94,3	107,8	106,4	100,1	109,6	100,9
3. Vj.	99,4	99,4	84,2	102,4	93,2	108,1	106,9	100,9	110,0	100,2
4. Vj.	100,0	100,1	86,7	102,6	93,3	108,4	107,3	101,1	110,5	100,8
1990 1. Vj.	100,1	100,2	86,8	102,7	92,2	109,4	108,0	100,5	111,5	101,2
2. Vj.	100,8	99,8	88,8	103,1	91,6	110,5	108,7	100,7	112,7	101,3
3. Vj.	101,2	100,1	87,6	103,9	93,2	111,1	109,4	100,7	113,4	103,7
4. Vj.	101,8	101,1	86,1	104,9	95,4	111,6	110,1	100,7	114,0	105,5
1991 1. Vj.	102,2	100,3	87,4	105,1	94,2	112,5	111,1	101,2	115,0	105,3
2. Vj.	103,0	99,8	92,1	105,2	92,1	113,9	111,8	101,8	116,5	105,4
3. Vj.	104,1	100,7	93,2	106,3	94,2	114,6	112,5	102,4	117,2	108,2

[1]) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — [2]) Ohne Erdgas. — [3]) Im Preisindex für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. — [4]) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert. — [5]) Ohne Nahrungs- und Genußmittel.

Tabelle 69*

Index der Ausfuhrpreise[1])

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft[2])	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen[2])	Rohstoffe[2])	Halbwaren[2])	Fertigwaren[2])	Investitionsgüter[3])	Verbrauchsgüter[3])
1962	45,4	50,4	45,0	42,7	34,8	46,3	40,5	46,4
1963	45,4	55,2	45,0	43,1	34,4	46,3	41,0	46,7
1964	46,5	55,6	46,1	44,8	35,7	47,2	41,8	47,5
1965	47,5	56,0	47,1	44,7	36,7	48,4	43,2	48,7
1966	48,5	57,4	48,1	44,8	37,7	49,4	44,4	50,3
1967	48,5	56,4	48,1	43,2	37,7	49,5	44,9	51,1
1968	48,0	55,3	47,6	42,5	37,4	48,9	44,7	50,9
1969	49,9	56,4	49,6	42,9	38,4	51,1	47,0	51,8
1970	51,4	57,1	51,1	43,5	39,5	52,7	49,5	52,7
1971	53,2	58,5	52,9	46,6	39,4	54,6	52,8	55,2
1972	54,3	61,3	53,9	49,0	38,1	55,9	55,1	56,9
1973	57,8	68,2	57,3	51,4	44,7	58,9	57,8	60,0
1974	67,6	75,4	67,1	60,2	66,2	67,3	62,9	67,6
1975	70,2	75,4	69,8	68,7	62,0	70,7	68,3	71,6
1976	72,9	77,9	72,6	73,3	64,1	73,5	72,2	74,8
1977	74,2	81,5	73,8	72,6	62,5	75,0	75,3	76,9
1978	75,3	81,1	75,0	71,9	61,4	76,5	77,4	78,8
1979	78,9	83,6	78,6	75,6	70,9	79,5	79,7	81,1
1980	83,8	88,7	83,6	79,4	80,7	84,0	83,4	86,5
1981	88,7	94,4	88,4	87,1	90,9	88,2	87,1	91,1
1982	92,5	95,6	92,4	91,4	93,0	92,4	91,7	94,5
1983	94,1	97,6	94,0	90,3	92,9	94,2	94,4	96,0
1984	97,4	101,3	97,2	97,2	97,7	97,2	97,0	98,0
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	98,2	93,1	98,5	90,4	82,6	100,0	102,4	100,0
1987	97,3	88,7	97,7	83,6	75,9	99,9	104,0	101,0
1988	99,3	91,5	99,8	83,3	79,3	101,9	106,0	101,9
1989	102,1	94,3	102,6	86,9	83,4	104,6	108,7	103,1
1990	102,2	90,3	102,8	84,0	80,0	105,2	110,8	103,1
1987 1. Vj.	96,9	89,3	97,3	84,8	74,9	99,5	103,4	100,4
2. Vj.	97,1	88,5	97,6	83,4	75,7	99,8	103,9	100,7
3. Vj.	97,5	87,8	98,0	83,0	76,6	100,2	104,4	101,5
4. Vj.	97,6	89,0	98,0	83,1	76,3	100,2	104,5	101,2
1988 1. Vj.	97,9	88,9	98,5	82,7	76,1	100,7	105,1	101,2
2. Vj.	99,0	90,2	99,5	82,6	78,7	101,6	105,8	101,8
3. Vj.	100,0	93,6	100,4	83,9	81,1	102,4	106,4	102,3
4. Vj.	100,5	93,4	100,9	84,1	81,3	102,9	106,8	102,3
1989 1. Vj.	101,7	94,1	102,1	86,2	83,9	104,0	107,7	103,0
2. Vj.	102,5	95,0	102,9	86,4	84,2	104,9	108,9	103,7
3. Vj.	102,4	94,9	102,8	87,2	83,2	104,9	109,2	103,2
4. Vj.	102,0	93,3	102,5	87,6	82,3	104,5	109,1	102,3
1990 1. Vj.	101,8	91,2	102,4	87,1	80,4	104,6	109,6	102,3
2. Vj.	102,1	90,4	102,8	85,3	80,0	105,1	110,7	102,8
3. Vj.	102,4	89,8	103,1	82,8	79,8	105,5	111,3	103,6
4. Vj.	102,4	89,9	103,1	80,9	79,6	105,6	111,6	103,6
1991 1. Vj.	102,9	89,9	103,6	80,3	77,9	106,3	112,5	104,3
2. Vj.	103,8	91,5	104,5	80,8	77,4	107,3	113,5	105,7
3. Vj.	103,8	91,1	104,6	80,9	76,7	107,5	114,0	106,1

[1]) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); fob. Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer, Verbrauchsteuern und Exporthilfen.
[2]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Index der Einfuhrpreise[1])

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft[2])	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen[2])	Rohstoffe[2])	Halbwaren[2])	Fertigwaren[2])	Investitionsgüter[3])	Verbrauchsgüter[3])
1962	40,1	57,4	37,4	20,0	26,1	56,2	57,0	42,9
1963	40,9	60,0	37,7	20,1	26,3	56,8	58,4	43,8
1964	41,6	60,8	38,4	20,3	27,2	57,7	59,3	42,3
1965	42,6	63,6	39,0	20,1	28,4	58,3	60,4	41,6
1966	43,4	63,6	40,0	20,5	29,7	59,5	62,1	42,5
1967	42,4	61,5	39,4	20,0	29,2	59,0	61,4	43,7
1968	42,1	59,2	39,5	20,0	29,8	58,4	61,8	44,5
1969	42,8	61,2	40,0	19,6	30,9	59,2	62,0	44,0
1970	42,4	60,8	39,5	19,1	30,9	58,6	60,6	43,9
1971	42,6	59,8	39,9	20,9	29,0	59,1	61,9	45,5
1972	42,3	61,5	39,3	20,3	27,6	59,1	61,8	45,8
1973	47,7	74,0	43,6	23,8	35,3	61,4	62,0	52,5
1974	61,3	80,6	58,4	44,8	49,7	69,1	65,4	60,2
1975	60,3	75,9	57,9	43,4	45,5	72,1	71,8	62,5
1976	64,0	82,1	61,3	47,2	48,5	74,7	75,9	65,7
1977	65,0	89,4	61,3	46,8	47,5	75,4	75,9	66,9
1978	62,6	80,9	59,8	41,5	45,9	76,0	77,3	67,2
1979	69,8	81,9	68,0	50,5	63,3	79,3	78,2	79,4
1980	80,3	84,6	79,7	74,5	75,7	84,2	81,7	85,6
1981	91,3	91,0	91,3	97,4	89,9	90,3	89,3	93,0
1982	93,4	92,2	93,5	97,0	93,2	93,2	91,7	96,0
1983	93,1	95,8	92,7	92,3	91,0	94,4	93,4	95,4
1984	98,6	102,5	98,1	99,8	99,6	97,7	97,2	97,9
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	84,3	90,7	83,4	54,0	66,1	96,6	97,1	89,0
1987	79,8	82,6	79,4	50,4	57,4	94,2	95,3	87,7
1988	80,8	84,6	80,2	47,2	58,9	95,7	96,0	87,2
1989	84,4	85,2	84,2	54,9	65,4	98,0	98,1	90,1
1990	82,5	82,0	82,5	54,7	62,8	96,3	96,8	90,8
1987 1. Vj.	79,4	84,5	78,6	48,8	55,8	94,0	95,1	87,4
2. Vj.	79,7	83,0	79,2	50,2	57,1	94,1	95,4	87,7
3. Vj.	80,3	80,7	80,2	52,7	59,1	94,5	95,6	88,2
4. Vj.	79,7	82,0	79,3	49,8	57,6	94,2	95,0	87,4
1988 1. Vj.	79,4	84,6	78,6	46,2	56,4	94,4	95,2	86,5
2. Vj.	80,2	83,9	79,6	47,2	58,5	95,0	95,4	87,1
3. Vj.	81,6	85,9	81,1	49,1	59,9	96,4	96,6	87,5
4. Vj.	81,7	84,8	81,3	46,3	60,8	97,0	97,0	87,4
1989 1. Vj.	84,2	87,7	83,7	52,6	64,6	98,0	98,0	89,0
2. Vj.	85,5	87,1	85,2	57,2	66,8	98,5	98,3	90,4
3. Vj.	84,2	82,7	84,4	55,4	65,2	98,2	98,4	90,3
4. Vj.	83,5	83,1	83,5	54,4	65,0	97,2	97,7	90,7
1990 1. Vj.	82,4	84,6	82,0	52,8	61,8	96,3	96,8	89,7
2. Vj.	81,2	82,4	81,0	48,3	59,9	96,4	97,0	88,9
3. Vj.	82,1	80,0	82,4	52,6	63,7	96,3	96,8	91,4
4. Vj.	84,2	81,2	84,6	64,9	65,6	96,2	96,7	93,4
1991 1. Vj.	82,6	84,2	82,3	53,3	62,2	96,6	97,6	91,9
2. Vj.	83,3	84,6	83,2	53,5	62,3	97,7	100,0	92,1
3. Vj.	83,0	83,0	82,9	54,2	61,0	97,7	100,4	93,0

[1]) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); cif. Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.
[2]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 71*

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise[1])

1985 = 100

Zeitraum[2])	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden[3])	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude		Bürogebäude	gewerbliche	landwirtschaftliche			
	insgesamt	gemischtgenutzte Gebäude		Betriebsgebäude				
1960	26,2	26,9	26,9	27,6	26,7	43,3	25,9	.
1961	28,1	28,8	28,7	29,3	28,4	45,4	28,1	.
1962	30,5	31,1	31,0	31,5	30,6	48,4	30,1	12,8
1963	32,1	32,7	32,6	32,9	32,3	50,3	31,4	14,6
1964	33,6	34,2	33,9	34,2	33,7	49,9	32,8	15,9
1965	35,0	35,6	35,2	35,5	34,9	47,3	34,5	18,9
1966	36,1	36,8	36,4	36,5	35,9	46,7	35,8	20,3
1967	35,3	35,9	35,5	34,7	35,2	44,5	35,4	22,1
1968	36,9	37,4	36,9	36,6	36,6	46,6	36,9	24,4
1969	39,0	39,6	39,2	39,8	38,7	48,6	38,6	25,7
1970	45,4	46,1	45,8	47,0	45,4	55,7	43,3	26,5
1971	50,1	50,8	50,5	52,1	50,1	60,1	47,9	28,9
1972	53,5	54,0	53,8	54,7	53,5	60,9	50,9	34,7
1973	57,4	57,8	57,6	58,0	57,3	62,7	54,5	35,1
1974	61,6	61,8	61,5	61,4	61,2	68,8	59,9	34,7
1975	63,1	63,2	62,8	63,1	62,5	70,4	62,6	38,0
1976	65,2	65,4	64,9	65,6	64,8	71,5	64,9	42,0
1977	68,4	68,5	67,9	68,4	68,1	73,5	68,1	46,5
1978	72,6	72,6	71,8	72,1	72,4	78,3	71,6	51,6
1979	79,0	78,8	77,5	77,8	78,9	86,5	76,1	59,6
1980	87,4	87,1	85,6	85,8	87,5	97,4	82,8	70,6
1981	92,5	92,2	90,7	91,1	92,6	100,0	88,2	82,8
1982	95,2	95,1	94,1	94,8	95,2	97,7	92,3	96,1
1983	97,2	97,1	96,3	96,9	97,1	96,9	95,2	103,3
1984	99,6	99,5	99,1	99,3	99,5	98,2	98,2	105,0
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	101,4	101,4	101,8	102,1	101,4	102,1	102,1	104,3
1987	103,3	103,4	104,1	104,4	103,4	103,2	104,7	108,6
1988	105,5	105,5	106,7	106,6	105,5	104,3	107,6	110,0
1989	109,4	109,4	110,6	110,3	109,3	106,6	111,3	108,9
1990	116,4	116,3	117,0	117,1	116,8	113,2	117,1	...
1987 Feb	102,3	102,4	103,0	103,2	102,4	102,4	103,4	110,4
Mai	103,3	103,3	104,0	104,2	103,4	103,2	104,4	106,2
Aug	103,7	103,8	104,6	104,9	103,8	103,6	105,4	108,7
Nov	103,9	103,9	104,8	105,1	103,9	103,6	105,7	113,1
1988 Feb	104,2	104,2	105,3	105,3	104,2	103,7	106,3	106,7
Mai	105,3	105,3	106,4	106,2	105,3	104,4	107,2	110,4
Aug	106,0	106,0	107,1	107,2	105,9	104,5	108,2	113,3
Nov	106,5	106,6	107,8	107,6	106,4	104,7	108,7	116,3
1989 Feb	107,5	107,6	108,9	108,4	107,4	105,2	109,6	109,8
Mai	109,1	109,1	110,3	109,8	109,0	106,3	110,9	109,6
Aug	110,0	110,1	111,2	111,0	110,0	107,0	112,1	111,4
Nov	110,8	110,8	111,9	111,9	110,8	107,8	112,7	113,8
1990 Feb	113,2	113,2	114,1	114,0	113,5	110,0	114,6	99,7
Mai	116,2	116,1	116,6	116,6	116,5	113,1	116,6	109,5
Aug	117,6	117,5	118,1	118,4	118,0	114,2	118,3	109,4
Nov	118,6	118,5	119,1	119,5	119,0	115,5	119,0	117,5
1991 Feb	120,5	120,3	121,1	121,1	120,8	117,3	121,0	108,5
Mai	124,3	124,0	124,2	124,1	124,6	121,0	124,2	...
Aug	125,8	125,5	125,7	125,8	126,3	122,4	126,3	...

[1]) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2]) Bis 1965 ohne Berlin (West).
[3]) Einschließlich Schönheitsreparaturen.

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

4-Personen-Haushalte[2])

1970 = 100

Zeitraum[3])	Gesamtlebenshaltung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950	64,5	64,6	103,5	41,4	56,0	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951	69,6	70,6	101,5	42,1	60,6	93,1	84,7	70,1	59,8	68,6
1952	71,0	73,7	103,1	42,8	65,1	92,3	78,9	69,6	61,4	71,6
1953	69,8	72,5	96,6	44,3	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,2
1954	69,9	73,4	89,6	44,3	70,9	86,1	73,8	67,3	59,6	72,7
1955	71,0	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	69,1	60,9	73,1
1956	72,8	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	70,4	62,5	72,4
1957	74,4	78,4	88,5	49,2	75,9	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958	75,9	80,0	88,3	50,0	79,1	92,3	79,6	73,2	66,2	78,5
1959	76,7	81,4	87,4	51,3	79,8	91,1	79,3	74,0	67,3	79,7
1960	77,8	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,8	75,1	69,1	80,9
1961	79,6	82,8	87,3	59,1	82,1	92,9	82,6	77,1	71,6	83,2
1962	81,9	86,1	88,1	61,1	83,6	94,4	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	88,9	88,9	64,6	85,8	94,8	86,8	81,8	77,6	87,8
1964	86,4	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	95,2	89,7	72,6	88,6	97,2	90,9	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	97,5	93,3	79,2	89,7	98,4	93,8	89,7	86,6	93,1
1967	93,8	96,9	95,9	84,1	90,6	97,8	95,1	91,1	89,6	96,0
1968	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	104,3	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1973	118,2	118,5	115,4	119,4	120,1	111,7	121,1	115,0	115,6	123,2
1974	126,3	125,4	118,2	126,3	137,0	119,5	130,0	122,7	126,3	134,0
1975	134,0	132,9	121,8	135,8	154,0	125,7	136,6	130,2	135,5	140,9
1976	139,9	140,2	126,0	143,0	163,6	128,4	141,4	134,3	141,0	147,0
1977	144,8	143,7	140,3	147,7	165,1	132,6	148,4	138,0	145,3	150,2
1978	148,4	146,2	141,0	151,9	169,1	136,4	155,1	142,0	149,9	154,1
1979	154,0	149,0	142,6	156,9	196,4	139,7	162,1	146,3	155,8	161,7
1980	162,1	155,3	147,0	165,1	215,5	146,5	171,9	152,1	163,0	173,3
1981	172,3	163,6	151,5	172,6	252,1	153,7	180,8	160,2	173,3	188,1
1982	181,5	171,6	166,8	181,4	272,6	159,4	189,1	171,9	183,5	193,8
1983	187,4	174,9	174,3	191,2	270,9	162,8	194,9	181,3	192,3	200,5
1984	191,9	178,1	174,9	198,5	279,7	165,6	199,9	183,8	198,2	204,9
1985	195,7	178,9	178,0	204,8	290,2	167,6	204,7	188,2	202,4	210,2
1986	195,3	178,6	182,5	208,6	263,9	167,7	209,0	191,4	206,7	203,4
1987	195,5	178,2	179,6	211,9	237,3	170,5	211,7	194,6	210,5	204,4
1988	197,6	178,4	179,7	216,9	231,1	171,7	214,4	198,7	216,1	207,0
1989	203,3	182,0	185,0	223,9	240,1	174,0	217,3	206,3	221,2	217,5
1990	208,8	188,1	188,9	231,3	250,2	177,0	220,5	210,1	227,5	222,2
1990 1. Vj.	206,9	187,1	187,7	228,3	247,0	176,9	218,9	209,5	225,6	218,7
2. Vj.	208,1	189,1	188,9	230,4	245,2	176,9	219,8	210,6	226,8	219,4
3. Vj.	209,2	188,1	189,4	232,4	249,5	176,6	220,6	209,9	228,3	223,3
4. Vj.	211,0	188,2	189,7	234,1	259,1	177,7	222,6	210,2	229,4	227,4
1991 1. Vj.	212,6	191,1	190,3	236,6	261,8	180,4	223,9	212,5	231,1	225,3
2. Vj.	214,8	194,2	191,1	239,8	258,9	181,2	225,4	213,9	233,4	228,6
3. Vj.	218,0	194,6	192,3	242,6	262,5	182,1	226,5	215,8	236,2	240,9

[1]) Gliederung nach Bedarfsgruppen.
[2]) Von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.
[3]) bis 1959 ohne Saarland; bis 1961 ohne Berlin (West).

Tabelle 73*

Preisindex für die Lebenshaltung [1])

4-Personen-Haushalte [2])

1985 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren [3])	Bekleidung, Schuhe [4])	Wohnungsmieten	Energie [5]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte [6])	Güter für			
	einschl. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren [3])	ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren [3])						die Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung, Freizeit	die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
1962	41,8	38,6	48,4	41,6	29,7	28,2	49,8	38,2	39,0	47,2	38,8
1963	43,1	39,8	49,8	42,6	31,3	29,0	50,7	39,3	40,8	47,8	40,1
1964	44,1	40,8	50,9	43,4	33,2	29,4	51,5	40,3	41,2	48,8	41,4
1965	45,6	42,0	52,7	44,6	35,1	29,9	52,8	41,7	41,6	50,1	42,6
1966	47,2	43,8	54,2	46,0	38,5	30,4	53,9	44,0	43,3	51,5	44,0
1967	47,9	44,9	54,2	46,7	41,0	30,7	53,9	44,9	44,6	52,6	45,8
1968	48,5	46,3	53,6	46,6	43,8	32,8	53,7	47,8	45,4	54,3	47,7
1969	49,5	47,2	54,7	47,0	47,0	32,9	53,8	48,5	45,1	54,8	48,5
1970	51,1	48,9	56,0	49,0	48,9	33,9	55,6	50,4	46,4	57,5	49,6
1971	53,7	51,8	58,1	52,0	51,8	35,0	58,3	53,3	49,3	60,3	54,7
1972	56,6	54,5	61,4	55,1	54,7	36,4	60,5	56,0	52,3	62,5	57,4
1973	60,4	58,0	65,9	59,2	58,4	40,8	62,7	59,2	55,9	65,8	60,6
1974	64,5	62,5	69,1	63,6	61,7	46,7	67,2	63,6	61,5	71,6	63,9
1975	68,4	66,7	72,8	66,8	66,3	52,4	71,2	67,6	65,4	76,1	66,1
1976	71,5	69,4	76,4	69,1	69,8	55,8	73,0	70,1	68,7	78,3	68,0
1977	73,9	71,4	79,9	72,5	72,1	56,3	75,2	72,4	70,0	79,6	71,6
1978	75,8	73,6	81,0	75,8	74,2	57,7	77,8	74,9	72,1	81,0	74,0
1979	78,7	77,1	82,5	79,3	76,6	67,3	80,2	77,6	75,6	83,1	77,4
1980	82,8	81,6	85,8	84,0	80,6	73,9	85,1	81,2	81,8	85,1	80,7
1981	88,1	87,4	89,9	88,3	84,2	86,8	90,0	84,9	89,4	88,8	86,1
1982	92,7	91,6	95,4	92,4	88,5	93,9	94,1	91,4	92,2	92,9	90,8
1983	95,8	95,0	97,8	95,2	93,4	93,2	96,7	96,9	95,5	96,1	94,7
1984	98,0	97,5	99,2	97,7	96,9	96,3	98,6	98,8	97,7	98,5	96,7
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,8	99,6	100,5	102,1	101,8	90,6	101,1	101,2	94,9	100,9	104,4
1987	99,9	99,9	99,9	103,4	103,4	81,2	102,2	102,4	95,5	101,6	107,0
1988	101,0	101,3	100,0	104,7	105,9	79,0	103,2	103,2	96,7	102,8	110,6
1989	103,9	104,5	102,3	106,1	109,3	82,2	104,7	108,9	101,9	104,0	114,1
1990	106,7	107,2	105,4	107,7	112,9	85,7	106,9	110,7	104,7	106,1	116,3
1987 1. Vj.	99,7	99,5	100,3	102,9	102,8	82,4	101,8	102,0	94,6	101,8	105,9
2. Vj.	100,0	99,8	100,7	103,2	103,2	80,6	102,1	102,3	95,8	101,7	106,5
3. Vj.	100,0	100,0	99,7	103,5	103,7	81,2	102,3	102,5	95,8	101,4	107,5
4. Vj.	99,9	100,3	99,0	103,9	104,0	80,6	102,5	102,7	95,8	101,7	108,2
1988 1. Vj.	100,4	100,6	99,8	104,2	104,6	79,4	102,8	102,8	95,6	102,9	109,8
2. Vj.	101,0	101,1	100,5	104,6	105,2	79,3	103,1	103,1	96,8	102,9	109,9
3. Vj.	101,1	101,6	99,8	104,8	106,3	78,9	103,3	103,3	97,3	102,5	111,1
4. Vj.	101,5	102,0	100,1	105,2	107,4	78,3	103,6	103,7	97,2	102,9	111,5
1989 1. Vj.	103,0	103,6	101,3	105,6	108,1	80,8	104,0	108,3	100,5	103,9	113,6
2. Vj.	104,0	104,6	102,5	106,0	109,0	81,5	104,5	108,7	103,4	103,9	114,0
3. Vj.	104,0	104,6	102,3	106,2	109,7	82,0	105,0	109,0	101,8	103,8	114,4
4. Vj.	104,6	105,2	103,1	106,6	110,4	84,4	105,4	109,5	101,9	104,5	114,3
1990 1. Vj.	105,7	106,1	104,8	106,9	111,5	84,6	106,0	110,0	102,8	106,2	115,6
2. Vj.	106,4	106,5	105,8	107,3	112,5	84,0	106,7	110,4	103,1	106,0	116,4
3. Vj.	106,9	107,5	105,4	107,7	113,5	85,5	107,2	110,9	105,4	105,9	116,3
4. Vj.	107,9	108,6	105,5	108,7	114,3	88,8	107,7	111,4	107,5	106,6	116,7
1991 1. Vj.	108,7	109,3	106,8	109,3	115,5	89,8	108,4	112,2	106,2	107,7	118,4
2. Vj.	109,8	110,3	108,2	110,1	117,1	88,7	109,6	113,0	108,3	108,1	118,6
3. Vj.	111,4	112,4	108,6	110,7	118,4	90,0	110,4	114,1	114,7	108,2	120,9

[1]) Gliederung in Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (Ausgabe 1983).
[2]) Von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.
[3]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[4]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[5]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme.
[6]) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte[1])

1985 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])	Bekleidung, Schuhe[3])	Wohnungsmieten	Energie[4]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte[5])	Güter für			
	einschl. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])	ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])						die Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung, Freizeit	die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
1962	41,1	38,3	48,0	43,0	31,0	25,2	48,0	33,8	38,6	46,1	41,6
1963	42,4	39,5	49,4	43,8	32,7	26,0	48,9	34,9	39,9	47,4	42,4
1964	43,3	40,4	50,5	44,4	34,6	26,5	49,4	36,2	40,3	49,2	43,0
1965	44,7	41,7	52,3	45,4	36,5	27,0	50,3	37,9	40,7	50,8	44,1
1966	46,3	43,3	53,9	46,7	39,4	27,4	51,3	40,5	42,3	52,6	45,2
1967	47,1	44,5	53,8	47,2	42,1	27,8	51,4	41,8	43,7	54,3	46,2
1968	47,8	45,8	53,4	47,2	45,2	29,3	51,5	44,1	44,9	55,8	47,6
1969	48,8	46,6	54,6	47,7	48,0	29,3	51,8	45,2	44,6	56,3	48,4
1970	50,4	48,5	55,9	49,7	50,1	30,6	53,9	47,7	45,9	59,1	49,3
1971	53,1	51,4	58,0	52,5	53,2	32,3	56,8	50,9	49,0	61,8	52,9
1972	56,0	54,1	61,3	55,8	56,4	33,8	59,2	54,2	52,4	63,9	55,2
1973	59,9	57,8	65,9	59,9	59,7	39,3	61,7	58,0	56,3	67,2	58,1
1974	64,1	62,5	69,0	64,5	62,7	45,9	66,4	62,8	62,0	72,9	61,4
1975	67,9	66,4	72,6	67,7	66,8	50,7	70,6	67,3	65,9	77,3	63,8
1976	70,8	69,2	76,0	69,9	70,1	54,2	72,8	70,4	68,7	79,7	65,9
1977	73,4	71,4	79,7	73,3	72,4	54,6	75,0	73,2	70,2	81,0	69,4
1978	75,4	73,7	80,8	76,6	74,6	56,0	77,7	76,1	72,2	82,4	72,1
1979	78,5	77,3	82,2	79,9	77,0	67,7	80,2	79,4	75,5	84,5	75,4
1980	82,8	81,9	85,5	84,5	80,8	74,9	85,1	83,8	81,2	86,2	80,1
1981	88,0	87,4	89,7	88,8	84,4	87,0	90,0	88,1	88,2	89,4	85,8
1982	92,6	91,8	95,2	92,7	88,7	94,0	94,1	93,0	91,4	93,1	91,0
1983	95,7	95,0	97,7	95,5	93,4	93,2	96,8	96,9	95,1	96,1	94,9
1984	98,0	97,6	99,2	97,7	97,0	96,4	98,6	98,8	97,5	98,5	96,7
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	99,7	100,6	101,9	101,8	88,5	101,1	101,4	96,4	100,9	103,6
1987	100,1	100,1	100,1	103,2	103,4	80,3	102,2	103,2	97,4	101,6	106,0
1988	101,4	101,7	100,3	104,5	105,6	78,1	103,3	104,7	98,9	102,7	110,0
1989	104,2	104,7	102,6	106,0	108,8	82,0	104,9	108,6	103,3	103,8	113,1
1990	107,0	107,4	105,6	107,5	112,5	85,5	107,3	110,3	106,1	106,1	115,3
1987 1.Vj.	99,9	99,6	100,5	102,8	102,8	81,2	101,8	102,7	96,4	101,9	104,9
2.Vj.	100,2	100,0	101,0	103,1	103,2	79,6	102,1	103,1	97,6	101,7	105,4
3.Vj.	100,2	100,2	99,9	103,3	103,6	80,5	102,3	103,3	97,8	101,1	106,3
4.Vj.	100,2	100,6	99,0	103,7	103,9	79,9	102,6	103,5	97,8	101,6	107,2
1988 1.Vj.	100,8	101,1	100,0	104,1	104,5	78,4	102,9	103,8	97,9	103,0	109,3
2.Vj.	101,4	101,5	100,8	104,4	105,1	78,4	103,1	104,3	98,9	102,9	109,6
3.Vj.	101,5	101,9	100,0	104,6	106,0	78,0	103,3	104,8	99,3	102,2	110,4
4.Vj.	101,9	102,2	100,3	105,0	106,9	77,4	103,7	105,8	99,4	102,8	110,8
1989 1.Vj.	103,3	103,8	101,7	105,5	107,7	80,6	104,1	108,0	102,1	103,8	112,4
2.Vj.	104,3	104,7	102,8	105,9	108,5	81,3	104,7	108,5	104,4	103,7	113,0
3.Vj.	104,3	104,8	102,5	106,0	109,2	81,7	105,2	108,7	103,2	103,4	113,5
4.Vj.	104,9	105,4	103,2	106,5	109,9	84,4	105,7	109,1	103,4	104,2	113,6
1990 1.Vj.	106,1	106,4	105,0	106,7	111,0	84,2	106,3	109,7	104,5	106,4	115,2
2.Vj.	106,7	106,8	106,1	107,1	112,0	83,1	107,0	110,1	104,7	106,0	115,9
3.Vj.	107,1	107,5	105,6	107,5	113,1	85,2	107,6	110,4	106,5	105,7	115,2
4.Vj.	108,1	108,8	105,7	108,5	113,9	89,5	108,2	111,0	108,8	106,5	115,0
1991 1.Vj.	109,0	109,5	107,2	109,0	115,1	89,9	108,9	112,1	107,9	107,7	116,4
2.Vj.	110,0	110,4	108,7	109,7	116,8	87,8	110,1	113,0	110,0	107,9	116,8
3.Vj.	111,6	112,3	109,1	110,3	118,1	89,2	111,0	114,5	115,1	108,0	119,3

[1]) Gliederung in Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (Ausgabe 1983).
[2]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[3]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[4]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme.
[5]) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.

Tabelle 75*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

1985 = 100

Zeitraum	Aller privaten Haushalte					4-Personen-Haushalte[2])				
	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel[3])	Wohnungsnutzung[4])	Dienstleistungen[5])	Sonstige Waren[6])	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel[3])	Wohnungsnutzung[4])	Dienstleistungen[5])	Sonstige Waren[6])
1962	41,1	49,5	31,2	33,1	45,4	41,8	49,6	30,0	34,4	45,1
1963	42,4	51,1	32,9	34,7	46,0	43,1	51,2	31,6	36,1	45,7
1964	43,3	52,3	34,7	36,1	46,4	44,1	52,4	33,5	37,4	46,3
1965	44,7	54,5	36,7	37,6	47,0	45,6	54,7	35,4	38,7	47,1
1966	46,3	55,9	39,6	39,9	47,8	47,2	56,0	38,8	40,7	48,2
1967	47,1	55,4	42,2	41,4	48,4	47,9	55,5	41,2	41,9	48,8
1968	47,8	54,2	45,2	43,6	48,8	48,5	54,2	44,1	44,1	49,3
1969	48,8	55,9	48,0	44,5	48,8	49,5	55,8	47,2	45,0	49,3
1970	50,4	57,0	50,1	46,5	50,4	51,1	56,9	49,1	47,0	50,9
1971	53,1	59,3	53,1	50,1	52,7	53,7	59,4	51,8	50,8	53,1
1972	56,0	62,8	56,3	53,5	55,1	56,6	62,8	54,9	54,2	55,6
1973	59,9	67,9	59,6	57,3	58,9	60,4	67,4	58,4	58,0	59,1
1974	64,1	71,5	62,6	61,6	63,6	64,5	71,3	61,6	62,4	63,5
1975	67,9	75,9	66,5	65,6	67,1	68,4	75,6	66,2	66,1	67,1
1976	70,8	79,6	69,8	68,7	69,6	71,5	79,7	69,8	69,0	69,5
1977	73,4	81,4	72,1	72,1	72,1	73,9	81,5	72,0	72,2	72,2
1978	75,4	82,4	74,2	74,8	74,1	75,8	82,4	74,1	74,8	74,1
1979	78,5	83,8	76,5	78,3	77,8	78,7	83,8	76,4	78,3	77,5
1980	82,8	87,4	80,3	82,0	82,6	82,8	87,3	80,4	81,9	82,2
1981	88,0	92,0	83,9	87,1	88,6	88,1	91,8	83,9	86,9	88,4
1982	92,6	96,5	88,5	91,9	93,3	92,7	96,4	88,5	91,6	93,2
1983	95,7	98,0	93,5	95,6	95,7	95,8	97,9	93,5	95,5	95,7
1984	98,0	99,8	97,0	97,9	97,8	98,0	99,7	96,9	97,8	97,7
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	99,6	101,8	102,3	97,7	99,8	99,7	101,8	102,5	97,8
1987	100,1	99,1	103,4	104,3	96,6	99,9	99,2	103,5	104,4	96,6
1988	101,4	99,1	105,6	107,2	96,9	101,0	99,2	105,8	107,1	96,8
1989	104,2	101,3	108,7	109,9	99,9	103,9	101,2	109,2	109,8	100,0
1990	107,0	104,9	112,5	112,6	102,1	106,7	104,7	112,9	112,5	102,2
1987 1.Vj.	99,9	99,2	102,8	103,5	96,7	99,7	99,2	102,8	103,7	96,7
2.Vj.	100,2	100,6	103,2	104,0	96,6	100,0	100,3	103,3	104,2	96,6
3.Vj.	100,2	98,9	103,6	104,5	96,6	100,0	99,1	103,7	104,7	96,5
4.Vj.	100,2	97,7	103,9	105,1	96,6	99,9	98,1	104,0	105,1	96,5
1988 1.Vj.	100,8	99,3	104,5	106,4	96,6	100,4	99,3	104,6	106,2	96,5
2.Vj.	101,4	100,2	105,1	106,8	96,9	101,0	100,0	105,2	106,7	96,8
3.Vj.	101,5	98,5	106,0	107,5	96,9	101,1	98,7	106,2	107,5	96,9
4.Vj.	101,9	98,2	106,9	108,0	97,3	101,5	98,6	107,3	107,8	97,2
1989 1.Vj.	103,3	100,1	107,6	109,1	99,1	103,0	100,1	108,1	109,1	99,3
2.Vj.	104,3	101,9	108,4	109,8	100,0	104,0	101,6	108,9	109,7	100,3
3.Vj.	104,3	101,1	109,1	110,2	99,8	104,0	101,0	109,6	110,1	99,9
4.Vj.	104,9	101,9	109,8	110,6	100,5	104,6	102,0	110,3	110,4	100,5
1990 1.Vj.	106,1	104,5	110,9	112,1	101,2	105,7	104,1	111,4	111,7	101,2
2.Vj.	106,7	105,9	112,0	112,7	101,1	106,4	105,3	112,5	112,4	101,3
3.Vj.	107,1	104,8	113,1	112,7	102,1	106,9	104,6	113,5	112,7	102,4
4.Vj.	108,1	104,6	113,9	113,0	103,9	107,9	104,6	114,3	113,2	103,9
1991 1.Vj.	109,0	106,6	115,1	114,2	104,0	108,7	106,2	115,5	114,5	104,0
2.Vj.	110,0	108,8	116,7	115,6	104,3	109,8	108,0	117,1	115,7	104,5
3.Vj.	111,6	108,7	118,1	117,7	106,2	111,4	108,2	118,5	117,8	106,7

[1]) Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.
[2]) Von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.
[3]) Ohne Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten sowie Beherbergungsleistungen.
[4]) Wohnungsmieten (auch Mietwerte der Eigentümerwohnungen) und Garagenmieten.
[5]) Einschließlich Reparaturen, Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten.
[6]) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Im wesentlichen zählen dazu: Genußmittel, Bekleidung, Schuhe, Elektrizität, Gas, Waren für die Haushaltsführung, Waren für die Gesundheits- und Körperpflege.

Preisentwicklung gegenüber 1985 nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen[1])

1985 = 100

Zeitraum[2])	Bruttosozialprodukt	Einfuhr[3])	Letzte Verwendung von Gütern[4])	Ausfuhr[3])	Letzte inländische Verwendung von Gütern					
					insgesamt[5])	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen		
								zusammen	Ausrüstungen	Bauten
1960	35,2	41,2	36,0	42,3	35,0	38,6	25,4	33,6	42,1	30,1
1961	37,0	40,3	37,4	42,1	36,6	39,9	27,1	35,8	43,6	32,3
1962	38,5	40,4	38,7	43,1	38,0	41,1	28,5	38,3	45,2	35,1
1963	39,7	41,4	39,9	43,6	39,3	42,3	30,2	39,8	45,9	37,0
1964	40,9	42,2	41,1	44,8	40,4	43,3	31,0	40,9	46,9	38,3
1965	42,4	43,4	42,6	46,1	42,0	44,7	33,2	41,9	48,2	39,0
1966	43,9	44,3	43,9	47,4	43,3	46,3	34,8	42,9	49,8	39,9
1967	44,5	43,6	44,4	47,3	43,8	47,0	35,7	42,4	50,9	38,8
1968	45,5	43,6	45,2	47,3	44,8	47,7	36,7	42,9	49,9	39,7
1969	47,5	44,6	46,9	49,1	46,5	48,6	39,6	45,4	51,3	42,4
1970	51,1	44,3	49,8	51,5	49,4	50,4	43,4	51,5	54,5	49,8
1971	55,1	45,0	53,1	53,7	52,9	52,9	49,1	55,4	57,5	54,2
1972	58,0	45,9	55,5	55,0	55,7	55,9	52,5	57,5	59,0	56,8
1973	61,6	49,7	59,2	58,7	59,4	59,5	57,8	60,5	61,4	60,0
1974	65,9	61,1	65,0	67,5	64,3	63,7	64,8	65,0	66,1	64,4
1975	69,8	62,6	68,3	70,4	67,7	67,5	68,9	67,5	71,4	65,3
1976	72,3	66,2	71,0	73,0	70,5	70,4	71,7	70,1	74,0	67,9
1977	75,0	67,5	73,4	74,4	73,1	72,7	75,0	72,6	76,0	70,6
1978	78,2	66,4	75,6	75,7	75,6	74,7	77,7	76,1	78,3	74,7
1979	81,2	71,9	79,1	79,4	79,0	77,9	81,2	81,0	80,6	81,2
1980	85,2	80,7	84,2	84,3	84,1	82,4	86,2	87,2	84,0	89,3
1981	88,7	90,1	89,0	89,2	89,0	87,7	90,5	91,5	88,2	93,6
1982	92,6	92,6	92,6	92,5	92,7	92,3	93,6	94,3	92,5	95,4
1983	95,8	93,3	95,3	94,2	95,6	95,4	96,3	96,1	95,3	96,7
1984	97,9	97,7	97,8	97,4	98,0	98,0	97,8	98,6	97,7	99,2
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	103,3	89,3	100,0	98,7	100,4	99,5	102,0	101,4	100,9	101,7
1987	105,3	85,5	100,5	97,9	101,4	100,1	104,3	102,5	101,3	103,5
1988	106,9	87,1	102,0	99,7	102,8	101,5	106,0	104,1	102,4	105,6
1989	109,7	91,3	105,0	102,6	105,9	104,6	109,4	107,1	104,7	109,2
1990	113,4	91,2	107,4	103,4	109,1	107,3	113,5	111,1	106,2	115,7
1987 1. Vj.	103,6	83,9	98,7	97,3	99,2	99,9	97,6	101,6	100,8	102,4
2. Vj.	104,3	85,3	99,7	97,5	100,4	100,1	101,2	102,5	101,2	103,4
3. Vj.	104,4	86,7	100,1	98,0	100,8	99,9	101,9	102,7	101,3	103,7
4. Vj.	108,5	86,1	103,1	98,6	104,7	100,5	115,5	103,0	101,7	104,2
1988 1. Vj.	104,9	85,3	100,0	98,2	100,6	101,0	99,7	103,1	101,6	104,3
2. Vj.	105,9	86,6	101,1	99,1	101,7	101,5	101,7	103,8	101,9	105,3
3. Vj.	106,3	88,4	101,8	100,2	102,4	101,4	103,7	104,5	102,6	105,8
4. Vj.	110,3	88,2	104,9	101,3	106,3	101,9	117,5	104,8	103,0	106,6
1989 1. Vj.	107,5	89,8	103,0	101,3	103,7	104,0	103,3	105,7	103,6	107,5
2. Vj.	108,4	92,9	104,4	102,5	105,1	104,8	104,4	107,0	104,8	108,9
3. Vj.	109,1	92,2	104,8	103,0	105,5	104,4	107,1	107,6	104,9	109,7
4. Vj.	113,6	90,5	107,6	103,4	109,3	105,0	122,0	107,8	105,2	110,6
1990 1. Vj.	110,7	90,2	105,2	102,2	106,5	106,4	107,2	108,9	104,9	112,5
2. Vj.	112,0	91,4	106,5	103,1	107,9	106,8	108,9	111,3	106,5	115,4
3. Vj.	113,4	90,9	107,4	103,7	108,8	107,5	110,7	111,9	106,0	116,7
4. Vj.	117,2	92,1	110,3	104,5	112,8	108,3	126,3	111,9	106,8	117,8
1991 1. Vj.	114,4	91,4	107,8	104,2	109,5	109,3	109,8	112,9	106,1	120,0
2. Vj.	117,2	93,5	110,4	105,3	112,6	110,3	116,1	116,4	108,7	123,5

[1]) Paasche-Preisindex mit wechselnder Gewichtung (Warenkorb des jeweiligen Berichtszeitraums).
[2]) Ab 1989 vorläufige Ergebnisse.
[3]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Einfuhr und Ausfuhr enthalten Güterverkehr mit Ostdeutschland.
[4]) Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen (Ausrüstungen, Bauten und Vorratsveränderung) und Ausfuhr.
[5]) Einschließlich Vorratsveränderung.

Tabelle 77*

Löhne und Gehälter

1985 = 100

Zeitraum[1]	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[2]	Brutto-			Tarifliche					
		stunden-	wochen-	monats-	Stunden-		Wochen-		Monatsgehälter[4]	
		verdienste[3]			löhne[4]					
		Industrie[5]		Industrie[5] und Handel[6]	Produzierendes Gewerbe[7]	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe[7]	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe[7]	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften
1960	17,4	17,0	19,0	18,6	18,1	17,9	20,2	20,0	21,0	22,1
1961	19,1	18,8	20,9	20,2	19,5	19,3	21,6	21,6	22,7	23,8
1962	20,9	20,9	23,1	21,9	21,5	21,2	23,5	23,3	24,5	25,6
1963	22,2	22,5	24,6	23,4	22,9	22,7	24,8	24,7	25,8	27,1
1964	24,2	24,4	26,6	24,9	24,5	24,2	26,1	25,9	27,1	28,4
1965	26,4	26,7	29,3	26,9	26,4	26,1	27,9	27,7	28,9	30,2
1966	28,3	28,5	30,9	28,9	28,3	27,9	29,7	29,6	30,6	32,0
1967	29,2	29,4	30,7	30,0	29,6	29,2	30,6	30,5	31,6	33,0
1968	31,0	30,7	32,8	31,4	30,8	30,4	31,8	31,7	32,7	34,1
1969	33,9	33,5	36,4	33,9	32,8	32,5	33,8	33,7	34,7	36,2
1970	39,1	38,4	41,9	38,1	37,1	36,7	37,9	37,8	38,6	39,9
1971	43,5	42,6	45,6	42,0	42,0	41,8	42,8	42,9	42,8	44,4
1972	47,4	46,4	49,2	45,7	45,6	45,7	46,5	46,8	46,7	48,2
1973	52,6	51,2	54,3	50,3	49,9	50,3	50,8	51,3	51,3	52,9
1974	58,3	56,5	58,7	55,5	55,8	56,3	56,8	57,3	57,2	59,0
1975	62,0	61,0	61,3	60,0	60,9	61,5	61,9	62,4	62,4	63,9
1976	66,2	64,8	66,5	63,9	64,3	64,8	65,3	65,7	66,0	67,3
1977	70,7	69,4	71,3	68,3	68,9	69,4	70,0	70,3	70,6	71,7
1978	74,5	73,1	75,1	72,2	72,5	73,1	73,7	74,1	74,2	75,2
1979	78,7	77,4	80,2	76,6	76,7	77,2	77,8	78,2	78,0	79,0
1980	83,9	82,5	84,4	82,0	81,6	82,2	82,9	83,3	82,8	83,7
1981	87,9	87,0	88,1	86,1	86,2	86,7	87,6	87,8	87,3	87,8
1982	91,4	91,1	91,2	90,3	90,0	90,5	91,5	91,6	91,1	91,6
1983	94,3	94,1	93,7	93,3	93,1	93,7	94,6	94,7	94,3	94,7
1984	97,2	96,3	96,8	96,3	95,7	96,1	97,2	97,2	97,0	96,9
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	103,6	103,5	103,1	103,4	103,7	103,8	103,1	103,2	103,1	103,2
1987	106,8	107,6	106,4	107,1	108,0	108,0	107,3	107,1	107,2	107,1
1988	110,0	112,0	110,7	110,9	111,9	111,6	110,2	110,0	110,4	109,9
1989	113,3	116,5	114,8	114,7	116,1	115,8	112,9	112,7	113,2	112,6
1990	118,6	122,5	119,6	119,5	121,6	121,4	117,0	117,0	117,3	116,7
1988 Jan	100,5	109,5	107,5	109,0	109,3	109,1	108,6	108,2	108,5	108,0
Apr	106,0	112,0	110,2	110,5	112,4	112,0	110,4	110,1	110,5	110,2
Jul	109,0	113,1	112,1	111,8	112,9	112,6	110,9	110,7	111,1	110,6
Okt	124,4	113,5	113,1	112,3	113,1	112,8	111,0	110,8	111,3	110,8
1989 Jan	104,2	113,6	110,8	112,7	113,5	113,3	111,2	111,1	111,5	111,3
Apr	108,9	116,2	115,0	114,4	116,3	116,0	113,2	112,9	113,4	112,7
Jul	112,1	117,8	116,4	115,4	117,0	116,7	113,5	113,3	113,9	113,1
Okt	127,9	118,3	116,8	116,2	117,4	117,1	113,6	113,5	114,1	113,2
1990 Jan	108,2	118,9	115,2	116,9	118,6	118,5	114,2	114,5	115,0	115,0
Apr	114,4	121,1	118,3	118,2	120,2	120,4	115,8	116,1	116,0	115,8
Jul	116,7	124,7	121,8	120,9	123,5	123,0	118,7	118,4	118,7	117,7
Okt	134,8	125,4	123,0	121,9	124,2	123,6	119,2	118,9	119,6	118,3
1991 Jan	112,9	125,9	120,7	123,1	125,3	125,5	120,3	120,5	121,0	121,2
Apr	122,6	128,0	124,6	124,6	127,5	127,9	122,3	122,8	122,7	122,5
Jul	...	132,4	128,2	128,2	132,2	131,7	126,8	126,4	126,8	125,4

[1] Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer: Vierteljahre.
[2] Für die Gesamtwirtschaft, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem Inländerkonzept.
[3] Jahresergebnis errechnet als Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten.
[4] Jahreswerte = Durchschnitt aus den 4 Monatswerten.
[5] Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Bauhandwerk.
[6] Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[7] Ohne Spezialbau, Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei; Zimmerei, Dachdeckerei; Ausbaugewerbe.
Bei den Monatsgehältern einschließlich Handel (ohne Handelsvermittlung), Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule [1])

Jahr	Insgesamt	Mineralöle	Steinkohlen	Braunkohlen	Naturgase [2])	Kernenergie	Wasserkraft	Strom [3])	Sonstige Energieträger [4])
1950	3 971	185	2 893	607	3	—	182		103
1951	4 390	208	3 262	645	3	—	176		97
1952	4 637	226	3 470	668	6	—	182		85
1953	4 557	273	3 341	698	6	—	185		82
1954	4 900	352	3 523	759	9	—	176		82
1955	5 375	454	3 854	800	18	—	179		70
1956	5 721	583	4 042	826	23	—	182		64
1957	5 747	633	4 015	847	23	—	164		64
1958	5 589	824	3 655	844	23	—	188		56
1959	5 686	1 038	3 570	826	26	—	161		64
1960	6 199	1 301	3 760	856	32	—	193		56
1961	6 322	1 574	3 617	859	35	0	191		47
1962	6 779	1 955	3 669	897	44	0	167		47
1963	7 295	2 365	3 719	950	56	0	155		50
1964	7 535	2 737	3 570	964	79	0	132		53
1965	7 755	3 165	3 356	879	106	0	153	45	50
1966	7 816	3 573	2 995	826	129	3	165	78	47
1967	7 819	3 728	2 834	800	167	12	157	74	47
1968	8 455	4 173	2 872	841	275	18	158	71	47
1969	9 232	4 701	2 981	876	387	50	132	62	44
1970	9 870	5 242	2 839	896	543	61	166	79	44
1971	9 948	5 443	2 647	859	707	58	122	65	46
1972	10 383	5 756	2 445	907	898	92	120	118	47
1973	11 092	6 122	2 467	969	1 130	116	138	101	49
1974	10 723	5 519	2 423	1 031	1 362	119	160	58	51
1975	10 191	5 304	1 950	1 009	1 443	207	152	76	50
1976	10 853	5 741	2 072	1 101	1 522	233	121	10	53
1977	10 912	5 682	1 962	1 029	1 627	346	156	58	52
1978	11 401	5 959	2 029	1 052	1 771	345	164	29	52
1979	11 964	6 062	2 223	1 116	1 935	407	163	6	52
1980	11 436	5 443	2 259	1 149	1 887	420	167	55	56
1981	10 964	4 909	2 293	1 167	1 760	518	175	76	66
1982	10 596	4 682	2 247	1 125	1 616	613	173	65	75
1983	10 689	4 645	2 277	1 122	1 663	633	163	100	86
1984	11 022	4 631	2 324	1 124	1 749	892	161	39	102
1985	11 284	4 671	2 327	1 057	1 747	1 206	149	24	103
1986	11 338	4 911	2 278	970	1 736	1 134	158	50	101
1987	11 373	4 785	2 215	914	1 913	1 233	174	36	103
1988	11 425	4 793	2 189	925	1 855	1 375	172	4	112
1989	11 219	4 489	2 150	952	1 945	1 412	156	2	113
1990	11 488	4 708	2 169	939	2 035	1 383	149	−10	115

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.
[3]) Außenhandelssaldo Strom.
[4]) Brennholz, Brenntorf, Außenhandelssaldo Kokereigas sowie Klärschlamm, Müll und Abhitze zur Stromerzeugung.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 79*

Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule[1])

Jahr	Insgesamt	Mineralölprodukte				Kohlen und sonstige feste Brennstoffe[2])	Gase[3])	Strom	Fernwärme
		zusammen	darunter						
			leichtes Heizöl	schweres Heizöl	Kraftstoffe				
1950	2 541	132	3	15	111	2 040	234	123	12
1951	2 940	158	3	20	132	2 336	290	144	12
1952	3 180	191	3	23	161	2 477	340	158	15
1953	3 095	223	6	23	191	2 365	322	173	12
1954	3 329	278	15	38	223	2 497	340	196	18
1955	3 696	363	29	65	267	2 688	407	220	18
1956	3 942	469	59	102	305	2 775	431	246	21
1957	3 948	519	79	123	314	2 702	440	264	23
1958	3 839	674	138	167	366	2 435	428	278	23
1959	3 907	824	185	214	422	2 327	431	299	26
1960	4 270	1 026	281	267	475	2 397	472	340	35
1961	4 390	1 263	381	337	542	2 268	460	360	38
1962	4 771	1 588	572	401	613	2 318	428	387	50
1963	5 170	1 876	744	455	674	2 392	425	419	59
1964	5 281	2 125	838	522	759	2 166	472	457	62
1965	5 399	2 418	1 011	577	824	1 934	478	492	76
1966	5 410	2 655	1 134	610	906	1 682	469	522	82
1967	5 422	2 740	1 196	604	935	1 556	492	542	91
1968	5 818	3 013	1 366	633	1 008	1 518	583	598	106
1969	6 372	3 414	1 641	677	1 087	1 518	654	659	126
1970	6 751	3 791	1 853	733	1 197	1 356	759	718	127
1971	6 761	3 997	1 962	742	1 285	1 057	825	762	120
1972	7 034	4 219	2 064	792	1 355	929	935	824	127
1973	7 442	4 425	2 217	799	1 402	924	1 062	895	136
1974	7 139	3 972	1 926	687	1 352	989	1 118	932	128
1975	6 859	3 967	1 907	622	1 431	781	1 067	912	132
1976	7 293	4 218	2 087	630	1 494	753	1 192	985	145
1977	7 305	4 185	2 007	592	1 580	697	1 268	1 013	142
1978	7 605	4 394	2 131	595	1 662	672	1 320	1 062	157
1979	7 892	4 428	2 121	586	1 715	763	1 424	1 111	166
1980	7 529	4 023	1 748	535	1 736	796	1 432	1 115	163
1981	7 221	3 685	1 546	440	1 694	808	1 437	1 126	165
1982	6 888	3 509	1 403	378	1 723	770	1 334	1 113	162
1983	6 916	3 495	1 398	334	1 758	748	1 361	1 144	168
1984	7 194	3 543	1 425	311	1 800	816	1 463	1 195	177
1985	7 389	3 613	1 536	261	1 806	822	1 533	1 230	191
1986	7 535	3 875	1 678	281	1 904	721	1 509	1 242	188
1987	7 524	3 746	1 544	227	1 966	672	1 634	1 271	201
1988	7 438	3 712	1 442	216	2 047	664	1 588	1 290	184
1989	7 223	3 431	1 145	184	2 094	660	1 630	1 320	182
1990	7 430	3 623	1 251	170	2 195	627	1 653	1 340	187

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Steinkohle, Steinkohlenkoks, Steinkohlenbriketts, Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts und übrige feste Brennstoffe (Braunkohlenschwelkoks, Braunkohlenkoks, Staub- und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Brennholz und Brenntorf).
[3]) Flüssiggas, Raffineriegas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgase.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Energieverbrauch nach Bereichen

Petajoule [1])

Jahr	Primärenergieverbrauch	Verbrauch und Verluste im Energiesektor [2])	Nichtenergetischer Verbrauch	Endenergieverbrauch						
				insgesamt	darunter Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau				Verkehr	Haushalte, Kleinverbraucher, militärische Dienststellen
					zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, übriger Bergbau	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes- und Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		
1950	3 971	1 354	76	2 541	1 164	844	91	229	437	941
1951	4 390	1 375	76	2 940	1 345	991	103	252	472	1 123
1952	4 637	1 386	70	3 180	1 471	1 114	108	249	492	1 216
1953	4 557	1 386	76	3 095	1 424	1 064	103	258	501	1 170
1954	4 900	1 477	94	3 329	1 542	1 158	117	267	519	1 269
1955	5 375	1 571	108	3 696	1 750	1 325	138	287	563	1 384
1956	5 721	1 656	123	3 942	1 858	1 410	147	302	598	1 486
1957	5 747	1 676	123	3 948	1 864	1 430	138	296	598	1 486
1958	5 589	1 609	141	3 839	1 808	1 375	147	287	607	1 425
1959	5 686	1 612	167	3 907	1 858	1 421	149	287	651	1 398
1960	6 199	1 726	202	4 270	2 072	1 591	167	314	662	1 536
1961	6 322	1 709	223	4 390	2 081	1 603	170	308	712	1 597
1962	6 779	1 761	246	4 771	2 098	1 574	199	325	759	1 914
1963	7 295	1 832	293	5 170	2 119	1 562	214	343	803	2 248
1964	7 535	1 905	349	5 281	2 268	1 700	220	349	859	2 154
1965	7 755	1 967	390	5 399	2 307	1 715	234	358	885	2 207
1966	7 816	1 937	469	5 410	2 227	1 641	229	358	935	2 248
1967	7 819	1 887	510	5 422	2 210	1 635	217	358	941	2 271
1968	8 455	2 040	598	5 818	2 383	1 761	240	381	991	2 444
1969	9 232	2 210	651	6 372	2 547	1 882	267	399	1 058	2 767
1970	9 870	2 397	722	6 751	2 661	1 948	293	420	1 157	2 933
1971	9 948	2 485	702	6 761	2 584	1 865	289	430	1 246	2 931
1972	10 383	2 584	765	7 034	2 627	1 889	301	437	1 303	3 104
1973	11 092	2 776	874	7 442	2 801	2 045	314	442	1 341	3 300
1974	10 723	2 716	868	7 139	2 804	2 084	286	434	1 283	3 052
1975	10 191	2 644	688	6 859	2 462	1 761	282	419	1 355	3 042
1976	10 853	2 816	744	7 293	2 588	1 851	303	434	1 422	3 283
1977	10 912	2 721	886	7 305	2 580	1 812	317	451	1 501	3 224
1978	11 401	2 860	936	7 605	2 597	1 818	330	449	1 588	3 420
1979	11 964	3 115	957	7 892	2 700	1 913	335	452	1 643	3 549
1980	11 436	3 105	802	7 529	2 581	1 817	325	439	1 666	3 282
1981	10 964	3 018	725	7 221	2 482	1 751	313	418	1 609	3 130
1982	10 596	3 024	684	6 888	2 253	1 560	299	394	1 618	3 017
1983	10 689	3 016	757	6 916	2 221	1 553	290	378	1 650	3 045
1984	11 022	3 067	761	7 194	2 285	1 611	297	377	1 702	3 207
1985	11 284	3 170	725	7 389	2 287	1 607	308	372	1 712	3 390
1986	11 338	3 116	687	7 535	2 201	1 520	309	372	1 805	3 529
1987	11 373	3 159	690	7 524	2 199	1 507	310	382	1 869	3 456
1988	11 425	3 237	750	7 438	2 244	1 573	298	373	1 949	3 245
1989	11 219	3 218	778	7 223	2 284	1 593	304	387	1 989	2 950
1990	11 488	3 270	788	7 430	2 260	...	...	...	2 090	3 080

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Einschließlich statistischer Differenzen.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 81*

Entwicklung im Mineralölbereich

Jahr	Mineralölverbrauch		Mineralöleinfuhr[1]		Leichtes Heizöl		Schweres Heizöl		Verbrauch an Motorenbenzin und Dieselkraftstoff im Verkehr	Preise für Kraftstoffe[3]
	je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985	je Einwohner[2]	insgesamt	je Einheit Bruttosozialprodukt[2] in jew. Preisen	Verbrauch	Verbraucherpreis[3]	Verbrauch	Erzeugerpreis		
	Petajoule[4] pro 1 Mrd DM	Gigajoule[5]	Mio DM	Verhältnis in vH	Petajoule[4]	1985 = 100	Petajoule[4]	1985 = 100	Petajoule[4]	1985 = 100
1950	0,50	3 944	.	.	3	.	15	.	100	.
1951	0,51	4 387	.	.	3	.	20	.	117	.
1952	0,51	4 735	.	.	3	.	23	.	138	.
1953	0,57	5 667	.	.	6	.	23	.	167	.
1954	0,68	7 226	.	.	15	.	38	.	185	.
1955	0,78	9 227	.	.	29	.	65	.	223	.
1956	0,94	11 708	1 449	0,73	59	.	102	.	252	.
1957	0,96	12 551	1 826	0,84	79	.	123	.	270	.
1958	1,20	16 139	1 909	0,82	138	18,2	167	.	311	.
1959	1,40	20 103	2 230	0,87	185	16,4	214	.	352	.
1960	1,52	23 470	2 794	0,92	281	15,9	267	.	402	.
1961	1,76	28 015	3 035	0,92	381	15,9	337	.	460	.
1962	2,09	34 397	3 768	1,05	572	16,3	401	16,2	516	41,0
1963	2,46	41 210	4 357	1,14	744	17,1	455	16,5	563	49,7
1964	2,67	47 213	4 914	1,17	838	16,3	522	14,8	636	40,9
1965	2,93	53 993	4 994	1,09	1 011	15,5	577	14,2	692	40,8
1966	3,21	60 408	5 584	1,15	1 134	14,9	610	15,1	762	39,2
1967	3,36	62 882	6 566	1,33	1 196	16,1	604	15,5	783	42,0
1968	3,57	70 134	7 855	1,47	1 366	17,2	633	14,7	838	44,9
1969	3,74	78 263	7 914	1,32	1 641	16,1	677	14,8	903	41,5
1970	3,97	86 429	8 583	1,27	1 853	17,1	733	16,3	993	40,7
1971	4,00	88 816	11 168	1,49	1 962	18,8	742	21,4	1 080	42,9
1972	4,06	93 332	10 621	1,29	2 064	17,4	792	17,6	1 136	45,0
1973	4,11	98 780	15 009	1,63	2 217	28,8	799	18,8	1 181	50,6
1974	3,70	88 939	32 226	3,28	1 926	37,5	687	37,5	1 129	60,8
1975	3,61	85 785	28 988	2,82	1 907	36,1	622	37,3	1 216	60,4
1976	3,70	93 303	35 264	3,14	2 087	39,7	630	40,5	1 281	64,6
1977	3,56	92 541	34 442	2,88	2 007	39,7	592	41,7	1 361	62,8
1978	3,63	97 169	31 800	2,47	2 131	38,8	595	38,4	1 436	64,2
1979	3,55	98 796	47 791	3,43	2 121	69,2	586	49,3	1 485	70,9
1980	3,15	88 409	62 879	4,26	1 748	79,3	535	66,3	1 506	83,7
1981	2,84	79 586	70 808	4,60	1 546	92,9	440	91,9	1 448	100,0
1982	2,73	75 960	68 094	4,28	1 403	98,2	378	86,9	1 475	98,0
1983	2,67	75 623	63 373	3,78	1 398	90,2	334	87,8	1 506	97,2
1984	2,59	75 701	68 543	3,89	1 425	95,5	311	104,7	1 550	97,5
1985	2,56	76 544	70 084	3,82	1 536	100,0	261	100,0	1 546	100,0
1986	2,63	80 421	33 623	1,74	1 678	54,6	281	45,7	1 630	75,9
1987	2,53	78 344	29 910	1,49	1 544	46,8	227	43,6	1 689	72,0
1988	2,44	78 000	25 382	1,20	1 442	40,3	216	34,0	1 752	70,1
1989	2,22	72 330	29 927	1,33	1 145	54,1	184	44,0	1 778	82,3
1990	2,22	74 588	34 923	1,44	1 251	60,5	170	44,1	1 861	86,4

[1] Erdöl, roh und Mineralölerzeugnisse (Spezialhandel).
[2] Bruttosozialprodukt, Bruttoinlandsprodukt und Einwohner bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[3] Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.
[4] Petajoule = 10^{15} (Billiarde) Joule.
[5] Gigajoule = 10^{9} (Milliarde) Joule.

Quelle für Verbrauchsangaben: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Ausgewählte Umweltindikatoren für Westdeutschland [1]

	Einheit	1970	1975	1980	1982	1986	1987	1988	1989
Für Umweltschutzaktivitäten [2]									
Investitionen [3], insgesamt									
In jeweiligen Preisen	Mio DM	.	7 214	10 715	10 062	14 841	15 645	16 230	...
davon:									
nach Umweltbereichen (Anteil)									
— Abfallbeseitigung	vH	.	*6,5*	*6,4*	*9,6*	*7,4*	*9,5*	*9,5*	...
— Gewässerschutz	vH	.	*73,8*	*77,8*	*68,3*	*52,3*	*51,5*	*52,2*	...
— Lärmbekämpfung	vH	.	*2,8*	*3,7*	*4,0*	*3,2*	*3,5*	*3,3*	...
— Luftreinhaltung	vH	.	*16,9*	*12,2*	*18,1*	*37,1*	*35,5*	*35,0*	...
Nachrichtlich:									
Anteil an den Investitionen der Gesamtwirtschaft	vH	.	*3,6*	*3,1*	*3,3*	*3,9*	*4,1*	*3,9*	...
Gesamtaufwendungen [4], insgesamt									
In jeweiligen Preisen	Mio DM	.	9 619	15 469	18 423	23 307	25 027	26 788	...
davon:									
nach Umweltbereichen (Anteil)									
— Abfallbeseitigung	vH	.	*25,4*	*25,6*	*25,0*	*24,6*	*24,4*	*24,1*	...
— Gewässerschutz	vH	.	*52,9*	*53,3*	*53,2*	*51,3*	*50,0*	*48,7*	...
— Lärmbekämpfung	vH	.	*1,6*	*1,7*	*1,7*	*1,6*	*1,6*	*1,5*	...
— Luftreinhaltung	vH	.	*20,1*	*19,4*	*20,1*	*22,5*	*24,0*	*25,6*	...
Bruttoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen [5]									
Insgesamt	Mio DM	.	95 484	161 508	191 769	231 978	247 829	263 579	281 274
davon:									
nach Umweltbereichen (Anteil)									
— Abfallbeseitigung	vH	.	*4,9*	*4,9*	*5,0*	*5,5*	*5,5*	*5,7*	*5,8*
— Gewässerschutz	vH	.	*82,8*	*82,9*	*82,4*	*79,8*	*78,6*	*77,4*	*76,3*
— Lärmbekämpfung	vH	.	*1,8*	*2,0*	*2,1*	*2,4*	*2,5*	*2,5*	*2,5*
— Luftreinhaltung	vH	.	*10,5*	*10,3*	*10,4*	*12,2*	*13,4*	*14,5*	*15,3*
Bodennutzung									
Gesamtfläche	1000 ha	24 777	24 745	24 869[a]	.	24 869[b]	.	.	24 862
darunter (Anteil):									
Siedlungs- und Verkehrsfläche	vH	*9,3*	*10,0*	*11,0[a]*	.	*11,6[b]*	.	.	*12,2*
Energieintensität [6]	80=100	112,8	104,6	100,0	93,4	91,9	90,9	88,0	83,7
Emission ausgewählter Schadstoffe nach Verursachergruppen [7]									
Schwefeldioxid (SO2)	Mio t	3,8	3,4	3,2	2,9	2,3	2,0	1,3	1,0
darunter (Anteile):									
— Kraft- und Fernheizwerk) [8]	vH	*45,5*	*52,7*	*58,8*	*61,7*	*61,8*	*59,7*	*42,8*	*37,4*
— Bergbau und Industrie [9]	vH	*28,9*	*25,0*	*23,5*	*21,8*	*19,0*	*20,6*	*29,9*	*32,4*
— Haushalte	vH	*12,6*	*9,1*	*6,1*	*5,3*	*6,0*	*6,2*	*8,2*	*8,0*
— Verkehr	vH	*4,1*	*4,0*	*3,4*	*3,6*	*4,4*	*4,7*	*5,9*	*7,4*
Stickoxid (NOx berechnet als NO_2)	Mio t	2,4	2,6	3,0	2,9	3,0	3,0	2,9	2,7
darunter (Anteile):									
— Kraft- und Fernheizwerke [8]	vH	*25,8*	*25,6*	*26,8*	*27,5*	*24,3*	*22,6*	*20,6*	*17,5*
— Bergbau und Industrie [9]	vH	*21,3*	*16,7*	*13,1*	*11,5*	*9,7*	*9,5*	*9,8*	*10,0*
— Haushalte	vH	*3,8*	*3,2*	*2,9*	*2,7*	*3,0*	*3,0*	*2,8*	*2,5*
— Verkehr	vH	*44,5*	*50,8*	*53,9*	*55,7*	*60,4*	*62,5*	*64,7*	*67,9*
Kohlenmonoxid (CO)	Mio t	14,5	14,0	12,0	10,0	9,0	8,8	8,7	8,3
darunter (Anteile):									
— Kraft- und Fernheizwerke [8]	vH	*0,2*	*0,3*	*0,4*	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*0,5*
— Bergbau und Industrie [9]	vH	*11,1*	*11,2*	*10,5*	*9,4*	*9,0*	*7,9*	*8,5*	*9,5*
— Haushalte	vH	*19,1*	*8,8*	*8,0*	*8,5*	*9,0*	*8,8*	*7,5*	*7,1*
— Verkehr	vH	*61,4*	*72,6*	*73,4*	*73,7*	*73,2*	*74,5*	*74,7*	*73,8*
Kohlendioxid (CO_2)	Mio t	753	738	805	730	748	731	721	705
darunter (Anteile):									
— Kraft- und Fernheizwerke [8]	vH	*28,4*	*31,9*	*34,1*	*35,8*	*33,3*	*33,6*	*33,7*	*35,0*
— Bergbau und Industrie [9]	vH	*28,6*	*25,3*	*24,0*	*22,6*	*20,1*	*20,1*	*20,5*	*21,0*
— Haushalte	vH	*16,8*	*15,2*	*14,6*	*13,9*	*16,0*	*15,8*	*14,5*	*12,5*
— Verkehr	vH	13,8	15,6	17,0	18,4	20,4	21,0	21,8	22,7

[1] Bundesrepublik Deutschland: Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990, die Angaben schließen Berlin (West) ein. — [2] In den Bereichen Produzierendes Gewerbe und Staat nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — [3] Bruttoanlageinvestitionen. — [4] Ausgaben und Abschreibungen. Quelle: Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. — [5] Bestand am Jahresanfang. — [6] Primärenergieverbrauch je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 (Quelle für Energieverbrauch: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen). — [7] Quelle: Umweltbundesamt. — [8] Einschließlich Stromproduktion der Industriekraftwerke. — [9] Einschließlich der Umwandlungsbereiche (im wesentlichen Raffinerien, Kokereien, Brikettfabriken).
[a] 1981. — [b] 1985.

Tabelle 83*

Wirtschaftliche Eckdaten für die

	Berichtszeitraum	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen	Berlin (Ost)	Ostdeutschland
Fläche								
1 000 km²		23,8	29,1	20,4	16,3	18,3	0,4	108,3
Anteil in vH[1]		*6,7*	*8,1*	*5,7*	*4,6*	*5,1*	*0,1*	*30,3*
Bevölkerung (in Tausend)								
Insgesamt	31. 12. 1989	1 963,9	2 641,2	2 965,0	2 683,9	4 900,7	1 279,1	16 433,8
Anteil in vH[1]		*2,5*	*3,3*	*3,7*	*3,4*	*6,2*	*1,6*	*20,8*
Männer (vH)		*48,8*	*48,5*	*47,9*	*47,9*	*47,3*	*47,6*	*47,9*
Frauen (vH)		*51,2*	*51,5*	*52,1*	*52,1*	*52,7*	*52,4*	*52,1*
Bevölkerungsveränderung	1989							
Überschuß der Geborenen/Gestorbenen (−)		5,2	1,5	− 3,0	− 1,9	− 12,1	.	.
Zuzüge/Wegzüge (−)		−19,8	−32,6	−40,2	−39,7	−104,6	.	.
Beschäftigte[2] (in Tausend)	1. Hj. 91							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe		118,9	295,4	403,8	386,3	688,4	111,4	2 004,3
Baugewerbe[3]		44,9	60,8	69,7	51,4	91,1	26,8	344,7
Arbeitslosigkeit[4]								
Insgesamt (in Tausend)	30. 9. 1991	137,5	159,8	193,2	164,3	274,3	99,7	1 028,8
Arbeitslosenquote (vH)		*13,4*	*11,7*	*12,0*	*11,3*	*10,4*	*14,0*	*11,7*
davon für:								
Männer		11,5	9,5	9,3	7,8	7,5	13,3	9,1
Frauen		15,3	14,0	14,8	14,9	13,4	14,7	14,3
Kurzarbeiter (in Tausend)	15. 9. 1991	142,7	208,0	274,1	249,1	402,6	56,0	1 332,5
Personen in	30. 9. 1991							
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen[4]		43 594	47 509	59 487	56 436	93 639	12 364	313 029
beruflicher Weiterbildung (Schätzung der BA)		47 000	51 300	57 700	61 800	96 000	36 800	350 500
Offene Stellen (Bestand)[4]	30. 9. 1991	4 469	6 432	9 053	9 023	9 830	4 151	42 958
Gewerbeanzeigen	Jan bis							
Insgesamt[5]	Aug 1991	22 053	35 959	32 788	37 194	65 853	15 816	209 663
Anteile (vH)		*10,5*	*17,2*	*15,6*	*17,7*	*31,4*	*7,5*	*100*
Gewerbeabmeldungen	Jan bis							
Insgesamt[6]	Aug 1991	6 416	10 690	9 556	11 340	18 093	3 963	60 058
Anteile (vH)		*10,7*	*17,8*	*15,9*	*18,9*	*30,1*	*6,6*	*100*
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten (DM)	April 1991							
Industrie[7], insgesamt		2 190	2 138	2 212	2 092	2 110	2 193	2 145
Industrie[8]		2 060	2 078	2 172	2 046	2 052	2 075	2 083
Hoch- und Tiefbau[9]		2 701	2 608	2 665	2 598	2 728	3 164	2 715
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe		1 735	1 661	1 723	1 638	1 685	1 958	1 725

[1] An der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.
[2] In Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.
[3] Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe.
[4] Quelle: BA.

vermerkt ist, beziehen sich die Angaben auf den
länder einschließlich Berlin (Ost)"

Tabelle 83*

neuen Bundesländer und Berlin (Ost)

	Berichts-zeitraum	Mecklen-burg-Vor-pommern	Branden-burg	Sachsen-Anhalt	Thürin-gen	Sachsen	Berlin (Ost)	Ost-deutsch-land
Gewerbliche Wirtschaft	Jan bis Jul 1991							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe[2]								
— Betriebe (Anzahl)		533	1 062	1 189	1 565	2 565	380	7 295
— geleistete Arbeiterstunden Mio Stunden		52,9	141,8	194,7	167,9	301,9	46,3	905,5
— Bruttolohn- und -gehaltssumme Mio DM		1 075	2 685	3 618	3 057	5 838	1 094	17 368
— Umsatz, insgesamt (Mio DM)		3 607	11 533	13 013	7 500	16 742	2 760	55 154
darunter: Auslandsumsatz (Mio DM)		392	888	2 301	1 092	1 716	226	6 615
Verarbeitendes Gewerbe								
— Auftragseingang (Wertindex, 2. Hj. 1990 = 100)								
insgesamt		61,0	86,8[a]	82,6	79,5	73,2	.	77,3
darunter: Ausland		79,5	104,5[a]	120,2	74,8	74,8	.	89,3
Bauhauptgewerbe[2]								
— Betriebe (Anzahl)		249	343	352	296	509	93	1 843
— Beschäftigte (in Tausend)		38,7	52,4	57,1	41,5	73,0	20,7	283,5
— geleistete Arbeitsstunden Mio Stunden		22,8	32,0	36,4	26,2	48,7	13,7	179,7
— Bruttolohn- und -gehaltssumme Mio DM		493	691	763	570	981	351	3 849
— Umsatz, insgesamt (Mio DM)		1 200	1 891	2 120	1 531	2 945	813	10 501
darunter: baugewerblicher Umsatz (Mio DM)		1 129	1 760	1 984	1 438	2 780	761	9 852
— Auftragseingang insgesamt (Mio DM)		1 112	1 564	1 779	1 397	2 466	686	9 005
davon: Hochbau (Mio DM)		705	997	1 095	871	1 380	548	5 596
darunter: Wohnungsbau (Mio DM)		220	268	275	238	416	207	1 624
Tiefbau (Mio DM)		408	567	683	526	1 086	139	3 409
Gebaute Wohnungen (1 000)	1990	9,8	9,6	9,5	10,3	17,2	6,1	62,5
Wohnungsbestand (1 000)	Ende 1990	760,3	1 085,2	1 244,2	1 100,0	2 193,4	633,7	7 017,0

[5]) Januar bis September 1991: 231 215.
[6]) Januar bis September 1991: 69 720.
[7]) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.
[8]) Ohne Bauindustrie.
[9]) Einschließlich Handwerk.

[a]) Januar 1991 = 100.

Tabelle 84*

Arbeitslose in Ostdeutschland

Zeitraum	Bestand[1]				Zugänge	Abgänge	Leistungsempfänger[2]		Arbeitslosenquoten[3]		
	insgesamt	davon		darunter	im Monat		Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe[4]	insgesamt	davon für	
		Männer	Frauen	Jugendliche unter 25 Jahre						Männer	Frauen
	Tausend	vH			Tausend		vH				
1990 Juni	142,1	51,3	48,7	.	.	.	.	.	1,6	1,6	1,6
Juli	272,0	48,4	51,6	20,1	132,0	2,1	.	.	3,1	2,9	3,3
August	361,3	46,8	53,2	21,1	107,0	17,7	.	.	4,1	3,7	4,5
September	444,9	45,0	55,0	20,7	107,1	23,5	62,9	0,0	5,0	4,4	5,7
Oktober	536,8	45,8	54,2	19,0	121,9	30,0	67,8	0,0	6,1	5,4	6,8
November	589,2	45,4	54,6	18,7	94,0	41,6	71,6	0,1	6,7	5,9	7,5
Dezember	642,2	45,2	54,8	19,3	95,4	42,4	71,6	0,1	7,3	6,4	8,2
1991 Januar	757,2	45,2	54,8	17,5	174,3	59,3	70,0	0,2	8,6	7,6	9,6
Februar	787,0	45,3	54,7	17,7	92,8	63,0	74,1	0,1	8,9	7,9	10,0
März	808,3	44,8	55,2	17,9	91,2	69,8	82,1	0,2	9,2	8,0	10,4
April	836,9	43,9	56,1	17,1	109,4	80,8	73,3	0,5	9,5	8,2	10,9
Mai	842,3	43,4	56,6	17,4	78,7	73,3	75,1	0,9	9,5	8,1	11,1
Juni	842,5	42,7	57,3	17,1	81,8	81,6	74,3	1,6	9,5	8,0	11,2
Juli	1 068,6	41,5	58,5	16,9	324,9	98,7	75,9	1,8	12,1	9,8	14,5
August	1 063,2	40,7	59,3	17,1	86,8	92,2	75,0	3,2	12,1	9,6	14,6
September	1 028,8	40,0	60,0	16,9	94,5	129,0	73,7	4,3	11,7	9,1	14,3
Oktober	1 048,5	38,8	61,2	16,2	129,4	109,7	72,8	5,1	11,9	9,0	14,9

[1] Am Ende des Berichtszeitraums.
[2] Monatsmitte.
[3] Arbeitslose in vH der zivilen Erwerbspersonen.
[4] Einschließlich Empfänger von Eingliederungsgeld (Oktober 1991: 2 262 Personen).

Quelle: BA

Tabelle 85*

Kurzarbeiter und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und beruflicher Weiterbildung in Ostdeutschland

Zeitraum	Betriebe mit Kurzarbeit	Kurzarbeiter[1]						Personen[2] in		Nachr.:
		Bestand	davon mit einem Arbeitsausfall von ... vH				darunter		Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	beruflicher Weiterbildung[3]	Empfänger von Altersübergangsgeld[4]
			10 bis 25	über 25 bis 50	über 50 bis 75	über 75 bis 100	Maschinenbau	Elektrotechnik			
	Anzahl	Tausend	vH				Tausend				
1990 Juli	6 029	656,3	.	.	.	.	.	.	.	.	.
August	17 088	1 499,9	.	.	.	.	.	.	.	.	.
September	20 125	1 728,7	24,9	42,8	20,4	11,9	139,4	149,3	4,3	.	.
Oktober	22 755	1 703,8	26,2	38,6	22,2	13,0	148,5	163,3	8,4	.	.
November	24 821	1 709,9	21,7	40,5	22,4	15,3	163,7	159,9	14,5	.	.
Dezember	26 793	1 794,0	18,3	40,4	24,8	16,5	167,2	168,8	20,3	.	.
1991 Januar	28 854	1 840,6	15,4	35,7	27,7	21,2	179,7	177,3	34,4	.	.
Februar	32 225	1 947,1	12,9	33,0	29,8	24,2	188,7	186,7	47,0	138,2	.
März	34 219	1 989,8	12,7	30,9	30,5	25,8	195,7	196,4	62,5	167,8	.
April	36 339	2 018,9	13,4	30,0	30,7	25,8	213,4	200,1	84,9	210,4	121,1
Mai	37 106	1 968,5	13,2	29,4	30,3	27,1	208,3	204,9	113,6	239,0	136,5
Juni	36 850	1 898,9	12,9	28,2	30,5	28,4	196,0	207,8	148,2	272,4	144,0
Juli	34 709	1 610,8	13,4	30,0	28,2	28,4	162,9	153,2	209,9	313,2	183,6
August	32 963	1 448,8	14,0	28,4	27,8	29,7	146,3	140,9	261,8	324,1	206,5
September	31 417	1 333,4	14,3	27,0	28,3	30,4	134,8	132,0	313,0	350,5	225,9
Oktober	29 700	1 199,5	15,0	28,3	27,5	29,2	125,5	120,7	348,4	...	281,6

[1] Monatsmitte.
[2] Am Ende des Berichtszeitraums.
[3] Schätzung der Bundesanstalt für Arbeit.
[4] Empfänger von Altersübergangsgeld zählen nicht als Arbeitslose.

Quelle: BA

Betriebe, Beschäftigte, Arbeiterstunden, Verdienste und Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland [1]

Merkmal / Einheit	Monat	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
						produzierendes Gewerbe		
Betriebe Anzahl	1991 Januar	7 386	47	7 339	1 178	2 824	2 165	1 172
	Februar	7 225	41	7 184	1 147	2 767	2 151	1 119
	März	7 313	44	7 269	1 162	2 773	2 195	1 139
	April	7 368	45	7 323	1 194	2 795	2 176	1 158
	Mai	7 383	45	7 338	1 190	2 828	2 179	1 141
	Juni	7 314	43	7 271	1 175	2 805	2 148	1 143
	Juli	7 073	42	7 031	1 133	2 701	2 071	1 126
Beschäftigte [2] in Tausend	1991 Januar	2 061	139	1 922	417	973	381	152
	Februar	2 071	137	1 933	408	988	385	153
	März	2 038	134	1 904	401	975	378	149
	April	2 006	132	1 874	387	984	357	146
	Mai	1 962	129	1 833	376	969	348	140
	Juni	1 888	125	1 762	358	936	333	136
	Juli	1 667	119	1 549	325	795	301	128
Geleistete Arbeiterstunden in 1 000	1991 Januar	154,6	13,8	140,8	32,2	65,0	29,1	14,4
	Februar	134,0	13,0	120,9	27,7	54,3	26,5	12,4
	März	131,5	12,9	118,6	27,9	52,5	25,9	12,4
	April	130,3	12,5	117,8	25,7	54,4	24,8	12,9
	Mai	124,1	10,4	113,7	26,4	51,2	23,8	12,4
	Juni	117,6	10,3	107,4	24,5	49,1	22,3	11,5
	Juli	113,4	9,8	103,6	23,2	47,5	21,3	11,7
Bruttolohn- und -gehaltssumme in Mio DM	1991 Januar	2 481	231	2 250	499	1 149	405	197
	Februar	2 291	232	2 058	457	1 050	374	177
	März	2 304	221	2 083	477	1 044	378	184
	April	2 492	222	2 270	526	1 184	368	192
	Mai	2 737	345	2 392	545	1 254	393	200
	Juni	2 571	230	2 340	547	1 223	373	196
	Juli	2 492	232	2 260	511	1 175	378	196
Umsatz, insgesamt in Mio DM	1991 Januar	8 285	1 124	7 161	1 986	2 871	764	1 540
	Februar	7 454	1 113	6 341	1 851	2 288	775	1 427
	März	8 144	1 008	7 136	2 071	2 657	828	1 580
	April	7 990	871	7 119	1 888	2 800	771	1 660
	Mai	7 578	711	6 867	1 892	2 564	742	1 669
	Juni	7 804	696	7 109	1 965	2 841	781	1 522
	Juli	7 898	757	7 141	1 971	2 823	755	1 592
darunter: Auslandsumsatz in Mio DM	1991 Januar	911	23	887	231	434	136	86
	Februar	669	40	628	247	227	86	68
	März	854	40	814	282	388	82	63
	April	1 085	42	1 043	309	597	83	54
	Mai	901	32	870	283	456	80	51
	Juni	1 093	33	1 059	292	627	87	53
	Juli	1 102	31	1 072	312	632	76	53

[1] Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.
[2] Arbeiter und Angestellte einschließlich tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

Tabelle 87*

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland[1])
2. Halbjahr 1990 = 100

Wirtschaftszweig	1990		1991								
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug
	Auftragseingang										
Verarbeitendes Gewerbe, insgesamt	108,8	91,2	81,8	74,7	66,4	92,2	79,8	68,5	75,8	71,3	84,9
Inland	108,5	91,4	76,6	70,5	66,1	70,9	70,2	72,1	69,2	70,3	72,5
Ausland	109,5	90,5	96,8	86,9	67,2	154,1	107,8	58,0	95,0	74,2	120,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	119,1	80,9	73,3	62,7	69,4	74,2	68,9	59,2	59,9	64,3	52,4
darunter:											
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	119,0	80,9	38,5	63,9	29,9	46,1	60,3	63,4	68,1	69,7	67,9
Eisenschaffende Industrie	124,4	75,6	82,3	54,9	43,5	122,9	67,3	49,2	48,1	59,9	43,6
Chemische Industrie	118,6	81,4	76,6	64,5	88,7	61,9	66,9	62,8	63,7	66,7	48,5
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	100,1	99,9	91,5	88,6	65,6	115,1	93,8	78,3	93,7	81,0	121,2
darunter:											
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	99,6	100,4	157,2	116,9	52,3	338,0	92,3	82,5	176,0	118,9	256,7
Maschinenbau	92,1	107,9	110,1	123,1	79,1	138,5	148,8	100,1	120,3	96,6	182,0
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	121,0	79,0	51,3	42,7	58,3	45,2	39,9	44,5	43,7	30,2	32,4
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	104,7	95,3	68,5	57,5	61,6	53,6	59,4	59,9	53,2	51,9	50,5
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	106,3	93,7	104,1	55,7	73,0	95,4	56,2	68,4	42,6	53,8	102,7
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	101,1	98,9	42,7	27,1	20,1	21,2	21,0	33,1	27,1	20,2	26,2
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	109,6	90,4	74,0	63,3	61,6	69,2	65,3	62,2	62,3	60,4	57,3
darunter:											
Druckerei, Vervielfältigung	103,4	96,6	100,7	110,0	110,2	99,1	92,6	117,7	119,6	105,5	121,1
Textilgewerbe	112,4	87,5	59,5	62,7	53,1	56,9	70,1	52,4	65,6	57,0	53,5
	Umsatz										
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	103,2	96,8	51,7	52,4	47,5	54,4	54,1	49,4	53,6	53,2	51,7
Inland	105,4	94,6	67,9	64,8	63,7	71,4	66,3	62,3	65,7	64,8	60,7
Ausland	99,1	100,9	21,9	29,6	17,7	23,4	31,8	25,6	31,3	31,9	35,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	106,2	93,9	64,9	63,9	61,3	69,2	63,6	62,8	65,4	65,5	63,2
darunter:											
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	118,0	82,0	45,9	66,9	34,2	54,8	63,4	66,5	70,8	75,2	75,9
Eisenschaffende Industrie	113,1	86,9	56,9	67,1	56,3	69,2	63,8	69,6	67,8	62,2	61,5
Chemische Industrie	98,9	101,2	72,8	64,1	70,0	73,2	64,9	61,6	65,7	68,0	65,3
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	102,5	97,5	44,4	46,8	39,3	46,7	49,8	42,7	48,0	47,4	46,5
darunter:											
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	88,6	111,4	66,0	119,6	57,0	95,6	156,1	100,0	102,6	94,5	106,5
Maschinenbau	104,6	95,4	44,5	42,5	38,2	45,9	39,8	39,3	48,4	48,4	45,8
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	106,7	93,3	24,9	24,1	21,9	24,6	24,5	24,4	23,3	16,1	12,3
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	104,3	95,7	46,1	38,4	43,5	42,6	38,6	37,5	39,2	41,7	40,3
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	102,5	97,5	27,5	22,4	25,2	26,3	24,4	20,5	22,3	22,2	24,6
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	106,0	93,9	37,7	26,5	18,7	22,8	25,1	26,2	28,2	18,2	20,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	100,3	99,6	56,0	53,0	54,4	58,1	53,7	51,2	54,1	53,5	51,3
darunter:											
Druckerei, Vervielfältigung	108,4	91,7	92,7	113,9	90,5	100,8	106,9	110,4	124,4	124,7	127,8
Textilgewerbe	103,5	96,5	38,5	34,1	38,9	41,3	33,1	34,1	35,1	32,7	30,4

[1]) Wertindizes; ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

Tabelle 88*

Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland[1])

3. Vierteljahr 1990 = 100

Wirtschaftszweig	Gewichtung[2])	1990		1991							
		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug
		Kalendermonatlich									
Verarbeitendes Gewerbe	100	100	89,8	63,4	61,1	63,1	59,4	60,4	63,6	63,7	60,4
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	19,43	100	88,7	71,3	68,3	77,6	69,8	67,6	67,4	70,7	70,9
darunter:											
Mineralölverarbeitung	2,05	100	90,3	110,1	104,7	112,3	92,8	113,8	107,6	114,9	116,1
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	4,69	100	63,6	32,6	51,8	41,4	48,9	54,4	52,1	58,1	54,9
Eisenschaffende Industrie	2,05	100	74,4	80,8	82,3	83,5	80,9	82,8	83,3	74,3	73,7
Gießerei	1,76	100	67,4	47,8	46,1	46,1	46,0	45,6	46,6	35,2	33,4
Chemische Industrie	6,30	100	118,7	86,4	71,3	93,7	81,5	65,7	66,7	75,0	79,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	56,60	100	85,8	51,4	49,3	49,7	46,7	48,1	53,2	51,9	48,6
darunter:											
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	5,57	100	101,1	72,1	84,6	80,0	77,9	86,0	89,8	104,7	100,3
Maschinenbau	26,76	100	82,6	46,2	43,9	42,4	39,7	42,4	49,5	45,0	42,0
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	4,33	100	86,1	73,1	74,4	80,4	74,7	71,8	76,7	77,2	64,4
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	13,56	100	82,5	43,8	38,2	40,5	36,4	36,2	42,1	39,1	39,1
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	2,05	100	137,3	46,3	25,0	34,8	30,9	23,7	20,5	23,7	20,9
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	1,54	100	67,3	32,0	35,1	31,5	40,7	34,2	30,3	23,6	22,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	10,41	100	93,3	71,6	69,5	70,4	68,5	67,3	72,6	69,3	64,7
darunter:											
Holzverarbeitung	1,47	100	97,9	74,0	66,5	69,6	68,7	65,0	65,8	58,6	59,5
Druckerei, Vervielfältigung	1,91	100	84,4	85,9	103,7	92,6	97,9	100,6	112,5	111,5	113,7
Textilgewerbe	2,71	100	100,1	92,9	79,3	85,9	77,0	77,4	83,6	82,6	62,4
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	13,56	100	104,9	96,0	93,6	92,5	90,2	95,9	94,8	98,4	91,4
		Arbeitstäglich bereinigt									
Verarbeitendes Gewerbe	100	100	91,7	64,0	60,7	65,3	57,9	61,0	63,2	62,6	60,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	19,43	100	89,9	71,8	67,9	79,4	68,6	68,1	67,1	69,9	71,0
darunter:											
Mineralölverarbeitung	2,05	100	90,3	110,6	104,7	112,3	92,8	113,8	107,6	114,9	116,1
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	4,69	100	64,7	33,0	51,4	42,8	47,7	54,9	51,7	57,0	55,1
Eisenschaffende Industrie	2,05	100	75,2	81,3	82,0	85,3	79,7	83,2	83,0	73,5	73,9
Gießerei	1,76	100	69,2	48,4	45,6	48,5	44,3	46,3	46,1	34,3	33,6
Chemische Industrie	6,30	100	119,9	86,9	71,0	95,5	80,4	66,1	66,5	74,3	79,5
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	56,60	100	87,8	51,9	49,0	51,6	45,5	48,6	52,8	51,0	48,7
darunter:											
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	5,57	100	102,6	72,7	84,1	82,2	76,4	86,6	89,4	103,3	100,6
Maschinenbau	26,76	100	84,6	46,6	43,5	44,1	38,6	42,8	49,1	44,1	42,2
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	4,33	100	88,2	74,1	73,7	83,7	72,5	72,6	76,1	75,7	64,6
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	13,56	100	84,2	44,2	37,9	42,1	35,4	36,6	41,8	38,3	39,2
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	2,05	100	140,0	46,5	24,8	36,2	30,1	23,9	20,4	23,2	21,0
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	1,54	100	68,9	32,3	34,7	32,8	39,5	34,6	30,1	23,1	22,5
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	10,41	100	95,3	72,3	68,9	73,2	66,6	68,0	72,1	67,9	64,9
darunter:											
Holzverarbeitung	1,47	100	100,4	74,8	65,9	72,6	66,6	65,7	65,3	57,3	59,8
Druckerei, Vervielfältigung	1,91	100	85,7	86,6	103,1	95,0	96,0	101,3	111,9	110,0	114,0
Textilgewerbe	2,71	100	102,8	94,0	78,4	90,4	74,2	78,4	82,7	80,4	62,8
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	13,56	100	107,5	97,0	92,8	96,6	87,5	97,0	94,0	96,3	91,8

[1]) Fachliche Unternehmensteile. — [2]) Die Gewichtung der Wirtschaftszweige zu Wirtschaftsgruppen und Hauptgruppen der SYPRO erfolgt mit den Anteilen der Bruttowertschöpfung (ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer) aus der Kostenstrukturerhebung, die für das 3. Vierteljahr 1990 als eigenständige Statistik für das Gebiet der ehemaligen DDR durchgeführt worden ist.

Tabelle 89 *

Betriebe, Beschäftigte, Verdienste, Arbeitsstunden, Umsatz und Auftragseingang im Baugewerbe in Ostdeutschland [1])

Merkmal	Einheit	1990		1991						
		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul
						Bauhauptgewerbe				
Betriebe	Anzahl	1 463	1 599	1 851	1 881	1 851	1 855	1 863	1 924	1 943
Beschäftigte	Tausend	.	306	288	283	292	285	283	280	273
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio DM	.	1 766	1 414	1 804	516	588	628	587	631
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	Mio Std.	.	96,0	69,6	81,4	25,6	28,0	26,8	26,6	28,7
davon (Anteile):										
Hochbau	vH	.	.	72,5	68,2	70,5	68,9	68,0	67,7	67,3
dar.: Wohnungsbau	vH	.	.	21,1	20,5	20,4	20,6	20,4	20,6	19,3
Tiefbau	vH	.	.	27,5	31,8	29,5	31,1	32,0	32,3	32,7
dar.: Straßenbau	vH	.	.	6,6	8,5	7,3	7,9	8,6	9,0	9,2
Gesamtumsatz insgesamt	Mio DM	6 375	8 991	3 319	5 245	1 307	1 681	1 721	1 843	1 936
dar.: baugewerblicher Umsatz	Mio DM	5 841	8 367	3 123	4 913	1 224	1 571	1 613	1 729	1 816
davon (Anteile):										
Hochbau	vH	73,3	72,2	74,9	65,0	72,0	69,5	63,9	61,9	63,5
dar.: Wohnungsbau	vH	31,9	32,2	26,9	23,0	26,0	24,0	23,9	21,3	22,0
Tiefbau	vH	26,7	27,8	25,1	35,0	28,0	30,5	36,1	38,1	36,5
dar.: Straßenbau	vH	9,0	9,3	6,2	11,4	7,6	8,0	13,0	13,0	12,8
Auftragseingang insgesamt	Mio DM	3 199	3 303	2 800	4 373	1 116	1 246	1 382	1 745	1 831
davon (Anteile):										
Hochbau	vH	71,0	65,6	65,7	61,4	65,2	63,5	64,2	57,7	58,5
dar.: Wohnungsbau	vH	29,6	25,1	22,7	16,6	21,4	17,4	14,8	17,4	14,4
Tiefbau	vH	29,0	34,4	34,3	38,6	34,8	36,5	35,8	42,3	41,5
dar.: Straßenbau	vH	10,4	11,9	7,8	14,6	8,4	10,5	13,5	18,4	15,7
						Ausbaugewerbe				
Betriebe	Anzahl	772	814	871	939	901	915	932	971	992
Beschäftigte	Tausend	.	59	59	60	60	59	60	61	61
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio DM	.	331	317	357	109	115	122	120	134
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	.	6,8	19,4	19,9	6,5	6,8	6,6	6,6	7,0
Gesamtumsatz [2])	Mio DM	810	1 234	779	1 011	283	320	320	371	399
dar.: baugewerblicher Umsatz	Mio DM	722	1 132	710	920	257	290	291	339	363

[1]) Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe. — Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.
[2]) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Indizes des Auftragseingangs und des Auftragsbestands im Bauhauptgewerbe in Ostdeutschland [1]

2. Halbjahr 1990 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				Auftraggeber: private [2]	Auftraggeber: öffentliche [3]			zusammen	darunter: öffentlicher Tiefbau [3]
	Auftragseingang								
1990 3. Vj.	98,4	102,4	106,6	102,6	80,0	89,9	91,9	88,8	84,0
4. Vj.	101,6	97,6	93,4	97,4	120,0	110,1	108,1	111,2	116,0
1991 1. Vj.	86,1	82,9	71,6	85,8	120,2	93,2	60,5	111,0	169,0
2. Vj.	134,5	121,0	81,8	127,0	278,6	163,6	176,0	156,8	269,2
1990 Juli	76,5	84,3	64,3	100,1	82,1	59,8	60,2	59,5	57,7
August	93,3	95,8	82,6	109,7	71,2	87,9	96,1	83,5	91,0
September	125,4	127,0	172,9	97,9	86,7	122,0	119,5	123,4	103,3
Oktober	100,9	94,2	70,2	107,0	130,8	115,2	122,9	111,0	116,8
November	100,6	96,0	104,2	89,5	97,5	110,3	105,1	113,2	103,9
Dezember	103,4	102,7	105,8	95,8	131,8	104,8	96,3	109,5	127,2
1991 Januar	82,4	79,1	68,7	81,1	118,2	89,7	50,0	111,2	139,0
Februar	73,0	71,2	65,3	73,2	87,1	77,0	53,8	89,7	162,1
März	103,0	98,3	80,9	103,0	155,3	112,9	77,8	132,0	206,0
April	115,0	106,9	73,3	111,4	245,8	132,4	108,3	145,5	252,5
Mai	127,5	120,0	69,1	128,1	321,0	143,8	153,9	138,3	232,1
Juni	161,1	136,2	103,0	141,4	269,0	214,5	265,8	186,7	323,1
Juli	169,0	144,8	89,0	154,1	363,7	221,0	237,5	212,0	350,2
	Auftragsbestand								
1990 3. Vj.	118,0	122,0	124,5	120,7	117,6	109,7	113,2	107,9	107,2
4. Vj.	82,0	78,0	75,5	79,3	82,4	90,3	86,8	92,1	92,8
1991 1. Vj.	77,7	72,4	67,1	67,2	131,3	88,5	59,6	103,2	113,5
2. Vj.	83,5	70,6	56,1	68,8	156,8	110,1	97,1	116,7	136,8

[1] Wertindizes. Für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten.
[2] Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen, landwirtschaftlicher Bau und Bauten für Reichsbahn und Bundespost.
[3] Bauten für öffentliche Auftraggeber und Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 91*

Innerdeutscher Warenverkehr[1])

Mio DM

Zeitraum	Lieferungen				Bezüge				Saldo (Lieferungen abzüglich Bezüge)[2])
	Westdeutschlands								
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter			
		Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes		Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	
1970	2 416	1 129	640	199	1 996	490	343	591	+ 420
1971	2 499	1 101	664	232	2 319	711	322	753	+ 180
1972	2 927	1 256	617	390	2 381	665	280	808	+ 547
1973	2 998	1 236	878	369	2 660	895	267	790	+ 339
1974	3 671	1 944	811	416	3 252	1 282	323	961	+ 418
1975	3 922	1 918	912	340	3 342	1 222	340	1 075	+ 579
1976	4 269	1 739	1 251	367	3 877	1 491	421	1 162	+ 392
1977	4 409	1 674	1 335	366	3 961	1 525	452	1 183	+ 448
1978	4 575	1 804	1 430	393	3 900	1 499	428	1 247	+ 675
1979	4 720	1 874	1 246	431	4 589	2 177	472	1 204	+ 131
1980	5 293	1 933	1 402	456	5 580	2 794	641	1 329	− 286
1981	5 575	2 009	1 427	471	6 051	3 181	608	1 343	− 476
1982	6 382	2 754	1 283	523	6 639	3 366	694	1 590	− 257
1983	6 947	3 218	1 271	510	6 878	3 427	755	1 679	+ 69
1984	6 408	3 046	1 037	539	7 744	3 936	878	1 900	− 1 336
1985	7 901	3 403	1 486	761	7 636	3 880	883	1 898	+ 265
1986	7 454	2 961	2 116	945	6 844	2 986	1 019	1 952	+ 611
1987	7 367	2 731	2 656	746	6 647	2 912	1 016	1 848	+ 721
1988	7 234	2 663	2 697	816	6 789	3 144	1 010	1 778	+ 445
1989	8 104	3 062	3 083	789	7 205	3 467	1 138	1 768	+ 898
1990	21 326	4 111	7 867	2 251	8 274	3 724	1 275	1 789	+13 052
1987 1. Vj.	1 828	764	439	225	1 473	589	227	457	+ 354
2. Vj.	1 716	669	592	185	1 628	685	249	436	+ 87
3. Vj.	1 734	618	676	166	1 725	820	253	463	+ 9
4. Vj.	2 091	680	949	168	1 821	818	287	492	+ 270
1988 1. Vj.	1 571	668	423	201	1 636	728	239	432	− 65
2. Vj.	1 577	621	498	200	1 676	759	253	410	− 98
3. Vj.	1 785	689	657	192	1 670	799	253	446	+ 114
4. Vj.	2 301	684	1 119	223	1 807	858	264	490	+ 495
1989 1. Vj.	1 682	742	503	182	1 708	809	254	435	− 26
2. Vj.	1 947	750	703	212	1 787	873	272	410	+ 160
3. Vj.	1 929	755	721	188	1 810	893	279	451	+ 120
4. Vj.	2 545	815	1 155	206	1 900	892	333	472	+ 644
1990 1. Vj.	2 030	756	582	248	1 765	815	296	437	+ 265
2. Vj.	5 821	1 119	1 492	757	2 162	959	383	505	+ 3 659
3. Vj.	6 123	1 073	2 318	536	1 986	926	228	373	+ 4 138
4. Vj.	7 351	1 164	3 474	709	2 361	1 025	368	474	+ 4 990
1991 1. Vj.	8 368	1 197	4 385	733	2 274	960	393	398	+ 6 094
2. Vj.	11 596	1 893	5 929	910	2 128	803	484	294	+ 9 468
1990 Jan	613	264	194	61	628	299	95	154	− 15
Feb	589	242	173	62	549	243	93	138	+ 40
Mär	828	250	216	125	588	273	109	144	+ 240
Apr	1 169	315	294	174	563	259	104	131	+ 606
Mai	1 129	290	262	146	555	231	96	143	+ 574
Jun	3 523	514	936	438	1 044	469	183	231	+ 2 479
Jul	1 708	292	624	141	453	226	55	94	+ 1 256
Aug	2 049	356	723	172	727	326	84	141	+ 1 322
Sep	2 366	424	971	223	806	375	89	137	+ 1 560
Okt	2 342	434	994	184	752	338	117	138	+ 1 589
Nov	2 608	383	1 307	248	807	334	122	155	+ 1 801
Dez	2 402	346	1 172	276	802	353	128	182	+ 1 600
1991 Jan	2 559	355	1 298	238	769	304	140	152	+ 1 790
Feb	2 330	345	1 200	204	714	320	98	109	+ 1 616
Mär	3 480	496	1 886	292	791	336	154	136	+ 2 689
Apr	3 607	563	1 637	282	755	259	174	111	+ 2 852
Mai	3 874	617	2 050	301	724	289	170	80	+ 3 151
Jun	4 114	714	2 242	327	649	256	141	104	+ 3 465
Jul[3])	4 138	692	1 998	423	840	299	246	103	+ 3 298
Aug[3])	4 255	803	2 023	590	707	293	138	95	+ 3 548

[1]) Warenverkehr Westdeutschlands einschließlich Berlin (West) mit den neuen Bundesländern und Berlin (Ost); einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2]) Überschuß der Lieferungen (+), der Bezüge (−).
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Ausfuhr und Einfuhr Ostdeutschlands nach Warengruppen[1]

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	Rohstoffe	Mineral. Brennstoffe, etc.	Chemische Erzeugnisse[2]	Bearbeitete Waren	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	Verschiedene Fertigwaren	Andere Waren und Verkehrsvorgänge[3]
					Ausfuhr				
1985	45 693	1 869	721	4 979	4 772	6 977	21 024	5 115	236
1986	42 961	1 805	729	2 493	4 680	6 855	20 724	5 441	233
1987	41 694	1 383	586	2 194	4 397	7 117	20 555	5 216	246
1988	40 152	1 341	547	1 713	4 460	6 487	19 969	5 319	316
1989	41 105	1 662	606	2 082	4 674	6 772	19 885	5 051	374
1990	38 072	1 341	599	831	3 983	5 010	20 241	5 558	511
1990 Jan	2 330	48	42	49	291	297	1 277	295	31
Feb	2 658	97	44	48	315	376	1 405	337	36
Mär	3 450	130	56	47	378	519	1 857	425	40
Apr	3 076	99	79	39	343	429	1 613	435	39
Mai	3 248	122	58	57	405	451	1 716	395	45
Jun	4 048	159	75	269	352	568	1 936	577	114
Jul	2 522	17	33	31	321	244	1 601	257	18
Aug	2 556	49	23	43	259	280	1 408	465	29
Sep	4 206	87	42	70	400	618	2 140	765	85
Okt	2 812	187	39	44	268	329	1 466	427	53
Nov	3 534	192	52	65	357	446	1 832	579	12
Dez	3 631	153	56	71	294	454	1 990	602	11
1991 Jan	2 437	212	44	38	231	280	1 165	435	32
Feb	1 422	296	32	44	136	153	551	199	9
Mär	1 180	186	36	35	152	142	478	122	30
Apr	1 009	168	29	24	132	109	473	65	9
Mai	1 346	122	42	25	128	178	766	70	14
Jun	1 074	121	31	27	160	183	469	77	6
Jul	1 532	91	32	29	173	233	873	86	14
Aug	1 501	74	31	13	248	206	849	73	6
					Einfuhr				
1985	41 249	3 819	2 580	12 648	1 988	6 421	10 913	1 950	930
1986	42 617	4 036	2 592	11 631	2 156	6 571	12 307	2 328	995
1987	42 978	3 270	2 366	10 879	2 374	6 400	14 412	2 242	1 035
1988	41 828	3 700	2 237	8 947	2 497	6 302	14 551	2 300	1 294
1989	41 142	3 722	2 388	8 214	2 550	6 678	13 956	2 303	1 330
1990	22 852	1 631	1 426	5 552	1 379	3 906	6 647	1 492	818
1990 Jan	1 970	229	114	450	103	353	608	79	33
Feb	2 610	284	243	425	232	552	643	150	80
Mär	3 062	242	209	476	211	630	966	201	127
Apr	2 708	233	216	533	135	548	753	180	111
Mai	2 994	245	214	540	236	605	872	141	142
Jun	3 471	225	180	851	194	498	992	336	195
Jul	757	24	46	337	65	52	195	27	11
Aug	792	36	38	293	17	102	222	45	40
Sep	1 481	28	58	501	39	208	489	121	38
Okt	890	24	46	306	43	116	258	78	20
Nov	1 003	43	43	299	68	107	344	87	14
Dez	1 113	18	20	542	37	135	304	48	8
1991 Jan	1 386	24	46	702	52	193	290	71	8
Feb	922	36	35	299	59	100	323	62	9
Mär	903	38	38	377	46	101	239	57	6
Apr	752	32	37	328	57	86	153	47	13
Mai	1 005	43	43	321	41	138	365	45	10
Jun	870	32	37	345	26	105	251	59	14
Jul	1 293	39	41	541	44	150	396	68	14
Aug	918	42	44	353	46	170	196	58	8

[1] Spezialhandel nach dem internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC-Rev. 3).
[2] Einschließlich tierischer und pflanzlicher Öle, Fette und Wachse.
[3] Unter anderem Gold sowie Gold- und Silbermünzen.

Tabelle 93*

Ausfuhr und Einfuhr Ostdeutschlands nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern[1])

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Industrialisierte westliche Länder				Entwicklungsländer		Staatshandelsländer[2])	
		zusammen	darunter			zusammen	darunter	zusammen	darunter
			EG-Länder	andere europ. Länder	USA und Kanada		OPEC-Länder		Sowjetunion
					Ausfuhr				
1985	45 693	9 404	4 362	4 499	276	3 868	.	29 393	17 910
1986	42 961	8 273	3 611	4 011	378	3 416	.	28 971	16 727
1987	41 694	6 666	3 107	2 967	292	3 054	.	29 743	16 902
1988	40 152	6 307	3 140	2 627	252	2 264	.	30 083	16 607
1989	41 105	6 914	3 508	2 929	259	2 300	371	29 834	16 576
1990	38 072	5 105	2 931	1 904	166	2 115	369	30 486	17 761
1990 Jan	2 330	319	173	122	12	139	22	1 843	1 047
Feb	2 658	366	195	150	14	183	32	2 074	1 180
Mär	3 450	489	280	180	14	210	32	2 702	1 511
Apr	3 076	447	222	194	20	196	25	2 391	1 332
Mai	3 248	454	251	177	17	181	31	2 564	1 434
Jun	4 048	790	416	328	25	319	70	2 793	1 548
Jul	2 522	166	102	57	5	104	5	2 251	1 263
Aug	2 556	274	181	79	11	95	5	2 185	1 297
Sep	4 206	652	352	271	18	181	23	3 360	2 167
Okt	2 812	379	248	118	10	176	42	2 258	1 249
Nov	3 534	461	318	130	10	169	66	2 904	1 816
Dez	3 631	307	193	97	9	162	15	3 161	1 917
1991 Jan	2 437	470	313	136	16	158	34	1 809	1 251
Feb	1 422	324	197	114	10	108	30	990	679
Mär	1 180	364	245	102	13	137	22	679	446
Apr	1 009	267	179	82	5	113	12	630	475
Mai	1 346	356	234	109	10	93	21	897	695
Jun	1 074	377	255	106	11	63	13	634	473
Jul	1 532	382	253	105	17	151	18	999	808
Aug	1 501	368	246	102	18	144	24	989	838
					Einfuhr				
1985	41 249	7 126	2 819	3 300	393	3 201	.	27 737	17 238
1986	42 617	7 534	3 391	3 297	340	2 899	.	29 518	18 170
1987	42 978	8 624	3 526	4 256	166	2 320	.	29 628	17 301
1988	41 828	9 115	4 056	4 394	117	1 869	.	28 573	16 542
1989	41 142	9 256	4 274	4 472	218	2 017	285	27 671	15 392
1990	22 852	5 660	2 678	2 527	281	1 273	85	15 404	9 107
1990 Jan	1 970	347	155	130	45	76	6	1 464	867
Feb	2 610	588	267	271	38	208	7	1 699	1 002
Mär	3 062	716	299	371	30	129	11	2 162	1 207
Apr	2 708	599	270	263	53	142	10	1 888	1 083
Mai	2 994	667	297	285	51	162	7	2 075	1 207
Jun	3 471	992	379	561	27	185	30	2 205	1 159
Jul	757	146	92	49	2	24	4	587	459
Aug	792	247	137	101	4	40	0	502	356
Sep	1 481	441	233	178	4	83	2	957	575
Okt	890	273	152	106	8	62	4	555	319
Nov	1 003	391	240	132	8	93	2	519	317
Dez	1 113	253	156	79	11	70	1	790	556
1991 Jan	1 386	298	182	100	7	150	50	938	726
Feb	922	263	162	79	4	43	2	617	432
Mär	903	267	167	86	6	65	22	571	363
Apr	752	244	156	69	5	29	9	479	325
Mai	1 005	313	178	117	8	40	10	651	512
Jun	870	345	216	101	15	28	1	497	371
Jul	1 293	398	237	137	11	64	29	832	680
Aug	918	415	270	117	16	53	15	450	302

[1]) Spezialhandel.

[2]) Einschließlich der im wirtschaftlichen Umbruch befindlichen Reformländer Osteuropas (Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn).

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer in Ostdeutschland[1])

Wirtschaftszweig	1990				1991		Im Vergleich zu Westdeutschland[2])	
	Januar	April	Juli	Oktober	Januar	April	Juli 1990	April 1991
	Mark		D-Mark				vH	
Industrie[3])	1 184	1 168	1 393	1 588	1 667	1 926	35,0	47,2
Industrie (ohne Bauindustrie)	1 183	1 161	1 350	1 525	1 606	1 829	33,8	44,8
Industrie (ohne Bergbau), Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	1 178	1 151	1 396	1 587	1 661	1 922	35,1	47,1
Verarbeitende Industrie	1 172	1 140	1 341	1 498	1 584	1 789	33,7	44,0
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	1 286	1 247	1 568	1 705	1 697	2 094	35,7	46,4
Bergbau	1 302	.	1 372	1 607	1 685	1 996	32,9	46,2
Braunkohlenbergbau und -brikettherstellung	1 322	1 299	1 365	1 587	1 743	2 026	30,2	42,5
Kali- und Steinsalzbergbau, Salinen	1 214	.	1 560	1 609	.	1 799	39,2	41,8
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1 204	1 232	1 423	1 570	1 621	1 836	34,2	42,7
Mineralölverarbeitung	1 246	1 217	1 576	1 639	1 651	1 870	28,7	32,9
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	1 187	1 195	1 548	1 626	1 605	1 860	34,8	40,2
Herstellung von Chemiefasern	1 189	1 226	1 507	1 500	1 562	1 800	38,1	43,8
Investitionsgüterindustrie	1 199	1 143	1 415	1 534	1 613	1 865	34,2	44,4
Schiffbau	1 235	1 280	1 562	1 705	1 689	1 887	37,3	45,3
Elektrotechnik[4])	1 159	1 041	1 381	1 467	1 563	1 838	34,2	44,6
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	1 195	1 140	1 401	1 467	1 571	1 958	27,5	37,4
Verbrauchsgüterindustrie	.	.	.	1 417	1 522	1 621	.	46,3
Herstellung und Verarbeitung von Glas	1 155	1 140	1 218	1 495	1 615	1 695	33,4	45,1
Papier- und Pappeverarbeitung	1 079	1 003	1 140	1 400	1 507	1 603	33,0	45,3
Druckerei, Vervielfältigung	1 146	1 110	1 260	1 763	1 865	2 210	29,7	51,1
Textilgewerbe	1 092	1 051	1 095	1 401	1 440	1 421	34,4	43,9
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1 101	1 107	1 183	1 456	1 479	1 597	32,4	42,6
Brauerei, Mälzerei	1 127	1 203	1 254	1 475	.	1 582	30,2	37,2
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	1 194	1 205	1 702	1 933	2 034	2 454	44,2	60,4
Groß- und Einzelhandel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe[5])	.	.	.	1 500	1 565	1 725	.	44,9
Großhandel	1 076	.	1 169	1 516	1 640	1 774	29,7	43,7
Einzelhandel	947	.	1 017	1 275	1 467	1 595	33,3	50,3
Kreditinstitute	1 090	1 251	1 555	1 600	1 738	1 952	38,6	45,8
Versicherungsgewerbe	1 072	.	1 369	1 675	.	.	31,9	.

[1]) Arbeiter und Angestellte zusammen.
[2]) Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland vor dem 3. Oktober 1990 einschließlich Berlin (West).
[3]) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.
[4]) Einschließlich Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt.
[5]) Nur Angestellte; für Ostdeutschland im Januar, April und Juli 1990 einschließlich Arbeiter.

Tabelle 95*

Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Ostdeutschland[1])

Je Haushalt und Monat

Art der Einnahmen und Ausgaben	Haushalte von Arbeitern und Angestellten						Rentnerhaushalte[2])		
	2-Personenhaushalte			Haushalte von Ehepaaren mit zwei Kindern[3])			2-Personenhaushalte		
	1990		1991[4])	1990		1991[4])	1990		1991[4])
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
	Einkommen/Einnahmen M/DM								
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 951	2 065	2 268	2 453	2 796	2 929	0	0	0
+ Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit und Einnahmen aus Vermögen	51	44	44	49	75	72	43	23	22
+ Einnahmen aus Übertragungen und Untervermietung	340	360	374	457	422	467	1 240	1 533	1 700
darunter: vom Staat[5])	254	290	304	348	345	387	1 140	1 506	1 682
Haushaltsbruttoeinkommen	2 342	2 469	2 685	2 958	3 294	3 469	1 283	1 556	1 722
− Einkommen- und Vermögensteuern	218	144	157	236	144	179	0	0	0
− Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	87	309	364	110	419	470	0	0	0
Haushaltsnettoeinkommen	2 037	2 015	2 163	2 612	2 731	2 820	1 283	1 555	1 722
+ Sonstige Einnahmen[6])	19	10	2	43	12	0	25	8	0
Ausgabefähige Einkommen/Einnahmen	2 056	2 026	2 165	2 656	2 743	2 820	1 308	1 563	1 722
	Verwendung der ausgabefähigen Einkommen/Einnahmen M/DM								
Ausgaben für den Privaten Verbrauch	1 490	1 711	1 792	1 858	2 407	2 272	1 090	1 325	1 491
Übrige Ausgaben	198	126	188	236	157	247	143	117	140
davon									
Steuern[7])	19	5	25	26	7	36	13	5	16
Beiträge zur Freiwilligen Zusatzrentenversicherung	44	3	4	53	4	2	0	0	1
Andere Versicherungen	30	27	61	39	37	94	19	14	35
Beiträge, Geldspenden und sonstige Übertragungen	105	91	98	118	109	115	111	98	88
Ersparnis[8])	368	190	186	562	180	300	74	121	91
	Verwendungsstruktur der Ausgaben für den Privaten Verbrauch vH								
Insgesamt	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
davon									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	*38,2*	*30,7*	*29,0*	*38,5*	*30,1*	*31,6*	*44,9*	*37,0*	*31,9*
Bekleidung, Schuhe	*12,2*	*10,0*	*9,5*	*12,7*	*10,2*	*9,7*	*9,8*	*7,7*	*7,1*
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	*5,6*	*5,1*	*7,0*	*5,4*	*4,3*	*6,1*	*6,8*	*6,3*	*8,0*
davon									
Wohnungsmieten	*3,1*	*2,8*	*2,6*	*3,0*	*2,4*	*2,4*	*3,3*	*3,2*	*2,5*
Brennstoffe für Haushaltszwecke	*0,5*	*0,6*	*0,8*	*0,7*	*0,6*	*0,7*	*0,9*	*0,9*	*1,6*
Strom, Gas, Wasser, Heizung	*1,9*	*1,6*	*3,4*	*1,7*	*1,2*	*2,9*	*2,3*	*2,0*	*3,6*
Möbel, Haushaltsgeräte[9])	*14,8*	*12,8*	*13,5*	*14,9*	*12,0*	*11,8*	*10,7*	*15,2*	*14,8*
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	*3,1*	*3,5*	*3,7*	*2,5*	*2,6*	*3,0*	*3,7*	*4,5*	*5,1*
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	*12,4*	*23,4*	*25,6*	*13,1*	*26,2*	*26,3*	*8,6*	*16,5*	*20,9*
darunter: Kraftfahrzeuge und Fahrräder	*4,3*	*15,9*	*17,2*	*5,1*	*18,1*	*17,6*	*1,1*	*9,0*	*14,3*
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	*8,3*	*10,5*	*8,1*	*8,0*	*12,0*	*9,4*	*10,1*	*8,6*	*7,7*
darunter: Fernseh-, Rundfunk- und Phonogeräte	*2,7*	*4,3*	*2,1*	*1,5*	*3,2*	*3,1*	*3,3*	*1,8*	*2,1*
Güter für persönliche Ausstattung, Reisen[10])	*5,3*	*4,1*	*3,5*	*5,0*	*2,7*	*2,2*	*5,5*	*4,3*	*4,4*
darunter: Reisen	*4,4*	*3,1*	*2,8*	*4,1*	*1,8*	*1,5*	*4,8*	*3,6*	*3,8*

[1]) Ergebnisse der Statistik des Haushaltsbudgets für Haushalte von Arbeitern und Angestellten sowie von Altersrentnern ohne Arbeitseinkommen; für das 1. Halbjahr 1990 in Mark der ehemaligen DDR; ab 2. Halbjahr 1990 in D-Mark.
[2]) Ohne Arbeitseinkommen.
[3]) Kinder unter 17 Jahren.
[4]) Ohne Haushalte in Berlin (Ost).
[5]) Renten, staatliches Kindergeld, Krankengeld, Schwangerschafts- und Wochengeld, Arbeitslosengeld, Vorruhestandsgeld.
[6]) Geldeinnahmen aus Verkäufen von Gebrauchtwaren und Sekundärrohstoffen, Nettogeldeinnahmen aus im Haushalt erzeugten Waren.
[7]) Steuern für Wohnung und Haushalt (zum Beispiel Erbschaftsteuer, Grundsteuer, Hundesteuer, Rennwettsteuer und Lotteriesteuer).
[8]) Veränderung der Vermögens- und Finanzkonten.
[9]) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.
[10]) Einschließlich Kauf von Reisezahlungsmitteln.

Sachregister

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Abgabenbelastung 212

Abgeltungssteuer 351

Agrarpolitik 420ff.

Aktienmarkt 180

Angebotsbedingungen 6

Arbeitseinkommensquote 126f., Anhang V.B.

Arbeitsförderungsgesetz 154

Arbeitslosenversicherung 210

Arbeitslosigkeit 129ff., 139ff., 152ff., 526ff.
- Struktur der Arbeitslosigkeit 142f.
- verdeckte 153, 275, 283
- voraussichtliche Entwicklung 247

Arbeitsmarkt 51, 129ff., 270
- Abwanderung 151
- Arbeitsangebot 132ff., 149, 151
- Arbeitsmarktordnung 476
- offene Stellen 136
- regionale Entwicklung 137
- voraussichtliche Entwicklung 247
- Zuwanderung 132, 144

Arbeitsmarktpolitik 60, 145, 152ff., 528ff.
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 150, 154, 529ff.
- Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung (ABS) 156, 529ff.
- Lohnsubventionen 538ff.
- Qualifizierung von Arbeitsplätzen 130, 155
- vorzeitiger Ruhestand in Ostdeutschland 151

Arbeitsvolumen 134

Asien 17f.

Ausfuhr
- Ostdeutschlands 90ff.
- voraussichtliche Entwicklung 234ff.
- Westdeutschlands 113ff.

Auslastungsgrad des Produktionspotentials 118ff., Anhang V.A.

Außenwert der D-Mark 23, 182f.

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht 283

Aussiedler 132, 144

Bauwirtschaft 69, 108f.

Beschäftigung 129ff., 148ff., 283
- Beschäftigungsgesellschaften 294
- sektorale Entwicklung in Ostdeutschland 149
- s.a. Arbeitsmarkt
- voraussichtliche Entwicklung 247

Binnenmarkt, europäischer 285, 398ff., 403ff.

Brady-Initiative 25ff.

Bruttoinlandsprodukt
- voraussichtliche Entwicklung 254f.

Bundesbankgewinn 175

Clearing 410

Direktinvestitionen
- in Osteuropa 48, 436, 442

Defizit
- der Gebietskörperschaften 186, 197, 252, 336ff.
- des amerikanischen Budgets 11

Devisenmarkt
- s. Wechselkurse

Einfuhr
- **Durchleitungsimport** 94, 115
- Einfuhrpreise
- — s. Preise (Importpreise)
- Ostdeutschlands 94
- voraussichtliche Entwicklung 256f.
- Westdeutschlands 115

Einkommen, verfügbares
- Ostdeutschlands 88

— voraussichtliche Entwicklung 248
— Westdeutschlands 98f.

Einkommensteuer 185, 195f., 344
— s.a. öffentliche Finanzen

Eisenbahn 215

Entwicklungsländer 25f., 227

Erwerbstätigkeit 134
— Struktur in Westdeutschland 135

Euroeinlagen 165

Euromärkte 165

Europäische Gemeinschaft 397ff.
— Agrarpolitik 420ff.

Europäischer Binnenmarkt
— s. Binnenmarkt, europäischer

Europäischer Wirtschaftsraum 398

Europäisches Währungssystem 183, 426ff.

Europäische Zentralbank 426ff.

Finanzausgleich 324ff.

Finanzpolitik 184ff., 251ff., 278, 296ff., 314ff.
— international 9, 11, 13, 17, 223

Fonds „Deutsche Einheit" 322ff.

Frankreich 16

GATT 402

Geldangebotsmultiplikator 169f., 310

Geldmarktsteuerung 174

Geldmenge 163ff., 308ff.

Geldmengenziel 163, 308ff.

Geldpolitik 162ff., 302ff., 426ff.
— Beurteilung 173, 304, 308
— international 7f., 426ff.

Geldumlaufsgeschwindigkeit 169f.

Geldüberhang 171ff.

Geldwertstabilität 19ff., 283, 290, 302, 304, 428f.

Gewinn-Erlös-Relation 103f., 128, Anhang V.B.

Großbritannien 13

Handelsbeschränkungen 401

Handelsbilanz 112

Handelspolitik 402

Harmonisierung
— Verbrauchsteuern 121, 404ff.
— Zinsbesteuerung 355

Industriepolitik 418f.

Inflation
— Inflationserwartungen 301
— s. a. Preisentwicklung

Investitionen
— Bauinvestitionen 108f.
— Direktinvestitionen 106, 282
— Infrastruktur 87
— öffentliche 82, 187, 191f.
— voraussichtliche Entwicklung 237ff.

Italien 16

Japan 17, 28ff.

Kalkulatorischer Unternehmerlohn Anhang V.B.

Kanada 12

Kapazitätsauslastung
— s. Auslastungsgrad des Produktionspotentials

Kapitalmarkt 176f.

Kapitalproduktivität 118f., Anhang V.A.

Kapitalrendite Anhang V.B.

Kapitalverkehr 181

Konjunkturelle Entwicklung
— in der Welt 1ff.
— in Westdeutschland 95ff.
— voraussichtliche 218ff.

Konjunkturneutraler Haushalt Anhang V.D.

Konvergenz 183

Kreditgewährung 8, 166

Krankenversicherung 206ff.

Kurzarbeit 153

Leistungsbilanz 112, 115, 283
— international 22

Löhne 60
- Differenzierung 146, 158f.
- Effektivlöhne 147
- Lohnstückkosten 78, 124, 147, 279
- Tariflöhne 146f., 157ff., 366

Lohnpolitik 244f., 293, 298f., 301f., 367ff.
- s.a. Tarifpolitik

Lohnsteuer 195

Luftverkehr 216

Mexiko 27

Mieten 79, 123

Öffentliche Finanzen
- Ausgaben 187ff.
- Ausgabeneinsparungen, -umschichtungen 189, 340ff.
- Defizitfinanzierung 186, 197, 203, 340ff.
- Ersparnis des Staates 201
- Haushaltsdefizit 186, 192, 252, 278
- Haushaltsrisiken 198, 339
- konjunktureller Impuls 199ff.
- Konsolidierung 337f.
- Leistungen für das Beitrittsgebiet 193, 251
- Staatsverbrauch 101
- Steuereinnahmen 194ff.
- Steuererhöhungen 185, 194, 343ff.
- Subventionen 342
- voraussichtliche Entwicklung 252, 338

Ölpreisentwicklung 3, 20, 226

Ostdeutschland 63ff., 443ff.
- Arbeitsmarkt 148ff.
- Arbeitsmarktpolitik 528ff.
- institutionelle Regelungen 472ff.
- Investitionsförderung 83, 539f.
- Investitionshemmnisse 64, 85, 449ff.
- Landwirtschaft 73, 543ff.
- öffentliche Verwaltung 456ff.
- Privatisierung 66, 74ff., 465ff., 485ff.
- Regionalpolitk 485ff., 513ff.
- Regulierungen 472ff.
- Reprivatisierung 450ff., 479ff.
- Sanierung 483ff.
- Strukturpolitik 504ff.
- Treuhandanstalt 478ff.
- Umweltpolitik 460ff.
- Wirtschaftsstruktur 67ff.

Osteuropa 35ff., 228, 231, 397, 435ff.

Personalzusatzkosten 212

Pflegeversicherung 212, 357ff.

Privatisierung
- in Osteuropa 42ff.
- s.a. Ostdeutschland

Preisentwicklung
- administrierte Preise 122, 167, 312, Anhang V.E.
- Importpreise 125f.
- in Ostdeutschland 78
- in Osteuropa 36, 38
- international 19ff.
- in Westdeutschland 125
- Verbraucherpreise
- — in Ostdeutschland 80
- — in Westdeutschland 121f.
- voraussichtliche Entwicklung 249f.

Produktion
- in Ostdeutschland 63, 67f.
- in Osteuropa 36
- in Westdeutschland 120

Produktionspotential 118f., 163, 301, 311, Anhang V.A.

Produktivität
- s. Kapitalproduktivität

Prognose 218ff.
- Annahmen 223ff.

Protektionismus
- s. Handelsbeschränkungen

Quellensteuer 350

Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe 36

Realwert des Sozialprodukts Anhang V.B.

Regionalpolitik
- s. Ostdeutschland

Rentenversicherung 204f.

Rohstoffpreise 20, 232

Schuldenkrise 25ff.

Selbstbeschränkungsabkommen 401

Skandinavien 14

Sowjetunion 41, 50

Sozialversicherung 198, 203ff.

Stabilisierungspolitik 303ff.

Steueraufkommen 194ff.

Steuerharmonisierung 404ff.

Steuerquote 194

Straßenverkehr 214

Strukturpolitik
- regionale 288
- sektorale 288

Strukturwandel
- in Ostdeutschland 67ff.

Subventionen
- s. Öffentliche Finanzen

Tarifpolitik 366ff.
- mehrjährige Tarifverträge 376

Transformation 269

Treuhandanstalt 66, 75ff., 293

Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes 169f.

Umsatzsteuer 194

Umweltschutz 284, 300, 411ff.
- Umweltabgaben 412ff.
- Umweltbelastung 300
- Umweltpolitik 300, 411ff.
- Umweltschäden 300

Unternehmenssteuerreform 347

Uruguay-Runde
- s. GATT

Verbrauch, Privater
- Ostdeutschlands 88
- Westdeutschlands 96f.

Vereinigte Staaten 11

Verkehrspolitik 213ff.

Verschuldung 25ff., 40

Verteilung
- Verteilungsinteressen 298
- Verteilungskonflikte 286, 302
- Verteilungsspielraum 266

Wachstum 283, 301
- Wachstumskräfte 290, 296f., 300
- wachstumsorientierte Konzeption 263

Währungspolitik 307, 426ff.

Währungsunion, Europäische 426ff.

Wechselkurse
- Entwicklung 23, 182f.
- Politik 430ff.

Welthandel 1, 231

Weltkonjunktur
- s. konjunkturelle Entwicklung

Wettbewerbspolitik 418f.

Wohnungsbau 108

Zahlungsbilanz 283

Zentralbank, Europäische 426ff.

Zentralbankgeldmenge, bereinigte 167f., Anhang V.C.

Zertifikatssystem 412ff.

Zinsausgaben des Staates 190, 198, 252, 337

Zinsbesteuerung 348ff.

Zinsdifferenzen, internationale 5, 177

Zinsentwicklung 5, 24, 172, 174, 176ff.

Zinspolitik 307

Zinsstruktur 178

Bundesrat Drucksache **709/91**

Jahresgutachten 1991/92 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Absatz 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat sein 28. Jahresgutachten vor [2]).

2. Im Jahr nach der politischen Vereinigung hat sich gezeigt, wie schwer es ist, nach über 40 Jahren der Trennung die beiden Teile Deutschlands zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzufügen. Erste Schritte auf dem Wege dorthin sind getan — aber vieles ist noch zu bewältigen, und nicht in allen Feldern der Wirtschaftspolitik sind die Weichen so gestellt worden, wie es der rasche Fortgang der Integration verlangt. Die politische Führung steht in der besonderen Verantwortung, einen klaren Kurs vorzugeben, der alle Bereiche der Wirtschaftspolitik auf die Integrationsaufgabe in Deutschland ausrichtet, und bei den Menschen in beiden Teilen Deutschlands für Zustimmung zu diesem Kurs zu werben.

Diese Überlegungen haben den Sachverständigenrat veranlaßt, sein Jahresgutachten 1991/92 unter das Thema zu stellen:

DIE WIRTSCHAFTLICHE INTEGRATION IN DEUTSCHLAND
PERSPEKTIVEN — WEGE — RISIKEN

---

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie des §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964 bis 1967 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

Die Perspektiven für die wirtschaftliche Integration in Deutschland schätzen wir als günstig ein. Wir sehen sie in einer moderneren deutschen Wirtschaft, die — eingebettet in die immer weiter ausgreifende internationale Arbeitsteilung — den Menschen Wohlstand und gute Arbeitsplätze bieten wird. Sie wird aus dem Zusammenwachsen der leistungsstarken Wirtschaft im westlichen Landesteil mit einer von Grund auf erneuerten Wirtschaft in den neuen Bundesländern hervorgehen.

Die Wende zum Besseren hin sollte in den neuen Bundesländern nun geschafft sein. Wir erwarten, daß die ostdeutsche Wirtschaft im kommenden Jahr um 10 vH expandieren wird und daß sich die Lebensverhältnisse der Menschen deutlich verbessern. Das wird ihnen Mut machen, auch das längere und schwierigere Stück des vor ihnen liegenden Weges mit Tatkraft anzugehen.

Den Weg zur neuen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsbasis in den neuen Bundesländern bereiten die Investitionen in Sachkapital und Humankapital. Wichtig ist dabei, daß starke und verläßliche Partner diesen Weg begleiten. Sie haben für weitere Hilfe zur Selbsthilfe zu sorgen und mitzuhelfen, daß der Weg eingehalten werden wird. Die Versuchung, an den alten Arbeitsplätzen festhalten zu wollen, ist immer noch stark — ihr nachgeben hieße aber, den Weg zum dauerhaft Besseren verbauen. Wegbegleiter sind die staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik, Unternehmen und Investoren nicht nur aus Deutschland, sondern aus aller Welt, und nicht zuletzt sind es auch verantwortungsbewußte Tarifvertragsparteien.

Über dieser besonderen Aufgabe dürfen die allgemeinen Aufgaben nicht zu kurz kommen. Die deutsche Wirtschaft muß sich in einem immer schärfer werdenden internationalen Wettbewerb behaupten, und es gilt außerdem, die Geldwertstabilität zurückzugewinnen. Alle Bereiche der staatlichen Wirtschaftspolitik und die Tarifvertragsparteien sind hier gefordert. Der Sachverständigenrat beobachtet mit Sorge, wie sich die Verteilungskonflikte verschärfen und welche Gefährdung von hierher der Verwirklichung der gesamtwirtschaftlichen Ziele droht. Die Risiken liegen darin, falsche Wege einzuschlagen und — im Ergebnis — die deutsche Wirtschaft zu überfordern.

Wie ein roter Faden zieht sich durch dieses Gutachten das Werben für die Einsicht, daß es mit Blick auf die grundlegend veränderten Bedingungen in Deutschland geboten ist, die Prioritäten für die Wirtschaftspolitik neu zu setzen. In der Wachstumsverlangsamung, die wir im kommenden Jahr für die westdeutsche Wirtschaft erwarten, sehen wir nicht nur das Atemholen nach acht Jahren teilweise stürmischer Aufwärtsentwicklung und einem Beschäftigungserfolg von vorher ungeahntem Ausmaße. Wir sehen vielmehr auch die von der Kosten- und Preisentwicklung her angelegten Risiken und weitere Gefährdungen von Wachstumsdynamik und Flexibilität. Für die ganze deutsche Wirtschaft heißen die wirtschaftspolitischen Gebote der nächsten Jahre: alles vermeiden, was Investieren und Sparen behindert, weniger subventionieren, nicht das obsolet Gewordene erhalten wollen, Augenmaß für das Verteilbare bewahren und den Staat solide finanzieren.

3. Im Frühjahr 1991 hatte die Anpassungskrise der ostdeutschen Wirtschaft den totalen Umschwung der Stimmungslage und der Erwartungen bewirkt. Das Umfeld für eine Wirtschaftspolitik, die den Marktkräften die Schlüsselrolle bei der wirtschaftlichen Erneuerung zuweist, hatte sich auch unter politischem Drängen im Westen der Bundesrepublik entscheidend verschlechtert. Die Sorge, daß dies die Wirtschaftspolitik zu überhasteten Aktionen verleiten und so zu Fehlentwicklungen führen könnte, war für den Sachverständigenrat Anlaß, gemäß § 6 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung am 13. April 1991 ein Sondergutachten zu erstatten [3]).

4. Der Bundespräsident berief am 21. Dezember 1990 Professor Dr. Horst Siebert, Kiel, als Nachfolger von Professor Dr. Otmar Issing, Würzburg, der aufgrund seiner Berufung in das Direktorium der Deutschen Bundesbank aus dem Sachverständigenrat ausgeschieden war, für den Rest der Amtsperiode bis zum 28. Februar 1993 zum Mitglied des Sachverständigenrates.

Der gesetzlichen Regelung entsprechend schied Professor Dr. Dieter Pohmer, Tübingen, am 28. Februar 1991 aus dem Sachverständigenrat aus. Herr Pohmer hat dem Sachverständigenrat seit dem 26. Juli 1984 angehört. Als sein Nachfolger wurde Professor Dr. Rolf Peffekoven, Mainz, durch den Bundespräsidenten am 5. April 1991 für die Amtsperiode bis zum 28. Februar 1996 in den Sachverständigenrat berufen.

5. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit dem Bundeskanzler, mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für Wirtschaft, mit Vertretern des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung und mit Vertretern des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie mit dem Präsidenten und Mitgliedern des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu erörtern.

Der Sachverständigenrat diskutierte im Januar 1991 mit der Landesregierung Baden-Württemberg konjunktur-, finanz- und regionalpolitische Fragen; er entsprach damit einer Einladung des Ministerpräsidenten dieses Bundeslandes.

Mit dem Präsidenten und leitenden Mitarbeitern der Bundesanstalt für Arbeit führte der Sachverständigenrat ein ausführliches Gespräch über aktuelle Fragen des Arbeitsmarktes in Westdeutschland und Ostdeutschland.

Wie in den vergangenen Jahren hat der Rat auch in diesem Jahr zur Vorbereitung des Jahresgutachtens Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Deutschen Angestelltengewerkschaft, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Aktuelle Fragen und Probleme, die sich aus den Anspannungen auf dem Wohnungsmarkt in Westdeutschland und Ostdeutschland

---

[3]) Das Sondergutachten vom 13. April 1991 ist im Anhang IV dieses Gutachtens abgedruckt.

für die Bauwirtschaft ergeben, erörterte der Sachverständigenrat mit Vertretern des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes und des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie.

Mit Vertretern der Kommission der Europäischen Gemeinschaften diskutierte der Sachverständigenrat die wirtschaftliche Lage und die Aussichten für 1992 in den Ländern der Gemeinschaft sowie Themen im Zusammenhang mit der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes, der europäischen Währungsintegration und der stärkeren Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft mit den osteuropäischen Staaten.

Mit Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute hat der Sachverständigenrat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Anregungen vermittelt haben.

6. Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern steht noch ganz im Zeichen der tiefgreifenden Umstellung von der Planwirtschaft zur Wettbewerbswirtschaft. Die damit verbundenen Probleme sowie die anstehenden Entscheidungen auf dem Wege zur Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes haben die Arbeiten des Sachverständigenrates während des ganzen Jahres bestimmt und zu Gesprächen mit folgenden Personen geführt:

- Mit der Präsidentin der Treuhandanstalt, Frau Birgit Breuel, und leitenden Mitarbeitern konnte der Sachverständigenrat Fragen über den Auftrag der Treuhandanstalt und die Strukturanpassung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern diskutieren.

- Im Rahmen einer Informationsreise in die neuen Bundesländer und nach Berlin im August 1991 hat der Sachverständigenrat sich ein Bild über die Lage und die Aussichten der ostdeutschen Wirtschaft sowie über die wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten in den neuen Bundesländern verschafft. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, in der Zentrale der Treuhandanstalt, mit dem Vizepräsidenten Hero Brahms, und in zwei ihrer regionalen Niederlassungen Gespräche zu führen. Ferner wurde mit Unternehmensleitungen von noch im Eigentum der Treuhandanstalt stehenden Unternehmen über aktuelle Fragen diskutiert. Mit der Regierung des Landes Brandenburg, Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe, die Landesminister Dr. Regine Hildebrandt, Walter Hirche und Klaus-Dieter Kühbacher, konnte der Sachverständigenrat allgemeine wirtschafts-, sozial- und finanzpolitische Fragen und spezielle regionalpolitische Probleme des Landes Brandenburg erörtern. Ähnliche Themen bestimmten die Gespräche mit Vertretern des Staatsministeriums der Finanzen und des Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit des Freistaates Sachsen. Kommunalpolitische Fragen standen bei einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister und Mitgliedern der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Dresden im Mittelpunkt. Mit der Leitung der Dresdner Bank besprachen wir Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland.

- Mit dem Vorstand und Mitarbeitern der Rheinbraun AG konnte der Sachverständigenrat Fragen der künftigen Energieversorgung erörtern.
- Professor Dr. Hans-Jürgen Ewers, Münster, stand dem Sachverständigenrat zu Fragen der nationalen und europäischen Verkehrspolitik zur Verfügung. Er hat darüber hinaus uns in einer Expertise wichtige Informationen vermittelt.
- Mit Professor Dr. Klaus-Dirk Henke, Hannover, sprachen wir über Fragen der Absicherung des Pflegefallrisikos.
- Professor Dr. Gerhard Milbradt, Staatsminister der Finanzen des Freistaates Sachsen, informierte uns über finanzpolitische Probleme der neuen Bundesländer.
- Professor Dr. Winfried Schmähl, Bremen, hat in einer Expertise zur Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung im vereinten Deutschland Stellung genommen. Wesentliche Grundlage für seine mittelfristigen Aussagen waren dabei Modellrechnungen, die Direktor Horst-Wolf Müller vom Verband Deutscher Rentenversicherungsträger für den Sachverständigenrat durchgeführt hat.
- Professor Dr. Carsten Thoroe, Hamburg, hat durch ausführliche Stellungnahmen den Sachverständigenrat bei seinen Ausführungen zur EG-Agrarpolitik und zur Situation der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern unterstützt.
- Dr. Horst Bockelmann, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel, Professor Dr. Hans-Joachim Jarchow, Göttingen, Professor Dr. Manfred J.M. Neumann, Bonn, und Dr. Peter Trapp, Kiel, waren unsere Gesprächspartner zu Fragen der geldpolitischen Konzeption.
- Dr. Hugo Dicke, Kiel, und Dr. Rolf J. Langhammer, Kiel, haben in Expertisen zu den wirtschaftspolitischen Fragen der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft Stellung genommen.

Der Sachverständigenrat dankt allen Experten für die außerordentlich wertvollen Hinweise.

8. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat uns auch in diesem Jahr die Ergebnisse der Herbstumfrage bei seinen Kammern in Westdeutschland und Ostdeutschland zur Verfügung gestellt und dadurch unsere Urteilsbildung über die wirtschaftliche Situation der Unternehmen insbesondere auch in den neuen Bundesländern erleichtert.

9. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten fanden wir wiederum wertvolle Unterstützung durch Dr. Hans J. Barth, Basel, Dr. Hans Hagen Härtel, Hamburg, und Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihnen allen gilt ein ganz besonderer Dank des Sachverständigenrates.

10. Die Bundesanstalt für Arbeit, die Deutsche Bundesbank und die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben den Sachverständigenrat wie schon in den Vorjahren bei seinen Arbeiten in vielfältiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen

beraten, empirisches Material aufbereitet und zur Verfügung gestellt.

Wertvolle Unterstützung erhielt der Sachverständigenrat für seine Analysen der internationalen Wirtschaftslage durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

11. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Wie wenn dies selbstverständlich wäre, haben sich viele Mitarbeiter des Amtes in weit über das Normale hinausgehendem Maße für die Aufgaben des Rates eingesetzt. Dies gilt besonders für die Angehörigen der Verbindungsstelle zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Sachverständigenrat. Ihr Leiter, Herr Leitender Regierungsdirektor Ulrich Maurer, und sein Stellvertreter, Herr Regierungsdirektor Wolfgang Glöckler, sowie die ständigen Mitarbeiter Frau Maria Carillo, Frau Monika Klebsattel, Herr Friedrich Egli, Herr Klaus-Peter Klein, Herr Peter Leonhardt und Herr Hans-Jürgen Schwab haben den Rat mit Tatkraft und Anregungen hervorragend unterstützt. Allen Beteiligten zu danken, ist dem Sachverständigenrat ein besonderes Anliegen.

12. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem Stab des Rates gehörten während der Arbeiten an diesem Gutachten an: Diplom-Volkswirt Heiner Brockmann, Diplom-Volkswirt Gerd Helmut Diestler, Dr. Michael Hüther, Diplom-Volkswirtin Ursula Kötter, Dr. Joachim Ragnitz, Diplom-Volkswirt Joachim Wolff und Diplom-Volkswirt Michael Wüstenbecker.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Mitarbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Michael Heise, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, 12. November 1991

Herbert Hax **Rolf Peffekoven** **Rüdiger Pohl** **Hans K. Schneider** **Horst Siebert**

Inhalt

Seite

Eine kürzere Fassung 1

Erstes Kapitel: Die wirtschaftliche Lage 27

Teil A: Der internationale Rahmen 27

I. Günstige Ausgangsbedingungen für eine Wiederbelebung der Weltkonjunktur 27

II. Konjunkturflaute geht zu Ende 33

Konjunkturelle Besserung in Nordamerika 33

Differenzierte Konjunkturentwicklung in Europa 37

Abgeschwächte Expansionsdynamik im pazifischen Raum 38

Leicht verringerter Inflationsdruck 39

Umlenkung der internationalen Güterströme und Kapitalströme . 41

Starke Kursschwankungen wichtiger Anlagewährungen 41

Verschuldungskrise der Entwicklungsländer: Erfolge für die Brady-Initiative 42

Exkurs: Japans anhaltende Aufwärtsentwicklung 43

III. Wirtschaftsreformen in den Staaten Osteuropas schreiten voran 46

Anpassungskrise in den osteuropäischen Staaten 47

Schwieriger Umbau des Wirtschaftssystems 48

Unterschiedliche Privatisierungsstrategien in den osteuropäischen Staaten 52

Umbau der Wirtschaft erfordert auch westliches Kapital 53

Teil B: Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 60

I. Überblick 60

II. Neue Bundesländer: Schwieriger Beginn des Neuaufbaus 65

Strukturkrise dauert an 66

Privatisierung: Bislang erst kurze Strecke des Weges bewältigt .. 69

Stabile Erzeugerpreise, steiler Anstieg der Verbraucherpreise ... 70

Steigende Investitionsbereitschaft in Ostdeutschland 72

Transfers ermöglichen hohen Privaten Verbrauch 76

Absatzprobleme durch Einbruch des Osthandels 76

III. Abgeschwächte Expansion im Westen Deutschlands 78

Gedämpfte Expansion des Privaten Verbrauchs im Jahresverlauf 78

Geringerer Anstieg der Investitionstätigkeit 80

Verlangsamte Expansion in der Bauwirtschaft 83

Hohe Überschüsse im Handel mit den neuen Bundesländern 84

Leistungsbilanz im Defizit 85

Abermals starke Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten 87

Beschleunigt steigende Verbraucherpreise 88

IV. Arbeitseinkommensquote und Gewinn-Erlös-Relation 91

V. Gespaltene Arbeitsmarktentwicklung 95

Seite

Erneut kräftige Zunahme von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage in den alten Bundesländern ... 96
Weiterer Rückgang der Arbeitslosenquote ... 99
Strukturprobleme am Arbeitsmarkt ... 101
Lohnpolitik: Tariferhöhungen weit über Produktivitätsanstieg ... 103
Systemwandel erzwingt Abbau unrentabler Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern ... 105
Arbeitsangebot durch Abwanderung, Auspendler und vorzeitigen Ruhestand stark reduziert ... 107
Intensive Arbeitsmarktpolitik begrenzt den Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit ... 108
Starker Niveausprung bei den Tarifverdiensten ... 110

VI. Geldpolitik: Auf Stabilitätskurs ... 116
Geldmenge im Zielkorridor ... 116
Geldüberhang durch Währungsunion? ... 121
Geldmarkt am Zügel der Bundesbank ... 122
Zunehmende Mittelaufnahme am Kapitalmarkt ... 125
Schwächere internationale Bewertung der D-Mark ... 128

VII. Finanzpolitik: Hohe Steuern und Abgaben, ungenügende Ausgabenumschichtungen ... 130
Gebietskörperschaften mit hohem Finanzierungsdefizit ... 131
Sprunghafter Anstieg der Bundesausgaben ... 131
Ungebremste Ausgabenexpansion bei Ländern und Gemeinden in Westdeutschland ... 133
Hohe Ausgaben bei Ländern und Gemeinden in Ostdeutschland 134
Differenzierte Entwicklung der Steuereinnahmen ... 137
Hoher Nettokreditbedarf des öffentlichen Sektors ... 138
Zur konjunkturellen Würdigung des öffentlichen Defizits ... 139
Sozialversicherung in der Übergangsphase: Überschuß im Westen, verdecktes Defizit im Osten ... 141
Rentenversicherung vor der Rechtsangleichung ... 142
Krankenversicherung wieder mit kräftiger Ausgabenexpansion .. 143
Arbeitslosenversicherung: Hohe Transferzahlungen für Ostdeutschland ... 144
Unbedachte Verteilungs- und Effizienzprobleme ... 145

VIII. Engpässe im Verkehrsbereich ... 150

Zweites Kapitel: Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1992 ... 153

I. Die Ausgangslage ... 153
II. Die Annahmen der Prognose ... 153
III. Das weltwirtschaftliche Umfeld ... 154
IV. Die wirtschaftlichen Aussichten für die Bundesrepublik ... 156

Drittes Kapitel: Wirtschaftspolitik für 1992 und danach ... 167

Teil A: Aufgaben und Möglichkeiten ... 167

I. Die politische Führung in besonderer Verantwortung ... 167

Seite

II. Ziele und Wirklichkeit ... 169
Die neuen Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland ... 169
Die neuen Bundesländer: Beginn der Aufwärtsentwicklung ... 169
Alte Bundesländer: noch gute Konjunktur 1991 — zunehmende Risiken ... 170
Die Ziele im einzelnen ... 171
III. Zu den Grundlinien der Wirtschaftspolitik ... 173
Die wirtschaftliche Integration in Deutschland: Perspektiven — Wege — Risiken ... 173
Sicherung der Wachstumskräfte ... 174
Rückgewinnung der Geldwertstabilität ... 176

Teil B: Zu den Politikbereichen im einzelnen ... 178

I. Geldpolitik: Auf Stabilitätskurs bleiben ... 178
II. Finanzpolitik: Eine verläßliche Konzeption entwickeln ... 182
Finanzausstattung der neuen Bundesländer sichern ... 183
Reform des Finanzausgleichs ... 185
Nach wie vor: Zu geringe Finanzierungsbeiträge der alten Bundesländer ... 186
Bund trägt die Finanzierungsrisiken ... 186
Finanzierung der Transfers ... 187
Priorität: Ausgabenkürzungen ... 189
Weitere Steuererhöhungen vermeiden ... 190
Reform der Unternehmensbesteuerung bleibt aktuell ... 190
Besteuerung von Zinseinkünften ... 191
Absicherung des Pflegekostenrisikos ... 193
III. Tarifpolitik: Die Überforderung der wirtschaftlichen Leistungskraft vermeiden ... 196
Neue Bundesländer: Zu sicheren Arbeitsplätzen beitragen ... 196
Alte Bundesländer: Zum Pfad der Stabilität zurückkehren ... 200
Abwanderungen: ein Ausgleichsmechanismus ... 202
Neue Anforderungen an die Tarifpolitik durch die wirtschaftliche Vereinigung Europas ... 202

Teil C: Europäische Gemeinschaft: Binnenmarkt vollenden — nach außen öffnen ... 205

I. Spannungen für die Gemeinschaft ... 205
II. Den Binnenmarkt vollenden ... 207
Steuergrenzen nicht überwunden ... 207
Umweltpolitik: Die richtigen Anreize setzen ... 209
Wettbewerbspolitik anstatt Industriepolitik ... 211
Agrarpolitik: Reformerfordernisse ohne Ende ... 211
III. Europäisches Zentralbanksystem: Stabilitätsziel verankern ... 212
IV. Die Integration Osteuropas ... 216

Seite

Viertes Kapitel: Zum wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern ... 218

I. Dem Umstellungsprozeß Hindernisse aus dem Weg räumen ... 218

II. Überwindung wachstumshemmender Engpässe ... 219

Klärung der Eigentumsverhältnisse ... 219

Stärkung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung ... 221

Verbesserung der Umwelt, Beschleunigung beim Ausbau der Infrastruktur ... 222

Regulierungen aus der alten Bundesrepublik — Hemmnisse im Transformationsprozeß? ... 224

III. Treuhandanstalt: Privatisierung fortsetzen und zum Abschluß bringen ... 226

Beachtliche Anfangserfolge, aber Gefahren für die Zukunft ... 226

Der Problembereich: Unternehmen mit ungewissen Privatisierungsaussichten ... 227

Sanierung ohne Privatisierung? ... 228

Kontroverse Argumente zur Sanierung ... 229

Das Privatisierungspotential voll ausschöpfen ... 230

Abschluß der Tätigkeit im Kernbereich ... 231

IV. Eine Strukturpolitik für die neuen Bundesländer? ... 232

V. Die Regionen im Standortwettbewerb ... 234

VI. Arbeitsmarktpolitik: Förderung und soziale Flankierung des Erneuerungsprozesses ... 238

Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in der Anpassungskrise ... 238

Die Vielfalt der arbeitsmarktpolitischen Instrumente mit Bedacht nutzen ... 238

Lohnsubventionen: Eine Alternative? ... 242

VII. Landwirtschaft: Agrarpolitik erschwert die Neuorientierung ... 243

Anhang

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ... 247

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft ... 249

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates ... 250

IV. Sondergutachten vom 13. April 1991: „Marktwirtschaftlichen Kurs halten. Zur Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer" ... 251

V. Methodische Erläuterungen ... 268

VI. Statistischer Anhang ... 277

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland ... 280

A. Internationale Tabellen ... 284

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland ... 307

C. Tabellen für Ostdeutschland ... 394

Verzeichnis der Schaubilder

		Seite
1	Zinsdifferenzen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland	30
2	Rentabilität des Kapitalstocks in ausgewählten Industrieländern	31
3	Geldmengenentwicklung in ausgewählten Ländern	32
4	Konjunkturindikatoren in den Vereinigten Staaten	36
5	Zur Entwicklung der Verbraucherpreise und der Erzeugerpreise in ausgewählten Ländern	40
6	Produktion in den neuen Bundesländern	65
7	Auftragseingang in den neuen Bundesländern	68
8	Investitionshindernisse für westdeutsche Investoren in Ostdeutschland	76
9	Ostdeutscher Außenhandel	77
10	Verfügbares Einkommen und Privater Verbrauch	79
11	Zur Investitionskonjunktur	81
12	Zur Entwicklung der Bauinvestitionen	83
13	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential	87
14	Zur Entwicklung staatlich administrierter Verbraucherpreise	90
15	Zur Gewinn-Erlös-Relation	93
16	Beschäftigung in Westdeutschland	97
17	Arbeitslosigkeit in Westdeutschland	99
18	Bewegungen am westdeutschen Arbeitsmarkt	101
19	Zur Entwicklung der Löhne und Lohnstückkosten	103
20	Geldpolitische Zielvorstellungen der deutschen Bundesbank	117
21	Bereinigte Zentralbankgeldmenge	119
22	Geldangebotsmultiplikator und seine wichtigsten Einflußgrößen	120
23	Umlaufsgeschwindigkeit der Geldmenge M3 und der bereinigten Zentralbankgeldmenge	121
24	Entwicklung ausgewählter Zinsen	124
25	Zinsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten	126
26	Zinsstruktur am Rentenmarkt	127
27	Außenwert der D-Mark gegenüber ausgewählten Währungen	129
28	Der öffentliche Gesamthaushalt im Jahre 1991	132
29	Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit im Jahre 1991	145
30	Zur voraussichtlichen Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland	157

Verzeichnis der Tabellen im Text

		Seite
1	Außenhandel ausgewählter Länder mit Westdeutschland	28
2	Preis- und Lohnentwicklung in ausgewählten Ländern	29
3	Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	34
4	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in ausgewählten Ländern	43
5	Investitionstätigkeit in ausgewählten Ländern	44
6	Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren für osteuropäische Länder	47
7	Wichtige Reformschritte beim Übergang zur Marktwirtschaft	50
8	Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland	54
9	Wirtschaftliche Eckdaten für Westdeutschland	61
10	Eckdaten der ostdeutschen Wirtschaft	63
11	Zur Privatisierung von Unternehmen der Treuhandanstalt	70
12	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) in Ostdeutschland	71
13	Preisindex für die Lebenshaltung für alle Arbeitnehmerhaushalte in Ostdeutschland	72
14	Ausgewählte Hilfen zur Förderung der Investitionstätigkeit und der Infrastruktur in Ostdeutschland	73
15	Zinsverbilligende Förderprogramme für die neuen Bundesländer und Berlin (Ost)	75
16	Regionale Entwicklung der nominalen Einzelhandelsumsätze	80
17	Entwicklung der Auftragseingänge und der Produktion im Bauhauptgewerbe	84
18	Außenhandel für Westdeutschland	85
19	Zur Entwicklung staatlich administrierter Verbraucherpreise	89
20	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	91
21	Verteilung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen	92
22	Zur Gewinn-Erlös-Relation	94
23	Die Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt	95
24	Zur Entwicklung am westdeutschen Arbeitsmarkt im Verlauf der Jahre 1990 und 1991	96
25	Arbeitsmarktdaten für die unmittelbar an die neuen Bundesländer angrenzenden Arbeitsamtsbezirke	98
26	Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken	100
27	Bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit älterer Arbeitsloser in Westdeutschland	102
28	Tarifpolitisch wichtige Ereignisse in Westdeutschland	104
29	Arbeitsvermittlungen in den neuen Bundesländern	106
30	Zur Entwicklung am ostdeutschen Arbeitsmarkt im Verlauf der Jahre 1990 und 1991	107
31	Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland	109
32	Tarifpolitisch wichtige Ereignisse in Ostdeutschland	112
33	Geldpolitisch wichtige Ereignisse	123
34	Ausgaben und Einnahmen des Bundes sowie der westdeutschen Länder und Gemeinden	134
35	Ausgabenstruktur der Länder und Gemeinden in Ostdeutschland und Westdeutschland im Jahre 1991	135
36	Öffentliche Leistungen für das Beitrittsgebiet im Jahre 1991	136
37	Aufkommen wichtiger Steuern	137
38	Ersparnis und Investitionen in Westdeutschland	140
39	Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungen in Westdeutschland	141
40	Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung in Ostdeutschland	142
41	Finanzpolitisch wichtige Ereignisse	146

		Seite
42	Die voraussichtliche Entwicklung in den Industrieländern	155
43	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Westdeutschland	158
44	Zur voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland	160
45	Die voraussichtliche Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt 1991 und 1992	163
46	Öffentliche Leistungen für das Beitrittsgebiet im Jahre 1992	164
47	Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte in den Jahren 1991 und 1992	165
48	Zum Fonds „Deutsche Einheit"	184
49	Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1991 bis 1996: Basismodell	188

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
1*	Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	285
2*	Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	286
3*	Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	287
4*	Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	288
5*	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern	289
6*	Zinsen in wichtigen Industrieländern	290
7*	Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	291
8*	Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	292
9*	Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	293
10*	Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern	294
11*	Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern	296
12*	Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)	297
13*	Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	298
14*	Außenwert der D-Mark	300
15*	Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	301
16*	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	302
17*	Internationale Energiepreise	304
18*	Energieverbrauch im internationalen Vergleich	305
19*	Indikatoren für die Welt und für ausgewählte Ländergruppen	306
20*	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	308
21*	Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer im Inland nach Wirtschaftsbereichen	309
22*	Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	310
23*	Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	312
24*	Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	314
25*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Entstehung des Sozialprodukts	316
26*	Verteilung des Volkseinkommens	317
27*	Verwendung des Volkseinkommens	318
28*	Einkommen, Produktivität und Lohnstückkosten	319
29*	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	320
30*	Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	321
31*	Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	322
32*	Verwendung des Sozialprodukts	324
33*	Bruttoinvestitionen	326
34*	Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	328
35*	Einnahmen und Ausgaben des Staates	330
36*	Subventionen des Staates	334
37*	Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken	335
38*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Sozialprodukts	336
39*	Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	338
40*	Ausgaben und Einnahmen der staatlichen und kommunalen Haushalte nach Ländern	340
41*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	342
42*	Verschuldung der öffentlichen Haushalte	343
43*	Vermögensbildung und ihre Finanzierung	344
44*	Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	346
45*	Geldbestände, Euromarkteinlagen und bereinigte Zentralbankgeldmenge	348
46*	Absatz und Erwerb von Wertpapieren	349

Seite

47* Index der Aktienkurse nach Wirtschaftsbereichen ... 350
48* Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe ... 351
49* Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe ... 354
50* Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe ... 357
51* Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe ... 358
52* Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe ... 360
53* Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe ... 361
54* Baugenehmigungen ... 362
55* Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ... 363
56* Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe ... 365
57* Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe ... 366
58* Einzelhandelsumsatz ... 367
59* Zahlungsbilanz ... 368
60* Kapitalverkehr mit dem Ausland ... 370
61* Außenhandel (Spezialhandel) ... 372
62* Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik ... 373
63* Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik ... 374
64* Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik ... 375
65* Warenausfuhr nach Ländergruppen ... 376
66* Wareneinfuhr nach Ländergruppen ... 377
67* Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ... 378
68* Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ... 379
69* Index der Ausfuhrpreise ... 380
70* Index der Einfuhrpreise ... 381
71* Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise ... 382
72* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten (1970 = 100) ... 383
73* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten (1985 = 100) ... 384
74* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100) ... 385

Seite

75* Preisindex für die Lebenshaltung (nach Haushaltstypen und nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung) ... 386
76* Preisentwicklung gegenüber 1985 nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ... 387
77* Löhne und Gehälter ... 388
78* Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern ... 389
79* Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern ... 390
80* Energieverbrauch nach Bereichen ... 391
81* Entwicklung im Mineralölbereich ... 392
82* Ausgewählte Umweltindikatoren für Westdeutschland ... 393
83* Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin (Ost) ... 394
84* Arbeitslose in Ostdeutschland ... 396
85* Kurzarbeiter und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und beruflicher Weiterbildung in Ostdeutschland ... 396
86* Betriebe, Beschäftigte, Arbeiterstunden, Verdienste und Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland ... 397
87* Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland ... 398
88* Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland ... 399
89* Betriebe, Beschäftigte, Verdienste, Arbeitsstunden und Umsatz im Baugewerbe in Ostdeutschland ... 400
90* Indizes des Auftragseingangs und des Auftragsbestands im Bauhauptgewerbe in Ostdeutschland ... 401
91* Innerdeutscher Warenverkehr ... 402
92* Ausfuhr und Einfuhr Ostdeutschlands nach Warengruppen ... 403
93* Ausfuhr und Einfuhr Ostdeutschlands nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern ... 404
94* Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer in Ostdeutschland ... 405
95* Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Ostdeutschland ... 406

Statistische Materialquellen — Abkürzungen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

AFG = Arbeitsförderungsgesetz

BA = Bundesanstalt für Arbeit

BMA = Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

BMBW = Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

BMF = Bundesministerium der Finanzen

BML = Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

BMWi = Bundesministerium für Wirtschaft

DIW = Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

EFTA = Europäische Freihandelszone, Genf

EG = Europäische Gemeinschaften, Brüssel/Luxemburg

ERP = Europäisches Wiederaufbauprogramm (Marshallplan)

ESVG = Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

EWGV = Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

EWS = Europäisches Währungssystem

FE = Forschung und Entwicklung

GATT = Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, Genf

HWWA = HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

IAB = Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit

Ifo = Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

IFW = Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

IAO/ILO = Internationale Arbeitsorganisation, Genf

IWF/IMF = Internationaler Währungsfonds, Washington

JG = Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

JWB = Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung

OECD = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris

Öffa = Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG

OPEC = Organisation erdölexportierender Länder, Wien

RGW = Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Moskau

RWI = Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

SAEG = Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg/Brüssel

SG = Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

SZR = Sonderziehungsrechte

UN = Vereinte Nationen, New York

WSI = Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

-	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	=	kein Nachweis
...	=	Angaben fallen später an
— oder |	=	der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
X	=	Nachweis ist nicht sinnvoll beziehungsweise Fragestellung trifft nicht zu

Bundesrat Drucksache 709/91 (Beschluß)

03.04.92

Beschluß

des Bundesrates

zum

Jahresgutachten 1991/92 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Der Bundesrat hat in seiner 641. Sitzung am 3. April 1992 beschlossen, zu dem Jahresgutachten 1991/92 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gemäß § 6 Abs. 1 Sachverständigengesetz wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Der Bundesrat begrüßt, daß das Jahresgutachten des Sachverständigenrates den dringenden Handlungsbedarf hinsichtlich der Absicherung des Pflegekostenrisikos uneingeschränkt anerkennt.

   Der Bundesrat stellt jedoch fest, daß die vom Sachverständigenrat vorgeschlagene Ausgestaltung:

   - keine Beteiligung der Arbeitgeber an der Finanzierung,
   - Abschluß privatwirtschaftlicher Versicherungen,
   - reine Geldleistung,
   - Kapitaldeckungsverfahren,

   nicht geeignet ist, die soziale Sicherung der Pflegebedürftigen in sozialpolitisch verantwortbarer Form zu garantieren.

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0720-2946

Eine private Pflichtversicherung ist im Gegensatz zu der vom Sachverständigenrat vertretenen Meinung für den Bundesrat nicht akzeptabel. Bei Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit nach einem solchen Modell bleibt vor allem das Problem ungelöst, wie bereits heute pflegebedürftige und pflegenahe Jahrgänge in den Versicherungsschutz einbezogen und abgesichert werden sollen. Auch ein Solidarausgleich und eine sozial tragbare und familiengerechte Beitragsgestaltung ist bei einer Privatversicherung ausgeschlossen.

Dies führt für Bezieher niedriger Einkommen (also vor allem in den neuen Ländern) entweder zu unvertretbaren Beitragsbelastungen oder macht staatliche Beitragssubventionen in einer Höhe erforderlich, die von den öffentlichen Haushalten auf Dauer nicht zu verkraften sind. Darüber hinaus sind auch Ausbau und Steuerung des Leistungsangebotes bei ambulanter und stationärer Pflege über die Privatversicherung nicht durchführbar, insbesondere nicht bei einer reinen Geldleistung.

Schließlich sind die behaupteten volkswirtschaftlichen Vorteile einer Privatversicherung keineswegs unumstritten:

Nach einer jüngst vorgelegten vergleichenden Studie wird sich eine private Pflegeversicherung gesamtwirtschaftlich nicht günstiger auswirken als eine gesetzliche Pflegesozialversicherung, die durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziert wird. Ein Umlageverfahren, wie es sich in der Sozialversicherung bewährt hat, ist zudem anpassungsfähiger an sich wandelnde Bedingungen. Eine Kapitaldeckung dagegen müßte den künftigen Leistungsbedarf für einen Zeitraum von rd. 50 Jahren rechtzeitig vorhersehen.

Sowohl die Kontrolle und Verwendung des hierfür angesammelten enormen Kapitalstocks als auch seine volkswirtschaftlichen Auswirkungen auf Wachstum, Zinsniveau usw. sind völlig ungeklärt.

Der Bundesrat ist deshalb der Auffassung, daß eine wirksame und für alle Beteiligten sozial tragbare Absicherung des Pflegefallrisikos nur im Rahmen der Sozialversicherung in Betracht kommt. Er wird deshalb den bereits eingebrachten Gesetzentwurf der Länder Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein, der diesen Grundsätzen gerecht wird, so schnell wie möglich beraten.

2. Der Bundesrat unterstreicht die Feststellung des Sachverständigenrates, daß im ersten Jahr nach der Vereinigung Deutschlands die Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungskraft der alten und der neuen Länder in aller Schärfe deutlich geworden sind. Die wirtschaftliche Lage in den neuen Ländern ist nicht kurzfristig durchgreifend zu verbessern und wird daher auch weiterhin erhebliche Realtransfers erfordern.

3. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, die vom Sachverständigenrat aufgezeigten ökonomischen Risiken stärker als bisher in ihre wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen einzubeziehen und angesichts der politischen Umwälzungen auch längerfristige Perspektiven ihres wirtschaftspolitischen Kurses darzulegen, um allen Akteuren verläßliche Orientierungshilfen für die Bewältigung ihrer Aufgaben zu bieten.